Weltgeschic... bd. Westeuropa seit 1859

Hans Ferdinand Helmolt, Bibliographisches ...

Digitized by Google

INDIANA UNIVERSITY LIBRARIES

Digitized by Google

Weltgeschichte

Achter Band

Digitized by Google

Weltgeschichte

Begründet von Hans F. Helmolt

Unter Mitarbeit von

Erwin v. Baelz, Rudolf Beer, Adolf Birch-Hirschfeld, Karl Georg Brandis, Max v. Brandt, Berthold Bretholz, Karl Dyroff, Gottlob Egelhaaf, Heinrich Friedjung, Martin Grothe, Hugo Grothe, Konrad Haebler, Viktor Hantzsch, Eduard Heyck, Johannes Hohlfeld, Nicolae Jorga, Julius Jung, Hermann Kirchhoff, Clemens Klein, Arthur Kleinschmidt, Rudolf Köhlschke, Richard Mahrenholtz, Richard Mayr, Wladimir Milkowicz, Karl Pauli, Johannes Ranke, Rudolf v. Scala, Alfred Schachtzabel, Hans Schjöth, Emil Schmidt, Richard Schmidt, Georg Schneider, Ernst Schober, Heinrich Schurtz, Alexander Tille, Wilhelm Walther, Otto Weber, Karl Wegerdt, Karl Weule, Hugo Winckler, Heinrich Zimmerer und Hans v. Zwiedineck-Südenhorst

herausgegeben von

Armin Tille

Zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage

Mit etwa 100 Karten, 400 Tafeln und 1000 Abbildungen im Text

Bibliographisches Institut / Leipzig und Wien
1921

Digitized by Google

Weltgeschichte

Weltgeschichte

Achter Band

West Europa seit 1859

Westeuropa seit 1859

Von

Heinrich Friedjung, Gottlob Egelhaaf, Johannes Hohlfeld, Karl Wegerdt, Armin Tille und Wilhelm Walther

Mit 6 Karten,
1 Farbendrucktafel, 10 schwarzen Tafeln
und 73 Abbildungen im Text

Bibliographisches Institut / Leipzig und Wien
1921

Digitized by Google

556902
D20
.H4
v.8

Alle Rechte vom Verleger vorbehalten.
Copyright 1921 by Bibliographisches Institut, Leipzig.

Digitized by Google

6-21-51

Vorwort.

Bereits im Vorwort zu Bd. VI sind die Gründe dargelegt worden, die eine Änderung des ursprünglichen Gesamtplanes der „Weltgeschichte" angezeigt erscheinen ließen. Trotzdem wird der Inhalt des vorliegenden Bandes VIII mit dem nach dem Plane Bd. I, S. VI vorgesehenen Titel „Westeuropa seit 1859" richtig gekennzeichnet; denn die Geschichte Großbritanniens 1815—60, die mit der Ausgestaltung des britischen Weltreiches zusammenfällt, bildet ja nur den Auftakt zur weltpolitischen Betätigung des Engländers, welche die letzten sechzig Jahre beherrscht, und damit zum Weltkrieg, der darum als weltgeschichtliche Erscheinung nur in engster Verbindung mit der die Welt überall berührenden englischen Politik dargestellt werden kann. Und da dieser gewaltige Kampf nicht zuletzt durch wirtschaftliche Gegensätze verursacht worden ist, so deckt der Überblick über die europäische Wirtschaftsgeschichte seit den Kreuzzügen und die Ausdehnung westeuropäischen Wirtschaftsgeistes über den Erdball hin einen Teil der tieferen Zusammenhänge auf, die Jahrhunderte zurückreichend schließlich zur wirtschaftlichen Weltkatastrophe geführt haben. Die Geschichte des neuzeitlichen Christentums endlich lenkt den Blick des Lesers wieder auf die geistigen Mächte, die im letzten Grunde die Geschicke der Völker bestimmen. Die innige Verwebung der Religion und der kirchlichen Lehre mit Philosophie und sozialen und politischen Strömungen während der letzten Jahrhunderte läßt diesen Abschnitt zu einer Würdigung des neuzeitigen geistigen Lebens überhaupt auswachsen. So bildet dieser die europäische Geschichte bis an die Schwelle der Gegenwart führende Band eine geschlossene Einheit.

Dem aufgestellten Plane gemäß eröffnet den vorliegenden Band der 1920 verstorbene Österreicher Dr. Heinrich Friedjung, der beste Kenner dieser Periode, mit der Erzählung der Ereignisse, die zur staatlichen Einigung Italiens und Deutschlands 1859—66 geführt haben; er hat die Korrektur seines Beitrags noch selbst gelesen. Oberstudienrat Prof. Dr. Gottlob Egelhaaf in Stuttgart, der schon zu Bd. VII die Neubearbeitung der westeuropäischen Geschichte 1648—1789 und 1830—59 beigesteuert hat, stellt in so knapper Form, wie es der Rahmen der „Weltgeschichte" erfordert, die Zeit von 1866 bis 1918 dar, vor allem die Gründung und den Ausbau des Deutschen Reiches sowie seine innere und äußere Geschichte bis zum Ende des Weltkrieges. Der schweren Aufgabe, übersichtlich und doch bis zu einem gewissen Grade erschöpfend die lange Vorgeschichte des Weltkrieges und dessen Verlauf auf den Kampfplätzen und in diplomatischer Beziehung bis zu den Friedensschlüssen zu verfolgen, hat sich der Redakteur der „Weltgeschichte", Dr. Johannes Hohlfeld, unterzogen. Wie

Digitized by Google

er schon mehrfach helfend eingegriffen hat, so erschien er für diese Aufgabe besonders geeignet, da er den Verlauf des Krieges selbst als Geschichtsforscher bis ins einzelne verfolgt und unter anderm durch sein Buch „Der Kampf um den Frieden" (Leipzig 1919) wohl gerade die Seite des Krieges eingehend beleuchtet hat, die in den bis jetzt vorliegenden Darstellungen ungebührlich vernachlässigt worden ist. Wie schon oben bemerkt, ist das Zurückgreifen in der englischen Geschichte bis 1815 sachlich durchaus begründet und nicht nur durch die Notwendigkeit, der Geschichte Großbritanniens im 19. Jahrhundert zu ihrem Rechte zu verhelfen, geboten. Was der Atlantische Ozean geschichtlich bedeutet, ist durch kein früheres Ereignis so deutlich geworden wie durch den Weltkrieg, und deswegen schließt hier sogleich der, wie die Geschichte der übrigen Ozeane von Oberlehrer Karl Wegerdt in Dresden überarbeitete, Beitrag „Die geschichtliche Bedeutung des Atlantischen Ozeans" an, der zugleich zu Bd. IX, in dem der Leser die Geschichte Amerikas findet, überleitet. Der gebotenen räumlichen Beschränkung Rechnung tragend, hat der Herausgeber selbst mit Benutzung der älteren Darstellung des 1915 gestorbenen Richard Mayr die Wirtschaftsgeschichte Westeuropas nebst den von diesem Mittelpunkte ausgehenden Fernwirkungen über die ganze Erde hin in Umrissen gezeichnet, obwohl eine eingehendere Behandlung gerade dieses Gegenstandes von großem Nutzen für die Vertiefung weltgeschichtlicher Zusammenhänge werden muß. Um so mehr Gewicht ist darauf gelegt worden, die Literaturnachweise in der Bibliographie, S. 437 ff., verhältnismäßig ausführlich zu gestalten. Den sechsten Abschnitt endlich, den über das abendländische Christentum seit der Reformation und seine Missionstätigkeit, hat, wie die beiden Abschnitte über die alte und die mittelalterliche Kirche (Bd. II und V), der bewährte Rostocker Lehrer der Kirchengeschichte, Prof. Dr. Wilhelm Walther, verfaßt. Ergänzt er damit auf der einen Seite die Erzählung namentlich des siebenten Bandes hinsichtlich des inneren religiösen Lebens, so weist er in der Schilderung der Missionstätigkeit auf ein Gebiet hin, das gewöhnlich bei weltpolitischen Erörterungen zu kurz kommt.

Auf die Tafeln, Karten und Textabbildungen ist trotz der größten Schwierigkeiten bei ihrer Herstellung dieselbe Mühe verwendet worden wie früher, da sie ganz besonders dazu berufen sind, das geschichtliche Verständnis für die näher oder ferner liegende Vergangenheit zu fördern. Allen denen, die bei der Auswahl, Beschaffung und Erklärung mitgeholfen haben, sei an dieser Stelle für ihre Aufopferung wärmstens gedankt.

Leipzig und Weimar, den 1. April 1921.

Bibliographisches Institut. Archivdirektor **Dr. Armin Tille.**

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

I. Die Einigung Italiens und Deutschlands (1859—66).

Von Heinrich Friedjung (†).

Seite

1. Vorbemerkungen 1
2. Die Einigung Italiens 3
   A. Rückblick auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts 3
      a) Das Zeitalter der Verschwörungen . 3
      b) Die Anfänge der konstitutionellen Einigungsbewegung 4
      c) Das Eingreifen Napoleons III. und der Rücktritt Cavours 5
   B. Das Ministerium Rattazzi 6
   C. Das zweite Ministerium Cavours . . . 8
   D. Garibaldi 11
      a) Die sizilianische Unternehmung . . 11
      b) Die Vertreibung der Bourbonen aus Neapel 12
   E. Cavours Ausgang 13
      a) Castelfidardo 13
      b) Am Volturno 14
      c) Der Fall von Gaeta; der Tod Cavours 14
   F. Die römische Frage: das Scheitern Ricasolis und Garibaldis 15
3. Die Mißerfolge Kaiser Napoleons III. 16
   A. Polen 16
   B. Mexiko 17
4. Die Heeresreform und der Verfassungsstreit in Preußen 18
   A. Das Ministerium Hohenzollern-Schwerin 18
   B. Die Heeresreform 19
      a) Die Änderung der Wehrpflichtverfassung 19
      b) Die Taktik der Infanterie 20
   C. Die Haltung des Landtags 22
      a) Die Erhöhung des Heeresbudgets . . 22
      b) Der Konflikt 22
   D. Die Berufung Bismarcks 23
      a) Das Ministerium Hohenlohe . . . 23
      b) Königtum und Parlament 24
5. Bismarcks erste Kämpfe 25
   A. Sein Gegensatz zum Abgeordnetenhaus und zum Kronprinzen 25
   B. Die deutsche Frage 27
   C. Österreich als konstitutioneller Staat . . 27
   D. Der Fürstentag zu Frankfurt 29
6. Der Kampf um Schleswig-Holstein . 30
   A. Das Erbrecht auf die Herzogtümer . . 30
   B. Der Krieg gegen Dänemark 32
   C. Der Vertrag von Gastein 32
   D. Der Bruch zwischen Österreich und Preußen 34
   E. Die beiderseitigen Rüstungen 35
   F. Die letzten Verhandlungen und der Kriegsausbruch 36
7. Der Entscheidungskampf 38
   A. Hannover 38
   B. Der Krieg in Böhmen 39
      a) Die ersten Bewegungen der feindlichen Heere 39
      b) Der Einmarsch der Preußen; Benedeks Angriffsplan 40
      c) Die Gefechte von Trautenau, Nachod und Skalitz (27. und 28. Juni) . . 40
      d) Münchengrätz und Jitschin (28. und 29. Juni) 41
      e) Der Rückzug der Österreicher . . . 42
      f) Die Schlacht bei Königgrätz . . . 43
   C. Die Schlacht bei Custoza 44
8. Die letzten Kämpfe und der Friedensschluß 44
   A. Der Vormarsch der Preußen an die Donau; die Kämpfe in West- und Süddeutschland 44
   B. Nikolsburg; Lissa 45
   C. Bismarcks Staatskunst 46

II. Westeuropa in den Jahren 1866 bis 1918.

Von Gottlob Egelhaaf.

1. Westeuropa 1866—71 48
   A. Die Verschmelzung der neuen Provinzen mit dem preußischen Staate 48
   B. Die Errichtung des Norddeutschen Bundes 50
   C. Napoleonische Verlegenheiten und Auswege 52
      a) Die luxemburgische Angelegenheit . . 52
      b) Die liberale Wendung in Frankreich und dessen Annäherung an Österreich 53

Digitized by Google

Seite

D. Die Festigung der deutschen Verhältnisse 54
a) Die Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland 54
b) Die liberale Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes 56
E. Österreich-Ungarn nach 1866 57
a) Der Dualismus 57
b) Die liberale Umgestaltung Österreichs 58
F. Großbritannien 60
G. Die römische Frage 60
H. Neue Verwickelungen 61
a) Die französische Heeresreform . . . 61
b) Das Ministerium Ollivier und die Volksabstimmung (1870) 62
c) Das Vatikanische Konzil in seinen Beziehungen zur europäischen Politik . 63
d) Das Aufkommen der Sozialdemokratie 64
J. Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 64
a) Frankreichs Beziehungen zu Österreich 64
b) Die hohenzollernsche Kandidatur für den spanischen Thron 65
c) Die Annaßungen Gramonts und die Emser Depesche. 66
d) Der Beschluß zur Mobilmachung und die französische Kriegserklärung . . 68
e) Die Wirkung der Kriegserklärung auf Deutschland. 69
f) Das Verhalten des Auslandes. . . 69
g) Die Abstimmung des Vatikanischen Konzils über die Unfehlbarkeit des Papstes 70
K. Der Krieg Deutschlands gegen das französische Kaiserreich. 71
a) Die Mobilmachung; der Aufmarsch; der Kriegsplan Moltkes 71
b) Die Treffen und Schlachten im Anfang des Monats August 72
c) Die Kämpfe vor Metz 73
d) Der Rechtsabmarsch der Deutschen; Sedan 73
L. Der Krieg Deutschlands gegen die französische Republik 75
a) Die Folgen des Sieges von Sedan . 75
b) Die Fortsetzung des Kampfes und der Vormarsch auf Paris. 76
c) Der Fall Straßburgs 77
d) Die Belagerung von Paris und die französischen Entsatzversuche . . . 77
e) Der Fall von Metz 78
f) Rußlands Vorstoß gegen den Pariser Frieden von 1856 78
g) Die Kämpfe an der Loire 79

Seite

h) Die Kämpfe um Dijon und im Norden 79
i) Die Frage der Beschießung von Paris 80
k) Die Lösung der deutschen Einheitsfrage 80
l) Die Zertrümmerung der Pariser Forts; die Kämpfe an der Lisaine . 82
m) Vom Waffenstillstand bis zum Friedensschluß 83
2. Westeuropa 1871—1918 85
A. Das Deutsche Reich 85
a) Die Befestigung des Reiches im Innern 86
b) Der Kulturkampf 88
c) Die soziale Frage in Deutschland . 91
d) Die Erwerbung von Kolonien durch das Deutsche Reich 93
e) Die chinesischen Wirren. 94
f) Die einzelnen Staaten des Deutschen Reiches 95
α) Preußen 95
β) Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden. 98
γ) Die Reichslande 99
δ) Die übrigen deutschen Bundesstaaten 100
B. Österreich-Ungarn 101
a) Österreich 101
b) Ungarn 102
C. Frankreich 103
a) Die innere Entwickelung 103
b) Die äußere Politik 105
D. Italien. 106
E. Die Schweiz 108
F. Belgien 109
G. Die Niederlande 111
H. Die Vorgeschichte des Weltkrieges . . 112
a) Die Entwickelung der Beziehungen der Großmächte zueinander, 1871 bis 1890. 112
b) Das Verhältnis der Großmächte von 1890 bis 1913 119
c) Der Ausbruch des Weltkrieges. 1913 bis 1914 132
J. Die innere Geschichte Deutschlands, Österreichs, Frankreichs, Englands und Italiens während des Weltkrieges . . 136
a) Deutschland 136
b) Österreich-Ungarn 140
c) Frankreich 141
d) Italien. 142
e) England 142

Digitized by Google

III. Die englische Weltherrschaft und der Weltkrieg. Von Johannes Hohlfeld.

Seite

1. England als Agrar- und Industriestaat (1815—48) 144
   A. Das Wirtschaftsleben 144
   B. Die industriesoziale Entwickelung . . 146
   C. Die Parteipolitik der Liberalen und der Konservativen 151
   D. Irland 152
   E. Das geistige Leben 153
   F. Die äußere Politik und das Kolonialreich 154
2. Die Entwickelung zum Industriestaate (1849—73) 157
   A. Die Wirtschaftspolitik 157
   B. Die Hochentwickelung der Generalausfuhr 158
   C. Die industriesoziale Entwickelung . . 159
   D. Innere und äußere Politik 160
   E. Das Kolonialreich 161
3. Die englische Weltherrschaft (1871 bis 1914) 163
   A. Die englische Weltherrschaft 163
      a) Die völkische und geistige Grundlage 163
      b) Die politisch-militärische Grundlage . 167
         α) Die weitere Ausbreitung des großbritannischen Weltreiches . . . 167
         β) Die weltpolitische Stellung des Großbritannischen Reiches . . . 173
      c) Die wirtschaftlich-geographische Grundlage 180
         α) Die wirtschaftliche Weltherrschaft Englands 180
            1. Die Grundlagen 180
            2. Industriestaat und Weltherrschaft 181
            3. Weltbritannien als Wirtschaftsgebiet 184
         β) Die geographischen Grundlagen des großbritannischen Weltreiches 187
         Zusammenfassung 188
   B. Der deutsch-englische Wettbewerb . . 189
      a) Geistige Gegensätze 189
      b) Wirtschaftsrivalität 191
      c) Politische Kämpfe 194
         α) Bis zum Abschluß der Entente cordiale mit Frankreich 1904 . . 194
         β) Die Marokko- und die Annexionskrise 196
         γ) Verständigungsversuche und neue Krisen 199
      d) Der Kriegsausbruch 205
4. Der Weltkrieg 213
   A. Der politische Krieg 213
      a) Die Ausdehnung des Brandes über Europa 213
      b) Die Isolierung der europäischen Neutralen 217
      c) Die Ausweitung des europäischen Konflikts zum Weltkriege 220
      d) Die politische Neuordnung im und durch den Weltkrieg 222
   B. Der militärische Krieg 224
      a) Der Krieg im Westen 224
      b) Der Krieg im Osten 245
      c) Der Krieg am Balkan 255
         α) Der Krieg in Serbien, Montenegro, Albanien und Griechenland . . 255
         β) Der Krieg in Rumänien . . . 258
      d) Der Krieg gegen Italien 261
      e) Die Kämpfe in der Türkei 264
         α) Kaukasus und Nordpersien . . . 264
         β) Mesopotamien 266
         γ) Arabien und Syrien 267
         δ) Die Dardanellen 268
      f) Der Krieg in den Kolonien . . . 269
         α) Deutsche Südseebesitzungen, Tsingtau, Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika 269
         β) Deutsch-Ostafrika 270
      g) Der Krieg zur See 271
         α) Die Lage zur See bei Kriegsausbruch 271
         β) Der Krieg in der Ostsee . . . 272
         γ) Der Krieg in der Nordsee . . . 273
         δ) Der Krieg im Mittelmeer und im Schwarzen Meer 279
         ε) Der Kreuzerkrieg auf den Ozeanen 281
   C. Der Weltwirtschaftskrieg 284
      a) Der englische Aushungerungsplan . 284
      b) Der deutsche Unterseebootkrieg . . 288
   D. Der Kampf um die Seele des deutschen Volkes 290
   E. Die Friedensschlüsse 291

IV. Die geschichtliche Bedeutung des Atlantischen Ozeans. Von Karl Beule. Durchgesehen von Karl Wegerdt.

1. Die Gestalt und die Lage 297
2. Die vorkolumbische Zeit 299
   A. Bis zum Rückzuge der Römer von der Nordsee 299
   B. Vom 6. bis zum 15. Jahrhundert . . 301
      a) Der Atlantische Ozean als ein Gebiet der Sage 301
      b) Der Atlantische Ozean als ein Gebiet beginnender Erschließung 301

Digitized by Google

Seite

3. Die nachkolumbische Zeit 303
A. Der Atlantische Ozean als Erzieher . . 303
B. Der Atlantische Ozean im Kampfe um die Welthandelsherrschaft 305
a) Die Bedeutung der Navigationsakte 306
b) Die Bedeutung der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung . . 307
c) Die Bedeutung der Koalitionskriege . 308
C. Der Atlantische Ozean 1815—1920 . . 308
a) Der Westrand 309
b) Der Ostrand 310

V. Die wirtschaftliche Ausdehnung Westeuropas seit den Kreuzzügen.

Unter Benutzung der Darstellung von Richard Mayr (†) neu bearbeitet von Armin Tille.

1. Der Begriff „Westeuropa" 312
2. Der Levantehandel und die Ausdehnung des südeuropäischen Einflußgebietes 312
3. Der Kampf um die nordischen Meere bis zur Entstehung der deutschen Hanse 315
4. Die europäische Mittel- und Vermittelungszone 317
A. England 317
B. Frankreich 317
C. Die Niederlande 318
D. Oberdeutschland 319
5. Die deutsche Hanse 320
A. Die Frühzeit der norddeutschen Hanse in England 320
B. Südeuropäische Einflüsse 320
C. Die Osterlinge in England 321
D. Die Deutschen in Wisby und Nowgorod 322
E. Der deutsche Kaufmann in den skandinavischen Reichen 324
F. Die Osterlinge bei den Westerlingen . . 324
G. Die Faktoreien im Auslande, die niederdeutschen Städte und deren Einung . 325
H. Die Blütezeit der niederdeutschen Hanse 327
a) Die Hanse und die nordischen Reiche 327
b) Die Hanse und England 328
c) Die Vitalienbrüder in der Nordsee . 329
d) Die Hanse und der Deutschorden . 329
e) Hindernisse und Hemmnisse . . . 330
f) Die Kämpfe im Stadtinneren . . 330
g) Die hansische Politik im 15. Jahrhundert 331
J. Der Niedergang der Hanse 333
a) Der Niedergang der Hanse im slawischen Osten 333

Seite

b) Der Verfall des hansischen Einflusses in den skandinavischen Ländern . . 335
c) Der Verfall des Handels mit den Niederlanden 336
d) Die Endschicksale der Hansen in England 336
K. Der innere Zerfall der Hanse. . . . 338
6. Westeuropa im Zeitalter der Entdeckungen 340
A. Die wirtschaftlichen Rückwirkungen der iberischen Ausdehnungspolitik auf das übrige Europa 340
a) Die Fortsetzung des Kampfes mit dem Islam und die Mittelmeervölker . . 340
b) Die Venezianer in der Levante . . 341
c) Die Rückwirkung der Entdeckung Amerikas auf die Alte Welt 342
d) Die Rückwirkung der portugiesischen Entdeckungen auf Europa 344
B. Geldwirtschaft und Großkapital . . . 345
a) Die Geldfürsten des 16. Jahrhunderts 345
b) Syndikate und Ringe im 16. Jahrhundert. 345
c) Die Fugger und die andern oberdeutschen Häuser 346
d) Die Genuesen und Florentiner . . 347
e) Die Meß- und Börsenplätze des 16. Jahrhunderts 348
f) Der Zusammenbruch des internationalen Großkapitals 350
7. Das Zeitalter des Merkantilsystems 350
A. Die Zunahme der europäischen Bedürfnisse und der Welthandel 350
B. Die Handelsvorherrschaft der Niederländer 351
C. Der wirtschaftliche Aufschwung Englands vom 16. bis zum 17. Jahrhundert 353
a) Die selbständige Wirtschaftspolitik der Tudors 353
b) Der Wettbewerb zwischen England und Holland 354
D. Frankreich, Colbert und das Merkantilsystem überhaupt 355
E. Der neue hundertjährige Krieg zwischen Frankreich und England 357
F. Deutschland 360
a) Das Deutsche Reich 360
b) Preußen und Österreich. 360
8. Auf dem Wege zur Weltwirtschaft . 362
A. Die Wirtschaftslehre der Aufklärung . 362
B. Die französische Revolution und das Kaiserreich. 364
C. Krieg und Frieden seit 1815 365

Digitized by Google

Seite

D. Erneute Ausbreitung der Europäer über die Erdoberfläche 365
E. Weltwirtschaft und Verkehrsmittel . . 367
F. Geld und Kredit 369
G. Die europäische Landwirtschaft . . . 371
H. Industrie und Handel 371

VI. Das abendländische Christentum und seine Missionstätigkeit seit der Reformation. Von Wilhelm Walther.

1. Die Spaltung der Kirche in Konfessionskirchen 374
A. Die deutsche Reformation (1517—55) . 374
B. Die Festigung der Konfessionskirchen (1555—1648) 379
2. Die einseitige Ausbildung der religiösen Richtungen (1650—1750) . . 387
A. Orthodoxie, Pietismus, Freidenkertum in der evangelischen Kirche 387
B. Siege des Jesuitenordens 393
3. Die Herrschaft des Freidenkertums (1750—1815) 396

Seite

A. Das Freidenkertum und die katholische Kirche 396
B. Die Aufklärung in der evangelischen Kirche 399
4. Die Restauration und die neue Ausprägung der Gegensätze 402
A. Die Wiederherstellung der Kirche (1814 bis 1840) 402
B. Neue religiöse Gegensätze (1840—70) . 405
C. Der Kulturkampf 410
D. Die Missionstätigkeit des 19. Jahrhunderts 414
a) Die innere Mission 415
b) Die äußere Mission 416
α) Amerika 417
β) Afrika 417
γ) Asien 418
δ) Australien und Ozeanien . . . 419
E. Neue Bahnen 420
5. Wirkungen des Weltkrieges und der Revolution 422
Bibliographie 433
Register 444

Verzeichnis der Beilagen.

Farbige Tafel.

Seite
Die Anfänge des sächsischen Eisenbahnwesens 368

Schwarze Tafeln.

Die Emser Depesche (mit Textblatt). . . . 68
Wichtige Stücke aus dem Versailler Vorfrieden und dem Frankfurter Friedensvertrage . . 84
Belgisches Aktenstück (mit Textblatt) . . . 198
Anfang und Schluß der Botschaft Kaiser Wilhelms II. an Präsident Wilson vom 10. August 1914 221
Der letzte Mann S. M. S. „Leipzig" in der Seeschlacht bei den Falklandinseln am 8. Dezember 1914. — Versenkung von S. M. S. „Ayesha" durch seinen Kommandanten v. Mücke am 16. Dezember 1914 282
Deutsches Kriegsplakat I und II. — Französisches Hetzbild 290
Kölnische Rentkaufsurkunde von 1419, März 27. 321

Seite
Altrussisch-niederdeutsche Urkunde (mit Textblatt) 324
Hanseschiffe des 14. und 15. Jahrhunderts. — Die alte Börse in Amsterdam 329
Luthers Handschrift. — Eine abessinisch-christliche Prozession (mit Textblatt) 384

Karten.

Karten zur Geschichte Italiens. — Preußen im 19. Jahrhundert 5
Deutscher Zollverein. Deutsch-dänischer Krieg 1864. — Der Krieg von 1866 (mit Textblatt) 40
Der Krieg von 1870/71. — Karten zur Geschichte des Weltkrieges I 72
Entwickelung des britischen Kolonialreiches . 167
Karten zur Geschichte des Weltkrieges II—V . 224
Der Atlantische Ozean. — Die Ausdehnung der Hanse 298

Digitized by Google

Verzeichnis der Abbildungen im Text.

	Seite
Papst Pius IX.	15
Graf Helmut von Moltke	21
Der Bundesgesandte v. Bismarck	25
König Johann von Sachsen	29
Extrablatt der „Kölnischen Zeitung“ vom 12. Juli 1870	66
Bismarck verliest die franz. Kriegserklärung	69
Die Siegesdepesche von Gravelotte	72
König Wilhelms Ritt um Sedan	74
Bismarck und Napoleon III. am Morgen nach der Schlacht bei Sedan	75
Fürst Bismarck als Kanzler des geeinten Deutschen Reichs	83
Das Staatssiegel des Deutschen Reiches	85
Bismarck als Greis	87
Kaiser Wilhelm II.	89
George Clemenceau	105
König Viktor Emanuel III. von Italien	107
Der Friedenspalast im Haag	111
Ansprache des Kaisers an das Volk am 31. Juli 1914	135
Lloyd George	142
Königin Viktoria von England	151
„Tausch ist nicht Diebstahl.“ Englische Karikatur	153
Charles Robert Darwin	155
Benjamin Disraeli	157
König Georg V. von England	199
Lord Edward Grey of Fallodon	209
Ausmarsch der Gardekürassiere aus Berlin 1914	225
Zerschossenes Fort von Lüttich	226
Abzug der kriegsgefangenen Besatzung von Maubeuge	227
Césaire Joffre	229
Der englische Kriegsminister Lord Kitchener	233
Der Eingang in das Fort Douaumont	234
Generalfeldmarschall von Hindenburg	235
Erich Ludendorff	237
Das zerstörte Ypern	241
Der russische Oberbefehlshaber Großfürst Nikolai Nikolajewitsch	246
Der österreichisch-ungarische Generalstabschef Freiherr Conrad v. Hötzendorf	247
Der Lowtschen in Montenegro	257
General Graf Luigi Cadorna	261
General von Lettow-Vorbeck	271
Admiral Reinhold Scheer	277
Vizeadmiral Graf Spee	282
Der kleine Kreuzer „Emden“	283
Ankunft des ersten deutschen Handels-U-Bootes „Deutschland“ im Hafen von Baltimore	287
Prager Groschen des Königs Wenzeslaus II. von Böhmen	318
Gelöschter Schuldeintrag aus dem Jahre 1367 im Handlungsbuch des Hamburger Kaufmanns Ricko von Gelderfen	319
Sterling (Penny) König Heinrichs III. von England	321
Das Haus der Großen Gilde in Reval	323
Die deutsche Brücke in Bergen	332
Marktplatz mit Rathaus und Marienkirche zu Lübeck	334
Jürgen Wullenweber	336
Zechine des Dogen Peter Gradenigo	343
Georg Giße, Kaufmann vom Stahlhof in London	347
Die alte Börse in Leipzig	349
Jean Baptiste Colbert	355
Goldwäger	357
Sir Richard Arkwright	358
James Watt	359
A. R. Jacques Turgot, Baron de l'Aulne	363
Karl Friedrich Gauß	370
Wilhelm Eduard Weber	371
Luthers 95 Thesen	375
Luther als Junker Jörg	377
Originalhandschrift des Lutherliedes „Ein' feste Burg“	378
Zeitgenössisches Flugblatt auf die Bartholomäusnacht	383
Huldreich Zwingli	384
Paul Gerhardt	388
Die Thomaskirche in Leipzig	389
Philipp Jakob Spener	391
Bedrohung einer protestantischen Dame mit der Dragonade	395
Voltaire	396
Papst Leo XIII. in der St. Peterskirche zu Rom	413
Das Vaterunser in chinesischer Sprache	417
Papst Pius X.	421
Papst Benedikt XV.	429

Digitized by Google

I. Die Einigung Italiens und Deutschlands (1859—66).

Von **Heinrich Friedjung.**

1. Vorbemerkungen.

Das größte politische Ereignis des 19. Jahrh. ist die gleichzeitig erfolgte Aufrichtung der staatlichen Einheit des deutschen und des italienischen Volkes. Sie veränderte das Antlitz Europas stärker als irgendein Ereignis seit der Reichsschöpfung Karls des Großen. Das Volksgefühl ist so alt wie die Völker, und auch die Geschichte der beiden zersplitterten Nationen weist fast in jedem Menschenalter Mahnungen zur Erhebung auf. Von Dante und Petrarca über Machiavelli und Julius II. („Hinaus mit den Barbaren aus Italien!") bis Alfieri und Ugo Foscolo reißt die Reihe kaum jemals ab. Ähnlich unter den Deutschen. Nur tönten die Weckrufe der Schriftsteller der deutschen Renaissance, Huttens voran, dann Pufendorfs oder Klopstocks nie so leidenschaftlich, weil das deutsche Volk auch während seiner Zersplitterung stets Fremdherrschaft abzuwehren vermochte. Zuletzt hob die geistige Blüte des 18. Jahrh. das Volksgefühl: die deutsche Nation wurde sich des Zusammenhangs ihrer Volksstämme bewußt. Die geistige Kultur der Deutschen wäre indessen eine „taube Nuß" (David Strauß) geblieben, wenn sie nicht schließlich den Nationalstaat gezeitigt hätte. Träger der Einheitsbewegung in Deutschland wie in Italien waren nur die Gebildeten. Mächtige Förderung fand ihr Streben indessen durch die Weltwirtschaft (S. 362ff.); denn Straßen, Schiffsverkehr und Eisenbahnen brachten die einzelnen Volksteile einander näher. Dem Gelehrten und Schriftsteller schloß sich der Fabrikant an, der für den Absatz auch außerhalb seines Vaterländchens arbeitete, und der Kaufmann, den die Zollschranken beengten. Erst viel später folgten die Männer des Staates und des Heeres jenen Anregungen.

In Italien wußten die Generäle und Offiziere des durch Napoleon I. geschaffenen italienischen Heeres von vornherein, wie wichtig ein kräftiger Staatswille zur Erziehung ihres Volkes sei; von ihnen ging die 1821er Erhebung (Bd. VII, S. 319) zum großen Teil aus. Ebenso schlugen sich die Offiziere der kleineren italienischen Heere zwischen 1859 und 1861 zum großen Teil auf die Seite König Viktor Emanuels. Erst zuletzt wurden die Massen von der Bewegung ergriffen, die in Italien vielfach bis zur Jahrhundertwende der neuen Ordnung gleichgültig gegenüberstanden, während sie in Süddeutschland und Hannover, z. T. sogar am Rhein hie und da noch partikularistisch gesinnt waren.

Als Garibaldi gegen das Heer des Königs von Neapel zog, wollten sich dessen gemeine Soldaten willig für seine Sache schlagen und fühlten sich von Generälen und Offizieren verraten. Es ist Tatsache, daß die

Digitized by Google

neapolitanischen Bourbonen im niederen Volke nicht geringen Anhang besaßen. Die katholische Geistlichkeit Italiens war geteilt; ihre Spitzen waren Anhänger der alten Ordnung, während die niedere Geistlichkeit der Bewegung zustimmte. Die Bettelmönche Siziliens schwärmten geradezu für Garibaldi, und der neapolitanische General Bosco mußte, als er gegen ihn zog, in einem Tagesbefehle seine Soldaten davor warnen, sich im Beichtstuhl in ihrer Treue zu ihrem König erschüttern zu lassen. Nicht weniger als 8493 Priester baten 1862 in einer Bittschrift den Papst Pius IX., der Einigung Italiens kein Hindernis entgegenzusetzen.

Von Deutschland ging zu Anfang des 19. Jahrh. die auf Staatseinheit hinzielende moderne Nationalitätsbewegung aus. Der in der inneren Entwickelung vorbereitete Gedanke bedurfte aber einer Einwirkung von außen, der Gewaltherrschaft Napoleons, um lebendige Kräfte zu entfalten. Die Nation erkannte, daß sie ihre Unabhängigkeit nur durch Einigkeit erringen und durch Einheit bewahren könne; im Freiherrn vom Stein fand der Gedanke von Kaiser und Reich den größten Anwalt. Doch war die Abschüttelung der Fremdherrschaft zunächst wichtiger als die formale Einheit. In der 1812 dem Zaren überreichten Denkschrift bezeichnete es Stein, da sich die Monarchie der Ottonen und der Staufer nicht mehr aufrichten lasse, als wünschenswert, daß Deutschland, dem Laufe des Mains entsprechend, zwischen die beiden Großmächte Preußen und Österreich geteilt werde. Freilich hätte er diese Lösung nur als ein durch die Verhältnisse gebotenes Auskunftsmittel betrachtet. „Ich habe nur ein Vaterland", schrieb er 1812 nach London an den Grafen zu Münster, „das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teile desselben angehöre, so bin ich nur ihm und nicht einem Teile desselben von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblicke großer Entwickelung vollkommen gleichgültig. Es sind bloße Werkzeuge ..." Steins Wirksamkeit auf dem Wiener Kongreß, wo er vergebens für Kaiser und Reichstag eintrat, blieb dem nächsten Geschlecht ein großes Vorbild. Von Deutschland, wo Arndt, Körner, Uhland, Rückert in gleichem Sinne dichteten, strahlte der Nationalitätsgedanke aus. Doch hatte Napoleon auch die Italiener und die Polen aufgerüttelt, die ersteren, indem er wenigstens Mittelitalien und Oberitalien (außer Piemont) zum Königreich Italien vereinigte; die letzteren, indem er ihnen das Lockbild der Wiederherstellung ihres Staates hinhielt. Der erste Aufruf zur Einigung Italiens ging bezeichnenderweise von Murat aus, der, als er 1815 gegen die Österreicher zog, die Nation für sich gewinnen wollte und durch den Bologneser Professor De Rossi, der 1848 als liberaler Minister des Papstes ermordet worden ist (Bd. VII, S. 385), einen entsprechenden Aufruf verfassen ließ. Von Deutschland empfingen später dann auch die Völkerschaften der österreichischen Monarchie die Anregung zu gleichen Bestrebungen.

Zwischen Deutschland und Italien bestand der Unterschied, daß dort die geschichtliche Entwickelung an das frühere Reich anknüpfen konnte, während hier seit den Zeiten der Römer keine staatliche Einheit vorhanden gewesen war. In Italien war die Einheit etwas Ungeschichtliches, und überall überwog bis in die Mitte des 19. Jahrh. der „Munizipalgeist". Als 1848 ins piemontesische Heer viele nicht einheimische Offiziere aufgenommen wurden, unterschieden die Soldaten noch lange scharf unter ihren Vorgesetzten zwischen „Piemontesen" und „Italienern", und als im Krimkriege 15000 Piemontesen an der Seite der Franzosen und Engländer kämpften, hörten die meisten von ihnen zum ersten Male, daß die fremden Völker sie als Italiener bezeichneten. Übrigens galt es in Deutschland, blühende Staatswesen zu einigen, in Italien dagegen zumeist verrottete (Kirchenstaat und Neapel) zu stürzen. In Deutschland mußte man mit überquellenden Kräften rechnen, mit der Eifersucht zweier Großmächte, neben denen eine Anzahl bildungsfroher, blühender kleinerer Staaten bestand. Italien dagegen stand in Abhängigkeit von den Österreichern, die man als Tedeschi, als Deutsche,

Digitized by Google

bezeichnete; jedoch nur in den österreichischen Gebieten und in Toskana, also unter der Herrschaft des Hauses Habsburg, bestand eine geordnete Verwaltung und eine Gesetzgebung, die selbst Piemont gegenüber weit fortgeschritten war. Daß das Papsttum als geistige Weltmacht der Einigung widerstrebte, bedeutete für Italien ein großes Hindernis.

2. Die Einigung Italiens.

A. Rückblick auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts.

a) Das Zeitalter der Verschwörungen.

Die Erhebungen von 1821 in Neapel und in Piemont wie die von 1831 in der Romagna (Bd. VII, S. 339) bezweckten weit mehr die Einführung parlamentarischer Formen als die Erringung völkischer Einheit. Der Freiheitsgedanke war damals stärker als der nationale. Nur im Hintergrunde schwebte dem Geheimbunde der Carbonari die Einigung Italiens vor. Die Anhänger des Genuesen Josef Mazzini (1805—72; s. die Abbildung Bd. VII, S. 359) nehmen für ihn den Ruhm in Anspruch, daß er als erster den Einheitsgedanken folgerichtig bis zu Ende dachte und ihm sein ganzes, von Begeisterung getragenes und durch Mißerfolge ungebeugtes Leben widmete.

„Ich habe", so sagte er einmal nach dem Kriege von 1859, „die Italiener das Wort Einheit erst lallen gelehrt." Den Plan, einen Bund unter dem Namen des „jungen Italien" zu gründen, dessen Ziel die Schöpfung einer italienischen Republik war, faßte er, als er, 1830 von der piemontesischen Regierung als Mitglied der Carbonaria verhaftet, durch mehrere Monate als Gefangener auf der Festung Savona saß. Schwärmerisch und gottgläubig gab er den Schlachtruf aus: „Gott und das Volk!" Über seine Empfindungen als Gefangener schrieb er später: „Ich sah Rom, wie es im Namen Gottes und eines republikanischen Italiens den Nationen ein gemeinsames Ziel und die Grundlage einer neuen Religion schenkte. Und ich sah Europa, wie es, müde des Skeptizismus, des Egoismus und der Anarchie, den neuen Glauben mit begeisterten Zurufen aufnahm. Das waren meine Gedanken in meiner kleinen Zelle zu Savona." Vor keinem Mittel von der Verschwörung bis zum Meuchelmord schreckte er zurück. Alle Aufstände und Verschwörungen, die er anzettelte, mißlangen; aber selbst unter schweren Gewissensbedenken, ob er das Recht habe, so viele hochbegabte Genossen in Tod und langjährige Kerkerhaft zu jagen, hielt ihn der Gedanke aufrecht, daß nur so die nationalen Ideale im Volke wachzuhalten seien. Endlich ließ er die Mitglieder seines Geheimbundes geloben: „bei der Röte, die mein Gesicht färbt, wenn ich angesichts der Bürger anderer Länder stehe und mich überzeuge, daß ich kein Bürgerrecht, kein Vaterland und keine nationale Fahne besitze ... bei den Tränen italienischer Mütter um ihre auf dem Schafott, im Kerker oder im Exil verstorbenen Söhne ... schwöre ich, mich selbst gänzlich und für immer dem gleichen Zwecke zu weihen, ein einiges, freies, unabhängiges, republikanisches Italien zu schaffen, mit allen in meiner Macht stehenden Mitteln ..."

Der Geheimbund verbreitete sich über Italien und überall, wo Italiener lebten. Josef Garibaldi hörte zum erstenmal von ihm, als er 1833 als Kapitän eines kleinen Handelsschiffes zu Taganrog am Schwarzen Meer in einem Wirtshause saß und an einem Nebentische das Gespräch ihm unbekannter italienischer Schiffer und Kaufleute vernahm. „Sicher empfand Kolumbus", so schrieb er 1871, „keine so große Genugtuung über die Entdeckung von Amerika, wie ich sie fühlte, jemand gefunden zu haben, der die Befreiung des Vaterlandes anstrebte." Er schloß sich dem feurigen Sprecher jener Tischgesellschaft, dessen Name Cuneo war, herzlich an und eilte, von ihm mit einer Empfehlung versehen, zu Mazzini, der damals zu Marseille seine Verschwörungen spann. Garibaldi beteiligte sich im Februar 1834 an einer der vergeblichen Erhebungen, wurde zum Tode verurteilt und begab sich nach Argentinien, wo er seine ersten Kriegserfahrungen sammelte. Lange folgte er der Führung Mazzinis, wenn er ihm auch innerlich nie näher trat, weil beider Naturen zu verschieden waren. Garibaldi

Digitized by Google

nannte den Genuesen den „zweiten Unfehlbaren"; aber er schätzte ihn so hoch, daß er ihn 1864 bei einem zu seinen Ehren in London gegebenen Festmahl als seinen Meister feierte.

b) Die Anfänge der konstitutionellen Einigungsbewegung.

Nur bis etwa 1845 hat Mazzini im Mittelpunkte der italienischen Bewegung gestanden. Von da an wandte sich der gesamte Mittelstand der Sache der Freiheit zu: die Verschwörungen verloren ihre Bedeutung, und das ganze Sektenwesen (den Carbonari und dem jungen Italien hatte die Reaktion den Geheimbund der Sanfedisten entgegengesetzt; vgl. Bd. VII, S. 339) geriet in Mißachtung. Ein größerer Zug ging durch das öffentliche Leben. Der einseitige, blinde Republikanismus galt nicht mehr allein; die Führer der Bewegung begannen mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, und insbesondere die Piemontesen arbeiteten auf die konstitutionelle Monarchie hin. Mazzini dagegen haßte das Haus Savoyen wie jede andere Dynastie; zwei seiner Verschwörungen waren gegen Piemont gerichtet, so daß hier das Todesurteil über ihn ausgesprochen wurde.

Von Piemont gingen die neuen Gedanken aus. Der edle Priester Vincenzo Gioberti stellte das Programm auf, ganz Italien solle sich um den Papst scharen und ihm als Führer im Unabhängigkeitskampfe folgen. Piemontesische Edelleute, Graf Cesare Balbo, Marchese Massimo d'Azeglio und den größten von ihnen, Graf Camillo Cavour (s. die Abbildung Bd. VII, S. 352), erfüllte die Überzeugung, dem konstitutionellen Piemont gebühre die Führung Italiens. Sie alle erwuchsen auf dem Boden konservativer Anschauungen, mit starker Betonung der monarchischen Gewalt, im Bewußtsein, daß im Heer und im Beamtentum Piemonts eine ehrenwerte Kraft vorhanden sei. In der Revolution von 1848, die nur einig war in der Bekämpfung der Fremdherrschaft, stritten die noch nicht geklärten Ansichten wirr durcheinander. Die Hoffnung, Papst Pius werde dauernd für den großen Gedanken gewonnen werden, zerrann bald. In der ganzen Erhebung überwog noch weitaus der föderalistische Gedanke. Venedig und Rom erklärten sich unter Daniele Manin und unter Mazzini für selbständige Republiken; selbst die Lombardei schloß sich nur halb widerstrebend Sardinien an. De Rossi, der Minister des Papstes, wünschte bloß einen Bund der souveränen Fürsten Italiens, nicht ein einheitliches Parlament. In Piemont stand der bürgerliche Mittelstand dem monarchischen Militärstaate mißtrauisch gegenüber, und Cavour, der die königliche Autorität verteidigte, war 1849 einer der unbeliebtesten Männer. Schon damals stand er im Gegensatze zu Urbano Rattazzi, dem nachmaligen Führer der bürgerlichen Kreise. So unterlag Italien den Waffen Radetzkys (Bd. VII, S. 371); dem römischen Freistaate machte Napoleon als Präsident der französischen Republik ein Ende, weil er nicht ganz Italien von den Österreichern unterwerfen lassen wollte. Die heldenmütige und längere Zeit erfolgreiche Verteidigung Roms durch Garibaldi (s. die Abbildung Bd. VII, S. 385; an der Stätte dieses denkwürdigen Kampfes, auf der Höhe des Janiculus, steht jetzt sein riesengroßes Denkmal) erhob ihn zum Lieblingshelden der Nation, während Mazzinis republikanische Redensarten den verständigen Italienern allgemach schal erschienen.

Aus den Kämpfen von 1848 und 1849 blieb den Italienern der Eindruck, daß nur Piemont den österreichischen Waffen im offenen Kampf entgegentreten könne. König Karl Albert war sichtbar das Opfer der Einheit Italiens; als gebrochener Mann starb er nach Niederlegung der Krone in einem portugiesischen Kloster. Indem sein Sohn Vittor Emanuel als einziger unter den italienischen Fürsten die 1848 gewährte Verfassung aufrecht erhielt, wurde er zum Mittelpunkte der Hoffnungen Italiens. Im Jahre 1852 erreichte

Digitized by Google

KARTEN ZUR GESCHICHTE ITALIENS.

Bibliographisches Institut, Leipzig

PREUSSEN IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT.

PREUSSEN
Nach dem Wiener Kongreß 1815.
Preussen nach dem Tilsiter Frieden 1807
Infolge der Befreiungskriege wieder erworbene u. neuerworbene Gebiete.
Nicht wiedererlangter Besitz v. 1806.
Österreichisches Gebiet.
Deutsche Bundesfestung.
NORD SEE
OSTSEE
POLEN
Bornholm
Rügen
Königsberg
Danzig
Berlin
Breslau
Krakau
Warschau
Posen
Hannover
Frankfurt
Dresden
Prag
Wien
München
Stuttgart
Straßburg
Metz
Koblenz
Köln
Aachen
Amsterdam
Brüssel
Paris
FRANKREICH
SCHWEIZ
Genf
Mailand
Turin
Venedig
Triest
Salzburg
Steiermark
Böhmen
Mähren
Galizien
Ungarn
Sandomir
Lublin
Thorn
Graudenz
Stettin
Rostock
Lübeck
Hamburg
Bremen
Oldenburg
Münster
Kassel
Leipzig
Nürnberg
Regensburg
Augsburg
Innsbruck
Verona
Pressburg
Ofen
Pest
Debreczin
Lemberg
Tarnopol
Kiew
Petersburg
Moskau
Riga
Memel
Tilsit
Gumbinnen
Insterburg
Allenstein
Marienwerder
Bromberg
Posen
Liegnitz
Glogau
Sagan
Görlitz
Cottbus
Frankfurt
Potsdam
Magdeburg
Halle
Erfurt
Eisenach
Fulda
Hanau
Mainz
Trier
Aachen
Düsseldorf
Münster
Osnabrück
Minden
Hannover
Braunschweig
Hildesheim
Göttingen
Kassel
Marburg
Gießen
Wetzlar
Siegen
Limburg
Wiesbaden
Darmstadt
Heidelberg
Karlsruhe
Freiburg
Basel
Konstanz
Ulm
Augsburg
Ingolstadt
Landshut
Passau
Linz
Salzburg
Innsbruck
Bozen
Trient
Brixen
Meran
Verona
Mantua
Modena
Parma
Piacenza
Genua
Nizza
Chambéry
Lyon
Straßburg
Nancy
Metz
Trier
Koblenz
Bonn
Köln
Aachen
Lüttich
Namur
Brüssel
Gent
Antwerpen
Amsterdam
Rotterdam
Haag
Utrecht
Groningen
Leeuwarden
Emden
Bremen
Hamburg
Lübeck
Rostock
Stettin
Stralsund
Greifswald
Swinemünde
Kolberg
Köslin
Stolp
Lauenburg
Danzig
Elbing
Marienburg
Graudenz
Thorn
Bromberg
Posen
Gnesen
Kalisch
Lodz
Petrikau
Radom
Lublin
Sandomir
Tarnopol
Lemberg
Brody

Cavour das nächste Ziel seines berechtigten Ehrgeizes: nachdem er sich mit Rattazzi und den bürgerlichen Liberalen verbunden hatte, wurde er mit der Leitung der Regierung betraut. Alsbald bezeichnete er das kurz vorher niedergeworfene Piemont offen als den Vorkämpfer im nächsten Unabhängigkeitskriege. Seine Waffen holte er aus der Rüstkammer der klugen Minister, die im 17. und 18. Jahrh. den Herzögen von Savoyen geholfen hatten, sich zwischen Frankreich und Österreich zu behaupten. Er war der Erbe der alten savoyischen Hauspolitik, jedoch in einer größeren, unter der Herrschaft des nationalen Gedankens stehenden Zeit; er suchte und fand die Verbindung mit dem Manne, den die Republikaner Italiens aufs tiefste haßten, gegen dessen Leben sie mehr als eine Verschwörung anzettelten.

c) Das Eingreifen Napoleons III. und der Rücktritt Cavours.

Man darf fragen, ob in den Bonapartes das italienische Blut rege gewesen ist, als 1805 der erste Napoleon das Königreich Italien schuf, als 1830 sein Neffe in einen italienischen Geheimbund trat und sich als Napoleon III. schließlich mit Cavour zur Befreiung Italiens verband! Wohl möglich, wenn auch den Neffen bei dem Bündnis gewiß in erster Linie Gründe der Staatsklugheit und Machthunger bestimmten. Denn er betrachtete es als Vermächtnis seines Oheims, das Werk des Wiener Kongresses zu zerstören, und dies besonders in Italien (vgl. die beigeheftete Karte), wo Österreich die Erbschaft Frankreichs angetreten hatte. Überall gewann Napoleon für Frankreich Zuneigung, als er sich zum Anwalte des Nationalitätsgedankens aufwarf. In der letzten Falte seiner Seele lag dabei die Absicht, Frankreich auf Grund dieser Idee durch Belgien und Savoyen zu vergrößern und so alle französisch redenden Bevölkerungen mit dem Kaiserreiche zu vereinigen. Dagegen hielt er es für bedenklich, die Hand nach dem Rhein auszustrecken, wo sich ihm die Deutschen entgegenstellen konnte, die er die Rasse der Zukunft nannte.

Italien wollte er von der österreichischen Herrschaft befreien, aber nur, um dann als dessen Schutzherr zu walten. Deshalb lehnte er von vornherein den Gedanken der staatlichen Einheit der Halbinsel ab. Er verabredete zu Plombières (Bd. VII, S. 412) mit Cavour nur, daß Sardinien zu einem norditalienischen Königreich mit 10—12 Millionen Einwohnern erweitert werden solle. Ein mittelitalienisches Königreich, aus Toskana und dem größten Teile des Kirchenstaates bestehend, sollte davon ebenso unabhängig sein wie Neapel; der Papst sei auf das Gebiet der Stadt Rom und Umgebung zu beschränken und zum Ersatz dafür zum Vorsitzenden des italienischen Staatenbundes zu erheben. Napoleon behielt sich dabei vor, zum König Mittelitaliens seinen Vetter Josef, genannt Jérôme, zu erheben, was er Cavour verschwieg, während er ihm andeutete, daß er in Neapel gern den Sohn König Murats einsetzen wolle. Als Entgelt für seine Waffenhilfe bedang sich der Kaiser damals die Abtretung von Savoyen und Nizza aus.

Den Krieg von 1859 führten die Verbündeten mit Glück; aber es war ein furchtbarer Schlag für Italien, als Napoleon, vornehmlich aus Besorgnis vor den Rüstungen Preußens, am 11. Juli 1859 mit Kaiser Franz Josef den Vorfrieden von Villafranca schloß und seine Versprechen z. T. nicht einlöste. Da Venetien bei Österreich blieb, so war die Proklamation Lügen gestraft, mit der er am 3. Mai den Krieg eröffnet hatte: Italien solle frei werden „von den Alpen bis zur Adria". Cavour fühlte sich hintergangen, bloßgestellt. Sein alter Gegner Mazzini hatte vor dem Kriege seine Politik verhöhnt und die Italiener davor gewarnt, die Herrschaft Österreichs mit der Frankreichs zu vertauschen. So unklug diese Haltung des alten Verschwörers war, so schien er jetzt mit seiner Vorhersage recht zu behalten, daß Napoleon die Italiener betrügen werde. Die Leidenschaftlichkeit, die in Cavour schlummerte, brach mächtig in ihm hervor. Er eilte in das Hauptquartier Viktor Emanuels und forderte von ihm, er solle wie sein Vater Karl Albert die Krone niederlegen, um der Welt das von Napoleon

Digitized by Google

geübte Unrecht deutlich zu erweisen. So heftig trat er auf, daß sich die beiden Männer in hellem Zorne trennten. Cavour aber warf ohne weiteres sein Amt von sich: es war das klügste, was er tun konnte, um dem Vorwurfe des Verrats, den die republikanische Partei gegen ihn bereit hielt, die Spitze abzubrechen.

In heftigen Worten machte er seinem Unwillen in einem Gespräch mit dem Senator Joachim Pietri, dem Vertrauten Napoleons, Luft. „Ihr Kaiser hat mich entehrt", rief er aus, „ja, mein Herr, entehrt, entehrt hat er mich. Mein Gott, er hat mir sein Wort gegeben, hat mir versprochen, nicht aufzuhören, ehe die Österreicher völlig aus Italien vertrieben wären. Als Belohnung hat er sich Nizza und Savoyen ausbedungen. Ich überredete meinen König, anzunehmen, Italien dieses Opfer zu bringen. Mein König, mein guter, ehrlicher König traute meinem Wort und ging darauf ein. Und nun steckt Ihr Kaiser die Belohnung ein, und uns läßt er laufen ... Ich bin entehrt vor meinem König. Aber", so fügte Cavour hinzu, „aus diesem Frieden wird nichts, dieser Vertrag wird nicht vollzogen werden."

Eine der Ursachen, weshalb Napoleon so rasch Frieden geschlossen hatte, war die Besorgnis, die Italiener würden sich die volle staatliche Einheit erringen. Im Grunde hatte Cavour, so große Worte er auch von der Ehrlichkeit der piemontesischen Politik machte, seinerseits gleichfalls den Kaiser überlisten wollen. Denn auf seinen Antrieb und infolge der Agitationen des insgeheim von ihm geleiteten Nationalvereins hatten sich nicht bloß Parma und Modena, nicht bloß die Romagna gegen den Papst erhoben, sondern auch in Mittelitalien, in Toskana, in den Marken und in Umbrien waren die Behörden vertrieben worden; und überall wurde der Anschluß an ein einiges Italien gefordert. Allerdings hatte Viktor Emanuel auf Verlangen Napoleons dieses Ansuchen abgelehnt und nur den Oberbefehl über die überall sich bildenden Freischaren übernommen. Weiterem Ausgreifen wollte Napoleon einen Riegel vorschieben. Deshalb der rasche Abschluß des Waffenstillstandes, deshalb die Bestimmung des Friedens von Zürich vom 10. November 1859, daß Sardinien wohl die Lombardei erhalten, aber sich nicht über sie hinaus vergrößern dürfe. In Toskana, Parma und Modena sollte, wenn die Bevölkerungen damit einverstanden seien, die alte Ordnung wiederhergestellt werden, und der Kirchenstaat (dies galt als selbstverständlich) sollte wieder dem Papste gehorchen. Alle italienischen Staaten hätten einen Bund zu bilden, dem auch Österreich für Venedig beitreten wollte. Empört über diese den Italienern auferlegten Fesseln, sagte Cavour bei seinem Austritt aus dem Ministerium: „Nun gut, sie werden mich nötigen, den Rest meines Lebens mit Verschwörungen zuzubringen." Und in den letzten Briefen vor seinem Rücktritt forderte er insgeheim die Leiter der Bewegung in Mittelitalien auf, Waffen und Geld zu sammeln, treu auszuharren und sich dem Verlangen Napoleons zu widersetzen.

B. Das Ministerium Rattazzi.

Rattazzi (Bd. VII, S. 412), der Nachfolger Cavours, war ein beredter und gewandter Advokat, schmiegsam und deshalb dem König genehmer als Cavour, ein Kopf mehr zur Rede und zu Ränken als zum Handeln befähigt; Cavour hatte von ihm mit einem englischen Ausdruck gesagt, er sei der erste unter den Politikern zweiter Klasse. Der Volksstimmung entsprechend erklärte der neue Minister des Äußeren, Giuseppe Dabormida, schon am 23. Juli, daß Sardinien niemals in einen italienischen Bund eintreten werde, an dem auch Österreich teilnähme. Das gebot einfach die Selbsterhaltung, da sonst Piemont neben Österreich, dem Papst und Neapel stets in der Minderheit gewesen wäre.

Das neue Kabinett war schwankend, unsicher und hing so vom Willen Napoleons ab, daß es ohne dessen Zustimmung keinen Schritt wagte. Hier aber zeigte sich, daß das Einigungswerk nicht von der Geschicklichkeit einzelner Männer, sondern von der Haltung des ganzen

Digitized by Google

Volkes abgehangen hat. Es ist erstaunlich, mit welchem politischen Takte die verschiedenen italienischen Landschaften der Vereinigung mit Sardinien zugestrebt haben. Sofort nach dem Vorfrieden mußte die sardinische Regierung die Männer abberufen, die sie nach Bologna, Florenz, Modena und Parma zur Leitung der Bewegung entsendet hatte, so daß diese Gebiete auf sich allein angewiesen waren. Aber Toskana fand in Baron Bettino Ricasoli, die Romagna und die Herzogtümer in Luigi Carlo Farini, einem früheren Arzte, Führer, welche die Gemeinwesen verständig verwalteten und Volksabstimmungen leiteten, die sich für die Unterwerfung unter Viktor Emanuel aussprachen. Nur ganz ausnahmsweise kamen Gewalttaten gegen die verhaßten Werkzeuge der früheren Regierungen vor; sonst herrschte im allgemeinen Ordnung und eine fast rührende Begeisterung für die Einheit Italiens. Der Papst versuchte einen Rückschlag und eroberte tatsächlich am 20. Juli 1859 durch seine Schweizer Söldner Perugia, wobei es nicht an Gewalttaten und Plünderungen fehlte. Darauf schlossen die Romagna, Toskana und Modena ein Verteidigungsbündnis. General Manfredo Fanti organisierte im Oktober 1859 eine Wehrmacht von 40000 Mann, so daß der Papst weitere Angriffe unterließ. Da der Vertrag von Villafranca die Rückkehr der früheren Regierungen offen ließ, wofern fremdes Einschreiten unterbleibe, so rechneten der Papst und die Herzöge auf den Ausbruch der Anarchie, die einen Rückschlag hervorrufen würde. Sie hofften auf die Mazzinisten, und Walewski; der den Italienern abgeneigte Minister Napoleons (vgl. die Tafel bei S. 409 des VII. Bandes), sagte auch, sie seien ihm lieber als eine Partei, die sich Regierung nenne. Diese Hoffnung zerrann aber angesichts der verständigen Haltung der Mittelitaliener.

Kaiser Napoleon sah sich jetzt vor die unangenehme Wahl gestellt, die Italiener gewähren zu lassen oder die alte Ordnung mit Gewalt wiederherzustellen. Sollte aber der Befreier Italiens dem Lande den Krieg erklären? Noch weniger konnte er den geschlagenen Österreichern das Einschreiten gestatten. Zu wiederholten Malen erklärte er den Italienern, daß er auf der Durchführung seines föderalistischen Programms beharre. Man hat daran gezweifelt, ob der in diesem Sinne von ihm am 20. Oktober 1859 an Viktor Emanuel gerichtete Brief wirklich seine wahre Meinung ausgesprochen habe. Er forderte darin nochmals die Wiederherstellung der alten Ordnung in Mittelitalien und die Gründung eines italienischen Bundes, mit dem Papst an der Spitze. Dies war wirklich sein eigentlicher und letzter Gedanke; denn er war zu klug, um nicht vorauszusehen, daß ein geeinigtes und starkes Italien sich einst auch gegen Frankreich wenden könne. Er sagte deshalb in diesem Sinne zu dem Marchese Napoleone von Pepoli: „Wenn die Einverleibung die Apenninen überschreitet, dann ist die Einheit Italiens fertig, und ich will keine Einheit, ich will bloß und ausschließlich die Unabhängigkeit." Sein Programm wäre die für Frankreich günstigste Lösung gewesen, da es dann seine Hände stets in den italienischen Angelegenheiten gehabt hätte; das norditalienische Königreich, das ihm sein Dasein verdankte, hätte keine andere Stütze gegen Österreich und die übrigen Fürsten Italiens besessen. Genau das war es, was Cavour am meisten fürchtete; deshalb spornte er insgeheim die Führer Mittelitaliens an, sich den Absichten Napoleons nicht zu fügen. Tatsächlich boten Abordnungen aus der Romagna, Toskana und den Herzogtümern dem König Viktor Emanuel die Herrschaft an. Er konnte den Antrag nicht gegen den Willen Napoleons annehmen und versprach in seiner Antwort nur, er werde die Wünsche der Mittelitaliener Europa gegenüber vertreten.

Merkwürdigerweise hat Viktor Emanuel in diesen Verwickelungen einen Augenblick daran gedacht, Arm in Arm mit Mazzini die Fahne der Revolution gegen Napoleon zu

Digitized by Google

erheben. Durch Angelo Brofferio, den Führer der demokratischen Opposition im piemontesischen Parlament, den Gegner der Diplomatie Cavours, verhandelte der König mit dem alten republikanischen Verschwörer, den zuerst sein Vater und dann 1857 er selbst wegen der Organisation eines Aufruhrs in Piemont hatte zum Tode verurteilen lassen. Mazzini bewies in dieser Krise, daß ihm die Größe seines Vaterlandes höher stehe als jede andere Rücksicht. Dies ließ er dem König sagen und verlangte von ihm nur, er solle sich ganz von Napoleon, dem Antichristen der Republikaner, lossagen. Dafür bot ihm Mazzini die Revolutionierung von ganz Italien, Rom und Neapel eingeschlossen, an, worauf die Erhebung Viktor Emanuels zum König der Halbinsel erfolgen solle. Dann aber, so behielt Mazzini sich ausdrücklich vor, gedachte er, wie bisher, für die Republik und für die Vertreibung des Hauses Savoyen zu arbeiten. Der König soll zu Brofferio gesagt haben: „Versuchen Sie eine Verständigung; aber sorgen Sie dafür, daß der Staatsanwalt nichts davon erfährt." Indessen führten die Verhandlungen nicht zum Ziele; denn dem König schien das Spiel doch zu gefährlich. Mazzini versprach zudem damals gewiß mehr, als er halten konnte: gegen den ausgesprochenen Willen Napoleons, der den Papst und Rom nicht preisgegeben hätte, hätte sich das alles nicht ins Werk setzen lassen. Italien hatte die Unterstützung des Kaisers gegen Österreich nur deshalb erhalten, weil die monarchische Politik Cavours Napoleon die Gewähr bot, daß wenigstens in Italien die Revolutionäre, die seine Herrschaft in Frankreich bedrohten, an die Kette gelegt würden. Der Kaiser hätte, wie sein Verhalten 1867 deutlich genug beweist, gewiß Gewalt gegen Italien gebraucht, wenn auch Rom revolutioniert worden wäre; denn er mußte, da die französische Demokratie ihn unversöhnlich befehdete, wenigstens die klerikale Partei auf seiner Seite haben.

Garibaldi, der damals im Auftrag der provisorischen Regierung die Truppen Toskanas befehligte, bedachte das alles nicht und war bereits entschlossen, loszuschlagen und auf Rom loszurücken. Farini aber, der Diktator der Romagna und der Herzogtümer, trat ihm entgegen und bestimmte ihn, Mittelitalien zu verlassen. Nach Turin zurückgekehrt, wurde Garibaldi von Viktor Emanuel, der ja in diesen Anschlag eingeweiht war, mit Auszeichnung empfangen, und er richtete ein Schreiben an Italien, worin er die elende Fuchspolitik verdammte und die Italiener aufforderte, ausschließlich auf Viktor Emanuel ihre Hoffnung zu setzen. Dieser König besaß eben bei seiner äußeren Biederkeit genug natürliche Schlauheit, um mit allen, welche die Einheit Italiens fordern wollten, in gutem Einvernehmen zu bleiben. Darin zumeist liegt sein Verdienst um die Einheit Italiens.

C. Das zweite Ministerium Cavours.

Gegen Ende 1859 mußte sich Napoleon davon überzeugen, daß er ohne Gewalt sein Programm in Mittelitalien nicht durchsetzen könne. Dabei drohten ihm Nizza und Savoyen, die ihm vor dem Krieg als Preis zugesagt waren, zu entgehen. Sein Eigennutz und anderseits seine Vorliebe für die italienische Sache wirkten mit, um ihn zu bestimmen, Mittelitalien wenigstens zum Teil Viktor Emanuel zu überlassen. Um diese Schwenkung durchzuführen, wurde Walewski entlassen und der Liberale Eduard Anton Thouvenel, der Napoleons Vorliebe für Italien teilte, am 5. Januar 1860 zum Minister des Äußern ernannt. Mit dem Kabinett Rattazzi war aber die neue Politik nicht möglich, weil dieser Minister die Verantwortung für die Abtretung Savoyens und Nizzas nicht übernehmen wollte. Eine großzügige Politik war nur mit Cavour durchzuführen. Dieser lechzte nach der Macht, während Rattazzi vergebens ihm den Weg zu ihr zu verlegen suchte. Auch der König war von dem Minister-

Digitized by Google

tausche nicht sehr entzückt: er grollte Cavour noch von der „Szene" her, die dieser ihm nach dem Frieden von Villafranca gemacht hatte (S. 5). Die öffentliche Meinung dagegen, zumal in Mittelitalien, hoffte allein von Cavour die Erfüllung ihrer Wünsche. Da sein Ehrgeiz durch die Aussicht auf neue große Taten entflammt war, ließ er seine Freunde kräftig für sich arbeiten, so daß das Kabinett Rattazzi ihm am 16. Januar 1860 Platz machen mußte. Rattazzi und seine Amtsgenossen dachten nicht alle so unbefangen wie der Minister des Äußern Dabormida, der damals schrieb: „Ich war ungeduldig, ihm den Platz zu räumen. Er aber war noch ungeduldiger als ich selbst. Ich bedaure, daß er sich viel Mühe gegeben hat, die Pforten zu sprengen, die ihm weit offen standen. Aber er hat das Recht, ehrgeizig zu sein."

Napoleon, zu einer großen und durchgreifenden Politik nicht angelegt, maskierte mit Geschicklichkeit seine häufigen Schwenkungen und gab seinen Ränken den Schein edlen Handelns. Die Engländer, die ihm mißtrauten und in der Einverleibung von Nizza und Savoyen den Anfang einer weit ausgreifenden Eroberungspolitik erblicken mußten, beschwichtigte er, indem er am 23. Januar 1860 einen freihändlerischen Handelsvertrag schloß. Gleichzeitig machte er den Papst aufmerksam, daß Frankreich nicht mehr auf der Rückgabe der Legationen, der Romagna, Bolognas und Ferraras an den Kirchenstaat bestehe.

Diese Wendung der Politik Napoleons war niemand unangenehmer als dem Papst. Allerdings hatte Pius IX. dies sich selbst zuzuschreiben, weil er den verständigen Ratschlägen Napoleons Trotz entgegengesetzt hatte. Am 14. Juli 1859 hatte der Kaiser ihn in einem Brief aufgefordert, den bereits abgefallenen Legationen eine getrennte Verwaltung und eine vom Papst ernannte Laienregierung zu geben. „Ich beschwöre Eure Heiligkeit demütig", so hieß es in dem Briefe, „die Stimme eines ergebenen Sohnes der Kirche zu erhören, der dabei die Notwendigkeiten seiner Zeit begreift und weiß, daß Gewalt nicht hinreicht, so schwierige Fragen zu lösen. In der Entscheidung Eurer Heiligkeit sehe ich entweder die Keime einer Zukunft des Friedens und der Ruhe, oder Fortsetzung eines gewaltsamen, jammervollen Zustandes." Die Kurie erklärte jedoch, sie könne von den Grundsätzen der Regierung des Kirchenstaates nicht abgehen. Ja, der Papst erhob sogar Einspruch gegen die Gewährung der Religionsfreiheit, welche die provisorische Regierung zu Bologna zugestanden hatte. Jetzt zog Napoleon schärfere Saiten auf. Er ließ im Dezember 1859 eine Broschüre veröffentlichen: „Der Papst und der Kongreß", in der es hieß, daß eine Restauration der päpstlichen Herrschaft in Mittelitalien unmöglich geworden sei. Wohl sei für den Papst zur Behauptung seiner Unabhängigkeit ein weltlicher Staat notwendig; aber es genüge hierfür ein kleineres Gebiet. Und kurze Zeit später richtete Napoleon an Pius IX. ein neues Schreiben, worin er ihn aufforderte, der sich unaufhaltsam vollziehenden Einigung Italiens ein Opfer zu bringen.

Indessen war Cavour noch nicht am Ziel angelangt: am 17. Februar 1860 erfuhr Italien das neue unter den vielfach wechselnden Programmen Napoleons. Danach sollten nur Parma und Modena in Sardinien einverleibt werden; in den Legationen hätte Viktor Emanuel als Vikar des Papstes zu herrschen; Toskana aber müsse unabhängig bleiben: höchstens dürfe dort ein Prinz aus dem Hause Savoyen eingesetzt werden. Cavour begegnete jedoch der Weigerung Napoleons mit einem kühnen Schachzuge, den sich Rattazzi nie erlaubt hätte. Ohne den Kaiser zu fragen und gegen seinen Willen wurde im März 1860 eine Volksabstimmung in allen Provinzen Mittelitaliens, Toskana eingeschlossen, über die Frage vorgenommen, ob sie die Einverleibung in das Königreich Italien wünschten. Unter derselben Begeisterung wurden gleichzeitig die Wahlen für das Parlament Oberitaliens vollzogen. Alle Hauptstädte übertrugen Cavour ein Mandat, um ihm ihr Vertrauen auszudrücken.

Digitized by Google

Es war keine Redensart, als Napoleon in einer Rede am 1. März seinen Unwillen über die Eigenmächtigkeit Italiens aussprach. Cavour aber hatte sich klugerweise der Zustimmung Englands versichert, das ganz damit einverstanden war, daß Italien sich dem Einfluß Napoleons entziehe; Palmerston pries gerade damals Cavour ob seiner Kühnheit und seiner Taten im britischen Parlament.

Jetzt erst ging Cavour auf die förmliche Unterhandlung über die im Vertrage vom Januar 1858 zugesagte Abtretung von Savoyen und Nizza ein. Was sollte der Kaiser tun? Sollte er jetzt seinerseits die Erwerbung der beiden Provinzen aufs Spiel setzen? Vielleicht hätte er noch im letzten Augenblick die Einverleibung Toskanas verhindern können, wenn er erklärt hätte, unter diesen Umständen begnüge er sich mit Savoyen; aber nun war die Begehrlichkeit der Franzosen bereits aufgestachelt, und er mochte nicht mehr zurück. Napoleon gab damals das eigenste Interesse Frankreichs preis und wurde von Cavour überwunden. Es ist oft gesagt worden, und die weiteren Ereignisse haben es bestätigt, daß Cavour auf Napoleons schwankenden Sinn einen wahrhaft dämonischen Einfluß übte. Der Italiener war bis auf den Grund der Seele des französischen Kaisers gedrungen und wußte, was er sich erlauben dürfe. Indem er den Eigennutz Napoleons und seine empfindsame Beurteilung der italienischen Frage in Rechnung zog, konnte er bis zu einer gewissen Grenze mit ihm spielen.

Aber nur bis zu einer gewissen Grenze. Vergebens versuchte Cavour jetzt wenigstens Nizza für Italien zu retten; hier begegnete er der bestimmten Willensmeinung des Kaisers, der vor Frankreich bloßgestellt gewesen wäre, wenn er nachgegeben hätte. Am 24. März 1860 unterzeichneten Cavour und Benedetti den Vertrag. Als dies geschehen war, wandte der italienische Minister sich mit dem Aufblitzen seines Humors plötzlich zum Ohre Benedettis und sagte ihm leise: „Nicht wahr, jetzt sind wir Mitschuldige?"

Noch aber stand Cavour eine Leidenszeit bevor: die Debatte im italienischen Parlament. Die große Mehrheit des Volkes begriff allerdings, daß König Viktor Emanuel und Cavour nicht anders hatten handeln können. Rattazzi jedoch, der alte Nebenbuhler Cavours, stellte sich an die Spitze der Opposition; und er hatte eine starke Unterstützung an Garibaldi, der gegen die Abtretung seiner Vaterstadt Nizza an Frankreich stimmte. Von da an haßte er Cavour, der, wie er sagte, ihn zum Fremdling gemacht habe in seinem Vaterlande.

Garibaldi war vor allem darüber erbittert, daß Cavour ihn getäuscht hatte, indem er ein Jahr vorher auf seine direkte Frage die Abtretung Nizzas in Abrede stellte; nur so hatte er sich des Degens Garibaldis zum Befreiungskampfe versichert. Garibaldi rechnete es dagegen dem König hoch an, daß dieser ihm einige Monate später auf die Frage „ja oder nein?" die Wahrheit hatte antworten lassen. Viktor Emanuel fügte damals hinzu, daß, wenn er als König Savoyen, das Land seiner Ahnen, an Frankreich abträte, Garibaldi der Einheit Italiens zuliebe zum gleichen Opfer bereit sein müsse. Es wird erzählt, Cavour habe in dieser kritischen Zeit, um Garibaldi milde zu stimmen, diesem eine Zuschrift mit der kurzen Frage gesandt: „Nizza oder Sizilien?" So habe er den begeisterten Vaterlandsfreund zur Eroberung der Insel angetrieben. Diese Geschichte ist ganz unwahrscheinlich; denn sicher hätte Cavour vorher das norditalienische Königreich (4 Millionen Piemontesen, 2½ Millionen Lombarden, 4 Millionen Mittelitalienier) innerlich gefestigt und wirtschaftlich geordnet. Gewiß wäre dieses Staatswesen ohne den durch schlechte Verwaltung vernachlässigten eigentlichen Kirchenstaat und ohne die armselige Bevölkerung Neapels zu ansehnlicher Blüte gelangt. Für Norditalien wäre es ein Glück gewesen, wenn es nicht mit der Aufgabe belastet worden wäre, die halbbarbarischen Gebiete des Südens in den Kreis seiner höheren Bildung und seines größeren Wohlstandes zu ziehen. „Erst müssen wir uns organisieren", so sagte Cavour in diesen Tagen, „und ein starkes Heer schaffen; dann können wir unseren Blick nach Venetien und weiterhin nach dem Süden und nach Rom wenden." Es war also gewiß keine Heuchelei, wenn er bis zum März 1860 mehrmals Angebote nach Neapel gelangen ließ, um die Bourbonen zu bestimmen, nationale Politik zu treiben und sich mit dem norditalienischen Königreich zu verbinden.

Digitized by Google

D. Garibaldi.

a) Die sizilianische Unternehmung.

Doch der Genius des italienischen Volkes ging andere Wege: bald sah sich der umsichtige Staatsmann durch die Aktionspartei weiter fortgerissen, als er selbst wollte. Mazzini und seine Anhänger arbeiteten unaufhörlich an der Erhebung Siziliens; in ihrem Auftrage bereiste Francesco Crispi, der lange vorher von den neapolitanischen Gerichten zum Tode verurteilt worden war, unter Gefahren die Insel, überall Gleichgesinnte sammelnd, überall den Tag des Ausbruchs vorbereitend. Tatsächlich schlugen die Sizilianer an verschiedenen Stellen los; aber ihre Versuche waren hoffnungslos, wenn man nicht Garibaldi zum Zuge nach Sizilien bestimmte. Von vornherein erklärte er den Mazzinisten, daß er nur unter der Fahne „Italien und Viktor Emanuel" in den Kampf ziehen wolle; trotz seiner republikanischen Neigungen erkannte er mit hellem Sinne, daß Italien nur durch die Monarchie geeinigt werden könne. Auch Mazzini erklärte, wie im Jahre vorher, daß er sich dem ausgesprochenen Willen des Volkes vorerst fügen wolle.

Noch aber zögerte der gewissenhafte Garibaldi: auf ihm lastete die ungeheure Verantwortung, ob er die feurige Jugend Italiens in Gefahren und Tod führen dürfe, da doch alle bisherigen Anschläge gegen die Bourbonen im Blut ihrer Urheber erstickt worden waren. König Ferdinand II. von Neapel („Re Bomba" seit der grausamen Beschießung Messinas im September 1848) hatte die Soldaten seines Heeres an seine Person gefesselt; er war hartherzig, aber verschlagen und war durch seine volkstümliche Art bei den unteren Klassen des Festlandes beliebt. Die Sizilianer freilich haßten von jeher ihre neapolitanischen Herren, und keine Erinnerung war bei ihnen volkstümlicher als die der sizilianischen Vesper von 1282 (vgl. Bd. V, S. 320, 480). König Ferdinand war am 22. Mai 1859 gestorben; ihm folgte sein schwacher Sohn Franz II., eine weiche, religiöse, unselbständige Natur. Da der Aufstand in Sizilien niedergeschlagen wurde und zu erlöschen schien, widerriet auch Cavour dringend das Unternehmen Garibaldis, wenn er es auch später insgeheim durch Lieferung von Waffen und Munition unterstützen ließ. Denn vor der europäischen Diplomatie mußte Cavour die Verantwortlichkeit für den völkerrechtswidrigen Anschlag des Generals ablehnen.

Endlich faßte Garibaldi den Entschluß, sich am 5. Mai 1860 mit etwa 1000 Freiwilligen nach Sizilien einzuschiffen. Es begann sein Heldenzug und gleichzeitig das unübertreffliche Ränkespiel des Grafen Cavour; denn die gesamte europäische Diplomatie, Frankreich voran, erhob dagegen Einspruch, daß die italienische Regierung in tiefem Frieden ein kriegerisches Unternehmen gegen den Nachbarstaat gestattet habe. Cavour, von allen Gesandten bestürmt, erklärte ihnen, Garibaldi habe gegen den Willen der Regierung gehandelt, und ließ dem französischen Kaiser sagen, die Regierung sei zu schwach, um den Zug mit Gewalt zu verhindern, da sonst eine republikanische Empörung gegen den König zu befürchten wäre. Gleichzeitig damit traf Cavour Maßregeln, um von Garibaldi jede Gefahr abzuwenden. Konteradmiral Graf Carlo Pellion di Persano erhielt den Auftrag, sich mit seinen Schiffen zwischen die Fahrzeuge Garibaldis und die neapolitanische Flotte zu legen, die gegen Garibaldi auf der Lauer lag. Auf diesen absichtlich unklar gefaßten Befehl erwiderte Persano, er glaube verstanden zu haben: im Notfalle könne Cavour ihn nach Fenestrelles auf die Festung schicken: er mußte, falls der Zug mißlang, gefaßt sein, ebenso verleugnet zu werden wie Garibaldi.

Garibaldi landete am 11. Mai 1860 zu Marsala, dem Lilybäum der Alten. Er fand bei den Sizilianern nur geringe Hilfe; als er am 15. Mai bei Calatafimi mit den Truppen des Königs zusammenstieß,

556902

Digitized by Google

liefen die 2400 Sizilianer, die sich ihm angeschlossen hatten, auf den ersten Schuß davon, während er mit seinen Freiwilligen einen schönen Erfolg errang. In Palermo war übrigens alles zum Aufstande bereit; im Einvernehmen mit seinen dortigen Freunden wagte Garibaldi in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai trotz der großen Übermacht der bourbonischen Truppen einen kühnen Überfall. Das Volk nahm Partei für ihn; die Truppen des Königs wurden aus den Häusern beschossen und zogen in die Zitadelle ab, von der aus sie Palermo bombardierten. Auf der ganzen Insel erhob sich der Aufstand, und die zerstreuten Besatzungen zogen sich auf die Hauptplätze an der Küste, zumal nach Messina, zurück.

b) Die Vertreibung der Bourbonen aus Neapel.

Erschreckt über den Abfall der Insel, lenkte König Franz von Neapel ein; in seiner Not berief er liberale Minister und versprach eine freie Verfassung. Napoleon III. bat er um Hilfe. Dessen Haltung war sehr bezeichnend. Er eröffnete den Gesandten, daß er die Erhaltung des Königreichs Neapel wünsche, daß es aber nicht in seiner Macht stehe, der Volksbewegung Einhalt zu tun. Die Italiener seien fein und wüßten, daß er, nachdem er das Blut der Franzosen für ihre Befreiung verspritzt habe, nicht mit den Waffen gegen sie einschreiten könne. Er fügte dann hinzu: „Die Macht steht auf der nationalen Seite und ist unwiderstehlich. Ihr gegenüber stehen wir entwaffnet da.“ Er riet aber dem König von Neapel, Sizilien preiszugeben und Viktor Emanuel ein Bündnis anzutragen; dieses Angebot wolle er unterstützen. Dies geschah, und alle Großmächte traten dem Wunsche Frankreichs bei, selbst England, das bei aller Zuneigung zu den Italienern doch eine staatliche Zweiteilung der Halbinsel wünschte. Cavour war in der schwierigsten Lage: es war nicht möglich, Europa zum Trotz die Unterhandlung mit Neapel abzulehnen; aber er mußte fürchten, sein ganzes Werk zu gefährden, wenn er den verhaßten Bourbonen die Hand böte. Scheinbar ging er daher auf die Unterhandlung ein und ließ sogar den König einen Brief an Garibaldi schreiben, in dem dieser aufgefordert wurde, die Landung auf dem Festlande von Neapel zu unterlassen. Darauf antwortete Garibaldi dem König am 27. Juni: „Eure Majestät kennt die Hochachtung und die Liebe, die ich für Ihre Person hege; aber der Stand der Angelegenheit Italiens erlaubt mir nicht, Ihnen zu gehorchen, wie ich wollte. So erlauben Sie denn, daß ich Ihnen diesmal ungehorsam sei. Sobald ich aber meine Pflicht erfüllt habe und die Bevölkerungen von dem verabscheuten Joche befreit sind, werde ich mein Schwert zu Ihren Füßen niederlegen und Ihnen während des Restes meines Lebens gehorchen.“

Cavour aber drückte noch eine weitere Sorge. Garibaldi umgab sich auf seinem Zuge durch Sizilien fast nur mit Anhängern Mazzinis und war entschlossen, sobald Neapel befreit war, gegen Rom zu ziehen. Wenn aber die republikanische Aktionspartei das Beste zur Befreiung Italiens leistete, so war vielleicht das Schicksal der Monarchie entschieden. Während Cavour mit Neapel unterhandelte, setzte er alles daran, um auf dem Festland einen Aufstand hervorzurufen, durch den nicht Garibaldi, sondern Persano oder der König selbst zum Diktator ausgerufen würde. Er trat in Verbindung mit einem der Minister des Königs von Neapel, Liborio Romano, der ebenso wie Ferdinands II. Generaladjutant Alessandro Nunziante Duca di Majano zum Verrat bereit war. Durch letzteren hoffte Cavour einen Teil des neapolitanischen Heeres zum Aufstande zu bewegen. An Persano schrieb er: „Verlieren Sie, Admiral, nicht aus den Augen, daß die Augenblicke entscheidend sind. Es handelt sich darum, die größte Unternehmung der Neuzeit durchzuführen, indem man Italien vor den Fremden, vor den schlechten Grundsätzen und vor den Narren schützt.“ Aber Nunziante, den Verdacht der bourbonischen Regierung erweckend, mußte auf die piemontesische Flotte flüchten; der Oheim des Königs, Prinz Ludwig Graf Aquila, der für die italienische Sache gewonnen zu

Digitized by Google

sein schien, mußte auf Befehl seines Neffen das Königreich verlassen. Garibaldi mußte die Bourbonen stürzen. Er landete am 19. August 1860 an der Küste der Halbinsel bei Melito, und unaufhaltsam zog er auf Neapel zu. Die gegenerischen Generäle standen mit ihren Herzen auf italienischer Seite; die Soldaten, die den Bourbonen anhingen, glaubten sich verraten und erschlugen am 25. August zu Mileto den General Fileno Briganti, nachdem er die Kapitulation mit Garibaldi abgeschlossen hatte. Begeistert wurde Garibaldi überall empfangen: das niedere Volk betrachtete ihn als unverwundbaren Helden. Als er am 7. September 1860 mit seinen 18000 Freiwilligen in Neapel einzog, wurde er von Liborio Romano als Befreier begrüßt; der König zog sich mit seinem 60000 Mann starken Heer in eine feste Stellung am Volturno zurück. Nun war ein großer Augenblick gekommen. Den Anhängern Mazzinis in der Umgebung Garibaldis lag alles daran, zu verhindern, daß das Volk von Neapel zur Abstimmung berufen werde, ob es Viktor Emanuel zum König wünsche. Sie bestärkten Garibaldi in dem Gedanken, unmittelbar gegen Rom aufzubrechen, die französischen Truppen zu vertreiben und der Priesterherrschaft ein Ende zu machen. Garibaldis Brust war von den bisherigen Erfolgen geschwellt; er war der Schmeichelei zugänglich und führte es nur auf Cavours Neid zurück, wenn König Viktor Emanuel nicht den edlen Antrieben seines Herzens folgend ihm den Weg nach Rom und Venedig freigäbe. Als Cavour seinen Vertrauten, den Sizilianer Giuseppe La Farina absandte, um sich mit Garibaldi in Verbindung zu setzen, tat dieser ihm den Schimpf an, La Farinas Verbannung aus Sizilien anzuordnen. Anfangs ließ sich Garibaldi den vom König gesandten Agostino Depretis als Prodiktator gefallen; am 18. September aber ersetzte er ihn, weil der Verbindung mit Cavour verdächtig, durch den Mazzini nahestehenden Antonio Mordini. So konnte Garibaldi Italien gleichzeitig in einen Krieg mit Frankreich und Österreich verwickeln. Denn mißmutig sah Kaiser Napoleon nach Neapel, wo sich ein revolutionärer Herd bildete, von dem aus seinem Thron Verderben drohte.

E. Cavours Ausgang.

a) Castelfidardo.

Da griff Cavour wieder mit dem kühnsten Entschlusse durch. Überzeugt, daß die Monarchie und die gesetzliche Regierung Norditaliens ebensoviel zur Einigung der Halbinsel beitragen müsse wie Garibaldi, riet er dem König, mit seinem Heer in das päpstliche Gebiet einzurücken und es — mit Ausnahme des von Napoleon geschützten Rom — zu besetzen, nach Neapel zu ziehen und das Heer des bourbonischen Königs, das am Volturno lagerte, zu überwinden. Als Viktor Emanuel Napoleon III. seinen Plan auseinandersetzen ließ, gab dieser zu erkennen, daß er sich der Notwendigkeit des Handelns durch Viktor Emanuel nicht verschloß.

Der Papst hatte sich, um nicht allein auf französische Hilfe angewiesen zu sein, die nur Rom und seine nächste Umgebung schützte, mit einem Heere von 20000 geworbenen Soldaten umgeben, die General L. L. Juchault de Lamoricière, einer der Führer der legitimistischen Partei in Frankreich, befehligte. Die Söldner bestanden aus Franzosen, Österreichern, Belgiern und Schweizern; ihre Offiziere waren z. T. die Blüte des legitimistischen Adels Frankreichs, was Napoleon nicht eben angenehm sein konnte. König Viktor Emanuel aber schickte 40000 Mann unter General Manfredo Fanti gegen den Kirchenstaat, und da Lamoricière die Hälfte seiner Truppen zur Niederhaltung der Bevölkerung des Kirchenstaates zurücklassen mußte, wurde er mit großer Übermacht angegriffen und bei Castelfidardo am 18. September

Digitized by Google

1860 so geschlagen, daß er sich bloß mit 130 Mann nach Ancona rettete, während nahezu die ganze päpstliche Armee in Gefangenschaft geriet. Persano erhielt den Auftrag, Ancona zu beschießen; es ergab sich am 29. September.

b) Am Volturno.

Unterdessen hatte Garibaldi das bourbonische Heer am Volturno ohne Erfolg angegriffen. Die bourbonischen Truppen überschritten den Volturno, um ihrerseits zum Angriff überzugehen. Garibaldi hielt mit den Seinigen mutig stand, und die Neapolitaner konnten, obwohl dreifach überlegen, den Sieg nicht erringen; aber auch Garibaldi durfte nicht auf einen raschen Erfolg rechnen. Unter diesen Umständen machte es auf die öffentliche Meinung einen starken Eindruck, als das Heer Viktor Emanuels am Volturno auftauchte; die Neapolitaner zogen sich hinter den Garigliano zurück.

Es war die höchste Zeit, daß König Viktor Emanuel in Neapel erschien; denn Garibaldi stand gerade jetzt so sehr unter dem Einflusse der Gegner Cavours, daß er sich geradezu weigerte, die Einverleibung Neapels und Siziliens in das Königreich Italien vollziehen zu lassen. Mordini, sein Stellvertreter in Sizilien, beeinflußte ihn dahin, daß in Neapel und in Palermo unabhängige Parlamente einzuberufen seien, die darüber zu beschließen hätten. Garibaldi ließ sogar dem König sagen, er werde den Anschluß nicht zugeben, wenn nicht zuvor Cavour und dessen nächste Freunde aus dem Ministerium entlassen seien. Indessen stand er mit dieser Forderung nahezu zur gesamten öffentlichen Meinung Italiens in Gegensatz; insbesondere in Neapel und Sizilien wünschten alle Umsichtigen einen raschen Anschluß an Italien, da die Auflösung der alten Ordnung zumal auf Sizilien Verwirrung, Greuel und politische Morde im Gefolge hatte. Lange kämpfte Garibaldi mit sich selbst, ob er nachgeben solle; als aber der Marchese Giorgio Pallavicino-Trivulzio, der die Jahre seines Mannesalters als Gefangener auf dem Spielberge zu Brünn vertrauert hatte und jetzt einer der Führer der Aktionspartei war, und mit ihm eigentlich die ganze Bevölkerung Neapels auf die andere Seite trat, überwand er sich selbst und ließ die Abstimmung zum Anschluß an Italien anordnen (21. Okt.). Der König wäre bereit gewesen, seinen Wunsch zu erfüllen und ihn zum Generalstatthalter der von ihm eroberten Gebiete zu ernennen, wenn Garibaldi nicht die Bedingung daran geknüpft hätte, daß er im nächsten Frühjahr gegen Rom ziehen dürfe. Als ihm dies abgeschlagen wurde, zog er sich in edlem Stolze, wenn auch tief verwundet und in unversöhnlichem Groll gegen Cavour, auf sein Felseneiland Caprera zurück. In der Abschiedsproklamation forderte er die Italiener auf, sich um den König-Ehrenmann (Ré galantuomo) zu scharen; zugleich aber gab er die Hoffnung kund, im März 1861 eine Million Italiener unter Waffen zu finden: damit andeutend, daß er mit ihnen Rom und Venedig befreien wolle.

Wie recht Cavour hatte, als er die Italiener jetzt noch von Rom fernhielt, beweist eine Tatsache, die viele Jahre später aus den Denkwürdigkeiten Thouvenels und Beusts bekannt geworden ist. Als Garibaldi gegen Rom ziehen wollte, ließ Napoleon dem Wiener Kabinette sagen, daß er nichts dagegen habe, wenn es zur Verteidigung des Züricher Friedens, also für das Papsttum, das Schwert gegen Italien ziehen wolle; nur die Lombardei dürfe es nicht wieder zurückfordern. Begreiflicherweise widerriet der Minister des Äußern Graf Rechberg (S. 28) dem Kaiser Franz Josef einen Krieg, der für Österreich selbst im Falle des Sieges keinen Gewinn versprach.

c) Der Fall von Gaeta; der Tod Cavours.

Das bourbonische Heer konnte sich gegen die Truppen Viktor Emanuels nicht halten, und König Franz warf sich in die Festung Gaeta. Als er sich hier am 13. Februar 1861 mit

Digitized by Google

8000 Mann ergab, war die Einigung Italiens nahezu errungen. Cavour selbst erlebte das Ziel seiner Wünsche nicht. Nicht lange nach einer aufregenden Sitzung des Parlaments, in der Garibaldi ihn mit schweren Vorwürfen überhäufte, ergriff ihn eine tödliche Krankheit. In seinen Fieberphantasien träumte er von der Zukunft seines Vaterlandes. Von Garibaldi sprach er mit Hochachtung; er sagte, er sehne sich ebenso wie der General, nach Rom und Venedig zu gehen. Lebhaft sprach er davon, daß es wünschenswert sei, den Papst mit Italien zu versöhnen. Als ihm am 6. Juni 1861 sein Beichtvater das Sakrament reichte, sagte er zu ihm: „Bruder, Bruder, die freie Kirche im freien Staate" (libera chiesa in libero stato). Das waren seine letzten Worte.

F. Die römische Frage: das Scheitern Ricasolis und Garibaldis.

Nichts hatte den Einiger Italiens in den letzten Monaten so stark beschäftigt wie die römische Frage. Eine Gruppe unter seinen Freunden hielt es für notwendig, Rom dem Papste zu überlassen, damit die Weltstellung des Papsttums unberührt bleibe. So dachte D'Azeglio; Stefano Jacini meinte, Rom könne wie eine der Hansestädte zu einem freien Gemeinwesen umgewandelt werden, worin der Papst als Protektor und Souverän seinen Sitz behalte. Cavour dagegen war der Überzeugung, daß Italien ohne seine natürliche Hauptstadt (vgl. dazu Bd. V, S. 19) ein unfertiges Gebilde sei. Er hätte dem Papste die günstigsten Bedingungen gewährt, wenn er den Wünschen der Italiener entgegengekommen wäre. Damals saß auf dem Stuhle Petri als Nachfolger zahlreicher staatskluger Männer Pius IX. (s. die nebenstehende Abbildung), der, eine kindlich fromme Natur, sich ganz in die unversöhnlichen Vorstellungen Giacomo Antonellis und der Jesuiten einspinnen ließ und durch seine Hartnäckigkeit der Einigung Italiens den besten Vorschub leistete. Er lehnte trotz wiederholtem Andringen Kaiser Napoleons Verwaltungsreformen im Kirchenstaat ab, ebenso ein Entgegenkommen an die nationalen Gefühle der Italiener. Noch vor seinem Einmarsch in den Kirchenstaat erklärte sich Viktor Emanuel bereit, die päpstliche Souveränität in den alten Grenzen anzuerkennen, wofern ihm die Kurie das Vikariat über die ihr abgenommenen Provinzen übertrage. Wenn der Papst in der Enzyklika (8. Dez. 1864) und im Syllabus (S. complectens praecipuos nostrae aetatis errores) Gewissensfreiheit und freie politische Einrichtungen verwarf, so verletzte er die Empfindungen auch der Katholiken, welche die Aufrechterhaltung der weltlichen Herrschaft wünschten, aber den Sprung ins Mittelalter nicht mitmachen wollten, und förderte zugleich den jungen Staat. Die liberalen Ideen hätten zwischen 1860 und 1870 in den katholischen Staaten Österreich, Italien und Frankreich nicht ihren Siegeslauf vollziehen können, wenn nicht der päpstliche Stuhl unfreiwillig ihr bester Bundesgenosse gewesen wäre.

Papst Pius IX. Nach F. X. Kraus, Cavour (München 1903).

Baron Bettino Ricasoli, der Nachfolger Cavours, glaubte in dessen Geiste zu handeln, indem er dem Papste geradezu glänzende Anerbietungen machte, wofern er den Status quo anerkenne. Er schlug ihm einen Vertrag vor, der ihm nicht bloß alle Rechte des päpstlichen

Digitized by Google

Primats sicherte, sondern ihm als Preis der Versöhnung sogar den Verzicht des Königs auf seine Patronatsrechte, insbesondere auch auf die Einsetzung der Bischöfe anbot. Damit hätte der Papst die Kirche von Italien vollständig beherrscht, und diesem Staate wäre ein Souveränitätsrecht entzogen gewesen, das sich nicht bloß Ludwig XIV., sondern ebenso Philipp II. von Spanien und Ferdinand II. von Österreich niemals hätten entziehen lassen. Statt jeder Antwort ließ Kardinalstaatssekretär Antonelli im amtlichen „Giornale di Roma" erklären, der Vorschlag Ricasolis sei eine beispiellose Unverschämtheit.

Ricasolis Ministerium stürzte ob dieses mißglückten Versuchs, und unter seinem Nachfolger Rattazzi hoffte Garibaldi seinen Anschlag auf Rom ausführen zu können. Er sammelte in Sizilien seine Freiwilligen und landete mit 2000 Mann an der Küste von Kalabrien; aber die Regierung machte Ernst mit der Antündigung, daß sie seinem Unternehmen mit den Waffen entgegentreten werde. Am 29. August 1862 mußte er, durch eine Kugel am rechten Fuße verwundet, nach kurzem Kampfe bei Aspromonte die Waffen strecken. Der Weg nach Rom öffnete sich erst, als Frankreich durch die deutschen Siege niedergeworfen war.

3. Die Mißerfolge Kaiser Napoleons III.

Wiewohl die italienische Politik Napoleons III. schon den Zeitgenossen unklar und widerspruchsvoll erschien, so blieb ihm doch der Ruhm, der Schöpfer des Königreichs Italien zu sein, so daß er um 1860 auf dem Höhepunkte seines Einflusses in Europa stand. Er täuschte die öffentliche Meinung darüber hinweg, wie vieles eigentlich gegen seinen Willen geschehen war. Man fand, es liege etwas Sphinxartiges in seinem Auftreten; was Schwäche war, schien machiavellistische Berechnung. Cavour freilich durchschaute ihn und nutzte sein Schwanken aus; und Bismarck soll schon in jenen Tagen den französischen Kaiser une incapacité méconnue (eine überschätzte Unfähigkeit) genannt haben. Indes der Kaiser besaß einen weiten Umfang geistiger Interessen und ein feines Verständnis für die Bedürfnisse seiner Zeit. Dagegen fehlte ihm fester Wille; Naturen wie Cavour und Bismarck kreuzten leicht seine Pläne, ja vermochten ihn auf ein ihnen wünschenswertes Ziel hinzulenken.

Außerhalb Frankreichs gefiel sein Eintreten für die nationalen Wünsche der kleineren Völker Europas. Als die Moldau und die Walachei sich, entgegen dem Wortlaute der Verträge, einen gemeinsamen Fürsten, Alexandru Kusa (Bd. IV, S. 425), wählten, setzte Napoleon III. mit Hilfe Rußlands dessen Anerkennung durch die Großmächte durch und verhalf den Rumänen zu einem nationalen Staate.

a) Polen.

Den Polen wollte Napoleon ähnliche Dienste leisten. Zar Alexander II. setzte, um sie zufrieden zu stellen, im Juni 1862 ihren Landsmann Marquis A. J. J. P. v. Wielopolski seinem Bruder Konstantin, dem Statthalter Kongreßpolens, an die Seite, und Wielopolski wirkte für eine Versöhnung seines Volkes mit Rußland, um seinen Landsleuten zu einer wenn auch bescheidenen Selbstverwaltung zu verhelfen. Aber das leidenschaftliche Ungestüm der Polen vereitelte seine Absicht, und er konnte den Ausbruch des Aufstandes (Januar 1863) nicht verhindern. Wielopolski trat ab, und die russische Regierung ergriff die strengsten Maßregeln. Im Februar verpflichtete Preußen den russischen Kaiser, indem es die Verfolgung polnischer Empörer durch russische Truppen auf preußisches Gebiet gestattete. Diese Abmachung trat zwar, weil sie den Unwillen Europas erregte, nicht in Kraft; sie zeigte aber den

Digitized by Google

guten Willen Preußens, und Bismarck versicherte sich durch diesen und durch andere Dienste des Zaren so sehr, daß Rußlands Neutralität für den Fall einer Fehde in Deutschland gesichert war. Nun bestimmte Napoleon England und nach langem Zögern auch Österreich, an Rußland das Verlangen zu stellen, den Polen vollständige Amnestie zu gewähren. Aber Rußland lehnte dieses Verlangen ab. Die preußische Unterstützung war Rußland deswegen so wertvoll, weil sich Frankreich, England und Österreich weiter für die Polen verwendeten: in der Note vom 27. Juni 1863 empfahlen die drei Mächte Rußland die Bewilligung von sechs Forderungen, unter denen ein polnisches Parlament und eine vollständige Begnadigung die wichtigsten waren. Palmerston unterstützte diese ersten Schritte Napoleons, weil er im Interesse der Erhaltung der englischen Herrschaft in Indien in bezug auf Russisch-Polen dem Satze huldigte: die Wunde muß weiter bluten. Er stimmte aber ernsteren Schritten, zu denen Napoleon drängte, nicht zu, weil die polnische Frage den Engländern nicht wichtig genug war, um ihretwegen in einen Krieg einzutreten. Noch weniger konnte Österreich, eine der Teilungsmächte, Napoleon auf seinem Wege folgen. Der Zar, durch Österreichs schwankende Haltung erbittert, schlug unmittelbar darauf König Wilhelm ein Bündnis gegen Frankreich und Österreich vor. Indessen widerriet Bismarck seinem König, den Antrag des Zaren anzunehmen, weil in einem Kriege gegen Frankreich und Österreich Preußen doch die Hauptlast hätte tragen müssen. Napoleon ließ dem österreichischen Kaiser vorschlagen, Galizien an das zu befreiende Polen abzutreten, dafür aber sich an den Donaufürstentümern schadlos zu halten. Graf Rechberg antwortete ihm jedoch, es sei merkwürdig, Österreich zuzumuten, einen Krieg gegen Rußland zu führen, um eine Provinz zu verlieren, da man doch sonst nur zum Schwerte greife, um eine zu erobern. So sah sich Napoleon vollständig im Stiche gelassen, und Rußland unterdrückte den Aufstand, wobei insbesondere der Wilnaer Generalgouverneur Michael N. Murawjef mit unerbittlicher Strenge waltete.

b) Mexiko.

Napoleon war kein empfindsamer Politiker, der die Kräfte seines Landes an die Befreiung unterdrückter Völker setzte. Seine Selbstsucht enthüllte sich bei dem Unternehmen gegen Mexiko, und auch hier verschleierte er seine Absicht durch tönende Redensarten. Er kündigte der Welt an, er wolle die lateinische Rasse in Amerika den Angelsachsen gegenüber kräftigen, welche die Herrschaft über den neuen Weltteil anstrebten. Ursprünglich hatte er sich vereint mit England und Spanien bei der mexikanischen Regierung um die Eintreibung europäischer Geldforderungen bemüht. Die beiden Bundesgenossen zogen sich, nachdem Mexiko ihr Verlangen erfüllt hatte, zurück; der französische General Graf Lorencez besetzte aber durch Vertragsbruch die gesunde Hochebene oberhalb der fieberreichen Küste von Veracruz, wo die Franzosen gelandet waren. General E. Fr. Forey eroberte den größten Teil des Landes, und eine Versammlung von Notabeln erwählte am 11. Juli 1863 den Bruder Franz Josefs, Erzherzog Maximilian, zum Kaiser. Dieser nahm die Krone erst am 10. April 1864 an, nachdem er auf Wunsch seines Bruders bedingungslos auf sein Thronfolgerecht in Österreich verzichtet und nachdem Napoleon versprochen hatte, bis 1867 mindestens 20000 französische Soldaten im Lande zu belassen. Maximilian wußte, daß die Monarchie nur langsam in dem Lande Wurzel fassen werde, und Napoleon verfolgte mit der Einsetzung des Kaisers Max den Zweck, sich allgemach aus dem mexikanischen Handel zu ziehen, da die nordamerikanische Republik gegen das Verbleiben der Franzosen in Mexiko Einspruch erhob. Als dann der Krieg zwischen Preußen und Österreich heraufzog, empfand

Digitized by Google

Napoleon die Expedition in Mexiko um so mehr als eine Last, als der Präsident Benito Juarez mit wachsendem Glücke die Befreiung des Landes von den Fremden betrieb. Wie Napoleon den unglücklichen Kaiser zuletzt im Stiche ließ und damit an seiner Erschießung mitschuldig wurde, ist an anderer Stelle (Bd. IX) dargelegt.

Der unruhige Ehrgeiz der Politik Napoleons erregte gegen ihn in Europa Mißtrauen. Als der Krieg von 1866 ausbrach, war nach seinen Mißerfolgen in der polnischen und mexikanischen Angelegenheit sein Stern bereits im Sinken, und drohend erhob sich in Frankreich eine wachsende, von dem jüngeren Geschlechte getragene republikanische Gegnerschaft.

4. Die Heeresreform und der Verfassungsstreit in Preußen.

A. Das Ministerium Hohenzollern-Schwerin.

Auf dem Totenbette sprach Cavour von der Zukunft seines Vaterlandes und äußerte sich hierbei über Deutschland: „Dieser Deutsche Bund ist eine Ungereimtheit; er wird sich auflösen, und die deutsche Einheit wird gegründet werden. Aber das Haus Habsburg kann sich nicht ändern. Was werden die Preußen tun, sie, die so langsam im Fassen von Entschlüssen sind? Sie werden 50 Jahre benötigen, um zustande zu bringen, was wir in drei Jahren geschaffen haben." So stellte sich der sterbende Staatsmann, dem der Name Bismarck wohl noch unbekannt geblieben war, die Zukunft vor. Wohl möglich, daß Deutschland ohne Bismarck noch ein halbes Jahrhundert zu seiner Einigung bedurft hätte; auch König Friedrich Wilhelm I. hat ein schlagfertiges Heer besessen, ohne sich wie sein großer Sohn zur Geltung bringen zu können: beide Male waren die Werkzeuge bereits geschaffen, bevor der Meister auf den Plan trat, der sie zu benutzen verstand.

Man kennt das Ziel genau, das sich König Wilhelm I. in der deutschen Frage setzte, bevor Bismarck sein Minister wurde. Die Pläne, die er als Prinzregent dem Kaiser Franz Josef zu Teplitz Ende Juli 1860 entwickelte, waren bescheiden. Er war bereit, mit Österreich einen Bund zu schließen, der diesem Staate seinen Besitzstand, sonach auch Venedig, verbürgt hätte. Dafür verlangte er den Wechsel im Vorsitz des Deutschen Bundes sowie die Feldherrnschaft über die Truppen Norddeutschlands in künftigen Bundeskriegen; der Oberbefehl in Süddeutschland solle Österreich zufallen. So sollte für immer verhindert werden, daß der Bund selbst einen Feldherrn wähle, wie dies Österreich noch am 6. Juni 1859 beantragt hatte, als Deutschland gegen Napoleon III. rüstete. Preußen mußte verhindern, daß eine Mehrheit im Bund über den Oberbefehl seines Heeres entscheide. Weder Wilhelm I. noch seine damaligen Minister zielten auf die Unterwerfung Deutschlands. Aber selbst jene Ansprüche wies Österreich ab. Kaiser Franz Josef erklärte, daß der Vorsitz am Bund ein altes Ehrenrecht seines Hauses und deshalb unantastbar sei. In der anderen Angelegenheit wurden Verhandlungen am Bundestag eingeleitet; doch Österreich war sicher, daß die Versammlung die Vorlage ablehnen werde.

Sieht man von der Heeresreform, dem nicht genug zu würdigenden Werke Wilhelms I., ab, so gewahrt man bis zum Auftreten Bismarcks in der inneren wie in der äußeren Politik Preußens ein bedenkliches Schwanken. Als der Prinzregent die Stellvertretung König Friedrich Wilhelms IV. übernahm (Bd. VII, S. 414), kündigte er am 9. Oktober 1858 in vorsichtigen Redewendungen den Bruch mit der reaktionären Regierungsweise an. Wohltuend wirkte die Abwehr religiöser Frömmelei; über die deutsche Frage gab es nur allgemeine Schlagworte, unter anderem die Wendung: „In Deutschland muß Preußen mora-

Digitized by Google

lische Eroberungen machen." Als der Prinzregent kurz darauf ein gemäßigt liberales Ministerium unter dem Vorsitz des Prinzen Anton von Hohenzollern berief, atmete die öffentliche Meinung auf, und der Beginn einer „neuen Ära" wurde erwartet. Der Name des Grafen Maximilian Schwerin, des Ministers des Innern, schien eine freisinnige Reformpolitik zu verbürgen. Graf Alexander v. Schleinitz dagegen, der Minister des Äußern (Bd. VII, S. 415), stand noch mit beiden Füßen im alten System. Indessen verstand das preußische Volk die gute Absicht, und die Neuwahlen brachten eine Mehrheit von gemäßigten Liberalen, welche die Regierung zu unterstützen bereit war. Absichtlich stand eine Reihe von liberalen Führern von der Kandidatur ab, um nicht das Mißtrauen des Prinzregenten zu erwecken, es sei auf eine Wiederkehr der Zustände von 1848 abgesehen. Die führende Persönlichkeit der im Januar 1859 zusammentretenden Kammer war Georg v. Vincke (Bd. VII, S. 355), dessen königstreue Gesinnung über allem Zweifel stand. In diesem Maßhalten zeigte sich erfreuliche politische Klugheit. Tatsächlich brachte die neue Regierung Reformentwürfe ein: über die Aufhebung der Grundsteuerprivilegien des Adels und über die Abschaffung der Polizeigewalt der Rittergutsbesitzer. Nur mit Mühe ließ sich das Herrenhaus, in dem die Konservativen die Mehrheit hatten, zur Annahme der Reformen bestimmen. Auch in einer Angelegenheit der deutschen Politik, in der das Volksgewissen mitsprach, erfüllte die neue Ära die in sie gesetzte Erwartung: Preußen sprach sich am Bundestage für die Wiederherstellung der verletzten kurhessischen Verfassung (vgl. Bd. VII, S. 399 und 404) aus.

Über diese Anläufe erhob sich jedoch die Regierung nicht. Der Prinzregent konnte sich nicht entschließen, mit einer Reihe von unbeliebten hohen Beamten aufzuräumen, die in der reaktionären Zeit offenbar die Gesetze verletzt hatten. Die Erhebung Italiens wirkte sofort stark auf das deutsche Volk. Die Gründung des Nationalvereins unter dem Vorsitz Rudolfs v. Bennigsen im Juli 1859 war eine unmittelbare Folge des italienischen Krieges. Der Verein wirkte für den Gedanken, ein liberales Preußen solle das außerösterreichische Deutschland unter seiner Führung einigen. Der Prinzregent fühlte sich jedoch durch die Vorgänge in Italien nicht etwa ermutigt, sondern eher erschreckt; ihn stieß die revolutionäre Erhebung in Neapel und der Zug Garibaldis ab: er konnte sich nicht überzeugen, daß der nationale Wille das Recht habe, sich an die Stelle des legitimen Rechtes zu setzen. So behielt seine ganze Politik nach innen und außen ein konservatives und dabei unsicheres Gepräge; der österreichische Minister Rechberg überzeugte bei den Zusammenkünften des Kaisers Franz Josef mit dem Prinzregenten und mit dem Zaren zu Teplitz und Warschau diese beiden Herrscher davon, daß auch sie durch die nationalen und liberalen Strömungen bedroht seien. Österreich stand nicht mehr wie 1859 (Bd. VII, S. 415) vereinsamt da.

B. Die Heeresreform.

a) Die Änderung der Wehrpflichtverfassung.

Alle diese Umstände wirkten zusammen, um das Ohr des preußischen Volkes zu verschließen, als der König, der am 2. Januar 1861 seinem Bruder auf dem Throne folgte, mit dem Plane der Heeresreform vor das Abgeordnetenhaus trat. Denn Wilhelm I. erkannte im Gegensatz zu der Mehrzahl seiner deutschen Zeitgenossen, daß eine großzügige preußische Politik nur mit einem starken Heere durchzuführen sei. Ranke berichtet über ein Gespräch, das er am 13. Juni 1860 mit ihm geführt hat: „Die Summe seiner Entschlüsse war, ... die deutschen Fürsten in ihrer Souveränität zu schonen, aber in militärischen Dingen eine Einheit

Digitized by Google

hervorzubringen, welche eine große gemeinschaftliche Wirksamkeit ermöglicht. Einen vollkommenen Begriff hatte er davon, daß die militärische Macht die Souveränität in sich schließe." Schon bei den Rüstungen, die 1850 zu einem Kriege gegen Österreich hätten führen können, überzeugte sich der Prinz, daß das preußische Heer, das auf dem Kriegsfuße 200000 Mann in der Linie und 400000 Mann in der Landwehr zählen sollte, nicht für langdauernde Kämpfe ausreichte. Die bestehende Organisation war in der schweren Zeit geschaffen worden, wo das Mißtrauen Napoleons I. und widerwärtige Vertragsverpflichtungen Preußen nötigten, eine kleine Friedensarmee zu halten. Unter den Finanznöten der Zeit nach 1815 mußte es bei dieser Verteidigungsrüstung bleiben, die im Verhältnis zu der der anderen Militärstaaten weit schwächer war als das Heer, das Friedrich II. in dem weit kleineren preußischen Staat aufgestellt hatte. Bei der Mobilmachung von 1859 hatten sich überall bedenkliche Lücken gezeigt. Übrigens traf der Prinzregent schon damals aus eigener Machtvollkommenheit eine wichtige Maßregel, indem er dem großen Mangel abhalf, daß für die Landwehrregimenter zumeist die notwendigen Stämme fehlten, und daß bei einer neuen Mobilisierung die einberufenen Mannschaften nicht bloß eingereiht werden, sondern geradezu erst zu Regimentern formiert werden mußten. Bei der Demobilmachung von 1859 ordnete er nämlich an, daß die soeben geschaffenen Stämme der Landwehrregimenter aufrecht zu erhalten seien. Das konnte jedoch nicht genügen; denn da man die Landwehrmänner entlassen mußte, bestanden jene Stämme zumeist nur aus Offizieren und reichten zur Grundlage einer kräftigen Neubildung nicht aus. Darauf nun richtete Wilhelm I. seine Aufmerksamkeit. Sein damaliger Kriegsminister Eduard v. Bonin, der für die notwendigen Maßnahmen die Verantwortung nicht übernehmen wollte, trat zurück, und am 5. Dezember 1859 wurde Albrecht v. Roon an dessen Stelle berufen. Am 10. Februar 1860 ging dem Landtag die Vorlage zu.

Einer der größten Übelstände der bisherigen Heeresverfassung bestand darin, daß, während jährlich durchschnittlich 155650 Mann das 20. Lebensjahr erreichten, doch nur 40000 Mann in das Heer eingereiht wurden. So trugen 26 v. H. der wehrhaften Jugend die ganze Kriegslast, die deshalb hart war, weil die Verpflichtung zum Landwehrdienste bis zum 39. Jahre dauerte. Deshalb bestand das erste Aufgebot der Landwehr zur Hälfte, das zweite sogar zu fünf Sechsteln aus Familienvätern. Die Anzahl der Wehrpflichtigen war seit mehr als 40 Jahren dieselbe geblieben, obwohl die Bevölkerung des Staates von 10 auf 18 Millionen gestiegen war. Die Unterlage der Dienstpflicht zum stehenden Heere (3 Jahre in der Linie, 2 Jahre in der Reserve) war für den Heereskörper zu schwach. Deshalb schlug die Regierung vor, statt 40000 Mann jährlich 63000 Mann, also 40 v. H. aller Wehrpflichtigen, auszuheben, dafür aber die Verpflichtung zur Landwehr bloß bis zum 35. Jahre dauern zu lassen. Außerdem sollten die Jahre der Reserve von 2 auf 5 erhöht werden. Dies bedeutete eine erhebliche Kräftigung des Feldheeres und eine Verringerung der Landwehr. Dies ergibt sich aus den Ziffern des vollen Kriegsstandes, den man anstrebte. Das Heer sollte fortan aus 371000 Mann in der Linie, 126000 Mann in der Ersatzreserve und 163000 in der Landwehr bestehen. Die Organisation hatte den Landtag in doppelter Beziehung zu beschäftigen. Auf der einen Seite war eine Geldbewilligung notwendig, weil man die zahlreichen neuen Mannschaften nicht in die alten Regimenter einreihen konnte, sondern 39 neue Feldregimenter aufstellen mußte; dazu benötigte man jährlich 9 Millionen Taler. Außerdem galt es, das bestehende Gesetz über die Wehrpflicht erheblich abzuändern. Dies betraf auch die Dauer der aktiven Dienstpflicht; denn um die Finanzen zu schonen, wurden die Soldaten oft nach einer Dienstzeit von zwei und zweiundeinhalb Jahren entlassen. König Wilhelm aber hielt diese Zeit nicht für ausreichend und forderte die Verlängerung der Wehrpflicht auf drei und in der Kavallerie auf vier Jahre.

b) Die Taktik der Infanterie.

Maßnahmen von nicht geringerer Bedeutung sind damals auch in bezug auf die Taktik der Infanterie getroffen worden, da der Krieg von 1859 bestimmte Schlüsse nahelegte.

Digitized by Google

Die defensive Kriegsweise der Österreicher war gegenüber der Angriffstaktik der lebhafteren Franzosen in Nachteil geraten. Die Franzosen hatten öfters im Infanteriegefecht durch stürmische Anläufe die Geschosse der Österreicher, die eine stark gekrümmte Flugbahn hatten, unterlaufen und so den Sieg erfochten. Darum wollte man nun in der österreichischen Armee mit der Defensivtaktik vollständig brechen. Man überschätzte die Erfolge der Franzosen und ging zwischen 1859 und 1866 zur Stoßtaktik zurück: ohne Wert auf das einleitende Feuergefecht zu legen, schritt man nach einigen Salven sofort mit dem Bajonett zum Sturm. Es fehlte auch im preußischen Heere nicht an Stimmen, die Ähnliches rieten. Der Oberstleutnant im Generalstab Ollech, der seit August 1859 den Zustand des französischen Heeres an Ort und Stelle studiert hatte, kehrte mit der stärksten Vorliebe für die Stoßtaktik zurück und gab den Rat, der König habe im Anschluß an einen ähnlichen, von Friedrich dem Großen für die Kavallerie gegebenen Befehl zu verfügen: „Jeder Infanteriekommandeur wird vor ein Kriegsgericht gestellt, welcher eine Position verliert, ohne der Attacke des Feindes eine Contre-Attacke entgegengesetzt zu haben." Zu allen Zeiten hat es König Wilhelm verstanden, hervorragende Männer für die leitenden Stellen herauszufinden[1]. Der Chef des Generalstabes, Generalleutnant Freiherr Helmut von Moltke (geb. 26. Okt. 1800 zu Parchim, zuerst dänischer, seit 1822 preußischer Offizier, 1835—39 in türkischen Diensten; s. obenstehende Abbildung), durchschaute die Gefährlichkeit jenes Rates. In den Bemerkungen zum Bericht Ollechs legte er zwar großen Wert auf den Offensivgeist im Heer; aber er erkannte richtig, daß das 1847 eingeführte Zündnadelgewehr den Preußen das Übergewicht im Feuergefecht sichere; auf dieses sei deshalb bei der Ausbildung der Nachdruck zu legen. Moltkes leitender Gesichtspunkt war, daß die Infanterie zu Anfang des Gefechtes ihre Feuerüberlegenheit auszunutzen und zu diesem Zweck offenes Gelände aufzusuchen habe, wo die Feuerwirkung am stärksten ist. Erst wenn die feindliche Infanterie

Graf Helmut von Moltke. Nach einem Gemälde von F. v. Lenbach.

[1] Scherzhaft erzählte er einmal nach dem Kriege von 1870, wie er persönlich zuerst auf den jungen Leutnant v. Moltke aufmerksam gemacht habe. Es sei seinerzeit den Offizieren als Aufgabe gestellt worden, Befestigungspläne auszuarbeiten. Der damalige Prinz Wilhelm sah die Arbeiten durch, und die Moltkes fiel ihm auf; er machte dessen Vorgesetzten auf ihn aufmerksam, wobei er scherzhaft sagte, der junge Offizier sei zwar so dumm wie ein Bleistift, lasse aber Vortreffliches hoffen. Diesen Mann wählte er 1855 zum militärischen Berater seines Sohnes (des nachmaligen Kaisers Friedrich III.), wie er ja auch Roon 1847 hatte bestimmen wollen, die Erziehung des Prinzen zu übernehmen.

Digitized by Google

erschüttert wäre, sei vorzubrechen, und hierbei seien Unternehmungen gegen die Flanke des Gegners zu bevorzugen. Mit dieser überlegenen Taktik gingen die Preußen 1866 in den Krieg; ihr haben sie einen großen Teil der erzielten Erfolge verdankt.

C. Die Haltung des Landtags.

a) Die Erhöhung des Heeresbudgets.

Der preußische Landtag verkannte den Wert der von der Regierung gemachten Vorschläge nicht, erhob aber wichtige Einwendungen. Die Mehrheit billigte die Erhöhung der jährlichen Rekrutierung, die Vermehrung der Offiziere und Unteroffiziere und die Entlastung der älteren Jahrgänge der Landwehr. Dagegen begegnete die starke Verringerung des Kriegsstandes der Landwehr, also die Herabdrückung ihrer Bedeutung, insbesondere aber die dreijährige Dienstpflicht lebhaftem Widerspruch. Der Berichterstatter für die Vorlage, General Friedrich Stavenhagen, bezeichnete die zweijährige Dienstpflicht für ausreichend. Die Regierung erkannte, daß sie mit der Gesetzesvorlage, die Wehrpflicht betreffend, nicht durchdringen werde und zog sie deshalb zurück. Sie begnügte sich damit, eine Erhöhung des Kriegsbudgets um 9 Millionen Taler zu verlangen, um die Vermehrung der Regimenter durchzuführen. Der Finanzminister Freiherr v. Patow erklärte namens der Regierung, die so geschaffene Organisation sei eine einstweilige, die erst dann endgültigen Charakter erhalten solle, wenn die Regierung und die Volksvertretung sich über das Gesetz selbst geeinigt hätten. Die altliberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses ging auf diesen Mittelweg ein und bewilligte die Mehrforderung. So wurde das jährliche Budget für das Heer auf 32,8 Millionen Taler erhöht, etwa ein Viertel der gesamten Jahreseinnahme von 130 Millionen Taler.

Dieser Ausweg enthielt eine offenkundige Selbsttäuschung. Der König löste sofort 36 Landwehrregimenter auf, an deren Stelle ebenso viele Regimenter des Feldheeres traten; im ganzen entstanden neu 117 Bataillone und 12 Schwadronen. Selbstverständlich konnte der König, der den neuen Regimentern am 18. Januar 1861 vor dem Denkmal Friedrichs des Großen Fahnen und Feldzeichen verlieh, diese Neubildungen nicht wieder auflösen und ihren Offizieren nicht den Abschied geben. Das Abgeordnetenhaus wurde in der Tat mißtrauisch, bewilligte aber noch für das nächste Jahr das erhöhte Heeresbudget. Die Entscheidung blieb, da die Wahlen zum Landtag vor der Türe standen, dem neuen Hause vorbehalten.

b) Der Konflikt.

Es wäre verfehlt, wollte man die jetzt folgenden Vorgänge, wie landläufig, so behandeln, der König sei einsichtig, die Kammer jedoch in Heeresfragen kleinlich gewesen, und in diesem Kampfe habe glücklicherweise Regentenweisheit über den Vorwitz der Berufspolitiker gesiegt. So stand die Sache nicht. Der Gegensatz in der Sache selbst hätte sich überbrücken lassen. Man hätte sich im Notfall über eine mittlere Ziffer der Kriegsverpflichtung einigen können, und das preußische Heer wäre kaum weniger wehrhaft gewesen, wenn die zweijährige Dienstpflicht schon damals und nicht erst nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. eingeführt worden wäre. Damit wird das Verdienst des Königs nicht geschmälert. Es handelte sich jedoch, wie die Neuwahlen zeigten, um Größeres. Gerade jetzt war die Geltung der liberalen Ideen in Europa auf dem Höhepunkt angelangt, und die überwiegende Volksmeinung ging dahin, die königliche Macht in Preußen müsse eingeschränkt werden, ähnlich wie in dem parlamentarischen Musterstaat England. Das Bürgertum sei reif geworden, und es besitze ein Recht

Digitized by Google

darauf, Königtum und Adel in ihrer bisherigen Machtübung abzulösen. Bei den Neuwahlen (6. Dez. 1861) bildete sich gegenüber den Altliberalen, die der früheren Kammer das Gepräge gegeben hatten, die Fortschrittspartei, in der die Männer von 1848 die Leitung übernahmen; indessen hatte diese politische Gruppe nur 100 Sitze, kaum ein Drittel der Versammlung. Die Altliberalen fühlten sich indessen überholt, zumal da der König den in der Wehrfrage unterlegenen liberalen Ministern nicht mehr sein Vertrauen schenkte. Gleichzeitig mit dieser Wandlung im Bürgertum erhob sich auf der anderen Seite mit derselben Entschiedenheit der Anspruch des Adels und der konservativen Partei, die ihre Entfernung vom Staatsruder nach dem Eintritt des Prinzen in die Regentschaft schwer empfand. Die großen Verdienste des preußischen Adels um das Heer und das Beamtentum, denen es früher und später Männer ersten Ranges gestellt hat, ließen sich allerdings nicht in Abrede stellen. Aber zu dem begründeten Stolz gesellte sich doch ein so starkes Standesbewußtsein, daß selbst ein Roon lange die Berechtigung einer gewählten Volksvertretung nicht anerkannte.

Neben ihm wirkte als Chef des Königlichen Militärkabinetts General Edwin v. Manteuffel im gleichen Sinne. In der „Kreuzzeitung" vertraten Ernst Ludw. v. Gerlach und Hermann Wagener ähnliche Anschauungen (vgl. die untere Erklärung der Tafel bei S. 364 des VII. Bandes). Den General Manteuffel nannte Karl Twesten, einer der hervorragendsten Männer der liberalen Partei, einen unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung, was Manteuffel mit der Herausforderung zu einem Zweikampfe beantwortete, bei dem Twesten verwundet wurde. Die liberalen Minister sahen mit Besorgnis, wie der König immer mehr in die Wege der konservativen Partei einlenkte. Sie rieten ihm angesichts des in der Militärfrage heraufziehenden Konflikts, die öffentliche Meinung durch Reformen auf verschiedenen Gebieten der Gesetzgebung zu gewinnen. Dem widersprach Roon lebhaft, darin eine Demütigung der Krone erblickend. Er bestimmte den König am 1. März 1861, diese bereits festgestellten Gesetzentwürfe zu vertagen. Unaufhörlich drängte er den König zur Entlassung seiner liberalen Kollegen und zum Ergreifen starker Maßregeln. Von dem Kabinett Hohenzollern-Schwerin, in dem er doch selbst einen Platz angenommen hatte, schrieb er in einer dem König vorgelegten Denkschrift vom April 1861, daß es nur zu vereinigen sei „mit dem Scheinkönigtum Belgiens, Englands oder Louis Philipps, nicht mit einem echt preußischen Königtum von Gottes Gnaden, mit einem Königtum nach Ihren Intentionen ... Man hat Euer Majestät einzuschüchtern versucht durch das laute Geschrei des Tages. Allen unglücklichen Königen, von denen die Geschichte meldet, ist es ebenso ergangen; nur weil sie an das Gespenst glaubten, ruinierte sie es."

D. Die Berufung Bismarcks.

a) Das Ministerium Hohenlohe.

Der Gegensatz trat sofort nach dem Zusammentritt der neuen Kammer (14. Jan. 1862) zutage. In der Kommission zur Beratung des Wehrgesetzes saßen überwiegend Gegner der Vorlage. Bei der Beratung des Budgets wurde der Antrag des Abgeordneten Hagen angenommen, der eine größere Spezialisierung des Staatshaushalts verlangte. Das war kein unbilliges Verlangen, und es ist nicht viel später auch von Bismarck erfüllt worden. Aber die konservativen Ratgeber des Königs bezeichneten den Wunsch damals als Eingriff in seine Thronrechte, und das Abgeordnetenhaus wurde nach kurzer Lebensdauer 18. März 1862 aufgelöst. Gleichzeitig damit erhielt das liberale Ministerium seine Entlassung. An dessen Stelle wurde ein Kabinett gesetzt, das vorwiegend aus Beamten bestand, jedoch im ganzen einen konservativen Charakter trug. Der Präsident war Prinz Adolf v. Hohenlohe-Ingelfingen; Gust. Wilh. v. Jagow, Graf Leopold zur Lippe, Graf H. Fr. Aug. v. Itzenplitz und Heinr. v. Mühler waren Parteigänger der Konservativen.

Gewiß haben Roon und Manteuffel durch ihren Einfluß auf den König Bismarck den Weg gebahnt. Aber sie haben doch auch dem großen Minister den Beginn seiner Amtsführung

Digitized by Google

insofern erschwert, als er sofort in den schärfsten Gegensatz zur Volksvertretung hineingezogen wurde. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob Preußen bei seiner großen militärischen und geistigen Überlegenheit nicht dieselben Erfolge erzielt hätte, wenn der Bruch mit der öffentlichen Meinung nicht vollzogen worden wäre. Dieser Ansicht war der Kronprinz Friedrich Wilhelm und mit ihm nicht bloß der Prinzgemahl von England, Albert, sondern auch des Königs Schwiegersohn, Großherzog Friedrich von Baden, der eben damals mit den liberalen Ministern Freiherrn Franz v. Roggenbach und Karl Mathy sein Land verjüngte. Männer ähnlicher Art hätten schon damals gerne mitgewirkt, um König Wilhelm die Kaiserkrone erringen zu helfen. König Wilhelm fühlte selbst, daß infolge seines Zwistes mit der Kammer viele aufrichtige Freunde Preußens an dessen deutschem Beruf irre wurden. Dies machte sich selbst im Nationalverein geltend.

Um dem entgegenzuwirken, bestellte der König an Stelle des legitimistisch gesinnten Schleinitz den Grafen Albrecht v. Bernstorff, der die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung erstrebte, zum Minister des Äußern. Bernstorff griff wirklich tatkräftig durch, als mehrere Staaten des Deutschen Zollvereins nach Abschluß des freihändlerischen Handelsvertrags mit Frankreich die Drohung aussprachen, sie würden aus dem Zollverein austreten. Sie fanden Unterstützung an Österreich, das den Zollverein gern in die Luft gesprengt hätte; aber sie gaben Preußen nach, weil ihr eigener wirtschaftlicher Vorteil ihr Verbleiben im Zollverein gebot. Bernstorff sprach des weiteren in einer am 20. Dezember 1861 an die deutschen Höfe gerichteten Kundgebung programmatisch den Anspruch Preußens auf die Führung des engeren Deutschlands aus. Damit kehrte das Berliner Kabinett zu der 1850 aufgegebenen Unionspolitik (Bd. VII, S. 396) zurück.

Demgegenüber sammelte sich auch die großdeutsche Partei. Österreich beschloß, Preußen durch einen greifbaren Antrag beim Bunde zuvorzukommen, und schlug folgende Bundesreform vor: ein Direktorium mit entsprechender Zentralgewalt solle eingesetzt werden, daneben eine Abgeordnetenversammlung aus den Volksvertretungen der einzelnen Staaten. Früher noch, bevor die Einigung über diesen Antrag gelinge, solle eine gemeinsame Zivilprozeßordnung und ein gemeinsames Obligationenrecht für ganz Deutschland geschaffen werden. Sowohl die preußische Note als auch der Antrag Österreichs stieß auf Widerspruch und auf eine gegnerische Mehrheit im Frankfurter Bundestage; denn die Mittelstaaten wollten nichts von ihrer Souveränität zugunsten sei es der österreichischen, sei es der preußischen Regierung abgeben. Die preußische Politik hätte nur Erfolg haben können, wenn sich wie 1849 so auch jetzt die Mehrheit in einem deutschen Parlament auf die Seite Preußens gestellt hätte. Zur Berufung einer Nationalversammlung aber konnte Bernstorff, obwohl er innerlich diesen Plan billigte, dem König schon deshalb nicht raten, weil, wie die Dinge damals standen, deren Mehrheit den Widerstand der preußischen Fortschrittspartei gebilligt hätte.

b) Königtum und Parlament.

Bei den Neuwahlen ins Abgeordnetenhaus erzielte der radikale Liberalismus den größten Gewinn. Jetzt zählten die beiden Parteien dieser Richtung zusammen 235 Mitglieder, also zwei Drittel von den 352 Abgeordneten des Landtags; die Altliberalen unter Führung Vinckes erhielten nur 23 Stimmen. Die neue Mehrheit nahm den ihr hingeworfenen Fehdehandschuh mit Freuden auf; denn in ihr war der Gedanke, den Roon mit Unrecht als das letzte Ziel auch der gemäßigten Liberalen bezeichnet hatte, wirklich herrschend. Sie wünschte keinen Ausgleich, sondern die Unterwerfung des Königs unter das Parlament. Ihr war

Digitized by Google

das englische und belgische Vorbild in jeder Beziehung maßgebend. Die Heeresfrage wurde zum äußeren Anlaß, bei dem die beiden Staatsauffassungen aufeinanderstießen. Da der König die zweijährige Dienstpflicht, welche die Kammer als Bedingung für die Heeresreform forderte, nicht zugestand, so beschloß das Haus am 23. September 1862, die Kosten für die Reform vollständig zu streichen, also die neuen Regimenter aufzulösen.

König Wilhelm war entschlossen, lieber die Krone niederzulegen, als sich einem Zwang unterzuordnen, der ihn seinem Gefühle nach zum Schattenkönig herabgedrückt hätte. Dies erwog er ernstlich, da das Ministerium Hohenlohe keinen Ausweg sah und seine Entlassung erbat. Der König zweifelte, ob sich Männer finden würden, mutig genug, um dem Abgeordnetenhause die Stirn zu bieten. Sooft ihm durch Roon und Manteuffel früher von Bismarck (s. die nebenstehende Abbildung) gesprochen worden war, hatte der König Bedenken getragen, ihm, den er für einen Feuerkopf hielt, die Regierung zu übertragen. Jetzt, so meinte er zu Roon, werde Bismarck selbst nicht mehr den Wunsch hegen, an die Spitze der Geschäfte zu treten; zudem befand er sich gerade auf einer Urlaubsreise in Südfrankreich. Roon konnte dem König jedoch erwidern, daß Bismarck, schon zurückgerufen, in den Dienst des Königs zu treten bereit sei. Bald darauf erfuhr der König, Bismarck habe bei seiner Rückkehr sogleich dem Kronprinzen einen Besuch gemacht; dies war geschehen, weil der Kronprinz ihn zufällig zu sich hatte bescheiden lassen. In König Wilhelm erwachte das Mißtrauen, und er meinte: „Mit dem ist's auch nichts; er ist ja schon bei meinem Sohne gewesen." Alle Bedenken schwanden jedoch, als Bismarck vor ihn trat und ihm seinen Regierungsplan entwickelte. Der König zeigte ihm die Abdankungsurkunde, die er bereits entworfen hatte, weil er, wie er sagte, kein Ministerium mehr finde. Da richtete ihn Bismarck durch die Versicherung auf, er gedenke in dem Kampfe zwischen Königs- und Parlamentsherrschaft bei ihm auszuharren. Am Tage des Beschlusses des Abgeordnetenhauses, durch den der Herrscher sich aufs tiefste verletzt fühlte, am 23. September 1862, wurde die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten veröffentlicht.

Der Bundesgesandte v. Bismarck (1858).
Nach einem Gemälde von J. Becker im Schlosse zu Friedrichsruh.

5. Bismarcks erste Kämpfe.

A. Sein Gegensatz zum Abgeordnetenhaus und zum Kronprinzen.

Bismarcks Werk ist ebenso die Aufrichtung der Einheit Deutschlands wie die Neubelebung der Macht des Königtums und aller konservativen Kräfte in diesem Lande. Seine Zeitgenossen haben ihr Urteil über ihn je nach ihrer politischen Stellung gefällt: wer die fort-

Digitized by Google

schreitende Demokratisierung Englands und Frankreichs auch für Deutschland wünschenswert und als das Endziel der Entwickelung betrachtete, mußte in dem gewaltigen Manne den Gegner sehen. Gleich zu Anfang seiner Wirksamkeit vor eine schwierige Rechtsfrage gestellt, riet Bismarck dem König, über das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses hinwegzuschreiten. Für die geschichtliche Würdigung Bismarcks ist es nicht entscheidend, ob die von ihm bei diesem Anlaß gebrauchte staatsrechtliche Begründung haltbar ist oder nicht; man wird diese Rechtsfrage wohl gegen Bismarck entscheiden müssen.

Er berief sich darauf, das Budget sei nach der Verfassung ein Gesetz, über das sich die Krone, das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus einigen müßten; die Schöpfer der preußischen Verfassung hätten dies so im Gegensatze zu England bestimmt, wo Geldbewilligungen ausschließlich Sache des Unterhauses sind. Für den Fall, daß die drei sich nicht einigen können und das Gesetz nicht zustande komme, hätten die Schöpfer der Verfassung nicht vorgesorgt; es entstehe dadurch eine Lücke. Da aber der Staat nicht stillstehen könne, so erwachse dadurch ein verfassungsmäßiger Notstand, der durch die Krone behoben werden müsse, die das Budget bis auf weiteres feststelle. Die Folge dieser Lehrmeinung wäre, daß die Krone jede höhere Budgetforderung durchsetzen könnte, auch wenn die beiden Häuser sich für die niedrigere Ziffer ausgesprochen hätten. Bei dieser Betrachtung der Dinge spitzt sich alles zu einer Machtbetätigung der staatlichen Gewalten zu. In der großen Rede, worin der preußische Ministerpräsident seine Ansicht ausführte, hielt er der Kammer seine politische Grundanschauung entgegen: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenbestandteil in den Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden." Selbst der König wurde einen Augenblick schwankend, als Bismarck in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses (30. Sept. 1862) seine berühmte Äußerung tat, daß die „Einigung Deutschlands nicht durch Reden, Vereine und Majoritätsbeschlüsse geschaffen werden könne; es werde ein ernster Kampf notwendig sein, ein Kampf, der nur durch Blut und Eisen durchgeführt werden könne". Auch Roon hielt diese Redewendung für bedenklich.

Durch vier Jahre wurde der Staat ohne verfassungsmäßig festgestelltes Budget verwaltet. Das Abgeordnetenhaus erklärte dieses Verfahren für gesetzwidrig, und tiefe Erregung ging durch das Land. Um die Opposition niederzuhalten, ergingen am 1. Juni 1863 strenge Verordnungen gegen die Freiheit der Presse und der Vereine. Den Gegnern Bismarcks schloß sich in diesem Zeitpunkt Kronprinz Friedrich Wilhelm an, weil das Verfahren der Minister eine neue Revolution hervorrufen könne. Am 5. Juni äußerte er im Rathause zu Danzig beim Empfange der Stadtbehörden: „Auch ich beklage, daß ich in einer Zeit hergekommen, in welcher zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten ist, welches zu erfahren mich in hohem Grade überrascht hat. Ich habe von den Anordnungen, die dazu geführt haben, nichts gewußt." Zugleich richtete der Kronprinz an den König eine Denkschrift in ähnlichem Sinne; am 30. Juni aber sandte er dem Ministerpräsidenten ein Schreiben voll Zorn und Geringschätzung, das einen anderen als Bismarck stark erschüttert hätte. „Glauben Sie durch neue Kränkungen des Rechtsgefühls die Gemüter beruhigen zu können? ... Diejenigen, welche Seine Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn Vater, auf solche Wege führen, betrachte ich als die allergefährlichsten Ratgeber für Krone und Vaterland." Der König, aufs tiefste über das öffentliche Auftreten seines Sohnes verletzt, dachte an harte Maßnahmen gegen ihn, und nur Bismarck brachte ihn von diesem Vorhaben ab. Der Ministerpräsident erinnerte den König daran, daß in dem Zwiste zwischen Friedrich Wilhelm I. und seinem Sohne die Neigung der Mit- und Nachwelt auf seiten des Thronfolgers gestanden habe; es sei nicht ratsam, den Kronprinzen zum Märtyrer zu machen. So schien es, als ob damals in Preußen alles zum Zerreißen gespannt sei. Das Abgeordnetenhaus beschloß 1863 mit großer Mehrheit, daß die Minister mit ihrem Vermögen für die Überschreitung des Budgets haftbar seien.

Digitized by Google

B. Die deutsche Frage.

Bewunderungswürdig ist die Freiheit des Geistes und die Kraft, mit der Bismarck mitten unter diesen Aufregungen die äußere Politik leitete. Von 1850 bis 1862 besaß Preußen als europäische Macht nur geringe Geltung. Es hatte infolge der Schwankungen Friedrich Wilhelms IV., zumal zur Zeit des Krimkrieges, eine schwächliche Rolle gespielt. Aber auch später, da schon Wilhelm I. als Prinzregent und als König das Land regierte, mußte sich Cavour unaufhörlich zwar mit den Möglichkeiten zermartern, die eine Wendung der Politik Frankreichs und Österreichs, Englands und Rußlands herbeiführen könnten (S. 8); aber Preußen zog er hierbei nur entfernter in Rechnung. Dieser Staat wog während der italienischen Krisis von 1860 nicht mehr als irgendein Mittelstaat, nur etwa soviel wie Spanien, von dem es zeitweise hieß, es werde die französische Besatzung in Rom durch seine Truppen verstärken oder ablösen. So groß auch König Wilhelms Verdienste um das Heer und den Staat Preußen sind, ohne einen Mann wie Bismarck hätte er nicht zu so großen Erfolgen fortschreiten können. Angesichts der durch Jahre belächelten Schwäche Preußens staunte anfangs jedermann über die kräftige Sprache Bismarcks.

Als er in einer der ersten Ministerratssitzungen entwickelte, Preußen müsse die Gewinnung von Schleswig-Holstein ins Auge fassen, da erhob der Kronprinz die Hände zum Himmel, als ob der Redner etwas ganz Unsinniges gesagt hätte, und der Protokollführer glaubte Bismarck einen Gefallen zu tun, daß er seine Worte wegließ: dieser mußte den Zusatz mit eigener Hand vornehmen. In den Zeitungen und Streitschriften jener Zeit begegnet man fast nur Spott über das Auftreten des neuen Ministers, dem man weder den Ernst noch die Kraft zutraute, sein Programm durchzusetzen. Die Zeitgenossen blieben auch bei ihrer Geringschätzung, als er am 26. November 1862 dem mehrere Jahrzehnte währenden Verfassungsstreit in Kurhessen ein plötzliches Ende machte, indem er dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm durch einen Feldjäger eine geharnischte Weisung sandte, dem Lande die Verfassung von 1831 zurückzugeben. Und nun erst das merkwürdige Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Grafen Aloys Károlyi! Kurz vorher hatte Österreich, ohne sich mit Preußen ins Einvernehmen zu setzen, den bereits (S. 24) erwähnten Antrag auf Bundesreform vor die Versammlung in Frankfurt gebracht; Bismarck warf in jenem Gespräch Österreich vor, daß es von der Methode des Fürsten Metternich abgewichen sei, der alle Maßregeln in deutschen Angelegenheiten zuvor mit Preußen verabredet hatte, und erklärte, Österreich werde bald vor der Wahl stehen, entweder aus Deutschland zu weichen und seinen Schwerpunkt nach dem Osten zu verlegen, oder aber Preußen im nächsten Krieg auf seiten seiner Gegner zu finden. Wie eine Bombe schlug diese Äußerung in Wien ein. Graf Rechberg (vgl. S. 14, 28) hatte nicht so unrecht gehabt, als er vom „schrecklichen" Bismarck meinte, der sei imstande, sogar auf die Barrikade zu steigen, wenn dies der Größe Preußens nützlich sei.

C. Österreich als konstitutioneller Staat.

Gerade zur Zeit, da Bismarck ins Amt trat, organisierten sich die beiden großen Parteien in Deutschland. Am 28. September 1862 trat zu Weimar ein Abgeordnetentag aus den verschiedenen deutschen Parlamenten zusammen, den etwa 200 Mitglieder besuchten. Diese Versammlung forderte die Berufung eines deutschen Parlaments aus freien Volkswahlen und den vorläufigen Zusammenschluß des außerösterreichischen Deutschlands; wenigstens für den Anfang müsse Österreich außer dem engen Bunde bleiben. Diese Versammlung und die Tätigkeit des Nationalvereins veranlaßten auf der anderen Seite die Gründung des großdeutschen Reformvereins, der zu Frankfurt ins Leben trat und eine straffere Zusammenfassung der deutschen Staaten unter Führung Österreichs forderte. Abseits stand der engherzige Partikularismus der Fürsten und ihrer nächsten Anhänger, die von der Souveränität der einzelnen Staaten nichts zum Wohle des Ganzen opfern wollten. Ihren innersten Gedanken verriet der hannöversche Minister Graf Borries, der sich bei der Bekämpfung des

Digitized by Google

Nationalvereins am 1. Mai 1860 zu der Drohung verstiegen hatte, daß die Mittelstaaten zu außerdeutschen Bündnissen gedrängt werden würden, um ihre Selbständigkeit zu wahren.

Die großdeutsche Richtung gewann an Anhängern durch den Verfassungsstreit in Preußen, nicht minder aber durch die Wendung, die Österreich damals zum Liberalismus machte. Das unumschränkte Regiment, das in Österreich seit 1849 gewaltet hatte, endete mit einer Niederlage auf dem Schlachtfelde, mit der schwersten Zerrüttung der Finanzen. Der harte Polizeidruck lastete um so schwerer, als die Organe des Staates seit dem Abschluß des Konkordats mit Rom (Bd. VII, S. 406) zugleich kirchlichen Zwecken dienten. Die Unzufriedenheit aller Nationalitäten des Reiches bestimmte den Kaiser nach Solferino (24. Juni 1859; Bd. VII, S. 414) zur Umkehr. Das Naturgemäße wäre gewesen, wenn der Kaiser gleich jetzt die 1849 wiedergewonnene Einheit des Reiches durch Berufung eines gemeinsamen Parlaments befestigt hätte. Die Krone und noch mehr die Aristokratie befürchteten jedoch, daß in dieser Reichsvertretung das deutsche Bürgertum mit allzu großen Ansprüchen hervortreten werde. Deshalb kam es zunächst zu einem aristokratischen Zwischenspiel. Der Pole Graf Agenor Goluchowski, bisher Statthalter von Galizien, wurde 21. August 1859 Minister des Innern, während Graf Joh. Bernh. v. Rechberg und Rothenlöwen, der schon am 17. Mai den Grafen Buol-Schauenstein als Minister des Äußern und des kaiserlichen Hauses ersetzt hatte, den Vorsitz erhielt. Durch Manifest vom 20. Oktober 1860 wurden dann die administrativpolitischen Angelegenheiten der Gesamtmonarchie in einem neuen Mittelpunkt, dem Staatsministerium, vereinigt, an dessen Spitze Goluchowski trat, während die Leitung der ungarischen Angelegenheiten dem Baron Nikolaus Vay und dem Grafen Nikolaus Szécsen anvertraut ward; gleichzeitig wurde verfügt, daß die Landtage und ein aus ihnen gewählter Reichsrat einzuberufen seien. Diese Körperschaften sollten jedoch nur beratende Stimme haben, und außerdem gewährten die Landesstatuten dem Adel und der Geistlichkeit einen überwiegenden Einfluß. Entscheidender noch war, daß der konservative ungarische Hochadel in seiner Abneigung gegen das deutsche Beamtentum den Kaiser bestimmte, die Verwaltung Ungarns wieder den Komitaten, den Versammlungen des Adels, zu übertragen, denen, wie vor 1848, die freie Wahl der Beamten überantwortet werden sollte. Diese Maßnahmen hatten aber eine ganz andere Folge, als Vay und Szécsen angenommen hatten. Die Komitatsversammlungen, die seit 1849 nicht getagt hatten, waren von revolutionärem Geist erfüllt, traten sofort in die schärfste Opposition, führten die Anordnungen der Minister nicht aus, weil allein der verfassungsmäßige Reichstag zur Steuerbewilligung berechtigt sei, und wählten Beamte, welche die Steuererhebung entweder förmlich verweigerten oder nur lässig betrieben. Das Land stand nach wenigen Monaten nahezu in offenem Aufruhr.

Die ungarischen Minister, die das Reich in diese Verwirrung gestürzt hatten, riefen dem Kaiser selbst, eine kräftige Persönlichkeit aus den Reihen des hohen deutschen Beamtentums mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen: Anton v. Schmerling (Bd. VII, S. 403) wurde an Stelle Goluchowskis am 17. Dezember 1860 Staatsminister. Dieser gewann den Kaiser für seine den Ungarn abgeneigte Auffassung und setzte die Erhaltung des Einheitsstaates sowie die Berufung eines Zentralparlaments durch. Neben diesem sollten die Landtage der Provinzen in beschränkten Kreisen wirken. Dies waren die Grundgedanken der am 26. Februar 1861 gewährten Verfassung. Es ist Schmerlings Verdienst, das staatliche Ansehen in Ungarn ohne Blutvergießen, wenn auch mit Strenge, wiederhergestellt zu haben. Die Komitatsversammlungen wurden aufgelöst und zuverlässige einheimische Beamte an deren Stelle gesetzt. Indessen im madjarischen Volke hatte das Schwanken des Kaisers 1860 die

Digitized by Google

Überzeugung gefestigt, die Krone werde in ihrem Widerstande nachgeben und die Selbständigkeit Ungarns, wie sie die Verfassung vom April 1848 umschrieb, wieder bewilligen. Die Führung dieser Opposition in dem 1861 berufenen Landtag übernahm Franz Deák (vgl. Bd. IV, S. 482); in der vom Landtag beschlossenen Adresse wurde die Beschickung des Zentralparlaments abgelehnt und für Ungarn die volle Selbständigkeit gefordert.

D. Der Fürstentag zu Frankfurt.

Vorerst schritt Schmerling auf dem betretenen Wege unbeirrt weiter und gewann auch großen Einfluß auf die Führung der deutschen Geschäfte. Eine Zeitlang war er darin maßgebender als der Minister des Äußern, Graf Rechberg. Dieser rollte, um mit Preußen in gutem Einvernehmen zu bleiben, die deutsche Frage nicht auf. Schmerling dagegen wollte Deutschland die ersehnte Bundesreform bringen und durch die Schaffung einer starken Zentralgewalt in Frankfurt Österreichs Einfluß in Deutschland befestigen; den Widerstand Preußens hoffte er mit Hilfe der öffentlichen Meinung im außerpreußischen Deutschland zu überwältigen. Durch die Einführung konstitutioneller Formen in Österreich gewann er auch in Deutschland Vertrauen. In einem kühnen Anlauf suchte Österreich die deutschen Fürsten mit sich fortzureißen. Einer Anregung folgend, die von dem Schwager Kaiser Franz Josefs, dem Erbprinzen Maximilian von Thurn und Taxis, ausging, beschloß der Kaiser, alle deutschen Fürsten nach Frankfurt am Main zu einer Beratung einzuladen und ihnen hier seinen Reformplan vorzulegen. Dabei wurde der König von Preußen nicht anders behandelt als der kleinste der Bundesfürsten. Bei der Zusammenkunft zu Gastein am 2. August 1863 teilte der Kaiser dem König Wilhelm seine Absicht mit, und ohne das vereinbarte schriftliche Gutachten König Wilhelms abzuwarten, ließ er ihm schon am 3. August durch einen Adjutanten die formelle Einladung zu dem für den 16. August einberufenen Fürstentag überreichen.

König Johann von Sachsen.
Nach einer Photographie aus dem Jahre 1854.

Der von Österreich geführte Schlag führte zu einem vorübergehenden Erfolge. Die öffentliche Meinung in Süddeutschland war erregt, stellenweise begeistert; die Könige und Fürsten stellten sich der österreichischen Reform zur Verfügung. König Wilhelm war tief erschüttert: auf der Fahrt von Gastein nach Baden-Baden drangen die bayerische Königin Marie und seine Schwägerin, die Witwe König Friedrich Wilhelms IV., in ihn, den österreichischen Vorschlag nicht abzulehnen. Indessen blieb er, dem Rate Bismarcks folgend, der Frankfurter Versammlung fern. Unter Glockenklang und dem Jubel der österreichisch gesinnten Frankfurter hielt Kaiser Franz Josef seinen Einzug in die Freie Stadt. Gewandt leitete er die Beratung der Fürsten, und König Johann von Sachsen (1854—73; s. die obenstehende Abbildung), geschäftserfahren und beredt, widerlegte die Einwendungen, die eine kleine Minderheit erhob. Der Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin stellte den Antrag, König Wilhelm zur Reise nach Frankfurt einzuladen. König Johann stimmte zu, stellte jedoch zwei Zusatzanträge, die nicht gerade freundlich gegen Preußen waren. Zunächst bestimmte er die Versammlung, zu erklären, sie halte die österreichischen Vorschläge als Grundlage zur Reform für geeignet; und ebenso wurde gleich jetzt ausgemacht, daß die

Digitized by Google

Ablehnung des Königs von Preußen kein Hindernis für eine weitere Beratung sei. Nach diesen am 18. August gefaßten Beschlüssen fuhr König Johann nach Baden-Baden, um den König von Preußen einzuladen.

König Wilhelm, nicht abgeneigt, der Einladung zu folgen, sagte zu Bismarck: „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Kabinettskurier, wie kann man da ablehnen?" Aber Bismarck erblickte in der beabsichtigten Überrumpelung durch Österreich einen Schlag gegen Preußen und hätte das Erscheinen seines Königs in Frankfurt als schwere Demütigung empfunden. Deutschland sollte sehen, daß eine Änderung der deutschen Verfassung an dem bloßen Widerspruch Preußens scheitern müsse. Bismarck bedurfte seiner ganzen Willenskraft, um den König zur Ablehnung zu bestimmen; er erklärte, er würde wohl, wenn es der König befehle, mit ihm nach Frankfurt reisen — wenn aber dieses Geschäft beendigt sei, nicht mehr mit ihm nach Berlin als Minister zurückkehren. So stimmte der König seinem Rate zu. Was Bismarck vorausgesehen hatte, traf ein. Wohl wurde der österreichische Vorschlag zu Ende beraten und gegen die Stimmen von Baden, Schwerin, Weimar, Luxemburg, Waldeck und Reuß j. L. angenommen. Aber da sich die Versammlung nur für den Fall verpflichtete, daß auf Grund der Beschlüsse eine Verständigung mit Preußen gelinge, so hatte Österreich in der Hauptsache nicht das erzielt, was es erstrebt hatte.

6. Der Kampf um Schleswig-Holstein.

A. Das Erbrecht auf die Herzogtümer.

Alle diese Beratungen und Ränke traten in den Hintergrund, als das Geschick Schleswig-Holsteins durch die Waffen entschieden werden sollte. Den Anstoß hierzu gab der Tod des dänischen Königs Friedrich VII., mit dem am 15. November 1863 die Hauptlinie des Königshauses ausstarb (vgl. Bd. VI, S. 51). Die Seitenlinie Holstein-Glücksburg besaß das Erbrecht auf Dänemark, während das Haus Augustenburg Ansprüche auf Schleswig-Holstein erhob. Ganz Deutschland glaubte den Augenblick gekommen, durch Unterstützung des Augustenburgers Schleswig-Holstein von der dänischen Herrschaft zu befreien. Die beiden deutschen Großmächte waren jedoch durch den Londoner Vertrag (Bd. VII, S. 404) in anderer Richtung gebunden. In dieser Abmachung hatte Dänemark sich ausdrücklich verpflichtet, Schleswig-Holstein eine selbständige Verwaltung zu gewähren; auf Grund dessen verbürgten die Großmächte ihrerseits dem König von Dänemark und allen seinen Nachfolgern den Besitz der Herzogtümer. Es gehörte zu den Sünden der beiden deutschen Großmächte, daß sie 1850 die Schleswig-Holsteiner gezwungen hatten, sich den Dänen zu unterwerfen (vgl. Bd. VII, S. 380). Aus Haß gegen den Liberalismus und gegen alles, was er 1848 gefehlt haben sollte, vernichteten sie die Hoffnungen der Schleswig-Holsteiner für den Fall des Aussterbens des Königshauses. Herzog Christian von Augustenburg ließ sich sein Erbrecht von Dänemark um $2^1/_4$ Millionen Taler abkaufen, wogegen sein Sohn Friedrich allerdings Einspruch erhob. Dänemark dachte aber nicht daran, sein Versprechen einzulösen. Jahrelang begnügte sich der Deutsche Bund mit Mahnungen und Vorschlägen zu einem Schiedsgericht. Endlich beschloß der Bundestag 1863 die Exekution gegen Dänemark. Hannöversche und sächsische Truppen besetzten Holstein; an der Eider jedoch mußten sie haltmachen, da Schleswig nicht zum Bunde gehörte.

In Kopenhagen zog die eiderdänische Partei (vgl. Bd. VII, S. 378) aus diesen Umständen eigentümliche Folgerungen: da Schleswig nicht zum Bunde gehöre, könne man sich

Digitized by Google

über den Londoner Vertrag hinwegsetzen, das Band zwischen Schleswig und Holstein lösen und wenigstens Schleswig in den Einheitsstaat einfügen. Drohende Volksmassen zwangen den neuen Herrscher Christian VIII., trotz seiner besseren Einsicht der Gesamtverfassung seine Zustimmung zu geben. Damit war der Londoner Vertrag förmlich gebrochen. So fand der Anspruch Herzog Friedrichs von Augustenburg auf Schleswig-Holstein bei der öffentlichen Meinung Deutschlands einmütigen Beifall. Er erklärte sich bereit, die demokratische Verfassung, die sich die Herzogtümer 1848 gegeben hatten, treu zu befolgen und umgab sich mit liberalen Ratgebern. Ein großer Teil der Regierungen der deutschen Mittelstaaten erkannte den Augustenburger als Erben an, und die Mehrheit des Bundestages entschied sich für ihn.

Preußen und Österreich freilich, durch den Londoner Vertrag gebunden, besaßen danach zugleich das Recht, Dänemark zu zwingen, den Herzogtümern Selbständigkeit und die Personalunion zu gewähren; aber sie mochten sich nicht von der Anerkennung des Erbrechts König Christians VIII. lossagen. Österreich insbesondere, dessen Bestand (Venetien!) auf europäischen Verträgen beruhte, durfte nicht zugeben, daß das Recht der Nationalität jene Verträge zu lösen vermöge. Konnte sich nun Preußen allein den übrigen Großmächten entgegenstellen? Solches Spiel schien Bismarck bei aller seiner Entschlossenheit doch zu gefährlich. Auch wäre der Einsatz bei diesem Kampfe zu kümmerlich gewesen; denn wie Bismarck dem preußischen Abgeordnetenhause vorstellte, hätte es seine Waffen der Einsetzung eines Herzogs geliehen, der gleich den anderen Mittelstaaten in Frankfurt doch zumeist mit Österreich gestimmt hätte. „Die Unterzeichnung des Londoner Vertrags", so sagte Bismarck am 1. Dezember 1863 im preußischen Abgeordnetenhause, „mag beklagt werden; aber sie ist erfolgt, und es ist ein Gebot der Ehre wie der Klugheit, an unserer Vertragstreue keinen Zweifel haften zu lassen." Diese Gründe überzeugten jedoch das preußische Abgeordnetenhaus nicht: es sprach sich für das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg aus. Vergebens hielt Bismarck der Opposition vor, daß, sobald Preußen den Boden des Londoner Vertrags verlasse, keine Handhabe gefunden werden könne, um auch in Schleswig einzugreifen, das außerhalb des Deutschen Bundes stand.

Der Widerstand des Abgeordnetenhauses gegen die Methode Bismarcks war darin begründet, daß die konservative Partei, der auch Bismarck angehört hatte, 1849 und 1850 die Auflehnung der Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark verurteilt hatte; man befürchtete, die Anhänger der Legitimität würden wie damals schließlich doch die Unterwerfung der Herzogtümer unter Dänemark durchsetzen. Tatsächlich hatten die beiden deutschen Großmächte die Verletzungen des Londoner Vertrags durch Dänemark seit 1852 geduldet und nichts zur Wahrung des Rechtes der Herzogtümer beigetragen. Deshalb der Vorwurf, den der Ausschuß einer Abgeordnetenversammlung zu Frankfurt am 21. Dezember 1863 in einer Ansprache an das deutsche Volk gegen die beiden Großmächte erhob. Zwölf Jahre lang habe man den Dänen gestattet, den Londoner Vertrag mit Füßen zu treten. Jetzt sei mit dem Aussterben des Königshauses und dem Aufleben des augustenburgischen Erbrechtes die Möglichkeit gekommen, sich des schmählichen Vertrags zu entledigen. „Jetzt, wo der Vollzug jenes Vertrags der Sache der Herzogtümer tödlich wäre, setzt man Heere in Bewegung, um diesen Vollzug zu erzwingen."

Dieser Vorwurf gegen die preußische Politik wäre berechtigt gewesen, wenn Bismarck noch wie 1848 der Mann ausschließlich konservativer Parteipolitik gewesen wäre. Daß er ein Größerer geworden war, konnte das deutsche Volk nicht wissen. Er hatte jetzt die Erwerbung der Herzogtümer durch Preußen ins Auge gefaßt und steuerte diesem Ziele, das König

Digitized by Google

Wilhelm noch als unerreichbar ansah, kräftig entgegen. Gleich damals errang er einen großen diplomatischen Erfolg: Österreich trennte sich in der Frage der Herzogtümer von den deutschen Mittelstaaten, seinen Bundesgenossen, und Bismarck trieb den Keil immer tiefer. Er eröffnete dem Wiener Kabinett, daß Preußen entschlossen sei, dem Londoner Vertrage, wenn notwendig allein, gegen Dänemark mit den Waffen Achtung zu erzwingen. Österreich durfte seinem Nebenbuhler die Befreiung Schleswigs nicht allein überlassen, da es sonst in Deutschland freiwillig abgedankt hätte. Rechberg, ohnedies dem preußischen Bündnis zugetan, bestimmte seinen Kaiser unter diesen Umständen zum Kriegsbündnis mit Preußen; war Franz Josef doch auch enttäuscht darüber, daß der Frankfurter Fürstentag und die Preußen feindselige Politik keine Früchte getragen hatten. Am 16. Januar 1864 verpflichteten sich die beiden Großmächte zum Angriff auf Dänemark und bestimmten, daß nach Befreiung der Herzogtümer über sie nur im Einvernehmen der beiden Mächte entschieden werde. So fühlte sich Österreich gegen Überraschungen seitens Preußens gedeckt. Wie im preußischen, so fand der Vertrag auch im österreichischen Abgeordnetenhause den größten Widerspruch. In Berlin wurde das Geld für die Kriegführung geradezu verweigert. Das österreichische Abgeordnetenhaus ging nicht so weit; aber die Mehrheit hielt es für verfehlt, daß Österreich sich feindselig gegen die Mittelstaaten stelle und die Gelegenheit versäume, sich den künftigen Herzog von Schleswig-Holstein zum Freunde zu machen.

B. Der Krieg gegen Dänemark.

Zur Eroberung Schleswigs zogen 37000 Preußen und 23000 Österreicher aus, denen 40000 Dänen gegenüberstanden. Den Oberbefehl über die Angreifer führte der Feldmarschall Graf Friedr. Heinr. Ernst v. Wrangel, dem auch der österreichische Feldmarschalleutnant Freihert Ludwig v. Gablenz unterstand. Die Dänen hofften bis zuletzt auf fremde Hilfe; aber die Drohungen Englands an die deutschen Mächte waren bloße Schreckschüsse. Zuerst versuchten die Dänen im Danewerk Widerstand. Aber die Österreicher erstürmten in den Gefechten von Jagel und Oberselk am 3. Februar die Vorposten vor den Schanzen und verfolgten die Dänen bis unter die Kanonen des Danewerks. Da zudem die Umgehung der festen Stellung durch die Preußen unterhalb Missunde zu befürchten war, so räumte der dänische General Chr. Jul. De Meza am 5. Februar das Danewerk, sich nach Norden zurückziehend. Die Österreicher folgten rasch und erreichten die Dänen noch am nächsten Tage bei Oversee, so daß diese um den weiteren Rückzug kämpfen mußten. So war Schleswig erobert mit Ausnahme einer kleinen Halbinsel im Osten, wo sich die Düppeler Schanzen erhoben, die mit der Insel Alsen und der überlegenen dänischen Flotte in Verbindung standen. Preußen schlug darauf vor, die Dänen durch Besetzung von Jütland zum Frieden zu zwingen. Dazu konnte sich das österreichische Kabinett anfänglich nicht entschließen; Generalleutnant v. Manteuffel (S. 45), der nach Wien geschickt wurde, drang erst durch, als Preußen die Zusage machte, daß Schleswig-Holstein nicht von der Oberhoheit des dänischen Königs losgerissen werden dürfe; vielmehr sollten die selbständigen Herzogtümer mit Dänemark durch Personalunion verbunden sein. Darauf unterwarfen sich die Verbündeten Jütland bis zum Ljim-Fjord, und durch die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 18. April erwarben die preußischen Truppen einen ruhmvollen Waffenerfolg. Da zudem die Blockade der Elbmündungen infolge des Seegefechts von Helgoland am 9. Mai 1864, wo österreichische und preußische Schiffe unter dem österreichischen Kapitän Wilhelm v. Tegetthoff kämpften, gebrochen wurde, so hatte Deutschland endlich gezeigt, daß es sich von dem kleinen Dänemark nicht länger demütigen lasse.

C. Der Vertrag von Gastein.

Nun handelte es sich um das weitere Schicksal der Herzogtümer. Kräftig sprach sich die öffentliche Meinung in Deutschland gegen ihre Rückgabe an den Dänenkönig aus, und jetzt nährte Bismarck den Entrüstungssturm, weil er Preußen von der gemachten Zusage befreien wollte. Er hätte aber dieses Ziel nicht erreicht, wenn nicht zum Glück für Deutschland die

Digitized by Google

Dänen hartnäckig geblieben wären. Am 25. April 1864 trat zu London eine Konferenz der beteiligten Mächte zusammen. Die dänischen Bevollmächtigten, noch immer auf die Unterstützung Englands hoffend, lehnten am 17. Mai den Vorschlag Preußens und Österreichs auf staatliche Selbständigkeit der Herzogtümer unbedingt ab, selbst für den Fall, wenn deren Besitz ihrem König Christian zugedacht wäre. Damit war die Sache endgültig entschieden. Jetzt trat auch Österreich von der mit Preußen zuletzt getroffenen Abmachung zurück. Notgedrungen begünstigte das Wiener Kabinett, um Schleswig-Holstein nicht an Preußen fallen zu lassen, die Kandidatur des Herzogs von Augustenburg. Dazu war König Wilhelm schon lange geneigt, wenn nur Herzog Friedrich ein Militärabkommen mit Preußen schließen wollte, ähnlich dem koburgischen, wenn er Preußen eine Flottenstation gewährte, den Nordostseekanal bauen ließe, und wenn die Herzogtümer dem Zollverein beiträten. Diesen Bedingungen hätte sich der Herzog wohl gefügt, um zur Herrschaft zu gelangen, wenn Österreich ihm nicht günstigere Zusagen gemacht hätte, um zu verhindern, daß Schleswig-Holstein ein Vasallenstaat Preußens werde. Dadurch ermutigt, sagte der Herzog dem König zwar das Einhalten jener Bedingungen zu, fügte aber hinzu, daß er nicht wissen könne, ob die Stände Schleswig-Holsteins dem zustimmen würden. Sollte dies nicht geschehen, so sei er bereit, zugunsten seines Sohnes zurückzutreten. Dieser Zusatz erfüllte Bismarck mit Mißtrauen: dann konnte sich ja das Spiel wiederholen, das schon einmal aufgeführt worden war, als Herzog Christian von Augustenburg sich seine Ansprüche von Dänemark abkaufen ließ und sein Sohn Friedrich dann doch mit seinem Erbrecht auf Schleswig-Holstein hervortrat. Von Tag zu Tag wuchs die Entschlossenheit Bismarcks, nicht nachzugeben, bis die Lande in Preußen einverleibt seien. Der erste Schritt hierzu war der Friedensschluß mit Dänemark vom 30. Oktober 1864 zu Wien: das Doppelherzogtum wurde bedingungslos an Österreich und Preußen abgetreten, ohne Rücksicht auf die Erbansprüche der Häuser Augustenburg und Oldenburg.

Indessen wünschte Bismarck damals noch nicht den Bruch mit Österreich, und er bedauerte den Rücktritt des Grafen Rechberg (27. Oktober 1864): man hatte ihm in Österreich vorgeworfen, die von ihm betriebene Bundespolitik mit Preußen gereiche bloß diesem Staate zum Nutzen. Sein Nachfolger, Graf Alexander Mensdorff-Pouilly, setzte sich zwar dieselben Ziele wie Rechberg; da er aber der Geschäfte wenig kundig war, so gewannen die Gegner Preußens unter seinen höheren Beamten, voran Hofrat Freiherr Ludwig v. Biegeleben, immer mehr Einfluß. Das war um so schädlicher, als die beiden Großmächte die Herzogtümer gemeinsam verwalteten, was ohnedies zu Reibungen führte. Im Februar 1865 nannte Preußen die Bedingungen, unter denen es den Herzog von Augustenburg in Schleswig-Holstein einsetzen wollte. Sie enthielten im wesentlichen das, was dem Herzog schon früher eröffnet worden war. Darauf aber ging Österreich nicht ein. In Wien beharrte man darauf, der Deutsche Bund sei eine Vereinigung souveräner Fürsten, unter denen sich kein Vasallenstaat Preußens befinden dürfe. Darauf griff Preußen zu schärferen Maßregeln und verlegte seine Marinestation von Danzig nach Kiel. Offen erklärte damals Bismarck: „Wenn Österreich unser Bundesgenosse bleiben will, muß es uns Platz machen."

Schon damals zog die Kriegsgefahr herauf. Das Berliner Kabinett ließ in Florenz anfragen, ob Italien zur Bundesgenossenschaft bereit sei. Indessen scheuten die beiden deutschen Mächte noch vor einem Waffengang unmittelbar nach einem gemeinsam unternommenen Feldzuge zurück; nach längeren Verhandlungen kam es am 14. August 1865 zum Vertrage von Gastein. Die bisher gemeinsame Verwaltung der Herzogtümer wurde getrennt, so daß das nähere Holstein (s. die Karte bei S. 5) Österreich verblieb, das fernere Schleswig

Digitized by Google

dagegen Preußen; Lauenburg wurde für 2½ Millionen Taler ganz an Preußen abgetreten. Offenbar schritt Preußen siegreich vorwärts, und die Erwerbung der Herzogtümer stand in naher Aussicht. Als das preußische Abgeordnetenhaus, das sich anderthalb Jahr vorher bestimmt für das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg ausgesprochen hatte, im Sommer 1865 wieder über die Angelegenheit beriet, waren die Freunde der Einverleibung schon so zahlreich, daß man sich nicht auf einen Mehrheitsbeschluß einigen konnte. Schon damals zeigte sich, daß die äußere Politik der Fortschrittspartei in Preußen Schiffbruch gelitten hatte. Der König versetzte Bismarck zum Zeichen seiner Anerkennung in den Grafenstand (15. Sept.) und bekundete damit auch nach außen, daß er seiner Geschäftsführung fest vertraue.

D. Der Bruch zwischen Österreich und Preußen.

Bismarck nannte den Vertrag von Gastein eine Verkleisterung der Risse im Bau. Im Grunde war der Ministerpräsident schon lange zum Kriege mit Österreich entschlossen. Da Österreich nach wie vor die Anhänger des Herzogs von Augustenburg und ihre Arbeit gegen Preußen begünstigte, so beklagte sich die preußische Note vom 26. Januar 1866 über die „Mittel der Aufwiegelung", deren sich Österreich bediene. In diesem Schriftstück wurde angekündigt, daß Preußen fortan für seine Politik volle Freiheit in Anspruch nähme. Das war die formelle Aufkündigung des seit zwei Jahren bestehenden Bündnisses. Schon vorher hatte Bismarck mit Kaiser Napoleon angeknüpft und ihn zu diesem Zweck im Oktober 1865 im Pyrenäenbade Biarritz aufgesucht. Er wollte sich der Neutralität Frankreichs für den Fall eines preußischen Krieges mit Österreich vergewissern. Napoleon ging jedoch bei den Eröffnungen des preußischen Ministers nicht aus seiner Zurückhaltung heraus; er wartete auf ein Angebot von Preußen als Preis seiner Neutralität, ermutigte Bismarck zu kühnerem Vorgehen, verpflichtete sich aber vorerst zu nichts. Erst wenn sich die Gegnerschaft mit Österreich verschärfen werde, sollten ernstere Verhandlungen beginnen.

Dazu kam es bald. Wohl hielt sich Bismarck noch den Friedensweg offen, falls Österreich aus Schleswig-Holstein weichen wollte. Der Verlauf des preußischen Ministerrats vom 28. Februar 1866 jedoch beweist, daß sich auch der König mit dem Kriegsgedanken vertraut machte. Bei dieser Beratung entwickelte der Ministerpräsident, daß wegen Schleswig-Holsteins allein kein Krieg zu entzünden sei; Größeres, die Einigung Deutschlands, müsse ins Auge gefaßt werden. Vorerst wurde beschlossen, mit Italien Verhandlungen über ein Kriegsbündnis zu beginnen. In diesem Kriegsrate sprach sich Moltke bedingungslos für den Krieg aus, während der Kronprinz nachdrücklich vor solcher Politik warnte, schon deshalb, weil sie eine Einmischung des Auslandes in Aussicht stelle.

Als im März 1866 namens der italienischen Regierung General Giuseppe Govone in Berlin ankam, erkannte man in Wien die drohende Kriegsgefahr. In Österreich war im Juli 1865 eine wichtige Änderung vor sich gegangen. Schmerling hatte den Kaiser nicht dauernd für seine Staatsauffassung gewonnen. Franz Josef war unzufrieden, weil das auf den Rat Schmerlings berufene Parlament allzugroße Ansprüche auf Mitregierung erhob und in den Abstrichen am Militärbudget zu weit ging. Die österreichische und die ungarische Aristokratie gesellten sich den Gegnern der Einheitsverfassung zu, und Graf Moritz Esterhazy, seit 19. Juli 1861 Minister ohne Portefeuille, benutzte die Mißstimmung des Kaisers zur Untergrabung des deutschen Beamtenministeriums. An Stelle Schmerlings wurde am 30. Juli 1862 das „Grafenministerium" unter dem Vorsitz des Grafen Richard Belcredi ernannt; am 20. September 1865 sistierte der Kaiser die Verfassung und vertagte den Reichs-

Digitized by Google

rat. In allen Zweigen der Staatsverwaltung wurde der hohe Adel begünstigt, das Slawentum gegen das Deutschtum ausgespielt und der Ausgleich mit Ungarn angebahnt. In diesem Kabinett war Graf Esterhazy in der äußeren Politik maßgebend, durch Hofrat Biegeleben vom Auswärtigen Amt in preußenfeindlichem Sinne beeinflußt, während der schwache Minister des Äußeren, Graf Mensdorff, vergebens der Erhaltung des Friedens das Wort redete.

E. Die beiderseitigen Rüstungen.

Erschreckt durch die Kriegsabsichten der preußischen Regierung, verfügte man in Wien im März 1866 Rüstungsmaßregeln. Etwa zehn Bataillone wurden, um das in Böhmen liegende Korps zu vervollständigen, dorthin verlegt und mehreren Kavallerieregimentern aus Ungarn und Siebenbürgen der Aufbruch in die zunächst bedrohte Provinz befohlen; zugleich erhielt der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Karolyi (S. 27), den Auftrag, anzufragen, ob Preußen wirklich Österreich anzugreifen gedenke. Dieses übereilte Vorgehen Österreichs erleichterte es Bismarck und den zum Kriege ratenden Generälen, König Wilhelm gleichfalls zu Rüstungen zu bestimmen. Im Ministerrat vom 28. März beschlossen, umfaßten sie: Pferdebeschaffung für die Artillerie, Instandsetzung der Festungen und Verstärkung der im Süden des Staates stehenden Divisionen. Bismarck beantwortete die im Grunde zwecklose Anfrage des Grafen Karolyi mit „Nein", klagte jedoch zugleich in einem Rundschreiben an die deutschen Höfe Österreich an, daß es wie 1850 Preußen durch seine Rüstungen einschüchtern wolle. Des weiteren kündigte er an, Preußen werde in Bälde mit einem Reformplane der deutschen Bundesverfassung hervortreten.

Wichtiger als diese, die Öffentlichkeit beunruhigenden Maßregeln und Noten war die geheime Verhandlung zum Abschluß des Bündnisses mit Italien. Sie wollte anfangs nicht vonstatten gehen, da Italien fürchtete, gemißbraucht zu werden: Preußen konnte die Drohung mit einem italienischen Bündnis dazu benutzen, Österreich zum Nachgeben zu bestimmen. Um dies zu vermeiden, erklärte die italienische Regierung, sie könne bloß auf ein förmliches Kriegsbündnis zum Angriff auf Österreich-Ungarn eingehen. Dazu aber verstand sich König Wilhelm nicht, da ein Überfall auf Österreich nicht in seiner Absicht lag. Die preußische Regierung war nur zu einem Freundschaftsbündnis bereit, das verhindern sollte, daß einer der beiden Teile ein gesondertes Abkommen mit Österreich treffe und den anderen im Stiche lasse. So kam man zu dem Auskunftsmittel eines Schutz- und Trutzbündnisses, das aber nur drei Monate gelten sollte, falls Preußen bis dahin den Krieg erkläre. Italien zögerte, darauf einzugehen, und wandte sich an Napoleon III. um Rat. Der französische Kaiser wünschte nichts sehnlicher als einen Krieg in Deutschland, um während dessen mit seinen Anschlägen auf Belgien oder auf das Rheinland hervortreten zu können. Er wußte, daß Wilhelm I. nur dann von Bismarck zum Kriege zu bestimmen sei, wenn er sich zuvor der Bundesgenossenschaft Italiens versichert habe; sonst hielt der König den Waffengang, da nahezu das ganze übrige Deutschland auf seiten Österreichs stand, für bedenklich. Auf den Rat Napoleons schloß der zögernde italienische Ministerpräsident Alfonso del Lamarmora am 8. April 1866 den für drei Monate geltenden Vertrag ab.

Diese Frist benutzte Bismarck zur Aufrollung der deutschen Frage, um der Nation zu zeigen, daß sie von Preußen allein die Erfüllung ihrer Einigungswünsche zu erwarten habe. Am 9. April schlug Preußen am Frankfurter Bundestage vor, ein deutsches Parlament auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einzuberufen. Um Bayern von Österreich zu trennen, wurde der Vorschlag auf Teilung des Oberbefehls der deutschen Bundestruppen

Digitized by Google

gemacht: Preußen solle im Norden, Bayern im Süden kommandieren. So ernst auch die Absicht Bismarcks war, so fand sie doch in dem größten Teile des deutschen Volkes kein Verständnis. Die Liberalen meinten, die Bekehrung Bismarcks zu einem deutschen Parlament mit allgemeinem Wahlrecht sei nicht ernst gemeint, und hielten ihm vor, daß eine Regierung, die im eigenen Lande das Recht der Volksvertretung nicht achte, nicht dazu berufen sei, ein konstitutionelles Band um ganz Deutschland zu schlingen. So eingewurzelt war das Mißtrauen gegen Preußen, daß Bayern den ihm günstigen Vorschlag ablehnte. Der Minister Freiherr von der Pfordten (Bd. VII, S. 398) war dem Plan innerlich nicht abgeneigt; der Hof aber, insbesondere der Oheim des jungen Königs Ludwig II., Prinz Karl, drang auf Anschluß an Österreich.

Da für Österreich die Aussicht wuchs, die deutschen Mittelstaaten in dem Kampfe gegen Preußen für sich zu gewinnen, erhielt auch in Wien die Kriegspartei die Oberhand, und die behutsamen Ratschläge Mensdorffs wurden nicht beachtet. Allerdings verhandelten im Laufe des April Wien und Berlin über gleichzeitige Abrüstung, und einen Augenblick eröffneten sich infolge einer entgegenkommenden Note Österreichs Friedensaussichten: König Wilhelm glaubte, Preußen dürfe einem Ausgleiche nicht hartnäckig widerstreben. Aber diese friedlichere Wendung wurde durch die Rüstungen Italiens zunichte gemacht, das mit Unruhe die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Preußen und Österreich verfolgte; auf Befehl des Königs Viktor Emanuel wurden im April gegen 100000 Mann ins Heer eingereiht. Der österreichische Generalstabschef Alfred Freiherr v. Henikstein legte dem Kaiser in einer Denkschrift vom 20. April dar, Österreich sei ernstlich bedroht, da es, wenn Preußen gleichfalls rüste, nahezu einen Monat wehrlos wäre, weil die Regimenter nicht wie in Preußen in ihren Ergänzungsbezirken lägen und das Eisenbahnnetz noch nicht ausgebaut sei. Infolgedessen befahl Kaiser Franz Josef trotz der Warnungen des Grafen Mensdorff am 21. April die Mobilisierung der Südarmee, am 27. die der Nordarmee.

Damit erhielten die auf den Krieg hindrängenden Ratgeber König Wilhelms den gewichtigen Grund, Preußen dürfe nicht hinter diesen Rüstungen zurückbleiben. Der König war, wie sein Brief vom 23. April 1866 beweist, ohnedies bereits von der Notwendigkeit eines Waffenganges mit Österreich überzeugt, indem er im April selbst den plötzlichen Überfall auf den noch nicht gerüsteten Kaiserstaat erwog. Nur weil er vor Europa nicht als Friedensstörer erscheinen wollte, wartete er die Mobilisierung Österreichs ab. Jetzt aber traf er zwischen dem 5. und 12. Mai die gleichen Verfügungen.

F. Die letzten Verhandlungen und der Kriegsausbruch.

So war der Krieg kaum mehr abwendbar. Das Wiener Kabinett, das die Gefahren eines Krieges gegen zwei Fronten nicht verkannte, entschloß sich in zwölfter Stunde zu einer vollständigen Schwenkung seiner Politik Italien gegenüber. In den letzten Jahren war der Verkauf der Provinz Venetien mit dem Hinweis auf die staatliche Ehre Österreichs abgelehnt worden. Jetzt wollte man die Provinz dahingeben, um freie Hand zu einem Eroberungskriege gegen Preußen zu erhalten. Der österreichische Botschafter in Paris erhielt den Auftrag, die Vermittelung Napoleons III. anzurufen. Falls sich Italien in dem nahenden Kriege neutral verhalte und falls Österreich darauf Schlesien zu erobern vermöchte, wollte sich das Wiener Kabinett zur Abtretung Venetiens verpflichten. Es schien dem Kaiser Napoleon ein Glücksfall, daß er gleichzeitig Anträge von Preußen und von Österreich erhielt; nun sei durch kluge Ausnutzung der Sachlage die Vergrößerung Frankreichs im Norden oder Osten so gut wie gesichert. Als er das Angebot Österreichs der italienischen Regierung mitteilte,

Digitized by Google

wandte diese mit Recht ein, daß die bedingungsweise gemachte Zusage einer Überlassung Venetiens nicht die geringste Sicherheit biete; die Eroberung Schlesiens durch Österreich sei zweifelhaft, und wenn sie gelinge, dann werde das übermächtige Österreich sein Versprechen kaum einlösen. Daraufhin erklärte sich Österreich zu einem Vertrage bereit, der den Italienern Venetien bedingungslos sichern sollte. Damit trat eine starke Versuchung an Italien heran — allerdings hätte es sich, wenn es zustimmte, eines groben Vertragsbruches Preußen gegenüber schuldig gemacht. In einer mehrstündigen Ministerratssitzung entschloß sich am 14. Mai das italienische Kabinett zur Ablehnung, weil die Kriegslust in Italien bereits entflammt war, und weil der republikanische Teil der Bevölkerung dem Hause Savoyen sicherlich die Hinnahme des Geschenkes als unmännliche und unehrliche Politik angerechnet hätte.

Immerhin hatten die Unterhandlungen für Österreich den Vorteil, daß Italien sich nicht mehr auf einen Krieg auf Leben und Tod vorbereitete, da es des Gewinnes Venetiens selbst bei einem weniger günstigen Ausgang des Krieges so gut wie sicher war. Weiter gelang der österreichischen Diplomatie eine größere Annäherung an Frankreich. Napoleon versuchte nämlich zu jener Zeit nochmals, Preußen zu einer bestimmten Zusage in bezug auf die Landabtretungen am Rhein zu bestimmen. Bismarck jedoch hielt ihn mit allgemeinen Versprechungen hin; seine „dilatorische" Diplomatie war, wie er sich später ausdrückte, darauf gerichtet, in Napoleon den Glauben zu erwecken, daß er wohl bereit sei, etwas Landesverrat zu treiben, daß aber der König von einer Abtretung deutscher Gebiete an Frankreich nichts wissen wolle. Seine Politik war ebenso kühn wie gewandt; er hielt den Kaiser bei der Neutralität fest, ohne ihm auch nur die leiseste, Preußen bloßstellende Zusage zu machen.

Napoleon war, wie damals nahezu alle Franzosen, überzeugt, Österreich sei bei dem Zusammenstoße mit dem preußischen Staate militärisch überlegen; war es doch 1859 oft nahe daran gewesen, einen Sieg zu erringen, und selbst nach der Schlacht bei Solferino war das österreichische Heer noch lange nicht überwunden (vgl. Bd. VII, S. 414). Stolz auf die eigene Waffentüchtigkeit, glaubten die Franzosen, ein Gegner von solcher militärischer Kraft sei durch keine andere Armee als durch die französische zu besiegen. Deshalb hatte ihr Kaiser, um das Gleichgewicht der Kräfte herzustellen, Italien zum Bündnis mit Preußen bestimmt, und deshalb wollte er sich auch für den von ihm als wahrscheinlich angenommenen Fall eines österreichischen Sieges sichern. Napoleon schloß daher mit dem Wiener Kabinett am 12. Juni einen geheimen Vertrag, worin sich Österreich verpflichtete, auch im Fall eines Sieges Venedig an das vom Kaiser stets begünstigte Italien abzutreten. Damals schwebte ihm als Ziel seiner Politik folgender Plan vor: Venetien an Italien, Schlesien an Österreich, Schleswig-Holstein und andere norddeutsche Gebiete an Preußen, das seinerseits beträchtliche Rheingebiete an Frankreich hätte abtreten müssen. Statt aber zu rüsten, um diese ihm erwünschte Lösung durchzusetzen, glaubte Napoleon nach der Erschöpfung der Gegner als Schiedsrichter Europas auftreten zu können. Darin bestand sein Irrtum. Wohl konnte das unfertige und militärisch schwache Italien 1860 zur Abtretung Nizzas und Savoyens gezwungen werden; daß Preußen dagegen nach dem Kriege stark genug sein werde, Frankreichs Ansprüche abzuweisen, das ahnte Napoleon nicht. Sein Fehler bestand darin, daß er gegenüber Cavour und Bismarck, Italienern und Deutschen ein und dasselbe Verfahren befolgte.

Je näher der Krieg kam, desto ungünstiger wurde die diplomatische Lage Preußens. Der Gesandte in Paris, Graf von der Goltz, warnte davor, sich auf die Neutralität Napoleons zu verlassen. Die Regierungen der deutschen Mittelstaaten fühlten sich durch die vorgeschlagene Bundesreform (S. 35) bedroht, und die öffentliche Meinung Süd- und

Digitized by Google

Westdeutschlands war Preußen abgeneigt. Die Hoffnung, daß Bayern und Hannover neutral bleiben würden, schwand; Sachsen war mit Österreich auf das engste verbündet. König Wilhelm war es besonders peinlich, daß er von preußischen Städten und Körperschaften mit Adressen zur Erhaltung des Friedens bestürmt wurde. Namentlich in den katholischen Rheinlanden herrschte tiefe Abneigung gegen den Krieg; bei der Einberufung der Landwehrmänner kam es sogar stellenweise zu Unbotmäßigkeiten. Deshalb ging der König auf die jetzt auftauchenden Vermittelungsvorschläge ein. Als Anton v. Gablenz, ein sächsischer Gutsbesitzer und Bruder des österreichischen Generals, nach Berlin kam, um eine Teilung Deutschlands zwischen den beiden Mächten zu empfehlen, erhielt er die Vollmacht, diesen Vorschlag auch dem Wiener Kabinett zu unterbreiten. Das österreichische Ministerium lehnte jedoch diese Vermittelung ab, offenbar, weil es bereits zum Krieg entschlossen war, und weil Österreich seine Bundesgenossen, die deutschen Mittelstaaten, mit denen es so gut wie handelseins war, im letzten Augenblick nicht mehr zur Teilung preisgeben konnte. Überhaupt drängte nunmehr Österreich zum Kriege, und es erleichterte dadurch die Schritte Bismarcks. So lehnte das Wiener Kabinett auch den von Napoleon III. ausgehenden Vorschlag der Beschickung eines Kongresses ab, mit der Begründung, das Schicksal Venetiens würde Gegenstand der Verhandlung werden; eine Großmacht aber könne andere Staaten nicht über ihren eigenen Besitzstand beschließen lassen.

Trotzdem zögerte König Wilhelm noch, das Zeichen zum Kriege zu geben. Am 5. Juni war die Aufstellung aller preußischen Heeresteile an den Südgrenzen des Staates beendet. Moltke meinte, die preußischen Korps sollten konzentrisch in Sachsen und Böhmen eindringen und die Österreicher überfallen, die ja erst drei Wochen später kriegsbereit sein konnten. Der König zog es jedoch vor, den Fortgang der feindseligen Maßregeln abzuwarten, die das Wiener Kabinett in Schleswig-Holstein und Frankfurt vorbereitete. Tatsächlich ging man in Wien mit Ungestüm vor. Die österreichische Regierung berief die holsteinischen Stände zur Beratung über das Schicksal des Landes, obwohl die vertragsmäßige Verpflichtung vorlag, über Schleswig-Holstein nur mit Zustimmung Preußens zu verfügen. Als Preußen diese Berufung mit dem Einmarsch seiner Truppen in Holstein beantwortete, forderte das Wiener Kabinett den Deutschen Bund auf, gegen die Verletzung des Bundesfriedens durch Preußen die Mobilisierung der nichtpreußischen Bundeskorps zu veranlassen. Am 14. Juni fand die entscheidende Sitzung des Bundestages statt. Preußen hatte den Mittelstaaten erklärt, daß es den Beschluß der Mobilisierung als Kriegserklärung betrachten werde. Trotzdem kam ein Antrag Bayerns zur Abstimmung, der, wenn er auch nicht ausdrücklich gegen Preußen gerichtet war, doch die Aufstellung eines Bundesheeres zum Gegenstand hatte. Als dieser Vorschlag mit neun gegen sechs Stimmen angenommen wurde, erklärte der preußische Bevollmächtigte Karl Friedr. v. Savigny den Austritt Preußens aus dem Bund. Unmittelbar darauf gab König Wilhelm Befehl zum Einmarsch in Sachsen, Hannover und Kurhessen.

7. Der Entscheidungskampf.

A. Hannover.

Beim Kriegsausbruch standen etwa 290000 Preußen zum Einmarsch in Österreich und Sachsen bereit; bloß 48000 waren zur Bekämpfung der Mittelstaaten bestimmt. Wohl konnten die letzteren gegen 120000 Soldaten aufstellen; aber Moltke ging von dem Grundsatz aus, daß auf dem Hauptkriegsschauplatz die Entscheidung mit überlegenen Kräften zu suchen

Digitized by Google

sei. Der erste Schlag wurde gegen Hannover, Kurhessen und Nassau geführt, deren Fürsten die Neutralität ablehnten. Der blinde König Georg V. von Hannover erklärte dem preußischen Gesandten, das Eingehen auf die Forderung Preußens sei der Mediatisierung gleichzuachten — mediatisieren aber lasse er sich nicht, lieber wolle er in Ehren untergehen. Darauf rückte von Holstein die Division Manteuffel ins Land, von Westen die Divisionen Goeben und Beyer; den Oberbefehl über diese Truppen führte General Eduard Vogel v. Falckenstein. Vor dieser überlegenen Macht zogen sich die Hannoveraner, 18000 Mann stark, nach Süden und wichen dem ersten Anschlag, der sie noch bei Göttingen vermutete, aus, so daß Vogel v. Falckenstein schon glaubte, sie seien ihm entschlüpft. Er gab zunächst die Verfolgung auf; so hätten die Truppen König Georgs über Gotha und Eisenach den Thüringer Wald erreichen und sich nach Bayern retten können. Erst auf dringende Mahnungen Moltkes sandte Falckenstein endlich die Division Goeben nach Eisenach, während die Straße über Gotha General Ed. Moritz v. Flies sperrte. So sah sich König Georg umstellt. Flies, der ihm zunächst stand, griff ihn am 27. Juni mit 9000 Mann bei Langensalza an. Die an Zahl überlegenen Hannoveraner behaupteten mutig den Kampfplatz. Aber unmittelbar darauf zog sich der Kreis um sie enger, und am 29. Juni mußte sich König Georg ergeben.

B. Der Krieg in Böhmen.

a) Die ersten Bewegungen der feindlichen Heere.

Dem preußischen Hauptheer standen 248000 Österreicher gegenüber, zu denen noch 23000 Sachsen stießen. Österreichischer Feldherr war Ludwig v. Benedek, der sich in den Feldzügen von 1848, 1849 und 1859 reiche Ehren geholt hatte; bei Solferino hatte er auf dem rechten Flügel den Kampfplatz behauptet und sich erst zurückgezogen, als das übrige Heer vom Schlachtfeld gewichen war. Seit 1860 war er Oberbefehlshaber der österreichischen Armee in Italien, die er auch im nächsten Kriege zu befehligen gedachte. Er war unerschrocken, kriegserfahren, hochgesinnt; er kannte aber auch die Grenzen seiner Begabung. Er wußte, daß er nur in kleineren Verhältnissen, etwa auf dem oberitalienischen Schauplatz, zum Feldherrn geeignet sei; zum Führer eines großen Heeres fehlte ihm geistiger Weitblick und tiefere militärische Bildung: als er endlich gegen seinen Willen den Oberbefehl gegen Preußen übernahm, mußte er sich von einem seiner Offiziere Vorträge über die Militärgeographie von Deutschland halten lassen. Da die öffentliche Meinung nicht bloß in Österreich, sondern auch in Süddeutschland seine Ernennung zum Feldherrn der Nordarmee erwartete, bat ihn Kaiser Franz Josef, seine Bedenken zu unterdrücken. Er weigerte sich; erst als der Kaiser ihm vorstellen ließ, daß er die Dynastie nicht im Stiche lassen dürfe, gab er nach. Dem Namen nach stand ihm Feldmarschalleutnant Freiherr v. Henikstein als Generalstabschef zur Seite; tatsächlich leitete Generalmajor Gideon v. Krismanitsch die Operationen. Auf dessen Rat wurde die Armee in Mähren aufgestellt, an Olmütz gelehnt und Böhmen nur mit schwachen Truppen besetzt. Hier stand unter dem General der Kavallerie Grafen Eduard v. Clam-Gallas (vgl Bd. VII, S. 413) bloß ein Armeekorps, auf das sich auch die Sachsen zurückzogen.

Moltkes ursprünglicher Vorschlag, den Krieg mit einem Überfalle zu eröffnen und schon am 6. Juni von allen Seiten in Böhmen einzudringen, war aus diplomatischen Gründen nicht ausgeführt worden. In diesem Zeitpunkt waren die preußischen Heeresteile in einer 400km langen Linie von Halle bis Neiße aufgestellt; nach Moltkes Plan sollten sie sich im Feindeslande vereinigen. Als aber der Angriff hinausgeschoben werden mußte und man im preußischen

Digitized by Google

Hauptquartier erfuhr, daß die Österreicher in Mähren stünden, glaubte man, Benedek plane einen Vorstoß gegen Schlesien. Deshalb schoben sich die östlich stehenden Abteilungen des preußischen Heeres nach links und nahmen an der Neiße eine feste Stellung.

b) Der Einmarsch der Preußen; Benedeks Angriffsplan.

Diese Verzögerung der Offensive wurde preußischerseits sofort wettgemacht, als der Krieg beschlossen war.

Am 15. Juni rückten die Vortruppen der Elbarmee unter dem General Karl Eberhard Herwarth v. Bittenfeld (1½ Armeekorps, 48800 Mann) in Sachsen ein. In der Lausitz sammelte sich die Erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl (3 Korps, 97000 Mann); in Schlesien endlich stand die Zweite Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm (3½ Armeekorps, 121000 Mann). Als Reserve rückte das Korps Von der Mülbe (25000 Mann), zumeist aus Landwehren bestehend, nach. Allen Heeresteilen wurde der Einmarsch in Böhmen am 21. Juni befohlen und die Gegend von Jitschin (Jicin, Gitschin) als Marschziel gesetzt, wo die Vereinigung am 28. Juni stattfinden sollte. Infolge der Verschiebung der schlesischen Korps gegen Südosten an die Neiße war der Weg, den das Heer des Kronprinzen nach Jitschin zu durchmessen hatte, größer als die Einmarschlinien des Prinzen Friedrich Karl und der Elbarmee. Das getrennte Einrücken der preußischen Heeresteile in Böhmen war somit nicht gefahrlos. Moltke, dessen Hände bisher durch diplomatische Rücksichten gebunden waren, wußte dies, und mit höchster Umsicht lenkte er, mit dem König in Berlin zurückbleibend, die Bewegungen der drei Heere (s. die beigeheftete Karte).

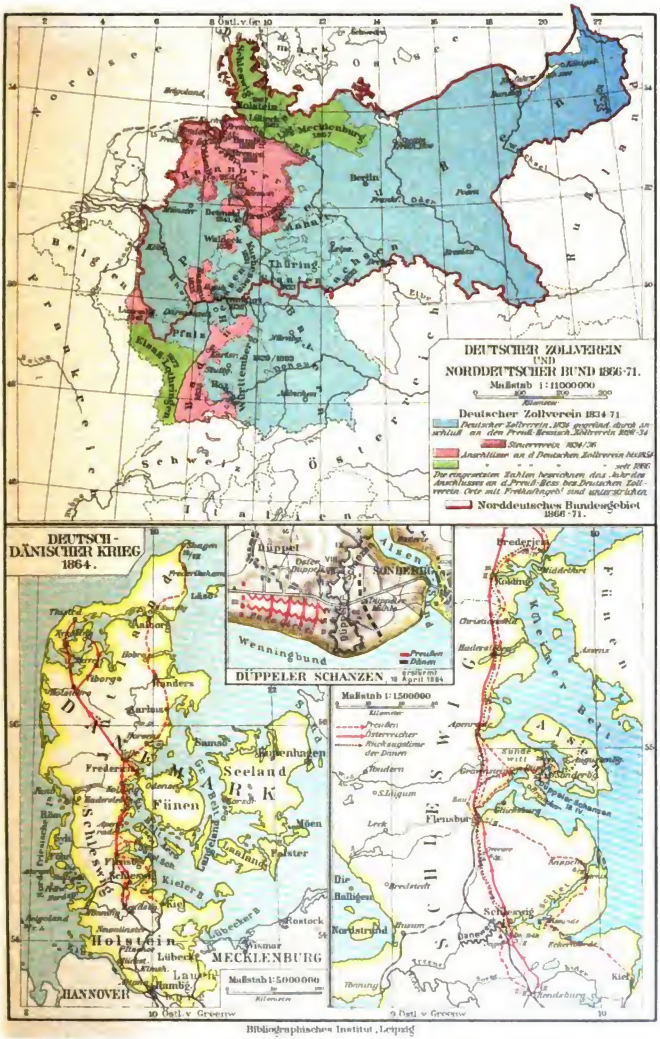
Die Österreicher bekamen am 20. Juni den Befehl zum Aufbruch aus den mährischen Quartieren. Von der getrennten Aufstellung der Preußen genau unterrichtet, wollte Benedek sein Heer rechtzeitig zwischen ihre anrückenden Abteilungen führen und eine nach der anderen vor ihrer Vereinigung schlagen. Am 23. Juni erreichte die Erste Armee Reichenberg und rückte gegen die Iser vor; in gleicher Linie marschierte auch die Elbarmee. Die Zweite Armee befand sich zu dieser Zeit noch auf schlesischem Boden im Anmarsch gegen die Pässe des Riesengebirges. Als nun Benedek am 26. Juni sein Hauptquartier zu Josefstadt in Böhmen aufschlug und Prinz Friedrich Karl bereits das nördliche Böhmen durchmessen hatte, wählte sich der österreichische Feldherr ihn zum nächsten Gegner. Er befahl den zwei Korps, die er in Böhmen stehen hatte, dem österreichischen unter Clam-Gallas und den Sachsen, zusammen 60000 Mann, dem Prinzen Friedrich Karl an der Iser die Stirne zu bieten, um ihn aufzuhalten. Er selbst setzte die Hauptmasse seines Heeres gegen die Iser in Bewegung.

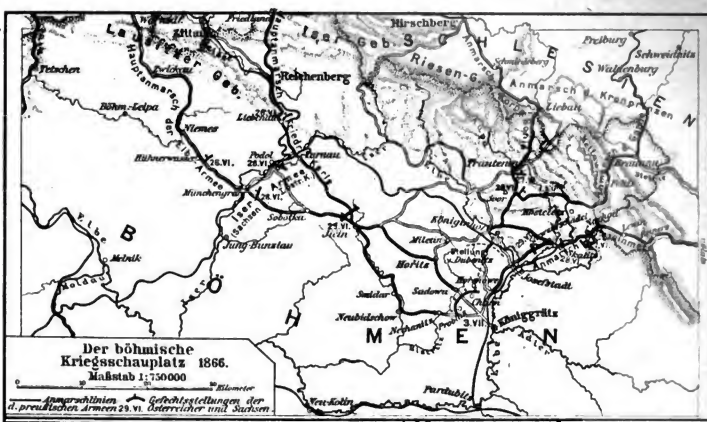
c) Die Gefechte von Trautenau, Nachod und Skalitz (27. und 28. Juni).

Am 26. Juni überschritten auch die Truppen des Kronprinzen die böhmische Grenze in den Pässen des Riesengebirges; deshalb ließ Benedek, während er den Prinzen Friedrich Karl im ganzen mit sechs Armeekorps angreifen wollte, zwei Korps unter Gablenz (S. 32) und Ramming (Bd. VII, S. 414) zum Schutze der Bergpässe gegen die Zweite Armee zurück. Da nun die Bewegungen der Preußen trefflich zusammenstimmten und ein Heer das andere zu entlasten bemüht war, so wurden diese zwei österreichischen Korps schon am 27. Juni kräftig angegriffen. Es maßen sich also das preußische 1. Korps unter General Adolf v. Bonin mit dem österreichischen Korps Gablenz bei Trautenau, während General Karl Friedrich v. Steinmetz bei Nachod mit Ramming zusammengeriet. Die blutigen Kämpfe endigten hier mit einer Niederlage, dort mit einem Siege der Österreicher.

Trotzdem zeigte sich schon jetzt die preußische Taktik der österreichischen weit überlegen. Das preußische Zündnadelgewehr schoß dreimal so schnell wie der österreichische Vorderlader; abgesehen davon, war die Stoßtaktik der Österreicher (S. 21), die mit dem Bajonett gegen Anhöhen und Waldränder vorstürmten, in hohem Grade verhängnisvoll. Die Preußen brachten die feindlichen Vorstöße durch Schnellfeuer zum

Digitized by Google


DEUTSCHER ZOLLVEREIN
UND
NORDDEUTSCHER BUND 1866-71.
Maßstab 1:11000000
Deutscher Zollverein 1834-71
Deutscher Zollverein 1834 gegründet, durch Anschluß an den Preuß. Hessisch. Zollverein 1828-34
Steuerverein 1834/36
Anschlüsse an d. Deutschen Zollverein bis 1853
" " " " seit 1866
Die eingeeichten Zahlen bezeichnen das Jahr des Anschlusses an d. Preuß.-Hess. bez. Deutschen Zollverein. Orte mit Freihafenrecht sind unterstrichen.
Norddeutsches Bundesgebiet 1866-71.
DEUTSCH-DÄNISCHER KRIEG 1864.
DÜPPELER SCHANZEN
Maßstab 1:1500000
Maßstab 1:5000000
Bibliographisches Institut, Leipzig


Der böhmische
Kriegsschauplatz 1866.
Maßstab 1:750000
Kilometer
Aufgebrochen Gefechtsstellungen der
d. preußischen Armeen 29. VI. Oesterreicher und Sachsen.
Hirschberg
Reichenberg
Gitschin
Turnau
Münchengrätz
Jung-Bunzlau
Melnik
Nimes
Böhm.-Leipa
Liebenau
Prausnitz
Mlleno
Mohelitz
Sadowa
Neubidschow
Nechanitz
Königgrätz
Wrchlabi
Parschnitz
Trautenau
Schurz
Skalitz
Josefstadt
Smiritz
Lomnitz
Problus
Wisokow
Wysokow
Wisokow
Wisokow
Wis

Erläuterungen zu der Karte „Der Krieg von 1866".

I. Der böhmische Kriegsschauplatz 1866. Die weit vorgestreckte Lage Schlesiens zwang Preußen, wollte es nicht diese Provinzen gänzlich preisgeben und eine Defensivstellung in der Gegend von Görlitz einnehmen, seine Armee zu teilen. Zwei Heereskörper: die Armee des Prinzen Friedrich Karl und die Elbarmee unter Herwarth von Bittenfeld, zusammen etwa 130000 Mann stark, rückten, erstere über Görlitz-Friedland-Reichenberg, letztere durch Sachsen, in der zweiten Hälfte des Juni in Nordböhmen ein. Die österreichische Iserarmee, bestehend aus den Sachsen und dem 1. österr. Armeekorps unter Clam-Gallas, 60000 Mann, wich vor dieser Übermacht langsam zurück, wobei es zu mehreren für die Iserarmee ungünstigen Treffen kam. In Schlesien überschritten gleichzeitig vier preußische Armeekorps unter Kronprinz Friedrich Wilhelm, etwa 120000 Mann, auf Parallelstraßen die Sudetenpässe.

Die um Olmütz konzentrierte österreichische Hauptarmee unter Benedek verließ nach längerem Zögern diese Stellung und rückte nach Josephstadt vor. Benedek beabsichtigte die Iserarmee anzunehmen und die Armee Friedrich Karls mit Übermacht an der Iser zu schlagen. Das rasche Vordringen der kronprinzlichen Armee machte diesen Operationsplan zunichte. Die gegen sie gesandten drei Armeekorps konnten den Vormarsch der Preußen nicht verhindern: wohl schlug v. Gablenz am 27. Juni bei Trautenau das Korps Bonin zurück; doch schon am folgenden Tage brachte ihm das Gardekorps bei Soor eine vernichtende Niederlage bei, und das Korps Steinmetz schlug am 27. bei Nachod, am 28. bei Skalitz und am 29. bei Schweinschädel drei verschiedene österreichische Korps zurück. Damit war der gefahrvolle Marsch durch die Engpässe glücklich beendet. Die kronprinzliche Armee vereinigte sich am linken Ufer der Elbe, angesichts der österreichischen Hauptarmee; ein Angriff auf diese unterblieb auf Befehl Moltkes. Benedek erwartete inzwischen bei Dubenetz in fester Stellung den Angriff. Die Iserarmee erhielt während eines größeren Gefechts bei Jitschin am 29. Juni gegen die preußische Avantgarde den Befehl Benedeks, sich auf die Hauptarmee zurückzuziehen. Der Rückzug artete in Flucht aus; der größte Teil der Iserarmee wurde nach Süden auf die Straße nach Königgrätz gedrängt und konnte die Hauptarmee bei Dubenetz nicht mehr erreichen. Infolgedessen war die linke Flanke der österreichischen Hauptarmee arg gefährdet, die Stellung von Dubenetz unhaltbar geworden. Am 30. Juni wurde der Rückzug hinter die Elbe angeordnet. Die taktisch günstige Lage der Höhen von Chlum-Problus vor Königgrätz bewog Benedek, den Rückzug zu unterbrechen und hier eine Hauptschlacht zu wagen.

II. Die Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866. Das preußische Hauptquartier erlangte erst in der Nacht vom 2. zum 3. Juli die Gewißheit, daß die Österreicher nicht hinter die Elbe zurückgegangen waren, vielmehr schlachtbereit auf den Höhen hinter der Bistritz lagerten. Sofort wurde von Moltke der Schlachtplan entworfen, der gesamten kronprinzlichen Armee unverzüglicher Anmarsch und Angriff auf die rechte Flanke des Feindes befohlen; die Armee des Prinzen Friedrich Karl sollte im Zentrum einen hinhaltenden Kampf führen und die Elbarmee gegen die linke Flanke der Österreicher vorrücken. Das österreichische Zentrum, die Höhen von Chlum, Lipa und Langenhof, war durch 160 Geschütze, die etagenförmig aufgestellt waren, vortrefflich geschützt und war durch einen Frontangriff schwerlich zu nehmen. Tatsächlich machten auch die 7. und 8. preußische Division nach Eroberung des Swiep- und Holawaldes keine weiteren Fortschritte. Besonders die Lage der 7. Division war äußerst gefährdet, als das 4. österreichische Korps und auch Teile des 2. sich auf sie warfen. Diese Truppen waren gegen die kronprinzliche Armee bestimmt, verließen aber, als sie keinen Feind vor sich erblickten, eigenmächtig ihre Stellungen. Dadurch wurde es der preußischen Garde, als diese endlich gegen 2 Uhr auf dem Schlachtfeld erschien, möglich, bis ins Herz der feindlichen Stellung vorzudringen und Chlum und sogar Rosberitz beim ersten Anlaufe zu nehmen; sie befand sich jetzt im Rücken des österreichischen Zentrums. Zwar wurde die Garde durch die österreichischen Reserven aus Rosberitz wieder hinausgedrängt; aber die Wiedereroberung Chlums gelang nicht: jetzt erhielt die Garde Unterstützung durch die übrigen Korps der kronprinzlichen Armee. An eine Verteidigung der österreichischen Linien war nicht länger zu denken, zumal nun auch die Armee Friedrich Karls die Höhen erstieg. Die ganze österreichische Armee flutete, zum Teil in völliger Auflösung, nach Königgrätz zurück. Nur dem aufopferungsvollen Aushalten der tüchtigen Artillerie wie Kavallerie verdankte die österreichische Infanterie ihre Rettung. Allerdings erlahmte auch bald die Verfolgung der Preußen. Der Kampf der Elbarmee gegen die Sachsen und das 8. österreichische Korps, der in keinem taktischen Zusammenhange mit der Hauptschlacht stand, wurde von den Preußen auch siegreich durchgeführt. Wohl errang die sächsische Leibbrigade einige Vorteile; aber weniger gut hielt sich das 8. Korps. Und als Oberprim verlorenging, befahl auch Kronprinz Albert ½3 Uhr den Rückzug, der in geordneter Weise vor sich ging. Ein Nachdrängen der Preußen fand nicht statt.

Die Stärke der feindlichen Armeen war ziemlich gleich: die der Österreicher-Sachsen betrug 215000 Mann, die der Preußen 221000 Mann. An Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen verloren die Österreicher-Sachsen fast 45000 Mann, wovon 13000 Mann tot, die Preußen 9000, wovon 2000 tot.

Digitized by Google

Digitized by Google

Stehen; dann warfen sie sich mit kleineren Abteilungen in die Flanken des Gegners und vollendeten so dessen Niederlage. Daher die furchtbaren Verluste der Österreicher auch nach einem gelungenen Sturme. Bei Trautenau verloren sie, obwohl Sieger, 183 Offiziere und 4231 Mann durch Tod und Verwundung, die Preußen bloß 56 Offiziere und 1282 Mann; bei Nachod fielen 5700 Österreicher und nur 1122 Preußen. Überall zeigte sich die Überlegenheit der Preußen in den Kriegsvorbereitungen, in der Taktik, in der Ausbildung der Offiziere und Soldaten.

Am Abend des 27. Juni überblickte man im österreichischen Hauptquartier noch nicht die Wucht dieser Tatsachen. Deshalb hielt Benedek noch an dem Plane fest, den Vormarsch gegen Friedrich Karl fortzusetzen. Dies war jedoch deshalb bedenklich, weil der nähere Feind, der Kronprinz, sich am nächsten Tage gewiß noch bemerklicher machen mußte. Kriegserfahrene Offiziere rieten deshalb Krismanitsch, von dem Angriff auf die Erste Armee abzusehen und sich mit allen verfügbaren Truppen auf die Zweite zu werfen. Wäre dies geschehen, so hätte der Kronprinz mit einem Angriff durch überlegene Streitkräfte zu rechnen gehabt. Das wußte man auch im preußischen Hauptquartier, und Friedrich Wilhelm wie sein Generalstabschef Leonhard v. Blumenthal waren auf harte Kämpfe im weiteren Vormarsch durch die Bergpässe gefaßt. Bonin war nach seiner Niederlage vom 27. Juni auf das preußische Gebiet zurückgekehrt; dagegen rückte die Garde auf der Straße nach Eipel, Steinmetz von Nachod gegen Skalitz vor. In der Mitte dieser beiden Heeressäulen verweilte der Kronprinz mit seinem Stabe, bereit, an den Ort der Gefahr zu eilen. Die Kaltblütigkeit und Umsicht der Führung angesichts der schwierigen Lage ließ sich nicht überbieten. Benedek hielt indessen hartnäckig an seinem ursprünglichen Plane fest. Er besichtigte am Vormittag des 28. Juni die gegen Steinmetz zusammengezogenen drei Korps, ohne jedoch mit diesen überlegenen Truppen einen Schlag gegen ihn zu führen. Er befahl vielmehr dem größeren Teile dieser Truppen den Abmarsch gegen Friedrich Karl und beauftragte insbesondere den Erzherzog Leopold, eine feste Stellung hinter der Elbe einzunehmen. Damit gab er eine günstige Kriegsaussicht preis und irrte sich; denn an diesem Tag überrannten die Truppen des Kronprinzen sowohl bei Skalitz als auch bei Trautenau die vereinsamten österreichischen Korps. Erzherzog Leopold nahm bei Skalitz gegen den Befehl Benedeks den Kampf auf und holte sich eine vollständige Niederlage; von den 20000 Österreichern blieben 5000 auf dem Platze. Gleichzeitig wurde der am Vortage bei Trautenau siegreich gebliebene Gablenz durch die Garde unter dem Prinzen August von Württemberg bei Trautenau überwunden. Dadurch hatte der Kronprinz am 28. Juni den Durchmarsch durch die Pässe erzwungen; der Weg zur Elbe war frei. Schon jetzt hatte sich in dem Wettkampfe zwischen Preußen und Österreich die protestantische Macht militärisch und geistig als überlegen erwiesen.

d) Münchengrätz und Jitschin (28. und 29. Juni).

Nicht so kraftvoll wie der Kronprinz hatte unterdessen der andere preußische Feldherr sein Ziel verfolgt. Die Vortruppen des Prinzen Friedrich Karl, dessen Generalstabschef General Konst. Bernhard v. Voigts-Rhetz war, kamen am 26. Juni an der Iser an. Vergebens machte ihnen das österreichisch-sächsische Heer den Übergang bei Podol in einem blutigen Nachtgefecht streitig. Aber der Prinz verfolgte seinen Sieg ziemlich langsam und ließ sich durch das für die Österreicher freilich unglückliche Rückzugsgefecht bei Münchengrätz am 28. Juni im Vorschreiten aufhalten. Moltke, die Bewegungen der beiden Heere fürsorglich überwachend, sandte dem Prinzen am 29. Juni von Berlin aus das Telegramm: „Seine Majestät erwartet, daß die Erste Armee durch beschleunigtes Vorrücken die Zweite Armee degagiere, welche trotz einer Reihe siegreicher Gefechte dennoch sich augenblicklich in einer

Digitized by Google

schwierigen Lage befindet." Infolgedessen setzte der Prinz mit nicht zu überbietender Tatkraft den Vormarsch fort.

Benedek hatte unterdessen mit tiefer innerer Erschütterung die Niederlage seiner gegen den Kronprinzen vorgeschobenen drei Korps erfahren und gab nun den beabsichtigten Angriff gegen den Prinzen Friedrich Karl auf. Er entschloß sich vielmehr am 29. Juni auf den Rat des „Positionsstrategen" Krismanitsch eine von Natur aus feste Verteidigungsstellung auf den Hügeln über der Elbe zu beziehen. Hier wollte er die weiteren Angriffe abwarten. Er sandte auch an das österreichisch-sächsische Heer den Befehl, sich auf die Hauptarmee zurückzuziehen. Unglücklicherweise aber war der Meldedienst in seinem Hauptquartier so saumselig, daß diese Weisung noch nicht angelangt war, als die Truppen des Prinzen Friedrich Karl am Nachmittag des 29. Juni bei Jitschin auf die Sachsen und auf das Korps Clam-Gallas stießen. Die Befehlshaber der Verbündeten mußten der Ansicht sein, daß das Hauptheer nahe sei, und daß sie deshalb den Straßenknotenpunkt Jitschin festhalten müßten. Sie nahmen die Schlacht an und widerstanden anfänglich mit Erfolg. Da kam um 7 Uhr der österreichische Offizier an, der den Befehl zum Rückzug überbrachte. Nun wollten die Österreicher den Kampf abbrechen, wurden jedoch von den scharf vordringenden Preußen in verlustvolle Gefechte verwickelt und vollständig besiegt. Die Sachsen des Kronprinzen Albert zogen sich in Ordnung zurück; das Korps Clam-Gallas aber löste sich auf dem Rückzuge, der die ganze Nacht und den nächsten folgenden Tag dauerte, auf und kam kampfunfähig bei der Hauptarmee an.

e) Der Rückzug der Österreicher.

Dadurch war die feste, von dem österreichischen Hauptheer unterdessen bezogene Stellung unhaltbar geworden; denn die beiden Korps, die den linken Flügel bilden sollten, waren besiegt, und Prinz Friedrich Karl konnte den Österreichern in Flanke und Rücken brechen. Unter diesen Umständen gab Benedek in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli den Befehl zum Rückzuge. Da die Preußen ihm nicht sofort folgten, wußten sie nicht, wie weit er sein Heer zurückgeführt habe. Unterdessen waren König Wilhelm und Moltke am 1. Juli beim Heere des Prinzen Friedrich Karl angelangt. Moltke glaubte, die Österreicher hätten eine feste Stellung hinter der Elbe bezogen und erwarteten zwischen den Festungen Josefstadt und Königgrätz den Angriff. Indessen machten sie bereits hinter der Bistritz halt, einem Nebenflüßchen der Elbe, wo sie nach einem ungeordneten Nachtmarsch ermüdet anlangten. Benedek hatte durch diese Vorgänge alle Siegeshoffnung verloren; und als am Morgen des 1. Juli Oberstleutnant Friedrich v. Beck im Auftrag des Kaisers Franz Josef in seinem Lager ankam, um sich über den Zustand des Heeres zu unterrichten, wurde in einem Kriegsrate der weitere Rückzug hinter die Elbe und, wenn es nottäte, selbst nach Olmütz oder gegen Wien beschlossen. Dieser trübe Zustand der Dinge äußerte sich auch in einem Telegramm des österreichischen Befehlshabers an den Kaiser, in dem er dringend riet, um jeden Preis Frieden zu schließen; eine Katastrophe für die Armee sei unvermeidlich. Kaiser Franz Josef glaubte jedoch, daß er sich ohne eine Hauptschlacht nicht besiegt erklären könne. Deshalb antwortete er: „Einen Frieden zu schließen, unmöglich. Wenn Rückzug nötig, ist derselbe anzutreten. Hat eine Schlacht stattgefunden?" Diese Willensäußerung des Kaisers scheint für Benedek maßgebend gewesen zu sein, um ihn zur Annahme einer Hauptschlacht zu bestimmen. Zu dieser machte er sich angesichts des raschen Vorrückens der Preußen auch sofort bereit.

Am späten Abend des 2. Juli erfuhr man im preußischen Hauptquartier, daß die Österreicher noch vor der Elbe stünden, bereit zur Aufnahme des Kampfes. In einer Beratung

Digitized by Google

zwischen König Wilhelm und Moltke wurde beschlossen, den Feind sofort mit allen Kräften anzugreifen, und noch in der Nacht erging der Befehl an den Kronprinzen, sofort aufzubrechen.

In diesen Tagen hatte General v. Blumenthal geraten, die beiden preußischen Armeen, deren Vereinigung kein Hindernis mehr entgegenstand, auch taktisch westlich von der Elbe zusammenzuziehen, um so der Gefahr der Trennung in einer Hauptschlacht auszuweichen. Moltke jedoch verfügte, es habe bei der Sonderung zu bleiben, doch so, daß die Armeen am Schlachttag in einem raschen Marsche zusammenrücken könnten. Er wollte es in der Hand haben, mit einem Heere die Österreicher in der Front, mit einem anderen in der Flanke anzugreifen. In dieser kühnen, auf die vollständige Vernichtung des Feindes hinzielenden Strategie, die in breiten Anmarschfronten den Feind umfaßt, liegt die Größe Moltkes; in Anwendung dieser Methode gelangte er 1870 zur Gefangennahme ganzer Heere.

f) Die Schlacht bei Königgrätz.

Die Österreicher und Sachsen standen in der Frühe des 3. Juli, des Tages der Schlacht von Königgrätz, 215000 Mann stark, enggeschlossen aufgestellt. Der große Nachteil ihrer Stellung bestand darin, daß sie die Elbe im Rücken hatten, über die allerdings mehrere Brücken geschlagen worden waren. Die Mitte und der linke Flügel standen mit der Front nach Westen, den Angriff des Prinzen Friedrich Karl erwartend; der rechte Flügel, aus dem 4. und 2. Korps bestehend, hatte den Auftrag, Front gegen Norden zu halten, da von da aus der Anmarsch der Zweiten Armee zu erwarten war (s. die Skizze auf der Karte bei S. 40).

Der Kronprinz brach, dem an ihn ergangenen Befehle folgend, sofort am frühen Morgen auf; aber er konnte erst mittags auf dem Schlachtfeld eintreffen. Unterdessen griff die Erste Armee die Mitte, die Elbarmee den rechten Flügel des österreichischen Heeres an. Die Elbarmee machte schöne Fortschritte; dagegen mühte sich Prinz Friedrich Karl vergebens gegen das starke Zentrum der Österreicher ab. Die österreichische Artillerie war stockwerkförmig auf den Hügeln von Chlum, Lipa und Langenhof aufgestellt und schnitt den Versuch eines Infanterieangriffes von vornherein ab. Da Prinz Friedrich Karl den Anschluß des Kronprinzen an seinen linken Flügel erst abwarten mußte, so befand sich hier sein schwacher Punkt; hier konnten die vorerst überlegenen Österreicher ihn überflügeln. Zum Glück für die Preußen stand hier die 7. Division unter Generalmajor Eduard Friedrich v. Fransecky, der die Schwäche seiner Stellung durch einen entschlossenen und ruhmvollen Angriff verdeckte. Er drang in den Swiepwald vor, vertrieb die Österreicher und beunruhigte von da ihren rechten Flügel, der dem zu erwartenden Angriffe des Kronprinzen standhalten sollte. Als nun die österreichischen Generäle Graf Thassilo Festetics und Graf Karl v. Thun-Hohenstein sich von Franseckys angepackt fühlten, gedachten sie diesen Feind um jeden Preis zu schlagen. Sie verließen in der Hoffnung auf Waffenruhm ihre nach Norden gerichtete Stellung; das 4. Korps, nach der Verwundung Festetics' unter Befehl des Generals Anton Ritters Mollinary v. Monte Pastello, versuchte den Preußen den Swiepwald zu entreißen. Dieser Angriff wurde zunächst mit blutigen Köpfen zurückgewiesen und erst, als auch ein Teil des 2. Korps sich gegen Franseckys wandte, konnten die Österreicher den Wald erobern. Bis dahin hatten 11 preußische Bataillone 59 österreichischen die Stirne geboten.

Indessen stand die Schlacht gegen Mittag für die Österreicher äußerst günstig. Sorgenvoll blickte König Wilhelm nach Norden, wo man den Kronprinzen lange vergeblich erwartete. Benedek erwog, ob er nicht jetzt seine starken Reserven einsetzen und durch einen kräftigen Stoß gegen die preußische Mitte den Sieg erringen solle. Er fühlte sich jedoch gelähmt durch die Botschaft, die ihm drei Stunden früher als König Wilhelm und Moltke zuging, der Kronprinz sei im Anzuge. Mit Unruhe sah Benedek auch, wie sein rechter Flügel, sich in dem Kampfe gegen den Swiepwald verbeißend, sich gegen Norden starke Blößen gab. So konnte das Zweite Heer bei seinem Eintreffen um Mittag den österreichischen rechten Flügel im ersten Anlauf überrennen. Die preußische Garde und das 6. Korps standen in der ersten Linie; die Korps Bonin und Steinmetz folgten nach. Die Garde drang siegreich vor, eroberte nach kurzem Kampfe den Schlüssel der österreichischen Position, das Dorf Chlum, und bald darauf auch Lipa. Wie überraschend dieser Einbruch der Preußen auch war und wie gewaltig ihr

Digitized by Google

Erfolg, so glaubte Benedek doch, die Schlacht noch wiederherstellen zu können. Er bot seine Reserven auf, um Chlum zurückzuerobern. Tatsächlich drängten die Österreicher, mutig vorstürmend, die Garde durch ihre Übermacht zurück. Eben wollten sie auch in Chlum eindringen, da erschien, etwas verspätet, das preußische Korps Bonin, warf die Österreicher zurück, und bald darauf war ihre Niederlage entschieden. Nun rückte auch das bisher in Schach gehaltene Heer des Prinzen Friedrich Karl vor, und die preußische Kavallerie vervollständigte den Sieg. Obwohl die österreichische Reiterei bei Streschetitz dieser Verfolgung Halt gebot, wälzten sich die Infanteriemassen unter Auflösung aller Ordnung zur Elbe, die Brücken des Flusses aufsuchend. Ihr Glück war, daß die preußische Infanterie eine Verfolgung unterließ. So gewannen die Österreicher, obwohl beim Übersetzen der Elbe zum Teil schreckliche Verwirrung herrschte, in der Nacht zum 4. Juli das linke Elbufer. Sie zählten an Toten, Verwundeten und Gefangenen über 44000 Mann, von denen etwa die Hälfte, verwundet oder unverwundet, gefangen genommen war. Die Preußen hatten einen Verlust von 1355 Toten und 9200 Verwundeten. Die meisten Österreicher waren bei den fruchtlosen Massenstößen gegen das preußische Zündnadelgewehr gefallen (vgl. oben, S. 21 und 40).

C. Die Schlacht bei Custoza.

Dieser schweren Niederlage gegenüber fiel der Sieg, den die Österreicher am 24. Juni 1866 bei Custoza über die Italiener erfochten hatten, nicht sehr in die Wagschale. Die Italiener waren doppelt so stark wie das 74000 Mann zählende Heer des Erzherzogs Albrecht; aber sie begingen den Fehler, ihr Heer zu teilen, mit dem größeren Teile über den Mincio zu gehen, während der kleinere unter Enrico Cialdini, Herzog v. Gaeta, den Po überschreiten sollte. Dies benutzend, warf sich Erzherzog Albrecht, dem als Generalstabschef Generalmajor Franz Freiherr v. John zur Seite stand, in unwiderstehlicher Offensive auf das unter dem König und Lamarmora von Westen her vordringende Heer, griff es an dessen linkem Flügel überraschend an und errang so den Sieg.

8. Die letzten Kämpfe und der Friedensschluß.

A. Der Vormarsch der Preußen an die Donau; die Kämpfe in West- und Süddeutschland.

Nach der Schlacht von Königgrätz rief Kaiser Franz Josef die Vermittelung Frankreichs an; am 5. Juli 1866 kündigte das amtliche Pariser Blatt an, Venetien habe Österreich an Kaiser Napoleon abgetreten. Österreich rechnete mit Sicherheit darauf, daß der französische Kaiser Italien zur Neutralität verweisen und durch Aufstellung eines Heeres am Rhein dem Siegeslauf Preußens Einhalt tun werde. Dazu riet dem Kaiser auch sein Minister des Äußeren, Drouyn de l'Huys (Bd. VII, S. 384). Aber Frankreich war nicht gerüstet, der Kaiser von seinem Prostataleiden gequält, und so unterließ er, dem Prinzen Jérome (ursprünglich Josef; Bd. VII, S. 412) wie seinen Ministern Marquis Ch. J. M. Fél. de Lavalette und Eugène Rouher folgend, jede Feindseligkeit gegen Preußen, um durch Unterhandlungen von König Wilhelm Landabtretungen zu gewinnen. Geschickt stellte ihm der preußische Gesandte Graf von der Goltz (S. 37) vor, um wie viel günstiger für ihn eine Verständigung mit Preußen sei. Von diesem Augenblick an hatte Frankreich seine Rolle als Vormacht Europas ausgespielt.

Denn Preußen pflückte die Früchte seines Sieges mit höchster Tatkraft. Goltz hielt Napoleon mit liebenswürdigen Andeutungen hin, ohne die preußische Regierung in irgendeiner

Digitized by Google

Weise zu verpflichten. Als im Auftrag Kaiser Napoleons der französische Diplomat Benedetti im preußischen Hauptquartier in Mähren erschien, fürchtete Bismarck, Napoleon werde jetzt mit seinen Forderungen hervortreten; tatsächlich jedoch hatte Benedetti nur unklare Aufträge und sollte bloß den Einzug der Preußen in die österreichische Hauptstadt verhindern. Benedek hatte unterdessen auf dem eiligen Rückzuge mit seinem Heer Olmütz erreicht. Seine Beobachtung und Verfolgung übernahm die Zweite Armee des Kronprinzen, während die Erste unterdessen gegen Süden auf Wien loszog. Da Österreich durch die Abtretung Venetiens seine Südgrenze gesichert glaubte, wurde der größere Teil der in Italien stehenden Feldarmee, 57000 Mann, nach dem nördlichen Kriegsschauplatze gerufen. Erzherzog Albrecht übernahm den Oberbefehl. Benedek erhielt die Weisung, sich von Olmütz an die Donau zurückzuziehen, damit das hinter diesem Strome neu gesammelte Heer den Widerstand aufnehmen könne. Der geschlagene Feldherr zögerte aber in Olmütz so lange, daß sich Abteilungen des kronprinzlichen Heeres seinem Rückzuge vorlegen konnten. Benedeks Marschkolonnen wurden bei Tobitschau, südlich von Olmütz, am 15. Juli angegriffen und geschlagen; 18 Kanonen fielen den Preußen in die Hände. So gab Benedek notgedrungen den Marsch nach Süden auf und zog sich nach Ungarn zurück, um auf einem Umwege längs der Waag die Donau zu erreichen. Infolgedessen erschienen die Preußen früher als er an diesem Strome.

Unterdessen kämpften die Preußen mit Erfolg gegen die deutschen Mittelstaaten (s. die Skizze auf der Karte bei S. 40). Nach der Gefangennahme der Hannoveraner (S. 39) sollte sich General Vogel v. Falckenstein bei Fulda zwischen das bayerische Heer und das 8. Bundeskorps (Württemberger, Hessen, Badener) drängen, um zuerst die Bayern und dann die anderen zu schlagen. Der bayerische Feldherr Prinz Karl forderte den Befehlshaber des 8. Korps, Prinzen Alexander von Hessen, auf, sich mit ihm zu vereinigen; aber der Bundestag wünschte, daß Alexander zunächst Frankfurt decke, und bestimmte ihn, die Vereinigung hinauszuschieben. Dadurch wurde es möglich, daß die Bayern am 10. Juli 1866 bei Kissingen von der Division Goeben angegriffen und überwunden wurden. Obwohl nun Moltke den General Falckenstein anwies, zunächst der feindlichen Hauptmacht, den Bayern, zu folgen und sie vollständig zu besiegen, zog es Falckenstein vor, zuerst Frankfurt zu erobern. Er schlug das Bundeskorps bei Laufach und Aschaffenburg und zog siegreich in der Freien Stadt ein. Da er den Befehlen aus dem Hauptquartier des Königs nicht gehorcht hatte, wurde er des Oberbefehls entsetzt, und am 19. Juli trat General Manteuffel (S. 32) an seine Stelle. Wieder griffen die Preußen die stets uneinigen Gegner einzeln an; zuerst schlugen sie das Bundeskorps bei Bischofsheim und Wertheim, dann die Bayern bei Neubrunn und Roßbrunn.

B. Nikolsburg; Lissa.

Dem Drängen Napoleons folgend, hatte Goltz mit ihm am 14. Juli vorläufige Vereinbarungen über einen Frieden getroffen und vor allem den Austritt Österreichs aus dem Deutschen Bunde festgesetzt, während das Gebiet der österreichischen Monarchie, Venetien abgerechnet, nicht verringert werden sollte. Preußen bedang sich zudem das Recht aus, einen Norddeutschen Bund unter seiner militärischen Oberhoheit zu bilden und Schleswig-Holstein einzuverleiben und einen nach allen Seiten unabhängigen Süddeutschen Bund zu organisieren. Mit diesen Vorschlägen trat Napoleon als Vermittler zwischen die kriegführenden Staaten. Bismarck hätte gern ohne Napoleon mit Österreich allein Frieden geschlossen, da stets zu fürchten war, Frankreich werde während der Verhandlungen mit eigenen Gebietsforderungen hervortreten. Dies ließ Bismarck dem Wiener Kabinett eröffnen, mit dem

Digitized by Google

Hinzufügen, daß Preußen in diesem Fall auf den Ersatz der Kriegskosten verzichten wolle. Österreich aber, irrtümlich in Frankreich eine Stütze erblickend, lehnte das Angebot ab. Dies war ein schwerer Fehler, weil Napoleon lediglich von dem Wunsche beseelt war, durch Gefälligkeit gegen Preußen dessen Zustimmung zu seinen Anschlägen auf Belgien und auf die Rheingebiete zu gewinnen. Deshalb gab Napoleon, als König Wilhelm, die von seinem Gesandten in Paris am 14. Juli vereinbarten Bedingungen für ungenügend erklärend, ansehnliche Einverleibungen norddeutscher Gebiete forderte, auch dazu seine Zustimmung; selbst Sachsen hätte er aus jener Rücksicht heraus ohne weiteres geopfert. Jetzt hatte Preußen seinen Siegespreis gesichert und schloß Waffenruhe mit Österreich ab. Unmittelbar vorher wollte Moltke noch einen glücklichen Streich führen. General Fransecky erhielt den Befehl, Preßburg zu besetzen, damit bei etwaigem neuen Kriegsausbruch dem preußischen Heere der Übergang über die Donau gesichert sei. Bei Blumenau kam es am 22. Juli zum Gefecht; als jedoch am Mittag auf beiden Seiten die Kunde eintraf, die Waffenruhe sei abgeschlossen, wurde es unentschieden abgebrochen.

Zu Nikolsburg wurde darauf der Vorfriede vereinbart. Die Einigung erfolgte bald, da Österreich nach seiner Niederlage Preußen freie Hand in Deutschland ließ (s. die Karte bei S. 5). Freilich hätte König Wilhelm noch gern österreichische Gebiete, insbesondere Österreichisch-Schlesien und Teile Nordböhmens, erworben. Erst auf die ernste Vorstellung Bismarcks, daß man durch die Überspannung der Ansprüche das Errungene in Frage stelle, gab der König nach. Die letzte Schwierigkeit schwand, als Preußen Österreichs Forderung entsprechend die Unverletzlichkeit des Königreichs Sachsen anerkannte. Auf dieser Grundlage wurde am 26. Juli der Vorfriede geschlossen. Ihm folgte am 23. August der Friede zu Prag.

Schwieriger gestaltete sich die Vereinbarung zwischen Österreich und Italien. Noch im Ausgang des Krieges erhielt der italienische Admiral Persano (S. 11) den Auftrag, durch die Besetzung der dalmatinischen Insel Lissa für Italien ein Faustpfand zu sichern. Während der Beschießung des Hauptortes der Insel erschien der österreichische Admiral Tegetthoff (S. 32); er griff die italienische Flotte am 20. Juli 1866 an, bohrte mit seinem Admiralschiff den Rè d'Italia in den Grund und zwang die italienische Flotte zum Abzuge (s. die Karte bei S. 40). Da auch Garibaldi beim Eindringen in Welschtirol dem österreichischen General Kuhn (Bd. VII, S. 413) in mehreren Gefechten unterlag, fand sich Italien in dem am 3. Oktober abgeschlossenen Frieden in die Abtretung Venetiens.

C. Bismarcks Staatskunst.

Unter dem Eindruck der preußischen Siege gelang es der überlegenen Staatskunst Bismarcks gleich jetzt, das außerösterreichische, bis dahin in Parteien zerrissene Deutschland wenigstens für den Fall eines Krieges zu einigen. Vor allem bestimmte er den König, den Konflikt mit dem preußischen Abgeordnetenhause dadurch zu beendigen, daß er in der Thronrede vom 5. August 1866 die Hand zur Versöhnung bot, obwohl unversöhnliche Konservative den König drängten, den auswärtigen Sieg zur völligen Niederwerfung auch der liberalen Partei zu benutzen. Die Thronrede erkannte jedoch ausdrücklich an, daß die für Militärzwecke gemachten Ausgaben nachträglich vom Landtage bewilligt werden müßten, und heischte deshalb für sie Indemnität. Auch hier folgte der König nur zögernd dem Rate Bismarcks. In dem Gespräch mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses erklärte er, er würde in einem ähnlichen Falle nicht anders handeln können als früher: doch ist diese Äußerung, für die Bismarck die Verantwortlichkeit ablehnte, glücklicherweise erst später in die Öffentlichkeit gelangt.

Digitized by Google

Ebenso klug war die Behandlung der besiegten Mittelstaaten. Bismarck stellte den Grundsatz auf, daß die volle Einverleibung oder die gänzliche Schonung der einzelnen Staaten richtig sei; wer zum Genossen des neuen Bundes erkoren sei, dem dürfe der Eintritt nicht durch harte Bedingungen erschwert werden. Hannover, Hessen-Kassel, Nassau und Frankfurt a. M. wurden vollständig einverleibt, wodurch das preußische Gebiet um 1300 Quadratmeilen vergrößert wurde (s. die Karte bei S. 5). Dagegen forderte Preußen von den übrigen Staaten nur mäßige Kriegsentschädigungen. Sein größter Erfolg der Unterhandlungen war, daß Württemberg, Baden und Bayern zwischen dem 13. und 21. August 1866 mit Preußen Schutz- und Trutzbündnisse schlossen, auf deren Grund sie ihre Truppenmacht im Kriegsfalle dem preußischen Oberbefehl unterordneten. Diese Bestimmungen, die zunächst geheim gehalten wurden, bildeten die Grundlage der Einigung Deutschlands.

Dieses günstige Ergebnis war wesentlich dadurch erzielt worden, daß Napoleon III. den richtigen Zeitpunkt versäumt hatte und erst jetzt die Hand nach deutschen Gebieten ausstreckte. Mit höchster diplomatischer Feinheit hatte Bismarck den Kaiser hingehalten, bis der Krieg entschieden war. Jetzt verlangte der Kaiser den Preis für seine Neutralität. Sein Gesandter Benedetti forderte von Bismarck am 5. August die Rheinpfalz nebst Mainz, dann das Gebiet an der Saar. Da trat ihm Bismarck stolz entgegen. Er drohte, falls Frankreich auf diesen Ansprüchen beharre, sofort und um jeden Preis mit den Süddeutschen Frieden zu machen und mit ihnen vereint zur Eroberung von Elsaß und Lothringen auszuziehen. Da erschrak Napoleon, weil seine Streitkräfte der gewaltigen Kriegsrüstung Deutschlands nicht gewachsen waren: hatte doch Preußen allein gegen 660000 Mann unter den Fahnen. Bismarck aber sorgte dafür, daß die Forderungen Frankreichs in einem Pariser Blatte veröffentlicht wurden, und entzündete dadurch das Nationalgefühl der Deutschen. Unter diesen Eindrücken kamen die oben besprochenen Bündnisse mit den süddeutschen Staaten zustande. Mit ihnen vereint war Preußen stark genug, jeden Zoll nationalen Bodens gegen Osten und Westen zu verteidigen. Napoleon III. war, bevor er auf dem Schlachtfelde besiegt wurde, diplomatisch vollständig überwunden. Drouyn de l'Huys nahm, da der Kaiser von seiner zum Kriege drängenden Politik nichts wissen wollte, den Abschied und sagte: „Ich habe drei Dynastien kommen und gehen gesehen. Ich kenne die Anzeichen des nahenden Falles und ziehe mich zurück."

Digitized by Google

II.
Westeuropa in den Jahren 1866—1918.

Von **Gottlob Egelhaaf.**

1. Westeuropa 1866—71.

A. Die Verschmelzung der neuen Provinzen mit dem preußischen Staate.

Am 3. Oktober 1866 ergriff König Wilhelm durch ein Patent feierlich Besitz von Hannover, Hessen-Kassel, Nassau und Frankfurt a. M., die ihm der Prager Friede (S. 46) zugesprochen, und deren Einverleibung in Preußen der Landtag der Monarchie im September gutgeheißen hatte. Der König erklärte in seiner Ansprache an die Hannoveraner vom gleichen Tage, daß er den Schmerz ehre, mit dem sie sich von früheren ihnen liebgewordenen Verhältnissen lossagten, daß aber die nationalen Interessen die feste und dauernde Vereinigung Hannovers mit Preußen geböten und somit Deutschland gewonnen haben solle, was Preußen erworben habe. Wie richtig auch diese Sätze waren, so war doch ein großer Teil der Hannoveraner wenig geneigt, sich in das Unvermeidliche zu finden. Die Anhänglichkeit an das welfische Haus, vor allem an den blinden König Georg V. und seine Gemahlin, die allgemein geliebte Königin Marie; die Erwägung, daß die Ritterschaft des Landes aus dem vorwiegenden Besitze der hohen Staatsämter verdrängt, die Hauptstadt durch den Verlust des Hofes schwer geschädigt, die alten verknöcherten, aber gewohnten Erwerbsverhältnisse durch die preußische Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auf allen Seiten durchbrochen werden würden; die landsmannschaftliche Abneigung des Hannoveraners gegen den Preußen, namentlich den Berliner — kurz, Gemütsstimmungen und praktische Interessen wirkten gleichmäßig dahin, daß die preußische Herrschaft namentlich beim Adel, der Geistlichkeit und einem großen Teile der Bürger und Bauern nur mit stummem Ingrimm ertragen wurde. Der nach Schloß Hietzing bei Wien geflüchtete König schürte noch das Mißvergnügen durch eine Ansprache an sein Volk vom 5. Oktober, worin er dem Patent Wilhelms I. entgegen die Einverleibung seines Landes in Preußen für null und nichtig erklärte und das Vertrauen zu dem Allmächtigen aussprach, daß „Er Hannover wie vor 60 Jahren, wo dasselbe Unrecht von derselben Seite her keinen Bestand haben durfte", dem Welfenhause wieder zurückerstatten werde. Nun bildeten sich im ganzen Land insgeheim Vereine, deren Ziel eben diese Rückerstattung war, und man beabsichtigte eine „hannöversche Legion" bereitzuhalten, die im Ernstfalle mit den Waffen in der Hand zur Stelle sein sollte. Der Haß des Pöbels gegen Preußen gab sich in Beschimpfungen einzelner Personen, namentlich preußischer Soldaten, kund.

Bismarck hatte einen ähnlichen Gedanken, wie ihn einst Kleisthenes in Athen mit Erfolg verwirklicht hat (vgl. Bd. III, S. 509): durch Zerreißung der bisherigen Zusammenhänge neue Formen des politischen Lebens zu schaffen, um die Verschmelzung der alten und der neuen Landesteile zu erleichtern. Nach seiner Rede im Abgeordnetenhaus vom 5. Februar 1867 wollte er das ganze Land westlich von der Elbe neu einteilen in vier Provinzen, die den mittelalterlichen Stämmen entsprechen und Rheinfranken, Westfalen,

Digitized by Google

Niedersachsen und Thüringen heißen sollten; in ihnen wären Alt- und Neupreußen zu provinzialem Sonderdasein verknüpft und so der sie trennende Gegensatz gemildert worden. Aber es gelang nicht, diesen Gedanken durchzuführen: „die (allmählich durch die politischen Ereignisse geschaffenen) Staaten erwiesen sich stärker als die (ursprünglichen) Stämme".

So mußte die unverändert für sich bleibende Provinz Hannover wohlwollend und doch mit fester Hand regiert und auf die alles ausgleichende Macht der Zeit gehofft werden. Da die Regierung bis 30. September 1867 in den neuen Landesteilen diktatorische Macht besaß und die preußische Verfassung dort erst am 1. Oktober 1867 in Kraft treten sollte, verfügte ein Erlaß an den Generalgouverneur v. Voigts-Rhetz (S. 41), daß alle Beamten, auf deren rückhaltlose Mitwirkung nicht gerechnet werden könne, ihres Amtes enthoben werden sollten; auch wurde eine Anzahl welfischer Wühler in die Festung Minden eingesperrt. So kehrte wenigstens äußerlich Ruhe ein; doch zeigte sich auch, daß im Volk selbst die welfischen Gesinnungen keineswegs überall herrschten. Schon am 1. Oktober erklärten 39 Abgeordnete zur Zweiten Kammer und 70 Gemeindebevollmächtigte, daß sie die Einverleibung als eine unabänderliche, durch die Halsstarrigkeit der früheren Regierung selbst herbeigeführte Tatsache hinnähmen; und als am 11. Oktober ein besonderes hannöversches Armeekorps, das zehnte, errichtet wurde, da traten von 660 hannöverschen Offizieren 425, also fast zwei Drittel, sofort in preußische Dienste über, für den vertriebenen König eine schmerzliche Enttäuschung.

In Kurhessen und Nassau gingen die Dinge weit glatter vonstatten; dort hatte das tyrannische Regiment des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I., hier die rücksichtslose Ausübung des Jagdrechtes und die Vorenthaltung der freisinnigen Verfassung vom Jahre 1849, deren Herstellung der Landtag vergeblich gefordert hatte, eine solche Abkehr der Untertanen von ihren Fürsten zur Folge gehabt, daß man das Ende der Kleinstaaterei allgemein als eine Erlösung aus unhaltbaren Verhältnissen empfand. Bitterer war die Stimmung in den altfrankfurter Kreisen, weil die Wahlstadt der alten Kaiser und eine der angesehensten Handelsmetropolen Süddeutschlands aus einer Freien Stadt zur preußischen Landstadt herabgedrückt worden war; selbst die alsbald einsetzende riesenhafte Entfaltung des nun aus seiner Vereinzelung befreiten Gemeinwesens, das bald alle anderen süddeutschen Städte, außer München, überholte, bannte den Schmerz über den Verlust der Selbständigkeit nicht.

Bismarck und der König waren aber unausgesetzt bemüht, durch Eingehen auf alle irgend erfüllbaren Wünsche der Einverleibten diese für die neue Ordnung der Dinge zu gewinnen.

Der persönlichen Dazwischenkunft des Monarchen verdankten es die Kurhessen, daß die Hälfte ihres Staatsschatzes im September 1867 ihnen als Provinzialfonds verblieb, aus dem sie Arbeitsanstalten, Armenpflege und die Landesbibliothek versorgen sollten; und die Provinz Hannover erhielt im Februar 1868 jährlich 500000 Taler für ihre besonderen Verwaltungszwecke überwiesen. Den abgesetzten Fürsten wurden reiche Geldentschädigungen gewährt. Der Kurfürst von Hessen empfing im September 1867 die andere Hälfte des Staatsschatzes, der aus den Hilfsgeldern erwachsen war, die England 1776 für die nach Amerika gesandten Mannschaften gezahlt hatte. Dem Herzog von Nassau wurden im September 1867 einige Schlösser und 15 Millionen Gulden (= 27 Millionen Mark) überwiesen, und König Georg empfing im gleichen Monat ein Kapital von 16 Millionen Talern, dessen Rente mit 700000 Talern ihm in halbjährlichen Teilzahlungen ausgefolgt werden sollte, das aber selbst so lange gerichtlich hinterlegt blieb, bis mit den Verwandten ein Vertrag über seine Verwaltung vereinbart sei. Die Voraussetzung bei diesem Entgegenkommen, das der preußische Landtag erst nach harten Kämpfen genehmigte, war natürlich, daß die drei Fürsten, wenn auch nicht formell-rechtlich, so doch tatsächlich auf ihre früheren Länder verzichteten. Weil aber König Georg im Februar 1868, der Kurfürst Friedrich Wilhelm im September 1868 sich in öffentlichen Kundgebungen mit Schroffheit gegen Preußen kehrten, so wurden die den beiden Fürsten zugestandenen Summen im März und September 1868 mit Beschlag belegt. Da Georg seine Welfenlegion auf 730 Mann brachte und sie in Frankreich unbewaffnet (als „Flüchtlinge") zusammenhielt, so bestimmte ein

Digitized by Google

Gesetz vom Frühjahr 1869, daß die Zinsen der mit Beschlag belegten 16 Millionen Taler („Welfenfonds") zur Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs und seiner Sendlinge verwandt werden sollten. Von Bismarcks Ausspruch her: „Wir werden diese bösartigen Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen", wurde der betreffende Schatz bald allgemein Reptilienfonds genannt: er fand großenteils für Preßartikel zugunsten der neuen Ordnung der Dinge Verwendung. Erst 1892 wurde die Beschlagnahme zugunsten des Sohnes Georgs V. (gest. 1878), des Herzogs Ernst August von Cumberland, aufgehoben.

In Schleswig-Holstein (S. 34) bestanden die Zuneigungen zu Herzog Friedrich zwar noch fort; aber die Gewißheit, daß der preußische Aar die Herzogtümer gegen das verhaßte dänische Joch ein für allemal beschirmen werde, und die jetzt in den dänischen Grenzbezirken Schleswigs erwachende nationaldänische Verbearbeit trugen dazu bei, daß die ganz überwiegend deutsche Bevölkerung sich langsam in die neuen Zustände fand. Die Hochherzigkeit des Herzogs, der es verschmähte, einen nutzlosen Widerstand zum Unheil der Herzogtümer zu schüren, hat auch zur Beruhigung der Gemüter viel mitgeholfen und den Tag vorbereitet, da seine Tochter Auguste Viktoria die deutsche Kaiserkrone tragen durfte.

B. Die Errichtung des Norddeutschen Bundes.

In dem Augenblick, da Preußen aus dem Deutschen Bund austrat (S. 38) und den Krieg gegen Österreich begann, hatte es alle norddeutschen Staaten zum Abschluß eines neuen Bündnisses aufgefordert. Im August 1866 erklärten sich alle 19 Regierungen, die den Krieg an Preußens Seite durchgefochten hatten, hierzu bereit; Meiningen und Reuß ä. L., die auf österreichischer Seite gestanden waren, taten nach einigem Zögern im September dasselbe, und der alte preußenfeindliche Herzog Bernhard von Meiningen dankte zugunsten seines Sohnes Georg ab. Am 15. Dezember begannen in Berlin unter Bismarcks Vorsitz Ministerberatungen, die von allen norddeutschen Regierungen beschickt waren, auch von Sachsen und von Hessen-Darmstadt für seine Landesteile rechts vom Main; das Ergebnis waren die Grundzüge der neuen Bundesverfassung.

Das Präsidium des Bundes sollte dem König von Preußen zustehen, in der Art, daß er den Bund nach außen vertreten, Krieg und Frieden in dessen Namen erklären, die Ausführung der Bundesbeschlüsse überwachen, alle Bundesbeamten ernennen, Heer und Flotte des Bundes befehligen sollte. Das Organ der Regierungen sollte der Bundesrat sein, in dem (auf Grund der Stimmverhältnisse im vormaligen Deutschen Bunde) 17 Stimmen von Preußen, vier von Sachsen, je zwei von Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig, je eine von den übrigen 18 Staaten, im ganzen 43 Stimmen geführt werden sollten. Dem Bundesrate stand die Mitwirkung bei der ganzen Gesetzgebung zu; er war auch der Träger der Bundessouveränität. Das Volk sollte durch einen aus dem allgemeinen direkten Wahlrecht hervorgehenden, mit dem Recht der Initiative ausgestatteten, Reichstag an der Gesetzgebung beteiligt sein; Geldentschädigung sollten die Abgeordneten nicht empfangen. Als Bundessachen wurden erklärt: Heer und Flotte (Artikel 56 bestimmte die Friedensstärke des Heeres auf 1 v. H. der Bevölkerung von 1867 und sah nach je zehn Jahren eine Erhöhung vor), auswärtige Politik, Post und Telegraphie, Zölle und Handel. Die Finanzen sollten auf die Zölle, die gemeinsamen Steuern und die Erträge von Post und Telegraphie gegründet werden; soweit diese Quellen aber nicht zureichten, sollten die einzelnen Staaten zu „Matrikularbeiträgen" nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung verpflichtet sein. Der Bundeshaushalt sollte auf je drei Jahre bewilligt werden; für jeden Kopf beim Heere sollten — ohne Zeitgrenze — 225 Taler zur Bestreitung der Heereskosten zur Verfügung gestellt werden. Nachdem verschiedene Bedenken gegen einzelne dieser Bestimmungen geltend gemacht worden waren, wurden sie schließlich doch am 2. Februar 1867 genehmigt und solchergestalt dem am 12. Februar gewählten verfassunggebenden Reichstag vorgelegt.

Im Herbst 1866, als es galt, den preußischen Konflikt aus der Welt zu schaffen, waren zwei neue Parteien entstanden. Am 24. Oktober hatten Max v. Forckenbeck, Friedr. Hammacher, Ed. Lasker, Otto Michaelis, Karl Twesten, Hans Viktor v. Unruh u. a. die Nationalliberale Partei gegründet; sie sagte sich von der in unfruchtbare Verneinung versinkenden

Digitized by Google

Fortschrittspartei los und strebte ein Zusammengehen mit dem Staatsmann an, der durch die Tat bewiesen hatte, daß er nicht der beschränkte Junker war, als den ihn die Fortschrittspartei verschrie. „Uns", so heißt es in dem nationalliberalen Programm vom 13. Juni 1867, „vereinigt der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten werden kann." Wie sich so die bejahenden Glieder der Linken auf eigene Füße stellten, so taten denselben Schritt die gemäßigten Konservativen und begründeten die Freikonservative Partei (seit 1871 auch „Deutsche Reichspartei"), die das Festhalten an den gesunden konservativen Grundsätzen: der Achtung vor der Autorität und der Hochhaltung des Königtums, mit besonnenem Fortschritt und bürgerlicher Freiheit vereinbaren wollten. In dem verfassunggebenden Reichstage zählten die Konservativen 59 Abgeordnete, die Freikonservativen 36, die ihnen nahestehenden Altliberalen 27, die Nationalliberalen 79, der Fortschritt nur 19; dazu kamen 18 Partikularisten, 12 Polen, 2 Dänen, 1 Sozialdemokrat (Aug. Bebel) und eine Anzahl „wilder" Politiker. Die Entscheidung lag bei den beiden Parteien, die sich ihren Grundsätzen nach von rechts und links her berührten und nach sonstigem Sprachgebrauch als rechtes und linkes Zentrum bezeichnet worden wären: bei den Freikonservativen und den Nationalliberalen.

Der Reichstag wählte zu seinem Präsidenten Eduard Simson, der 1848—49 in der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. den Vorsitz geführt hatte (Bd. VII, S. 394), und knüpfte damit an die Überlieferungen der erbkaiserlichen Partei an. Bei den Beratungen überwog das Gefühl, daß trotz mancher von dem Standpunkte der Regierungen abweichenden Wünsche diese nicht unbedingt vorwiegen dürften, vielmehr unter allen Umständen durch gegenseitiges Nachgeben etwas zustande kommen müsse. Bismarck verlieh diesem Gefühl in seiner Rede vom 11. März 1867, einer der gewaltigsten, die er jemals gehalten hat, einen ergreifenden Ausdruck, indem er denen, welche die Verkürzung des preußischen Budgetrechtes beim Militärwesen nicht gutheißen wollten, das Gewissen dafür schärfte, daß über doktrinären Fragen die Pflicht stehe, nach dem eisernen Würfelspiel vom Belt bis an die Meere Italiens, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt worden sei, die deutsche Einheit zustande zu bringen.

Im Laufe der Beratungen nahm der Reichstag etwa 40 Abänderungen an dem Entwurfe vor. So wurde dem Bunde das Recht zugewiesen, nicht bloß indirekte, sondern auch direkte Steuern zu erheben; jede Abänderung an dem Heerwesen und der Flotte wurde von der ausdrücklichen Zustimmung des Präsidiums abhängig gemacht. Dem Bunde wurde das Strafrecht, das Prozeßverfahren und vom Zivilrechte wenigstens das Obligationenrecht übertragen. Für die Anordnungen des Präsidiums sollte der Bundeskanzler durch Namensunterschrift die (moralische, nicht rechtliche) Verantwortung übernehmen. Das Wahlrecht zum Reichstag sollte geheim sein; den Beamten wurde auch das passive Wahlrecht zuerkannt. Wahrheitsgetreue Berichte über die öffentlichen Sitzungen des Reichstags sollten gegen Verfolgung sicher sein; den Abgeordneten wurden Tagegelder zugebilligt. Der Bundeshaushalt sollte nicht auf drei Jahre, sondern je nur auf ein Jahr bewilligt werden. Beim Kriegswesen wurden die Bestimmung, daß ein Hundertstel der Bevölkerung von 1867 im Frieden unter den Fahnen stehen solle, und der Satz von 225 Taler auf den Kopf nur bis zum 31. Dezember 1871 zugestanden. In Notfällen wurde dem Bunde das Recht zur Aufnahme von Anleihen erteilt: bei Rechtsverweigerung in einem Bundesgliedstaate sollte (falls auf gesetzlichem Wege Abhilfe nicht erlangt werden könne) der Bund eingreifen. Über den Eintritt der oder auch nur eines der süddeutschen Staaten in den Bund war festgesetzt, daß das auf Antrag des Präsidiums durch Gesetz zu erfolgen habe. Veränderungen der

Digitized by Google

Verfassung wurden auf denselben Weg, aber unter Forderung einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrate, verwiesen.

Nur gegen zwei dieser Beschlüsse erhoben die verbündeten Regierungen bestimmte Einsprache. Einmal gegen die Zuerkennung von Tagegeldern an die Reichstagsabgeordneten: in den Augen der Regierungen bildete die durch den Vorenthalt von Diäten bewirkte Beschränkung der Wählbarkeit ein unentbehrliches Gegengewicht gegen das schrankenlose aktive Wahlrecht. Der Reichstag gab demzufolge die (erst 1906 eingeführten) Tagegelder preis. Zweitens betrachteten die Regierungen es als unzulässig, daß das Heerwesen nach dem 31. Dezember 1871 alljährlich von schwankenden Mehrheiten abhängig sein sollte, während doch die Ausgaben für die bürgerliche Verwaltung gesetzlich festgelegt seien. Am liebsten hätten die Regierungen die bleibende Festlegung einer Mindestheeresstärke (Aternat) und die ebenso bleibende Bewilligung einer für die Kosten ausreichenden Summe gesehen. Sie erklärten sich aber schließlich mit dem freikonservativ-nationalliberalen Antrag einverstanden, daß die im Artikel 56 (nunmehr 60) der Verfassung durch die zweite Lesung bis zum 31. Dezember 1871 festgesetzte Friedenspräsenzstärke des Heeres von einem Hundertstel der Bevölkerung und die 225 Taler für den Kopf des Heeres über den 31. Dezember 1871 nur so lange festgehalten werden sollten, bis sie durch Bundesgesetz abgeändert seien; aber die Verausgabung der Summen für das gesamte Landheer sollte jährlich das Haushaltgesetz feststellen. Die Verfassung wurde am 16. April mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen. In der Thronrede, mit der am 17. April 1867 der König den verfassunggebenden Reichstag schloß, gab er der Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Bundesgewalt die ihr notwendigen Befugnisse erlangt habe und den Bundesgliedern doch die Freiheit der Bewegung auf allen den Gebieten verblieben sei, wo sie ersprießlich zu wirken vermöge.

Nachdem die Landtage der einzelnen Staaten ihre Beistimmung erklärt hatten, trat die Verfassung mit dem 1. Juli 1867 ins Leben. Wohl waren jetzt nur etwa vier Fünftel aller Deutschen im „Norddeutschen Bunde" vereinigt. Aber diese Vereinigung war straffer und damit machtvoller, als jemals eine in Deutschland bestanden hatte, und zum erstenmal in seiner Geschichte war dem deutschen Volke das Recht verbürgt, durch den Mund frei gewählter Vertreter bei der Gestaltung seiner Geschicke mitzuwirken. Noch fehlten freilich die Süddeutschen; doch dem allgemeinen Empfinden gab der hannöversche Nationalliberale Johannes Miquel Ausdruck: „Die Mainlinie ist kein Gespenst mehr, sondern nur eine Haltestelle für uns, wo wir Wasser und Kohlen einnehmen, wo wir Atem schöpfen, um nächstens weiterzugehen!"

C. Napoleonische Verlegenheiten und Auswege.

a) Die luxemburgische Angelegenheit.

Der französische Kaiser Napoleon III. hatte schon am 5. August 1866 (S. 47) den Versuch gemacht, sich für die Vergrößerung Preußens und den Zusammenschluß Norddeutschlands „Kompensationen" zu verschaffen, indem er Rheinhessen mit Mainz und die bayerische Rheinpfalz verlangte: entschieden abgewiesen, hatte er am 20. August gegen Preisgabe Deutschlands an Preußen für sich Belgien und Luxemburg gefordert; Großherzog von Luxemburg, das auf 2600 qkm etwa 200000 Seelen zählte, war der König der Niederlande, Wilhelm III. Bismarck zog die Verhandlungen hierüber hin, da er Frankreich nicht aufs äußerste reizen und so den Feinden Preußens in die Arme treiben wollte; er gab auch auf das Angebot eines Schutz- und Trutzbündnisses, das ihm gleichzeitig von Frankreich gemacht wurde, keine bestimmte Antwort, ließ aber, was Luxemburg betraf, darüber keinen Zweifel, daß der König Wilhelm jede tätige Mitwirkung zu dessen Erwerbung für Frankreich ablehnen und sie höchstens duldend geschehen lassen werde. Um aber Freund und Feind darüber beizeiten aufzuklären, daß ein etwa ausbrechender Krieg Deutschland geeint finden werde, ließ Bismarck am 19. März 1867 die Schutz- und Trutzverträge veröffentlichen, die Preußen im August 1866 mit Bayern, Württemberg und Baden geschlossen hatte (S. 47), und denen am 11. April

Digitized by Google

1867 nun auch Hessen-Darmstadt beitrat. Nach diesen Verträgen stand dreierlei fest: 1) Nord- und Süddeutschland unterstützten sich im Kriegsfalle mit ihrer gesamten Heeresmacht; 2) diese stand unter dem einheitlichen Oberbefehl des Königs von Preußen; 3) die sämtlichen Staaten verbürgten sich die Unversehrtheit ihres Besitzstandes. Napoleon brachte nun zwar den König der Niederlande zu einem Vertrag, nach dem dieser dem Kaiser sein Recht auf Luxemburg gegen eine Entschädigung von 5 Millionen Franken abtrat; aber der König bedang sich die formelle Zustimmung Preußens zu dem Vertrag aus, und diese war, wie erwähnt, nicht zu erlangen. Bei der Besprechung der Sache im Reichstag am 1. April ergab sich, daß die ganze Nation einmütig entschlossen war, die Abreißung auch des kleinsten Teiles von Deutschland, und mochte er auch nur noch durch das Band des Zollvereins mit dem Körper der Nation zusammenhängen (wie das seit der Auflösung des Deutschen Bundes bei Luxemburg der Fall war), auf jede Gefahr hin zu verhindern. Vor dieser Entschiedenheit des nationalen Gefühls wich Napoleon, dessen Kriegsmacht für einen Zusammenstoß mit Deutschland nicht gerüstet war, zurück, um so mehr, als Österreich, wo seit 30. Oktober 1866 der frühere sächsische Ministerpräsident, Freiherr v. Beust, die auswärtigen Angelegenheiten leitete, selbst durch das Angebot Schlesiens sich nicht zum Waffenbunde gegen Preußen bestimmen ließ; es hatte dessen militärische Überlegenheit erst vor kurzem zu deutlich empfunden.

Auf den Vorschlag des Zaren Alexander II. wurde eine Konferenz aller Großmächte nach London berufen, und diese entschied am 11. Mai, daß Luxemburg beim Hause Nassau-Oranien verbleiben, aber für neutral erklärt werden sollte; demgemäß hatte Preußen nunmehr seine Besatzung aus der früheren Bundesfestung Luxemburg, deren Werke geschleift wurden, zurückzuziehen. Im Zollverein aber verblieb Luxemburg. Der unrühmliche Ausgang einer an sich wenig rühmlichen Sache war dem Ansehen Napoleons III. sehr nachteilig; schon die Siege Preußens und die Errichtung des Norddeutschen Bundes galten (ebenso wie wenige Jahre vorher die Gründung des Königreichs Italien) allen Anhängern der Lehre von Frankreichs „legitimer" Hegemonie in Europa als schwere Niederlagen Frankreichs. Auch die katholische Partei grollte dem Kaiser, weil er in Italien die Revolution hatte gewähren, den Papst hatte berauben lassen (S. 16). Die republikanische Opposition vollends überbot sich in den giftigsten Angriffen gegen ihn, wobei Victor Hugo den Ton angab.

Und nun kam zu allem hinzu noch der Zusammenbruch des mexikanischen Kriegsunternehmens. Vor der Drohung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, daß sie die fernere Anwesenheit eines französischen Heeres auf amerikanischem Boden als Kriegsfall ansehen würden, wich der Kaiser zurück; die verzweifeltsten Bitten der Kaiserin Charlotte, die im Juli 1866 eigens nach Europa reiste, waren nutzlos; als sie das begriff, verfiel sie in Wahnsinn. Ende Januar bis Mitte März 1867 zogen die Franzosen unter François Achille Bazaine (S. 78) aus Mexiko ab, und Kaiser Maximilian, der, zu stolz, seine Anhänger im Stiche zu lassen, durch liberale Zugeständnisse den dahinschwindenden Einfluß seiner Partei noch zu stärken hoffte, ward mit zwei Generalen in Querétaro gefangen, vor ein Kriegsgericht gestellt und am 19. Juni 1867 als Landfriedensbrecher erschossen (vgl. S. 18 und Bd. IX).

b) Die liberale Wendung in Frankreich und dessen Annäherung an Österreich.

Um die Stimmung in Frankreich zu verbessern, entschloß sich Napoleon zu liberalen Maßregeln, die den selbstherrlichen Überlieferungen des zweiten Kaisertums entgegen waren (Bd. VII, S. 410). Er gewährte im Januar 1867 dem Senat und dem gesetzgebenden Körper das Recht, Anfragen an die Regierung zu stellen und gestattete, daß nicht bloß der „Staats-

Digitized by Google

minister", d. h. der bisher allmächtige Ministerpräsident, sondern jeder Minister seine Politik vor den Kammern vertreten dürfe, allerdings nur „im Auftrage des Kaisers"; es erschien dieses Zugeständnis aber doch als ein grundsätzlich sehr wichtiger Schritt, durch den der Kaiser anstatt seiner eigenen und ausschließlichen Unverantwortlichkeit die Ministerverantwortlichkeit einführte, also von der selbstherrlichen zur konstitutionellen, ja parlamentarischen Regierungsweise überging. Die Meinung Napoleons selbst war das freilich noch nicht; aber ein Schritt zieht den anderen nach sich, und der Gesundheitszustand des Kaisers, der am Blasenstein litt, verlangte eine Entlastung von den Regierungsgeschäften. Die Politiker, die einen Systemwechsel aus politischen oder persönlichen Gründen bekämpfen zu müssen glaubten, schlossen sich jetzt unter dem Namen Cercle de la rue de l'Arcade zu einem reaktionären Kammerklub zusammen. Das geistige Haupt dieser „Arkadier" war der „Vizekaiser", der Staatsminister Eug. Rouher, während die liberalisierende Richtung, „le tiers parti", die sich 1866 zwischen den „Arkadiern" und den Republikanern bildete, der begabte, aber ehrgeizige und schwache frühere Republikaner, nunmehr „freisinnige Imperialist" Emil Ollivier leitete.

Die Pariser Weltausstellung vom Sommer 1867 verlieh Frankreich und dem Kaiser wohl einen vorübergehenden Glanz; aber der Mordversuch des Polen Anton Beresowski gegen den Kaiser Alexander II. (6. Juni) brachte einen ebenso schrillen Mißklang in die Feier, wie das Ausbleiben des Kaisers Franz Josef, der aus Trauer um seinen von Napoleon im Stiche gelassenen Bruder Maximilian die französische Hauptstadt mied. Napoleon und seine Gemahlin reisten deshalb im August 1867 nach Salzburg, um Franz Josef ihre Teilnahme auszudrücken. Obwohl Napoleon nur in Begleitung des Generals Fleury kam, so wurde doch zwischen ihm und Beust eine Annäherung der beiden Kaiserreiche zustande gebracht, die man in Deutschland allgemein als gegen Preußen gerichtet ansah. Aber obgleich bloß ein Zusammengehen beider Mächte dahin verabredet worden war, daß sie Preußen am Main, Rußland am Pruth Halt gebieten wollten, so bildeten sich nun zwei Heerlager in Europa: Preußen und Rußland hier, Österreich und Frankreich dort. Am 23. Oktober machte Franz Josef seinen Gegenbesuch in Paris. Auf dem Hinwege hatte er mit dem König von Preußen auf dessen Wunsch in Oos eine „flüchtige und steife" Begrüßung: zu General Ducrot aber sagte er in Straßburg: „Ich hoffe, daß wir eines Tages zusammen marschieren werden."

D. Die Festigung der deutschen Verhältnisse.

a) Die Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland.

Die französische Auffassung von dem Prager Frieden ging dahin, daß Preußen damit auf Norddeutschland eingeschränkt worden sei und ohne Zustimmung der bei dem Frieden beteiligten Mächte keinerlei Vereinigung mit den süddeutschen Staaten aufrichten dürfe. Zu diesen Mächten rechnete aber Frankreich auch sich selbst, weil es im Juli 1866 vermittelt hatte. Bismarck hielt jedoch unbedingt daran fest, daß lediglich Österreich einspruchberechtigt sei, daß aber auch dieses nichts dagegen einwenden dürfe, wenn alle zu einem Verein zusammengeschlossenen Staaten des Südens ein nationales Band mit dem Norden knüpfen wollten. Nur das ließ er als fraglich gelten, ob auch ein einzelner Staat befugt sei, sich dem Norddeutschen Bund anzuschließen. Nun stellte sich aber sehr bald heraus, daß der 1866 in Prag vorgesehene „Südbund" nicht zustande kommen werde, weil in ihm naturgemäß Bayern als der weitaus größte Staat das Übergewicht erlangt hätte; der König Karl von Württemberg aber wollte sich dem König Ludwig II. von Bayern noch viel weniger unter-

Digitized by Google

ordnen als dem König von Preußen. Der Großherzog Friedrich von Baden, der Schwiegersohn des Königs von Preußen, ein ebenso liberaler wie patriotischer Fürst, war mit der Mehrheit seines Volkes entschlossen, bei der nächsten Gelegenheit in den Norddeutschen Bund einzutreten. Seine Minister Karl Mathy (S. 24) und Rudolf v. Freydorf waren wie er selbst entschiedene deutsche Patrioten. Allmählich lehnte sich trotz aller demokratischen und ultramontanen Opposition der Süden immer mehr an den Norden an.

Dem Geist der Verträge gemäß wurde 1868 in allen Staaten südlich vom Main die allgemeine Wehrpflicht und die Bewaffnung des Fußvolkes mit dem preußischen Zündnadelgewehr eingeführt; infolgedessen erbaten sie sich preußische Lehrmeister für ihre Truppen, und Hessen-Darmstadt schloß schon im April 1867 einen Militärvertrag mit Preußen, vermöge dessen seine Division als Teil des 11. Armeekorps völlig in das Heer des Norddeutschen Bundes eingefügt ward (S. 53). Das königlich sächsische Heer aber bildete kraft des Abkommens vom 7. Februar 1867 vom 1. Juli ab das unter eigener Verwaltung stehende und vom Kronprinzen Albert befehligte 12. norddeutsche Armeekorps. In Württemberg förderten der neue Kriegsminister Rudolf v. Wagner und sein talentvoller, feuriger Generalstabschef Albert v. Suckow, in Bayern der Kriegsminister Sigmund Freiherr v. Pranckh — bei allem bajuvarischen Partikularismus — die Entwickelung der Wehrkraft im Anschluß an das preußische Vorbild: das deutsche Heer war in unaufhaltsamem Werden. Im Herbst 1867 wurden ohne Kampf in Baden und nach heftigen parlamentarischen Kämpfen in Württemberg der Bündnisvertrag mit Preußen von den Kammern genehmigt, obgleich die demokratische Partei Württembergs davon eine unerschwingliche Belastung des Volkes durch den „Militarismus" und doch keinen genügenden Schutz vor Frankreich vorhersagte. In Bayern bedurfte der Vertrag laut Verfassung der ständischen Genehmigung nicht.

Auf Grund der so gewährleisteten Wehrgemeinschaft aller deutschen Stämme wurde auch der von Preußen gekündigte Zollverein auf neuen Grundlagen wieder aufgerichtet. Vor allem fiel das sogenannte liberum veto jedes einzelnen Staates (das Recht, jeden Beschluß der Mehrheit als für den nicht zustimmenden Staat nicht rechtsverbindlich abzulehnen) weg; vielmehr sollten künftig Mehrheitsbeschlüsse auch die Minderheit verpflichten. Die Gesetzgebung des Zollvereins sollten Bundesrat und Reichstag ausüben. Jener wurde durch den Hinzutritt von 6 bayerischen, 4 württembergischen, 3 badischen und 2 weiteren hessischen Stimmen auf 58 Stimmen gebracht; in den Reichstag sollten 48 bayerische, 17 württembergische, 14 badische und noch 6 hessische Abgeordnete eintreten, so daß die Zahl seiner Mitglieder auf 384 anwuchs. Natürlich hatten diese süddeutschen Abgeordneten nur dann Recht und Pflicht, im Reichstag zu erscheinen, wenn der Reichstag zur Erledigung von Zollgesetzen sich in das „Zollparlament" verwandelte. Dessen Beschlußfassung unterlagen außer den Zollsachen auch noch die Besteuerung des im Zollverein gewonnenen Salzes und des im Zollverein erzeugten oder eingeführten Tabaks. Die Dauer des Zollvertrags wurde wieder (Bd. VII, S. 405) auf zwölf Jahre festgesetzt, mit der Maßgabe, daß er, wenn nicht gekündigt, von selbst weitere zwölf Jahre gelten sollte. Auch diese Verträge stießen in Württemberg und in Bayern auf Widerstand bei den Schutzzöllnern und den Partikularisten; die ersten fürchteten von den in Preußen herrschenden freihändlerischen Grundsätzen schweren wirtschaftlichen Schaden, die zweiten verabscheuten die Zolleinigung mit dem Norden als Vorstufe der politischen Verschmelzung. Doch die Rücksicht auf Handel und Industrie siegte, so daß die Zolleinigung im Oktober 1867 in der bayerischen Abgeordnetenkammer mit 117 Stimmen gegen 17, in der württembergischen mit 73 gegen 16 genehmigt wurde. Die Erste Kammer in Bayern, die der „Reichsräte", machte einen vergeblichen Versuch, das liberum veto zu retten; aber auf Bismarcks Erklärung, daß er lieber auf den Zollvertrag selbst verzichte, als daß er diese Schranke sich gefallen lasse, gaben die Herren nach.

Die Wahlen zum Zollparlament im Februar und März 1868 hatten nun freilich kein erfreuliches Ergebnis. Von 85 süddeutschen Abgeordneten waren 50 ausgesprochene Gegner des Eintritts in den

Digitized by Google

Norddeutschen Bund; und von den 35 anderen galten neun bayerische Abgeordnete als ziemlich lau gesinnt. In Bayern waren insgesamt 27 Partikularisten, in Württemberg überhaupt nur Partikularisten gewählt worden, und das Ministerium Varnbüler-Mittnacht hatte hier bei den Wahlen mit den Demokraten und Ultramontanen gegen die „deutsche Partei" gemeinsame Sache gemacht. In Hessen dagegen wurden lauter Nationalliberale, in Baden acht (gegen sechs Partikularisten) gewählt. Die süddeutschen Partikularisten bildeten im Zollparlament die „süddeutsche Fraktion", und der Versuch der Nationalliberalen, einen Beschluß des Parlaments zugunsten „der vollen nationalen Einigung" herbeizuführen, fand am 7. Mai 1868 keine Mehrheit. Als aber am 18. Mai anläßlich der in Hessen bestehenden, der Abänderung bedürftigen Weinbesteuerung der württembergische Abgeordnete Probst daran erinnerte, daß die europäische Lage es rätlich mache, jede Beeinflussung eines süddeutschen Staates zu vermeiden, weil sonst die am Berge hängende Lawine in Bewegung gesetzt werden könnte, da rief ihm Graf Bismarck unter brausendem Jubel der Mehrheit zu: „Der Appell an die Furcht vor dem Auslande findet in deutschen Herzen keinen Widerhall!" Die gesetzgeberischen Ergebnisse des Zollparlaments waren freilich gering; die wegen der Finanznot der Einzelstaaten geforderte Petroleumsteuer und eine Erhöhung der Tabaksteuer wurden verworfen, und damit auch die Tarifreform, deren Bestandteile beide Vorlagen waren. In der zweiten Tagung im Juni 1869 ging es ähnlich. Erst in der dritten im Mai 1870 kam der Tarif zustande, nach dem statt der Einführung eines Petroleumzolles, von dem das Parlament eine Verteuerung des Lichtes befürchtete, der Kaffeezoll erhöht wurde. Damit hatte sich das Zollparlament wenigstens nicht als völlig unfruchtbar erwiesen.

b) Die liberale Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes.

Der erste und einzige regelmäßige Reichstag des Norddeutschen Bundes (31. August 1867 gewählt) wies eine noch stärkere regierungsfreundliche Mehrheit auf als der verfassunggebende Reichstag; und wenn es auch an Reibungen sowohl der liberalen wie der konservativen Seite des Hauses mit Bismarck nicht fehlte, so sind doch die Ergebnisse der drei Parlamentstagungen von 1868, 1869 und 1870 außerordentlich bedeutsam gewesen.

Zuerst hat die Postreform das gesamte norddeutsche Postwesen vom 1. Januar 1868 ab zur Bundessache gemacht und das Groschenporto für alle Briefe im Bereiche des Bundes eingeführt; unter der Leitung des genialen Generalpostmeisters Heinrich Stephan wurde die norddeutsche Post bald eine Musteranstalt, vorbildlich für die ganze Welt. Fernet waren — trotz mancher Schattenseiten — von Bedeutung die Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit und die Regelung des Unterstützungswohnsitzes; die Abschaffung aller gesetzlichen Zinsbeschränkungen; die Aufstellung eines Flottengründungsplanes, wonach binnen 10 Jahren, 1868—78, eine Flotte von 16 Panzerschiffen und 55 anderen Kriegsschiffen gebaut werden sollte; die Aufhebung vieler Beschränkungen der Verehelichungsfreiheit; endlich die Verabschiedung eines Strafgesetzbuches im Mai 1870, das gemäß der damals herrschenden Milde alle Strafen herabsetzte und dem Richter große Freiheit in der Strafbemessung ließ; wenn die Todesstrafe wenigstens für Mord und für Mordanschlag gegen Landesfürsten beibehalten ward, so war dies nur der Festigkeit Bismarcks zu verdanken. Die Bestrebungen der Liberalen, für das Amt des Reichskanzlers die juristische Verantwortlichkeit statt der bloß moralischen durchzusetzen, scheiterte im April 1868, da Bismarck es für unannehmbar erklärte, „den Bundeskanzler unter den Kreisrichter zu stellen". Die Regelung des Bundesschuldenwesens, bei der dieser Streit entbrannte, scheiterte damit auch. Auf Vorschlag des neuen preußischen Finanzministers Otto Camphausen, der die preußische Staatsschuld im Dezember 1869 in eine unkündbare 4½prozentige Rentenschuld umwandelte und damit das Gleichgewicht der preußischen Finanzen herstellte, überwachte künftig die preußische Oberrechnungskammer die Bundesschulden. Die aus der Konfliktszeit herrührende Frage, ob die Redefreiheit der Abgeordneten unbedingt gegen gerichtliche Verfolgung geschützt sein solle, wurde zwar nicht durch Gesetz, aber durch die Tat entschieden, insofern die Regierung niemals mehr versucht hat, einen Abgeordneten wegen einer Äußerung im Parlament gerichtlich zu belangen.

Hier wie in der freisinnigen wirtschaftlichen Gesetzgebung, die alle Kräfte in einer vielleicht zu weit gehenden Weise entfesselte, kam Bismarck den Liberalen entgegen. Dies verstimmte freilich die Konservativen, von denen ein Teil den großen Staatsmann als offenkundig Abtrünnigen betrachtete; aber für das neugegründete, auf den Fortschritt angewiesene Staatswesen war das Zusammengehen der Regierung mit dem Liberalismus eine geschicht-

Digitized by Google

liche Notwendigkeit. Dagegen versagte sich Bismarck den auf Hereinnahme Badens in den Norddeutschen Bund gerichteten Wünschen gegen Mathy 1867 und nochmals im Februar 1870, weil damit die (dann allein außerhalb der nationalen Einheit verbleibenden) Königreiche Württemberg und Bayern völlig dem österreichischen Einfluß, der ja die Aufrechthaltung der Mainlinie erstrebte, überliefert worden wären. Bismarck „wollte die Sahne nicht von der Milch abschöpfen", sondern Baden als Vertreter der nationalen Einheitsbestrebungen im Süden neben den partikularistischen Königreichen wirken lassen. Außerdem hätte eine engere Angliederung des einem französischen Angriff unmittelbar ausgesetzten langgestreckten Großherzogtums für sich allein eine schwierige strategische Aufgabe geschaffen.

E. Österreich-Ungarn nach 1866.

a) Der Dualismus.

Nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes von 1849 war **Ungarn** seiner Selbständigkeit beraubt und soweit wie möglich auf die Rechtsstellung eines einfachen Kronlandes herabgedrückt worden, das im letzten Grunde von Wien aus regiert wurde (vgl. Bd. IV, S. 483). Die stolze madjarische Nation hatte aber unausgesetzt Selbständigkeit gefordert und das durch die Verfassung vom 26. Februar 1861 geschaffene Zentralparlament der Monarchie (vgl. S. 28), den Reichsrat in Wien, einfach nicht beschickt. Der Führer der Opposition, Franz **Deák** (1803—76; vgl. Bd. IV, S. 482 f.), ein Mann von Klugheit, Mäßigkeit, Festigkeit und lauterem Charakter, trat entschieden für die Rechte seines Volkes ein, ohne die unzweifelhaften Rechte der Krone anzutasten; er bekämpfte ebenso die feudale Ausbeutung der Bauern wie die unter dem ungarischen Bauernstande hervortretenden kommunistischen Anschauungen, deren Anhänger am liebsten die adeligen Güter unter die Bauern verteilt hätten. Neben Deák besaß Einfluß namentlich der Graf Julius **Andrássy** (1823—90; vgl. Bd. IV, S. 485), der besonders für die auswärtige Politik befähigt war.

Die Niederlage Österreichs 1859 brach das Eis auch in der östlichen Reichshälfte; der Schöpfer der Februarverfassung, Schmerling, willigte schon im April 1861 in die Wiedereinberufung des 1849 abgeschafften ungarischen Landtags. Weil aber Deák ein Rückgehen auf den Zustand vor 1848 forderte, blieb die Einigung aus, und 1866 organisierte General Klapka mit Bismarcks Unterstützung eine „ungarische Legion", die an der Seite der Preußen gegen das Haus Habsburg-Lothringen fechten sollte. Die Niederlage von 1866 überzeugte den Kaiser Franz Josef, daß die Aussöhnung mit Ungarn unerläßlich geworden sei; „im Orient", rief Andrássy, „gilt niemand weniger als Österreich, und doch sollte es dort viel gelten im Interesse der Zivilisation!" Die Deutschen in Österreich kamen den Madjaren dadurch zu Hilfe, daß sie am 10. September 1866 auf einer Versammlung in Aussee erklärten: **Dualismus**, aber nicht Föderalismus! Keine Gesamtmonarchie, noch weniger bloßer Staatenbund, sondern zwei in sich fest geschlossene und nach außen eng verbündete Reichshälften!

Der neue Minister des Auswärtigen, Friedrich Ferdinand Freiherr v. **Beust** (1809 bis 1886), ein eitler, im Übermaß rühriger, aber den Erfordernissen der Zeit sich nicht verschließender Mann, wollte Österreich durch Schlichtung des Zwiespalts und durch moderne Gesetzgebung wieder aufrichten und seine Kräfte für eine starke auswärtige Politik gegenüber Preußen und Rußland frei machen. Der Umstand, daß Beust ein Fremder und Protestant war, verlieh ihm eine größere Unbefangenheit gegenüber den österreichischen Verhältnissen, als sie ein im Parteikampfe stehender einheimischer Staatsmann durchschnittlich haben konnte,

Digitized by Google

erweckte ihm aber auch viel Voreingenommenheit und Mißtrauen. Nachdem er bereits am 19. November 1866 dem wiedereinberufenen ungarischen Reichstag seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, den Wünschen der Nation zu entsprechen, erwirkte er, am 7. Februar 1867 statt des Grafen Belcredi zum Ministerpräsidenten Österreichs ernannt, die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1867, die Ungarn ein eigenes verantwortliches Ministerium (unter Andrássy) bewilligten und ihm so seine Selbständigkeit zurückgaben; Kroatien, die Militärgrenze und Siebenbürgen wurden mit ihm vereinigt; die „Hofkanzleien", die für Ungarn und Siebenbürgen in Wien bestanden, sowie die ungarische Statthalterei wurden aufgehoben. Die westliche Reichshälfte (für die außeramtlich bald der Name Zisleithanien, das Land diesseits des Grenzflusses Leitha, aufkam) erhielt nun natürlich auch ihre besondere Regierung. Gemeinsame Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie, wie der amtliche Ausdruck lautete, waren fortan die auswärtige Politik, das Heer (mit deutscher Befehlssprache), das Zollwesen und die Staatsschuld. Für die auswärtige Politik, das Heer und die Finanzen entstanden demgemäß drei Reichsministerien. Der Reichsminister für die auswärtigen Angelegenheiten führte den Vorsitz im Reichsministerium; am 30. Juni 1867 erhielt Beust, als der Schöpfer des „Ausgleichs" mit Ungarn (vgl. Bd. IV, S. 484), diese Würde.

Die Reichsminister trugen die Verantwortlichkeit für ihre Maßnahmen vor den sogenannten Delegationen, Körperschaften von je 36 Abgeordneten, die, durch die beiden Kammern der beiden Reichshälften erwählt, sich abwechselnd in Wien und Ofen-Pest versammelten. Sie berieten die Regierungsvorlagen jede für sich und selbständig, so daß gültige Beschlüsse nur durch Vereinbarung der Delegationen zustande kamen. Ungarns Anteil an den gemeinsamen Ausgaben wurde 1867 auf 30, der Österreichs auf 70 v. H. festgesetzt. Der „Ausgleich", ebenso wie das Zoll- und Handelsbündnis der beiden Reichshälften, hatte auf je zehn Jahre Gültigkeit und wurde demgemäß jeweils erneuert. Aber 1897 stieß diese Erneuerung auf große Schwierigkeiten, so daß der Ausgleich zunächst durch eine für den Fall der Nichtvereinbarung verfassungsmäßig vorbehaltene kaiserliche Verfügung vorläufig in Kraft gesetzt wurde. Die „Quoten" wurden am 10. Juni 1899 mit Rücksicht auf die seit 1867 sehr gehobene wirtschaftliche Kraft Ungarns für Ungarn auf 34,4, für Österreich auf 65,6 festgesetzt; und am 31. Dezember 1902 vereinbarten die Regierungen den neuen Ausgleich. Am 8. Juni 1867 erfolgte die feierliche Krönung des Königspaares Franz Josef und Elisabeth in Ofen.

Die Madjaren fühlten sich als Sieger und Herren in ihrem Lande; die Rumänen und die Sachsen in Siebenbürgen empfanden bald die schwere Hand des herrschenden Stammes, der die ganze Bevölkerung Ungarns in Güte oder mit Gewalt zu madjarisieren trachtete. Den Kroaten dagegen, die ein geschlossenes, den Ungarn seit alters feindlich entgegenstehendes (vgl. Bd. IV, S. 356 f.) Volk von 2 Millionen bildeten, wurde am 21. Juni 1868 von Ungarn zugestanden, daß im Ministerium zu Pest ein eigener kroatischer Minister sitzen, und daß die Einnahmen des Landes zu 45 v. H. dem Lande selbst vorbehalten bleiben sollten. Am 29. Dezember 1868 erschienen dann die 29 kroatischen Abgeordneten im ungarischen Reichstag, dem sie seit 20 Jahren ferngeblieben waren.

b) Die liberale Umgestaltung Österreichs.

In Österreich waren die Gegensätze der Parteien und Nationalitäten aufs höchste gespannt. Die Deutschen verteidigten die zentralistische Verfassung vom 26. Februar 1861 und mit ihr die Vorherrschaft ihres durch kulturelle Leistungen den anderen Nationalitäten voranstehenden Stammes; politisch waren sie in ihrer Mehrheit liberal. Die Slawen dagegen, vor allem die Tschechen, waren für den Föderalismus, der den einzelnen Kronländern freiere Bewegung verbürgte, und mit ihnen hielten es die Feudalen und Klerikalen. Beust brachte aber die Polen durch Zugeständnisse auf Kosten der galizischen Ruthenen (die 43 v. H. der

Digitized by Google

Bevölkerung Galiziens bilden) und der übrigen Kronländer dahin, daß sie im Reichsrat ihre Sitze einnahmen; auch brachte er in den Landtagen von Böhmen und Mähren eine deutsche Mehrheit zustande. So wurde am 22. Mai 1867 der (aus Abgeordneten der einzelnen Landtage gebildete) ordentliche „engere" Reichsrat eröffnet, obwohl die Tschechen die Teilnahme verweigerten. Gemäß dem allgemeinen Umschwunge brachte das Ministerium Beust eine Reihe von Gesetzen in beiden Häusern des Reichsrats durch, die, durch die kaiserliche Genehmigung vom 21. Dezember 1867 rechtskräftig geworden, Österreich, einst das gelobte Land der unumschränkten Herrschaft, in einen modernen Rechtsstaat verwandelten.

So wurde die Ministerverantwortlichkeit eingeführt und ein Staatsgerichtshof von 25 Mitgliedern für die Aburteilung angeklagter Minister geschaffen; Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, gleiche Berechtigung zu allen Ämtern, Freizügigkeit, Preß- und Vereinsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Schutz des Hausrechts und des Briefgeheimnisses, Freiheit der Wissenschaft, Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung: kurz, alle Güter des modernen Staates wurden auf einen Schlag einem Volke zuteil, das noch vor kurzem wie eine Herde regiert worden war. Das Abgeordnetenhaus erhielt das Recht der Präsidentenwahl, das Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht, das Gesetzgebungsrecht über alle wichtigen Angelegenheiten, alljährliche Berufung und Öffentlichkeit der Beratung; die Befugnisse der Landtage wurden demgemäß eingeschränkt.

Zu diesen Errungenschaften gesellte sich ein Schulaufsichtsgesetz, das Orts-, Bezirks- und Landesschulräte bildete und in alle drei neben Vertretern der Kirche auch solche des Staates und der Schule berief. Je entschiedener das Konkordat von 1855 (Bd. VII, S. 406) die Schule der Kirche unterstellt hatte, desto heftiger war nun der Rückschlag. Vergeblich erhoben 25 in Wien versammelte Erzbischöfe und Bischöfe am 28. September 1867 einen feierlichen Einspruch gegen die Bestrebungen, „welche die heiligsten Güter der Menschheit gefährden, das Seelenheil von 17 Millionen Erlöster bedrohen und eine Ehe ohne Festigkeit und Heiligung, eine Schule ohne Religion und Sittlichkeit schaffen wollen". Der Kaiser tadelte am 16. Oktober in einem Handschreiben an den Wiener Erzbischof Ritter v. Rauscher die Bischöfe, daß sie, statt versöhnlich und entgegenkommend zu sein, die Gemüter erregt und dadurch die Aufgabe der Regierung erschwert hätten. Er ernannte am 30. Dezember das sogenannte Bürgerministerium, dessen Haupt der liberale Fürst Carlos Auersperg war, und in dem die liberalen Führer Eduard Herbst die Justiz, Karl Giskra das Innere, Ritter v. Hasner Kultus und Unterricht verwalteten. Dieses Ministerium setzte mit Unterstützung Beusts (der übrigens dem päpstlichen Nuntius gegenüber die österreichische Monarchie und die katholische Kirche für Schwestern erklärte, die sich wechselweise unterstützen müßten) mehrere schon 1867 im Abgeordnetenhause beschlossene Gesetze im März 1868 auch im Herrenhause durch.

Danach wurde 1) die Zivilehe für den Fall zugelassen, daß ein Seelsorger aus staatlich nicht anerkannten Gründen das Aufgebot eines Brautpaares verweigere; 2) die oberste Leitung der Schule (mit Ausnahme des Religionsunterrichts) dem Staate vorbehalten und die Lehrämter sämtlichen Staatsbürgern ohne Unterschied der Konfession zugänglich gemacht; 3) die Söhne aus gemischten Ehen der Religion des Vaters, die Mädchen der der Mutter zugewiesen und allen Staatsbürgern nach vollendetem 14. Jahre das Recht des Religionswechsels zuerkannt.

Der Kaiser gab den Gesetzen am 25. Mai 1868 seine Unterschrift. Aber als Pius IX. am 22. Juni sie für verfluchenswert, durchaus nichtig und auf immerdar ungültig erklärte, da verschärfte sich der Streit zwischen Staat und Kirche. Der Papst fühlte sich angesichts der gegen die kirchliche Allmacht gerichteten Gesetzgebung in seinem schon lange gehegten Vorsatz, für den Heiligen Stuhl die lehramtliche Unfehlbarkeit in Anspruch zu nehmen, nur noch bestärkt. Als ihm jedoch am 18. Juli 1870 das vatikanische Konzil diese Eigenschaft zusprach, antwortete Österreich, obwohl hier das Bürgerministerium am 11. April 1870 infolge seiner

Digitized by Google

schon im Dezember 1869 deutlich gewordenen inneren Uneinigkeit zusammengebrochen war, am 30. Juli mit der Kündigung des Konkordats und der Herstellung des placetum regium, ohne dessen Erteilung keine päpstliche Verfügung in Österreich Geltung hat.

Während dieser Kämpfe wurden auch die finanziellen Verhältnisse Österreichs, freilich gewaltsam, geordnet. Nach dem Vorschlag des Handelsministers Edlen v. Plener vom Juni 1868 wurde die gesamte Staatsschuld in eine einheitliche, mit 5 v. H. zu verzinsende Schuld verwandelt, die Zinsen aber mit einer 20 v. H. betragenden Steuer belegt, so daß der vom Staate zu leistende Zinsbetrag tatsächlich auf 4 v. H. zusammenschrumpfte. Das Heerwesen wurde im Dezember 1868 auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht neugestaltet und die Kriegsstärke für zehn Jahre auf 800000 Mann festgesetzt. Die Landwehr sollte nicht bloß die älteren Jahrgänge der Linientruppen, sondern auch die Leute umfassen, die, obwohl tauglich, doch als überschüssig keinerlei dienstliche Ausbildung genossen hatten.

F. Großbritannien.

Die Geschichte Großbritanniens ist im folgenden Abschnitt dargestellt. Das Wesentliche ist die Annahme der „zweiten Reformbill" vom August 1867, welche das Wahlrecht zum Parlament für die ländlichen und städtischen Wähler erweiterte, die Aufhebung der anglikanischen Staatskirche in Irland (Juli 1869) und der Feldzug gegen den Kaiser Theodor II. von Abessinien 1868 (vgl. Bd. III, S. 173).

G. Die römische Frage.

Die größten Schwierigkeiten bereitete Napoleon III. die römische Frage. Der Kaiser hatte im September 1864 seine Truppen aus Rom zurückgezogen, nachdem die italienische Regierung sich verpflichtet hatte, die Residenz des Königreichs von Turin nach Florenz zu verlegen (worin der Verzicht auf die Hauptstadt Rom enthalten war) und Rom weder selbst anzugreifen, noch es von irgendwem angreifen zu lassen. Über diesen Septembervertrag waren die Ultramontanen in Frankreich außer sich; sie erblickten darin die Zurückziehung des französischen Schutzes für den noch vorhandenen Rest der weltlichen Macht des Papstes, also den Anfang vom Ende; und wenn sie dieses Ende als einen schweren Schlag für die Kirche ansahen, so betrachteten die Chauvinisten, deren Wortführer Adolf Thiers war, und die die französische Führerschaft in Europa für einen Teil der Weltordnung hielten, einen völligen Sieg des italienischen Nationalstaats als das Grab dieser Führerschaft jenseits der Alpen, wie ihnen die Errichtung des deutschen Nationalstaats als das Ende dieses Vorranges jenseits des Rheins erschien. Schon im Februar 1866 beschloß daher die französische Kammer, daß die weltliche Souveränität des Papstes für dessen geistliches Ansehen notwendig sei, und nach dem Heimfall Venetiens an Italien häuften sich die ultramontanen Vorstöße gegen die liberale Weltauffassung im allgemeinen und Italien insbesondere immer mehr. Der freisinnige Unterrichtsminister Viktor Duruy, der die mit der Erziehung sich befassenden Orden unter das gemeine Recht stellte, die Erziehung der Mädchen für den Staat beanspruchte und Volksbibliotheken mit liberalem Charakter gründete, stieß auf die ausgesprochene Gegnerschaft der Klerikalen und konnte im Juli 1867 die zeitweilige Schließung der École normale, der liberal gerichteten Lehrerbildungsanstalt, nicht verhindern.

Auf italienischer Seite hoffte der demokratische und franzosenfreundliche Minister Rattazzi auf einen Aufstand in Rom selbst, in dessen Verlauf Viktor II. Emanuel ebenso als Ordnungsstifter auftreten sollte, wie 1859; wenn seine Truppen auf diese Art Rom besetzten, so

Digitized by Google

ließe sich die römische Frage sehr einfach und ohne direkte Verletzung des Septembervertrags lösen. Allein der unbesonnene, von heißem Eifer erfüllte Garibaldi zerriß dieses feine Gespinst der Staatskunst, indem er im September 1867 an der Spitze einer Freischar in den Kirchenstaat einfiel, um den Papst zu stürzen. Als Rattazzi, von Napoleon III. auf Grund des Vertrags zu Gegenmaßregeln aufgefordert, zurücktrat, entsandte der Kaiser ein Heer unter General de Failly nach Rom. Dieses holte vereint mit den päpstlichen Soldaten unter General Hermann Kanzler am 3. November die sofort zurückweichenden Garibaldianer am Monte Rotondo bei Mentana, nordöstlich von Rom, und schlug sie aufs Haupt. „Die Chassepotgewehre", schrieb Failly an den Kaiser, „haben Wunder getan." Natürlich mußte das französische Heer nun wieder in Rom bleiben, da sonst die Herrschaft des Papstes sofort zusammengestürzt wäre; ein Teil von Napoleons Macht war aufs neue in Italien festgelegt, der Zorn aller Gegner des Papsttums gegen den Schergen des Papstes aufs neue entfesselt, die Abneigung der Italiener insbesondere gegen den Mann, der den Abschluß ihrer Einheit verhinderte, verschärft. Vergebens suchte der Kaiser die römische Frage der Entscheidung eines zu diesem Zwecke zu berufenden europäischen Kongresses zu unterbreiten: keine andere Großmacht wollte sich an dieser schwierigen Sache die Finger verbrennen.

II. Neue Verwicklungen.

a) Die französische Heeresreform.

Inzwischen plante Napoleon in der Erkenntnis, daß Frankreich militärisch hinter Preußen zurückstand, eine Ausgleichung dieses Mißverhältnisses durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach preußischem Muster; allein der Kaiser stieß dabei auf den Widerstand sowohl seiner Heerführer, die in der Mehrzahl ein Berufsheer für tüchtiger hielten als ein Volksheer, als auch auf den der Parlamentarier, die wegen der Abneigung des Volkes gegen den allgemeinen Kriegsdienst oder aus politischen Gründen davon nichts wissen wollten: alle Radikalen verabscheuten den „Militarismus" und jede Kräftigung der Monarchie.

Das von dem einsichtigen und tatkräftigen Kriegsminister Marschall Adolf Niel gegen seine bessere Überzeugung vertretene Gesetz vom Februar 1868 sprach daher zwar die allgemeine Wehrpflicht im Grundsatz aus und setzte ihre Dauer auf neun Jahre fest, gab aber tatsächlich diese Wehrpflicht sofort preis, indem es das Recht jedes einzelnen, vom Dienst in der Linie sich loszukaufen, anerkannte. Nur die Teilnahme an der Landwehr, der garde mobile, ward allen auferlegt; aber aus Sparsamkeitsgründen ließ man diese garde mobile bloß auf dem Papier bestehen; nur die Offiziere wurden für alle Fälle bezeichnet, die Mannschaften aber weder organisiert, noch jemals zu Übungen einberufen. So konnte der Norddeutsche Bund bei 30 Millionen Seelen und jährlich 90 000 Mann Rekruten ein Feldheer von 540 000 Mann aufstellen, Frankreich bei 36 Millionen nur 330 000 Mann. In der Bewaffnung freilich war das mit dem 1200 Schritt weit tragenden Chassepotgewehr ausgerüstete französische Fußvolk gegenüber dem preußischen nur 400 Schritt weit reichenden Zündnadelgewehr im Vorteil; außerdem übertraf jenes durch kleineres Kaliber (11 mm), besseren Gasverschluß und Bequemlichkeit der Handhabung das deutsche Gewehr. Dagegen war die norddeutsche Artillerie, deren Granaten erst beim Aufschlagen platzten, der französischen überlegen, deren Geschosse oft schon in der Luft zersprangen. Die Mitrailleuse (Kugelspritze), auf welche die Franzosen große Hoffnungen setzten, hat sich wegen zu geringer Streuung 1870 als eine keineswegs sehr praktische Waffe erwiesen; aus ihr hat sich aber doch das Maschinengewehr entwickelt.

Das Bedürfnis, im Volke wieder eine stärkere Stütze zu erlangen, gab dem Kaiser im Januar 1869 den Plan ein, durch die französische Ostbahn die belgischen Privatbahnen nach Brüssel und Rotterdam ankaufen und verwalten zu lassen, damit Belgien zunächst wirtschaftlich, weiterhin aber auch politisch von Frankreich abhängig würde. Allein die liberale

Digitized by Google

belgische Regierung unter Frère-Orban widersprach, von der ihr sonst in den Tod verfeindeten ultramontanen Partei unterstützt, so daß auch dieser Versuch des Kaisers fehlschlug.

Obwohl Preußen sich in der ganzen Angelegenheit jeder Teilnahme enthalten hatte, so wurde es doch von französischen Blättern beschuldigt, die belgische Regierung zum Widerstand aufgereizt zu haben. Auch der Vertrag mit Baden, wonach Badener ihre Heerespflicht in Preußen und Preußen die ihrige in Baden sollten ableisten können, ließ sich nicht mit Erfolg als Verletzung des Prager Friedens darstellen. Gleichwohl waren Verhandlungen über ein gegen Preußen gerichtetes Dreibündnis zwischen Frankreich, Österreich und Italien seit Sommer 1868 im Gange. Die Rücksicht auf Österreichs Finanzlage und auf sein noch in der Umgestaltung begriffenes Heer, die zahlreichen inneren Schwierigkeiten und die Stimmung der 10 Millionen Deutschen sowie die Abneigung der Ungarn gegen jeden Versuch, die österreichische Vorherrschaft in Deutschland wiederherzustellen, verbot Beust den Gedanken an einen Krieg. Ein solcher mußte seiner Ansicht nach aus einer nichtdeutschen Ursache entspringen, etwa einem Zusammenstoß Österreichs und Rußlands im Orient: träte dann Preußen auf russische Seite, so würde der Anschein vermieden, als ob der Krieg gegen die deutsche Einheit geführt werde; sonst war er das beste Mittel, den Süden und Norden sofort unter einen Hut zu bringen. Ein Krieg gegen die deutsche Einheit war auch den Italienern nicht genehm, weil er voraussichtlich einen Krieg gegen ihre eigene Einheit hervorrufen müßte. Diese wollten sie aber nicht zerstört, sondern vollendet sehen, und nur gegen die Preisgabe Roms wäre vielleicht ein Teil der Konservativen zu einem Kriege gegen Preußen zu haben gewesen. Diese Bedingung aber konnte der Kaiser, der den schon gereizten, noch katholisch fühlenden Teil der Franzosen nicht noch mehr verletzen durfte, keinesfalls erfüllen; und die Mehrheit der Italiener stand auf seiten der Minister, die im Juli 1869 erklärten, daß man zu einer Vernichtung der Ergebnisse von 1866 die Hand überhaupt nicht bieten dürfe. Übrigens besorgte Beust, daß Napoleon III. sich im letzten Augenblick, wenn Preußen, durch den Dreibund eingeschüchtert, zur Nachgiebigkeit gestimmt sei, auf Kosten Österreichs mit Preußen verständigen werde. Wegen dieser unübersteiglichen Schwierigkeiten wurden die Verhandlungen im September 1869 „auf unbestimmte Zeit verschoben", wie Napoleon an Franz Josef schrieb. Damals war (nach Beusts Angaben) noch gar nichts unterzeichnet; nur über drei Punkte war man mündlich einig geworden: 1) daß das Bündnis nur auf Verteidigung und Frieden gerichtet sein solle, wenn es überhaupt abgeschlossen werde; 2) daß man sich bei allen Verhandlungen zwischen den Großmächten unterstützen wolle, und daß 3) Österreich bei einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen mindestens neutral bleiben solle.

b) Das Ministerium Ollivier und die Volksabstimmung (1870).

Im Augenblick, da die Verhandlungen auf dem toten Punkt ankamen, hatte sich in Frankreich die innere Lage wesentlich geändert. Bei den Neuwahlen zum Gesetzgebenden Körper am 23. Mai 1869 gingen die regierungsfreundlichen Stimmen zurück: die Opposition, die von 810000 (1857) auf 1800000 Stimmen (1863) gewachsen war, schwoll jetzt auf 3300000 an, und die Ziffern der Regierungspartei gingen von 5300000 (1863) auf 4600000 zurück. Olliviers „dritte Partei" erlangte 130 Abgeordnetensitze und bildete zusammen mit den 40 Stimmen der republikanischen Linken eine Mehrheit gegen die Gefolgschaft Rouhers. Napoleon III. brauchte das Wahlergebnis nicht gerade als gegen sich selbst gerichtet zu betrachten: auch die „dritte Partei" war kaiserlich; aber das Ergebnis kehrte sich gegen ihn, wenn er sich mit Rouher und den Arkadiern für eins erklärte. Deshalb schaffte er am 17. Juli das

Digitized by Google

„Staatsministerium" ab (wobei Rouher mit dem Vorsitz im Senat entschädigt wurde) und ließ am 6. September 1869 durch den Senat weitgehende Verfassungsänderungen genehmigen. Danach wählte der Gesetzgebende Körper seinen ganzen Vorstand frei, gewann das Recht der Initiative, der Anfragen und der Bewilligung der Ausgaben nach einzelnen Abschnitten des Staatshaushalts; ohne Aufgabe der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit des Kaisers selbst wurde doch die Verantwortlichkeit der Minister eingeführt und ihre Aburteilung vor dem Senat vorgesehen. Die Tragweite dieser Reformen bezeichnete der Kaiser selbst gegenüber dem italienischen Gesandten Konstantin Nigra mit den Worten: „Ich hatte die Wahl zwischen Krieg und persönlichem Regiment einerseits und Frieden mit liberalen Reformen anderseits. Ich habe mich für das letztere entschieden." Der Umstand, daß der erprobte Kriegsminister Niel am 14. August 1869 starb, wirkte zunächst auch in der Richtung, jedes kriegerische Abenteuer als doppelt gewagt erscheinen zu lassen; freilich sein Nachfolger, Marschall Edmond Leboeuf, besaß weder die Erfahrung noch die Vorsicht Niels.

Das Haupt des neuen, am 2. Januar 1870 berufenen Ministeriums war Emil Ollivier, der die Justiz und den Kultus übernahm; das Auswärtige erhielt Graf Napoleon Daru, ein kluger, umsichtiger und charaktervoller Mann. Weil die Linke aber bei einer künftigen Verfassungsänderung die Mitwirkung der Kammer forderte, damit nicht ein Senatsbeschluß zurücknähme, was ein Senatsbeschluß gegeben habe, so unterbreitete der Kaiser die Verfassungsänderungen einer Abstimmung des Volkes, weil dieses seinerzeit (1852; vgl. Bd. VII, S. 407) die Verfassung des Kaiserreichs gutgeheißen habe und also darüber zu hören sei, ob diese Verfassung geändert werden solle. Die Frage an das Volk lautete: ob es den Senatsbeschluß vom 6. September 1869 billige und dadurch den einstigen Übergang der Krone vom Kaiser an dessen Sohn erleichtern wolle? 7350142 Wähler antworteten am 8. Mai 1870 mit Ja, 1538825 mit Nein; beim Heer fielen 285000 Ja, 48000 Nein. Wenn auch die Opposition nicht unbeträchtlich war, so zerfiel sie doch in einen absolutistischen Teil, dem der Senatsbeschluß viel zu weit ging, und einen republikanischen, dem er noch nicht weit genug ging, weil er das Kaiserreich bestehen ließ, ja seiner Befestigung diente. Die starke Mehrheit bedeutete doch eine Vertrauenskundgebung für den Kaiser.

c) Das Vatikanische Konzil in seinen Beziehungen zur europäischen Politik.

Schon bald trat im Ministerium an Stelle Darus der Herzog Agenor v. Gramont. Daru hatte zwei Gründe zum Rücktritt. Einmal war seine Ansicht nicht durchgedrungen, daß etwaige künftige Volksabstimmungen nicht bloß der Kaiser anordnen könne, sondern daß auch der Gesetzgebende Körper vorher gehört werden müsse. Dann hatte Daru die schwersten Bedenken gegen das Vatikanische Konzil, das Pius IX. am 8. Dezember 1869 in Rom eröffnet hatte, um in derselben Zeit, da die weltliche Macht des Papsttums mit völliger Vernichtung bedroht war, dessen geistliche Macht durch Verkündung der lehramtlichen Unfehlbarkeit des römischen Bischofs in Sachen von Glauben und Sitten schrankenlos zu machen. Die schwere Gefahr, die bei Annahme dieses Lehrsatzes der Selbständigkeit der Staaten drohte, kennzeichnete schon am 9. April 1869 der bayerische Ministerpräsident Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst (1819—1901), als er alle Staaten mit katholischer Bevölkerung zu gemeinsamen Maßregeln beim päpstlichen Stuhl aufforderte; allein er fand nur bei Rußland insofern Zustimmung, als es seinen katholischen Bischöfen schlechthin verbot, am Konzil teilzunehmen, und wurde von der ultramontan-partikularistischen Mehrheit des bayerischen Landtags am 15. Februar 1870 gestürzt. Daru erging es mit seinen Warnungen nicht besser;

Digitized by Google

selbst Ollivier bezeichnete die Unfehlbarkeit als eine rein innerkirchliche Sache, die den Staat nichts angehe — als ob die Kirche ihrerseits irgendein Gebiet als rein staatlich anerkennen würde! — und ließ sich mit den zweifelhaften Versicherungen des päpstlichen Staatssekretärs Grafen Antonelli abspeisen: „In der Theorie sind wir hochfliegend wie Gregor VII. und Innocenz III.; in der Praxis sind wir nachgiebig und geduldig." Vergebens mahnte der einst von den Ultramontanen gepriesene Graf Montalembert, der ebenso die Unterdrückung der Kirche durch den Staat wie die des Staates durch die Kirche verwarf, man solle sich dem Strome von Schmeichelei, Betrug und Knechtssinn, der die Kirche zu überfluten drohe, beizeiten entgegenstemmen: er starb, ehe die Ereignisse seinen Mahnruf bestätigten; Daru's Nachfolger Gramont war entschieden ultramontan und haßte als solcher auch das ketzerische Preußen.

d) Das Aufkommen der Sozialdemokratie.

Wie die Bestrebungen der Kurie, die auf die Leitung aller Völker durch den römischen Stuhl abzielten, den damaligen nationalstaatlichen Wünschen direkt entgegengesetzt waren, so gilt dasselbe von den damals zuerst mit stärkerer Wucht hervortretenden sozialdemokratischen Bestrebungen. In die Jahre 1862—64 fällt die agitatorische Wirksamkeit Ferdinand Lassalles, der die vom Kapital nach seiner Ansicht ausgesogene Arbeiterklasse vermöge des allgemeinen Stimmrechts zum Herrn im Staat und weiterhin durch die vom Staate geförderte Bildung von Produktivgenossenschaften mit jährlicher Verteilung des vollen Gewinns selbst zu Kapitalisten machen wollte. Im September 1866 wurde zu Genf die (schon 1864 in London angebahnte) „Internationale" gegründet, ein Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationen. Zu voller Ausgestaltung aber sind diese Bestrebungen erst später gekommen (vgl. unten, S. 91); zunächst siegte der Nationalitätsgedanke in Mitteleuropa.

J. Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

a) Frankreichs Beziehungen zu Österreich.

Der europäische Friede schien am 30. Juni 1870 so gesichert, daß Ollivier in der Kammer erklären konnte, von nirgends her drohe ihm eine Störung, und daß der Kriegsminister Leboeuf beantragte, für 1871 statt 100000 Rekruten nur 90000 einzustellen. Die Linke bezeugte ausdrücklich, „daß die 40 Millionen Deutsche, die sich unter Preußens Führung geeinigt hätten, Frankreich in keiner Weise bedrohten", und Ollivier selbst war geradezu ein Freund der deutschen Einheit. Allerdings hatte der Erzherzog Albrecht von Österreich anläßlich einer angeblichen Studienreise nach Südfrankreich im April 1870 Paris besucht und dabei im Hinblick auf den möglichen Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund (S. 57) von der Notwendigkeit gemeinsamer Schritte zur Aufrechterhaltung des Prager Friedens gesprochen; er entwickelte einen bestimmten Kriegsplan für ein gemeinsames Vorgehen von Frankreich, Italien und Österreich. Der Erzherzog spielte also mit dem Feuer, erklärte aber, daß die österreichische Heeresumgestaltung vor ein bis zwei Jahren noch nicht beendet sei, und bezeichnete es, da Österreich sechs Wochen zur Mobilmachung brauche, als notwendig, daß Frankreich zunächst allein losschlage, jedenfalls im Frühling, damit man vor dem Herbste, und ehe Rußland eingreife, mit den Preußen fertig werde. Diese Forderung, daß Frankreich vorerst allein seine Haut zu Markte trage, erklärte ein Kriegsrat, den Napoleon am 17. Mai abhielt, für unannehmbar. Kaiser Franz Josef bekannte sich zu Albrechts Forderung, nicht bloß militärisch, sondern auch politisch, weil, wenn er gleichzeitig mit Frankreich Krieg erkläre, Preußen

Digitized by Google

den „neuen deutschen Gedanken" ausnutzen und den Süden mit sich fortreißen werde: nur im Verlaufe des Krieges, wenn die in Süddeutschland eingerückten Franzosen dort als Befreier vom preußischen Joch aufgenommen würden, könne er sich am Kampfe beteiligen.

Die damaligen Vorgänge in Süddeutschland ließen eine Hoffnung auf Umwendung zu Frankreich aufkommen: in Bayern war Hohenlohe im Februar gestürzt und durch den Partikularisten Grafen Otto Bray-Steinburg ersetzt worden; in Württemberg gaben die verbissensten Demokraten die Losung aus: lieber französisch als preußisch! und eine Massenpetition, die 150000 Unterschriften fand, forderte Einführung des Milizheeres nach schweizerischem Muster, worauf König Karl im März 1870 den schwächlichen Minister des Innern, Ernst Geßler, entließ und Suckow (S. 55) ins Kriegsministerium berief. Dieser erklärte sich bereit, eine halbe Million Gulden am Kriegsetat zu sparen, bestand aber auf der Erhaltung der erst 1868 eingeführten Heeresorganisation nach preußischem Vorbilde. Vor einer Überschätzung der partikularistischen Kräfte aber warnte den Kaiser Napoleon ein einsichtiger französischer Beobachter, der Militärbevollmächtigte Oberst Stoffel. Jedenfalls war es sehr ungewiß, ob die Franzosen die Bedingung erfüllen würden, an die Österreich seine Mitwirkung knüpfte — falls es überhaupt durch den Bruch des Prager Friedens sollte zum Kriege gedrängt werden; denn das galt ihm ohnehin als Vorbedingung jedes bewaffneten Vorgehens. So erschien trotz aller Spannung der europäischen Lage doch die Erhaltung des Friedens wenigstens für das Jahr 1870 noch Anfang Juli als wahrscheinlich.

b) Die hohenzollernsche Kandidatur für den spanischen Thron.

Die Regierung der Königin Isabella II. von Spanien (vgl. Bd. III, S. 467) war seit langem wegen der persönlichen Unwürdigkeit der Königin, die, sechzehnjährig an einen Schwächling verheiratet, das ihr in der Ehe versagte Liebesglück außerhalb der Ehe suchte, in völlige Mißachtung gefallen. Als Isabella sich ganz der reaktionären Partei hingab, erhoben sich die Liberalen unter Führung von Francisco Serrano und Juan Prim am 20. September 1868. Nach der Niederlage des königlichen Heeres bei der Brücke von Alcolea am Guadalquivir flüchtete die gerade im Seebade San Sebastian weilende Königin am 30. September mit ihrer Familie und ihrem Geliebten, dem „Intendanten" Carlos Marfori, nach Frankreich. Der Gedanke, mit dem sich die bigotte Königin soeben noch getragen hatte, an Stelle der französischen Truppen spanische nach Rom zu legen, war damit begraben; die siegreichen Liberalen dachten nicht daran, die Beschützung des Papstes zu übernehmen.

An der Monarchie aber hielten sie fest. Und als alle Versuche, den Neffen des Königs von Italien, den noch minderjährigen Herzog Thomas von Genua, oder den seit 1853 verwitweten Titularkönig von Portugal, den klugen Ferdinand von Koburg-Gotha, zum König zu gewinnen, gescheitert waren, boten sie den Thron dessen Schwiegersohn, dem katholischen Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (1835—1905) an, der glücklich verheiratet und Vater von drei Söhnen, rechtschaffen und tüchtig war und im rüstigsten Mannesalter stand.

Der Staatsrat Salazar brachte das Angebot im September 1869 im tiefsten Geheimnis nach Schloß Weinburg in der Schweiz, wo die Hohenzollern damals weilten; aber er erfuhr eine Ablehnung, da das Unternehmen allzu gewagt erschien. Erst bei einem neuen Versuche Salazars im Februar 1870 änderte sich die Sachlage. Er ging mit Briefen Prims an den Fürsten Karl Anton, den Erbprinzen, den König Wilhelm und Bismarck zunächst nach Berlin. König Wilhelm war gegen die Annahme; Bismarck dagegen versprach sich engere freundschaftliche Beziehungen beider Länder und infolge davon eine Verstärkung der Stellung Deutschlands „um ein bis zwei Armeekorps" und namentlich auch einen Aufschwung des Handelsverkehrs.

Digitized by Google

Deshalb riet er dem Erbprinzen, er solle im Interesse Deutschlands die Kandidatur annehmen. Doch konnte sich dieser auch jetzt noch nicht dazu entschließen. Es lag sehr nahe, an die Wirkung einer solchen Kandidatur auf Frankreich zu denken. Bismarck dachte an die Gefahr eines Krieges aus diesem Anlaß nicht, weil anzunehmen war, daß Kaiser Napoleon doch lieber den Hohenzollern in Madrid sehen werde als Isabellas Schwager, den Herzog Anton von Montpensier aus dem Napoleon in den Tod verfeindeten Haus Orleans, oder als die Republik; auch hatte Napoleon, der im Herbst 1869 durch Karl Anton von der Sache in Kenntnis gesetzt worden war, weder Ja noch Nein gesagt. Eine nochmalige Anfrage in Paris selbst war unmöglich, weil Prim dringend um Geheimhaltung der Sache gebeten hatte; und dann waren die Sigmaringer durch Karl Antons Mutter, eine Murat, und seine Gemahlin, eine Beauharnais, mit den Bonapartes so nahe verwandt, daß man auch deshalb eine Einwilligung Napoleons III. für nicht ausgeschlossen hielt. Bismarck sandte nun zwei Vertraute, den klugen Lothar Bucher und den früheren Major Max v. Versen, insgeheim nach Spanien, die von da „sehr zufriedenstellende" Nachrichten heimbrachten; dies alles geschah insgeheim,

Extrablatt.

Kölnische Zeitung.

Telegraphische Depeschen.

Sigmaringen, 12. Juli.

Als bestimmt wird gemeldet: Prinz Leopold entsagt der Thron-Candidatur Spaniens, den Gefühlen folgend, welche es ihm als preußischem und deutschem Officier unmöglich machen, um seiner Person willen Deutschland in den Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mittel zu bringen.

Paris, 12. Juli, 3 Uhr Nachm.

Hausse. Rente 69.75. Man hält den Frieden für gesichert.

Extrablatt der „Kölnischen Zeitung" vom 12. Juli 1870. Nach H. Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. 4. Auflage (Berlin 1910).

Abeken erhielt das Blatt am Morgen des 13. Juli auf der Kurpromenade in Ems und brachte es sofort S. M. dem Könige; dieser übergab es dem Prinzen Radziwill, der es dem ebenfalls auf der Promenade befindlichen Grafen Benedetti überreichte. Benedetti benutzte die Gelegenheit, die Forderung einer Garantie anzubringen. Der König gab am Tage der Abreise das Blatt an Abeken zur Aufbewahrung zurück.

und die preußische Staatsregierung ist als solche mit der Frage nicht befaßt worden. Schließlich wurde, um der den spanischen Machthabern natürlich unerwünschten Kandidatur des Herzogs von Montpensier zu entgehen, Salazar Anfang Juni 1870 nochmals nach Sigmaringen gesandt; nunmehr erhielt er am 20. Juni von Karl Anton und Leopold die Zusage. Er wollte die große Gelegenheit für sein Haus nicht vorbei lassen und einem Volke, das seiner bedurfte, sich nicht entziehen. Am 4. Juli verkündigte man die Kandidatur Leopolds amtlich in Madrid und berief die Cortes auf den 20. Juli zur Königswahl ein.

c) Die Anmaßungen Gramonts und die Emser Depesche.

Die ganze Sache war zunächst eine durchaus innere Angelegenheit des spanischen Volkes; dieses konnte offenbar jeden beliebigen Mann zu seinem König wählen, und wenn es ihn unter den Sprößlingen souveräner oder einst souverän gewesener Häuser suchte, so konnte nur etwa verlangt werden, daß der Erwählte auf jedes Erbrecht an einem anderen Throne

Digitized by Google

verzichte, damit eine Vereinigung der spanischen Monarchie mit einer anderen nicht etwa das europäische Gleichgewicht gefährde. Im vorliegenden Falle war ein solcher Verzicht nicht einmal notwendig, weil die schwäbische Linie der Hohenzollern an Preußen gar kein Erbrecht besaß und der Erbprinz Leopold sonach gar kein „preußischer" Prinz war. Gleichwohl schlug die amtliche Nachricht von der Aufstellung der Kandidatur Leopolds in Paris wie der Blitz ein. Obwohl der französische Vertreter in Madrid berichtete, daß Prim jede Anschuldigung gegen Bismarck als grundlos und die Kandidatur als ein ausschließliches Werk der spanischen Nation bezeichnet habe, erklärte Gramont doch am 6. Juli im Gesetzgebenden Körper in herausforderndem Tone, daß Frankreich bei aller Achtung vor dem Willen der spanischen Nation doch nicht dulden werde, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze und dadurch das Gleichgewicht Europas störe: gerade als ob Leopold gleichzeitig in Berlin und in Madrid zum König ausgerufen werden solle! Der Eindruck war überall der, daß eine so sinn- und rücksichtslose Sprache notwendig zum Kriege führen müsse.

Gramont befahl dem in Wildbad die Kur gebrauchenden Grafen Vincenti Benedetti (1817—1900; vgl. S. 45), dem König Wilhelm in Ems die Forderung vorzutragen, daß er, der Leopolds Kandidatur zugelassen und dadurch Frankreich gekränkt habe, nunmehr dem Prinzen die Zurücknahme seiner Zusage auferlege. Dafür war der König selbstverständlich nicht zu haben, vollends nach dem Auftreten Gramonts vom 6. Juli; er ließ aber nach Sigmaringen wissen, daß er gegen einen etwaigen Verzicht des Erbprinzen persönlich nichts einzuwenden habe. Angesichts der Gefahr, durch sein Beharren bei der Kandidatur Deutschland und Spanien in einen Krieg zu stürzen, trat Leopold am 12. Juli wirklich von der Thronbewerbung zurück; König Wilhelm ließ das Telegramm der „Kölnischen Zeitung" aus Sigmaringen, das diese Nachricht enthielt, am Morgen des 13. Juli dem französischen Botschafter zustellen (s. die Abbildung S. 66). Der König hielt die Angelegenheit damit für erledigt; das war ebenso die Ansicht der ganzen Welt wie der Wunsch Kaiser Napoleons und Olliviers. Nicht so der Gramonts: er verlangte, daß der König sich verpflichten solle, niemals, falls die Kandidatur je nochmals aufleben sollte, seine Zustimmung zu geben. Dies mußte Benedetti eben an jenem Morgen des 13. Juli in Ems dem König sagen; er tat es, abgewiesen, wiederholt und „in zuletzt sehr zudringlicher Art", so daß der König schließlich dem Botschafter durch den Adjutanten vom Dienst melden ließ, er habe ihm nichts weiter mitzuteilen. Der König stellte es in einem Telegramm, das der Geheime Legationsrat Abeken abfaßte, Bismarck anheim, ob er diese neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl den norddeutschen Gesandten bei den fremden Mächten als auch der Presse mitteilen wolle oder nicht: keineswegs hat er ihm diese Mitteilung befohlen.

Bismarck war aus Varzin nach Berlin zurückgekehrt, tief bekümmert über des Königs weitgehende Geduld den Franzosen gegenüber, und beriet mit Roon und Moltke in Berlin, entschlossen, nicht Minister zu bleiben, wenn nicht für die französischen Unverschämtheiten in irgendeiner Weise Genugtuung erlangt werde. Nur um die über kurz oder lang doch sichere Einigung des Nordens und Südens um ein paar Jahre zu beschleunigen, würde er niemals einen Krieg gesucht haben, der ihm damals in furchtbarstem Licht, als erster einer langen Reihe von Rassenkriegen, erschien. Jetzt aber, da der Krieg ihm aufgedrungen ward, da er ohne den „fressenden Schaden" einer tiefen Demütigung der eben sich zum staatlichen Leben durchringenden Nation nicht zu vermeiden war, jetzt kannte er kein Schwanken: nachts elf Uhr, am 13. Juli, ging die berühmte „Emser Depesche" der Redaktion der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und den Gesandtschaften zu (s. die beigeheftete

Digitized by Google

Tafel). Diese Emser Depesche gab das von Abeken verfaßte Telegramm des Königs aus Ems wörtlich, aber mit Auslassung alles Nebensächlichen und sogar zweier das deutsche Gefühl besonders aufreizender Stellen, wieder und lautet also:

„Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden ist, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Seine Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Diese Depesche rief überall in Deutschland Genugtuung darüber hervor, daß der französischen Anmaßung eine wohlverdiente Abfertigung zuteil geworden war; und diese Genugtuung ward nur noch vermehrt, als man erfuhr, daß Gramont dem Botschafter Freiherrn v. Werther in Paris noch weiter angesonnen hatte, der König von Preußen solle in einem Briefe an den Kaiser Napoleon beteuern, daß er mit seiner Zustimmung zur Kandidatur Leopolds Frankreich nicht habe beleidigen wollen. Die Emser Depesche hat keineswegs den Krieg erzwungen: dies hat vielmehr die französische Anmaßung gegenüber Deutschland getan; es war so, wie Dav. Friedr. Strauß an Ernest Renan schrieb: „Wir kämpfen wieder mit Ludwig XIV." Jede Beleidigung Frankreichs in der Person seines Vertreters ist in Ems sorglich vermieden worden; Benedetti hat es selbst bezeugt. Aber die Abwehr französischer Frechheit las jedermann aus der Depesche; indem sie alle diplomatischen Einzelheiten wegließ und bloß den Kern des Herganges herausschälte, ward aus Abekens Depesche die Bismarcks, „aus der Schamade", wie Moltke sagte, „die Fanfare" und aus dem aktenmäßigen Bericht der Hornstoß, der Deutschland auf die Schanzen rief.

d) Der Beschluß zur Mobilmachung und die französische Kriegserklärung.

In Paris empfand man die Schärfe der Ablehnung einer dauernden Verpflichtung König Wilhelms wohl. Aber da man sich nicht verhehlte, daß angesichts der Zurücknahme einer von Frankreich als unerträglich bezeichneten Kandidatur niemand in Europa es billigen werde, wenn die kaiserliche Regierung sich nicht befriedigt erkläre, so lehnte die Mehrzahl der Minister Gramonts Verlangen, daß man die Reserven einberufe, zunächst, am 14. Juli vormittags, ab. Der Kaiser selbst war auch für Frieden, weil er die militärische Stärke der Deutschen kannte und den Anlaß zum Kriege für ungeeignet hielt; auch die Kaiserin Eugenie scheint mit Unrecht beschuldigt zu werden, sie habe — aus Haß gegen das ketzerische Deutschland und aus Besorgnis um ihres Sohnes Zukunft — zum Kriege getrieben. Wenn gleichwohl im Laufe des 14. Juli die Stimmung im Ministerrat umschlug und in später Nachtstunde der Beschluß zur Mobilmachung gefaßt wurde, so geschah das, weil nach dem Zeugnis des englischen Gesandten die Bewegung im Heer und im Volke so stark wurde, daß keine Regierung, welche für den Frieden war, Bestand haben konnte. Vor dieser Strömung im Volke wich der Kaiser, vor ihr wich Ollivier, vor ihr das gesamte Ministerium: unter Berufung auf eine neu eingelaufene Depesche aus Bern, die man aber trotz des Verlangens der Opposition nicht vorlegte, wurde am 15. Juli im Gesetzgebenden Körper die Einberufung der Mobilgarde und die Bewilligung von 66 Millionen für Heer und Flotte nach stürmischer Verhandlung mit 245 gegen 10 Stimmen der äußersten Linken beschlossen. Das französische Volk hat seine Regierung zum Kriege gezwungen; fast einstimmig hat seine Vertretung ihn gutgeheißen.

Am 19. Juli erfolgte die amtliche Kriegserklärung Napoleons an Preußen durch den Geschäftsträger Le Sourd in Berlin. Das war das einzige amtliche Aktenstück, das von Paris an die preußische Regierung erging. Trotzdem hat der Krieg in Wahrheit eine Vorbereitung, die über Jahrhunderte zurückreicht: das Gleichgewicht der deutschen und der französischen Nation, seit 1552 (vgl. Bd. VII, S. 104) aufgehoben, sollte dieser Krieg wiederherstellen.

Digitized by Google

A. 2301

Ems d. 13 Juli 1870

211

An
d. Eindstgl.
Gst Bismarck
Hpq
Berlin
No 27.

Telegramm in Zeiten.

Sofort.

~~Gst Eulenburg [illegible] Unterhalt [illegible] Gst Eulenburg [illegible] S. M. [illegible]~~ Al Ems:

S. M. d. König schreibt mir [illegible]!

„Benedetti fing mich auf der Promenade ab um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisiren, sofort zu telegraphiren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen! Ich weiß ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da immer à tout jamais dergleichen engagements nicht nehmen dürfe noch können. – Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und da er über

Paris

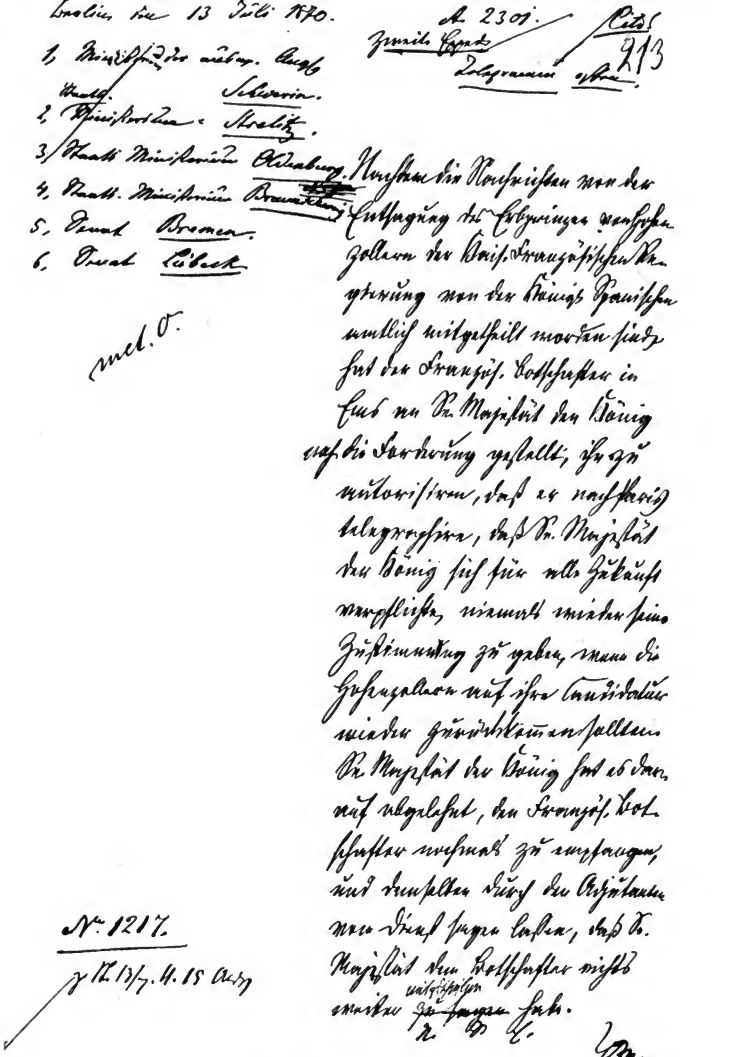
No 61.
cod. 3 b 10 c Nachm. 3.
Mitwirkung [illegible]
(Filiale!)

Die Emser Depesche.

1. Das Abekensche Original.

Nach Photographie des Originals [illegible]

Digitized by Google



Die Emser Depesche.

2. Die Bismarcksche Redaktion.

Nach Photographie des Originals im Auswärtigen Amt zu Berlin.

Digitized by Google

Erläuterung zu der Tafel „Die Emser Depesche".

Bismarck berichtet selbst im 22. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen":

„Ich entschloß mich, am 12. Juli von Varzin nach Ems aufzubrechen, um bei Sr. Majestät die Berufung des Reichstags behufs der Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofs und grüßte mich freundlich; meine Antwort im offnen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehn. In den Hof meiner Berliner Wohnung einfahrend und bevor ich den Wagen verlassen hatte, empfing ich Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohe. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte... Ich telegraphierte an die Meinigen nach Varzin, man sollte nicht packen, nicht abreisen, ich würde in wenig Tagen wieder dort sein. Ich glaubte nunmehr an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vorzutragen . . .

„Zum Rücktritt entschlossen trotz der Vorwürfe, die mir Roon darüber machte, lud ich ihn und Moltke zum 13. ein, mit mir zu Drei zu speisen, und teilte ihnen bei Tische meine An- und Absichten mit. Beide waren sehr niedergeschlagen und machten mir indirekt Vorwürfe, daß ich die im Vergleiche mit ihnen größre Leichtigkeit des Rückzugs aus dem Dienste egoistisch benutzte. Ich vertrat die Meinung, daß ich mein Ehrgefühl nicht der Politik opfern könne, daß sie Beide als Berufssoldaten wegen der Unfreiheit ihrer Entschließung nicht dieselben Gesichtspunkte zu nehmen brauchten wie ein verantwortlicher auswärtiger Minister. Während der Unterhaltung wurde mir gemeldet, daß ein Ziffertelegramm, wenn ich mich recht erinnre, von ungefähr 200 Gruppen, aus Ems, von dem Geheimrat Abeken unterzeichnet, in der Übersetzung begriffen sei. Nachdem mir die Entzifferung überbracht war, welche ergab, daß Abeken das Telegramm auf Befehl Sr. Majestät redigiert und unterzeichnet hatte, las ich dasselbe meinen Gästen vor[1], deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten. Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der einen Auftrag involvierenden

[1] Die am 13. Juli 1870 3 Uhr 50 Min. nachm. in Ems aufgegebene, 6 Uhr 9 Min. in Berlin eingetroffene Depesche lautete in der Entzifferung:

„Se. Majestät schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte."

Digitized by Google

Ermächtigung Sr. Majestät, die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in der Presse mitzuteilen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf das Maß seines Vertrauns auf den Stand unsrer Rüstungen, respektive auf die Zeit, deren dieselben bei der überraschend aufgetauchten Kriegsgefahr noch bedürfen würden. Er antwortete, daß er, wenn Krieg werden sollte, von einem Aufschub des Ausbruchs keinen Vorteil für uns erwarte; . . .

„In dieser Überzeugung machte ich von der mir durch Abeken übermittelten königlichen Ermächtigung Gebrauch, den Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen, und reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern, auf die nachstehende Fassung:

‚Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.‘

„Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkrer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.

„Nachdem ich meinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: ‚So hat das einen andern Klang, vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausfordrung.‘ Ich erläuterte: ‚Wenn ich diesen Text, welcher keine Änderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsre Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Kriegs hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffnen seien, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten.‘

„Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zu freudiger Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte. Sie hatten plötzlich die Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heitrer Laune. Roon sagte: ‚Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande vorkommen lassen.‘ Moltke trat so weit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: ‚Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsre Heere zu führen, so mag gleich nachher „die alte Karkasse“ der Teufel holen.‘ Er war damals hinfälliger als später und hatte Zweifel, ob er die Strapazen des Feldzugs überleben werde.“

Digitized by Google

e) Die Wirkung der Kriegserklärung auf Deutschland.

Das empfand sofort ganz Deutschland. Wie mit einem Zauberschlage verschwand all der innere Hader und die Stammesfeindschaft, auf die der welsche Feind sehr mit Unrecht gehofft hatte. Die Wortführer der preußenfeindlichen Richtung im Süden blieben zwar für ihre Person meist auf ihrem verbohrten Standpunkte stehen; aber sie hatten die Massen nicht mehr hinter sich, die mit erfreulicher Entschiedenheit ihrem deutschen Gefühl folgten und empfanden, daß nicht bloß kraft der beschworenen Verträge, sondern auch kraft ungeschriebenen Rechts Germania in Preußens Lager war. Die Reise des Königs am 15. Juli von Ems über Koblenz nach Berlin gestaltete sich zu einem Triumphzug durchs deutsche Land; auf dem Berliner Bahnhof entschied er sich, von den Beschlüssen der französischen Kammer benachrichtigt, für die Mobilmachung des ganzen norddeutschen Heeres, nicht bloß, wie er ursprünglich gewollt hatte, für die von einigen Armeekorps, und bestimmte als den ersten Tag der Kriegsbereitschaft den 16. Juli. Am gleichen Tage befahl König Ludwig II. von Bayern, da der casus foederis eingetreten sei, das bayerische Heer auf Kriegsfuß zu setzen; am 17. Juli erging der gleiche Befehl durch König Karl I. von Württemberg.

Bismarck verliest die französische Kriegserklärung im Norddeutschen Reichstag. Nach W. Stein, Bismarck (Siegen 1915).

Am 19. Juli trat der norddeutsche Reichstag zusammen; ihn eröffnete eine Thronrede, in ihrer kraftvollen Würde und Schlichtheit ein Meisterstück Bismarcks (s. die nebenstehende Abbildung). Mit Ausnahme der beiden Sozialdemokraten bewilligte der Reichstag einhellig 120 Millionen Taler zur Führung des Krieges; die süddeutschen Landtage taten das gleiche. Die Begeisterung und Opferwilligkeit, mit der sich das deutsche Volk — mit Ausnahme natürlich der Welfenlegion (S. 49) und der hohen Finanz, die auch in diesem weltgeschichtlichen Augenblick nur an sich dachte — in allen Gauen erhob, um Ehre, Freiheit und Einheit zu verteidigen, übertraf in einer Hinsicht noch die großen Tage des Jahres 1813: zum erstenmal in der deutschen Geschichte stand das ganze Deutschland auf.

f) Das Verhalten des Auslandes.

Während sich die Heere sammelten, veröffentlichte Bismarck in den „Times“ das Angebot, das ihm Frankreich im August 1866 durch Benedetti unterbreitet hatte; es schlug ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Frankreich vor, dem dafür, daß es Preußen

Digitized by Google

in Deutschland gewähren ließ, Luxemburg und Belgien zufallen sollten. Der frühere englische Minister Malmesbury nannte diesen Entwurf „ein entsetzliches Schriftstück", weil es trotz Benedettis verlegener Ableugnungsversuche den Beweis lieferte, daß die französische Regierung ihre nur durch das Völkerrecht geschützten Nachbarn ohne jeden Rechtstitel hatte vernichten wollen; bloß Preußen hatte die Ausführung verhindert. Kein Arm in Europa erhob sich für Frankreich. England erklärte sich sofort für neutral, und seine Kaufleute hatten durch Lieferung von Kohlen und Waffen an die Franzosen großen Gewinn. Rußland war Preußen günstig gesinnt, fürchtete von einem etwaigen Vordringen der Franzosen nach Berlin einen Aufstand der Polen und hoffte auf eine Gelegenheit zur Zerreißung des Pariser Vertrags von 1856. In Italien war König Viktor Emanuel zwar persönlich geneigt, seinen Waffenbrüdern von 1855 und 1859 beizustehen; aber seine Minister widerstrebten auch jetzt einem Kriege, der gegen die werdende deutsche Einheit gerichtet war (vgl. S. 60). Keinesfalls war Italien um geringeren Preis als den der Herausgabe Roms zu gewinnen; dazu aber konnte sich Napoleon III. auch jetzt nicht entschließen.

Die Politik Österreichs ist am wenigsten durchsichtig. Bisher hatte es sich noch zu nichts verpflichtet; am 11. Juli richtete Beust einen herben Tadel nach Paris, daß man sich kopfüber in ein schweres Abenteuer gestürzt habe, bei dem Österreich nur ein wohlwollendes Zusehen versprechen könne. Am 20. Juli aber verfaßte Beust, obwohl ein Kronrat am 18. unter ungarischem Einfluß noch Neutralität und zu deren Schutze Rüstungen im Kostenbetrag von 20 Millionen Gulden beschlossen hatte, ein zweites Schreiben an den Botschafter Fürsten Metternich, laut dem Österreich die Sache Frankreichs wie seine eigene betrachtete und in den Grenzen des Möglichen zum Erfolge der französischen Waffen mitzuwirken versprach.

Unter dem Deckmantel der Neutralität sollte Österreich seine Rüstungen vollenden, ohne sich einem vorzeitigen Angriff Rußlands auszusetzen; nach Vollendung der Rüstungen sollten Preußen von Österreich und Italien gemeinsam unannehmbare Bedingungen gestellt werden — dann sollte es offenbar von allen drei Mächten bekriegt werden. Wie sich dieses heimtückische Schreiben mit dem früheren Verhalten Österreichs und dem Schriftstück vom 11. Juli vereinigen läßt, ist ein Rätsel, dessen Auflösung erst von weiteren Aufschlüssen aus der Geheimgeschichte jener Tage zu erwarten ist. Da aber Napoleon Italiens Beitritt nicht erkaufte, so wurde der Plan eines Dreibundes nicht verwirklicht. Die Schnelligkeit, mit der die Deutschen Frankreichs Kriegsrüstung zertrümmerten, hat in Wien bald alle Lust zur Anteilnahme am Kriege erstickt.

g) Die Abstimmung des Vatikanischen Konzils über die Unfehlbarkeit des Papstes.

Am Vorabend der Kriegserklärung, am 18. Juli, vollzog sich in Rom ein folgenschweres Ereignis. Das seit 8. Dezember 1869 versammelte Vatikanische Konzil (S. 63) stand vom Anfang an unter dem Druck eines als unabwendbar empfundenen Verhängnisses. Die Opposition zählte etwa 150 Bischöfe und Äbte, darunter viele bedeutende Männer, so die Franzosen Darboy und Dupanloup, die Österreicher Fürst Schwarzenberg, Rauscher (S. 59) und Stroßmayer, den Württemberger v. Hefele; aber sie stand einer über dreifach so starken Mehrheit von Anhängern der Unfehlbarkeit gegenüber und war in sich gespalten, da nur ein Teil gegen das Dogma selbst war, ein Teil aber es bloß jetzt nicht verkündigt sehen wollte. Außerdem war von Freiheit der Meinungsäußerung und Abstimmung keine Rede. Nachdem eine Probeabstimmung vom 13. Juli ergeben hatte, daß 451 mit Ja, 88 mit Nein stimmten, und eine Abordnung der Opposition an den Papst ergebnislos geblieben war, reisten die meisten Gegner ab, weil sie dem Papste nicht ins Angesicht trotzen wollten. So erfolgte am 18. Juli 1870 (vgl. S. 406) mit 533 gegen zwei Stimmen die Annahme des Dogmas, daß der

Digitized by Google

römische Papst, wenn er vom Lehrstuhl aus redet und etwas über Glauben und Sitten festsetzt, unfehlbar ist und derartige Bestimmungen an sich, nicht erst durch die Zustimmung der Kirche, unabänderlich sind.

K. Der Krieg Deutschlands gegen das französische Kaiserreich.

a) Die Mobilmachung; der Aufmarsch; der Kriegsplan Moltkes.

Bei der Schnelligkeit, mit der Frankreich den Ausbruch des Krieges herbeigeführt hatte, war zu erwarten, daß es mit seinen Rüstungen den Deutschen voraus sein und den Krieg alsbald nach Deutschland hineintragen werde. Der Kriegsminister Leboeuf hat den Ausspruch getan: „Wir sind erzbereit, bis zum letzten Gamaschenknopf", und vielleicht hoffte der Kaiser, durch rasche Schläge Preußen zahm zu machen und dann Belgien einzuverleiben. Aber alsbald zeigte es sich, daß Frankreich nicht fertig war.

Es fehlte an Geld, an Mundvorrat, an Feldkesseln, Kochgeschirren, Zelten, Pferdeausrüstung, Arzneien, Tragbahren, kurz an allem; die Eisenbahnen reichten nicht hin, um die 300000 Mann, über die Frankreich für den Feldkrieg verfügte, an die Grenze zu schaffen, so daß die Hälfte zu Fuß ausrückte. Die Regimenter waren nicht auf geographisch geschlossene Bezirke aufgebaut: Elsässer mußten nach Bayonne zu ihrem Regiment reisen, Südfranzosen nach der Bretagne: daraus ergab sich bald ein heilloser Wirrwarr und eine ungemeine Verzögerung des Aufmarsches. Umgekehrt vollzog sich bei den Deutschen, wo alles aufs beste vorbereitet und jedem Tage seine Aufgabe genau zugemessen war, die Mobilmachung rasch und einfach. Moltke hat die Tage der Mobilmachung zu den ruhigsten seines Lebens gezählt.

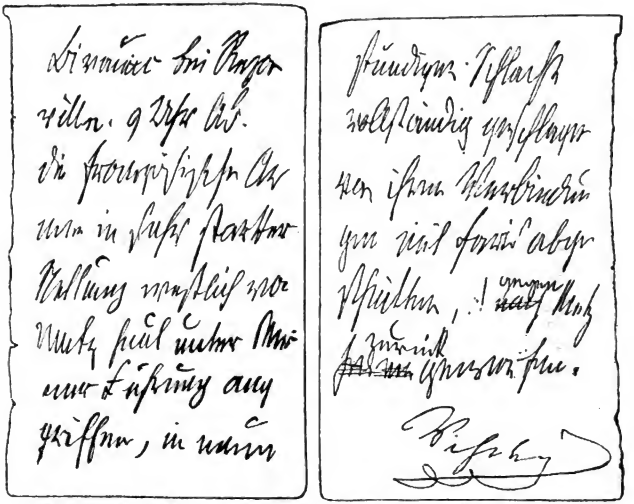
Die Franzosen bildeten nach der anfänglichen und eigentlichen Absicht eine einzige Armee, die Rheinarmee, deren Oberbefehlshaber der Kaiser sein sollte mit Leboeuf als Generalstabschef; tatsächlich aber zerfiel diese Armee in zwei Heere: eins von 200000 Mann unter Marschall Bazaine in Metz, eins von 100000 Mann unter Marschall Mac Mahon in Straßburg. Die deutschen Streitkräfte wurden in drei Armeen gegliedert (s. die Skizze auf der Karte bei S. 72). Die erste (etwa 60000 Mann) stand unter General v. Steinmetz nordöstlich von Trier um Wittlich und wurde von den Rheinländern und Westfalen gebildet. Daran schloß sich die zweite Armee (134000 Mann) unter dem Prinzen Friedrich Karl, die aus Brandenburgern, Sachsen aus der Provinz und Hannoveranern und aus dem Gardekorps bestand; sie vollzog ihren Aufmarsch um Neunkirchen und Homburg. Zur dritten Armee (130000 Mann) unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm gehörten die Posener, Hessen und Thüringer sowie die Bayern, Württemberger und Badener; sie nahm ihre Aufstellung bei Rastatt und Landau. Der Kronprinz besuchte, ehe er an die Front ging, die süddeutschen Höfe und gewann rasch die Herzen der Soldaten. Hinter den drei Heeren standen noch starke Reserven: die Schleswig-Holsteiner und die Sachsen aus dem Königreiche bei Mainz und die Ostpreußen, Pommern und Schlesier, die teils der Eisenbahnverhältnisse wegen erst am 20. Tag befördert werden konnten, teils für alle Fälle gegen Österreich bereit gehalten werden sollten. Die Seeküste sollten gegen die zu erwartenden Angriffe der französischen Flotte die 17. Division (Magdeburger und Hanseaten) und die Landwehr decken.

Von der Aufstellung eines bis in die Einzelheiten ausgedachten Planes nahm Moltke (S. 21) als Chef des preußischen Generalstabs von vornherein Abstand, da die Durchführung eines solchen sich nicht verbürgen lasse, weil jede Schlacht eine neue Lage schaffe, die für sich betrachtet und behandelt werden müsse. Moltke stellte nur drei Gesichtspunkte als maßgebend auf. Erstens: wo der Feind angetroffen wird, da soll er mit aller Kraft angegriffen werden. Zweitens: der Zielpunkt, nach dem alles zu streben hat, ist die feindliche Hauptstadt, deren Besitz in einem Kriege mit Frankreich bei dessen straffer Zentralisation wichtiger ist als in jedem anderen Kriege. Drittens: die feindlichen Streitkräfte sind tunlichst nicht nach dem reichen Süden Frankreichs, sondern in den an Hilfsmitteln ärmeren und vom Meere begrenzten Norden zu drängen.

Digitized by Google

b) Die Treffen und Schlachten im Anfang des Monats August.

Weil kein Schlag geschehen sollte, ehe der Aufmarsch des gesamten Heeres vollendet war, hatten die Franzosen ein paar Tage lang scheinbar freie Hand und verdrängten am 2. August mit drei Armeekorps die drei Bataillone des Oberstleutnants v. Pestel aus Saarbrücken, wobei der Kaiser seinen 14jährigen Sohn in theatralischer Weise mit ins Feuer nahm. Doch die dritte Armee zog, um die linke Flanke der gegen die Saar vordringenden zweiten zu decken, näher an diese heran, griff am 4. August die französische Division, welche die Stadt Weißenburg und den in ihrem Süden liegenden Geisberg besetzt hielt, an und schlug sie. Unter den

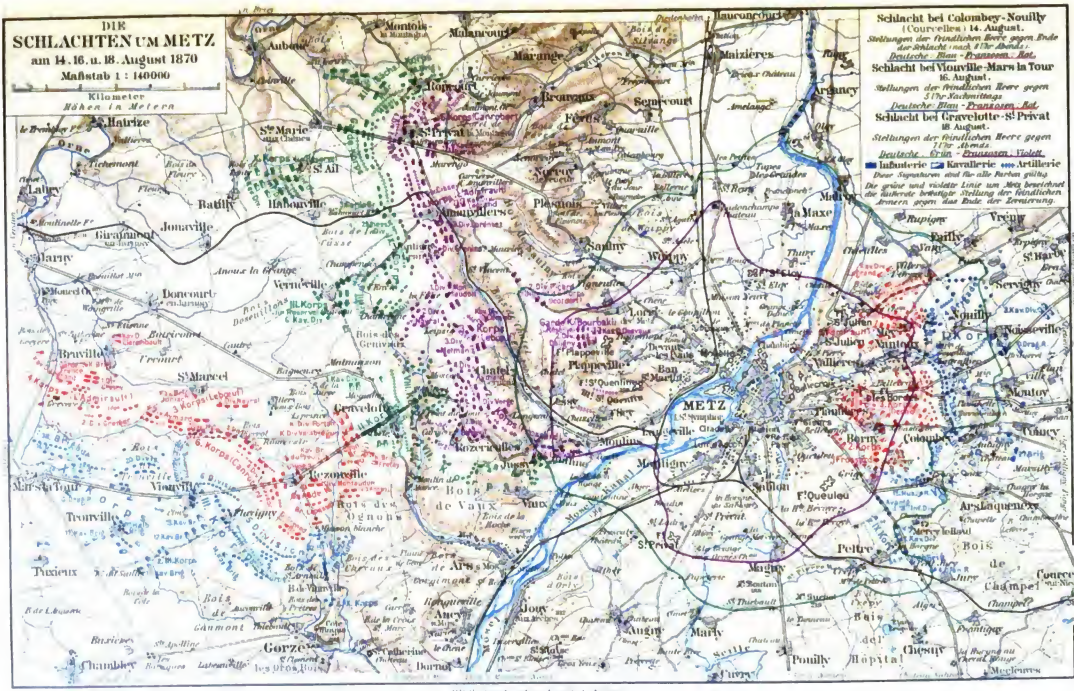


Die Siegesdepesche von Gravelotte. Von Wilhelm I. dem Grafen Bismarck diktiert, vom König unterzeichnet. Nach Bernhard Kugler, Kaiser Wilhelm der Große und seine Zeit (Leipzig 1897).

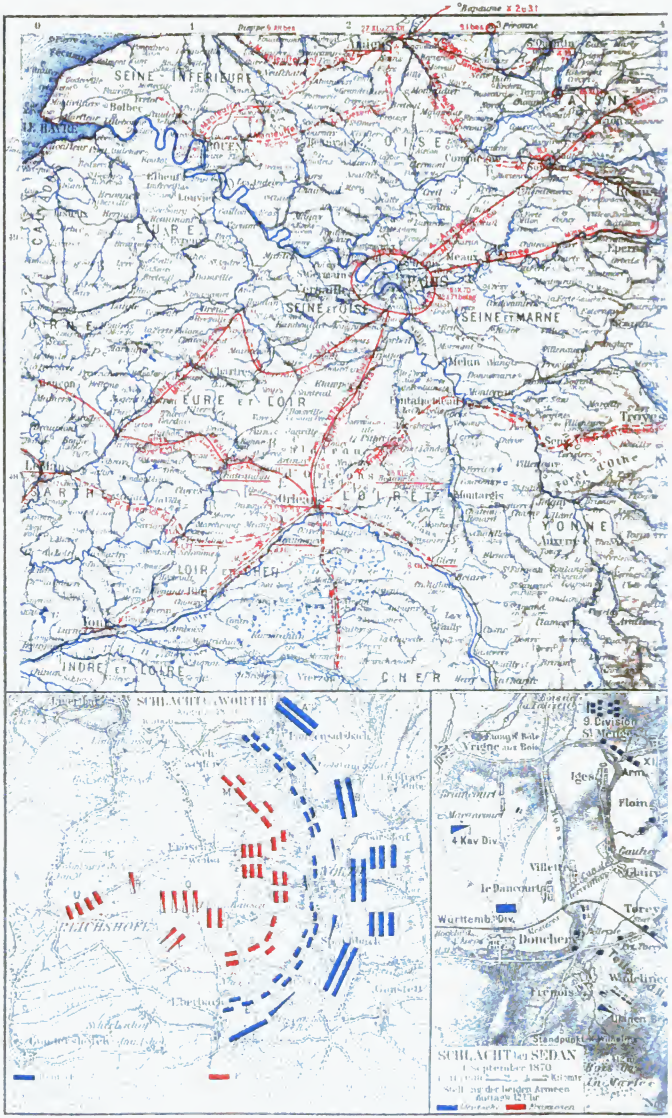
Gefangenen war eine Anzahl Turkos, arabischer Soldaten aus Algier, die Napoleon, obwohl sie nicht zivilisierte Soldaten waren, unbedenklich gegen die Deutschen verwendete.

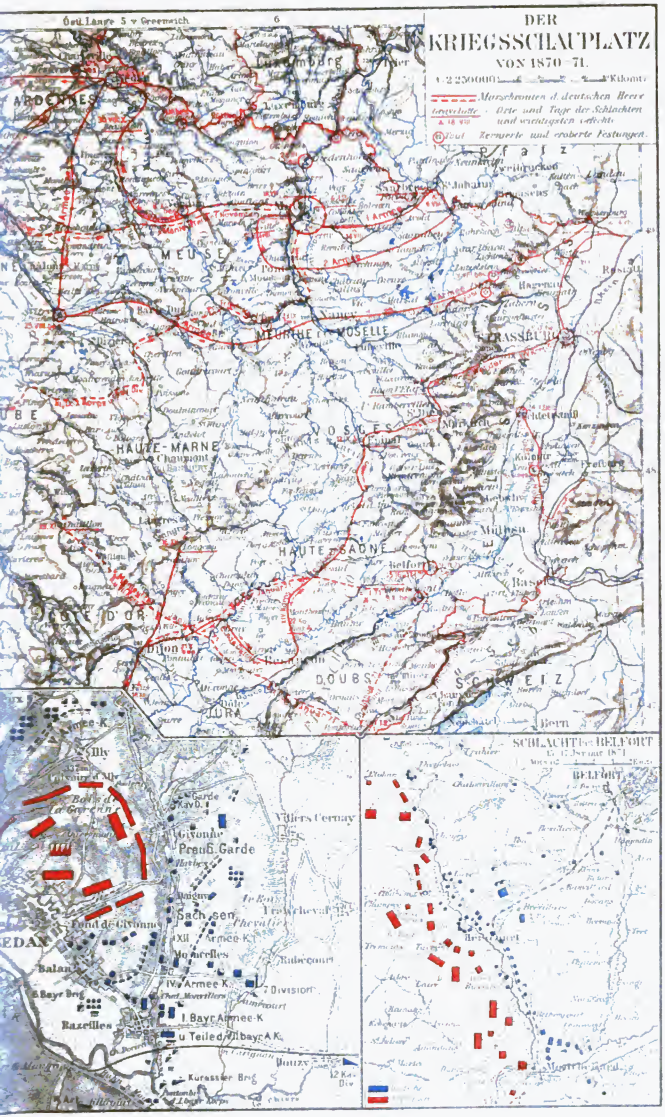
Am 6. August stieß die dritte Armee bei ihrem Vormarsch ins Elsaß auf die erheblich schwächere Armee des Marschalls Mac Mahon, die aber bei dem Städtchen Wörth auf dem rechten Ufer des dem Rheine zueilenden Sauerbachs (s. die Skizze auf der beigehefteten Karte) eine sehr starke Stellung innehatte. Bayern (rechts) und Preußen (links), zuletzt auch Württemberger griffen an, die Franzosen, deren Minderzahl ihre furchtbaren Stellungen auf Anhöhen und Weinbergen ausglichen, wurden vollständig geschlagen und wälzten sich mit Verlust von 16000 Mann und unter Zurücklassung von 33 Kanonen in wilder Flucht den Vogesenpässen zu; die Deutschen hatten damit das Unterelsaß, abgesehen von Straßburg, in Händen.

Digitized by Google



Digitized by Google
Bibliographisches Institut Leipzig

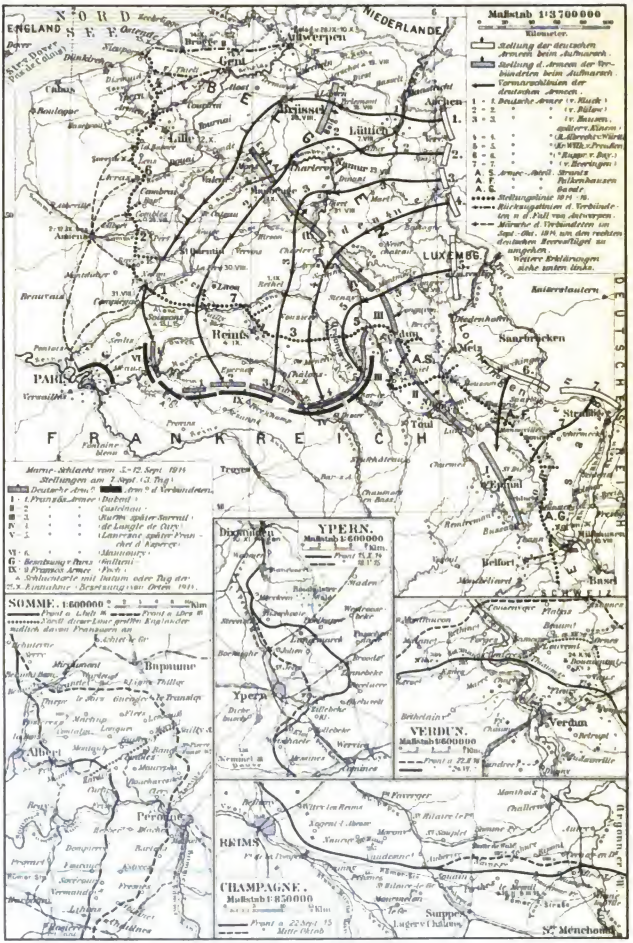

SEINE INFÉRIEURE
EURE
SEINE-ET-OISE
SEINE-ET-MARNE
EURE-ET-LOIR
LOIR-ET-CHER
INDRE-ET-LOIRE
YONNE
SCHLACHT WORTH
SCHLACHT bei SEDAN



...tart in Leipzig

KARTEN ZUR GESCHICHTE DES WELTKRIEGES I:

Der Krieg im Westen 1914—16.



Am gleichen Tage nahmen die Rheinländer die uneinnehmbar scheinenden Spicherer Höhen bei Saarbrücken, obwohl nur 27 deutsche Bataillone gegen 39 französische standen. Der General Frossard gab, um sich nicht von Metz abschneiden zu lassen, den Deutschen das östliche Lothringen preis. Dieser Sieg übertragt wegen der unbedingt überlegenen Stellung, welche die Franzosen den Deutschen gegenüber hatten, noch den von Wörth.

In Paris, wo man sich wochenlang mit dem Ruf: à Berlin! heiser geschrien hatte, zeigte sich alsbald eine gewaltige Erbitterung gegen die Regierung, der man alle Schuld an den Niederlagen zuschob. Das Ministerium Ollivier wurde am 9. August gestürzt; doch drangen die Republikaner mit ihrer Absicht, einen Vollzugsausschuß der Kammer an die Spitze des Landes zu stellen und so das Kaiserreich kurzerhand zu beseitigen, nicht durch. Vielmehr übertrug die Kaiserin den Vorsitz im Kabinett dem General Palikao (vgl. Bd. I, S. 156), der Leboeuf das Kriegsministerium abnahm und ihm die Führung eines Korps übertrug.

c) Die Kämpfe vor Metz.

Der Kaiser wollte anfangs mit dem ganzen Heere nach dem Lager von Châlons-sur-Marne zurückgehen, wo Mac Mahon die Trümmer seines Heeres sammelte und frische Truppen an sich zog. Weil aber die Preisgabe des ganzen Ostens von Frankreich einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen hätte, blieb Napoleon zunächst in Metz stehen, gegen das sich nun die erste und zweite deutsche Armee in Bewegung setzten, während die dritte durch die Vogesen auf Châlons vorging. Weil sie den längeren Weg hatte, rückten die beiden anderen Armeen langsamer vor, damit die gesamten deutschen Streitkräfte in gleicher Höhe blieben und der Feind sich nicht mit Übermacht auf einen einzelnen Teil werfe. Am 14. August stieß die Vorhut der ersten Armee bei Colombey (s. die Skizze auf der beigehefteten Karte) auf die von Metz abziehende französische Hauptmacht, trieb sie zurück und verzögerte den Abmarsch der Franzosen so um einen Tag, bis die deutsche Hauptmacht die Mosel erreichte. Der Kaiser übergab nunmehr den Oberbefehl, der öffentlichen Meinung weichend, dem Marschall Bazaine, zu dem Heer und Volk ein freilich wenig begründetes Zutrauen hatten, verließ Metz in fluchtähnlicher Eile am 14. August und traf am 17. mit Mac Mahon in Châlons zusammen. Der Abzug der Franzosen nach Verdun über Vionville und Mars-la-Tour gelang nicht, da am 16. August der „Todesritt" der zwölften Reiterbrigade unter General v. Bredow den Tag rettete, an dem 29000, später 65000 Deutsche gegen 120000 Franzosen kämpften.

Nur die nördliche Straße über Saint-Privat war nun noch für den Abmarsch frei; aber ihre Benutzung vereitelten am 18. August die zwei deutschen Armeen, die inzwischen beide oberhalb von Metz die Mosel überschritten hatten und auf der ganzen Front von Sainte-Marie-aux-Chênes und Saint-Privat bis Gravelotte (s. dieselbe Skizze) angriffen. Der Erfolg war, daß das große französische Heer nach Metz hineingeworfen war und hier sofort von den Deutschen in weitem Umkreis umschlossen wurde. Die 180000 Deutschen verloren am 14., 16. und 18. August zusammen 41000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen, die ebenso starken Franzosen nur 33000 Mann, da sie sich meist in der Verteidigung befanden (obwohl sie eigentlich hätten angreifen müssen) und hinter Verschanzungen fochten.

d) Der Rechtsabmarsch der Deutschen; Sedan.

Um Bazaine zu retten, beschloß Mac Mahon, nunmehr Oberbefehlshaber aller Truppen außerhalb von Metz, nicht auf Paris zurückzugehen, was ihm an sich als das richtigste erschien, sondern unter Preisgabe von Châlons über Vouziers auf Montmédy vorzurücken.

Digitized by Google

Prinz Friedrich Karl hatte inzwischen mit 150000 Mann den Befehl erhalten, Metz einzuschließen, während General Steinmetz, weil er sich mit seinem nunmehrigen Vorgesetzten, dem Prinzen Friedrich Karl, nicht vertrug und seiner Aufgabe sich nicht gewachsen gezeigt hatte, Generalgouverneur von Posen und Schlesien wurde. Die neu gebildete „Maasarmee" unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen, einem vortrefflichen Heerführer, sollte zusammen mit der dritten Armee gegen Châlons vorgehen: alle Versuche der Franzosen, dort sich zu setzen und gegen Metz vorzustoßen, sollte er vereiteln. Als aber die Maasarmee bis über Verdun hinaus, die dritte Armee bis Sainte-Menehould gelangt war, erfuhr Moltke den Abmarsch Mac Mahons aus Châlons und Reims und ordnete am 25. August eine Rechtsschwenkung beider Armeen an, um Mac Mahon im Rücken zu fassen (s. die Skizze der Operationslinien auf der Karte bei S. 72). Diese gefährliche Schwenkung gelang vollständig, und Mac Mahons Blick entging die vielversprechende Möglichkeit, sich mit 120000 Mann auf die 90000 des Kronprinzen von Sachsen zu stürzen, ehe die dritte Armee zur Stelle war.

König Wilhelms Ritt um Sedan. Nach dem Gemälde von Th. Rocholl im Rathaus zu Lindau.

Als er am 27. August bei Montmédy keine Spur von Bazaine fand, wollte Mac Mahon auf Paris zurückgehen, mußte aber auf direkten Befehl des Kriegsministers seinen Zug in der Richtung nach Metz fortsetzen und stürzte so in sein Verderben. Am 30. August wurde das Korps de Failly von Gustav v. Alvensleben bei Beaumont überfallen und auf Mouzon zurückgeworfen.

Von hier aus ging das ganze französische Heer auf die Festung Sedan zurück, in der Hoffnung, sich längs der belgischen Grenze nordwärts zurückziehen zu können. Allein dazu kam es nicht: trotz heftiger Gegenwehr, wobei der große Reiterangriff unter dem Marquis de Gallifet bei Floing (s. die Skizze auf der Karte) Erwähnung verdient, wurden die Franzosen am 1. September umringt, und es blieb ihnen nur die Wahl, mit der Festung, die von allen Seiten unter Feuer lag, zugrunde zu gehen oder sich zu ergeben. Den Marschall Mac Mahon hatte ein Granatsplitter am Morgen schwer verwundet, und der dienstälteste General nach ihm, der eben erst aus Algier angekommene v. Wimpffen, übergab angesichts der 690 auf die Stadt gerichteten Feuerschlünde am 2. September Heer und Festung auf Gnade und Ungnade.

Dadurch gerieten außer 21000 Franzosen, die schon während der Schlacht gefangen worden waren, noch 83000 in Gefangenschaft; mit ihnen wurden 558 Geschütze erbeutet. An Toten und Verwundeten hatten die Franzosen 17000 Mann verloren (die Deutschen 9000); ein Heer von 120000 Mann war auf einen Schlag vernichtet.

Mit dem Heere fiel auch der Kaiser Napoleon selbst in die Hände der Deutschen. Um 2 Uhr nachmittags traf er mit König Wilhelm (vgl. die obenstehende Abbildung sowie die S. 75) in dem 1918 zerschossenen Schlosse Bellevue bei Frénois zusammen; er beteuerte, daß er nur gezwungen von der öffentlichen Meinung seines Landes den Krieg begonnen habe. Als Aufenthalt wies ihm König Wilhelm das Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel an; hier wurde der Kaiser bis zum Ende des Krieges fürstlich gehalten.

Digitized by Google

I. Der Krieg Deutschlands gegen die französische Republik.

a) Die Folgen des Sieges von Sedan.

Der Sieg von Sedan hatte drei schwerwiegende Folgen. Fürs erste erhöhte er das nationale Selbstgefühl der Deutschen mächtig und gab dem Willen der Nation eine festen Richtung: tausendfach sprach sich der Entschluß aus, die einst verlorene (s. Bd. VII, S. 130) Westmark, das Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Straßburg und Metz, wiederzugewinnen und dann die volle, 1866 erst angebahnte deutsche Einheit aufzurichten. Bismarck erklärte in zwei Erlassen an die Gesandten des Norddeutschen Bundes vom 13. und 16. September, daß Deutschland bessere Bürgschaften für seine Sicherheit erhalten müsse als die des Wohl-

Bismarck und Napoleon III. am Morgen nach der Schlacht bei Sedan. Nach einem Gemälde von W. Camphausen.

wollens der Franzosen. Solange Straßburg und Metz in französischem Besitze blieben, sei Frankreichs Angriff stärker als unsere Verteidigung; in deutschem Besitz aber dienten beide der Verteidigung, und das Interesse des Friedens sei zugleich ein europäisches Interesse.

Der Sieg von Sedan wirkte aber auch zweitens auf die neutralen Mächte. Hatten vorher — wohl von Wien ausgehend und vom russischen Reichskanzler, dem Fürsten Gortschakoff, gefördert — allerlei Quertreibereien stattgefunden, die, auf Friedensvermittlung gerichtet, das Ziel verfolgten, Deutschland um die Frucht seiner Siege zu bringen, so war nun allen solchen Gelüsten ein Ende bereitet. Es war so, wie Emanuel Geibel es aussprach:

„Es stritt mit uns im Gliede
Niemand als Gott allein;
So soll nun auch der Friede
Ein deutscher Friede sein."

Die dritte Wirkung des Tages von Sedan war der jähe Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs. Am Abend des 2. September empfing die Kaiserin Eugenie (1826—1920) die amtliche Nachricht von der Übergabe. Den ganzen 3. September schwankte

Digitized by Google

sie, was in dieser Lage zu tun sei. Am 4. aber kam die Kammer zum Wort, und sofort beantragte der Führer der Linken, Jules Favre, daß Napoleon Bonaparte und sein Haus für abgesetzt zu erklären seien und der corps législatif einen Ausschuß ernenne, der alle Regierungsgewalt ausüben und den Feind außer Landes jagen solle. Das Ministerium Palikao schlug auch einen solchen Ausschuß von fünf Mitgliedern vor, dessen Oberhaupt Palikao sein sollte: dieser Mann bot die Bürgschaft, daß der Ausschuß, in den die Mehrheit voraussichtlich zuverlässige Bonapartisten wählte, dem Kaisertum den Platz warm halten werde, damit es ihn zu gelegener Stunde wieder einnehmen könne.

Diese Besorgnis trieb die Volksmasse an, gegen die Kammer zu handeln. Die Haufen drangen in die Galerien und schließlich in den Sitzungssaal selbst ein, so daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Auch eine Abendsitzung erwies sich als unausführbar; um 3 Uhr mußte auch der Senat geschlossen werden. Darauf ward auf dem Pariser Rathause die Republik ausgerufen, in deren Namen die Abgeordneten von Paris mit Ausnahme von Thiers, der ablehnte, zu einer vorläufigen Regierung zusammentraten. Zu deren Mitgliedern wurden auch der radikale Zeitungsschreiber Graf Rochefort, den man so in die Hand zu bekommen hoffte, und General Trochu als Gouverneur von Paris ernannt. Trochu erhielt das Präsidium dieser Regierung; sein Stellvertreter wurde Favre. Am 5. September bildete diese Regierung ein Ministerium, in dem Favre das Äußere, der tatkräftige Advokat Gambetta das Innere, General Leflô den Krieg übernahmen. Sofort wurde der Gesetzgebende Körper aufgelöst, der Senat abgeschafft, alle Beamten ihres dem Kaiser geleisteten Eides entbunden und 30 neue Präfekten von stramm republikanischer Gesinnung eingesetzt. Die deutschen Kaufleute wurden binnen 24 Stunden aus Paris und seiner Umgebung ausgewiesen.

b) Die Fortsetzung des Kampfes und der Vormarsch auf Paris.

In der Hauptfrage des Augenblicks, ob Frankreich nicht nach seinen schweren Niederlagen Frieden suchen solle, erklärte Favre durch ein Rundschreiben vom 6. September, daß, falls der König von Preußen diesen traurigen Krieg auch nach dem Sturze der schuldigen Dynastie fortführen wolle, die Regierung die Herausforderung annehmen und nicht einen Zoll des Nationalgebiets, nicht einen Stein der Festungen abtreten werde. Am 12. September ging Thiers an die neutralen Mächte ab, um sie zu einem Einschreiten zu bewegen, allein angesichts der entschiedenen Sprache der Erlasse Bismarcks vom 13. und 16. September wollte niemand von den Neutralen sich die Finger verbrennen. In London, Wien, Sankt Petersburg und Florenz erhielt Thiers nichts als verbindliche Worte, aber keine Hilfe; selbst Gortschakoff, der noch vor kurzem jede Abtretung französischen Bodens als eine Gefährdung des europäischen Friedens bezeichnet hatte, riet jetzt trocken, den Frieden sofort durch einige Opfer zu erkaufen, da er später wohl härter ausfallen könnte.

Inzwischen rückten die Deutschen unaufhaltsam auf Paris vor. Gleichzeitig blieb Metz durch sieben Korps unter Friedrich Karl eingeschlossen; der Versuch Bazaines, Mac Mahon am 31. August und 1. September durch einen großen Durchbruchsversuch bei Noisseville in die Hand zu arbeiten, scheiterte: 36000 Deutsche hielten eine Linie von 9 km gegen 134000 Franzosen. Auch die französische Panzerflotte, die im August vor Helgoland und vor Kolberg erschien, richtete wegen ihres Mangels an Landungstruppen nichts aus; durch einen Sturm am 9. September hart mitgenommen, kehrte sie ruhmlos in die heimischen Häfen zurück. Am 9. November wurde der französische Aviso „Bouvet“ von dem deutschen

Digitized by Google

Kanonenboote „Meteor“ unter Kapitän Knorr vor dem Hafen von Havana durch Zerstörung seines Dampfkessels zum Rückzuge genötigt.

Als die Deutschen nach der Einnahme von Reims und Laon in der Nähe von Paris erschienen, fanden am 19. und 20. September in den Schlössern Haute Maison und Ferrières zwischen Bismarck und Favre auf des letzteren Wunsch Besprechungen statt. Favre erklärte, daß Gebietsabtretungen jedenfalls nur eine Nationalversammlung beschließen könne, und bat um 14 Tage Waffenstillstand zu ihrer Wahl. Bismarck war dazu erbötig, verlangte aber als Entgelt dafür, daß Frankreich in diesen 14 Tagen wieder einigermaßen zu Atem kommen konnte, die Auslieferung der Festungen Pfalzburg, Toul und Straßburg. Da Favre von solchen Bedingungen nichts hören wollte, so zerschlugen sich die Verhandlungen.

c) Der Fall Straßburgs.

Die Deutschen schlossen am 19. September Paris ein und zwangen am 23. September Toul zur Übergabe. Seit dem 11. August wurde Straßburg von den badischen Truppen unter General von Werder belagert und vom 23. an beschossen, wobei das Gemäldemuseum, die an unersetzlichen Handschriften überaus reiche Bibliothek, das Gerichts- und Regierungsgebäude und das Theater in Feuer aufgingen; vom Münster verbrannte nur das Dach. Auch 450 Privathäuser gingen zugrunde, und 2000 Menschen wurden getötet oder verwundet. Schuld daran war, daß Straßburg eine durchaus veraltete Festung war, deren Beschießung nicht nur die Werke, sondern auch die Wohnungen der Menschen dem Verderben preisgab. Der französische Befehlshaber, General Uhrich, hätte unter diesen Umständen es auf eine Beschießung gar nicht ankommen lassen dürfen; aber weil „Straßburg das Elsaß sei“, leistete er so lange Widerstand, bis ein Sturm unmittelbar bevorstand. Am 28. September früh 2 Uhr wurde die Übergabe unterzeichnet; es war derselbe Tag, an dem 189 Jahre früher Louvois die Ergebung Straßburgs an das Heer Ludwigs XIV. entgegengenommen hatte (vgl. Bd. VII, S. 177).

Seit Straßburgs Fall stand auch die große Eisenbahnlinie nach Paris den Deutschen zur Verfügung; durch die Einnahme von Schlettstadt (24. Oktober), Verdun (8. November), Neubreisach (10. November), Diedenhofen (24. November), Montmédy (14. Dezember) und Pfalzburg (14. Dezember) fielen große Vorräte an Geschützen und Pulver in die Hand der Sieger, während ihre rückwärtigen Verbindungen völlig gesichert wurden.

d) Die Belagerung von Paris und die französischen Entsatzversuche.

Seit der Schlacht von Sedan wurde der Krieg immer tiefer nach Frankreich hineingetragen und nahm infolgedessen einen anderen Charakter an. Unter der Bezeichnung von Franktireurs („Freischützen“) beteiligten sich bewaffnete Banden aus dem Volk am Kampfe, die durch unvermutete Überfälle auf vereinzelte deutsche Posten und Nachschübe den Deutschen manche Verluste beibrachten. Deutscherseits wurden diese Banden als außerhalb des Völkerrechts stehend erklärt und Ortschaften, deren Bewohner als Franktireurs am Kriege teilnahmen, unter Umständen, um abzuschrecken, einfach niedergebrannt.

Das Hauptziel der Franzosen war natürlich die Befreiung der Hauptstadt. Unter deren 1700000 Köpfe starken Bevölkerung befanden sich etwa 540000 waffenfähige Männer, aber davon taugten die 340000 Pariser Nationalgardisten nichts, die 120000 Mobilgardisten wenig, und mit den 80000 Linien-soldaten allein konnte General Trochu den Ring der 150000, später 200000 deutschen Kerntruppen unter der obersten Leitung des in

Digitized by Google

Versailles residierenden Königs nicht sprengen. Unter diesen Umständen mußte Hilfe von den Regierungsmitgliedern kommen, die Paris noch rechtzeitig verlassen hatten und von Tours an der Loire aus die Bewaffnung des Landes leiteten.

Aber diese aus drei Greisen: Crémieux (Bd. VII, S. 359), Fourichon und Glais-Bizoin, bestehende „Delegation" erhielt erst Leben, als Gambetta (S. 76) am 6. Oktober im Luftballon Paris verließ und am 9. in Tours eintraf. Sofort übernahm er das Ministerium des Krieges zu dem des Innern, um mit leidenschaftlicher Tatkraft „Legionen aus dem Boden zu stampfen". Seine rechte Hand dabei war der Ingenieur de Freycinet, der infolge des völligen Schiffbruchs des militärischen Fachwissens den kriegerischen Drill durch flammenden Patriotismus ersetzen wollte. Beide Männer dachten die Ereignisse von 1793 (Bd. VII, S. 249) wiederholen zu können. Da aber 1870 nicht wie 1793 Uneinigkeit die Deutschen lahmlegte, so haben Gambettas Bemühungen nur Frankreichs Todeskampf verlängert, die Opfer vervielfacht und den Sieg der Deutschen vergrößert. Da man Waffen und Schießbedarf in einem Lande, das nur noch 6 Batterien und 2 Millionen Patronen besaß, von überall her, namentlich aus England, beziehen mußte, so entstand eine bunte Musterkarte von Waffen; allein fünfzehn verschiedene Gewehre waren in dem neuen Volksheer im Gebrauche. Gleichwohl brachte Gambetta binnen vier Monaten 600000 Mann auf die Beine; er rettete so Frankreichs Ehre und mit ihr die Zukunft der Republik.

e) Der Fall von Metz.

Die Deutschen hatten unter dem bayerischen General von der Tann-Ratsamhausen am 11. Oktober Orléans besetzt und am 18. Oktober unter General v. Wittich Châteaudun erstürmt, das, weil die Bürger mitfochten, in Flammen aufging. Jetzt aber sammelten sich gegen von der Tann so überlegene Massen, daß dem Belagerungsheer von Paris Gefahr drohte.

Unter diesen Umständen sah man mit Spannung auf Bazaine (S. 54, 71), der immer noch das halbe deutsche Heer unter den Mauern von Metz festhielt. Allerlei politische Unterhandlungen zwischen Bazaine, der deutschen Heeresleitung und der nach England entflohenen Kaiserin Eugenie zielten darauf hin, daß Bazaine, gestützt auf sein Heer, Frieden schließen und das Kaisertum herstellen sollte; allein die Sache scheiterte, und allmählich verschlimmerte sich die Lage des eingeschlossenen Heeres, zumal da der vom 8. bis 31. Oktober ununterbrochen strömende Regen Belagerern und Belagerten die größten Schwierigkeiten bereitete. Bazaine, der vergeblich die Neutralisation seines Heeres und dann dessen Waffenstreckung ohne gleichzeitige Auslieferung von Metz zu erreichen versucht hatte ergab sich am 27. Oktober mit 173000 Mann und 1570 Geschützen an den Prinzen Friedrich Karl. Dadurch legte Deutschland die Hand auf das Gebiet, das es zur Sicherung seiner Ruhe als notwendig erachtete, und das Heer Friedrich Karls ward für andere Kriegsschauplätze verfügbar.

f) Rußlands Vorstoß gegen den Pariser Frieden von 1856.

In diesen Tagen überraschte die Welt ein Rundschreiben des russischen Reichskanzlers, Fürsten Gortschakoff (vom 31. Oktober), das erklärte, der Pariser Friedensvertrag vom 30. März 1856 (vgl. Bd. VII, S. 409) sei wiederholt, so 1859 und 1862 durch die Vereinigung der beiden Donaufürstentümer Moldau und Walachei zu dem einheitlichen Fürstentum Rumänien (S. 16), durchlöchert worden und es sei nicht Rußlands Pflicht, bloß das an jenem Vertrage zu beobachten, was ihm Schaden bringe. Es halte sich nicht mehr an die Bestimmung gebunden, die das Schwarze Meer für neutral erkläre, werde vielmehr wieder dort einen Kriegshafen anlegen.

Digitized by Google

England und Österreich erhoben am 10. und 16. November gegen dieses einseitige Vorgehen Rußlands Einspruch; die Londoner Konferenz aber, die auf Bismarcks Vorschlag am 17. Januar 1871 zusammentrat, billigte das Vorgehen Rußlands im Schwarzen Meere und bestimmte nur, daß die Meerengen der Dardanellen und des Bosporus für die Kriegsschiffe aller Großmächte (mit Ausnahme der Türkei natürlich) geschlossen sein sollten. Das Deutsche Reich hielt zu Rußland, dessen Kaiser den Sieg über Frankreich unstreitig erleichtert hatte, wenn auch sein Kanzler Gortschakoff die Folgen dieses Sieges möglichst herabzudrücken suchte.

g) Die Kämpfe an der Loire.

Nach dem Falle von Metz zweigte Prinz Friedrich Karl drei Korps unter dem General v. Manteuffel zur Einnahme der noch unbezwungen im Rücken der Deutschen liegenden Festungen ab, rückte aber selbst mit seinen vier übrigen Korps über Fontainebleau und Sens eiligst an die Loire. Hier hatte sich die 60000 Mann starke französische Loire-Armee unter dem General d'Aurelle de Paladines auf die 15000 Bayern von der Tanns geworfen, die nach der Niederlage bei Coulmiers (9. Nov.) Orléans räumten. Der König sandte sofort den Bayern Hilfe und übertrug den Oberbefehl über diese Armeeabteilung, die Bayern eingeschlossen, dem Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg. Die Pariser Armee bereitete einen gewaltigen Ausfall vor, dem Gambetta durch einen Stoß von Orléans her entgegenkommen wollte, um die Deutschen womöglich zwischen zwei Feuer zu bringen und die Aufhebung der Einschließung zu erzwingen. Aber bei Beaune-la-Rolande brach sich am 28. November der Stoß von 58000 Franzosen an der Tapferkeit von fünf deutschen Regimentern und einigen Batterien. Der Ausfall aber, den General Ducrot (S. 54) im Südosten von Paris am 30. November gegen die Stellungen der Württemberger und Sachsen bei den Dörfern Champigny und Brie (s. die Skizze auf der Karte bei S. 72) unternahm, führte bei der Tapferkeit des deutschen Widerstandes und infolge der Hilfe durch die Pommern nicht zum Ziele. Ducrot, der gelobt hatte, zu siegen oder zu sterben, und der sich verwegen den Kugeln aussetzte, kehrte am 3. Dezember lebend und besiegt nach Paris zurück. Prinz Friedrich Karl aber schlug die jetzt von dem General Chanzy befehligte Loire-Armee in der viertägigen Schlacht (1.—4. Dez.) bei Loigny und Orléans, und am 4. Dezember zog der Großherzog von Mecklenburg wieder in diese Stadt ein; am Standbilde der Jungfrau von Orléans lagerten deutsche Wachtposten. Die nur mit Leinwandhosen und Blusen bekleideten französischen Soldaten weigerten sich, weiter zu kämpfen. Schließlich wurde das Heer in zwei Teile zersprengt, von denen der eine unter Bourbaki am 4. Dezember sich ostwärts wandte (vgl. S. 83), der andere Teil unter Chanzy unter Preisgabe von Tours nordwestlich zurückwich, während Gambetta mit der „Delegation" am 8. Dezember nach Bordeaux floh. Von dem Prinzen und dem Großherzog verfolgt, wurde Chanzy vom 7.—10. Dezember nochmals bei Beaugency geschlagen und auf Le Mans zurückgeworfen. Aber auch hierher folgten ihm die Deutschen und zwangen durch den Sieg vor Le Mans (11./12. Jan. 1871) Chanzy zum weiteren Rückzug nach Westen gegen die Bretagne. Die Loire-Armee war damit so gut wie vernichtet.

h) Die Kämpfe um Dijon und im Norden.

Inzwischen war noch auf zwei anderen Schauplätzen gekämpft worden. Der General Werder (S. 77) war nach der Einnahme des Elsasses in die Freigrafschaft und in Burgund

Digitized by Google

eingedrungen, dessen Hauptstadt Dijon er am 31. Oktober besetzte. Gegen ihn kämpfte der italienische Revolutionsheld Garibaldi, der durch die Umwandlung Frankreichs in eine Republik begeistert den Franzosen sein Schwert zur Verfügung stellte. Die garibaldinischen Freiwilligen aus Italien und anderen Ländern waren ein in malerische Kriegstracht gehülltes Gesindel, das schließlich den Franzosen lästiger war als den Deutschen. General v. Glümer erstürmte unbekümmert um sie am 18. Dezember Nuits.

Im Nordosten Frankreichs, in der Picardie und Normandie, schufen Sendlinge der „Delegation" (S. 78) die „Nordarmee", so daß die deutsche Heeresleitung im November den General v. Manteuffel (S. 79) mit zwei Korps dorthin abordnete. Manteuffel schlug die Franzosen am 27. November bei Amiens, wobei die „Moblots" (Mobilgardisten) durch schmähliche Flucht auch die Linientruppen mit fortrissen; Amiens und Rouen wurden besetzt, die normannische Bevölkerung kam den Truppen freundlich entgegen — ganz anders als die des Ostens.

General Faidherbe (vgl. Bd. III, S. 103), der die französischen Truppen wieder sammelte und verstärkte, wurde bei seinem Vormarsch aus Lille durch Manteuffel am Bache La Hallue am 23. Dezember zurückgeschlagen und zog sich nach Arras zurück. Ein zweiter Vorstoß am 3. Januar 1871 bei Bapaume mißlang ebenfalls. Den Kampf im Norden schloß General Goeben durch die Einnahme der Festung Péronne am 8. Januar und durch den glänzenden Sieg bei Saint-Quentin vom 19. Januar ab, durch den Faidherbe 13000 Mann einbüßte; die Festung Saint-Quentin fiel den Siegern in die Hände, und die französische Nordarmee war so zugerichtet, daß auf sie nicht mehr zu rechnen war.

i) Die Frage der Beschießung von Paris.

Inzwischen hielt sich die Hauptstadt Frankreichs noch immer, aber die Lebensmittel gingen auf die Neige, und es erfolgten gelegentliche Aufstandsversuche seitens der Bevölkerung. Gleichwohl währte der Widerstand viel länger, als man deutscherseits jemals für wahrscheinlich gehalten hatte, und so forderte die öffentliche Meinung in Deutschland mit steigendem Nachdruck die Beschießung der Stadt.

Bismarck war von Anfang an für ein tatkräftiges Vorgehen, weil einmal die Einschließungstruppen unter dem langen Hinliegen geistig wie körperlich litten, und weil der anscheinend erfolgreiche Widerstand von Paris die Hoffnungen der Franzosen auf endlichen Sieg belebte und die Gefahr einer fremden Einmischung hervorrief. Der Kronprinz aber, sein Generalstabschef v. Blumenthal (S. 43), Moltke selbst und der General v. Gottberg meinten, eine Beschießung werde die Arbeiterviertel von Paris nicht erreichen, also wirkungslos sein, und das einzige Mittel, die Stadt zu bezwingen, liege in der Aushungerung: 6 Wochen würden genügen (so Blumenthal). Erst in dem Kriegsrate vom 9./10. Dezember wurde König Wilhelm durch die Artilleristen General v. Hindersin, Prinz Kraft v. Hohenlohe-Ingelfingen u. a. über die wirkliche Lage aufgeklärt. Bismarck sowohl wie Roon vertraten in ihren Denkwürdigkeiten überdies den Satz, daß von England aus über Berlin die Ansicht ins Hauptquartier gelangt und hier einflußreich geworden sei, man dürfe „das Mekka der Zivilisation" nicht wie jede gewöhnliche Festung beschießen.

k) Die Lösung der deutschen Einheitsfrage.

Während dieses Zuwartens kam die wichtigste Angelegenheit zum Abschluß: die Frage der deutschen Einheit. Allgemein war gleich nach den ersten Siegen das Gefühl, daß aus der militärischen Einheit die politische als notwendige Folge und als höchste Frucht des Krieges sich ergeben müsse. Seitdem Bismarck die Abtretung von Straßburg und Metz als greifbare Friedensbürgschaft gefordert hatte, stand weiter fest, daß ohne dauernde politische Einheit der deutschen Nation diese Grenzwälle des deutschen Volkstums sich nicht

Digitized by Google

würden behaupten lassen. Die auf die Einheit gerichtete Strömung ergriff auch die Fürsten, die sich wegen der an ihrer Souveränität zu bringenden Opfer nicht leicht zu den entscheidenden Verhandlungen entschlossen. Den Anstoß dazu gab eine große, in Berlin am 30. August abgehaltene Versammlung, welche die Losung ausgab, die Früchte des Krieges müßten eine einige Nation und geschützte Grenzen sein. Am 2. September erklärte der Großherzog Friedrich von Baden, dessen erster Berater seit Mathys Tode (S. 55) der nationalgesinnte Jolly war, daß er für die verfassungsmäßige Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund eintrete; am 5. und 7. September gaben auch die Könige Ludwig II. von Bayern und Karl I. von Württemberg die Zusicherung, daß sie bemüht sein wollten, Deutschland die Früchte des Sieges zu sichern und die nationale Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme mit ihrer Selbständigkeit in ein richtiges Verhältnis zu bringen.

Die amtlichen Verhandlungen eröffnete Ende September Rudolf Delbrück (1817 bis 1903), der Präsident des Bundeskanzleramts des Norddeutschen Bundes (vgl. S. 96), in München, und Bismarck setzte sie in Versailles fort. Sie stießen freilich auf beträchtliche Schwierigkeiten, da der Sondergeist nur ein möglichst bescheidenes Maß von Einheit zugestehen wollte. Eben aus der Treue, die alle Stämme dem nationalen Gedanken bewiesen hatten, folgerten die Bayern die Überflüssigkeit einer straffen Einheit: im Falle der Not werde Germania immer alle ihre Kinder um sich geschart finden. Der König von Bayern beanspruchte eine Art von Vizekaisertum für das Haus Wittelsbach, ja, nach dem Tagebuch Moriz Buschs hätte der Oheim des Königs, Prinz Luitpold, noch am 10. Januar 1871 den Wechsel des Kaisertums zwischen den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach in Anregung gebracht, worauf er aber gar keine Antwort erhielt. Neben Bayern machte Hessen, dessen Minister Freiherr v. Dalwigk ein geschworener Preußenfeind war, möglichst Schwierigkeiten; der König von Württemberg ließ sich noch am 12. November, als schon alles erledigt schien, von München aus zur abermaligen Verzögerung des Abschlusses bestimmen. Als aber Baden am 15. November den Vertrag über den Beitritt zum Norddeutschen Bund unterzeichnete und Hessen am gleichen Tage nachfolgte, da war das Eis gebrochen.

Der Kronprinz, über die Verschleppung der Angelegenheit ungeduldig geworden, meinte, man solle durch die anwesenden Fürsten von Baden, Oldenburg, Weimar und Koburg Kaiser und Reich ausrufen und eine den berechtigten Volkswünschen entsprechende Verfassung durch den Reichstag und die Landtage genehmigen lassen: dann würden die beiden süddeutschen Könige wohl oder übel sich anschließen müssen. Daß der König von Preußen als Vorsitzender des deutschen Bundesstaates den Kaisertitel führen müsse, darüber waren der Kronprinz und Bismarck völlig einig. Der greise König selbst aber hatte Bedenken, den inhaltreichen Titel eines Königs von Preußen an zweite Stelle zu rücken und einen hohlen Titel, einen bloßen „Charaktermajor", anzunehmen, den sein Bruder 1849 abgelehnt hatte. Bismarck betonte gegenüber dem Vater, daß der Kaisertitel eine äußerliche Anerkennung der tatsächlich überwiegenden Stellung des preußischen Königs enthalte, worauf viel ankomme, und fragte den Sohn, ob er es für klug und ehrlich erachten könne, zwei treue Bundesgenossen zu vergewaltigen? Er war der Überzeugung, daß das neue Reich nur dann auf festen Grundlagen ruhe, wenn alle deutschen Stämme sich ihm in voller Freiwilligkeit anschlössen.

So gewährte er den Bayern und Württembergern durch die „Reservatrechte" eine gewisse Sonderstellung im Reiche, die, von allen entschiedenen Anhängern der deutschen Einheit nur ungern hingenommen,

Digitized by Google

doch, der Voraussicht des großen Staatsmannes gemäß, für die Königreiche mit ihrer bedeutsamen Geschichte und ihrer nicht zu unterschätzenden Macht die Brücke zu ehrlichem Übertritt ins nationale Lager geworden ist. Die Verträge, die der Minister v. Bray-Steinburg am 23. November in Versailles für Bayern, die Minister v. Mittnacht und v. Suckow (S. 65) am 25. November 1870 in Berlin für Württemberg unterschrieben, behielten für beide Staaten die selbständige Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens und die eigene Besteuerung des inländischen Bieres und Branntweins vor; dieses zweite Recht ward auch Baden gewährleistet. Ferner wurde bestimmt, daß das bayerische Heer ein in sich abgeschlossener Bestandteil des deutschen Bundesheeres mit eigener Verwaltung unter der Militärhoheit des Königs von Bayern sein, und daß auch das württembergische (13.) Armeekorps ein geschlossenes Korps bilden solle, dessen Befehlshaber der König von Preußen erst nach vorhergehender Zustimmung des Königs von Württemberg ernannte. Die Organisation, Ausbildung und Mobilmachung der bayerischen und württembergischen Truppen geschah dagegen nach den Normen für das Bundesheer; der Bundesfeldherr besaß das Recht der Besichtigung auch der bayerischen Streitmacht, und vom ersten Tage der Mobilmachung an hatten sämtliche Truppen von Nord- und Süddeutschland seinen Befehlen gleichermaßen zu gehorchen. Die bayerischen Truppen behielten zunächst den aus der Rheinbundzeit stammenden Raupenhelm; 1888 wurde er durch die Pickelhaube ersetzt.

Die Rücksicht auf die Könige verschaffte Bismarck nicht bloß deren dauerndes Zutrauen, sondern ermöglichte auch die Erledigung der Titelfrage. In der Erkenntnis, daß es für den mittelstaatlichen Ehrgeiz erträglicher sei, einen deutschen Kaiser, als den König von Preußen über sich zu haben, willigte König Ludwig am 3. Dezember ein, in einem von Bismarck selbst entworfenen, von Ludwig angenommenen und abgesandten Briefe den deutschen Fürsten vorzuschlagen, man wolle gemeinsam in Anregung bringen, daß der König von Preußen die Ausübung der Bundespräsidialrechte mit Führung des Titels eines „deutschen Kaisers" verbinde. König Wilhelm ging unter Überwindung seiner Bedenken auf den allgemeinen Wunsch der Fürsten und Stämme Deutschlands ein; der Reichstag und die Landtage genehmigten die Verfassung des „Deutschen Reiches" im Dezember und Januar, und am 18. Dezember übermittelte eine Abordnung des Reichstags in Versailles durch den Präsidenten Simson (S. 51) dem Könige den Glückwunsch der Volksvertretung zur Kaiserkrone. Noch waren Reibungen zu überwinden; aber am 18. Januar 1871, an dem Tag, an dem 1701 das preußische Königtum ausgerufen worden war (Bd. VII, S. 190), wurde in dem Spiegelsaale des von Ludwig XIV. erbauten Versailler Prachtschlosses die Annahme des Kaisertitels in Anwesenheit zahlreicher deutscher Fürsten feierlich vollzogen. Der Großherzog Friedrich von Baden brachte das erste Hoch aus auf Seine Majestät den Kaiser Wilhelm. In einer von Bismarck verfaßten Ansprache an das deutsche Volk verkündigte der Kaiser seinen Entschluß, „mit Gottes Hilfe allezeit ein Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung". In mehr als vierzig Jahren hat die Welt Gelegenheit gehabt zu erkennen, daß dieser Vorsatz kein hohles Wort, sondern der Leitstern dreier deutscher Kaiser gewesen ist; 1914 wurde dem dritten und letzten das Schwert in die Hand gezwungen.

l) Die Zertrümmerung der Pariser Forts; die Kämpfe an der Lisaine.

Nachdem um Weihnachten 235 schwere Belagerungsgeschütze in Villacoublay östlich von Versailles versammelt waren, begann am 27. Dezember die Beschießung der Ostfront von Paris, und zwar mit solcher Wucht, daß die Franzosen den Mont Avron (s. die Skizze auf der Karte bei S. 72) „fast im Galopp räumten". Die Beschießung der Stadt selbst nahm von Süden her am 5. Januar ihren Anfang, und schon nach fünfundein-

Digitized by Google

halb Stunden stellte das Fort Issy sein Feuer ein. Die Bevölkerung von Paris floh aus den südlichen Stadtteilen nach den nördlichen; dadurch wurde die Schwierigkeit ihrer Verpflegung sehr gesteigert. Ein letzter großer Ausfall gegen Westen, den Trochu am 19. Januar mit 90000 Mann unternahm, scheiterte bei Saint-Cloud, ehe die Franzosen an die Hauptstellungen der Deutschen herankamen. Am 21. Januar begann die erfolgreiche Beschießung der Nordfront. In der Stadt wußte man, daß Chanzy am 11. und 12. Januar bei Le Mans völlig geschlagen war, und die letzte Aussicht zerstörten die Hiobsposten aus dem Osten.

Dorthin hatte sich der General Bourbaki mit der einen Hälfte der Loirearmee (S. 79) geworfen, um die Festung Belfort und durch Bedrohung der deutschen Rückzugslinien auch Paris zu entsetzen. Allein Werder warf sich bei Montbéliard am Bache Lisaine (s. die Skizze auf derselben Karte) dem dreifach überlegenen Feind entgegen und schlug in dreitägiger Schlacht (15.—17. Jan.) alle Angriffe Bourbakis ab; kein französisches Bataillon drang bis vor Belfort heran. Entmutigt trat Bourbaki den Rückzug an; als er aber erfuhr, daß Moltke den General v. Manteuffel (S. 79 und 80) ihm über Gray und Dôle in den Weg warf, und als ihm Garibaldi, obwohl er Dijon wiedernahm und am 23. Januar die Fahne des 61. Regiments unter Leichen erbeutete, nicht helfen konnte, so ging er bis Pontarlier zurück. Ehe er sein Heer der Entwaffnung durch die neutralen Schweizer preisgab, schoß er sich verzweifelnd eine Kugel vor den Kopf, ohne jedoch den ersehnten Tod zu finden. Sein Nachfolger Clinchant vollzog am 1. Februar mit noch 80000 Mann den Übertritt über die französisch-schweizerische Grenze. Das letzte Heer Frankreichs war damit vernichtet, und am 18. Februar wurde Belfort durch Oberst Denfert-Rochereau an General v. Treskow übergeben.

Fürst Bismarck als Kanzler des geeinten Deutschen Reiches. Nach einer Photographie aus dem Jahre 1871.

m) Vom Waffenstillstand bis zum Friedensschluß.

Angesichts der drohenden Hungersnot erschien am 23. Januar, am 127. Tage der Belagerung, der auswärtige Minister Favre im Hauptquartier, um über die Übergabe zu verhandeln. Am 28. Januar wurde folgendes vereinbart: während eines Waffenstillstandes von 21 Tagen wird eine Nationalversammlung, die über Krieg und Frieden beschließen soll, gewählt; alle Forts rund um Paris werden den Deutschen ausgeliefert, und die gesamte Besatzung der Stadt wird kriegsgefangen; sie hat binnen 14 Tagen alle ihre Kanonen und Gewehre abzuliefern. Paris war damit in der Hand der Deutschen, aber der Kaiser sah von einer förmlichen Besetzung ab, die leicht zu blutigen Zusammenstößen führen konnte, in der Hoffnung auf baldigen Frieden. Die Versehung der Stadt mit einer gewissen Menge von Lebensmitteln wurde natürlich zugestanden. Gambetta, der sich dem Waffenstillstande

Digitized by Google

nicht fügen wollte, wurde von der Regierung zum Rücktritt genötigt. Der Mann der Lage war nunmehr Thiers (vgl. oben, S. 76), der bei Beginn der kriegerischen Verwicklung zur Vorsicht geraten und nach Sedan sich vergebens bei den Großmächten um Vermittlung bemüht hatte. Am 8. Februar wählten ihn 26 Departements in die Nationalversammlung, die unter 768 Abgeordneten 400—500 Anhänger des Königtums (Orléanisten und Legitimisten), namentlich aber eine große Mehrheit für den Frieden zählte; war doch ein volles Drittel Frankreichs von den Deutschen besetzt.

Am 17. Februar wurde Thiers unter dem Titel „Chef der Exekutive" zum Staatsoberhaupte gewählt und am 21. zur Friedensverhandlung nach Versailles gesandt. Bismarck forderte das ganze Elsaß mit Belfort und ein Fünftel von Lothringen mit Metz und Diedenhofen, dazu 6 Milliarden Franken und den Einzug der deutschen Truppen in Paris. Nach langen Verhandlungen willigte er in den Nachlaß einer Milliarde und den Verzicht auf Belfort (s. die beigeheftete Tafel), bestand aber um so entschiedener auf dem Einzug in Paris. Thiers eilte mit den erwähnten Bedingungen nach Bordeaux; am 1. März, an demselben Tage, da 30000 aus allen deutschen Stämmen ausgewählte deutsche Soldaten in Paris einzogen und das Stadtviertel bei den Elysejschen Feldern samt dem Kaiserschlosse der Tuilerien besetzten, wurde in Bordeaux der vorläufige Friedensvertrag von der Nationalversammlung mit 546 gegen 107 Stimmen angenommen. Am Abend des 2. März traf die amtliche Bestätigung des Vorfriedens in Versailles ein. Am 3. räumten die Deutschen Paris und zogen sich hinter das rechte Ufer der Seine zurück, die bis zum endgültigen Frieden die Grenze der beiden Heere sein sollte; demgemäß blieben die Forts im Osten und Norden von Paris vorerst von den Deutschen besetzt.

Die weiteren Friedensverhandlungen wurden durch Bevollmächtigte in Brüssel geführt, schritten aber so langsam voran, daß Bismarck zu Anfang Mai 1871 schließlich Favre nach Frankfurt a. M. einlud, um mit ihm persönlich ins reine zu kommen. Hier ward dann nach kurzer Verhandlung am 10. Mai der endgültige Friede unterzeichnet (s. die beigeheftete Tafel). Er enthielt gegen den vorläufigen Vertrag einen kleinen Gebietsaustausch bei Belfort und Diedenhofen, durch den wichtige lothringische Erzlager an das Deutsche Reich kamen, und die Bestimmung, daß entsprechend der in bestimmten Absätzen zu leistenden Abzahlung der fünf Milliarden das französische Gebiet von den Deutschen allmählich geräumt werden sollte.

Gegenüber den Erfolgen des deutschen Einheitskampfes fielen die Opfer des Krieges nicht allzusehr ins Gewicht: sie beliefen sich auf deutscher Seite auf 28600 Gefallene, 12000 an Krankheiten Gestorbene und 4000 Vermißte, insgesamt also auf beinahe 45000 Mann; die Zahl der Verwundeten wird auf 101000 berechnet. Die Franzosen hatten 80000 Tote und 150000 Verwundete eingebüßt; die Zahl der Gefangenen erhöhte sich schließlich auf mehr denn 600000.

Kaiser Wilhelm I. hielt im Osten von Paris am 7. März eine große Parade über die siegreichen Truppen ab und traf am 17. März in Berlin ein. Am 21. März eröffnete er in Person den ersten deutschen Reichstag; am 16. Juni erfolgte, durch zwei Reihen von 7400 eroberten Kanonen, der Einzug des aus allen Stämmen auserlesenen deutschen Heeres in Berlin. Das Zeitalter Ludwigs XIV. und der Napoleone hatte ein Ende; es begann eine Zeit, in der der Schwerpunkt Europas in Deutschland lag, das seine Stärke nicht mißbrauchte, sondern das eigene Recht mit dem der anderen auszugleichen bemüht war.

Digitized by Google

Zur Erklärung der umstehenden Urkunden.

Links. Wichtige Stücke der Versailler Friedenspräliminarien vom 26. Februar 1871 sind der Schluß des I. Artikels, wo nach der Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Metz die von Marie-aux-chênes und Vionville an Deutschland und das (von Thiers durchgesetzte) Verbleiben von Belfort bei Frankreich ausdrücklich erwähnt werden, und der Anfang des II. Artikels, worin Frankreich in die Zahlung von 5 Milliarden Franken (statt der von Deutschland verlangten 6 Milliarden) willigt; die Schriftzüge sind die einer Kanzleihand. Die letzte Seite des umfangreichen Vorfriedens trägt außer dem letzten Absatze des Vertrags die Unterschriften von Bismarck (mit Siegel), Thiers und Favre und darunter die von dem Grafen Bray eigenhändig geschriebene Beitrittserklärung der süddeutschen Staaten: Bayern (Graf v. Bray-Steinburg), Württemberg (Freiherr v. Wachter und Mittnacht) und Baden (Jolly).

Rechts. Da die wichtigen Bestimmungen über Elsaß-Lothringen mit Metz, über Belfort und die Kriegsentschädigung nicht im Frankfurter Frieden selbst, sondern nur in den Versailler Präliminarien stehen, so werden vom endgültigen Vertrag Eingang und Schluß am meisten interessieren.

Wortlaut des Originals.

Links. [Eingang der Präliminarien. Article I. ... La frontière telle qu'elle vient d'être décrite, se trouve marquée en vert sur deux exemplaires conformes de la carte du territoire formant le Gouvernement général d'Alsace, publiée à Berlin, en septembre 1870, par la division géographique et statistique de l'état-major général, et dont un exemplaire sera joint à chacune des deux expéditions du présent traité.]

Toutefois le tracé indiqué a subi les modifications suivantes de l'accord des deux parties contractantes: Dans l'ancien département de la Moselle les villages de Marie-aux-chênes près de St. Privat-la-Montagne, et de Vionville, à l'ouest de Rezonville, seront cédés à l'Allemagne. Par contre la ville et les fortifications de Belfort resteront à la France avec un rayon qui sera déterminé ultérieurement.

Article II.

La France paiera à Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne la somme de cinq milliards de francs.

[Le paiement d'au moins un milliard de francs aura lieu dans le courant de l'année 1871, et celui de tout le reste de la dette dans un espace de trois années à partir de la ratification des présentes.

Deutsche Übersetzung.

. . . . [Die Grenze, wie sie soeben beschrieben worden ist, findet sich in Grün eingetragen auf zwei gleichen Abzügen der Karte des das Generalgouvernement Elsaß bildenden Gebiets, veröffentlicht zu Berlin im September 1870 durch die geographische und statistische Abteilung des Großen Generalstabs, und wovon je ein Abzug jeder der beiden Niederschriften des vorliegenden Vertrags beigeschlossen sein wird.]

Jedoch hat die gezogene Grenze folgende Änderungen mit Übereinstimmung beider vertragschließenden Parteien erlitten: In dem ehemaligen Departement Mosel werden die Dörfer Marie-aux-chênes bei Saint-Privat-la-Montagne und Vionville westlich von Rezonville an Deutschland abgetreten werden. Dagegen werden Stadt und Festung Belfort mit einem Umkreise, der später bestimmt werden wird, bei Frankreich verbleiben.

Artikel II.

Frankreich wird an Se. Majestät den Deutschen Kaiser die Summe von fünf Milliarden Franken zahlen.

[Die Zahlung von mindestens einer Milliarde Franken wird im Laufe des Jahres 1871 stattfinden, und die des Restes der Schuld innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren von der Ratifikation des Vorliegenden ab.

Digitized by Google

Toutefois le tracé indiqué a subi les modifications suivantes de l'accord des deux parties contractantes : Dans l'ancien département de la Moselle les villages de Marie-aux-chênes près de St. Privat-la-Montagne, et de Vionville, à l'ouest de Reconville, seront cédés à l'Allemagne. Par contre la ville et les fortifications de Belfort resteront à la France avec un rayon qui sera déterminé ultérieurement.

Article II.

La France paiera à Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne la somme de cinq milliards de francs.

En foi de quoi les soussignés ont revêtu le présent traité préliminaire de leurs signatures et de

Le Prince Othon de Bismarck-Schönhausen, Chancelier de l'Empire germanique,

le Comte Harry d'Arnim, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne près du St. Siège,

stipulant au nom de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne,

d'une côté,

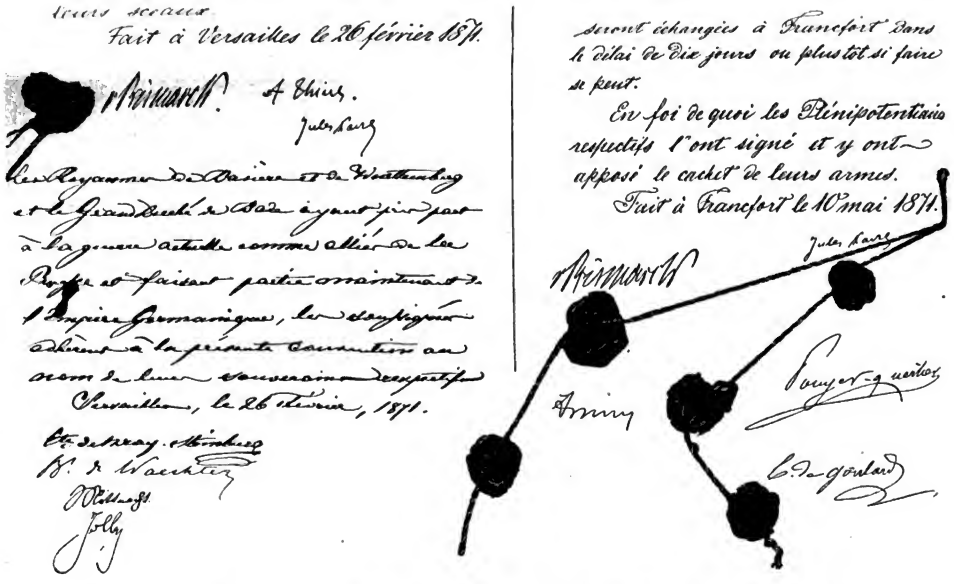
de l'autre

Monsieur Jules Favre, Ministre des affaires étrangères de la République française,

Monsieur Augustin Thomas Joseph Pouyer Quertier, Ministre des finances de la République française, et

Monsieur Marc Thomas Eugène Picard, Membre de l'Assemblée nationale,

stipulant au nom de la République française,



Wichtige Stücke aus dem Versailler Vorfrieden und dem Frankfurter Friedensvertrage vom 26. Februar und vom 10. Mai 1871.

Nach den Originalurkunden im Auswärtigen Amt zu Berlin.

Article III.

L'évacuation des territoires français occupés par les troupes allemandes commencera. . . .]

En foi de quoi les soussignés ont revêtu le present traité préliminaire de leurs signatures et de leurs sceaux.

Fait à Versailles le 26. février 1871.

v. Bismarck. A[dolphe] Thiers.
Jules Favre

Les Royaumes de Bavière et de Wurttemberg et le Grand Duché de Bade ayant pris part à la guerre actuelle comme alliés de la Prusse et faisant partie maintenant de l'Empire Germanique, les soussignés adhèrent à la présente convention au nom de leurs souverains respectifs.

Versailles, le 26 Février, 1871.

Cte de Bray-Steinburg
B^r de Waechter
Mittnacht.
Jolly

Rechts. Le Prince Othon de Bismarck-Schoenhausen, Chancelier de l'Empire germanique, le Comte Harry d'Arnim, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne près du St. Siége: stipulant au nom de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, d'un côté, de l'autre Monsieur Jules Favre, Ministre des affaires étrangères de la République française, Monsieur Augustin Thomas Joseph Pouyer Quertier, Ministre des finances de la République française, et Monsieur Marc Thomas Eugène de Goulard, Membre de l'Assemblée nationale, stipulant au nom de la République française [s'étant . . .

. . . d'un côté, et de l'autre par l'Assemblée nationale et par le Chef du Pouvoir exécutif de la République française] seront échangées à Francfort dans le délai de dix jours ou plus tôt*) si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort le 10 mai 1871.

v. Bismarck	Jules Favre
Arnim	Pouyer-quertier
	E. de Goulard

Artikel III.

Die Räumung der von den deutschen Truppen besetzten französischen Gebiete wird beginnen . . . .]

Zu dessen Beglaubigung haben die Unterzeichneten den vorliegenden Vertrag mit ihren Unterschriften und ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Versailles am 26. Februar 1871.

v. Bismarck. A. Thiers.
Jules Favre

Da die Königreiche Bayern und Württemberg und das Großherzogtum Baden am gegenwärtigen Krieg als Verbündete Preußens teilgenommen haben und jetzt einen Teil des Deutschen Kaiserreichs ausmachen, so schließen sich die Unterzeichneten im Namen ihrer entsprechenden Herrscher der vorliegenden Vereinbarung an.

Versailles, am 26. Februar 1871.

Graf v. Bray-Steinburg
Freiherr v. Waechter
Mittnacht
Jolly.

Der Fürst Otto von Bismarck-Schönhausen, Kanzler des Deutschen Reichs, der Graf Harry v. Arnim, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Majestät des Deutschen Kaisers beim Heiligen Stuhle, vertragschließend im Namen Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, von der einen Seite, von der andern Herr Jules Favre, Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Republik, Herr Augustin Thomas Joseph Pouyer-Quertier, Finanzminister der französischen Republik, und Herr Marc Thomas Eugen de Goulard, Mitglied der Nationalversammlung, vertragschließend im Namen der französischen Republik [. . .

. . . von der einen Seite und von der andern durch die Nationalversammlung und durch das Haupt der ausführenden Gewalt der Französischen Republik] werden zu Frankfurt binnen einer Frist von zehn Tagen oder wenn möglich früher ausgetauscht werden.

Zu dessen Beglaubigung haben es die entsprechenden Bevollmächtigten unterzeichnet und daneben den Siegelabdruck ihrer Wappen gesetzt.

Geschehen zu Frankfurt [a. M.], am 10. Mai 1871.

v. Bismarck	Jules Favre
Arnim	Pouyer-Quertier
	E[ugen] de Goulard

*) Ein vom Schreiber ursprünglich geschriebenes plutôt ist durch Rasur getilgt und dann durch plus tôt ersetzt worden.

Digitized by Google

2. Westeuropa 1871—1918.

A. Das Deutsche Reich.

Seit 1871 haben drei Kaiser an der Spitze des Deutschen Reiches gestanden: zuerst der greise Gründer des Reiches, Wilhelm I., von 1871—88; dann sein Sohn Friedrich III., als Kronprinz Friedrich Wilhelm genannt, der, von unheilbarem Kehlkopfkrebs befallen, nur 99 Tage geherrscht hat: vom 9. März bis zum 15. Juni 1888; von da ab bis zum 9. November 1918 dessen ältester Sohn, Wilhelm II. (geb. 27. Januar 1859).

Die drei Herrscher waren untereinander sehr verschieden. Wilhelm I. war ein schlichter Mann, durch und durch Soldat, ohne wesentliches Interesse für Kunst und Wissenschaft, den praktischen Aufgaben des Lebens mit scharfem Blicke zugewandt, voll menschlicher Liebenswürdigkeit und von großer Pflichttreue. Von seinen königlichen Rechten und Pflichten hatte er die größte Vorstellung: er las alles, was er unterschreiben sollte, pünktlich durch; er machte seine eigene Ansicht mit Nachdruck geltend, war aber für den Rat erprobter Männer zugänglich. Zäh hing er an den altpreußischen Überlieferungen.

Das Staatssiegel des Deutschen Reiches. Siegel Kaiser Wilhelms II. Nach Otto Posse, Die Siegel der deutschen Kaiser und Könige, Bd. II (Dresden 1910).

Friedrich III. war von Natur und durch den Einfluß seiner englischen Gemahlin Viktoria, der ältesten Tochter der Königin Viktoria und des Prinzen Albert von Koburg, den liberalen Auffassungen der Zeit zugetan, ein warmer Freund aller künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen (so hat er auf den Vortrag seines Lehrers Ernst Curtius 1875 die Ausgrabungen in Olympia auf Kosten des Reiches veranlaßt) und nur so weit, aber auch so weit Soldat, wie es zu seiner Stellung gehörte. In seiner kurzen Regierung ließ er sich von dem 1871 zum Fürsten erhobenen Reichskanzler Otto v. Bismarck (gest. 30. Juli 1898; s. die Abbildungen bei S. 83 und 87) beraten, von dem niemals sich trennen zu wollen sein Vater wiederholt erklärt hatte. Gegensätze, die früher (namentlich 1863—66 und 1870) zwischen dem Herrscher und dem Staatsmann vorhanden gewesen waren, traten in den 99 Tagen vollständig zurück.

Ganz anders gestalteten sich die Dinge unter Wilhelm II. (s. die Abbildung bei S. 89), der 29jährig zur Regierung gelangte, ein überaus selbständiges, ja selbstherrliches Naturell mitbrachte und im Gefühle seiner Anlagen und seines redlichen Wollens das Zeug in sich fühlte, sein eigener Kanzler zu sein. So trat schon nach anderthalb Jahr zwischen dem jungen Herrscher und dem greisen Staatsmanne, der so lange die Geschäfte mit Bedacht und Kühnheit geleitet hatte, ein tiefgreifender Gegensatz hervor. An Meinungsverschiedenheiten über die rechtliche Stellung des Ministerpräsidenten gegenüber der Krone und den einzelnen Ministern, über die sozialpolitischen Fragen, die Wilhelm II. im Sturme lösen zu können glaubte, und über die Fragen der auswärtigen Politik (besonders das Verhältnis zu Rußland) entzündete sich der Gegensatz so sehr, daß der Kaiser am 20. März 1890 in schroffer Weise die Entlassung Bismarcks vollzog. Seitdem versahen das Amt des Reichskanzlers der General, spätere Graf v. Caprivi (1831—99), seit 24. Oktober 1894 Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst (1819—1901), seit 17. Oktober 1900 Bernhard (1899 Graf und 1905 Fürst) von Bülow, seit 14. Juli 1909 Theobald v. Bethmann Hollweg (gest. 1920). Alle besaßen gegenüber dem überragenden Willen des Kaisers nur ein

Digitized by Google

beschränktes Maß von Einfluß und Bedeutung. Im Weltkrieg folgte auf Bethmann am 14. Juli 1917 Otto Michaelis, diesem am 2. November 1917 der bisherige bayerische Ministerpräsident Graf v. Hertling (1843—1919). Ihn ersetzte am 5. Oktober 1918 Prinz Max von Baden (geb. 1867) im Zusammenhang mit dem Sturz des konstitutionellen und der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems.

Die Darstellung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches behalten wir dem Abschnitt vor, in dem die Vorgeschichte des Weltkriegs erzählt wird. Hier betrachten wir die wichtigsten inneren Ereignisse der Jahre 1871—1914.

a) Die Befestigung des Reiches im Innern.

Gleich in den ersten Jahren des Reiches hat eine rastlose und meist erfolgreiche gesetzgeberische Arbeit die Einrichtungen vervollkommnet. Im Jahre 1872 wurde an Stelle der Buntscheckigkeit der bisherigen Münzen, Maße und Gewichte das einheitliche Zehnersystem gesetzt; das Münzwesen wurde auf die Grundlage der Goldwährung gestellt, welche die heftigen Angriffe der Anhänger einer Doppelwährung nicht ernsthaft erschüttern konnten.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege wurde 1876 die Einheitlichkeit des Zivilprozesses und der Gliederung der Gerichte, seit 1. Oktober 1879 in Kraft, durchgeführt, nachdem bereits der Norddeutsche Bund die Strafrechtspflege einheitlich gestaltet hatte (S. 56). Den Abschluß der Gerichtsreformen bildete 1896 die Annahme eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuchs, das am 1. Januar 1900 im ganzen Reich in Kraft trat. Hierher gehört auch die 1898 erfolgte Verabschiedung eines einheitlichen Militärstrafprozesses, wobei dem bayerischen Sondergeiste das Zugeständnis eines in sich abgeschlossenen bayerischen Senats an dem Reichsmilitärgericht in Berlin gemacht wurde.

Die wirtschaftliche Krisis in der Mitte der siebziger Jahre benutzte Bismarck, um mit Hilfe des Zentrums 1879 eine Zollreform zustande zu bringen, die für alle Zweige der nationalen Arbeit, für Landwirtschaft und Gewerbfleiß, mäßige Schutzzölle gewährte und durch die auf Kolonialwaren gelegten Finanzzölle die leeren Kassen des Reiches füllte. Dieses war nunmehr einige Zeit imstande, statt der Deckung seiner Kosten durch Matrikularumlagen (S. 50) der Einzelstaaten in günstigen Jahren vielmehr diesen Staaten beträchtliche Überweisungen aus seinen Einnahmen zuzuwenden. Als das Ideal einer geordneten Finanzwirtschaft betrachteten die verbündeten Regierungen die völlige Trennung der Finanzen des Reiches von denen der Einzelstaaten, so daß jeder Teil bestimmte Einnahmequellen zur ausschließlichen Ausnutzung zugewiesen erhalten würde. Für diesen Plan des preußischen Finanzministers v. Miquel (1828—1901) fand sich aber im Reichstage keine Mehrheit; namentlich das Zentrum befürchtete von der Selbständigkeit der Reichsregierung in finanzieller Hinsicht eine Schwächung des parlamentarischen Einflusses und auch von einem auf eigenen Füßen stehenden Reich eine Mißachtung der Selbständigkeit der Einzelstaaten. In den Jahren 1891—93 wurde infolge der durch Caprivi mit Österreich, Ungarn, Italien, der Schweiz, Belgien, Rumänien und Rußland abgeschlossenen Handelsverträge der Kornzoll von 5 Mk. für den Doppelzentner auf 3 Mk. 50 Pf. herabgesetzt. Die dadurch hart geschädigten Landwirte riefen zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen 1893 den „Bund der Landwirte" ins Dasein, und Caprivi kam am 27. Oktober 1894 zu Fall: dazu trug auch sein Verhalten gegen Bismarck, den er im gewissen Sinn ächtete, viel bei (26. Jan. 1894 Aussöhnung des Kaisers mit Bismarck, der damals zu des Kaisers Geburtsfest nach Berlin kam). Der konservative Graf Kanitz beantragte 1895, daß der Ein- und Verkauf des ausländischen Getreides und

Digitized by Google

Mehls dem Reich überlassen werden solle, damit ausreichende und feste Preise für das inländische Getreide erzielt würden; am 17. Januar 1896 lehnte der Reichstag den Antrag mit 219 gegen 97 Stimmen ab. Am 14. Dezember 1902 wurde nach schweren Kämpfen im Reichstag durch die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen ein neuer Zolltarif durchgesetzt, der den früheren Zollsatz für Korn (5 Mk.) herstellte und ein mächtiges Aufblühen von Industrie und Landwirtschaft zur Folge hatte. Das Reich hatte durch das Anwachsen der Ausgaben für die Sozialreform, für das Heer und die Flotte immer größere Summen nötig. Deshalb bewilligte der Reichstag 1906 etwa 200 Millionen neuer Steuern (damals wurden ihm unter Abschaffung der Diätenlosigkeit Tagegelder im Betrag von 3000 Mark aufs Jahr zugestanden). Als auch das nicht reichte, lehnten die Rechte des Reichstags und das Zentrum im Juli 1909 zwar die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Eltern und Kinder ab, worüber der Reichskanzler Fürst Bülow am 14. Juli zurücktrat, bewilligten aber auf Liegenschaftsumsätze, Zinsbogen, Schecks, Beleuchtungskörper, Zündware und Schaumwein Abgaben im Ertrag von 500 Millionen. Darüber ging freilich der im Dezember 1906 geschaffene konservativ-liberale Block völlig in Trümmer und entstand eine tiefe Kluft zwischen rechts und links.

Bismarck als Greis.
Nach einem Gemälde von Franz v. Lenbach.

Der Zollverein wurde 1882 und 1885 dadurch zum Abschluß gebracht, daß die noch außenstehenden Hansestädte Hamburg und Bremen in den Verein eintraten, Hamburg nach einem ebenso leidenschaftlichen wie kurzsichtigen Widerstand. Bismarck kam dann, nachdem sich einmal der Einheitsgedanke durchgerungen hatte, seinem unverrückbaren bundesfreundlichen Grundsatze gemäß den berechtigten Interessen Hamburgs weit entgegen, und dieses verdankte dem Schritte, von dem es anfänglich seinen Untergang befürchtet hatte, eine Blüte von Handel und Verkehr, die es auf dem europäischen Festland an die erste Stelle rückte, so daß es in der ganzen Welt nur noch von London übertroffen wurde.

Von besonderer Bedeutung für die Festigung der nationalen Einheit war die Ordnung des Heerwesens; denn so friedfertig auch die Politik des Reiches war, so erweckte doch das Erstehen einer so gewaltigen Macht, wie sie das Reich darstellte, vielfach in Europa Neid und Mißtrauen; vor allem blieb das Sehnen der französischen Nation stets darauf gerichtet, für die 1870/71 erlittene Demütigung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit blutige Rache zu nehmen und die alte Machtstellung Frankreichs in Europa wiederherzustellen. Zwischen der offenkundigen Notwendigkeit, das Heerwesen den parlamentarischen Kämpfen zu entziehen und ihm eine länger befristete sichere Unterlage zu gewähren, als sie in jährlichen Bewilligungen geboten war, und dem begreiflichen Verlangen des Reichstags,

Digitized by Google

sein jährliches Geldbewilligungsrecht auch hinsichtlich des Heeres aufrecht zu halten, fand Bismarck 1874 einen annehmbaren Mittelweg, indem er den Vorschlag der im Reichstag vorherrschenden Nationalliberalen und Freikonservativen annahm, von einer Bewilligung für immer („Alternat") absah und die Bewilligung der erforderlichen Mittel für eine Friedensstärke von 401000 Mann auf sieben Jahre („Septennat") für ausreichend erklärte. 1880 wurden die Mittel für 427000 Mann, entsprechend der Zunahme der Bevölkerung, abermals auf sieben Jahre bewilligt. Als 1887 die Regierung das „Septennat" abermals, diesmal für 468000 Mann, forderte, brachte die seit den Wahlen vom Herbst 1881 vorhandene Mehrheit des katholischen Zentrums und der Linken diese Forderung gegen die Rechte und die Nationalliberalen zu Falle: die 468000 Mann sollten nur auf drei Jahre verwilligt werden. Nun löste der Kaiser aber mit Zustimmung des Bundesrats den Reichstag auf, und bei den Neuwahlen erlangte die Regierung mit Hilfe des konservativ-liberalen „Kartells" eine Mehrheit von rund 220 gegen 180 Stimmen, so daß am 11. März das Heeresgesetz in der Fassung der Regierung zur Annahme gelangte. Der unter dem Einflusse des Militärkonflikts und eines drohenden Zusammenstoßes mit Frankreich gewählte Reichstag war auch sonst fruchtbar an Ergebnissen. 1888 setzte er an Stelle der dreijährigen Wahlperioden die fünfjährigen, um den Reichstagen eine längere, von Wahlrücksichten unabhängigere Wirksamkeit zu ermöglichen, und 1889 nahm er das Gesetz über Alters- und Gebrechlichkeitsversicherung (S. 92) an. Da auf die Dauer die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei dreijähriger Dienstzeit ohne ungeheure Kosten nicht möglich war, so wurde 1893 unter Caprivis Staatsleitung, aber nicht ohne nochmalige Reichstagsauflösung (6. Mai), die zweijährige Dienstzeit unter gleichzeitiger Erhöhung der Friedensstärke auf 479000 Mann (ohne Einrechnung der Unteroffiziere, der Einjährig-Freiwilligen und der Offiziere) am 15. Juli mit knapper Mehrheit durchgesetzt. Infolge dieses Gesetzes wurden jährlich 60000 Rekruten mehr eingestellt. Weitere Heeresverstärkungen erfolgten 1912 und 1913 (um 29000 bzw. 136000 Mann in zwei Jahrgängen).

Die immer mehr hervortretende Notwendigkeit, daß Deutschland auch seinen Anteil an dem Welthandel und die ihm unentbehrliche Stütze, einen Landbesitz über See (vgl. S. 93f.), gewinne, führte unter Wilhelm II. zur Schaffung einer mächtigen Flotte. „Unsere Zukunft", erklärte der Kaiser am 23. September 1898 bei der Einweihung des neuen Stettiner Hafens, „liegt auf dem Wasser; wir müssen Weltpolitik treiben." So kam 1898 ein erstes Flottengesetz zustande, das die Zahl der Schlachtschiffe auf 19 festsetzte. Aber sofort schuf der Sieg der Vereinigten Staaten von Nordamerika über das zur See machtlose Spanien (vgl. Bd. III, S. 469) eine andere Lage; die Vereinigten Staaten wurden in Ostasien eine große Macht, und es zeigte sich, daß veraltete Schiffe nicht bloß wertlos, sondern für ihre Bemannung geradezu gefährlich sind. Durch ein zweites Flottengesetz von 1900 stieg die Zahl der Schlachtschiffe auf 38, die der Kreuzer auf 52. 1906 wurde die Flotte durch sechs große, für das Ausland bestimmte Kreuzer verstärkt und nach englischem Vorbild sogenannte „Dreadnoughts" (Schlachtschiffe von mindestens 15000 Tonnen Wasserverdrängung) erbaut; auch die Lebensdauer der Schiffe wurde von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt.

b) Der Kulturkampf.

Das erste Jahrzehnt des neuen Reiches wurde gutenteils ausgefüllt durch einen heftigen Kampf zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche, der auch das Reich in Mitleidenschaft zog. Es war an sich nicht zu erwarten, daß die römische Kurie

Digitized by Google

und ein Staatswesen von so überwiegend evangelischem Gepräge wie das Deutsche Reich sofort das richtige Verhältnis zueinander finden würden; dieses konnte vielmehr erst aus einem Zusammenstoße hervorgehen, in dem beide Teile die Kraft des Gegners erfuhren.

Gleich im ersten deutschen Reichstage bildete sich eine so gut wie ausschließlich katholische Partei, das „Zentrum", das unter der überaus gewandten Führung des früheren hannöverschen Staatsministers Windthorst (1812—91) sich alsbald als ein Hort ultramontaner, welfischer und partikularistischer Bestrebungen betätigte. Es betrieb, freilich vergeblich, eine deutsche Einmischung in Italien, um dem Papst seinen weltlichen Besitz zurückzugewinnen, und verlangte die Aufnahme der Artikel der preußischen Verfassung, die den Kirchen völlige Freiheit von staatlicher Aufsicht gewährleisteten, in die Reichsverfassung, drang aber mit beiden Begehren weder bei Bismarck, noch im Reichstage durch, und deshalb nahm es eine unfreundliche Haltung gegen die Regierung an. Weiter beklagte sich die preußische Regierung, daß die katholische Geistlichkeit in Posen und Westpreußen ihre einflußreiche Stellung, namentlich in dem ihrer Leitung unterstehenden Volksschulwesen, zur Unterstützung der national-polnischen Bestrebungen und zur Polonisierung der deutschen Katholiken mißbrauche. Infolge aller dieser Dinge trat in Preußen an die Stelle des Kultusministers v. Mühler, der als williges Werkzeug der kirchlichen (katholischen wie evangelischen) Herrschaftsgelüste galt, im Januar 1872 Adalbert Falk (1827—1900).

Kaiser Wilhelm II. (1914). Nach Photographie.

Dieser brachte zunächst 1872 ein Gesetz durch, das die Schulaufsicht grundsätzlich als staatlichen Auftrag faßte und die Kreisschulaufsicht auch Laien zugänglich machte. Sodann legte Falk 1873 dem Landtag der Monarchie die vier Gesetze vor, die trotz des heftigsten Widerstandes des Zentrums und der äußersten Rechten eine beträchtliche Mehrheit fanden und, weil sie im Mai 1873 die Bestätigung des Königs erlangten, „Maigesetze" genannt werden. Das erste dieser Gesetze beschränkte das Recht der Kirchen, gegen ihre Mitglieder im Falle der Widersetzlichkeit Strafen zu verhängen, auf rein kirchliche Strafen. Das zweite enthielt Bestimmungen über die Vorbildung und die Anstellung der Geistlichen, wonach diese auf staatlichen Gymnasien und Hochschulen ausgebildet werden und nur mit Zustimmung der Oberpräsidenten, nach vorheriger Anzeige, ihre Ämter antreten sollten. Das dritte ordnete an, daß zum Austritt aus einer Kirche eine Erklärung vor dem zuständigen Amtsgericht genüge. Das vierte Gesetz endlich bestimmte, daß die kirchliche Disziplinargewalt gegen Geistliche nur von deutschen Staatsbürgern (also nicht vom Papst) ausgeübt werden dürfe, und daß gegen kirchliche Disziplinarstrafen die betroffenen Geistlichen an den neu geschaffenen „Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten" Berufung einlegen durften. Ein fünftes Gesetz schaffte 1875 alle Orden in Preußen ab, die sich nicht der Krankenpflege widmeten, beseitigte also namentlich die Schultätigkeit der Mönche.

Da der Papst und ihm nach die Bischöfe diese Gesetze als unvereinbar mit den Grundlagen der katholischen Kirche bezeichneten und die Unterwerfung unter sie verweigerten, so entstand ein langjähriger

Digitized by Google

Kampf zwischen dem Staat und der Kirche, der die große Mehrheit der katholischen Bevölkerung unverbrüchlich Treue und Gehorsam bewahrte. Auf beiden Seiten führte man den Kampf mit aller Schärfe, und weil vielfach katholische Priester von der Kanzel herab die Gläubigen zum Widerstande gegen die Staatsgesetze anfeuerten, so trat die preußische Regierung einer solchen Agitation mit Strafen entgegen. Da aber das Strafrecht zu den Befugnissen des Reiches gehört, so war dessen Verflechtung in den Streit unvermeidlich. Auf Betreiben des bayerischen Ministers v. Lutz, der mit den bayerischen Ultramontanen in scharfem Kampfe stand, wurde schon im November 1871 in das Strafgesetzbuch der sogenannte Kanzelparagraph eingefügt, der den Mißbrauch der Kanzel zur Aufreizung gegen die Regierung unter Strafe stellte. Das Reich lieh der preußischen Regierung noch zweimal seinen Arm. Am 4. Juli 1872 untersagte es durch das „Jesuitengesetz" in Artikel 1 dem Jesuitenorden und seinen Verzweigungen, im Gebiete des Reiches Niederlassungen zu haben und eine Ordenstätigkeit zu entfalten, und es ermächtigte in Artikel 2 die Polizei, ausländische Jesuiten aus dem Reich auszuweisen und inländischen die Freizügigkeit zu entziehen. Sodann führte das Reich am 6. Februar 1875 die Zivilehe allgemein ein. Diese Reichsgesetze sollten der Geistlichkeit und der streitbaren Miliz des unfehlbaren Papstes, dem Jesuitenorden, die Arbeit gegen die Maigesetze unmöglich machen und den kirchlichen Einfluß auf das bürgerliche Leben einschränken.

Die Regierung wurde in diesem Kampfe durch die beiden Mittelparteien, die Freikonservativen und die Nationalliberalen, die überhaupt ihre parlamentarische Stütze bildeten, und längere Zeit auch durch die Fortschrittspartei unterstützt; aus dem Wahlaufruf eines Führers dieser Partei, des Berliner Professors Virchow von 1873, stammt das Wort, daß der Streit ein „Kulturkampf" sei, daß also ein Sieg des Staates auch einen Sieg der Kultur über die Unkultur bedeute. Fast die gesamte liberale und radikale Presse griff die katholische Kirche und das Zentrum auf das heftigste an, und der Minister Falk wurde wohl bei seinen Reisen als der „Edelfalke" gefeiert, der das Gezücht der Eulen und Uhu aus Deutschland verscheuche.

Von der katholischen Bevölkerung standen auf seiten der Regierung die dem Unfehlbarkeitsdogma widerstrebenden Altkatholiken, die unter der Führung von Reinkens (der von ihrer Synode zum Bischof erwählt wurde; vgl. unten, S. 411), Michelis, Döllinger, v. Schulte und anderen den religiösen Katholizismus im Gegensatz zu den politischen Herrschaftsgelüsten der Ultramontanen vertraten, und die sogenannten Staatskatholiken, die zwar den unfehlbaren Papst anerkannten, aber die oberste Hoheit des Staates auf seinem Gebiete und somit sein Gesetzgebungsrecht verfochten. Die große Masse der katholischen Preußen aber fühlte sich durch die „diokletianische Verfolgung", während der von zwölf preußischen Bischöfen sieben wegen Nichterfüllung der Anzeigepflicht abgesetzt wurden und etwa 1000 Pfarreien verwaisten, noch fester als vorher mit dem Papst und den Bischöfen verbunden; die Zahl der katholischen Blätter wuchs in sechs Jahren von 4 auf 120 an, und das Zentrum, das bei seiner Gründung nur 50 Reichstagssitze innehatte, stieg auf mehr als 100 Mitglieder. Die Erregung der katholischen Bevölkerung spiegelte sich in dem Mordanschlag, den der fanatisierte Böttchergeselle Kullmann am 13. Juli 1873 in Kissingen gegen Bismarck verübte. Die parlamentarische Stellung des Zentrums verstärkte sich 1876 auch dadurch, daß die längere Zeit im Verfall begriffene konservative Richtung sich ermannte und unter dem Namen der „Deutschkonservativen Partei" bald eine beträchtliche Machtstellung auch im Reichstag erlangte. Sie ließ zwar die äußerste Rechte (die unter dem früheren Landrat v. Diest-Daber Bismarck als Revolutionär und Söldling der verjudeten Börse befehdete) in ihrem Schoße nicht tonangebend werden, sondern leistete dem großen, früher von den Konservativen auch wegen der freisinnigen preußischen Kreisordnung von 1872 (S. 93) bitter angegriffenen Staatsmann in allgemeinen politischen Fragen Heeresfolge; aber gegen den Kulturkampf verhielt sie sich ablehnend, weil er die evangelische

Digitized by Google

Kirche noch weit mehr schädige als die katholische. Bei Hofe fanden die Katholiken eine Fürsprecherin an der Kaiserin Augusta, was Bismarck und Falk bitter empfanden.

Bismarck rechnete von Anfang an darauf, daß einmal auf den kampfeslustigen Papst Pius IX. wieder, wie das auch sonst die Geschichte zeige, ein friedfertiger Papst folgen werde. Dies trat am 20. Februar 1878 ein, als nach Pius' Tode (7. Febr.) der Kardinal Joachim Pecci als Leo XIII. Papst wurde. Er setzte seinen Ehrgeiz darein, die Wirren, unter denen das staatliche wie das kirchliche Ansehen gleich schwer litten, durch friedlichen Ausgleich zu schlichten. Im Juli 1878 besuchte der Münchener Nuntius Masella Bismarck in Kissingen; am 14. Juli 1879 trat Falk zurück, und das Zusammengehen des Zentrums mit Bismarck in der Zollpolitik (S. 86) wirkte auch auf ihre sonstigen Beziehungen günstig ein. Nach neunjährigen, überaus schwierigen Verhandlungen wurde 1887 ein Friedensschluß erzielt, dem die einschneidendsten Maigesetze zum Opfer fielen, so das über den kirchlichen Gerichtshof und die Vorbildung der Geistlichen in Staatsanstalten. Doch ergab sich der Staat der Kirche keineswegs bedingungslos; vielmehr blieben bestehen die sämtlichen drei Reichsgesetze und in Preußen das Gesetz über die staatliche Schulaufsicht, der Ausschluß der Orden aus der Schule und die Verpflichtung der Bischöfe, die Namen der zu ernennenden Geistlichen vorher dem Oberpräsidenten der betreffenden Provinz anzuzeigen. Das Zentrum ward namentlich seit Caprivis Amtsantritt und vollends seit es im März 1895 das Reichstagspräsidium erhielt, mehr und mehr eine Stütze der Regierung und nutzte seine parlamentarische Machtstellung zu seinen Zwecken; doch konnte es die Unterordnung der Schule unter die Kirche, die 1892 der Kultusminister Graf v. Zedlitz betrieb, und 1900 die „Lex (Gesetz) Heinze" gegen das Nackte in der Kunst nicht durchsetzen, obwohl es die Konservativen unterstützten. Für die Wiederzulassung der Jesuiten fand es seit 1893 wiederholt eine Mehrheit im Reichstage und schließlich drang es mit seinen Wünschen durch, indem zuerst am 8. März 1904 der Artikel 2 des Gesetzes (S. 90) und am 19. April 1917 auch der erste Artikel und damit das ganze Gesetz aufgehoben wurden.

c) Die soziale Frage in Deutschland.

Die Verbesserung der Dampfmaschine durch James Watt hat tiefgreifende Wirkungen ausgeübt. In früheren Jahrhunderten war der Handwerker selbst im Besitze seines Handwerkszeugs und selbständig; er arbeitete nur auf seine Rechnung. Nunmehr aber vermochte nur der Reiche das kostspielige Arbeitsmittel, das die Dampfmaschine darstellt, anzuschaffen; der Arbeiter mußte sich, um seinen Unterhalt zu verdienen, dem Besitzer der Maschine vermieten und ihm einen Anteil des Arbeitsertrags überlassen. Dies empfanden die Arbeiter als ungerecht; sie erwogen nicht, daß der Fabrikbesitzer in erster Linie die Gefahren der Betriebsstockung zu tragen, zur Leitung des Ganzen seinen Verstand und seine geschäftliche Umsicht einzusetzen hat, sie forderten den vollen Ertrag ihrer Arbeit für sich und strebten demgemäß die Überführung der Arbeitsmittel (der Fabriken, der Maschinen, des Grundes und Bodens) in den Gesamtbesitz aller Arbeitenden an. Wer Arbeiter gegen Lohn beschäftigte, sei es als Fabrikant oder Großgrundbesitzer, galt ihnen als Ausbeuter seiner Nebenmenschen. Das war die Auffassung der Sozialdemokratie, die, wie ihr Name besagt, die Herrschaft des zur Gesamtproduktion vereinigten Volkes anstrebte und die Beseitigung irgendwelcher bevorzugter, an der „Arbeit" nicht unmittelbar beteiligten Klassen verlangte. Statt der zwei Klassen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll es nur noch eine Klasse geben, die der Arbeiter. Die wissenschaftlichen Vorkämpfer der Sozialdemokratie in Deutschland waren

Digitized by Google

Ferdinand Lassalle (1825—64), Karl Marx (1818—83) und Friedrich Engels (1820—95), ihre Leiter August Bebel (1840—1913) und Wilhelm Liebknecht (1826—1900).

Die Bewegung schwoll durch den Aufschwung, den unmittelbar nach dem 1870er Kriege Handel und Industrie nahmen, rasch an. Der Rückschlag, der seit der zweiten Hälfte des Jahres 1873 eintrat, machte eine Masse der Arbeiter brotlos, pflanzte Verbitterung und revolutionäre Gedanken in ihre Herzen und vergrößerte so die Zahl der mit der bestehenden Ordnung Zerfallenen. Im Jahre 1875 verschmolzen sich in Gotha die zwei bisher in der Sozialdemokratie vorhandenen Richtungen, die Anhänger Bebels und Liebknechts und die Lassalles, zur „Sozialistischen Arbeiterpartei" und erlangten durch das den Massen günstige gleiche Wahlrecht schon bei den Wahlen zum Reichstag 1877 über 20 Sitze.

Eine indirekte Folge der durch die sozialdemokratische Presse geübten Aufhetzung des Volkes gegen Staat und Gesellschaft war es, daß am 11. Mai 1878 der Klempnergeselle Hödel, der sich als Anarchist und Nihilist bezeichnete, einige Revolverschüsse auf den 81jährigen Kaiser Wilhelm abfeuerte. Er traf nicht. Der Reichstag lehnte die vom Bundesrat vorgeschlagene Verschärfung des Strafgesetzes ab, da die bestehenden Bestimmungen genügend seien. Am 2. Juni brachte Dr. Nobiling (der sich dann durch Selbstmord der Gerechtigkeit entzog) durch zwei Schrotschüsse dem von seinem Wagen aus das Volk freundlich grüßenden Kaiser etliche dreißig Wunden bei, so daß ihn sechs Monate lang der Kronprinz im Amte vertreten mußte. Der Reichstag wurde nun aufgelöst, und der neugewählte Reichstag nahm im Oktober 1878 das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie an — freilich nicht, wie die Regierung gewollt hatte, für immer, sondern nur für zweieinhalb Jahre; doch wurde es wiederholt verlängert und galt bis 30. September 1890. Durch dieses Gesetz wurden sämtliche Vereine der Sozialdemokratie aufgelöst und ihre Zeitungen unterdrückt. In der Stille bestand aber die Organisation, vom Auslande aus gefördert, fort, und unter dem Aushängeschilde der Vertretung der Arbeiterinteressen erstanden neue Zeitungen von sozialdemokratischer Richtung. Gleichwohl hat das Gesetz den Sozialdemokraten die Macht von Staat und Gesellschaft nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht und sie zu gesetzlicherem Verhalten erzogen; die Bewegung selbst freilich unterdrückte es nicht und hat es nicht unterdrücken wollen.

Kaiser Wilhelm und Bismarck waren vielmehr von vornherein davon durchdrungen, daß der zügelnden Gesetzgebung eine schaffende zur Seite gehen müsse, daß man die Wurzeln der Unzufriedenheit nur ausrotten könne durch Abstellung der berechtigten Beschwerden der Arbeiter, durch Fürsorge für die „Schutzlosen im Staate, damit sie auf der Heerstraße des Lebens nicht überrannt und niedergetreten werden". Dem 1881 gewählten, in seiner Mehrheit aus Zentrum und Fortschritt bestehenden Reichstage ging am 17. November die denkwürdige kaiserliche Botschaft zu, welche die Vornahme der Sozialreform als dringende Aufgabe des Staates bezeichnete; darin sprach der 84jährige Kaiser den Wunsch aus, bei seinem Hinscheiden „den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistands zu hinterlassen". Aus diesem Vorgehen der Regierung und dem verständnisvollen Entgegenkommen des Reichstags ging eine Reihe wohltätiger Gesetze hervor, zuerst das über die Errichtung von Kassen für die Unterstützung kranker oder bei Unfällen beschädigter Arbeiter (1883 und 1884), dann das Gesetz über die Versicherung gegen Alter und Gebrechlichkeit (1889); endlich die Gesetze über Arbeiterschutz gegen rücksichtslose Ausnutzung der Zeit und Kraft der Arbeiter (1891), über die unbedingte Sonntagsruhe in der Industrie (1891) und die beschränkte im Handelsgewerbe (vom 1. Jan. 1897 an). Durch eine Reihe

Digitized by Google

von „Novellen" hat man versucht, Mängel, die bei der Handhabung der Gesetze hervortraten, abzustellen. Im Zollgesetz von 1902 wurden Mittel vorgesehen, um 1910 die Witwen- und Waisenversicherung durchzuführen. Im Jahre 1911 faßte die Reichsversicherungsordnung die ganze soziale Gesetzgebung zusammen.

Gegen den in dieser Gesetzgebung hervortretenden „Staatssozialismus" oder das „praktische Christentum", wie Bismarck sagte, kämpfte die 1884 aus der Fortschrittspartei und dem linken Flügel der Nationalliberalen gebildete „Deutschfreisinnige Partei", die der „Manchesterlehre" huldigte, wonach alles Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Dinge nur schädlich wirkt und das Heil bloß vom „freien Spiele der Kräfte" kommt. Die Partei fand aber wenig Anklang und ging von mehr als 100 Abgeordneten auf 20—30 zurück. 1893 spaltete sie sich aus Anlaß des Militärgesetzes (S. 88) in die „freisinnige Volkspartei" und die „freisinnige Vereinigung", die sich aber 1910 unter Zutritt anderer Gruppen der Linken zu der „fortschrittlichen Volkspartei" verschmolzen. Auch die Sozialdemokratie warf sich dem Staatssozialismus entgegen. Wenn er den Deutschfreisinnigen viel zu viel tat, so tat er den Sozialdemokraten viel zu wenig: eine Gesetzgebung, die täglich eine Million für die Arbeiter aufbrachte, bezeichneten sie als „Almosenpolitik", während diese Gesetzgebung doch grundsätzlich den Arbeitern nicht Gnade, sondern Rechte bot. Die Sozialdemokratie wuchs, seit das Ausnahmegesetz mit dem 1. Oktober 1890 erloschen war, so mächtig an, daß sie 1898 $2^1/_4$ Millionen Stimmen und 56 Abgeordnetensitze, 1903 sogar über 3 Millionen und 81 Sitze erlangte. Aber mit ihrer Ausbreitung ging in ihr eine gewisse innere Veränderung vor: es mehrten sich innerhalb der Partei die Stimmen, die aus einer Partei der gewaltsamen Revolution eine Partei der gesetzlich-friedlichen Evolution, der allmählichen Reform machen wollten. Es waren das die sogenannten Revisionisten, die unter der Führung des Bayern v. Vollmar u. a. das Erfurter Parteiprogramm von 1891 revidieren, d. h. es durchsehen und verbessern wollten. Namentlich traten die sozialistischen Gewerkschaften für eine Politik allmählicher Verbesserung der Arbeiterverhältnisse durch Tarifverträge mit den Fabrikanten ein. Aber weder sie noch die Revisionisten entsagten dem Endziel, der Sozialisierung der Produktionsmittel und der Beseitigung des „Klassenstaates".

d) Die Erwerbung von Kolonien durch das Deutsche Reich.

Je mehr die deutsche Bevölkerung an Zahl wuchs (zwischen 1871 und 1900 von 38 Millionen auf 56, von da bis 1914 auf 65), desto notwendiger wurde es, für diese Menschenmengen, die auf die Dauer in der Landwirtschaft ihre Nahrung nicht finden konnten, anderweit Unterhalt zu beschaffen, wenn die steigende Volkseinbuße durch Auswanderung nicht zu einer Gefahr für Deutschland werden sollte. So drängte alles auf die Bahn der industriellen Entwicklung. Um aber für die Industrie billige Rohstoffe zu gewinnen und für ihre Erzeugnisse, soweit sie der einheimische Markt nicht aufnehmen konnte, Absatz zu schaffen, bedurfte Deutschland nicht bloß gesicherter Handelsbeziehungen zu anderen Ländern und einer genügend starken Kriegsflotte (S. 88), um jene Handelssicherheit nötigenfalls mit Waffengewalt aufrechterhalten zu können (so Dez. 1902 bis Febr. 1903 gegen die Vereinigten Staaten von Venezuela unter ihrem Präsidenten Castro), sondern es brauchte auch eigene überseeische Besitzungen als Stützpunkte für den Handel, als Kohlenstationen für seine Schiffe, als Eingangspforten in die der europäischen Kultur sich langsam erschließenden Teile der Erde, Afrika und Ostasien.

Fürst Bismarck hat diese auf Erwerb von Kolonien gerichtete Entwicklung wohl

Digitized by Google

deshalb nicht beschleunigt, weil mit ihr auch die Möglichkeit von Streitigkeiten mit anderen Völkern sich vermehrte; auch war er der Meinung, daß nur eine von innen heraus mit Notwendigkeit sich entfaltende Entwicklung Bürgschaften des Erfolgs und der Dauer in sich trage: Kolonien müßten „wild wachsen". Wo dies der Fall war, da griff er ohne Zögern mit dem mächtigen Arme des Reiches helfend und schützend ein. So nahm er das Gebiet, das 1884 der Bremer Kaufmann Lüderitz an der Bucht Angra Pequena in Südwestafrika von den Hottentotten erwarb, am 24. April unter den Schutz des Reiches (Bd. III, S. 94); und von da ab folgten sich die Erwerbungen rasch, fast überall so, daß zunächst Handelsgesellschaften sich festsetzten und den Reichsschutz erlangten, nach einiger Zeit aber die Landeshoheit an das Reich unmittelbar überging. Der Reihe nach wurden so erworben 1884—95 Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika, Togo, Kamerun, das Kaiser-Wilhelms-Land auf Neuguinea, der Bismarck-Archipel, die Marschallinseln, 1898 Kiautschau mit Tsingtau, 1899 die Karolinen und Marianen und von der Samoagruppe die beiden Hauptinseln Sawaii und Upolu. Der gesamte Kolonialbesitz umfaßte 1901 etwa 2650000 qkm mit mehr als 12 Millionen Einwohnern; er wurde mit steigendem Erfolg nutzbar gemacht und 1904—05 ein Aufstand der Herero und der Hottentotten in Südwestafrika unter Einsatz von 17000 Mann Freiwilligen unter General v. Trotha niedergeschlagen.

e) Die chinesischen Wirren.

Seit Japan 1894—95 in dem über den maßgebenden Einfluß in Korea entbrannten Kriege gesiegt und durch den Frieden von Schimonoseki Formosa erobert hatte (Bd. I, S. 220), gab es eine neue ostasiatische Frage: alle Großmächte wollten sich ihren Anteil an dem aus China zu ziehenden Handelsgewinne sichern. Aber dabei gerieten die Interessen Rußlands auf der einen, Japans und Englands auf der andern Seite in scharfen Gegensatz zueinander. Rußland als Grenznachbar Chinas konnte leicht auf dessen Nordprovinzen die Hand legen; Japan glaubte diesem Emporwachsen Rußlands nicht gleichgültig zusehen zu können, und England legte wegen seiner Interessen im Yangtsegebiet auf Chinas Selbständigkeit alles Gewicht. Deutschland wieder mußte seinen fortwährend wachsenden Handel mit China schützen, und für Frankreich kam wenigstens der Süden des Riesenreichs in Betracht, an das die 1885 gewonnene französische Kolonie Tongking stieß (Bd. I, S. 529f.).

Die Ermordung deutscher katholischer Missionare in der Provinz Schantung gab dem Deutschen Reich im November 1897 Gelegenheit, sich in Kiautschau festzusetzen und im Januar 1898 hier ein Stück Land auf 99 Jahre von China zu pachten; die Stadt Tsingtau blühte rasch auf, bis 1914 diese schönste deutsche Außenbesitzung in die Hände Japans fiel. Rußland „pachtete" im Dezember 1897 den chinesischen Hafen Port Arthur, und im März 1898 tat England das gleiche mit dem (Port Arthur auf der Südseite des Golfs von Petschili gegenüberliegenden) Hafen von Weihaiwei (vgl. ebenda, S. 223), und Frankreich im April 1898 mit der Hainau gegenüberliegenden Bucht von Kwangtschauwan. Europäische Gesellschaften erlangten die Erlaubnis zur Anlage von Eisenbahnlinien, um das Innere Chinas dem Verkehr zu erschließen.

Dieses rasche Überfluten des so lange gegen das Ausland abgeschlossenen Reiches durch die Europäer erregte aber in dem zunächst betroffenen Nordchina eine nationale Reaktion. Es bildete sich der politische Verein der „Boxer", der sich die Vertreibung der Fremden zum Ziele setzte und 1900 etwa 250 Europäer und 30000 chinesische Christen zum Teil unter scheußlichen Martern ermordete. Die Kaiserin-Witwe Tsze hsi unterstützte diese Bewegung,

Digitized by Google

und am 12. Juni wurde der Sekretär der japanischen Botschaft, am 20. Juni der deutsche Gesandte Freiherr v. Ketteler, dieser durch einen Soldaten der kaiserlichen Bannertruppen, auf Weisung von oben her, meuchlerisch in Peking erschossen. Die übrigen Gesandten wurden samt ihren Familien fast zwei Monate lang durch Boxer und kaiserliche Truppen belagert.

Auf diese Nachrichten hin entsandte Kaiser Wilhelm II. eine Division Schlachtschiffe und etwa 25000 Mann Freiwilliger nach China. Die anderen Großmächte schickten ebenfalls Truppen, und um das so nötige Zusammenwirken dieser Streitkräfte zu gewährleisten, erhielt der deutsche Feldmarschall Graf Alfred Waldersee den gemeinsamen Oberbefehl. Ehe dieser in China eintraf, eroberten etwa 20000 Europäer, Amerikaner und Japaner am 14. August Peking und retteten das schwer bedrohte Leben der Belagerten. Der kaiserliche Hof entfloh nach der alten Residenz Singanfu. Waldersee säuberte die Provinz Petschili von Boxern und Räubern und erhielt vor allem die Eintracht unter den Truppen von Mächten, deren Interessen in China zum Teil weit auseinanderliefen. Namentlich zwischen Rußland, das sich der Mandschurei bemächtigte, und England drohte ein Zusammenstoß; Deutschland und England dagegen verständigten sich im Oktober 1900 dahin, daß sie in China den Grundsatz der „offenen Tür" für alle zivilisierten Nationen zur Geltung bringen wollten. Schließlich verstand sich China dazu, durch besondere Sühnegesandtschaften Deutschland (4. Sept. 1901 Prinz Tschun in Potsdam) und Japan für die vorgefallenen Mordtaten Genugtuung zu leisten; und in dem am 7. September unterzeichneten Friedensprotokoll versprach China die Zahlung von 1350 Millionen Mark Kriegskostenentschädigung an Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, Österreich, Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Am 30. Januar und im März 1902 verbündeten sich zuerst England und Japan (vgl. Bd. I, S. 229), dann Rußland und Frankreich zur Förderung ihrer Interessen in China und Korea, so daß im fernen Osten zwei Bündnisse einander gegenüberstanden. Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu China entwickelten sich sehr günstig (Bau der 300 km langen Bahn in der Provinz Schantung; Aufblühen von Tsingtau).

f) Die einzelnen Staaten des Deutschen Reiches.

α) Preußen.

Der preußische Staat erhielt durch die Ereignisse von 1866 und 1870, die sein ganzes Gefüge veränderten und ihm neue große Aufgaben stellten, einen entscheidenden Anstoß zu inneren Reformen; an die Stelle der Vollgewalt der Regierung, die aus den Zeiten des Polizeistaats in die Verfassung von 1850 (Bd. VII, S. 404) übernommen war, und an die Stelle der Bevorzugung des Grundadels traten Einrichtungen der Selbstverwaltung. Beispielsweise hatte in den Landgemeinden der Gutsherr noch das Recht, den Schulzen zu ernennen; der Landrat des Kreises wurde auf den Vorschlag der Rittergutsbesitzer, unter Beiseitelassung der anderen Kreisinsassen, vom König ernannt; in den Provinziallandtagen hatte der Adel das Übergewicht.

Bereits am 27. November 1871 versprach der König in der Thronrede eine neue Kreisordnung, und der Minister des Innern, Graf Friedrich zu Eulenburg (1815—81, Minister 1862—78), setzte sie, obwohl das Herrenhaus sie zunächst ablehnte und auch Bismarck große Bedenken hatte, doch mit Hilfe der königlichen Ernennung von 25 neuen Herrenhausmitgliedern im Dezember 1872 durch.

Da in Posen die Rücksicht auf die Stimmung der Polen die Gewährung voller Selbstverwaltung verbot, so galt die Neuregelung nur für die fünf östlichen Provinzen Preußen (seit 1878, wie schon bis 1823, in

Digitized by Google

Ost- und Westpreußen geteilt), Pommern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien. Seitdem wählten die Landgemeinden ihren Vorsteher selbst; nur den besonderen Gutsbezirken stand der Gutsherr oder der von ihm ernannte Vertreter vor. Die Landgemeinden und die Stadtgemeinden, die unter 25000 Einwohner zählten, wurden jeweils als Kreis zusammengefaßt, dessen Geschäfte ein von allen ansässigen Kreisgenossen indirekt gewählter Kreistag von mindestens 25 Mitgliedern besorgte. Den Städten sollte auf den Kreistagen höchstens die Hälfte der Stimmen, der Rest dem Land angehören. An der Spitze stand ein Landrat, den der König auf den Vorschlag des gesamten Kreistags ernannte, ein Kreisausschuß von sechs Mitgliedern unterstützte den Landrat. Die Städte mit über 25000 Seelen bildeten besondere „Stadtkreise". In den Jahren 1885—89 wurde die Kreisordnung auch in den übrigen Provinzen eingeführt; in Posen wurden aus dem erwähnten Grunde der Selbstverwaltung engere Grenzen gezogen.

Im Jahre 1875 wurden auch die Provinziallandtage (vgl. Bd. VII, S. 348) reformiert. Sie bestanden seitdem aus Abgeordneten der Kreistage und der (zu der Wahl in einer gemeinsamen Sitzung zusammentretenden) städtischen Kollegien (Magistrate und Stadtverordneten), versammelten sich mindestens alle zwei Jahre auf königliche Ladung hin und beschlossen über alle Provinzialsachen, namentlich über Wegebauten, Bodenverbesserungen, gemeinnützige Anstalten, Landesbibliotheken, Denkmalpflege und Verwaltung der vom Staate den Provinzen durch das Dotationsgesetz überwiesenen Summen; durch die Gründung von „Landesbanken" und ähnlichen Anstalten haben die Provinzen zum Teil beträchtliche eigene Geldmittel erhalten. Die Verwaltung der Provinzen besorgt jeweils ein Provinzialausschuß von 7—13 Personen mit einem Landesdirektor als dem Dienstvorgesetzten aller Provinzialbeamten.

Bismarck, durch das Vorgehen seiner Mitminister, die gegen seinen Willen jenen Pairsschub beim König durchgesetzt hatten, und durch die politische Kurzsichtigkeit der Konservativen, die ihm wegen seines Zusammengehens mit den Nationalliberalen grollten, tief verstimmt, überließ am 21. Dezember 1872 das Präsidium im preußischen Ministerium dem Kriegsminister Generalfeldmarschall Grafen v. Roon und beschränkte sich auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. In der Erkenntnis, daß diese Trennung die Stellung des Reichskanzlers erschwere, übernahm er jedoch, als Roon am 9. Nov. 1873 zurücktrat (gest. 23. Febr. 1879), das Ministerpräsidium wieder, um es bis zu seinem Sturze zu behalten.

Der durch den Kultusminister Falk (S. 89) an die Spitze des evangelischen Oberkirchenrats (für die alten Provinzen) gesetzte, liberal gesinnte Präsident Herrmann schuf 1873 für die östlichen Provinzen eine evangelische Kirchenverfassung, welche den Gemeinden einen Kirchenvorstand, den Kreisen und Provinzen aber eine kirchliche Vertretung durch Synoden gab. Das Werk krönte 1876 die Errichtung einer Generalsynode für die acht alten Provinzen (150 Abgeordnete der Provinzialsynoden, 30 vom König ernannte Mitglieder, 6 Vertreter der Universitäten Königsberg, Greifswald, Breslau, Berlin, Halle und Bonn). In den Synoden hatte fast durchgängig die „positive" oder orthodoxe Partei die Mehrheit. In den neuen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau wurde an den bestehenden Landeskirchen nichts geändert. In jeder einzelnen Provinz stand einem Konsistorium und einem Generalsuperintendenten die Leitung der provinzialen kirchlichen Verhältnisse zu.

Sobald Bismarck nach der ersten Einrichtung des Reiches den Fragen des wirtschaftlichen Lebens größere Aufmerksamkeit widmete, betätigte er auch hier den Geist weitschauender Staatskunst und kühnen Vorangehens. Wie er anläßlich der 1873 nach ein paar sehr fetten Jahren ausgebrochenen wirtschaftlichen Krisis von der Bahn des Freihandels 1879 in die des gemäßigten Schutzzolles (S. 86) einlenkte (was ihn ebenso den Liberalen entfremdete, wie dem Zentrum näherte), so erlangte er durch preußisches Gesetz 1876 die Ermächtigung, alle preußischen Staatsbahnen geeignetenfalls ans Reich zu verkaufen. Er hoffte durch den Übergang aller deutschen Bahnen ans Reich eine einheitliche Eisenbahnpolitik zu ermöglichen. Der Präsident des Reichskanzleramts Delbrück (S. 81), ein Gegner

Digitized by Google

jeder Einmischung des Staates in wirtschaftliche Dinge, trat von seinem Amte zurück. Da aber die Mittelstaaten aus Furcht vor einer Minderung ihrer Selbständigkeit den Gedanken der Eisenbahnvereinheitlichung ablehnten und Bismarck es grundsätzlich vermied, auf die Bundesstaaten ohne zwingende Not einen Druck auszuüben (S. 81), so verzichtete er auf den großen Plan und erwarb mit Hilfe des umsichtigen und tatkräftigen Ministers Maybach, der 1878 an die Spitze des neuerrichteten Ministeriums der öffentlichen Arbeiten trat, 1880—85 alle größeren Privatbahnen, deren es zusammen 49 gab, um eine Summe von etwa $5^1/_2$ Milliarden Mark für den Staat.

Dieser hatte 1878 nur 4800, 1902 aber 34000 km Eisenbahnen. Der Besitz der Privatbahnen ist auf 1300 km zurückgegangen, und darunter sind die meisten rein örtliche Bahnen. Durch diese in großem Stile durchgeführte Verstaatlichung wurde das größte Bahnsystem mit einheitlicher Spitze in der ganzen Welt geschaffen und seine planmäßige Leitung ermöglicht; indem den 21 Eisenbahndirektionen, von denen eine durchschnittlich über 1600 km zu verwalten hat, eine große Selbständigkeit belassen wurde, entging man den Nachteilen allzu großer Zentralisation. Obwohl es der preußischen Bahnverwaltung an Tadlern nicht fehlte und ihr namentlich oft fiskalische Engherzigkeit vorgeworfen wurde, weil sie jährlich im Durchschnitt etwa 70 Millionen Mark Überschüsse erzielte, so waren doch die Erfolge dieser Verwaltung unleugbar. Die Überschüsse fanden wieder nutzbringende Verwendung; in einem Zeitraume, wo Frankreich 10 Millionen für Gehaltserhöhungen und Landesverbesserungen ausgab, wandte Preußen hierfür 200 Millionen auf. Im Jahre 1896 schloß das Großherzogtum Hessen (das einst auch als erster Mittelstaat dem Zollverein beigetreten war; Bd. VII, S. 347) wieder als erster Mittelstaat mit Preußen einen Vertrag über Errichtung einer Eisenbahngemeinschaft, vermöge deren die preußischen und hessischen Staatsbahnen als ein Ganzes verwaltet werden sollten; Hessen entsandte ein Mitglied in die oberste Verwaltungsbehörde nach Berlin und erhielt seinen Anteil an den Erträgen. Dieser belief sich jährlich auf etwa 2 Millionen Mark, womit eine Reihe lange zurückgestellter hessischer Staatsaufgaben, so die Aufbesserung der Beamtengehälter, ohne Inanspruchnahme der Steuerzahler gelöst werden konnte; überdies wurden die Zahl der Wagen und Züge beträchtlich vermehrt, die Fahrtaxen vermindert und die Gehälter sämtlicher Bahnbediensteten wesentlich erhöht. Die Bestrebungen, ein einheitliches deutsches Eisenbahnsystem zu schaffen, stießen bald auf den Widerstand Preußens, das auf eine so reiche Quelle von Einnahmen nicht verzichten wollte, und des auf seine Selbständigkeit streng haltenden Bayerns. So kam es nur zu einem deutschen Güterwagenverband (1908).

Am 24. Juni 1890 trat der Oberbürgermeister von Frankfurt, Miquel (S. 52 u. 86), an die Spitze des preußischen Finanzministeriums, das er bis 1901 innehatte. Sein Freund Rudolf v. Bennigsen hat ihn an seinem Grabe den größten preußischen Finanzminister des 19. Jahrhunderts nennen dürfen. Miquels Hauptverdienst ist die völlige Neugestaltung des Steuerwesens 1891; er richtete die Einkommensteuer auf dem Boden der unter Eid gestellten Selbstangabepflicht des Steuerzahlers über sein Einkommen ein, mit Abstufungen der Steuerleistung nach dem Vermögen, und zog außerdem das Vermögen aus Besitz zu einer Ergänzungssteuer heran; Einkommen unter 900 Mark blieben ganz steuerfrei. Der Bruttoertrag der Einkommensteuer belief sich nach der 1892 durchgeführten Reform auf 125, der der Vermögenssteuer auf 32 Millionen Mark; der Nettoertrag beider Steuern betrug 140 Millionen, d. h. ein volles Viertel des Staatsbedarfs. Im Anschluß daran setzte Miquel auch eine neue Gemeindebesteuerung durch. Mit seinem Plane, die Finanzen des Reiches und die der Einzelstaaten je auf gesonderten Grundlagen aufzubauen und störende Einwirkungen des Reiches (durch Matrikularforderungen) auf den Haushalt der Bundesstaaten abzuschneiden (S. 86), hatte Miquel kein Glück. Ebenso scheiterte der vom Kaiser selbst lebhaft gewünschte Bau eines großen Kanalnetzes vom Rhein zur Weser und Elbe, das die Eisenbahnen namentlich des östlichen Rheinlandes und Westfalens entlasten sollte.

Zwar genehmigte das Abgeordnetenhaus 1886 den Kanal von Dortmund an der Ruhr bis zur Ems; aber die Kanäle von Dortmund zum Rhein und der große „Mittellandkanal" von der Ems zur Weser und

Digitized by Google

weiterhin zur Elbe erregten sowohl bei den Vertretern der Landwirtschaft, die davon ein weiteres Anwachsen der Zufuhr des überseeischen Getreides befürchteten, als auch bei den schlesischen Industriellen, die dadurch einen erleichterten Wettbewerb der Industrie des Westens erwarteten, große Bedenken, und 1899 lehnte das Abgeordnetenhaus die Vorlage ab; als „Kanalrebellen" wurden zahlreiche beamtete Abgeordnete abgesetzt. Eine umgearbeitete Vorlage stieß 1901 ebenfalls auf entschiedene Ablehnung.

Da die preußischen Polen nur widerwillig dem Staatsverband angehörten und sich nach Bismarcks Ausdruck nur als „Staatsbürger auf Kündigung" betrachteten, so wurde 1886 die Ansiedlungskommission errichtet, welche mit 100 Millionen Mark polnische Güter, besonders des Adels, ankaufen und mit Deutschen besiedeln sollte. 1898, 1902, 1907 wurden zu demselben Zweck 100, 150 und 275 Millionen Mark bewilligt; ins Reichsvereinsgesetz wurde 1908 die Vorschrift aufgenommen, daß in öffentlichen Versammlungen außerhalb der Wahlzeiten nur Deutsch gesprochen werden dürfe, und der Regierung das Recht erteilt, Landbesitz nötigenfalls durch Enteignung zur Ansiedlung zu erwerben; doch ward davon fast kein Gebrauch gemacht, und 1914 trat wegen des Weltkriegs ein Umschwung in der Polenpolitik ein.

Das preußische Dreiklassenwahlrecht wurde von der Linken hart angefochten, und 1908 gab die Regierung Bülows das Versprechen einer allerdings engbegrenzten Reform. Die Versuche einer solchen, die v. Bethmann Hollweg 1910 unternahm, scheiterten aber vollständig, und erst unter dem Einfluß des Weltkriegs erging am 7. April 1917 die königliche Osterbotschaft, welche das Dreiklassenwahlrecht für nicht länger haltbar erklärte. Die Abschaffung erfolgte nach langem Widerstand der Konservativen und des rechten Flügels der Nationalliberalen am 24. Oktober 1918.

β) Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden.

In **Bayern** leitete unter König **Ludwig II.** (1845—86, König seit 1864) die Geschäfte der Minister **Lutz** bis 1890 (S. 90) in scharfem Gegensatze zu den Ultramontanen. Ludwig II. zog sich mehr und mehr von der Öffentlichkeit zurück und spann sich in ein der Musik und der Baukunst („Königsschlösser") gewidmetes Traumleben ein, worüber die Zivilliste in völlige Verwirrung geriet. Unter Vormundschaft gestellt, ertränkte sich der König im Starnberger See am 13. Juni 1886. Da sein Bruder Otto (1848—1916) auch längst in Geisteskrankheit versunken war, so übernahm dessen Oheim, Prinz **Luitpold** (1821—1912, zweiter Sohn Ludwigs I.), als Prinz-Regent die Regierung. Das Zentrum hatte seit 1899 eine kleine Mehrheit in der Zweiten Kammer, und am 18. Februar 1903 ward der gemäßigtliberale Ministerpräsident (seit 31. Mai 1890) Graf v. Crailsheim zum Rücktritt gezwungen. Seitdem waren Ministerien des Zentrums am Ruder, und die Annahme der direkten Wahl der Abgeordneten befestigte 1906 seine Herrschaft. Nach Luitpolds Tod übernahm sein ältester Sohn **Ludwig** die Regentschaft; am 5. November 1913 legte er sich, da König Ottos Genesung ausgeschlossen war, mit Zustimmung des Landtags als Ludwig III. den Königstitel bei.

In **Sachsen** starb der wackere und feingebildete, als Danteübersetzer bekannte König **Johann** am 29. Oktober 1873. Auf ihn folgte sein aus den Kriegen von 1866 und 1870—71 berühmter tüchtiger Sohn **Albert** (gest. 19. Juni 1902). Um dem Reichseisenbahnplane zuvorzukommen, kaufte der sächsische Staat bereits Mitte der siebziger Jahre nach und nach sämtliche Privatbahnen Sachsens auf; 1894 und 1901 erfuhr das Klassen- und Einkommensteuergesetz vom Jahre 1873 eine zeitgemäße Reform. Bei dem Zunehmen der Sozialdemokratie, die 1895 von 80 Landtagswahlkreisen 14 eroberte, ersetzten 1896 die Regierung und die seit 1880 in ihrer Mehrheit konservativen Stände das 1868 eingeführte allgemeine gleiche Wahlrecht durch ein Dreiklassenwahlrecht, das die Sozialdemokratie bis auf einen aus der Zweiten Kammer ver-

Digitized by Google

trieb. 1909 wurde ein Mehrstimmenrecht eingeführt, durch das die Sozialisten wieder etliche 20 Stimmen erlangten; etwa zwei Drittel des Landtags waren unter dem Mehrstimmenrecht konservativ oder nationalliberal. Unter dem Einfluß des Weltkriegs trat hier eine Änderung ein.

In Württemberg war unter der Regierung König Karls I. (1864—91, geb. 1823) die „deutsche Partei", welche die Nationalliberalen und gemäßigten Konservativen in sich vereinigte, im Landtage maßgebend, und der Ministerpräsident Freiherr v. Mittnacht (1825 bis 1909; S. 82) leitete die Staatsgeschäfte im Einvernehmen mit dieser Partei. Auf Karl I. folgte dessen Vetter Wilhelm II. (geb. 1848), der den französischen Krieg mitgemacht hatte und Pflichtgefühl, Wohlwollen und zuverlässige nationale Gesinnung betätigte. Am 1. Dezember 1893 vereinbarte er durch die Abkunft von Bebenhausen mit dem Kaiser die Aufstellung einer gemeinsamen Altersliste für die preußischen und württembergischen Offiziere. Bei den Landtagswahlen von 1895 erlangten die demokratische „Deutsche Volkspartei" und das soeben auch in Württemberg gegründete Zentrum zusammen die Mehrheit, und der demokratische Führer Payer nahm den Präsidentensitz der Zweiten Kammer ein. Mittnacht bequemte sich nun den Forderungen der Volkspartei an; aber weder die Verfassungsreform, welche die Bevorrechteten („Ritter und Prälaten") aus der Zweiten Kammer entfernen sollte, noch die Steuerreform, durch die eine ergänzende Einkommensteuer eingeführt werden sollte, noch das Gesetz über die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher gelangten damals über die parlamentarischen Klippen hinweg. Seit 1. April 1902 hat Württemberg unter Festhaltung seiner Posthoheit (S. 82) auf seine besondere Briefmarke verzichtet. 1900 kam eine Bewegung auf Abschluß einer Eisenbahngemeinschaft mit Preußen-Hessen in Gang, da die Rente der Staatsbahnen kaum noch 3 Prozent betrug; jedoch die ultramontan-demokratische Mehrheit der Zweiten Kammer widerstrebte. 1903 wurde die ergänzende Einkommensteuer angenommen, 1906 die Verfassungsreform durch Einführung der „reinen Volkskammer" zustande gebracht und 1909 die Laienaufsicht über die bisher von der Geistlichkeit geleitete Volksschule durchgesetzt.

In Baden herrschte seit 1852 Großherzog Friedrich I. (1826—1907), der Schwiegersohn Kaiser Wilhelms I., ein national und liberal gesinnter Fürst. Der scharfe Gegensatz zwischen dem Staat und der katholischen Kirche führte 1876 unter dem Ministerium Julius Jolly (1868—1876) zur Einführung konfessionell gemischter („simultaner") Volksschulen. Seit 1881 ließ die Spannung nach; aber 1893 errang das Zentrum die Mehrheit in der Zweiten Kammer. Am 27. Juni 1901 trat eine Veränderung des Ministeriums in konservativem Sinn ein, indem statt des Liberalen Nokk Artur Brauer „Staatsminister" (Ministerpräsident) und Dusch Kultusminister wurde. Dieser zeigte die Neigung, den Wunsch der bischöflichen Kurie in Freiburg und des Zentrums nach Zulassung von Männerklöstern zu erfüllen, indem er dadurch der versöhnlicheren Richtung im Zentrum die Oberhand zu verschaffen hoffte; allein es kam keine Verständigung mit dem Erzbischof zustande. 1904 wurde das direkte Wahlrecht zur Zweiten Kammer eingeführt. Nach Brauers Rücktritt 1905 übernahm Dusch die Stelle des Staatsministers. 1907 folgte Friedrich II. seinem Vater nach. Die Liberalen, Demokraten und Sozialisten hielten als „Block" 1905—1917 gegen das Zentrum und die Konservativen zusammen und entrissen ihnen die Mehrheit.

γ) Die Reichslande.

In Elsaß-Lothringen übte nach dem Reichsgesetz vom 9. Juni 1871 der Kaiser die Staatsgewalt aus; es wurde damit „Reichsland", insofern die Staatsgewalt hier mit der

Digitized by Google

Reichsgewalt zusammenfiel. Minister für das Reichsland war der Reichskanzler; die Regierung des Landes leitete 1871—79 als tüchtiger und umsichtiger Oberpräsident v. Möller. Kraft § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 stand ihm das Recht zu, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit alle ihm notwendig erscheinenden Maßregeln zu treffen, äußersten Falls selbst die Truppen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Landes heranzuziehen. Die schwierige Stimmung der Elsaß-Lothringer, unter denen namentlich die „Notabeln", d. h. die Fabrikanten, Großgrundbesitzer, Ärzte und Notare, verwelscht waren, machte diesen „Diktaturparagraphen" lange Zeit notwendig. Am 1. Januar 1874 trat in Elsaß-Lothringen die Reichsverfassung ins Leben; die 15 zum Reichstage gewählten Abgeordneten verdammten jedoch fast alle als „Protestler" die Losreißung von Frankreich als Gewaltakt.

Allmählich gewannen aber die sogenannten Autonomisten an Boden, die dem Land möglichste Selbständigkeit innerhalb des Reichsverbandes erringen wollten. Bismarck förderte diese Bewegung, um die Elsaß-Lothringer auf diesem Umwege zu guten Deutschen zu machen, und gewährte dem Land 1874 eine zunächst beratende, seit 1877 aber beschließende Volksvertretung, den Landesausschuß, dessen 58 Mitglieder infolge des beschränkten Wahlrechts hauptsächlich dem Kreise der Notabeln angehörten.

Am 4. Juli 1879 verlieh das Reich dem Reichslande die sehnlichst gewünschte Selbstverwaltung; seitdem regierte ein kaiserlicher Statthalter das Land; ein Staatssekretär und vier Unterstaatssekretäre, alle vom Kaiser ernannt, besorgten die Geschäfte. Der Reichskanzler hörte damit auf, Minister für das Reichsland zu sein; Elsaß-Lothringen durfte 1911 auch drei beratende Vertreter in den Bundesrat entsenden, der damit auf 61 Mitglieder anwuchs. Statthalter war von 1879—85 der frühere Feldmarschall Edwin v. Manteuffel (S. 80), der den Notabeln gegenüber eine verhängnisvolle Schwäche bewies. Auf ihn folgte Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst (vgl. S. 63 und 85; bis dahin Botschafter in Paris), dessen vornehme und ruhige Art die Verhältnisse einigermaßen besserte. Als der Fürst 1894 Reichskanzler wurde, folgte ihm Fürst Hermann v. Hohenlohe-Langenburg, unter dem 1902 der Diktaturparagraph aufgehoben wurde. 1911 erhielt das Reichsland unter dem Statthalter Grafen Wedel eine Verfassung, wodurch die Einwirkung des Bundesrats und Reichstags beseitigt, der Statthalter des Kaisers mit selbständigeren Befugnissen ausgestattet und ein aus zwei Kammern bestehender Landtag errichtet wurde; für die Zweite Kammer galt das gleiche Wahlrecht. Die Mehrheit hatte das Zentrum. Angebliche Ausschreitungen der Militärgewalt in Zabern führten 1913—14 zu einer Krisis, infolge deren v. Dallwitz Statthalter wurde.

δ) Die übrigen deutschen Bundesstaaten.

Die staatliche Verfassung Deutschlands brachte es mit sich, daß neben der Reichspolitik eine sie mannigfach berührende, bisweilen sie kreuzende einzelstaatliche Entwicklung herlief, die sich hier zwar nicht verfolgen läßt, aber dennoch in ihren Grundlagen, den dynastischen Veränderungen und innerstaatlichen Bewegungen, berührt werden muß.

Im Großherzogtum Hessen starb am 13. Juni 1877 der Großherzog Ludwig III. (1848—77), der ebenso unfähig wie auf seine Souveränetät eingebildet gewesen war. Unter seinem Neffen Ludwig IV. (1877—92), der mit Alice, einer Tochter der Königin Viktoria von Großbritannien, vermählt war, wurde der längere Zeit währende Streit mit der katholischen Kirche 1887/88 beigelegt. Sein Sohn Ernst Ludwig (geb. 1868) schloß 1896 den Eisenbahnvertrag mit Preußen (S. 97).

In Braunschweig erlosch am 18. Oktober 1884 durch das Ableben Herzog Wilhelms die regierende Linie, und da der nächstberechtigte Erbe, Herzog Ernst August von Cumberland, der Sohn des vertriebenen

Digitized by Google

Königs Georg V. von Hannover (S. 49), mit Preußen keinen Frieden gemacht hatte, so setzte der Bundesrat den Prinzen Albrecht von Preußen (1837—1906), einen Neffen Kaiser Wilhelms I., als Regenten ein. Die Zinsen des Welfenfonds (S. 50) wurden trotzdem 1892 dem Herzog von Cumberland überwiesen. Nach Albrechts Tode wählte die Landesversammlung den wackeren Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg zum Regenten. 1912 aber verlobte sich Ernst Augusts Sohn, Ernst August, mit des Kaisers Tochter, Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, und nun wurde er am 2. November 1912 vom Bundesrat als Herzog von Braunschweig anerkannt.

In Lippe hinterließ Fürst Woldemar bei seinem Abscheiden am 20. März 1895 ein Testament, wonach für seinen geisteskranken Bruder, den Prinzen Alexander, der Prinz Adolf von Schaumburg, der Schwager des Kaisers, die Regentschaft führen solle. Hiergegen erhob aber Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld Einspruch; und durch Urteil eines Schiedsgerichts, worin König Albert von Sachsen den Vorsitz neben sechs Mitgliedern des Reichsgerichts führte, wurde im Juli 1897 Graf Ernst in die Regentschaft eingesetzt.

Am 28. März 1909 erlosch mit Fürst Karl Günter von Schwarzburg-Sondershausen der Mannesstamm dieses Hauses; der Thron ging auf Fürst Günter von Schwarzburg-Rudolstadt über.

1918 starb der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, die Frage der Nachfolge war schwierig, weil der erbberechtigte Herzog Michael im Weltkrieg als russischer General gegen Deutschland gekämpft hatte. Die Regentschaft übernahm einstweilen der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin.

In den Hansestädten wurden die Volksvertretungen („Bürgerschaften") ebenfalls demokratisiert, das allgemeine Wahlrecht aber nicht angenommen. Hier brachte erst der Weltkrieg einen Umschwung.

B. Österreich-Ungarn.

a) Österreich.

Obwohl in Österreich das deutschliberale Bürgerministerium Herbst-Giskra (S. 59) schon Anfang 1870 zurücktrat, so blieb doch hier die auf die Deutsch-Liberalen gestützte „Verfassungspartei" bis 1879 am Ruder; an der Spitze des liberalen Kabinetts stand 1871—79 Fürst Adolf Auersperg. 1873 wurde das Abgeordnetenhaus, das bisher aus Wahlen der Landtage der Kronländer hervorging, auf direkte Wahlen der drei „Kurien" der Großgrundbesitzer, der Städte und Marktflecken und der Handels- und Gewerbekammern und auf indirekte Wahlen der Landgemeinden gegründet. Die vier Kurien wählten 85, 116, 21 und 131, zusammen 353 Abgeordnete. Die Tschechen, welche die Verfassung von 1861 nicht anerkannten, blieben dem Reichsrat fern und machten aus ihrer Hinneigung zu Rußland als slawischer Vormacht kein Hehl. Dadurch wurde die Stellung der Verfassungspartei allmählich erschüttert; und als sie sich Anfang Oktober 1878 der Besitznahme Bosniens und der Herzegowina durch Österreich widersetzte, wandte sich der Kaiser Franz Josef von ihr ab, der die Notwendigkeit erkannte, sich auf der Balkanhalbinsel gegenüber dem Vordringen des russischen Einflusses eine vorteilhaftere Stellung zu sichern. Am 12. August 1879 berief der Kaiser das Ministerium des Grafen Taaffe, das, die sogenannte „Versöhnung der Nationalitäten" erstrebend, die bisherige Führung der Deutschen beseitigte und sich auf die Slawen sowie auf die mit diesen verbündeten deutschen Klerikalen und den Feudaladel (namentlich den böhmischen) stützte. Nunmehr traten die Tschechen, bei denen die konservativen Alttschechen allmählich durch die radikaleren Jungtschechen verdrängt wurden, in den Reichsrat ein und rissen in der Prager Landtagsstube die Herrschaft an sich; unter anderm setzten sie die Trennung der uralten deutschen Hochschule zu Prag in eine deutsche und eine tschechische durch. Die Deutschen traten infolgedessen auf längere Zeit aus dem Landtag aus, und auch bei ihnen erlangten die radikaleren Richtungen der „deutschen Volkspartei" und der nur deutschnationale Interessen verfolgenden „Alldeutschen" unter den schneidigen Führern Ritter v. Schönerer, Iro und Wolf die Oberhand. Die beiden letzteren Richtungen waren zugleich scharf antisemitisch, während die liberale Verfassungspartei stark mit Juden durchsetzt

Digitized by Google

war. Taaffe fiel am 11. November 1893, weil er das allgemeine gleiche Wahlrecht einführen wollte, was die Polen, Konservativen und Liberalen parlamentarisch sehr geschwächt hätte.

Nach einem Versuche, mit dem „Koalitionsministerium" des Fürsten Windisch-Graetz zu regieren (bis zum 16. Juni 1895), ergriff am 29. September 1895 der polnische Graf Badeni die Zügel der Regierung. Er räumte 1896 dem allgemeinen Wahlrecht die Wahl von 72 Abgeordneten (neben den 353 Vertretern des beschränkten Stimmrechts) ein, führte im allgemeinen aber ein slawisch-klerikal-feudales Regiment und stürzte durch seine Sprachenverordnungen vom 5. April 1897, kraft deren alle Beamte in Böhmen und Mähren von 1901 ab sowohl der tschechischen als auch der deutschen Sprache mächtig sein sollten, die ganze österreichische Monarchie in die wildeste Verwirrung. Um Derartigem vorzubeugen, verhinderten die Deutschen rücksichtslos alle parlamentarische Arbeit durch Obstruktion und erzwangen am 28. Nov. 1897 die Entlassung Badenis und die Zurücknahme der Verordnungen.

Aber die Leidenschaften waren damit nicht beschwichtigt: die Tschechen forderten die Herstellung der Verordnungen, die nur gleiches Recht für alle hätten schaffen wollen; die Deutschen aber verlangten gesetzliche Feststellung des Charakters der deutschen Sprache als der Staatssprache. Dieser unüberbrückbare Gegensatz legte die Arbeit des Reichsrats vier volle Jahre lahm und schädigte die wirtschaftlichen Interessen des Reiches erheblich. Die deutsche Verfassungspartei geriet immer mehr ins Hintertreffen; Wien wurde ihr durch die katholische „christlich-soziale" Partei unter ihrem Führer Lueger entrissen, den der Kaiser 1897 als Bürgermeister bestätigte, und die „alldeutsche" Fraktion schwoll bei den Reichsratswahlen von 1900 von 5 auf 21 Abgeordnete an. Während die katholische Geistlichkeit mit den Slawen liebäugelte, begann 1898 unter der katholischen deutschen Bevölkerung Böhmens und der Alpenländer eine unter dem Schlachtrufe „Los von Rom!" vorgehende Bewegung, die zur Bildung zahlreicher evangelischer oder altkatholischer Gemeinden in bisher rein katholischen Gegenden geführt hat. Erst der Minister von Koerber (seit 19. Januar 1900) machte den 1901 gewählten Reichstag wieder arbeitsfähig. Für Eisenbahnen und Kanäle wurden sodann über 700 Millionen Kronen bewilligt, und im Mai 1902 kam zum ersten Male wieder seit fünf Jahren ein Gesetz über den Staatshaushalt zustande. 1906 wurde durch große Kundgebungen der Arbeiter das allgemeine gleiche Wahlrecht erzwungen, das zunächst die Christlich-Sozialen zur stärksten Partei machte; 1910 erlitten sie aber eine Niederlage, und der liberal-fortschrittlich-radikale „deutsche Nationalverband" stellte in der Person des Salzburgers Sylvester den Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Der Weltkrieg, in dessen Verlauf Kaiser Franz Josef am 21. November 1916 86jährig starb, führte unter seinem Großneffen Kaiser Karl (geb. 17. Aug. 1887) zu dem Manifest vom 16. Oktober 1918, durch das Österreich für einen Bundesstaat erklärt wurde. Er sollte aus einem deutsch-österreichischen, tschechischen, ukrainischen und südslawischen Staat bestehen; der Vereinigung des polnischen Teils von Galizien mit dem am 5. November 1916 neu gebildeten polnischen Staat „sollte nicht vorgegriffen sein". Die tschechischen und slowakischen Landesvertreter, die sich in Paris als tschechoslowakischer Nationalrat aufgetan hatten und von den Verbündeten anerkannt worden waren, erklärten am 19. Oktober den tschechoslowakischen Staat für unabhängig und das Haus Habsburg-Lothringen für abgesetzt.

b) Ungarn.

Ungarn stand mit Zisleithanien seit 1867 in einem jeweils auf zehn Jahre geschlossenen Vertragsverhältnis („Ausgleich"; S. 58), das 1877 und 1887 erneuert wurde. Die

Digitized by Google

dritte Erneuerung aber stieß auf große Schwierigkeiten, da Zisleithanien die Erhöhung des von Ungarn an den gemeinsamen Ausgaben zu zahlenden Anteils von 30 v. H. verlangte und die Arbeitsunfähigkeit des Reichsrats von 1897—1901 sich auch auf dieses Gebiet ausdehnte. So wurde der Ausgleich 1897 vorerst durch k. u. k. Notverordnung weiter erstreckt und 1899 die „Quote" für Österreich auf demselben Wege auf $66^{46}/_{49}$, für Ungarn auf $33^{3}/_{49}$ v. H. erhöht, was dem angewachsenen Wohlstand Ungarns zu entsprechen schien. 1902 verständigten sich die Regierungen auf dieser Grundlage über den Ausgleich. Im Oktober 1907 wurde ein Ausgleich vereinbart, der die „Quoten" auf 63,6, bzw. 36,4 v. H. festsetzte. Die herrschende Partei war seit 1867 die von Deák (S. 57; vgl. Bd. IV, S. 482 f.) gegründete liberale, 1894 setzte sie trotz des Widerstands der Krone und der Magnatentafel (Oberhaus) die Zivilehe, die Möglichkeit der Konfessionslosigkeit und die Anerkennung der mosaischen Religionsgemeinschaft durch. Die Feier des tausendjährigen Bestandes der ungarischen Nation 1896 gestaltete sich sehr glänzend. Die Deutschen, Rumänen und Serben in Ungarn hatten über gewaltsame Unterdrückung ihrer Nationalität zu klagen; so wurden 1898 alle nicht madjarischen Ortsnamen mittels Staatsgesetzes durch madjarische ersetzt.

Das Streben der Madjaren nach völliger Unabhängigkeit von Österreich führte 1903 zu heftigen Zerwürfnissen zwischen Krone und Reichstag; der „eiserne Graf" Stefan Tisza, der Führer der Liberalen, die an dem 1867er Ausgleich festhielten, bändigte die Opposition mit fester Hand, unterlag aber bei den Neuwahlen von 1905. Um die Opposition zu überwinden, wollte der König Franz Josef das gleiche Wahlrecht einführen, was aber selbst Tisza nicht billigte, da er davon bei der ziffernmäßigen Stärke der „Nationalitäten" eine Erschütterung der madjarischen Vorherrschaft befürchtete. Da die Wahlen von 1910 der ausgleichfreundlichen „Arbeitspartei" günstig waren, kehrte Tisza 1913 an die Spitze der Staatsverwaltung zurück. Er wurde aber 1917 von König Karl entlassen, da er der Wahlreform, der die Zeitströmung seit der russischen Revolution vom März 1917 günstig war, beharrlich widerstrebte. Nach der Erklärung Österreichs zum Bundesstaat sprach ein königliches Manifest vom 16. Oktober die Unabhängigkeit Ungarns aus, das künftig nur noch durch Personalunion mit Österreich zusammenhängen sollte.

C. Frankreich.

a) Die innere Entwicklung.

Die große Mehrheit der am 8. Februar 1871 gewählten französischen Nationalversammlung war monarchisch gesinnt, und da Paris republikanisch war, so bestimmte die Versammlung Versailles zum Sitze der Regierung. Die drohende Herstellung der Monarchie sowie das Selbstgefühl, womit Paris als „Herz Frankreichs" der Provinz gegenüberstand, gab Anlaß zu der furchtbaren Erhebung, die man nach dem von den proletarischen Massen gewählten städtischen Ausschusse, der Paris zu einer selbständigen Kommune machen wollte, den Aufruhr der Kommune nennt.

Am 28. März erfolgte die Ausrufung der „kommunistischen Republik", die sich sofort durch Zwangsanleihen bei den Besitzenden und durch Beschlagnahme des Vermögens der religiösen Gesellschaften Geldmittel verschaffte. Die Waffen waren den Parisern seitens der Deutschen auf das ausdrückliche Nachsuchen des verblendeten Favre beim Abschluß des Waffenstillstandes gelassen worden; so widerstanden sie fast zwei Monate lang dem von Marschall Mac Mahon gegen die aufrührerische Stadt geführten Heere. Erst nach mörderischen Kämpfen drangen die Truppen in die Stadt ein, und im Augenblick des Unterliegens rächten sich die „Communards" noch dadurch an den Siegern, daß sie die Vendômesäule niederrissen, die

Digitized by Google

Tuilerien, das Rathaus und andere öffentliche Gebäude verbrannten und die in ihre Hände gefallenen Geistlichen, voran den Erzbischof Darboy von Paris, erschossen. Zur Strafe dafür wurden 26 Rädelsführer auf der Ebene von Satory kriegsrechtlich hingerichtet und etwa 10000, die mit den Waffen ergriffen waren, zur Verschickung oder zur Haft in Frankreich selbst verurteilt. Im Kampfe waren 7500 Soldaten und 6500 Aufrührer getötet oder verwundet worden.

Diese Ereignisse erhöhten zunächst die Hinneigung zur Monarchie. Weil jedoch Thiers eine konservative Republik für die seinem Vaterlande zuträglichste Staatsform hielt, so mußte er, obwohl er durch beschleunigte Zahlung der fünf Milliarden schon 1873 die Räumung Frankreichs von den Deutschen herbeiführte, am 24. Mai 1873, noch ehe die Räumung ganz abgeschlossen war, als Vorsitzender der ausführenden Gewalt zurücktreten. Sein Nachfolger ward Marschall Mac Mahon (Bd. VII, S. 413). Aber da drei Richtungen innerhalb der Monarchisten vorhanden waren: Anhänger der Bourbons, der Orléans und der Bonaparte, so war es sehr schwer, den Thron aufzurichten, den doch nur eine dieser Dynastien einnehmen konnte. Die Orléans unterwarfen sich zwar ihrem kinderlosen Vetter Heinrich (V.) von Bourbon, der als „Graf von Chambord" (gest. 24. Aug. 1883) in Frohsdorf bei Wien lebte, weil sie durch diesen augenblicklichen Verzicht die Einheit der Royalisten herzustellen und sich die Erbschaft zu sichern hoffen durften, und Mac Mahon war im Herbst 1873 bereit, das bourbonische Königtum herzustellen. Als aber der Graf die Abschaffung der dreifarbigen Nationalfahne und die Wiedereinführung des weißen Lilienbanners seines Hauses verlangte, um die Rückkehr Frankreichs zu den 1792 verlassenen Grundsätzen klarzulegen, da versagte den gemäßigten Royalisten der Mut zu einem solchen Bruch mit dem Geiste des neuen Frankreich, und die „Restauration" unterblieb. Eine Verfassung vom 25. Februar 1875 (Deputiertenkammer mit 533 und Senat mit 300 Mitgliedern) gab der Republik eine feste Grundlage; an der Spitze sollte jeweils auf sieben Jahre ein Präsident stehen.

Als Mac Mahon 1877 nochmals die Herstellung der Monarchie versuchte, scheiterte er an der Tatkraft Gambettas (S. 76) und an der Abneigung der Masse. Die Wahlen ergaben eine starke republikanische Mehrheit, und am 30. Januar 1879 machte Mac Mahon, am Siege seiner Sache verzweifelnd, dem Republikaner Jules Grévy Platz. Auf diesen folgten 1887 Carnot, 1894 Casimir-Périer, 1895 Faure, 1899 Loubet, 1906 Fallières und 1913 Poincaré. Grévy ward, durch Betrügereien seines Schwiegersohnes Wilson bloßgestellt, am 1. Dez. 1887 zur Abdankung gezwungen; Carnot fiel am 24. Juni 1894 in Lyon unter dem Dolche des italienischen Anarchisten Caserio; Casimir-Périer trat schon am 15. Januar 1895 aus Überdruß an dem mehr äußerlichen Glanz als wirkliche Macht gewährenden Amte zurück, und Faure starb am 16. Februar 1899 schnell an einem Gehirnschlage. Loubet und Fallières waren die gesetzlichen sieben Jahre im Amt. Poincaré verdankte seine Wahl einem gewissen Rückschlag der konservativen Strömung gegen den Radikalismus und der seit 1904, seit dem „Einvernehmen" (entente) mit England, immer mehr anwachsenden Feindseligkeit und Rachelust gegen Deutschland.

Ein in verschiedener Hinsicht bezeichnendes Zwischenspiel knüpfte sich 1887—91 an den Namen des Generals Boulanger. Dieser wurde im Januar 1886 Kriegsminister, erlangte eine gewaltige Volkstümlichkeit und rief im Frühjahr 1887 fast einen Krieg mit Deutschland hervor; er wurde deshalb im Juni 1887 entlassen. Seit April 1888 betrieb er die Revision der Verfassung in cäsaristischem Sinne; wenn er auf seinem stolzen Rappen erschien, begrüßte ihn das Volk mit lautem Jubel. Schließlich griff im März 1889 der Minister Constans fest zu und stellte ihn als Verschwörer gegen die Verfassung vor den Staatsgerichtshof. Aus Furcht vor Verurteilung floh Boulanger, nicht kühn genug, einen Aufruhr zu entfesseln, am 8. April nach Brüssel, wo er am 30. September 1891 durch Selbstmord endigte.

Digitized by Google

Die Monarchisten vermochten es zu keiner ausschlaggebenden Stellung mehr zu bringen, namentlich seit Papst Leo XIII. 1892 den Katholiken befohlen hatte, der bestehenden Verfassung sich anzuschließen; die dem Papst gehorsame Partei nannte sich les ralliés (die Wiedervereinigten). Auch die Bestechlichkeit republikanischer Staatsmänner, die sich von der im Dezember 1888 verkrachten Gesellschaft für Erbauung des Panamakanals für ihre Unterstützung im Parlament bezahlen ließen (Urteile von 1893 und 1897), und der Streithandel des jüdischen Kapitäns Alfred Dreyfus, der am 22. Dezember 1894 des Verrats militärischer Geheimnisse für schuldig erklärt, schimpflich seines Ranges entkleidet und nach der Teufelsinsel bei Cayenne verschickt, aber nach Wiederaufnahme seines Prozesses am 9. September 1899 zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt und am 19. September von Loubet begnadigt wurde, und die dadurch hell entzündeten Leidenschaften vermochten nicht die republikanische Regierung zu stürzen. Freilich glitt sie immer mehr nach links: im Juni 1899 trat der Sozialdemokrat Millerand als Handelsminister in das Kabinett. Im März 1901 wurde von dem Ministerium Waldeck-Rousseau ein „Vereinsgesetz" erlassen, das die religiösen Orden, die vor allem gegen die „atheistische" Republik wühlten, unter Staatsaufsicht stellte, die sich nicht fügenden mit Auflösung bestrafte und den Orden den Jugendunterricht entzog. 1903 wurde unter dem Ministerium des radikalen Combes nicht bloß den lehrenden, sondern auch den predigenden Orden und den Karthäusern die staatliche Genehmigung versagt und die Klöster für den Staat eingezogen. Da Papst Pius X. (1903—14) gegen den Besuch des Präsidenten Loubet beim König Viktor Emanuel III. von Italien Einsprache erhob und zwei für liberal geltende französische Bischöfe zum Rücktritt aufforderte, was nach Ansicht der Regierung dem Konkordat von 1801 zuwiderlief, so wurde im Dezember 1905 die Trennung von Staat und Kirche gesetzlich ausgesprochen und infolge davon alle amtlichen Beziehungen zur Kurie aufgehoben und alle staatlichen Zuschüsse zu kirchlichen Kassen abgeschafft. Die kirchlichen Güter wurden für Staatseigentum erklärt, sollten aber neu zu bildenden „Kultusvereinen" zur Nutznießung überlassen werden. Nach längerem Streit erteilte der Staat 1907 den Gemeinden das Eigentumsrecht an den Kirchen und Pfarrhäusern, mit der Bedingung, daß die Gebäude für den Kultus verwendet werden müßten, dem sie bisher gewidmet gewesen waren. Die Gemeinde erschien also als Eigentümer, der Pfarrer nur als „verantwortlicher Inhaber". Das Trennungsgesetz wurde bis 1911 durchgeführt.

George Clemenceau. Nach Photographie.

b) Die äußere Politik.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war die dritte Republik insofern sehr erfolgreich, als unterm 12. Mai 1881 unter Benutzung des vorübergehend von dem Ministerium Ferry hergestellten guten Einvernehmens mit Deutschland Sidi Ali, der Bei von Tunis (gest. 11. Juni 1902) zur Annahme der französischen Schutzherrschaft gezwungen und damit die Stellung Frankreichs im Mittelmeer sehr verstärkt wurde. 1883—85 ward Tongking in Hinterindien nach wechselvollen Kämpfen mit China (vgl. Bd. I, S. 158 und 529) erworben. Am 2. Oktober 1893 wurde Siam hinter den Mekhong zurückgedrängt (ebenda, S. 525) und

Digitized by Google

unterm 6. August 1896 Madagaskar dem französischen Kolonialbesitz einverleibt (ebenda, S. 570). Die letzte Königin der Hovas, Ranavalo, wurde nach Frankreich gebracht und lebte hier in dürftigen Verhältnissen, was der Republik nicht zur Ehre gereichte. Auch auf dem Festlande von Afrika gewann Frankreich weitere Gebiete. 1892 besetzte es das Negerreich Dahome (Bd. III, S. 61), während gleichzeitig der ganze Westsudan von Timbuktu bis zum Kongo französisch wurde (vgl. Bd. III, S. 103). Am Tschadsee wurde Frankreich die maßgebende Macht, und Verträge mit Deutschland und England sicherten seinen Besitz; freilich das Niltal (Faschoda 1898) mußte Frankreich den Engländern überlassen. Zunächst wurde dies als schwere Demütigung empfunden; aber bald kam eine andere Stimmung auf.

Der brennende Wunsch der Franzosen, sich an Deutschland zu rächen und Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen, ging lange nicht in Erfüllung. Die Pflege der deutschen Wehrkraft und die zunehmende Überlegenheit der deutschen Volkszahl (1914: 65 Millionen Deutsche gegen 39 Millionen Franzosen) schlossen jede Möglichkeit eines französischen Sieges in einem Zweikampf beider Nationen aus. Auch der 1891 unter Alexander III. durch einen Besuch der französischen Flotte in Kronstadt angebahnte und 1892 förmlich abgeschlossene Zweibund mit Rußland befreite zwar Frankreich aus seiner Vereinzelung, machte aber — nach dem bemerkenswerten Eingeständnis des „Siècle“ vom 19. September 1901 — eine Rückeroberung der verlorenen Provinzen so lange unmöglich, als Rußland auch mit Deutschland in gutem nachbarlichen Einvernehmen zu stehen wünschte. Erst die durch Edward VII. und Delcassé 1904 erzielte „entente cordiale“, das „herzliche Einvernehmen“ zwischen Frankreich und England, die einander Ägypten und Marokko opferten, und die im Anschluß daran 1908 vollzogene Annäherung Rußlands und Englands schufen eine Lage, aus der 1914 der große Krieg eines mächtigen Bundes gegen Deutschland hervorging.

D. Italien.

Die maßgebende Partei in dem Königreich Italien war von 1861—76 die von Cavour gegründete liberal-konservative, die von ihren Gegnern spöttisch „Consorteria“ genannt wurde. Sie tat nichts, um die drückende Steuerlast zu vermindern und die wirtschaftliche Lage des Landes zu verbessern, aus dem jährlich 120000 bis fast 200000 Menschen auswanderten. Dadurch erlangte 1876 die von Depretis und Crispi geführte Linke die Herrschaft. Sie schaffte die Mahlsteuer ab, die dem Staate 76 Millionen abwarf, aber dem gemeinen Manne das Brot verteuerte, und führte die allgemeine Schulpflicht ein, die freilich sehr unvollkommen durchgeführt wurde. 1882 wurde das Wahlrecht allen 21 Jahre alten Männern verliehen, die eine Steuer von 19 Lire 80 Centesimi bezahlten. Weil der Einfluß der rohen Massen dadurch sehr wuchs, wurde 1885 das Wahlrecht an die Fähigkeit des Lesens geknüpft und damit die Zahl der Wähler um 800000 vermindert. 1912 dagegen wurde das Wahlrecht in der Hoffnung, dadurch ein sozial empfindendes Parlament zu bekommen, durch Giolitti auch den „Analphabeten“ übertragen; die Wählerzahl stieg dadurch von 2½ Millionen auf 6. Der Notlage der armen Klassen, namentlich der Landarbeiter im Norden, in der Basilicata und auf Sizilien und der Schwefelgrubenarbeiter auf derselben Insel, wurde nicht genügend gesteuert; Sizilien litt auch unter der Schreckensherrschaft, die der Geheimbund der Maffia vielfach ausübte. Wiederholt erhob unter dem Einfluß von Teuerung die soziale Revolution in Mailand, Ancona, der Romagna, in Süditalien offenen Aufruhr gegen die Staatsgewalt; Mailand war vom 6.—12. Mai 1898 völlig in der Hand der Revolution, und erst nach blutigen Kämpfen kehrte die Ordnung zurück.

Digitized by Google

Die Bestrebungen der „Italia irredenta", welche die „unerlöste" italienische Bevölkerung in Österreich (in Triest, Dalmatien, Welschtirol) mit dem Königreich zu vereinigen wünschte, verhinderten ein gutes Einvernehmen Italiens mit Österreich und ermutigten so Frankreich, Tunis (die provincia Africa der Römer; vgl. Bd. III, S. 213), nach dessen Besitz die Italiener selbst strebten, unter Berufung auf Räubereien der tunisischen Grenzstämme der Krumir zu besetzen (vgl. oben, S. 105). So über die Bedenklichkeit der Politik der „freien Hand" durch Schaden belehrt, schloß König Humbert I. (1878—1900), Viktor Emanuels II. wackerer Sohn, auf den Rat des bedeutenden Staatsmannes Crispi am 20. Mai 1882 den Dreibund mit Österreich und Deutschland auf fünf Jahre ab. Er sicherte Italiens 1870 errungene nationale Einheit gegen das Übelwollen der katholischen Partei in Frankreich, die einem neuen Kreuzzug gegen die Feinde der Kirche nicht abgeneigt war, und 1887 setzte der Minister Graf Robilant durch, daß der Dreibund bei seiner Erneuerung auch auf die Erhaltung der italienischen Interessen im Mittelmeer und auf dem Balkan erstreckt wurde, wo es mit Österreich im Wettbewerb stand. Der Dreibund ist 1891, 1897, 1902 und 1912 immer wieder erneuert worden; er gab Italien einen starken Rückhalt in Europa, wurde aber von den Irredentisten immer scharf bekämpft, verlor seit 1905 immer mehr an innerem Wert und brach 1914 bei der großen Probe auf seine Leistungskraft zusammen.

König Viktor Emanuel III. von Italien.
Nach Photographie.

Der Versuch, Abessinien unter italienische Schutzherrschaft zu stellen, brachte zwar Italien 1881 den Besitz von Assab und 1885 den von Massauah (Bd. III, S. 174); aber am 1. März 1896 schlug der Großkönig Menelik mit 90000 Mann die 15000 Italiener unter General Baratieri bei Abba Garima östlich von Adua bis zur Vernichtung, führte 3000 italienische Soldaten gefangen ins Innere seines Landes und erzwang am 26. Oktober 1896 einen Frieden, der Abessiniens Unabhängigkeit sicherstellte und der italienischen Kolonie am Roten Meer („Eritrea") die Flüsse Marel und Belesa zur Grenze gab; Tigre wurde aufgegeben.

König Humbert wurde am 29. Juli 1900 durch den aus Amerika entsandten Anarchisten Bresci in Monza erschossen; ihm folgte sein Sohn Viktor Emanuel III. (geb. 1869; s. die obenstehende Abbildung), dessen Heirat mit der Prinzessin Helene von Montenegro (1896) die italienischen Balkaninteressen belebte und den Gegensatz zu Österreich vertiefte. Die wirtschaftliche Lage Italiens hat, seitdem das afrikanische Abenteuer nicht mehr am Mark des Landes zehrte und ein Handelsvertrag mit Frankreich zustande kam, wesentliche Fortschritte gemacht; die vierprozentige italienische Rente stand 1901 fast auf pari.

Das Papsttum stand dem italienischen Nationalstaate, der ihm seinen weltlichen Besitz entrissen hat und 1873 alle Klöster einzog, in tiefer Feindseligkeit gegenüber. Es verbot mittels der Losung nè elettori, nè eletti! (weder Wähler noch Erwählte!) allen treuen Söhnen der Kirche, durch Teilnahme an den politischen Wahlen zur Zweiten Kammer eine Art von

Digitized by Google

Anerkennung des „usurpatorischen subalpinen" Königreichs Italien zu vollziehen, und entzog damit den Konservativen viel Anhang, was natürlich den Radikalen zugute kam. Das Garantiegesetz vom 13. Mai 1871, das dem Papst Unabhängigkeit, den Besitz des Vatikans und eine Jahresrente von drei Millionen Lire zusicherte, fand die Anerkennung der Kurie nicht, da es ein Ausfluß der Gesetzgebung des Königreichs war, dem der Papst das rechtliche Dasein bestritt, und da es jederzeit von dem Staate, der es erlassen hatte, wieder abgeändert oder aufgehoben werden konnte. Seit dem Tod Pius' IX. (17. Febr. 1878) und der Wahl Leos XIII. (1878—1903) begannen Versöhnungsversuche; man dachte daran, für den Papst wenigstens ein kleineres eigenes Gebiet mit Zugang zum Meere zu fordern oder den König als päpstlichen Statthalter in Rom zu bezeichnen. Aber die Versuche scheiterten. Doch trat seit dieser Zeit und unter Pius X. (1903—14), dem Bekämpfer der „modernistischen" Bewegung im Katholizismus, eine tatsächliche Milderung des Gegensatzes ein, bis der Weltkrieg 1915 seit dem Beitritt Italiens zu den Gegnern Deutschlands und Österreichs die unhaltbare Lage des Papsttums aller Welt offenbar machte: die Gesandten der beiden Mittelmächte beim Vatikan mußten Rom verlassen, wo sie, als Spione angesehen, nicht mehr in Sicherheit waren.

E. Die Schweiz.

Die schweizerische Eidgenossenschaft entwickelte sich seit etwa 1860 wirtschaftlich günstig, sie erlangte durch Handelsverträge mit ihren Nachbarstaaten ein reiches Absatzgebiet für ihre Industrie, und die großen Gebirgsbahnen ins Engadin, über den Sankt Gotthard, dessen Inneres 1882 durch einen 15 km langen Tunnel durchbrochen wurde, und ins Berner Oberland förderten den sehr einträglichen Fremdenverkehr.

Die Verfassung der Eidgenossenschaft wie die vieler Kantone ist im Laufe der Jahre immer demokratischer geworden. Nachdem seit 1869 die Kantone Zürich, Basel-Land, Bern und andere das „Referendum", d. h. die Abstimmung des gesamten Volkes über Gesetzesvorlagen, eingeführt hatten, wurde unterm 29. Mai 1874 die Bundesverfassung liberalzentralistisch umgestaltet.

Der Bund erhielt die Gesetzgebung über das Obligationen-, Handels- und Wechselrecht, die Militärhoheit und die Kirchenhoheit sowie volkswirtschaftliche Befugnisse. Es wurde ein oberstes Bundesgericht und das Zivilstandswesen (die Beurkundung von Geburt, Ehe und Tod durch staatliche Behörden) eingeführt. Das Referendum wurde zugelassen, sofern entweder 30000 Stimmen oder 8 von den 22 Kantonen dafür seien, daß über ein von dem Bundes-, Stände- und Nationalrat genehmigtes Gesetz das Volk selbst das letzte Wort spreche. 1886 erlangte der Bund das Monopol der Herstellung und des Verkaufs von Alkohol. Am 5. Juli 1891 wurde dem Volke die Initiative bei der Gesetzgebung unter der Voraussetzung, daß 50000 Stimmen dies verlangen, zugestanden. Dieses Entgegenkommen an demokratische Grundsätze hat die Folge gehabt, daß gute, von den gesetzgeberischen Körperschaften beschlossene Gesetze zuletzt scheiterten, namentlich wenn von ihnen ein größerer Geldaufwand zu erwarten war (so 1900 ein erster Entwurf über Unfall- und Krankenversicherung). Die französischen Kantone der Westschweiz und die katholischen Kantone der Urschweiz begegneten sich häufig in dem Bestreben, jede weitergehende Zentralisation zu verhindern. Trotzdem erlangte der Bund 1897 die Oberaufsicht über die Forsten und das Gesetzgebungsrecht über das Lebensmittelwesen; 1898 wurden die Eisenbahnen vom Bund verstaatlicht und 1907 ein bürgerliches Gesetzbuch angenommen, das am 1. Januar 1912 für die ganze Eidgenossenschaft in Kraft trat. Ein einheitliches Strafgesetzbuch sollte nachfolgen.

Mit dem Römischen Stuhl geriet der Bund 1873 in Streit, weil der Bischof Lachat von Basel eigenmächtig die vatikanischen Beschlüsse verkündigt hatte. Das Bistum Basel wurde infolge davon am 29. Januar vom Bund aufgelöst, Mermillod, der sich als Bischof von Genf auftat, des Landes verwiesen, und dem päpstlichen Geschäftsträger Agnozzi wurden

Digitized by Google

Ende November seine Pässe zugestellt. Die altkatholische Bewegung fand in der Schweiz große Förderung und erhielt 1876 in Herzog einen eigenen („christkatholischen") Bischof und in Bern eine besondere, freilich nur schwach besuchte theologische Fakultät. Allmählich näherten sich aber Staat und Kirche doch wieder: das Bistum Basel wurde 1884/85 wieder hergestellt, nicht aber die Nuntiatur. In den Kantonen Genf und Basel-Stadt wurde 1907 bzw. 1910 die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen; Neufchatel lehnte sie 1907 ab.

Die soziale Strömung der Zeit führte 1877 zur gesetzlichen Feststellung eines Maximalarbeitstags von 11 Stunden, 1881 zur Annahme eines Haftpflichtgesetzes und 1912 zur Errichtung einer Arbeiterversicherung gegen Unfälle und Krankheiten. Dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag, das „Recht auf Arbeit" in die Verfassung einzufügen, 1894 vom Volke mit 300 000 gegen 73 000 Stimmen verworfen. Bei dem Vorherrschen der radikaldemokratischen Partei gelangte überhaupt die Sozialdemokratie, obschon sie sich auf den radikalen (1901 zu ihr förmlich übergetretenen) Grütli-Verein stützte und 1896 eine eigene Gruppe im Nationalrate bildete, zu keinem maßgebenden Einflusse. Da auch die protestantischen Konservativ-Liberalen und die Katholisch-Konservativen bei der bestehenden Mehrheitswahl im Nachteil waren, so richteten alle drei Minderheitsparteien ihr Bestreben darauf, die Verhältniswahl (den „Proporz") im Bunde wie in den Kantonen durchzusetzen, so sich einen verhältnismäßigen Anteil an der Volksvertretung und Gesetzgebung zu sichern und die Alleinherrschaft der Freisinnigen zu brechen. Im Oktober 1918 wurde die 1910 noch abgelehnte Verhältniswahl für den Nationalrat (zweite Kammer) durch Referendum mit 297000 gegen 147000 Stimmen angenommen.

F. Belgien.

Der Krieg von 1870—71 hatte das Land von der Gefahr, durch Frankreich verschlungen zu werden, befreit (vgl. S. 52 und 70). Die beiden großen Parteien der Liberalen und Klerikalen lösten einander, wie seit Jahrzehnten, zunächst noch in der Regierung ab. Beide mußten von der ausschließlichen Berücksichtigung der französischen Sprache in Amt und Verkehr allmählich etwas abgehen und den Vlamen, welche die Mehrheit der Einwohnerschaft bildeten, einige Zugeständnisse machen. So wurde unter dem klerikalen Kabinett des Barons d'Anethan der Gebrauch der vlämischen Sprache bei Gericht erlaubt, unter dem Ministerium des Liberalen Frère-Orban 1878 ihre Anwendung als Unterrichtssprache in den Volksschulen zugestanden und unter dem 1884 hergestellten klerikalen Regiment 1886 eine königlich vlämische Akademie für Sprache und Literatur errichtet. 1892 wurde den Offizieren die Pflicht zur Erlernung beider Landessprachen auferlegt, und 1910 wurde in den Mittelschulen der rein vlämischen Provinzen das Vlämische zur Unterrichtssprache gemacht. Eine völlige Gleichberechtigung erreichten aber die Vlamen nicht, weil ein Teil von ihnen selbst zu den Welschen hielt (sog. fransquillons); namentlich wurde die nachdrücklich verlangte vlämische Universität in Gent nicht gewährt.

Frère-Orban führte 1879 die konfessionslose Gemeindevolksschule ein: der Religionsunterricht wurde von nun an außerhalb des Schulplans erteilt; doch wurden den Geistlichen hierzu Schulzimmer zur Verfügung gestellt. Wegen des zweideutigen Verhaltens der Kurie, die öffentlich die Gläubigen zur Befolgung des Gesetzes ermahnte, insgeheim aber den Widerstand schürte, wurde 1880 d'Anethan, damals Gesandter beim Vatikan, abgerufen, und dem Nuntius Vannutelli wurden die Pässe zugestellt. 1881 wurde die Zahl der Staatsgymnasien (Athenäen) vermehrt und 50 konfessionslose Mädchenschulen gestiftet. Da aber die neuen

Digitized by Google

Schulen den Gemeinden erhebliche Lasten (bis zu 22 Mill. Franken jährlich) auflegten, so regte sich Unzufriedenheit, und sie wuchs, weil sich das liberale Ministerium gegen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts sträubte. Durch die Wahlen von 1884 gewannen so die Klerikalen eine Mehrheit von 20 Stimmen. Nun erließ das klerikale Kabinett Malou ein Gesetz, das die Gemeinden ermächtigte, die „freien", d. h. von der Kirche errichteten, Schulen als Gemeindeschulen im Sinne des Gesetzes von 1879 anzuerkennen. Da die Gemeinden aus Sparsamkeit von 1933 Gemeindeschulen binnen einem Jahre 877 eingehen ließen und durch kirchliche Schulen ersetzten, so war das Gesetz von 1879 tatsächlich außer Kraft gesetzt. Der diplomatische Verkehr mit der Kurie wurde 1885 durch einen belgischen Gesandten beim Vatikan und Wiederzulassung eines Nuntius in Brüssel wieder aufgenommen. Die klerikale Partei wuchs bei den Wahlen noch weiter an und hatte 1890 die Zweidrittelmehrheit. Jedoch durch das Emporkommen der Sozialdemokratie, die in dem belgischen Industrieland eine gewaltige Verbreitung erlangte und aus Anlaß von Lohnherabsetzungen und einer Erinnerungsfeier an die Pariser Kommune in Lüttich, Brüssel und Charleroi im März 1886 einen verheerenden Aufruhr entfesselte, erstand der klerikalen Partei an Stelle der Liberalen, die in eine gemäßigte und eine radikale Richtung gespalten waren, ein mächtigerer Gegner. Die Regierung suchte durch Errichtung von Schiedsgerichten zwischen Arbeitern und Fabrikanten, Einführung der Staatsaufsicht über die Werkstätten und Verbot der Auszahlung des Lohnes in Waren eine soziale Reform in die Wege zu leiten; aber zu wirklich durchgreifenden Maßregeln rafften sich die Klerikalen nicht auf. Bei den Wahlen von 1892 verloren sie die Zweidrittelmehrheit und gestanden nun 1893 das allgemeine Wahlrecht in Verbindung mit einem Mehrstimmrecht (le vote plural) zu; grundbesitzende, verheiratete und akademisch gebildete Wähler bekamen ein doppeltes und dreifaches Stimmrecht. Die Zahl der Wähler stieg durch dieses Gesetz von 130000 auf 1200000; davon waren 500000 einfache, 700000 mehrfache Stimmen. Weil namentlich die erste Klausel (bez. des Grundbesitzes) die Bauern und damit die klerikale Partei begünstigte, so behauptete sie auch fernerhin ihre Mehrheit; die Liberalen und Sozialdemokraten kämpften vergebens gegen das Mehrstimmenrecht; ein zu diesem Zweck 1902 unternommener Generalstreik mißglückte, und die Neuwahlen ergaben für die Klerikalen sogar einen kleinen Gewinn. 1908 sank ihre Mehrheit aber auf 8 Stimmen, und nun bewilligten sie die lange Zeit abgelehnte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

König Leopold II. (1865—1909) hat sich große Verdienste um die Erschließung Afrikas erworben, wo er durch Stanley den Kongostaat (2250000 qkm mit 14 Millionen Einwohnern, vgl. Bd. III, S. 91) gründen ließ, den die Großmächte 1885 auf der Berliner Kongo-Konferenz anerkannten. Leopold nahm auf Grund eines belgischen Gesetzes, das ihm diese Doppelwürde zu führen gestattete, den Titel Souverän des Kongostaates an. Dessen Oberregierung war in Brüssel, während eine Ortsregierung in Boma am Kongo die Hilfsquellen des riesigen Reiches, dem 1890 die anderen Mächte die Erhebung von Einfuhrzöllen zubilligten, entwickelte und durch 4000 Mann Soldaten die Ordnung leidlich aufrecht erhielt. Klagen über grausame Ausbeutung der Neger hörten freilich nicht auf. Im Jahre 1892 lieh Belgien dem Kongostaate 25 Millionen Franken unverzinslich und erhielt dafür das Recht, nach zehn Jahren den Staat käuflich an sich zu bringen. König Leopold II. vereinbarte 1908 mit dem belgischen Staate den Vertrag, durch den der ganze Kongostaat mit allen Domänen an Belgien überging und der König bloß einen Grundbesitz von 40000 ha bei Majumbe sich vorbehielt. Indem die Abgeordnetenkammer am 20. August 1908 den Vertrag guthieß, trat Belgien unter die großen Kolonialmächte ein, ohne aber der riesigen Aufgabe genügen zu

Digitized by Google

können. Leopold II. starb am 17. Dezember 1909. Unter seinem Neffen und Nachfolger Albert, der mit einer bayrischen Prinzessin vermählt ist, brach der Weltkrieg aus, während die deutsche Verwaltung die Trennung der Verwaltung des vlämischen und des wallonischen Teils durchführte und 1916 eine vlämische Universität in Gent errichtete.

G. Die Niederlande.

Auch in den Niederlanden hat die Errichtung der konfessionslosen Volksschule 1857 den Anlaß zu heftigen Parteikämpfen gegeben. Seitdem trennten sich die Katholiken völlig von den Liberalen, und es bildete sich unter den Protestanten eine starke christlich-konservative

Der Friedenspalast im Haag. Nach Photographie.

Partei, die „Antirevolutionäre", unter der tatkräftigen Leitung Kuypers, eines evangelischen Geistlichen (1837—1920). Die protestantischen Antirevolutionäre und die von dem Priester Schaepman geführten Katholiken schlossen sich zum Schutz der religiösen Freiheit und der christlichen Grundlagen des Volkslebens gegen die Liberalen fest zusammen und erlangten durch die Wahlreform des älteren Heemskerk von 1887, welche die Zahl der Wähler von 100000 auf 350000 erhöhte, und durch die Reform von 1896, die das allgemeine Wahlrecht aller Steuerzahler brachte, 1888, 1901 und 1909 die Mehrheit in der Landesvertretung (den sog. „Generalstaaten"). 1904 erhielten die „freien", d. h. nichtstaatlichen, konfessionellen Universitäten dieselben Rechte wie die staatlichen und Zuschüsse aus der Staatskasse. Wiederholt gewannen auch die Liberalen wieder die Mehrheit, 1905 und 1913; im Jahre 1918 standen 50 von der Rechten gegen 50 von der Linken, unter denen die Sozialisten überwogen.

Die Zahl der „freien" Privatschulen, zu deren Schulgebäuden sogar der Staat Geld beitrug, wuchs allmählich auf über 1000; nunmehr stellte Kuyper als Ministerpräsident des

Digitized by Google

am 27. Juli 1901 gebildeten konservativen Kabinetts, um dem Christentum wieder den gebührenden Einfluß auf das Volksleben zu verschaffen, die konfessionelle Volksschule wieder her.

Die soziale Bewegung hatte zur Folge, daß 1889 ein Gesetz gegen übermäßige Arbeit von Frauen und Kindern erlassen (vgl. S. 92) und 1892 die ansteigende Besteuerung von Vermögen und Einkommen eingeführt wurde. Im Februar 1903 scheiterte ein Generalstreik der Eisenbahnbediensteten durch Kuypers wirksame Gegenmaßnahmen.

In Holländisch-Indien hatte die Kolonialregierung 1873—79 und 1896 schwierige Kriege mit dem Sultan von Atschin auf Sumatra (vgl. Bd. I, S. 555) und 1894—95 mit dem der Insel Lombok zu führen; dessen Haus wurde abgesetzt. 1906 wurde der Herrscher der 11000 qkm großen Insel Bali überwältigt, worauf er sich mit seinen Frauen den Tod gab.

Vom Mannesstamm des Hauses Oranien war seit dem 21. Juni 1884, da der Kronprinz Alexander kinderlos starb, nur noch König Wilhelm III. übrig. Deshalb wurde 1888 durch Verfassungsgesetz bestimmt, daß nach Wilhelms Tode seine Tochter Wilhelmina (geb. 1880, aus des Königs zweiter Ehe mit Emma von Waldeck) den Thron erben sollte. Am 23. November 1890 trat der vorgesehene Fall ein. Während nun in Luxemburg, wo Frauen regierungsunfähig sind, der frühere Herzog Adolf von Nassau (vgl. S. 49) als Haupt der walramischen und als Erbe der ottonischen Linie des Hauses Nassau Großherzog ward, übernahm für Wilhelmina ihre kluge und leutselige Mutter, Königin Emma, bis zum 31. August 1898 die Regentschaft. An diesem Tag ihrer Volljährigkeit trat die junge Königin selbst ihr hohes Amt an und verhieß, im Geist ihres dem holländischen Volke so teuern Hauses pflichtgetreu zu regieren. Am 7. Februar 1901 reichte sie dem Herzog Heinrich von Mecklenburg (geb. 1876), der den Titel eines Prinzen der Niederlande erhielt, ihre Hand; am 30. April 1909 gebar sie eine Tochter Juliane, welche künftig die Krone tragen soll. In Luxemburg folgte auf Großherzog Adolf (gest. 12. Febr. 1912) seine Tochter Maria, deren Mutter eine Prinzessin Braganza und die deshalb katholisch erzogen war.

II. Die Vorgeschichte des Weltkrieges.

a) Die Entwickelung der Beziehungen der Großmächte zueinander, 1871—1890.

Der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches wies die Ansprache Kaiser Wilhelms I. vom 18. Januar 1871 mit den Worten ihr Ziel: „Uns aber und unseren Nachfolgern wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." Bismarck ging damals davon aus, wie er am 11. Januar 1887 im Reichstag gesagt hat, daß Deutschland nach Metternichs Wort zu den saturierten Staaten gehöre, die keine Bedürfnisse hätten, die sie durch das Schwert erkämpfen könnten. Für Deutschland handelte es sich vielmehr darum, das, was es hatte, zu erhalten; nach mehr zu streben, hätte es keinen Anlaß. Dieser Besitzstand war bedroht durch Frankreich, das sich weder in den Verlust Elsaß-Lothringens finden konnte, das in der französischen Volksauffassung allmählich trotz seiner 87 v. H. ausmachenden deutschen Bevölkerung zu einem rein französischen Lande wurde, noch in die Verdrängung aus der Führerschaft in Europa, die man zu Paris in Erinnerung an die Zeiten Ludwigs XIV. und Napoleons I. als etwas Selbstverständliches betrachtete. Da Deutschland an Volkszahl das ihm 1870 noch gewachsene Frankreich bei dessen stetig sinkender Geburtenziffer bald weit überflügelte (1914: 67 gegen 40 Mill.), so war Frankreich allein nicht imstande, mit Aussicht auf Erfolg den Rachekrieg zu führen; es konnte dies nur wagen, wenn es Bundesgenossen fand. Somit mußte die deutsche Politik

Digitized by Google

darauf gerichtet sein, Frankreich in Europa zu vereinzeln. Dabei hatte Bismarck gleichwohl lange die Hoffnung genährt, durch diese Vereinzelung allmählich die Rachehoffnung in Frankreich zum Absterben zu bringen und so die Quelle der Kriegsgefahr versiegen zu machen. So lange dies aber nicht erreicht war, galt es, zu den Mächten, die etwa Frankreich helfen konnten, ein gutes Verhältnis zu gewinnen. Diese Mächte waren Österreich-Ungarn und Rußland; England kam hier nicht in Betracht, da es ein großes Heer nicht besaß, mit Frankreich ohnehin selbst mancherlei Späne hatte und vor allem auf Rußland sein mißtrauisches Auge gerichtet hielt als den Bedroher Konstantinopels und Indiens. Mit Österreich-Ungarn war die deutsch-preußische Rechnung 1866 beglichen; Bismarck war jederzeit bereit, mit ihm ein enges Freundschaftsverhältnis einzugehen, und enthielt sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Doppelmonarchie, die in Wien hätte verstimmen oder beunruhigen können. Der Kaiser Franz Josef machte sich dann auch allmählich von den Stimmungen los, welche ihn noch 1866—70 beherrscht und fast zu einem Kriegsbündnis mit Napoleon III. veranlaßt hätten; er war geneigt, mit dem Deutschen Reich zusammenzugehen. Die Freundschaft mit Rußland hatte Bismarck, der auf dem Bündnis von 1813 und auf der nahen Verwandtschaft der Dynastien fußen konnte, sorgfältig zu pflegen verstanden; er hatte 1854 im Krimkrieg seinen König abgehalten, sich an dem europäischen Kesseltreiben gegen das Zarenreich zu beteiligen und hatte 1863 geholfen, den polnischen Aufstand in Schranken zu halten, was dann seine Dämpfung ermöglichte. So war der Grund zu einem Zusammenschluß der beiden großen Nachbarreiche mit Deutschland gelegt, der dann auch auf ihr Verhältnis zueinander, das durch den Wettstreit um den maßgebenden Einfluß auf dem Balkan getrübt war, eine günstige Rückwirkung ausübte. Bismarck machte noch eine andere Erwägung geltend, die in Petersburg und Wien einer Annäherung aneinander förderlich sein mußte. Er machte darauf aufmerksam, daß Frankreich der Herd der Revolution sei, was es 1789, 1830, 1848 und 1870 bewiesen habe; vollends die Greuel der Kommune von 1871 waren noch in frischem Gedächtnis. Die monarchischen Staaten hätten ein dringendes Interesse, sich nicht untereinander zu befehden und wechselseitig zu schwächen, sondern zu ihrer eigenen Erhaltung zusammenzuhalten und der Verbreitung der umstürzlerischen Lehren Grenzen zu ziehen. Aus dieser Erwägung begünstigte Bismarck die Republik in Frankreich, weil sie gegenüber den alten Monarchien weniger bündnisfähig war als das Königtum, dessen Herstellung die Mehrheit der 1871 gewählten Nationalversammlung betrieb. Als der deutsche Botschafter Graf Harry Arnim gleichwohl die Restauration des Bourbon Grafen Heinrich von Chambord förderte, setzte Bismarck bei dem Kaiser 1874 dessen Abberufung durch. In der Tat gelang es ihm, die beiden Kaiser Alexander II. und Franz Josef für seine Gedanken soweit zu gewinnen, daß sie im September 1872 in Berlin zusammenkamen und das „Dreikaiserverhältnis" begründeten. Es war, wie der Name sagt, kein Bündnis, aber doch ein gutes Einvernehmen, das in Paris die erwartete Abkühlung des Deutschenhasses und des Rachedurstes zur Folge hatte. Im Verlauf der nächsten Monate kam es sogar zu noch engeren Beziehungen; im April 1873 unterzeichneten die Generalstabschefs Deutschlands und Rußlands, Moltke und Barjatinski — selbstverständlich auf Befehl ihrer Herrscher —, ein Abkommen, laut dessen die Heere beider Reiche im Fall des Angriffs eines dritten sich zu Hilfe kommen sollten, und am 6. Juni 1873 schlossen Rußland und Österreich-Ungarn einen ähnlichen Vertrag, der in dem angegebenen Falle zunächst eine Verständigung, „eventuell" aber sogar Hilfe vorsah.

Allerdings hatte das Dreikaiserverhältnis viele Gegner in Petersburg, wo die deutschfreundliche Generation im Aussterben war, wie Bismarck schon 1859 beobachtet hatte, und

Digitized by Google

eigentlich nur Zar Alexander II. aus Liebe und Verehrung für seinen Oheim Wilhelm I. den Standpunkt eines guten Einvernehmens mit Deutschland vertrat. Die russische „Gesellschaft", d. h. die gebildeten Kreise, aus denen die Beamtenschaft sich hauptsächlich rekrutierte, neigte vielfach Frankreich zu, dessen Zivilisation sie bewunderte, und auch der Panslawismus, der alle Slawen unter Rußlands Führung zusammenfassen wollte, gewann immer mehr Boden. Für seine Anhänger war der Deutsche, dessen überlegener Kultur und Geschäftsgewandtheit man sich ungern fügte, schlechthin der Feind. Schon 1866 und 1870 war die russische Politik keineswegs Deutschland so günstig, wie das die russischen Publizisten und Staatsmänner darzustellen liebten, um Deutschland ihren Wünschen gefügig zu machen; der Reichskanzler Gortschakoff hatte beide Male nicht übel Lust bezeugt, Preußen in den Arm zu fallen, und nur der Zar und die raschen Erfolge des deutschen Heeres hatten die Ausführung seiner Absicht verhindert. Auch Alexander II. begann 1875 zu schwanken. Damals hatten zwei deutsche Zeitungen, die „Kölnische Zeitung" und die „Post", eine starke französische Heeresvermehrung auf kriegerische Absichten Frankreichs zurückgeführt; diese Artikel, die man in anderen Ländern fälschlicherweise aus amtlichen deutschen Stellen herleitete, betrachtete man in Paris als Vorläufer militärischer Gegenmaßregeln des Deutschen Reiches. Der französische Minister des Auswärtigen, der Herzog v. Decazes, rief nach dem Rezept „Haltet den Dieb!" mit unschuldiger Miene die Hilfe des Zaren an. Als dieser auf einer Badereise im Mai 1875 in Begleitung Gortschakoffs durch Berlin kam, sandte dieser am 12. Mai aus der deutschen Hauptstadt eine Depesche an die russischen Gesandten des Inhalts: „Jetzt [d. h. nachdem Rußland in Berlin sein Machtwort gesprochen habe] ist der Friede gesichert." Natürlich war Bismarck, der jeden Zusammenhang mit den erwähnten Artikeln geleugnet und sich als Gegner jedes, einer möglichen Gefahr durch sofortigen Angriff zuvorkommenden „Präventivkrieges" bekannt hat, über dieses plumpe Eingreifen Gortschakoffs sehr verstimmt und gab ihm dies auch mit unmißverständlichen Worten zu erkennen. Der Zar sagte wohl lachend zu Bismarck, Gortschakoff habe sich aus greisenhafter Eitelkeit als Friedensengel aufgespielt; aber der Kern der Sache war doch, daß Rußland für Frankreich eingestanden war und dies aller Welt mitgeteilt hatte; das Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg war nicht mehr so eng wie früher.

Im Jahre 1876 machte diese Entwickelung weitere Fortschritte. Die Mißstände, unter denen die Raja, d. h. die dem Sultan untertänige Christenschaft, seufzte, und die auf ihre gewaltsame Befreiung gerichtete panslawistische Wühlerei der russischen Diplomaten Ignatieff, Nabikoff u. a. riefen im Juli 1875 einen Aufruhr in Bosnien und der Herzegowina hervor, der die Gefahr eines russisch-türkischen Krieges näherrückte. Wie, mußten sich die Russen fragen, würde sich dazu Österreich-Ungarn verhalten? Würde es nicht, seiner Politik im Krimkrieg getreu, sich der Eroberung des Balkans durch die Russen aus Selbsterhaltungstrieb mit den Waffen widersetzen? Was würde dann Deutschland tun? Würde es den Dingen freien Lauf lassen oder, um seine Flanke nicht zu entblößen, der Donaumonarchie beistehen, in der Millionen Deutscher lebten? Das Bedürfnis, hierüber ins klare zu kommen, veranlaßte den Zaren, den Kaiser Franz Josef am 8. Juli 1876 in Reichstadt in Böhmen zu besuchen und mit ihm insgeheim eine Art Teilung der Türkei zu vereinbaren; Österreich sollte Bosnien, Rußland Armenien und Bessarabien erhalten. Von dieser Abkunft nicht befriedigt, richtete dann im Herbst 1876 der Zar aus Livadia in der Krim die direkte Anfrage an Bismarck, wie sich Deutschland im Fall eines russisch-österreichischen Krieges verhalten werde. Aus Bismarcks Antwort, so vorsichtig sie auch abgefaßt war, ging die Gewißheit hervor, daß Deutschland weder Rußlands noch Österreichs Vernichtung zulassen könne. Auf

Digitized by Google

den in Frage stehenden Fall angewandt, besagte diese Antwort, daß Deutschland Österreich nicht im Stiche lassen werde. Diese Auskunft berührte in Petersburg natürlich nicht angenehm, hatte aber die Folge, daß man sich entschloß, sich mit Österreich weiter zu verständigen. Im Militärvertrag vom 15. Januar 1877 gestattete Österreich den Angriff der Russen auf das Osmanische Reich, die Russen aber verpflichteten sich dabei, nicht auf den Nordwesten der Balkanhalbinsel, das Nachbargebiet Österreich-Ungarns, überzugreifen und, falls der Sandschak Novibazar den Türken entrissen und unter Montenegro und Serbien aufgeteilt werde, Sicherheiten für den österreichischen Orienthandel zu gewähren.

Der russisch-türkische Krieg hatte, wie anderweit erzählt ist (Bd. IV, S. 304), das Ergebnis, daß im Berliner Kongreß vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 vom türkischen Reich ein bloß noch zur Ableistung eines Tributs verpflichtetes, sonst selbständiges Fürstentum Bulgarien und eine „autonome" Provinz Ostrumelien errichtet und Rumänien und Serbien für völlig unabhängig erklärt wurden. Österreich sollte in Bosnien und der Herzegowina Ordnung schaffen und zu diesem Zwecke diese Landschaften ohne Räumungspflicht besetzen dürfen. Rußland erhielt in Asien den Seehafen Batum und die Festung Kars. Mit diesem Ergebnis war man in Petersburg nicht zufrieden und machte Bismarck dafür verantwortlich, daß die ursprüngliche russische Absicht, den Sultan in Europa ungefähr auf Konstantinopel zu beschränken und ein geschlossenes Großbulgarien mit Saloniki zu errichten, nicht erreicht war. Die Russen gebärdeten sich, als ob sie im letzten Grunde nicht vor der Drohung Englands mit einem Krieg zurückgewichen, sondern von dem undankbaren Deutschland verraten und um den Preis ihrer Siege betrogen worden seien. Da bei der Absteckung der Grenzen zwischen Bosnien, das tatsächlich österreichisch war, und Serbien, bei der Frage über die Lage der Brücke bei Silistria und den Lauf der türkischen Militärstraße durch Bulgarien der deutsche Bevollmächtigte — ebenso übrigens wie der englische und französische — sich gelegentlich auf die österreichische Seite schlug, ergrimmten die Russen noch mehr, ohne nach der sachlichen Begründung des deutschen Verhaltens zu fragen, und der Zar drohte im August 1879 in einem Brief an Kaiser Wilhelm I., wenn Deutschland sich weigere, in orientalischen Dingen seine Stimme ein für allemal im Sinne Rußlands abzugeben, so könne der Friede zwischen Deutschland und Rußland nicht dauern; zugleich wurde das russische Heer im Westen um 400000 Mann verstärkt. Jener Brief stellte das Deutsche Reich offensichtlich vor die Wahl, entweder sich zum Schleppträger Rußlands herabzuwürdigen oder sich eines Angriffs zu versehen. An sich hätte Bismarck ein Bündnis mit Rußland vorgezogen, das der mächtigere Nachbar war, das damals noch keinerlei direkte Gegensätze zu Deutschland hatte und dessen Herrscherhaus mit dem preußischen nahe verwandt und befreundet und von demselben monarchischen Erhaltungstrieb wie dieses beseelt war. Da aber dieses Bündnis auf der Grundlage der Gleichberechtigung offenbar nicht zu erlangen war und die Russen vielmehr auf ein Vasallenverhältnis Deutschlands abzielten, so entschloß sich Bismarck, den notwendigen Rückhalt bei dem von Rußland ebenso und noch unmittelbarer bedrohten Österreich zu suchen. Er pflog am 27. und 28. August 1879 mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, Graf Julius Andrassy, Besprechungen in Gastein und brachte sie, nicht ohne große Schwierigkeiten bei Kaiser Wilhelm I. zu finden, am 21. September und den folgenden Tagen in Wien zum Abschluß. Daraus ging der Vertrag vom 7. Oktober 1879 hervor, durch den sich beide Reiche verpflichteten. 1) bei einem Angriff Rußlands auf das eine von beiden sich mit ganzer Macht beizustehen, 2) beim Angriff seitens einer anderen Macht wohlwollende Neutralität zu beobachten und 3) falls Rußland dem betreffenden Angreifer helfe, ebenfalls einander mit

Digitized by Google

ganzer Macht zu unterstützen; 4) der Friede sollte nur gemeinsam geschlossen werden. Kaiser Wilhelm wollte anfangs das Bündnis nur genehmigen, wenn es allgemein, ohne Rußland besonders zu nennen, gelte; dafür war aber Franz Josef nicht zu haben, da er zur Zeit sich von niemand außer von Rußland als ernsthaft bedroht ansah und Frankreich ohne Not nicht vor den Kopf stoßen wollte. Der deutsche Kaiser bestand aber schließlich nur darauf, daß er seinen Neffen persönlich von dem Vertrag benachrichtigen dürfe, um jeden Schein einer Tücke zu vermeiden. Der deutsch-österreichische Zweibund wurde in Deutschland allgemein, besonders aber im Süden, und hier wieder besonders in den katholischen Gegenden, mit lebhafter Zustimmung aufgenommen; er erschien als die Heilung der 1866 der deutschen Volkseinheit geschlagenen Wunde, als eine Herstellung der alten, durch die Jahrhunderte des alten Reiches festgehaltenen Volksgemeinschaft und — nach dem schönen Ausdruck der ersten Thronrede Kaiser Wilhelms II. vom 25. Juni 1888 — als ein Vermächtnis der deutschen Geschichte. In Österreich-Ungarn begrüßten den Bund wenigstens die Deutschen und die Madjaren mit ungeteilter Befriedigung; Bismarck wurde der populärste Mann Deutschösterreichs. Auf Rußland wirkte die Gewißheit, im Fall eines Angriffs zwei große Mächte gegen sich zu haben, abkühlend; Zar Alexander II. sandte sofort im November 1879 seinen Sohn, den Thronfolger Alexander, nach Berlin und Wien, damit er beruhigende Erklärungen über die Absichten Rußlands abgäbe. Bismarck tat seinerseits alles, „um den Draht nach Petersburg nicht abreißen zu lassen"; er versicherte den Russen, daß Deutschland an einen Angriff auf sie nicht denke, daß es auf die Fortdauer der Freundschaft mit Rußland allen Wert lege, und wies eben darauf hin, daß das Bündnis nichts Neues sei, sondern ja nur den von jeher bis 1866 herrschenden Zustand wieder herstelle, von dem sich Rußland nicht bedroht gefühlt habe.

Österreich war aber noch nach einer anderen Seite nicht völlig sicher, nämlich vor Italien. Als 1866 der Krieg beigelegt wurde, erhielt Italien Venetien in seinen historischen Grenzen, so daß Welschtirol, ferner die Gegend am Isonzo, die Stadt Triest und Istrien österreichisch blieben. Damit waren etwa 700000 Italiener von der politischen Gemeinschaft mit der Hauptmasse ihres Volkstums ausgeschlossen; sie galten diesem deshalb als „das unerlöste Italien", die Italia irredenta, und es bildete sich ein Verein, der auf ihre Vereinigung mit dem Königreich Italien hinarbeitete. Im Fall eines russisch-österreichischen Krieges war unter diesen Umständen fast mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sich im Rücken Italien auf Österreich stürzen werde. Deshalb war es geboten, diese Gefahr womöglich zu beseitigen, und Bismarck richtete darauf seine Tätigkeit. Nun war Italien, seit 1871 in Frankreich die Monarchisten und Klerikalen am Ruder waren, von dorther bedroht; diese Parteien waren nicht abgeneigt, einen Kreuzzug für den 1860 und 1871 seiner weltlichen Herrschaft beraubten Papst zu unternehmen, um so mehr als sich dabei Frankreichs Übergewicht über Italien und damit ein Teil seiner einstigen, Europa beherrschenden Stellung wiedergewinnen ließ. Um dieser Gefahr zu begegnen, suchte Viktor Emanuel II. Rückendeckung an Österreich und stattete 1873 dem Kaiser Franz Josef einen Besuch in Wien ab. Die damit eingeleitete Annäherung der beiden Reiche hatte aber keinen Fortgang, weil Franz Josef, um den Papst nicht zu beleidigen, den Besuch nicht in Rom, auf das der Papst seinen Anspruch unbeugsam festhielt, zu erwidern wagte und Viktor Emanuel ihn in einer anderen Stadt nicht annehmen wollte und konnte, ohne sich selbst gewissermaßen als Räuber zu kennzeichnen. Dazu kam, daß die Italiener die Festsetzung Österreichs in Bosnien und der Herzegowina, deren Befriedung ihm der Berliner Kongreß 1878 übertrug, sehr ungern sahen; denn dadurch wurde Österreich eine Balkanmacht und verstärkte seine Stellung im Adriatischen Meer, was beides in Rom als

Digitized by Google

indirekte Benachteiligung Italiens empfunden wurde; man sprach dort von der Adria als „unserem Meer" (mare nostro). Bismarck empfing am 18. September 1877 den Besuch des italienischen Staatsmannes Crispi, der ihn wegen eines Bündnisses gegen Frankreich sondieren wollte, und ließ ihm keinen Zweifel, daß der Weg von Rom nach Berlin über Wien führe und Italien nur als Freund Deutschlands angenommen werden könne, wenn es sich auch zu Österreich freundlich stelle. Man überlegte sich in Rom den Fall lange und gründlich, und darüber erlitt Italien einen harten Schlag. Der französische Minister Ferry ließ sich von dem Gedanken leiten, daß Frankreich „nicht immer sein Auge auf die blaue Linie der Vogesen richten dürfe", daß es bei einem guten Einvernehmen mit Deutschland für den Verlust Elsaß-Lothringens anderswo Ersatz verlangen könne; und so beschloß er, die französische Macht in Nordafrika auf das Algier im Osten benachbarte Tunis auszudehnen, wozu Räubereien tunesischer Stämme auf algerischem Boden einen bequemen Vorwand boten. Auf eine Anfrage in Berlin, wie sich die deutsche Regierung zu einem Einschreiten Frankreichs in Tunis verhalten werde, antwortete Bismarck, daß er selbst einer Einverleibung der Regentschaft in das französische Gebiet nichts entgegensetzen werde — außerhalb Europas macht, was ihr wollt, aber in Europa laßt uns in Ruhe! Daraufhin rückten am 22. April 1881 32000 Franzosen in Tunis ein und zwangen am 12. Mai den Bei Saddok zu dem sogenannten Bardovertrag, durch den er sich als Schützling Frankreichs bekannte und einem französischen „Generalresidenten" die leitende Stellung in seinem Land einräumte. Das war ein vernichtender Schlag für die Italiener, welche sich selbst Hoffnung auf den Erwerb der Sizilien in einem Abstand von nur 150 km gegenüberliegenden Regentschaft, der alten provincia Africa Roms, gemacht hatten, um so mehr als die italienische Kolonie daselbst sehr zahlreich war. Um nicht noch weitere Enttäuschungen dieser Art zu erleben, suchte das Ministerium Mancini einen Rückhalt zu gewinnen, und nunmehr kam am 20. Mai 1882 der Dreibund mit Deutschland und Österreich zustande, durch den die drei mitteleuropäischen Mächte sich ihren Besitzstand verbürgten: es sollte also Deutschland in Elsaß-Lothringen, Österreich in Bosnien, Italien in Rom geschützt werden. Im Laufe des Jahres 1882 schloß auch der neue König von Rumänien, Karol, ein Hohenzoller, sein Land an den Dreibund an. Bei seiner Erneuerung 1887 wurde der Dreibund nach dem Wunsche der Italiener auf die Wahrung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer ausgedehnt. Weitere Erneuerungen des Bündnisses erfolgten 1891, 1897, 1903 und ein letztes Mal 1912. Bismarck hat auch den Gedanken gehabt, England durch einen Vertrag mit Italien in das Bündnissystem hereinzuziehen, und der Gegensatz, der zwischen England und Frankreich wegen kolonialer Besitzfragen bestand, ließ das als nicht unmöglich erscheinen; schließlich zog aber England es doch vor, sich nicht zu binden.

Über die Tragweite des Dreibundes hat sich Bismarck ausschweifenden Hoffnungen nicht hingegeben; er begriff wohl, daß Österreich und Italien aus den oben entwickelten Gründen in einem Gegensatz zueinander verharrten; ein geistreicher Franzose, Tardieu, hat nicht unzutreffend gesagt: „Weil sie nicht Freunde sein können, so müssen sie Verbündete sein." Solange aber Italien auch mit Frankreich auf gespanntem Fuße stand, war doch zu hoffen, daß der Dreibund, wenn auch die direkte militärische Hilfe Italiens für Österreich zweifelhaft blieb, doch wenigstens die Wirkung haben werde, Italiens wohlwollende Neutralität und damit die Rückenfreiheit Österreichs im Fall eines russischen Angriffs zu sichern.

Bei allen diesen Abkünften verlor Bismarck aber doch den Gesichtspunkt nicht aus dem Auge, daß sie nicht dahin führen müßten und sollten, den Draht zwischen Berlin und Petersburg zu zerreißen (s. oben, S. 116). Es gelang ihm auch, den Zaren Alexander II. und nach dessen Ermordung am 13. März 1881 seinen Sohn und Nachfolger Alexander III. (1881—94) noch im Jahre 1881 für den Gedanken eines engen Verhältnisses zum Deutschen Reich zu

Digitized by Google

gewinnen, und da hierfür der Verzicht auf einen Angriff gegen Österreich erforderlich war, so willigte Alexander III. 1884 auf einer Zusammenkunft in der Stadt Skiernewice (westlich von Warschau) in die Errichtung eines neuen „Dreikaiserverhältnisses", das für die nächsten drei Jahre wohlwollende Neutralität der drei Reiche festsetzte, im Fall eines in Krieg verwickelt werde. Im Jahre 1887 weigerte sich Alexander III., diesen Vertrag zu erneuern, da er gegen Österreich wegen dessen bulgarenfreundlicher Haltung verstimmt war. Im Zusammenhang mit einer scharfen Spannung, welche damals zwischen Deutschland und Frankreich bestand und welche der General Boulanger (S. 104) bis zu einem Kriege zu treiben suchte, wurde dem Zaren durch gefälschte Urkunden — wie es heißt, seitens der an den dänischen Prinzen Waldemar verheirateten Prinzessin Marie von Orléans — der Glaube beigebracht, daß auch Deutschland den in Petersburg mit Feindseligkeit angesehenen Fürsten Ferdinand von Bulgarien heimlicherweise unterstütze. Es gelang aber Bismarck, den Zaren, als dieser am 18. November 1887 durch Berlin reiste, von der Verlogenheit dieser Verdächtigung zu überzeugen, und damals — so scheint es — kam es zu dem deutsch-russischen „Rückversicherungsvertrag", kraft dessen sich beide Mächte, falls eine von ihnen von irgendwem angegriffen werden sollte, wohlwollende Neutralität zusicherten. Der Fall, daß Rußland angreife, wurde von diesem Vertrag nicht berührt; Deutschlands Pflicht und Recht, Österreich-Ungarn in einem solchen Falle beizustehen, blieben also beide ungemindert bestehen; ja Österreich-Ungarn empfing eine verstärkte Friedensbürgschaft, weil die russische Kriegspartei nicht mehr auf die Gefahr eines österreichischen Angriffes hinweisen konnte, dem es zuvorzukommen gelte; denn daß Österreich-Ungarn ohne deutsche Hilfe, die jetzt auch formell ausgeschlossen war, einen solchen Angriff nicht wagen konnte, war handgreiflich. Der Rückversicherungsvertrag sicherte Rußland gegen England und Österreich-Ungarn, das Deutsche Reich gegen Frankreich, das ohne Verbündeten nichts gegen Deutschland unternehmen konnte; der Zweibund deckte Deutschland gegen Rußland; nach allen Seiten hatte Bismarck das Reich mit den stärksten Bürgschaften umgeben. Er stand auf dem Höhepunkt seiner Erfolge nach außen wie nach innen, wo er seit dem 21. Februar 1887 sich wieder auf eine zuverlässige Mehrheit des Reichstags stützen konnte. Deutschland war niemals mächtiger und unangreifbarer als damals.

In dieser Lage übernahm, nachdem Wilhelm I. und sein Sohn Friedrich III. 1888 kurz nacheinander (9. März und 15. Juni) gestorben waren, Wilhelm II. am 15. Juni die Krone Preußens und des Deutschen Reiches. Er tat es zunächst ohne Zweifel mit der Absicht, in den von Bismarck gewiesenen Bahnen weiter zu schreiten, und sein erster Besuch galt, einem Wunsch seines sterbenden Großvaters gemäß, dem Zaren Alexander III., dem er dadurch die Absicht der Fortdauer der dynastischen und politischen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland bekunden wollte. Aber sei es, daß die beiden an Charakter sehr unähnlichen Herrscher sich nicht verstanden, sei es, daß der Fortbestand der Spannung zwischen Petersburg und Wien wegen Bulgarien störend einwirkte — im Jahre 1889 entstand eine Entfremdung zwischen Berlin und Petersburg, welche dazu führte, daß Wilhelm II. bestimmt und entschieden sich für Österreich aussprach und folgerichtig auch sich England näherte, das für jeden Gegner Rußlands der gegebene Bundesgenosse war. Berichte des deutschen Konsuls in Kijew meldeten bedrohliche Truppenanhäufungen an der russischen Westgrenze und veranlaßten den Kaiser zu Warnungen nach Wien. Bismarck, der von der Friedfertigkeit des Zaren und von seiner unbedingten Macht, die russische Politik zu bestimmen überzeugt war, wollte eine russenfeindliche Schwenkung der deutschen Staatsleitung nicht verantworten, und das war einer der wichtigsten Gründe, welche zu seinem Sturze führten (20. März 1890).

Digitized by Google

b) Das Verhältnis der Großmächte von 1890 bis 1913.

Kaiser Wilhelm II. versicherte zwar in einem Telegramm nach Wien, daß auch nach Bismarcks Ausscheiden „der Kurs der alte bleibe; mit Volldampf voraus!", die Folgezeit zeigte aber, daß diese Zusicherung weder für die innere, noch für die äußere Politik zutraf. Dort versuchte es der Kaiser, die Sozialisten, die Polen, die Welfen, das Zentrum zu gewinnen und machte ihnen Zugeständnisse, hier bildete sich ein Zusammengehen mit England heraus, das auf Rußland abstoßend wirken mußte. In seinem unglückseligen Trinkspruch vom 21. März 1890 verkündete der Kaiser, daß die englische Flotte und das deutsche Heer gemeinsam den Frieden Europas erhalten werden, also war er, so mußte man folgern, bedroht von einem Feind Englands, was nur Rußland sein konnte. Obwohl Alexander III. bereit war, den Ende 1890 ablaufenden Rückversicherungsvertrag zu erneuern und auf die gegenteiligen Ratschläge des Panslawisten Katkoff, seines alten Lehrers, nicht hörte, so lehnte doch der Nachfolger Bismarcks, der Reichskanzler Caprivi, die Erneuerung ab, weil er den Vertrag ganz irrigerweise als gegen Österreich nicht ehrlich ansah und das Verhältnis doppelter Sicherung ihm zu verwickelt erschien. Dafür wurde am 1. Juli ein Vertrag mit England abgeschlossen, durch welchen dieses Helgoland an das Deutsche Reich abtrat; dafür verzichtete Deutschland auf die Schutzherrschaft über das Sultanat Witu, Deutsch-Somaliland und Uganda und willigte darein, daß der Sultan von Sansibar unter britischen Schutz gestellt wurde. England gestand zu, daß Deutsch-Ostafrika im Norden bis zur Grenze des Kongostaates, im Süden bis zum Njassasee reiche; Deutsch-Südwestafrika erhielt eine schmale Verbindung zum Sambesistrom (den sogenannten Caprizipfel, etwa 20000 qkm), und der Sultan von Sansibar übertrug dem Deutschen Reich den seiner Insel gegenüberliegenden Küstenstrich. Die halbamtliche Presse feierte den Abschluß des Vertrags in hohen Tönen und erinnerte plumperweise an die Waffenbrüderschaft von Waterloo. Der Vertrag brachte dem Reich aber nur einen, allerdings unschätzbaren, aber billiger einzuheimsenden Gewinn, Helgoland, durch das der seiner Vollendung entgegengehende Kaiser Wilhelm-Kanal erst seinen vollen Wert erhielt; aber der Vertrag war mit großen Opfern in Afrika erkauft, und er besiegelte die Abkehr von Rußland. Er gab rückwirkend den Anlaß zur Gründung des „Alldeutschen Verbandes".

Rußland sah sich nach einem anderen Verbündeten um, und als dieser kam, wie die Dinge lagen, nur Frankreich in Betracht, das überdies auch bei seinem Kapitalreichtum den Russen die von ihnen benötigten Anleihen gewähren konnte. Bereits Ferry hatte die Fäden nach Petersburg zu ziehen begonnen, das er als Bundesgenossen gegen England und dessen Weltherrschaftspläne betrachtete. Aus den belgischen Akten wissen wir, daß der Zweibundgedanke in Frankreich bis 1880 (Freycinet) zurückgeht. Im November 1888 hatte Frankreich den Russen eine erste Anleihe von 500 Millionen Franken gewährt und die Anfertigung einer halben Million Lebelgewehre für das russische Heer gestattet, mit der halb ernsthaften, halb scherzhaften Bemerkung des Ministers Freycinet, daß diese Gewehre niemals auf französische Soldaten schießen sollten. Die französische Regierung tat alles, um dem Zaren gefällig zu sein; Verschwörer gegen Alexanders III. Leben wurden in Paris festgenommen und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, während man früher sie als politische Verbrecher angesehen und ihre Auslieferung an Rußland abgelehnt hatte. Es schien, als ob Katkoff recht behalten sollte, wenn er denen, welche von dem französischen Bündnis wegen der jakobinischen Ansteckungsgefahr nichts wissen wollten, die Hoffnung entgegen hielt, daß das konservative Rußland auf das radikale Frankreich abfärben werde. So reiften allmählich die Früchte; der Zar

Digitized by Google

gab seine Zustimmung zu einem Besuch eines französischen Geschwaders in Kronstadt. Dieser fand am 23. Juli 1891 statt; der Admiral Gervais machte dem Zaren in Petersburg seine Aufwartung und empfing den Gegenbesuch des Selbstherrschers aller Reußen an Bord seines Admiralschiffes Marengo, wobei der Zar die Marseillaise, das leidenschaftliche Sturmlied der Revolution, stehend anhörte! Auf Grund der bis dahin gepflogenen Verhandlungen tauschten am 22. August 1891 der Minister des Auswärtigen, Ribot, und der russische Botschafter Baron v. Mohrenheim zwei Schriftstücke aus, welche die Grundlage des politischen Zusammenschlusses zwischen Frankreich und Rußland geworden sind. Der Text ist bis heute nicht veröffentlicht; aber es ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß es sich noch nicht um ein allgemeines Bündnis handelte und noch weniger um einen Angriffsvertrag. Wohl aber versprach man sich Unterstützung bei der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts und Beistand im Fall des Angriffs seitens eines dritten. Das bedeutete offenbar, daß Frankreich im gegebenen Falle gegen Deutschland, Rußland gegen England Hilfe verlangen konnte. Die päpstliche Presse hat nicht ohne Grund behauptet, daß Leo XIII. dadurch, daß er die französischen Katholiken anwies, von ihrer Opposition gegen die dritte Republik abzulassen, ihr den Weg nach Petersburg ebnete; denn ein Staat, mit dem „der älteste Souverän Europas" in Freundschaft lebte, könnte auch dem Zaren Vertrauen einflößen.

Der Zusammenschluß Rußlands und Frankreichs wirkte auf die stürmischen Köpfe in Berlin sehr ernüchternd; man wurde des schweren Fehlers, den man durch den Flirt mit England und die Lossage vom Rückversicherungsvertrag begangen hatte, inne und suchte den zerrissenen Draht wiederherzustellen. Daraus erwuchs der Handelsvertrag mit Rußland vom Februar 1894, der durch die infolge der Herabsetzung des Kornzolls gesteigerte Einfuhrmöglichkeit des russischen Getreides die deutsche Landwirtschaft schwer gefährdete und dem „Bund der Landwirte" (S. 86) neue Scharen zuführte. 1895 folgte weiter das Zusammengehen mit Rußland und Frankreich gegen Japan, dem die Früchte seines Sieges über China gutenteils wieder entrissen wurden. Der dritte Reichskanzler, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, wollte durch diese Maßregel wieder an die Seite Rußlands kommen; das gelang aber nur in sehr unvollkommener Weise, und Japan, das bisher aus Deutschland seine militärischen Lehrmeister bezogen hatte und Deutschland bewunderte, wurde durch die plötzliche und schwer begreifliche Unfreundlichkeit der deutschen Politik tief und dauernd verletzt. So machten die deutschen Staatsmänner wiederholt einen Fehler durch einen anderen gut. Das russisch-französische Verhältnis entwickelte sich auf den 1891 gelegten Grundlagen weiter: 1892 ward durch einen Militärvertrag das Zusammenwirken des russischen und französischen Heeres im Fall eines Krieges geregelt, 1893 gab ein russisches Geschwader unter Admiral Apellais in Toulon den Kronstadter Besuch heim, und Zar Nikolaus (1894—1917) erschien dreimal in Frankreich. Am 6. Oktober 1896 war er in Paris, wobei ihn seine hessische Gemahlin Alice begleitete; vom 18.—21. September 1901 wohnte er den Manövern in Compiègne bei, und am 31. Juli und 1. August 1909 traf er auf der Reede von Cherbourg mit dem Präsidenten der Republik Fallières zusammen. Die Trinksprüche, welche bei diesen Anlässen gewechselt wurden, hoben die Friedensliebe der Verbündeten geflissentlich hervor, und man kann annehmen, daß beide Teile dabei nicht direkt unehrlich waren; keiner von beiden hatte eine Neigung zur Entfesselung des Kriegsdämons, und eines der Motive der russischen Regierung war sicherlich das Bestreben, einen leistungsfähigen Darleiher zu gewinnen; die Summe der bis zum Weltkrieg an Rußland vorgeschossenen französischen Gelder beziffert sich auf 22 Milliarden Franken. Mit diesen Summen wurden wohl auch Rüstungen bestritten, vielfach aber

Digitized by Google

auch die Kosten von Eisenbahnen, welche zunächst wirtschaftlichen Zwecken dienten. Obwohl die Absichten beim Abschluß des Bündnisses in Petersburg nicht ganz dieselben waren wie in Paris, und man gelegentlich die Meinung hören konnte, Frankreich werde durch die Rücksicht auf seinen Partner von dem Rachekrieg gegen Deutschland mehr abgehalten als dazu befähigt, enthielt das Bestehen des Bündnisses doch eine Spitze gegen Deutschland und bedrohte dieses, je nachdem die Weltlage im ganzen sich gestaltete, mit schwerer Gefahr.

Die engen Beziehungen, welche 1890 zwischen Deutschland und England angeknüpft worden waren und als Gegengewicht gegen die russisch-französische Gefahr hätte dienen können, erlitten bald sehr empfindliche und nachhaltige Störungen. Im Jahre 1895 entwickelte sich eine Spannung in Südafrika, indem die Buren der südafrikanischen Republik, welche 1881 das ihnen 1877 auferlegte englische Joch abgeschüttelt hatten, durch einen von dem Arzt Jameson geführten Handstreich überrumpelt und abermals ihrer Freiheit beraubt werden sollten (Bd. III, S. 115). Sie sollten gezwungen werden, den Ausländern, welche mit Hilfe einheimischer Arbeitskräfte die Goldminen bei Johannesburg ausbeuteten, das Stimmrecht einzuräumen, wodurch sie in ihrem eigenen Land in die Minderheit versetzt zu werden drohten. Dieser Gefahr erwehrten sie sich, indem sie am 1. Januar 1896 Jamesons Abteilung bei Krügersdorp überwältigten und gefangennahmen. Als die Nachricht davon nach Berlin gelangte, wurde eine Beratung veranstaltet, an welcher der Kaiser, der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr Marschall v. Bieberstein, der Staatssekretär der Marine Hollmann, der Admiral Knorr und der Chef des Marinekabinetts v. Senden-Bibran teilnahmen. Aus dieser Beratung ging ein Telegramm folgenden Inhalts hervor, das der deutsche Kaiser am 3. Januar an den Präsidenten der südafrikanischen Republik, Paul Krüger, richtete: „Ich spreche meinen aufrichtigsten Glückwunsch aus, daß es Euer Exzellenz, ohne die Hilfe befreundeter Mächte anzurufen, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren." Dieses Telegramm rief in England eine große Erbitterung hervor, obwohl das Urteil in der ganzen Welt genau so lautete, wie der Kaiser sich ausdrückte; schärfer als die französische und die russische Presse hat sich damals niemand ausgesprochen. Der belgische Gesandte in Berlin, Baron v. Greindl, bezeichnete in einem Bericht an seine Regierung Jameson und seine Bande sogar mit dürren Worten als Räuber, und selbst die Chartered Company für Südafrika, welche Jameson heimlich zu seinem Ritt ausgerüstet hatte, sah sich genötigt, um das Gesicht zu wahren, seinen Einfall ausdrücklich zu mißbilligen. Das hinderte nicht, daß man in England das Mißlingen des Handstreichs sehr bedauerte, und um so ergrimmter war man in London über den deutschen Kaiser, der allein von allen Staatsoberhäuptern in so scharfer Weise gegen den Völkerrechtsbruch Stellung nahm.

Die „Morning Post", das Hauptblatt der am Ruder des Staatsschiffes befindlichen Tories, schrieb damals: „Die englische Nation wird diese Depesche nie vergessen, sondern bei Gestaltung ihrer auswärtigen Politik immer daran denken." Daß das geschehen ist, bewies die Folgezeit. Es war also begreiflich, daß man den Schritt der Regierung, für den man den Kaiser allein verantwortlich machte, später auch in Deutschland selbst sehr getadelt hat. Was lag für ein Grund vor, daß gerade Deutschland in so schroffer Weise gegen das englische Vorgehen auftrat? Es hatte als Besitzer von Südwestafrika allerdings ein Interesse daran, daß in Südafrika nicht England allein mächtig war, daß vielmehr dort noch andere unabhängige Staaten vorhanden waren, und der Staatssekretär Marschall v. Bieberstein hat diesen Standpunkt sowohl im Reichstag als der englischen Regierung gegenüber geltend gemacht. Allein, es gab weniger drastische Mittel, das zu sagen, als das von der Regierung gewählte, und da Deutschland gerade als junge Kolonialmacht allen Anlaß hatte, ein freundliches Verhältnis zu England zu unterhalten, so empfahl es sich nicht,

Digitized by Google

diese Macht unnötig zu reizen. Das war um so weniger ratsam, als die französische Regierung trotz der Stimmung ihres Landes die Engländer wissen ließ, daß Frankreich nur einen Feind habe, nämlich Deutschland, und daß England darnach seine Politik einrichten könne. Wenn man also das Vorgehen vom 3. Januar nicht als einwandfrei anerkennen kann, so ist es doch nicht gerecht, dafür den Kaiser vornehmlich verantwortlich zu machen. Zwar stimmte die Art dieses Vorgehens nur zu sehr zu seiner hastig, besonders mit Telegrammen, dreinfahrenden Art. Aber die Anwesenheit aller verantwortlichen Ratgeber der Krone in der entscheidenden Sitzung beweist, daß es sich nicht um einen jähen Entschluß des Monarchen handelte, sondern um einen sorgfältig überlegten Schritt der deutschen Politik, für den der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und die anderen hohen Reichsbeamten gestimmt haben oder dem sie sich mindestens, ohne ihren Rücktritt zu nehmen, angeschlossen haben müssen. Ganz unhaltbar erscheint mir die von Adolf Stein vorgetragene Behauptung, daß die Depesche „eine verzuckerte Form" der Ablehnung der von den Buren kurz vorher erbetenen deutschen Hilfe habe sein sollen, weil sie die „in eigener Tatkraft" erfolgte Abwehr des Einbruchs betonte. Niemand, der die Depesche liest, kann etwas anderes darin finden, als die stärkste Form der moralischen Unterstützung der Buren, und eine andere Unterstützung kam nach Lage der Dinge ja überhaupt nicht in Betracht. Mit dieser Haltung entsprach die Regierung übrigens lediglich durchaus der im deutschen Volke herrschenden Stimmung.

Der Gegensatz zwischen Deutschland und England, der bei diesem Anlaß hervorgetreten war, erhielt neue Nahrung durch die Entwickelung des deutschen überseeischen Handels, welche in den nächsten Jahren sich vollzog und so mächtig war, daß das hoch angesehene konservative Wochenblatt „The Saturday Review" am 11. September 1897 schrieb: „Das englische Volk beginnt zu begreifen, daß in Europa zwei große, einander unversöhnlich entgegenstehende Nationen sind, welche die ganze Welt zu ihrer Provinz machen und von ihr den Handelstribut erheben wollen. England und Deutschland, Bein von einem Bein, Blut von demselben Blut, sind in jedem Winkel des Erdballs Mitbewerber. In Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Indien, im Osten, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten kämpft der deutsche Musterreisende mit dem britischen Hausierer. Wenn morgen Deutschland vernichtet würde, so würde es keinen Engländer in der Welt geben, der morgen nicht reicher wäre... Also: Germaniam esse delendam, nieder mit Deutschland!" Das Gefühl, daß allmählich ungeheure deutsche Werte über See vorhanden seien und geschützt werden müßten (5. Januar 1897 Erwerbung von Tsingtau), führte zu dem ersten Flottengesetz von 1898, nach dem binnen sechs Jahren 19 Linienschiffe, 8 Küstenpanzer und 42 Kreuzer gebaut werden sollten. Das Gesetz wurde am 28. März vom Reichstag mit 218 gegen 139 Stimmen genehmigt (vgl. S. 88). Kaum war dieser erste Schritt zu einer großen deutschen Kriegsflotte getan, so zeigte der spanisch-amerikanische Krieg vom Sommer 1898, daß nur eine den modernen Kampfbedingungen angemessene Flotte einen wirklichen Wert habe. Die maßgebenden Männer (Tirpitz) waren der Ansicht, daß auch die ziffernmäßige Stärke der Flotte erhöht werden müsse, wenn Deutschland neben der gewaltigen Seemacht Englands und der Vereinigten Staaten den „Risikogedanken" durchführen wolle. Dieser Gedanke wollte besagen, daß zwar Deutschland aus verschiedenen naheliegenden Gründen nicht darauf ausgehen dürfe, eine der englischen Flotte gewachsene Streitmacht zur See zu schaffen, daß es aber zur See so stark sein müsse, daß ein Angriff auf Deutschland auch für England ein nicht leicht zu nehmendes Wagnis bedeutete. England könnte bei diesem Angriff wohl siegen, aber unter solchen Opfern, daß seine Flotte auf geraume Zeit nicht mehr den ersten Platz einnähme; auf diese Möglichkeit durfte es aber England, für das die Vorherrschaft zur See eine Lebensfrage war, nicht ankommen lassen; es mußte also, so rechnete man in Berlin, sich mit Deutschland verständigen. Das zweite Flottengesetz, das die Flotte von 1898 verdoppelte, ging am 19. Juni 1900 im Reichstag mit 201 gegen 103 Stimmen durch. Wir dürfen es heute aussprechen, daß die deutsche

Digitized by Google

auswärtige Politik damals vor der Schicksalsfrage des Reiches stand. Es war nicht zu erwarten, daß England das Emporkommen einer bedrohlichen deutschen Kriegsflotte ruhig hinnahm. Man mußte mit seiner Feindschaft rechnen, und man konnte das nur tun, wenn man wenigstens Rußlands vollkommen sicher war und also nicht Gefahr lief, auf allen Seiten (außer im Südosten, wo der Bund mit Österreich-Ungarn uns die Flanke deckte) feindselige Nachbarn zu haben und eines Tages von Ost und West von einer Übermacht angefallen zu werden. Bestand keine Möglichkeit, mit Rußland ein festes Freundschaftsverhältnis zu haben, so mußte man mit England ein solches suchen und also vom Bau einer Trutzflotte absehen.

Nicht sofort trat der tödliche Gegensatz ans Licht; man suchte, nach hüben und drüben ihn zu beschwören. England stand damals noch in scharfem Gegensatz zu Rußland, das den Blick auf Persien und Indien gerichtet hielt, und hatte auch noch allerlei unausgeglichene Streitigkeiten kolonialer Natur mit Frankreich. So geschah es, daß 1898 zwischen London und Berlin ein geheimes Abkommen über die portugiesischen Kolonien in Afrika abgeschlossen wurde, welche die in schweren Finanznöten steckende portugiesische Regierung zu verkaufen oder zu verpfänden gedrängt schien.

Nach dem Abkommen sollten die Kolonien am Indischen Ozean (Mosambik), die England wegen der möglichen Bedrohung des Seeweges nach Indien besonders wichtig waren, an England, die Kolonien am Atlantischen Ozean (Angola) an Deutschland fallen. Dieses Abkommen zeugt für das damals in beiden Staaten vorhandene Bestreben, sich friedlich über wichtige Fragen zu vergleichen. Allerdings schloß England 1899 noch den sogenannten Windsor-Vertrag mit Portugal, nach dem sich beide Mächte zur Verteidigung ihres Besitzstandes verbündeten. Man sieht nicht recht, wie dieser Vertrag zu dem von 1898 stimmt; vielleicht war er nur durch den Burenkrieg, der am 11. Oktober 1899 ausbrach, veranlaßt und faßte den gemeinsamen Kampf gegen die Buren ins Auge. Geschehen ist übrigens infolge des Krieges nichts gegen die Buren, die ihrerseits Portugal natürlich nicht angriffen. Die Wirren auf den Samoa-Inseln führten im November 1899 zu einem deutsch-englischen und einem deutsch-englisch-amerikanischen Vertrag, durch den Deutschland Upolu und Savaii, die Vereinigten Staaten Tutuila und Manua, England Tonga bekam.

Als nun der Burenkrieg zu schweren Niederlagen des britischen Heeres führte, so richteten Frankreich und Rußland (laut den auf den deutschen Kaiser selbst zurückgehenden Angaben des „Daily Telegraph" vom 28. Oktober 1908) an Deutschland die Aufforderung, mit ihnen gemeinsam von England zu verlangen, daß es dem Krieg ein Ende setze; der Augenblick sei gekommen, nicht allein die Burenfreistaaten zu retten, sondern auch England bis in den Staub zu demütigen. Aber Kaiser Wilhelm II., der seit 1896 erfahren hatte, wie Frankreich gegen Deutschland gestimmt war (S. 120), stand auf dem Standpunkt, daß Deutschland sich fern davon halten müsse, sich an einem Druck auf England zu beteiligen und dessen Sturz herbeiführen zu wollen; es müsse sich stets vor einer Verwickelung mit einer Seemacht wie England hüten. Der Kaiser entwickelte sogar in einem Schreiben an seine Großmutter, die Königin Viktoria, einen Kriegsplan, wie den Buren am besten beizukommen sei. Nach Angaben, die von unterrichteter Seite zu kommen scheinen, und nach Otto Hammann hätte die deutsche Regierung den Gedanken nicht von vornherein abgelehnt, aber als Vorbedingung eines Zusammengehens Sicherheit von Frankreich und also die Verbürgung des Besitzstandes der drei Mächte durch diese gefordert, was aber von dem russischen Minister Grafen Murawieff sofort als Ablehnung des Vorschlags aufgefaßt worden sei, da „kein französisches Ministerium sich 24 Stunden halten könnte, das Deutschland Elsaß-Lothringen verbürge".

England wurde durch diese Vorgänge natürlich noch mehr bestimmt, ein Bündnis mit Deutschland zu suchen. Der Staatssekretär der Kolonien im Kabinett Salisbury, Chamberlain, war es vor allem, der diesen Gedanken vertrat. Offen sagte er schon im Frühjahr 1898

Digitized by Google

dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeldt, daß die Vereinsamung immer schwerer auf der britischen Politik laste und die günstige Regelung der mit Rußland und Frankreich obwaltenden Streitfragen erschwere. Auch Salisbury war einem deutschen Bündnis geneigt. Infolge davon gingen Deutschland und England bei den chinesischen Wirren des Jahres 1900 Hand in Hand und verständigten sich am 16. Oktober 1900 in London dahin, daß sie mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse dafür einstehen wollten, daß alle Häfen an den Küsten und Flüssen Chinas allen Nationen in gleicher Weise offenstehen sollten, ferner sollte jede Zerstückelung Chinas verhütet werden. An alle Mächte sollte die Aufforderung ergehen, sich diesen zwei Grundsätzen anzuschließen. Dieser sogenannte „Yangtse-Vertrag" wurde durch die Besorgnis veranlaßt, daß Rußland und vielleicht auch die Vereinigten Staaten nach Sondervorteilen in China streben könnten. Der Vertrag hatte aber doch nicht die Wirkung, Deutschland und England einander dauernd näher zu bringen; denn als die Russen Anstalten trafen, ihre Niederlassung in Tientsin zu befestigen und ihren Einfluß auf die Mandschurei auszudehnen, trat ihnen der neue englische Minister des Auswärtigen, Lord Lansdowne, entgegen und wollte den Chinesen Unterstützung leihen. Darauf erklärte aber Graf Bülow, der im Oktober 1900 Reichskanzler geworden war, daß das Yangtseabkommen seinem Wortlaut nach sich nur auf die Gegenden beziehe, „wo die Vertragschließenden Einfluß ausüben können"; das treffe aber für Deutschland auf die Mandschurei nicht zu. In London war man darüber sehr verstimmt, weil man darin eine weitgehende Rücksichtnahme auf Rußland sah, gegen das man gerade die deutsche Hilfe zu erlangen wünschte. Diese zu leisten, war Bülow nicht geneigt, er wollte die Beziehungen zu Rußland nicht verschlechtern lassen. So hatten alle Anläufe zu einem deutsch-englischen Bündnis keinen Erfolg. Gleichwohl wurde im Frühjahr 1901 ein abermaliger Versuch unternommen; Chamberlain sprach dabei gegen den ersten deutschen Botschaftssekretär Freiherrn v. Eckardtstein es offen aus, daß die Zeit da sei, wo England entweder an Deutschland oder an Rußland Anschluß suchen müsse: er ziehe das erste vor. England und Japan verhandelten damals, um Rußland in den gebührenden Schranken zu halten, über den Abschluß eines Bundes, und Lord Lansdowne war der Ansicht, daß man Deutschland in diesen Bund hereinziehen solle. Er ließ durch den deutschen Geschäftsträger in London, Freiherrn v. Eckardtstein, eine entsprechende Anregung nach Berlin gelangen; aber die Sache kam nicht vom Fleck, einmal weil die Volksstimmung in beiden Ländern ihr nicht günstig war und die Engländer in den Deutschen ihre gefährlichen Mitbewerber sahen, dann weil man in Berlin das völlige Abrücken von Rußland, das durch ein Bündnis mit England herbeigeführt werden mußte, schwer nahm; nach der Meinung Otto Hamanns auch, weil der einflußreiche Rat im Auswärtigen Amt, v. Holstein, dem Lord Salisbury als einem Franzosenfreund nicht traute, höchstens von einem Bündnis wissen wollte, in das der ganze Dreibund mit aufgenommen werden sollte, und das erschien wieder Salisbury untunlich und England zu sehr belastend. Schließlich ergriff Großbritannien die russische Partie, und Deutschland saß zwischen zwei Stühlen.

Der Gegensatz zwischen Rußland und England blieb indes zunächst in seiner ganzen Schärfe bestehen, solange die russische Politik auf Erweiterung des russischen Machtbereiches im fernen Osten ausging. England und Japan schlossen, da Deutschland nicht mittat, am 30. Januar 1902 ihr Bündnis zu zweien ab und verhießen einander, den bestehenden Zustand in Ostasien aufrecht erhalten zu wollen; sollte der Schutz ihrer Interessen — der englischen in China, der japanischen in Korea — zum Krieg mit einem dritten Staate führen, so versprachen sie einander wohlwollende Neutralität, sollte aber einer der vertragschließenden Teile

Digitized by Google

durch zwei Gegner angegriffen werden, so sollte der andere zur Hilfeleistung verpflichtet sein. Das Bündnis sollte auf fünf Jahre gelten. Da der Vertrag offensichtlich eine Unterstützung Rußlands durch Frankreich als möglich voraussetzte, so veröffentlichten diese beiden Mächte am 16. März 1902 eine Gegenerklärung, daß auch sie an dem bestehenden Zustand in Ostasien, also an der Unabhängigkeit von China und Korea, festhalten und, im Fall diese bedroht werde, gemeinsam die geeigneten Maßnahmen treffen würden. Diese Kundgebungen ließen einen gewaltigen Zusammenstoß im Osten nicht als unmöglich erscheinen, durch den Deutschland, als verhältnismäßig dort am wenigsten beteiligte Macht, eine große Freiheit der Bewegung erhalten hätte: wenn Rußland und Frankreich mit England und Japan handgemein wurden, so hatte Deutschland offenbar nichts mehr von ihnen zu fürchten.

Eine solche Wendung der Dinge entsprach den Wünschen des Mannes nicht, der am 22. Juni 1901 auf seine Mutter, die Königin Viktoria, gefolgt war, Edwards VII. Er war jahrzehntelang anscheinend nur ein Lebemann gewesen, der mit seinem Treiben nach den Anklagen der „Pall-Mall"-Zeitung von 1892 gelegentlich hart an die Mauern des Zuchthauses streifte, im Kern seines Wesens aber ein Mann des nüchternen Wirklichkeitssinnes, ohne den Ballast des Idealismus, begierig nach einer Tätigkeit, welche ihn als den Vollstrecker der innersten Gedanken seines Volkes erscheinen ließ und über die herkömmliche Figurantenrolle der englischen Könige hinaushob. Er wollte also das immer gefährlicher aufstrebende Deutschland unschädlich machen, indem er es von allen Seiten einkreiste und gegebenenfalls mit festländischer Hilfe niederschlug. Zu diesem Zweck galt es, die bestehenden Gegensätze zu Frankreich und Rußland aufzulösen und an ihre Stelle ein Einvernehmen zu setzen. Mit Rußland, das die englischen Lebensinteressen am Goldenen Horn und in Indien bedrohte, war das erheblich schwerer zu erreichen als mit Frankreich; er setzte also hier zunächst den Hebel an. Schon 1896 hatte man über Siam eine friedliche Verständigung erzielt, durch die Frankreich das linke Ufer des Mekhong zugestanden worden war, warum sollte man nicht auf dieser Bahn fortfahren? Allerdings hatte das Jahr 1898 allen Annäherungsfreunden in Paris einen herben Stoß versetzt. Als damals der französische Hauptmann Marchand Faschoda am Nil besetzte, forderte England in drohendem Tone die Räumung dieser Stadt, und der Minister Delcassé, ein hochgekommener Zeitungsmann, beeilte sich, das Verlangen Englands dienstwillig und demütig zu erfüllen. Ohne sich an dem sonst so empfindlichen Ehrgefühl der grande nation zu stoßen, zog er die französische Besatzung wieder heraus. Jetzt erschien Edward VII., was er als Prinz von Wales oft aus ganz anderen Gründen getan hatte, wieder in Paris und brachte am 3. Mai 1903 einen Trinkspruch aus auf die in dem Interesse beider Völker liegende Annäherung. Aus diesen Bestrebungen erwuchs der Vertrag vom 8. April 1904 (Geburtstag der Entente), der auf der ganzen Front sämtliche Reibungsflächen zwischen England und Frankreich beseitigte, in Amerika, in Afrika, im Stillen Ozean, und vor allem zwei Dinge enthielt: erstens die förmliche Anerkennung der seit 1882 bestehenden herrschenden Stellung Englands in Ägypten (unter der Verpflichtung, die französischen Schulen und den ganzen politischen Rechtsstand bestehen zu lassen, was nur eine Redensart war, welche Englands Vormacht sogar in gewissem Sinne bekräftigte); zweitens das Recht Frankreichs, über das Sultanat Marokko eine Schutzherrschaft zu errichten. Der Vertrag überwies also den Osten von Nordafrika den Engländern, den Westen den Franzosen; nur hatte England sein Schäfchen schon im Trockenen, während Frankreich erst zusehen mußte, wie es seine Schutzherrschaft über den scherifischen (d. h. von Mohammed abstammenden) Sultan aufrichte.

Da durch den Madrider Vertrag von 1880 Marokkos Unabhängigkeit von allen Mächten

Digitized by Google

anerkannt worden war, so enthielt der Vertrag vom 8. April eine Rechtsbeugung, welche den in Marokko interessierten Staaten sehr empfindlich sein mußte. Zu diesen Staaten gehörte vor allem das Deutsche Reich, dessen Handelsverkehr mit dem erzreichen Marokko seit Jahren immer mehr zunahm. Zunächst hielt der Reichskanzler Graf v. Bülow an sich; als aber der russisch-japanische Krieg, der am 5. Februar 1904 entbrannt war, eine für Rußland immer ungünstigere Wendung nahm, war die Zeit zur Durchkreuzung der feindlichen Zettelungen gekommen. Es gab damals Leute in Deutschland, welche in der Überzeugung, daß über kurz oder lang es doch zum blutigen Austrag der Gegensätze kommen werde und müsse, dafür waren, in Gottes Namen jetzt loszuschlagen. Rußland sei außerstande, etwas zu tun, Italien (dem Delcassé schon 1902 durch den überaus gewandten Botschafter in Rom, Barrère, Tripolis als seinen Anteil an der afrikanischen Nordküste versprochen hatte) könne, falls es die Dreibundpflicht verletze und mit Frankreich gehe, durch Österreich leicht im Zaume gehalten werden, und mit Frankreich allein werde das deutsche Heer zuverlässig fertig werden. Allerdings hatte sich England verpflichtet, im Fall eines deutschen Angriffs die Hand auf den 1895 eröffneten Kaiser Wilhelm-Kanal zu legen und 100000 Mann über den jütischen Hafen Esbjerg nach Schleswig zu werfen: aber England hatte nur ein Soldheer und vermochte nach der herrschenden Auffassung in einem festländischen Krieg ein entscheidendes Gewicht nicht in die Wagschale zu werfen. Was Rußland anging, so wußten die breiten Kreise Deutschlands und der Welt nicht, daß damals sein Verhältnis zu England eine fast tödliche Verschärfung erfahren hatte. Die russische Flotte wurde im Sommer 1904 durch deutsche Kohlenhandlungen mit Kohle versorgt, was für ein Eingreifen der Flotte in den ostasiatischen Krieg unerläßliche Vorbedingung war und dem Völkerrecht nicht zuwider lief. England drohte nun als Verbündeter Japans in Berlin mit Krieg, und daraus entwickelte sich eine deutsch-russische Annäherung. Der Zar fragte nämlich, wie sich Deutschland den britischen Drohungen gegenüber zu verhalten gedenke, und der Kaiser antwortete: er schlage ein Bündnis beider Reiche vor. Durch dieses sollte nach der Absicht des Kaisers Frankreich bestimmt werden, sich als Verbündeter Rußlands an Deutschlands Seite zu stellen, als des Verbündeten seines Verbündeten: also ungefähr derselbe Gedankengang, der Friedrich den Großen 1756 geleitet hat, als er Englands Freundschaft suchte, um dadurch Rußlands Feindschaft zu entwaffnen. Das Ergebnis war in beiden Fällen das gleiche. In Petersburg regten sich sofort alle Feinde Deutschlands mächtig, und in Paris hatte seit dem Vertrag vom 8. April 1904 die Partei der Rache an Deutschland naturgemäß Boden gewonnen. Da der Zar mit einer Zusage an Deutschland zögerte, stellte Deutschland in Petersburg eine Frist, bis zur Ankunft der russischen Flotte auf Madagaskar; wenn bis dahin die Sache nicht geklärt sei, werde sich Deutschland anders entschließen, d. h. für England Partei ergreifen. Um aller Welt kund zu tun, daß das Reich sich in Marokko nicht beiseite drängen lasse, erschien der Kaiser am 31. März 1905 in Tanger und sprach an die deutsche Kolonie daselbst seine Absicht aus, die Unabhängigkeit des Landes für alle Zeit zu schirmen. Infolge der inzwischen in Petersburg für Deutschland getroffenen Entscheidung lenkte Frankreich ein, und Delcassé wurde am 6. Juni entlassen. Am 23. Juli kamen Wilhelm II. und Nikolaus II. auf Björkö, der „Birkeninsel", im Finnischen Meerbusen zusammen, und hier wurde das Bündnis förmlich abgeschlossen, wonach beide Staaten sich anheischig machten, „fremde Friedensstörer zur Ruhe zu verweisen und nötigenfalls die Waffen zu gebrauchen". So schien die ganze europäische Politik umgestaltet zu sein und das alte preußisch-russische Einvernehmen wieder aufzuleben. Aber es schien nur so. Nach Petersburg zurückgekehrt, mußte der Zar von seinem Minister des Aus-

Digitized by Google

wärtigen, Grafen Lambsdorff, hören, daß er zu weit gegangen sei und das Bündnis mit Frankreich preisgegeben werden müsse, wenn man das mit Deutschland abschließe; hier heiße es: entweder — oder! Dem Zar blieb nichts übrig, als seinem Vetter in Berlin mit dürren Worten zu schreiben, daß er sein Wort zurücknehmen müsse, und bei der Konferenz in Algeciras, die am 16. Januar 1906 über die marokkanische Frage eröffnet wurde, standen Deutschland und Österreich-Ungarn allein den anderen Mächten gegenüber. Auch Italien, durch den Tripolisvertrag gebunden, hielt zu Frankreich, und es war noch viel, daß am 28. März ein Abkommen getroffen wurde, das Frankreich wenigstens nicht allein zum Herrn der acht marokkanischen Hafenplätze machte, sondern es zwang, sich mit Spanien in deren Überwachung zu teilen und einen von der Schweiz gestellten „Generalinspektor" der Hafenpolizei, Oberst Müller, anzunehmen. Auch die zur Erschließung der Bodenschätze Marokkos zu schaffende Bank wurde international gebildet. So kam Deutschland mit einem blauen Auge davon; aber die Hauptsache war die Erkenntnis, daß nicht Rußland Frankreich zu Deutschland hinübergezogen hatte, sondern umgekehrt Frankreich Rußland wieder von Deutschland abzog.

Die Brücke, die zwischen Frankreich und England geschlagen war, schuf auch die Möglichkeit einer Verbindung mit Petersburg; man darf sicher annehmen, daß Delcassé der Mittelsmann war, daß er schon als Minister daran gearbeitet hat und daß er und seine Freunde auch nach seinem Sturz weiter in diesem Sinne tätig waren. König Edward VII. nahm auch diese Angelegenheit in seine geschickten Hände. Am 31. August 1907 kam ein Vertrag zustande, dessen Inhalt in der von Chamberlain 1901 angedeuteten Richtung lag: England entschied sich für Rußland und machte diesem demgemäß Zugeständnisse in Persien, um mit ihm zu einem allgemeinen Einvernehmen zu gelangen. Persien wurde, ohne daß man es befragt hätte, so in Einflußbereiche zerlegt, daß der Norden den Russen, der Osten den Engländern überlassen wurde, während der übrige Teil beiden offen stehen sollte. Afghanistan sollte ausschließlich unter englischen Einfluß kommen, über Tibet wurde Chinas Oberhoheit anerkannt, wodurch es Russen und Engländern gleichermaßen entzogen wurde. Aus diesem ersten Vertrag erwuchs bald ein weiterer. Am 9. Juni 1908 kamen Edward VII. und Nikolaus II. auf der Reede von Reval zusammen, und wenn man auch über ihre Abmachungen daselbst amtlich nichts erfahren hat, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß über die Türkei dasselbe beschlossen wurde, was 1907 über Persien verabredet worden war: sie sollte in einen russischen und einen englischen Herrschaftsbereich zerlegt werden, wobei nach dem, was später im Weltkrieg festgesetzt wurde, Rußland in Konstantinopel und an den beiden Meerengen, England in Ägypten, Palästina und Mesopotamien gebieten sollte. Auf diese Weise gelangte Rußland aus dem Schwarzen-Meer-Sack ins offene Mittelmeer, England aber sicherte sich die Landbrücke vom Nil bis zum Euphrat und von da bis Indien. Die bloße Kunde von der Verständigung Englands und Rußlands — dem wichtigsten Schritt auf dem Wege zum künftigen „Vielverband" —, wenn auch ihre Tragweite im Dunkeln blieb, schlug in Konstantinopel wie eine Bombe ein. Wenn diese beiden Mächte sich einander näherten, so war sofort völlig klar, daß England seine altüberlieferte Politik des unbedingten Schutzes der Türkei als eines Bollwerks gegen Rußland und für Indien aufgegeben hatte und sich mit dem Zaren gegen den bisherigen Schützling verschwor. Es tat dies auch wirklich, und zwar weil die Türkei sich militärisch und wirtschaftlich an Deutschland angeschlossen hatte; die Generale Kähler und nach dessen Tode (1895) v. d. Goltz reorganisierten die Ausbildung des türkischen Offizierskorps, und die 1884 von der Deutschen Bank ins Leben gerufene Bagdadbahn, die 1904 den Taurus erreicht hatte, sollte nach einem soeben (am 2. Juni 1908) abgeschlossenen Vertrage

Digitized by Google

bis an ihr Ziel, an den Persischen Meerbusen, fortgeführt werden und eröffnete dem deutschen Handel und der deutschen Industrie ein unermeßliches Absatzgebiet; das Losungswort „von Berlin bis Bagdad!" schien sich zu erfüllen. Für eine mit Deutschland engverbundene Türkei gedachte man in London keinen Penny mehr zu opfern, da war es vorteilhafter, sich derjenigen ihrer Teile zu bemächtigen, die für England Wert hatten.

Als diese Gefahr sich ankündigte, beschlossen die patriotischen Kreise der Türken, die hauptsächlich in der jungtürkischen Reformpartei (vgl. Bd. IV, S. 308) zu finden waren, das alte absolute Regiment zu stürzen, das den Großmächten gegenüber noch nie Rückgrat gezeigt hatte. Das dritte Armeekorps, das in Saloniki lag, erhob sich zu diesem Zweck, und da der Sultan Abd ul-Hamid in Kenntnis gesetzt wurde, daß Moslemin nicht auf Moslemin schießen würden, gab er nach und willigte nach einem zehnstündigen Ministerrat am Abend des 23. Juli 1908 in die Wiederherstellung der Verfassung von 1876, die nach dem unglücklichen Kriege gegen Rußland 1878 stillschweigend außer Kraft gesetzt worden war. Nun entstand die Frage, ob zu dem türkischen Parlament auch die Provinzen Bosnien und Herzegowina wählen dürften, welche seit 1878 tatsächlich von Österreich-Ungarn im Interesse der Ruhe und Ordnung besetzt und verwaltet wurden, rechtlich aber noch der Souveränität des Sultans unterstanden. Wurde die Frage bejaht, so stand die Loslösung der beiden Provinzen von Österreich-Ungarn und damit dessen Herausdrängung aus der Balkanhalbinsel bevor. Um dies zu verhüten, riet der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Ahrenthal, seinem Kaiser einen kühnen Schritt an. Am 5. Oktober 1908 erklärte Franz Josef, daß er die in seinem Hause gültige Erbfolge auf Bosnien und die Herzegowina erstrecke, d. h. daß er diese Länder mit seiner Monarchie auch rechtlich vereinige. Dieser Schritt erregte große Erbitterung einmal in der Türkei, wo man nunmehr unter dem neuen Regiment dieselbe Verkürzung des Staatsgebietes sich gefallen lassen sollte, die man dem alten Regiment vorgeworfen hatte, und dann in Serbien, wo man seit langem von der Herstellung des mittelalterlichen großserbischen Reiches des Königs Duschan (1331—55; vgl. Bd. IV, S. 338) träumte, zu dem auch die beiden genannten Provinzen gehört hatten; nun sah man den ganzen Traum zerfließen. Hinter Serbien aber stand als allslawische Vormacht Rußland, und da dieses sich mit England geeinigt hatte und Kaiser Franz Josef den durch König Edward VII. im August 1907 persönlich in Ischl unternommenen Versuch, ihn durch große Versprechungen von Deutschland wegzulocken, aus ganz richtigen Erwägungen ablehnend beantwortet hatte, so unterstützte auch England die Österreich-Ungarn feindlichen Bestrebungen. Nur der Fürst Ferdinand von Bulgarien handelte im stillen Einvernehmen mit Österreich-Ungarn und erklärte sich an jenem 5. Oktober in der Kirche der alten Landeshauptstadt Tirnowo zum Zaren Bulgariens und sprach dessen Unabhängigkeit von der Türkei aus. Aus all diesen Dingen entwickelte sich eine sehr gespannte Lage, um so mehr als auch Italien die Befestigung der Balkanstellung Österreich-Ungarns nur ungern sah und Nikolaus II. und Viktor Emanuel III. deshalb im Oktober 1909 in Racconigi zusammenkamen; es drohte monatelang ein großer Krieg gleich dem von 1914. Das Deutsche Reich stand aber, wie der Reichskanzler Fürst Bülow sagte, mit „Nibelungentreue" zu seinem Verbündeten, und Zar Nikolaus II. wagte es bei dem damaligen Zustande des russischen Heeres, das noch vom japanischen Kriege her geschwächt war, nicht, es aufs Äußerste ankommen zu lassen, obwohl ihn der deutschfeindliche englische Botschafter in Petersburg, Nicolson, durch die Hoffnung auf englische Waffenhilfe scharf zu machen suchte. So kam es, daß der Zar am 26. März 1909 den deutschen Vorschlag annahm, der dahin ging, daß die Großmächte nicht auf einem

Digitized by Google

Kongreß, den Franz Josef in Erinnerung an Algeciras ablehnte, sondern einzeln ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages, also ihre Zustimmung zu der Einverleibung der beiden Provinzen in die Donaumonarchie erteilen sollten. So geschah es, und Serbien, das von einem Kongreß oder einem Krieg die Verwirklichung seiner Pläne gehofft hatte, mußte sein Heer auf Friedensfuß setzen und nicht bloß die Einverleibung der Provinzen als seine Rechte nicht berührend anerkennen, sondern auch ein freundschaftliches Verhalten zu Österreich-Ungarn geloben.

So war die Gefahr eines Weltbrandes noch einmal glücklich vorübergegangen, vor allem, weil die Gegner Deutschlands und Österreich-Ungarns dem Erfolg einer Berufung ans Schwert nicht trauten; darin vor allem lag der Grund, warum selbst Frankreich in der ganzen Frage mäßigend wirkte. Aber es blieb doch eine Verstimmung zwischen Petersburg und Wien zurück, welche sich in einer Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen äußerte; erst am 20. März 1910 trat infolge einer russischen Erklärung, daß beide Reiche über Erhaltung des Balkanzustandes übereinstimmten, eine äußerliche Entspannung ein. Besser stand es um das Verhältnis Deutschlands und Rußlands; am 4. November 1910 kamen die Kaiser in Potsdam zusammen und vereinbarten nicht nur einen Ausgleich der deutschen und russischen Interessen in Persien, sondern auch, „sich in nichts einzulassen, was eine Spitze gegen den anderen Teil haben könnte". Diese Zusagen wurden aber nur unter heftigem Widerstand der deutschfeindlichen Partei in Petersburg erteilt und hatten deshalb nur bedingten Wert.

Im Jahre 1911 kam es zu einer gefährlichen Spannung wegen Marokko (vgl. Bd. III, S. 217ff.). Die Franzosen hatten 1908, als in Casablanca der Arzt Mauchamp wegen Hissung der französischen Flagge von den Mauren ermordet worden war, diese Hafenstadt besetzt und schickten sich an, unter dem Vorwand, daß der Sultan Mulei Hafid sie gegen aufrührerische Untertanen zu Hilfe gerufen habe, 1911 Fes zu besetzen. Obwohl der deutsche Staatssekretär Alfred v. Kiderlen-Wächter sie an die 1906 in Algeciras aufs neue verbürgte Unabhängigkeit Marokkos erinnerte, führten sie doch im Mai die Besetzung der Hauptstadt durch und es war klar, daß sie gutwillig nicht mehr herausgehen würden, ja daß sie es kaum konnten. Deshalb entsandte Kiderlen am 1. Juli das deutsche Kanonenboot Panther nach dem marokkanischen Hafen Agadir, um durch diesen „Pantersprung" Frankreich daran zu mahnen, daß Deutschland auch noch auf der Welt sei und mit seinen Interessen kein Spiel treiben lasse. Der kühne Schritt rief in Frankreich eine große Erregung hervor, weil man zunächst annahm, daß die Deutschen von Agadir Besitz ergreifen wollten, und in England gab es Leute genug, welche das Feuer eifrig schürten. Die belgischen Berichte aus London stellen das unzweideutig fest, und Lloyd George, der englische Schatzkanzler, sprach in einer Rede vom 21. Juli davon, daß England seine Lebensinteressen nicht in der Weise verletzen lassen werde, als ob es kein Gewicht im Rate der Völker mehr habe. Berlin antwortete am 24., daß es bei einem solchen Ton unmöglich werden müsse, weitere Auskunft zu geben. Ein belgischer Bericht vom 10. August gibt an, daß die englische Regierung den Franzosen anbot, sie wolle Schiffe nach Agadir schicken; das hätte das Feuer ans Pulverfaß gelegt, und selbst den Franzosen war das zu viel. Die deutsche Regierung stellte sich von Anfang an auf den Standpunkt, daß sie durch ihre Maßregel Frankreich nur zu Verhandlungen über Marokko veranlassen wolle, deren Ziel eine Entschädigung Deutschlands an anderer Stelle war; und in der Tat wurden auch solche Verhandlungen zwischen Kiderlen und dem französischen Botschafter Jules Cambon in Berlin eingeleitet, welche sich monatelang hinzogen. Die englische Politik ließ dabei nicht ab, mit dem Feuer zu spielen, und es kann heute keinem Zweifel mehr unter-

Digitized by Google

liegen, daß, obwohl König Edward VII. am 6. Mai 1910 das Zeitliche gesegnet hatte, sein Geist in den englischen Staatsmännern, dem Ministerpräsidenten Asquith und dem Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, fortlebte. Es ist von nicht weniger als fünf beachtenswerten englischen Stimmen, vor allem von dem General Lord Roberts, damals behauptet und von Grey am 27. November nur mit ungenügender Überzeugungskraft abgestritten worden, daß im Juli und September England anbot, den Franzosen mit 150000 Mann über Belgien zu Hilfe zu kommen, und in der Tat haben schon von 1906—11 zwischen englischen und belgischen Stabsoffizieren weitgehende Abreden über eine Landung englischer Truppen in Belgien stattgefunden. Wenn die Belgier einmal bedenklich werden wollten, so gaben die Engländer mit großer Kaltblütigkeit zu verstehen, daß man auch ohne ihre Zustimmung landen werde, und ein großes englisches Spionennetz in Deutschland wurde im November 1911 durch einen Prozeß gegen einen englischen Kaufmann Schultz und einen Wilhelmshavener Werftingenieur Hysich aufgedeckt. Der belgische Gesandte Baron v. Greindl warnte seine Regierung am 23. Dezember 1911 davor, in einseitiger Weise für die entente cordiale Partei zu ergreifen, der Generalstab befasse sich bloß mit dem Fall, daß Deutschland die belgische Neutralität verletze, nicht mit dem ebenso wahrscheinlichen, daß Frankreich diese Neutralität nicht achte.

Da in Deutschland von vornherein der Wunsch bestand, zu einem glücklichen Ende zu kommen und der französische Ministerpräsident Caillaux ebenfalls ein solches Ziel erstrebte, so wurde am 4. November ein Vertrag unterschrieben, durch den Frankreich das Recht erhielt, „die marokkanische Regierung bei allen Verwaltungs-, Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Heeresreformen zu unterstützen, die zu einer guten Regierung des Reiches erforderlich seien", d. h. Marokko wurde unter französische Schutzherrschaft gestellt; Frankreich durfte demgemäß alle Orte besetzen, die es als wichtig für die Ordnung und Sicherheit des Landes ansah. Doch sollte die Handelsfreiheit für alle Nationen unverbrüchlich erhalten werden. Deutschland bekam als Schadloshaltung für seine Zulassung des Schutzverhältnisses 275000 qkm von dem französischen Kongo und durfte an den gleichnamigen Strom und an den Mbongi (Ubangi) zwei „Fühlhörner" von 6—12 km Breite vorschieben. Dagegen trat es an Frankreich ein Dreieck zwischen Logone und Schari im Umfang von 12000 qkm ab, so daß sein Gewinn noch 263000 qkm betrug. Das Abkommen fand in Deutschland wie in Frankreich eine geteilte Aufnahme; dort bot es vielen, namentlich von der alldeutschen Richtung, viel zu wenig, weil man sich in den Gedanken hineingearbeitet hatte, daß Westmarokko deutsch werden solle, hier war man empört, daß Frankreich ohne Schwertstreich eine ganze Provinz an eine Macht abgetreten habe, welche in Marokko eigentlich gar nichts zu suchen gehabt habe. Die Hoffnung, daß der Vertrag ein besseres Einvernehmen zwischen beiden seit Jahrhunderten verfeindeten Völkern einleiten werde, ging nicht in Erfüllung; der bloße Name Agadir wirkte auf die Franzosen aufreizend, und das Rachegefühl erwachte stärker als je, wenn nicht in den stumpfen Massen, so doch in allen irgend maßgebenden Volkskreisen. In England hatte die sichtbar so klar überstandene Gefahr die Wirkung, daß die Friedensfreunde sich rührten; der Kriegsminister Haldane, der in Göttingen studiert hatte, kam im Januar 1912 nach Berlin, um eine Annäherung zustande zu bringen. Da er aber die von Bethmann geforderte Zusicherung der englischen Neutralität im Fall eines Deutschland aufgezwungenen Krieges nicht geben konnte und Grey sich nur dahin festlegen wollte, daß England Deutschland ohne Herausforderung nicht angreifen werde, so verlief die Sache ergebnislos.

Die Ausdehnung des französischen Machtbereichs in Nordafrika vom Sizilischen Meer bis zum Atlantischen Ozean schuf für Italien vermöge der geheimen Abmachungen von 1902

Digitized by Google

die Möglichkeit, nunmehr auch die Freigabe seiner Einflußsphäre von Frankreich zu fordern, und ohne irgendeinen besonderen Anlaß seitens der Türkei zum Vorwand nehmen zu können, richtete die Regierung Viktor Emanuels III. am 27. September 1911 die Aufforderung an den Sultan, daß er binnen 24 Stunden sich äußern solle, ob er die militärische Besetzung von Libyen (Tripolis und Kyrenaika) zulassen wolle, wo die Herstellung einer besseren Verwaltung als der türkischen eine Forderung der Zivilisation darstelle. Vgl. Bd. III, S. 219. Der Sultan lehnte das ebenso freche als heuchlerische Ansinnen natürlich auf alle Gefahr hin ab, worauf Italien am 29. September den Krieg erklärte. Es gelang der italienischen Flotte, der die Türkei eine entsprechende Seemacht nicht entgegenstellen konnte, und dem italienischen Heere, die Küstenstädte Tripolis, Marsa Tobruk, Homs, Derna und Benghasi zu besetzen; aber beim Versuch, das Innere zu erobern, fanden die Italiener seitens der durch Enwer Bei militärisch organisierten Eingeborenen und der kleinen türkischen Besatzung zähen Widerstand.

Der Angriff auf die türkischen Besitzungen in Afrika hatte aber die von Anfang an vorauszusehende Folge, daß ein solcher Angriff auch in Europa geschah. Unter russischer Oberleitung, wobei besonders der Gesandte in Belgrad, v. Hartwig, tätig war, entstand im Mai und Juni 1912 ein Balkanbund, in dem Bulgarien am 16. Mai mit Griechenland, am 19. Juni mit Serbien und Montenegro sich verständigte. Der Bund hatte eine doppelte Spitze, eine gegen das Osmanische Reich, dessen Bestand in Europa vernichtet werden sollte, und eine gegen Österreich-Ungarn, dessen etwa erstrebte weitere Ausdehnung auf dem Balkan unter allen Umständen verhindert werden sollte. Sollte Rumänien, das seit 1882 dem Dreibund sich angeschlossen hatte (S. 117), mit Österreich-Ungarn gemeinsame Sache machen, so sollten auch gegen dieses Königreich die Waffen gebraucht werden. Infolge der in Europa drohenden Gefahr schloß der Sultan am 15. Oktober mit Italien den Frieden von Lausanne, durch den er den afrikanischen Provinzen die volle Autonomie verlieh, da er sie nicht mehr schützen könne: in dieser Form erfolgte die Abtretung an Italien, das der Türkei 50 Millionen Lire Entschädigung zahlte. Aber das rollende Rad war nicht mehr aufzuhalten. Schon am 9. Oktober erklärte Montenegro dem Sultan den Krieg, am 17. folgten die drei anderen Staaten nach (vgl. Bd. IV, S. 309). Da die Angreifer über 474000 Mann verfügten, die Osmanen nur über 285000 (von denen nur 170000 im Felde standen, die anderen in den Festungen lagen), so war der Krieg bald zu ungunsten der Türken entschieden, die, bei Kirkkilisse am 23. und 24. Oktober von den Bulgaren geschlagen, Thrakien bis zu den Linien von Tschataldscha verloren und durch Serben und Griechen auch aus Mazedonien verjagt wurden; am 8. November zog der Grieche in Saloniki ein. Nach längeren Verhandlungen trat Abd ul-Hamid am 30. Mai im Londoner Frieden den ganzen europäischen Besitz der hohen Pforte außer Konstantinopel und dem Landstrich bis Enos und Midia an die Sieger ab. Sofort aber gerieten diese über die Teilung der Beute untereinander in Streit. Da nämlich Serbiens Anteil an ihr dadurch gekürzt wurde, daß Österreich-Ungarn und Italien trotz des russischen Eintretens für Serbien die Festsetzung Serbiens an der Adria in Albanien (Durazzo) nicht gestatteten, weil sie dort einen russischen Vorposten nicht haben wollten, so verlangten die Serben dafür Ersatz in Mazedonien. Das konnte nur auf Kosten Bulgariens geschehen, das sich dessen weigerte. So erwuchs aus dem ersten Balkankrieg, der 7½ Monate gedauert hatte, Ende Juni 1913 ein zweiter, in dem Serbien, Montenegro und Griechenland gegen Bulgarien standen. Aber auch Rumänien, das bisher leer ausgegangen war und seiner Lage nach nur auf Kosten Bulgariens zunehmen konnte, beteiligte sich an dem Kesseltreiben. Schließlich ergriff auch die Türkei wieder die Waffen, um Adrianopel zurückzugewinnen. Außerstande, der Übermacht

Digitized by Google

zu widerstehen, mußte Zar Ferdinand von Bulgarien am 10 August 1913 in den Frieden von Bukarest willigen, durch den Bulgarien den größten Teil seines im Londoner Frieden erlangten Gebietszuwachses wieder verlor. Natürlich fügte es sich nur knirschend der unerbittlichen Notwendigkeit und behielt sich vor, bei geeigneter Gelegenheit Rache zu üben.

c) Der Ausbruch des Weltkrieges. 1913—14.

Zu den Staaten, welche durch den Bukarester Frieden wesentlich gewonnen hatten, gehörte vor allem Serbien; es wuchs von 48000 auf 95000 qkm an, also auf fast das Doppelte seines früheren Umfanges, und überholte selbst den Gewinn Griechenlands um etwa 2000 qkm. Es ist also nicht zu verwundern, daß der großserbische Gedanke noch größere Kraft erlangte und die Abreißung der von Serben bewohnten österreichisch-ungarischen Gebiete mit erneuter Energie betrieben wurde. Daraus erwuchs der Mordanschlag gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand; ihm ist gerade der Umstand verderblich geworden, daß er als ein Freund der Südslawen, als ein Gegner der Madjaren angesehen wurde: wenn er die Südslawen mit der Fortdauer der habsburgischen Herrschaft aussöhnte, so ward den großserbischen Plänen ein starker Riegel vorgeschoben. So geschah es, daß er samt seiner Gemahlin, Herzogin Sophie von Hohenberg, geborenen Gräfin Chotek, am 28. Juni bei einem Manöverbesuch in Sarajewo von einem serbischen Gymnasiasten Princip erschossen wurde. Der furchtbare Vorgang beleuchtete grell die Lage: zwischen Österreich und den Anhängern des Großserbentums mußte es zu einer Entscheidung kommen. Demgemäß sammelte der Minister des Auswärtigen in Wien, Graf Berchtold, die Beweisstücke für die Schuld der Serben, die bis in die höchsten Kreise sich erstreckte, und erließ dann am 23. Juli ein binnen zwei Tagen mit Ja oder Nein zu beantwortendes Ultimatum nach Belgrad, in welchem er die Unterdrückung des großserbischen Volksvereins, der Narodna obdrana, unter Mitwirkung österreichischer Beamter und eine gerichtliche Untersuchung über den Mord ebenfalls unter Zuziehung österreichischer Beamter forderte. Das Ultimatum war überaus scharf, aber von der doppelten Erwägung eingegeben, daß auf andere als die geforderte Weise eine wirkliche Heilung des Schadens und eine ausreichende Genugtuung nicht zu erhoffen sei, und daß Rußland, Serbiens Beschützer, es so wenig wie 1909 und 1912 auf einen Krieg ankommen lassen werde. Der Text des Ultimatums wurde in Berlin nicht vor seiner Absendung mitgeteilt; man war aber in Berlin durchaus für ein entschiedenes Auftreten des Verbündeten, da dessen Schwäche in diesem Falle sein Ansehen tödlich hätte treffen müssen: Festigkeit erschien als das Gebot der Stunde. Die Welt hielt den Atem an: man hatte das Gefühl, daß jählings eine ungeheure Gefahr am Himmel emporstieg. In Belgrad versicherte man sich sofort, wessen man sich von Rußland zu versehen habe, und gab sodann knapp vor dem Ablauf der gesetzten Frist, am 25. Juli um 6 Uhr abends, die Antwort, daß man das Ultimatum im ganzen annehme, aber die Mitwirkung österreichischer Beamter bei der Untersuchung über das Komplott vom 28. Juni, als gegen die Verfassung und das Strafprozeßgesetz verstoßend, ablehnen müsse. Auch sonst knüpfte die serbische Regierung ihre Nachgiebigkeit an mancherlei Klauseln, welche die Wirksamkeit der Zugeständnisse erschwerten oder bedrohten. Deshalb erklärte der österreichische Gesandte in Belgrad, Freiherr v. Giesl, die Antwort für ungenügend und verließ mit seinem gesamten Personal Belgrad. Infolgedessen war mit dem Ausbruch des Krieges zwischen der habsburgischen Monarchie und Serbien zu rechnen; damit drohte aber auch der Krieg mit Rußland und in unvermeidlicher Weiterwirkung das Eingreifen Deutschlands für Österreich, das Frankreichs für Rußland, also der Weltkrieg.

Digitized by Google

Es war selbstverständlich, daß die Diplomatie dieser furchtbaren Gefahr zuvorzukommen suchen mußte, wenn sie nicht den Fluch der Welt auf sich laden wollte, oder daß sie wenigstens sich den Anschein geben mußte, als ob es ihr um die Verhütung des Krieges zu tun sei. Grey schlug am 26. Juli die Verweisung des Falles an ein Schiedsgericht vor oder den Zusammentritt einer Konferenz der vier unbeteiligten Mächte — Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens —, um einen Ausgleich zustande zu bringen. Beides war für Österreich-Ungarn unannehmbar, das erste, weil es sein Recht überhaupt nicht in Frage stellen lassen durfte, das zweite, weil die Zusammensetzung der Konferenz aus zwei Freunden Rußlands und einem halben Feind Österreich-Ungarns, dem nur Deutschland entgegenstand, nicht viel Gutes erwarten ließ. Statt der Konferenz schlug der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, v. Jagow, am 27. eine direkte Verhandlung der Doppelmonarchie mit Rußland vor, und Grey nahm am 28. diesen Vorschlag an. In der Tat besprach Sasonoff auf Anregung des deutschen Botschafters, Grafen Pourtalès, am 26. mit dem Botschafter Franz Josefs, Grafen Szapary, die Möglichkeit eines Ausgleichs; aber er verlangte eine Umgestaltung des Ultimatums, also den Verzicht des Grafen Berchtold darauf, daß die Note an Serbien ein Ultimatum im eigentlichen Sinne sei, und das erachtete Berchtold als politisch und moralisch ohne schwere Demütigung der Monarchie für unmöglich; verhandeln wollte er nur über Differenzen seines Staates mit Rußland, nicht über Serbien. In diesem Augenblick erfolgten aber bereits Vorbereitungen zum Krieg. Der russische Ministerrat vom 25. Juli beschloß erstens die Mobilmachung von 13 im Süden Rußlands liegenden Armeekorps, nicht sofort, aber alsbald nach Beginn etwaiger österreichischer Gewaltmaßregeln gegen Serbien, und zweitens den Eintritt der im März 1913 geregelten „Kriegsvorbereitung" gegen Österreich und Deutschland, welche Vorbereitung eine entscheidende Vorstufe zur Mobilmachung selber war; diese vollzog sich auf Grund der „Vorbereitung" sehr rasch. Damit rückte die Gefahr eines Weltbrandes in unmittelbare Nähe, und das um so mehr, als Rußland schon am 24. Juli durch den französischen Botschafter Paléologue darüber vergewissert worden war, daß Frankreich im Falle der Not seine Bündnispflichten gegen das Zarenreich erfüllen werde, und als die englische Flotte schon am gleichen 24. Juli nach Abschluß ihrer Manöver nicht entlassen, sondern kriegsbereit bei Portland zusammengehalten wurde. Die Gewißheit, daß Rußland auf Frankreich, und Frankreichs wegen auf England, zählen könne, wurde am 29. Juli durch Grey den Russen ausdrücklich bestätigt, und sie gab nach der Versicherung des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg, de l'Escaille, vom 29. Juli der durch den Großfürsten Nikolaus und den Kriegsminister Suchomlinoff geführten Kriegspartei in Petersburg Oberwasser. Es war vergebens, daß der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg ebenfalls am 29. Juli von der Wiener Regierung nachdrücklich verlangte, daß sie mit Rußland über einen Ausgleich verhandle; ein ähnlicher Schritt Englands und vollends Frankreichs in Petersburg, der sicher Erfolg gehabt hätte, blieb aus, und alle Versuche des am Abend des 27. von seiner Nordlandreise zurückgekehrten Kaisers Wilhelm II., bei seinem Vetter Nikolaus die Einstellung der Mobilmachung und damit die Beschwörung der Kriegsgefahr zu erwirken, waren erfolglos. Zwar hat der Zar, wie die Enthüllungen des gegen Suchomlinoff im August 1917 geführten Hochverratsprozesses ergeben haben, am 30. Juli, nachts 11 Uhr, die Einstellung der allgemeinen Mobilmachung befohlen, da dann das gute Einvernehmen mit Deutschland gemäß der Zusage des deutschen Kaisers bestehen bliebe; Suchomlinoff hat aber seinen Herrn direkt dahin belogen, daß nur im Südwesten mobilisiert werde, und er hatte das Glück, daß die Stimmung des willensschwachen Zaren am anderen Morgen, am 31., unter dem Andringen der Kriegs-

Digitized by Google

hetzer wieder umschlug und er die Fortführung der, tatsächlich nicht einen Augenblick unterbrochenen, Mobilmachung anordnete. Auf die Nachricht davon befahl Franz Josef am 31., nachmittags, daß das ganze Heer der Monarchie auf Kriegsfuß gesetzt werde, und Kaiser Wilhelm II. ordnete zur gleichen Zeit das Eintreten des Kriegszustandes für das Deutsche Reich an. Nach Petersburg aber erging die Aufforderung, binnen zwölf Stunden die Kriegsrüstungen einzustellen und hierüber eine bestimmte Erklärung abzugeben. Da dies nicht geschah, so erließ der Kaiser am 1. August, abends 5 Uhr 10 Minuten, die Weisung an den Grafen Pourtalès, die Kriegserklärung an Rußland auszusprechen. Ein längeres Zögern war nicht möglich, wenn nicht das zwischen zwei gewaltige Feinde eingekeilte Deutschland ihnen die Vorhand lassen wollte, es zu erdrosseln; die Russen, sagte v. Jagow am 1. August zu dem englischen Botschafter Goschen, hätten den Vorteil der Überlegenheit an Zahl, Deutschland müsse das durch Geschwindigkeit ausgleichen. Mit der Kriegserklärung an Rußland war auch von selbst der Krieg mit Frankreich gegeben. Zwar bot Kaiser Wilhelm II. am 1. August dem König Georg V. von England an, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen werde, falls dieses sich zur Neutralität verpflichte und England diese Neutralität durch seine Flotte und sein Heer verbürge; aber Grey wollte davon nichts wissen, und auf die deutsche Anfrage am 1. August, ob Frankreich (das am 1. August die Mobilmachung aussprach) in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben werde, antwortete der Ministerpräsident Viviani: Frankreich werde tun, was seine Interessen ihm geböten. Das war eindeutig, und so erließ der Kaiser am 3. August auch an Frankreich die Kriegserklärung, um auch nach dieser Seite von dem Mittel der Geschwindigkeit Gebrauch zu machen und Frankreich niederzuschlagen, ehe die Russen im Felde stünden. Ein anderes Verhalten wäre, wie unter anderen der niederländische Staatsmann Kuyper im „Standard" am 1. Dezember 1917 anerkannt hat, im äußersten Maß gefährlich gewesen; das deutsche Vorgehen ermöglichte freilich den Gegnern, die wahre Sachlage völlig zu verdrehen und sich als die Angegriffenen hinzustellen.

Noch blieb England, mit dem v. Bethmann seit Beginn seiner Reichskanzlerschaft unablässig ein gutes Verhältnis herzustellen sich bemüht hatte. Daß in England aber die Feindseligkeit gegen Deutschland wegen dessen wirtschaftlich immer stärker werdenden Wettbewerbs und wegen des Baues einer großen Flotte in den letzten Jahren sich außerordentlich verschärft hatte, war eine sich jedem Beobachter aufdrängende Tatsache. Die entente cordiale mit Frankreich hatte am 22. November 1912, als die österreichisch-serbische Spannung wegen Durazzos den Zusammenstoß der Doppelmonarchie mit Rußland nahe rückte, zum Austausch einer Erklärung zwischen dem englischen Minister des Auswärtigen und dem französischen Botschafter Paul Cambon geführt, nach welcher, wenn eine der beiden Mächte Grund habe, einen nicht herausgeforderten Angriff einer dritten Macht zu erwarten, sie alsbald auf Grund schon bisher gepflogener Beratungen der maßgebenden Heeresbehörden mit dem anderen Teil in Besprechungen eintreten solle, ob dieser Angriff gemeinsam abzuwehren sei, und welche Maßregeln bejahendenfalls zu ergreifen seien. Das war nicht mehr und nicht weniger als ein Bündnisversprechen, wenn auch formell, um die Parlamente nötigenfalls beschwichtigen zu können, die Unverbindlichkeit der Beratungen der Behörden betont wurde. Jetzt versuchte v. Bethmann, England vom Waffengang an der Seite Frankreichs zurückzuhalten, indem er schon am 29. Juli die Verpflichtung übernehmen wollte, daß Deutschland sein Gebiet in Europa keinesfalls auf Kosten Frankreichs vergrößern werde; nur bezüglich der französischen Kolonien wollte er sich nicht verpflichten, da Deutschland im Fall seines Sieges (der nach dem Verlaufe des Weltkrieges mit Sicherheit erfolgt wäre) doch irgendeinen Ersatz für seine

Digitized by Google

Opfer verlangen könnte. Grey lehnte ein Fernbleiben Englands vom Kampf auf ein solches Versprechen hin schroff als für England ehrenrührig ab. Als am 1. August v. Jagow die von England verlangte Sicherheit für die Achtung der belgischen Neutralität nicht geben zu können erklärte, weil er mit einer Auskunft irgendwelcher Art hierüber einen Teil des deutschen Feldzugsplanes enthüllen müßte, bedauerte Grey diese Antwort in einem Gespräch mit dem Botschafter Fürsten Lichnowsky; als dieser aber fragte, ob England bei Achtung dieser Neutralität selbst neutral bleiben werde, wich Grey aus: die Sache sei wohl wichtig, aber nicht ausschlaggebend. Nochmals bot v. Bethmann an, daß Deutschland auch die französischen Kolonien sich nicht aneignen wolle; auch sollte die deutsche Flotte, um das englische Volk nicht zu reizen, nicht zum Angriff auf die französische Nordküste gebraucht werden, also nicht in den Kanal

Ansprache des Kaisers an das Volk am 31. Juli 1914 vom Balkon des Berliner Schlosses. Nach Photographie.

einlaufen. Es war alles umsonst: Grey brach den Widerstand eines Teiles des Ministeriums gegen das Eintreten in den Krieg am 4. August durch den Hinweis auf den Einmarsch der Deutschen in Belgien, den v. Bethmann am gleichen Tag im deutschen Reichstag mit vollem Recht als eine Handlung der Notwehr bezeichnete; Deutschland, das als solches die Verträge über die belgische Neutralität gar nicht unterzeichnet hatte, weil es 1831 noch nicht existierte, das gegen die drohende Verletzung der Neutralität Belgiens durch die Franzosen sich — vollends in diesem Kriege mit doppelter Front — schützen mußte, wurde als wortbrüchig hingestellt, und am 4. August überreichte der Botschafter Goschen die englische Kriegserklärung an Deutschland in Berlin. Es war eine Genugtuung für Deutschland, daß die Minister Lord Marley, der Präsident des Geheimen Rates, der bedeutendste Mann des Kabinetts, ferner Burns, der Vorstand des Arbeitsministeriums, sowie der Parlamentssekretär Trevelyan lieber ihre Stellen niederlegten, als daß sie die Politik Asquiths und Greys mitmachen und verantworten wollten.

Digitized by Google

J. Die innere Geschichte Deutschlands, Österreichs, Frankreichs, Englands und Italiens während des Weltkrieges.

a) Deutschland.

Der Ausbruch des Krieges, dessen ungeheure Schwere sofort auch dem Stumpfsten klar wurde, fand ein fest geschlossenes deutsches Volk. „Ich kenne keine Parteien und keine Konfessionen mehr", rief der Kaiser am 1. August vom Balkon des Schlosses zu Berlin den ihn jubelnd grüßenden Massen zu; „wir sind heute alle deutsche Brüder, und nur deutsche Brüder!" Der auf den 4. August einberufene Reichstag genehmigte einstimmig die für Kriegszwecke geforderten 5 Milliarden und 16 andere Gesetze, welche der Regierung die notwendigen Vollmachten auf allen Gebieten erteilten. Niemand nahm das Wort als der Sozialdemokrat Haase, und dieser tat es, um zu bekunden, daß seine Partei zwar die Verantwortung für die imperialistische Politik ablehne, daß aber jetzt, da für das deutsche Volk bei einem Sieg des russischen Despotismus alles auf dem Spiel stehe, sie das Vaterland nicht im Stiche lasse und die geforderten Summen bewillige. „Unsere heißen Wünsche begleiten alle zu den Fahnen gerufenen Brüder, ohne Unterschied der Partei." Der Reichskanzler aber erklärte am Schluß der Sitzung: „Was uns auch beschieden sein mag, der 4. August wird bis in alle Ewigkeit hinein einer der größten Tage Deutschlands sein!" Der innere Hader verstummte vor dem „Burgfrieden", der alle Parteien in des Vaterlandes schwerster Not einte, und eine mächtige religiöse Welle (S. 423) brauste über das ganze Volk hin, von dem große Teile in Genußsucht, Materialismus oder kraftloses Ästhetentum versunken gewesen schienen; die Lieder „Ein' feste Burg ist unser Gott" und „Deutschland, Deutschland über alles" gaben dem Ausdruck, was in den Herzen lebte. Diese Stimmung hielt auch monatelang an, und gegen zwei Millionen junger Kriegsfreiwilliger besiegelten durch opfervolle Tat die Echtheit der vaterländischen Erhebung. Für Zwecke des Roten Kreuzes und der Fürsorge für die Familien ausmarschierter Wehrmänner und andere derartige Dinge wurden ungeheure Summen dargebracht. Die neun Kriegsanleihen, welche im Laufe des fast fünfjährigen Krieges aufgelegt werden mußten, ergaben 4460, 9060, 12101, 10712, 10652, 13122, 12625, 15100 und 10300 Millionen Mark, und zwar unter sehr starker Anteilnahme auch der kleinen Leute. Als das Feuer der Begeisterung allmählich niederbrannte, trat an ihre Stelle der eiserne Entschluß, durch alle Schwierigkeiten unbeugsam „durchzuhalten", und die Geschichte wird einst dem deutschen Volke trotz des traurigen Endes bezeugen, daß es einer ungeheuern, immer sich quantitativ und qualitativ steigernden Belastungsprobe vier Jahre lang mit übermenschlicher Kraft standgehalten hat, bis das Eingreifen des an äußeren Mitteln mächtigsten und noch ganz unverbrauchten Gegners endlich die für Deutschland unheilvolle Entscheidung erzwang. Es bedurfte geradezu des Zusammenstehens der ganzen Welt, um die 67 Millionen Deutsche zu überwältigen; fehlte auch nur eine Großmacht in der Reihe unserer Gegner, so war ihr Ansturm vergeblich.

Der leitende Staatsmann im Weltkrieg war fast drei Jahre lang der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Er bemühte sich redlich, die Geschlossenheit der Front in Deutschland zu erhalten und einen Frieden zu erreichen, der nach den großen Siegen über Rußland im Osten Erweiterung der Grenzen, im Westen tatsächliche Bürgschaften dafür schaffen sollte, daß Belgien künftig nicht wieder auf seiten der Feinde stehe und ihnen als Aufmarschgebiet diene. Ein Mann von redlichem Willen, aber freilich keine geniale Kraftnatur, welche die Menschen in ihren Bann zwingt, der ungeheuren Schwierigkeiten unserer Lage bei der ver-

Digitized by Google

hältnismäßigen Schwäche unserer Bundesgenossen sich bewußt, von denen Österreich-Ungarn mit dem Verrat der Tschechen die Türkei und Bulgarien mit der durch zwei kurz vorhergegangene Kriege hervorgerufenen Entkräftung zu kämpfen hatten, suchte er Deutschlands eigene Stärke dadurch zu erhalten, daß er den Forderungen der Sozialdemokraten entgegenkam, welche andernfalls die Herrschaft über die Massen an die im Januar 1916 von ihnen abgefallenen „Unabhängigen" (so nannten sie sich seit Mai 1917) zu verlieren fürchteten. Diese Forderungen richteten sich auf eine „Neuorientierung" der inneren Politik nach links und insbesondere auf die Reform des preußischen Landtagswahlrechts, die Bethmann schon 1910 (S. 98) vergebens durchzuführen versucht hatte. Durch sein Verhalten zu den Sozialisten verdarb es Bethmann mit den Konservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen, welche von der Einführung des gleichen Wahlrechts den Untergang des alten Preußen, die Herrschaft der Demokraten und Sozialisten, der Ultramontanen und Polen befürchteten und mit dem alten Preußen auch das Rückgrat des Deutschen Reiches zerbrechen sahen. Deshalb lehnten sie jede irgend erhebliche Nachgiebigkeit in dieser Frage ab, obschon man sich sagen mußte, daß, nachdem die Arbeitermassen ihre Pflicht gegen das Vaterland voll erfüllt hatten, die Gleichheit der Rechte ihnen unmöglich auf die Dauer versagt werden konnte. So entwickelte sich ein scharfer Gegensatz zwischen der Rechten und dem Reichskanzler, der sich noch dadurch verstärkte, daß die Rechte unter dem Einfluß der Alldeutschen und der neugegründeten „Vaterlandspartei" und angesichts der gewaltigen Siege im Osten und Süden und der ungeheuren Opfer einen Frieden forderte, der diesen Siegen und Opfern entspreche. Dem Reichskanzler ward vorgeworfen, daß er zu zaghaft sei, um den „deutschen Frieden" zu fordern und zu erkämpfen. Die russische Revolution vom März 1917 hat in ihrer Auswirkung auf Deutschland auch hier die Krisis herbeigeführt. In der Erkenntnis, daß nunmehr eine reaktionäre Politik von den verhängnisvollsten Folgen für die ganze bisherige Staats- und Gesellschaftsordnung sein müsse, veranlaßte v. Bethmann den Kaiser am 7. April 1917 zu der „Osterbotschaft", nach der „für das Dreiklassenwahlrecht nach den gewaltigen Leistungen des Volkes in diesem Kriege kein Raum mehr in Preußen war" und das Staatsministerium angewiesen wurde, so zeitig Vorschläge über ein neues Wahlrecht auszuarbeiten, daß bei der Rückkehr des Heeres aus dem Kriege diese Sache schnell durchgeführt werden könne. Diese Ankündigung wurde von der Linken mit Befriedigung aufgenommen. Im Laufe des Sommers steigerten sich aber infolge der englischen Blockade die Ernährungsschwierigkeiten, welche schon am 1. Februar 1915 zur Einführung der Brotkarten und im weiteren Verlauf auch zur behördlichen Zuweisung und Verteilung der meisten anderen Lebensmittel und Rohstoffe genötigt hatten, namentlich in den Industriegegenden sehr, so daß es zu gelegentlichen Krawallen kam, und die Nachrichten aus Österreich lauteten noch viel trüber, so daß man dessen Zusammenbruch befürchten mußte. Da auch die Zahl der gegen Deutschland in den Krieg tretenden Staaten unausgesetzt wuchs (Mai 1915 Italien, März 1916 Portugal, August 1916 Rumänien, April 1917 die Vereinigten Staaten, von kleineren abgesehen), so nahm das Zutrauen zu v. Bethmanns Fähigkeit, die Politik des Reiches mit Erfolg zu leiten, immer mehr ab. Er versuchte sich dadurch über Wasser zu halten, daß er am 11. Juli den Kaiser zu einem zweiten Erlaß bewog, nach dem der Wahlgesetzentwurf auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufgestellt werden und schon die nächste Wahl auf Grund dieses Rechtes erfolgen sollte. Trotzdem erhielt er am 14. Juli seine Entlassung, da nicht nur die Rechte, sondern auch das Zentrum und die Nationalliberalen ihn fallen ließen. Zu seinem Nachfolger wurde der preußische Staatskommissar für Volksernährung, Dr Michaelis (geb.

Digitized by Google

1857), ernannt, der aber, an sich ein vortrefflicher Mann, in politischen Dingen unerfahren war und kein rechtes Verhältnis zum Reichstag zu gewinnen vermochte. Dieser nahm am 19. Juli mit 212 gegen 126 Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen eine „Resolution" an, die sich für einen Verständigungsfrieden aussprach, mit dem erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar seien. Die Mehrheit hoffte, durch diese Resolution die zum Frieden neigende Strömung in den feindlichen Ländern zu kräftigen; diese Hoffnung erwies sich aber als eitel, und die Wirkung der Resolution war im Gegenteil die, Deutschland als dem Erliegen nahe erscheinen zu lassen, und so den Siegeswillen der Bundesgenossen zu schwächen, den der Feinde zu stärken. Am 2. November 1917 wurde Michaelis durch den siebenten Reichskanzler, den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen v. Hertling (1843—1919), ersetzt, der lange parlamentarische Erfahrung und diplomatische Geschicklichkeit besaß, aber schon 74 Jahre zählte und deshalb der notwendigen Rüstigkeit entbehrte. Er hatte vor allem das Zentrum für sich, zu dessen Führern im Reichstag er gehört hatte, genoß aber auch das Vertrauen der Linken und bis zu einem gewissen Grade das der Rechten, der er innerlich nahestand. Entsprechend dem immer stärker hervortretenden Verlangen nach „Parlamentarisierung" der Regierung nahm Hertling den Führer der fortschrittlichen Volkspartei, den Württemberger Friedrich v. Payer, zum Vizekanzler, den Nationalliberalen Friedberg zum Vizepräsidenten des preußischen Ministeriums, an dessen Spitze natürlich der Reichskanzler selbst stand, und berief auch in andere Ämter politisch hervorragende Parteimänner.

Aber auch Hertlings Reichskanzlerschaft dauerte kein Jahr. Er wurde von der Linken beschuldigt, daß er in der Fassung des Friedens von Brest Litowsk (3. März) von dem Grundgedanken des Verständigungsfriedens abgewichen sei, obwohl dieser Friede Rußland nur den Verzicht auf Kurland mit seinen Inseln auferlegte und nicht einen Pfennig Kriegsentschädigung ansetzte; ein „Gewaltfriede" war er lediglich insofern, als die Sowjetregierung gar keinen förmlichen Frieden mit Deutschland hatte eingehen wollen und dazu allerdings mit Gewalt angehalten wurde. Dann machte man Hertling den Vorwurf, daß er die preußische Wahlreform nur lässig betreibe. Das Abgeordnetenhaus lehnte aus den obenerwähnten Gründen am 2. Mai 1918 das allgemeine gleiche Wahlrecht mit 235 Stimmen der Rechten und eines Teiles der Nationalliberalen und des Zentrums gegen 183 ab; Hertling löste es aber nicht auf, sondern hoffte — und zwar nicht ohne Grund —, mit Hilfe des Herrenhauses ohne die schwere innere Erschütterung einer Neuwahl doch noch zum Ziele zu kommen. Inzwischen erfolgte der verhängnisvolle militärische Umschlag im Westen; die große deutsche Offensive scheiterte, und die oberste Heeresleitung verlangte Anfang September die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen, da sie nicht mehr sicher sei, die Front halten zu können.

In diesem Augenblick war die Stellung Hertlings ganz unhaltbar geworden, da die Sozialdemokratie seinen Rücktritt verlangte und anderenfalls die Regierung im Stiche lassen zu müssen erklärte. An Hertlings Stelle trat der badische Thronfolger Prinz Max (geb. 1867), der durch ein paar geistvolle Reden, die von idealen Gedanken an eine auf Freiheit und Völkergemeinschaft aufgebaute Zukunft erfüllt waren, die Aufmerksamkeit der Linken auf sich gezogen hatte. Er übernahm die Geschäfte von Hertling am 30. September und richtete am 5. Oktober das verhängnisvolle Gesuch um Waffenstillstand an Wilson. Da dieser öfters erklärt hatte, daß er mit den alten selbstherrlichen Gewalten in Deutschland nicht verhandeln werde, und da die von den Unabhängigen vorwärts gedrängte Mehrheitssozialdemokratie in derselben Richtung tätig war, so sah sich der Prinz gezwungen, die deutsche Verfassung von

Digitized by Google

Grund aus umzugestalten und die konstitutionelle Monarchie, deren Recht auf die Regierung Bismarck namentlich 1882 so klar dargelegt und als unantastbar verteidigt hatte, in eine parlamentarische umzuwandeln, welche nichts anderes ist als die verhüllte Republik. Zu diesem Zwecke bildete Prinz Max ein aus lauter Parlamentariern des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie bestehendes Ministerium von Staatssekretären mit und ohne Geschäftszweig; es war das erstemal, daß Sozialdemokraten in Deutschland eigentliche Ministerposten erhielten und annahmen. Nunmehr wurde die Militärgewalt hinsichtlich ihrer Verfügungen an die Zustimmung der Zivilgewalt gebunden, in Artikel 15 der Reichsverfassung vorgeschrieben, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfe, und die Ernennung der Offiziere des Heeres und der Flotte, die bisher durch zwei besondere königliche Kabinette erfolgte, von der Zustimmung des dem Parlament verantwortlichen Kriegsministers abhängig gemacht. Mit diesen Bestimmungen war die bisherige kaiserliche Gewalt zerstört. Aber es war damit nicht genug. Wilson, von dem steigenden Deutschenhaß der bei den Elektoralwahlen siegreichen republikanischen Partei gedrängt, und die Sozialdemokratie, ebenso von der radikaleren Richtung eingeschüchtert, verlangten jetzt die Abdankung Kaiser Wilhelms II., und diese Forderung erlangte ein unwiderstehliches Gewicht, da die Verantwortlichkeit des persönlichen Regiments für den drohenden Zusammenbruch Deutschlands nicht abzustreiten war und naive Gemüter die Hoffnung hegten, daß nach dem Rücktritt des Kaisers die Sieger zu milderen Friedensbedingungen geneigt sein würden. Was von den zu erwartenden Bedingungen des Waffenstillstandes verlautete, war so furchtbar, daß die Verzweiflung aufs höchste stieg; man machte das alte System für das Unglück verantwortlich, ohne der eigenen Mitschuld des Volkes zu gedenken, und so wurde nicht nur der Kaiser zu Fall gebracht, sondern das Kaisertum und die Monarchie überhaupt. Der Anstoß ging von der Flotte in Kiel aus, wo am 3. November das Gerücht, daß die Flotte zu einer Seeschlacht auslaufen und geopfert werden solle, Anlaß zur Meuterei wurde. Am frühesten brach das Haus Wittelsbach zusammen, dessen Oberhaupt König Ludwig III. durch sein Streben nach dem Elsaß und durch Sondergelüste eine unsühnbare Schuld auf sich geladen hatte; am 9. November wurde in München die Monarchie durch eine Volkserhebung gestürzt und die Republik ausgerufen. Am 9. gab auch Prinz Max von sich aus die Abdankung des Kaisers bekannt, ohne dessen Zustimmung erhalten zu haben, und da dem Kaiser seitens der Heeresleitung gesagt werden mußte, daß sie bei der revolutionären Unterwühlung des Heeres für seine Sicherheit nicht mehr bürgen könne, so entwich der Träger der ruhmreichen Kaiserkrone, deren Herstellung 47 Jahre vorher mit solcher Begeisterung begrüßt worden war, am 11. November bitter ungern, den Sieg des Bolschewismus als letztes Ende voraussehend, auf niederländischen Boden, wo ihm der Graf Bentinck in seinem Schloß Amerongen bei Arnheim eine Zufluchtstätte bot. An sich war der Kronprinz Wilhelm der berechtigte Nachfolger in Preußen und im Reiche; aber auch ihn lehnte die Sozialdemokratie ab, und für den zwölfjährigen Sohn des Kronprinzen, Wilhelm, der selbst noch nicht regierungsfähig war, erhob sich bei den schweren Zeitläuften keine Stimme. Am 28. November verzichtete der Kaiser und am 5. Dezember der Kronprinz auf ihre Rechte an den Thron. So verschwand ohne Kampf, wie 1917 das Haus Romanoff, so jetzt das Haus Hohenzollern, dessen 500jährige, ruhm- und verdienstreiche Herrschaft über die Mark Brandenburg und weiterhin über Preußen noch 1915 gefeiert worden war, vom Schauplatz der Geschichte, und in seinen Sturz wurde die Monarchie in ganz Deutschland hineingerissen. Am 11. November bildete sich in Berlin, nachdem Prinz Max am 9. zurückgetreten war, eine republikanische Regierung aus drei unabhängigen

Digitized by Google

und drei Mehrheitssozialisten; am 9. November wurde in Stuttgart, obschon König Wilhelm II. bei seinem Volke mit Recht allgemein beliebt und geehrt war, am 11. in Dresden, am 14. in Karlsruhe die Republik errichtet, und so überall.

Zunächst stand der Sozialdemokrat Ebert (geb. 1871), ein früherer Sattlergeselle, dem der Prinz Max das Zeugnis eines redlichen Mannes gab, an der Spitze der Regierung. Diese hatte aber sofort gegen die extreme Richtung der Kommunisten anzukämpfen, welche sich nach dem Führer im römischen „Fechterkrieg“ (73—71 vor Chr.) Spartacus benannten und damit sich als Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen wollten. Die Spartakisten verlangten „die Diktatur des Proletariats“, als dessen Vertreter ihnen die nach dem Muster der russischen Revolution gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) galten; sie wollten nichts wissen von einer durch alle Staatsbürger gewählten Reichsversammlung, nichts von der Herrschaft der Mehrheit des Volkes, und verlangten die völlige Abschaffung des Eigentums. Am 24. Dezember kam es in Berlin zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Spartakisten und Regierungstruppen, infolgedessen die den Spartakisten zuneigenden „unabhängigen“ Mitglieder der Reichsregierung aus dieser austraten; sie wurden durch zwei Mehrheitssozialisten ersetzt. Am 5. Januar 1919 begannen in Berlin neue blutige Kämpfe zwischen den Kommunisten, welche sich einer Anzahl großer Gebäude bemächtigten; der energische Reichskriegsminister Noske, ein Sozialdemokrat, schlug aber den Aufruhr bis zum 14. nieder. Schwierig war die Lage vor allem dadurch, daß das durch die Revolution völlig zerrüttete Heer der Regierung keine ausreichende Stütze mehr bot und sie lediglich auf Freiwillige angewiesen war, selbst zur Abwehr der Polen, die sich fast der ganzen Provinz Posen bemächtigten, und der Tschechen, welche die Grafschaft Glatz bedrohten. Am 19. Januar wurden Wahlen zur „deutschen Nationalversammlung“ auf Grund des gleichen Wahlrechts aller 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Staatsbürger vorgenommen. Das Ergebnis war, daß im Reich (außer dem seit Ende November von den Franzosen besetzten Elsaß-Lothringen) 421 Abgeordnete gewählt wurden. Davon entfielen auf die Mehrheitssozialisten 163, auf die Unabhängigen 22, auf die Deutschnationale Volkspartei 42, die Deutsche Volkspartei (den selbständig gebliebenen Teil der Nationalliberalen) 21, auf die Christliche Volkspartei (das Zentrum) 88, die Deutsche demokratische Partei (Fortschrittliche Volkspartei und die Mehrzahl der Nationalliberalen) 75; dazu kamen 10 „Wilde“. Somit hatten die Sozialisten 185, die Bürgerlichen 236 Stimmen; natürlich lag das Schwergewicht bei den Sozialisten, nicht aber die Mehrheit. Die Nationalversammlung trat am 6. Februar im früheren großherzoglichen Theater zu Weimar zusammen, da das aufruhrdurchwühlte Berlin für die Sicherheit der Versammlung keine Bürgschaft bot. Am 11. Februar wurde Ebert zum Reichspräsidenten gewählt; am 13. Februar trat der Sozialdemokrat Scheidemann (geb. 1865) an die Spitze eines Reichsministeriums, das aus Angehörigen der Mehrheitssozialisten, des Zentrums und der Deutschen demokratischen Partei gebildet war. Die Aufgabe der Versammlung und des Ministeriums (der Titel Staatssekretär machte dem des Reichsministers Platz) war vor allem, eine neue Reichsverfassung auszuarbeiten und den Frieden zu schließen. Der Friede wurde am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichnet, die Verfassung trägt das Datum vom 11. August 1919.

b) Österreich-Ungarn.

In Österreich leitete die inneren Angelegenheiten der Ministerpräsident Graf Stürgkh unter Ausscheidung des Reichsrats, von dem er wegen der dort herrschenden Nationalitäten-

Digitized by Google

zerklüftung nichts Gutes erwarten konnte; die Tschechen neigten unzweifelhaft zu Rußland, zeichneten fast keine Kriegsanleihen, lieferten den Deutschen keine Lebensmittel und liefen massenweise zu den Russen über. Trotz der tapferen Haltung des größten Teiles des Heeres gestaltete sich die innere Lage unter dem Druck des Krieges, der Lebensmittelnot und der ungeheuren Teuerung immer schwieriger. Am 21. Oktober 1916 wurde Stürgkh wegen seines „absolutistischen" Regiments durch den Sozialdemokraten Friedrich Adler in einem Wiener Gasthof über Tisch erschossen, worauf die Ministerien Körber (27. Oktober), Clam-Martinitz (22. Dezember 1916) und Seidler (30. August 1917) aufeinanderfolgten, denen so wenig wie ihren Vorgängern ein Ausgleich des inneren Haders gelang. Kaiser Franz Josef starb am 21. November 1916 in einem Alter von über 86 Jahren und hinterließ den Thron seinem Großneffen Karl, der bisher im Kriege gewesen war (geb. 17. August 1887 als Sohn des Erzherzogs Otto, des Bruders Franz Ferdinands). Er war der Riesenaufgabe, die der Weltkrieg stellte, nicht gewachsen, und als der Zusammenbruch Bulgariens das schlimme Ende des Krieges ankündigte, versuchte er vergebens, durch das Angebot der Umwandlung Österreichs in einen aus einem deutschen, tschechischen, ukrainischen und südslawischen Teil bestehenden Bundesstaat die Dynastie zu retten (16. Oktober 1918); Galizien gab er an Polen verloren. Allein es war zu spät, und die Auflösung der Monarchie in die vier nationalen Staaten erfolgte unter dem Sturz der Dynastie. Der Kaiser flüchtete am 24. März 1919 nach der Schweiz.

In Ungarn (vgl. Bd. IV, S. 487) leitete Graf Tisza die Geschäfte, bis er am 23. Mai 1917 vom Kaiser Karl seine Entlassung erhielt, weil er weder ein Koalitionsministerium noch das gleiche Wahlrecht zugestehen wollte. Von da an schleiften die Zügel der Regierung mehr oder weniger am Boden, da weder Graf Esterhazy noch Wekerle (30. August 1917) der inneren Schwierigkeiten Herr wurden. Nach der Auflösung Österreichs erklärte Wekerle Ungarns Selbständigkeit; aber auch hier brach die Monarchie zusammen, und es ward am 16. November eine ungarische Republik unter dem Präsidium des Grafen Michael Karolyi ausgerufen. Sie beseitigte die bisherige Adelsherrschaft und lenkte im April 1919 in direkt bolschewistische Bahnen ein, bis 1920 die Bürgerlichen wieder die Oberhand gewannen.

c) Frankreich.

Das Ministerium Viviani mußte, als Paris durch den schnellen Vorstoß der Deutschen bedroht wurde, am 3. September 1914 nach Bordeaux übersiedeln und kehrte erst am 22. Dezember nach der Hauptstadt zurück. Der schlechte Verlauf des Krieges legte 1915 die Besorgnis der Niederlage nahe, und so trat zuerst Delcassé als Minister des Auswärtigen am 13. Oktober zurück; ihm folgte bald das ganze Kabinett, und am 30. Oktober übernahm Briand, der 1905 die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt hatte, den Vorsitz in einem neuen Ministerium. Da aber das Gebaren Briands und seines Kriegsministers Liantey zu selbstherrlich war, die Kohlennot das Land hart bedrängte und der Mangel an Arbeitern zur Beiziehung chinesischer Kulis zwang, mußte Briand am 17. März 1917 Ribot Platz machen, der 1892 das Bündnis mit Rußland abgeschlossen hatte. Er geriet aber, selbst konservativ angelegt, in Gegensatz zu den Radikalen, weshalb am 7. September ein Ministerium Painlevé gebildet wurde, das aber der Kammer nicht imponierte. Am 13. November trat nun „der alte Tiger" Clemenceau (geb. 1842) an die Spitze des Staates, also der Mann, der am entschiedensten für den Bund mit England und die Vernichtung Deutschlands war. Mit unbeugsamer Energie schlug er alle zu Boden, welche wie Caillaux (S. 130) und Malvy als Freunde eines Verständigungsfriedens galten, und erreichte in der Tat dank der amerikanischen Hilfe und des

Digitized by Google

inneren Niederbruchs der Deutschen im November 1918 sein Ziel, dank der eigenen Willenskraft und des politischen Sinnes des französischen Volkes, dessen Mehrheit in den vier Jahren deutscher Besetzung der wirtschaftlich wichtigsten Departements in ihrem Siegeswillen nicht erlahmt war.

d) Italien.

Das Ministerium Salandra, das unter Verkündung des „heiligen Egoismus" (sacro egoismo) am 24. Mai 1915 den Eintritt Italiens in den Weltkrieg veranlaßte, verlor durch das Ausbleiben kriegerischer Erfolge und das ungeheuerliche Anwachsen der schwebenden Schuld (bis 30. September 1915 von 1079 auf 4065 Mill. Lire) bald an Boden, und als Salandra in offener Rede im Parlament das Gelingen des österreichischen Vorstoßes bei Arsiero den mangelhaften Verteidigungsmaßregeln zuschrieb, wurde er am 10. Juni 1916 gestürzt. Sein Nachfolger, der greise Boselli, vollzog am 27. August 1916 die Kriegserklärung auch an Deutschland und erklärte das Haus der österreichischen Botschaft beim Vatikan, den Palazzo Venezia, für Staatsgut, was später ebenso mit dem deutschen Botschaftshaus, dem Palazzo Caffarelli auf dem Kapitol, geschah. Der wuchtige Stoß, der die Italiener aus Venetien wegfegte, brachte am 30. Oktober Orlando ans Ruder, der jeden Gedanken an Sonderfrieden, der damals in der Luft zu liegen schien, ablehnte und den unbeugsamen Widerstand bis zum Siege ankündigte. Daß Italien damals nicht kleinmütig verzagte, sondern sich fester als je zusammenschloß, erweist die Stärke des nationalen Gedankens in dem erst seit nicht ganz 60 Jahren geeinten Volke.

Lloyd George. Nach Photographie.

e) England.

Die Erkenntnis, daß der Krieg sehr schwer sei und lange dauern werde, bewirkte am 26. Mai 1915 ein in der englischen Geschichte ungewöhnliches Ereignis, die Entstehung eines Koalitionskabinetts, an dessen Spitze der Liberale Asquith stand, dem aber fünf konservative „Unionisten" angehörten, darunter deren Führer Bonar Law und Balfour. Dieses Kabinett stellte durch eine Munitionsbill die Anfertigung von Munition gegen Ausstände sicher und „registrierte" alle im Königreich vorhandenen männlichen und weiblichen Arbeiter zwischen 15 und 65 Jahren, um einen Überblick über den Bestand an Arbeitskräften zu haben. Um die Energie der Kriegführung zu steigern, wurde im November 1915 ein nur aus fünf Ministern bestehender „Kriegsrat" geschaffen. Da die freiwillige Rekrutierung Lord Derbys von etwa 650000 kriegstüchtigen Männern unbeachtet blieb, nahm das Unterhaus entgegen allen englischen Überlieferungen am 5. Mai 1916 die militärische Dienstpflicht aller Männer von 18—41 Jahren mit 328 gegen nur 36 Stimmen an, was für den Einsatz aller verfügbaren Kräfte und damit für den Endsieg von entscheidender Wichtigkeit war. Der Versuch des früheren britischen Generalkonsuls Roger Casement, sein geknechtetes irisches Vaterland mit deutscher Hilfe zu retten, führte am 27. April

Digitized by Google

1916 zur Verhaftung Casements, als er eben an der Westküste Irlands gelandet war. Ein Aufstand wurde von General Maxwell mit brutaler Gewalt niedergeschlagen, Casement zum Tode verurteilt und, weil er ein Gnadengesuch einzureichen stolz sich weigerte, am 29. Juni gehenkt. Protestant von Haus aus, soll er vor seinem Tode zum Katholizismus übergetreten sein, um die Konfession der Mehrheit der Iren zu teilen; dem Bezicht, daß er von Deutschland bestochen worden sei, setzte er die Versicherung entgegen, daß er keinen Pfennig deutschen Geldes erhalten und Deutschland ärmer verlassen habe, als er es betrat. Unter dem Einfluß der rumänischen Niederlage brach das Ministerium Asquith, das nicht energisch genug schien, am 6. Dezember 1916 zusammen, und am 9. trat Lloyd George (s. die Abbildung S. 142), der mit Recht als der Mann unbezähmbarer Energie galt, an die Spitze der Geschäfte. Er stählte den harten Willen seines Volkes so, daß der Sieg ihm, allerdings vornehmlich durch die Mithilfe der Vereinigten Staaten, am Ende verblieb. Als der Waffenstillstand geschlossen war, erhielt Lloyd George bei den auch unter Beteiligung der Frauen vollzogenen Neuwahlen eine Mehrheit von $6^1/_2$ gegen $5^1/_2$ Millionen Stimmen, 471 Sitze (334 Unionisten, 127 Liberale, 10 Arbeiter) gegen 232 (37 Liberale, 48 unabhängige Unionisten, denen Lloyd George noch nicht Deutschenhasser genug war, 65 Arbeiter, 70 Sinnfeiner, 7 gemäßigte irische Nationalisten, 5 Wilde). Das Bezeichnende war der völlige Sieg von Sinn Fein („wir selbst"), wie sich der Verein der unversöhnlichen irischen Separatisten nennt, die ganz von England loskommen wollen, und die völlige Niederlage der Arbeiterpartei. England ging aus dem Riesenkampf als Herrscher der östlichen Hemisphäre hervor und hatte in der Not des Krieges seine lange vernachlässigte Landwirtschaft neu gekräftigt, was seine Stärke noch wesentlich erhöhte.

Digitized by Google

III. Die englische Weltherrschaft und der Weltkrieg.

Von **Johannes Hohlfeld.**

1. England als Agrar- und Industriestaat (1815—48).

A. Das Wirtschaftsleben.

Die Kriege Großbritanniens gegen Napoleon hatten über 16 Milliarden Mark gekostet, von denen nur gegen 4 Milliarden aus den regelmäßigen Steuerquellen geflossen waren; um mehr als 12 Milliarden hatte die Staatsschuld zugenommen, obwohl die Steuerlast des Landes während des einzelnen Kriegsjahres durchschnittlich anderthalb Milliarden Mark betragen hatte. Pitt hatte geistige Getränke, Baustoffe, Glas und Blech besteuert, er hatte Steuern auf Tee, Kaffee, Früchte, Puder, Hüte, Pferde und Hunde dazugefügt, und er hatte durch immer günstigere Vergebungsbedingungen alle Besitzenden zur Beteiligung an Staatsanleihen angelockt, so daß er im ganzen von 1793 bis 1801 für die 4040 Millionen Mark, die er bar für seine Staatsschuldverschreibungen erhielt, für 6280 Millionen Mark Schuldverschreibungen auszuteilen gehabt hatte. Dann kam 1798 die Einkommensteuer von 10 vom Hundert, und bald gab es kaum noch etwas Unbesteuertes im Lande. Noch 1841 wurden auf mehr als 1200 verschiedene Waren Einfuhrzölle erhoben. Die direkten Steuern wie die Anleihen wurden dabei fast ganz von den Besitzenden getragen, deren Wohlstand zunahm. Als Agrarstaat machte England 1793—1810 eine Art Blütezeit durch, indem seine Ernten Werte erreichten, wie sie noch nicht dagewesen waren. Im Jahre 1793 kostete der englische Malter (Quarter) Weizen 49 Mark, 1799: 69, 1800: 113 und 1810 immer noch 106 Mark. Das bedeutete eine Verdoppelung des Ernteertrages, und dies wurde um so wichtiger, als gleichzeitig der englische Gewerbfleiß die schwersten Erschütterungen erfuhr. Unter diesen Umständen galt es, den Wert der englischen Ernten um jeden Preis zu halten, und 1815 wurde die Getreideeinfuhr nach England überhaupt verboten, solange der Kornpreis unter 80 Mark für den englischen Malter betrage. Noch war die Landwirtschaft Englands Rückgrat, und noch einmal bezogen die Landwirte ähnliche Einnahmen wie die städtischen Gewerbtreibenden. Aber dieser Zustand war nicht von Dauer. Die Mißernten von 1816 und 1817 machten eine starke Getreideeinfuhr vom Festlande nötig, durch die große Geldsummen nach diesem gingen. Der Kornpreis stieg über 80 Mark, und nun strömte fremdes Korn zu diesem Preis ins Land; dann drückte billigerer fremder Weizen trotz des Kornesetzes den Kornpreis herunter, so daß die Einnahmen der Landwirte jäh sanken. Eine ähnliche Veränderung trat in Gewerbe und Handel ein. Von Europa ausgeschlossen, hatte sich die englische Ausfuhr über See gewandt, Jahr für Jahr waren neue Absatzgebiete

Digitized by Google

erworben worden, unter denen Südamerika das gewinnbringendste war. Mit dem Verfall der spanischen Macht waren nicht nur die dortigen spanischen Kolonien ganz handelsselbständig geworden, sondern auch das portugiesische Brasilien wurde zu einem Aufnahmefeld für britische Waren, als 1808 die portugiesische Regierung dahin übersiedelte. Seit 1811 gehörte England der Gesamthandel mit Portugal, und mit Ausnahme der Zeit von 1812 bis 1814 wuchs der britische Handel mit den Vereinigten Staaten noch stärker als deren reißend sich mehrende Bevölkerung. Noch wichtiger als das absolute Wachstum des britischen Handels war sein relatives: in derselben Zeit, in der sich England diesen großen Ausfuhrhandel sicherte, verloren alle anderen europäischen Länder nahezu ihren gesamten Ausfuhrhandel zur See. So war das Vereinigte Königreich 1815 beim Friedensschluß der einzige im großen handeltreibende und Industriewaren ausführende Staat. Da trat jedoch auch schon der Umschlag ein. Die englische Industrie erlebte 1815 einen starken Preissturz. In der außerenglischen Kaufkraft war eine Erschöpfung eingetreten. Um sich zu erholen, sparte jedermann. Ganze Länder schlossen sich durch Zollgrenzen ab. Andere belebten mit dem Frieden ihre alten Industrien wieder und förderten die unter dem Schutz der Kontinentalsperre aufgekeimten neuen. Aus dem Außenhandel floß wenig Geld mehr ins Land. Gegen den Willen der Regierung schaffte das Parlament 1816 die Einkommensteuer ab. Von 1816 bis 1819 stieg die Zahl der jährlichen Zahlungseinstellungen ins Große: 1819 brachen 3552 Unternehmungen allein in England zusammen. In der Zeit des schlimmsten Niederganges (1821) trug allerdings die Wiederaufnahme der Goldzahlungen durch die Bank von England zur Wiederbelebung des Geschäfts bei, da traf die englische Industrie ein zweiter Schlag.

Im Jahre 1823 hatte Mittel- und Südamerika seine politische Unabhängigkeit erreicht. Gierig stürzte sich englisches Geld auf diesen neuen Anlagemarkt und dieses neue Absatzgebiet. Überspekulation führte zu dem Wirtschaftskrache von 1825. Er wurde zwar in wenigen Jahren überwunden, aber die englische Industrie kam infolge der jäh schwankenden Rohstoffpreise auch in dem darauffolgenden Jahrzehnt zu keiner sicheren Stellung. Von 1821 bis 1830 stand der auswärtige Handel Englands nahezu still, während er bis 1821 immer noch gestiegen war, wenn auch seit 1816 nicht mehr entsprechend der Bevölkerungszunahme. Dafür stieg der Wert der Einfuhr von 600 Millionen Mark auf 920 Millionen, während die Ausfuhr sich nur von 800 wieder auf 1200 Millionen aufwärts bewegte. Als Anfang der 1830er Jahre die Vereinigten Staaten einen Aufschwung nahmen und ähnliche Aussichten boten wie einst scheinbar der amerikanische Süden, warf sich englisches Kapital eher mit noch größerer Leidenschaft auf Landkäufe in der Union. Eine gute Ernte nach der anderen enthob England der Notwendigkeit, bares Geld für Getreide ins Ausland zu senden, und mehrte die Umlaufsmittel auf den britischen Inseln so stark, daß sich ein wahres Wettrennen nach Geldanlagen in den amerikanischen Oststaaten entwickelte. Ein Unionsgesetz von 1836 gebot dieser Entwickelung Halt. Mit der Entwertung der amerikanischen Bodenwerte war der Zusammenbruch einer großen Anzahl englischer Banken besiegelt. Ein jäher Umschlag in den Ernteerträgnissen für drei Jahre, der Abfluß von großen Massen Bargeld nach dem Auslande für Brotgetreide in dieser Zeit der Geldknappheit und eine Niedergangszeit in den Vereinigten Staaten, die den Absatz übers Atlantische Meer stark einschränkte, schufen immer schwierigere Verhältnisse, und beim Zusammenbruch der Bank von Belgien 1839 trat ein vollständiger Geldkrach ein.

Endlich 1841 folgte nach fünf übermageren Jahren wieder ein Aufschwung. Allerhand

Digitized by Google

neue Kräfte begannen sich im Volke zu regen. Zu mehreren reichen Ernten kam der Neuansporn, den der Unternehmungsgeist der ganzen Erde durch den Eisenbahnbau erhielt.

George Stephenson hatte 1814 die erste Lokomotive hergestellt, 1829 wurde die erste Eisenbahn für Personenverkehr zwischen Manchester und Liverpool eröffnet; zehn Jahre später folgte die Herabsetzung der Brieffracht auf 8 Pfennig für den einfachen Brief, die eine große Verkehrserleichterung bedeutete, und ihr schloß sich 1841 der elektrische Telegraph an. Seit 1838 durchkreuzten Dampfschiffe das Weltmeer, und England, wo die Dampfmaschine zu Hause war, besaß bald die erste Dampferflotte der Welt. Das englische Volk verausgabte in wenigen Jahren 2 Milliarden Mark für Bahnanlagen, um später ein paar hundert Millionen Mark Jahresertrag daraus zu ziehen. Selbst die Kartoffelkrankheit, die seit 1847 eine Hungersnot über Irland brachte, hielt den Erwerbsstrom zunächst nicht auf.

Auf die Dauer war aber der englische Markt einer Getreideeinfuhr, wie sie infolge der Notlage Irlands und bei dauernd schlechten Ernten nötig wurde, nicht gewachsen. Eine Getreidefirma nach der anderen fiel. Schon 1847 war eine Wirtschaftskrisis da, wie die britischen Inseln sie noch nicht erlebt hatten. Es war nicht mehr nur eine Spekulationskrisis wie 1836, wo wesentlich erhoffte Werte mit einem Schlage verlorengegangen waren, und auch nicht eine reine Geldkrisis wie 1839, sondern ein Wirtschaftskrach schlimmster Art. Eine fortdauernde Einschränkung des Verbrauchs infolge ungünstiger Wirtschaftslage machte einen großen Teil der britischen Warenerzeugung überflüssig, und die Volksvermehrung stockte: in den 1830er Jahren hatte diese im Jahresdurchschnitt 268000 betragen, in den 40er Jahren belief sie sich nur noch auf 80000. Auswanderung und Auslandsmarkt blieben noch die einzigen Retter in der Not. Noch gab es keine Weltkonjunktur. Noch lebte jeder Staat im wesentlichen sein wirtschaftliches Sonderdasein. Noch fand England an weniger überstürzten Entwickelungen in seinen Krisen eine Stütze.

B. Die industriesoziale Entwickelung.

Die englische Industrie hatte sich in wenigen Jahrzehnten die Märkte der Welt erobert, weil sie überhaupt keinen Wettbewerb vorfand. Aber noch hingen acht Zehntel des britischen Volkes an Ackerbau und Viehzucht. Nur wenige Kräftige und Kluge, die sich davon losgerissen hatten, waren dem abenteuerfrohen Dienst auf der Handelsflotte und der Kriegsflotte gefolgt oder ins Heer eingetreten. Daher hatte England den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg wesentlich mit deutschen Söldnern führen müssen. Dazu strömten jährlich ein paar tausend unternehmungslustige jüngere Leute als Auswanderer nach den Vereinigten Staaten. Was an leistungsfähigen, etwas wirtschaftlich veranlagten Hausarbeitern vorhanden war, schwang sich zu Unternehmern auf. So blieb der englischen Industrie als Handkräfte für ihre Fabriken nur die Hefe des Volkes, die Schwächlichen, Trägen, Unfähigen. Andere Kräfte konnte sie zunächst auch nicht brauchen.

Im 18. Jahrh. hatte die nickende und tickende Maschine, die wohl das Hin und Her, das Auf und Nieder, aber noch nicht den im Sturmwindtempo schaffenden Kreislauf kannte, den Spinnern und Webern die schwereren Kraftleistungen abgenommen. Sie kostete das Vielfache des Handwerkzeuges. Ihre Produktionsfähigkeit war nur bei niedrigem Zinsfuße um den gleichen Betrag größer. Bei teurem Gelde mußte oft die Ersparnis an den Arbeitslöhnen das am Ertrage Fehlende einbringen. Die unmittelbare Folge davon war die Beschäftigung minderwertiger Arbeitskräfte an ihr. Die schwächlichsten Männer, und mit ihnen Frauen und Kinder, traten in die Fabrikräume ein. Die englische Industrie nahm den Auswurf der Städte und der benachbarten Landbezirke in ihren Dienst. Die für die Bedienung einer Maschine erforderliche Menschenzahl konnte nicht hoch genug, die Arbeitsleistung des einzelnen nicht tief genug angesetzt werden. Die Männer, die in den englischen Fabriken um 1800 arbeiteten, waren durchschnittlich weniger kräftig und langsamer als Frauen und selbst als ältere Kinder, so daß die Baumwollspinnereien von Yorkshire und Lancashire mit Vorteil Kinder in Scharen beschäftigten. Aus der geringen

Digitized by Google

Leistungsfähigkeit und Langsamkeit entsprang eine sehr lange Arbeitszeit von 14, ja 16 Stunden. Beschränkte sich doch ihre Arbeit auf die mechanische Wiederholung der niedrigsten Handgriffe ohne jedes Denken.

Die schlimmste Folge dieser Beengung für die englische Industrie war, daß sie den Erfindungsgeist fast still stellte. Nicht nur, daß sich die Handarbeiter vielfach gegen neue Erfindungen wandten: die Verwendung so minderwertigen Menschenmaterials im Dienste der Industrie machte Verbesserungen unmöglich. Einzelne Fabrikanten fanden schließlich, daß höhere Löhne *bessere Arbeiter* heranzögen. Die höhere Leistung brachte ihnen ihre erhöhten Lohnausgaben wieder ein, aber der wirtschaftliche Unverstand der Zeit schrieb die höhere Leistung auf Rechnung des höheren Lohnes und meinte, bezahle man die anderen Arbeiter ebenso gut, so würden sie dasselbe leisten. Das gleiche galt von der Arbeitszeit. Erst Versuche zeigten, daß es unbedingt war, flinkere Arbeiter ebenso lange arbeiten zu lassen wie langsame, weil sie, um gleichlange auszuhalten, ihr Arbeitstempo verlangsamen mußten und dadurch der Gewinn aus ihrer Arbeit zum Teil wieder verlorenging. Schließlich entsprangen aus der Einstellung besserer Arbeiter nicht nur höhere Löhne, sondern auch kürzere Arbeitszeiten, und die Unternehmer standen sich dabei doch besser. Bis zum Ende der Napoleonischen Kriege war die Anzahl der leistungsfähigeren Industriearbeiter gering. Mit dem Aufhören dieser Kriege wurde das aber anders. Ein halbes Hunderttausend Soldaten kehrte plötzlich ins Land zurück. Die Kriegsflotte stieß zahlreiche Matrosen ab. Der Krieg mit den Vereinigten Staaten hemmte den Auswandererstrom nach Amerika für nahezu vier Jahre, und die infolge des Friedensschlusses eingetretenen Verhältnisse legten einen Teil der britischen Industrie lahm. Unter diesen Umständen entstand nicht nur ein *Überangebot von Arbeitskräften* im Lande, sondern auch ein Angebot hochwertiger Arbeitskräfte, für die man keine entsprechende Maschinerie besaß. Seit der Neuordnung der Matrosenlöhnung infolge der Meutereien von 1797 ermöglichte den Matrosen der Kriegsflotte ihr Sold eine behagliche Lebensführung. Sie waren daher nicht bereit, ihre Arbeitskraft für ein Drittel ihrer bisherigen Löhnung hinauszuleihen: die Unternehmer andererseits waren ganz außerstande, dem kräftigen Mann einen dreifach so hohen Lohn zu zahlen wie dem schwindsüchtigen Weber, da ihre langsam tickenden und wiegenden Maschinen jenem nicht gestatteten, wesentlich mehr Arbeit fertigzustellen, als diesem. So entstand die Tatsache, daß 100000 kräftige Männer arbeitslos als Landstreicher durch die englischen Grafschaften zogen, während in den Fabriken der Auswurf des Landes mechanische Handlangerdienste tat.

Erst die *Vervollkommnung der Durchschnittsmaschinen* so weit, daß sie wieder eine volle Manneskraft in Anspruch nahmen, wie das dereinst das selbständige Handwerk getan hatte, änderte diese Verhältnisse. Als die Technik diese Frage gelöst hatte, nahm das Übel ganz von selbst ab. Manche gesetzgeberischen Akte wirkten in derselben Richtung, obgleich sie eigentlich ganz anderen Zwecken dienen sollten. Die Zeit meinte, sie könne das Los der in den Fabriken arbeitenden Frauen und Kinder mildern, wenn sie durch ein Gesetz ihre Arbeitszeit herabsetze. Aber durch die Verkürzung des Arbeitstags dieser geringwertigen Arbeitskräfte wurde auch ihr Lohn vermindert. Wo das nicht möglich war und man diese leistungsunfähige Arbeiterschaft nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigen durfte, da blieb nichts übrig, als ihre Verwendung ganz aufzugeben und zur Einstellung höherwertiger Arbeitskräfte zu schreiten. Dies wurde wirtschaftlich möglich durch Verbesserung und schnelleren Gang der Maschinen, zu denen die Verwendung der Dampfkraft das Mittel bot. Nach fünfzig Jahren des Fortschreitens auf diesem Wege war man so weit gekommen, daß die Bedienung der Maschinen nicht nur wiederum *volle Manneskräfte*, sondern obendrein ein beträchtliches Maß Denken erforderte, und daß damit die Verwendung jener engbrüstigen, schmalwangigen, leistungsunfähigen Arbeiter von einst ganz außer Frage gestellt war. Damit wurden sie hinuntergestoßen in die Tiefe der ungelernten Arbeiter mit ihrer unregelmäßigen Beschäftigung. Das erschwerte ihnen die Eheschließung und Gründung eines eigenen Haushalts und noch mehr das Aufziehen einer größeren Kinderzahl. So fielen Tausende von ihnen der *sozialen Ausscheidung* anheim, und mit dem Aussterben der niedrigsten Schicht wuchs die durchschnittliche Kraft, Gesundheit und Leistungsfähigkeit des englischen Volkes.

Zugleich aber entstand, zuerst von allen europäischen Ländern, eine Neugestaltung der Gesellschaftsverhältnisse, diejenige Gesellschaftsform, welche unter dem Begriffe der *liberalen* Gesellschaftsordnung zusammengefaßt wird. Die Erbstände verloren ihre Lebensbedeutung, und an ihre Stelle trat eine neue ständische Gruppierung, die Gruppierung nach Berufsständen. Durch die Ausbildung des Städtewesens und des Gewerbe- und Handelsfleißes war neben dem Landwirtschaftsstande, welchem der gesamte Hochadel des Landes angehörte, ein Gewerbe- und Handelsstand erwachsen, und während in anderen Ländern, deren Bewohner bureaukratischer veranlagt waren, neben beide ein förmlicher Beamtenstand

Digitized by Google

als dritter Berufsstand trat, vermied England kraft des starken Selbstverwaltungstriebes seiner Bewohner diese europäische Gefahr. Die Freiheit der Berufswahl, die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit, die Handelsfreiheit, die Freiheit des Lohnarbeitsvertrages und die Freiheit der Preisbestimmung machten im Inneren Englands mit jedem Geschlechte Fortschritte, und England war auf dem besten Wege, sich eine neue ständische Gliederung zu schaffen und durch Befreiung aller wirtschaftlichen Kräfte von den Fesseln des Erb- und Gesetzeszwanges zum ersten Gewerbestaat der Erde aufzusteigen.

Dieser Aufstieg wurde unterbrochen und aufgehalten durch die Auflehnung der Träger der Handkraft gegen den ertragswirtschaftlichen Unternehmerwillen und durch die Einführung einer neuen starken Störkraft in die ertragswirtschaftliche Tätigkeit: des Klassenkampfes. Der Klassenkampf hatte geschichtlich verschiedene Wurzeln. Die Lehre von der politischen Isokratie, nach der alle Menschen als Staatsbürger, d. h. hinsichtlich des Wahlrechtes gleich sein sollten, legte den Handarbeitern Englands den Gedanken nahe, diese Gleichheit auch auf das Wirtschaftsleben zu übertragen. Rousseaus Ideen, nach denen die Mehrheit allmächtig war und etwas Beliebiges befehlen konnte, führten den Gedanken in die Welt, die Wirtschaftsverhältnisse durch Zwang zu regeln. Der Paritätsmoralismus, welcher überall Gleichberechtigungen konstruierte, lehrte eine solche auch zwischen dem ertragswirtschaftlichen Unternehmer, dem Kapital und der Naturkraft auf der einen Seite und der Handkraft auf der anderen und suchte die Faktoren der Ertragswirtschaft in die Formel „Kapital und Arbeit" zu pressen. Vulgärökonomen lehrten, daß nicht der Unternehmerwagemut unter eigener vermögensrechtlicher Verantwortung und nicht der ertragswirtschaftliche Geist, nicht die Naturkraft und nicht das Kapital den Ertrag der Unternehmungen schaffe, sondern die Handkraft, weiter, daß das Kapital ihr diesen Ertrag unrechtmäßigerweise vorenthalte, und forderten sie auf, sich mit Gewalt zu nehmen, was man ihr nicht gutwillig gab.

Schon 1816 kam es an den verschiedensten Orten zum offenen Aufruhr von Handarbeitern, der sich nur durch Heeresmacht niederschlagen ließ. Er richtete sich gegen Maschinen und Unternehmer und gegen die politischen Zustände, die nur den Besitzenden das Parlamentswahlrecht gaben. In London kam es zum Straßenkampf und nach dessen Beseitigung zur Gründung einer großen Anzahl geheimer Arbeitergesellschaften. Das Parlament richtete zunächst Gesetze gegen diese und setzte die Todesstrafe auf den Widerstand gegen die Auflösung einer Volksversammlung durch die Polizei. Handarbeitermassen taten sich zusammen zu Bittschriften und zu Erhebungen mit Waffengewalt. Aber allenthalben wurde der Klassenkampf niedergeschlagen. Um die brotlosen Arbeiter einzustellen, schritten Fabrikanten zu einer planmäßigen Übererzeugung, der aber 1819 ein Rückschlag in Gestalt vermehrter Arbeitslosigkeit folgte. In Manchester wurde eine Massenversammlung eines halben Hunderttausends von Menschen durch Einhauen eines Husarenregiments auseinandergetrieben. Der Tod König Georgs III., den schon seit 1811 sein Sohn als dauernder Verweser der Krone vertreten hatte, änderte die Stellung nicht, die die Regierung gegen die Klassenkämpfer einnahm, und deshalb wurde ein Versuch gemacht, das gesamte Ministerium zu ermorden. Aber die Verschwörer wurden verraten und hingerichtet.

Mit dem Jahre 1823 hatte jedoch der Paritätsmoralismus sich die öffentliche Meinung Englands erobert. Seinen ersten Ausdruck fand dies in der Milderung des Strafgesetzbuches, welche die Zahl der Verbrechen, auf denen die Todesstrafe stand, auf die Hälfte herabsetzte, und 1824 gewährte dann England zuerst von allen Staaten der Welt die Koalitionsfreiheit (Klassenkampffreiheit). Bereits 1825 machte es sich allerdings erforderlich, diese auf den Zweck der Erreichung höherer Löhne oder allgemein günstigerer Lohnarbeitsbedingungen zu beschränken. Damit wurde der Klassenkampf zur erlaubten Handlung, und sofort begann eine ausgedehnte Betätigung desselben. Allerorten schossen Gewerkschaften aus dem Boden. Ihre Tätigkeit war dreischneidig, und alle drei Schneiden schnitten in der Hauptsache ins eigene Fleisch. Als Versicherungsgesellschaften für Bestreitung der Begräbniskosten, für Erzielung von Krankenunterstützung und schließlich selbst von Feierunterstützung gewannen

Digitized by Google

sie eine gewisse Klassenbedeutung, obgleich sie ungeheuerliche Versicherungsprämien mit ungeheuerlicher Unsicherheit der Auszahlung der Versicherungssumme verbanden. Als Erzwinger höheren Lohnes durch Klassenkampf zwangen sie einerseits die Unternehmer, höhere Leister einzustellen, und trugen so gegen ihren Willen zum Fortschritte der Industrie bei, und anderseits vernichteten sie ganze Industriezweige, indem sie sie mitbewerbsunfähig machten, sofern keine gleichzeitige Vervollkommnung der Maschinen die Einstellung höherer Handkräfte ermöglichte. Als Verhinderer der Freizügigkeit und der reichlichen Lehrlingsvorbildung erschütterten sie häufig den Lohnarbeitsmarkt Englands und machten oft einen Überblick über die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf ihm unmöglich. Als sie schließlich zur planmäßigen Ausschließung der ihnen nicht angehörigen Lohnarbeiter übergingen und durch gewaltsame Fernhaltung eines Teiles des Arbeitsangebots einen künstlichen Arbeitsmarkt zu schaffen versuchten, der sich auf Festsetzung von Mindestlohn und Höchstarbeitszeit ohne gleichzeitige Festsetzung einer Mindestleistung gründete, brachten sie die Lohnentwickelung und die Vorherrschaft der englischen Industrie zum Stillstand.

Jeremias Bentham versuchte, den gleichmacherischen Gesellschaftsbestrebungen seiner Zeit in einer Sozialphilosophie Ausdruck zu geben, die in dem Satze gipfelte, daß es die Aufgabe der Politik sei, dem „größten Glücke der größten Zahl" zuzustreben, jedoch ohne ihr eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Während durch seine Zeit Irrlichter flackerten, wie Burns, Byron und Shelley, die für den Ernst der Klassenkämpfe ihrer Tage keinen Sinn hatten, und während die Zeit selbst in dem Tode des Dichterlords in Missolunghi ein wichtigeres Ereignis sah als in diesen, ging die Neuordnung der Gesellschaftsverhältnisse auf Grundlage verschiedener persönlicher Arbeitsleistung unaufhaltsam ihren Gang. Durch die Maschine kamen die tausend Leistungsunterschiede, die in der Bevölkerung vorhanden waren, erst zum Ausdruck. Obgleich die politische Gewalt zum großen Teil in erblichen Händen blieb (Oberhaus), so ging doch die Bestimmung der wirtschaftlichen Geschicke des Landes langsam an den Gewerbe- und Handelsstand über, zunächst an Kaufleute und Fabrikanten und dann an die große Mehrheit der erwachsenen Gewerbtätigen.

Die politischen Kämpfe im Inneren drehten sich einmal um die Verteilung von politischen Rechten und Pflichten in Irland und sodann um den Ausbau der Landeseinrichtungen in freiheitlichem Sinne. Nachdem durch das Wahlgesetz von 1832 der Gewerbe- und Handelsstand in England zur Alleinherrschaft gelangt war, suchte er die Gesetzgebung freiheitlich umzugestalten. Dies geschah auf dem Boden des Gemeindelebens durch die großbritannische Städteordnung (1835), die das Wahlrecht an die Steuerpflicht knüpfte, auf dem Boden der Steuergesetzgebung durch die Wiedereinführung einer regelrechten Einkommensteuer, die 1842 mit dem Betrage von drei Hundertsteln ins Leben trat, auf dem Gebiete des Geldverkehrs durch das Bankgesetz von 1844, das den Betrag der Geldnoten in ein festes Verhältnis zu den in den Banken vorhandenen Goldbeständen setzte, im Schulwesen durch die Durchführung des Volksschulunterrichts und im Strafrecht durch die Aufhebung der Verschickung von Verbrechern nach Australien (1846).

Das Jahr 1830 brachte die französische Julirevolution, in der die politisch-isokratische Bewegung und die politische Klassenbewegung der unteren Schichten zusammen mündeten. Sie schüchterte die leitenden Kreise Englands dermaßen ein, daß sie sich zu gesellschaftlichen Maßnahmen entschlossen, deren Folgen nicht vorauszuberechnen waren.

Ein völliger Sprung ins Dunkle war das erste Fabrikgesetz von 1833, das die Arbeitszeit von Kindern unter 13 Jahren auf 8 Stunden und die von Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren auf 12 Stunden

Digitized by Google

beschränkte. Da diese Kinder meist Hilfsarbeiten leisteten, ohne die der Vollbetrieb nicht weitergehen konnte, so war die Folge, daß die Zahl der unter 13 Jahre alten beschäftigten Kinder abnahm, während sich der Arbeitstag der Erwachsenen ebenfalls auf 12 Stunden einschränkte. Um die verlorene Stunde einzubringen, mußten die Unternehmer die Maschinen schneller laufen lassen und, wo ihre vorhandenen Arbeiter dem nicht gewachsen waren, leistungsfähigere Arbeiter einstellen. So büßten wieder viele der am wenigsten Tauglichen ihre Arbeitsgelegenheit ein. Die minderwertigen Arbeitskräfte fielen der Armenpflege zur Last, die seit dem Ende des 18. Jahrh. in unwirtschaftliche Bahnen geraten war. Die Ortsarmen, die nach dem Gesetze vom Pfarrbezirk zu verpflegen waren, hatten sich stark vermehrt, und vielerorts hatten sich die Armenumlagen in dieser Zeit verzehnfacht. Infolge des neuen Fabrikgesetzes wurden die Zustände so schreiend, daß sie ein Eingreifen herausforderten. Man baute Arbeitshäuser und steckte jeden hinein, der um Unterstützung einkam. Während die einen, um dem Arbeitshause zu entgehen, selbst die schlechtestbezahlte Arbeitsgelegenheit eifrig aufsuchten, verkamen die anderen lieber in Hunger und Kälte, als daß sie sich dem Zwange des Arbeitshauses fügten. Das unrettbar Verlorene ward so über den Rand des Abgrundes hinuntergestoßen, zumal da 1836 schlechte Erntejahre begannen, die bis 1839 den Weizenpreis nahezu verdoppelten. In Manchester lebte ein Zehntel der Einwohner in finstigen Kellern; in Bethnal Green und anderen Stadtteilen Ostlondons war es noch schlimmer. Die soziale Ausscheiderate schwoll infolge des Fabrikgesetzes und des Armengesetzes noch stärker an als zuvor.

Während sich die unteren Volksschichten gegenüber allen geistigen Strömungen gleichgültig verhielten, bildeten sie sich schroffe Überzeugungen über die wünschenswerteste Gesellschaftsform, die im ganzen auf einer Verkennung der Mächte der wirtschaftlichen Entwickelung fußten. Statt den Grund für das niedrige Einkommen des Arbeiters in seiner Leistungsunfähigkeit zu sehen, suchte man ihn in den Staatsgesetzen und der angeblichen Herrschaft der Klassen mit höherem Einkommen, und statt die immer größere Vervollkommnung der Maschine, den Bau von Verkehrswegen und Eisenbahnen und den beschleunigten Kreislauf der Daseinsmittel als die Wege anzuerkennen, die den Tüchtigen fast unfehlbar an die ihm gebührende Stelle brachten, bekämpfte man diese Errungenschaften. Trotzdem stieg eine Fabrikarbeiterklasse mit auskömmlicher Lebenshaltung empor, welche es unter dem paritätsmoralistischen Anspruch auf Gleichberechtigung bald zu politischen Machtansprüchen brachte. Mit jährlichen Parlamenten, allgemeinem, gleichem Stimmrecht, Abstimmung durch Wahlzettel, gleichen Wahlkreisen, Verallgemeinerung des passiven Wahlrechts und Tagegeldern für die Volksvertreter glaubte man dem Übel steuern zu können. Aus dieser Quelle entsprang 1837 ein Gesetzentwurf, der Volksfreibrief (The people's charter), nach welchem die politische Bewegung der Handarbeiterklasse nachmals die „chartistische" hieß. Ein Massengesuch ging an das Parlament ab. Zugleich aber begann die politische Revolution mit Klassenkampfauswüchsen. Birmingham wurde von den Handarbeitern ausgeplündert, Newport mit Waffengewalt angegriffen; aber 1840 wurden die Rädelsführer zum Tode verurteilt und zu lebenslänglicher Verschickung begnadigt. Um die bestehenden Zustände zu erforschen, wurde 1842 der erste soziale Ausschuß ernannt. Er beschäftigte sich mit den Lohnarbeitsverhältnissen der Bergwerke. Das Ergebnis seiner Nachforschungen über die Leistung der Beschäftigten war kläglich. Nichts als niedrige, mechanische Arbeit wurde mit Murren und Kraftvergeudung getan. Ein daraufhin eingeführtes Gesetz verbot die Beschäftigung von Frauen und Kindern unter zehn Jahren unter Tage und die Beschäftigung von Kindern zwischen zehn und dreizehn Jahren mehr als drei Tage in der Woche. Ein ähnliches Gesetz verbot 1841 die Beschäftigung von Kindern unter neun Jahren in Baumwoll- und Seidenfabriken, und 1847 führte ein weiteres Gesetz für alle Frauen und Kinder in allen Fabriken den Zehnstundentag ein. Als Folge dieser Bestimmung erhielt der Männerarbeitstag sofort die Neigung, ebenfalls auf zehn Stunden zu fallen, und die Folge davon war wie ehedem ein weiterer Antrieb zur Vervollkommnung und Beschleunigung der

Digitized by Google

Maschinerie und die erneuerte Ausscheidung der schlechtesten Leister aus den Fabriken. Wieder brachte die abermalige Erhöhung der sozialen Ausscheiderate Tausende zur Verzweiflung, und wieder trieb die Not die Betroffenen auf das politische Gebiet. Das Revolutionsjahr 1848 brachte den Vorschlag, am 10. April dem Parlament eine von 6 Millionen Handarbeitern unterzeichnete Bittschrift von ein paar Hunderttausend derselben in Person überreichen zu lassen. Anhaltender Regen und ein Polizeiaufgebot von 200000 Mann vereitelten jedoch den Plan.

C. Die Parteipolitik der Liberalen und der Konservativen.

Die innerpolitischen Kämpfe Englands im 19. Jahrh. zeigen ein stetes Abwechseln der beiden Parteien, der Liberalen und der Konservativen, die an die Stelle der Whigs und der Tories getreten waren. Jedes Vorwärtsdrängen der Liberalen nach seiten der Isokratie, des Sozialismus und der Schaffung von Vorzugsrechten für die Lohnarbeiterbevölkerung kostete sie eine Anzahl Anhänger, durch deren Gewinnung die konservative Partei ans Ruder kam, und bei jedem Zurückbleiben hinter den Anforderungen der Zeit in Straf- und bürgerlichem Recht, im Wahlrecht, in der Handelspolitik sowie beim Eingehen blutiger Kriege verlor wiederum die konservative Partei die Mehrheit.

Königin Viktoria von England.
Nach einem Gemälde von Winterhalter in der Galerie von Versailles.

Mit der Ermöglichung des raschen Gedankenaustausches über weite Strecken Landes hin entwickelte sich eine immer mehr erstarkende öffentliche Meinung in politischen und gesellschaftlichen Dingen. Die von isokratischen Staatsvorstellungen beherrschten Gewerbtreibenden der Städte erreichten 1832 eine Änderung der Wahlverhältnisse für das Parlament, durch die 41 kleinen Städten ihre bisherigen beiden Parlamentsvertreter, 30 anderen wenigstens einer von beiden genommen und das Wahlrecht über die Grundbesitzer hinaus auf die größeren Pächter und Inhaber größerer selbständiger Haushalte in den Städten ausgedehnt wurde.

Das Schicksal des englischen Königtums war mit dem Irrsinn Georgs III. endgültig besiegelt. Sein Sohn Georg IV., der ihm 1811 als Verweser und 1820—30 als König folgte, war ohne jeden persönlichen Einfluß. Er hatte von Karoline von Braunschweig eine Tochter Charlotte, die sich mit dem Herzog Leopold von Sachsen-Koburg-Saalfeld (späterem König der Belgier) vermählte und 1817 mit Hinterlassung einer Tochter Viktoria starb. Georgs IV. Nachfolger, seinem ältesten lebenden Bruder, Wilhelm IV. (1830—37), ging Volkstümlichkeit über alles. Ihm folgte seine achtzehnjährige Nichte Alexandrine Viktoria (s. die obenstehende Abbildung), die Tochter seines Bruders, des Herzogs von Kent und der Prinzessin Luise Viktoria von Sachsen-Koburg. Ihre Verheiratung mit ihrem Vetter Albrecht (Albert von Sachsen-Koburg-Gotha, 1840) brachte das Haus Koburg (seit 1915 Haus Windsor genannt) im Mannesstamm zur britischen Thronfolge; und die zahlreiche

Digitized by Google

Kinder-, Enkel- und Urenkelschar, welche dieser Ehe entsproß, sicherte endlich den Erbgang. Beim Tode Viktorias am 22. Januar 1901 folgte ihr auf dem Throne ihr am 9. November 1841 geborener Sohn Albert Edward (VII.). Nach dessen Tode (6. Mai 1910) wurde dessen zweiter Sohn, Georg V. (geb. 3. Juni 1865), König.

Schon in den Napoleonischen Kriegen hatte das Vereinigte Königreich die mittelbare Kriegführung gewählt. Es zahlte den Feinden des mächtigsten europäischen Staates Hilfsgelder, stellte sich Frankreich aber niemals mit einem großen Volksheere zur Schlacht. Seine Kämpfe in Portugal und den Vereinigten Staaten ließ es zu beträchtlichem Teile von fremden Söldnern schlagen. So hütete es seine heimische Volkskraft und bewahrte es seinen Volksstand vor dem Untergang seiner tüchtigsten Glieder. Von da an galt es bis zum Weltkrieg als Grundsatz der englischen Politik, sich nie mit einem Volksheer in europäische Wirren zu mischen. Desto besser verstand sie es, diplomatisch ihren Einfluß zugunsten der englischen Wirtschaft auch auf dem Festland zur Geltung zu bringen. Namentlich in Deutschland bot die Personalunion mit Hannover (bis 1837) Gelegenheit, englische Belange im Bundestag zu vertreten, und auch später suchte es mit allen Mitteln die deutschen Zollvereinsbestrebungen zu hindern. Hier und da half Großbritannien noch blutige Zusammenstöße durch Entsendung von Kriegsschiffen vermeiden, die sich freilich auch gelegentlich einmal zum Kampfe verleiten ließen, wie 1827 bei Navarino; aber es legte sich nicht mehr in europäischen Großkriegen fest.

D. Irland.

In Irland überwog noch immer die Ackerbau und Viehzucht treibende Bevölkerung, und bei der außerordentlich geringen persönlichen Leistungsfähigkeit des katholischen Iren keltiberischer Abkunft herrschte tiefste Armut.

Von der Befreiung der Katholiken und von allen möglichen anderen Maßregeln erhoffte man eine Mehrung des Durchschnittseinkommens in Irland, indes die irische Volksart, die sich wohl zu blutiger Gewalttat, aber nicht zu dauernder regelmäßiger Arbeit aufschwingen konnte, wurde dadurch in nichts geändert. Als man den Iren die Zehnten abgenommen hatte, verlangten sie die Abschaffung der Pachtzahlung, und als man ihnen das verweigerte, griffen sie zu Meuchelmord und Aufruhr. Unfähig, sich die Fortschritte der Landwirtschaft zunutze zu machen, sanken die Pächter in immer tiefere Armut, und wenn ihnen der Grundbesitzer die Erneuerung der Pacht verweigerte, dann klagten sie über Vergewaltigung und schrien nach Rache. Während sich der tüchtigere Stamm von Ulster trotz aller schweren Zeiten leicht behauptete und es durch Hebung des Landbaues zur Wohlhabenheit brachte, blieben die Erträge des Bodens in Irland im Durchschnitt stehen. Während die Großgrundbesitzer Ulsters ihren tüchtigen Landwirten beim Aufgeben der Pacht große Summen als Entschädigung für angebrachte Verbesserungen zahlen mußten, erhielten die Grundbesitzer des übrigen Irland ihren Boden von jedem Pächter in schlechterem Zustande zurück. Eine Kartoffelmißernte in den Jahren 1845 und 1846 brachte den Auswurf der irischen Bevölkerung an das Hungertuch. Alle diejenigen, die zu nichts weiter imstande waren, als durch eine Jahresarbeit ein paar Acker Kartoffeln zu bestellen, verloren den größten Teil ihres Unterhalts. In Mord und Aufruhr suchten sie Abhilfe für ihre Not. Als die englische Regierung die Hungernden mit Notstandsarbeiten beschäftigte und Straßen bauen und bessern ließ, machte das Gesindel, das so zur Arbeit gezwungen wurde, die Straßen nur schlechter statt besser. Lord John Russell, der damals an der Spitze des Ministeriums stand, gab sich erfolglos Mühe, die Hefe des irischen Stammes zur Arbeit zu bringen. Schließlich richtete er wieder eine Armenpflege ein, die die Feiernden fütterte, ohne von ihnen Arbeit zu verlangen. Hunger, Schmutz und Laster lichteten die Reihen der Niedrigstehenden (s. die Abbildung S. 153) und befreiten Irland so wenigstens von dem schlimmsten Teile seiner Einwohner. Freilich wanderten zugleich auch zahlreiche Iren aus, welche die Mittel zu einer Seereise nach Amerika und die Tatkraft dazu besaßen. Auch von ihnen gingen viele Tausende zugrunde, weil sie den Anforderungen des amerikanischen Lebens nicht gewachsen waren, während wenige Tausende in der Neuen Welt

Digitized by Google

ihr Glück machten und zu Reichtum und Einfluß gelangten. Von 1845 bis 1847 sank der irische Volksstand von 8 auf 5 Millionen. Über die mit Hypotheken schwerbelasteten Landgüter wurde 1848 der Zwangsverkauf verhängt, und die Besitzer wurden enteignet. Dadurch lösten sich die alten Verhältnisse auf, und die nun auf sich angewiesenen Pächter verkamen vollends. Die Folge war neuer Aufruhr, auf den die Märzrevolution des Festlandes ihren Feuerschein herüberwarf. Jetzt begannen die Iren sich der kommunistischen Anschauung in die Arme zu werfen und von einer Verstaatlichung des Grundes und Bodens alles Heil zu erhoffen. Gab es erst keine Pachtgelder mehr, dann mußte der allgemeine Wohlstand anbrechen. Die amerikanischen Iren schürten die Glut und sandten den Ausschüssen Geld. Die Gesellschaft der Fenier (Sin Feiner) bildete sich, die auf nichts Geringeres als auf die Umstürzung der liberalen Gesellschaftsordnung ausging. In Amerika 1858 gegründet, kam sie 1863 nach Irland und wurde 1864 von der Regierung unterdrückt.

Die Lage der irischen Landwirtschaft verschlechterte sich außer durch die Auswanderung der besseren Volksbestandteile nach Amerika noch dadurch, daß ihr in Irland die Industrie die besten Kräfte entzog. Jeden Bauer, der einigermaßen das Zeug in sich fühlte, mehr zu verdienen, als ihm das Land bot, lockten die hohen Industrielöhne in die Städte, und so bildete sich auch in Irland eine städtische Bevölkerung, deren durchschnittliche Leistungsfähigkeit diejenige der Landbevölkerung überstieg.

„Tausch ist nicht Diebstahl" Englische Karikatur auf die Armut Irlands. Nach Ed. Fuchs, Die Karikatur der europäischen Völker (Berlin o. J.).

E. Das geistige Leben.

Zuletzt von allen Ländern mit abendländischer Gesittung gab England seinen Bürgern Religionsfreiheit, und auch dann nur unvollständig. Im Jahre 1828 fiel die Korporationsakte von 1661, nach der niemand ein städtisches Amt bekleiden durfte, der nicht das Abendmahl nach anglikanischem Brauche nahm, und ebenso die Testakte von 1673, die dasselbe für Staatsämter bestimmte (Bd. VI, S. 407). Dadurch erhielten alle Dissenter Zutritt zu den städtischen und staatlichen Ämtern, mit Ausnahme der Katholiken, da das Bestreiten der Verwandlung beim Abendmahl nach wie vor Zulassungsbedingung blieb. Erst 1829 wurden endlich auch die Katholiken zu den Stadt- und Staatsämtern zugelassen, mit Ausnahme einiger weniger besonders wichtiger, und damit waren wenigstens die wesentlichsten bürgerlichen Folgen der Glaubensspaltung des 16. Jahrh. beseitigt. Gleichzeitig fühlten sich die Gebildeten aller Kirchenparteien zu der naturwissenschaftlichen Weltanschauung immer mehr hingezogen, deren langsam gewonnene, aber sicher gegründete Erkenntnisse einen Boden schufen, auf dem sich die fortgeschritteneren Köpfe der Zeit jenseits der alten Kirchenlehre verständigen konnten.

Seit Kopernikus der Erde eine bescheidenere Stellung im Sonnensystem angewiesen und Kepler die Gesetze der Planetenbewegung erkannt hatte, war ein Schritt nach dem anderen erfolgt, das Reich der Willkür einzuschränken, in dem nach der früheren Anschauung körperlose Gewalten oder Geister herrschten. Zuerst war durch Newton der spiritus rector der Planeten gefallen und an seine Stelle die Schwerkraft getreten, während Harveys Entdeckung des Blutkreislaufes das Gebiet des „Lebensgeistes" auf das Seelenleben des Menschen eingeschränkt hatte. Mit der Kant-Laplaceschen Weltentstehungstheorie hatte das Weltbild der Zeit Einheit und Zusammenhang bekommen, soweit es die anorganische

Digitized by Google

Natur bis zur Entstehung der Erde betraf. Jetzt fügte 1830 Lyell in seinen „Grundzügen der Geologie" diesem Bild auch die Erdgeschichte ein, indem er die Katastrophentheorie beseitigte, und 1859 debute Charles Darwin (s. die Abbildung S. 155) in seiner „Entstehung der Arten" die natürliche Entwickelung dadurch auf die organische Welt aus, daß er eine natürliche Auslese im Kampf ums Dasein nachwies. Die Aufstellung der Sätze von der Erhaltung der Kraft und der Unvernichtbarkeit des Stoffes gaben diesem Weltbilde einen philosophischen Heiligenschein, die Fortschritte der Psychophysik schafften den „Lebensgeist" vollends aus der Welt, während die Philosophie zugleich die Kluft zwischen den beiden Vorstellungen Kraft und Stoff zu überbrücken versuchte, indem sie beide nur für Erscheinungsformen eines unbekannten Etwas erklärte, das hinter der Welt der Erscheinungen stehe und als Substrat der Sinne den Sinnen unzugänglich sei. Durch Vervolkstümlichung der Hauptzüge dieser Erkenntnisse und Lehren drangen diese Anschauungen in die obere Mittelklasse ein, die jedoch in England hartnäckiger als anderswo an den Kirchensätzen festhielt. So entstand ein neuer Weltanschauungszwiespalt, der aber friedlichem Austrage zuneigte, weil die Träger der naturwissenschaftlichen Weltanschauung, auf die Siegeskraft ihrer Erkenntnis vertrauend, es verschmähten, die Hilfe der Staatsgewalt anzurufen, und diese nach Aufhebung der Gesetze zur Unterdrückung der Katholiken in England keine gesetzmäßige Handhabe mehr besaß, sich in den Streit der Weltanschauungen zu mischen. In den Köpfen der Mittelklassen entstand eine Art Weltanschauungszweiheit, die an den sechs Arbeitstagen sich die naturwissenschaftliche Weltbetrachtung zur Grundlage des Handelns nahm, an den Sonntagen aber die Gestalten der alten Kirchenlehre weiter verehrte.

F. Die äußere Politik und das Kolonialreich.

Bei der Schuldenlast, welche die Napoleonischen Kriege dem Inselreiche aufgebürdet hatten, war es kein Wunder, wenn George Canning 1822 darauf bestand, daß England sich für einige Zeit von europäischen und überseeischen Wirren fernhielt. Es erkannte zwar die zur Selbständigkeit gegenüber Spanien gelangten südamerikanischen Kolonien als besondere Staaten an und nahm auch für Griechenland Partei, als dieses sich von der Türkenherrschaft zu befreien suchte. Aber erst unter Palmerston (1830—41, gest. 1865) begann es sich wieder in Festlandsdinge von Staats wegen tiefer einzumischen, indem es 1834 mit Spanien, Portugal und Frankreich die Quadrupelallianz abschloß, welche den Schutz der demokratischen Verfassungen der Pyrenäischen Halbinsel zum Ziele hatte. Georg IV. hatte eine tatkräftige äußere Politik nie verfolgt; sein Bruder Wilhelm IV. starb, ehe die vorhandenen Pläne zur Tat wurden. Seine Nichte Viktoria wurde dagegen durch koloniale Verhältnisse bald auch zur Tat gezwungen. Britisch-Indien führte große Massen Opium nach China ein, die dessen Regierung nicht mehr zulassen wollte (Bd. I, S. 155). Sie forderte 1839 die Auslieferung alles auf britischen Schiffen und in britischen Lagern befindlichen Opiums und verbrannte es. Englands Flottenangriff brachte China zum Nachgeben; es öffnete den Briten eine Reihe Häfen und gab ihnen Hongkong (1842). Schon vorher hatte das Vereinigte Königreich, mit Rußland, Preußen und Österreich verbunden, das von Frankreich unterstützte Ägypten verhindert, selbständig zu werden und die Macht des Sultans zu bedrohen. Eine Flottenkundgebung führte 1841 zum Frieden (vgl. Bd. III, S. 348).

Bei dem Gegensatze zu Rußland, der die britische Politik des Äußeren zu beherrschen begann, lag der Grund auf der kolonialen Seite. Während es den Völkern des übrigen Europa die Lehre von der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts einschärfte, legte es dieses selbst als festländisches Gleichgewicht aus und suchte das wirkliche Gleichgewicht zwischen den Völkern der Alten Welt erfolgreich dadurch zu stören, daß es selbst ein ungeheures Kolonialreich erwarb und durch Hunderte von kleineren Kriegen erweiterte (s. die Karte bei S. 167). Wenn England jemals, unbekümmert um die Welt und ohne bewußtes Ziel, seine eigenen Wege gegangen ist, dann hat es das in seiner Kolonialpolitik im 19. Jahrh. getan. Dabei schreckte es in ihr auch vor der Lösung von Grundsatzfragen nicht zurück, wenn geistige

Digitized by Google

Mächte auf deren Lösung drangen. Die Erklärung sogenannter Menschenrechte hatte schon während der ersten französischen Revolution in England einen lauten Nachhall gefunden. Nachdem sie ein Menschenalter Zeit gehabt hatte, sich fest im Ohr Englands einzuwurzeln, wagte es England 1833, unter Kosten von 400 Millionen Mark sämtliche Sklaven seiner Kolonien freizukaufen und damit die Sklaverei aufzuheben.

Der Friede von Paris 1763 hatte Großbritannien endgültig Kanada gegeben (Bd. VI, S. 419), das es seit 1760 bereits in der Tat besessen hatte. Kanada war eine Hauptsiedelstätte des französischen Katholizismus und Feudalismus gewesen. Die englische Eroberung stellte daher die Einrichtungen des Landes zunächst völlig auf den Kopf. Insbesondere wurden die englischen Gesetze mit ihren Bestimmungen gegen alle Katholiken eingeführt. Georg III. wich jedoch 1774 in der Quebec-Akte auf eine Art Mittellinie zurück. Er gab der Geistlichkeit den Zehnten wieder und verkündete Religionsfreiheit. Er bildete eine kanadische Truppe und gab neben dem englischen Strafrechte der Kolonie ihr französisches bürgerliches Recht zurück. Dem Mutterlande lag daran, in Nordamerika Ruhe und Frieden zu haben, und es kam daher 1791 den Bedürfnissen der Kolonie noch weiter entgegen, indem es sie auf Grund ihrer Bevölkerungsverteilung in zwei Provinzen teilte. Oberkanada mit Ontario umfaßte die englischen Bevölkerungsbestandteile, Niederkanada mit Quebec die französischen. Jede Provinz erhielt ihre eigene gewählte Volksvertretung, während die britische Krone ihr einen Gouverneur und einen Großen Rat ernannte, der das Oberhaus bildete.

Charles Robert Darwin. Nach Photographie.

In Oberkanada entwickelte sich infolge der Sprach- und Sittengemeinschaft mit der Regierung ein freundliches Verhältnis zum Mutterland. In Niederkanada dagegen gab es niemals Ruhe, und dies bedeutete daher eine ständige Gefahr für die englische Herrschaft. Von 1812 bis 1814 während des Krieges mit England versuchten die Vereinigten Staaten wiederholt, Kanada zu erobern, aber das dünn besiedelte Land bot ihnen solche Schwierigkeiten, daß es nicht dazu kam, obwohl die Bevölkerung Niederkanadas das Ende der englischen Herrschaft herbeisehnte. In England selbst kümmerte man sich nicht um diese Strömungen, vielmehr wollte man 1822 selbst die Zugeständnisse wieder zurücknehmen, die man 1791 gemacht hatte. Tatsächlich hob 1826 die Lehnsakte die Grundherrlichkeit der Seigneurie auf, die mit der ganzen Gesellschaftsordnung Niederkanadas aufs engste verwachsen war. Da verdichtete sich der Beschwerdestoff zu einem politischen Programm, für das eine Mehrheit in der Assembly eintrat. Wiederholt bat diese die englische Regierung, die Verhältnisse neu zu regeln, aber sie erhielt stets einen ausweichenden Bescheid, bis sie 1836 der britischen Krone eine halbjährige Frist stellte. Sie bewilligte die Steuern nur noch für ein halbes Jahr und erklärte zugleich, daß dann eine Steuerverweigerung eintreten würde, wenn

Digitized by Google

nicht die Wahl des Großen Rates ebenfalls in die Hände des Volkes gelegt und die ausübende Gewalt dem Volke verantwortlich gemacht werde. Das bedeutete vollständige politische Selbständigkeit innerhalb des Rahmens, den die Politik damals besaß. Als der Gouverneur 1837 die Assembly auflöste, kam es zu bewaffnetem Aufstande, der in Montreal seinen Mittelpunkt hatte. Nach Ober-Kanada griffen die Unruhen ebenfalls hinüber. In der dortigen Assembly wurden dieselben Forderungen erhoben, und in Quebec kam es zu Straßenkämpfen. Die neue Verfassung von 1840 vereinigte Ober- und Niederkanada zu einem Lande unter einem Generalgouverneur, dem in Wehrfragen zugleich die Vizegouverneure der übrigen vier nordamerikanischen Kolonien Englands unterstellt wurden. Da die Einrichtung der ausübenden Gewalt der englischen nachgebildet wurde, erhielt das Volk einen bedeutend größeren Einfluß, der es bald zu weiteren Machterrungenschaften führte. Zunächst waren nur die Minister der Volksvertretung verantwortlich, nicht aber der Generalgouverneur. Die englische Krone erkannte jedoch 1847 auch dessen Verantwortlichkeit an, indem sie ihn anwies, nach den Ratschlägen seiner Minister zu handeln. Die Gärung des Revolutionsjahres 1848 hatte 1849 ein neues Nachspiel. An die Unruhen von 1836/37 anknüpfend, erfolgten in Toronto und Montreal Aufstände, bei denen das Assemblygebäude in Flammen aufging. Ihr Ziel war die Vereinigung Kanadas mit den Vereinigten Staaten.

Nachdem 1805 der nachmalige Herzog von Wellington Indien verlassen hatte (Bd. I, S. 466 f.), begann im Inneren wieder Unordnung zu herrschen. Die Kleinkönige empörten sich, und in ihrem Bereiche tat sich ein Freibeutertum gegen die englischen Kolonien auf. Erst nach langen Kriegen stellte der Marquis von Hastings (Graf von Moira; Bd. I, S. 468 ff.) die Ordnung wieder her. Als er 1823 nach Hause zurückkehrte, hatten zwar die Kleinkriege noch nicht aufgehört, aber die Ostindische Kompanie war doch die herrschende Macht im Lande geworden. Gegen Norden deckte der Himalaja das englische Kolonialreich, und nach Nordwesten hin gelang es den Gouverneuren, in einem kriegerischen Stamme des Pandschab, der weder mohammedanischer noch buddhistischer Religion war, ein Bollwerk gegen die kriegerischen Afghanen zu finden. Als 1837 das von russischem Einfluß berührte Persien eine Ausdehnung nach Afghanistan versuchte, ging England darauf aus, die Afghanen zu gewinnen. Da es jedoch seine Versprechungen nicht hielt, schlugen sich die Umworbenen auf die Seite der Perser. Ein englisches Heer rückte in Afghanistan ein, hatte erst einigen Erfolg, wurde aber schließlich völlig vernichtet, so daß nur ein einziger Mann entkam. Ein zweiter Feldzug erreichte das Ziel ebensowenig. Diesen Zügen folgte die Eroberung von Sindh und die Unterwerfung der Sikhstämme 1845—49, mit der das gesamte Pandschab in die Gewalt der Engländer kam (vgl. Bd. I, S. 474 ff.).

Nach vielfachen Kolonialversuchen an der afrikanischen Westküste hatte England 1806 sich endgültig der Kapkolonie bemächtigt (vgl. Bd. III, S. 108 ff.). Aber es blieb eine bloße Eroberung. Erst nach einem halben Menschenalter begann sich ein spärlicher englischer Einwandererstrom einzustellen, der sich nach 1834 in zahlreichen Kriegen gegen die Kaffern im Norden zu wehren hatte. Natal wurde als weiße Siedelung 1824 von der Kapkolonie aus gegründet und erhielt 1837 durch eine Auswanderung holländischer Buren aus der Kapkolonie eine Bevölkerung von wenigen Tausenden. Kämpfe mit den Sulus hinderten jedoch eine wirtschaftliche Entwickelung. Trotz aller Versuche der Kapkolonie (1840 und 1843), Natal als ihr zugehörig zu betrachten, entwickelte sich dieses zu einem selbständigen Gemeinwesen, das 1848 von der englischen Krone das Recht selbständiger Verwaltung und die Bestätigung einer eigenen gesetzgebenden Versammlung erhielt.

Die australischen Kolonien teilten sich in zwei Gruppen, in die von Australien und die von Neuseeland. Aus der Verbrecherkolonie, die 1788 in Port Jackson auf dem australischen Festlande gegründet worden war, hatte sich ein Kolonialstaat, Neusüdwales, entwickelt, dessen Bevölkerung sich 1821 auf 30000 belief, von denen über 22000 Verbrecher

Digitized by Google

waren. Seine Wollerzeugung brachte ihm bald Wohlstand. Vandiemensland oder Tasmania und die Verbrecherkolonie Westaustralien kamen 1825 hinzu, und 1836 entstand eine neue Kolonie, Südaustralien (vgl. darüber Bd. IX).

2. Die Entwickelung Englands zum Industriestaate (1849—73).

A. Die Wirtschaftspolitik.

Als der britische Gewerbe- und Handelsstand, der seine Lohnarbeiterschaft durch die Ausbildung eines gemeinsamen politischen Berufsstandesgefühles an sich fesselte, auch wo sie ihm im Wirtschaftsleben klassenkämpferisch gegenübertrat, infolge des neuen Wahlrechtes von 1832 die politische Mehrheit erlangte, erhielt die britische Landwirtschaft eine immer schwierigere Stellung im Staate. Mit dem Erschließen jedes neuen gewerblichen Gebietes ging seine wirtschaftliche Bedeutung zurück. Bei jeder Neuwahl bildeten ihre Stimmen einen geringeren Bruchteil der Wählerschaft, und bald vermochte sie die Korngesetze (Bd. VI, S. 409) nicht mehr zu verteidigen, welche allein noch bei den hohen Arbeitslöhnen Englands ihren Körnerbau lohnend machten.

Benjamin Disraeli. Nach einem Stich von Sichling in der Ausgabe von Disraelis „Cotarini Fleming", Leipzig 1846.

Ein Land, das mehr ausführt als einführt, hat ein Interesse an der Beseitigung aller Handelsschwierigkeiten, und so ging seit 1820 eine Freihandelsbewegung von England aus. In London und Edinburg regte sich diese Überzeugung fast gleichzeitig, und der Bericht eines daraufhin eingesetzten Ausschusses lautete dem Freihandel günstig. Die Schiffahrtsbeschränkungen wurden aufgehoben und Schiffahrtsfreiheit in England allen Ländern gewährt, die englischen Schiffen das gleiche zugestehen würden. Richard Cobden gründete 1838 die Anti-Cornlaw-League. Rasch gelang es dem Gewerbe- und Handelsstande, die Einfuhrzölle einzuschränken und für Korn eine gleitende Zollleiter zu erreichen, bis 1846 unter Sir Robert Peel beschlossen wurde, die Kornzölle 1849 fast ganz fallen zu lassen. Letzterer fiel deswegen, und als Führer der Schutzzöllner trat nun der als Schriftsteller schon bekannte Benjamin Disraeli (seit 1876 Graf von Beaconsfield; s. sein obenstehendes Bildnis) hervor.

Dieser Abbau der Kornzölle bedeutete das Aufgeben der Möglichkeit, die britischen Inseln als selbständiges Wirtschaftsgebiet zu erhalten. Denn bei den niedrigeren Erzeugungskosten für Körnerfrüchte, die auf dem europäischen Festlande bestanden und in den Vereinigten Staaten sich entwickelten, war eine Erhaltung des britischen Körnerbaues ohne Schutzzoll ausgeschlossen. Die Verbilligung des Brotes durch die stufenhafte Durchführung dieser Maßnahme bedeutete einen Vorteil für die britische Industrie; aber sie vernichtete auch den landwirtschaftlichen Berufsstand. Sie zwang das Vereinigte Königreich zur Haltung der stärksten Flotte der Welt, wenn auch nur zu dem Zwecke, seinen Küsten jederzeit die Getreidezufuhr offenzuhalten. Von 1849 an waren die britischen Inseln nur noch der vom Meere umspülte Teil eines Wirtschaftsgebietes, das sich über mehrere Kontinente erstreckte. All die Kräfte, die bis dahin in der noch lohnend erhaltenen Landwirtschaft gebunden gewesen waren, wurden jetzt für die Industrie frei, und diese erhielt einen neuen Zuzug von kräftigen, ausdauernden Arbeitern, die eine weitere

Digitized by Google

Ausbildung des Maschinenwesens ermöglichten. Die wachsende Kapitalkraft des Landes machte selbst die kostspieligsten Anlagen möglich und führte dadurch zu immer massenhafterer Herstellung und immer größerer Billigkeit der Erzeugnisse. Die Londoner Weltausstellung von 1851 zeigte die englische Überlegenheit auf dem Gebiete der Mineralindustrien, während Frankreichs Seidenindustrie die Englands schlug. In Baumwollstoffen stand England allen voran. Schon vor 1800 hatte die Ausfuhr von Baumwollstoffen den halben Wert der Ausfuhr von Wollstoffen erreicht; 1802 hatte sie diesen überstiegen, und 1814 hatte sie sich im Werte nahezu auf die Hälfte der englischen Gesamtausfuhr belaufen, während die andere Hälfte im wesentlichen aus Mineralien, Wolle, Glas und Papier bestanden hatte. Seit der Mitte des 19. Jahrh. fand jedoch die englische Erzeugung von Baumwollstoffen auf dem europäischen Festland und seit 1860 auch in Amerika Mitbewerb. Wolle, Eisen, Stahl und Kohle, Linnen und raffinierter Zucker behaupteten sich gut, während die Verarbeitung von Rohseide sich kaum von der Stelle bewegte.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrh. war das europäische Festland der Hauptabnehmer Englands gewesen; um 1850 hielt Europa darin den übrigen Erdteilen gerade noch die Wage, seit 1860 nahm Europa nur noch ein Drittel und seit 1880 nur noch ein Viertel der englischen Ausfuhr auf. Damit rückten die anderen wesentlichen Teile, mit denen die britischen Inseln zusammen ein Wirtschaftsgebiet bildeten, übers Weltmeer. Doch selbst der koloniale Eroberungssinn der Briten vermochte nicht, aus Mutterland und Kolonialerwerbungen ein Wirtschaftsganzes zu machen. Es fehlte das Land, in dem eine in der britischen Feinspinnerei verwendbare Baumwolle mit genügend langem Stapel wuchs. Für diese blieb England von den Vereinigten Staaten und von Südamerika abhängig. Schon dadurch war es verhindert, eine vollständig selbstherrliche Zollpolitik zu treiben. Ebenso wuchs in den britischen Kolonien nur ein Teil des Getreides, welches das Mutterland brauchte.

B. Die Hochentwickelung der Generalausfuhr.

Die glänzende Seite der britischen Entwickelung von 1848 bis 1873 liegt in der Industrie und in dem Handel. Bis 1854 ist auf Grund statistischer Aufzeichnungen kein Bild von der englischen Ausfuhr zu gewinnen; denn bis dahin beruhen die Angaben entweder ganz auf Schätzungen oder sind doch stark durch Schätzungswerte ergänzt. Auch von 1854 an gibt es noch keine besondere Statistik für die englische Spezialausfuhr, d. h. für diejenigen Waren, die in England hergestellt und nach dem Ausland ausgeführt wurden, sondern nur eine Statistik der Generalausfuhr, welche auch diejenigen aus England ausgeführten Waren einschließt, die vorher aus dem Auslande dorthin eingeführt worden waren. Immerhin veranschaulichen die seit 1854 vorhandenen Zahlen die Entwickelung der britischen Industrie und des britischen Handels, soweit er über England ging. Die Entfaltung der britischen Generalausfuhr von 1855 bis 1873 ist derart, daß kein Volk und keine Zeit bisher etwas Ähnliches aufzuweisen gehabt hat. Von 1855 bis 1873 wuchs die englische Generalausfuhr in jedem Jahre durchschnittlich im Werte um 182 Millionen Mark über das Vorjahr hinaus. 1854 betrug sie 2366 Millionen, 1873: 6344 Millionen Mark.

Der äußere Anstoß zu dieser großen Neuentwickelung ging wiederum von Amerika aus. Die kalifornischen Goldlager waren entdeckt worden. Ein Goldstrom ergoß sich über die Welt. In den Vereinigten Staaten, nach denen jährlich hunderttausend Engländer kamen, gab es einen jähen Industrieaufschwung und eine Zunahme des Bedarfs, die noch weit jäher war. Volksmassen, Geld und Waren Englands zogen jetzt zusammen nach der Neuen Welt. Aber die Aufnahmefähigkeit dieses noch immer wirtschaftlich stark rückständigen Staates war sehr überschätzt worden. Plötzlich stockte jeder Absatz. Das Jahr 1857 brachte einen vernichtenden Schlag im Wirtschaftsleben nach dem anderen. In dem letzten Jahrzehnt hatte sich die Weltwirtschaft weit genug entwickelt, um nun durch die erste Weltwirtschaftskrise ihr Siegel aufgedrückt zu erhalten. Der amerikanische Trennungskrieg kam und entzog den englischen Spinnern die Baumwolle. Auf die Krisis in der Textilindustrie, die damit anhob, folgten eine Handels-

Digitized by Google

krisis und eine Kreditkrisis, die mancherlei Größen mit sich niederriß. In der Entfaltung von Englands Industrie und Handel aber war die Krisis doch nur eine vorübergehende Trübung der Verhältnisse. Sie konnte den Strom der Zeit nicht aufhalten. Ja, Englands industrielle Hochentwickelung vollzog sich trotzdem rasch und mit einzigartiger Sicherheit und Genauigkeit. England besaß die kühnsten und begabtesten Unternehmer, England war das reichste Land Europas, das Land mit der dichtesten Bevölkerung und das Land, das jährlich Hunderttausende in die Fabriken zog. England hatte fast das Alleinrecht auf die Verwendung der Maschine zur Herstellung einer ganzen Reihe von Massenverbrauchswaren. Fast alle neuen Maschinenerfindungen gingen von ihm aus oder wurden wenigstens dort zuerst der Warenerzeugung im großen Stile dienstbar gemacht. Die englischen Unternehmer verwendeten die am meisten kraftsparenden Maschinen und steckten jährlich Milliarden in ihre Industrie, während die Unternehmer anderer Völker am Handwerke klebten. Die Folge davon war eine Blüte der gewerblichen Ertragswirtschaft, für die es sonst kein Gegenstück gibt. Sie bedeutete die Befreiung des englischen Volkes von der handwerksmäßigen Herstellung neuer Massenwaren, den Übergang zum maschinellen Großbetriebe mit kraftwirtschaftlicher Arbeitsteilung, die fortschreitende Verbilligung der Erzeugnisse des Gewerbefleißes, die fremden Mitbewerb von vornherein abschreckte, auf dem Binnenmarkt einen ungewohnten Absatz schuf und die Ausfuhrmassen Jahr für Jahr in die Höhe trieb. Ihre Wirkung auf die Bevölkerungszunahme war zwar nur eine allmähliche, dafür aber eine stetige. In den 1850er Jahren nahm die britische Bevölkerung allerdings erst wieder um 155000 im Jahre, gegen 80000 in den 1840er Jahren zu. Aber in den 1860er Jahren erreichte sie wieder eine durchschnittliche Jahreszunahme von 255000. Obgleich damals also die dreifache Kinderzahl groß wurde wie zwanzig Jahre früher, so war doch der Überschuß an Sparkapital, den jedes Geschlecht über seinen Verbrauch hinaus schuf und dem nächsten hinterließ, so bedeutend, daß sich das Volksvermögen im Laufe jedes Menschenalters fast verdoppelte.

C. Die industrie-soziale Entwickelung.

Die Entwickelung der britischen Industrie stützte sich auf die Fortsetzung jener industrie-sozialen Entwickelung, die sich seit 1840 zu zeigen begonnen hatte. Die Unternehmer schufen immer neue ertragswirtschaftliche Anlagen und trieben dadurch die Löhne in die Höhe. Die steigenden Löhne der Industrie lockten immer höhere, immer leistungsfähigere Volksschichten in die Fabriken. Wie die Einzelmaschinen zu größeren Ganzen verbunden wurden und wie sich ihre Gangschnelligkeit steigerte, begann die Maschine wieder eine volle Manneskraft und Mannesaufmerksamkeit zu erfordern, ja sie stellte mit jeder Verbesserung höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit derer, die sie bedienten. Um Leute zu bekommen, die diesen Aufgaben genügten, mußten die Fabrikanten höhere Löhne zahlen, wozu die viel größere Ergiebigkeit der neuen Maschinen sie auch instand setzte. So trat seit Anfang der 1850er Jahre eine ganz neue Bevölkerungsklasse in die Fabriken ein, die seit dem Beginn der 1860er Jahre stark wuchs. Sie bestand vornehmlich aus Ackerbauern, daneben aber auch aus Seeleuten und Handwerkern. Sie gehörten den fortgeschrittensten Betrieben an, die auf der höchsten erreichten Höhe der Technik standen, während dem Auswurf des Volkes, den Frauen und den Kindern die rückständigen Betriebe überlassen blieben. Damals war es, als es die ersten Spindeln auf 4—5000 Umdrehungen in der Minute brachten, während die schnellsten Spindeln heute dreimal so schnell laufen.

Um 1865 zog der Übergang zum Großbetrieb weitere Kreise. Fabriken mit altmodischen Maschinen und leistungsunfähiger Arbeiterschaft wurden immer seltener. Die wachsende Verbilligung der Warenerzeugung durch technische Hilfsmittel machte sie mitbewerbsunfähig und zwang sie, zur Arbeitsweise mit höherstehenden Arbeitern überzugehen oder zu verschwinden. Mit ihnen starb jener kleine, häßliche Typus des schwindsüchtigen Arbeiters nach und nach aus, und an seine Stelle trat der leistungsfähige Mann, der sich als Fabrikarbeiter (working man) das Einkommen eines Kleinbürgers verdiente, indem

Digitized by Google

seine Jahreseinnahme bei regelmäßiger Beschäftigung erst über 1500 und dann über 2000 Mark emporstieg. Die weniger begabten und weniger leistungsfähigen Arbeiter verschwanden damit keineswegs ganz, sondern bildeten nur unterhalb der Schicht der gelernten Industriearbeiter eine Schicht der ungelernten Arbeiter oder Handlanger (labourers). Der Mangel an Konzentrationsfähigkeit und Geistesgegenwart machte es ihnen unmöglich, sich eine bestimmte Ausbildung zu erwerben.

Die weiter fortschreitende Technik stellte noch höhere Anforderungen an jeden gelernten Arbeiter, denen nur noch die besten Handwerker genügen konnten. Erst nach 1870 gewannen die auf nie dagewesene Höhen steigenden Arbeitslöhne der Fabrik auch diese Kreise. Dieser Einzug der höchsten Handwerkskreise in die Fabrik wurde dadurch noch gefördert, daß die Fabriken jetzt auch die Dinge herstellten, die das Handwerk früher geliefert hatte. Aber die Aufsaugung der Handwerker durch die Fabrik vollzog sich schneller als ihre Brotloswerdung durch die Maschine. Unter der Zugkraft eines Industrieaufschwunges zu Anfang der 1870er Jahre ging diese soziale Umschichtung leicht vor sich, weil sie das Einkommen der Umgeschichteten bedeutend steigerte. Jetzt verdichtete sich der Zug nach den Städten zu einem wilden Drängen: dem niederen Handwerk, dem mittleren und höheren Handwerk und schließlich sogar einem Teile des Handelshandwerks, das zur Werkstatt zugleich einen offenen Laden hielt, folgten jetzt noch der ländliche Hausbesitzer, der Kleinbeamte, der Krämer, der Seemann. Alle verfügbaren Kräfte zog die Industrie an sich.

D. Innere und äußere Politik.

Die Stellungnahme der Mehrheit der großbritannischen Bevölkerung gegen den Katholizismus erhielt neue Nahrung durch die Gründung neuer Bistümer der römischen Kirche auf britischem Boden und die Ernennung des Kardinals Wiseman zum Erzbischof von Westminster (1850). Sie äußerte sich in dem Gesetze, das die Führung des Bischofstitels nur den Priestern der Staatskirche gestattete (1851). Daß es sich hier um die Abwehr gegenüber einem römischen Angriff handelte, zeigte sich durch die 1858 erfolgende Zulassung der Juden zum Parlament, die der liberale William Ewart Gladstone befürwortete, in diesem Falle einmal mit seinem konservativen Gegner Disraeli übereinstimmend. Nachdem Gewerbe und Handel die Geschicke des Landes leiteten, mußten sie sich auch mit dem britischen Oberhaus auseinandersetzen. Einen Zusammenstoß mit diesem (1860) in der Steuerbewilligungsfrage beendete eine Erklärung des Oberhauses, in welcher dieses auf jede Einwirkung auf die Besteuerung verzichtete. Disraeli gestaltete 1867 das Parlamentswahlrecht noch isokratischer: jeder Inhaber eines selbständigen städtischen Haushaltes ohne Steuergrenze hatte eine Stimme, und dies stärkte die gewerbliche Partei. Die Einführung der geheimen Abstimmung (Ballotbill) folgte 1872. Damit war jedoch der Höhepunkt der isokratischen Woge erreicht. 1874 räumte das liberale Ministerium Gladstone dem konservativen Ministerium Disraeli den Platz.

In Irland machte die Verschwörung der Fenier (S. 153) mit anarchistischen Zielen der britischen Regierung dauernd zu schaffen. Stadt und Grafschaft Dublin wurden 1866 in Kriegszustand versetzt und die Habeas-Korpus-Akte für aufgehoben erklärt. Gladstone entstaatlichte 1869 die irische Staatskirche und verwandte einen Teil ihrer Einkünfte zu gemeinnützigen Zwecken. Ein Entschädigungsgesetz für irische Pächter und Bestimmungen, die ihnen den Grunderwerb erleichterten, setzte er im gleichen Jahre durch. Seine Universitätsbill fiel jedoch 1873 und fand erst 1879 (S. 177) unter konservativer Regierung Annahme.

Digitized by Google

Über die äußere Politik des britischen Inselreiches warf dauernd der koloniale Gegensatz gegen Rußland seine Schatten. Nachgiebigkeit und Herausforderungen lösten sich ab, je nachdem ein liberales oder ein konservatives Ministerium am Ruder war. Palmerston fügte sich den dringenden Wünschen des Zarenreiches über Schleswig-Holstein (Londoner Protokolle 1850). Als die Türkei 1853, von Rußland gereizt, diesem den Krieg erklärte, einigte sich England mit Frankreich, das seit 1851 wieder Kaiserreich war. Eine englisch-französische Flotte fuhr in die Dardanellen ein und drang bis ins Schwarze Meer vor. Durch ein förmliches Bündnis zusammengeschlossen, erklärten England und Frankreich 1854 Rußland den Krieg (Krimkrieg). Im Süden erfolgte der Sieg an der Alma 1854, und es kam zur Belagerung von Sewastopol, das 1855 wesentlich infolge der Leistungen der französischen Truppen fiel. Der Pariser Friede 1856 schränkte Rußland in Europa ein, indem er die Unabhängigkeit der Türkei sicherte und der Bewegungsfreiheit der russischen Kriegsflotte Grenzen zog. Dafür reizte Rußland Persien zur Besetzung Herats, das erst nach mehrfachen Niederlagen im Frieden von 1857 wieder freigegeben wurde. Gleichzeitig kam es zu einem Kriege mit China, bei dem wieder Frankreich an die Seite des Inselreiches trat (1858 Eroberung der Takuforts). Der bald folgende Friede eröffnete der europäischen Schiffahrt neue chinesische Häfen. Freilich zwangen erst eine neue Erstürmung der Takuforts und die Einnahme von Peking 1860 China zum dauernden Frieden.

Während die Nordstaaten der Nordamerikanischen Union 1861—65 im Bürgerkriege mit den Südstaaten lagen, stand England offen auf seiten der Südstaaten, von denen es seine Baumwolle bezog, und erkannte diese als kriegführende Macht an. Als die Nordstaaten von einem englischen Postdampfer die Auslieferung zweier nach England gehenden Gesandten der Südstaaten erzwangen, rüstete England zum Kriege und erreichte damit die Freilassung der Gefangenen. So wurde der Krieg vermieden. Noch ehe die Londoner Weltausstellung 1862 stattfand, starb Prinz Albert von Koburg (1861) während einer kriegerischen Verwickelung mit Mexiko. Mit Frankreich und Spanien trat England daraufhin zum gemeinsamen Schutze ihrer Bürger in ein Bündnis ein (1861), und es rüstete mit beiden Ländern einen Kriegszug aus. Als Napoleon III. jedoch die Absicht zeigte, Eroberungen zu machen, regelte England die Behandlung der Briten in Mexiko durch Vertrag (1862). Das Protektorat über die Jonischen Inseln gab England freiwillig preis, als Griechenland 1863 den Prinzen Georg von Dänemark zum König wählte (Bd. IV, S. 210). Im Herbste 1867 führte die Gefangenhaltung englischer Untertanen zum Kriege mit Abessinien, den die Eroberung Magdalas 1868 beendete. Dafür erreichte Rußland durch die Londoner Konferenz 1871 die Aufhebung der Neutralität des Schwarzen Meeres.

E. Das Kolonialreich.

Die Preisgabe der nationalen Wirtschaftspolitik, die seit 1849 die britischen Inseln beherrschte, blieb nicht auf das Vereinigte Königreich beschränkt, sondern warf ihre Lichter und Schatten zugleich über das ganze britische Kolonialreich. Wie Cobden die baldige Loslösung der britischen Kolonien vom Mutterland als ein unabwendbares Geschick betrachtet hatte, so fand es die britische Zollpolitik zu Anfang der 1860er Jahre ganz selbstverständlich, daß Großbritannien und Irland in den Kolonien zollpolitisch nicht anders behandelt würden als jeder andere fremde Staat. Infolgedessen kam in den Handelsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und dem Deutschen Zollverein (1865) und in denjenigen mit Belgien die Bestimmung, daß die Erzeugnisse dieser Staaten in den britischen Kolonien und

Digitized by Google

Besitzungen keinen anderen Eingangsabgaben unterliegen dürften als die gleichartigen Erzeugnisse der britischen Inseln. Bei dem Vorsprunge, den Großbritannien damals in der Verbilligung der Warenerzeugung hatte, waren Deutschland und Belgien trotzdem in Kanada, Südafrika, Australien und Indien mitbewerbsunfähig.

Kanada war durch Lage und wirtschaftliche Beziehungen auf den Anschluß an die Vereinigten Staaten angewiesen. Seit 1775 hatten diese Versuche gemacht, ihre Hand über Kanada auszustrecken (S. 156). 1837 hatten die „Söhne der Freiheit" das Ende der britischen Herrschaft in Kanada verkündigt und einen Aufruf an die Jugend des freien Nordamerika erlassen. Als die englische Regierung 1838 gegen die Einführung von Waffen für die Aufständischen aus den Vereinigten Staaten nach Kanada einschritt, waren diese nahe daran, Großbritannien den Krieg zu erklären. Im Jahre 1850 gingen von Kanada öffentliche, von Tausenden unterzeichnete Kundgebungen zugunsten eines Anschlusses an die Vereinigten Staaten aus. Obwohl sämtliche Beamte, die sich daran beteiligt hatten, abgesetzt wurden und der Generalgouverneur dem neuen Parlament in Toronto erklärte, daß er jeden Versuch einer Lostrennung Kanadas von der britischen Krone mit Waffengewalt niederschlagen werde, gewannen diese Maßregeln doch die Kanadier nicht mehr für England. Waren bis dahin noch nicht 20000 Briten jährlich nach Kanada ausgewandert, so brachten die staatlichen Bemühungen diese Zahl seit 1849 auf 100000, von denen allerdings ein Teil nach den Vereinigten Staaten weiterwanderte. Die Einführung des Weizenbaues in größerem Umfange, die Anfänge einer Industrie im Osten, der Bau von Eisenbahnen seit 1856 und die Vermehrung des Warenhandels und des Menschenverkehrs richteten die Blicke der Bevölkerung mehr auf wirtschaftliche als auf politische Fragen. Die Gefahr, in den nordamerikanischen Sezessionskrieg hineingezogen zu werden, schreckte selbst die alten Freunde des Anschlusses an die Vereinigten Staaten zurück. Ein kanadisch-britisches Gemeingefühl entwickelte sich jedoch trotzdem nicht. In Ottawa erhielt das Land 1857 wieder einen festen Regierungsmittelpunkt; aber dieser kam erst zur Bedeutung, als 1867 Neuschottland und Neubraunschweig Kanada einverleibt wurden, das seitdem den Namen Dominion of Canada führt. Ihnen folgten bald die übrigen Besitzungen Großbritanniens in Nordamerika mit Ausnahme von Neufundland und den Bermudainseln: 1869 durch Kauf das Gebiet der Hudsonbaikompanie, 1871 durch eigenen Entschluß Britisch-Columbia und 1872 Prince-Edward-Island. Dadurch entstand ein Land von einer Ausdehnung, die 800000 qkm größer als die der Vereinigten Staaten ohne Alaska ist. Seine Bevölkerung überschritt 1871 jedoch erst 3,6 Millionen Einwohner, die, abgesehen von wenigen Mongolen (meist Chinesen), fast sämtlich europäischer Abkunft waren. Die Mestizengefahr im Hudsonbaigebiete, das als Provinz Manitoba in Kanada eingefügt worden war, wurde 1870 mit Waffengewalt unterdrückt. Durch Seßhaftmachung britischer Siedler in Manitoba wurden die Mestizen nach dem Nordwesten vertrieben. Die irischen Fenier der Vereinigten Staaten hatten zwar alles aufgeboten, um das ganze Gebiet am Roten Flusse der Union zu gewinnen, aber ihre Maieinfälle waren so zurückgeschlagen worden, daß sie für lange Zeit ihren Versuch nicht mehr wiederholten. So zählte Kanada seit 1873 zu den gesicherten Besitzungen der britischen Krone.

In Südafrika entwickelte sich die Kapkolonie infolge ihrer regelmäßigen Schiffahrtsbeziehungen zu den britischen Inseln am stetigsten und gedeihlichsten. Natal wurde 1856 zur Kronkolonie erhoben und dadurch politisch vollständig von der Kapkolonie losgelöst. Kämpfe mit den Sulus erhielten den holländischen Buren Natals ihre Wehrkraft, und in Natal bildete sich ein bedeutsamer politischer Gegensatz zu England heraus. Auch in Australien gab es eine Aufwärtsentwickelung. An inneren Zwiespalten fehlte es freilich nicht; so riß sich 1851 Victoria von Neusüdwales los. 1851 hörte infolge des Widerstandes der Kolonialbevölkerung die Verschickung der Verbrecher (vgl. S. 156) nach den stärker bevölkerten Kolonien auf, so daß dafür bloß Westaustralien blieb. Die neu entdeckten Goldfelder lockten einen so starken Einwandererstrom nach einzelnen Stellen, daß Queensland 1859 selbständige Kolonie werden konnte.

In Indien erfolgte von 1849 bis 1856 die Eroberung von Sattara, Nagpur, Unterburma und Audh. Obgleich Indien nie über 250000 Engländer beherbergte, gründete sich die englische Herrschaft fester, weil die englische Regierung fast ganz mit Eingeborenentruppen auszukommen wußte, die unter englischen Offizieren fochten. Meutereien, wie die Sepoymeuterei von 1857 (Bd. I, S. 480), blieben allerdings nicht aus. Erst als England nicht mehr gegen die religiösen Ordnungen der Inder verstieß, wurde im Inneren Frieden, obwohl auch dann noch ein Grenzkrieg den anderen ablöste. Die Folge der blutigen Kämpfe um die Herrschaft über Indien 1857/58 war die Auflösung der Ostindischen Kompanie. Das neue Indiengesetz (1858) legte die Regierung in die Hände der Königin. Der Generalgouverneur

Digitized by Google

führt seitdem den Titel Vizekönig. Obgleich mit dem Jahre 1858 die Entfaltung der natürlichen Hilfsquellen Indiens begann, folgte 1866 eine furchtbare Hungersnot. Aber die Förderung des Verkehrswesens nahm trotzdem ihren Fortgang. Eisenbahnen, Kanäle und Telegraphen wurden gebaut, der Reis-, Korn- und Weizenbau, die Seidenraupenzucht und der Teebau wurden gefördert, und mit seinen 270 Millionen Einwohnern wurde Indien, da der geringen Leistungsfähigkeit der Inder als Arbeiter ein noch geringerer Verbrauch gegenüberstand, bald die reichste englische Besitzung. In den Großstädten längs der Küste entfalteten sich blühende Industrien, indem zahlreiche englische Firmen dort Zweiggeschäfte gründeten.

3. Die englische Weltherrschaft (1871—1914).

A. Die englische Weltherrschaft.

a) Die völkische und geistige Grundlage.

Wenngleich, wie wir später sehen werden, die vornehmsten Voraussetzungen für die englische Weltherrschaft nicht nationaler, sondern geographischer Natur sind, so ist doch die Nation der Träger des weltpolitischen Gedankens und ist die Entwickelung, die der englische Nationalcharakter in Anpassung an die weltpolitische Aufgabe der Nation genommen hat, für die Erhaltung und Ausbreitung der englischen Weltherrschaft von weitgehender Bedeutung geworden. Die englische Volksseele erhielt ihre Ausprägung im Puritanismus zu Anfang des 17. Jahrh. und die damals gewonnene psychische Grundlage ist bis heute ausschlaggebend geblieben. Die in erster Linie auf die Ethik gerichtete Lebensanschauung begünstigte die Entwickelung der praktischen Sinne, das puritanische Ideal ist kein himmelstürmendes, aber das politisch brauchbarste durch die Anziehungskraft, die von je die Mittelmäßigkeit auf den menschlichen Durchschnitt ausgeübt hat. Zielstrebigkeit, Nüchternheit, Beharrlichkeit sind die positiven Exponenten dieser praktischen Lebensauffassung. Dieser starke Willenstrieb ist nun, das ist der besondere puritanische Einschlag, „moralisch gefärbt" (Kjellén). Erst die religiöse Überzeugung, das auserwählte Volk des Alten Testamentes zu sein, gibt diesem Willen seine unbeirrbare Kraft. Aus diesem Glauben, daß „das britische Reich von der Vorsehung zum größten Werkzeug für das Gute bestimmt sei" (Curzon), folgt zwanglos das Gefühl der Pflicht, zur Verbreitung der englischen Weltmacht unmittelbar zum Ruhme Gottes mit aller Kraft beizutragen. Das steigerte sich dann bis zu der jesuitischen Zweckmoral „right or wrong — my country" eines Palmerston und hat aus dem englischen Volk das ausgeprägteste Herrenvolk, aber auch das einseitigste und kurzsichtigste Volk einer empörenden Doppelmoral gemacht. Denn ins Uferlose steigerte sich die englische Habsucht und ins Satanische die englische Rachsucht: reißend soll die Welt englisch werden und als barbarische Gotteslästerung wird jedes Streben eines anderen Volkes nach von England unabhängiger Macht verschrieen. Während der Engländer sein Reich nie als saturiert ansehen kann, ist ihm seine Kultur schließlich zur Erfüllung aller Ideale geworden: „was England gewinnt, gewinnt die Menschheit" — er schließt sich ab gegen Anregung von außen, gegen fremde Sprache und Bildung, und so sinkt er schließlich herab in Rückständigkeit und Unbildung. Das ist der Werdegang zum Typ des modernen Engländers: einer weltgeschichtlich ganz merkwürdigen Mischung von verfeinertster Lebensform und kultureller Unbildung, von demokratischer Freiheit und unerhörtem gesellschaftlichem Zwang, philiströser Moralität und brutaler Roheit, nervenzerrüttender Dollarjagd und anderseits geistiger und körperlicher phlegmatischer Trägheit, chauvinistischem Nationalismus und weltbürgerlicher Eleganz, stählendem (aber verdummendem) Sport und sinkender Geburtenziffer.

Digitized by Google

Trotzdem hat dies Volk seine Herrschaftsstellung bis heute gehalten und eine nationale Kraft im Weltkrieg entwickelt, die selbst die vorsichtigsten Beurteiler in Erstaunen gesetzt hat. Die Ursache hierfür liegt in der nationalen Geschlossenheit dieses Volkes. Die Insularität hat die Ausprägung eines vorbildlichen Rassenbewußtseins so glänzend unterstützt, daß die hohe englische Auswanderung niemals einen nationalen Verlust, immer nur die Eroberung neuen Expansionsbodens bedeutet hat. Selbst die Ablösung der Vereinigten Staaten von Amerika hat nicht einen absoluten völkischen Verlust bedeutet — wir sind mit Staunen im Kriege innegeworden, wie stark der Amerikaner gemein-englisch empfand, bis zur völligen Identifizierung mit der Sache Englands. Die zehn Millionen Engländer gar, die in den englischen Siedlungskolonien wohnen, sind zwar nicht völlig den Einflüssen veränderten Klimas und diesem angepaßter Lebensweise entgangen — wir beobachten hier vielmehr die Anfänge neuer Rassen —, aber sie sind doch Engländer geblieben und haben vor allem ihre Rasse von Vermischungen rein gehalten.

Obwohl fast alle britischen Kolonialbevölkerungen aus ganz Westeuropa stammten und keineswegs allein von den britischen Inseln, so fühlten sie sich doch von Haus aus als Briten, und in diesem britischen Nationalgefühl kam der ganze Stolz der europäischen Rasse gegenüber Mongolen und Wollhaarigen zum Ausdruck. Seit das Yankeetum in den Vereinigten Staaten am Ausgange des 18. Jahrh. ein eigenes Nationalgefühl entwickelt hatte, das dem britischen oft genug feindselig gegenübertrat, hatten die versprengten Inseln des Kolonialbritentums alle Ursache, ihre Kräfte zu sammeln, wenn sie nicht in Mischlingsbevölkerungen untergehen wollten. Zählten sie doch noch 1911 zusammen 10,75 Millionen Köpfe: den 45 Millionen Einwohnern der britischen Inseln stehen an Kolonialbriten nur gegenüber 5,95 Millionen in Kanada mit Einschluß der französischen Kanadier, 4,5 Millionen in Australien und Neuseeland und eine halbe Million (von 1,2 Million Weißen) in Südafrika. Ganz Indien mit seinen 315 Millionen Menschen wies nur 270000 Briten auf, und keine andere britische Siedelung erreichte auch nur 100000 mittelländische Einwohner. Während das Deutsche Reich in seinen Grenzen allein 64 Millionen Deutsche zählte, besaß der ganze britische Stamm nur 55 Millionen Englisch redende Menschen mit britischem Nationalgefühl. Aber diese beherrschten ein Fünftel des Erdballes und ein Viertel der Menschheit. An wirtschaftlicher Tüchtigkeit waren andere europäische Stämme dem Britenstamme gleich; aber kein anderer Stamm übertraf ihn in der Stärke des Nationalgefühls und in der Bereitwilligkeit, wirtschaftliche Kraft in stets steigendem Maße in politische Macht umzusetzen.

Das gemeinbritische Nationalgefühl fand in den britischen Kolonialstaaten seinen stolzesten Ausdruck in dem Gegensatze zu niederen Menschenrassen und in dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Wahrung der Reinheit der eigenen Rasse diesen gegenüber. Es war das Merkmal des Kolonialbritentums auf dem Erdballe, daß es der Erde bisher keine Mischlingsbevölkerungen schenkte wie das Spaniertum in Südamerika, und es war sein Stammesstolz und Stammesglaube.

Einen Keil haben die Engländer des Mutterlandes selbst freilich im eigenen Fleisch sitzen und in jahrhundertelangem erbitterten Nationalitätenkampfe nicht entfernen können: die fremdsprachigen und andersgläubigen Iren haben trotz dauerndem Rückgang ihrer Volkszahl infolge hoher Auswanderungsziffer und an Ausrottung grenzender wirtschaftlicher und kultureller Verfolgung noch immer ihre Eigenart bewahrt — die irische Frage hatte in den letzten Jahrzehnten eine so schwere Zuspitzung erfahren, daß die Regierung den Krieg als Ausweg aus dem Streit um Homerule begrüßte (vgl. unten, S. 177).

Diesem Bilde seines Charakters entspricht die gesellschaftliche Gliederung des englischen Volkes. Das starke National- und Rassebewußtsein hat um die gesamte englische Gesellschaft ein so starkes Band geschlungen, daß konfessionelle und soziale Scheidungen nicht den Gesamteindruck einer geschlossenen nationalen Gesellschaft verwischen können; die „ladys and gentleman" bilden eine geschlossene Front nach außen, wie das Bewußtsein des „civis Romanus sum" schon einmal ein Volk unvergleichlich fest verband. Die Zugehörigkeit zu

Digitized by Google

dieser Gesellschaft wird denn auch in erster Linie durch die Sprach- und Kultur-, nicht die Blutsgemeinschaft bedingt. Die bereitwillige Aufnahme solcher Einwanderer, die ihre Muttersprache verrieten und sich den englischen Lebensgewohnheiten fügten, hat im 19. Jahrh. dem Lande den Ruf der sprichwörtlichen englischen Freiheit eingebracht.

Freilich unter der Oberfläche dieser scheinbar idealen Demokratie brüten Gegensätze, die mehr und mehr die Oberhand gewinnen. Die Vereinigung großer Kapitalien in wenigen Händen hat eine tiefe Kluft zwischen einer unerhört reichen Besitzerkaste und der abhängigen besitzlosen Masse schärfer denn sonstwo hervortreten lassen. Und innerhalb des Besitzerstandes hat erst die Industrie die Landwirtschaft, dann eine Geldaristokratie wiederum die Industrie verdrängt, und diese Verdrängung ist rücksichtsloser und radikaler erfolgt als anderwärts. Vorherrschen der Geldaristokratie bedeutet aber zugleich Vorherrschen einer Kaste, die mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl mit wüstem Demagogentum vereinigt.

Leicht führte diese Umformung der Gesellschaft auch zu einer Veränderung des politischen Parteiwesens. Der auf englischem Boden erwachsene Parlamentarismus wich einem ins Demagogische hinüberspielenden Demokratismus. Der Parlamentarismus Englands, dessen Grundlage der konservativ-liberale Parteidualismus bildete, wurde schon durch die irische „Nationalistenpartei" 1879, endgültig 1906 durch das Vordringen der Arbeiterpartei zerstört. Indem sich dadurch die Parteigrenzen verschoben, bestimmte das Parteigetriebe schon seit 1884 das ganze öffentliche Leben: der Mann der Straße gewann die Oberhand über die oligarchische Gentry der Parlamentarier, indem er seine Führer unter Kaltstellung des Parlamentes unmittelbar an die Spitze des Staates setzte. Dem allmächtigen Premierminister gestand der Volkswille alle Befugnisse bereitwillig zu, während das Parlament zu einem Schattendasein herabsank. Die Wahlkämpfe sind nicht mehr ein Kampf um die Geltendmachung politischer Weltanschauungen, als vielmehr rein soziale Kämpfe. Die kompakte Majorität der Masse erklärte der altparlamentarischen, aristokratischen Minderheit den Krieg und schlug sie entscheidend, als die Parlamentsakte vom 18. August 1911 das Oberhaus des Vetorechts beraubte. Das Unterhaus, will sagen die Parteiführer, regieren unmittelbar und allein, das freiheitliche England wird von allmächtigen Premierministern mit unbegrenzten Vollmachten geleitet. Von politischem Doktrinarismus erfüllte Parteigötzen schalten als unumschränkte Herren, drücken aber die Staatsautorität, die in England nie in allzu hohem Ansehen stand, auf einen so niedrigen Stand herab, daß aus der völligen Anarchie, die Suffragettenexzesse, Massenausstände und Ulsterrevolution kennzeichneten, nur ein ablenkender nationaler Krieg größten Stils herauszuführen imstande erschien!

* * *

Die Entwickelung des imperialistischen Großbritanniens hatte um die Jahrhundertwende einen Maßstab angenommen, daß das stolze Wort, die Welt werde reißend englisch, Wahrheit zu werden schien. Das Nationalbewußtsein des Engländers, dem alle Nichtengländer foreigners — im Gegensatz zum true-born Englishman — sind, war ins Maßlose gesteigert, um so mehr als seine Sprache immer mehr alle andern als Weltsprache verdrängte. Hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrh. die famose Lehre vom europäischen Gleichgewicht — balance of power — in Verbindung mit der Freihandelstendenz England den Mantel christlicher Nächstenliebe und demokratischer Freiheit umgehängt, so eröffnete in seiner zweiten Hälfte, nachdem Sir Charles Dilke 1868 das wirkungsvolle Schlagwort des „Greater Britain" in die politische Debatte geworfen hatte, Seeley mit seinen Vorlesungen

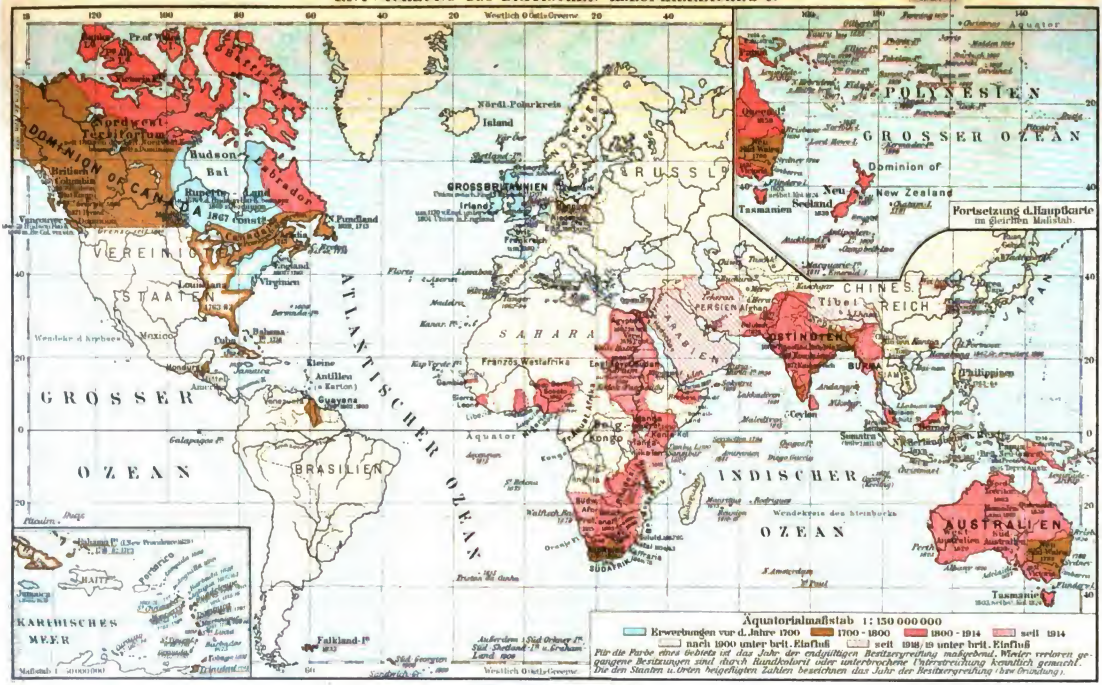
Digitized by Google

über die Expansion of England (1883) eine imperialistische Literatur, die in unseren Tagen in Homer Lea (The day of the Saxon) und Cramb (Germany and England 1914) ihre Meister fand und die langsam, wo nicht eine völlig neue, doch eine Weltanschauung hervorrief, die in ihren Tendenzen die beste geistige Grundlage für eine britische Weltherrschaft wurde. Das politische Schlagwort gewann einen ungeahnten Einfluß auf alles Denken und Fühlen. Die bereits in der Philosophie des 17. Jahrh. begründete Lehre vom auserwählten Volke (S. 163) wurde jetzt so Gemeingut landläufiger Vorstellungen, daß jeder Zweifel an der gottgewollten Weltherrschaft des Britentums als gotteslästerlicher Frevel empfunden wurde. Die gläubige Überzeugung, allein zum Herrscher geboren zu sein, rechtfertigte eine zweizüngige Moral, die der foreigner oft als reine Verlogenheit empfand. Im Verein mit der insularen Lage und der strengen Trennung von Glauben und Wissen, wie sie englischer Philosophie von je eigentümlich gewesen ist, konnte diese Weltanschauung nicht ohne Einfluß auf die weltpolitische Betätigung des englischen Volkes bleiben. „Was nützt es mir und England?": diese utilitaristisch-egoistische Frage wurde das Grundmotiv englischen Denkens und Handelns. Der egoistische Utilitarismus erlebte eine Steigerung zum utilitaristischen Egoismus (Wundt). Das Lied James Thomsons aus dem Anfang des 18. Jahrh. „Rule Britannia, rule the waves" wurde zum religiösen, politischen und ästhetischen Programm: in der Macht und Herrlichkeit britischer Weltherrschaft glaubte der Brite jene „Maximation des Glückes" gefunden zu haben, dessen Erreichung Jeremias Bentham als Zweck des Staates verkündet hatte (S. 149).

England gelangte zur schärfsten Ausprägung des germanischen Individualismus, wurde aber zur Veräußerlichung der Kultur, einer rein äußeren Sachkultur des technischen Prinzips geführt, die im nackten Egoismus endet. Die ungebändigte Freiheit des einzelnen wurde zur Unfreiheit der anderen. Die Freiheit war in die vier Wände des Privathauses gebannt — my house is my castle —, das ganze öffentliche Leben schlug um in zwangvolle Unfreiheit. Freiheit der äußeren Lebensführung gestand man noch immer eher zu als Freiheit des Denkens. Der Ursprung seiner Weltherrschaft aus Krieg, Handel und Piraterie, die Doppelmoral seiner Lehre vom auserwählten Volke und die Verflachung seines geistigen Lebens, in dem der Machthunger die Oberhand gewann über die shakespearesche „merry", die altenglische Herzensfröhlichkeit, diese drei treibenden Motive schufen das moderne englische Gesicht, wie wir es kennen. Wohlstand, Gastlichkeit, Solidität, innere Freiheit und Großzügigkeit ebneten diesem wahrhaft herrschbegabten Volke in der ganzen Welt Tor und Türen, aber der geistige Schwung ungebrochener Kraft, selbstaufopfernde Hingabe an die Idee fehlte; statt dessen hemmten erstaunliche Unbildung, geistige Trägheit und Brutalität die Entwickelung. Doch das herrschgewohnte Volk mochte diese eigenen Schwächen nicht zugeben, konnte die Gründe leise hervortretender Niedergangserscheinungen nicht in der eigenen Brust suchen, sondern es glaubte sie gefunden zu haben in dem immer gefährlicher werdenden jugendlich elastischen Konkurrenten, dem Deutschen Reiche. Die furchtbare Ahnung, die den Krämer an der Themse beschlich, daß jenseits der Nordsee einer saß, der ihm sein Brot nicht gönnen möchte, ließ ihn sich verbeißen in die Idee der „german invasion", und immer lauter wurde der Ruf: Germaniam esse delendam, bis er alle Stimmen der Vernunft übertönte. War's aber gleich ein Wahn, so lag doch viel Methode drin — daß Deutschland aggressive Absichten gegen England habe, wurde schließlich zu ebenso heiligem Glaubenssatze wie die Lehre vom auserwählten Volke.

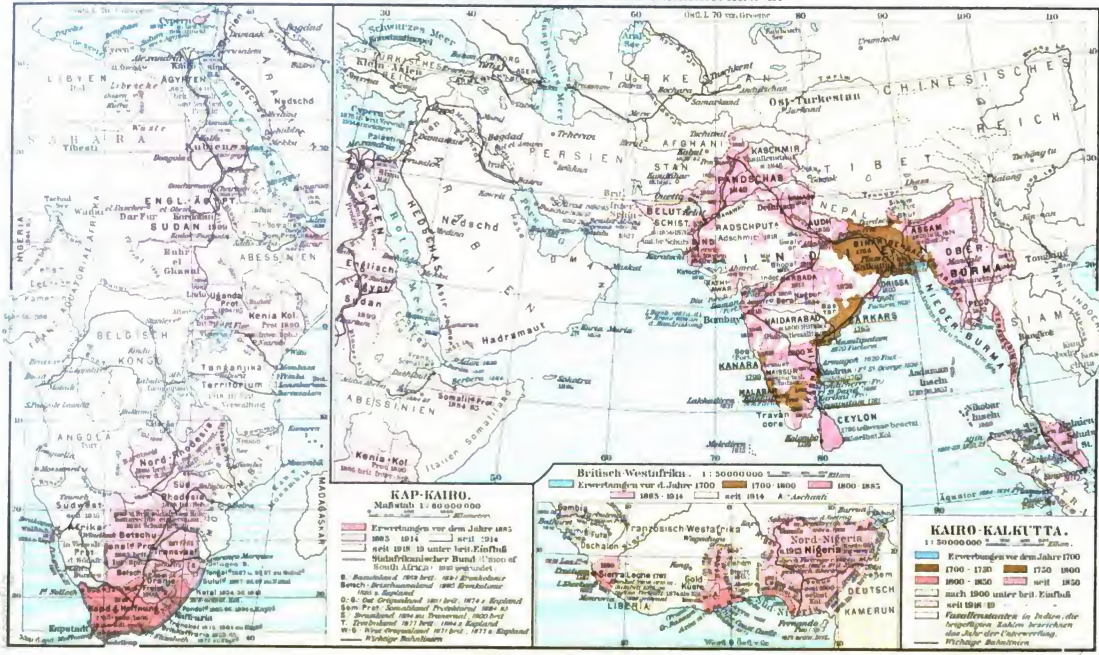
Digitized by Google

ENTWICKLUNG DES BRITISCHEN KOLONIALREICHES I.



Bibliographisches Institut, Leipzig.

ENTWICKLUNG DES BRITISCHEN KOLONIALREICHES II.



Bibliographisches Institut Leipzig

Die imperialistische Idee, wie sie Lord Roseberry einmal formulierte: „Wir müssen uns ständig dessen klar bewußt sein, daß unsere nationale Verantwortung und unser nationales Erbteil uns die Verpflichtung auferlegen, daß die Welt einst das Charaktergepräge unserer Nation, keiner anderen, tragen wird" — diese positive, weltstürzende und auch wieder weltaufbauende Idee von einem starken weltbeherrschenden Imperialismus wich der verbissenen, haßerfüllten Wahnidee von einer german invasion, der Lehre von dem Kampf, der gegen den Konkurrenten auf allen Märkten aufgenommen werden müsse — die Offensive wandelte sich in die Defensive, die Expansion wich der Abwehr. Während die rein äußere Wirkung der ungeheuren Macht Englands noch immer neue Länder und Meere in ihren Bann zog, verblaßte die Idee der weltbeglückenden englischen Freiheit: aus der Führung im Weltleben wurde England zurückgedrängt in die Verteidigung gegen neue und alte Nebenbuhler.

b) Die politisch-militärische Grundlage.

a) Die weitere Ausbreitung des großbritannischen Weltreiches.

Obwohl das freihändlerische England im Bewußtsein seiner Weltmacht mit dem Gedanken des Saturiertseins, ja des kolonialen Abbaues lange Zeit gespielt hat, hat Großbritannien doch niemals im 19. Jahrh. aufgehört, sich weiter und weiter auszudehnen (s. die beigeheftete Karte).

In Neufundland gab wiederholt die Nachgiebigkeit der britischen Regierung gegen die Vereinigten Staaten in Sachen der seit 1818 umstrittenen neufundländischen Fischereigerechtsame Anlaß zu Unzufriedenheit. Nur der Wunsch, die Fischerei in den heimischen Gewässern allein auszuüben, bestimmte die Abneigung Neufundlands gegen die Vereinigung mit den Vereinigten Staaten. Erreichten die Vereinigten Staaten aber das Recht des Fischens in den Gewässern Neufundlands, dann blieb auch kein Grund mehr für Neufundland übrig, sich ihnen nicht anzuschließen. Nachdem der Haager Schiedsspruch von 1910 gegen die Vereinigten Staaten entschieden hat, war diese Möglichkeit glücklich vermieden.

Hinderte die starke Stellung der Vereinigten Staaten die Entwickelung der nordamerikanischen Festlandskolonien einigermaßen, so fand in Afrika, wo der britischen Kolonialmacht kein überragender Gegner im Wege stand, eine kräftigere Entwickelung statt (vgl. Bd. III, S. 83, 104 u. 108 ff.).

Nach einem Kriegszuge zwang Großbritannien 1873 den Sultan von Sansibar zum Verzicht auf den Sklavenhandel. Dann begann es den Aschantikrieg, den 1874 Sir Garnet Wolseley beendete. Die Kolonie Goldküste wurde 1874 geschaffen. Der Generalgouverneur von Südafrika begann 1879 den Sulukrieg, der nach dem Sieg über den Sulukönig Ketschwajo bei Ulundi sein Ende fand. Ein Basutoaufstand folgte 1880 und im Anschluß daran ein Burenaufstand. Zehn Jahre später war der Kolonialbesitz des Deutschen Reiches in Afrika zu solcher Ausdehnung angewachsen, daß Großbritannien 1890 durch ihn sein eigenes Kolonialgebiet abgegrenzt sah. In Ostafrika und in Togo erhielten die beiderseitigen Kolonien feste Grenzen. England übernahm die Schutzherrschaft über Witu, Somaliland und Sansibar; Deutschland erhielt Helgoland. Es folgte die Verkündung der englischen Herrschaft über Sansibar, die Besitzergreifung von Witu, Patta und Manda. Die Einverleibung Ugandas, das 1894 endgültig unter britische Oberhoheit gestellt wurde, kam 1892 hinzu, 1893 die Unterwerfung der Matabele, 1895 die Einverleibung Amatongalands und zugleich die Übernahme der Gebiete der Englisch-Ostafrikanischen Gesellschaft durch das Britische Reich. Ende 1895 wurden die Aschanti unterworfen und ihr Gebiet der Goldküstenkolonie einverleibt. Schon 1884 hatte England Berbera an der Somaliküste besetzt, dem 1886 Benin, 1896 Britisch-Ostafrika und 1902 Süd-Rhodesien folgten. Seit 1885 suchte es in Betschuanaland Boden zu fassen.

Die Kronkolonie Natal (Bd. III, S. 111) nahm seit 1873 nur langsam an wirtschaftlicher Bedeutung zu, aber als England 1887 vom Sululand Besitz ergriff, wurden ihre Wirtschaftskräfte frei, wie es

Digitized by Google

bisher bei den Sulukämpfen unmöglich gewesen war. Seit 1893 zum Kolonialstaat mit einem verantwortlichen Ministerium erhoben, erhielt die Kronkolonie 1897 ganz Sululand überwiesen.

In der kleinen Kapkolonie, die 1853 Selbständigkeit erhalten hatte, brachte die Ansiedelung des größten Teiles der für den Krimkrieg geworbenen deutschen Fremdenlegion ruhigere Zustände, unter denen sich der Ackerbau günstig entwickelte. Die Richtung dieser Entwickelung änderte sich, als 1867 in Griqualand der erste Diamant gefunden wurde, dem 1868 das erste Gold folgte. Aus diesem Anlaß erstreckte die britische Krone ihre Oberhoheitsansprüche immer weiter nordwärts, obgleich das Gold- und Diamantgebiet im wesentlichen auf dem Boden des 1854 von England anerkannten selbständigen Oranjefreistaates lag, mit dem sich Großbritannien aber erst 1876 darüber auseinandersetzte. Der 1852 als Staat entstandene und 1853 mit dem Namen Südafrikanische Republik bezeichnete Transvaalfreistaat hatte 1858 eine wesentliche Erweiterung erfahren und dehnte sich durch gruppenweise Wanderung der Burenfamilien immer weiter nach Norden aus. Aber das Ausdehnungsbedürfnis der englischen Kapkolonie führte 1877 zur Besitzergreifung Transvaals durch das Vereinigte Königreich. Transvaal befreite sich jedoch 1880 wieder und wurde 1881 ein selbständiger Freistaat, der nur verpflichtet blieb, England in der äußeren Politik Gefolgschaft zu leisten. In der Londoner Konvention von 1884 wurde Transvaal dann als völlig selbständiger Staat anerkannt.

Transvaal erhielt in Paul Krüger einen unerschütterlichen Präsidenten, dessen Burenschlauheit selbst dem Ränkespiel von Cecil Rhodes gewachsen war (seit 1890 Premierminister der Kapkolonie). Da Transvaal sein Bürgerrecht den fremden Goldsuchern vorenthielt, bildete sich unter diesen die Neigung, eine Veränderung der Verfassung zu versuchen. Diese schien bereits auf friedlichem Wege erreicht zu werden, als 1895 unter Vorwissen des britischen Kolonialamtes Jameson mit einer 800 Mann starken Räuberschar von der Kapkolonie aus in Transvaal einbrach und sich in den Besitz der Staatsgewalt Transvaals zu setzen suchte. Aber die Transvaaler schlugen ihn bei Krügersdorp (1. Januar 1896) und zwangen ihn am folgenden Tage bei Blatfontein zur bedingungslosen Übergabe. Unter ausdrücklicher Billigung der verantwortlichen Staatsmänner beglückwünschte Kaiser Wilhelm den Präsidenten Krüger am 3. Januar telegraphisch, daß ihm die Niederschlagung des Einfalls gelungen sei, „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren“: ein, fälschlich als impulsive Handlung des Kaisers aufgefaßter, Schritt, der in der öffentlichen Meinung Englands eine ganz maßlose Wut auslöste.

Während diese Ereignisse im Oranjefreistaate Martinus Thomas Steijn an die Spitze brachten, beschaffte sich Transvaal eine Artillerieausrüstung, bildete es seine Bauernwehr mit den neuesten Mehrladern aus, befestigte es die Hauptstadt und legte es Kriegsvorräte im Lande an. Die britische Regierung erhob daraufhin auf Grund ihrer „Oberhoheit“ die Forderung, Transvaal solle den fremden Briten das Wahlrecht verleihen. Zur Unterstützung dieses Verlangens sandte sie 1899 ein paar tausend Mann Truppen nach Südafrika. Aber Krüger überschritt, als die Engländer die Zurückziehung der Truppen abgelehnt hatten, die Grenze. Der Oranjefreistaat trat an die Seite Transvaals. Obgleich die kriegerische Organisation und Disziplin der Buren auf der niedrigsten Stufe stand, und obgleich sie keinen ihrer anfänglichen zahlreichen Erfolge ausnutzten, erlitten die Briten schwere Niederlagen (vgl. Bd III, S. 117 f.). Erst nach Aufbietung von 300000 Soldaten unter den Generalen Roberts und Kitchener gegen 40000 Buren gelang es 1900, die Hauptmacht der Buren teils zu fangen, teils auseinanderzutreiben. Doch der nun einsetzende Kleinkrieg zog sich bis 1902 hin und endete erst mit der Auflösung der letzten organisierten Burenschar und unter leidlichen Bedingungen für die Besiegten. Bereits 1900 hatte sich das britische Reich den Oranjefreistaat und Transvaal einverleibt, aber erst 1902 wurde die britische Herrschaft über die beiden früheren Freistaaten Tatsache.

Mit der Unterwerfung der beiden Freistaaten wurde die Bahn frei für ein britisches Südafrika. In der Kapkolonie lebten 1901: 230000 Holländer und 152000 andere Weiße, in der neuen Oranjeflußkolonie 76000 Holländer und 5000 andere Weiße, in Natal 5000 Holländer und 40000 andere Weiße, in Transvaal 80000 Holländer und 210000 andere Weiße. Es standen also 400000 Holländer 400000 anderen Weißen gegenüber. Der Krieg, an dessen Ende versucht wurde, britische Söldner in größerem Umfang in Südafrika seßhaft zu machen, vermehrte das südafrikanische Britentum und drückte die Zahl der anderen Weißen herab. Aber das Verhältnis schlug bald wieder ins Gegenteil um. Schon 1907 gehörte den Holländern bereits wieder die Mehrheit unter den Weißen. Zunächst wurden

Digitized by Google

den Bewohnern Transvaals und der Oranjeflußkolonie ihre politischen Rechte entzogen; 1905 erhielt jedoch Transvaal ein beschränktes Selbstverwaltungsrecht zurück, und der Bur Louis Botha wurde erster Minister. Mit der Kapkolonie, in der 1904 Jameson Premierminister wurde, mit Natal, dessen weiße Einwohner politisch eine immer geringere Rolle spielten, mit der Oranjeflußkolonie, welche der Kern des Burentums blieb, und mit Süd-Rhodesia, in dem das Kaffernthum völlig überwog, schloß sich Transvaal zu einem Zollbunde zusammen, der mit dem Mutterlande, mit Kanada und dem Australischen Gemeinstaat und 1906 mit Neuseeland in ein Meistbegünstigungsverhältnis trat. Es wurde das Vorspiel des „Vereinigten Südafrika", das 1909 als geschlossener Staat und einheitliches Zollgebiet mit vier Provinzen zustande kam. In ihm schlossen sich die Kap-, Natal-, Transvaal- und Oranjeflußkolonie als seine vier Urprovinzen zusammen mit der Aussicht, auch noch das Gebiet der British South Africa Company (Chartered Company) Rhodesien einzuschließen.

Es erhielt einen Senat von 40 Mitgliedern, zu dem die britische Krone und jede Provinz 8 Mitglieder entsendet, und ein House of Assembles von 121 Mitgliedern, in dem die Kapkolonie 51, die Transvaalkolonie 36, Natal 17 und die Oranjeflußkolonie 17 Stimmen erhielt und in dem Holländisch sowohl wie Englisch Staatssprache wurden. Die große Frage, welche die Vereinigung Südafrikas Jahre verzögerte, war nicht diejenige des Gegensatzes zwischen Holländern und Briten, sondern diejenige zwischen Weißen und Farbigen. Die Eingeborenenfrage war für die Südafrikaner um so wichtiger, als sie nicht mehr die einzige Farbigenfrage war. Die Heranziehung chinesischer Kulis für die Goldbergwerke schuf zur Kaffernplage noch eine Chinesenplage, und die indische Einwanderung überschwemmte das Land. Es war das Ziel der britischen Politik, von Südafrika nicht-englischen weißen Zuzug fernzuhalten, um dem Britentume das kaum gewonnene zahlenmäßige Übergewicht zu sichern. Dieses Ziel wurde erreicht. Dafür bedrohte jedoch die indische Einwanderung das Dasein einer weißen Bevölkerung in Südafrika überhaupt, wenn auch alsbald die Chinesen nach Tausenden wieder abgeschoben wurden, so daß 1909 von den 60000 Chinesen nur noch 3200 im Lande waren. Dies rollte die Rassenfrage in Südafrika nach einer neuen Richtung hin auf. Dadurch, daß die britische Krone sich die Gesetzgebung über die Farbigen vorbehielt, wurde zwar zunächst verhindert, daß der Rassenwille des weißen Südafrika zu seinem Rechte kam, aber 1907 beschränkte das Transvaaler Parlament die Rechte der Asiaten.

Unter Louis Botha, dem ersten südafrikanischen Ministerpräsidenten, der sich auf die partikularistisch-nationale Südafrikanische Partei stützte, machte das Engländertum trotz des Widerstandes der oppositionellen Krügerpartei unter Herzog entscheidende Fortschritte; als 1914 der Weltkrieg ausbrach, war es zur Befreiung der alten Burenrepubliken zu spät. Botha selbst warf den im November 1914 ausgebrochenen, schlecht vorbereiteten Aufstand energisch nieder. Die Südafrikanische Union leistete die gesamte Kriegsarbeit an den Feldzügen gegen die deutschen Kolonien Afrikas im Solde und zum Vorteil Englands. (Weiteres S. 270.)

In Australien standen sich sechs Kolonialstaaten: Neusüdwales, Victoria, Südaustralien, Tasmanien, Queensland und Westaustralien, gegenüber, zu denen sich noch das benachbarte Neuseeland gesellte. Jeder Staat hatte eine selbständige Verfassung, seine beiden gesetzgebenden Körperschaften und sein verantwortliches Ministerium. Jeder erhielt vom Mutterland einen Gouverneur. Sogar in ihrer Gesetzgebung waren sämtliche Kolonialstaaten selbständig. Die weiße Bevölkerung Australiens erreichte 1883: 3 Millionen, 1890 fast 4, 1911 fast 4,5 Millionen. Die verschiedenen Teile Neuseelands schlossen sich 1876 zu einem Staate zusammen. Auf dem australischen Festlande war Victoria die Vormacht. Es hatte schon 1857 die Länder des australischen Festlandes unter seiner Führung zusammenzuschließen versucht. Fünfundzwanzig Jahre später wurde der Versuch erneuert. Vier Staaten beschlossen 1885 in Melbourne, ein Federal Council of Australia zu errichten. Schließlich nahmen 1897 die Premierminister der australischen Kolonialstaaten die Vereini

Digitized by Google

gung in die Hand. Neusüdwales, Victoria, Südaustralien, Tasmanien und Queensland entschieden sich 1900 für den Zusammenschluß zum Australischen Gemeinstaate, dem Commonwealth of Australia, und Westaustralien trat ihm nachträglich bei. Da die britische Krone den Zusammenschluß wünschte und überdies die Hilfe Australiens im Burenkriege brauchte, so ließ sich Australien seinen Zusammenschluß mit Zugeständnissen bezahlen.

Es verlangte völlige Selbständigkeit im Eisenbahnwesen, in der Handels- und Zollpolitik, dem Auswanderungs- und Einwanderungswesen, dem Steuerwesen, der Währung, dem Postdienste, der Patent-, Bank- und Versicherungsgesetzgebung, der Rechtsprechung und der Landesverteidigung. Schließlich wurde volle Freiheit in der auswärtigen Politik beansprucht, insonderheit hinsichtlich der Inseln der Südsee. Die englische Krone gab Punkt für Punkt nach. Schließlich bestritt sie nur noch das Recht Australiens auf eine selbständige äußere Politik und einen eigenen obersten Gerichtshof, den High Court of Australia. Aber Australien erzwang sich durch Gestellung von 8000 Mann Hilfstruppen im Burenkriege am Ende in der Hauptsache auch diese Zugeständnisse. Vgl. Bd. IX.

Die Bundeshauptstadt wurde der neuen Vormacht Neusüdwales zugesprochen: Melbourne löste 1915 Sydney ab. In dem Bundessenat erhielt jeder Staat sechs Mitglieder, im Abgeordnetenhause jeder Staat bis zu 250000 Einwohnern fünf, je 50000 weitere Einwohner sollten je einen weiteren Abgeordneten wählen. Beim Beginne der ersten Tagung besaßen im Bundesabgeordnetenhause Westaustralien und Tasmanien je 5, Südaustralien 7, Queensland 10, Victoria 23 und Neusüdwales 26 Abgeordnete. 1911 trat dem Staatenbund Britisch-Neuguinea bei, 1910 wurde Nordaustralien von Südaustralien getrennt. Der ganze Staat umfaßte 1911: 7,7 Millionen Flächenkilometer und 4,9 Millionen weiße und 72282 farbige Einwohner.

Der neue Gemeinstaat bedeutete die völlige Unabhängigkeit Australiens von der britischen Krone, und er begann sofort die Wirtschaftsinteressen Australiens gegen die gesamte übrige Welt wahrzunehmen. Bis 1900 war Victoria der einzige ausgesprochene Schutzzollstaat Australiens und Neusüdwales der einzige freihändlerische Staat. Die übrigen vier Staaten standen grundsätzlich auf dem Boden von Finanzzöllen wie das Vereinigte Königreich. Der neue Australische Gemeinstaat stellte sich von Anfang an auf schutzzöllnerischen Boden, da die Vereinigung der sechs Staaten die Binnenzölle zwischen ihnen beseitigt und damit den größten Teil der Staatseinnahmen in Wegfall gebracht hatte. Nur eine stärkere Besteuerung der Übersee-Einfuhr konnte dafür Ersatz schaffen, und diese traf meist das Mutterland. Schon 1899 hatte Australien einen Außenhandel von 2,5 Milliarden Mark, und von diesem kam auf die britischen Inseln fast die Hälfte. Das Vereinigte Königreich führte in diesem Jahre nach Australien für 520 Millionen Mark Industriewaren aus und aus Australien für 660 Millionen Nahrungsmittel und Rohstoffe ein. Ein Nachlaß des Zolles auf englische Waren hätte also sehr bedeutende Ausfälle in den Einnahmen gebracht. Trotzdem entschied sich der Australische Gemeinstaat für einen solchen, knüpfte aber die Zollermäßigung an die Bedingung, daß die zu bevorzugenden englischen Waren auf britischen Schiffen mit ganz weißer Bemannung eingehen sollten. Australien führte einen Einfuhrzoll auf Chinesen von 200 Mark ein, den es bis auf 4000 Mark steigerte.

Zu diesem Gegensatze in der Rassenfrage kam ein Gegensatz in der Frage der Herrschaft in der Südsee. Die britische Krone hatte in dem Vertrage mit Frankreich von 1904 (S. 196) eine künftige Einigung über die Herrschaft auf den Neuen Hebriden vereinbart. Trotz des Einspruchs des Australischen Gemeinstaates willigte sie 1906 in ein gemeinsames Protektorat beider Mächte über die Inselgruppe. Das verletzte das australische Selbstbewußtsein. In den nächsten Jahren wurde Australien der Schauplatz des Anspruches der Handarbeiterklasse, allein durch Gewalt die Gesellschaftsordnung zu bestimmen und den übrigen Schichten vorzuschreiben, was sie noch tun dürfen. Die australische Handarbeiterpartei setzte 1909 das Mindestalter für Lohnarbeiter auf 16 Jahre, den Mindestlohn auf 8 Schilling und die Höchstarbeitszeit auf 44 Wochenstunden fest. Das staatliche Einigungsamt bestimmte nach dem Klassenkampf von Broken Hill den Lohn der Silberbergleute auf 10 Schilling und die Arbeitswoche auf 48 Stunden.

Eine solche von dem Mutterland abweichende Sonderentwickelung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Australien ein Teil Großbritanniens ist wie nur einer. Schon im Südafrikanischen Kriege, an dem sich auch australische Truppen beteiligten, kam der gemein-britische Gedanke in Australien klar zum Durchbruch. 1903 wurde ein auf zehn Jahre berechneter jährlicher Beitrag von 4 Millionen Mark für den Bau der australischen Marine-

Digitized by Google

station bewilligt, 1913 eine australische Bundesflotte begründet. Der Wahlsieg der Arbeiterpartei 1908 brachte unter dem Kabinett Fisher (1908—09) nur geringe politische Erfolge für den Sozialismus, konnte nicht einmal die militaristisch-imperialistische Entwickelung aufhalten, denn die allgemeine Landesverteidigungspflicht wurde durchgeführt; auch eine neue Ära Fisher 1910—13 änderte daran nichts (Fisher war 1915 abermals Ministerpräsident, dann Oberkommissar in London). Das Ministerium Cook trat mit voller Zustimmung des Landes in den Krieg gegen Deutschland ein: Australien beteiligte sich am Kolonial- und Kreuzerkrieg, sandte bereits im ersten Kriegsvierteljahr mehr als 30000 Mann auf den europäischen Kriegsschauplatz und betrieb die Deutschenhetze wie alle anderen Länder englischer Zunge. Der Ministerpräsident Hughes sah 1916 allerdings seine Dienstpflichtbill scheitern, aber nach Auflösung des Parlaments (6. März 1917) siegten doch die dienstpflichtfreudigen Liberalen über die Arbeiterparteiler. Gleichwohl klafft ein tiefer Gegensatz zwischen Großbritannien und Australien in der Behandlung der „gelben Frage", einer Lebensfrage Australiens.

In Indien (vgl. Bd. I, S. 486 ff.) brachten die Jahre 1875—77 große Hungersnöte, denen Hunderttausende von Eingeborenen zum Opfer fielen. In dieser Zeit reifte in England der Entschluß, Indien eine weitere Sonderstellung unter seinen Kolonien zu verleihen, da seine 60000 Europäer doch keinerlei Aussicht hatten, sich gegenüber 250 Millionen Indern zu einer nennenswerten Kolonialbevölkerung auszuwachsen. In Delhi wurde 1877 die englische Königin zur Kaiserin von Indien ausgerufen. Diese Annäherung an die Eingeborenen machte unter dem Marquis of Ripon, der als Vizekönig (1880—84) Indien eine isokratische Regierung geben wollte und die indischen Briten dadurch gegen sich erbitterte, weitere Fortschritte. Dadurch wurde das Bestreben bei den Indern geweckt, an der Regierung beteiligt zu sein, und es fand 1885 seinen Ausdruck auf dem ersten indischen Volkstag. Diese Bewegung im Zaume zu halten, war um so schwieriger, als von Norden her sich das russische Reich ununterbrochen den indischen Grenzen näherte. Der zunehmende Steuerdruck nach den Kriegen mit Afghanistan (1878—79) und Ägypten (1882), dem Feldzuge, der dem Kaiserreich Oberburma einbrachte (1885), vermehrte die allgemeine Unzufriedenheit. Seit 1886 rief der Gegensatz zwischen Hindu und Mohammedanern blutige Zusammenstöße hervor, da die englische Regierung die Mohammedaner bevorzugte, um den Frieden mit dem Sultan zu erhalten, den die immer zunehmende europäische Nachbarschaft in Indien wünschenswert erscheinen ließ. Notgedrungen besetzte England 1892 das Khanat Tschitral und seine wichtigen Gebirgspässe, um die Besetzung des Pamir durch die Russen wettzumachen, und willigte es 1896 in die Besetzung Ost-Siams durch Frankreich.

Den indischen Handel mit dem Auslande lähmte seit 1890 die Entwertung des Silbers so, daß 1893 die reine Silberwährung in Indien fiel, indem die freie Silberprägung eingestellt wurde; und 1894 trat Indien in eine selbständige Wirtschaftspolitik nach außen hin ein, indem es sich einen neuen Zolltarif gab. Dieser erwies sich jedoch infolge der freihändlerischen Neigungen, die in der englischen Regierung Indiens vorwalteten, nicht als eine genügende Grundlage für die Schaffung einer selbständigen Stellung auf dem Weltmarkt und warf nur bescheidene Erträgnisse ab; dagegen lieferte das Opiummonopol der Regierung eine immer wachsende Einnahme. Einzig die Spaltung der Bevölkerung des Landes in zahlreiche Völker und Stämme machte die Herrschaft einer Viertelmillion Briten über 270 Millionen Eingeborene möglich. Seit der Bildung des indischen Volkstages 1885, der sich die Gesamtvertretung der 207 Millionen Hindu als Ziel gesetzt hatte, fühlten auch die 62 Millionen Mohammedaner das Bedürfnis, sich eine politische Organisation zu schaffen. Obgleich an Zahl noch nicht ein Drittel der Hindu, umfaßten sie doch mindestens eine ebenso große Schicht Begabter und Gebildeter wie jene. Während die Hindu Bengalens den Briten als Gegner gegenüberstanden, trugen die Mohammedaner die britische Herrschaft lieber, weil sie von den Briten bevorzugt wurden.

Digitized by Google

Am schärfsten bildete sich der Gegensatz zwischen Hindu und Mohammedanern in der Provinz Bengalen heraus, die 80 Millionen Einwohner zählte und in der die Mohammedaner von der Hindumehrheit vergewaltigt wurden. Als die gesellschaftlichen Verhältnisse unerträglich geworden waren, half sich die Regierung damit, daß sie 1905 aus den vorwiegend von Mohammedanern bewohnten Landstrichen eine neue Provinz, Ostbengalen und Assam, bildete, in der die Mohammedaner dann die Zweidrittelmehrheit besaßen. Die Hindu beantworteten diese Maßnahme mit einer Agitation für die Swadeschi-Bewegung, dem Boykott englischer Waren, und schädigten dadurch den britischen Handel. Der Tag der Teilung Bengalens wurde zum national-religiösen Trauertage. Die Mohammedaner zeigten, wo nur eine ihnen günstigere Abgrenzung der Provinzen durchgeführt wurde, jetzt gleichfalls Neigung zur Selbstverwaltung in Gemeinden und Bezirken.

Die weltpolitische Neuorientierung Englands seit 1900 mit der Spitze gegen Deutschland und die ihm verbündete Türkei zog zunächst einmal die Aufhebung der Zweiteilung Bengalens 1912 nach sich; die Folge waren Sympathiekundgebungen für die Türkei 1913 in Kalkutta, denen im November ein Mohammedaneraufstand folgte. Über die weitere Entwickelung dieser bescheiden beginnenden islamischen Bewegung wissen wir, dank der vollständigen Abschließung Indiens, vorläufig nichts. Von einer panislamischen Bewegung in Indien während des Weltkrieges war jedenfalls keine Rede.

Verhängnisvoller als diese Folge der Verbindung mit Rußland war die Verbrüderung mit Japan seit 1902. Wie sie in der veränderten Stellungnahme Englands zur Einwanderungsfrage eine Verstimmung mit Australien hervorrief, so bildete die Sorge Englands um die Sicherheit des indischen Besitzes einen Hauptbeweggrund dazu, denn Japan wurde vertraglich zur Hilfe bei indischen Unruhen verpflichtet; der Gegenleistung, Hilfe bei einem Krieg Japans gegen Amerika, entzog sich England bei der Erneuerung des Vertrages 1911, indem es dafür Japan Anrecht auf das deutsche Kiautschougebiet anerkannte. Diese englisch japanische Entente wirkte ungünstig auf die Hindu ein. 1906—08 kam es dauernd zu bedenklichen Unruhen. Die Ersetzung des Vizekönigs Lord Minto durch den klugen Sir Charles Hardinge 1910 änderte an der gefährlichen Lage ebensowenig, wie der feierliche Krönungsdurbar des neuen Kaisers Georg V. in Delhi, bei dem die Hauptstadt von Kalkutta nach Delhi verlegt wurde (12. Dezember 1911).

Unter diesen Umständen konnte Indiens Anteil am Weltkrieg fast nur passiv sein. Der Jubel der Engländer über die loyalen indischen Regimenter, die im Winter 1914/15 in Flanderns Sümpfen zugrunde gingen, machte mehr und mehr einer atemversetzenden Sorge um Indien Platz. Wie groß der Anteil Indiens an den Erfolgen in Mesopotamien (S. 266) war, ist unklar, da wir bisher über die Zusammensetzung der mesopotamischen und ägyptischen Armeen noch nicht genügend klar sehen.

Die Lage in Indien wurde mitbestimmt durch die Stellungnahme Afghanistans. Dieses war einst ein Zankapfel zwischen Rußland und England gewesen. Nach dem Berliner Kongreß hatte Rußland den Emir gegen England aufgewiegelt und war selbst bis zum Oxus vorgerückt. Es war zum Kriege gekommen, den der Friede zu Gandamak 1879 beendete. Dadurch erhielt England die südlichen Pässe Afghanistans, die Aufsicht über dessen auswärtige Politik und die Aufnahme eines englischen Geschäftsträgers in Kabul zugebilligt. Der englische Gesandte wurde jedoch mit seinem Gefolge ermordet. Ein neuer Krieg folgte. General Roberts eroberte 1879 Kabul, schlug, von den Afghanen in der Stadt eingeschlossen, deren Sturmangriff erfolgreich zurück und besiegte dann den Sohn des Emirs 1880 bei Kandahar. Trotzdem gab England Afghanistan wieder preis (vgl. Bd. I, S. 487). Die Engländer waren sich klar über die Gefahr, die während des Weltkrieges von Afghanistan her drohte,

Digitized by Google

falls hier eine deutschfreundliche Haltung zum Durchbruch kam. Es bezog deshalb dieses Land in die vollständige Absperrung ein, die es über Indien verhängte.

In gleicher Weise hatte Englands Verhalten den Frieden in der Türkei gestört. In Alexandrien wurde 1882 eine große Anzahl Europäer ermordet. Da ließ England von seiner Flotte Alexandrien beschießen, landete Truppen und besetzte Ägypten (vgl. Bd. III, S. 351). Aber im ägyptischen Sudan erhob sich ein Priesterkönig, der Mahdi; dieser vernichtete die englisch-ägyptischen Truppen unter Hicks 1883; Baker erlitt ebenfalls eine Niederlage, General Gordon wurde von dem Mahdi in Khartum eingeschlossen und fiel bei der Einnahme Khartums. Ein Hilfsheer kam zwei Tage zu spät (1885; vgl. Bd. III, S. 162). Von da an beschränkte sich England auf die Verteidigung seines Besitzes. Der Türkei versprach es 1888 vertragsmäßig, Ägypten binnen drei Jahren zu räumen. Dem stimmte jedoch der Sultan nicht zu. Frankreich wurde durch die Neutralisierung des Sueskanals 1887 befriedigt. Ein siegreicher Feldzug unter General Kitchener gegen den Mahdi folgte 1896. Daraufhin wurden die Interessengebiete am oberen Nil zwischen England, Frankreich, Italien und dem Kongostaat abgegrenzt. Der französisch-englische Marokkovertrag von 1904 stellte den Besitz Ägyptens Frankreich gegenüber, die Überlassung Tripolitaniens an Italien diesem Staat gegenüber sicher. Dennoch gebot die Rücksicht auf die Türkei und das Deutsche Reich, vorläufig noch das Gesicht zu wahren. Wenn auch die englischen Berater (adviser) bei den Ministerien größeren Einfluß hatten als die sieben einheimischen Minister und der englische Generalresident beim Khediwen mehr Einfluß sich zu sichern wußte als das nur beratende Parlament (seit 1913), so war Ägypten bis 1914 doch nominell ein selbständiges Staatswesen. Mit Kriegsausbruch war England aller Rücksichten enthoben. Der gegen den Padischah loyale Khedive Abbas II. Hilmi wurde 4. November 1914 einfach durch den englandfreundlichen Prinzen Hußein Kamil ersetzt. Das Land wurde ungefragt in den Kriegszustand mit dem Deutschen Reiche (6. August) und der Türkei (1. November) hineingetrieben. Nachdem bereits am 27. September die englische Militärkommission sich die Regierungsgewalt wiederrechtlich angeeignet hatte, verkündete England am 4. November seine Oberhoheit, am 19. Dezember sein Protektorat über Ägypten. Der Sueskanal wurde, entgegen dem internationalen Neutralitätsvertrag, in ein gewaltiges Verteidigungssystem einbezogen und von australischen Truppen geschützt; dennoch sank unter dem Druck des deutschen Unterseebootkrieges der Verkehr 1916/17 auf 4,8 Millionen Tonnen gegen 10,3 im Jahre 1913/14. Am 10. Oktober 1917 starb der Khedive von Englands Gnaden Hußein Kamil, sein Bruder Achmed Fuad wurde zu seinem Nachfolger ausgerufen.

Die Fidschiinseln hatte Großbritannien 1874 besetzt. Burma eroberte es 1885 in einem kurzen Feldzuge; es wurde 1886 Britisch-Indien einverleibt. In China erschloß England eine Reihe Häfen dem europäischen Handel. Als das Einschreiten des Deutschen Reiches, Frankreichs und Rußlands zugunsten Chinas nach dem Frieden von Schimonoseki (1895) diesen drei Staaten Vorrechte in China sicherte, verkündete England die Politik der „offenen Tür", nach welcher alle Völker in China gleiche Handelsrechte besitzen sollten, und erreichte die Zusicherung eines Voranspruches auf das Jangtsekiangtal und die Pachtung von Weihaiwei. Außerdem erweiterte es seinen Besitz um Hongkong. Vgl. Bd. I, S. 221 ff.

β) Die weltpolitische Stellung des Großbritannischen Reiches.

Seit 1600 war die Erringung der See- und Handelsvormacht der Gegenstand der englischen Politik. Nachdem mit Napoleon Bonapartes Bezwingung dieses Ziel endgültig

Digitized by Google

erreicht war, bildete die Verteidigung dieser Macht und ihr Ausbau die politische Aufgabe. Dabei hörte aber England niemals auf, der „kriegerregendste" Staat (Kant) zu sein. Für den Inhalt der englischen Politik ist immer charakteristisch gewesen die starke Betonung der Wirtschaft und die Ausdehnung über die ganze Erde. Die wirtschaftliche Zweckverfolgung gab dieser Politik immer ihre Richtung und ihre Kraft, zog ihr aber auch stets ihre Grenzen. Auf der ganzen Erde aber ließen sich solche Zwecke und Interessen finden und verfolgen. In allen Weltteilen fand England Freunde und Vasallen: durch staatliche Zugehörigkeit die Kolonien, durch Sprachgemeinschaft die Vereinigten Staaten von Nordamerika, durch wirtschaftlich-finanzielle Abhängigkeit (Kohle und Geld) Portugal und Italien, durch die geographische Lage die Niederlande und Belgien, Dänemark und Norwegen. Seit Jahrhunderten ist die englische Politik charakterisiert durch immer neue Verträge, Bündnisse, Konventionen und Verbrüderungen: als heuchlerischer Intrigant wurde England von dem Land verschrien, gegen das diese sich richteten, als Erhalter des Friedens, des europäischen Gleichgewichts und Beschützer der kleinen Staaten von den Verbündeten gepriesen. Mit erstaunlicher Beständigkeit richteten sich alle diese Koalitionen in buntem Wechsel jeweils wider die zur Zeit gefährlichste Konkurrenz: Spanien, Holland, Frankreich und das Deutsche Reich lösten sich nacheinander in der Ehre ab, der Feind Englands zu sein. Der Feind von gestern ist der Freund von heute. Wie es mit den deutschen Truppen 1815 Napoleon schlug, kämpfte England 1914—18 mit französischen wider das Deutsche Reich. Freilich liegt in dieser Bündnispolitik die Gefahr, daß bald geschoben wird, der zu schieben glaubt, dann nämlich, wenn das natürliche Schwergewicht einer solchen auf Europa lastenden Verschwörung den Anstifter mit in den Abgrund zu reißen droht. Immer begegnete England mit politischer Meisterschaft dieser gefährlichen Entwickelung, indem es rechtzeitig das Gewitter zur Entladung brachte, das dem jeweiligen Kontinentaldegen zumeist nicht weniger zur Ader ließ als dem Feind. So stellte sich durch die meisterhafte Balancierkunst englischer Diplomaten immer wieder das europäische Gleichgewicht her, dessen Zünglein an der Wage die Downing street zu London bildete.

Diese politische Konstellation charakterisierte die europäische Lage vom englischen Standpunkte aus gesehen seit dem Untergange der Armada (Bd. VI, S. 394) bis in die 1890er Jahre. Erst da allmählich bildete sich unter der Nachwirkung der Gründung des Deutschen Reiches eine Lage heraus, die sich nicht mehr den vertrauten politischen Vorstellungen einordnen wollte — denn England sah sich jetzt zwei Gegnern auf dem Kontinent gegenüber und es geriet in Zweifel, gegen welchen von beiden, Rußland oder das Deutsche Reich, es sich mit Hilfe des anderen wenden sollte. Der Ausweg, den es wählte, Rußlands Ausdehnungsdrang in den fernen Osten abzulenken und von dort durch den wohlberechneten Gegendruck Japans in die Dardanellen zurückschnellen zu lassen, war ein Notbehelf, bei dem es ihm vor den Folgen grauen mußte. Dabei hatte es sich mit der stärksten wirtschaftlichen und politischen Rivalität, der der Vereinigten Staaten von Amerika, bereits aus Vernunftgründen abgefunden. Gegen die verbündete Inselmacht Japan, deren ursprünglich gegen Rußland gerichtetes Bündnis dann auch gegen Deutschland Anwendung fand, besteht trotzdem eine ebenso große Rassenabneigung wie Seemachtsrivalität fort. Rußlands ungeheurer Landmacht stand die Seemacht England rivalisierend von Konstantinopel bis China gegenüber — dieser Gegensatz ist durch die russische Revolution nicht aufgehoben, sondern hat mit der Gefahr des Übergreifens bolschewistischer Welteroberungspläne nach Indien nur ein neues Gesicht angenommen. Das ausschlaggebende Motiv gegen Deutschland war nicht

Digitized by Google

der Handelsneid allein — denn sonst hätte ebenso Landnot gegen Rußland, Rassenhaß gegen Japan zum Krieg führen können —, sondern die unbezwingliche Furcht, von Deutschland erdrückt zu werden, seitdem es eine Flotte baute und sich überseeisch betätigte, die Furcht vor Deutschlands überlegenen Methoden, vor seiner überlegenen Arbeitskraft, also vor Deutschlands Jugend. Die kraftvolle Ausbreitung eines sich allenthalben als überlegen erweisenden Volkes löste jenen Völkerhaß aus, der dazu gehörte, daß England unter Verletzung seiner eigenen Lebensinteressen sich mit seinen natürlichen Gegnern Rußland und Japan gegen die immerhin verwandte deutsche Nation verbünden konnte. England sah sich vor die Wahl gestellt, das Feld — nicht zu räumen, aber mit andern teilen zu müssen, und das hätte in seinem Sinn den Verzicht auf die Weltherrschaft bedeutet. Die Auseinandersetzung schien so unabänderlich geboten, daß England den Krieg nicht mehr verhinderte, als Rußland ihn wollte.

War somit die auswärtige Politik Englands von der Idee eines durchaus negativen Zieles erfüllt: der Vernichtung des deutschen „Militarismus", worunter man Deutschlands überlegene nationale Kräfte überhaupt verstand, so löste diese selbe fixe Idee in der inneren Politik eine durchaus positive Tendenz aus: den britischen Imperialismus. Aufgabe des Imperialismus ist die allseitige organische Verknüpfung aller britischen Länder in einem Zoll-, Wehr- und Verfassungsverein, die Herstellung einer Einheit der Rasse und der Kultur, der Wissenschaft und Macht. In der imperialistischen Entwickelung Großbritanniens offenbart sich eine völlige Umkehr jener freiheitlichen Lehren, auf denen dieses Reich aufgebaut war: an Stelle relativer politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit, mit der die Kronkolonien ausgestattet waren, sollte eine straffe politische und militärische Einordnung in die Politik Großbritanniens („Imperial Federation") und eine zur völligen Abhängigkeit führende wirtschaftliche Organisation treten, die in Schutzzoll und Meistbegünstigung („Commercial Union") ihre verfassungsmäßige Grundlage fand.

Gibt die Insellage dem englischen Mutterland die glänzendste militärische Sicherheit und staatliche Geschlossenheit, so brachte sie doch im Verein mit der industrialistischen Entwickelung den größten Nachteil: England wurde der vom Welthandel am meisten abhängige Staat. War es von vornherein nicht möglich, England selbst zum geschlossenen Handelsstaat zu machen, so konnte doch wenigstens the empire zur wirtschaftlichen Autarkie geführt werden: in einem engen wirtschaftlichen Verbande zusammengeschlossen, sollte es zu einem geschlossenen, sich selbst genügenden Produktions- und Konsumtionsgebiet entwickelt werden. War aber dies, die Commercial Union, erreicht, so war es — wie einst vom Zollverein zum Deutschen Reich — nur noch ein kleiner Schritt auch zum verfassungspolitischen und militärischen Zusammenschluß, dann nämlich, wenn man vom alten Sub- zu einem Koordinationsverhältnis der Kolonien zum Mutterlande schritt. „Wir sind alt, niedergebeugt von Ehren und Lasten", sagte 1903 Josef Chamberlain (gest. 1914; s. die Abbildung Bd. III, S. 110), der Vater des imperialistischen Gedankens, „unsere Zukunft kann nicht an unsere Vergangenheit heranreichen; aber das Reich ist jung, und in diesem Reich können wir eine größere Zukunft finden."

Freilich blieb Commercial Federation nur Programm der konservativen Minderheit, und Imperial Federation mußte sich noch immer mit nur einigen mageren Ergebnissen (Einsetzung einer Reichskonferenz, die aller vier Jahre zusammentritt, 1907) begnügen. Aber praktisch hatte der Gedanke des Imperialismus, wie der Krieg zeigte, doch schon gewaltige Fortschritte gemacht. Eine verfassungsmäßige Grundlegung des Imperialismus freilich stieß auf die größten Schwierigkeiten, denn die verfassungsrechtliche Entwickelung in Mutterland und Kolonien war ganz verschiedene Wege gegangen.

Trotz der steigenden Leistungsunterschiede, welche die neuere wirtschaftliche Entwickelung ans Licht gebracht hatte, hatten im politischen Leben Englands Isokratie und Equalismus weitere Fortschritte gemacht, indem sie 1867 jedem Steuerzahler in der Stadt das gleiche Wahlrecht gaben und auf dem Land

Digitized by Google

es ebenfalls etwas ausdehnten (S. 160). Die geheime Abstimmung (vgl. S. 160) kam 1872 hinzu, 1884 die Gleichstellung zwischen Stadt und Land und 1885 die Einteilung des Landes in Wahlkreise mit Zugrundelegung der Einwohnerzahlen, obwohl dabei noch einige Vorrechte erhalten blieben. So erlangte die Mehrzahl der Steuerzahler gleiches Wahlrecht, und so wurde auch ohne die äußerste Erweiterung des Wahlrechts auf alle erwachsenen Männer die entscheidende Macht über die Geschicke des Volkes in die Hände der handarbeitenden Klassen gelegt, so daß diese die Gesetzgebungsmaschine schließlich zu ihren Gunsten in Bewegung setzen konnten. Bis 1905 wurde das durch die Stärke der politischen Parteiüberlieferung allerdings noch vermieden. Dann brach das Bewußtsein der Handarbeiterschaft, daß sie imstande sei, die politische Macht an sich zu reißen und die bestehende liberale Gesellschaftsordnung zu ihrem Vorteil umzubilden, auch auf den britischen Inseln durch. Das 1912 eingebrachte Wahlgesetz sah für alle Männer über 21 Jahre nach sechsmonatiger Niederlassung im Wahlbezirk das gleiche Wahlrecht vor, doch mußte die Regierung die Vorlage 28. Januar 1913 zurückziehen, als sie mit der Forderung des Frauenwahlrechts, das die Regierung von vornherein ablehnte, verquickt wurde. Die Regierung mußte dann aber doch nachgeben, und das am 8. Dez. 1917 vom Unterhaus mit großer Mehrheit angenommene neue Wahlgesetz bewilligte das Wahlrecht allen Männern über 21, den in Heer und Flotte stehenden schon über 19 Jahre und allen Frauen über 30 Jahre; dadurch stieg die Wählerzahl von $8^1/_2$ auf 16 Millionen, darunter 6,5 Millionen Frauen. 1919 erfolgte die erste Wahl nach dem neuen Gesetz.

Im Jahre 1888 erfolgte eine Neugestaltung der Gemeinde- und Bezirksverwaltung. An die Stelle der von der Regierung ernannten Friedensrichter traten von den steuerpflichtigen Bürgern gewählte Bezirksräte (County Councils). Städtische und ländliche Verwaltung wurden auf die gleiche Grundlage gestellt. Die gleiche Gemeinde- und Bezirksverfassung wurde 1889 auf Schottland ausgedehnt, während ihre Übertragung auf Irland 1892 scheiterte.

Dieses isokratische Ideal der britischen Bevölkerung trieb einen Keil in den jungen Staatenbund Weltbritannien. In England wuchs die Anschauung groß, daß es möglich sei, auf Grund eines gleichen Wahlrechtes eine große nationale Politik nach außen und wirtschaftliche Freiheit im Inneren zu sichern. Ja die Bezweiflung der Richtigkeit des Grundsatzes der politischen Gleichheit gehörte stets zu den politischen Ketzereien. Erst als die Handarbeiterschaft am Anfange des 20. Jahrh. begann, nach deutschem Vorbild ihr Wahlrecht zugunsten einer einseitigen Klassengesetzgebung zu benutzen, wurden einzelne führende Geister bedenklich, und erst als die sozialistische Unabhängige Handarbeiterpartei im Parlament 31 Mitglieder, die Bergmannsgruppe 14 und die Gewerkschaftsgruppe 50 Mitglieder zählte, begann das englische Volk die Gefahr einer Wirtschaftsisokratie zu erkennen. Die Vorstellung, daß man die Menschen all ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verschiedenheiten entkleiden müsse, um sie als politische Wesen betrachten zu können, hatte man auch auf die Kolonien auszudehnen begonnen. Die britischen Isokraten forderten geradezu für die Bürger des britischen Weltreiches gleiches Recht in allen Kolonien. Der Kolonialbrite aber war keineswegs gesonnen, den Farbigen dieselben Rechte einzuräumen. Während man in den Vereinigten Staaten die Neger als Menschen zweiter Klasse behandelte und die Chineseneinwanderung sogar durch Gesetz unterband, war die Frage in Kanada noch am wenigsten brennend. In Südafrika aber bildete sich zwischen Engländern und Kaffern genau dasselbe Wertverhältnis heraus wie in den Vereinigten Staaten zwischen Yankees und Negern. Als man für den Bergwerksbetrieb am Rande Chinesen einführte, nahm das südafrikanische Britentum zu ihnen ungefähr dieselbe Stellung ein wie zu den Kaffern. In Indien mit seinen 270000 Weißen mußte es für Weiße und Hindu verschiedenes Recht geben, wenn nicht die Hindu die Weißen regieren sollten. In Australien machte sich seit 1890 eine starke chinesische und japanische Einwanderung bemerkbar, und es drohte eine Mongolenbevölkerung seßhaft zu werden. Dazu kamen Laskaren und Malaien. Die kleine weiße Bevölkerung Australiens war fest entschlossen, sich dieser Eindringlinge zu erwehren und ihre Rassenreinheit als Mittelländer zu verteidigen. Die englische Krone aber beanspruchte mindestens für diejenigen Inder und Chinesen, welche unter britischer Oberhoheit standen, gleiches Recht mit den Weißen; ebenso für die Japaner, da es seit 1902 zu Japan in einem engeren Bundesverhältnis stand. Aus diesem Gegensatz entwickelten sich zwischen dem größten Bundesstaat und der Mehrzahl der Kolonialstaaten langwierige politische Kämpfe.

Aber auch im Dreiinselreich selbst führte die Verwirklichung des isokratischen Ideals zu harten Kämpfen und zur Steigerung der schlummernden Gegensätze, als man dazu schritt, die Selbstverwaltung auf Irland auszudehnen und das Wahlrecht den Frauen zu geben.

Digitized by Google

Über Irland brachte jede schlechte Ernte eine Hungersnot. Während sich in ganz Großbritannien ein Bund der Landwirte bildete, der auf eine königliche Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Elends drang, tat sich in Irland 1879 unter Davitt und Parnell (gest. 1891) die irische Landliga zusammen, die erst unter dem Stichworte „Das irische Land für das irische Volk" gegen das Großgrundeigentum und dann für die Bodenverstaatlichung focht. Schon im März 1869 hatte in Irland eine Volkserhebung der englischen Herrschaft über Irland ein Ende zu machen versucht. Doch, Pulver und Bomben traten in Wirksamkeit, aber der Strang der englischen Gerichte erwies sich als stärker, und mit der Hinrichtung der Führer erlosch die Flamme des Aufruhrs. Gladstone hatte 1869 die protestantische Staatskirche Irlands entstaatlicht und 1870 ein Bodengesetz durchgebracht, das den Pächtern Staatsdarlehen ermöglichte, wenn sie eigenen Grund erwerben wollten. Aber auch dies war wirkungslos geblieben, da die Voraussetzung für den Grunderwerb in der Bevölkerung fehlte: der Trieb, mehr zu arbeiten, als zur augenblicklichen Stillung des Hungers notwendig war. Als Gladstone 1873 den Iren eine Universität bescheren wollte, an der es verboten sein sollte, Theologie, Philosophie und Geschichte zu lehren, da fegte ein Heiterkeitssturm sein liberales Ministerium hinweg. Die Parlamentswahlen von 1880 brachten 60 Vertreter der politischen Selbständigkeit Irlands (Homerule) ins Unterhaus, welche die Schaffung eines selbstherrlichen Dubliner Parlaments erstrebten. Aber schon 1881 mußten wieder Ausnahmegesetze gegen Irland gerichtet werden. Während die Homeruler bis zu einer Abänderung der Geschäftsordnung die Parlamentsverhandlungen unmöglich machten, setzte Gladstone eine Zwangsbill zur Unterdrückung der herrschenden Anarchie, eine Waffenbill gegen die Führung von Waffen und Geschossen, eine Landbill, welche die Pachtverhältnisse regelte, und eine Vorschußbill durch, welche den Ankauf von Pachtgut oder die Auswanderung ermöglichen sollte. Als die irischen Führer zum Widerstande aufforderten, wurden sie verhaftet und die Landliga durch Gesetz 1881 verboten. Da trat die Fenierbewegung (vgl. S. 153) wieder hervor, die von Iren aus Kanada und den Vereinigten Staaten mit Geldmitteln unterstützt wurde. Sie führte zur Ermordung des Staatssekretärs Lord Frederick Cavendish und des Unterstaatssekretärs Burke im Phönixparke zu Dublin (6. Mai 1882). Jetzt wurde der förmliche Belagerungszustand über die aufständischen Bezirke verhängt, welcher die Fenierblätter verbot, Kriegsgerichtsbarkeit einführte und das Versammlungsrecht aufhob. Die Aburteilung der Mörder brachte Dynamitverschwörungen in London und Birmingham ans Licht: ein gesetzliches Verbot des Besitzes von Sprengstoffen war die Folge.

Als trotzdem keine Ruhe in Irland eintrat, versuchte man es wieder mit Güte. Gladstone, für Homerule gewonnen, versuchte 1886 Irland ein Dubliner Parlament zu geben, dessen Befugnisse auf rein irische Fragen beschränkt bleiben sollten. Aber der Vorschlag sprengte seine liberale Partei und kam zu Falle. Diejenigen Liberalen, denen die Union des Reiches über dem Liberalismus stand, nannten sich Liberale Unionisten und bildeten einige Zeit das Zünglein der Wage im Parlament. Irland war nur durch Ausnahmebestimmungen in Ordnung zu halten. Der Vizekönig von Irland erhielt 1887 das Recht, Bezirke in Kriegszustand zu erklären, Vereine zu verbieten und eine Strafrechtsprechung durch Berufsrichter einzuführen. 1887 kam es zu neuem Aufstand und Blutvergießen. Erst als 1893 das Oberhaus Gladstones Homerulevorlage für Irland endgültig abwies, trat etwas mehr Ruhe ein.

Das segensreiche irische Landgesetz von 1903, das Sir Horace Plunkett entworfen hatte, konnte dennoch nicht die Homerulefrage totmachen. Die in der irischen sozialistischen Partei unter James Connolly und James Larkin geeinten Industriearbeiter, vor allem Dublins, waren eine bessere Stütze des irischen Nationalbewußtseins als die Mitglieder der opportunistischen Parlamentsvertretung Irlands unter John Redmond, denen sich vor allem der Sinn-Fein- (Wirselbst-) Bund entgegenstellte, der sich geflissentlich vom Parlament fernhielt. Daneben machte sich die von dem protestantischen Historiker Douglas Hyde gegründete Gaelic League vor allem um die Erhaltung irischer Kultur und Sprache verdient.

Der Sieg der Liberalen 1906 war nur mit Hilfe der Iren erfochten und durch Versprechungen an sie bezüglich der Selbstverwaltung erkauft worden, doch blieb es bis zu der Parlamentsneuwahl 1911 bei leeren Versprechungen. Jetzt wurde endlich wieder eine Homerulevorlage eingebracht, wobei freilich die Absicht vorherrschte, als Gegenleistung irische Soldaten für den künftigen Krieg gegen Deutschland zu gewinnen. Die Vorlage löste wieder augenblicklich eine „loyale Revolution" der protestantischen Ulsterleute unter Sir Edward

Digitized by Google

Carson aus. Die Antwort der Iren war eine Freiwilligenbewegung in Dublin unter John Mac Neill, der sich 1913 der ehemalige englische Generalkonsul Sir Roger Casement (1864 bis 1916) anschloß. Im März 1914 erreichte die gespannte Lage ihren Höhepunkt, als Offiziere englischer Regimenter, die gegen Ulster marschieren sollten, ihren Abschied einreichten. Der Bürgerkrieg schien unausbleiblich. Durch Eintritt in den Weltkrieg nur entging ihm England. Am 26. Juli 1914 war es zu ersten blutigen Zusammenstößen in Dublin gekommen. Die Loyalität der Irländer bei Ausbruch des Krieges bezahlte England im September 1914 mit der Erhebung von Homerule zum Staatsgesetz, freilich mit Gültigkeit erst nach Friedensschluß. Trotz Redmonds und Asquiths Werbetätigkeit ließ sich Irland nicht über das Zweifelhafte dieser halben Maßnahme hinwegtäuschen. Irische Freiwillige meldeten sich nur wenig für das Heer, Casement nahm mit der deutschen Regierung Fühlung (November 1914). Die Stimmung wurde immer ernster, trotz verzweifelter Gegenanstrengungen brach schließlich im April 1916 der irische Aufstand los, obwohl Casements Munitionsschiff aus Deutschland sich in die Luft sprengen mußte (20. April) und Casement selbst verhaftet worden war (22. April).

Am Ostermontag proklamierten nach Einnahme der Hauptpost von Dublin Patrick Pearse und andere die irische Republik, die grüne Fahne Irlands wurde gehißt. Der Versuch, sich des Schlosses, Dublin Castle, zu bemächtigen, scheiterte. Bis zum Mittwoch in der Osterwoche behaupteten sich die Aufständischen, dann wurden sie von 30000 Mann Militär in die Defensive gedrängt. Nach erbittertem Kampf mit Maschinengewehren, Handgranaten und Artillerie ergaben sich am Sonnabendabend die Führer dem englischen General Maxwell, am Sonntagnachmittag auch die Gräfin Markiewicz, die sich noch länger in der Medizinischule verteidigt hatte, am folgenden Mittwoch war der Aufstand völlig niedergeworfen. Von den 707 Gefangenen wurden 15 Führer hingerichtet, mehr als 100 zu Zuchthausstrafen verurteilt. Am 3. August erlitt Casement im Gefängnis zu Pentonville-Road den Tod durch den Strang.

Der Vermittelungsversuch Lloyd Georges im Juli 1916 und März 1917, daß Homerule sofort (mit Ausnahme der sechs protestantischen Grafschaften Ulsters während des Krieges) in Kraft treten sollte, scheiterte am Widerstand der irischen Radikalen und trieb selbst Redmond ins Lager der Opposition. Die Ausdehnung des Wehrpflichtgesetzes auf Irland 1918 gab dem irischen Widerstand neue Nahrung, zumal als Sir John French, der den Aufstand 1916 niedergeworfen hatte, Vizekönig geworden war. Die Unruhen dauerten ohne Unterbrechung fort, und daran änderte auch nichts die endgültige Verabschiedung des Homerulegesetzes durch seine Annahme im Unterhause 1920 mit 183 gegen 52 Stimmen. Die englischen Truppen gingen mit allen Mitteln des modernen Großkampfes gegen die auffässige Insel vor: am schwersten hatte die Stadt Cork zu leiden, dessen Bürgermeister im Gefängnis den freiwilligen Hungertod starb.

Von geringerer Gefahr war die Frauenwahlrechtsbewegung, die vor allem von den anarchistischen Suffragetten propagiert wurde. Darüber kam 1913 die Wahlrechtsvorlage der Regierung zu Falle, die ein Frauenwahlrecht unbedingt ablehnte. Die anarchistischen Umtriebe der Wahlrechtsweiber, wie Mrs. Paulhurst und Mary Richardson, die 1914 das Venusbild von Velazquez im Britischen Museum schändeten, trugen mehr den Charakter dauernder Beunruhigung als erfolgreicher Propaganda. Das 1918 eingeführte neue Wahlgesetz gab den Frauen über 30 Jahre das Wahlrecht, und am 14. Dezember 1918 schritten zum ersten Male 6 Millionen Frauen (von 21 Millionen Wählern) zur Wahlurne. Am 23. Juli 1919 sprach sich das Unterhaus auch für Zulassung der Frauen zu allen Ämtern und zum Oberhaus aus.

Gefährlicher war der Konflikt zwischen Oberhaus und Unterhaus seit 1907, in dem die Regierung ganz auf seiten des letzteren stand und der auch zugunsten des Hauses der

Digitized by Google

Gemeinen endete. Die Vetobill, die dem Oberhaus das Recht der Gesamtablehnung des Etats bestritt, wurde nach zweimaliger (1910) Auflösung des Unterhauses 1911 Gesetz. Ebenso brachte das Unterhaus unter dem Schutze der Regierung gegen die Lords seine Arbeiterschutzgesetze (1908—11) durch (Altersversorgung, Krankheits- und Arbeitslosenversicherung).

Wenn der verfassungsmäßige Ausbau Großbritanniens bereits in Irland und England selbst auf solche unausgleichbare Schwierigkeiten stieß, wie sollte eine verfassungsmäßige Beteiligung der Kolonien vor allem an der Entscheidung über Krieg und Frieden erreicht werden ohne eine ernstliche Bedrohung der Grundlagen der ganzen englischen Verfassung? Eine innere parlamentarische Bewegung mit dem Schlagwort „Home rule all round" trug den Kampf unmittelbar ins englische Parlament. Die irische Homerulefrage, die nach den Ablehnungen der Vorlagen von 1886 und 1893 und nach Aufhebung des Vetorechts des Oberhauses 1914 ihre formelle Lösung durch Annahme des Gesetzes im Unterhaus gefunden hat, wurde auf das ganze britische Reich ausgedehnt, das nun einer vollständigen „Devolution" zugunsten provinzieller Selbstverwaltung entgegengeführt werden sollte. Dieser Dezentralisation sollte eine Zentralisation des Gesamtreiches entgegenkommen. So hoffte man einer drohenden Auflösung des Reiches in einzelne Staatenbünde vorzubeugen. Gerade das gemeinsame Erlebnis des Krieges ist dem Streben nach engerem politischen Zusammenschluß nur förderlich gewesen, wie der Krieg ja auch den allerengsten wirtschaftlichen Zusammenschluß von selbst heraufgeführt hat.

Blut ist ein ganz besonderer Saft; das für die gemeinsame Sache vergossene Blut wird auch hier fester kitten. Es wird vor allem auch der Ausbildung einer alle englischen Länder umschließenden Wehrverfassung förderlich sein. Zunächst hat die Insularität eine Bevorzugung der Flotte vor der Armee zur Folge gehabt. Sowie England im Weltkriege wiederum an eine Besetzung von Calais ging, war es auch zu dauernder Vergrößerung seines Heeres gezwungen. Sodann hat das Übergewicht der Peripherie gegenüber dem Zentrum, das sich in dem Verhältnis Mutterland: Kolonien = 1:99 ausspricht, die Söldnerheere begünstigt, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht geradezu verhindert. Die mit so ungeheurem Kolonialbesitz verbundenen fast ununterbrochenen Kriege in fernen und fernsten Ländern erfordern stets kriegsfrohe, leicht verschickbare Truppen, wie es Söldnertruppen naturgemäß mehr sind als Bürgerheere. Bei diesem Verhältnis von Mutterland zu Kolonien war ersteres nicht der ausschließliche Träger der militärischen Macht geblieben. Indien hat immer eine eigene, ziemlich bedeutende, auch anderweit verwendbare Armee gehabt, die großen Siedelungskolonien Kanada, Südafrika und Australien haben mit dem Bau eigener Flotten begonnen, sie haben im Weltkrieg auch eigene Kontingente aufgestellt und sich die Beschlüsse darüber vorbehalten.

England gefiel sich darin, den deutschen „Militarismus" zu verschreien, indem es auf die geringe Stärke seiner eigenen Landarmee hinwies. Es verschwieg dabei, daß die gemeinsamen Ausgaben für Heer und Flotte dennoch die höchsten waren, die eine Weltmacht im Frieden hatte (1911: 1443,4 Millionen Mark = 53,6 vom Hundert der Gesamtausgaben). Erst die überwiegende Stärke seiner küstenschützenden Flotte gestattete es ihm, eine geringe Landmacht zu halten. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet gab England im Jahre für die Wehrmacht 33 Mark aus (12,5 Mark fürs Heer, 20,5 Mark für die Flotte), Deutschland dagegen 22 (15+7), Frankreich 30, Österreich-Ungarn 12, Rußland 11, Japan 7,5. Der Zweimächtemaßstab, den England zur Norm für seine Flotte machte, wonach diese immer noch größer als die beiden nächstgroßen zusammen sein sollte, ist ein Standpunkt, den in bezug auf die Landmacht niemals eine Kontinentalmacht zu vertreten gewagt hat. Mit seiner Flotte beherrscht England die Seewege, kann es rasch seine Truppen nach jeder bedrohten Stelle werfen. Nur an zwei Stellen war es militärisch nicht einem

Digitized by Google

Angriff gewachsen: in Kanada gegenüber den Vereinigten Staaten und in Indien gegenüber Rußland. Alle Materialien, die es zum Schiffbau braucht — bis auf das Bauholz, das es aus Skandinavien bezieht —, Stahl, Eisen und Kohle, findet es im eigenen Lande; seine Industrie ermöglichte es ihm, sogar für andere Länder Schiffe zu bauen — die es dann im Kriegsfalle leicht zur Verstärkung seiner eigenen Flotte mit Beschlag belegen konnte. Größere Schwierigkeiten als die Vermehrung der Flotte selbst machte die Ergänzung des Mannschaftsbestandes. Der dem militärischen Zwang abholde Engländer zieht die Tätigkeit auf Handelsschiffen vor, während der waffenfrohe Deutsche bald im Seekriegsdienst eine der schönsten militärischen Betätigungen entdeckte, so daß die deutsche Marine stets über auserlesenen Ersatz verfügte. Erst der Übergang zu neuen Schiffstypen, zum Großkampfschiff (Dreadnought) und Unterseeboot, ermöglichte Deutschland, einen Teil des gewaltigen Vorsprungs, den die Jahrhunderte England gaben, einzuholen. Seine Küstenverhältnisse erlaubten England die Anlage vorzüglicher Häfen (Plymouth, Portsmouth, Dover, Themsemündung, Rosyth), und ein die Erde umspannendes System abhängiger Staaten gibt ihm überall Stützpunkte zum Kohlen und zur Vornahme dringender Reparaturen.

Das Landheer von 255000 Mann, dem 1914 eine Kriegsflotte von 1,64 Millionen Tonnen fertiger kriegsbrauchbarer Schlacht- und Panzerschiffe gegenüberstand, hatte noch immer zur Aufrechterhaltung der Autorität in den eigenen Ländern und zur Stellung einer Hilfsarmee für den „Kontinentaldegen" genügt. Jedoch machte sich infolge der vermeintlichen Invasionsgefahr eine starke Bewegung zugunsten der allgemeinen Wehrpflicht schon im Frieden geltend, an deren Spitze sich der greise Lord Roberts (gest. 1914) stellte. Die militärischen Besprechungen, die seit 1905 mit Frankreich und Belgien gepflogen wurden, brachten den Briten doch die Überzeugung bei, daß sie in einem künftigen Kontinentalkriege nicht mehr ohne größere eigene Opfer an Blut würden Verbündete finden können. Die zunehmende Schwäche Frankreichs an Reserven vergrößerte das Soll des englischen Heeresanteils in der Rechnung. Man versuchte bis weit in den Weltkrieg hinein durch Freiwilligenmeldungen das Fehlende auszugleichen, um schließlich doch zur Einsicht zu gelangen, daß die gesetzliche Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht dem Landheer eine stärkere Stoßkraft und eine sicherere und stetigere Ergänzung gewährleistet.

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 17. Mai 1916 hat aber in England alsbald eine andere Stellungnahme des englischen Volkes zum Heer und zum Krieg überhaupt eingesetzt. Der Engländer wurde bisher von Kriegen, die er ja nie mehr im eigenen Lande geführt hatte, nur wenig in seinem Herzen berührt. Das Volk selbst litt nicht im Kriege. So wurde der Krieg zum Geschäft, zur kalt errechneten Kalkulation. Der Erfolg allein rechtfertigte die Tat. Daher Englands Frivolität dem Kriege gegenüber, daher seine oft unglaublich rohe und gewissenlose Kriegführung, sein Widerstand gegen jede humanere Seekriegführung. Es erklärt sich daraus ebenso die unglaublich große Zahl der Kriege Englands wie die Nichtachtung der Freiheit der Meere und der Rechte der Neutralen. Diesen Charakter hat Englands Kriegführung zur See auch im ganzen Weltkrieg behalten; zu Lande dagegen zeigte sich England mehr zur Einhaltung der Bestimmungen des internationalen Kriegsrechtes geneigt, seit in seinem Millionenheere sein Volk kämpfte und blutete. Damit bahnte sich auch in England eine andere Auffassung vom Kriege überhaupt langsam an, man wurde stolz auf sein Heer, waffenfroher: das ganze Volk nahm einen stetig steigenden Anteil am Kriege und fing an zu begreifen, daß ein Krieg ein heiliger Existenzkampf sein kann, nicht nur eine Geschäftssache ist.

c) Die wirtschaftlich-geographische Grundlage.

α) Die wirtschaftliche Weltherrschaft Englands.

1. Die Grundlagen.

Englands Weltwirtschaftsmacht beruht mehr auf äußeren Tatsachen als auf sittlich-rechtlichen Grundlagen, denn nicht überlegenen Methoden als vielmehr dem Umstand verdankt sie ihren Ursprung, daß England die lohnenden Wirtschaftszweige in Händen hält.

Digitized by Google

Aus Seeraub und Sklavenhandel erhob sich der Handel, ihm trat erst später, begünstigt durch den natürlichen Reichtum an Erz und Kohle, eine überlegene Industrie mit neuer Arbeits- und Betriebsorganisation, mit dem Gebrauch besserer Maschinen, des Dampfes und der Elektrizität zur Seite. Zuletzt aber trat das reine Kapital ohne persönliche Arbeitsleistung als selbständige und fruchtbare Erwerbsquelle auf. Die Landwirtschaft dagegen, charakterisiert durch Vorherrschen der Viehzucht und Fehlen der Forstwirtschaft, trat verhängnisvoll zurück. Dieser Entwickelung entsprechend gestaltete sich die Handels- und Zollpolitik: den Merkantilismus, der die Handelsvorherrschaft hatte begründen helfen, löste in den Zeiten der unbestrittenen Monopolstellung Englands das freihändlerische Manchestertum ab. Erst als die zunehmende Konkurrenz der anderen Weltmächte Englands Alleinherrschaft erschütterte, gewannen die schutzzöllnerischen Tendenzen eines Neumerkantilismus Raum.

Indem die Landwirtschaft vom Industrialismus abgelöst wurde, und zwar in einem solchen Maße, daß sie heute nur noch den dritten Teil des Landes ernähren kann, wurde der Staat in der empfindlichsten Weise abhängig von dem mit der Industrie verknüpften Sozialismus. Dessen Kampfmittel wurden daher, z. B. im Transportwesen, von ungleich stärkerer Wirksamkeit als in einem halbagrarischen Staatswesen wie etwa dem Deutschen Reiche. Und ferner wurde durch völliges Aufgehen in der Weltwirtschaft der englische Staat in höchstem Grade abhängig vom Auslande, und zwar in einem dreifachen wirtschaftlichen Kreislauf: aus dem Auslande werden die Rohstoffe bezogen, ins Ausland müssen die Fertig- und Halbfabrikate ausgeführt und für das dafür gewonnene Geld müssen Lebensmittel im Ausland eingekauft werden. Daher reagierte der Seismometer der Londoner Börse auf die kleinsten Erschütterungen des Weltmarktes in den fernsten Ländern, und es erklärt sich leicht daraus das dauernde Schwanken der englischen Politik zwischen unbegreiflicher Nachgiebigkeit, z. B. den Vereinigten Staaten, und dauernder Neigung zur Einmischung, z. B. Portugal gegenüber. Und indem immer gewaltigeres Kapital immer neue Anlagemärkte suchen mußte, verdrängte wiederum der Bankier den Fabrikanten, Exportkapitalismus den Exportindustrialismus. Das bedeutete aber noch höhere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland, da so immer mehr nicht nur der Markt, sondern das Kapital selbst ins Ausland wanderte. England war auf dem besten Wege, ein Gläubigerstaat zu werden, zum Rentnerstaat herabzusinken.

In diesem Augenblick mußte die Frage auftauchen, ob England überhaupt noch den Weltmarkt beherrschte. Die konkurrierenden Großmächte, voran Deutschland und die Vereinigten Staaten, emanzipierten sich hinter Zollschutzmauern erst selbst vom englischen Markte, dann eroberten sie sich eigene wirtschaftliche Einflußgebiete, um schließlich, begünstigt vom englischen Freihandel, durch Unterbietung im Preis und Überbietung in der Qualität Englands eigenen inneren Markt zu beeinträchtigen. In der Eisen- und Kohlenproduktion, Englands wirtschaftlichem Grundpfeiler, erreichten die Vereinigten Staaten England noch Ende des 19. Jahrh., und 1904 überflügelte Deutschland den englischen Konkurrenten in der Eisenproduktion (1912: Deutschland 17,8, England 9 Millionen Tonnen). In Stahl und Elektrizität folgten sie nach, die Textilindustrie von Lancashire hielt sich auf gleicher Höhe, und nur die Schiffbauindustrie blieb in relativem Aufschwung. Zwar übernahm England die beiden wichtigsten Grundlagen des deutschen Fortschrittes, Organisation der Unternehmung und wissenschaftliche Grundlegung der Technik, ohne jedoch gegen Selbstgenügsamkeit und Konservativismus England voll wettbewerbsfähig zu erhalten.

2. Industriestaat und Weltwirtschaft.

Nach langem wirtschaftlichen Gedeihen trat 1873 in Großbritannien die letzte große Wirtschaftskrisis ein, und mit ihr verebbte die ganze fortschreitende Entwickelung zum Industriestaat. Seit 1873 gingen alle Aufschwungs- und Niedergangszeiten der Weltwirtschaft an England leicht vorüber, jedoch ohne daß auch besondere Aufschwungszeiten zu verzeichnen gewesen wären. England mußte um seinen Absatz auf dem Erdball kämpfen.

Digitized by Google

Seit 1879 erwuchs den britischen Inseln ein Mitbewerber auf dem Industriefeld in dem jungen Deutschen Reiche. Bald konnte man von einer gewissen Rückständigkeit der britischen Industrie reden. Seit der großen Verbilligung des Eisens hatte man die Fabrikeinrichtungen möglichst schwer gebaut. Jetzt wurden sie in Deutschland und bald auch in Amerika Jahr für Jahr durch technische Fortschritte überholt. Aber der Brite blieb, mit Ausnahme der Spinnerei und eines Teiles der Weberei, bei seinen alten schweren Maschinen, während jede neue Maschine im Auslande die Herstellungskosten verringerte. An den neuen elektrischen, chemischen und elektrochemischen Industrien nahm England überhaupt kaum teil. Mit Ausnahme der Spinnerei, der Baumwollweberei, des Maschinenbaues für diese Fächer sowie des Schiffbaues trieben sämtliche großen britischen Industrien einem gewissen Stillstande zu. Die Vernachlässigung einer methodischen naturwissenschaftlichen und technischen Bildung auf den britischen Inseln rächte sich bitter. Im ganzen 19. Jahrh. besaß Großbritannien noch keine einzige technische Hochschule.

Gepflogenheiten des englischen Handels trugen zu diesem Zurückbleiben bei. Bis 1860 hatte England keinen Mitbewerber im Welthandel gekannt. Auch bis 1875 hatte ihm noch niemand ernsthaft die Alleinherrschaft bestritten. Infolgedessen hatte der englische Kaufmann seinen Kunden die Kaufbedingungen vorgeschrieben. Um Weltmaße und -gewichte, um Zölle und Frachten, um Aussendung von Reisenden, um Anpassung der Erzeugnisse an fremde Bedürfnisse kümmerte er sich nicht. Dazu kam die Zollpolitik aller fremden Großstaaten. Frankreich und Österreich waren von jeher schutzzöllnerisch gewesen. Das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten lenkten in die Bahnen der Schutzzollpolitik ein. Großbritannien und Irland allein meinten das Rad der Weltwirtschaftsbeziehungen nach rückwärts drehen zu können.

Weiteren Mitbewerb schuf sich England selbst. Als von 1874 an die heimischen Industrieanlagen nicht mehr dasselbe abwarfen wie früher, strömten Milliarden britischen Geldes ins Ausland. Fremde Verkehrs- und Bergwerksanlagen lockten besonders stark. Von 1875 an überschwemmten englische Pferdebahngesellschaften das Festland. Eisenbahnen, Brücken, Hafenanlagen, Telegraphenlinien, Kabellinien, Gasanstalten wurden in der ganzen Welt mit englischem Gelde gebaut, Städten und Staaten lieh England Bargeld. Dadurch wurden der englischen Industrie Riesenbeträge entzogen: 1875—80 etwa 700 Millionen Mark im Jahr, in den 1880er Jahren etwa eine Milliarde jährlich, in den 1890er Jahren gegen 1200 Millionen in jedem Jahr. Im ganzen zogen gegen 25 Milliarden Mark in die Fremde. Es schloß sich die Beteiligung an fremden industriellen Unternehmungen, besonders Aktiengesellschaften, an. Sogar in den deutschen afrikanischen Kolonien suchte englisches Geld Anlage.

Im Jahre 1874 war die Uhr von Englands innerer industrie-sozialer Entwickelung abgelaufen. Ein halbes Jahrhundert lang waren der britischen Industrie aus Landbau und Handwerk Handkräfte zugeströmt. Seit 1870 hatte dieser Strom unter der Zugkraft eines Industrieaufschwunges eine Stärke erreicht wie nie zuvor. Aber seit 1872 war er in der Hauptsache erschöpft. So blieben Englands Fabriken von jetzt an auf die Volksvermehrung angewiesen, die aber wenig Arbeiter lieferte, weil 1840—60 infolge der Massenauswanderung ganzer Familien aus Irland die Volksvermehrung sehr gering gewesen war. In den 1870er Jahren stieg die Zunahme mit 340000 auf ihren Höhepunkt im 19. Jahrh.: die 1880er Jahre hatten es durchschnittlich nur auf 287000 und die 1890er Jahre auf 290000 gebracht, bis im neuen Jahrhundert wieder ein Jahreszuwachs von 400000 erreicht wurde. Die Bevölkerungszunahme 1901—11 sank auf 10,9 vom Hundert, einen seit 1801 niemals erreichten Tiefstand.

Unter dem Industrieaufschwunge bis 1873 waren die Löhne der gelernten Industriearbeiter außerordentlich gestiegen. Als dann die Lage der Gesamtindustrie immer ungünstiger wurde, suchten die gelernten Arbeiter ihre Löhne aus der Hochkonjunktur durch Klassenkampf zu erhalten. Dazu diente die Umgestaltung der alten Gewerkschaften zum New Trades Unionism. Derselbe ward groß in den kleinen Klassenkampfmitteln: künstliche Beschränkung der Arbeitszeit, der Arbeitsleistung, der Lehrlingszahl, des Arbeitsangebotes, des Arbeitsfeldes und der Verhüllung des Arbeitsmarktes (ca' canny-Bewegung).

Bis 1890 gelang die Fernhaltung der Ungelernten von den Fabrikationsmaschinen fast vollständig. Erst von da an eroberten sich einzelne Gruppen den Eingang. Für die Klasse der working men aber wurde der Kampf gegen die labourers verhängnisvoll. Verbote, mit

Digitized by Google

labourers zusammenzuarbeiten, paritätsmoralistische Arbeitstarife mit gleitenden Lohnleitern, welche die Höhe des Arbeitslohnes nicht mehr an die Leistung des Arbeiters und die Lage des Arbeitsmarktes, sondern an den Absatzpreis des Erzeugnisses knüpften, durch den sogenannten „kollektioen Arbeitsvertrag" wurden zu Allgemeinerscheinungen. Die Forderung eines allgemeinen Achtstundentages auch für die langsamsten Arbeiter, die Forderung eines Mindestlohnes ohne Festlegung einer Mindestleistung und die Forderung der Herrschaft in den Betrieben sowie die Versuche zur Einführung dieser Maßnahmen schädigten die britische Industrie schwer und drückten schließlich auf die Lohnhöhe.

Der hartnäckige Kampf zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern brachte im ganzen der Arbeiterschaft keinen Nutzen; ihre soziale Lage war wesentlich ungünstiger als die der Deutschen. Erst 1908 beschloß das Unterhaus die erste gründliche Sozialreform, eine gesetzliche Arbeiteraltersversorgung, 1911 folgte die Einführung der staatlichen Arbeiterzwangsversicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit; nach hartnäckiger konservativer Opposition wurde sie Gesetz. Ein Generalstreik der Bergarbeiter im Februar 1912 erzwang dann einen gesetzlichen Mindestlohn für die unter Tag arbeitenden Bergleute. Die Regierung war bei Kriegsausbruch der Arbeiterschaft ganz und gar nicht sicher. Diese verhielt sich der Freiwilligenfrage gegenüber ablehnend, der Registrierung und gar dann der Wehrpflicht gegenüber durchaus feindlich. Als die Löhne mit der Teuerung ganz und gar nicht Schritt hielten, begannen seit Anfang 1915 allenthalben Unruhen, besonders in den Bergarbeiterdistrikten von Yorkshire und Cardif. Eine Anwendung des neugeschaffenen Munitionsgesetzes Lloyd Georges auf die streikenden Bergarbeiter von Südwales goß Öl ins Feuer und führte geradezu zum Generalstreik (Juli 1915), der nur durch völlige Parteinahme der Regierung für die Arbeiter beschworen werden konnte. Durch neue Streikdrohungen erzwangen die Bergarbeiter im August ein weiteres Zurückweichen der Regierung. Im September kam es zu neuen Ausständen der Bergarbeiter, zu energischen Forderungen unter Streikdrohung der Eisenbahner. Der Kampf um die Wehrpflichtvorlage trennte Anfang 1916 die wehrpflichtfeindlichen Gewerkschaften von der Arbeiterpartei. Dann trat im Frühjahr 1916 eine ähnliche Dreiteilung der Arbeitervertreter wie in Deutschland hervor: ein radikaler pazifistisch-internationaler und ein regierungsergebener nationaler Flügel (unter Hyndman) spalteten sich von dem auf den Frieden hinarbeitenden, wehrpflichtfeindlichen, im ganzen jedoch loyalen Blocke ab. Die stetig steigende Streikgefahr zwang dann die Regierung zu immer rückhaltloserer Parteinahme für die Arbeiter gegen die Arbeitgeber; die Stellung der Steinkohlengruben von Südwales unter Staatsaufsicht illustrierte deutlich genug diese unerquickliche Lage. Die Stockholmer Frage (S. 292) komplizierte 1917 die Stellung zwischen Regierung und Arbeitern neu. Als am 22. August die Arbeiterkonferenz mit 1,2 Million Stimmen die Teilnahme an den internationalen sozialistischen Konferenzen beschloß, mußte der Arbeitsminister Henderson gehen. Die Verweigerung der Pässe an die Arbeiterdelegierten brachte neue Verstimmung.

Lloyd Georges großer Wahlsieg nach Kriegsende konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die von Rußland ausgehende Welle sozialer Kämpfe auch Englands Gestade erreicht hat: der im Dezember 1918 bei der Wahl durchgefallene Arbeiterführer Henderson wurde kurz darauf bei einer Nachwahl gewählt. Der Bergarbeiterkongreß forderte die Sozialisierung der großen Industrien, und im September 1919 traten die Eisenbahner in den Generalstreik, sie unterlagen aber der energisch entgegentretenden Regierung. Im Februar 1920 lehnte das Unterhaus den Antrag der Arbeiterpartei auf Verstaatlichung der Kohlenbergwerke mit 329 gegen 64 Stimmen ab.

Diese Entwickelung der Dinge im Verein mit dem neuen Wahlrecht (S. 176) müssen dem Arbeiterstand eine weitere wesentliche Steigerung ihres Einflusses auf das Staatsganze als politische wie als wirtschaftliche Macht sichern. Ob das zu einer Schwächung im einen oder anderen Sinne führen wird, ist schwer vorauszusehen; zweifellos hat der Anfang dieser Entwickelung nicht günstig auf die wirtschaftliche Entfaltung eingewirkt. Das zeigt vornehmlich die Kurve der Generalausfuhr. Denn wir müssen in dem deutlichen Rückgang der Generalausfuhr von 1874 bis 1901 den Ausdruck der eben bezeichneten Verhältnisse und des Rückganges der produktiven Kraft der englischen Wirtschaft erblicken. Während 1887 ein Bergarbeiter im Jahre bei 52 Pfund Sterling Lohn 299 Tonnen Kohle gefördert hat, betrug seine Jahresleistung 1918 bei 197 Pfund Sterling Lohn nur noch 224 Tonnen.

Von 1874 bis 1901 blieb der Jahresdurchschnitt der Generalausfuhr in dieser ganzen Zeit um 431 Millionen Mark hinter dem 1873 erreichten Betrage zurück. Im Durchschnitt wurde von 1874 bis 1901 die

Digitized by Google

englische Generalausfuhr jedes Jahr um rund 30 Millionen Mark gegen das Vorjahr geringer, erst dan folgte ein neuer Anstieg der Generalausfuhr, die 1879 auf 5,08 Milliarden Mark gesunken war und 190 noch immer erst 7,04 Milliarden erreicht hatte, auf 7,6 im Jahre 1909 und bis auf 10,5 im Jahre 191 Aber das Deutsche Reich war in diesem Jahre mit 10,1 Milliarden dem Rivalen bedenklich nahegekommen in der Ausfuhr nach fremden Ländern ohne Kolonien war England bereits längst geschlagen (Deutsch land 9,6, England 6,4 Milliarden Mark; Weiteres vgl. S. 191).

3. Weltbritannien als Wirtschaftsgebiet.

Als sich seit 1880 die Wirkung der festländischen Schutzzollpolitik Europas in einer Er starkung der festländischen Industrien und einer Vermehrung ihrer Ausfuhrkraft fühlba machte, empfand man in England wohl den neuen Mitbewerb immer heftiger. Aber scho in dieser Zeit war es nicht mehr leicht, vom Freihandel zum Schutzzoll überzugehen. Ein Einführung von Zöllen für Industrieerzeugnisse hätte leicht zur Vernichtung des letzten Reste des britischen Ackerbaues führen können. Das hätte aber eine Staatsgefahr bedeutet, we die Ernährung der heimischen Bevölkerung aus eigenen Mitteln des Landes in Kriegszeite unmöglich geworden wäre. Schützte man anderseits den Landbau ebenso wie die Industrie so hätte eine daraus folgende Verteuerung der Lebenshaltung die Vorteile industrielle Schutzzölle ausgeglichen und eine Beanspruchung neuer Arbeitskräfte durch den Ackerbau di Industriearbeit noch weiter verteuert. Das Warenmarkengesetz (vgl. unten, S. 192) und da Verbot der Einwanderung verarmter Fremder (alien paupers) blieben die einzigen dauern den staatlichen Maßnahmen zum Schutze der britischen Ertragswirtschaft. Aber trotz de Aufrechterhaltung des Freihandels mit Finanzzöllen verschob sich die wirtschaftspolitisch Stellung des Mutterlandes zu den Kolonialstaaten. Denn diese gingen, einer nach dem an deren, ebenso wie die großen europäischen und amerikanischen Staaten zum Schutzzoll tum über. Handelte es sich bei den Kolonialstaaten auch ursprünglich um Finanzzölle, trat doch bald auch der Schutz der kolonialen Warenherstellung neben diesen Gesichtspunkt

Da so Mutterland und Kolonialstaaten mehr als fremde Staaten sich selbst gegenseiti handelspolitisch als Ausland behandelten, konnten ihre wirtschaftlichen Beziehungen kaum enger werden. 1881—85 führte England ein Drittel seiner Ausfuhr nach seinen Kolonie aus, 1899 nur noch 26 vom Hundert; 1881—85 führte England aus seinen Kolonien 24 vom Hundert ein, 1899 nur noch 22 vom Hundert. So nahm das beiderseitige Interesse an gemeinsamen Handel beträchtlich ab. Andere wirtschaftspolitische Tatsachen wiesen in die selbe Richtung. Zu der alten Freiheit der Kolonialstaaten in ihrer selbstherrlichen Zoll politik kam neu die Freiheit in der Handelsvertragspolitik hinzu.

Dem fremden Staate, dem das Mutterland die Meistbegünstigung zugestanden hatte, war sie bisher auch seitens aller Kolonien unweigerlich gewährt gewesen. Dieser Grundsatz wurde zuerst bei dem Ab schluß eines Handelsvertrages mit Rumänien (1893) durchbrochen. Damals behielten sich Kanada, Neu fundland, Tasmanien, Neuseeland, Indien, Natal und die Kapkolonie die Entscheidung selbst vor. A dann England seinen Handelsvertrag mit Paraguay abschloß (1898), machten wirklich mehrere Kolonia staaten von diesem Rechte Gebrauch. Bei den deutsch-englischen Vertragsverhandlungen 1898 stellte En land selbst die Forderung auf, daß es den Kolonialstaaten freistehen sollte, ob sie sich dem Handelsvertrag anschließen wollten; es fand aber beim Deutschen Reiche keine Gegenliebe. Es kam lediglich ein vo länziges Meistbegünstigungsabkommen auf kurze Fristen zustande, das nur für solche Teile des britische Weltreiches galt, die deutschen Waren und Schiffen die Meistbegünstigung einräumten. In diesem Ab kommen war zunächst noch der Standpunkt gewahrt, daß das Mutterland dem Auslande gegenüber di jenigen Kolonien vertrat, welche dem Auslande die Meistbegünstigung nicht geradezu verweigerten. D gegen vermochte das Vereinigte Königreich die Brüsseler Zuckerkonvention (1902) nur noch für sich u die Kronkolonien abzuschließen, den Kolonialstaaten aber gestand es das Recht der Entscheidung zu.

Digitized by Google

Ein neuer wirtschaftlicher Zusammenschluß Weltbritanniens (des Mutterlandes mit seinen Kolonien und dieser untereinander) wurde um so mehr zur dringenden Notwendigkeit, als davon auch der künftige politische Zusammenhalt des britannischen Weltreiches abhing (S. 175). Die imperialistische Partei Chamberlains strebte einen engen großbritannischen Staatenbund auf dem Wege wirtschaftspolitischen Zusammengehens an.

Auf der Kolonialkonferenz zu Ottawa 1894 war zuerst beschlossen worden, daß die britische Wirtschaftspolitik es den Kolonialstaaten ermöglichen solle, mit Großbritannien und untereinander Vorzugsabkommen zu treffen und die Waren fremder Staaten höheren Zöllen zu unterwerfen, als zwischen den britischen Siedelungen eingeführt wurden. Daran knüpfte sich der weitere Beschluß, daß in den damals bestehenden Verträgen zwischen dem Vereinigten Königreich und fremden Mächten alle Bestimmungen beseitigt werden möchten, welche die selbständigen Kolonialstaaten damals daran hinderten, Vorzugsabmachungen untereinander und mit den britischen Inseln zu treffen. Dieser Beschluß blieb aber bis 1897 ohne Wirkung. Als bei Gelegenheit des 60jährigen Regierungsjubiläums der Königin Viktoria im Juni 1897 die Ministerpräsidenten aller britischen Kolonialstaaten in London tagten, berieten sie die Grundlinien für einen engeren Zusammenschluß der Teile eines Staatenbundes von Weltbritannien, ohne zu einem Ergebnis zu kommen, bis Kanada durch seine Zollmaßnahmen den Bann brach.

Der Handel Kanadas mit den Vereinigten Staaten entwickelte sich zu solcher Blüte, daß er den übrigen Gesamtaußenhandel Kanadas weit hinter sich ließ. Eine Handelsinteressengemeinschaft mit der Union schien sich anzubahnen, und die Demokraten Kanadas bezeichneten sie schon als das friedliche Mittel zur Vereinigung mit der Union. Diese Interessen waren aber nicht in vollem Umfange zweiseitig, sondern sie bedeuteten bei dem großen Gesamthandel der Vereinigten Staaten für diese wenig, für den Außenhandel Kanadas alles. Die Vereinigten Staaten setzten sich selbst ganz über sie hinweg und belegten durch den Mac Kinleyschen Zolltarif von 1890 die Einfuhr aus Kanada zum größten Teile mit hohen Zöllen. Der Tarif wurde der Anlaß zu einer selbständigen Wirtschaftspolitik für Kanada. Die gesamte äußere Politik Kanadas dreht sich seit 1890 um diesen Punkt.

Während die liberale Partei einen Zollanschluß an die Vereinigten Staaten befürwortete, suchte die konservative Partei das Heil in Handelsverträgen der verschiedensten Art. Von dem Markte der Union ausgeschlossen, suchte Kanada unter konservativem Ministerium 1892 Hilfe bei Großbritannien. Großbritannien stand noch immer mit Deutschland und Belgien in handelspolitischem Meistbegünstigungsverhältnis (vgl. S. 184). Diese Verträge verhinderten, daß England kanadischem Weizen, Fleisch und Käse sowie anderen kanadischen Waren eine Vorzugsstellung auf dem britischen Markt einräumte. Das kanadische Parlament richtete 1892 ein Gesuch nach London, das um die Abschaffung dieser Klausel bat. Das englische Parlament lehnte jedoch 1892 den Vorschlag ab. Obgleich die Ablehnung nur die Konservativen traf, so fühlten doch die Liberalen geradezu gut die Wirkung davon. Als 1892 zu den Weizen ausführenden Vereinigten Staaten noch das neue Weizenland Argentinien trat, da verschlechterte sich noch die Absatzmöglichkeit für kanadischen Weizen, der mit höheren Erzeugungskosten zu rechnen hatte als derjenige Argentiniens. Nur eine Vorzugsstellung für kanadischen Weizen auf dem britischen Markte konnte Rettung bringen. Eine solche ließ sich aber nur erreichen, wenn das Vereinigte Königreich überhaupt zu Getreidezöllen überging. Dies war nur dann zu erwarten, wenn die Einführung von Getreidezöllen seiner eigenen Bevölkerung Vorteile bot. Solche waren zur Zeit aber nicht vorhanden, und somit fehlte jede Aussicht auf eine engere handelspolitische Verknüpfung der Kolonialstaaten mit dem Mutterlande. Erst der Weltkrieg hat in dieser Richtung gewirkt (siehe S. 179).

In Kanada wurde dieser trübe Ausblick in die Zukunft schwer empfunden. Zunächst wuchs eine heftige Erbitterung im Dominion empor, und nur die starke Einwanderung aus Großbritannien verhinderte es, daß die englandfeindliche Partei die Mehrheit im Parlament erhielt. Hatte die Bevölkerung 1891: 4,8 Millionen betragen, so stieg sie bis 1901 auf 5,5 und 1911 auf 7,2 Millionen. Der französische Anteil machte nicht mehr ein Viertel aus. Die englandfreundliche Stimmung wuchs dauernd durch die Einwanderung aus England, und selbst als eine stärkere Zuwanderung aus den Vereinigten Staaten einsetzte, wurde das nicht

Digitized by Google

sofort anders. So konnte denn Kanada 1897 den Versuch unternehmen, auf eigene Faust einen neuen Zeitraum selbstherrlicher Wirtschaftspolitik für das britische Weltreich zu eröffnen: es erließ einen eigenen Zolltarif, der englische Waren um 12,5 vom Hundert günstiger stellte als die Einfuhr aller anderen Länder einschließlich der Union. England, durch den Meistbegünstigungsvertrag mit Deutschland und Belgien für sein ganzes Weltreich gebunden, gestattete nicht, daß diese Bestimmung sofort Geltung erhielt, es wagte ihre Ausführung aber auch nicht zu verhindern. Denn es wußte wohl, daß der Versuch den politischen Abfall Kanadas bedeuten würde. So kündigte es den deutschen und den belgischen Handelsvertrag und ließ 1898 jene Neuordnung der kanadischen Zollverhältnisse in Wirksamkeit treten. In den neuen Verträgen mit Belgien und Deutschland gab England selbst sein bereits mehrfach von mehreren Kolonien bestrittenes Bestimmungsrecht über die Handelsvertragspolitik der Kolonien preis und unterhandelte mit dem Deutschen Reiche über einen Handelsvertrag, der zunächst nur für die britischen Inseln und die Kronkolonien gelten sollte, nach dem es aber den Kolonialstaaten freistehen sollte, ob sie sich ihm anschließen wollten oder nicht. Der kleine Zollnachlaß, den Kanada seit 1898 britischen Waren gewährte, wurde auf ein Drittel des Zolles gesteigert. Als man schließlich auf die Waren derjenigen Staaten, die kanadischen Waren nicht die Meistbegünstigung gewährten, Zuschlagszölle einführte, stieg die Vorbegünstigung englischer Waren den Waren dieser Staaten gegenüber auf den vollen Betrag des Zolles.

In Australien und in Südafrika wurden ähnliche Maßnahmen vorbereitet, und wenn diese Zollbevorzugungen großbritannischer Waren im Laufe der Zeit sich noch steigerten und die Warenmenge, welche sie trafen, mit dem Wachstume der Kolonialbevölkerungen wuchs, dann konnte eines Tages ein so starkes großbritannisches Interesse an der Erhaltung dieser Vorzugszölle entstehen, daß Großbritannien den Kolonialstaaten ebenfalls Zugeständnisse machen mußte, um sich jene kolonialstaatlichen Zugeständnisse zu erhalten. Dieses Ziel der kolonialstaatlichen Zollpolitik wurde zunächst nicht erreicht. Ja, als Josef Chamberlain 1905 den Versuch wagte, die Frage des Überganges Großbritanniens zum Schutzzolle zum Wahlstichworte zu machen, unterlag dieser Vertreter des britischen Imperialismus dem Liberalismus und dem Freihändlertum. Da die englische Landwirtschaft einer einseitigen industriellen Entwickelung geopfert worden war, bestanden auf den britischen Inseln keine so großen Wirtschaftsinteressen mehr, daß sie einen solchen Schritt gerechtfertigt hätten. Selbst diejenigen liberalen Unionisten, welche für die Schaffung engerer Wirtschaftsbeziehungen zu den Kolonialstaaten eintraten, lehnten den Gedanken der Schaffung einer Zollmauer um den Staatenbund Weltbritannien ab und vertraten Chamberlains Ziele nur bis zum Freihandel innerhalb des britischen Weltreiches. Sie waren für die Abschaffung sämtlicher Eingangszölle auf britische Waren in den Kolonialstaaten und betrachteten die Zollnachlässe von 20, 30 und 40 vom Hundert, die ihnen einzelne Kolonialstaaten boten, nur als einen Zins, den diese Großbritannien dafür zahlten, daß es sie gegen äußere und innere Feinde beschützte. Die Kolonialstaaten sahen dagegen in der freien Einfuhr nach England keine Gegenleistung dafür, daß sie großbritannischen Waren eine günstigere Stellung gewährten als außerbritischen Waren. Sie verlangten vielmehr ebenfalls eine Vorzugsstellung auf dem britischen Markte. Ohne Übergang zum Schutzzoll war das nur durch Einfuhrprämien aus der britischen Staatskasse auf koloniale Waren möglich. Für die Gewährung solcher Prämien fehlte aber im Parlamente die Mehrheit. So kamen sich Mutterstaat und Kolonialstaaten zollpolitisch nur einseitig näher.

Seit dem Anfange des 20. Jahrh. hob sich im Zeichen Weltbritanniens der Warenaustausch zwischen dem europäischen Mutterstaat und den Kolonialstaaten wieder. Insonderheit stieg bis 1906 die britische Ausfuhr nach den Kolonialstaaten bis zu einem Drittel der Gesamtausfuhr, 1913 erreichte sie bereits 39 vom Hundert. Der darin zum Ausdruck kommende neue wirtschaftliche Zusammenschluß wurde freilich durch den Streit um die politische Isolatie (S. 176) gehemmt. Aber seine Fortschritte waren unverkennbar. Der Streit um Inter-Imperial Trade, Imperial Preference, British Empire Trade Mark usw. konnte doch nicht die Gemeinsamkeit der unverkennbaren Front gegen Deutschland verhüllen. Die Einkreisungspolitik bestimmte die weitere Wirtschaftspolitik Weltbritanniens, darum muß die Betrachtung dieser Dinge im Zusammenhange der deutsch-englischen Rivalität (S. 191 ff.) fortgesetzt werden. Eines muß aber bereits hier gesagt werden: die engsten wirtschaftlichen Interessenverknüpfungen hätten nur geringe Wirkung gehabt, wenn das großbritannische Weltreich nicht in natürlichen geographischen Gegebenheiten seine vornehmste Stütze besäße.

Digitized by Google

Darum müssen wir, ehe wir die deutsch-englische Rivalität behandeln, diese wichtige Grundlage englischer Weltherrschaft einer Beurteilung unterziehen.

β) Die geographischen Grundlagen des großbritannischen Weltreiches.

Sind die geographischen Grundlagen der englischen Weltherrschaft ewig gültige, verhängnisvoll unabänderliche oder nur periodische, dem Wechsel unterworfene? So lautet das geographische Problem der englischen Weltherrschaft.

Schon der Umstand, daß diese geographischen Grundlagen erst geworden sind — am Rande des Ozeans gelegen, rückten die britischen Inseln durch die Entdeckung Amerikas plötzlich in das Zentrum des Weltverkehrs. „Die Entdeckung Amerikas verwandelte England mit einem Schlage aus einem peripherischen, europäischen Staat in einen zentralen, planetarischen . . . Europa, dessen peripherischer Vorsprung es bisher war, fängt an, als sein Hinterland zu erscheinen" (Kjellén) — schon dieser Umstand weist darauf hin, daß diese Grundlagen ebenso wieder verschoben werden können, wie sie durch eine Verschiebung des geographischen Horizontes geschaffen worden sind. Den Vorrang gab den Engländern nicht zuerst ihr Charakter, sondern die Gunst der Umstände. Erst die Macht, die sie — begünstigt durch die Auswanderung seit 1620 und den Warenhandel — in die Hände bekamen, formte ihren Charakter. Freilich kam dieser geistigen Umbildung eine, allerdings unveränderliche, geographische Grundtatsache begünstigend entgegen: die Inselage. Aber auch diese kam erst zur vollen Auswirkung, als das englische Volk sich völlig vom Kontinent zurückgezogen hatte. „Die Inselage ist das grundlegende Faktum im ganzen Problem Englands" (Kjellén). Dazu traten hervorragende Vorteile der Gestaltung und Lage des Landes; kehrt es die eine Seite dem bevorzugten Kontinent, Europa, zu, so die andere dem bevorzugten Ozean, dem Atlantischen. Es wurde zum Knotenpunkt der Hauptverbindungen des Weltverkehrs. Inselage und Herrschaftsgewalt schufen zusammen die Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Typus: Kraft bis zur Brutalität, Zähigkeit gesteigert bis zur rein sportlichen Betätigung, langsames Denken bis zur Stupidität, Individualismus bis zur Unkultur, Erwerbssinn bis zur Skrupellosigkeit, Empirismus bis zur Ableugnung alles Geistigen, Nationalstolz bis zum Dünkel, Konservativismus gesteigert bis zur verständnislosesten Rückständigkeit. Alle Eigenschaften des englischen Volkes zeigen eine Neigung zur Steigerung ins Ungemeine: das Volksleben neigt zur selbstgenügsamen Abschließung nach außen, die Kultur verflacht.

Die größte Gunst des Schicksals ist die Verbreitung des Angelsachsentums über die Erde, denn „abgesehen vom Zuge des Christentums über die Welt kennt die Geschichte der Menschheit keine großartigere Expansionserscheinung als die Verbreitung des angelsächsischen Stammes seit . . . drei Jahrhunderten" (Kjellén). Heute ist das Englische die Muttersprache von 125 Millionen, die offizielle Sprache von 550 Millionen Menschen. Freilich ist dies keine unverdiente Gunst, denn ihre Voraussetzung ist die Reinhaltung des Blutes in den großen Siedelungskolonien. Diese müssen denn auch als Dauerbesitz des Angelsachsentums angesehen werden; die Herrschaftsgebiete sind dies nicht. Das britische Reich umfaßt 33,4 Millionen qkm mit 438 Millionen Menschen, die ganze Erde 146 Millionen qkm mit 1657 Millionen Bewohnern (vgl. Bd. V, S. 1 ff.). Es zerfällt in Mutterland, Siedelungskolonien, Indien und Ägypten, Wirtschaftskolonien und Stationen. In allen Erdteilen für sich steht diese in der Weltgeschichte beispiellose gigantische Staatenbildung als Großmacht da, ebenso an rein äußerer Ausdehnung wie an innerem, wirtschaftlichem und

Digitized by Google

politischem Wert. Die eine Hälfte gewährt in der gemäßigten Zone außerhalb der europäisch asiatischen Ländermasse der Bevölkerung Europas einen Siedelungsboden von mindestens 4 Millionen qkm, während die andere in den Tropen und Subtropen gelegene Hälfte Plantagenkolonien von unschätzbarem Wert bietet. Neben den Hauptlandmassen erblicken wir dann eine Riesenzahl von Stationen: an 50 Kohlenhäfen, Kabelstationen, strategischen Punkten, „die wie Oasen in der Wüste des Weltmeeres oder wie Kais vor wichtigen Handelsgebieten oder wie Tore an empfindlichen Durchfahrten liegen."

Dieser überwältigenden Fülle von Land und Macht stehen indes geographische Nachteile gegenüber, die schwer ins Gewicht fallen. Das Mutterland macht nur 10 v. H. der Bevölkerung und noch nicht 1 v. H. des Umfanges des Weltreiches aus — eine Tatsache, die das ungeheure Übergewicht der Peripherie gegenüber dem Zentrum ins rechte Licht setzt. Und wenn wir das Reich als geographisches Ganzes betrachten, so erscheint es als ein zufällig gewordenes, auf alle Teile der Erde verstreutes, uneinheitliches willkürliches Gebilde. Nordeuropäische erscheinen mit australischen Inseln, Kanada mit Indien, Südafrika mit China verbunden. Wir begreifen daraus das lebhafte Streben, durch straffere imperialistische Zusammenfassung dieser ungeheuren Masse die Wucht zu verleihen, die sie als zusammenhängendes Ganzes haben müßte. Aber wir verstehen auch, daß dieses zufällig gewordene, unorganische Gebilde darum durch den Verlust eines Gliedes, selbst Indiens, noch nicht mit dem Untergange bedroht ist.

Gefährdeter ist Englands Verkehrsmacht, die ganz einseitig auf See- und Kabelherrschaft beruht. Sie treibt zu wenig Kontinentalverkehr und ist zu schwach im Stillen Ozean. Sie kann gebrochen werden durch Wegnahme der Mittelmeerstationen oder durch Sperrung des Sueskanales, der ihr Rückgrat bildet. Sie kann aber auch bereits stark entwertet werden durch neue Kontinental- oder Seewege. Die Bagdadbahn zehrte ebenso am Marke der englischen Verkehrsmacht wie nun der Panamakanal. Wie der Sueskanal, solange er in fremden Händen lag, England ein Dorn im Auge war und darum seine Begehrlichkeit weckte, kann England auch diese neuen Weltverkehrswege nur durch Zerstörung oder Aneignung ungefährlich machen: der Koweitvertrag 1913 stellte einen Versuch, der Friedensvertrag mit der Türkei einen vollen Erfolg in bezug auf die Bagdadbahn dar, dagegen hat England mit dem Panamakanal-Abkommen (1913) noch nicht die Garantien für ein unvermindertes Fortbestehen seiner Seemacht in der Hand. Die englische Kabelherrschaft, der Herrschaft über den Nachrichtendienst und die käufliche Presse aller Länder der Erde würdig zur Seite stehen, kann nur durch Errichtung von Konkurrenzstationen erschüttert werden. Indem Deutschland im Beginn des Krieges seine Kabel und Funkenstationen verlor, ebenso wie den Einfluß auf die ausländische Presse, trat Englands Macht in dieser Hinsicht um so schärfer hervor. Ob die Großfunkenstation Nauen den Verlust wird ganz ersetzen können, ob sie ein „Markstein in der Geschichte" ist, wird die Zukunft zu erweisen haben.

Zusammenfassung.

Aus einer gewaltigen Summe von Macht setzt sich Englands Weltherrschaft zusammen. Die aus der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien sich ergebende Verschiebung des geographischen Horizontes rückte die britischen Inseln ins Zentrum des Weltverkehrs. Die Insellage und die Gunst der Küstenverhältnisse erlaubten eine nationale Konzentration auf die Erringung der Seeherrschaft. Die in der englischen Weltanschauung tief begründete Erziehung des englischen Volkes zur Herrschaft und die Verbreitung der

Digitized by Google

angelsächsischen Rasse über die ganze Erde bilden die Grundpfeiler der heutigen Weltstellung Englands. Das gewaltige Kolonialreich und die beherrschten Ozeane bieten einen Raum, der zu einer wirtschaftlichen Beherrschung ganzer Rassen geführt und die Gewinnung einer wirtschaftlichen Weltstellung begünstigt hat. Die politische, maritime, militärische und wirtschaftliche Macht, über die der englische Staat verfügt, haben es ihm noch stets ermöglicht, seinem Willen Geltung zu verschaffen. Indem sich aber die ersten Grundlagen der britischen Weltherrschaft veränderten, die geographischen Grundlagen wie der Volkscharakter, hat sie ihre Daseinsberechtigung, ihre sittliche Grundlage eingebüßt. Wie die Lehre von ihrer friedlichen Entstehung eine Phantasie ist, so ist auch der Glaube an die gottgewollte Alleinherrschaft des englischen Weltreiches eine Utopie. Denn diese Alleinherrschaft wäre in ihrer öden Uniformität ein Unglück für die Menschheit. Es ist die tragische Schuld Englands, daß es die ganze Erde in den Kampf mit dem Rivalen hineinriß und eben dadurch sein eigenes Schicksal beschleunigte. Hätte England das konservative Programm: „nationale Wiedergeburt durch Zufuhr vitaler Energie seitens der Tochternationen" (Low-Sanders 1907) befolgt und nicht die veraltete Koalitionspolitik der Napoleonischen Ära unter liberaler Führung fortbetrieben — vielleicht wäre ein weltgeschichtlicher friedlicher Ausgleich gefunden worden. Doch wäre noch immer der Verzicht auf die Herrschaft über die Meere notwendig gewesen, wenn einer neuen weltgeschichtlichen Entwickelung freie Bahn hätte geschaffen werden sollen. Dieser freiwillige Verzicht war aber bei der Denkart, dem Glauben, dem Charakter dieses Volkes nicht zu erreichen. Dem alten Europa gegenüber ist England als Sieger aus dem Kampfe um die Freiheit der Meere hervorgegangen; die Zukunft wird es erweisen, ob die englische Seeherrschaft künftig auch auf dem Stillen Ozean, zwischen den konkurrierenden Seemächten Amerika und Japan, noch Geltung hat.

B. Der deutsch-englische Wettbewerb.

a) Geistige Gegensätze.

Wenden wir uns nun dem welterschütternden Kampfe zu, den das Deutsche Reich mit seinen Bundesgenossen gegen England und seine Helfer aufnahm, so kann das nicht geschehen, ohne einen Rückblick auf das Verhältnis der beiden Reiche zueinander zu werfen, wie es sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte herausbildete. Dieser Gegensatz ist aber nicht erst in der jüngsten Zeit entstanden, sondern er ist wohlbegründet in geschichtlichen Gegebenheiten, vornehmlich der Verschiedenheit englischer und deutscher Kultur überhaupt.

Die ungeheure Erbitterung, mit der von beiden Seiten der Kampf geführt wurde, bis zur Haßpredigt „Gott strafe England!" hier, bis zur wahrhaftigen Deutschenverfolgung über die ganze Erde hin, die bislang nur in den Christenverfolgungen ein Gegenbeispiel hat, dort, wäre schlechterdings unerklärlich, wenn es sich um einen reinen Wirtschaftskrieg gehandelt hätte. Der kühlere Engländer glaubte zunächst selbst nur an eine wirtschaftliche Auseinandersetzung, lernte aber doch im Laufe des Krieges den diametralen Gegensatz, der die Geister schied, als wahre Kriegsursache erkennen — und ausnutzen. Nichts ist für die Tiefe der Kluft, die England von Deutschland scheidet, bezeichnender, als daß man immer wieder betonte, daß keine Differenzen grundsätzlicher Art vorhanden wären. „Die Spannung in den Beziehungen beider Länder ist um so schwieriger zu beseitigen, als ihm keine bestimmten Streitfragen zugrunde liegen. Die Kühle der Gefühle entspringt keinen konkreten Tatsachen. Es ist eben nur eine Frage des Gefühls" (belgischer Gesandtenbericht Greindls 1907). Der unüberbrückbare Gegensatz schlummerte im Grunde des Völkerlebens, der Kampf der Geister verlangte nach Austragung. Merkwürdigerweise war es nicht der nach dem Urgrunde der Dinge forschende Deutsche, der zuerst diesen heraufziehenden Kulturkampf erkannte, sondern der Engländer; erst die Flut von Schmähungen, die über den Kanal herüber sich ergoß,

Digitized by Google

brachte es dem Durchschnitts-Deutschen zum Bewußtsein, daß Art gegen Art kämpfte. Er behielt so auch die größere Besinnung und die Fähigkeit, nachzudenken und gerecht zu bleiben. So ist auch die umfangreiche deutsche Literatur über die Frage des deutsch-englischen Gegensatzes zum großen Teil mehr als Tageserzeugnis, während die feindliche Literatur zumeist nur Beiträge zur Geschichte des Pamphletismus und der Massensuggestion geliefert hat. Während die englisch-französische Kriegsliteratur in erster Linie bestrebt war, den angeblich minderwertigen und gefährlichen Charakter der deutschen „Kultur" gegenüber westeuropäischer „Zivilisation", des angeblich physiologisch anders organisierten deutschen „Barbaren" gegenüber dem westeuropäischen Vorkämpfer für Freiheit und Recht zu erweisen, überhaupt den Gegensatz auf möglichst sinnfällige Gegenüberstellungen wie Kultur und Zivilisation, „kultur" und „culture", Militarismus und Demokratie zurückzuführen, hat die deutsche Kriegsliteratur sich ehrlicher bemüht, in die Wesensart des Gegners einzudringen und die Wurzel des Widerstreites bloßzulegen. Das neutrale Ausland hat sich teils auf referierende Berichterstattung beschränkt, teils auch sehr lebhaft in die Debatte mit eingegriffen.

Ein grundlegender Unterschied ist schon der, daß Deutschland Englands verschiedene Art überhaupt als berechtigt anerkennt, während England die Andersartigkeit an sich schon, ohne Rücksicht auf ihren Wert, haßt. Der Engländer leugnet z. B. gar nicht den Wert deutscher Organisation, er hat sogar wesentliche Organisationsformen von Deutschland, zumal im Kriege, übernommen; aber daß es ein Volk überhaupt wagte, eine vom englischen Wesen grundsätzlich verschiedene und dazu noch überlegene Art des Denkens auszuprägen, das war ihm ein freventlicher Anschlag wider die gottgewollte Herrschaftsstellung Englands. Er sah in den ihm gefährlich werdenden Eigenschaften des Gegners Entartungserscheinungen und konstruierte sich zwei einander widerstreitende Deutschlands zurecht: das Goethes und Schillers müßte von dem militaristischen Deutschland des Triumvirats Treitschke-Nietzsche-Bernhardi befreit werden. Das englische Kriegsziel, das deutsche Volk von seinem eigenen Militarismus zu befreien und in seine romantische Vergangenheit zurückzuführen, daß es wieder das willige Volk der Dichter und Denker werde, war durchaus ernst gemeint.

Der Schweizer Karl Joël und der schon vor dem Kriege mit seinem tiefgründigen Buche „Die Großmächte der Gegenwart" als hervorragender Kenner der weltpolitischen Zusammenhänge bekanntgewordene Schwede Rudolf Kjellén haben mit wesentlich gleichem Ergebnis den deutsch-englischen Kulturgegensatz in geist- und weltgeschichtliche Zusammenhänge hineingestellt und diesen gewaltigen Kampf der Geister aus dem kleinlichen Niveau des Alltäglichen, des Wirtschaftskampfes herausgehoben.

Joël sieht den Inhalt der Weltgeschichte in dem Kampf und Ausgleich zwischen Konzentrierung und Differenzierung, Zivilisation und Kultur, Weltbeherrschung und Weltbefreiung, Form und Gehalt. Einen Teil dieser Weltgeschichte bildet der Gegensatz zwischen England und Deutschland. Die Griechen haben ihre Kultur an Rom weitergegeben, das sie in die Form seiner weltumspannenden Zivilisation goß und damit zur Weltkultur erweiterte. Frankreich und die katholische Kirche sind die höchsten Ausbildungen des absolutistischen Roms. In dem extensiven, unendlichen, expansiven, zur Allumfassung strebenden Rußland hat der altorientalische, patriarchalische Absolutismus seinen reinsten Ausdruck gefunden. England dagegen, das den germanischen Individualismus scharf ausprägte, wurde zu einer rein äußeren Sachkultur des technischen Prinzipes geführt, die schließlich im nackten Egoismus endete. Im Gegensatz zu alledem vereinigte Deutschland beides: Militarismus und Mystik, Monarchie und Menschlichkeit, Staat und Geist, Sammlung und Auflösung, Eigenwillen und Allwillen; Kraft und Wille werden Vernunft, Machtwille wird Erziehung. Das Prinzip der Synthese wird der Grundtrieb deutscher Lehre: es ist die Weltmission des deutschen Geistes, den Ausgleich zu schaffen, Organisation und Freiheit zu vereinen, eine organische Weltordnung an Stelle des anorganischen Gleichgewichts zu setzen. Wie im organischen Prinzip das Prinzip der Zukunft liegt, wächst diese einem Phönix gleich aus der Glut des Weltbrandes empor.

Zu gleichem Ergebnis kommt Rudolf Kjellén, der von den Denken und Handeln beherrschenden Ideen der im Streite liegenden Kulturstaaten ausgeht. Er setzt den in England und Frankreich herrschenden „Ideen von 1789", Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit, die siegreichen deutschen „Ideen von 1914" gegenüber, die, im Pflichtgedanken fußend, im Organisationsgedanken gipfelnd, Ordnung — Gerechtigkeit — Kindschaft heißen. Auch er sieht in dem englischen Kulturideal das in Unfreiheit, Auflösung,

Digitized by Google

Eigensucht fußende absterbende Ideal einer vergangenen Zeit, in den deutschen Ideen die glückverheißende Zukunft der Menschheit.

So kommen diese beiden bedeutendsten Schriften der neutralen Kriegsliteratur zu dem gleichen Ergebnis: daß der Unterschied zwischen deutscher und englischer Kultur ein Entwickelungsunterschied zwischen höherer und niederer, zukunftverheißender und nur auf Grund überkommener Macht herrschender ist

Oswald Spengler hingegen erblickt in seinem „Untergang des Abendlandes" in der westeuropäischen Demokratie die fortgeschrittenere Staatsform der Dekadence, in deren Entwickelungsstadium nunmehr auch das besiegte Deutschland eingetreten sei, dessen „Preußentum" bisher noch ein Hort des schöpferischen „Militarismus" war. Ähnlichem Pessimismus huldigt Thomas Mann in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen", in denen er den „Zivilisationsliteraten" westeuropäischer Demokratie bekämpft, der den Künstler der deutschen militaristischen Kultur besiegt habe.

b) Wirtschaftsrivalität.

„Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland", berichtet Baron Greindl, einer jener unfreiwilligen Taufzeugen der deutschen Kriegsliteratur aus dem Kreise belgischer Diplomaten, 1905 nach Brüssel, „ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwickelung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Dieser Haß wird so lange fortbestehen, bis die Engländer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechts wegen zukommt." Wie wir gesehen haben, ist der Monopolanspruch Englands nicht nur wirtschaftlichen Motiven, sondern den weit tieferen Quellen seines Volkscharakters, seiner geographischen Lage, der weltgeschichtlichen Entwickelung entsprungen, daß sonach auch der deutsch-englische Gegensatz nicht allein wirtschaftlicher Art ist, sondern aus verschiedenem Denken, verschiedenem Entwickelungsgange hervorgewachsen ist. Dennoch bleibt der Wirtschaftsgegensatz die wichtigste und augenfälligste Auswirkung dieses weltbewegenden Widerstreites, weil er auf englischer Seite die empfindlichste Stelle berührte. Daher reichen die Anfänge dieses Wirtschaftskrieges in eine Zeit zurück, in der von geistigem Gegensatz noch nichts verspürt wurde, ja noch nicht einmal an dauernde politische Gegensätze zu denken war.

Bereits die Gründung des Deutschen Zollvereins hatte für Deutschland eine steigende Vermehrung an Menschen und Gütern zur Folge. Nach dem Frankfurter Frieden stieg diese Zunahme rapide an. Zunahme der Geburtenziffer, Abnahme der Sterbeziffer und der Auswanderung zusammen bewirkten eine Vermehrung der deutschen Bevölkerung im Zeitraum 1871—1910 von 41 auf 65 Millionen Menschen (England 32—45, Frankreich 36—40). Zuletzt erreichte die jährliche Zunahme an Menschen fast die Million. Dahingegen sank die Auswanderung von einstens 275000 auf 25000 Deutsche bei einer jährlichen Rückwanderung von 12000, während noch immer 240000 Engländer und Irländer im Jahre den heimatlichen Boden verließen. Die deutsche Ausfuhr stieg im gleichen Zeitraum von 2357 (Durchschnitt 1872—75) auf 8246 Millionen Mark (Durchschnitt 1909—13), also um 250 Prozent, während Englands Ausfuhr von 302 auf 559 Millionen Pfund Sterling oder um 85 Prozent, die Frankreichs von 3781 auf 6323 Millionen Frank oder um 68 Prozent stieg. Im Jahre 1913 erreichte die deutsche Ausfuhr mit 10097 Millionen Mark fast die englische (10719 Millionen Mark), der Augenblick war vorauszusehen, da Deutschland England in der Ausfuhrziffer überflügeln würde. Der prozentuale Anteil Deutschlands am Welthandel stieg in den letzten 25 Jahren von 10,2 Prozent (Durchschnitt 1886—90) auf 12,9 Prozent (1912), während Englands Anteil im gleichen Zeitraum von 19,6 auf 16,6 Prozent, der Frankreichs von 9,5 auf 9 Prozent sank. Dem absoluten Welthandelsanteil Englands in Höhe von 24,2 Milliarden Mark folgte unmittelbar Deutschland mit 22,5, erst an dritter Stelle folgten die Vereinigten Staaten mit 17,9, an vierter Frankreich mit 12,46 Milliarden Mark. Noch 1887 war Englands Außenhandel dem deutschen um 50 Prozent überlegen. Selbst auf Englands eigenstem Gebiete, der Schiffahrt, wuchs Deutschlands Macht rascher als die Englands; in den letzten 20 Jahren stieg Deutschlands Handelsflottenraum von 1,4 auf 2,99 Millionen Registertonnen, der Englands von 8,9 auf 12,4. Während Englands Anteil an der Welthandelstonnage von 46,8 auf 42,6 Prozent sank, stieg der Deutschlands von 7,4 auf 10,3 Prozent. Die größten Schiffe der Welt, „Imperator" und „Vaterland", gehörten deutschen Reedereien.

Digitized by Google

Diese Zahlen waren nur aus dem gewaltigen Aufschwung der deutschen Industrie und dem daraus sich ergebenden Anwachsen des deutschen Nationalvermögens zu erklären. Die Roheisenerzeugung stieg 1887—1913 in Deutschland von 4 auf 19,3, in England von 7,7 auf 10,6 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung in Deutschland von 1,2 auf 18,9, dagegen in England von 3,2 auf 7,7 Millionen Tonnen. Die Kohlenproduktion Englands, 1887 noch doppelt so groß wie die deutsche, wurde 1912 von dieser überflügelt, nachdem diese sich seit der Reichsgründung versiebenfacht hatte (1885: 74 Millionen Tonnen; 1913: 190 Millionen Tonnen Steinkohle und 84 Millionen Tonnen Braunkohle). Die Zahl der in der Textilindustrie in Gebrauch befindlichen Spindeln stieg in Deutschland 1875—1914 von 4,2 auf 11,4 Millionen, in England 1874—1914 von 41,9 auf 56,0 Millionen, in Deutschland somit um 171, in England dagegen nur um 34 Prozent. Die deutsche elektrotechnische Industrie betrug 1912 in ihrer Gesamterzeugung (1200 Millionen Mark) das Dreifache der englischen (450 Millionen Mark). Die Jahresproduktion der deutschen chemischen Industrie betrug 1913: 1750 Millionen Mark. Demgemäß überflügelte auch das deutsche Nationalvermögen der absoluten Höhe nach das englische: 1913 schätzte man das deutsche auf 15,5, das englische nur noch auf 13 Milliarden Pfund Sterling, wobei allerdings auf den Kopf berechnet das englische Vermögen das deutsche um 25 Prozent noch übertragte. Dagegen kamen von Spareinlagen, deren Gesamthöhe 1915: 19 Milliarden erreichte, der Kapitaleinlage des kleinen Mannes, in Deutschland 1911 auf den Kopf 272 Mark, in England 103 Mark, woraus erhellt, daß nur durch die großen Vermögen England einen höheren Gesamtdurchschnitt erzielte.

Der einsichtige Beurteiler dieser Zahlen kann ihnen freilich nicht entnehmen, daß Deutschland sich auf Kosten seiner Rivalen bereichert habe. Im Gegenteil lehrt die Volkswirtschaft, daß steigende Energie auf der einen Seite auch an anderen Stellen neue Kräfte weckt. So war Deutschland nächst den englischen Kolonien Englands bester Kunde, es kaufte 1913: 7,8 Prozent seiner Ausfuhr. In einer in gesunden Bahnen verlaufenden Konkurrenz zwischen englischer und deutscher Wirtschaft lag der edelste Antrieb zum Fortschritt der ganzen Menschheit. Der erlahmenden Wirtschaftsenergie Englands erschien aber der Wettbewerb der aufblühenden jugendlich-elastischen deutschen Wirtschaft als Gefährdung ihrer Existenz, vor allem des englischen Handelsmonopols.

Auf dem von Deutschland nur zögernd betretenen Wege, sich durch Gründung einer bescheidenen Kolonialmacht eigene Rohstoffgebiete und neue Ausfuhrgebiete zu schaffen, trat ihm England von vornherein entschlossen entgegen, während es das stationäre Frankreich bei der Erweiterung seines Kolonialreiches lebhaft begünstigte. Nicht minder energisch trat England überall als Gegner des Deutschen Reiches auf, wo dieses es versuchte, sich durch wirtschaftliche Eroberung größere Rohstoff- und Absatzgebiete zu sichern, wie im Gebiete der Bagdadbahn und in Marokko. Den Versuch endlich, durch Ausbau seiner Flotte eine erhöhte Sicherung seines Welthandels herbeizuführen, beantwortete England mit der Anbahnung einer politischen Isolierung Deutschlands. So leitete der wirtschaftliche Gegensatz zum politischen über, er löste aber auch einen jahrzehntelangen rein wirtschaftlichen Kampf aus. Dieser wurde eröffnet mit der Merchandise Marcs-Act vom 23. August 1887, nach der alle Einfuhrwaren mit der Marke des Ursprungslandes versehen werden sollten. Dieses Gesetz bedeutete den ersten offenen Bruch mit der Freihandelslehre. Der damit eingeführte berühmte Aufdruck „made in Germany" sollte dem englischen Publikum es ermöglichen, deutsche Fabrikate als solche zu erkennen und zurückzuweisen. Nur hatte die Güte der deutschen Qualitätsware gerade die gegenteilige Wirkung einer erhöhten Nachfrage. Aber die Nachahmung, die das Beispiel in Frankreich fand, wo man durch einen ähnlichen Aufdruck („Importé de l'Allemagne") die deutsche Einfuhr unterbinden wollte, zeigt deutlich das dem Gesetz zugrunde liegende Motiv.

Ein weit stärkerer Vorstoß wurde mit dem englischen Patentgesetz von 1907 gemacht. Nach § 27 dieses Gesetzes kann Antrag auf Nichtigkeitserklärung eines Patentes erhoben

Digitized by Google

werden, wenn eine patentierte Ware nur im Ausland oder fast ausschließlich im Auslande hergestellt wird. Diese Bestimmung richtete sich unmittelbar gegen jede im Auslande hochkommende Spezialfabrikation, insbesondere gegen den Vertrieb in England patentierter ausländischer Spezialartikel. Industrien, wie vor allem die deutsche chemische Fabrikation, wurden durch dieses Gesetz gezwungen, entweder ihre Patente an Engländer zu veräußern oder Filialen in England zu errichten. Tatsächlich haben auch die bedeutendsten chemischen Werke, wie die Höchster Farbwerke und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, auf Grund dieses Gesetzes Filialwerke in England errichtet. Dadurch sind der deutschen Arbeiterschaft bedeutende Summen an Löhnen entgangen, und schließlich hat die deutsche Industrie dadurch infolge des Vorgehens Englands während des Krieges gewaltige Kapitalien, wertvolle Arbeitskräfte und schließlich auch wichtige Patentgeheimnisse verloren. England hat mit diesem Gesetz geradezu den freien Wettbewerb ausgeschaltet.

England war eben nicht mehr gewillt, durch höhere Leistung in freiem Wettbewerb dem Konkurrenten den Rang abzulaufen, sondern es wollte seine nachlassenden Kräfte durch direkte Hilfe stützen. Aus diesem Bestreben ist auch das Gesetz der Schiffahrtssubventionen geboren worden. Als der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Kaiser Wilhelm II." das blaue Band des Ozeans errungen hatte, konnte England sein Prestige als erste Verkehrsmacht nur dadurch retten, daß es die bestrentierende Linie des Weltverkehrs, die Cunardlinie, durch eine Subvention von 3 Millionen Mark zum Bau der beiden Rekorddampfer „Mauretania" und „Lusitania" vermochte. Die Katastrophe des Dampfers „Titanic" freilich von der White Star-Linie (1912), die für den Tod von fast 2000 Menschen wegen Mangelhaftigkeit der Rettungsvorrichtungen 133000 Pfd. Sterl. Schadenersatz leisten mußte, war nicht geeignet, dem Ansehen englischer Schiffahrt zu nützen.

Schließlich hat England aber auch grundsätzlich seine Freihandelslehre aufgegeben, und zwar für seine Kolonien. Josef Chamberlain (gest. 1914) erkannte, daß der Freihandel seine für England entscheidende Grundlage, die englische Monopolstellung, verloren hatte. Er leitete daher mit allen Mitteln der politischen Agitation und unter unverkennbarer Wirkung seiner suggestiven Persönlichkeit einen allgemeinen Feldzug gegen den Freihandel ein. Unzweifelhaft gewannen seine Anschauungen beständig an Boden. Wenn sie auch eine Parlamentsmehrheit bisher noch nicht errungen haben, so hat die Schutzzollbewegung doch bedeutende Erfolge in der Erreichung von Zollbegünstigungen gegenüber den Kolonien zu verzeichnen. Das Zugeständnis des Freihandels in den Kolonien ist ohnedies schon nicht mit einer völlig freien Konkurrenz identisch. Es ist ganz natürlich, daß das Mutterland aus freier Wahl schon eine Vorzugsstellung genießt. Der Staat selbst wird naturgemäß seine Lieferungen und Aufträge fast ausschließlich eigenen Staatsangehörigen zusprechen. Trotzdem hat übrigens Australien versucht, in die staatlichen Subventionsbestimmungen eine ausdrückliche Ausschließung deutscher Waren aufzunehmen, was nur an Deutschlands kräftigem Einspruch gescheitert ist. Die natürliche Bevorzugung des Mutterlandes kommt darin klar zum Ausdruck, daß von Englands Exporthandel 1912 in Höhe von 9943 Millionen Mark nicht weniger als 3830 Millionen Mark in die Kolonien gingen, so daß nur für 6113 Millionen Mark Waren völlig wettbewerbsfreie Gebiete aufsuchten (dagegen lauteten für Deutschland die entsprechenden Zahlen: 8956,51 und 8905 Millionen Mark, wonach die absolute deutsche Ausfuhr 1912 bereits die englische überflügelt hätte!). Dagegen betrug die deutsche Ausfuhr nach den englischen Kolonien nur 348,9 Millionen Mark. Trotz dieser günstigen naturgegebenen Bedingungen ging England dazu über, mit

Digitized by Google

seinen Kolonien Meistbegünstigungsverträge einzugehen. Die Initiative dazu schob es allerdings geschickt den Kolonien zu. Den Reigen eröffnete Kanada, mit dem Deutschland darüber in einen ergebnislosen Zollkrieg geriet, im Vertrag vom 1. August 1898 (vgl. oben, S. 184 u. 185). Neuseeland folgte 1903, die Südafrikanische Union im gleichen Jahre, 1907 Australien. In einzelnen Fällen machten diese Zollbegünstigungen bis zu 33⅓ Prozent aus.

Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen gegen den deutschen Wettbewerb ging ein jahrzehntelanger Pressefeldzug einher, der von der Aufklärung des Publikums über Artikel deutschen Ursprungs sich bis zur offenen Propagierung eines wirtschaftlichen Präventivkrieges steigerte. Ihren unverblümtesten Ausdruck erhielt dieser Wirtschaftskampf in einem Artikel Sir Alfred Monds in der „Saturday Review" im September 1897, der unverhohlen verkündete: „Wenn Deutschland morgen vernichtet wäre, so gäbe es in der Welt nicht einen Engländer, der übermorgen nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt, um ein Erbfolgerecht gekämpft. Müßten wir nicht um 250000000 Pfd. Sterl. jährlichen Handels Krieg führen? Wenn England einst erwacht und sieht, was seine einzige Hoffnung für eine gedeihliche Zukunft ist, dann nieder mit Deutschland!"

c) Politische Kämpfe.

α) Bis zum Abschluß der Entente cordiale mit Frankreich 1904.

„Eine militärische Großmacht, die ihre militärische Stärke so drastisch gezeigt hat, daß sie im normalen Laufe der Dinge eines Angriffs auf ihre Grenzen nicht gewärtig zu sein braucht, gewinnt gewissermaßen die nationalen Existenzbedingungen, durch die England zur ersten See- und Handelsmacht der Welt geworden ist. England durfte mit seinen Kräften und seinem Wagemut unbesorgt auf das Weltmeer gehen, weil es seine heimischen Grenzen durch die umgebende See vor feindlichen Angriffen geschützt wußte. Besitzt eine Kontinentalmacht eben diesen Schutz der Grenzen in ihrer gefürchteten, siegreichen und überlegenen Armee, so gewinnt sie die Freiheit zu überseeischer Politik, die England seiner geographischen Lage dankt. Sie wird Wettbewerberin auf jenem Felde, auf dem England die Herrschaft beansprucht." Fürst Bülow hat in seiner „Deutschen Politik" mit diesen lapidaren Sätzen den politischen Gegensatz zwischen England und Deutschland scharf umrissen, denn das Deutsche Reich war seit 1870 jener gefürchtete Gegner Englands geworden, der sich auf dem Kontinent die gleichen politischen Existenzbedingungen wie England geschaffen hatte. „Tatsächlich", sagt Bülow, „ist der Friede in erster Linie erhalten geblieben, nicht weil ein deutscher Angriff auf andere Nationen unterblieb, sondern weil andere Nationen die deutsche Abwehr eines etwaigen eigenen Angriffes fürchteten." Die drei großen siegreichen Kriege hatten Deutschland so unbestritten zur vorherrschenden Kontinentalmacht gemacht, daß der unversöhnliche Gegner Frankreich 20 Jahre völlig isoliert blieb, Rußland 1872 im Dreikaiserbündnis sich Deutschland verband, sich 1878 im Berliner Kongreß Deutschlands Führung unterstellte und noch 1887 den Rückversicherungsvertrag (S. 118) mit Deutschland abschloß. Erst in den 1890er Jahren wurde die Stellung Deutschlands auf dem Festland durch den Abschluß des russisch-französischen Zweibundes erschüttert, und nur steigenden Anstrengungen gelang die Erhaltung des Friedens, seitdem England mit dem Zweibund offen sympathisierte. Anfangs freilich, als der Zweibund noch in erster Linie gegen England gerichtet war, bedeutete er beinahe mehr eine Stärkung der weltpolitischen Stellung Deutschlands: denn das

Digitized by Google

Jahr 1895 brachte das gemeinsame Vorgehen Frankreichs, Deutschlands und Rußlands gegen das siegreiche Japan (Bd. I, S. 220) und zeigte England in „splendid isolation". Nachdem der Versuch Salisburys, durch einen Vertrag mit Deutschland über die Aufteilung der Türkei das Deutsche Reich von Rußland zu trennen, 1895 gescheitert war[1], brach sich die weltpolitische Neuorientierung Bahn, als Deutschland anfing, sich eine achtunggebietende Flotte zu bauen und damit „die gewonnene Freiheit zur überseeischen Politik" auch zu betätigen, und als zweitens England sich der Erkenntnis nicht mehr verschloß, daß Deutschland mit beinahe mathematischer Sicherheit den britischen Vetter im Welthandel einzuholen, ja zu überflügeln sich anschickte. Diese drei Momente: vorherrschende Stellung auf dem Kontinent, steigende weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und Flottenbau, zusammen riefen eine deutschlandfeindliche Politik in England hervor. „Die Feindseligkeit des englischen Publikums gegenüber dem deutschen Volk", berichtete der belgische Gesandte Graf Lalaing 1905, „... begründet sich ... auf Eifersucht und Furcht!" Eifersucht auf den deutschen Handel, Furcht vor der deutschen Flotte. Solange das Deutsche Reich nur Kontinentalmacht war, aber noch nicht Weltwirtschafts- und Seemacht, also etwa in der Zeit 1870 bis 1890, herrschte in England lediglich das Gefühl unbehaglicher Unsicherheit darüber, wie Deutschland seine Vormacht brauchen oder mißbrauchen werde. Der vielgeschmähte, später laut gepriesene Sansibar-Helgoland-Vertrag (S. 167) vom 17. Juni 1890 zeigte England noch keineswegs auf dem Wege zu entschlossener Gegnerschaft. Aber drei Jahre vorher hatte das Markenschutzgesetz (S. 192) bereits den Wirtschaftskrieg eingeleitet. Wirtschaftliche Gegnerschaft allein beherrschte bis zum Beginn des deutschen Flottenbaues die englisch-deutschen Beziehungen. Erst als 1898 der Marinestaatssekretär Tirpitz mit seinem denkwürdigen Flottenbauprogramm hervortrat, finden wir die ersten Anzeichen auch einer dauernden politischen Gegnerschaft. Noch aber versuchte England auf anderem Wege Deutschlands Pläne zu durchkreuzen, mit dem Danaergeschenk seiner Freundschaft. Es kamen Jahre, in denen England sich im Zweifel befand, welche von beiden Kontinentalmächten, Rußland oder Deutschland, zuerst so geschwächt werden müsse, daß es reif zum Bündnis gegen die andere Macht würde. England entschied sich zunächst dafür, beide Gegner direkt gegeneinander zu hetzen, und versuchte, Deutschland für einen Krieg gegen den östlichen Nachbar zu gewinnen. Als es das Deutsche Reich verschmähte, in einem zweifelhaften Bunde mit Frankreich während des Burenkrieges England in den Arm zu fallen und damit seine junge Seemacht aufs Spiel zu setzen — statt dafür dankbar zu sein, grollte England noch immer wegen des Kaisertelegramms an Ohm Krüger (s. oben, S. 168) —, erneuerte England 1901 einen schon 1898 in Zusammenhang mit Verhandlungen über China und Samoa gestellten, damals von Deutschland abgelehnten Bündnisantrag; als Dritten im Bunde schlug England diesmal Japan (1898 die Vereinigten Staaten) vor. Auch dieser Vorschlag scheiterte an Deutschlands Zurückhaltung, da es mit Recht eine Einmischung des Verbündeten in seine Flottenpläne (1900 zweites Flottenbauprogramm) fürchtete. Der in jener Zeit beginnende Kampf zwischen den bündnisfreundlichen Diplomaten wie Graf Paul Hatzfeldt, Baron Eckardstein, Graf Bernstorff auf der einen und den anglophoben Kreisen unter Führung des Admirals Tirpitz hat bis zum Ende des Weltkrieges hin das deutsche Volk hin und her gerissen. Das Ziel jener Diplomaten war es, das Deutsche Reich zum

[1] Über Bismarcks Versuche 1875—87, zu einem Bündnis mit England zu gelangen, berichtet Eckardstein im 2. Bande seiner Denkwürdigkeiten, S. 102—106. Der berühmte Bündnisvertrag Bismarcks vom 22. November 1887 in einem Briefe an Salisbury ist abgedruckt bei Otto Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges (Berlin 1918), S. 238—240.

Digitized by Google

„Juniorpartner des britischen Weltreiches" zu machen und „eine Verständigung mit England [zu] suchen, deren Bedingungen wir allerdings nicht frei hätten wählen können" (Bernstorff). So warf sich England dem Antipoden Japan (Vertrag vom 30. Januar 1902) in die Arme. Es gewann damit eine Macht, die geeignet war und sich bereit zeigte, die für notwendig erachtete Schwächung Rußlands herbeizuführen.

Wie die Demütigung von Faschoda (1898) Frankreich, so machte die Niederlage in Ostasien nunmehr Rußland bündnisreif. Die politische Einkreisung Deutschlands bis zur völligen Isolierung war der Zweck der Politik König Edwards VII. (seit 21. Januar 1901). Deutschlands vorderasiatische Absichten (Palästinareise des Kaisers 1898, Bagdadbahn-Abkommen 1902), durch die sich England unmittelbar angegriffen wähnte, beschleunigten die Verhandlungen, die am 8. April 1904 zum Kolonialvertrag mit Frankreich, zur Überreichung eines Vertragsentwurfs an den russischen Grafen Witte in Paris durch König Edward selbst und zur Erweiterung des Bündnisses mit Japan (12. August 1905) gediehen. Mitten hinein in diese Verhandlungen fällt der Plan eines deutsch-russischen Bündnisses. Wilhelm II., der 1898 seinem „lieben Nicky" sofort Mitteilung von dem englischen Bündnisangebot gemacht hatte, veranlaßte bei einer Zusammenkunft in den finnischen Schären am 24. Juli 1905 zu Björkö mit dem Zaren einen Bündnisvertrag, der die spätere Einbeziehung Frankreichs, eventuell auch der Vereinigten Staaten voraussah. Aber die verantwortlichen Staatsmänner, Bülow und Witte, lehnten die selbstherrlich getroffenen Einzelbestimmungen des Vertrages ab, wenn sie auch mit dessen Gesamttendenz einverstanden waren. Der Björkövertrag war, wie Hammann treffend sagt, das „Erzeugnis einer seltsam unwirklichen Phantasiewelt, in der man glaubt, mit höfischen Geheimtraktaten die Geschicke der Völker lenken zu können". Italiens Dreibundtreue wurde durch einen Vertrag mit Frankreich über Tripolitanien Ende 1901, dem auch eine Verständigung mit England folgte, zum erstenmal erschüttert, die Hinneigung der Vereinigten Staaten zu Deutschland durch Entgegenkommen Englands in der Panamakanalfrage (Hay-Pauncefote Vertrag 1901) abgekühlt. Bei Erneuerung des Dreibundvertrages im Juni 1902 auf zwölf Jahre versuchte Italien erstmalig, eine Änderung der Verpflichtungen zu erreichen. Englischen Versuchen dagegen, den Balkanzankapfel zwischen Rußland und Österreich einerseits, Österreich und Italien anderseits zu werfen, wurde durch die russisch-österreichischen Abmachungen zu Petersburg 1897 und die Mürzsteger Punktation 1903 sowie die österreichisch-italienischen Abmachungen über Albanien von 1897 und 1900 glücklich entgegengewirkt.

β) Die Marokko- und die Annexionskrise.

So war der Stand der Dinge, als die weltbewegende Marokkokrise eine erste Belastungsprobe für die neugegründete Entente wie für die Haltbarkeit des Dreibundes brachte. „Der von Deutschland geleitete Dreibund", charakterisierte Baron Greindl 23. September 1905 die Lage, „hat uns dreißig Friedensjahre in Europa beschert ... Die neue französisch-englisch-russische Triple-Entente würde kein Ersatz sein, sondern im Gegenteil eine Ursache dauernder Beunruhigung ... Vielleicht bereitet sich eine Neugruppierung der Großmächte vor, die die europäische Sicherheit mindern und deshalb zu unserem (Belgiens!) Schaden ausschlagen könnte." Der geradezu kriegerregende Charakter der englisch-französischen Entente sollte sich sehr bald deutlich genug erweisen, als von französischer Seite unter des Außenministers Delcassé Führung wie auch von englischer Seite die Sprache gegen Deutschland so herausfordernd wurde, daß letzteres nicht mehr schweigen konnte, ohne zum min-

Digitized by Google

desten eine moralische Niederlage zu erleiden. Das aber war Englands Absicht. „Indem England sich mit Japan verband und Frankreich nach und nach in ein ähnliches Verhältnis zog, glaubte es, das Mittel gefunden zu haben, sein Ziel dadurch zu erreichen, daß es die Kräfte Deutschlands hinreichend lahmlegte, um einen Krieg unmöglich zu machen" (Bericht Leghaits nach Brüssel 24. Oktober 1905). Frankreich dagegen, das, geradenwegs von Faschoda kommend, sich plötzlich wieder im Mittelpunkt des weltpolitischen Getriebes sah, drängte in Revanchetaumel und Machtdünkel zum Krieg. Und dieser Revanchegeist wieder weckte in England eine starke Stimmung für den Präventivkrieg, der der Zivillord der britischen Admiralität im Februar 1905 mit den Worten Ausdruck verlieh, man müsse seine Augen auf die Nordsee gerichtet halten und den ersten Schlag führen, bevor die Gegenpartei die Zeit gewonnen habe, aus den Blättern zu erfahren, daß der Krieg erklärt sei.

Diese Angriffe gingen wider Deutschlands Ehre. Es glaubte daher, vor aller Welt in einer nicht mißzuverstehenden Handlung den klaren Willen bekunden zu sollen, daß es sich nicht aus seiner Weltstellung herausdrängen lasse: so betrat auf des Reichskanzlers von Bülow ausdrücklichen Rat am 31. März 1905 Kaiser Wilhelm den Boden Marokkos. Er erklärte in Tanger, daß ein freies Marokko unter seinem unabhängigen Sultan der friedlichen Konkurrenz aller Völker geöffnet bleiben solle. Unmittelbar darauf erklärte die deutsche Reichsregierung, der ihr nunmehr mitgeteilte Marokkovertrag habe für das Deutsche Reich keine bindende Kraft und widerspreche den ausdrücklichen Bestimmungen des Madrider Vertrages von 1880. Auf Deutschlands Anregung schlug gleichzeitig der Sultan von Marokko die Berufung einer internationalen Konferenz vor. Die politische Lage erfuhr damit eine solche Verschärfung, daß die Kriegsfrage unmittelbar zur Diskussion stand. Nachdem Deutschland so klar seinem Willen Ausdruck verliehen hatte, blieb Frankreich nur noch die Wahl zwischen Konferenz (und das hieß diplomatischer Sieg Deutschlands) oder Verweigerung jeder Unterhandlung (und das bedeutete Krieg). England aber stand vor der Wahl, seinen zu stark ins Zeug gegangenen Verbündeten zur Annahme des Konferenzvorschlages zu überreden oder sich von Frankreich in einen, schließlich nicht beabsichtigten Krieg hineinziehen zu lassen. England zog die letztere Möglichkeit vor, da im Falle des Zustandekommens der Konferenz seine ganze Politik in Frage gestellt war. Es erklärte sich dem zaudernden französischen Kabinett Rouvier gegenüber bereit, Frankreich im Kriegsfalle durch Hilfstruppen zu unterstützen, die Flotte zu mobilisieren, den Kaiser Wilhelm-Kanal zu besetzen und 100000 Mann in Holstein zu landen. Als auch das noch nichts nutzte, bot es eine förmliche Militärkonvention und für den Kriegsfall die Landung von 200000 Mann in Belgien (!) an. Zwar war der völlig im Revanchetaumel befangene Außenminister Delcassé leicht für diesen Plan gewonnen, doch gelang es diesem nicht, seine Ministerkollegen zum Beitritt zu überreden; er mußte daher zum tiefsten Bedauern Englands, dessen König ihn in auffälligster Weise auszeichnete, am 6. Juni 1905 zurücktreten. Der durch die irische Frage veranlaßte Kabinettswechsel am 10. Dezember 1905, durch den Sir (1916 Lord) Edward Grey Außenminister wurde und der die Liberalen unter Campbell-Bannerman ans Ruder brachte, führte dazu eine Veränderung in der politischen Taktik Englands herbei, insofern sich die Liberalen keinesfalls zu bindenden Verträgen hergeben wollten. Grey, der nun die Seele der auswärtigen Politik blieb und der völlig eigenmächtig handelte (er zog nur Campbell-Bannerman, Asquith und Haldane ins Vertrauen), fand einen Ausweg, indem er sich auf „unverbindliche", in Wahrheit sehr weittragende militärische Besprechungen mit Frankreich einließ, in die nun auch das neutrale Belgien einbezogen wurde. Diese nahmen um die Jahreswende 1905/06 ihren Anfang, konnten aber in der Marokkofrage nicht mehr wirksam werden: Frankreich, vor der Aussicht auf unmittelbare Kriegsgefahr zurückschreckend, erklärte sich mit der Abhaltung einer internationalen Marokkokonferenz einverstanden, die dann von Januar bis März 1906 in Algeciras tagte (vgl. Abbildung in Bd. III, S. 216).

Obwohl auch Rußland, uneingedenk Deutschlands wohlwollender Neutralität während des Krieges mit Japan, mit aller Schärfe gegen Deutschland Stellung nahm, Spanien sich auf Grund eines Abkommens mit Frankreich im Bunde befand, Italien sich als unzuverlässig erwies, England und Frankreich aber direkt feindlich auftraten, während Österreich-Ungarn, Deutschlands einziger Freund unter den Mächten, desinteressiert war, errang

Digitized by Google

Deutschland doch, da man vor einem Krieg zurückschreckte, in der Algecirasakte vom 7. April 1906 einen diplomatischen Erfolg. Integrität und Souveränität Marokkos wurden verbürgt, wenngleich die Übertragung der Polizeiorganisation an Frankreich und Spanien den Keim zu neuen Schwierigkeiten in sich barg. „Die Lehre aus den letzten Ereignissen", bemerkte Baron Greindl, „ist die, daß Deutschland für sich allein imstande ist, seine Gegner in Schach zu halten. Das ist vielleicht der greifbarste Vorteil, den es aus der Marokkoaffäre gezogen hat." Viel wichtiger aber war die Lehre, daß Deutschland eben doch allein stand, und das hatte es selbst durch die geforderte Konferenz aller Welt unnötig vor Augen geführt!

In der Folge blieb England bemüht, die deutschfeindliche Stimmung nicht einschlafen zu lassen. Es begann 1906 mit dem Bau einer neuen Schiffsklasse, der Dreadnoughts, und trat unter Lord Roberts' (gest. 1914) Führung in eine Erörterung der Frage der allgemeinen Wehrpflicht ein. Der unermüdliche Reisende für Englands Geschäfte König Edward hatte 1907 in Gaëta mit König Viktor Emanuel III., in Cartagena mit Spaniens König hochbedeutsame Zusammenkünfte (vgl. die beigeheftete Tafel); ja selbst an Österreichs greisen Herrscher Kaiser Franz Josef trat er in Ischl heran, holte sich allerdings bei diesem eine kühle Absage, an der auch eine neue Zusammenkunft nichts änderte. In kluger Berechnung bediente sich England unterdessen im Haag auf der zweiten Friedenskonferenz der Geste des Friedensfreundes, indem es mit Abrüstungsvorschlägen hervortrat, denen Deutschland teils aus formal-juristischen, teils aus Gründen seiner eigenen Sicherheit die Zustimmung versagte.

Unterdessen führten die Verhandlungen mit Rußland in dem Petersburger Abkommen vom 31. August 1907 zu vollem Erfolg. England und Rußland einigten sich über ihre Interessengebiete im fernen und mittleren Osten, insbesondere in Persien, vor allem aber in der Türkei, deren traditioneller Beschützer England bis dahin gewesen war. Die Zusammenkunft zwischen Edward VII. und Zar Nikolaus in Reval (9. Juni 1908) besiegelte alle getroffenen Vereinbarungen. Die Verabredungen über die Türkei, die in Zusammenhang mit Rußlands wiederaufgenommenen Ansprüchen auf Konstantinopel und den panslawistischen Tendenzen Rußlands standen, führten unmittelbar zur zweiten großen Krisis. In Abwehr der betriebenen aggressiven Politik der ans Ruder gekommenen jungtürkischen Partei erklärte sich Bulgarien zum selbständigen Königreiche (Bd. III, S. 392), Österreich-Ungarn aber, gegen Rußland und Italien durch das Zugeständnis der Dardanellenöffnung beziehentlich der Räumung des Sandschak Nowipasar gedeckt, schritt zur endgültigen Annexion Bosniens und der Herzegowina (5. Oktober 1908).

England, das sich durch die ihm unbekannte russisch-österreichische Verständigung peinlich übergangen fühlte und die anlehnungsbedürftige jungtürkische Regierung unter seine Fittiche zu nehmen wünschte, zog nun seine Zustimmung zu Rußlands Anwartschaft auf die Dardanellen zurück und protestierte gegen den Schritt Österreich-Ungarns. Rußland aber nahm merkwürdigerweise nicht gegen das vertragsbrüchige England Stellung, sondern schürte den in Serbien hellauflodernden Chauvinismus bis zur Weißglut, so daß abermals die Uhr auf „diplomatische Niederlage oder Krieg" gestellt war. Diesmal nun nahm Italien ganz unzweideutig Stellung gegen die verbündeten Mittelmächte. Das Deutsche Reich, dessen auswärtige Politik seit 1908 Staatssekretär von Kiderlen-Wächter (gest. 30. Dez. 1912) leitete, obgleich von Österreich-Ungarn nicht in die Annexionspläne eingeweiht, trat doch mit „Nibelungentreue" so entschlossen an die Seite der Donaumonarchie, daß Rußland, vor der

Digitized by Google

Légation de Belgique
en France

N° 4054
1427
2 Annexes

Paris le 17/4 Juin 1907

DIRECTION POLITIQUE
N° 57 Dossier 2470
ENTRÉ LE 4 juillet

Monsieur le Ministre

Les relations amicales et l'entente qui existent depuis environ deux ans entre la France, l'Angleterre et l'Espagne viennent de s'affirmer par des liens plus précis qui caractérisent nettement le groupement des

Monsieur Davignon.
Ministre des Affaires Etrangères
Bruxelles

Belgisches Aktenstück. Eingang eines Berichtes des belgischen Gesandten in Paris A. Leghait an den Minister des Äusseren Davignon über das französische und englische Abkommen mit Spanien.

Nach „Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äusseren in Brüssel". Herausg. vom Auswärtigen Amt (Berlin 1915).

Digitized by Google

Digitized by Google

Erklärung zu der Tafel „Belgisches Aktenstück".

Nach der Einnahme Brüssels durch die deutschen Truppen 1914 wurden die Akten der belgischen Archive von den Deutschen einer sehr genauen Durchforschung unterzogen. Die Hauptabsicht dieser Durchsuchungen, bündige Beweise für das Bestehen fester belgisch-französisch-englischer Abmachungen militärischer Art zu erbringen, muß als gescheitert angesehen werden. Aber die Geschichtsforschung verdankt der Durchsicht der belgischen Aktenbestände doch die Veröffentlichung zweier hochwichtiger Sammlungen, die das Material über die Vorgeschichte des Krieges um eine wahre Fundgrube bereichert haben: die 1915 vom Auswärtigen Amt herausgegebenen „Belgischen Aktenstücke 1905—1914", 119 nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte, von den Gesandtschaften in Berlin, London und Paris erstattete Originalberichte, und die von Bernhard Schwertfeger 1919 herausgegebene fünfbändige Sammlung „Zur europäischen Politik 1897—1914", aus den Jahren 1897—1914 stammende Zirkularnoten der belgischen Regierung an ihre auswärtigen Vertretungen.

Der Bericht des Gesandten Leghait vom 17. Juni 1907, dessen Eingang die Tafel wiedergibt, hat folgenden Wortlaut (Nr. 33 der „Belgischen Aktenstücke"):

Paris, le 17. Juin 1907.

Monsieur le Ministre,

Les relations amicales et l'entente qui existent depuis environ deux ans entre la France, l'Angleterre et l'Espagne, viennent de s'affirmer par des liens plus précis qui caractérisent nettement le groupement des [puissances et le soin qu'elles prennent de se prémunir par des stipulations pacifiques contre d'autres eventualités.

La France et l'Angleterre viennent chacune de conclure simultanément avec l'Espagne un arrangement identique. D'après les déclarations faites hier par M. Pichon cet accord est d'ordre purement diplomatique et ne contient ni convention militaire, ni clauses secrètes. Il a pour objet le maintien du status quo dans les parties de la Méditerranée et de l'Atlantique qui intéressent les puissances contractantes. Celles-ci se garantissent mutuellement leurs possessions respectives et la liberté de leurs communications avec ces possessions. Le texte de cet arrangement a été communiqué aux gouvernements d'Allemagne, de Russie, d'Autriche-Hongrie, d'Italie, du Japon, des Etats-Unis et du Portugal.

Vous trouverez, Monsieur le Ministre, dans l'article ci-annexé des détails très exacts sur l'origine et la portée de ces accords ainsi que sur les instructions données aux ambassadeurs de France chargés de les expliquer aux gouvernements auprès desquels ils sont accrédités. Il ne s'agit pas d'une triple-alliance ni même d'un accord à trois qui eussent donné à cet arrangement une importance qui eût pu paraître alarmante à certaines chancelleries, mais si on

Paris, den 17. Juni 1907.

Herr Minister!

Die freundschaftlichen Beziehungen und das Einvernehmen, die seit etwa zwei Jahren zwischen Frankreich, England und Spanien bestehen, sind neuerdings in einer Weise gefestigt worden, die deutlich die Gruppierung der [Mächte und ihr Bestreben kennzeichnet, sich durch friedliche Abmachungen vor anderen Eventualitäten zu sichern.

Frankreich und England haben beide soeben gleichzeitig ein gleichlautendes Übereinkommen mit Spanien geschlossen. Nach den gestern von Herrn Pichon abgegebenen Erklärungen ist dieses Übereinkommen rein diplomatischer Natur und enthält weder eine Militärkonvention noch Geheimklauseln. Sein Zweck ist die Erhaltung des Status quo in den Teilen des Mittelländischen Meeres und des Atlantischen Ozeans, die für die vertragschließenden Mächte von Interesse sind. Dieselben garantieren sich gegenseitig ihren Besitzstand und die Freiheit des Verkehrs mit ihren Besitzungen. Der Text des Übereinkommens wurde den Regierungen Deutschlands, Rußlands, Österreich-Ungarns, Italiens, Japans, der Vereinigten Staaten und Portugals mitgeteilt.

In dem hier beigefügten Zeitungsartikel werden Sie, Herr Minister, ganz genaue Einzelheiten über den Ursprung und die Tragweite dieser Abmachungen sowie über die den französischen Botschaftern erteilten Instruktionen finden, die beauftragt wurden, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, das Übereinkommen zu erläutern. Es handelt sich nicht um eine Triple-Allianz, ja nicht einmal um ein dreiseitiges Abkommen, wodurch dem Übereinkommen vielleicht eine Wichtigkeit beigelegt worden wäre,

Digitized by Google

considère le but identique et la simultanéité des deux arrangements, on se rend compte qu'il existe bien un triple accord avec un même objectif.

Après l'arrangement franco-japonais[1] qui n'est qu'une habile manœuvre anglaise, la France trouve de nouvelles garanties pour ses possessions d'outre mer en s'associant à la politique de la Grande-Bretagne qui veut assurer le status quo dans la Méditerranée et empêcher qu'une autre puissance puisse y exercer une influence ou y acquérir des possessions.

On se plait à reconnaître que ces accords ont un caractère fort pacifique et l'on aime même à croire qu'ils sont une garantie de paix, mais on se demande aussi quelles sont les menaces qui justifient de si grandes précautions, la France bénéficie pour le moment de l'entente cordiale avec l'Angleterre et l'on glorifie ici les succès diplomatiques de M. Pichon, mais il ne manque pas de gens qui craignent qu'à force de vouloir assurer la paix on ne provoque la guerre; cette crainte est dans tous les esprits sages et ils s'efforcent de prémunir l'opinion publique et le Parlement contre la tentation de se laisser griser par ces succès sans prendre les précautions voulues contre les dangers auxquels ils s'exposent, ils rappellent sans cesse que si des difficultés devaient surgir en Europe, la France serait la première à en supporter le poids et à en subir les conséquences.

L'Angleterre prépare admirablement son terrain mais la France qui s'associe à sa politique a-t-elle toutes les garanties voulues pour ne pas en être un jour la victime? L'incertitude qui règne à ce sujet, permet de supposer qu'il existe entre elle et le gouvernement Britannique un accord plus complet que celui de l'entente cordiale mais qui resterait à l'état latent jusqu'au jour où les événements exigeraient la mise au jour de ses stipulations.

La France, pour se prémunir actuellement contre des périls peut-être illusoires ou pour fortifier la situation des dirigeants de la politique intérieure contracte une dette de reconnaissance qui lui semblera lourde le jour où l'Angleterre dévoilera dans quel but elle veut employer les influences qu'elle a groupées autour d'elle.

Veuillez etc. (s.) A. Leghait.]

[1] Offenbarer Fehler statt espagnol = spanischen.

die gewissen Kanzleien beunruhigend hätte scheinen können. Immerhin wird man sich aber angesichts des gleichen Zwecks und der Gleichzeitigkeit der beiden Abkommen darüber klar sein müssen, daß hier in der Tat eine dreiseitige Verständigung mit einem einheitlichen Ziel vorliegt.

Nach dem französisch-japanischen[1] Übereinkommen, das tatsächlich nur ein geschicktes englisches Manöver darstellt, erlangt Frankreich nunmehr neue Garantien für seine überseeischen Besitzungen dadurch, daß es sich der Politik Großbritanniens anschließt, die den Status quo im Mittelländischen Meer sicherstellen und verhindern will, daß eine andere Macht dort Einfluß gewinnen oder Besitzungen erlangen könnte.

Man erkennt wohl den durchaus friedfertigen Charakter dieser Abkommen an und glaubt gern, daß sie eine Friedensbürgschaft bilden, aber man fragt sich auch, welche Bedrohungen so große Vorsichtsmaßregeln rechtfertigen. Frankreich zieht für den Augenblick Vorteil aus der Entente cordiale mit England, und man hebt die diplomatischen Erfolge des Herrn Pichon in den Himmel. Dennoch fehlt es nicht an Leuten, die fürchten, man werde gerade durch das Bestreben, mit allen Mitteln den Frieden zu sichern, den Krieg hervorrufen. Diese Besorgnis hegen alle klugen Leute, und sie bemühen sich, die öffentliche Meinung und das Parlament gegen die Versuchung zu wappnen, sich durch solche Erfolge berauschen zu lassen, ohne die notwendigen Vorsichtsmaßregeln gegen die Gefahren zu ergreifen, denen sie sich aussetzen. Sie weisen unablässig darauf hin, daß, wenn Verwickelungen in Europa entstehen sollten, Frankreich zuerst den Druck auszuhalten und die Folgen zu tragen haben würde.

England bereitet sein Terrain in bewunderungswürdiger Weise vor. Aber hat Frankreich, das sich seiner Politik anschließt, auch alle nötigen Garantien, daß es nicht eines schönen Tages ihr Opfer wird? Die in dieser Hinsicht bestehende Ungewißheit berechtigt zu der Annahme, daß zwischen der französischen und der britischen Regierung weitergehende Abmachungen als die Entente cordiale bestehen, die aber bis zu dem Tage latent bleiben sollen, an dem die Ereignisse ihre Bekanntgabe erforderlich machen werden.

Um sich für den Augenblick gegen Gefahren zu rüsten, die vielleicht nur in seiner Einbildung bestehen, oder auch nur, um die Stellung der Leiter seiner inneren Politik zu festigen, lädt Frankreich eine Dankesschuld auf sich, die ihm schwer erscheinen wird, wenn eines Tages England die Zwecke enthüllen wird, zu denen es die Kräfte benutzen will, die es heute um sich geschart hat.

Genehmigen Sie usw. (gez.) A. Leghait.]

Digitized by Google

Verantwortung eines Krieges zurückschreckend, den serbischen Schützling kalt im Stiche ließ, der darauf in einer feierlichen Erklärung vom 31. März 1909 demütig den Tatbestand der Annexion anerkennen mußte. England, seit 1908 von einem Ministerium Asquith geleitet, hatte sich ganz unverhüllt kriegshetzerisch betätigt, um dem Deutschen Reich diesmal eine sichere diplomatische Niederlage zu bereiten.

γ) Verständigungsversuche und neue Krisen.

Der deutsch-österreichische Bund hatte einen ganz unzweifelhaften Erfolg davongetragen. Italien rückte seinen Verbündeten wieder näher, wennschon es sich auch weiter „Extratouren" (Rückversicherungsvertrag mit Rußland in Racconigi Ende Oktober 1909) leistete. Serbiens Großmannssucht war wenigstens für den Augenblick gebrochen, Rußland war merklich ernüchtert worden. Der neue Minister des Auswärtigen Sasanoff leitete eine vermittelnde Politik ein, die durch eine Herrscherzusammenkunft in den finnischen Schären im Juni 1909 gekennzeichnet wurde. Der russisch-japanische Vertrag vom 4. Juli 1910 richtete sich zwar in erster Linie gegen Amerika, bedeutete aber auch für England einen Ausschluß von den weltpolitischen Entscheidungen, die sich in China vorzubereiten schienen. Damit war zugleich das englisch-japanische Bündnis entwertet worden; der neue Vertrag zwischen den beiden Inselmächten vom 13. Juli 1911 trug den veränderten Verhältnissen Rechnung: er enthob England aller Bundespflichten gegen Mächte, mit denen es in Schiedsgerichtsverträgen stand, also in erster Linie gegen Amerika. Aber in Frankreich hatte der mit der Jahrhundertwende neu belebte Revanchegeist eine Aufmunterung erfahren, die zur Wiederaufnahme der herausfordernden Politik Delcassés führte. Die Kriegsdrohungen gegen Deutschland wurden so deutlich, daß das Deutsche Reich, um zu einer Verständigung zu gelangen, im Vertrage vom 9. Februar 1909 Frankreichs besondere politische Interessen in Marokko anerkennen mußte. England gegenüber aber mußte es auf stärkere Rüstung bedacht bleiben. Von weitesten Kreisen des deutschen Volkes ermuntert und unterstützt, ging auch Deutschland nunmehr zum Bau von Großkampfschiffen über, wodurch ein erhebliches Stück des englischen Flottenvorsprungs eingeholt wurde. Österreich-Ungarn folgte mit einer Flottenreorganisation. Auf dieser gefestigten Grundlage konnte dann das Deutsche Reich den Versuch wagen, auch mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Der neue Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der im Juli 1909 Bülow gefolgt war, machte ihn im Verein mit dem Freiherrn von Kiderlen-Wächter, nachdem der seit Jahren schuldige Besuch König Edwards in Berlin im Februar 1909 die arge Verstimmung zwischen Oheim und Neffen gemildert hatte. Deutschland trat im August dieses Jahres in kolonialpolitische Unterhandlungen ein über Afrika und Vorderasien. Jedoch zeigte das zweideutige Spiel Englands in der Bagdad-

König Georg V. von England.

Digitized by Google

bahnfrage, daß es noch nicht gewillt war, in wahrhaft freundschaftlicher Weise ohne Hinterhalt mit Deutschland zu verkehren. Die Verhandlungen scheiterten daher mit England, konnten aber mit Rußland zu Ende geführt werden: die Potsdamer Verhandlungen vom 4. November 1910 führten zum Abschluß eines Abkommens (19. August 1911 unterzeichnet), das Deutschlands wirtschaftliche Interessen in Vorderasien anerkannte und beide Mächte verpflichtete, sich in keinerlei aggressive Kombination wider den andern Staat einzulassen. Damit war eine Entspannung eingeleitet, die bisherige Gruppierung der Mächte blieb aber bestehen

Die Westmächte waren nicht gewillt, ein Scheitern ihrer jahrelangen Bemühungen zuzugeben. Sir Edward Grey, der politische Testamentsvollstrecker König Edwards VII. (gest. 6. Mai 1910; ihm folgte sein Sohn Georg V.; s. die Abbildung S. 199), nahm die Fäden des zu Boden gefallenen Umstrickungsnetzes wieder auf, und zwar wurde abermals Marokkos heißer Boden zum politischen Hexentanzplatz erkoren. Angeblich zum Schutze der Europäer unternahm Frankreich, während England in Friedensversicherungen und Hetzreden gegen Deutschland zugleich das Allererdenklichste leistete, den berühmten Zug nach Fes. Gegen Rußland durch die eben getroffenen Vereinbarungen gedeckt, erhob Deutschland ganz energischen und nicht mißzuverstehenden Einspruch. „Ein Durchbrechen wesentlicher Bestimmungen der Algecirasakte", schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" warnend am 1. Mai 1911, „... würde sämtlichen Mächten ihre Aktionsfreiheit wiedergeben und könnte damit zu Konsequenzen führen, die sich zurzeit nicht übersehen lassen." Frankreich schien zunächst klein beigeben zu wollen, England tobte. Da wurde am 23. Juni 1911 das französische Kabinett Monis gestürzt, und das neue Ministerium Caillaux erklärte sich an keine Abmachungen gebunden. Deutschland war gezwungen, seinen Willen noch deutlicher kundzutun: es entsandte das Kanonenboot „Panther" am 1. Juli nach Agadir. Während die öffentliche Meinung in England so sehr wie die englische Regierung hierin eigentlich bereits den casus belli gegeben sahen und jede Verhandlung zu hintertreiben suchten, ließ sich Frankreich unter dem vernünftigen Einfluß seines Premiers Caillaux auf Verhandlungen ein, zu denen schließlich auch England grollend seine Zustimmung erklärte, als es erkennen mußte, daß seine Flotte nicht schlagfertig war. So kam nach monatelanger Krise, die am 21. Juli mit einer drohenden Rede des impulsiven Schatzkanzlers Lloyd George ihren Höhepunkt erreicht hatte und zu ganz offenen Kriegsrüstungen Englands zu Wasser und zu Lande führte, am 4. November 1911 das deutsch-französische Abkommen zustande, durch das gegen eine Entschädigung Deutschlands im Kongo die französische Schutzherrschaft über Marokko begründet wurde. Die Empörung der öffentlichen Meinung in Frankreich und der Sturz Caillaux', an dessen Stelle der lothringische Chauvinist Raymond Poincaré trat, zeigten deutlich, daß Frankreich auch damit noch lange nicht befriedigt war: Deutschland aber war angesichts des Resultates seines „Pantersprunges" ebensowenig wohl zumute. England aber versuchte alles auf ein Mißverständnis zurückzuführen und erklärte durch den Mund Greys im Unterhause (27. November 1911), es „wünsche nur auf gutem Fuße mit Deutschland zu leben, ohne dabei aber seine anderen Freundschaften zu opfern". Zutreffend urteilte über diese gewundene Erklärung der belgische Diplomat Baron Greindl (9. Dezember 1911): „Was aus der Rede Sir Edward Greys am deutlichsten hervorgeht, ist, daß er die Politik der Triple-Entente in dem Geist fortführen will, in dem er sie bisher geführt hat, d. h. in deutschfeindlichem Sinne."

Die Stimmung, die Anfang 1912 in England zum Durchbruch kam, war keine rosige.

Digitized by Google

Etwas von allgemeinem Katzenjammer lag über den politischen Kreisen Englands. Man wagte, wie Graf Lalaing nach Brüssel berichtete, sich kaum einzugestehen, daß man anscheinend päpstlicher als der Papst gewesen war und unversöhnlicher als der Freund, dem man hatte helfen wollen. Die Opposition im Parlament wies auf das Gefährliche einer Isolierung Deutschlands hin; man fühlte sich in seinen politischen Entschließungen nicht frei, im Schlepptau der französischen Revanchepolitik hängend. Die liberale Partei verlangte die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschland, und die Regierung hatte selbst den Wunsch, aus der durch die langandauernde Krise geschaffenen Situation herauszukommen. Churchill aber gab, gerade während in Berlin über die Flottenfrage unterhandelt wurde, in einer vielbeachteten Rede in Glasgow die Erklärung ab, für England sei eine starke Flotte eine Notwendigkeit, für Deutschland ein Luxus. Und der englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, erklärte die deutsche Flotte nach Baron Beyens Zeugnis für eine persönliche Liebhaberei des Kaisers, dem es — „Spaß" mache, sie ohne Not zu vermehren. An solchen unausrottbaren Vorurteilen scheiterten die sich anspinnenden Neutralitätsverhandlungen zwischen England und Deutschland. Die englische Regierung glaubte zu einer Verständigung mit Deutschland am schnellsten auf dem Wege eines Flottenabkommens zu gelangen. Mit diesbezüglichen Aufträgen wurde der Kriegsminister Haldane nach Berlin entsendet. Der Reichskanzler faßte sofort weit darüber hinaus ein allgemeines Neutralitätsabkommen ins Auge, auf dessen Basis sich leicht eine Verständigung auch über das Flottenverhältnis hätte herbeiführen lassen. Jedoch wies Haldane einen ihm vorgelegten Vertragsentwurf als viel zu weitgehend zurück. Einen zweiten Entwurf, nach dem sich beide Staaten die Neutralität zusichern sollten in einem Kriege, in dem der andere nicht als Angreifer bezeichnet werden könne, legte Haldane zwar in London vor; aber erst Mitte März trat England, nicht ohne daß erst Deutschland ausdrücklich darum gebeten hatte, mit Gegenvorschlägen hervor: England werde ohne Herausforderung keinen Angriff auf Deutschland unternehmen, es stehe in keinem Vertrag und werde einen solchen auch nicht eingehen, dessen Gegenstand oder Teilgegenstand ein Angriff gegen Deutschland sei. Dagegen könne, erklärte Grey dem deutschen Botschafter Grafen Metternich, von einem direkten Neutralitätsabkommen mit Rücksicht auf Frankreich keine Rede sein. Die deutsche Regierung mußte daraus entnehmen, daß England nur unter Fortführung der bisherigen Ententepolitik in bessere Beziehungen zu Deutschland kommen wollte. Sie ließ daher die Verhandlungen über einen allgemeinen deutsch-englischen Ausgleich unter den Tisch fallen, nachdem England auf einen neuen Vorschlag, seine Neutralität in dem Falle zu erklären, daß Deutschland ein Krieg aufgezwungen werde, rundweg abgelehnt hatte. Damit waren auch die Aussichten auf Abänderung der Flottenpläne vernichtet. Gleichwohl erklärte v. Tirpitz im Februar 1913 das von Churchill festgestellte Verhältnis der Großkampfschiffe 16 : 10 als annehmbar, und es wurde so schließlich doch noch eine Basis für künftige Flottenvereinbarungen geschaffen. Die Person des glänzendsten deutschen Diplomaten, Freiherr v. Marschall, der 1912 nach London als Botschafter ging — dagegen hatte England 1908 seinen Berliner Botschafter Sir Frank Lascelles wegen zu großer Deutschfreundlichkeit abberufen! —, wie auch die pazifistischen Neigungen und intimen Beziehungen seines Nachfolgers, des Fürsten Lichnowsky, zum englischen Adel versprachen eine weitere Besserung der Beziehungen. Das heraufziehende Balkangewitter stellte alles wieder in Frage und beschwor schließlich in seinen Weiterungen unmittelbar den Weltkrieg herauf.

Digitized by Google

Es steht außer Zweifel, daß der Ursprung der seit 1912 latenten Balkankrise bis zum Mord von Sarajewo hin im russischen Panslawismus ruht. Wenn also die Frage nach dem bewußten Willen zum Weltkrieg gestellt wird, liegt ihre Antwort außer Zweifel: Rußland allein hat den Krieg gewollt und bewußt herbeigeführt. Damit ist aber die Frage nach der moralischen Schuld noch nicht entschieden! Indem England 1912 Deutschlands ehrlichen Vorschlag zu einer Verständigung in ihrem wichtigsten Teile, der Frage eines Neutralitätsabkommens, mit der Begründung ausschlug, alle Abmachungen mit Deutschland dürften in keiner Weise die bestehenden Verhältnisse zu anderen Staaten berühren, hat es das Netz der unseligen Einkreisungspolitik nicht durchschnitten und den russischen Panslawismus geradezu ermuntert, sein Haupt neu zu erheben. Und ferner hat sich England mit der erreichten Flottenverständigung des Verhältnisses 16 : 10 nicht begnügt, sondern obendrein noch Deutschlands ehrlichen Willen zur Einhaltung des Abkommens in Zweifel gezogen. So wenig sich leugnen läßt, daß England in der Folge Versuche nicht unterlassen hat, einen internationalen europäischen Konflikt zu vermeiden und die uferlose russische Ausdehnungspolitik einzudämmen, so hat es doch niemals die Gemeinschaft mit dieser aufgegeben. Lediglich eine grundsätzliche Abkehr von den ins Verderben führenden Wegen der Einkreisungspolitik konnte Europa wirklich auf die Dauer von dem Alpdruck einer ewigen Kriegsgefahr retten. Selbst wenn England seit 1912 einen Krieg nicht mehr wünschte, hat es doch nie aufgehört, Deutschlands Niederlage zu wünschen, und alle Friedensbemühungen im letzten Augenblick scheiterten an dem Übermaß von Schuld, das England bis dahin in zehnjähriger Politik auf sich geladen hatte. Nach der Marokkokrise von 1911 gab es nur die Wahl zwischen einer deutsch-englischen Verständigung und dem Krieg, früher oder später. Wenn es noch zweieinhalb Jahre hindurch gelang, den drohenden Zusammenbruch aufzuhalten, so ist England zwar daran nicht jedes Verdienst abzusprechen, aber die Schuld an dem schließlich doch hereinbrechenden Krieg wurde damit nicht abgewaschen. Österreich-Ungarns größte Schuld war seine Schwäche; es zog die Begehrlichkeit seiner Nachbarn damit groß. Plötzliche, fast launenhafte Aufwallungen seines Prestiges machten die Schuld nur noch größer. Deutschland aber trifft die Schuld, daß es sich immer vertrauensvoller von den Diplomaten des Balkanhauptplatzes ins Schlepptau nehmen ließ.

Der wankelmütige Dreibundgenosse Italien hatte damals die allgemeine Verwirrung benutzt, auf sein ihm von England-Frankreich zugestandenes Interessengebiet Tripolitanien, wo sich der Einfluß jungtürkischer Umtriebe bemerkbar machte, rasch die Hand zu legen, ehe die junge Türkei noch zu genügendem Widerstande erstarkt war. Der daraus folgende, für Italien wenig rühmliche Tripolitanische Krieg (Bd. III, S. 218 f.) zog sich fast durch ein Jahr hin und wurde durch den Lausanner (Ouchyer) Friedensvertrag vom 15. Oktober 1912 beendet. Mit gemischten Gefühlen sahen die Dreibundmächte Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich dem Krieg zwischen dem halb abtrünnigen Verbündeten und der befreundeten Türkei zu, während England zweifellos Italien zu seiner Aktion ermuntert hatte. Einer Ausdehnung des Kriegstheaters auf die Dardanellen traten die Mittelmächte ebenso wie England entgegen, doch wurde eine vorläufige Besetzung des Dodekanesos zugestanden. Indessen ließ sich ein Übergreifen des Brandes auf den Balkan nicht mehr verhindern. Rußland hatte sich seit längerem bemüht, durch eine panslawistisch gesinnte, skrupellose Diplomatie auf dem Balkan vertreten, unter seiner Leitung einen Bund der Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei gegen den österreichischen Rivalen zustande zu bringen, um von vornherein bei einem Akutwerden der Balkanfrage die Donaumonarchie von deren Entscheidung auszuschließen. Zur Unzeit entlud sich das Gewitter gegen die Türkei, da die Balkanstaaten fürchteten, einer erstarkenden Türkei künftig nicht mehr gewachsen zu sein. In engen Militärkonventionen verbündet, traten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro gleichzeitig in den Krieg gegen die Türkei ein, um sich die im voraus verteilte Beute zu sichern. Dem anfangs selbst überraschten Rußland war auch diese Wendung recht; alles kam darauf an, in der zur europäischen Frage sich auswachsenden Balkankrise den Bündnismechanismus ablaufen zu lassen. Sasanoff unternahm es, persönlich England zu einer Aktion der Entente gegen den Dreibund auf dem Balkan-Schachbrett zu gewinnen: doch England

Digitized by Google

lehnte ab! Ihm konnte ein europäischer Konflikt unter russischer Führung keinesfalls genehm sein. Mit der Türkei stand es wieder in freundschaftlichen Beziehungen, die Ernüchterung nach der kaum überstandenen Marokkokrise wirkte noch nach, es mißtraute Rußland, gönnte ihm vor allem die Dardanellen nicht. So erklärte es sich für ein gemeinsames Eingreifen der Mächte zur Lokalisierung des Balkanbrandes; am 8. Oktober trat das europäische Konzert mit der gemeinsamen Forderung des Statusquo auf dem Balkan hervor (Bd. IV, S. 309f.). Doch gab Rußland sein Spiel noch nicht verloren; die raschen Erfolge der verbündeten Balkanarmeen machten die Forderung der Mächte gegenstandslos, Rußland forderte Österreich-Ungarn durch „Probemobilisationen" an der galizischen Grenze zu Gegenmaßregeln heraus. Während Österreich-Ungarn in weiser Mäßigung die Besetzung des Sandschak Nowipasar durch Serbien zuließ, trat es dagegen dem südwestlichen Vormarsch in Gemeinschaft mit Italien energisch entgegen. Auf Grund des von Rußland angeblich selbst verfochtenen Nationalitätenprinzips bestanden die Mittelmächte auf der Gründung eines selbständigen albanischen Staates. Wieder war die europäische Kriegsfrage aufgeworfen. Diesmal aber beharrte England selbst auf dem Frieden, und es zwang dadurch das schlechtgerüstete und um seine am Balkan investierten Kapitalien besorgte Frankreich an seine Seite — eine Entwickelung, wie sie sich 1914 bei gleicher Haltung Englands mit derselben Folgerichtigkeit hätte ergeben müssen. Italien erkannte die Interessengleichheit mit seinen Verbündeten und erneuerte am 7. Dezember den Vertrag mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. Die Londoner Botschafterkonferenz, auf den übereinstimmenden Friedenswillen Deutschlands und Englands gestützt, brachte am 30. Mai 1913 den Londoner Frieden zustande, der den ersten Balkankrieg beschloß. Der Balkan wurde schlecht und recht im Sinne des Nationalitätenprinzips aufgeteilt. Doch verblieb genug Konfliktsstoff in der Luft. Serbien, durch die Aufrichtung Albaniens beeinträchtigt, brachte Griechenland und Montenegro gegen den beargwöhnten Bundesgenossen Bulgarien zu gemeinsamem Krieg, den das unritterliche Eingreifen Rumäniens zuungunsten Bulgariens entschied. Im Frieden zu Bukarest, der am 10. August 1913 diesen zweiten Balkankrieg beschloß, mußte Bulgarien alle Ansprüche der neidischen Nachbarn befriedigen. Rußlands Schoßkind Serbien triumphierte über Bulgarien, als dessen Schutzherr Österreich-Ungarn auftrat, was wiederum eine Entfremdung Rumäniens vom Dreibund nach sich zog.

Die Balkankrise hatte Rußlands Kriegswillen ganz unverhüllt offenbart. Hatte sich England auch im Verlaufe der Krise ehrlich um den Frieden bemüht, so bedeutete doch die bloße Möglichkeit, daß es sich auch anders hätte entscheiden können, für die Zukunft die furchtbarste europäische Kriegsgefahr. Frankreich stand dann sofort auf seiten Rußlands und Englands. Für die Zukunft hing daher alles davon ab, ob England an seiner Bündnispolitik mit Rußland und Frankreich festhielt oder nicht. Blieb die Entente bestehen, so war in dem Augenblick der Krieg unvermeidlich, da ihn England nicht mehr verhinderte.

Das Deutsche Reich zog aus dieser Lage die Folgerung, die es ziehen mußte. Unter fast einmütiger Zustimmung der ganzen Nation gab der Reichstag, nachdem bereits 1912 eine erhebliche Heeresvermehrung beschlossen worden war, im Juni 1913 seine Zustimmung zu einer Erhöhung der Heeresstärke um 136000 Mann. Österreich-Ungarn entschloß sich gleichzeitig zu einer Erhöhung des Mannschaftsolls um 31300 Mann.

England aber zeigte sich entschlossen, an seiner Koalitionspolitik festzuhalten, zunächst und unter allen Umständen an seinem Bündnis mit Frankreich. Eine von Frankreich erstrebte Militärkonvention einzugehen, lehnte es allerdings als seinen politischen Grundsätzen

Digitized by Google

zuwider ab, dagegen verpflichtete sich die englische Regierung in einem offiziellen Briefwechsel zwischen Grey und Cambon, dem französischen Botschafter in London, vom 21.—23. November 1912 zu einem Gedankenaustausch über die gemeinsam zu treffenden Maßnahmen im Falle eines drohenden Angriffs: die Umsetzung dieser Vereinbarung in die Praxis, wie sie im Juli/August 1914 erfolgte, bewies, daß sie in ihren Folgen einer Konvention völlig gleichkam. Bereits vorher, im September 1912, war eine vollständige Flottengemeinschaft insofern durchgeführt worden, als Frankreich die Verteidigung des Mittelmeeres, England die der französischen Nordseeküste übertragen wurde. Damit gewann in Frankreich die Revanchepartei endgültig die Oberhand, und die Führung der Entente ging überhaupt zeitweise auf Frankreich über. Poincaré wurde 1913 Präsident der Republik, Delcassé ging als Botschafter nach Petersburg, der Finanzminister Caillaux aber wurde wegen angeblicher Deutschfreundlichkeit durch einen systematischen Pressefeldzug (unter anderen des darauf von seiner Frau ermordeten „Figaro"-Redakteurs Calmette) aus dem Sattel gehoben. Die Zusage Rußlands zu bedeutenden Rüstungen, insbesondere zum Ausbau des strategischen Eisenbahnnetzes und einer Erhöhung des Heeresetats auf 2,32 Millionen Mann, erkaufte die Republik mit der Bewilligung einer Anleihe von 2½ Milliarden Francs. Damit gewann auch in Rußland sofort wieder die kriegslüsterne Hofpartei unter dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch die Oberhand. Mit dem Schlagworte, der Weg nach Konstantinopel ginge über Berlin und Wien, wurde der Politik nunmehr eine direkt deutschfeindliche Richtung gegeben, während man gegen die vermeintlich zur Selbstauflösung verurteilte Donaumonarchie mit allen verwerflichen Mitteln der Spionage, der unterminierenden Geheimagitation und Revolutionierung der serbokroatischen, ruthenischen und tschechischen Gebiete arbeitete. Die serbische Narodna obdrana (Bd. IV, S. 354) und hochverräterisch gesinnte tschechische Sokolvereine untergruben, von Rußland unterstützt und angefeuert, die Fundamente des Staates. Die Balkanstaaten wurden zur Neugruppierung eines Bundes mit der alleinigen Spitze gegen Österreich eifrig umworben, und schließlich schritt Rußland zur direkten Kriegsvorbereitung, indem es seit Frühjahr 1914 Truppen an der deutschen Grenze massierte. Zugleich nahm Rußland in der hohen Politik eine zunehmend feindliche Haltung gegen das Deutsche Reich ein. Es zwang durch energischen Einspruch im Januar 1914 den Sultan der Türkei zu anderweiter Verwendung des zum Kommandeur des 1. türkischen Armeekorps bestimmten deutschen Generals Liman von Sanders-Pascha. Bei den Verhandlungen über die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrags trat ebenfalls eine Animosität der russischen Diplomatie gegen Deutschland zutage.

Mit dem ruhigen Gewissen des Biedermannes betrieb unterdessen England seine Verständigungsaktion mit Deutschland fort, während es sich immer tiefer in die Netze einer Gewalt- und Machtpolitik verstrickte. Die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über koloniale Interessen führte am 14. Juni 1914 zur Unterzeichnung der Verträge. Es wurde eine volle Verständigung über die vorderasiatischen Interessen erzielt, auch über Mittelafrika wurden grundlegende Vereinbarungen getroffen. Ihre Einzelheiten sind durch die Kriegsereignisse überholt. Die Verhandlungen über Vorderasien hatten auch einen Meinungsaustausch zwischen Deutschland einerseits und Rußland und Frankreich anderseits zur Folge. Sie führten zu einem deutsch-französischen Abkommen vom 14. Februar 1914. Rußland wurden Einflußgebiete am Schwarzen Meer eingeräumt. Die Türkei erkannte alle diese Abmachungen durch Vergebung von Eisenbahn- und Hafenkonzessionen an.

Digitized by Google

So erfreulich alle diese Einzelverständigungen waren, konnten sie doch über den gefährlichen Charakter der englischen Politik im allgemeinen nicht hinwegtäuschen. Wenn auch zeitweilig die öffentliche Meinung in England, wie beim 25jährigen Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers 1913, Deutschland gerechter wurde, sein Ausdehnungsbedürfnis bisweilen als gerechtfertigt anerkannte, die Grundstimmung blieb doch unfreundlich, ja feindlich. Dem vereinbarten Flottenverhältnis 16:10 wurde England untreu, indem es dasselbe durch Hinzunahme der Kolonialflotten auf 2:1 verschob. Der englisch-französische Kriegsplan wurde unter Hinzuziehung Belgiens aufs genaueste ausgearbeitet, gemeinsame Generalstabskonferenzen wurden abgehalten, englische Waffendepots in Frankreich, z. B. in Maubeuge, errichtet. In London wurde aus dem englischen Außenminister, dem russischen und französischen Botschafter eine Art diplomatische Aktionszentrale gebildet, die ermächtigt war, jederzeit zusammenzutreten und über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Die bei dem Besuch König Georgs V. von England in Paris im April 1914 gepflogenen Beratungen, an denen Grey teilnahm, führten zwar nicht zu dem von Frankreich sehnlich gewünschten förmlichen Bündnisse, aber England trat doch dem Gedanken einer Marinekonvention mit Rußland näher; es wurden darüber in den folgenden Wochen eifrig Verhandlungen gepflogen. Mit den Deutschland benachbarten Kleinstaaten wurde in Fühlung getreten und ihnen „zum Schutze ihrer Freiheit gegen die deutsche Hegemonie" ein Zusammenschluß ernstlich empfohlen. Den Erfolg hatten die mit einem energischen Pressefeldzug Hand in Hand gehenden Bemühungen zum mindesten, daß die öffentliche Meinung in Dänemark, Norwegen und Holland genügend im Sinne der Entente auf den bevorstehenden Krieg vorbereitet war. Wenn der Versuch, Spanien in die Einkreisung einzubeziehen, schließlich mißglückte, lag das nur daran, daß im ungünstigen Augenblick, gerade nach den zu Cartagena (10. Oktober 1913) getroffenen Vereinbarungen, ein Kabinettswechsel eintrat. Dafür war Italien aus der Dreibundgefolgschaft wieder so gut wie herausgezogen worden, nachdem es sich durch die Rivalität gegen Österreich in Albanien völlig in den beschränkten Horizont seiner Adriapolitik hatte zurücktreiben lassen.

* * *

Die Saat war reif. Rußlands Barbarenstolz lehnte sich gegen die Überlegenheit der deutschen Kultur auf, seine herrschende Kriegspartei trieb bewußt zum Kriege. Frankreich hatte mit der Einführung der dreijährigen Dienstzeit seiner Revanche einen Termin gesetzt, an dem sie spätestens verwirklicht werden mußte, wenn sie noch einen Sinn haben sollte. Das stolze England aber hatte sich, durch seinen Handelsneid und seine Machtansprüche fortgetrieben, vor den Schlitten des Panslawismus und der Revanche spannen lassen. An ihm war es, in der Stunde der Gefahr wider den Stachel zu löken oder aber seine ausschlaggebende Stimme in die tief sich senkende Wagschale des Krieges zu werfen. Deutschlands Aufgabe aber war es, wenn es ihm nicht gelang, zu einer Verständigung zu gelangen oder die weltpolitische Konstellation zu ändern, in einer so hoffnungslosen Situation dem Frieden jedes nur mögliche Opfer zu bringen, vor allem seinen Verbündeten an der Donau scharf im Auge zu behalten, damit er nicht abermals im Vertrauen auf das Nibelungenschwert eine Prestigepolitik eigenmächtig betrieb, die seiner Schwäche so wenig anstand.

d) Kriegsausbruch.

„Frankreich und Rußland wollen den Krieg nicht", meldete am 13. Juni 1914 die „Petersburger Börsenzeitung", „aber Rußland ist bereit und hofft, daß Frankreich es gleich-

Digitized by Google

falls sein wird." Vierzehn Tage später erfolgte das welterschütternde Ereignis, das den Wagen ins Rollen bringen sollte. Als am 28. Juni 1914, dem 525. Jahrestage der Schlacht auf dem Amselfelde (Bd. IV, S. 339 f.), der Erzherzogthronfolger von Österreich-Ungarn Franz Ferdinand d'Este am Schlusse größerer Truppenübungen, die er in den Reichslanden abgehalten hatte, mit seiner Gemahlin, der Herzogin Sophie von Hohenberg, zu einem feierlichen Besuch nach der Landeshauptstadt Sarajewo kam, feuerte ein Gymnasiast, nachdem unmittelbar vorher ein Bombenanschlag fehlgegangen war, zwei Revolverschüsse gegen den erzherzoglichen Wagen, durch die der Erzherzog tödlich verwundet, seine Gemahlin sofort getötet wurde. Eine zitternde Erregung ging durch die Donaumonarchie, die nun wirklich der oft vorausgesagten Auflösung entgegenzugehen drohte, helle Empörung erfaßte die ganze zivilisierte Welt. Es stand von vornherein außer Zweifel, daß das Attentat nicht die Tat eines einzelnen Fanatikers, sondern nach dem wohlüberlegten Plan einer hochverräterisch gesinnten staatsfeindlichen Gesellschaft begangen worden war, die den Anschluß der serbokroatischen Gebiete Österreich-Ungarns an Serbien erstrebte und den gefürchteten „starken Mann" Österreichs hatte beseitigen wollen. Die Fäden der Verschwörung führten nach Belgrad; es wurden sofort Beweise dafür erbracht, daß der Plan in Belgrad unter Leitung der Narodna obdrana ausgeheckt worden war.

Der allgemeinen Stimmung gab der englische Gesandte in Wien treffend Ausdruck, wenn er erklärte, das englische Volk verdamme das fluchwürdige Verbrechen von Sarajewo; kein Engländer hege die geringste Sympathie für Serbien und gönne ihm eine wohlverdiente derbe Lektion. Die Tat war so ungeheuerlich, die Begleitumstände so belastend, daß nichts anderes möglich schien, als daß Österreich-Ungarn ungehindert werde in Belgrad Genugtuung holen können. Man erblickte auch in Wien in der Regelung der sich ergebenden Differenzen zwischen dem serbischen und dem Donaustaat eine nur diese beiden Staaten berührende innere Angelegenheit, ging mit einer zeitraubenden Sorgfalt an die Untersuchung des Vorfalls und überreichte endlich am 23. Juli nach vorheriger allgemeiner Verständigung Deutschlands und Englands an den Nachbarstaat, der bis dahin lediglich seinem Abscheu über das Attentat Ausdruck verliehen und erklärt hatte, die Umtriebe verdächtiger Elemente verfolgen zu wollen, eine auf 48 Stunden befristete Note, in der Genugtuung verlangt wurde. Indem man den Mächten erst am 24. Juli von diesem Schritt Kenntnis gab, wurde jede Möglichkeit einer Einmischung glatt abgeschnitten. Pünktlich nach 48 Stunden erfolgte die Antwort Serbiens.

Gerade als die Mordtat von Serajewo geschah, hatte das Wiener Außenministerium eine ausführliche Denkschrift über die künftig zu befolgende Balkanpolitik angesichts der von Rumänien ausgehenden, gegen die Monarchie gerichteten Balkanbundpläne aufgesetzt, die den beiden verbündeten Kaisern vorgelegt werden sollte. Kaiser Franz Josef übersandte die Denkschrift Wilhelm II. durch den Grafen Hoyos, und Bethmann Hollweg erklärte am 6. Juli 1914 dem k. und k. Botschafter Grafen Szögyenyi, nach einer tags zuvor stattgefundenen Besprechung beim Kaiser[1], das Wiener Kabinett könne, wie immer auch seine Entscheidung gegen Serbien falle, mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe. Ebenso versicherte der Kaiser in einem Schreiben vom 14. Juli aus Bornholm den Verbündeten seiner unbedingten Bundestreue; er müsse es sich aber versagen, zu der zwischen Österreich und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Graf Berchtold, dessen Politik darauf hinauslief, sich der Unterstützung des Verbündeten für alle Fälle

[1] Die hieran sich anknüpfende angebliche Beratung militärischer Stellen unter Vorsitz des Kaisers in Potsdam, in der vorbereitende Maßnahmen beschlossen worden seien, gehört endgültig ins Bereich der Fabel. Vgl. „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch", I, S. XIII ff., Bethmann Hollweg, Betrachtungen, I, S. 133 ff., v. Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 102, Helfferich, Vorgeschichte, S. 177 ff.

Digitized by Google

zu versichern, ohne ihn kopfscheu zu machen, faßte diese Versicherungen als Blankovollmachten auf und machte von ihnen den weitherzigsten Gebrauch: gestützt auf das deutsche Schwert, trieb er eine unbedenkliche Prestigepolitik und stellte Serbien ein unerfüllbares Ultimatum. Die kategorischen Forderungen, die Österreich stellte: Entschuldigung der serbischen Regierung, Einstellung jeder Propaganda wider den österreichischen Staat, Auflösung der Vereine großserbischer Tendenz, Entlassung unruhiger Elemente aus Staats- und Heeresdienst, endlich und hauptsächlich Zulassung österreichischer Beamten zur Kontrolle der Durchführung dieser Maßnahmen — diese Forderungen waren nicht unerhörte in der Geschichte der Diplomatie (an die Türken sind oft schärfere Forderungen gestellt worden, Spanien hat 1865 von Peru ebenfalls die Einsetzung einer spanischen Spezialkommission verlangt und zugebilligt erhalten), aber sie bedeuteten eine Unmöglichmachung großserbischer Politik, wie sie trotz der feierlichen Zusagen Serbiens von 1909 wieder hervorgetreten war, und damit eines wichtigen Faktors in den Berechnungen der Politik Rußlands. Es handelte sich für Österreich um eine Existenzfrage, aber zugleich lief es Gefahr, die Existenz eines anderen Staates zu gefährden. Graf Berchtold zog bereits in dem Ministerrat vom 7. Juli den Krieg mit Serbien und mit Rußland in die Berechnung. Durch den Mund des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza wurde verkündet, daß die ultima ratio, der Krieg, nicht außerhalb jeder möglichen Entwickelung läge. Es gab darauf für den serbischen Kleinstaat — vom Selbstmord abgesehen — keinen anderen Weg, als die Annahme der österreichischen Forderungen — es sei denn, er wurde von dritter Seite gestützt.

Tatsächlich blieb die Unterstützung Serbiens von seiten Rußlands nicht aus. Die russische Presse schlug einen Ton an, der in Belgrad die Überzeugung befestigte, daß Rußland bereit sei zu einem Kriege um Serbiens willen. Sasanoff erklärte den Schritt Österreichs für „provokatorisch und unmoralisch". Ein Kronrat in Petersburg sollte am nächsten Tage bereits über die Mobilisierung Rußlands entscheiden. Der französische Gesandte erklärte Sasanoff, Frankreich werde „im Notfalle alle Verpflichtungen erfüllen, ... außerdem würde es Rußland bei allen diplomatischen Verhandlungen energisch unterstützen". Der englische Botschafter, Buchanan, entnahm dieser ersten Ententekonferenz (im Sinne des Londoner Aktionskomitees), daß „Frankreich und Rußland entschlossen sind, entschieden vorzugehen". Grey erklärte am selben Tage dem österreichischen Botschafter, er würde „ganz machtlos sein, irgendeinen mäßigenden Einfluß in Petersburg auszuüben". Am 25. Juli verlangte Rußland in Wien eine Verlängerung der Frist, „eine Weigerung ... würde ... mit den Grundlagen internationaler Beziehungen in Widerspruch stehen". Auf Sasanoffs Vorstellung, wenn „England fest zu Frankreich und Rußland stehen würde, so würde es keinen Krieg geben", erklärte am selben Tage Buchanan, „daß England die Rolle des Vermittlers in Berlin und Wien mit größerer Wirkung ausführen könne, wenn es als Freund handle, der, wenn sein Rat unbeachtet bliebe, eines Tags sich in einen Verbündeten Rußlands verwandeln könnte, als wenn es sich sofort für den Verbündeten Rußlands erklären würde".

So weit waren bereits am 25. Juli die Verhandlungen gediehen, daß Rußland und Frankreich entschlossen waren, entschieden vorzugehen! England erklärte, sobald die Verhandlungen nicht in Rußlands Sinne zum Erfolg führen würden, würde es sich als Freund und Verbündeter Rußlands bekennen. Dazu war Rußlands Entschluß zur Mobilisierung gefaßt. So konnte Serbien, dem Rußland am 24. offiziell mitteilte, es würde ein aggressives Vorgehen Österreich-Ungarns nicht dulden, im Vertrauen auf diese Haltung der Ententemächte die Forderungen Österreichs in wesentlichen Punkten, insbesondere in der Frage der Kontrollkommission, am 25. Juli ablehnen. Irgendwelche Eingeständnisse der Schuld enthielt die Antwortnote nicht, auch vermied sie jede Festsetzung einer Frist oder Garantie zur Erfüllung ihrer Versprechungen, wenn auch die Erfüllung der hauptsächlichsten Forderungen zugesichert wurde. Kaiser Wilhelm stellte erleichtert fest, daß nun „jeder Kriegsgrund fortfalle". Aber die Wiener Diplomaten, mit diesem immerhin beträchtlichen diplomatischen Erfolg nicht zufrieden, drängten auf Krieg, und auch Serbien selbst erwartete nichts anderes und verfügte noch am gleichen Tage die Mobilisierung, während Rußland die Grenzdistrikte gegen Österreich in mobilen Zustand versetzte.

Die Entscheidung war damit eigentlich bereits gefallen. Die Versuche zu einer Lokalisierung des Konfliktes, die den Gegenstand der ungemein verwickelten Verhandlungen der folgenden Woche bilden, mußten

Digitized by Google

schließlich an dem bereits feststehenden Kriegswillen Rußlands und Österreichs und der bereits erfolgten Festlegung Frankreichs auf unbedingte Hilfe für Rußland, Deutschlands für Österreich und Englands auf eine Rußland wohlwollende Haltung scheitern. Wenn sie gleichwohl noch nicht hoffnungslos blieben, lag dies einmal daran, daß Präsident und Premierminister Frankreichs gerade außer Landes, auf der Rückreise von einem Besuch in Petersburg, sich befanden, England noch immer Bedenken wegen des unmoralischen Ursprungs des Konfliktes hatte. Endlich war auch der deutsche Kaiser in den ersten Tagen noch auf seiner Nordlandsreise begriffen, und es bestand daher auch in Berlin das Bestreben, unter allen Umständen wenigstens einige Tage Frist zu gewinnen.

Im Einverständnis mit Rußland machte am Abend des 26. Juli England den Vorschlag, die Entscheidung des ganzen Konflikts sollte einer aus den Botschaftern Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens in London zusammentretenden Konferenz überlassen werden (Rußland wurde demnach von England bereits als Partei angesehen). Über Frankreichs und Englands Haltung konnte, zumal da sich die diplomatische Aktionszentrale der Entente in London befand, kein Zweifel bestehen. Italiens Stellungnahme war zum mindesten zweifelhaft, nachdem sich die italienische Regierung darüber verletzt zeigte, daß ihr Österreich nicht von seinem Schritt vorher Kenntnis gegeben hatte (obwohl der berühmte Artikel 7 des Dreibundvertrages nicht in Frage kommen konnte, weil Österreich ausdrücklich eine Veränderung des status quo auf dem Balkan als nicht in seiner Absicht liegend erklärt hatte). Sonach lehnte es das Deutsche Reich ab, seinen Bundesgenossen vor einen so einseitigen Schiedsgerichtshof ziehen zu lassen, und gewann dafür England für den aussichtsreicheren Plan, einen direkten Meinungsaustausch zwischen Wien und Petersburg herbeizuführen. Zugleich erklärte sich Deutschland bereit, weiter in mäßigendem Sinne auf seinen Verbündeten einzuwirken; unter seinem Einfluß hatte Österreich bereits am 25. erklärt, seine Note sei kein Ultimatum, sondern nur eine „Demarche", die eventuell nur den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach sich ziehen werde. Gleichzeitig aber wies Deutschland am 26. Juli Rußland auf die friedengefährdende Wirkung seiner Mobilisierung hin, die zu Gegenmaßregeln zwingen werde, und erklärte Frankreich feierlich, daß es keinerlei feindliche Absichten gegen die Republik hege. Diese Warnung und Erklärung verhallten ungehört. Frankreich war von unzerstörbarem Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt, Rußland aber erhoffte eine Einschüchterung Deutschlands von einer noch unzweideutigeren Parteistellung Englands. In der Tat deckte England nunmehr seine Karten noch weiter auf, indem es am 27. Juli die bereits am 23. getroffene Maßnahme, daß der zufällig in Portland konzentrierten Flotte der Urlaub verweigert worden und sie konzentriert geblieben war, bekannt gab und am selben Tage dem Deutschen Reiche erklärte, wenn eine militärische Parteinahme Deutschlands für Österreich erfolgen sollte, könnten „geradeso andere Eventualitäten auch andere Mächte einführen". Mit Genugtuung konstatierte Frankreich: „Die Haltung Großbritanniens befestigt sich."

Dennoch versuchte das Deutsche Reich nach dieser neuen bedeutenden Verschärfung der Lage, Österreich nochmals dafür zu gewinnen, die serbische Antwortnote als Grundlage weiterer Verhandlungen anzunehmen. Österreich lehnte dies jedoch ab und erklärte am 28. Juli den Krieg an Serbien, verpflichtete sich aber, um die allgemeine Lage zu entlasten, vorläufig von kriegerischen Maßnahmen abzusehen. Dennoch setzte Rußland seine vorbereitenden Maßnahmen im größeren Stile fort und beschloß die allgemeine Mobilmachung; den Widerruf des Zaren unterschlug der Kriegsminister Poliwanoff, der mit dem Chef des russischen Generalstabes Januschkewitsch die ganze Verantwortung für diesen entscheidenden Entschluß trägt. Das zwang wiederum das Deutsche Reich zu vor-

Digitized by Google

bereitenden Maßnahmen: dem deutschen Kriegsplan entsprechend richteten sich diese, da mit einem Zweifrontenkriege gerechnet werden mußte, naturgemäß auch mit gegen Frankreich, das nun seinerseits ebenfalls zu Vorbereitungen schritt. Der Augenblick war gekommen, da die im November 1912 getroffenen Vereinbarungen zwischen Grey und Cambon Platz greifen mußten. Am Nachmittag des 29. erklärte Grey dem Botschafter Cambon, wenn ein Kampf um die Hegemonie Europas entbrennen würde, „so werde England entscheiden, was notwendig sei"[1]. In einer Besprechung vom 30. Juli erhielt Grey die Zusicherung, die er haben wollte. Nunmehr erklärte sich auch Frankreich in Petersburg zu unbedingter Waffenhilfe bereit. Die Zusicherung, berichtet der belgische Gesandte in Petersburg am 30. (!) Juli, daß England Frankreich beistehen werde, „hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen".

Lord Edward Grey of Fallodon. Nach Photographie.

Währenddessen setzte Deutschland seine Bemühungen um den Frieden mit äußerster Energie fort. Der inzwischen zurückgekehrte Kaiser wandte sich persönlich mit eindringlichen Worten an die verwandten Souveräne in Rußland und England. Beschwörend appellierte er Nikolaus gegenüber an die überlieferte Freundschaft, an seine Friedensliebe. Gleichzeitig übte die deutsche Regierung in Wien einen Druck aus „in Formen, welche bis ans äußerste dessen gehen, was mit unserm Vertragsverhältnis verträglich ist", um Österreich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Rußland zu bewegen, ja Deutschland drohte, es müsse sich als Verbündeter weigern, sich „dadurch, daß Österreich Ungarn seinen Rat nicht achtete, in einen Weltbrand ziehen zu lassen". So gab Österreich nach. Noch am 30. Juli wurden die Verhandlungen mit bedeutenden Zugeständnissen Österreichs, für die Deutschland Bürgschaft leistete, wieder aufgenommen. Insbeson-

[1] In einer der plumpsten Fälschungen des diplomatischen Aktenmaterials hat Grey im englischen Blaubuch (Nr. 105) versucht, die Sache anders darzustellen. In einem auf den 30. Juli datierten Telegramm an Sir Bertie (Paris) macht er von der November-Abmachung Mitteilung, bezieht sich darin aber auf ein angeblich am 1. August abgesandtes Telegramm des französischen Außenministers! In dieser Anlage wird Nachricht von vorbereitenden Maßnahmen Deutschlands gegeben, es sollte also auf den eingetretenen Tatbestand einer Bedrohung Frankreichs, die die Abmachungen vom 22. November 1912 zur Voraussetzung hatten, hingewiesen werden. Wenn ferner Grey seinem Telegramm als Anlage eine Abschrift jenes Briefwechsels vom November 1912 beifügt, so erscheint das auffällig überflüssig, da natürlich dieser Briefwechsel in Paris genau so bekannt war wie in London. Diese Fälschung reiht sich würdig einem angeblichen französischen Sammelbericht vom 30. Juli 1913 an, in dem der bereits 1912 verstorbene Staatssekretär v. Kiderlen lebend auftritt!

Digitized by Google

dere erklärte sich Österreich bereit, in eine aufklärende Erörterung des Inhalts des Ultimatums einzutreten. Allein Rußland, der englisch-französischen Waffenhilfe nunmehr sicher, stellte ganz unannehmbare Forderungen und brach, ohne eine Antwort abzuwarten, brüsk die Verhandlungen ab. Zugleich ordnete es am 31. Juli vormittags die Gesamtmobilisierung an. Das Deutsche Reich antwortete notgedrungen zunächst nur mit der Verhängung des Kriegszustandes und forderte in einem zwölfstündigen Ultimatum die Einstellung der kriegerischen Maßnahmen; als dieses unbeantwortet blieb, ordnete der Kaiser — noch immer mehrere Stunden, die leicht verhängnisvoll werden konnten, zögernd — am 1. August, nachmittags 5 Uhr die Mobilisierung an. Zur selben Stunde überschritten die Russen ohne Kriegserklärung bereits die Grenze. Der Krieg war da. Es war eine unkluge juristische Spitzfindigkeit, daß die deutsche Regierung noch formell den Krieg erklärte und damit das Odium der ersten Kriegserklärung auf sich nahm. Noch währenddessen spielte aber ein zweiter Vermittelungsversuch Greys. Auf die Nachricht von den steckengebliebenen Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg schlug Grey am 29. Juli dem Fürsten Lichnowsky (Blaubuch Nr. 88) vor: da jedes militärische Vorgehen sich nicht mehr verhindern zu lassen scheine, solle Österreich nach der Einnahme Belgrads das besetzte Gebiet behalten, bis Serbien Genugtuung geleistet habe, und erklären, daß es nicht weiter vorrücken würde, bis ein Vermittelungsversuch der Mächte zwischen ihm und Rußland stattgefunden hätte. Unter erneutem starken Druck von seiten Deutschlands nahm Wien diesen Vorschlag, nachdem es ihn bis dahin geflissentlich dilatorisch behandelt hatte, in der Nacht des 30. zum 31. Juli an[1]. Dagegen war der letzte Vorschlag Sasanoffs vom 31. Juli — „Wenn Österreich einwilligt, den Vormarsch ... einzustellen und ... zuläßt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien ... gewähren könne, ... verpflichtet sich Rußland, seine abwartende Haltung zu bewahren" — indiskutabel: von Einnahme Belgrads war darin keine Rede. Österreich sollte sich ohne dieses Pfand den Mächten beugen, und Rußland gedachte unterdessen in seiner lebengefährdenden Haltung zu verharren. Durch die völlige Mobilisierung war ja auch die Entwickelung der Dinge in eine unaufhaltbare Überstürzung geraten!

Damit war die Entscheidung gefallen, die mit der Zwangsläufigkeit eines ablaufenden Mechanismus alles weitere Geschehen als einfache Folge nach sich zog. Rasch klärte sich zunächst die Beziehung zu Frankreich. Das Deutsche Reich, eingeklemmt zwischen die Zweibundstaaten, hatte bis zum Alleräußersten zugewartet, jetzt mußte es blitzschnell handeln, wenn es nicht alle Nachteile eines Zweifrontenkrieges auf sich laden und die Freiheit des Handelns einbüßen wollte. So richtete es zugleich mit dem Ultimatum an Rußland eine Anfrage an die französische Republik, sich binnen 18 Stunden zu entscheiden, ob sie neutral bleiben wolle. Frankreich erklärte unmißverständlich, es werde das tun, was seine Interessen gebieten würden. Die deutsche Regierung zögerte zunächst noch, hieraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Erst nachdem französische Truppen die Grenze überschritten hatten, erklärte am 3. August, nachmittags 6 Uhr der deutsche Gesandte in Paris, Freiherr v. Schoen, daß sich das Deutsche Reich als im Kriege mit Frankreich befindlich erachte. Auch diese formelle Erklärung war angesichts des tatsächlichen Kriegszustandes unpraktisch und spitzfindig.

[1] Die betreffende Weisung wurde jedoch unbegreiflicherweise erst am 1. August früh von Wien nach London, Berlin und Petersburg telegraphiert; dazu machte sich Graf Berchtold einen sofort berichtigten Schreibfehler des Grafen Szögyenyi zunutze und stimmte nur einer Konferenz zur Vermittelung „zwischen uns und Serbien" statt: „zwischen uns und den Mächten" zu: dieses Verhalten kam einer Sabotage des Greyschen Vorschlages gleich und diskreditierte die deutsche Regierung in London schwer.

Digitized by Google

Weiterhin mußte sofort Klarheit über die Neutralität Belgiens geschaffen werden. Der deutschen Regierung waren natürlich die französisch-englisch-belgischen Verhandlungen der letzten Jahre nicht unbekannt geblieben, wiewohl erst die Auffindung der berühmten „Belgischen Aktenstücke 1905—14" (s. die Tafel bei S. 198) in Brüssel dokumentarische Beweise dafür erbrachten. Die Heeresleitung aber mußte sofort wissen, wessen sie sich von seiten Belgiens zu versehen haben und ob sie zu einer Achtung der belgischen Neutralität verpflichtet sein würde. Bei der strategischen Lage gegen Frankreich war selbst, wenn Belgien völlig unbeteiligt zu sein wünschte, es doch ein Gebot der Selbstverteidigung, sich zum mindesten ein Wegerecht durch Belgien zu verschaffen. Am 2. August erbat die deutsche Regierung von der belgischen eine wohlwollende Neutralität unter Gestattung des deutschen Durchmarsches durch belgisches Gebiet unter Garantie des Besitzstandes des belgischen Staates und der Rückerstattung der Kosten — eine Forderung, die mit der belgischen Neutralität durchaus vereinbar war[1]. Am 3. August lehnte Belgien unter Berufung auf seine verbürgte Neutralität Deutschlands Forderungen ab, indem es gleichzeitig England um Schutz seiner Neutralität ersuchte. In berechtigter Notwehr, unter Anerkennung der damit begangenen formellen Verletzung eines nur noch papiernen Rechtes überschritten hierauf die deutschen Truppen die belgische Grenze. Die Haltung der belgischen Truppen ebenso wie der Zivilbevölkerung führten sofort zum Eintritt des Kriegszustandes — zu diesem mußte es auch nach dem deutschen Einmarsch bei verständiger Haltung Belgiens nicht kommen. Dennoch gab die deutsche Regierung die Hoffnung nicht auf, nach Brechung des ersten Widerstandes den Friedenszustand mit Belgien wiederherzustellen. Indessen lehnte Belgien ein darauf zielendes Angebot der deutschen Regierung vom 7. August am 13. August ab. Dahingegen nahmen die Luxemburger die Besetzung ihres Landes durch deutsche Truppen, wenn auch unter Protest, ohne Widerstand hin.

Damit waren alle für den Augenblick zu erwartenden kriegerischen Entscheidungen auf dem Kontinent gefallen. Die aus den beiderseitigen Bundesverhältnissen sich notwendig machenden weiteren Kriegserklärungen folgten rasch nach. Zunächst erklärte Montenegro als Serbiens Bundesgenosse am 7. August an Österreich-Ungarn, am 9. an das Deutsche Reich den Krieg. Am 6. August traten Rußland und Österreich-Ungarn, Serbien und das Deutsche Reich, am 10. August Frankreich und Österreich-Ungarn, am 28. August Belgien mit Österreich-Ungarn in den Kriegszustand. Nunmehr mußte auch die Entscheidung zwischen Deutschland und England fallen.

Obwohl England sich bereits am 25., unzweifelhaft aber am 29. Juli gebunden und an letzterem Tage der Kriegspartei in Rußland zur Gewinnung des Übergewichts verholfen hatte, schreckte es dennoch im

[1] Der Ursprung der belgischen Neutralität ist der Barrierevertrag im Frieden zu Utrecht (1713), der den Niederländern das Besatzungsrecht in den südlichen belgischen Grenzfestungen gab, also einen Schutz der gegen Frankreich ungeschützten österreichisch-spanischen Niederlande bedeuten sollte. Als die südlichen Niederlande die holländischen Besatzungstruppen durch Schleifung dieser Festungen zum Abzug gezwungen hatten, bezahlten sie in der französischen Revolutionsära diese Wirkungslosigkeit des Barrierevertrages mit ihrer Selbständigkeit (1792 und 1794—1815). Die Errichtung des Königreiches Belgien 1830 entsprang in erster Linie der englisch-französischen Rivalität: sie war ein ausgeklügeltes Produkt der Kabinettspolitik, keine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts einer „Nation". Eine belgische Frage bestand bis 1871 nur in dem Sinne, ob Frankreich Belgiens Integrität achten würde. Durch Drehung seiner Festungslinie um die Basis Antwerpen von Süden nach Osten, durch Gründung des Kongostaates und seine strategischen Abreden mit England und Frankreich verschob Belgien selbst willkürlich die Grundlage seiner Neutralität. England, das 1870 in wirklicher Neutralität jeder Partei mit Krieg drohte, die Belgiens Neutralität verletze, sah später in Belgien nur das Glacis des künftigen Krieges. Noch 1887 gab es die Möglichkeit eines Durchmarsches durch Belgien ohne Verletzung von dessen Neutralität zu; dagegen erklärte später Kitchener: „Die Grenze des britischen Reiches in Europa ist nicht der Ärmelkanal, sondern die Maaslinie." Belgiens glatte Absage an Deutschlands völkerrechtlich zulässige Forderung im Vertrauen auf englische Hilfe gab Deutschland das Recht der Notwehr, demgegenüber der Neutralitätsvertrag ein „Fetzen Papier" ist. Bethmann Hollwegs Wort vom „Unrecht" an Belgien hat die belgische Frage in schiefes Licht gestellt.

Digitized by Google

letzten Augenblick noch einmal vor den Folgen seiner Handlungsweise zurück. Wenn sich Bürgschaften dafür böten, daß der Krieg auf dem Kontinent nicht zu einem Kampf um die Hegemonie in Europa werden würde, erwog es im letzten Augenblick noch einmal die Möglichkeit der Neutralität. Rußland konnte es im Stiche lassen, aber bei Frankreich und Belgien mußte es Garantien dafür haben, daß Deutschland nicht eine Unterwerfung dieser Staaten anstrebe. Die deutsche Regierung hatte schon selbst erkannt, daß Zusicherungen bezüglich Belgiens und Frankreichs vielleicht die Abtrennung Englands von seinen Verbündeten ermöglichen würde. Bereits am 28. Juli gab der Reichskanzler dem englischen Botschafter Goschen die Zusicherung, Deutschland erstrebe keine territoriale Vergrößerung auf Kosten Frankreichs, es werde sein Verhalten bezüglich der belgischen Neutralität von den Maßnahmen Frankreichs abhängig machen, bestimmt aber die Integrität Belgiens nach dem Kriege, wenn sich Belgien nicht daran beteilige, wiederherstellen, unter allen Umständen aber Hollands Neutralität achten. Am 30. Juli lehnte Grey diese Anerbietungen ab und erklärte vielmehr dem ihn bedrängenden Paul Cambon, die Wahrung der Neutralität Belgiens könnte, wo nicht ein entscheidender, doch ein wichtiger Faktor für die Bestimmung der Haltung Englands sein. Er richtete gleichzeitig eine offizielle Anfrage bezüglich der Neutralität Belgiens nach Paris und Berlin. Paris gab die verlangte Zusicherung, Berlin blieb ehrlich bei der Erklärung, es müsse sich nach Frankreichs Verhalten richten. Grey wünschte das Motiv zum unmittelbaren Eingreifen Englands nicht in den französisch-englischen Vereinbarungen, an die er doch gebunden war, als vielmehr in der scheinbar objektiveren Frage der belgischen Neutralität zu finden. Wenn das Parlament diesen Kriegsgrund als hinreichend hinnahm, so war er der Enthüllung seiner, selbst den Ministerkollegen unbekannten Abmachungen enthoben. Die Anfrage beim Fürsten Lichnowsky am 1. August, ob er zusichere, daß Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, wenn letzteres neutral blieb, die Lichnowsky bejahte, war angesichts des bereits unzweifelhaften Entschlusses Frankreichs zum Kriege rein platonisch; Grey hat dieses Gespräch auch später einfach als Mißverständnis bezeichnet.

Am 1. August noch beschloß der Ministerrat, Deutschland die erbetene Neutralität zu verweigern. Darauf erfolgende Angebote Lichnowskys, Deutschland werde auch die Neutralität Belgiens unbedingt wahren, die französische Küste nicht angreifen, das Versprechen der Integrität auch auf Frankreichs Kolonien ausdehnen, konnten die Neutralitätsverweigerung nicht erschüttern. Am 2. August fiel die endgültige Entscheidung. Die konservative Opposition gab durch ihren Führer Bonar Law die Versicherung ab, sie werde die Regierung bei kriegerischen Maßnahmen unterstützen, da es wider Ehre und Sicherheit Englands verstoße, Frankreich und Rußland länger die Unterstützung zu versagen. Nunmehr erst weihte Grey das Kabinett in die Novemberabmachungen mit Cambon ein, verheimlichte aber Lichnowskys weitgehende neue Anerbietungen. Daraufhin gab das Ministerium der französischen Regierung die Zusicherung, England werde — die Zustimmung des Parlaments vorausgesetzt — den Schutz der französischen Küste und Schiffahrt übernehmen. Der Parlamentssekretär Trevelyan, der Lordpräsident Morley und der Handelsminister Burns verweigerten allerdings die Teilnahme an diesem Beschluß und schieden aus dem Kabinett aus. Nachdem nunmehr das Ministerium für den Krieg gewonnen war, mußte noch das Parlament um seine Zustimmung zur Kriegspolitik angegangen werden. Für dieses waren die belgische Frage und die Gefahr einer deutschen Hegemonie die plausibelsten Kriegsgründe. Vorm Unterhause stellte Grey die Vereinbarungen mit Frankreich als für die Entschlußfreiheit Englands nicht bindend dar; wirkungsvoll malte er das Schreckgespenst der deutschen Hegemonie an die Wand, alles das aber trete zurück hinter der Frage der Neutralität Belgiens, für die einzutreten Englands Ehre und Interessen forderten. „Wenn wir ... am Kriege teilnehmen, werden wir nur wenig mehr zu leiden haben, als wenn wir uns mehr passiv verhalten." So stimmte das Parlament dem Entschlusse der Regierung zur Teilnahme am Kriege zu. Nachdem man die Überschreitung der belgischen Grenze durch deutsche Truppen abgewartet hatte, forderte Sir Edward Goschen

Digitized by Google

am Abend des 4. August die Aufhaltung des Einmarsches in Belgien bis 12 Uhr nachts. Diese unmögliche Forderung kam einer Kriegserklärung gleich. „Dieser Schritt", erwiderte der deutsche Reichskanzler auf die Kriegserklärung dem englischen Botschafter, „sei ganz fürchterlich. Bloß um eines Wortes — Neutralität — willen . . ., bloß um eines Fetzen Papiers willen gehe Großbritannien daran, eine verwandte Nation zu bekriegen, die nichts mehr gewünscht habe, als mit ihm Freund zu sein." Noch stärker empfand der pazifistische Fürst Lichnowsky die englische Kriegserklärung als Zusammenbruch der von ihm eifrig unterstützten Verständigungspolitik; bei ihm steigerte sich dieses Gefühl bis zum Bekenntnis der Schuld Deutschlands am Kriege — eine der betrüblichsten Verirrungen eines deutschen, in Überschätzung Englands befangenen Diplomaten. Durch Deutschland aber ging trotz allem ein Aufatmen, von einem seit zehn Jahren auf ihm lastenden Druck befreit zu sein, zugleich aber auch einhellige Empörung über das perfide Albion — es gibt kein anderes Wort. „Unser armseliges ‚treulos' ist ein unschuldiges Kind dagegen. Perfid ist treulos mit Genuß, mit Übermut und Schadenfreude" (Wilh. Meister). Das aber ist das England vom 4. August 1914.

4. Der Weltkrieg.

A. Der politische Krieg.

a) Die Ausdehnung des Brandes über Europa.

So begann denn die großartige Auseinandersetzung, die Jahre hindurch die Welt in ihren Grundfesten erschütterte. So ungeheuer war der Zusammenbruch, daß der Umfang der Auseinandersetzung zunächst kaum nur geahnt wurde. Selbst an leitenden Stellen des verantwortlichen Deutschland wollte man nicht an Englands prahlerische Verkündungen glauben, der Krieg werde Jahre dauern. Der Ring war noch nicht geschlossen, überall hatte es noch Freunde, die der Ehre gewürdigt werden konnten, für das stolze und freie England zu bluten. Da war der Verbündete im Gelben Meer, da waren die Balkanstaaten, Italien, Portugal. Die Türkei kam mindestens als Objekt der neuen Besitzordnung in Frage. Endlich waren auch die Völker da, die nun freudig zurückzahlen konnten, was ihnen England an Wohltaten erwiesen hatte: die Inder, Ägypter und Buren, die Völker Afrikas bis ins tiefste Schwarz, die Kontingente Kanadas und Australiens, endlich die Riesenmacht der Vereinigten Staaten von Nordamerika — sie alle, Hunderte von Völkern, wurden aufgeboten, den Kampf „für Zivilisation und Freiheit" mitzukämpfen! Zunächst gewann man Italien zur Erklärung der Neutralität, zog es dann immer mehr auf seine Seite, bis der Verrat vollständig war.

Es war ungünstig für die Mittelmächte, daß im ersten Stadium der Verhandlungen die Initiative bei der Donaumonarchie lag, denn sofort wurde dadurch die alte Balkanrivalität mit Italien in die Sache hereingezogen. Italien zeigte sich gekränkt, daß es nicht auf Grund des § 7 des Dreibundvertrages vorher von Österreich von dem beabsichtigten Schritt gegen Serbien benachrichtigt worden war (S. 208). Nachdem wir den Wortlaut des Dreibundvertrags kennen, wissen wir, daß Italiens Empfindlichkeit ungerechtfertigt war; denn im Vertrag ist nur der Fall eines Krieges mit einer Großmacht vorgesehen. Dazu gehörte Serbien offenbar nicht. Deshalb tat Österreich mehr als es nötig hatte; es hat tatsächlich rechtzeitig Mitteilung gemacht. Am 25. Juli versprach Italien in einem etwaigen Konfliktsfalle eine freundschaftliche und dem Geiste des Dreibundvertrages entsprechende Haltung einzunehmen, meldete aber zugleich gegebenenfalls Ausgleichsansprüche an. Am 29. erklärte sich Österreich-Ungarn bereit, wenn es wider Erwarten zu einer dauernden Besetzung serbischen Gebietes gezwungen sein sollte, in einen Meinungsaustausch über eine Italien zu gewährende Entschädigung einzutreten. Die Entscheidung aber in Italiens Haltung führte die einfache Furcht vor England herbei. Seitdem es außer Zweifel stand,

Digitized by Google

daß England selbst mit in den Kampf hineingezogen wurde, war auch Italiens Entschluß gefaßt. Am 2. August verkündete Italien „gemäß dem Geiste und Wortlaute des Dreibundvertrages" die Neutralität. Seine frühere Anmeldung von Entschädigungsansprüchen bot der Entente die Handhabe zu weiteren Versuchen, Italien auf der Bahn des Treubruches weiter fortzutreiben. Am 30. Juli hatte San Guiliano das spätere Eingreifen Italiens an der Seite der Verbündeten in Aussicht gestellt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich und England gerade im Augenblick des ersten dramatischen Höhepunktes des Westfeldzuges, kurz vor oder während der Schlacht an der Marne, die Sicherheit gewonnen haben, daß Italien diese Absicht endgültig aufgegeben hatte. Eine „leichte Mobilisierung" Italiens richtete sich nicht nach Nordwesten, sondern nach Nordosten! Die weitergehenden Verhandlungen über die Entschädigung führten indessen am 23. August zum Beitritt Österreich-Ungarns zu der von Deutschland und Italien vertretenen Interpretation des § 7 des Dreibundvertrages. Doch brachte Italiens Absicht, Awlona (Walona) oder zunächst wenigstens die Insel Sasseno zu besetzen, neue Mißstimmung. Zum Unglück starb 16. Oktober 1914 der vernünftige italienische Außenminister Marchese di San Guiliano, worauf Italien sofort das Unternehmen gegen Awlona einleitete. Entscheidend wurde der Eintritt des englischen Abkömmlings Sidney Sonnino in das Anfang 1914 neugebildete Kabinett Salandra. Die Einnahme Belgrads am 2. Dezember bot willkommenen Anlaß, nunmehr die Einleitung von Kompensationsverhandlungen zu fordern, die am 12. Dezember auch tatsächlich begannen. Es war eine schwierige Aufgabe für den auf seinen alten Botschafterposten zurückgekehrten Fürsten Bülow, die Verhandlungen bei dem beiderseitigen Mißtrauen, das auf Österreichs Seite durch Italiens nunmehr erfolgte Besetzung Awlonas nur allzu begründet war, in Gang zu halten. Durch die Aufgabe Belgrads wurden zwar Italiens Ansprüche gegenstandslos, doch konnte sich Salandra nunmehr auf eine besser gerüstete Armee und die allgemeine Volksstimmung berufen, als er am 11. Januar 1915 trotzdem neue, rein irredentistische Forderungen, vor allem auf Trient und Triest, an Österreich stellte. So war Italien bei einer reinen Erpresserpolitik angelangt. Dennoch mußten die Mittelmächte, um Zeit zu gewinnen, auch hierüber verhandeln. Graf Berchtold freilich zog es vor, lieber zurückzutreten (12. Januar) und seinem Nachfolger Baron Burian das Feld dieses häßlichen Handels zu überlassen. Die von Bülow nur schwer erkämpfte Bereitwilligkeit Österreichs zu weiteren Verhandlungen beantwortete Italien am 14. Februar mit der Zurückziehung aller Anträge und der Forderung, vor jeder neuen militärischen Aktion am Balkan müsse eine Übereinkunft zwischen Italien und Österreich abgeschlossen werden. Unter schwerer Selbstüberwindung beschloß am 9. März ein österreichischer Kronrat, auf Italiens Forderung österreichischen Gebietes einzugehen und einen ehrlichen dauernden Interessenausgleich anzustreben. Doch Italien antwortete mit immer neuen, geradezu ehrkränkenden Forderungen. Trotz der blutenden Herzens gemachten Anerbietungen Österreichs stellte Italien am 11. April Forderungen, die einem verlorenen Kriege gleichkamen. Österreich kam Italien immer weiter entgegen, während Sonnino immer verbissener an seinen sinnlosen Forderungen festhielt. Am 4. Mai machte Österreich seine letzten und äußersten Anerbietungen: Abtretung des italienischen Südtirol und des rechtsseitigen Isonzogebietes, Selbständigkeit Triests, Gründung einer italienischen Universität daselbst und Anerkennung der italienischen Oberhoheit in Awlona. Am gleichen Tage aber kündete Italien den Dreibundvertrag auf (von Österreich-Ungarn nicht anerkannt), nachdem es sich am 25. April gegen territoriale Zusicherungen England gegenüber verpflichtet hatte, binnen vier Wochen in den Krieg einzutreten. Nunmehr veröffentlichte Fürst Bülow die Anerbietungen, die Österreich-Ungarn gemacht hatte. Der Eindruck war stark; es schien sich eine friedensfreundliche Majorität um Giolitti bilden zu wollen. In diesem Augenblick trug die Kriegspartei den Kampf auf die Straße, legte die Entscheidung in die Hände des käuflichen Pöbels. Dieser gewann die Oberhand; die Angst vor der Revolution ließ auch den König Viktor Emanuel alle seine schönen Worte von Treue vergessen. Das am 14. Mai zurückgetretene Kabinett Salandra übernahm wieder die Regierung und erhielt am 20. Mai die Kammermehrheit (407 von 481 Stimmen) für die Bewilligung der erbetenen Vollmachten für den Kriegsfall. Am 25. Mai 1915 erklärte Italien den Krieg an Österreich-Ungarn, mit Deutschland brach es zunächst nur die diplomatischen Beziehungen ab. Dem Druck der Straße folgend, trat es erst am 26. August 1916 widerwillig auch in den Krieg mit Deutschland ein.

Bis sich endlich die Haltung Italiens endgültig entschieden hatte, war längst der Eintritt zweier anderer Mächte in den Krieg erfolgt, ebenfalls in erster Linie durch Verschulden Englands. Japan hatte am 4. August seine Neutralität erklärt, falls Ostasien nicht zum Kriegsschauplatz würde. Das Deutsche Reich trug dieser Bedingung Rechnung, indem es

Digitized by Google

am 12. August seinem Kreuzergeschwader jede feindliche Handlung in den ostasiatischen Gewässern untersagte. Doch war Japan viel zu stark durch sein Bündnis in den Mächtekonzern Englands hineingezogen, als daß es bei seiner Neutralität beharren konnte. Als England auf Grund des Bündnisvertrages am 7. August dem Verbündeten Japan die Aufgabe übertrug, die ostasiatischen Gewässer für den Handel freizuhalten, um seine eigenen Seestreitkräfte anderweit verwenden zu können, antwortete Japan, es könne seine Aufgabe nicht erfüllen, solange Tsingtau deutsch wäre. Unter des Außenministers Kato Führung vollzog sich schließlich der Anschluß an die Entente. Japan verlangte durch Ultimatum vom 20. August vom Deutschen Reich die Auslieferung Tsingtaus bis zum 23. August, sofortige Zurückziehung oder Abrüstung der deutschen Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern und Annahme dieser Forderungen bis zum 23. August. Das Deutsche Reich hielt es für unter seiner Würde, dieses Ultimatum zu beantworten. Darauf begann Japan nach Ablauf der gestellten Frist am 24. August die Feindseligkeiten.

Als weitere Wirkung des Eintrittes Englands in den Krieg folgte die Stellungnahme der Türkei an der Seite der Mittelmächte gegen die Entente. Die Türkei (Bd. IV, S. 314f.) war nicht gewillt, unbeteiligt am Kampfe, über ihr Schicksal andere entscheiden zu lassen.

Rußlands Absichten auf Konstantinopel, Englands Pläne in Mesopotamien, Frankreichs Ansprüche auf Syrien ergänzten sich zu glücklich, als daß sie nicht als gemeinsame Kriegsziele hätten aufgestellt werden sollen. Allerdings mußte die Türkei am 4. August zunächst die Neutralität erklären, da die von der englischen Marinekommission gewissenlos unbrauchbar gemachte Flotte erst mit deutscher Hilfe wieder kampffähig gemacht werden mußte. Aber Heer und Flotte wurden mit Hilfe eines bereits am 22. Juli bewilligten Kredits von 13½ Millionen Pfund mobilisiert, Dardanellen und Bosporus für geschlossen erklärt. Die Einverleibung zweier auf englischen Werften gebauter, bereits bezahlter Großkampfschiffe in die englische Flotte beantwortete die Pforte mit dem Ankauf der beiden nach Konstantinopel entwichenen deutschen Mittelmeer-Kreuzer Goeben und Breslau. Die Ententemächte forderten Entlassung der deutschen Offiziere und Wiedereröffnung der Dardanellen. Als die Pforte mit dem Plan hervortrat, die Kapitulationen aufzuheben, verweigerten die Mächte zunächst unbedingt ihre Zusage, knüpften sie aber dann an die obengenannten, immer wiederholten Bedingungen. Allein der Lebenswille der Türkei gebot ihr, in diesem günstigen Augenblicke, selbständig ohne Rücksicht auf die Folgen zu handeln: sie hob am 9. September die Kapitulationen auf, die sie bisher immer zur Macht zweiten Ranges gestempelt hatten. Kurz darauf wurde die englische Marinekommission entlassen. Das Auftreten eines englischen Geschwaders vor den Dardanellen zog weiter am 28. September die Sperrung der Meerengen nach sich. Noch einen ganzen Monat wußte die türkische Diplomatie, von je ein Meister in der Verzögerungspolitik, die Eröffnung der Feindseligkeiten hinauszuschieben. Selbst als es am 29. Oktober zu einem russisch-türkischen Flottengefecht im Schwarzen Meer gekommen war, versuchte die Türkei nochmals eine Verzögerung des Eintrittes in den Krieg zu erreichen, allerdings ohne Erfolg. Die Entente forderte am 1. November durch Ultimatum die Entlassung aller deutschen Beamten und Offiziere und brach die diplomatischen Beziehungen zur Türkei ab. Mit Rußland war der Kriegszustand bereits durch Tatsachen geschaffen worden, Serbien folgte am 2. November mit der Kriegserklärung, am 5. England, Frankreich und Belgien. Am gleichen Tage noch überschritten die türkischen Truppen die ägyptische Grenze. Am 11. November verkündete der Scheikh ül-Islam den Heiligen Krieg. Nachdem im Mai 1915 sich Italien zum Anschluß an die Entente entschlossen hatte, erklärte auch dieses am 20. August 1915 der Pforte den Krieg. Damit fielen die Grenzen, die dem Heiligen Krieg bis dahin in Tripolitanien gezogen gewesen waren, der dschihad konnte seine Flügel über alle Länder Mohammeds ausbreiten. Durch den Eintritt der Türkei in den Krieg waren auch die letzten Rücksichten gefallen, die England noch in Ägypten auf den bestehenden Rechtszustand genommen hatte. Am 4. November teilte England den Neutralen mit, daß es die Oberhoheit über Ägypten übernommen habe; an Stelle des rechtmäßigen Khediven ernannte es den Prinzen Hussein Kamil, ein williges Werkzeug der englischen Politik, zum Scheinkhediven. Nach dessen Tode (10. Oktober 1917) begnadeten die Engländer seinen Bruder Achmed Fuad mit dieser Würde.

Digitized by Google

Durch den Eintritt Italiens und der Türkei in den Krieg wurde eine völlige Einbeziehung der Balkanfrage in die Ziele des Weltkrieges ermöglicht. Bis dahin hatte Österreich mit Rücksicht auf Italiens Haltung auf eine ernstliche Offensive gegen das schuldige Serbien verzichten müssen, jetzt wurden seine Hände frei. Zugleich kam der im September 1915 einsetzende Angriffskrieg gegen Serbien den Wünschen nach einer engeren Verbindung mit dem Verbündeten am Bosporus entgegen. Von größter Bedeutung wurde daher die Haltung Bulgariens (Bd. IV, S. 394 f.).

Bereits das österreichische Memorandum vom Juni 1914 hatte dem deutschen Verbündeten eine Angliederung Bulgariens an den Dreibund empfohlen. Bulgarien selbst war gleich bei Ausbruch des Krieges entschlossen, den europäischen Konflikt zu einer Revision des Bukarester Friedens auszunutzen. Klug abwartend, stand es das erste Kriegsjahr hindurch zur Seite. Als der Vierverband erkannte, daß mit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg die Balkanfrage zu einem der vornehmsten Streitpunkte wurde, machte er (im Mai-Juni 1915) die größten Anstrengungen, Bulgarien zu einem Vorgehen gegen die Türkei zu gewinnen. In der richtigen Erkenntnis jedoch, daß die geringen Differenzen mit der Pforte in keinem Verhältnis standen zu den nationalen Forderungen, die es gegen Serbien geltend zu machen hatte, schloß es am 6. September 1915 mit der Türkei ein Grenzberichtigungsabkommen, auf Grund dessen am 19. September die Türkei den von Bulgarien geforderten Gebietsstreifen übergab. Die Vorschläge des Vierverbandes, die am 14. September wiederholt worden waren, schlug es dagegen aus und schritt am 21. September zur allgemeinen Mobilmachung. Der Vormarsch Mackensens in Serbien war das Zeichen, auf das Bulgarien gewartet hatte. Es lehnte ein Ultimatum Rußlands vom 4. Oktober, das den Abbruch der Beziehungen zu den „Feinden des Slaventums" forderte, ab und erklärte am 14. Oktober an Serbien den Krieg. Sofort antworteten die Beschützer Serbiens ihrerseits mit der Kriegserklärung: England am 15., Frankreich am 16., Italien am 18. und Rußland am 22. Oktober.

Auf Grund der Verträge, die Rumänien mit dem ehemaligen Dreibund verbanden, war dieses zu Waffenhilfe verpflichtet. Allerdings ermangelte das nur von König Karol unterzeichnete Abkommen der Zustimmung der Kammer: in einem parlamentarisch regierten Land ein übles Manko. Das schlechte Beispiel der Italiener wirkte auf den stamm- und wesensverwandten Walachen, auch er erklärte am 4. August 1914 die Neutralität und wiederholte diese Erklärung am 25. September. Zwar versprach nach König Karols plötzlichem Tode (10. Oktober) sein Neffe und Nachfolger, der Apostata des Hohenzollernhauses, König Ferdinand, feierlich, an der bewährten Politik seines Oheims treu festhalten zu wollen, doch gewann sofort die russenfreundliche Partei unter Take Jonescus Leitung das Übergewicht über die schwächliche Regierung Bratianus, zumal da starke französenfreundliche Kreise der Intelligenz und eine skrupellose Hetzpresse die russophile Politik kräftig unterstützten. Die Macht, die Rumänien durch seine Öl- und Getreidevorräte den Mittelmächten gegenüber in die Hand gegeben war, nützte es durch eine gewissenlose Ausbeutung nach Kräften aus. Durch dauerndes Hin- und Herschwanken zwischen bedeutenden Abschlüssen mit den Mittelmächten und zeitweisen Ausfuhrverboten setzte es diese immer wieder in Verlegenheit und vergrößerte so seine Bedeutung. Rumänien beabsichtigte diese Rolle weiter zu spielen, bis es unmittelbar vor der letzten Entscheidung durch Anschluß an den Sieger mit billigen Lorbeeren sich einen möglichst großen Anteil am Siegespreise sichern konnte. In der schweren Niederlage der Österreicher bei Luzk glaubte Rumänien das Zeichen zum Eingreifen zu erkennen; ein Ultimatum Rußlands drängte es vorzeitig zur Entscheidung und zur Kriegserklärung an seine ehemaligen Verbündeten (28. August 1916).

Militärisch von geringerer Bedeutung war der Anschluß Portugals an den Zehnmächtebund, zu dem sich schließlich die Tripleentente ausgewachsen hatte. Er entsprang lediglich dem begehrlichen Wunsch Englands, die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe zur Auffüllung seines verminderten Frachtenraumes in die Hand zu bekommen. Vor allem auch war er geeignet, das unglückliche Land noch unrettbarer in sklavische Abhängigkeit von England zu verstricken. Schon die feindliche Haltung der portugiesischen Kolonialtruppen gegen die deutschen Schutztruppen in Afrika im Anfang des Krieges (vgl. Bd. IV, Einleitung, S. VIII) ging offenbar auf englische Quertreibereien zurück. Die völlig abhängige portugiesische Regierung kam einer An-

Digitized by Google

weisung Englands mit der am 23. Februar 1916 erfolgten Beschlagnahme der Schiffe im Tajo nach, worauf das Deutsche Reich nach Ablehnung seines Einspruchs (4. März) zur Kriegserklärung schritt (9. März).

b) Die Isolierung der europäischen Neutralen.

Das unersättliche Streben vornehmlich Englands, gegen Deutschland immer neue Heere in Marsch zu setzen, hat so allmählich fast ganz Europa zum Kriegsschauplatz gemacht. Freilich hat der Versuch, die Türkei passiv, Bulgarien aktiv in den Krieg hineinzuziehen, den durchaus negativen Erfolg eines mitteleuropäischen Mächteblockes von Antwerpen bis Bagdad gehabt, und die Gewinnung Rumäniens hat schließlich nur zu einem wirtschaftlichen Kräftezuwachs der Mittelmächte einerseits, einer schweren militärischen Flankengefährdung der russischen Front anderseits geführt. Aber England suchte immer neue Opfer in Europa und darüber hinaus. Wenn die noch übrigen neutralen Staaten Europas schon neutral blieben, so konnten sie doch wenigstens in den Weltwirtschaftskrieg einbezogen werden und durch den davon ausgehenden Druck stärker an die Entente gefesselt werden. Das blutigste Opfer dieser Politik war Griechenland, das — in sich vollkommen zerrissen — bis zum Krieg gegen die Mittelmächte gepreßt wurde.

Zunächst versuchte man die Griechen zum Anschluß zu gewinnen. Der Umstand freilich, daß England Bulgarien für den Fall seines Anschlusses auch griechisches Gebiet versprach, daß es im März 1915 die griechischen Inseln Imbros, Tenedos und Lemnos besetzte, später auch das neutralisierte Korfu, Castellorizo usf., machte die griechischen Patrioten stutzig, aber der völlig für die Entente eingenommene Ministerpräsident Venizelos trat dennoch für den Anschluß an den Vierverband ein. Er konnte aber den unbedingt neutralitätsfreundlichen König Konstantin nicht zum Anschluß gewinnen und trat zurück (6. März 1915). Durch die Neuwahlen im Juni 1915 errang aber die Partei der Venizelisten wieder die Mehrheit, und Venizelos trat am 22. August abermals an die Spitze des Ministeriums. Er scheiterte indessen nochmals an dem unbeirrbaren Friedenswillen des Königs und trat am 4. Oktober wiederum zurück, nicht ohne vorher (am 21. September), ohne Wissen seines Königs, die Entente um eine Hilfsarmee von 150 000 Mann ersucht zu haben. Zwei Tage vor seinem Rücktritt landete die Entente die ersten Truppen in Saloniki. Damit begann jene in der ganzen Weltgeschichte beispiellose Vergewaltigung Griechenlands durch seine „Schutzmächte". Durch allmähliche Vergrößerung des Ententeheeres auf eine halbe Million Mann, durch Besetzung des griechischen Forts Karaburun (28. Januar 1916), die Verhaftung der feindlichen Konsuln und Ausweisung der Gesandten, durch fortgesetzte Blockierung der Küste, Unterbindung des Handels und des diplomatischen Verkehrs, Demütigung über Demütigung wurde der Staat zum willenlosen Werkzeug der Entente gemacht. Es gibt keinen Völkerrechtsbruch, der hier nicht begangen worden wäre! Ließ sich auch der mit heroischer Aufopferung auf dem formellen Standpunkte der Neutralität ausharrende König mit seinem fortwährend wechselnden Kabinett nicht zum Anschluß pressen, so schied Griechenland praktisch doch aus der Reihe der selbständigen Staaten, nachdem es einfach zu einem Stützpunkt der Entente herabgesunken war. Schließlich erkannte die Entente Venizelos als Präsidenten der Republik Griechenland an, verhandelte aber auch mit dem König noch immer weiter. Die Komödie der Kriegserklärung Venizelos' an Deutschland war man geneigt, ernst zu nehmen, ließ aber den alten Gaukler wieder fallen, als er keine genügenden Truppenmengen aufbringen konnte, denn die Mehrzahl der Armee blieb königstreu. Nach mehrfachen Ausschreitungen gegen die Landungstruppen im Piräus zogen die Verbündeten im Jahre 1917 die Daumenschrauben immer fester an. Note folgte auf Note, Griechenlands bewegliche Klage an den Präsidenten Wilson in der Antwortnote vom 12. Januar 1917 auf dessen Friedensnote wurde natürlich völlig ignoriert. Am 26. Januar erfolgte die Auflösung der Reservistenverbände. Am 8. Februar wurde die Beschlagnahme und Pachtung aller griechischen Schiffe verfügt. Schließlich wurde der König zum Verlassen des Landes gezwungen (11. Juni), und Venizelos, seit 27. Juni abermals Premierminister, erklärte namens des völlig einflußlosen Königs Alexander am gleichen Tage noch Griechenlands Beitritt zum Bunde der Ententevölker, worauf er am 30. Juni die Beziehungen zu Deutschland und Österreich-Ungarn, am 2. Juli zu Bulgarien und der Türkei abbrach.

Digitized by Google

Der Eintritt Griechenlands in den Krieg brachte der Entente zwar keinen Machtzuwachs — das Heer war und blieb kriegsunbrauchbar, die Flotte hatte schon vorher der Entente Schlepperdienste geleistet — sie bedeutete aber für das Ententeheer in Saloniki die Beruhigung ihres Etappengebietes.

Eingeklemmt zwischen vier kriegführende Staaten, war die Lage der neutralen Schweiz besonders schwierig. Es muß gesagt werden, daß die Haltung der Schweiz, von wenigen Ausnahmen welscher Kantone abgesehen, ideal neutral gewesen ist. Anderseits zeigte die ganze Schweiz den unverrückbaren Willen, sich gegen jede Verletzung ihrer Grenzen mit aller Kraft zu wehren. Sie wandte 1070 Millionen Franken für die Mobilisation 1914—18 auf. Zu ihrem eignen großen Schmerze konnte die Schweiz freilich die wirtschaftliche Neutralität nicht voll aufrechterhalten. Durch Italiens Ausfuhrverweigerung war sie gezwungen, sich einer unwürdigen Überwachung des Grenzverkehrs nach Deutschland und Österreich zu unterwerfen. Ebenso widersprach die Postsperre, durch die England und Frankreich jede Vermittelungstätigkeit besonders der Schweizer Banken zwischen Deutschland und den neutralen Staaten (besonders den Vereinigten Staaten) zu unterbinden bestrebt waren, der Schweizer Neutralität. Dann zog im Mai 1918 ein neues Unwetter herauf, als sich Frankreich in die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen einmengte und die Unterzeichnung des bereits paraphierten Vertrages mit wirtschaftlichem Boykott seitens der Entente bedrohte. Nur durch einen bedrückenden Kompensationsverkehr nach beiden Seiten konnte die Schweiz das Räderwerk ihrer Volkswirtschaft in Schwung halten.

Von militärisch und wirtschaftlich gleich großer Bedeutung war die Haltung der Niederlande. Das Schicksal Belgiens ließ in Holland anfangs ernste Besorgnisse bezüglich des Verhaltens Deutschlands aufkommen, und die Sympathien für das Deutsche Reich sind während des ganzen Krieges nur geringe geblieben. Beruhigte sich auch bald die öffentliche Meinung über die Gefahr einer Grenzverletzung durch Deutschland, so hielten doch die schweren Handelsschiffsverluste, denen die Niederlande durch den deutschen Unterseebootkrieg ausgesetzt waren, dauernd die Stimmung in Erregung, und die Torpedierung des Passagierdampfers „Tubantia" vom holländischen Lloyd am 16. März 1916 durch einen treibenden deutschen Torpedo gefährdete die deutsch-holländischen Beziehungen aufs schwerste. Ungleich gefährlicher für die Niederlande war die Haltung der Entente. England unterband durch härteste Maßnahmen die Durchfuhr durch Holland nach Deutschland, es kontrollierte sogar den Verkehr der Niederlande mit ihren eigenen Kolonien und beschlagnahmte von Amerika kommende holländische Güter zu seinen Gunsten (seit April 1916). Zugleich erklärte es deutsche Bunkerkohle als Bannware und gestattete die Abgabe englischer Kohle nur gegen Abtretung von 30 Prozent des Laderaumes. (In dieser Frage mußte England allerdings Anfang Mai nachgeben.) Endlich wurde durch einen Geheimbefehl der englischen Admiralität vom 5. Juli 1916 bekannt, daß England alle Fischereifahrzeuge, deren es habhaft werden konnte, nach England aufbrachte. Im September 1916 wurde schließlich ein Abkommen über die Hochseefischerei erzielt, das diesem wichtigsten Lebenszweig Hollands wenigstens nicht ganz den Lebensfaden abschnitt. Durch Beschlagnahme der Post und dadurch, daß alle auf holländischen Dampfern gefundenen Wertpapiere einem Prisengericht vorgelegt wurden, wurde weiterhin die Neutralität der Niederlande verletzt und die niederländische Wirtschaft schwer geschädigt. Die wirtschaftliche Knebelung wurde durch die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz so vollständig durchgeführt, daß die niederländische Regierung am 31. März 1916 alle Urlauber zurückberief, weil sie mit dem Eintritt in den Krieg rechnen mußte. Aber auch Deutschland rechnete im Sommer 1916

Digitized by Google

mit dem Eintritt der Niederlande in den Krieg und verschob darum den Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkrieges bis 1917. Mit dessen Eröffnung gestaltete sich die Lage der Niederlande fast unerträglich, als Wilson durch schärfste Bunkerkohlenbestimmungen dem schwer leidenden Land jeden Verkehr mit seinen Kolonien unmöglich machte. Schiffsversenkungen von deutscher Seite, immer rücksichtslosere Blockadebestimmungen und Schiffsraub (1918) von der anderen ließen das Land weder zur Ruhe noch zu einer Entscheidung kommen. Es litt gleich stark von beiden, seine Sympathien neigten sich aber niemals den Deutschen zu. Hetzblätter, wie „Telegraaf", konnten dennoch einen Anschluß an England nicht erreichen, und die neugegründete deutschfeindliche „Staatspartei" errang bei den Kammerwahlen 1917 nicht einen Sitz. Die Stimmung blieb aber stets nervös gereizt gegen Deutschland, an dessen Sieg nur wenige glaubten.

Ebenso wie die Niederlande sind die Nordstaaten nur mit knapper Not der Hineinziehung in den Krieg entgangen. Durch Vereinbarung vom 21. Dezember 1912 waren die Nordischen Reiche übereingekommen, im Kriegsfalle einheitliche Neutralitätsregeln festzusetzen. Auf Grund dieses Abkommens gaben die drei Staaten am 4. August 1914 eine gemeinsame Neutralitätserklärung ab, protestierten sie gemeinsam gegen die Minensperrung der Ost- und Nordsee durch die Entente am 14. November, und eine Dreikönigszusammenkunft in Malmö betonte am 18. Dezember den übereinstimmenden Willen zur Neutralität. Dieses geschlossene Vorgehen gab den Nordreichen einen festeren Rückhalt.

Die öffentliche Meinung in Norwegen und Dänemark neigte von vornherein stark England zu; die wirtschaftliche Abhängigkeit beider Staaten wußte England bis zur völligen Knebelung zu steigern. Die Überwachung ihres Transitverkehrs durch England stellte einen viel höheren Grad von Souveränitätsverletzung dar, als Österreich-Ungarn im Juli 1914 von Serbien gefordert hatte. Norwegen wagte nicht, den Rücktritt des englischen Gesandten Findlay zu fordern, der sich eines Mordanschlages auf den Irenführer Sir Roger Casement schuldig gemacht hatte. Die englische Gesandtschaft in Christiania kontrollierte unbehindert den gesamten Handel des Landes, stellte Bescheinigungen zur Auslieferung von Waren aus und sandte verdächtige Waren einfach nach London. Bei der Einfuhr von Kohle aus England und Getreide aus Amerika mußte sich Norwegen den demütigendsten Bedingungen unterwerfen. Die norwegischen Schiffer durften weder Öl noch Salz, weder Kohle noch Geräte aus Deutschland gebrauchen, vom Ertrag ihres Fischfanges durfte so gut wie nichts nach Deutschland kommen. Dagegen wurde Nordskandinavien das Durchgangsland für den gesamten englisch-russischen Verkehr mit Kriegsmaterial. Die Gefahr eines Vormarsches Rußlands durch Norwegen zum Atlantischen Ozean stand dauernd drohend dahinter. Die Verluste, die die norwegische Handelsflotte vor allem bei den Zwangsfahrten für England durch deutsche Unterseeboote erlitt, im Verein mit der zunehmenden wirtschaftlichen Knebelung durch England ließen nicht selten den Wunsch nach einem Ende mit Schrecken für diesen Schrecken ohne Ende aufkommen. Norwegen nahm, von England dafür Erleichterungen erhoffend, wiederholt eine wenig freundliche Haltung gegen das Deutsche Reich ein. Das Verbot jeglichen Unterseebootverkehrs innerhalb der norwegischen Territorialgewässer vom 13. Oktober 1916 und 31. Januar 1917 richtete sich direkt gegen Deutschland. Die Volksstimmung neigte völlig zu England hinüber; doch schreckte die Volksmeinung der friedlichen Schiffer und Bauern stets vorm Kriege zurück.

Die englischen Pläne einer Landung in Holstein (S. 197) haben während des Krieges nie außer dem Bereiche einer Verwirklichung gestanden. Eine Verletzung der Neutralität Dänemarks war dann höchstwahrscheinlich, das Schicksal Griechenlands für Dänemark gewiß. Doch war trotz der Erfahrungen von 1807 (Bd. VII, S. 426) die Stimmung gerade in Dänemark ganz einseitig englandfreundlich. Es ist müßig, darüber nachzusinnen, wie sich Dänemark im Falle einer direkten Verletzung seiner Neutralität durch England verhalten hätte, fest steht, daß seine Publizistik das Wüsteste mit geleistet hat, was gegen deutsche Art geschrieben worden ist, und daß sich das Land von England eine Vergewaltigung seines Handels hat bieten lassen, die seine Souveränität beeinträchtigte. Die Schiffe, die von Island nach Dänemark fuhren, mußten nach einer auf englisches Betreiben erlassenen isländischen Verordnung erst England anlaufen. England ignorierte die Privilegien der dänisch-isländischen Binnenreichsfahrt, sogar die isländische Post nach Däne-

Digitized by Google

mark ist aufgebracht worden. Es war die natürliche Konsequenz dieser Politik, daß am 30. November 1918 Island für selbständig unter Erhaltung der Personalunion mit Dänemark erklärt wurde. Die dankbare Entente bezahlte im Frieden von Versailles ihre Schuld mit deutschem Boden.

Schweden zeigte sich anfangs ernstlich gewillt, seine Neutralität und seine Würde zu wahren. Obwohl es unter den Schikanen Englands gegen seinen Handel schwer litt, wehrte es sich lange dagegen, in Wirtschaftssklaverei zu versinken. In der Frage der englischen Postkontrolle ist es nicht vor Gegenmaßregeln gegen die russische Post zurückgeschreckt. Baumwolle konnte es nur durch Gründung eines Baumwolltrusts von Englands Gnaden erhalten. Durch schwedische Verordnung vom 16. Oktober 1916 wurde schließlich den englischen Konsuln doch noch das Recht zugestanden, Erklärungen von den schwedischen Exporteuren über den Ursprung ihrer Waren zu verlangen. Erst die Befestigung der Aalandsinseln durch Rußland seit Herbst 1915 entgegen der Abmachung im Pariser Frieden von 1856 rückte die Riesengefahr, in der sich das zwischen die größte Flotte der Welt und die expansivste Landmacht eingekeilte Schweden befand, ins rechte Licht. Die „russische Brücke nach Schweden" (Steffen) war geschlagen, „die Aalandsfrage wurde das Zentralproblem seiner Existenz" (Valentin). Um so unverständlicher war die bedeutende Verkürzung des Kredits, den die Regierung im März 1917 zur Aufrechterhaltung der Neutralität forderte, durch die Kammer. Der nachlassende Druck von Osten nach Besetzung der Insel Ösel durch die Deutschen ließ auch die Schweden wieder der Gefahr mehr vergessen, die von Osten drohte, und die Sozialdemokraten unter Branting und gewisse liberale Kreise hingen den westlichen Demokratien aus idealen Gründen an. Anderenteils ist Schweden wirtschaftlich ganz besonders abhängig von Deutschland, und trotz der bis 1917 steigenden Macht der in englischem Solde stehenden Transito-Gesellschaft, die einen gewaltigen Geldstrom von den englischen Gütertransporten durch Schweden nach England erntete (einem Einfuhrüberschuß im Jahresdurchschnitt 1911—13 von 25 Millionen Kronen stand 1918 ein Ausfuhrüberschuß von 417 Millionen Kronen gegenüber!), konnte dieses heilsame Gegengewicht die Schweden noch rechtzeitig vor dem Eintritt in den Krieg gegen Deutschland bewahren. Deutschland demonstrierte dann mit der Besetzung von Ösel und Moonen den englandfreundlichen Kreisen seine errungene Ostsee-Vormacht deutlich genug ad oculos, und die schwächliche Rolle der schwedischen Hilfsexpedition auf den Aalandsinseln 1918 konnte angesichts der deutschen Finlandexpedition nicht darüber hinwegtäuschen, daß Schweden die Gelegenheit verpaßt hatte, mit Deutschland zusammen ein neues dominum maris Baltici zu errichten, das nun — freilich nur auf kurze Zeit — dem Deutschen Reiche allein zufiel. Durch die den Ländern von der Entente 1920 nur widerwillig zugestandene Volksabstimmung kamen die Inseln dann doch noch in Schwedens Besitz.

Litt Spanien auch stark unter dem Handelskrieg, so erlaubte ihm seine geographische Lage doch eine festere Haltung. Die öffentliche Meinung war vielfach deutschfreundlich. Spanien war eigentlich der einzige europäische Staat, der dem Kriege relativ ferner bleiben konnte. Es erzielte im Kriege bedeutende Gewinne: der Goldbestand der Bank von Spanien stieg 1914—18 von 532 auf 2841 Millionen Pesetas; aber seine Dampfschiffsflotte sank 1914 bis 1918 von 628 Dampfern mit 844322 Brutto-Tonnen auf 495 Dampfer mit 749854 Brutto-Tonnen. Gibraltar ist eine zu deutliche Wunde am Leibe des spanischen Staates, als daß dieses Land an Englands Seite hätte kämpfen können. Deutsche Sympathien wurden vielfach offen und mannhaft geäußert.

c) Die Ausweitung des europäischen Konflikts zum Weltkriege.

Schon der Siebenjährige Krieg hatte bekanntlich rasch auf amerikanischen Boden übergegriffen. Napoleon kämpfte in Asien und Afrika — so mußte ein Krieg zwischen europäischen Weltmächten fast naturnotwendig sich auch auf die Welt ausbreiten. Zunächst boten sich die Kolonien dar. Der Vertrag zum Schutze der innerafrikanischen Kolonien gegen Kämpfe zwischen Weißen (S. 269) erwies sich dem lodernden Weltbrand gegenüber als ungenügende Brandmauer: England, Portugal und Frankreich zerrissen ihn wie einen Fetzen Papier. Des Eintritts Japans in den Weltkrieg haben wir schon oben (S. 214) gedacht. Die australischen Kolonien Deutschlands wurden augenblicklich mit Gewalt

Digitized by Google

For the President of the United States Personalty

I

10/VIII 14

Gebühren: ℳ Pf.

Angenommen durch:

Telegraphie des Deutschen Reichs.

von

Befördert ... 191 ... Uhr ... M. ... mitt. in Lig. ... an ... durch ...

Nr. ... mit ... W. 191 ... den ... / ... um ... Uhr ... Min. ... mitt.

Telegramm

Sr. Majestät des Kaisers und Königs.

1) H.R.H. Prince Henry was received by his Majesty King George V in London who empowered him to transmit to me verbally that England would remain neutral if war broke out on the Continent involving Germany & France, Austria & Russia. This message was telegraphed to me by my brother from London after his conversation with H.M. the King, & repeated verbally on the 29th of July.

2) My Ambassador in London transmitted a message from Sir E. Grey to Berlin saying that only in case France was likely to be crushed England would interfere.

3) On the 30th My ambassador in London reported that Sir E. Grey in course of a "private" conversation told him, that if the conflict remained localized between Russia - Austria - & Austria

Germany on strategical grounds, ~~knowledge~~ news having been received that France was already preparing to enter Belgium & the King of the Belgians having refused my petition for a free passage under guarantee of his country's freedom I am most grateful for the Presidents message

William H.

Anfang und Schluss der Botschaft Kaiser Wilhelms II. an Präsident Wilson vom 10. August 1914.

Nach „Memoiren des Botschafters Gerard" (Lausanne 1919).

Digitized by Google

Erläuterung zu der umstehenden Tafel.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch richtete Präsident Wilson an Kaiser Wilhelm durch das Staatsdepartement eine Botschaft, die Vereinigten Staaten seien jederzeit bereit, zwischen den kriegführenden Mächten zu vermitteln. Botschafter Gerard überbrachte dem Kaiser den Vorschlag am 10. August 1914 in einer Audienz im Berliner Schloßgarten. Gerard berichtet (Memoiren, S. 187 ff.):

„Ich fand den Kaiser an einem grüngestrichenen Eisentisch sitzend, unter einem großen Gartenschirm aus Segeltuch. Depeschenformulare lagen auf dem Tische zerstreut vor ihm, und auf dem Knie sonnten sich zwei kleine Dachshunde. Ich setzte dem Kaiser den Zweck meines Besuches auseinander, und wir führten eine allgemeine Unterhaltung über den Krieg und über den Stand der Dinge. Der Kaiser ergriff einige der unbeschriebenen großen Depeschenformulare und setzte mit Bleistift eine Antwort auf das Anerbieten des Präsidenten auf. Diese Antwort kabelte ich natürlich unverzüglich an das Staatsdepartement":

Für den Präsidenten der Vereinigten Staaten, persönlich.

10. August 1914.

1. Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich wurde von Seiner Majestät König Georg V. in London empfangen, der ihn ermächtigte, mir mündlich zu übermitteln, daß England neutral bleiben würde, wenn auf dem Kontinent ein Krieg ausbrechen würde, an dem beteiligt wären Deutschland, Frankreich, Österreich und Rußland. Diese Botschaft wurde mir durch meinen Bruder telegraphiert von London aus nach seiner Unterredung mit Seiner Majestät dem König, und mündlich wiederholt am 29. Juli.

2. Mein Botschafter in London übermies eine Botschaft von Sir Edward Grey nach Berlin, des Inhalts, daß nur in dem Falle England dazwischentreten würde, wenn Frankreich erdrückt zu werden scheinen sollte.

3. Am 30. berichtete mein Botschafter in London, daß Sir Edward Grey im Verlauf einer „privaten" Unterhaltung ihm gesagt habe, England würde sich nicht rühren, wenn der Konflikt zwischen Rußland — nicht Serbien — und Österreich [lokalisiert bliebe, daß es aber, wenn wir uns in den Kampf „mischten", rasche und schwere Entscheidungen treffen würde: d. h. wenn ich Österreich, meinen Verbündeten, im Kampfe im Stich ließe, so würde sich England nicht rühren.

4. Da diese Mitteilung der Botschaft des Königs an mich direkt widersprach, telegraphierte ich Seiner Majestät am 29. oder 30., um ihm zu danken für seine freundlichen Botschaften durch meinen Bruder und ihn zu bitten, alle seine Macht zu gebrauchen, um Frankreich und Rußland — seine Verbündeten — von kriegerischen Vorbereitungen abzuhalten, die dazu angetan wären, mein Vermittlungswerk zu stören, indem ich ihm mitteilte, daß ich in beständiger Verbindung sei mit Seiner Majestät dem Zaren. Am Abend antwortete der König freundschaftlich, er habe seiner Regierung anbefohlen, jeden nur möglichen Einfluß auf ihre Verbündeten daran zu wenden, sie von der Ergreifung irgendwelcher herausfordernden militärischen Maßnahmen zurückzuhalten. Zur gleichen Zeit fragte mich Seine Majestät an, ob ich nach Wien den britischen Vorschlag weiterleiten wolle, daß Österreich Belgrad und einige andere serbische Städte einnehmen sollte, uebst einem Streifen Landes, als Unterpfand dafür, daß die serbischen Versprechungen auf dem Papier in Wirklichkeit erfüllt werden sollten. Dieser Vorschlag wurde mir im gleichen Augenblick von Wien zur Ueberleitung nach London telegraphiert, genau zusammen mit dem britischen Vorschlag. Außerdem hatte ich Seiner Majestät dem Zaren dasselbe als meinen eigenen Gedanken telegraphiert, bevor ich die beiden Mitteilungen von Wien und London erhielt, die beide der gleichen Meinung Ausdruck gaben.

5. Ich übermies sogleich die Telegramme vice versa nach Wien und London. Ich fühlte, daß ich imstande war, die Frage zur Erledigung zu bringen, und war glücklich über die Aussichten für den Frieden.

6. Während ich andern Morgens eine Note an Seine Majestät den Zaren vorbereitete, um ihm davon in Kenntnis zu setzen, daß Wien, London und Berlin übereingekommen wären betreffend die Behandlung der schwebenden Angelegenheiten, erhielt ich die telephonische Mitteilung von Seiner Exzellenz dem Reichskanzler, daß in der vorausgegangenen Nacht der Zar den Befehl zur Mobilmachung der ganzen russischen Armee erteilt habe, die natürlich ebenfalls gegen Deutschland gerichtet war, während bis dahin die südlichen Armeen gegen Österreich mobil gemacht worden waren.

7. In einer Depesche aus London informierte mich mein Botschafter davon, er glaube, daß die britische Regierung die Neutralität Frankreichs garantieren würde, und wünschte zu wissen, ob Deutschland sich des Angriffes enthalten würde. Ich telegraphierte Seiner Majestät dem König persönlich, daß, da die Mobilmachung bereits in der Durchführung begriffen sei, sie nicht aufgehalten werden könne; wenn aber Seine Majestät mit bewaffneter Macht die Neutralität Frankreichs garantieren könnte, so würde ich mich enthalten, es anzugreifen, würde es allein lassen und meine Truppen anderswo verwenden. Seine Majestät antwortete, er denke, mein Anerbieten beruhe **auf einem Mißverständnis; und soweit ich verstehen kann, zog Sir Edward Grey mein Anerbieten niemals ernsthaft in Erwägung. Er hat nie darauf geantwortet.** Statt dessen erklärte er, England müsse die Neutralität Belgiens schützen, die von] Deutschland aus strategischen Gründen verletzt werden mußte, da Nachrichten eingelangt waren, daß Frankreich sich bereits anschickte, in Belgien einzudringen, und der König der Belgier mein Ansuchen um freien Durchmarsch, unter Garantie der Freiheit seines Landes, abgeschlagen hatte.

Ich bin sehr dankbar für die Botschaft des Präsidenten. **Wilhelm, I. R.**

Da das Telegramm vom Kaiser vor seiner Übergabe an Gerard nicht dem verantwortlichen Staatsmann vorgelegt worden war, wurde Gerard nach seiner Angabe noch am 10. August von hochgestellter Persönlichkeit gebeten, das Telegramm nicht zu veröffentlichen, was auch zunächst unterblieb. Erst später erschien die Depesche im „Daily Telegraph" in London, und zwar mit der autorisierten Erläuterung, daß die Behauptung, der König von England habe dem Prinzen Heinrich von Preußen die in Punkt 1 des Telegramms angeführte Erklärung abgegeben, jeder Begründung entbehre. Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß Kaiser Wilhelm bestimmt an eine derartige Erklärung geglaubt hat, wie auch seine Äußerung zu Tirpitz (**Erinnerungen, S. 258**) **beweist:** „Ich habe das Wort eines Königs."

genommen. Vorderasien trat durch den Anschluß der Türkei an die Mittelmächte in den Krieg ein — gegenüber diesen vier Erdteilen lag der gesamte amerikanische Kontinent lange Zeit als ein Hort des Friedens da. Entscheidend war hier einzig und allein die Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Amerikas Stellung im Weltkriege wurde lediglich durch seine eigenen Interessen bestimmt; das einzusehen war von Deutschland, das sich in schwerstem Existenzkampfe befand, nicht zu verlangen, zumal da die amerikanische Politik sich gern mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe umgibt. So groß die Interessen der amerikanischen Rüstungsindustrie am Siege der Entente waren, so war das Entscheidende doch das Bestreben, selbst durch den Krieg keinerlei Schaden, gleichviel von welcher Seite, zu erleiden. Der der amerikanischen Politik bei aller kühlen Wahrung materieller Interessen eigentümliche Zug zur Sentimentalität gemeinsam mit dem auf der Monroedoktrin fußenden starken Gefühl der Unverletzlichkeit und der Heiligkeit des Lebens amerikanischer Bürger konnte insbesondere die Gefährdung oder gar den Verlust amerikanischer Menschenleben schlechterdings nicht ertragen — materielle Verluste waren ja später jederzeit wieder gutzumachen. Die Verletzung der belgischen Neutralität stieß nicht deshalb in Amerika auf so harte Entrüstung, weil Amerika an Belgiens Schicksal mehr interessiert gewesen wäre als an dem irgendeines anderen europäischen Landes, sondern weil es sich dadurch in seiner eigenen neutralen Würde angegriffen und mit gleichem Schicksal bedroht wähnte. Die Anrufung Amerikas und seines Präsidenten Wilson als Schiedsrichter in dem Streit um die Schuld am Kriege schmeichelte zwar seiner Eitelkeit, stieß aber naturgemäß auf kühle Ablehnung, weil dieser Streit Amerika nur insoweit interessieren konnte, als es selbst dabei berührt war (s. die beigeheftete Tafel). Es trat zunächst beiden Parteien gegenüber mit gleicher Schärfe für seine Rechte ein und verbat sich eifersüchtig jede Minderung derselben, auch wenn sie sich nur auf das formale Recht stützen konnten, wie im Falle der Munitionsausfuhr. Der Beginn des Unterseebootkrieges im Februar 1915 verschob die Neutralität der Vereinigten Staaten zuungunsten der Mittelmächte, deren Sperrgebietserklärung den ganzen amerikanischen Handel lahmzulegen drohte und amerikanische Menschenleben in unmittelbarste Gefahr brachte. Die Torpedierung des Cunarddampfers „Lusitania", bei der über 2000 Menschen ums Leben kamen, entfesselte in ganz Amerika helle Empörung. Der Fall bedeutete unbedingt den Krieg, wenn nicht Deutschland ganz wesentliche Zugeständnisse machte. Obwohl die Versenkung der „Arabic" die sich hinzögernden Verhandlungen komplizierte, wurde doch ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen vermieden, indem Wilson mit seiner Parole peace and preparedness obsiegte. Der „Sussex"-Fall 1916 führte abermals an den Rand des Krieges; erst Deutschlands vollkommene Kapitulation am 4. Mai 1916, indem es den Unterseebootkrieg auf die Vorschriften des normalen Kreuzerkrieges einstellte, machte die Bahn wieder frei. Damit verband sich der von Deutschland ausgehende Plan einer amerikanischen Friedensvermittelung, der Deutschlands Zurückweichen den Weg ebnen sollte. Indessen verzögerte sich dieselbe bis in den Dezember, da die Entwickelung der militärischen Lage und die bevorstehende Präsidentenwahl einen diesbezüglichen Schritt Wilsons bis dahin nicht zweckmäßig erscheinen ließen. Als dann Wilsons Aktion unmittelbar bevorstand, durchkreuzte die deutsche Regierung sie vorzeitig durch ein eigenes Friedensangebot, dessen ungeachtet aber Wilson dennoch mit einer Friedensanregung hervortrat. Die Mittelmächte antworteten grundsätzlich zustimmend, gaben aber keine Kriegsziele an, während die Ententemächte maßlose Forderungen stellten. Wilson sah dennoch darin eine Möglichkeit zu weiteren Erörterungen und bot nun, einen Schritt weitergehend, seine unmittelbare Vermittelung an — da platzte die deutsche Verkündung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges wie eine Bombe dazwischen und riß Amerika in den Krieg: eine Folge, mit der auch auf deutscher Seite von vornherein gerechnet wurde.

Wilson brach die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab (3. Febr. 1917; Österreich folgte am 9. April, die Türkei am 20. April) und forderte am 5. Februar alle neutralen Staaten in einer Note zu gemeinsamem Vorgehen gegen das Deutsche Reich auf. Die herben Absagen, die er sich vor allem von Schweden und Spanien holte, bewiesen, daß er einen faux pas begangen hatte. Nur China folgte seinem Beispiele (Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 14. März 1917, Kriegserklärung am 14. August 1917). Bei seinem Bemühen, Kongreß und Senat zu direkt kriegerischen Schritten zu gewinnen, hatte er insofern Pech, als der 5. März mit dem Sessionsschluß dazwischen kam. Doch hinderte ihn das nicht; er erklärte einfach, auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1819 bereits zu dem Schritte befugt zu sein, für den er nur aus Höflichkeit um besondere Vollmacht gebeten habe. Nun ging die Entwickelung der Dinge rasch weiter; in der berüchtigten Botschaft an den Kongreß vom 2. April 1917 forderte Wilson, nachdem

Digitized by Google

im März mehrere die Kriegsrüstung betreffende Gesetze verabschiedet worden waren, den Eintritt in den Krieg an der Seite der Alliierten. „Es geht um die Freiheit der Völker der Welt! Es geht um den endlichen Frieden der Welt! Es geht um die Befreiung auch des deutschen Volkes!... Dabei sind und bleiben wir die aufrichtigsten Freunde des deutschen Volkes und wünschen die Wiederherstellung inniger Beziehungen...!" Ein Dokument weltgeschichtlicher Ironie! Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Österreich-Ungarn erfolgte erst am 7. Dezember 1917.

Von den Vereinigten Staaten abhängig, auf den englischen Nachrichtendienst angewiesen, nahmen die südamerikanischen Republiken eine begreifliche Haltung ein. Das Tollste an Lügennachrichten so ungefähr ist in diesen Staaten verbreitet und geglaubt worden. Kein Wunder daher, daß die öffentliche Meinung in diesen Staaten ziemlich stark deutschfeindlich war. Brasilien brach am 11. April 1917 die Beziehungen zu Deutschland ab und trat selbst am 26. Oktober in den Krieg ein. Argentinien folgte trotz Veröffentlichung der ungeschickten Depeschen des Grafen Luxburg nicht; dagegen brachen Uruguay am 7. Oktober, Bolivien bereits am 13. April, dann Peru am 8. Oktober, Ecuador am 9. Dezember mit Deutschland. In Mittelamerika folgten Cuba am 7. und Panama am 10. April dem Beispiel der Vereinigten Staaten, Honduras und Nicaragua brachen am 17. und 21. Mai, Costarica am 21. September die Beziehungen zu Deutschland ab, Guatemala am 27. April 1917 (Kriegserklärung am 30. April 1918), San Domingo am 11. Juni, Haiti am 5. Juni; letzteres erklärte 23. September den Krieg, Nicaragua am 8. Mai 1918, Costarica am 23. Mai 1918, Honduras am 19. Juni 1918, Haiti am 12. Juli 1918. Gegenüber dieser Fronde konnte Mexiko natürlich keinerlei Schritte zugunsten Deutschlands ergreifen. In Afrika trat noch der Negerstaat Liberia in den Krieg gegen Deutschland ein (4. August 1917), in Asien am 22. Juli 1917 Siam.

d) Die politische Neuordnung im und durch den Weltkrieg.

Mit zunehmender Deutlichkeit richtete sich die Propaganda der verbündeten Westmächte gegen die Staatsform Deutschlands, bis es ihr offen verkündetes Kriegsziel wurde, diese zu beseitigen. In der angriffslustigen Opposition der sozialistischen und demokratischen Parteien Deutschlands, deren Staatsideal von jeher die parlamentarische Demokratie nach westeuropäischem Muster war, fanden sie hierbei, besonders seit dem Juli 1917, einen ihnen von innen her entgegenarbeitenden Bundesgenossen. „Im Namen von Demokratie und Freiheit" sollte das deutsche Volk von einer veralteten Staatsform, von seinen „autokratischen Machthabern" befreit werden. Aristokratischer Pessimismus in Deutschland, der diese Entwickelung bedauerte, aber doch für die unaufhaltsame Evolution von der Blüte deutschen Staatslebens zur Dekadenz erklärte und darin den Anfang vom „Untergange des Abendlandes" erblickte, mit seinem indolenten Geschehenlassen entzog dem Widerstande dann gerade im entscheidenden Augenblicke der Novemberrevolution noch die letzten Kräfte: der deutsche Staat kapitulierte vor der Demokratie.

Es wird ein Streitpunkt bleiben, ob darin ein Fortschritt lag oder nicht; so unbestreitbar im deutschen Staatsbau Bismarcks mancher Baustein aus altem Gemäuer mit übernommen worden war, den man vielleicht besser schon 1871 zerschlagen hätte, so zweifellos enthält das westeuropäische Staatsideal dem Deutschen wesensfremde Züge, die ihm niemals anstehen werden. Nur eine reindeutsche Demokratie wird Bestand haben können und dazu wird an die alten Formen neu angeknüpft werden müssen: so wird aus der Vereinigung deutscher Staatsform mit den demokratischen Idealen — aber besser Amerikas

Digitized by Google

als Frankreichs — eine Synthese erwachsen, die auch eine Renaissance, nicht nur geistlose Rezeption werden könnte!

Die Zukunft muß es lehren, ob sich dann das verjüngte deutsche Staatsideal als ein Sauerteig in dem Hexenkessel erweisen wird, in den das ganze Mitteleuropa durch den Kriegsausgang gestürzt worden ist, ob mit anderen Worten sich die Länder der europäischen Mitte erneut, schon durch das natürliche Schwergewicht ihrer Lage, zusammenfinden werden.

Wie eine glänzende Fata Morgana war das Bild eines Mitteleuropäischen Bundes im Kriege aufgetaucht! Friedrich Lists Gedanke eines geeinten Mitteleuropa wurde von List dem Jüngeren, Karl Lamprecht (gest. 1915), und vor allem Friedrich Naumann (gest. 1919) neubelebt. Trotz immer neuer Unstimmigkeiten, vornehmlich in der polnischen und in militärischen Fragen strebten das Deutsche Reich und die Donaumonarchie danach, sich in einem politisch-wirtschaftlich-militärischen Waffenbund zusammenzuschließen; ein türkisch-deutscher Vertrag war bereits 1917 vorausgegangen. Bulgarien und die Türkei beseitigten im Zusammenhang mit den Bukarester Friedensverhandlungen ihre letzten Meinungsverschiedenheiten. Zugleich suchte sich der Bierbund über sein eigenes Gebiet als Kristallisationskern hinaus zu erweitern. Hier boten sich zunächst die von der russischen Herrschaft befreiten westslawisch-germanischen Gebiete von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere dar. Das Königreich Polen wurde bereits 1916 errichtet, der Friedensvertrag von Brest Litowsk 1918 mit den nachfolgenden Einzelverträgen sollte die Angliederung Kurlands an Preußen, die Personalunion Litauens mit Sachsen, Bündnisse mit Livland, Finland und der Ukraine einleiten; der Bukarester Friedensvertrag gliederte auch Rumänien wenigstens wirtschaftlich dem Block der Mittelmächte wieder ein. Über Kleinasien hinweg ging, gestützt auf panislamische Pläne, die Fühlung mit Persien, ja mit Afghanistan nicht verloren, und die türkischen Patrioten um Enwer Pascha ließen, phantasiebeflügelt, ihren Blick bis nach Indien schweifen. Die Anrechte auf Ägypten hielt die Türkei aufrecht, so daß, wenn dessen Eingliederung in den mitteleuropäischen Wirtschaftsblock künftig gelang, ein Landweg Hamburg – Deutsch-Ostafrika als fernstes Ziel dieser weltpolitischen Neugruppierung leuchtete. Hatte sich diese zusammenhängende Ländermasse einmal fest begründet, so hätten die angrenzenden Staaten: Niederlande, Schweden, Dänemark und Griechenland, eher oder später in einem Anschluß ihr eignes Heil erblicken müssen, um so mehr, wenn die noch ausstehenden Friedensschlüsse die Eingliederung Belgiens und Serbiens gewährleisteten. Wie ein breites Band schob sich dann eine fortlaufende Länder- und Staatenmasse durch die Mitte Europas über Vorderasien bis ins Herz Afrikas hinein, eine weltpolitische Neuordnung war aus einem Meer von Blut geboren, und manche Staaten, die mit dem Opfer ihrer ganzen Volkskraft gegen diese neue Zeit kämpften — Frankreich, Italien —, würden sich schließlich der weltgeschichtlichen Tatsache beugen müssen und in einem Anschluß an diesen Friedensbund ihr Heil erblicken.

Diese weltpolitische Neuorientierung, deren Umrisse sich seit 1915 vom Hintergrunde des Weltkrieges abzuheben schienen, zu ersticken, war das Ziel der Ententepolitik. Der sicherste Weg zu diesem Ziele war der eigne Zusammenschluß und die Einkreisung und Zersprengung des Vierbundes, des Grundstockes des künftigen Mitteleuropa. Nebenher und in Verquickung damit ging die wirtschaftliche Abschließung des Gebietes der Mittelmächte.

Bereits in den ersten Kriegswochen waren ja die überraschenden Erfolge Deutschlands so ungeheuere, daß die Entente in ihren Zügen krachte. Der katastrophale Charakter, den der Feldzug im Westen während der ersten sechs Wochen annahm, die isolierte Stellung Rußlands und die Niederlagen der russischen Nordarmeen ließen eine engere Verbindung um so mehr geboten erscheinen, als das Interesse am Kriege bei den Alliierten überhaupt ein verschiedenes war. Gemeinsam war ja nur der einhellige Wunsch, Deutschland zu vernichten. In dem Augenblick, da die Hoffnung hierauf wankend wurde, erstand für die Entente die Gefahr, auseinanderzufallen. So kam auf Englands Betreiben in London der Vertrag vom 5. September 1914 zustande, durch den sich die Ententestaaten verpflichteten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Ein im Dezember 1914 zustande gekommener Sondervertrag mit Rußland kettete das Zarenreich nochmals besonders fest an England, und auch die republikanische Regierung Kerenskis gelang es nach längeren Schwankungen nochmals einzufangen. Später traten Italien, Amerika, Japan diesem Abkommen bei. Ein vorzügliches Mittel, seine Verbündeten fest an seine Interessen zu ketten, hatte England in seinen Kohlen und in seiner Flotte. Italien war völlig abhängig von der Kohlenzufuhr, Frankreich wurde durch

Digitized by Google

das stetig wachsende englische Heer auf französischem Boden immer mehr seiner Bewegungsfreiheit beraubt, das kleine belgische Heer stand unter englischem, das serbische unter französischem, das rumänische unter russischem Oberbefehl. So riß England, dem in den letzten Friedensjahren das Heft der Weltpolitik aus der Hand geglitten war, wieder die Führung an sich. Über diese Defensivallianz bis Kriegsende auf Grund des Septembervertrags gingen aber Englands Pläne weit hinaus. Es erstrebte vielmehr eine dauernde Weltkoalition gegen die Mittelmächte auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete: die erfolgreiche Betätigung der Einkreisungspolitik gegen Deutschland 1904—14 sollte das Vorbild für diese neue Organisation sein. Doch stieß England zunächst auf beträchtlichen Widerstand bei den eigenen Verbündeten: Rußland verhielt sich stets ablehnend, dagegen waren Italien und Frankreich begeisterte Anhänger dieser Pläne. Die entscheidende Wendung in diesen Dingen trat erst nach Rußlands Zusammenbruch und Amerikas Eintritt in den Krieg ein. Wilson verhielt sich allerdings noch 1917 gegen die Pläne der Pariser Wirtschaftskonferenz (1916) ziemlich ablehnend, als dann aber der militärische Erfolg des Krieges immer mehr in Frage gestellt wurde, übernahm er die Führung in der Organisation der Welt gegen die Mittelmächte. So kam in die Pariser Pläne erst um die Wende 1917/18 Schwung, als die Mehrheit der den Mittelstaaten feindlichen Reiche sich auf den Boden der Pariser Konferenz stellte (Verbandskonferenz in Paris November 1917). Die Frucht dieser Pläne war der Völkerbund, wie er im Friedensvertrag von Versailles begründet wurde: gedacht als die Verewigung der Entente der „alliierten und assoziierten Regierungen", denen die im Kriege neutralen Staaten sich als Trabanten angliedern und von denen die ehemals feindlichen Länder nur als Mitglieder zweiter Ordnung zugelassen werden sollen. Der Völkerbund soll das neue Zeitalter der Demokratie und Freiheit heraufführen: in welcher Mißgestalt der Verzerrung freilich, haben die Friedensverträge von Versailles und St.-Germain gezeigt. Vor allem soll er die Erhaltung der demokratischen Staatsform westeuropäischen Musters auf der ganzen Erde verbürgen, denn allein durch ihre Aufoktroyierung hat die Entente ihren Sieg vollständig gemacht und allein in ihrer Erhaltung in Deutschland sieht sie darum eine Garantie des Friedens.

Der mächtige demokratische Strom, in den schließlich der ganze Krieg mit allen seinen Ergebnissen einmündete, war vor allem von Amerika aus propagiert worden. Eine demokratische Entwickelung so radikaler Natur mußte naturgemäß jeden kriegerischen Erfolg in Frage stellen und Sieg in Niederlage wandeln.

Gleichen Dienst erwartete Wilson vom Pazifismus. Der erfindungsreiche und unerschöpfliche Former pazifistischer Schlagworte gedachte die weltversöhnende Sentimentalität und völkerverbrüdernde Philosophie der Deutschen, verbrämt mit christlicher Ethik, vor den Wagen seiner Vermittlertätigkeit im Sinne einer Entschädigung „ohne Sieger und ohne Besiegte" zu spannen. Kein Zweifel, daß seine Sirenengesänge die Einheitlichkeit deutschen Volkswillens zersplitterten und die deutsche Volksseele verwirrten. Die Zersplitterung fast aller Parteien bis weit nach rechts hinüber in der Julireſolution des Reichstags 1917, in der er sich auf einen „Frieden ohne Entschädigung und Annexionen" festlegte, hat ihren letzten Ursprung in den pazifistischen Strömungen, die vom Auslande herüberwogten (S. 138). Demgegenüber war in England vor allem eine erstaunliche Klarheit des Wollens in der Frage der Kriegsziele zu beobachten, ebenso in Frankreich und Italien.

B. Der militärische Krieg.

a) Der Krieg im Westen.

Es war die erste große militärische Enttäuschung, die die Entente erleben mußte, daß trotz der schon bald in voller Schwere sich bemerkbar machenden Last des Zweifrontenkrieges es Deutschland sofort gelang, die Initiative, zunächst im Westen, nach wenigen Wochen bereits auch im Osten, an sich zu reißen und den Krieg in Feindesland zu tragen. Freilich scheiterte die Absicht des deutschen Generalstabes, zunächst den Gegner im Westen niederzuwerfen und dann erst im Osten zur Offensive überzugehen. (S. die beigehefteten Karten.)

Digitized by Google

KARTEN ZUR GESCHICHTE DES WELTKRIEGES II:

Der Krieg im Westen 1916—18.

NIEDERLANDE
NORD-SEE
ENGLAND
BELGIEN
FRANKREICH
LUXEMBURG
Antwerpen
Brügge
Gent
Mecheln
Brüssel
Löwen
Lüttich
Verviers
Aachen
Duisburg
Crefeld
Mönchengladbach
Dünkirchen
Calais
Boulogne
Ypern
Roubaix
Lille
Tournai
Namur
Charleroi
Mons
Arras
Douai
Valenciennes
Maubeuge
Amiens
Albert
St Quentin
Laon
Soissons
Reims
Verdun
Metz
Toul
Nancy
Paris
Versailles
Compiègne
Montdidier
Epernay
Châlons s/M.
Bar-le-Duc
Maßstab 1:3000000
Kilometer
Stellungsbau Anfang 1917 vor dem deutschen Rückzug auf die Hindenburg-Stellung
Stellungsbau vor Beginn der deutschen Offensive am 21. März 1918
Gebietsgewinne der deutschen Offensive vom 21. März bis zum 8. Juli 1918 den Beginn der Pendlichen Offensive
Rückzugsbewegungen der Deutschen
Verbindungen bei den Offensiven v. J. 1918
Ungefähre Vorlage der Frontlinie beim Abschluß des Waffenstillstandes am 11. Nov. 1918
Datum bei Ortsnamen bezeichnet d. Tag d. Einnahme od. Beginn d. während d. deutsch. Offens. 1918
Rückzugslinien der deutschen Armeen mit Angabe der Armee-Nummer
Ypern
Roulers
Menin
Comines
Armentières
Bailleul
Wytschaete
Messines
Warneton
YPERN
Maßstab 1:100000
Kilometer
Front am 8. VI. 17
Front am 31. XII. 17
Front am 10. XI. 17
Arras
Lens
Douai
Cambrai
Bapaume
Albert
Péronne
Roye
Montdidier
Amiens
Albert
Corbie
Villers Bretonneux
Moreuil
Hangard
Ayette
Hébuterne
Puisieux
Serre
Beaumont Hamel
Thiepval
Pozières
Contalmaison
Fricourt
Mametz
Montauban
Maricourt
Combles
Guillemont
Ginchy
Morval
Lesbœufs
Gueudecourt
Flers
Courcelette
Martinpuich
Pys
Le Sars
Bapaume
Achiet le Grand
Achiet le Petit
Miraumont
Irles
Bucquoy
Ablainzevelle
Boyelles
Adinfer Wood
Bihucourt
Beaulencourt
Vaulx Vraucourt
Noreuil
Lagnicourt
Morchies
Hermies
Demicourt
Boursies
Villers Plouich
Gouzeaucourt
Metz en Couture
Trescault
Havrincourt
Graincourt
Anneux
Cantaing
Fontaine
Fontaine-Notre-Dame
Masnières
Marcoing
Neuville
Crèvecœur
Rumilly
Carnières
Proville
Escaudœuvres
Cambrai
Front am 20. XI. 17
Angriff
CAMBRAI.
Maßstab 1:100000
Kilometer
Front am 6. V. 17
Front am 20. XI. 17
Front am 31. XII. 17
CHEMIN DES DAMES.
Maßstab 1:100000
Kilometer
Front am 16. IV. 1917
Front am 6. V. 17
Front am 31. XII. 17
Soissons
Laon
Fère en Tardenois
Oulchy le Château
Fismes
Braine
Vailly
Craonne
Ailles
Corbeny
Berry au Bac
Cerny
Pontavert
Bourg
Guignicourt
Neufchâtel
Juvincourt
Condé
Berry au Bac
Roucy
Prouvais
Bruyères
Pargny
Filain
Chamouille
Chavignon
Chermizy
Ailles
Craonnelle
Corbeny
Jumencourt
Chemin des Dames
Ferme de Langenant
Ferme de Lombaut
Ferme de Froidmont
Ferme de Beaumont
Ferme de Bonnelle
Ferme de Bonnelle
Ferme de Bonnelle

KARTEN ZUR GESCHICHTE DES WELTKRIEGES III:

Der Krieg im Osten I.

KARTEN ZUR GESCHICHTE DES WELTKRIEGES IV:

Der Krieg im Osten II.

RUSSLAND
KAUKASUS-FRONT
1 : 15 000 000
PERSIEN
WARSCHAU
LODZ
LEMBERG
KRAKAU
Ljublin
Brest
Pinsk
Tarnopol
Stanislau
Kolomea
Czernowitz
BUKOWINA
Siebenbürgen u. Walachei
BUKAREST
Ploiesch
Kronstadt
Hermannstadt
Temesvar
Arad
Szegedin
Belgrad
Nisch
Sofia
Philippopel
Adrianopel
Konstantinopel
Saloniki
Smyrna
Mazedonien
BULGARIEN
Schwarzes Meer
Marmara-Meer
Ägäisches Meer
Mittelmeer
Dardanellen
Bosporus
Suezkanal
Rotes Meer
Persischer Golf
Kaspisches Meer
Tiflis
Baku
Täbris
Urmiasee
Mossul
Bagdad
Basra
Kut el Amara
Ktesiphon
Aleppo
Damaskus
Jerusalem
Beirut
Alexandrette
Konia
Angora
Trapezunt
Erzerum
Van See
Mus
Bitlis
Diarbekir
Urfa
Mardin
Sinai
Suez
Port Said
Alexandrien
Kairo
Assuan
Libyen
Tripolis
Barka
Sollum
Tobruk
Derna
Bengasi
Sirte
Misurata
Homs
Tripolis
Tunis
Algier
Oran
Gibraltar
Malta
Sizilien
Neapel
Rom
Livorno
Genua
Turin
Mailand
Venedig
Triest
Fiume
Pola
Cattaro
Durazzo
Valona
Korfu
Prevesa
Patras
Athen
Kreta
Rhodos
Cypern
Beirut
Haifa
Akka
Tripolitanien
Cyrenaika
Fessan
Ghadames
Ghat
Ghadua
Tarabulus
Misurata
Sirte
Bengasi
Derna
Tobruk
Sollum
Barka
Libyen
Ägypten
Sudan
Abessinien
Eritrea
Italienisch-Somaliland
Britisch-Somaliland
Aden
Arabien
Mekka
Medina
Hedschas
Jemen
Asir
Nedschd
Kuwait
Persien
Afghanistan
Belutschistan
Indien
Karachi
Quetta
Multan
Lahore
Amritsar
Delhi
Agra
Allahabad
Benares
Patna
Kalkutta
Darjeeling
Assam
Birma
Mandalay
Rangun
Andamanen
Nikobaren
Ceylon
Colombo
Malediven
Laccadiven
Bombay
Goa
Madras
Pondicherry
Trichinopoly
Madura
Tuticorin
Kap Comorin
Hyderabad
Nagpur
Jubbulpore
Mirzapur
Gwalior
Indore
Ahmedabad
Surat
Diu
Kathiawar
Kutch
Sind
Belutschistan
Afghanistan
Kandahar
Herat
Kabul
Peschawar
Khyber-Pass
Chaibar-Pass
Kurram-Pass
Tochi-Pass
Gomal-Pass
Bolan-Pass
Khojak-Pass
Nushki
Sarawan
Jask
Bender Abbas
Lingah
Bushir
Abadan
Schatt el Arab
Euphrat
Tigris
Mesopotamien
Arabien
Syrien
Palästina
Transjordanien
Sinai
Suez
Port Said
Alexandrien
Kairo
Assuan

KARTEN ZUR GESCHICHTE DES WELTKRIEGES V:

Kriegsschauplätze in Italien, Serbien, Deutsch-Ostafrika und im Orient.

Der deutsche Kriegsplan entstammte dem Gedankenwerk des Grafen Alfred v. Schlieffen (1833—1913). Dieser hatte in seinem „Cannae" die beiderseitige Umfassung und Vernichtung des Gegners als die Aufgabe der Kriegführung ausgebildet und den deutschen Generalstab in diesem Sinne erzogen. Sein Plan ging dahin, mit allen verfügbaren Kräften längs der Linie Donon—Aachen aufzumarschieren, in einer riesenhaften Linksschwenkung, an Paris vorbei, um den Drehpunkt Verdun die französisch-belgisch-englische Nordarmee auf die französischen, inzwischen zum Teil in Süddeutschland eingedrungenen südlichen Truppen zu werfen, zu umstellen und zu vernichten. Längs der elsaß-lothringisch-französischen Grenze sollten schwache Grenzschutztruppen unterdessen den Feind zwischen die Eckpfeiler Straßburg—Metz über die Vogesen in die Klemme ziehen, ebenso sollten schwächste Truppen in

Ausmarsch der Gardekürassiere aus Berlin in den ersten Augusttagen 1914. Nach Photographie.

Ostpreußen den Russen unter Preisgabe deutschen Gebietes bis zur Entscheidung im Westen hinziehen. Unter dem Einflusse des verantwortungsscheuen Kaisers Wilhelm II., der süddeutsches Gebiet keinesfalls, auch nicht vorübergehend, einem feindlichen Einfalle preisgeben wollte, und Schlieffens schwächlichen Nachfolgers, des Grafen Moltke, war dieser geniale Plan schon im Frieden dadurch verwässert worden, daß der im Süden vorgesehene nur schwache Grenzschutz auf zwei volle Armeen verstärkt wurde. Sodann versagte der Reichstag 1913 eine Reihe von Neuformationen, obwohl sie der damalige Chef der Aufmarschabteilung, Ludendorff, zur Durchführung des Kriegsplanes für unbedingt notwendig erklärte. Endlich bestimmte auch noch der Kaiser, als der Russe, wie vorausgesehen, in Ostpreußen einbrach, durch die Hilferufe der gequälten Bevölkerung nervös geworden, unentbehrliche Truppenteile des Schwenkungsflügels zum Abtransport nach Ostpreußen: Truppen, die dann im entscheidenden Augenblick an der Marne fehlten. So brach Schlieffens Plan zusammen, Frankreich jubelte über das „Wunder an der Marne".

Digitized by Google

In sieben Armeen ließ Deutschland sein Westheer längs der belgisch-luxemburgisch-französischen Grenzen gegen Frankreich aufmarschieren: die 1. Armee (Kluck) versammelte sich bei Aachen, die 2. (Bülow) bei Malmedy, die 3. (Hausen) in der Gegend der deutsch-luxemburgisch-belgischen Dreiländerecke, die 4. (Herzog Albrecht von Württemberg) bei Luxemburg, die 5. (Kronprinz des Deutschen Reiches) bei Diedenhofen, die 6. (Kronprinz Ruprecht von Bayern) bei Metz, die 7. (Heeringen) bei Straßburg. Auf der Gegenseite bezog die belgische Armee eine von den Festungen Lüttich, Huy und Namur gestützte befestigte Linie längs der Maas, mit dem rechten Flügel, der mit französischen Truppen im Gemenge lag, über Dinant bis gegen Givet hin reichend. Dahinter lag eine Armeereserve in Antwerpen. Südlich davon bei Mons konzentrierte sich die englische Armee, die in Amiens ausgeladen wurde, unter Sir John French. Westlich davon versammelte sich bei Charleroi die französische 5. Armee des Generals Lanrezac, die in ihrem Rücken durch die Festung Maubeuge gestützt wurde. Östlich der Maas bei Neufchâteau stand die französische 4. Armee (Langle de Cary) versammelt. An diese schloß sich bei Verdun die 3. Armee (Ruffey) an, südlich davon stieß aus der Linie Toul–Epinal die französische 2. Armee (Castelnau) und aus der Linie Epinal–Belfort die französische 1. Armee (Dubail) vor.

Zerschossenes Fort von Lüttich. Nach Photographie.

Noch vor Vollendung der Heeresversammlung, die am 22. August gemeldet wurde, begann die Armee Kluck den Vormarsch. Mit nur friedensstarken Brigaden nahm der General der Infanterie v. Emmich am 7. August in glänzendem Ansturm die Festung Lüttich, dem weiteren Vormarsch die Wege ebnend (s. die nebenstehende Abbildung). Hier zeichnete sich der Oberquartiermeister Ludendorff zum ersten Male aus, als er an der Spitze einer verwaisten Brigade in Lüttich eindrang. Mit dem Tage des vollendeten Aufmarsches setzte dann sofort jener beispiellose Vormarsch der fünf deutschen Nordwestarmeen ein, der die deutschen Truppen in drei Wochen bis ins Herz Frankreichs führte. Klucks Armee hatte nach heftigem Kampf an der Gette, über Brüssel (20. August) nach Südwesten umschwenkend, bereits die Linie Valenciennes–Mons erreicht, aus der am 23. August die Engländer auf St. Quentin zurückgeworfen wurden. Auch Bülow hatte vor Vollendung des allgemeinen Aufmarsches bereits den Vormarsch angetreten. Zwischen Lüttich und Namur über die Maas stoßend, traf er am 21. August bei Charleroi auf Teile der Armee Lanrezac, die er auf die Oise zurückwarf. Vor Namur und Maubeuge ließ er nur schwache Belagerungstruppen zurück, beide Festungen fielen in kurzer Zeit (Namur 25. August, Maubeuge 7. Sept.; s. die Abbildung S. 227). Die dritte Armee schlug am 23. August mit belgischen Truppen vermengte Teile der französischen 5. Armee aus der Linie Dinant–Givet trotz heftigem Widerstand nach Südwesten in Richtung auf Signy l'Abbaye zurück und bog selbst, die Ardennen überschreitend, dicht westlich der Maas in scharfem Bogen nach Süden um. Leider ging, mangels einer einheitlichen

Digitized by Google

Führung der ersten drei Armeen, die greifbar günstige Gelegenheit einer doppelten Umfassung und Vernichtung der französischen 5. Armee im Sambre-Maasknie ungenutzt vorüber, da Bülow zu zeitig angriff und Hausen vorzeitig nach Süden umbog, statt mit aller Kraft nach Osten vorzustoßen und Lanrezac den Rückzug abzuschneiden. Am selben Tage warf auch die 4. deutsche Armee bei Neufchâteau und am Sémois ihren Gegner. Langle de Cary, der hier auf französischer Seite befehligte, zog sich auf Sedan zurück, Herzog Albrecht folgte ihm. Der rechte Flügel der Armee des deutschen Kronprinzen schloß am 22. August die Festung Longwy (gefallen am 26.) ein, rückte aber, ohne sich aufhalten zu lassen, in die Linie Virton – Longuyon – Audeur-le-Roman vor, aus der die Armee Ruffey nach mehrtägiger offener Feldschlacht über die Maas bei Dun zurückgeworfen wurde. Der

Abzug der kriegsgefangenen Besatzung von Maubeuge. Gemälde von Hans Köhlschein. Nach der Wiedergabe in Dietrich Schäfer, Der Krieg 1914/16, Bd. I (Leipzig 1916).

linke Flügel der Kronprinzenarmee mußte sich damit begnügen, näher an Verdun heranzurücken. Die 6. Armee trat am 20. August den Vormarsch an und warf die französische 2. Armee auf die Fortslinie der Maasfestungen über Lunéville (24. August) zurück. Dadurch entlastet, konnte auch die 7. Armee über die Grenze gegen Belfort vorgehen; am 26. August war auch das Elsaß frei vom Feinde. Es wäre aber besser gewesen, die französischen Ostarmeen wären über die Vogesen gezogen und hätten sich jenseits derselben festgebissen, statt daß sie jetzt, näher an die Entscheidungsschlachtfelder herangezogen und auf die uneinnehmbaren Sperrforts gestützt, unbesorgt und rascher als die Deutschen Unterstützungen nach Norden abgeben konnten. In einem riesenhaften Ansturm war die gesamte französische Front gleichzeitig von Mons bis Mülhausen zurückgedrückt worden. Es folgten unter täglichen kleineren Kämpfen Tage anstrengendster Verfolgung. In den letzten Tagen des August stellte sich die feindliche Linie zum zweiten Male zum allgemeinen Kampf. Nur die englische Armee setzte unbekümmert ihren Rückzug bis über die Seine fort. Daher konnte Kluck ohne Unterbrechung seinen Vormarsch bis über Compiègne fortsetzen.

Digitized by Google

Einen schwächlichen Versuch Lanrezacs, am 29. August an der Oise zum Gegenstoß zu schreiten, brach Bülow, der seinen Gegner tags darauf in zweitägiger Schlacht bei St.-Quentin (29./30. August) entscheidend schlug. Die 5. französische Armee wich über Aisne und Marne zurück. Bülow erreichte bereits am 4. September mit seinem linken Flügel Epernay, am 6. stand seine Armee in der Linie Esternay–Morains-le-Pont zu neuem Angriff bereit.

Gleichzeitig war die deutsche 3. Armee noch weiter vorgedrungen. Am 29./30. August schlug Hausen seinen Gegner bei Signy l'Abbaye bis über die Aisne zurück, er erzwang den Übergang bei Rethel, nahm mit Teilen des 12. Reservekorps am 4. September Reims, überschritt am 5. September die Marne bei Chalons und erreichte am 6. mit dem linken Flügel Vitry-le-François.

Die 4. Armee stieß in der Linie Mézières–Sedan auf so starken Widerstand, daß sie zunächst wieder über die Maas zurückgehen mußte. Sie gewann aber das Westufer wieder, nahm das Fort les Ayvelles und verfolgte den geschlagenen Gegner in unaufhaltsamem Vormarsch über Vouziers–Suippes bis in die Linie Vitry–Revigny. Der rechte Flügel der 5. Armee endlich nahm am 30. August Montmédy, durchschritt kampflos das Gelände des Argonnenwaldes und gewann eine fast rechtwinklig zur 4. Armee verlaufende Stellung Revigny–Sivry. Der linke Flügel stand fast parallel dazu östlich Verdun, so daß diese wichtigste Festung fast völlig umschlossen war. Aber sie stand noch fest, so daß der linke Kronprinzenflügel an der Schwenkung nach Süden nicht mit teilnehmen konnte. Die 6. und 7. Armee blieben in Verstrickung mit dem Gegner unter schweren Gebirgskämpfen in langsamem Vorrücken gegen Nancy und Epinal: am 6. September meldete der deutsche Generalquartiermeister v. Stein Angriffskämpfe gegen Nancy.

Die Lage des deutschen Heeres am 5. September berechtigte zweifellos zu großen Hoffnungen, barg aber auch unverkennbare Gefahren in sich. Die Nordfront war zwischen die beiden festen Plätze Paris und Verdun eingeklemmt, die zurückgebogenen Flügel (1. und 5. Armee) forderten den Versuch zur Aufrollung geradezu heraus. Dazu waren die Kontingente aller Armeen durch Verluste, Abgabe an die Etappen, Ausscheidung von Belagerungstruppen stark geschwächt, der Nachschub von Mannschaften und Munition mußte im Falle eines plötzlich eintretenden hohen Bedarfes bei den zunehmenden Abständen zwischen kämpfender Truppe und Heimat und der Unsicherheit der rückwärtigen Verbindungen, vor allem auch bei der noch unabgeschlossenen Ausbildung der neueingestellten Rekruten höchst fraglich erscheinen. Der französische Generalissimus Césaire Joffre (s. die Abbildung S. 229) erkannte mit scharfem Blick die schwierig gewordene Lage des Gegners. Rückten die Deutschen immer weiter von ihren Stützpunkten ab, so zogen die Franzosen durch ihren Rückmarsch den Nachschub nur näher an sich heran. Ihnen blieb die Wahl des Geländes überlassen, auf dem sie sich zu neuem Kampf stellen wollten. Noch war ja die französische Front nicht durchbrochen; die Maschine gehorchte dem Lenker, der jetzt den Hebel der Initiative fest in die Hand nahm.

Joffre bildete zunächst zwei neue Armeen: die 6. unter Manoury (ursprünglich, seit dem 25. August bei Amiens formiert) bei Paris, die 9. unter Foch, die zwischen die 4. und 5. Armee eingeschoben werden sollte. Die Führung der 5. Armee vertraute er an Lanrezacs Stelle dem General Franchet d'Espérey, die 3. Sarrail an. Durch Verfügung des Kriegsministers wurde das befestigte Lager von Paris unter Gallièni am 2. September dem Generalissimus mitunterstellt. Joffre vereinigte dadurch die gesamte Heeresleitung und Befehlsgewalt in seiner Hand, während die kopflose Regierung nach Bordeaux übersiedelte. Um auf dem wichtigen linken Flügel, auf dem Joffre die Entscheidung zu suchen gedachte, ein einheitliches Kommando zu haben, stellte Joffre dem General Gallièni die 6. Armee (Manoury) mit zur Verfügung. In einem den Geist weltgeschichtlicher Entscheidung atmenden Heeresbefehl vom 4. September gab Joffre das Zeichen zum allgemeinen Gegenangriff. „Es ist angebracht", lautete Punkt 1 dieser denkwürdigen Ordre de bataille, „aus der gewagten Lage der deutschen Armee Nutzen zu ziehen und die Anstrengungen der Heere der äußersten Linken auf sie zu konzentrieren. Alle Maßnahmen hierzu sind während des 5. September derart zu treffen, daß man am 6. zum Angriff übergehen kann." Während

Digitized by Google

die englische Armee gegen Montmirail, die 3. französische Armee von Sézanne her, die 9. bei Fère Champenoise, die 4. gegen Vitry-le-François frontal angriffen, sollte die 6. Armee gegen die deutsche rechte Flanke über den Ourcq, die 3. Armee gegen die linke Flanke von Verdun her vorgehen. Joffre erhoffte so eine doppelte Aufrollung der deutschen Linie herbeizuführen. In merkwürdiger Umkehr nahm so Joffre den deutschen Plan der Umfassung auf, während die deutsche Oberste Heeresleitung, in rechter Erkenntnis der veränderten Lage, umgekehrt den strategischen Lieblingsgedanken der Franzosen, den Durchbruch, zum Schlachtziel erhob und die 3. und 4. Armee bereits am 1. September zu taktkräftigem Vorgehen in südlicher Richtung anspornte.

Am 5. September gewannen die feindlichen Heere wieder Fühlung miteinander, am Morgen des 6. September war die „Schlacht an der Marne" in vollem Gange. Bis auf das 4. Reservekorps, das bei Meaux stehengeblieben war, hatten die deutschen Truppen der 1. bis 4. Armee die Marne bereits überschritten. Am 6. September begann zwischen Meaux und Revigny eine riesenhafte dreitägige Feldschlacht, die im ganzen unentschieden verlief; nur Bülows linker Flügel (Garde) und die Armee Hausen schlugen den Feind erheblich zurück, der Rückmarsch des französischen Zentrums über den Mauriettebach am 9. September kam einem Durchbruch gleich. Alles kam darauf an, daß die Deutschen an dieser Stelle sofort ausreichenden Nachschub an Mannschaft und Munition zur Verfügung hatten. Die Ereignisse im Osten gestatteten beides nicht — hatten doch die ersten drei Armeen bereits Mitte August noch zwei Korps und eine Kavalleriedivision an die Ostfront abgeben müssen —, es war zudem durch die gewaltige Entfernung unmöglich geworden. So ließ sich dieser Teilerfolg nicht zur Aufrollung der französischen Front ausnutzen, um so weniger, als sich die deutsche Oberste Heeresleitung inzwischen bereits zum allgemeinen strategischen Rückzuge entschlossen hatte. Denn gleichzeitig hatte Bülows rechter Flügel, in der Flanke durch den Abmarsch Klucks auf das Norduser der Marne entblößt, eine schwere Teilniederlage erlitten, die den Entschluß zum Abbruch der Schlacht nahelegte.

Césaire Joffre. Nach Photographie.

Generaloberst von Kluck hatte die Gefahr, die seiner rechten Flanke von der französischen 6. Armee drohte, sofort erkannt und dem gefährdeten 4. Reservekorps zwei weitere Korps zurück über die Marne zu Hilfe geschickt, gegen die 3 Korps und 5 Kavalleriebrigaden starke englische Armee ließ er nur schwache Kräfte (1 Korps und das Kavalleriekorps v. d. Marwitz) stehen. Diese wichen am 6. und 7. September so geschickt einer Schlacht aus, daß die verblüfften Engländer nur zaghaft folgten und Kluck auch die letzte Infanterie, das 2. und 9. Korps, vom linken auf den rechten Flügel herüberwerfen konnte. Dadurch wurde zwar die Verbindung mit der Armee Bülow fast aufgegeben, doch schlug sich

Digitized by Google

Kluck am 7. gegen die Heere Manourys, Gallienis und Frenchs mit solcher Bravour, daß er sogar noch beträchtlich an Boden gewann. Am 8. September gelangte Kluck kämpfend bis Thury-la-Valois und Betz, ja am 9. September überflügelte er sogar erfolgreich die Franzosen bei Nanteuil-le-Hardouin. Gallieni warf in Droschken und Kraftwagen aus Paris alles, was er an Truppen nur auftreiben konnte, auf den gefährdeten Flügel. Die Lage der Franzosen war am Abend des 9. September äußerst gefährdet. Doch auch die Angriffskraft der deutschen Truppen erlahmte. Auch das Kavalleriekorps v. d. Marwitz konnte sich nicht mehr länger ohne Unterstützung gegen die ganze, noch von französischen Divisionen verstärkte englische Armee halten. Durch die entstandene Lücke aber stieß General Langle de Cary mit solcher Wucht gegen die offene Flanke Bülows, daß dieser unter harten Verlusten auf Montmirail–Chateau-Thierry zurückgeworfen wurde. Der deutschen Stoßtruppe bei Fère Champenoise wurden dadurch die nötigsten Kräfte entzogen, ihr Angriff erlahmte ebenso wie der der 1. Armee. Der deutsche Plan war gescheitert. Oberstleutnant Henisch, der Bevollmächtigte des Hauptquartiers, befahl den Rückzug.

Der Rückzug, in den durch die zwischen der 1. und 2. Armee klaffende und sich stündlich erweiternde Lücke alsbald nacheinander die 2., 3., 4. und 5. Armee hineingezogen wurden, so daß sie in schwerem Verzicht den schon halb errungenen Sieg opfern mußten, vollzog sich trotz der schweren Umstände meisterhaft. Die französischen Kommuniqués dieser Tage konnten nicht einmal größere Gefangenenzahlen melden. Einen Augenblick verschwamm alles im Dunkel, dann trat ein völlig neues Gefechtsbild hervor. Da sich Kluck exzentrisch nach Nordosten zurückzog und Bülow demgemäß ihm nachstrebte, anderseits aber die 5. Armee an den Raum von Verdun gebunden war und nun auch die 4. wiederum mit ihr die Fühlung aufrechterhalten wollte, entstand im deutschen Zentrum eine Überdehnung des Frontraumes. So mußte die zur Entscheidung an der Marne zu spät aus dem Elsaß eintreffende deutsche 7. Armee Heeringens, die ursprünglich zur Verstärkung des rechten Flügels bei Meaux von Eirey heraufgeholt worden war, mit dem Hauptquartier in Laon, in die Aisnefront eingeschoben werden. Die wichtigsten Zwecke des Rückmarsches wurden voll erreicht: Verkürzung der Gesamtfront, Loslösung vom Feinde, Besetzung der selbstgewählten Stellung längs des Aisnelaufes, Verlängerung des rechten Flügels. Kluck erreichte den Raum Compiègne–Soissons, Bülows Armee marschierte auf Laon, den Raum Soissons–Craonne erfüllend; Einem, der Nachfolger Hausens, zog mit der Mitte über Chalons und Mourmelon le-Grand auf Pont Faverger, die 4. Armee erreichte den Raum Suippes–Varennes, der rechte Flügel des deutschen Kronprinzen gewann die Linie Varennes–Consenvoye. Die 6. und 7. Armee zogen sich, nun endlich die Zwecklosigkeit ihres Anrennens erkennend, gleichzeitig aus dem Bereiche der Sperrfortlinie gegen die Grenze zurück, doch gelang es Rupprecht von Bayern noch am 25. September, das Sperrfort Camp des Romaines bei St. Mihiel im Sturme zu nehmen und damit den Fuß auf das linke Maasufer zu setzen. Ein deutscher Bericht vom 13. September meldete bereits den Beginn einer neuen Schlacht am rechten Flügel, tags darauf wird das Scheitern eines französischen Durchbruchsversuches berichtet, und am 15. September hat die neue Riesenschlacht sich von Noyon bis Verdun ausgedehnt. Die siegestrunkenen Franzosen stießen plötzlich auf der ganzen Linie wieder auf ehernen Widerstand, hartnäckige Durchbruchsversuche an der Aisne scheiterten ebenso, wie die Deutschen immer erneute Umgehungsversuche an ihrem rechten Flügel durch das gleiche Manöver erwiderten. Dadurch dehnte sich die Front immer weiter nach Norden, über Bapaume, Albert (6. Oktober), Lille (14. Oktober) aus. Das weitere Hinauswachsen

Digitized by Google

der Front über Ypern bis zur Nordsee stand in engstem Zusammenhang mit der am 10. Oktober erfolgten Einnahme Antwerpens.

Die in den Augustschlachten aus dem Felde geschlagene belgische Armee hatte sich, von abgesprengten Truppenteilen abgesehen, in die stärkste Festung des Landes, nach Antwerpen, geworfen und hoffte, dort mit englischer Hilfe sich mindestens sehr lange Zeit halten zu können. Doch die Engländer blieben fast ganz aus, nur etwa 12000 schlecht ausgebildete englische Rekruten trafen ein. Doch hatte die belgische Besatzung im Vertrauen auf die Unbezwinglichkeit ihrer Hauptfestung gute Zuversicht. Die Lage der deutschen 1. Armee war nicht beneidenswert: die starke Festung im Rücken, mit dem rechten Flügel in der Luft hängend, in Vormarsch gegen einen jeder Entscheidung ausweichenden Gegner — diese Lage eröffnete den von einem schwachen Belagerungskorps (Beseler) eingeschlossenen Belgiern die Aussicht auf erfolgreichen Widerstand. Die trügerische Hoffnung der leichtgläubigen belgischen Zivilbevölkerung auf erneuten Vormarsch der Antwerpener Besatzungsarmee veranlaßte den wahnsinnigen Aufstand der Löwener Bevölkerung (25./26. August), dem die Bibliothek mit ihren Schätzen zum Opfer fiel. Auch andere Franktireurkämpfe, wie in Dinant (23. August) und Aerschot standen mit diesen Hoffnungen in Zusammenhang. Der Ausfall der Truppen am 25./26. August wurde glatt zurückgewiesen, im übrigen die Einschließung bedächtig und gründlich durchgeführt. Anfang Oktober erst begann die eigentliche Belagerung, am 28. September ward Mecheln, am 4. Oktober nach hartem Kampfe Termonde genommen. Damit war der linke Schulterpunkt zum Angriff auf die Außenforts gewonnen. Ein dreifacher, 5—7 km vor der Stadt beginnender Festungsgürtel umschloß Belgiens zweite Hauptstadt. Mit 15 cm-Feldhaubitzen, 21 cm-Belagerungsgeschützen und den schon vor Lüttich bewährten Kruppschen 42 cm-Mörsern sowie den bereits vor Maubeuge verwendeten österreichischen 30,5 cm-Batterien begann Beseler die Bearbeitung der unter dem Befehl des Generals Dufour stehenden 47 Forts. Am 28. September vormittags 6 Uhr sauste das erste Geschoß von 42 cm Kaliber auf das Fort Wavre herab. Am 30. abends waren alle 12 Panzertürme des Forts zerschlagen. Am Morgen des 1. Oktober wurde das Fort im Sturm genommen. Am 3. Oktober folgten die Forts Lierre, Waelhem und Koninghoyck. Am 5. Oktober wurden Fort Ressel und Broechem zum Schweigen gebracht. Die erste Arbeit war getan, eine tiefe Lücke klaffte in dem Befestigungsgürtel. Nun begann der Kampf gegen das Wasser. Während von Waelhem das Feuer gegen Fort Puers aufgenommen wurde, schlugen deutsche Pioniere unter schwerstem Feuer über den 30 m breiten Nethefluß eine Brücke. Bei Lierre und Duffel glückte am Morgen des 7. Oktober der Übergang, die Belgier zogen sich in den inneren Befestigungsgürtel zurück, ihre ganze vorgeschobene Artillerie im Stiche lassend. Vergebens forderte Beseler die Stadt zur Übergabe auf. So begann in der Nacht zum 8. die Beschießung der Innenwerke und der Stadt selbst. Am 9. fielen mehrere Innenforts und die Kernfestung selbst, der Bürgermeister übergab die Schlüssel der Stadt. Die Truppen zogen längs der Küste ab; nur 5000 Gefangene, dagegen 500 neue Geschütze und riesige Vorräte fielen in die Hand des Siegers, der 60000 Mann stark am 10. Oktober in Paradeschritt am Königsschloß vorbeizog. Auf 12 Monate hatten die Belagerten sich eingerichtet, 12 Tage hat der Kampf gedauert.

So schnell die Deutschen nach Antwerpen hereingekommen waren, so rasch verließen sie es wieder. Sie bemächtigten sich unverweilt ganz Westflanderns, um den noch immer erneuerten Umgehungsversuchen gegen ihren rechten Flügel durch dessen Ausdehnung bis an die Küste ein Ende zu machen. Dünkirchen und Calais winkten von ferne. Am 14. Oktober nahmen die Deutschen Brügge, am 15. Ostende. Gleichzeitig wurden neuangekommene deutsche Reserven, die hauptsächlich aus den 2 Millionen Kriegsfreiwilligen gebildet worden waren, gegen Ypern und Yser geworfen. Am 20. Oktober stießen diese mit Franzosen und Engländern zusammen. Ein monatelanges Ringen um die Yserlinie setzte ein. Wie die Verbündeten das Schwergewicht auf die Front in Westflandern verlegten, nahmen auch die Deutschen zugunsten des nördlichen Frontabschnittes eine Umgruppierung ihrer Armeen vor: die 4. Armee wurde bei Ypern, die 6. bei Lille eingesetzt. An die Stelle der 6. und 7. Armee in Elsaß-Lothringen traten neugebildete Armeegruppen: der Generale Gaede (Elsaß), v. Falkenhausen (Lothringen) und Strantz (Maas). Dann rückte Bülow von Klucks linkem auf dessen rechten Flügel, an Somme und Ancre. In ähnlicher

Digitized by Google

Weise war der Franzose Castelnau mit den Hauptkräften seiner (2.) lothringischen Armee nach Amiens gezogen, während Dubail die Gesamtfront von Toul bis Belfort übernahm. Marschall French hatte ferner seine durch ein neugebildetes 4. Korps verstärkten englischen Truppen von der Aisne nach Ypern gezogen. Sodann hatten die Territorialtruppen des alten Generals Brugère den Kern zur Bildung der 10. französischen Nordwestarmee (de Maudhuy) abgegeben, die am 30. September bei Arras, Lens und Béthune auftrat. Unter de Maudhuy kämpfte Fochs 10., Pétains 33., ferner das 18. und 21. Korps, die 45. Division usw., eine auserlesene Kampfgruppe. General Foch übernahm den Oberbefehl der französischen Armeen im Artois und in Flandern. Gegen die neugebildete 4. deutsche Armee in Flandern bildete dann Joffre weiter in Flandern eine neue 8. Armee unter General d'Urbal (Mitte Oktober), in der die aufgelöste 9. Armee Fochs aufging.

Während am Südteile und in der Mitte der Front mählich ein ruhigerer Stellungskrieg Platz griff, in den Argonnen ein hartnäckiger Buschkrieg begann, wogte der Kampf in Flandern noch wochenlang hin und her: am 24. Oktober wurde erstmalig der Ysertanal überschritten, am 30. nahmen die Deutschen Birschoote. Nieuport, Dixmuiden (am 11. November eingenommen) und Ypern waren die Hauptbrennpunkte des Kampfes, bis endlich Ausgang des Monats November auch hier die Front erstarrte. Die Umgehungsversuche waren gescheitert. Die Hoffnung, aus dem kräfteverzehrenden, zermürbenden Stellungskrieg herauszukommen, klammerte sich nunmehr einzig an die Durchbruchsidee. Daneben her gingen der ununterbrochene Kleinkrieg um einzelne Höhen, Flußläufe, Grabenstücke, zur Aufklärung nötige Erkundungsvorstöße und der Grabenkrieg mit Minensprengungen, Handgranaten und Bajonett, Kolben und Spaten. Deutsche Vorstöße zur Verbesserung der Stellung bei Craonne (26./27. Januar 1915) und Soissons (12.—15. Januar 1915) nahmen die Form größerer Schlachten an. Ein Angriff der 4. Armee gegen die Ausfallbastion der englischen Kitchener-Army, Ypern, am 22. April wurde mit einem neuen Kampfmittel, dem Kampfgas, eröffnet. Den ersten großen Durchbruchsversuch wagten die Franzosen in der ersten Champagneschlacht, in der sie von Mitte Dezember ab bis Weihnachten 1914 von Chalons her die deutsche Front bei Perthes und Massiges zu durchbrechen vergeblich sich abmühten. Im Norden tobte vom 26. Dezember ab in ganz Westflandern ein mentschiedener erbitterter Kampf. Südlich davon lagen bei La Bassée und an der Kapelle Notre-Dame de Loretto (Lorettohöhe; 18.—21. Dezember), bei Albert, Noyon, Soissons und nördlich Reims andere Brennpunkte des Kampfes. Dieser Zangenangriff gegen die weit vorgebogene deutsche Stellungsnase mit der Spitze bei Moulin-sous-Touvent mit dem operativen Ziel der Vernichtung durch die Schliessensche Kesselschlacht war seitdem das Leitmotiv aller englisch französischen Angriffe bis 1918. Auf der Hochebene des Woëvre war vor allem der Priesterwald ein vielumstrittener Mittelpunkt beiderseitiger Anstrengungen.

Von Beginn des Jahres 1915 bis zum Spätherbst 1916 hin war der Charakter des Krieges im Westen durch das Bestreben der Deutschen bestimmt, mit unterlegenen Kräften das Feld zu behaupten, um nunmehr zunächst die Entscheidung im Osten zu suchen. In Westflandern lebten die Kämpfe im Frühjahr wieder auf, ohne den Charakter einer Entscheidungsschlacht anzunehmen; die Deutschen konnten sich im wesentlichen voll behaupten. In der Gegend von Lille entstanden am Kanal von La Bassée bei Béthune, an der Lorettohöhe bei Arras und um das sogenannte Labyrinth bei Ecurie Hauptkampfpunkte. Vom 5. bis 15. Mai 1915 tobte hier eine der erbittertsten Schlachten des Jahres, als Joffre vergebens versuchte, mit 12 Armeekorps auf Lille vorzustoßen. Wochenlang sich

Digitized by Google

hinziehende Nahkämpfe Mann gegen Mann zeigten beide Gegner auf einer unerhörten Höhe ausdauernder Kampffähigkeit. Bis Mitte Juni zogen sich die allmählich erlahmenden französisch-englischen Angriffe hin. Vorher schon hatte Joffre vergebens seinen Durchbruchsversuch in der Winterschlacht in der Champagne wiederholt, die mit der Winterschlacht in Masuren in strategischem Zusammenhang stand. Das nächste Angriffsziel war Vouziers. Gegen die von zwei rheinischen Divisionen verteidigte Front Massiges–Perthes–Souain von 8 km Breite führte Joffre nach überwältigender Artillerievorbereitung — zum ersten Male wurde hier das „Trommelfeuer" verwendet — sechs vollaufgefüllte Armeekorps ins Gefecht. Am 16. Februar 1915 begann der dreiwöchige Kampf, am 10. März konnte das deutsche Hauptquartier melden, daß der Feind seine vergeblichen Anstürme mit mehr als 45000 Mann blutiger Verluste bezahlt und eingestellt hatte.

Der englische Kriegsminister Lord Kitchener. Nach Photographie.

Der Luftkrieg gewann an der Westfront im Laufe des Kriegsjahres 1915 steigende Bedeutung. Im Stellungskrieg blieb die Nahaufklärung zwar noch in erster Linie Aufgabe der Infanterie, doch leisteten die Flieger auch darin, besonders im Erkunden der Artilleriestellungen, wertvolle Dienste. Dagegen fiel die Fernaufklärung fast ausschließlich der Luftwaffe zu; daneben wuchsen auch ihre Aufgaben als Kampfwaffe durch ihre Bombenwirkung weit hinter der feindlichen Front. Dem ersten Angriff der Zeppelinluftkreuzer auf London am 15. Mai 1915 folgte ein starker französischer Fliegerangriff auf Karlsruhe am 14. Juni. Dieser zunehmenden Bedeutung der Luftwaffe entsprach ein steigender Ausbau des Luftabwehrdienstes, teils in Bildung von Flugabwehrkanonenzügen (Flaks), teils in der Aufstellung besonderer Kampfgeschwader. Junge, schneidige Offiziere, wie Völcke und Immelmann, waren die Pioniere dieser neuen Waffe.

Die am 21. September beginnende gemeinsame Offensive wiederholte den Versuch eines Doppeldurchbruches in der Champagne und im Artoisgebiet. 59 französische und 5 britische Divisionen wurden zum Angriff angesetzt, 12 französische Divisionen und die belgische Armee standen außerdem noch in Reserve bereit. 2000 schwere und 3000 Feldgeschütze bereiteten mit einem siebzigstündigen Trommelfeuer den Ansturm einer Million sorgsam einexerzierter Soldaten vor; diesmal steigerte sich das Trommel- zum Vernichtungsfeuer — die einzige vorhandene deutsche Stellungslinie wurde eingetrommelt, alles Leben aber konnte doch nicht ertötet werden: die vorbrechende feindliche Infanterie wurde vom Kugelregen erhaltengebliebener Maschinengewehre empfangen. Der erste taktische Erfolg des Stellungseinbruches wurde strategisch nicht ausgebeutet — beide Angriffe versandeten in Einzelkämpfen. Von operativ bedeutungslosen Einzelkämpfen abgesehen, verlief dann der Winter 1915/16 an der Westfront ohne größere Kampfhandlungen. Die Gegner rüsteten für die große Frühjahrsoffensive, die den Sommerfeldzug 1916 einleiten sollte. Die deutsche Heeresleitung riß auch da wieder durch überraschendes

Digitized by Google

Losschlagen, ehe der Gegner fertig gerüstet war, die Initiative an sich. Am 22. Februar setzte sie mit konzentrischem Angriff auf die Befestigungen um Verdun ein, das noch immer ein gefährliches Ausfallstor der Franzosen von unerhörter Stärke bildete; ein kräftiger Stoß gegen die hier nach Süden umbiegende Stellung konnte im geeigneten Augenblick den Deutschen verhängnisvoll werden. Das Ziel des Angriffs, wenn er einen Sinn haben sollte, konnte natürlich nur die Eroberung der Festung sein; in der Tat hätte ein Einbruch in das Knie der französischen Stellung bei Verdun den Einsturz der Vogesen- und der Champagnefront bedeutet. Verdun war aber nicht wie die belgischen Festungen 1914 eine auf wenige Panzerwerke konzentrierte Friedensfestung, sondern war in $1^1/_2$ Jahr mit allen Mitteln der Feldbefestigung zu einer Zone schwer faßbarer Zwischenstellungen ausgebaut worden. Gegen diese aber war die deutsche Artillerie, noch dazu bei ihrem schweren Munitionsmangel, zu schwach. Dennoch drang die opferbereite deutsche Infanterie bei Souville fast bis an den Kern der Festung vor — da zwang der Kräfteverbrauch an der Sommefront zum Einstellen des Angriffs. Von diesem Augenblick an war das eroberte Gelände operativ wertlos, sein krampfhaftes Festhalten nötigte zu einem zwecklosen Hinopfern der todesmutig in der „Hölle von Verdun" ausharrenden Infanterie.

Der Eingang in das Fort Douaumont nach der Einnahme durch die Deutschen. Nach Photographie.

Lassen wir den zu dramatischer Höhe sich steigernden Kampf um Verdun in seinen Hauptdaten an uns vorüberziehen! Noch im Februar gewinnen die Deutschen die ganze Woëvre-Ebene, von Norden und Osten her rückt der deutsche Kronprinz mit seiner Heeresgruppe näher an die Festung heran. Der bewährte Artillerist Gallwitz leitet den unmittelbaren Angriff der 5. Armee. Eine Stellung nach der anderen muß Pétain auf der Gegenseite räumen: bereits am 25. Februar fällt die Feste Douaumont, am 7. März wird links der Maas die französische Stellung am Forgesbach, der Rabenwald und der Cumières-Wald, tags darauf rechts der Maas Fort Vaux, am 14. die vielumkämpfte Höhe „Toter Mann", am 20. der Wald von Avocourt, am 30. Malancourt genommen. Im April tritt eine Verlangsamung der Fortschritte ein, da die Franzosen in rechter Erkenntnis der ganzen Gefahr alle Kräfte zur Verteidigung einsetzen. So gedeiht der Angriff von Osten her nicht weiter, dagegen wird er im Norden am 2. April bis Gehöft Thiaumont, am 17. darüber hinaus vorgetragen; weiter westlich gewinnen die Deutschen den Ablain-Wald und den Pfefferrücken, westlich der Maas am 5. April Haucourt, am 7. den Termitenhügel, am 9. Béthincourt, am 25. April werden die Franzosen endgültig von den Hängen des Toten Mannes vertrieben. Dann setzen die französischen Gegenangriffe mit immer größerer Wucht ein, die besonders auf den Toten Mann abzielen — am 7. Mai wird aber dessen ganzes Grabensystem von tapferen Pommern erneut genommen. Am 7. Mai übernimmt der Artillerist Nivelle die Verteidigung. Ein neuer deutscher Angriff großen Stils

Digitized by Google

bringt am 20. Mai die französischen Stellungen zwischen Totem Mann und Höhe 304 in deutsche Hand, am 23. Mai nehmen thüringische Truppen Cumières, am 29. folgen die ganzen Stellungen zwischen Cumières und Totem Mann. Obwohl bereits im Juni die ersten größeren Gefechte an der Somme einsetzen und damit die ersten Anzeichen der feindlichen Gegenoffensive deutlich werden, wird doch der Angriff auf Verdun noch immer planmäßig fortgesetzt; am 1. Juni wird der Caillette-Wald genommen, am 2. Juni die am 9. März wieder verloren gegangene Feste Vaux erneut erobert, rechts der Maas folgt am 23. Juni das Panzerwerk Thiaumont. Französische Gegenangriffe am 25., 27. und 30. scheitern blutig. Im Juli schieben die Deutschen in einem großen Angriff am 11. ihre Stellungen näher an Souville und Laufée heran, im August wird am 1., 3. und 19. erbittert um Fleury gerungen, die Franzosen dringen schließlich ins Dorf ein.

Der Kommandowechsel im deutschen Hauptquartier Ende August führte sofort zur endgültigen Einstellung der Verdunoffensive, aber leider nicht zur Aufgabe des Geländes. So wurde aus der Angriffs- eine Zermürbungsschlacht, in der nun die deutschen Truppen in dem unwegsamen Trichterfeld zerrieben wurden. Zunächst aber mühen sich die Franzosen noch immer vergebens ab, die verlorenen Stellungen zurückzugewinnen. Ihre Angriffe richten sich im September auf Vaux-Souville, Thiaumont, Fleury. Dann zieht die Sommeschlacht auch der Franzosen ganze Kraft auf sich. Erst am 24. Oktober greifen sie wieder an, diesmal mit Glück: sie gewinnen Douaumont von den zermürbten und in ihrer Kampfkraft tief gesunkenen deutschen Truppen zurück, das gesprengte Fort Vaux folgt am 2. November, und der französischen Heeresgruppe Mangin auf dem Ostufer der Maas gelingt es 15.—18. Dezember, die Deutschen auf die Linie Bezonvaux-Bois des Caurières-Ferme des Chambrettes-Louvemont-Pfefferrücken-Wacheraville zurückzudrängen. Nach langer „Ruhepause" an dieser Front nehmen dann erst im August, am 20., die Franzosen in einem Angriff auf 23 km Breite den Toten Mann, den Südrand des Rabenwaldes und Cumières, am 22. auch die Höhe 304. So klang die hoffnungsfreudig begonnene Unternehmung bei Verdun in eine harte deutsche Niederlage aus.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Nach Photographie.

War ihr ursprünglicher Zweck die Einnahme der Festung und die Umfassung der beiden französischen Fronten, so war ihr Ziel bald dahin umgedeutet worden, im Ofen von Verdun die französischen Reserven zu Schlacken zu brennen. Falkenhayn behauptet auch heute noch, daß „mehr als drei Fünftel der französischen Gesamtkräfte in der Mühle im Maasgebiet bis zum August 1916 zerrieben worden" sind: die Schlacht an der Somme wäre dann niemals möglich gewesen.

Die Sommer- und Herbstmonate 1916 waren für die Mittelmächte eine Krisis von unvorstellbarer Schwere — der Italiener schritt von einer Isonzoschlacht zur andern, der Russe riß noch einmal die österreichisch-deutsche Front klaffend auseinander, die bei Verdun völlig verstrickte Westarmee mußte sich jetzt mitten in der Schlacht vollständig umgruppieren, eine völlige Kartoffelmißernte stellte die Organisation

Digitized by Google

der deutschen Ernährung vor die schwierigsten Aufgaben, der harte Winter 1916/17 zehrte an der Nervenkraft der Heimatbevölkerung mit grausamer Härte, und der immer bedrohlicher werdende Kohlen- und Rohstoffmangel stellte zeitweilig die Kriegsindustrie geradezu in Frage. Hier war eine Anspannung der letzten Kraft erforderlich. Das bisherige System genügte nicht mehr. Die Not rief die neuen Führer Hindenburg und Ludendorff (s. die Abbildungen auf S. 235 und S. 237) an die Spitze der Wehrmacht. Sie organisierten das Heer neu, sie stellten die Ernährung der Munitionsarbeiter sicher (Hindenburgspende), sie steigerten die Leistung der Munitionsindustrie durch das Hindenburgprogramm um ein Mehrfaches. Mitten im Kampf um das Leben des deutschen Volkes ersannen sie neue Abwehr- und neue Angriffsweisen, arbeiteten sie neue Stellungslinien aus. Freilich nicht alle folgten den genialen Führern! In der Weißglut der Sommeschlacht schied sich Spreu vom Weizen! Das Dogma vom unüberwindlichen England ward neu geboren, der Gedanke der Verständigung, des Verzichts, pazifistischen Weichmuts erstand. Aber die Welt war nach einer solchen Krise einfach nicht reif zum Frieden. Sie verlangte nach einem Geschichtssinn in diesem Kampf, die tragische Wucht der Tatsachen verlangte nach der Entscheidung, die die Sommeschlacht trotz allem noch nicht war. So ging der Krieg auch über sie hinweg! Diese Schlacht ohne Sieger und Besiegte war die nervenzerrüttende, lang andauernde Schwankung der Nadel an der Wage gewesen, ehe noch sie sich nach einer Seite endgültig neigte.

Bereits seit Ende Mai beobachteten die Deutschen lebhafte Vorbereitungen der Gegner an der Front beiderseits der Somme. Nach Mitte Juni setzte zunehmendes Artilleriefeuer ein, das sich vom 22. an zum Trommelfeuer steigerte. Am 1. Juli früh 5 Uhr schwoll das Feuer längs der Linie Gommecourt – Vermandovillers zum Vernichtungsfeuer an, „verderbendrohend wälzten sich Gaswolken ihm nach", 10 Uhr 30 wurde das Feuer auf die zweite Linie verlegt: der erste der Hunderte von Angriffen auf dieses Frontstück brauste heran. Manetz und Montauban, tags darauf Fricourt fielen in die Hand der Engländer. Weiter kamen die Franzosen, die bis Hardecourt, Dompierre – Becquincourt und Bussu-Fay vordrangen. Am 4. bis 6. Juli folgten neue Angriffe, in denen wieder die Franzosen rascher Boden gewannen (Belloy – Hem). Südlich der Somme drangen dann die Franzosen in ununterbrochenen Einzelkämpfen vom 9. bis 19. bis Estrées, La Maisonette, Biaches und Barleux vor, letztere beiden Orte eroberten aber die Deutschen zurück. Nördlich der Somme gewannen die Franzosen in rascher Folge westlich Péronne Raum, Hardecourt fiel am 8. Juli. Vom 10. ab griffen die Engländer wieder heftig an, um mit den Franzosen auf gleiche Höhe zu kommen. Bis zum 15. drangen sie vor bis Guiellemont, Longueval, Bois des-Fourceaux, Pozières, La Boiselle und Ovillers.

Die deutschen Reserven trafen in größerer Stärke ein, doch konnte ihre Unterstützung bei dem furchtbaren Vernichtungsfeuer, das auf dem gesamten Kampfgelände lag, nur schwer zur Geltung kommen. Die Auswirkung der technischen Überlegenheit der Alliierten durch die noch völlig unbegrenzte Zufuhr, von Amerika vor allem, trat evident in die Erscheinung. Gleichzeitig tobte ja im Südosten die Brussilowsche Massenoffensive, deren ungeheuer wuchtigem Anprall um ein Haar die österreichisch-ungarische Armee erlegen wäre. Deutsche Hilfe war hier dringend geboten, während an der Somme der letzte Mann eingesetzt werden mußte. Die Lage der Verbündeten schien verzweifelt — der Eintritt Rumäniens in den Krieg mußte die Entscheidung bringen, als nach dem stehengebliebenen Vormarsch in Südtirol die Italiener mit der siebenten Isonzoschlacht antworteten. Doch die Rumänen kamen zu spät — die Deutschen hatten das Gleichgewicht an der Somme wiedergefunden. Am 20. Juli hatten die Alliierten mit 17 Divisionen auf 40 km Front erneut angegriffen, konnten aber die geringen Erfolge dieses Tages auch am 22., 24., 27. und 30. Juli nicht wesentlich erweitern. Bis Ende Juli gelangten die Franzosen bis Soyécourt, Monacu-Ferme und Maurepas, die Engländer nahmen am 25. Pozières. Die Deutschen verteidigten ihre Stel-

Digitized by Google

lungen Schritt um Schritt mit etwa 12—15 Divisionen nebeneinander, bis zum 8. September hatten sie 53 Divisionen eingesetzt, während in dieser Zeit 13 französische und 37 englische Divisionen angegriffen hatten. Bereits am 1. August wurde in Frankreich erklärt, daß auf einen durchschlagenden Erfolg nicht mehr zu rechnen sei: „the great sweep", auf den Engländer und Franzosen bestimmt gerechnet hatten, war mißlungen. So brachte auch der Monat August, abgesehen von einem großen englisch-französischen Angriff auf die Front Ovillers–Clery am 18., nur noch Teilvorstöße.

So kommt es erst im September wieder zu einem zusammengefaßten englisch-französischen Gesamtangriff mit der eingestandenen Absicht des Durchbruchs. Der erste viertägige Angriff der vereinten Engländer und Franzosen vom 3. bis 6. September richtet sich gegen die 30 km lange Frontstrecke Beaumont–Somme, dann folgt vom 15. bis 19. ein auf 45 km ausgedehnter Angriff, von den neuen „Tanks" (caterpillars) unterstützt, gegen die Linie Ancre–Vermandovillers, endlich vom 25. bis 27. September eine dritte Angriffswelle, die zur Einnahme von Combles und Thiepval führt. Auch die letztere zeitigt keinen Erfolg von entscheidender strategischer Bedeutung. Die Zahl der angreifenden Divisionen war inzwischen auf 90 gestiegen; 4000 Kanonen hatten bislang 25—26 Millionen Schuß aller Kaliber auf die deutschen Stellungen geworfen. Eine ungeheure Überlegenheit in Luftaufklärung und Luftkampf tat das ihre! Und der Erfolg — 300 qkm waren als Trümmerstätten befreit.

Erich Ludendorff. Nach Photographie.

Dennoch wurde die Angriffskraft nochmals gesteigert! Bis zum 23. Oktober wird täglich angegriffen, zugleich gehen aber die Deutschen zur offensiven Abwehr über. Der 1., 7., 13., 18. und 23. Oktober bilden Großkampftage erster Ordnung. Aber der Bogen ist überspannt — die todesverachtende deutsche Infanterie hat mit ungebrochener Nervenkraft auch die Anforderungen an die Widerstandskraft durch die Artilleriewirkung der Sommeschlacht gemeistert — von ganz geringen Teilerfolgen abgesehen, scheitern die Angriffe mit zunehmendem Mißerfolge. Der Schwerpunkt der französischen Angriffe liegt auf Sailly-Saillisel und dem südlich davon gelegenen St. Pierre-Vaast-Walde. Sailly fällt am 17. Oktober in französische Hand. Mit gleichem Mißerfolge richten die Engländer ihre Durchbruchsversuche in nordöstlicher Richtung auf Bapaume. Die Entente baut die Schlacht im November allmählich ab. Ein neuer Gewaltstoß der Engländer und Franzosen gegen die deutsche 10. Armee (v. Below) bringt nur geringen Geländegewinn am St. Pierre-Vaast-Walde. Am 13. folgt der zweite Großkampftag des November: die Engländer dringen im Zentrum bei Beaumont infolge gewaltiger Sprengungen in die ersten deutschen Stellungen ein. Tags darauf, an einem neuen Großkampftag, gelingt es ihnen, in Auswertung der Erfolge vom 13. bis Beaucourt vor-

Digitized by Google

zudringen. Dagegen werden die Franzosen am St. Pierre-Vaast-Walde blutig abgewiesen. Vom 15. bis 17. können die Engländer ihren Erfolg noch etwas ausweiten, dagegen verlieren die Franzosen den St. Pierre-Vaast-Wald an die Hannoveraner. Und nun versinkt die schon längst aussichtslose Offensive völlig in blutigen Einzelkämpfen, und im Dezember hören auch diese allmählich völlig auf, nur die Artillerie brüllt noch ohne Unterbrechung bis Weihnachten hin, dann versinkt die Sommeschlacht im Winterschlamm, in Eis und Kälte.

Die Welt atmete auf, hüben und drüben. Der neue Feldzug im Frühjahr 1917 durfte nicht wieder denselben Charakter annehmen, den die Sommeschlacht gezeitigt hatte, vor allem nicht einen so ungeheuren Kräfteverbrauch. Beide Parteien sehnten sich heraus aus den entsetzlichen Einzelheiten, zu denen der starre Stellungskrieg sich entwickelt hatte. Und Hindenburg-Ludendorff waren die Meister, die auch aus diesem Irrweg den Ausgang fanden.

Schon die Ernennung Hindenburgs zum Chef des Generalstabes des Feldheeres am 29. August 1916 hatte wie eine Erlösung gewirkt. Mit seinem Namen verband sich auch sofort die Vorstellung des guten Endes. Das Bestreben Hindenburgs ging dahin, die Verteidigung beweglicher zu gestalten! Schon bald im neuen Jahre trat die feindliche Absicht einer Doppeloffensive deutlicher hervor. Hindenburg bereitete weit im Rücken der alten Sommefront eine gewaltige uneinnehmbare Verteidigungsfront, die „Siegfriedstellung", vor, auf die er sich kurz vor Beginn der feindlichen Arras-Aisne-Offensive zurückzog. Er nahm damit dem verblüfften Gegner den Boden gleichsam unter den Füßen weg, und dieser mußte bald die weitere Erfahrung im Fortgange der Ereignisse machen, daß Hindenburg neben diesem strategischen Meisterzug einen gleichen taktischen vorbereitet hatte: er ersetzte die unhaltbar gewordene starre Verteidigungstaktik des „Schritt um Schritt"-Zurückgehens durch die beweglichere Form des Verteidigungssystems mehrerer Stellungen. Der verbissen auf eine einzelne Stellung nach der Gewohnheit von 1916 einhauende Gegner führte so oft genug einen mit teurem Blut bezahlten Lufthieb.

Wenn die neue Dienstvorschrift „Die Führung in der Abwehrschlacht" vielleicht zu stark an der bloßen Verteidigung hing und „das blitzende Vergeltungsschwert" des Gegenhiebes vernachlässigte, so lag dies wohl vor allem daran, daß vorerst die Zernagung der rückwärtigen Verbindungen des Gegners durch den uneingeschränkten Unterseebootkrieg (seit 1. Febr. 1917) abgewartet werden sollte. In jedem Falle hoffte Deutschland diesen Augenblick gekommen, ehe die Vereinigten Staaten, deren Beteiligung am Kriege man zunächst leichtherzig in Kauf nahm, sich mit nennenswerten Kräften am Kriege beteiligen würden: wenn sie das können würden. Daran aber glaubte man in Deutschland überhaupt zweifeln zu dürfen. In Wahrheit kämpfte Deutschland selbst von Stund' an mit der Uhr in der Hand, und nicht seine Gegner!

In der Nacht vom 12. zum 13. Januar 1917 räumten die Deutschen ein erstes Stellungsstück, auf das die Engländer eben einen Angriff planten: die Vorstellungen des Abschnittes Grandcourt – Transloy, gegen die dann erst am 17. die englische Infanterie zum Angriff vorging. In der Nacht vom 4./5. Februar wurde die weitere Rückverlegung der Linie mit der Räumung von Grandcourt fortgesetzt, Serre, Puisieux, Miraumont, Isles und Pys folgten. Am 23. Februar war die planmäßige Rückverlegung der deutschen Front in dieser Gegend beendet. Nur zögernd folgten die Engländer. Von Mitte März an bewegten sich dann die deutschen Truppen in der Linie Arras – Soissons ebenfalls rückwärts, um die „Siegfriedstellung" oder „Hindenburglinie" zu beziehen, ein gewaltiges Verteidigungssystem, bis zu dem sich die Wirkung der gegenstandslos gewordenen englisch-französischen Angriffsvorbereitungen nicht ausdehnen ließ. Erst Ende März waren die Gegner vollkommen auf den Feind aufgeschlossen, aber an Angriffe über die unwegsame Verwüstungszone hinweg war nicht vor Monaten zu denken. Es blieb dem verblüfften Gegner nichts übrig, als die Zange seines seit 1915 beliebten Doppelangriffs nördlich und östlich des Rückzugsgebietes zu wählen: bei Arras der Engländer, an der Aisne der Franzose. Ihrer Siegeszuversicht tat aber die Überraschung keinen Eintrag: unter Verzicht auf alle strategische Weisheit sollte die dem Hirn des Generals Nivelle entsprungene Materialschlacht den Gegner

Digitized by Google

einfach zertrampeln — die Infanterie brauchte nur noch die Beute zu sammeln und la cigarette à la bouche vorwärts zu marschieren, von dem eisernen Schirm der neuerfundenen, die Infanterie begleitenden „Feuerwalze" gegen alles Unheil geschützt!

Nach einer den Verbrauch in der Sommeschlacht mehrfach übersteigenden Artillerievorbereitung griffen die Engländer am 9. April mit 13 Divisionen, von Tanks kräftig unterstützt, die Linien beiderseits der Scarpe an. Auf einem einzigen, 5 km breiten Abschnitt hatten sie 696 Geschütze und 286 Grabenmörser vereinigt. Die deutsche Linie war in einen „Wirbelsturm aufspritzender Erdfontänen, blitzender Rauchwolken und krachend zerstiebender Eisenmassen" gehüllt. Die Engländer konnten bis Roeux, Gavrelle und Bailleul vorstoßen. Am 11. konnten sie Monchy nehmen, am 12. in das geräumte Wancourt einrücken, im Abschnitt Lens–Gavrelle zogen sich die Deutschen am 12. auf eine Reservestellung Lens–Mericourt–Arleux–Gavrelle zurück: der ersten Arrasschlacht war der Boden entzogen. Erst am 23. April konnten die Engländer zur zweiten Schlacht in der Front Loos–Bullecourt antreten. Beim ersten Angriff, morgens 4 Uhr, blieb nur der Bahnhof von Roeux dauernd in des Engländers Hand, der zweite Angriff, nachmittags 1/2 6 Uhr beginnend und in die Nacht hinein dauernd, führte nur zu einem verbissenen, völlig „verzahnten" Nahkampf, aus dem die deutsche Leitung ihre Truppen in der folgenden Nacht auf die Linie westlich Roeux–Chérisy–Fontaine zurückzog. Die folgenden zwei Tage brachten den Engländern keine weiteren Fortschritte.

Am 28. April früh 5 1/2 Uhr bereits folgte der dritte Vorstoß: bei Arleux gegen die Linie Acheville–Fontaine. Nur bei Arleux errang der hartnäckige Angreifer kleine Erfolge. Mit neuen Truppen, verstärkter Artillerie und vermehrten Tankgeschwadern marschierte der Engländer am 3. Mai zum vierten Male auf. 15 Divisionen griffen früh 5 1/2 Uhr die Linie Acheville–Quéant an, südlich der Scarpe nahmen sie Chérisy, nördlich Roeux und Fresnoy. Doch wurde gegen den kraftvollen deutschen Gegenangriff nur ein einziges 500 m breites Stück zwischen Riencourt und Bullecourt sowie der Ort Fresnoy (am 8. Mai von Bayern wiedergenommen) gehalten. Der fünfte Angriff, am 11. Mai bei Lens und Quéant, scheiterte völlig.

Inzwischen war auch die französische Offensive in Fluß gekommen. Am 16. April hatte der Angriff auf 40 km Breite zwischen Betheny und Soupir begonnen. Obwohl die Armee Micheler gemeldet hatte, daß ihr Angriffsbefehl in die Hände der Deutschen gefallen sei, hatte Nivelle an seinem Plan festgehalten. Der Angriff führte nur bei Juvincourt über Anfangserfolge hinaus bis in die zweite deutsche Linie. Am Chemin des Dames, zwischen Craonne und Berry au-Bac, kam der anrennende Franzose nicht über die erste Stellung hinweg Unter den schwersten Verlusten, die im ganzen Kriege überhaupt ein Angriff gekostet hat, wurden die Franzosen abgewiesen. Erst am fünften Schlachttage (20. April) waren Laffaux, Nanteuil, Sancy, Jouy, Aizy, Ostel und Braye-en-Laonnais genommen; östlich davon gedieh der Angriff bis auf die Höhen von Braye, Hurtebise und Vauclère.

Bereits am 17. hatte sich der Kampf bis in den Abschnitt Aubérive–Prunay ausgedehnt. Nach siebentägiger Feuervorbereitung griff General Anthoine am 17. April an. Der wichtigste Erfolg des ersten Angriffs war die Erstürmung des Fichtelbergs. Am 18. wurden noch Aubérive und der Hochberg genommen, dann folgten deutsche Gegenangriffe bis zum 20. Angriffe, die am 30. April folgten, erzielten keine nennenswerten Erfolge. Am 20. Mai, einem neuen Hauptangriffstage, gewannen drei frische Divisionen den Mont Cornillet. Der Angriff hat 30 französische Divisionen verbluten lassen. Der Rückschlag in

Digitized by Google

Heer und Volk war furchtbar. Frankreich stand am Abgrund. Nur die eiserne Haltung der Regierung rettete es vorm Zusammenbruch.

Die Truppenmoral sank, die Kammer interpellierte, die Bevölkerung murrte. So mußte der buveur de sang Nivelle, auf den die Franzosen so große Hoffnungen gesetzt hatten, zurücktreten: Pétain trat an seine Stelle (15. Mai). General Foch wurde Chef des Stabes des Kriegsministeriums. In diesem präsidierte seit 16. März wieder ein Zivilist, Paul Painlevé, nachdem General Lyautey, seit Ende 1916 Kriegsminister, wieder nach Marokko zurückgekehrt war.

Der Zangenangriff Chemin des Dames–Arras war in Blut erstickt; zu früh hatte die Entente über das vermeintlich moralisch gesunkene deutsche Heer gejubelt. Ihm hatte die neue Führung Stahl ins Rückenmark gegossen. Was sollte nun geschehen? Frankreich war für einfaches Abwarten der amerikanischen Hilfe, aber England saß der Teufel des Unterseeboot-Krieges im Nacken; ihm erschien der Ausgang des Todesrennens zwischen U-Bootkrieg und amerikanischer Hilfe noch zweifelhaft. Einen Augenblick dachte es an Verständigung, auch Frankreichs Friedensfreunde gewannen Oberwasser — da gab ihnen im rechten Augenblick die Friedensresolution des deutschen Reichstags (S. 292) und Graf Czernins Bericht die Hoffnung zurück. So griff England die Basis der U-Boot-Pest an.

Vorher galt es den nach Westen vorspringenden Bogen der deutschen Stellung, der südlich der Höhe 60 bei Zillebeke beginnend um die Dörfer Wytschaete und Messines herumlief, einzurennen, um die drohende Flankierung in Flandern zu beseitigen. Seit 1914 bereits war dieser Wytschaetebogen der Schauplatz eines erbitterten, ununterbrochenen Minenkrieges gewesen. Vom 27. Mai bis 6. Juni 1917 verwandelte ununterbrochenes Artillerie- und Minenfeuer, vom Kemmel und Rossignol geleitet, das Kampfgelände in ein einziges Trichterfeld. Als aber am 7. Juni 11 englische Divisionen der 2. Armee unter General Plumer zum Angriff gegen die 5 deutschen Divisionen antraten, die diese Hölle verteidigten, nachdem früh 4 Uhr an 19 Punkten 600 Tonnen Dynamit die ganze vordere deutsche Stellung haushoch in die Luft geworfen hatten, war durch diese größte Sprengung des Weltkrieges der Widerstand des Verteidigers dennoch nicht gebrochen. Zwischen 6 und 7 Uhr morgens konnten die Engländer die Höhe zwischen Wytschaete und Messines nehmen; von da kamen sie den Verteidigern von Messines in den Rücken. Am Nachmittag bereits folgte ein kraftvoller deutscher Gegenstoß, der vor allem die nötige Zeit schaffte, um in Ruhe die vorbereitete Stellung Doppelhöhe 60–Hollebeke–Warneton zu beziehen.

Am 31. Juli eröffnete die Schlacht bei Ypern, seit Monatsfrist sorgsam vorbereitet, die Reihe der sechzehn deutsch englischen Flandernschlachten, deren nie erreichtes Hauptziel die Abklemmung der Unterseeboot-Stützpunkte in Ostende und Zeebrügge war; mit der seine Rasse auszeichnenden verbissenen Zähigkeit rannte der Engländer Monat um Monat verzweifelt gegen die deutsche Stahlmauer an. Der Angriff am 31. Juli, der ungebrochen nur zwei Tage dauerte und in Teilkämpfe aufgelöst sich dann bis zum 7. August hinzog, richtete sich gegen die Linie Pirschoote–Hollebeke; er wurde von 11 Divisionen in vorderer Linie ausgeführt und gedieh allein zwischen Langemark und Zonnebeke vorübergehend bis über die dritte deutsche Stellung hinaus. Der deutsche Gegenstoß warf die Engländer aber auch hier über die zweite deutsche Linie zurück, über die allgemein der Angriff nicht hinauskam. Aber die Verluste auf deutscher Seite waren schwer, übermenschlich die Leistung des einsamen Kämpfers im verschlammten Granatloch.

Nun folgte Schlacht auf Schlacht, mit unverminderter Kampfmittelmenge, ausdauernder Zähigkeit, aber sinkendem Erfolg geführt. Am 15. August entbrannte die zweite

Digitized by Google

große Flandernschlacht mit einem heftigen Angriff in der Linie Bixschoote–Wytschaete in 18 km Breite, der am zweiten Tag zum Durchbruch bei Langemark führte. Doch konnten die Deutschen die Frontlücke sofort abdichten. Der 3. Oktober bei Ypern war ein Schlachttag von seltener Schwere (s. die untenstehende Abbildung), dann sah der 9. Oktober Kämpfe bei Ypern, am 22. kämpften bei Poellapelle und am Houthoulsterwald 100000 Engländer, am 26. und 30. Oktober und am 10. November wurde bei Poellapelle und Paschendaele gerungen. Der neuen Taktik des Angreifers, die Wirksamkeit der deutschen Reserven, der sogenannten „Eingreifdivisionen", durch Setzung eng begrenzter taktischer Ziele unmöglich zu machen, begegnete der deutsche Verteidiger mit dem System der Flächenverteidigung im Angriffsfeld, der Einrichtung des sogenannten „Vorfeldes". England

Das zerstörte Ypern. Flugzeugaufnahme.

erreichte sein Ziel nicht, aber Deutschland erlitt schwerste Verluste an Blut und Nervenkraft. Seine Infanterie verlor bei sinkendem Werte des Ersatzes erneut stark an Kampfkraft.

Den Beschluß einer großen Reihe von Ablenkungsstößen, die die Flandernschlachten begleiteten, bildete ein englischer Angriff bei Cambrai, bei dem der Angreifer die Artillerievorbereitung durch Niederwalzung der feindlichen Stellung mit Tanks ersetzte. Dieses Verfahren gestattete ihm, das Moment der Überraschung in seinen Plan einzustellen. Und der Plan gelang. Der Engländer griff am 20. und 21. November unter Einsatz von gegen 300 Tanks (daher Tankschlacht genannt) bei Cambrai an; die überraschten Deutschen wurden über Graincourt und Marcoing 5 km tief zurückgedrängt, in London läuteten die Siegesglocken. Aber am 30. November führten die Deutschen einen so wuchtigen Gegenstoß, den siegessicheren Engländer von zwei Seiten fassend, daß der Feind unter Verlust von 9000 Gefangenen, 148 Geschützen und 716 Maschinengewehren noch zum Teil über seine alten Stellungen zurückweichen mußte.

Bereits um Weihnachten 1917 bemächtigte sich der französisch englischen Heeresleitung eine zunehmende Nervosität im Hinblick auf Hindenburgs Pläne. Man fühlte das nahende

Digitized by Google

Verhängnis unabwendbar hereinbrechen und suchte nach Rat und Hilfe. Rat sollte vor allem der eingesetzte Ententekriegsrat schaffen, der Einheitsfront von Nieuport bis Venedig und Einheitsführung verwirklichen sollte, Hilfe erwartete man sehnsüchtig von Amerika. Man sah im weiteren Krieg geradezu einen Wettlauf zwischen deutschem Sieg und Wilsons Millionenheer, von dem im ersten Halbjahr 1918 noch immer erst nur Hunderttausende herübergebracht waren. Die Nervosität steigerte sich, als die deutsche Offensive monatelang auf sich warten ließ. Über der Westfront lagerte bis zum 21. März 1918 Gewitterschwüle, die die Verbündeten aller Entschlußkraft beraubte. Da brach das Unheil mit einer elementaren Gewalt herein, die die Engländer vor allem fast des Denkens beraubte. Aus der Siegfriedstellung brachen die deutschen Armeen in einem einzigen Ansturm über das ganze feindliche Verteidigungssystem und den dahinter liegenden, kaum wieder gangbar gemachten Schauplatz der Sommeschlacht hinweg bis vor die Tore von Amiens und, nach überraschender Südschwenkung, von Compiègne vor. Die Strategie Ludendorffs verkündete die Offenbarung einer neuen Kriegführung, vor deren Kraft die auf das tote Massenmaterial aufgebaute Verteidigung Fochs und Haigs zersplitterte.

Drei Gründe zwangen gebieterisch die deutsche oberste Heeresleitung, im Gegensatz zu 1917 nunmehr im Angriff die Entscheidung zu suchen: das Versagen des Unterseebootkrieges, die amerikanische Hilfe und die eintretende Agonie der inneren Kräfte Deutschlands. In Wahrheit war letztere bereits weiter vorgeschritten, als der glühende Patriotismus eines Ludendorff zugeben mochte; der noch einmal künstlich angefachte Angriffswille des Westheeres hielt nicht vor und schlug bei den ersten Rückschlägen ins Gegenteil um. In furchtbarer Tragik wurde so der unaufhaltsame Zusammenbruch nur noch beschleunigt.

Hans Delbrück und andere Kritiker haben aus der Lehre des Erfolges dagegen die Ansicht verfochten, daß Deutschlands oberstes Prinzip die sparsame Haushaltung der Kräfte hätte sein müssen, da in dem Erschöpfungskriege es allein darauf ankam, wer den längsten Atem hatte; die Idee einer Waffenentscheidung sei eine Fata Morgana gewesen, deren Verfolgung ins Unheil führen mußte. So unbestreitbar die militärische Niederlage den inneren Zusammenbruch beschleunigt hat, so wenig hätte er sich andererseits durch eine Fortführung der reinen Abwehr aufhalten lassen. Gerade durch die große Offensive sind die Zersetzungseinflüsse auf das Feldheer in der ersten Hälfte des Jahres 1918 eingedämmt worden, während sie bei ununterbrochener Fortführung des Stellungskrieges ungehindert hätten weiterwirken können. Wenn Delbrück vor allem auch darauf hinwies, daß der Seetransport der amerikanischen Armee durch die deutsche Offensive vorzeitig provoziert worden sei, so ändert diese Tatsache doch nichts an dem Vorhandensein dieser Millionenarmee, die bei Unterbleiben des deutschen Angriffs vielleicht einige Monate später, dann aber mit dem gleichen Erfolg in Frankreich aufgetreten wäre.

Deutschlands Lage erforderte dringend eine Unternehmung, die zur entscheidenden strategischen Operation: zur Vernichtung des Gegners führte. Aber die Rücksicht auf die moralische Widerstandskraft des Heeres und der Heimat verführte im Gegenteil zur Voranstellung des taktischen Erfolges über das strategische Ziel. Ludendorff bekennt selbst: „Die Taktik war über die Strategie zu stellen". Der Angriff und seine Fortführung mußten nicht an entscheidender, sondern an der weichsten Stelle der gegnerischen Front gesucht werden, um möglichst rasch zu starken Schlachterfolgen zu kommen. So erfolgte der erste Stoß nicht in Flandern, wo sich am leichtesten auf eine strategische Ausweitung taktischer Erfolge rechnen ließ, sondern im Sommegebiet, wo die feindliche Linie am dünnsten war. Dieser Plan forderte weiterhin, daß im Falle des Fehllaufens der Operation diese sofort aufgegeben und an anderer Stelle, wo auf leichtere Erfolge zu rechnen war, angegriffen werden konnte. Diese Taktik barg nur zu leicht die Gefahr der Zersplitterung in sich, und obendrein

Digitized by Google

nötigte der mehrfache Wechsel des Angriffsfeldes dazu, das so schwierige Moment der Überraschung wiederholt in die Rechnung einzustellen: gerade daran scheiterte der deutsche Plan im entscheidenden Augenblick.

Die am 21. März 1918 losbrechende „Große Schlacht in Frankreich" zwischen Choisilles und St.-Quentin mit einem Nebenangriff bei La Fère mußte die rascheste Entscheidung im Vorstoß auf Abbeville suchen: anfangs gewann sie auch in dieser Richtung Raum, lief sich aber dann bald gerade bei den zur Entscheidung berufenen Armeen 2 und 17 in der Linie Choisilles – Albert fest, während sich die gesuchte weiche Stelle vor der 18. Armee in Richtung Montdidier herausstellte. In dieser die Front unnötig verlängernden, durchaus unerwünschten Richtung bohrte sich der Angriff daher weit vor, ohne aber zu einem entscheidenden Erfolg zu führen. Dann lief er sich auch hier fest, da die alles entscheidende Nachschubfrage gerade in dem Verwüstungsgebiet der alten Sommefront denkbar ungünstig lag. „Die Schlacht war mit dem 4. April beendet", sagt Ludendorff; „sie war eine glänzende Waffentat und wird als solche immer in der Weltgeschichte dastehen. Was Engländern und Franzosen nicht gelungen war, hatten wir erreicht, und noch dazu im vierten Kriegsjahre! Strategisch war das nicht gewonnen, was ... erhofft werden konnte. Daß wir auch Amiens nicht bekommen hatten, dessen Gewinn die Verbindung zwischen der feindlichen Front nördlich und südlich der Somme ungemein erschwert hätte, war eine besondere Enttäuschung." Ein Angriff der 7. Armee am 6. April von La Fère gegen den Oise – Aisne-Kanal verbesserte die Stellung, ohne operative Bedeutung zu erlangen.

Nunmehr schritt die deutsche Heeresleitung zum Angriff in der Lysebene, den Kronprinz Ruprecht von Anfang an als Hauptoperation gefordert hatte. Jetzt war freilich bereits die Blüte der Angriffskraft dahin. Aber doch gelangte der am 9. April aus der Linie Fromelles – Violaines geführte Stoß gegen die minderwertigen portugiesischen Truppen zu gutem Anfangserfolg: bei Estaires wurde die Lys erreicht. In Erweiterung des Angriffsfeldes nach Norden nahm am 2. Schlachttage die 4. Armee das Messinesplateau, aber dann schritt der Angriff nur langsam vorwärts: schon ließ der Offensivgeist vom 21. März deutlich nach. Erst am 25. April wurde der Kemmelberg genommen und damit der entscheidende Stützpunkt zum Stoß gegen Calais gewonnen — aber jetzt war es dazu längst zu spät geworden, der Gegner hatte seine Linien bei Cassel abgeriegelt und ausreichend verstärkt. Der vom Kemmel aus flankierte Gegner im Norden räumte das vielumkämpfte Vorfeld von Ypern, dann erstarrte hier wieder die Front.

Dennoch mußte auch weiter in Flandern die Entscheidung gesucht werden; darüber war sich die Oberste Heeresleitung klar. Nach Ablauf der notwendig gewordenen Operationspause mußte im Mai zunächst ein Ablenkungsstoß an anderer Stelle die Hauptkräfte des Feindes wieder von Cassel abziehen. Hierzu wurde ein Angriff der 7. Armee von nördlich der Aisne bis zur Vesle in Aussicht genommen. Der am 27. Mai eröffnete Angriff begann mit einem glänzenden Erfolg: in unaufhaltsamem Schwung drang der Stoß bereits am 2. Tag bis zur Vesle vor; der Angriff rollte automatisch bis zur Marne, die am 4. Tag erreicht wurde, dann lief er sich in dieser Richtung tot. Dagegen setzte der Franzose einem Vordringen der 7. Armee in westlicher Richtung auf Compiègne, wo sie der von Norden kommenden 18. Armee die Hand reichen sollte, erbittertsten Widerstand entgegen. Als die 18. Armee endlich am 9. Juni zur Parallelaktion von Norden her schritt, war an ein operatives Zusammenwirken nicht mehr zu denken. Die als Nebenoperation gedachte Unternehmung zehrte an der Kraft der noch immer bevorstehenden Hauptoperation in

Digitized by Google

Flandern und führte schließlich zu einer neuen, durchaus unerwünschten Frontverlängerung. Aber die deutsche Heeresleitung konnte sich auch nicht entschließen, das operativ wertlose Gelände zwischen Aisne und Marne wieder aufzugeben. Ja sie faßte den Entschluß, vor die abermals, auf Anfang August hinausgeschobene Operation in Flandern einen letzten Ablenkungsstoß beiderseits Reims einzulegen. Und zwar sollte am 15. Juli die 7. Armee westlich Reims auf Epernay, die 1. und 3. Armee östlich Reims auf Chalons vorstoßen. Der abgeschnürte Koloß Reims mußte dann von selbst fallen.

Ein deutscher Pionierhauptmann, der zur Erkundung von Flußübergängen trotz Verbots die Marne durchschwamm und gefangen wurde, machte so weitgehende Aussagen, daß Marschall Foch, seit dem Frühjahr Generalissimus der Ententeheere in Frankreich, Einblick in die deutschen Pläne gewann. Sein Gegenzug war einfach: nach deutschem Vorbild sollte durch Räumung des Vorfeldes dem deutschen Angriff der Boden entzogen werden und unmittelbar darauf ein kraftvoller Flankenstoß von Compiègne gegen die 7. Armee zum Siege führen. Als daher die deutschen Armeen am 15. Juli zum Angriff schritten, stießen sie ins Leere und rannten dann plötzlich auf unüberwindlichen Widerstand. Ludendorff erkannte sofort die Lage und drehte noch am 16. Juli den Angriff der 1. und 3. Armee ab, die 7. sollte noch Reims nehmen und dann die Marne räumen. Sofort sollte nun die Entscheidungsschlacht in Flandern beginnen: da erfolgte der von gewaltigen Panzergeschwadern, deren Heranrücken im hohen Getreide verborgen blieb, gestützte furchtbare Stoß in die Flanke der 7. Armee am 18. Juli. Sofortige strategische Auswertung des Erfolges mußte zur Katastrophe führen. Aber Foch zögerte ängstlich; so blieb den Deutschen Zeit, die Front abzudichten und die folgenden Angriffe, freilich in verlustreicher Frontaldefensive, abzuwehren. An einen Flankengegenangriff, wie 1917 bei Cambrai, wurde nicht gedacht. So wurden die für Flandern bestimmten Angriffsdivisionen in blutiger Abwehrschlacht verbittert. Der Flanderplan wurde begraben und damit der Gedanke einer operativen Entscheidung überhaupt und für immer. Deutschland hatte die Vorhand verloren und damit den Krieg: dank einem einzigen Verräter. Denn obwohl es zweifelhaft erscheint, ob nach dem starken Kräfteverbrauch der vier Vorbereitungsschlachten die Flanderoffensive wirklich noch eine endgültige Entscheidung gebracht hätte, so war doch ein schmachvoller Verlust des Krieges auf diesem Wege nicht zu erwarten. Insbesondere wäre bei erfolgreichem Ausgang der Schlacht bei Reims der Flankenstoß Fochs nicht möglich gewesen, da die Abwehr seine Reserven ebenso verzehrt hätte wie jetzt die der Deutschen.

In die Verteidigung geworfen, hätte die deutsche Heeresleitung sofort eine der Defensive angepaßte Verteidigungsstellung beziehen müssen und nicht nur die Frontbeule an der Marne, sondern ebenso die nicht minder gefährdete bei Montdidier räumen müssen. Zu letzterem konnte sich aber Ludendorff noch nicht entschließen. Selbst an der Front dieses Abschnittes herrschte weiterhin ganz unberechtigter Optimismus; an Ausbau der Stellung und neue Gefechtseinteilung wurde nicht gedacht.

Foch fiel in die alte Zangentaktik zurück. Auf den Angriff an der Aisne sollte sofort ein solcher bei Montdidier folgen. Als General Humbert und Marschall Haig meldeten, daß sie dazu über keinerlei Reserven verfügten, befahl er den Angriff ohne solche. In einem Tage, am 8. August, stieß die von Tankgeschwadern gedeckte Infanterie bis zu 14 km zwischen Albert und Pierrepont an der Aisne durch! Sieben deutsche Divisionen der 2. Armee waren vom Schlachtfeld verschwunden. In die 25 km breite Lücke konnten nur vier abgekämpfte Divisionen geworfen werden.

Digitized by Google

Dieser „schwarze Tag des deutschen Heeres in der Geschichte dieses Krieges" bedeutete die Entscheidung. Die Truppenmoral sank tief; angreifenden Verbänden wurde „Streikbrecher" und „Kriegsverlängerer" zugerufen. Der Krieg war verloren, es blieb nur noch der Kampf um Zeitgewinn.

Rasch erweiterte Foch die Angriffsfront: am 21. August ging der Engländer südlich Arras zur Offensive über, am 25. wurde der Deutsche südlich der Somme auf Bapaume gedrängt, am 20./21. die deutsche 18. Armee am Oise–Aisne-Kanal geschlagen. Im Rückzug der 17., 2. und 18. Armee auf die „Kanalstellung" am 26./27. August wurden einzelne Divisionen bereits über diese hinausgedrängt und damit weiterer Rückmarsch erforderlich. Eine am 26. begonnene englische Offensive beiderseits Arras brachte bereits am 2. September die (im Frühjahr 1917 ausgebaute) Wotanstellung östlich Arras durch Tankangriff zu Fall. Das zwang auch südlich davon zum weiteren Rückmarsch auf die Siegfriedstellung und hinter die Aisne. Die zweite Septemberhälfte brachte tiefe feindliche Einbrüche in Flandern und im Artois, der Amerikaner drang nordwestlich Verdun weit vor, aber in der Champagne gelang noch einmal ein glänzender Abwehrerfolg. Anfang Oktober wurde die 4. Armee bei Courtrai in die Hermannstellung gedrückt; die 2. Armee, bis Bohain zurückgeworfen, zog sich ebenfalls in die Hermannstellung zurück. Am 13. Oktober mußte auch die Front in der Champagne auf die Hunding-Brunhildstellung (Rethel–Vouzier–Consenvoye) zurückgenommen werden. In der zweiten Oktoberhälfte versteifte sich der Widerstand wieder stärker; am 5. November trat das deutsche Heer, noch immer ein achtunggebietendes Instrument in der Hand seiner genialen Führer, den Rückmarsch auf die kürzeste Frontlinie Antwerpen–Maas an. Die Angriffskraft des Gegners erlahmte zusehends. Neue Hoffnungen stiegen auf. Da brach die Revolution und die Unterzeichnung des Waffenstillstandes dem Widerstand das Rückgrat. Die deutsche Heimat aber empfing die Führer ihres Heeres damit, daß sie ihnen die Achselstücke von der Schulter riß, die sie sich zum überwiegenden Teil auf blutiger Walstatt erkämpft hatten. Sie drückte, wie ein Neutraler sagt, dem deutschen Offizier statt des verdienten Lorbeers die Dornenkrone auf das blutige Haupt. Der deutsche Soldat aber, der gemeine Mann, irregeworden an dem, wofür er fünf Jahre seines Lebens gekämpft, kehrte heim, „befreit vom Militarismus" und damit des Besten beraubt, was die Seele seines Volkes in dem Elend seiner jahrhundertelangen Leidensgeschichte geschaffen hatte.

b) Der Krieg im Osten.

Die ungünstige, schwer zu verteidigende Lage Ostpreußens und Galiziens bestimmte den russischen Kriegsplan: Verteidigung an der polnischen Weichsel, Flügelangriffe gegen Ostpreußen im Norden, Galizien im Süden. Im August 1914 standen den Russen zur Durchführung dieses Programms sicher bereits 2 Millionen Mann zur Verfügung. Im November 1914 hatte Rußland 10 Armeen, aus 50 Armeekorps und zahlreichen Reservedivisionen bestehend, unter dem Oberbefehl des Generalissimus Nikolai Nikolajewitsch (s. die Abbildung S. 246) und seinem Stabschef General Januschkewitsch im Felde. Sein Plan war, durch Schlesien und Mähren nach Ungarn vorzubrechen, wo ihm die Serben an der Theiß die Hand reichen sollten.

Nach dem gemeinsamen deutsch-österreichischen Kriegsplane fiel der österreichisch-ungarischen Armee von 36 Infanteriedivisionen die Aufgabe der Rückendeckung gegen Rußland zu. Die Armeegruppe v. Köveß war als Grenzschutz in der Bukowina gedacht. Die

Digitized by Google

3. Armee (v. Brudermann) versammelte sich um Lemberg, die 4 (v. Auffenberg) bei Jaroslau, die 1. (Dankl) am San unterhalb Jaroslau. Die Armeegruppe Kummer sicherte Krakau. Auf der Gegenseite versammelte der russische General Ewerth seine 5. Armee bei Lublin, Plehwe die 4. bei Cholm. An der Ostgrenze Galiziens marschierte die Heeresgruppe Iwanoff auf: mit der 3. Armee (Rußkij) bei Dubno und der 8. (Iwanoff) in Podolien. Conrad von Hötzendorf, der oberste Leiter der Operationen, hoffte durch eine flotte Offensive den Feind noch in seinem Aufmarsch zu packen und von vornherein so zu schwächen, daß sich Österreich-Ungarn weiterhin so lange erfolgreich würde behaupten können, bis deutsche Hilfe herankäme. Das Deutsche Reich begnügte sich demgemäß mit der Aufstellung einer einzigen, 4 Korps starken (8.) Armee unter dem Generaloberst v. Prittwitz und Gaffron (gest. 1918), während Schlesien und Posen allein durch Landwehrtruppen gedeckt werden sollten. Voraussetzung für den österreichischen Angriffsplan wie die schwache deutsche Verteidigung war, daß Rußland noch längere Zeit mit dem Aufmarsch beschäftigt sein würde. Da aber in Wahrheit Rußland längst damit begonnen hatte, geriet Österreichs Plan ins Wanken und mußte Deutschland eher, als ursprünglich beabsichtigt, Verstärkungen aus dem Westen herüberziehen.

Der russische Oberbefehlshaber Großfürst Nikolai Nikolajewitsch. Nach Photographie.

Binnen drei Wochen hatte das russische Heer den Aufmarsch vollendet. Während sich die Österreicher mit Todesverachtung mitten in die Versammlung dieses Millionenheeres hineinstürzten, stießen die Russen auf Frankreichs dringende Bitte um eine Entlastungsoffensive (15. August) im Norden mit der 1. Armee (Rennenkampf) in Richtung Grodno–Insterburg–Königsberg und der 2. Armee (Samsanoff) in Richtung Mlawa–Neidenburg–Allenstein gegen Ostpreußen vor. Ein dichter Kavallerieschleier verhüllte noch die Versammlung dieser gewaltigen Heere. Erst am 17. August stieß das 1. deutsche Armeekorps (François) auf eine russische Stoßtruppe, die bei Stallupönen zurückgeworfen wurde. Vor der drohenden Umklammerung entschloß sich v. Prittwitz nach ehrenvollem Kampfe bei Gumbinnen (20. August) gegen Rennenkampf, bis hinter die Weichsel zurückzugehen, die Verteidigungslinien an den Masurischen Seen, bei Gumbinnen und an der Angerapp preiszugeben und zunächst Samsanoff anzugreifen. Bereits am 22. August faßte er den Entschluß zur Schlacht. Als an seiner Stelle Generaloberst v. Hindenburg die Schlacht übernahm, stand der Operationsplan zur Schlacht bei Tannenberg bereits fest. Dazu nahm die Oberste Heeresleitung den ersten drei Armeen in Belgien zwei Korps und eine Kavalleriedivision und überwies sie der 8. Armee.

Hindenburg warf dem Feinde frontal lediglich schwache Landwehrtruppen entgegen, setzte aber südlich ein Korps und eine Division, nördlich zwei Korps zur Umklammerung an. Am 26. August erreichte der russische rechte Flügel Allenstein. Ein zur Verbindung rechts abgezweigtes Korps wurde an diesem Tage bereits bei Großbösau vollständig geschlagen und auf Ortelsburg zurückgeworfen: damit war die Umklammerung aufs wirksamste eingeleitet. Das russische Zentrum stieß unterdessen wütend über Allenstein–Tannenberg vor,

Digitized by Google

um die deutsche Mitte zu zertrümmern. Am 27. begann die Aufrollung des russischen rechten Flügels in Richtung Hohenstein, während gleichzeitig der deutsche Südflügel in Richtung Neidenburg Boden gewann. Am 28 August warf der Russe seine bei Allenstein stehenden Truppen ins Zentrum, das an diesem Tage bei Hohenstein geschlagen wurde. Am 29. gelang die südliche Umfassung, die Mitte hielt noch bei Hohenstein, der russische rechte Flügel war bereits vollständig umfaßt. Am 30. war die Einkreisung vollendet, das Narewheer vernichtet. Höchstens 70000 von den 240000 Mann entkamen, Artillerie und Trains waren verloren, 100000 Gefangene blieben in Hindenburgs Hand. Schlieffens „Cannae" war verwirklicht.

Sofort warf nun der geniale Feldherr seine Armee nach Nordosten herum, um der Armee Rennenkampf, die langsam sich gegen Königsberg vorwälzend tatenlos der Vernichtung der Nachbararmee zugesehen hatte, das gleiche Schicksal zu bereiten. Rennenkampf bezog eine 100 km lange, in einer leicht geschwungenen Linie verlaufende Verteidigungsstellung Wehlau–Gerdauen–Angerburg–Lötzen. Auch hier setzte Hindenburg zur doppelten Umklammerung an. Trotz glänzender Befestigung und starken Widerstandes des russischen linken Flügels warfen ihn die Deutschen doch auf Goldap zurück, von wo er nur mit Mühe nach Norden entweichen konnte. Die Gefahr rechtzeitig erkennend, nahm Rennenkampf in der Nacht des 9./10. September das Zentrum über Insterburg–Stallupönen auf russisches Gebiet zurück. 30000 Tote und Verwundete blieben liegen, ebensoviel Gefangene und 150 Geschütze fielen in Hindenburgs Hand. Das 22. russische Armeekorps (Grodnoer Reserve), das von Lyck her Hilfe bringen wollte, wurde am 10. September von einer Landwehrstaffel bei Lyck zurückgeschlagen. Der 12. September sah die Überschreitung der Grenze durch die 8. Armee. Der Vormarsch wurde in zwei Gruppen angetreten, eine rechte stieß gegen Augustow–Suwalki–Ossowiez, eine linke gegen Wirballen–Schirwindt vor. Da aber infolge der Ereignisse auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz bedeutende Kräfte nach Südpolen abgegeben werden mußten, gab Hindenburg, in die Verteidigung gedrängt, bald das eroberte russische Gebiet auf.

Der österreichisch-ungarische Generalstabschef Freiherr Conrad v. Hötzendorf. Nach Photographie.

Wie schon gesagt, war es die Absicht des Generals Erzherzog Friedrich, der das Oberkommando über die drei gegen Rußland aufgestellten Armeen Österreich-Ungarns innehatte, durch überraschenden Einbruch den in der Versammlung begriffenen, weit überlegenen Gegner auseinanderzusprengen und dadurch einen nicht wieder wettzumachenden Vorsprung zu gewinnen. Sofort nach Kriegsbeginn brach daher die österreichische Kavallerie über die Grenze vor, die russische Reiterei schneidig zurückwerfend. Die um Tarnow aufgestellte 1. Armee (Dankl), in der Flanke gedeckt durch das Korps Kummer (Krakau) und das deutsche Landwehrkorps Woyrsch (Schlesien), überschritt die Weichsel bei Sandomir, schlug die 4. russische Armee (Ewerth) bei Kielce am 22. August, warf sie auf Iwangorod

Digitized by Google

zurück und ging oberhalb davon auf das rechte Weichselufer In dreitägigem schweren Kampfe (23.—25. August) warf Dankl die Russen auf Brest Litowsk zurück und zog in Lublin ein. Hier gedachte er mit der 4. österreichischen Armee (Auffenberg) zusammenzutreffen, die, von Przemysl aus vorgehend, die 5. russische Armee (Plehwe) bei Samostje und Komaroff (26.—28. August) schlug und am 2 September Cholm einnahm.

Unterdessen hatten in Ostgalizien die russische 3. Armee (Rußkij) und die 8. Armee (Iwanoff) in breiter Front die Grenze bei Sokal-Brody-Tarnopol überschritten und die bei Lemberg versammelte österreichische 3. Armee (v. Brudermann, seit Anfang September 1914 Boroevic) zu schweren Kämpfen gestellt. Vom 1. bis 9. September leisteten die Österreicher und Ungarn hartnäckigen und zähesten Widerstand, mußten dann aber, als die Russen bei Rawaruska neue starke Reserven ins Gefecht warfen, die Schlacht abbrechen und Lemberg räumen. Brudermann ging mit dem rechten Flügel bis auf den Karpathenkamm, mit der Mitte und dem linken Flügel über Przemysl und den San zurück. Die Russen folgten langsam, überschritten in der Bukowina unter Brussiloff (gegen die Armeeabteilung v. Köveß, zu dessen Unterstützung die [2.] Armee Böhm-Ermollis aus Serbien heraufgeholt wurde) die Karpathen und besetzten, im Theißtale vordringend, die Gegend von Maramarosch-Siget bis gegen Husjt hin; Anfang Oktober nahmen sie auch den Uszoker Paß. Ein russischer Einfall in Ungarn schien unausbleiblich.

Damit war auch der Feldzug an der Nordfront entschieden. Die Armee Auffenberg, von der Gruppe Josef Ferdinand gedeckt, wurde am 2. September zurückgerufen; Dankl, mit Umfassung bedroht, hielt noch tagelang entschlossen stand, dann erst bröckelte die Nordfront langsam ab. Am 4. September war Dankl von vorn und von rechts, Josef Ferdinand von drei Seiten, Auffenberg im Rücken bedroht. Dankl rettete durch noch dreitägiges Ausharren die ganze österreichische Armee vor der Vernichtung. Nach siebzehntägigen Kämpfen zog Dankl von der Wyznica und dem Porbach ab.

Wenn es die Aufgabe der Österreicher und Ungarn gewesen ist, die russischen Hauptkräfte auf sich zu ziehen, so war sie gelöst. Aber ganz Ostgalizien war verloren, Przemysl, von General Kußmanek verteidigt, eingeschlossen, die Armee so geschwächt, daß sie bereits jetzt deutscher Hilfe dringend bedurfte. Hindenburg brachte sie. Nur die Korps François, Below und Morgen und die 1. Kavalleriedivision verblieben im Norden, mit den übrigen vier brach der Sieger von Tannenberg am 14. September nach Südpolen auf. Wie am 15. September der gigantische Stellungskrieg von Noyon bis Verdun eine neue Kriegsepoche im Westen einleitete, so war am selben Tage auch im Osten der erste Kriegsabschnitt beendet. Die Österreicher vollendeten in drei Tagen ihren Aufmarsch hinter der Wisloka, eine deutsche Armee Mackensen trat in Südpolen (in der Linie Krakau-Kreuzburg) auf und zog starke russische Kräfte auf sich. Sie schlug diese am 4. Oktober bei Opatoff und ging gegen Iwangorod vor, während die Österreicher über Przemysl (12. Oktober entsetzt) zur Befreiung Lembergs schritten. Die deutsche 9. Armee zog durch ihren Marsch bis vor die Tore Warschaus die Hauptkräfte des in Galizien stehenden Russenheeres auf sich und schaffte dadurch dem Bundesgenossen Luft; aber die Angriffskraft der k. und k. Armee war bereits gebrochen — vergebens harrte die 9. Armee, selbst mit Umfassung bedroht, Tag um Tag aus, bis der Bundesgenosse den San erreicht hatte und nach Norden einschwenkte. Am 9. Oktober hatf sich Mackensen durch einen offensiven Flankenstoß in die Bloviestellung gegen Überflügelung; als Tag um Tag verstrich, ohne daß der Österreicher den Fuß über den San zu setzen vermochte, setzte Mackensen seine Abwehrflanke vom Feinde ab und bildete hinter der

Digitized by Google

Pilica eine neue Front. Erst als zur Verstärkung der Deutschen bestimmte österreichische Truppen während ihrer Ablösung am 26. Oktober bei Radom geschlagen wurden und nun auch von Iwangorod her Umfassung drohte, baute Mackensen ab. Der Bogen war überspannt. Die Verbündeten nahmen die Front in die Linie Kalisch–Krakau–Tschenstochau zurück, die österreichischen Armeen in Galizien wichen auf den Dunajecabschnitt aus. Przemysl wurde am 11. November zum zweiten Male eingeschlossen.

In drei Gruppen setzten die Russen ihre 2½ Millionen Mann ausmachende Armee zum Massenstoß gegen die Front in Polen an; die rechte Gruppe (1. Armee) hatte Thorn, die Mitte (2. und 5. Armee) Lodsch–Noworadomsk, die linke (4. und 9.) Tschenstochau–Beuthen zum Ziel. Gleichzeitig sollten Angriffe der aufgefüllten (10.) Njemenarmee (unter General Siewers) gegen Ostpreußen und eine andere Gruppe gegen Galizien umfassend wirken.

Befehlsgemäß ging die deutsche 8. Armee (v. Below) unter glücklichen Teilgefechten auf die befestigte ostpreußische Verteidigungslinie zurück, die sie erfolgreich gegen Siewers' Angriffe behauptete. Südlich davon durchbrach am 13. November die auf den linken Flügel herumgeworfene Armee Mackensens, durch die Reservekorps Morgen und Scheffer-Boyadel verstärkt, die Stellung des der Anlehnung an die polnische Festung beraubten, weit vorgeprallten russischen rechten Flügels bei Wloclawek und drängte ihn über Kutno–Lowitsch zurück. Währenddem wurde das russische Zentrum auf Lodsch zurückgedrängt. Die Russen wehrten sich im Norden längs der Bzura, im Süden längs der Pilica gegen die drohende Umklammerung bei Lodsch. Der starke Widerstand brachte das Korps Scheffer-Boyadel und die Division Litzmann in eine äußerst gefährdete Lage, doch gelang es ihnen, sich durch die drohende Umzingelung durchzuhauen: der Durchbruch von Brzezinni 24./25. November gehört zu den dramatischsten Episoden des Krieges. Am 6. Dezember räumten die Russen Lodsch, bezogen eine starke Verteidigungsstellung längs der Bzura und Pilica und gaben nach schwerem Stellungskampf am 17. Lowitsch preis, sich hinter die Rawka zurückziehend. Bis in den Sommer 1915 hielten sie nun die neue Linie Bzura–Rawka–Pilica–Nida.

In Südpolen drängten die Russen mit drei Armeen mit zunehmendem Druck vor, von dem sich aber die Verteidiger in den Schlachten bei Limanowa und Bartfeld (5.—12. Dezember) befreiten. Dukla-, Lubkower und Uszoker Paß wurden dann von den Österreichern zurückgewonnen. Die Bukowina verteidigte die Gruppe Pflanzer-Baltin.

Die schwache 8. Armee Belows hatte eine Stellung längs der Linie Johannisburg–Lötzen–Gumbinnen–Tilsit bezogen. Gegen sie schob sich die wiederum auf 200000 Mann ergänzte 10. russische Armee unter General Siewers Ende Januar 1915 weiter vor, ohne jedoch zum Angriff zu schreiten. Hindenburg zog Verstärkungen aus dem Westen und Neuformationen aus dem Innern überraschend und unbehelligt vom Feinde heran. Unter Zurückhaltung der Mitte setzte er von Norden her (bei Tilsit) die (10.) Armee Eichhorns, von Süden her (bei Johannisburg) die (8.) Armee Otto v. Belows zur Umfassung an. Below stieß am 7. Februar von Johannisburg gegen Bialla–Lyck vor, das er am 8. erreichte. Eichhorn drückte den russischen rechten Flügel am 8. aus der Linie Darkehmen–Ragnit gegen die Straße Wirballen–Kowno zurück. Zum Teil konnten die Russen Kowno erreichen, zum Teil aber wurden sie nach Süden gegen Mariampol abgedrängt. Nunmehr griff auch die deutsche Mitte an und warf den Gegner, ihn nach Südosten abdrängend, auf Kalwarja zurück. In den russischen Aufnahmestellungen am Lyck kam es vom 10.—14. Februar 1915 zu schweren Kämpfen, in deren Verlauf der Feind auf Suwalki und Augustow zurückgeworfen wurde. Hier verlegte ihm v. Below den Weg. Drei Viertel der Njemenarmee

Digitized by Google

gingen verloren, ihr Führer, General Siewers, endete durch Selbstmord. Von Grodno, Olita, Kowno und Ossowiez eilends herangeholte Verstärkungen konnten zwar nochmals bis Lyck vordringen, mußten aber bald wieder bis über den Bobr weichen. Ossowiez lag unter deutschem Feuer, aber zur Umfassung des russischen Heeres fehlten die Kräfte. So lief sich der Angriff an der Bobrlinie fest — die Winterschlacht in Masuren blieb Episode. Aber Ostpreußen war vom Feinde frei! Freilich hatte die grimmig kalte Witterung auch auf deutscher Seite furchtbare Opfer gefordert.

Rußland entschloß sich um die Jahreswende, die österreichisch-ungarische Front in Galizien beiderseits umfassend anzugreifen. Ein Vorstoß gegen Krakau Anfang Januar 1915 scheiterte jedoch an der zähen Verteidigung der österreichischen und deutschen (Woyrsch) Truppen. Auch ein Angriff längs des Karpathenfußes wurde bei Neu-Sandec und Gorlice-Zaklizyn (24. Januar) zurückgeworfen. Dafür gewann ein frontaler Angriff gegen den Hauptkamm der Ostbeskiden Raum. Die Russen setzten sich südlich des Gebirges längs der Linie Bartfeld–Homonna–Ungvar–Huszt fest. Gegen diesen Eindringling in Ungarn wurde eine neugebildete gemischte deutsch-österreichisch-ungarische Heeresgruppe Linsingen im Januar angesetzt, während das Beskidenkorps v. d. Marwitz auf dem rechten Flügel Boroevics eingesetzt wurde.

Mit Hilfe der deutschen Verstärkungen wurden die Russen über Tschernowitz (Einnahme: 17. Februar) bis an den Dnjestr zurückgeworfen. Die Gruppe Linsingen trieb in schweren Gebirgskämpfen seit Anfang Januar die Russen Schritt für Schritt über den Südabhang der Karpathen. Ende Januar war der Gebirgskamm erreicht. Um das Latorczatal, die Pässe Uszok, Luplow, Dukla und Wipolwa wurde heiß gekämpft. Die gewaltige zweimonatige Karpathenschlacht bereitete die Zertrümmerung der russischen Armee langsam und stetig vor. Przemysl freilich fiel, ehe es Hilfe erhielt (22. März). Die dadurch freiwerdende russische Belagerungsarmee wurde unverweilt gegen die Karpathen geworfen, wodurch die Wucht der russischen Angriffe sich Ende März noch einmal gewaltig steigerte. Doch sie erlahmte Anfang April, und um die Mitte des Monats hörten die russischen Angriffe völlig auf. Es blieb aber äußerst zweifelhaft, ob das k. und k. Heer einem neuen Ansturm gegen den Karpathenwall gewachsen sein würde. Es mußte von Grund aus Wandel geschaffen werden; Rettung konnte nur eine Offensive bringen: diese begann nach einem vom deutschen Generalstabschef Erich v. Falkenhayn, der am 9. Dezember 1914 Moltke (gest. 1916) gefolgt war, ausgearbeiteten Operationsplan Anfang Mai 1915 unter Führung des Generaloberſten v. Mackensen.

Mackensen selbst ging mit seiner 11. deutschen Armee frontal auf Gorlice vor, links von ihm die österreichische 4. Armee unter Erzherzog Josef Ferdinand in Richtung auf den unteren San. Rechts von Mackensen griff die österreichische 3. Armee (Boroevic) in Richtung Przemysl an (diese kam dann Ende Mai nach dem Jsonzo), dann weiter rechts die 2. Armee (Böhm-Ermolli) in Richtung Sambor, die deutsche Südarmee unter Linsingen in Richtung Stryj–Drohobycz. Am 1. Mai nachmittags begann die artilleristische Bearbeitung des zum Durchbruch gewählten Frontstückes. Am 2. Mai konnte bereits die russische Stellung in 16 km Frontbreite bis zu 4 km Tiefe im Sturm genommen werden. Am 4. Mai drangen die Verbündeten über die Wisloka vor, am 6. nahm Mackensen die jenseitigen Höhen. Josef Ferdinand drang gleichzeitig über Mielec, links davon Woyrsch und Dankl über die Nida vor. Auf dem rechten Flügel Mackensens räumten die Russen den Uszoker und den Lupkower Paß. Die Niederlage der Armee Radko Dimitrieffs war am 9. entschieden. Er suchte sein Heer, das 250 000 Mann (davon 100 000 Gefangene) eingebüßt hatte, hinter dem San zu sammeln, mußte aber trotz der aus dem inneren Rußland herangeholten Verstärkungen am 20. mit seinen 23 Divisionen auch über den San weichen. Am 23. standen die Verbündeten in einem Bogen westlich des von ihnen umklammerten Przemysl.

Digitized by Google

Währenddessen hatten auch die Armeen Boroevic und Böhm-Ermolli in Richtung Sambor Boden gewonnen. Während Pflanzer-Baltin gegen eine in der Bukowina neu auftretende russische Armee seine Erfolge nicht behaupten konnte, kam Linsingen unter harten Kämpfen Mitte Mai bis Strzij und bedrohte damit die russische San-Stellung im Rücken. Bei Przemysl lag die Entscheidung. Mackensen wählte die Nordfront als Einbruchsstelle. Nach vernichtendem Artilleriefeuer nahmen am 31. Mai die Bayern drei Forts, am 1. Juni fielen zwei weitere Forts, am 3. fiel die ganze Festung. Damit war das Schicksal der ganzen russischen Front besiegelt. Es galt jetzt, die Verbindung zwischen den russischen Heeresteilen in Südpolen und Ostgalizien am unteren San zu zerreißen und Lemberg zu gewinnen.

Am 12. Juni begann Josef Ferdinand den Angriff auf die Höhen östlich des San und nördlich der Lubaczowka. Nach harten Kämpfen gelang am 16. Juni der Durchbruch und die Aufrollung der russischen Front. Am 12./13. Juni durchbrach auch Mackensens rechter Flügel die russische Linie am Esso und an der Wisznia in 50 km Breite und 9 km Tiefe; 50000 Gefangene fielen in seine Hand. Die Russen sammelten sich in stark befestigter Linie bei Grodek und Rawaruska. Nach fünftägigem heißen Ringen drang die Armee Böhm-Ermolli am 23. Juni in Lemberg ein, die Russen entzogen sich durch eilige Flucht der Vernichtung. Die Verfolgung wurde bis in die Linie Tarnograd–Sandomir–Zadwarze über Rawaruska fortgesetzt. Auch der Einsatz des in Bessarabien aufgestellten 150000 Mann starken Reserveheeres in der Bukowina konnte nichts mehr an der Niederlage ändern. Nach anfänglichem Ausweichen drang die Armee Pflanzer-Baltin wieder vor und konnte so die Bukowina bis zum 13. Juni vom Feinde säubern.

In flottem Draufgehen setzten die verbündeten Armeen ihren siegreichen Vormarsch fort. Woyrsch ging gegen Iwangorod, Josef Ferdinand (Dankls und Boroevic' Armeen waren inzwischen nach Italien abtransportiert worden) und Mackensen auf Lublin, Linsingen und Böhm-Ermolli auf Cholm vor; rechts davon waren die Armeen am Bug bei Sokal und längs der Zlota Lipa stehengeblieben.

Die Lage der Russen war aufs äußerste gefährdet, wenn die Deutschen von Norden, die verbündeten Armeen von Süden her gleichzeitig auf Brest Litowsk vorstießen. Mitte Juli 1915 wurden die Angriffsbewegungen wieder aufgenommen, und zwar organisierten sich die deutschen Truppen hierzu in drei Heeresgruppen. Den linken Flügel bildete die Heeresgruppe Hindenburg mit der Armee Below gegen Kurland, Eichhorn (10.) gegen Wilna, Scholtz (8.) gegen Grodno und Gallwitz (12.) gegen Ostrolenka. Sie kämpfte gegen die russische Nordwestgruppe unter Rußkijs Befehl, die aus der neuformierten 10. und der 12. Armee (Plehwe) bestand. In der Mitte ging Prinz Leopold von Bayern mit seiner eigenen (9.) in Richtung Warschau und den Armeegruppen Woyrsch und Köveß gegen Iwangorod vor. Daran schloß sich die Gruppe Mackensen mit der Armee Josef Ferdinand (österreichische 4.) gegen Lublin, der Bugarmee (Linsingen) beiderseits des Bug und der Armee Puhallo auf Luzk–Kowel. Den rechten Flügel bildete das österreichisch-ungarische Heer unter Erzherzog Friedrich, bestehend aus den Armeen Böhm-Ermolli (österreichische 2.) auf Brody, der deutschen Südarmee, jetzt unter Graf Bothmer, mit dem linken Flügel auf Tarnopol und Pflanzer-Baltin.

So schwer die russischen Verluste in Galizien waren, es war doch bei einem frontalen Nachdrängen geblieben, eine Aussicht auf Vernichtung des Gegners bot sich nicht. Als jetzt die Front auch im Norden zu wanken begann, traten Hindenburg und Ludendorff mit dem Plan einer großen Operation gegen Flanke und Rücken des Feindes über Kowno–Wilna hervor. Aber statt der 10. wählte Falkenhayn die 12. Armee Gallwitz' als Stoßtruppe; der Flankenstoß sollte also viel weiter westlich, am Narew liegen.

Auf dem äußersten linken Flügel hatte eine kleine Armeegruppe unter Generalleutnant v. Lauenstein bereits am 27. April den Vormarsch in Kurland angetreten, am 30. April Schaulen und am 8. Mai Libau genommen. Jetzt überschritt hier die Armee Below, den Widerstand der hier eingesetzten russischen 5. und der aus Galizien herausgezogenen 12. Armee brechend, die Windau (14. Juli) und besetzte am 19. mit Kavallerie Tukkum, 50 km

Digitized by Google

westlich Riga. Am 1. August wurde Mitau genommen und der Aa-Abschnitt erreicht. Das Zentrum Below's siegte am 24. Juli bei Schaulen, der rechte Flügel besetzte am 4. September den Brückenkopf bei Friedrichstadt. Riga war unmittelbar ins Frontgebiet gerückt, Petersburg (von den Russen jetzt Petrograd genannt) durch deutsche Schiffe, die sich im Rigaer Meerbusen zeigten, bedroht.

Die (10.) Armee Eichhorn schob sich von Mitte Juli an näher an die Festungen Kowno, Olita, Grodno und Ossowiez heran. Am 8. August begann das Artilleriefeuer gegen Kowno, das am 18. dem Angriff des Generals Litzmann erlag. Ossowiez wurde am 23. August besetzt, am 27. Olita. Am 4. September fiel auch Grodno, und am 18. September erlag Wilna dem Angriff. Jetzt endlich hätte der Hindenburgsche Plan verwirklicht werden können: inzwischen aber war der Russe frontal weit zurückgewichen, dem Gegner beharrlich die Flanke entziehend; ganz Polen hatte er indessen preisgegeben!

Scholtz durchbrach am 15. Juli die russischen Stellungen in Richtung Ostrolenka–Lomscha, überschritt am 26. den Narew, nahm am 4. August Ostrolenka, am 10. Lomscha, setzte die Verfolgung über Ostroff fort und erreichte die Bahn Warschau–Wilna bei Maltin.

Gallwitz warf die Russen am 14 Juli bei Praschnysch und erreichte am 19. bereits den Narew. Am 21. versuchten die Russen vergebens, sich von dem Druck durch Gegenstöße von Rozan und Pultusk her zu befreien, am 24 erlagen diese beiden Festungen dem zähen Angriff der Deutschen. Gallwitz nahm Dembe (7. August), Serok und Segrsche (8. August) und erreichte am 9. die Hauptstellung Nowo-Georgijewsk, das am 20. August von dem Bezwinger Antwerpens, General Beseler, im Sturm genommen wurde. Aber die Masse des Heeres war dem zu kurzen Stoß entwischt.

Unterdessen hatte die Heeresgruppe Mackensen von Süden her, starken Gegendruck beiderseits des Wieprz überwindend, am 10. August die Linie Sawia–Lenczna–Lubartoff erreicht, am 11. August Brest Litowsk von drei Seiten umfaßt und am 26. genommen. Seines Stützpunktes beraubt, flutete das russische Heer auf Kobrin–Prushany zurück.

Die Armeegruppe Woyrsch trat den Vormarsch gegen Radom und Iwangorod an. Sie warf unter schweren Kämpfen 17.—19 Juli den Feind über den Ilzanka-Abschnitt, am 22. über die Straße Nowo Alexandria–Radom zurück. Nach trefflicher Vorbereitung überschritt Woyrsch am 28. Juli die Weichsel. Die Armeegruppe des Generals v. Köveß nahm am 4. August den linken, am 8. den Hauptteil der Festung Iwangorod, nachdem die Russen nordöstlich abgezogen waren.

Prinz Leopold hatte am 22. Juli die Russen aus dem hartumstrittenen Abschnitt an der Rawka und Bzura in die Brückenkopfstellung westlich Warschau–Blonie–Nadarzyn–Gora-Kalwarja zurückgedrückt. Er schritt unverweilt zum Angriff auf Warschau, das die Russen am 5. August räumten. Am 8. nahm Leopold von Bayern auch das gegenüberliegende Praga, der Vormarsch begann von neuem.

In der Front durch Mackensen und Leopold, in der rechten Flanke und im Rücken durch Hindenburg, in der linken Flanke durch die Pripjet-Sümpfe bedroht, am Ausweichen nach Süden durch die verbündeten Armeen gehindert, traten die Russen den weiteren strategischen Rückzug an. In dieser gefährdeten Lage enthob der Zar den Großfürsten Nikolai am 7. September seines Oberkommandos und stellte sich selbst an die Spitze seiner Armee. Diese Maßnahme wirkte in der Tat auf die Stimmung im russischen Heere, das sich noch einmal dem eisernen Griff Hindenburgs entzog. Der linke russische Flügel hatte noch immer in Ostgalizien hartnäckigen Widerstand geleistet, ja sogar die Armee Graf Bothmer im

Digitized by Google

Gegenangriff hinter die Strypa zurückgedrängt. Die Russen wichen zwar vor dem sofort einsetzenden Gegendruck am 17. September bis hinter den Sereth, doch blieb dieser Flügel völlig intakt. In Wolhynien drangen die Armeen Puhallo und Böhm-Ermolli in das Festungsdreieck Luzk–Dubno–Rowno ein; erstere beiden Plätze fielen, und Rowno geriet am 20. September in den Feuerbereich. Doch auch hier rafften sich die Russen, unter Iwanoff, zum Gegenangriff auf, wichen aber nach vorübergehender Rückeroberung von Luzk dem verstärkten Angriff der Österreicher wieder. Die Armee Linsingen, die zur Unterstützung heraneilte, hatte um den 6. Oktober bei Tschartorysk schwere Kämpfe zu bestehen.

Mackensen nahm noch am 15. September Pinsk ein, dann ging er zum Stellungskrieg über. Leopold von Bayern erreichte die Linie Lyck–Nowo-Grodek. Hindenburg nahm am 18. September Wilna, doch entzogen sich die Russen seiner bei Smorgon und Molodezno nun endlich einsetzenden, aber mit viel zu schwachen Kräften unternommenen Umfassungsbewegung. In der Ende September erreichten allgemeinen Linie Bukowina–Dubno–Pinsk–Smorgon–Düna erstarrte der Bewegungskrieg wieder zum Stellungskampf. Der Versuch der Russen, in der sogenannten „Neujahrsschlacht" (24. Dezember 1915 bis Mitte Januar 1916) am Südflügel durch Einsatz aller verfügbaren Kräfte einen Umschwung der Lage herbeizuführen, scheiterte. Sie setzten ihre Angriffe in Richtung Toporoutz, Buczacz und Tschartorysk, wo sie das andere Styrufer erreichten, an. In der zweiten Hälfte des Januar griffen sie, nun schon mit abgeschwächter Kraft, in Richtung Tschernowitz und nordwestlich Zalesczyki an — ohne jeden Erfolg.

Mitte März 1916 begannen die Russen eine neue Offensive unter Ewerth gegen die Armeen Scholtz und Eichhorn. Die Hauptangriffsfront lag zwischen Disla und Beresina, das Ziel des Durchbruchs bildete Wilna. Bei Postawy griff die Armee Pleschkoff, östlich der See-Engen zwischen Narosch- und Wischnijeff-See die Armee Balujeffan. Zwei weitere Korps standen bei Smorgon bereit. Die Angriffe gegen Eichhorns 10. Armee begannen am 18. März und führten nur zu geringen Stellungsverlusten der Deutschen, die sie am 21. im Gegenangriff wieder wettmachten. Scholtz' Stellungen beiderseits des Dryswjaty-Sees wurden 19. bis 26. März, die Aufhebung einiger Feldwachen abgerechnet, ohne jedes Ergebnis angegriffen. Hauptzweck des Angriffs war die Entlastung Frankreichs, das bei Verdun schwer litt.

Der große Einheitsangriff der Entente sollte 1916 endlich in die Tat umgesetzt werden. So brach die große Massenoffensive Brussiloffs am 4. Juni 1916 los. Sie war indessen nur als Nebenaktion gedacht; der Hauptangriff sollte im Norden später folgen. Aber die von den Russen erfundene Taktik der weichsten Stelle lenkte die Richtung des Angriffs ab.

Am Styr stand die k. und k. 4. Armee unter dem leichtsinnigen Erzherzog Josef Ferdinand, der die Ausbildung seiner Truppen und den Ausbau seiner Stellungen seit langem schwer vernachlässigt hatte. Ein Kritiker behauptet, er habe seinen Armeebereich in Jagdbezirke eingeteilt! General Brussiloff schritt am 4. Juni zu einer Riesenerkundungsunternehmung, indem er mit seinen Armeen einfach aus dem Graben stieg und vorwärts marschierte: von jähem Entsetzen gepackt, ergriffen die ihrer Kerntruppen zugunsten des Angriffs in Italien beraubten, widerstandsunfähigen Österreicher die Flucht oder legten die Waffen nieder: die schmachvollste Niederlage, die je im ganzen Weltkrieg erlitten wurde! In die 50 km weit auseinanderklaffende Lücke mußten alle Reserven hineingebuttert werden. Obendrein erlitten die Österreicher gleichzeitig in der Bukowina eine neue Niederlage: am 17. Juni fiel Tschernowitz erneut in die Hände der Russen. Vor Jakobeny und Kirlibaba kam der Angriff endlich zum Stehen: auch hier rettete nur deutsche Hilfe vorm völligen Zusammenbruch. Als darauf im Norden der geplante Hauptangriff der Russen losbrach, hatte Hindenburg für 1000 km Frontlänge eine einzige Kavalleriebrigade als Reserve zur Verfügung. Dennoch hielt die überdehnte papierblattdünne Front. Ununterbrochene Angriffe gegen die Heeresgruppe

Digitized by Google

Woynsch bei Baranowitschi seit dem 13. Juni scheiterten ebenso wie die Dauerangriffe zwischen Narotsch- und Wischnijeff-See und bei Smorgon. Anfang Juli stand die ganze Ostfront in hellen Flammen.

Die allzu starke Splitterung der verbündeten Ostarmeen hatte der Befehlseinheit zweifellos geschadet und die straffe Abwehr der Brussilowschen Offensive gehindert. Diesem Umstand wurde eine neue Befehlsregelung gerecht, nach der die gesamten Streitkräfte von der Ostsee bis westlich Tarnopol unter Hindenburg, die von Tarnopol bis in die Karpathen unter des Erzherzogthronfolgers Karl Franz Josef einheitliche Befehlsgewalt gestellt wurden. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg machte durch die damit im Zusammenhang stehende Beförderung Hindenburgs zum Generalstabschef eine nochmalige Neuregelung notwendig: an Hindenburgs Stelle trat am 29. August Prinz Leopold von Bayern, und den Gesamtbefehl über die in Rumänien kämpfenden Armeen erhielt Mackensen. Gleichzeitig wurde eine „Oberste Kriegsleitung" der Vierbundmächte geschaffen, die dem deutschen Kaiser und in seiner Vertretung dem deutschen Generalstabschef übertragen wurde.

Der Eintritt Rumäniens (S. 216) in den Krieg belebte die russische Hoffnung auf den Sieg neu. Am 31. August schritten die Russen zum allgemeinen Angriff, und den ganzen September hindurch dauerten die Angriffe an, die zu einer noch nicht geahnten Höhe anschwollen. Kowel, Wladimir-Wolhynsk und Lemberg waren ihre Ziele. Nach einer Kampfpause vom 4.—15. September wälzten am 16. die russischen Massen in 25 km Breite zwischen Zaturcy und Pustomyty vor, doch ohne Erfolg.

Nun brechen Tag für Tag die russischen Stürme zusammen: am 17. zwischen Sereth und Strypa, am 19., 20., 21. und 23. zwischen Zaturcy und Pustomyty. Vom 23. an greifen die Russen mit neuen Verstärkungen in Richtung Lemberg an, deutsche Truppen gewinnen am 1. Oktober das ganze verlorene Gelände zurück; schon vorher hatten deutsche und österreichische Gegenangriffe am Stochod und am 27. bei Korytnica vollen Erfolg gehabt. Dann folgen im Oktober (1.—4.) vergebliche russische Vorstöße südwestlich Luzk gegen Tereczyanskys Stellungen und brechen blutig zusammen. Auf der südlichen Fronthälfte des Erzherzogs Karl trotzt die Armee Bothmer allen Angriffen bei Brzezany, Halicz und Stanislau, an der Narajowka und Zlota Gora.

Die Kämpfe an der Narajowka dauerten im November noch einige Zeit an, im übrigen brachte dieser Monat keine zusammenhängenden Unternehmungen großen Stils. Erzherzog Josef übernahm an Stelle Kaiser Karls den südlichen Frontteil. Im Dezember sehen sich die Russen durch den Gang der Ereignisse in Rumänien zu heftigen Angriffen in den Waldkarpathen gezwungen, um durch den Tatarenpaß und das Tal der Goldenen Bistritz die ungarische Ebene zu gewinnen. Dann aber wird die Stellung der Russen durch den Fortgang des Feldzugs in Rumänien unhaltbar; vom 28.—31. Dezember werden sie an der siebenbürgischen Ostfront zurückgedrängt. Mit dem Beginn des neuen Jahres stemmen sie sich dem unaufhaltsamen planmäßigen Vordringen der Verbündeten durch Oitoz-, Susitza- und Slanik-Tal entgegen; vom 14.—20. Januar 1917 setzen sogar, allerdings erfolglose, russische Gegenangriffe ein, die mit einer auf dem entgegengesetzten Flügel über die Aa vorgetragenen Kampfhandlung parallel gehen. An der Nordwestfront war im August 1916 Oberbefehlshaber Kuropatkin durch Rußkij ersetzt worden. Jetzt griff Radko Dimitrieff vom 7.—11. Januar mit starken Kräften längs der Aa an, um den taktischen Durchbruch bei Mitau zu gewinnen, wurde aber durch eine deutsche Gegenaktion 23.—30. Januar zurückgeworfen.

Die zunehmende Politisierung der Armee begann lähmend auf ihre Schlagkraft einzuwirken. Der Zusammenbruch des Zarismus und die Revolution (Bd. VI, S. 247) machten dann auf Monate die russische Armee überhaupt aktionsunfähig, zumal der Oberbefehl fortgesetzt wechselte: erst war Alexejeff Oberbefehlshaber, dann Brussiloff, Korniloff, Dudonin, Krylenko. Die deutsche Heeresleitung ließ aus politischer Rücksicht, um die Friedensbewegung in Rußland zu stützen, die Gelegenheit zur völligen Vernichtung des Gegners und zur raschen Erzwingung des Friedens vorübergehen; ein Vorstoß bei Tobolv nordöstlich Kowel bezweckte nur eine örtliche Frontverbesserung. Aber die Regierung Kerenskis (Bd. VI, S. 248)

Digitized by Google

hoffte noch einmal den Sieg an ihre Fahnen heften zu können. Die mit dem Feind fraternisierenden Truppen wurden neu einexerziert und von der Notwendigkeit eines entscheidenden Sieges, den man ihnen als leichte Sache hinstellte, überzeugt. „Todesbataillone" sollten der neuen Freiheit eine Gasse brechen. 20—30 Divisionen, die „Regimenter des 1. Juli", erklärten sich durch Abstimmung zum Angriff bereit. Diese wurden am 1. Juli 1917 zum Hauptangriff angesetzt

Derselbe richtete sich gegen Ostgalizien, wo er zwischen Zborow und Brzezany gegen österreichische Truppen Erfolg hatte, jedoch am 2. Juli von deutschen Truppen gebrochen wurde. Am 4. Juli dehnte sich der Angriff auf die Front an der Narajowka aus, wo er vor der deutschen Südarmee zerschellte. Im Süden endlich brach der Sturm am 6. Juli los, hier gewann er bis Lomnica Raum.

Ihrer stillschweigend eingegangenen Verpflichtung entbunden, schritten nun die Verbündeten am 19. Juli zu einer Gegenoffensive, die in zwei Wochen Galizien und die Bukowina befreite. Nur geringe Grenzstücke blieben noch bis zum Friedensschlusse in der Hand der Russen. Russische Entlastungsstöße in Wolhynien und nördlich der Pripjetsümpfe, bei Smorgon (17./18. Juli) und an der Düna (24. Juli) brachten nur geringe Frontschwankungen. Hier antwortete die deutsche 8. Armee unter Hutier mit einer Offensive gegen Riga, das am 3. September ihrem Angriff erlag, nachdem durch den Dünaübergang bei Üxküll die russische Stellung im Rücken bedroht war. Die geschlagene russische 12. Armee flutete nach Livland und Estland zurück, Dünamünde (4. September) und Friedrichsstadt (6. September) preisgebend. Graf Schmettow nahm am 22. September Jakobstadt. Nun griff auch die deutsche Flotte ein, um auch in der Ostsee den Krieg einem siegreichen Ende entgegenzuführen. Am 12. Oktober landeten deutsche Truppen auf Ösel unter Vizeadmiral Schmidt und General v. Kathen; die Inseln Ösel, Dagö und Moon wurden binnen neun Tagen besetzt. Der am 5. Dezember abgeschlossene Waffenstillstand (S. 292) mit der Sowjetregierung (Bd. VI, S. 248) hinderte zunächst eine weitere Ausnutzung dieses Erfolges. Als aber die Politik der Brest Litowsker russischen Friedensunterhändler Anfang Januar 1918 den Deutschen die Handlungsfreiheit wiedergab und die anarchischen Zustände hinter der russischen Front ein Einschreiten notwendig machten (Bd. VI, S. 252 f.), landeten deutsche Truppen in Estland, während gleichzeitig Kolonnen von Riga aus bis zum Peipussee vormarschierten. Erbetene Hilfe wurde den Finnen und dem neuen ukrainischen Staat bei ihrem Befreiungskampf von den bolschewistischen Roten Garden geleistet: die Alandsinseln wurden als Etappenstation eingerichtet, in Finland Helsingfors und Wiborg, in der Ukraine, wo Eichhorn an Linsingens Stelle den Oberbefehl übernahm, Kijew, Charkoff, Odessa, Sewastopol und Rostoff erreicht. Es handelte sich bei diesen, zum Teil nach Unterzeichnung des deutsch-russischen Friedensvertrages liegenden Kämpfen nicht mehr um den deutsch-russischen Krieg, sondern um wirtschafts- und militärpolitische Unternehmungen deutscher Polizeitruppen. Das reguläre Heer des russischen Staates war tatsächlich aus dem Felde geschlagen, aufgerieben, seiner Kampfmittel und seiner Führung beraubt. Der Krieg war aus.

c) Der Krieg am Balkan.

α) Der Krieg in Serbien, Montenegro, Albanien und Griechenland.

Durch den Eintritt Rußlands in den Krieg und den damit für Österreich-Ungarn eintretenden Fall eines Zweifrontenkrieges sank der serbisch montenegrinische Kriegsschauplatz sofort zu einem Nebenkriegsschauplatz herab. Dennoch beschloß Österreich-Ungarn, zunächst auch hier offensiv vorzugehen. Die Österreicher stellten dem 300000 Mann starken Feld-

Digitized by Google

heer der Serben (unter Kronprinz Alexander und Generalstabschef Putnik) die 5. Armee (Frank) an der Donau und die 6. (Potiorek) an Drina und Save entgegen. Die 2. Armee wurde schon in den ersten Wochen nach Galizien abtransportiert (S. 246). Den Oberbefehl hatte Feldzeugmeister Potiorek, seit 22. Dezember Erzherzog Eugen. Potiorek stieß mit der Hauptgruppe seiner Armee über die untere Drina vor. Am 14. August bereits wurde die serbische Stellung bei Schabatz genommen. Doch hinderte die Abgabe starker Kräfte an die galizische Front fürs erste die Fortsetzung der Offensive. Die Serben drangen ihrerseits in den Banat, in Slawonien und in Bosnien ein, wurden aber wieder vertrieben, und die Österreicher stießen bis über die Drina nach (Sieg bei Krupany 23. September). Doch brachte der überlegene Gegner die k. u. k. Truppen bei Waljewo durch Störung ihrer rückwärtigen Verbindungen in eine schwierige Lage, aus der sich diese nur durch Räumung des serbischen Bodens unter schweren Verlusten retten konnten. Das verhinderte auch die Ausnutzung eines vielversprechenden neuen Vorstoßes über die Save (2. November Einnahme von Schabatz), der sogar zur Einnahme Belgrads (2. Dezember) führte; dieses mußte am 15. Dezember wieder geräumt werden.

Die Serben erschöpften sich rasch in vergeblichen Versuchen, den Krieg in Feindesland zu tragen. Im Mai 1915 erstarb der Krieg an dieser Front vollständig in einem Vorpostenkleinkrieg. Dafür besetzte Serbien teilweise albanisches Gebiet. Auch die Montenegriner hielten sich an Albanien schadlos, indem sie am 2. Juli 1915 Skutari mit dem Hafen San Giovanni di Medua einnahmen. Italien nahm Awlona und die Insel Sasseno, während die Griechen in die südlichen Gebiete des herrenlosen Landes einzogen.

Nachdem die Mittelmächte in Ost und West den Krieg tief in Feindesland hineingetragen hatten, wandten sie sich nunmehr auch der Südostfront zu, deren Durchbrechung allein eine bessere Verbindung mit dem türkischen Verbündeten schaffen konnte. Mit dem Eintritt Italiens in den Krieg war vor allem auch jede Rücksicht auf den ehemaligen Verbündeten in Wegfall gekommen. Endlich konnte durch Eroberung des serbischen Gebietes an Bulgarien Anschluß gewonnen und dadurch die Verbindung mit der Türkei noch enger gestaltet werden. Mackensen versammelte, unbemerkt vom Feind, die Armee Köveß im Save-Donau-Winkel, die Armee v. Gallwitz gegenüber Semendria. Die Flankendeckung bei Wischegrad übernahm die Armeegruppe Sarkotisch. Ferner wurde Mackensen die 1. bulgarische Armee (Bojadjeff) mit unterstellt, die in der Linie Zajetschar–Pirot aufmarschierte. Außerdem stand eine bulgarische Heeresgruppe Todoroff, aus drei Armeen bestehend, bei Küstendil, Djumaja und Strumiza zum Einmarsch in Mazedonien bereit. Den Oberbefehl in Bulgarien übernahm General Jekoff mit seinem Generalstabschef Schostoff.

So nahm denn am 22. September 1915 die österreichisch-ungarische Artillerie längs der Save die serbischen Stellungen unter ein heftiges Dauerfeuer. Am 7. Oktober überschritt die aus der deutschen Armee Gallwitz und der österreichisch-ungarischen Armee Köveß von Köveßhaza neugebildete Heeresgruppe Mackensen Donau und Save, während am 15. Oktober die Bulgaren in der Linie Negotin–Strumiza die Grenze überschritten. Von drei Seiten angegriffen — denn gleichzeitig drangen die Österreicher von Bosnien her ein — mußten die ohnedies durch schwere Seuchen erschütterten Serben nach tapferer Gegenwehr nach Südwesten ausweichen. Die Grenzfestungen Belgrad (8. Oktober), Semendria (11. Oktober), Poscharewatz (12. Oktober), Negotin (22. Oktober), Zajetschar (27. Oktober) und Pirot (28. Oktober) fielen in rascher Folge. Am 28. Oktober reichten sich die bulgarische Armee Bojadjeff und die Armee Gallwitz in der Nordwestecke Serbiens die

Digitized by Google

Hand. Dadurch wurde der Donauverkehr, am 5. November durch die Einnahme von Nisch auch der Eisenbahnverkehr zwischen den Mittelmächten hergestellt. Das Programm „Berlin–Bagdad" war Tatsache geworden!

Durch unwegsames Gebirge, bei denkbar ungünstigen Witterungs- und Wegeverhältnissen wurde das in völlige Auflösung geratende serbische Heer bis Ende November über die Grenzen des Landes teils auf griechisches Gebiet, teils in die unwirtlichen Berge Albaniens zurückgedrängt. Der schuldbeladene König Peter mußte selbst unter großer persönlicher Gefahr ruhelos von Ort zu Ort flüchten. Mit dem bulgarischen Sieg bei Prischren am 30. November und der Einnahme Monastirs am 3 Dezember war der Feldzug beendet, noch ehe die Verbündeten Serbiens dem unglücklichen Lande zu Hilfe kommen konnten.

Der Lowtschen in Montenegro. Nach Photographie von Dr. Martin Große, Dresden.

Hätte Bulgarien sofort mit einem tief im Süden einsetzenden Parallelstoß gleichzeitig mit Mackensen losgeschlagen, so wäre wohl die serbische Armee umzingelt und vernichtet worden. So aber war es im ganzen nur zu einer frontalen Verfolgung gekommen. Aber die serbische Armee hatte fast die gesamte Artillerie und drei Viertel seines Bestandes (160000 Mann) verloren, als sich endlich die ihnen mit der Saloniki-Expedition (S. 217) zugedachte Hilfe geltend machte. Mit 170000 Mann besetzte die englisch-französische Hilfsarmee, von den Bulgaren südlich von Strumiza, nördlich Gradec und an der Marianska Planina 9./10. Dezember zurückgeworfen, eine 120 km lange Linie, die vom Doransee über Walandowo–Dawidowo am Wardar, dann der Cerna entlang lief und schließlich der griechisch-serbischen Grenze folgte. Unter schweren Kämpfen (bis 12. Dezember) wurde die Front von den Bulgaren durchbrochen und über die griechische Grenze zurückgedrückt, wo sich die Alliierten stark verschanzten. Am 17. Januar 1916 übernahm der Franzose Sarrail das Oberkommando.

Nunmehr erreichte auch das von aller Verbindung fast völlig abgeschnittene Montenegro sein Geschick. Am 19. Dezember rückten die Österreicher bis an den Tara vor; von Cattaro ausgehend nahmen sie am 10. Januar 1916 unter Köveß den Lowtschen-Berg (s. die

Digitized by Google

Abbildung S. 257), wodurch auch Tschetinje (23. Januar) in die Hand der Sieger fiel. Durch eine sehr bald widerrufene Bitte um Frieden gewann Nikita (gest. 1921) Frist zur Flucht. Unter schwierigen Operationen besetzten die Österreicher unter Köveß Ende Januar 1916 das ganze Land und den Nordteil Albaniens. Eine 30000 Mann starke italienische Expeditionsarmee schlugen die Österreicher 24. Februar 1916 bei Durazzo, das sie am 27. besetzten. Gleichzeitig wurde Tirana, die Residenz Essad Paschas, genommen.

Als im Sommer 1916 die Alliierten zum Angriff auf allen Fronten schritten, war auch für das bunte Heer Sarrails die Zeit gekommen, durch Vorstoß gegen Bulgarien Fühlung mit den Verbündeten in Galizien und Rumänien zu gewinnen. Doch brach seine Offensive am Doiransee Anfang August 1916 rasch zusammen, so daß die Bulgaren bereits am 17. August ihrerseits zur Offensive schreiten konnten (17.—29. August). Diese führte am 17. zur Einnahme Florinas, der Überschreitung der Struma am 21. und der Einnahme Kastorias am 22. Die hinter den linken Flügel der Bulgaren geratenen Truppen des 4. griechischen Armeekorps begaben sich darauf am 12. September in den Schutz der Mittelmächte und bezogen in Görlitz Garnison. Am 13. besetzten die Bulgaren Kawalla. Gegenangriffe Sarrails im September führten ihn am 8. auf das linke Cerna-Ufer, wo am 21. deutsche Truppen in den Kampf eingriffen. Ende Oktober stellten die Franzosen die Verbindung mit den Italienern bei Avlona her. Vom 10. November an wurde in der Ebene von Monastir mit zunehmender Erbitterung gekämpft, am 18. November mußte dieses aufgegeben werden. Erst im Januar ließen die Angriffe der Verbandstruppen an Kraft wesentlich nach. Aber am 12. März 1917 setzten wieder durch den ganzen Monat anhaltende französische Angriffe zwischen Ochrida- und Prespasee ein. Auch dem großen Angriff der Alliierten 8./9. Mai 1917 am Doiransee, am Wardar, im Moglenagebirge und im Cernabogen sowie bei Monastir, am Prespa- und Ochridasee blieb der Erfolg versagt.

Von beiden Seiten wurde in der Folge die mazedonische Front als Nebenkriegsschauplatz sehr vernachlässigt; Deutschland zog fast alle seine Truppen aus der Front, die Entente erwog lange Zeit den Abbau dieser Front. Bulgarien selbst, das seine heiligsten nationalen Interessen hier verteidigte, vernachlässigte unverantwortlich die Ausbildung und Versorgung seiner Armee; diese wurde durch politische Parteikämpfe zerrissen und litt bittersten Hunger. Dadurch gewann der Gegner allmählich eine taktische und moralische Überlegenheit, die ihm neue Offensivabsichten nahelegte. Als General Franchet d'Espérey, der Nachfolger Sarrails, am 15. September 1918 mit seiner 200000 Mann zählenden „Orientarmee" die bulgarischen Stellungen angriff, warf der Feind im Zentrum bei Gjeogjuli die Waffen weg: seit langem schon hatten die bulgarischen Soldaten erklärt, daß sie nur bis zu diesem Tage kämpfen würden. Alle Versuche, den Widerstand zu organisieren, scheiterten. Die bulgarische Armee ging einfach nach Hause, kriegsmüde und bündnisuntreu. General Lukow verlangte sofortigen Waffenstillstand. Deutsche und österreichische Divisionen wurden aus Rußland, Frankreich und Italien in die Gegend von Nisch geworfen — vergebens. Der Zar dankte ab, Bulgarien schied aus dem Bündnis; die deutschen Truppen, abgekämpft und in einem brandenden Meere schmählich allein gelassen, mußten Schritt um Schritt unter harten Verlusten bis über die Donau zurück. Wie ein heimliches Geschwür hatte seit langem schon die Balkanfront am Leibe des Vierbundes gezehrt — als es jetzt plötzlich aufbrach, hatte der Eiter des Verrats den stolzen Körper zerfressen. Keine Radikaloperation konnte der rasend fortschreitenden Zersetzung mehr Einhalt gebieten.

β) Der Krieg in Rumänien.

Der Feldzug in Rumänien, der den Untergang der Mittelmächte bringen sollte, bildet das schönste Ruhmesblatt ihrer überlegenen Kriegführung. Die Rumänen hatten ihren Feldzugsplan ganz einseitig gegen Österreich-Ungarn gerichtet — sie waren töricht genug, keine feindselige Handlungen von seiten Bulgariens und des Deutschen Reiches vorauszusetzen. Ihr Hauptziel war Siebenbürgen, und die billigen Anfangserfolge machten

Digitized by Google

sie blind gegen jede Gefahr. Zudem eignet sich ihre langgestreckte Grenze ebenso schlecht zur Verteidigung, wie sie naturgemäß für den Angriff wie geschaffen ist. Hätten sie nur den geringen Mut aufgebracht, gegen die schwachen Grenztruppen entschlossen auf Budapest zu marschieren, so waren die Mittelmächte geschlagen. Aber der Walache gedachte wie 1913 fremde Lorbeeren billig zu pflücken. Er sollte sich gründlich getäuscht haben.

Die rumänische 4. Armee ging, angelehnt an den linken Flügel der Russen, unter General Presan mit dem linken Flügel auf Szekely–Udvarhely gegen das Gebirge vor; die 2. Armee rückte unter General Graineceanu als Hauptstoßtruppe gegen die Pässe der Transsilvanischen Alpen bei Kronstadt bis südlich Fogarasch, die schwächere 1. Armee endlich hielt unter General Culcers Befehl den Rotenturm- und am Vulkanpaß, bei Orsowa stand eine Gruppe in Stärke einer Division. Eine schwache 3. Armee stand in der Dobrudscha, die Donaugrenze gegen Bulgarien war nur schwach besetzt.

Mit 300000 Mann überschritten die Rumänen sofort nach Kriegserklärung die siebenbürgische Grenze. Die Rumänen kamen zunächst gegen den schwächeren österreichisch-ungarischen Grenzschutz unter General v. Arz rasch vorwärts. Sie nahmen Orsowa, Hermannstadt und Kronstadt. Aber dann blieben sie unbegreiflicherweise stehen. Ihre so glänzenden Aussichten mußten sich dadurch sofort in eine schwere Gefahr verkehren, da die natürlichen Gegebenheiten der Grenzen gegen Ungarn und Bulgarien zur Umfassung geradezu herausforderten. „Der gefährliche Gegner wurde zum ergebenen Schlachtopfer." Am 12. September stießen die Rumänen auf deutsche Truppen, am 18. begann General v. Falkenhayns 9. Armee die Offensive gegen die rumänische 1. Armee bei Hermannstadt, indem sie zunächst in Richtung Petroseni und Szurdukpaß angreifend sich die rechte Flanke sicherte, dann das bayrische Alpenkorps in den Rücken des Feindes, nach dem Rotenturm-Paß, führte, dessen Scheitel am 26. September genommen wurde. Am 29. September war die Vernichtung des Gegners bei Hermannstadt vollendet. Sofort schwenkte nun Falkenhayn nach Osten gegen die 2. Armee ein. Am 3. Oktober erreichte er die Linie Fogarasch–Bekokten, am 4. die Alt- und Sincalinie, am 7.—9. Oktober schlug er den Feind bei Kronstadt, welches am 7. wie am 8. Törzburg eingenommen wurde, ohne jedoch die Umfassung und Vernichtung des Feindes wie bei Hermannstadt zu erreichen. Die Rumänen verloren nach hartem Widerstand am 22. den Predealpaß, zugleich wurde der Roteturm-Paß nach Süden geöffnet, tags darauf der Vulkanpaß genommen. Die erbitterten Kämpfe um die Ausgänge des Gebirges zogen sich bis über Mitte November hin, dann brach der Widerstand mit der Durchbruchsschlacht bei Targu Jiul am 18. November im westlichen Teil des Gebirges trotz des Eingreifens russischer Truppen zusammen. Die Bahn Orsowa–Kraiowa wurde noch am selben Tage erreicht und, nach Einschwenkung nach Osten, der Alt überschritten. Am 24./25. erreicht auch Mackensen, der die Donau bei Swistow überschritten hatte, den Alt — er gibt sich mit der 9. Armee die Hand: aber leider nicht im Rücken des Feindes, womit seine vollständige Vernichtung besiegelt gewesen wäre, sondern vor seiner Front, da sein Flankenstoß von Swistow aus zu flach und mit zu schwachen Kräften angesetzt war und Arz v. Straußenburg im Görgenyigebirge nur langsam vorwärts kam. Die Westwalachei war erobert, Bukarest unmittelbar bedroht, der Donauweg frei.

Inzwischen ist auch der größte Teil der Dobrudscha in Mackensens Hand gefallen. Deutsch-bulgarische, auch bald darauf türkische Kräfte hatten ganz überraschend sofort nach Kriegsausbruch hier die Offensive ergriffen. Am 6. September wurde der Brückenkopf Tutralan gestürmt (21000 Gefangene), am 10. fiel Silistria. Erst neueingreifende russisch-

Digitized by Google

serbische Verstärkungen vermochten den Vormarsch bei Konstanza–Cernavoda aufzuhalten. Am 19. nahm Mackensen den Angriff in der Dobrudscha wieder auf, am 23. wurde Konstanza genommen. Dann brach Mackensen zunächst den Vormarsch ab, um bei dem konzentrischen Angriff in der Walachei mitzuwirken.

Mackensens Armeeabteilung Kosch marschierte von Süden, von der Donau her, auf Bukarest, die drei Gruppen Falkenhayns: Kühne über Kraiowa, im Zentrum Krafft von Delmensingen und über Kempolung v. Mergen. Die rumänische 1. Armee stellte sich am Ardschech zum Kampf und wurde in dreitägiger Schlacht (1./3. Dezember) völlig geschlagen, die vier Armeegruppen der Verbündeten vereinigten sich auf dem Schlachtfelde. Der weitere Vormarsch zwang die Rumänen zur Aufgabe ihrer Gebirgsstellungen bei Sinaia, am 6. zu der Bukarests. Am gleichen Tage ward Campina und Ploesti genommen und dadurch die Eisenbahnverbindung Kronstadt–Bukarest frei gemacht.

Am 14. Dezember gehen bulgarische Truppen bei Fetesti über die Donau; gleichzeitig wird der Eisenbahnknotenpunkt Buzeu eingenommen. Die rumänische Armee verschwindet hinter der russischen Mauer, die sich nun allmählich gegen die 9. Armee vorschiebt, eine feste Stellung in der Linie Rimnikulserat–Filipesti–Donausümpfe beziehend. Nach fünftägiger Schlacht muß der Gegner diese Stellung verlassen und auf Folschani und Braila zurückweichen (27. Dezember). Auch die Donauarmee dringt weiter vor, während die Dobrudschaarmee die Russen auf den Brückenkopf von Macin zurückwirft, der am 9. Januar 1917 fällt.

Im Januar 1917 drückt die Heeresgruppe Mackensen die Russen und Rumänen noch bis hinter den Sereth zurück: am 4. Januar wird Fundeni genommen; nach einem starken russischen Gegenangriff am 6. fällt am 8. Januar Folschani und das rechte Putna-Ufer in die Hand der Sieger, am 9. wird das linke Putna-Ufer gewonnen. Braila war schon vorher, am 5. Januar, gefallen. Bis zum 19. ist das gesamte rechte Sereth-Ufer erobert.

Die vollständige Lähmung der Gefechtskraft, der die russische Armee in den folgenden Monaten unterlag, gestattete den Rumänen keine selbständige Tätigkeit. Allerdings bewahrte sich die rumänische Armee im Gegensatz zur russischen die Schlagfertigkeit, die sie sich in einer Reorganisationsarbeit zu Anfang des Jahres 1917 wieder angeeignet hatte. Sie übernahm im Juli die russischen Stellungen in der Moldau und südlichen Bukowina und schritt zu einer allerdings von vornherein aussichtslosen Offensive zwischen Susitza und Putna. Die Verbündeten antworteten mit Vorstößen bei Folschani (6. August) und nördlich Gyergyó-Tölgyher, die den Feind im Susitza- und Putnatal in Flanken und Rücken bedrohte. Ihrer Verbindung beraubt, mußten die Rumänen im Putna- und Susitzatal weichen.

Die vollständige Agonie, in die nun das russische Heer verfiel, teilte sich dem rumänischen nicht mit. Doch wurde dessen Lage hoffnungslos, als Anarchie und Revolution im Rücken, ein ungeheuer überlegener Feind in der Front das rumänische Staatswesen zu erdrücken drohte. Doch mit walachischer Schlauheit fand sich Heer und Regierung aus der Affäre — es gewann die Herzenszuneigung der Entente, besonders Amerikas, durch seine Zähigkeit und erfuhr doch zugleich vom Feinde eine kaum noch verständliche Schonung. Die nach Odessa gehenden deutschen Truppen ließen die Rumänen, mit denen inzwischen Waffenstillstand eingetreten war, ruhig gewähren. Die Hartnäckigkeit gegenüber einem Feind, dem das Land tatsächlich völlig in die Hand gegeben war, machte sich bezahlt: der endlich unterzeichnete Bukarester Friede (7. Mai 1918) ließ Königshaus und Staatswesen völlig unangetastet, wennschon die wirtschaftlichen Bedingungen nicht ganz leicht waren. Unverständlich aber blieb die Schonung der rumänischen Armee; sie blieb in der Hand der um

Digitized by Google

die Königin Maria geschaarten Unversöhnlichen, die sofort nach dem Zusammenbruch in Mazedonien und dem Waffenstillstand von Compiègne eine neue Kriegserklärung durchsetzten und zur nunmehr endgültigen, abermaligen Besetzung Siebenbürgens schritten.

d) Der Krieg gegen Italien.

Zehn Monate hatte Italien den Krieg gegen Österreich-Ungarn vorbereitet, dennoch konnte es mit seinen vier Armeen, die gegen Österreichs Grenzen unter Cadornas (s. die untenstehende Abbildung) Führung nur langsam vortasteten, keine nennenswerten Erfolge gegen die zähen Verteidiger Tirols (1. Armee unter Dankl), Kärntens (Armeeabteilung v. Rohr) und des Isonzotales (3. Armee unter Boroevic) erzielen. Erzherzog Eugen, der das Oberkommando an der Südwestfront innehatte, gab einige Grenzstriche in Südtirol und am Isonzo preis; darüber hinaus konnten die Italiener nur mit Heiatomben von Blut geringe Vorteile erkämpfen. Die am 5. Juni 1915 gegen Görz und das Hochland von Doberdò vorstoßende 3. italienische Armee des Herzogs von Aosta konnte nur mit einem Verlust von 40000 Mann die Höhen westlich des Isonzo bei Görz nehmen. Dagegen scheiterte der Versuch, den Isonzo zu überschreiten. Die 2. Armee hatte gleich in den ersten Tagen Karfreit genommen; jetzt gelang es ihr, sich nach heftigem Kampfe am Krn (Monte Nero) östlich Karfreit festzusetzen und Plava zu nehmen. Am 30. Juni beginnende Angriffe der 3. Armee gegen die Hochfläche von Doberdò führten lediglich zu einer Festsetzung am Südwesthange. Am 19. Juli traten die Italiener mit 17 Divisionen zur zweiten Isonzoschlacht an, die, bis zum 28. Juli sich hinziehend, keinerlei Erfolg zeitigte.

General Graf Luigi Cadorna. Nach Photographie.

Ende Oktober lieferten die Italiener den Österreichern die dritte Isonzoschlacht, indem sie mit 320000 Gewehren, abermals ohne Erfolg, die 70 km lange Front angriffen. Dennoch stießen sie im November bereits wieder vor. Auch diese vierte Isonzoschlacht (10.—30. November) erreichte ihren Zweck nicht. Da sie Görz und Riva nicht „erlösen" konnten, schossen die Italiener nunmehr diese Städte rücksichtslos zusammen. Im Frühjahr 1916 begannen die Österreicher eine großangelegte Offensive in Tirol, nachdem auch die fünfte Isonzoschlacht (13.—17. März) den Italienern keinen Erfolg gebracht hatte.

Aus den Kleinkämpfen im Gebirge ragt eigentlich nur die von den Italienern vielgefeierte Sprengung der Spitze des Col di Lana (Buchenstein) 17./18. April 1916 hervor. Nach Verstärkung ihrer Front auf 38 Divisionen, von denen allein 16—18 in Südtirol

Digitized by Google

zusammengezogen waren, begannen die Österreicher unter dem Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef am 15. Mai die Offensive bei Rovereto, Vielgereuth und im Suganatale, die sehr rasch zur Wegnahme der italienischen Stellungen bei Rovereto und Vielgereuth und zur Rückdrängung der Italiener im Suganatal führte. Dann aber ergriffen die Österreicher eine wuchtige Offensive von Lafraun aus gegen Asiago, von Rovereto aus gegen Arsiero. Die beiden von Forts umgebenen Orte wurden am 30. Mai genommen; innerhalb zweier Wochen verloren die Italiener über 30000 Gefangene und 300 Geschütze. Die italienische Armee war schwer gefährdet. So mußten die Verbündeten helfen, wenn nicht die gemeinsame Sache Schaden leiden sollte. Brussiloff brach vor der Zeit seine Massenoffensive (S. 253) vom Zaune. Der Erfolg war groß: Italien wurde für diesmal noch gerettet, Rumänien zum Anschluß gewonnen!

Noch bis zum 25. Juni hielten die Österreicher ihre offensive Haltung an der italienischen Nordfront aufrecht, dann gaben sie am 26. Juni das neugewonnene Gelände zwischen Brenta und Etsch auf. Gleichzeitig griffen die Italiener am Isonzo an. Diesem kleineren Angriff folgte im August der große Generalsturm der sechsten Isonzoschlacht der 22 Divisionen starken 3. Armee. Nach dreitägigem Kampf räumten die Österreicher (nur eine einzige Division) am 8. die Stadt Görz und die Hochfläche von Doberdò: am Abend überschritten zwei italienische Brigaden den Isonzo, erst am 9. besetzte der Herzog von Aosta die Stadt Görz. Am 12. gingen sie auch an die neue Stellung an der Küstenfront heran. Nach Mitte August flaute die Schlacht allmählich ab, während an der Tiroler Front noch immer ein beweglicher Stellungskrieg herrschte. Die Italiener griffen 6.—12. September besonders an der Suganer Front, 14.—24. September gegen den Fassaner Kamm an. Am 23. September sprengten die Österreicher den Gipfel des Cimone (nördlich Arsiero). Inzwischen war eine neue Isonzoschlacht (die siebente) entbrannt: vom 14. bis 19. September griffen die Italiener mit 20 Infanteriebrigaden und 15 Bersaglieribataillonen auf der Karsthochfläche an, wo sie am 15. September neue Vorteile errangen.

Im Oktober nahmen die Italiener zunächst ihre Angriffe an der Tiroler Front wieder auf (2.—8; 17.—20. im Pasubiogebiet wiederholt), dann gingen sie nach achttägiger Feuervorbereitung mit 12 Divisionen der 2. und 3. Armee am 9. Oktober zum achten Male am Isonzo Küstengebiet zum Sturm vor. Am 11. nahmen sie Nova Vas, die Angriffe dauerten bis zum 14. an und wurden 28.—31. schwächlich wiederholt. Tags darauf begann (1.—5. November) die neunte Isonzooffensive Cadornas mit 16 Divisionen. Mit 170000 erbittert angreifenden Soldaten erreichte er auf 5 km Frontlänge eine Einbuchtung der österreichischen Kampflinie bis zu 4 km Tiefe.

Zu der sorgsam den ganzen Winter über vorbereiteten zehnten Isonzoschlacht war die Stärke der italienischen Armee durch Neuaufstellungen bis auf 60 Divisionen erhöht worden. Nach französisch-englischem Muster waren die Kriegsmittel an Artillerie, Munition, Flugzeugen usw. ins Ungemessene vermehrt, jede Einzelheit des Angriffs pedantisch genau ausgearbeitet worden. Das Ziel der Schlacht war der Durchbruch und die Öffnung des Weges nach Triest. In den getrennten Kampfabschnitten sollte gleichzeitig dieses Ziel erreicht werden: im Norden auf den Hochflächen von Heiligengeist und Ternova, in der Mitte zwischen Monte S. Gabriele und Fajti hrib und im Süden von dieser letzteren Höhe bis zur Küste. Eine 7.—14. Mai 1917 bis zum Vernichtungsfeuer ansteigende Artilleriebeschießung leitete die vierwöchige Riesenschlacht ein. Am 14. Mai 2 Uhr nachmittags griff der Italiener auf 40 km Breite auf der Front von Plava bis zum Meere an. Bei Plava und östlich Görz gewann er Raum. Der Angreifer erreichte die Höhenlinie 363–Kuk–Vodice und konnte bei Vodrez den Isonzo überschreiten. Am 23. Mai erkämpfte er die Höhe 652 bei Vodice. Viermal (24., 26. und 31. Mai) wurde er von ihr heruntergedrängt, am 20. auch bei Vodrez wieder über den Isonzo zurückgeworfen.

Digitized by Google

Im Abschnitt Görz–Wippachtal errangen die Italiener nur geringe örtliche Vorteile, die ihnen im Gegenangriff am 3. Juni wieder verlorengingen.

Auf dem Karst setzten erst am 23. Mai die Hauptangriffe ein. Kostanjevica, von tapferen Honveds gegen 14 Angriffe von 6 Divisionen verteidigt, bildete den Mittelpunkt erbitterter Kämpfe. Die Abhänge des wichtigen Fajti hrib wurden von Italienern erstiegen und wieder von ihnen gesäubert. Die österreichische Stellung südlich Nova Vas (2 km westlich Hudilog) konnten die Italiener eindrücken. Südlich davon stieß der Feind sogar bis Medeazza vor — da traf ihn der Gegenstoß! Hauptmann Wieroniki wirft den Welschen aus dem Ort hinaus. Die Koten 145 und 175 westlich davon werden überrannt. Selbst die Höhe 146 bei Flonder wird vorübergehend zurückgewonnen.

In der Nacht vom 3. zum 4. Juni drangen die Österreicher in die italienischen Stellungen am Fajti hrib ein, sie nahmen in den folgenden Tagen endgültig die Höhe 146, dazu die Eisenbahntunnels bei S. Giovanni. Vergebliche Gegenstöße der Italiener am 6. beendeten die zehnte Isonzoschlacht.

Bereits am 18. August traten die Italiener zum elften Totentanz am Isonzo an. Nochmals hatte Cadorna die Angriffskraft seines Heeres bedeutend gesteigert: 48 Divisionen standen sturmbereit, 6800 Kanonen waren auf der 70 km breiten Angriffslinie eingestellt. Die Erfolge waren bedeutend: im Karst wurde Selo, auf der Hochfläche von Heiligengeist das Dorf Vrh und der Monte Santo genommen; hier drang der Angreifer in 15 km Breite bis zu 7 km Tiefe in die Stellung der Österreicher ein. Dagegen kam er bei Görz und an der Wippach keinen Fußbreit vorwärts.

Österreich war erschöpft! Ob es einer von Italien bereits vorbereiteten zwölften Isonzoschlacht gewachsen sein würde, erschien zweifelhaft. So bat es dringend um deutsche Hilfe: wie in Rußland sollten deutsche Divisionen als „Korsettstangen" zwischen die österreichischen eingeschoben werden. Aber Deutschland hatte keine Kräfte dauernd abzugeben, es stellte seine Truppen von der Westfront nur für eine einmalige, offensive Aktion zur Verfügung. General Krafft von Delmensingen wurde zur Erkundung entsandt; er schlug einen Angriff aus Südtirol gegen Venedig vor mit dem Ziele der Vernichtung des Gegners. Aber Österreich erklärte, seine Truppen würden eine Wiederholung des Angriffs aus Tirol verweigern. So mußte ein anderer, minder aussichtsreicher Plan verwirklicht werden: der Angriff von Tolmein mit dem Ziele einer Vernichtung der italienischen Isonzoarmee.

Otto v. Below, bisher Heerführer in Mazedonien, übernahm das Kommando über die 14. deutsche Armee, die der 2. italienischen Armee gegenüber aufmarschierte. Am 25. Oktober 1917, vormittags 8 Uhr, stürmten die verbündeten Truppen nach sechsstündigem Trommelfeuer, alles über den Haufen rennend, aus der 30 km breiten Linie Flitsch–Karfreit–Tolmein zum Angriff vor. In einem beispiellosen, allen Widerstand brechenden Ansturm wurde der Isonzo überschritten, der Monte Stol (1668 m) und der Monte Matajur (1643 m) genommen. Wichtiger aber war es, rasch die Gebirgsausgänge auf Cividale zu gewinnen. Aber die Stoßgruppe ist zu schwach: die 12. deutsche Division, die sie allein bildet, erreicht erst am Abend des 27. Oktober Cividale. Der 3. Armee des Herzogs von Aosta bleibt daher Zeit zum Abbau: sie räumt die Hochfläche von Heiligengeist, den Monte Santo und Görz (27. Oktober) und erreicht den Tagliamento; nur ihr linker Flügel wird abgeschnitten: 60000 Gefangene, 1000 Geschütze sind die Beute des Durchbruchs!

Als auch am Tagliamento kein Halten's ist, beginnen nun auch die Armeen Kraus und Krobatin von der Kärntner Front herniederzusteigen, während Conrad von Hötzendorff im Rücken an das Tor der Tiroler Front klopft. Dieser erstürmt am 5. November den Col di Lana und Asiago, nimmt Cortina d'Ampezzo und San Martino di Castrozza. Am 10. fällt Belluno, am 15. Primolano und Feltre. Die Zahl der Gefangenen erreicht 250000, die der erbeuteten Geschütze 2300.

Digitized by Google

Italien kämpft um sein Leben. Das Ministerium Boselli ist bereits am 26. Oktober gestürzt, am 30. bildet Orlando ein neues Kabinett, Cadorna macht dem General Diaz Platz. Diaz reißt noch einmal das Heer zu heroischem Widerstand fort: die Front kommt längs dem Piave zum Stehen. Conrad kann noch am 4. Dezember den Monte Meletta nehmen, aber am Monte Pomba muß er am 30. dem Angriff der französischen Hilfsarmee unter General Fayolles weichen. Auch Engländer sind eingetroffen. Der Winter macht dem Kampf ein Ende. Die Angriffskraft der Verbündeten erlahmt. Der Feind ist geschlagen, aber noch nicht vernichtet. Die Entscheidung muß auf den Sommer vertagt werden.

Erst am 15. Juni 1918 schritt die österreichisch-ungarische Armee zum Doppelangriff von dem Piave und von Südtirol her. Aber diesmal kämpfte sie allein, ohne den Verbündeten, unter dessen Führung bisher alle gelungenen Offensiven gestanden hatten. Früh 3 Uhr begann das Zerstörungsfeuer, dem gleichzeitige Angriffe der Heeresgruppe Boroevic an dem Piave und der Armee Conrad beiderseits der Brenta folgten. Boroevics Angriff erlahmte in den ersten Stunden; nur am rechten Flügel drang Feldmarschalleutnant Goiginger ins Montellogelände ein, am linken konnte General v. Ciciserics im Mündungsgebiet des Piave einige Kilometer über den Fluß vordringen. Conrad von Hötzendorff gewann die Nordabhänge des Grappa. In den Sieben Gemeinden stieß dieser mitten in eine bereitgestellte feindliche Angriffsgruppe hinein, vor deren Gegenstoß das eroberte Gelände wieder geräumt werden mußte. Conrad konnte in schwierigem Gelände und gegen den hier unerschütterten Feind keine Fortschritte erzielen, und Boroevic mußte der höheren Gewalt weichen: das seit 30 Jahren nicht in gleicher Stärke beobachtete Hochwasser des Piave zwang ihn, vom Fossettakanal über den Piave wieder zurückzugehen. Auch den Montello mußte Erzherzog Josef wieder räumen. An der ganzen Front trat zunächst Ruhe ein, die auch bis zum 24. Oktober im ganzen anhielt. Aber in der Zwischenzeit machte der innere Zerfall Österreichs entsetzliche Fortschritte; in Ungarn aber brach, wie General v. Cramon sagt, eine „pathologische Besessenheit" durch, die die Madjaren um Sinn und Verstand brachte. Von diesen, nicht von Tschechen oder Südslawen, ging der militärische Zusammenbruch aus. Bereits am 20. Oktober meuterten ungarische Truppen. Am 24. Oktober begann die letzte Schlacht; aber sowohl in den Sieben Gemeinden als auch zwischen Brenta und Piave wurde der Italiener abgeschlagen. Erst am 27. gelang dem Feind bei Vittorio der Übergang über den Piave — ungarische Truppen öffneten ihm den Weg in den Rücken der Armee. Wenige Stunden vor dem Abschluß des Waffenstillstands (3. Nov.) wurden Hunderttausende österreichischer und ungarischer Kämpfer von dem siegestrunkenen Feind gefangengenommen.

e) Die Kämpfe in der Türkei.

α) Kaukasus und Nordpersien.

Für kein anderes Volk war der Weltkrieg so von vornherein ein Kampf ums Dasein wie für das türkische. Um den Rock des Moslim hatten die Mächte bereits gelost, als dieser noch gar nicht auf dem Kampfplatz erschienen war. Konstantinopel war das Ziel russischer Ausdehnungsgelüste (Bd. VI, S. 211), Mesopotamien bildete das Bindeglied des Marsches von Kairo nach Kalkutta (Bd. I, S. 604), auf Syrien meldete Frankreich Ansprüche an, Kleinasien versprach man den Griechen für den Fall ihres Anschlusses, auf den Golf von Adana hielt Italien den Blick geheftet.

Trotz dieser Gefährdung seines Lebens war vom Türken nicht zu erwarten, daß er sich

Digitized by Google

sofort die Angreifer mit vernichtenden Schlägen würde vom Leibe halten können. Um so unaufhaltsamer verbreitete sich dafür der Brand. Vor allem griff er nach Tripolitanien über, wo die Italiener nach ihrem Eintritt in den Krieg unter schweren Verlusten an den äußersten Küstenrand zurückgedrängt wurden, und nach Persien, das doch wenigstens immer ein ungewisser Faktor in der Rechnung Englands und Rußlands blieb. Dafür gelang es freilich wieder den Engländern, eine Reihe arabischer Scheiths auf ihre Seite zu ziehen.

Durch Einfall ins Kaukasusgebiet bedrohten die Russen Erzerum, sie konnten aber bereits am 10. November 1914 bei Köprüköi von der 3. Armee unter Hassan Izzet Pascha zurückgeworfen werden. Dieser bescheidene Anfangserfolg verführte Enwer Pascha (sein Bild s. Bd. IV, S. 311), selbst die 3. Armee zu übernehmen und mit 90000 Mann anzugreifen. Er setzte zwei Armeekorps zum Linksabmarsch über das Gebirge an, um bei Sarikamisch dem Feind in den Rücken zu kommen. Er schlug die Russen bei Olti zurück, dann aber dezimierte der harte Winter die türkischen Truppen furchtbar. Als sie erschöpft bei Sarikamisch anlangten, wurden sie am 4. Januar geschlagen und zum Rückmarsch über das Gebirge gezwungen — nur 12000 Mann erreichten die andere Seite, alle anderen waren gefangen, erschossen, verhungert oder erfroren. Enwer kehrte nach Konstantinopel zurück und übertrug Hawis Hakki Pascha das Kommando über die 3. Armee. Glücklicherweise folgten die Russen nicht, erst im März griffen sie stärker an. Im Mai gingen sie in Armenien vor und besetzten Tutak und Melasgert, die türkische rechte Flanke dadurch dauernd bedrohend. Eine nach Bitlis entsandte türkische Division wurde am 12. Juli geschlagen. Von da schoben sich die Russen dann im Mai 1915 bis Urmia in Persien vor; die seit Jahresanfang bis Täbris vorgedrungenen Türken wurden vertrieben. An der Hauptfront trat im August 1915 Ruhe ein.

Am 14. Januar 1916 griff Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, seit Herbst 1915 Oberbefehlshaber im Kaukasus, überraschend die Mitte der 3. Armee beiderseits des Arassflusses an und warf sie über Erzerum, das am 15. Februar fiel, zurück. Erst am Euphrat kam die Front der Türken zum Sitzen. Ihre Verluste waren schwer. Dagegen behauptete sich das an der Küste stehende Detachement, obwohl anfangs gleichfalls geschlagen, länger; erst am 18 April fiel Trapezunt infolge Landung russischer Truppen im Rücken der Türken.

Zur Wiederherstellung der Lage planten die Türken eine Offensive vom Wansee her in Richtung Erzerum und versammelten hierzu die 2. Armee unter Izzet Pascha bei Diarbekr. Aber ehe der Aufmarsch vollendet war, wurde die Mitte der 3. Armee abermals (7./8. Juli) geschlagen. Baiburt und Ersindjan gingen verloren; erst 30 km westlich davon kam die 3. Armee zum Stehen, als die Russen die Verfolgung einstellten. Izzet Pascha gab seinen Plan, dem die Russen zuvorgekommen waren, auf und nahm eine Verteidigungsstellung in der Linie Kigi–Ognot–südlich Musch ein. Die 3. Armee hatte Zehntausende an Deserteuren verloren, die, den Nachschub störend, im Etappengebiet herumlungerten. Wehib Pascha gelang es, die 3. Armee wieder langsam zu heben, aber nun dezimierten wieder Fleckfieber, Hunger und Kälte in dem durch die barbarische Austreibung der Armenier entvölkerten Lande die 2. Armee. Im Frühjahr 1917 zogen sich dann die Russen dauernd zurück. Militärische Entscheidungen konnten hier nicht mehr erkämpft werden. Als vollends am 7. Dezember der Waffenstillstand unterzeichnet war, hätte die Türkei vernünftigerweise alle verfügbaren Kräfte nach Syrien und Mesopotamien werfen müssen. Statt dessen zogen sie umgekehrt aus Syrien Truppen nach den Kaukasusländern, um phantastischen Plänen nachzujagen, die sich bis Afghanistan und Indien erstreckten, während sich vor sehendem Auge die Katastrophe in Syrien vorbereitete.

Digitized by Google

β) Mesopotamien.

In Mesopotamien landeten die Engländer zunächst nur schwache indische Kräfte unter General Nixa, die am 22. November 1914 Basra, am 9. Dezember auch Gurna besetzten. Nach Verstärkung ihrer Front konnten die Engländer am 3. Juni 1915 Amara nehmen. Die Sommerhitze verbot dann weitere Operationen. Erst im September 1915 drang General Townshend mit 20000 Mann gegen Bagdad vor; er kam über Kut el-Amara bis auf 18 km an die Khalifenstadt heran. Am 22./23. November 1915 schlug Oberst Nour ed-Din Bei bei Ktesiphon die Engländer. Diese mußten nach einem Verlust von 5000 Mann über Kut el-Amara, wo General Townshend am 7. Dezember eingeschlossen wurde, zurückweichen. Marschall v. d. Goltz-Pascha (gest. 6. April 1916 in Bagdad), der den Oberbefehl über die 6. Armee übernahm, belagerte Kut und warf die zum Entsatz herbeigeeilte englische Armee Aylmer zurück. In den Kämpfen des 7.—9. und 13.—14. Januar 1916 drangen die Engländer bis in die 3. Stellung der Türken ein, dann wurden sie unter großen Verlusten hinausgeworfen. General Gorringe raffte sich in der Schlacht von Felahie und Beitissa 9.—20. April 1916 noch einmal zu einem Entsatzversuche auf, wurde aber nach anfänglichem Erfolg zurückgeschlagen. So mußte Townshend am 29. April mit 5 Generälen, 500 Offizieren und 13300 Mann kapitulieren. Halil Pascha, der Nachfolger v. d. Goltz-Paschas, nutzte aber den Erfolg nicht aus, sondern ließ die Engländer in der Felahie-Stellung und machte einen Luftstoß gegen die in Persien operierenden Russen; er konnte infolgedessen später den erneuten Vormarsch der Engländer nicht aufhalten. Am 9. September 1916 griffen die Engländer, zunächst ergebnislos, bei Massinich an; sie wiederholten den Angriff dann aber erst am 9. Januar 1917 und begannen nach zweitägiger Artillerievorbereitung unter General Maude (gest. 18. November 1917) am 10. Januar den allgemeinen Angriff, der Stück um Stück die türkische Stellung zum Abbröckeln brachte. Am 23. sahen sich die Türken zum Rückzug gezwungen: am 27. Februar besetzten die Engländer Kut el-Amara, sie griffen am 5. März die neuen Stellungen der um 20000 Gefangene geschwächten Türken bei Azizie an, zwangen die Türken abermals zum Abbau ihrer Stellungen, schlugen sie am 10. vor den Toren Bagdads und zogen unter General Maude am 11. in der Khalifenstadt ein. Die Türken bezogen eine neue Stellung zwischen Bagdad und Samara. Im Angriff auf diese wurden am 26. die Engländer abgeschlagen.

In völliger Abkehr von ihrer bisherigen Art der Waffenhilfe beschloß die deutsche Oberste Heeresleitung, dem Bundesgenossen unmittelbar zu Hilfe zu kommen, indem sie eine eigene Heeresgruppe F („Falke") zur Befreiung Bagdads aufstellte. Das gewagte Unternehmen erhielt den von Napoleons I. Feldzug nach Ägypten entliehenen Namen „Yilderim" („Blitz"). An seine Spitze wurde General v. Falkenhayn gestellt. „Yilderim" sollte aus türkischen Truppen und 24 deutschen Stäben und Spezialformationen bestehen; zur wirksamen Kriegführung wurden ihm 5 Millionen Pfund in Gold aus deutschen Mitteln überwiesen. Zu den deutschen Verbänden zählte auch das Asienkorps unter Oberst v. Frankenberg und Proschlitz. Die Engländer erfuhren natürlich bald von den Vorbereitungen; ihre Gegenmaßregel war einfach; durch eine kräftige Offensive in Palästina erzwangen sie die Verlegung des geplanten Unternehmens nach Syrien.

Nach verlustreichen Kämpfen wurde die 6. Armee am 22. April 1917 über Samara zurückgedrängt. Dann wurde, nach Ende der heißen Jahreszeit, am 28./29. September das Euphratdetachement bei Ramadieh geschlagen und zum großen Teil gefangengenommen. In

Digitized by Google

stetigem Fortschreiten nahmen die Engländer am 6. November Tekrit und gewannen gegen Mosul Boden. Am 20. März 1918 fiel nördlich Ramadieh Hit, Anfang April Anak. Noch einmal gewährte die heiße Jahreszeit den Türken eine Galgenfrist. Ihre Kampfkraft sank tief und tiefer — mehr als 300000 Deserteure überfluteten das Land, während im Feld Armeen operierten, die nur noch auf dem Papiere standen. Der Krieg endete an dieser Front damit, daß der Angriff der Engländer südlich Mosul am 24./25. Oktober die Türken zum Rückzug zwang.

γ) Arabien und Syrien.

Ägypten hatte bereits am 28. August, von England gezwungen, den Krieg gegen das Deutsche Reich erklärt. Der Sultan machte seine Ansprüche auf Ägypten sofort nach Eintritt der Türkei in den Krieg geltend und ließ alsbald eine (4.) Armee unter Dschemal Pascha von Syrien aus gegen den Sueskanal marschieren. Das schwierige Unternehmen, durch die Wüste gegen diese Lebensader des britischen Weltreiches vorzudringen, wurde von einem Expeditionskorps unter dem bayerischen Obersten v. Kreß glücklich, aber mit zu schwachen Kräften durchgeführt. Es durchquerte in sieben Tagen die Wüste el Tih und überschritt in der Nacht vom 2./3. Februar 1915 den Kanal; doch die arabischen Soldaten ergriffen bei den ersten Schüssen der Engländer die Flucht. Der Rückmarsch blieb unbehelligt. Die Engländer führten nun am Kanal unter General Maxwell bedeutende Befestigungen auf. Seitdem gelang es nur noch kleinen Patrouillen, den Kanal zu erreichen. Erst im Sommer 1916 kam es zu einem neuen Vormarschversuch der Armee Dschemals, durch deutsche und österreichische Truppen verstärkt, gegen den Sueskanal; die vorbereitenden gewaltsamen Erkundungen endeten aber mit einem Mißerfolg. Am 4. August wurden die völlig erschöpften deutsch-türkischen Truppen nach siebentägigem Marsch über die Karawanenstraße längs der Küste bei Romani völlig geschlagen. Sie büßten ein Drittel ihres Bestandes ein. Nunmehr gingen die Engländer zum Angriff über. Da sich ihnen die Araber zumeist anschlossen und Dschemals drakonisches Regiment in Syrien nur Aufstände hervorrief, kämpften die Türken im eigenen Lande inmitten einer feindseligen Bevölkerung. Täglich bauten die Engländer 1 km Eisenbahn längs der Küste und rückten mit dieser vor: Anfang 1917 mußten sie Palästina erreichen! Die Türken aber sahen dem untätig zu. Ihre schwachen Truppen erlitten am 23. Dezember 1916 bei Maghdaba eine schwere Schlappe: sie verloren 1350 Gefangene, 7 Geschütze, 100000 Patronen und anderes Kriegsmaterial.

Im neuen Jahre (1917) führten die Engländer ihren sorgsam vorbereiteten Angriff gegen Syrien aus. Aber Murray, jetzt Oberstkommandierender in Ägypten, wurde am 26./27. März und am 19. April unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Engländer verschanzten sich darauf in der Linie Tell el-Tine – el-Mansura. Da sie sich allmählich auf 8 Divisionen verstärkten, wendete sich die Lage nach und nach zu ihren Gunsten. Sollte eine Katastrophe, wie sie dann 1918 eintrat, nicht schon jetzt erfolgen, so mußten starke Truppen herangebracht werden. So wurde denn das für Mesopotamien geplante Unternehmen „Jilderim" (S. 266) nach Palästina verlegt; hier trat die 7. und 8. Armee unter Falkenhayns Oberbefehl. Ein Unglück leitete die Aktion ein: am 6. September flog das Munitionslager der Heeresgruppe in Haidar Pascha in die Luft; unglücklich verlief sie auch weiter. Am 7. November konnte General Allenby, Murrays Nachfolger, durch Überflügelung Gaza, am 10. November Askalon, am 18 Jaffa besetzen. Gleichzeitig vom Jordan aus angreifend, schlug er am 8. Dezember die Türken vor den Toren Jerusalems und nahm die heilige Stadt ein. Am 20. Februar 1918 mußte auch Jericho aufgegeben werden. Die

Digitized by Google

Front verlief nun längs der Höhenkette nördlich Jaffa–Jericho. Östlich des Jordan kämpften die Türken gegen die aufständischen Araber. Am 19. Februar 1918 übernahm General Liman von Sanders den Oberbefehl über die Heeresgruppe F. Am 9. März begannen die Engländer einen großen Angriff an der Nablusstraße; die türkische Front wurde etwas zurückgedrückt, blieb aber ungebrochen. Am 26. März brachen die Engländer von Jericho aus überraschend über den Jordan gegen die Hedschasbahn bei Amman vor; das Unternehmen endete aber mit ihrem Rückzug am 31. März, ohne daß sie Amman erreicht hatten. Ebenso wenig Erfolg hatten sie vom 10.—13. April im Angriff gegen die 8 Armee bei el-Kafr und Berukin. Am 30. April trat Allenby zur zweiten Jordanschlacht an. Diesmal wurde dem Angriff es-Salt als Ziel gesteckt. Es gelang ihm, dieses zu erreichen, aber Liman gewann es am 3. Mai im Gegenangriff zurück. Hätte er Reserven zur Verfügung gehabt, so hätte er wohl die Höhen am westlichen Jordanufer im Nachstoß nehmen können.

Der Engländer brachte neue indische Truppen an die Front; seine Überlegenheit an Mannschaften, Panzerwagen und Artillerie wuchs von Tag zu Tag. Noch einmal, am 14. Juli, wagte Liman selbst einen Vorstoß, der sich gegen die feindliche Spitze am Mšaballe richtete. Aber die deutschen Truppen, die bis in die zweite Stellung eindrangen, blieben allein; die türkische Infanterie versagte völlig. Die heiße Jahreszeit verbot weitere Unternehmungen. Am 12. August griffen wieder die Engländer beiderseits der Straße Jerusalem–Nablus an; noch immer behaupteten die türkischen Truppen ihre gesamte Stellung ohne jede Einbuße. — Der Zustand der türkischen Truppen sank immer tiefer; vergebens bat Liman in Konstantinopel um Verstärkungen — diese flossen nach dem Kaukasus und Aserbeidschan, wo panislamistische Pläne die Phantasie des Türken mehr reizten als der harte Lebenskampf in Syrien, wo die Truppen hungerten, während sie im Kaukasus doppelte Löhnung erhielten. So geschah, was kommen mußte: am 19. September wurden die 7. und 8. Armee vernichtend geschlagen. „Die türkische 7. und 8. Armee haben so gut wie aufgehört zu bestehen", meldeten die Engländer am 22., „ihr ganzer Train ist in unsere Hand gefallen. Am 22. abends waren 25000 Gefangene und 260 Geschütze gezählt." Schon am 20. überfielen die Engländer das Heeresgruppenkommando Liman in Nazareth. Eiliger Rückzug auf Damaskus war geboten. Am 30. September zogen die Engländer in Damaskus ein, am 5. in Beirut, am 14. in Homs. 75000 Gefangene fielen in ihre Hand. Am 25. Oktober wurde südlich Aleppo gekämpft. Bis zum Abschluß des Waffenstillstandes (31. Okt.) hielten die geringen Liman verbliebenen Truppen die Waffenehre hoch, und behaupteten sich in einer Stellung um Katma.

δ) Die Dardanellen.

Am 2. Januar 1915 teilte England der Pforte mit, es werde zum Angriff auf die Dardanellen und auf Konstantinopel schreiten, wenn sie nicht den Vormarsch auf Ägypten einstelle. Auf die ablehnende Antwort der Türkei hin beschoß die englisch-französische Mittelmeerflotte am 18. März mit 15 Kriegsschiffen die türkischen Batterien an der Dardanelleneinfahrt. Es gelang, die äußersten Werke zum Schweigen zu bringen, doch scheiterten im März alle Versuche, die Meerengen weiter zu öffnen. So beschlossen denn die Westmächte, mit einer 80000 Mann starken Armee unter dem englischen General Hamilton den Angriff zu Lande durchzuführen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen (27. April) glückte es den Landungstruppen, Anfang Mai bei Sedd il Bachr, Ari Burnu und Kaba Tepe Fuß zu fassen. Doch eben nur dieses. Sie mußten sich sofort in den sandigen Wüsten-

Digitized by Google

boden eingraben und einen entsagungsvollen, kräfteverzehrenden Stellungskrieg aufnehmen. Auch die Gewinnung fester Stützpunkte durch Besetzung der griechischen Inseln Tenedos, Imbros, Lemnos und Mytilene besserte die recht gewagte Lage der Armee nicht. Man schob den Mißerfolg der Führung zu und enthob einen Heerführer nach dem andern seiner Stellung (d'Amade, Gouroud, Bailloud), zuletzt behielt Sarrail, der bis dahin die Armee bei Verdun geführt hatte, die Führung. Heftige Angriffe der Engländer im Tale des Aznafdere (16.—28. August) scheiterten, fünf in der Suvlabucht bei Anaforta (6. August) neugelandete Divisionen wurden blutig abgewiesen. Die türkische 5. Armee unter dem deutschen General Liman von Sanders verteidigte mit zäher und ausdauernder Tapferkeit die Meerengen; sie verlor in dem Dardanellenfeldzug insgesamt 218000 Mann, davon 66000 Tote. Nach der glücklichen Durchführung des Herbstfeldzuges in Serbien konnte endlich die so dringend benötigte Munition direkt aus Deutschland zugeführt werden. Die Verbündeten sahen schließlich die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens ein. Nach Verlust von 300000 Mann räumten sie am 20. Dezember die Gallipolihalbinsel bis auf die äußerste Südspitze bei Sedd il-Bachr. In der Nacht vom 8. zum 9. Januar 1916 ließen sie auch diese Stellungen im Stiche und schifften sich ein. Der Rückzug wurde sehr geschickt durchgeführt.

Nicht glücklicher war die französisch-englische Flotte unter Admiral Nicol. Am 18. März sanken die französischen Linienschiffe „Gaulois" und „Bouvet" und die englischen „Irresistible" und „Ozean", am 11. Mai „Goliath" ins Meer. 25./27. Mai versenkte das deutsche Unterseeboot „U 51" die Linienschiffe „Triumph", „Majestic" und „Agamemnon". Am 22. Mai wurde der russische große Kreuzer „Panteleimon" von einem Unterseeboot durch Torpedoschuß vor dem Bosporus versenkt. Auf türkischer Seite sank das Linienschiff „Barbaroß Haireddin" am 8. August, sechs Tage später versenkte ein U-Boot einen vollbesetzten 10000 Tonnen-Truppentransportdampfer, wodurch 2000 Menschen ertranken.

f) Der Krieg in den Kolonien.

a) Deutsche Südseebesitzungen, Tsingtau, Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika.

Mit Englands Eintritt in den Krieg waren die kleinen deutschen Besitzungen verloren, die größeren zum mindesten schwer gefährdet. Samoa wurde Ende August, Neuguinea im September 1914 von britisch-australischen, die Karolinen, Marianen und Marschallinseln im Oktober von japanischen Truppen besetzt und in Verwaltung genommen. Mit dem Eintritt Japans in den Krieg war auch Tsingtaus Schicksal besiegelt. Die Festung gelobte durch ihren Gouverneur, Kapitän Meyer Waldeck, ihrem Kaiser trotz der Aussichtslosigkeit des Kampfes „Pflichterfüllung bis zum Äußersten". Die Japaner landeten vom 29. September ab 35000 Mann und schlossen mit einem Geschwader die Festung auch von der Seeseite her ein. Am 6. Oktober begann die Beschießung, am 20. der planmäßige Angriff. Der zäh verteidigte Platz fiel den Japanern am 7. November in die Hände.

In Afrika ging das kleine Schutzgebiet Togo an eine englische Expeditionstruppe verloren, die von der Goldküste aus abgeschickt worden war. Am 27. August meldete London die Kapitulation der Kolonie.

Gegen Kamerun gingen entgegen dem Artikel 11 der Kongoakte zwei englisch-französische Kolonnen unter General Dobele vor. Die verstärkte Schutztruppe unter Oberstleutnant Zimmermann verteidigte das ihr anvertraute Gebiet bis zum Äußersten. Die Engländer erlitten bei Garua am 30. August eine schwere Niederlage, am 6. September bei Nsanahang eine Schlappe. Ende August besetzten die Engländer Mora mit drei Kompanien.

Digitized by Google

Die Küste mußte mangels Geschützen geräumt werden, dahinter aber wurde jeder Zoll Landes hart verteidigt. Am 13. November nahmen die Engländer Viktoria, am 15. Buea. Mit 10—12000 schwarzen Soldaten drängten die Verbündeten durch konzentrischen Druck von allen Seiten die zähen Verteidiger, denen die Eingeborenen bis auf die verräterischen Duala Treue bewahrten, in monatelangen Kämpfen immer weiter ins Innere. Im Norden hielten sich die Deutschen bei Mora und Garua. Die Verbündeten begnügten sich im wesentlichen mit dem Erreichten und warteten die Erschöpfung der eingeschlossenen Verteidiger ab. Von aller Zufuhr und Unterstützung abgeschnitten, gelang es der noch immer aus 900 Deutschen und 14000 Eingeborenen bestehenden Schutztruppe, sich nach Spanisch-Guinea durchzuhauen, wo sie nach Meldung vom 7. Februar 1916 entwaffnet wurde.

Nicht so lange konnten sich die Deutschen in Deutsch-Südwestafrika halten. Man hatte für diese Kolonie große Hoffnung auf die Haltung der Buren gesetzt. Die alten Burenführer Dewet, Beyers und Maritz stellten sich an die Spitze einer Bewegung, die die Losreißung des Oranje Freistaates und Transvaals von der Kapkolonie erstrebte. Im Oktober brach tatsächlich ein größerer Aufstand aus; Dewet verkündete Anfang November die Selbständigkeit der Oranjerepublik und besiegte eine Regierungsabteilung unter Crouje bei Vrieburg. Maritz schloß mit der deutschen Regierung in Südwestafrika einen Bündnisvertrag, dessen Hauptpunkt die eventuelle Anerkennung der Burenfreistaaten bildete. Allein Ende November bereits wurde die Hauptstreitmacht der Buren zerstreut, Dewet gefangen. Maritz entwich auf deutsches und von da auf portugiesisches Gebiet.

Die Deutschen ergriffen anfangs selbst die Offensive und besetzten 24. September die Walfischbai, die die Engländer erst am 24. Dezember zurückgewannen. Die Schutztruppe siegte unter Oberstleutnant v. Heydebreck (gefallen 9. Nov. 1914, Nachfolger: Major Franke) am 25. September bei Sandfontein und am 16. Dezember bei Garuab, doch konnte die kleine Schar nur durch einen hinhaltenden Kleinkrieg das unvermeidliche Ende hinausschieben. Am 9. Juli 1915 mußte sich die von den südafrikanischen Truppen Bothas, Smuts' und Mackenzies völlig umzingelte, noch 3497 Mann starke Truppe mit 37 Geschützen und 22 Maschinengewehren bei Otawi unter ehrenvollen Bedingungen der zehnfachen Übermacht ergeben.

β) Deutsch-Ostafrika.

In Deutsch-Ostafrika war die Lage für die Deutschen noch am aussichtsreichsten. Dem heldenhaften Verteidiger Oberstleutnant (später General) v. Lettow-Vorbeck (s. die Abbildung S. 271) unterstanden 2540 farbige Soldaten, 216 deutsche Offiziere und Unteroffiziere. Durch allmähliche Verstärkung brachte er diese Schutztruppe zeitweise auf 3000 Europäer und 11000 Farbige. Die Schutztruppe verteidigte in fünf voneinander weit entfernt liegenden Gegenden den ihr anvertrauten Boden: bei Dar es-Salam, zwischen Tanganjika- und Niassasee, am Viktoriasee, am Kilimandscharo gegen die Engländer und am Kiwusee gegen die Belgier. Vom 3.—5. November erlitten die Engländer bei Tanga, wo sie mit 8000 Mann europäischer und indischer Truppen gelandet waren, durch v. Lettow eine vernichtende Niederlage; sie mußten auf ihre Schiffe flüchten. Seit November 1914 war Deutsch-Ostafrika völlig frei vom Feinde. Einen neuen Versuch, in Deutsch-Ostafrika einzudringen, bezahlte der Engländer bei Jassini 17./19. Januar 1915 mit einer schweren Niederlage. Für die Deutschen war von großer Bedeutung die Hilfe, die ein im April 1915 von Leutnant der Reserve Christiansen geführter Blockadebrecher den heldenhaft ausharrenden Truppen Lettows brachte; auch 1916 glückte nochmals der Munitionsnachschub

Digitized by Google

über See durch den Hilfskreuzer „Marie". Dagegen scheiterte 1917 der Versuch, Nachschub auf dem Luftwege mit einem Z-Kreuzer zu leisten. Der einzige Erfolg, den England bis 1916 verzeichnen konnte, war die Vernichtung des an der Rufidschimündung liegenden Kreuzers „Königsberg" (zwischen 7. und 11. Juli 1915).

Gegen den so schlagfertigen Verteidiger mußte der Krieg auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. So stellte England denn in Südafrika eine 100000 Mann starke Armee auf, mit der es zum konzentrischen Angriff vorging. Zunächst bei Reata am Kilimandscharo am 11. März 1916 zurückgeworfen, drang der überlegene Angreifer langsam vorwärts. Aber der Feldzug 1916 führte noch nicht zum Ziele; bei Einsetzen der heißen Jahreszeit stand Lettow noch immer auf deutschem Boden. Die südafrikanischen Truppen waren durch Gefechtsverluste und Krankheiten zum großen Teil aufgerieben. Erst im Juni 1917 setzte der neue, mit zehn- bis fünfzehnfacher Überlegenheit eingeleitete konzentrische Angriff der verbündeten Engländer, Belgier und Portugiesen ein. Diesmal verteidigte sich Lettow südlich Kilwa und Lindi im Makondehochland. Er durchbrach am 25. November 1917 den feindlichen Ring und überschritt den Grenzfluß Rowuma gegen Portugiesisch-Ostafrika. In einem abenteuerlichen Zug, der ihn im Süden bis nach Mazixine führte, durchstreifte er das feindliche Land, in dem viele Eingeborene mit ihm sympathisierten, und schlug sich darauf wieder nach Deutsch-Ostafrika durch. Am 28. September 1918 betrat er abermals deutsches Gebiet. Die durch Krankheit und Gefechtsverluste verminderte und schwer mitgenommene Truppe marschierte um das Nordende des Njassasees herum und brach am 1. November 1918 bei Fife in Britisch-Rhodesia ein, wo sie am 12. November die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes am Chambezifluß erreichte. Den 1400 Waffentragenden, die sich gegen 300000 Feinde behauptet hatten, wurde freier Abzug gewährt. Vaterlandsliebe, Pflichtgefühl, Opferfreudigkeit, soldatischer Stolz und kolonisatorische Unternehmungslust hatte die Ostafrikaner vermocht, vier Jahre die schwarz-weiß-rote Fahne auf afrikanischer Erde hochzuhalten.

General v. Lettow-Vorbeck.
Nach Photographie von H. Noack, Berlin.

g) Der Krieg zur See.

α) Die Lage zur See bei Kriegsausbruch.

Da England seine Neutralität davon abhängig machte, ob Deutschland Frankreichs Küsten mit einem Angriff über See verschonte oder nicht (S. 212), wäre bei Englands Fernbleiben vom Kriege der Seekrieg ziemlich bedeutungslos gewesen; wie der Kolonialkrieg ist auch der Seekrieg — wie auch der Weltwirtschaftskrieg — erst durch Englands Beitritt

Digitized by Google

zum Krieg möglich geworden. Das ist der Angelpunkt des ganzen Weltkrieges: ohne England wäre der Krieg ein auf seinen Herd beschränkter Kontinentalkrieg geblieben.

Die deutsche Flotte war bei Kriegsausbruch bis auf das Kreuzer- und Mittelmeergeschwader in Ost- und Nordsee zusammengezogen. Die österreichisch-ungarische Flotte blieb durch ihre Unterlegenheit und ihre strategische Lage auf die engsten Heimatgewässer beschränkt. Eine stärkere Flotte der Donaumonarchie wäre die festeste Stütze des Dreibundes gewesen; es bleibe dahingestellt, ob bei gemeinsamer Operation der österreichischen und italienischen Flotte mit dem deutschen Geschwader nicht dennoch von vornherein der Dreibund sich im Mittelmeer hätte behaupten können — Tatsache bleibt, daß Italien die Seestreitkräfte des Dreibundes im Mittelmeer von vornherein für hoffnungslos unterlegen hielt und deshalb neutral blieb. So wurde das Mittelmeer im ganzen ein Seekriegsschauplatz von sekundärer Bedeutung, während Ost- und Nordsee dauernd im Mittelpunkt der Seekriegführung standen. Auf den Ozeanen war von vornherein und unzweifelhaft die Lage des deutschen Kreuzergeschwaders so völlig aussichtslos, daß ehrenvoller Untergang oder Durchbruch in die Heimatgewässer für die Führer die einzigen Möglichkeiten bildeten.

β) Der Krieg in der Ostsee.

Die für den Krieg entscheidende Bedeutung der Ostsee (vgl. Bd. VI, S. 18) lag darin begründet, daß sie die direkteste Verbindung zwischen England–Frankreich und Rußland darstellt. Die Dardanellendurchfuhr fiel mit Kriegsanfang fast augenblicklich, die Verbindung über Rumänien–Serbien nach dem Mittelmeer im Herbst 1915 weg, der Schienenstrang nach dem fernen Osten hat Rußland nur ungenügende Dienste geleistet, und die Verbindung über den hohen Norden nach Archangelsk–Petersburg stand nicht immer offen. So bot sich die Ostsee als schnellste und beste Verbindung dar.

Von großer Bedeutung war ferner die Haltung der nordischen Reiche. Norwegen war und ist ausgemachter Vasall Englands, Dänemarks Abneigung gegen Deutschland ist unbestreitbar. Dagegen hatte die „russische Gefahr", die seit Jahren schon auf Schweden lastete, in diesem Lande eine Hinneigung zu Deutschland aufkommen, ja eine aktivistische Partei für ein Eingreifen in den Krieg an Deutschlands Seite entstehen lassen.

Das Ermangeln einer großen Aktion der deutschen Flotte in der Ostsee, das Fehlen jeder politischen Vorbereitung einer Anbahnung näherer Beziehungen zu Schweden von seiten der deutschen Diplomatie und vor allem die seit Sommer 1915 vom Minister Wallenberg und der Transito-Gesellschaft geförderte englisch-russische Durchfuhr mit ihrem reichen Ertrag für Schwedens Staat und Volk ließen diese Gefühle erkalten. Ja, als Rußland in der Revolution zusammenbrach, vergaß man, daß Deutschland die Schweden vom russischen Alpdruck befreit hatte, und hoffte auf englische Intervention in der Ostsee gegen die gefürchtete deutsche Seeherrschaft.

Gegen diese sich dauernd verschlechternde politische Lage in der Ostsee war Deutschland trotz aller Regsamkeit seiner unter dem Befehl des Prinzen Heinrich stehenden Ostseeflotte zunächst ziemlich machtlos; es brauchte seine Flotte vor allem in der Nordsee gegen England und durfte nicht wertvolle Kampfeinheiten in dem Kleinkrieg der Ostsee aufs Spiel setzen. Der leichte Kreuzer „Magdeburg", der mit seinem Schwesterschiff „Augsburg" bereits am 2. August Libau in Brand geschossen hatte, geriet am 26. bei der Insel Odensholm auf eine Mine und sank. Dafür versenkte „U 26" am 11. Oktober den russischen 8000-Tonnen-Kreuzer „Pallada" an der finnischen Küste. Das Jahr 1915 war für die deutsche Flotte in der Ostsee kein glückliches: es gelang englischen Unterseebooten, durch die jütischen Meerengen in die Ostsee einzudringen und drei deutsche Kriegsschiffe: den großen Kreuzer „Prinz

Digitized by Google

Adalbert" (9000 Tonnen) am 23. Oktober, „Undine" (7 November) und „Bremen" (17. Dezember) zu versenken. Auch der deutsche Handel wurde empfindlich gestört. Daß die Russen nach unentschiedenem Gefecht bei Gotland das deutsche Minenschiff „Albatroß" (2200 Tonnen) in schwedischen Küstengewässern zusammenschossen (2. Juli), konnte nicht ihre Überlegenheit beweisen. Sie hatten vielmehr bereits am 7. Mai, ohne sich zur See zu wehren, den Libauer Kriegshafen den Deutschen überlassen müssen, und am 21. August stieß die deutsche Flotte in die minenverseuchten Gewässer des Rigaischen Meerbusens vor, wobei sie zwei russische Kanonenboote versenkte.

Auch das Jahr 1916, das Jahr der Skagerrakschlacht, verlief ohne große deutsche Offensive in der Ostsee. Obwohl die Landtruppen dicht vor Riga standen, konnte die Flotte noch immer nicht zur Aufrichtung des dominium maris baltici (Bd. VI, S. 16) schreiten. Erst der Zusammenbruch Rußlands in der Revolution und die nachfolgenden militärpolitischen Ereignisse lösten den Bann. Als die 8. Armee des Generals v. Hutier am 3. September 1917 Riga, tags darauf den Hafen Dünamünde nahm, hatte die deutsche Flotte die vorgeschobene Basis, die sie für weitere, gemeinsame Unternehmungen mit der Armee brauchte: von Riga, Hamburg und Lübeck aus wurde eine Expedition gegen Ösel sorgsam vorbereitet. Nach Absuchung des Meerbusens nach Minen wurden am 12. Oktober an mehreren Punkten, vor allem an der Taggabucht im Nordwesten, Truppen gelandet. Vizeadmiral Schmidt kämpfte die russischen Batterien mit seinen Großkampfschiffen nieder, General Kathen säuberte die Insel von russischen Truppen. Die Inseln Dagö, Moon, Schildau, Abro und Runö wurden in gleicher Weise besetzt. In neun Tagen war das Unternehmen durchgeführt, die Vorherrschaft in der Ostsee erkämpft, der Finnische Meerbusen verriegelt: eine stolze Leistung, deren Folgen nicht abzusehen gewesen wären, wenn sie in einem früheren Stadium des Krieges vollbracht worden wäre! Nach Ablauf des Waffenstillstandes traten die deutschen Truppen am 19. Februar 1918 erneut den Vormarsch an. Während die 8. Armee Pernau, Fellin, Dorpat besetzte, ging Generalleutnant Freiherr v. Seckendorff am 20. Februar von den Inseln Ösel, Dagö und Moon über die gefrorene Eisdecke nach Hapsal über; am 24. Februar erreichten seine Spitzen Reval Die russische Flotte verließ ohne Gegenwehr den Hafen, von deutschen Seeflugzeugen verfolgt. Bis zur Unterzeichnung des Brest Litowsker Friedens am 3. März hatte diese Truppenabteilung die Narwalinie erreicht.

Und noch ein drittes Mal sollten Heer und Flotte zusammenwirken, als Finlands provisorischer Präsident Svinhufvud Deutschland 1918 um Hilfe gegen die „Roten Garden" bat. Die Aalandsinseln wurden hierzu als Etappe eingerichtet und Truppen zur Hilfeleistung übergeführt. Die Flotte wirkte kraftvoll mit, Helsingfors wurde besetzt. Jetzt war Deutschland Herr in der gesamten Ostsee. Die Haltung Schwedens freilich konnte hierdurch nicht mehr im Sinne eines Anschlusses an Deutschland beeinflußt werden, dazu kamen diese Ereignisse leider zu spät — aber der Weg für englisch-russische Transits war glücklich und für immer verriegelt! Das bedeutete aber, daß England–Amerika auf dem Wege über Schweden und die Ostsee nicht mehr Einfluß im neuen Rußland gewinnen konnten. Sie blieben auf die Murmanküste, wo England eine neue Republik ins Leben rief, und auf japanische Hilfe im fernen Osten angewiesen.

γ) Der Krieg in der Nordsee.

Die Nordsee als wichtigstes Randmeer des Atlantischen Ozeans, von dem „die bedeutendsten Wirkungen der Kriegs- und Handelsverhältnisse" ausgingen und noch ausgehen

Digitized by Google

(Bd. VI, S 331 ff.), von dem aus „Weltgeschichte im ureigensten Sinne des Wortes gemacht worden" ist (daselbst, S. 331), als „Deutsches Meer" zwischen den im Kampfe liegenden ersten Völkern des großen Germanentums gelegen, war berufen, die erste Rolle im Weltkriege zur See zu spielen. Sie war der vornehmste Schauplatz des Kampfes um die Freiheit der Meere, den das deutsche Volk gegen die englische Weltherrschaft ausfocht. In der Nordsee kämpften diese beiden Ideale, Seefreiheit und Seeherrschaft, am erbittertsten um den Sieg: England gedachte dieses Randmeer völlig zu versiegeln, Deutschland wollte sich von ihm aus den Zugang zu den Ozeanen erkämpfen.

Dabei war Englands Plan, so gigantisch er ist und mit so bewundernswerter Zähigkeit er verwirklicht worden ist, doch leichter auszuführen als der Deutschlands. Als Riesenblock ist die englische Insel der Nordsee vorgelagert, am längsten Teile ihrer Küste sie gleichsam durch ihr bloßes Dasein blockierend. Der südliche Ausgang, der Ärmelkanal, ist so eng, daß ihn England mit Netzen sperren konnte, wortwörtlich so das Meer in Ketten legend. Nach Norden zu verjüngt sich die Breite des Meeres so beträchtlich, daß England die Blockade der deutschen Küste mit Gewinn auf die Nordfront, zwischen Shetlandsinseln und Norwegens Küste, verlegen konnte. Seine Flotte weise im Hintergrund haltend, konnte es mit riesenhaften Minensperren, Patrouillenfahrzeugen und kleinen Kreuzern hier eine so wirksame Sperre billig unterhalten, daß kein deutsches Handelsschiff mehr den Ozean befuhr, nachdem das Weltmeer in wenigen Monaten von der deutschen Flagge reingefegt war, und daß jeder Neutrale hier strengster Kontrolle unterworfen war, die das Prestige englischer Seeherrschaft wirksam aufrechterhielt.

Englands oft genug deutlich ausgesprochene Absichten gingen früher auf einen blitzartig geführten vernichtenden Schlag gegen die deutsche Flotte aus. Es ist noch ungeklärt, ob Englands bei Spithead versammelte grand fleet bereits kurz vor oder bei Kriegsausbruch die deutsche Flotte auf der Heimreise aus den nordischen Gewässern nach dem Beispiele Kopenhagens hat überfallen und vernichten wollen. Jedenfalls erregte es in England Unwillen, daß dieser Schlag damals unterblieb. Vielmehr war die englische Aufmerksamkeit in erster Linie auf das Gelingen der Expedition nach Belgien gerichtet: man kam hier tatsächlich zunächst den Deutschen zuvor, die aber dann, unter Mitwirkung eines Marinekorps unter Admiral v. Schroeder, Antwerpen eroberten und die belgische Küste bis über Ostende besetzten (S. 231). Sie gewannen damit eine hervorragende Basis für alle weiteren Unternehmungen gegen England für leichte Seestreitkräfte und Unterseeboote und das wertvollste Faustpfand gegen England. Die Linie Le Havre—Boulogne—Calais war jedoch für England ein vollwertiger Ersatz. Auf hoher See stießen die Engländer zum ersten Male am 28. August mit ihrer Kreuzerflotte (17 Kreuzer, 20 Zerstörer usw.) gegen die Helgoländer Bucht vor. Die Überraschung der deutschen Vorpostenlinie gelang, und die Helgoländer Artillerie lag so im Dunst, daß sie nicht mitwirken konnte; ebenso konnten die Panzerkreuzer wegen des Wasserstandes auf der Barre der Außenseite der Jade nicht eingreifen. So erlitten die Deutschen eine Schlappe; „Ariadne", „Köln" und „Mainz" sowie Torpedoboot „V 187" sanken. Die Engländer kamen mit Schiffsbeschädigungen davon, aber ihren Zweck: „Einbruch in die deutsche Flottenbasis", konnten sie nicht erreichen. Seitdem hielten sich die Briten vollkommen in der Defensive. Alle Gefechte, die späterhin in der Nordsee stattfanden, gingen auf deutsche Initiative zurück. Die Engländer dachten nicht mehr daran, die „Ratten" aus ihren Verstecken zu holen, Erfolge wie die des Kapitänleutnants Otto Weddigen (sein Bildnis Bd. VI, S. 344), der am 22. September drei englische Kreuzer mit seinem U-Boot „U 9" versenkte, zwangen Englands Flotte zur Verteidigung weitab von der deutschen Küste. Nur die Schlacht am Skagerrak war ein Begegnungsgefecht unter gleichen Bedingungen aus beiderseitiger Initiative.

Digitized by Google

Dagegen konnten die Engländer, wenn sie nicht ihre Seeherrschaft in Frage gestellt sehen wollten, die flandrische Küste unmöglich im ungestörten Besitze Deutschlands lassen. Einen größeren Angriff von See aus gegen Zeebrügge, Westende und Middelkerke unternahmen sie am 25. September 1915 mit 30 Kriegsschiffen; unter Verlust zogen sie sich zurück. Auch die Vorstöße am 20., 28. und 29. September 1915, am 16. und 27. Januar sowie im Mai 1916 hatten keinen militärischen Erfolg zu verzeichnen. Dann begnügten sie sich lange, vom Lande her dem deutschen Stützpunkte beikommen zu wollen: die Dauerschlacht in Flandern (S. 240) vom Frühjahr bis zum Herbst 1917 bezweckte in erster Linie die Vertreibung der Deutschen von der flandrischen Küste. Als dies sich als aussichtslos erwiesen hatte, griffen sie die Aufgabe auch von der Seeseite her an: der Doppelangriff, den sie im Mai 1918 auf Zeebrügge unternahmen, war mit kaltblütigem Schneid durchgeführt, hatte aber keinen Erfolg; die beabsichtigte Sperrung des U-Boothafens gelang nicht. Ein im Jahr zuvor, im Mai 1917, unternommener Vorstoß gegen Zeebrügge war völlig gescheitert.

Die Aufgabe, die im Nordseekrieg der deutschen Flotte zufiel, war die um vieles schwerere. Sie war bedeutend unterlegen, sie mußte, um den Gegner zur Schlacht zu stellen, weit weg sich von ihrem Stützpunkt entfernen. Als ganz unbezahlbare Hilfe erwies sich nur der Besitz der Insel Helgoland, die sofort nach Kriegsausbruch von der Einwohnerschaft völlig geräumt wurde. Gegen sie richtete sich ja auch der erste und einzige Angriff der Engländer am 28. August 1914. Aber weit jenseits von ihr erst lagen ja die englischen Sperren und die englische Küste, an die der deutsche Angriff herangetragen werden mußte. Der deutsche Operationsplan gipfelte in dem Gedanken: „Die Flotte soll schlagen, wenn die Verhältnisse günstig sind, sie soll den Kampf mit der englischen Flotte erst suchen, nachdem ein Kräfteausgleich mit den Mitteln des Kleinkriegs herbeigeführt ist.“ Der offenkundige Nachteil dieses Planes lag in der starken Bindung des Flottenchefs, die ihn günstige Gelegenheiten zur Schlacht wiederholt zu versäumen zwang; vor allem aber schwächte er das Selbstzutrauen der Besatzung. In Verfolg dieses Planes legte bereits am 6. August 1914 der Bäderdampfer „Viktoria Luise“ in der Themsemündung Minen, denen der englische Kreuzer „Amphion“ zum Opfer fiel. Der deutsche Hilfskreuzer wurde von englischen Torpedozerstörern umstellt und vernichtet. Dann folgten die denkwürdigen Angriffe deutscher Unterseeboote auf die englische Kriegsflotte: am 5. September versenkte „U 21“ den Kreuzer „Pathfinder“ vor dem Firth of Forth, am 22. September „U 9“ die Kreuzer „Cressy“, „Abukir“ und „Hogue“ vor Hoek van Holland. Am 15. Oktober erlag der Kreuzer „Hawke“, am 31. Oktober der Kreuzer „Hermes“ einem U-Bootangriff. Stärkste Abwehrmaßnahmen und vorsichtigster Einsatz der Kriegsschiffe schlossen eine weitere Verwendung der U-Boote im Kampfe gegen die feindliche Kriegsflotte aus, so ruhte die ganze Last des Kampfes auch weiter auf der Hochseeflotte. Beim Vorstoß einer Torpedodivision gingen am 17. Oktober vier Torpedoboote im Kampfe mit dem englischen Kreuzer „Undaunted“ und vier Zerstörer unter. Aber am 3. November donnerten zum ersten Male deutsche Kanonen vor Englands Küste: Yarmouth wurde eine Stunde lang von deutschen Kriegsschiffen beschossen. Bereits im nächsten Monat, am 15. Dezember, folgte der zweite Angriff, indem fünf deutsche Schiffe die Küstenbatterien und Häfen von Scarborough, Withy und Hartlepool mit Feuer belegten. Hierbei geriet am 15. mittags ein Teil der englischen Flotte zwischen deutsches Kreuzergeschwader und Schlachtflotte; nur durch die Bindung der deutschen Flotte in ihrer Entschlußfreiheit ging die für sie sehr günstige Gelegenheit zu einer

Digitized by Google

Seeschlacht verloren. Im neuen Jahr, am 24. Januar 1915, stieß Admiral Hipper mit der deutschen Aufklärungsflotte gegen die Doggerbank vor; er kam mit einer überlegenen englischen Flotte in ein dreistündiges Gefecht, in dem der deutsche Kreuzer „Blücher" (15800 Tonnen) und der englische Panzerkreuzer „Tiger" (29000 Tonnen) sowie 3 englische Torpedojäger ins Meer sanken; „Seydlitz" wurde schwer havariert. Beatty, der englische Admiral, zog sich schleunigst zurück, als der Panzerkreuzer „Lion" durch Treffer in den Kessel schwer havariert wurde und deutsche Unterseeboote im Anmarsch gemeldet wurden. Als Sieger kehrte Admiral Hipper heim. Die Erfahrungen bei der Doggerbank ließen für Englands Flotte in einer Entscheidungsschlacht nichts Gutes hoffen. So bezog sie sichere Häfen in den Orkneyinseln. Sie ließ, ohne einzugreifen, am 16. August ein deutsches U-Boot die Benzolfabrik bei Harrington in Brand schießen und einen Kreuzer und einen Zerstörer tags darauf im Kampfe mit deutschen Torpedobooten am Hornsriffer Feuerschiff untergehen. Ja sie mußte sich die Meldung gefallen lassen, daß am 17./18. Dezember 1915 Teile der deutschen Flotte die Nordsee vergebens abgefahren und 52 Handelsschiffe angehalten hatten, ohne auch nur eines Engländers ansichtig zu werden. Nach einem neuen Vorstoß deutscher Hochseestreitkräfte am 25. und 26. April 1916 gegen die englische Ostküste erfolgte nach fast zweijähriger Zurückhaltung am 31. Mai um $^1/_2$5 Uhr nachmittags plötzlich ein Zusammenstoß der beiden Hauptflotten, je etwa 200 Seemeilen von der deutschen und englischen Küste entfernt, vor dem Skagerrak, aus dem sich die gewaltigste Seeschlacht der Weltgeschichte entspann.

Am 31. Mai lief die deutsche Kreuzerflotte aus, um im Skagerrak einen Kreuzer- und Handelskrieg auszuführen, in der Erwartung, daß der Feind, wie bisher stets, sofort von dem Auslaufen Kenntnis erhalten würde. Die Schlachtflotte unter Admiral Scheer (s. die Abbildung S. 277) folgte. Hippers Kreuzerflotte stieß 4 Uhr 30 Minuten nachmittags 70 Seemeilen vor dem Skagerrak auf vier englische Kreuzer der „Calliope"-Klasse und nahm das Gefecht sofort auf. In der Verfolgung des sofort mit hoher Fahrt nach Norden ausweichenden Feindes sichtete Hipper dann um 5 Uhr 20 Minuten zwei feindliche Kolonnen, die sich nach Süden entwickelten. Auf 13 km eröffneten die deutschen Kreuzer ihr wirkungsvolles Feuer, dem zwei englische Schlachtkreuzer („Intefatigable" und „Queen Mary") und ein Zerstörer erlagen. Als nach einer halben Stunde weitere fünf Schlachtschiffe der „Queen Elizabeth"-Klasse in Sicht kamen, griff auch das deutsche Gros ein. Augenblicklich drehte der Engländer nach Norden ab, um auf seine Hauptkräfte aufzuschließen. Er verlor dabei wiederum zwei Kreuzer und zwei Zerstörer. In Kreuzfeuer geratend, warf die deutsche Spitze sich auf Westkurs herum, während gleichzeitig die Torpedobootsflottillen eingesetzt wurden. Schneidig griffen sie bis zu dreimal hintereinander an: in diesem Gefechtsabschnitt sank ein weiteres englisches Großkampfschiff ins Meer. Während des letzten Teiles der Tagschlacht standen auf Englands Seite 25 Großkampfschiffe, 6 Schlachtkreuzer, mindestens 4 Panzerkreuzer gegen 16 deutsche Großkampfschiffe, 5 Schlachtkreuzer, 6 ältere Linienschiffe, keine Panzerkreuzer im Gefecht. Als die deutschen Schlachtkreuzer kurz nach 9 Uhr abends zum vierten Male Feuer erhielten, sahen sie sich halbkreisförmig von der feindlichen Flotte umgeben. Um aus der gefährlichen Umklammerung herauszukommen, ließ Admiral Scheer die ganze Schlachtflotte auf Gegenkurs kehrtmachen und gab zu ihrer Deckung der Kreuzerflotte und den Torpedobootsflottillen den Funkspruch „Ran an den Feind!" Eine Viertelstunde lang fuhren die leichten Seestreitkräfte mitten in die feindliche Flotte hinein — durch rücksichtslose Selbstaufopferung retteten sie die gefährdete Flotte.

In den folgenden Nachtstunden tobten noch Kreuzerkämpfe und zahlreiche Torpedobootsangriffe; 1 weiterer englischer Schlachtkreuzer, 1 großer, 2 kleine Kreuzer und mehr als 10 Zerstörer wurden vernichtet. Als gegen Morgen ein älteres englisches Linienschiffsgeschwader sich dem Schlachtfeld von Süden näherte, drehte es ab, ohne daß es in Sicht des deutschen Gros gekommen war.

Auf deutscher Seite ging während der Tagschlacht der neue deutsche Schlachtkreuzer „Lützow", in der Nacht das ältere Linienschiff „Pommern" durch Torpedierung verloren. Die kleinen Kreuzer „Frauenlob", „Rostock" und „Wiesbaden" wurden zusammengeschossen, „Elbing" stieß mit einem anderen deutschen Fahrzeug zusammen und sank. Dazu die Einbuße von 5 Torpedobootszerstörern gerechnet, gibt das einen Verlust von 11 deutschen Fahrzeugen mit 60730 Gewichtstonnen. 2414 deutsche Seeleute waren

Digitized by Google

ins nasse Grab gesunken, 449 verwundet — keiner gefangen. Auf englischer Seite betrugen die Verluste: 8 große Schiffe, 2 kleine Kreuzer, 13 Zerstörer, zusammen — bei vorsichtigster Einschätzung — 169200 Tonnen, 6104 Tote, 513 Verwundete, 177 Gefangene; diese machte die deutsche Flotte am Morgen des 1. Juni, als sie vergebens den Gegner zur Entscheidung zu stellen versuchte. Dieser war richtigerweise der Möglichkeit von Nachtangriffen der deutschen Flottillen ausgewichen. Die Flotte war nach Scapa Flow heimgedampft. Dort erfüllte sie ihre strategische Aufgabe als fleet in being auch weiter. Ihr Führer Jellicoe wurde 1918 Graf von Scapa — der Held vom Skagerrak war sein Gegner Scheer. Die wenigen deutschen Schiffbrüchigen, die dem Seemannstod entgingen, wie sechs Mann der „Frauenlob" und Oberheizer Jenne von der „Wiesbaden", sind von neutralen Handelsschiffen geborgen worden. Nach einem von kopfloser Verwirrung zeugenden ersten Bericht suchten Admiralität und Auswärtiges Amt nachträglich den Tatbestand zu verwirren, Niederlage in Sieg zu verwandeln. Vergebens, nur eine neue Schlacht konnte den Eindruck verwischen, daß die englische Seeherrschaft einen unheilbaren Stoß erlitten hatte. Admiral Scheer kritisierte die Schlacht mit den folgenden Worten: „Aus einem einleitenden Kreuzergefecht von etwa zweistündiger Dauer, das schon die Überlegenheit unserer Artillerie bewiesen hatte, entwickelte sich der Zusammenstoß mit dem stark überlegenen feindlichen Gros. Die geschickten Versuche der Engländer, uns in eine Umfassung durch ihre Hauptflottenmacht hineinzuführen und vom Heimweg abzuschneiden, sind in eine englische Niederlage verwandelt worden dadurch, daß es uns gelungen ist, zweimal mitten in die feindliche Masse mit aller Gewalt hineinzustoßen, uns dann der beabsichtigten Umklammerung zu entziehen und, der weiteren Umfassung entgegentretend, trotz aller während der Nacht erfolgenden Angriffe uns den Weg nach dem für den nächsten Morgen wichtigen strategischen Punkt Horns Riff zu erzwingen."

Admiral Reinhold Scheer, der Sieger der Seeschlacht am Skagerrak.

Wenige Tage nach der Schlacht am Skagerrak, am 5. Juni 1916, lief der Kreuzer „Hampshire" bei den Orkneyinseln auf Minen, die deutsche U-Boote der heimkehrenden englischen Flotte in den Weg gelegt hatten. An Bord befand sich Lord Kitchener mit seinem gesamten Stabe auf der Reise nach Rußland.

Die deutsche Flotte lief am 19. August wieder in die Nordsee aus. Es kam zu einem Zusammenstoß mit englischen Hochseestreitkräften; auf beiden Seiten wirkten Unterseeboote mit, deren Angriffen auf englischer Seite die kleinen Kreuzer „Nottingham" und „Falmouth" erlagen. Ein englisches und ein deutsches Linienschiff („Westfalen") wurden durch Torpedotreffer beschädigt. Die englische Flotte stand zur Abwehr bereit, durch einen Zufall kam es zu keinem Zusammenstoß. Von großer Kühnheit war der Vorstoß deutscher Torpedoboote unter Kommodore Michelsen in der Nacht zum 27. Oktober durch die Straße Dover–Calais bis zur Linie Folkestone–Boulogne, wo sie 11 Vorpostendampfer und zwei englische Zerstörer vernichteten, und von wo sie vollzählig und wohlbehalten in die deutschen Gewässer zurückkehrten. Wenige Tage darauf, am 2. November, hatten leichte deutsche Streitkräfte bei einem Vorstoß von der flandrischen Küste gegen die Handelsstraße Themse–Holland ein ergebnisloses Gefecht mit vier englischen Kreuzern. Ein gleicher Vorstoß folgte am 12. November, und am 24. November gingen abermals deutsche Seestreitkräfte gegen die Themsemündung und den Nordausgang der Downs vor. Als am 27. bereits ein dritter Angriff folgte, mußte Jellicoe, der Oberbefehlshaber der Flotte, der erregten öffentlichen Meinung geopfert werden und seinen Posten mit dem eines Ersten Seelords der Admiralität vertauschen. Die Daily Mail warf offen die Frage auf: „Wer beherrscht eigentlich die Nordsee?" Der Verlust zweier englischer Zerstörer in einem Gefecht in den Hoofden vor Holland

Digitized by Google

und ein neuer Vorstoß deutscher Streitkräfte durch den Kanal und in die Themse in der Nacht vom 25. zum 26. Februar 1917 (Beschießung von Margate), die Beschießung Dünkirchens vom 26. März, Dovers und Calais' vom 20./21. April, die erneute Beschießung Margates am 26. April durch deutsche Torpedoboote berechtigte die Morning Post zu der Antwort: „Die britische Seemacht im alten Sinne besteht nicht mehr." Als sich am 17. November endlich wieder die englische Flotte zu einem Vorstoß mit 6 Großkampfschiffen, zahlreichen kleinen Kreuzern und Torpedobooten in die Deutsche Bucht aufraffte, machte sie doch sofort kehrt, als sie zwischen Terschelling und Horns Riff mit deutschen Schiffen zusammenstieß. Leichte deutsche Schiffe erwiderten den Besuch am 12. Dezember mit einem neuen Vorstoß gegen die Mündung des Tyne.

Von besonderem Werte erwiesen sich beim Kampf in der Nordsee die Luftstreitkräfte als Aufklärungs- wie als Angriffswaffe. In der Skagerrakschlacht allerdings konnten des ungünstigen Wetters halber gerade Luftstreitkräfte (wie auch Unterseeboote) nicht mitwirken. Aber in dem aufreibenden Patrouillen- und Küstenwachtdienst leisteten Flugzeuge wie Luftschiffe eine wertvolle Hilfe. Zum Angriff bedienten sich nur die Deutschen mit Erfolg der neuen Waffe; englische Angriffe konnten nur gegen die belgische, nicht gegen die deutsche Küste erfolgreich durchgeführt werden. Dagegen waren die Zeppelinluftschiffe und Großkampfflugzeuge gefürchtete Größen in England. Seit dem 19./20. Januar 1915, an dem zum erstenmal drei Zeppelinkreuzer einen Bombenangriff auf die englische Ostküste unternahmen, hat England immer und immer wieder erfahren, daß es keine gleichwertige Waffe besaß. Freilich bediente es sich mit steigendem Erfolg seiner Abwehrmittel (Flatzüge und Flieger), so daß die Deutschen nur noch bei besonders günstigen Umständen mit Zeppelinen angreifen konnten; sie konnten aber rechtzeitig das Luftschiff durch Großkampfflugzeuge ersetzen, die, obwohl beweglicher und leichter, doch ebenfalls große Mengen an Sprengstoff mitschleppen konnten. Zeppelinangriffe fanden statt am 14.—16. und 29. April, 5. und 7. Juni, 10., 13., 17. August, 12. September und 14. Oktober 1915. Im Jahre 1916 erfolgten nicht weniger als 41 Luftschiffangriffe, die sich allmählich auch bis in den Norden Englands ausdehnten. Auf einen weiteren Zeppelinangriff am 24./25. Mai 1917 folgte am 13. Juni ein Flugzeugangriff auf die Docks und Werften Londons. Weitere Zeppelinangriffe fanden am 5. und 7. Juli und 19./20. Oktober statt, am 5./6. Dezember wiederholten die Flieger ihren Angriff auf London. Von den U-Booten abgesehen, hatten allerdings die Luftschiffe von allen Waffen die schwersten Verluste: von 61 Luftschiffen wurden 17 vom Feinde vernichtet, 28 gingen sonst zugrunde, 6 gerieten in Gefangenschaft, 6 wurden unbrauchbar.

Seit dem Februar 1917 trat die Flotte völlig in den Dienst des U-Bootkrieges; sie sah es als ihre Ehrenaufgabe an, den U-Booten den Weg bis in ihr Operationsgebiet frei zu halten: ein, vor allem für die Minensuchverbände, ungeheuer aufreibender und entsagungsvoller Dienst. Am 23 April 1918 unternahm die deutsche Flotte ihren letzten Vorstoß mit dem Ziele der Seeschlacht nach der norwegischen Küste. Trotz Havarie der „Moltke" nahm der Engländer die Gelegenheit, einen Zusammenstoß herbeizuführen, nicht wahr. Wir können uns heute denken, warum: der Engländer war über die Vorgänge auf der deutschen Hochseeflotte genau orientiert. Er wußte, daß die Auslese von Offizieren und Mannschaften in die U-Bootflotte übergegangen war, daß die in entsagungsvollem Bewachungsdienst sich aufreibende, in ihrem moralischen Gehalt dauernd sinkende Flottenmannschaft seit langem durch bolschewistische Propaganda bearbeitet wurde. Bereits 1917 war eine gefährliche Agitation der Sozialdemokratie zur Dienstverweigerung aufgedeckt worden. Als im Herbst 1918 immer klarer wurde, daß die Regierung des Prinzen Max einem Frieden um jeden Preis zustrebte, erstarb auf der Flotte der Wille zu Kampf und Sieg. Die Einstellung des Unterseebootkrieges machte die U-Bootwaffe zur Mitwirkung in einer Entscheidungsschlacht frei Da die Armee in Frankreich um ihr Leben focht, mußte die Flotte auch ihr Teil zum letzten Kampf um einen ehrenvollen Frieden beitragen. Der Kampf war keineswegs aussichtslos; die seit August endlich hergestellte Einheit der Flotten-

Digitized by Google

führung durch Ernennung Scheers zum Flottenchef gewährleistete sinnvolles Zusammenwirken aller Waffen. Der Chef der Hochseeflotte, Admiral Hipper, entwarf den Plan zur Schlacht. Aber als er am 29. Oktober Vorbereitungen zum Ankerlichten traf, meuterten die Mannschaften in dem Irrglauben, die Flotte solle zwecklos geopfert, der Friede durch eine Seeschlacht vereitelt werden. Die Schlacht unterblieb. Ruhmlos wurde die in der größten Seeschlacht der Weltgeschichte siegreiche Flotte dem Feinde ausgeliefert.

δ) Der Krieg im Mittelmeer und im Schwarzen Meer.

Wir haben bereits (S. 272) ausgesprochen, daß die Lage die Mittelmächte bei Kriegsausbruch im Mittelmeer zur reinen Defensive verurteilte. Die österreichisch-ungarische Flotte sah ihr Betätigungsfeld auf die Adria eingeengt, und das deutsche Mittelmeergeschwader war in einer geradezu verzweifelten Lage, wenn es ihm nicht gelang, schnellstens Unterschlupf zu finden. Selten klar trat es hervor, daß die Flotte ein hervorragender Machtfaktor auswärtiger Politik ist, als Admiral Souchon mit dem großen Schlachtkreuzer „Goeben" und dem kleinen Kreuzer „Breslau", die englisch-französische Umklammerung durchbrechend, am 10. August 1914 in die Dardanellen einlief und dadurch ein wesentlich mitbestimmendes Moment für den Anschluß der Türkei an die Mittelmächte schuf.

Die Gelegenheit, sofort nach Einlaufen der deutschen Schiffe mit ihrer vor dem Meerengeneingang lauernden Flotte die Dardanellen mit aller Voraussicht nach sicherem Erfolg zu forcieren, hatten die Engländer versäumt. Jetzt mußten sie zur gewaltsamen Eroberung schreiten, da sie erkannten, daß die Einnahme der Meerengen einem Rückgratsbruch des neuen Dreibundes gleichkam: England wäre aller Sorge um Indien und Ägypten enthoben gewesen, die Dinge auf dem Balkan zugunsten der Entente entschieden. Diesen Zielen stand vor allem das Bedenken der Schwächung der Nordseeflotte und der Schädigung des Prestiges bei einem Mißlingen der Unternehmung gegenüber. England konnte nur, nach Winston Churchills Wort, mit dem „Flottenüberschuß" angreifen — eine hervorragende Fernwirkung der deutschen Hochseeflotte. Mit diesem festbemessenen „Überschuß" mußte das Unternehmen gewagt und gewonnen werden. Es war ein Risikospiel, und es mißlang.

Die Angriffe der vereinten englisch-französischen Flotte, gestützt auf die griechischen Inseln Imbros, Lemnos, Tenedos, begannen am 19. Februar 1915 mit einem erfolglosen Bombardement der Außenforts. Drei Schiffe mußten beschädigt aus der Linie zurückgezogen werden. Am 25. Februar wiederholten zehn Panzerschiffe die Beschießung, abermals trugen drei Schiffe Treffer davon. Erst bei dem dritten Angriff am 26. und 27. konnten 58 Kriegsschiffe die Außenforts ernstlicher beschädigen, doch ohne sie zum Schweigen zu bringen. Im März wurde nun die Beschießung fast täglich fortgesetzt, unter steigenden Verlusten der Angreifer, gleichzeitig wurde ein Angriff auf Smyrna eingeleitet, doch nicht ernstlich durchgeführt. Bei einem neuen, glänzend abgeschlagenen Gewaltangriff am 18. März erlitten die Verbündeten schwerste Verluste: das französische Linienschiff „Bouvet" und die englischen Panzerschiffe „Irresistible" und „Ocean" sanken, der schwer beschädigte französische Panzerkreuzer „Gaulois" sackte am 21. vor Tenedos weg; 2000 Mann der Schiffsbesatzungen fanden den Tod in den Wellen. Dieser offene Mißerfolg zwang dazu, das Problem von einer anderen Seite aus anzufassen: man schritt zur Landung von Truppen. Hierin lag das Eingeständnis, daß sich die Flotte allein der Aufgabe einer Forcierung der Dardanellen nicht gewachsen fühlte. Dazu stellte sich ein neuer Feind ein, als Kapitänleutnant Hersing mit seinem Unterseeboot „U 51" vor den Dardanellen am 25. März das Linienschiff „Triumph", am 27. das Linienschiff „Majestic" versenkte, ein drittes wurde am 28. durch Torpedoschuß verletzt.

Der Transport der Armee über See nach Saloniki ging im wesentlichen ungestört von der Einwirkung der deutsch-türkischen Seemacht vor sich. Dafür litt der Nachschub für die Saloniki-Armee um so stärker unter der Einwirkung des Unterseebootkrieges.

Digitized by Google

Aber auch die türkischen Hochseestreitkräfte wirkten nach Beendigung des Dardanellenfeldzuges im Ägäischen Meere. Trotz Minengefahr und starker feindlicher Torpedobootsicherung unternahmen die türkischen Streitkräfte häufig schneidige Vorstöße: bei einem solchen fiel im Mai 1918 die „Breslau-Midilli" der feindlichen Gegenwirkung zum Opfer.

Die Unternehmung der Engländer gegen Syrien 1917/18 bot den Unterseebooten neue Gelegenheit zur Betätigung. Der Etappenweg Alexandrien–Gaza wurde häufig mit Erfolg angegriffen, so daß die Verbindung nie ungestört blieb. Auch der „Heilige Krieg" in Tripolitanien wurde über See mit Hilfe von Unterseebooten genährt.

Im westlichen Mittelmeer war die k. u. k. Marine völlig auf die Adria angewiesen, ihre wichtigste Aufgabe blieb die Beunruhigung der Verbindung Italien–Griechenland durch die Meerenge von Otranto. Vorstöße der englisch-französischen Flotte gegen Cattaro, dessen Blockade sie vergebens einzuleiten versuchten, wurden zurückgewiesen. Dagegen bekämpfte die österreichisch-ungarische Flotte aus der Bucht heraus die montenegrinische Artillerie auf dem Lowtschen erfolgreich, und ihre Blockade der montenegrinischen Küste, besonders des Hafens von Antiwari, unterband dem Kleinstaat erfolgreich die Zufuhr. Vorstöße gegen die Verbindung Otranto–Korfu hatten teilweise hervorragenden Erfolg: so torpedierte am 4. Dezember 1914 das k. u. k. Unterseeboot „U XII" das Flaggschiff der französischen Flotte mitten aus einem Geschwader von 16 Schiffen heraus. Außerordentlich rege zeigte sich dann die Marine der Donaumonarchie im Kampfe gegen Italien. Sie erwies sich der italienischen Flotte moralisch weit überlegen, bombardierte mehrfach von See und aus der Luft die Küstenplätze, vor allem Venedig, und brachte dem Gegner schwere Verluste bei. Zwei Panzerkreuzer („Amalfi" und „Giuseppe Garibaldi"; der französische Kreuzer „Leon Gambetta" sank am 27. April 1915 in der Straße von Otranto nach Minenexplosion) wurden allein im Juli 1915 durch Unterseebootangriff versenkt. Worauf die rätselhaften „Explosionen" zurückzuführen sind, denen die Linienschiffe „Leonardo da Vinci" (2. August 1916; 22500 Tonnen!) und „Benedetto Brin" (27. September 1915; 13430 Tonnen) erlagen, ist noch ungeklärt. Ein drittes italienisches Linienschiff („Regina Margherita", 13430 Tonnen) lief vor Avlona auf eine Mine und sank. Kapitänleutnant Horaht versenkte am 19. März 1917 das französische Linienschiff „Danton" (18320 Tonnen).

Im Schwarzen Meer verfügten die Russen über eine weit überlegene Flotte (allein 4 Linienschiffe und 1 geschützten Kreuzer); so war für die Türken die Einreihung der „Goeben" und „Breslau" als „Sultan Jawus Selim" und „Midilli" in ihre Flotte eine um so willkommenere Verstärkung. Ein Seegefecht am 28. Oktober 1914 wurde zum unmittelbaren Kriegsanlaß. Die russische Flotte zeigte guten Angriffsgeist, sie beunruhigte die Seeverbindung zwischen Konstantinopel und der Kaukasusfront dermaßen, daß die Türken auch durch diese Einwirkung mit zum Rücktritt gezwungen wurden. Anderenteils zeigten sich die von Admiral Souchon geführten türkischen Schiffe häufig vor den russischen Häfen; bereits in den ersten Novembertagen 1914 donnerten die Kanonen der „Goeben" vor Sewastopol und Feodosia. Am 19. Mai 1915 konnte ein Unterseeboot den Kreuzer „Panteleimon" versenken, als er 800 Mann bei Midia zu landen versuchte. Wachsende Minenverseuchung engte die Schiffahrt auf dem Schwarzen Meer immer mehr ein. Erst die Eroberung der Dobrudscha mit den Donaumündungen rückte diese See wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses.

In den Frieden von Brest Litowsk wurde auch das Schwarze Meer einbezogen. Die russische Flotte wurde unter Deutschlands Kontrolle gestellt, konnte aber nicht mehr für deutsche Zwecke nutzbar gemacht werden.

Digitized by Google

e) Der Kreuzerkrieg auf den Ozeanen.

War in Ost- und Nordsee sowie im Mittel- und Schwarzen Meer für die Mittelmächte durchaus die Möglichkeit zu ehrenvoller, ja zu siegreicher Behauptung gegeben, so stand ihre Sache auf dem Weltmeer von vornherein hoffnungslos. Tsingtau war der einzige Stützpunkt im fernen Meer, über den sie verfügten, und den mußte das deutsche Kreuzergeschwader augenblicklich verlassen, wenn es nicht in den unvermeidlichen Untergang dieses schönen Denkmals deutschen Fleißes hineingerissen werden wollte.

Die Besatzung und das Kommando der kleinen deutschen Seefestung hatte die deutsche Flotte gestellt: Matrosenartillerie und Marineinfanterie hat den verlorenen Posten unter Kapitän zur See Meyer-Waldeck gemeinsam mit Abteilungen der Matrosen- und Werftdivisionen sowie der ostasiatischen Marinedetachements ehrenvoll bis zum letzten Schuß verteidigt. In der Kiautschau-Bucht verblieben nur das Kanonenboot „Jaguar", das Torpedoboot „S 90" und der österreichisch-ungarische Kreuzer „Kaiserin Elisabeth", den Kaiser Franz Josef ausdrücklich dem deutschen Kommando unterstellte. „S 90" gelang es, den japanischen Kreuzer „Takatschio" am 17. Oktober 1914 zu versenken und zunächst zu entkommen; später verfolgt, mußte der Kommandant das Torpedoboot auf den Strand setzen und sprengen. „Jaguar" und „Kaiserin Elisabeth" nahmen an der Abwehr der japanischen Angriffe Anteil, „Jaguar" wurde am 14. Oktober beschädigt, „Kaiserin Elisabeth" sprengte sich nach Erschöpfung der Munitionsvorräte am 4. November in die Luft.

Dem gleichen Geschicke zu entgehen, hatte Vizeadmiral Graf v. Spee (s. die Abbildung S. 282), der sich mit den großen Kreuzern „Scharnhorst" und „Gneisenau" und dem Begleitdampfer „Titania" bei Kriegsausbruch in der Südsee befand, Tsingtau gemieden. Er zog die kleinen Kreuzer „Nürnberg", „Dresden" und „Leipzig" an sich, die bereits erfolgreich den feindlichen Handel auf der Fahrt von Amerika her bekämpft hatten. Spee dampfte geradenwegs einem englischen Geschwader entgegen, das ihm unter Admiral Cradock an der chilenischen Küste auflauerte und sich mit einem japanischen Geschwader vereinigen wollte. Am 1. November 1914 kam bei Coronel der „Nürnberg" das englische Geschwader in Sicht, das noch das Linienschiff „Canopus" von der Magalhäesstraße erwartete. Spee beschloß sofort den Angriff, da er noch mit 1936 kg Breitseitengewicht[1] den 1502 kg der Engländer überlegen war. Er schob sein Geschwader zwischen die feindlichen Schiffe und die Küste und eröffnete 7 Uhr 10 Minuten abends das Feuer: binnen 33 Minuten waren zwei feindliche Panzerkreuzer, „Otranto" und „Monmouth", außer Gefecht gesetzt. Gegen 8 Uhr sank das Flaggschiff, der Panzerkreuzer „Goode Hope" (14300 Tonnen). „Nürnberg" gab der schwerwunden „Monmouth" (9950 Tonnen) den Gnadenstoß. Auch der kleine Kreuzer „Glasgow" (4900 Tonnen) schoß mit fünf Treffern aus der Linie. Die Nachricht von diesem großartigen deutschen Sieg, der das ganze Geschwader nur 2 Verwundete — gegen 1500 Mann englische Verluste! — gekostet hatte, löste in der ganzen Welt ungeheure Bewegung aus. Das Prestige der englischen Seemacht stand auf dem Spiele. Unverzüglich sandte deshalb die britische Admiralität eine mehr als sechsfach überlegene Flotte unter Admiral Sturdee nach dem südlichen Atlantic. Sturdee sammelte seine Schiffe, darunter die Schlachtkreuzer „Invincible" und „Inflexible" (20300 Tonnen; je 3080 kg Breitseite!), in Port Stanley an den Falklandinseln, wo er das deutsche Geschwader beim Herüberwechseln vom Stillen in den Atlantischen Ozean abfangen wollte. Spee lief am 8. Dezember in die Falle, als er die Kabelstation auf den Falklandinseln

[1] Gesamtgewicht der aus der Breitseite (= ½ der Artillerie) eines Schiffes oder einer Flotte auf einmal abfeuerbaren Munition.

Digitized by Google

zerstören ließ; es ist natürlich müßig, zu streiten, ob ihm sonst der Durchbruch in die Heimat gelungen wäre — freilich wäre das eine wertvolle Verstärkung der Heimatflotte gewesen.

Der Versuch, wenigstens die kleinen Kreuzer zu retten, gelang nur bei der „Dresden“: der sie verfolgende Panzerkreuzer „Cornwall“ mußte die Jagd aufgeben, als er von „Scharnhorst“ einen Unterwassertreffer erhielt. Außerdem entkam von den Troßdampfern der Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“. Die beiden Schlachtkreuzer und der Panzerkreuzer „Carnavon“ griffen 1 Uhr mittags auf 14 km Entfernung die beiden deutschen Panzer an, die ihr gleichmäßig ruhiges Feuer zusammen bis zuletzt auf das feindliche Flaggschiff „Invincible“ konzentrierten, das nicht weniger als 23 Treffer erhielt. Als um 3 Uhr das Feuer der „Scharnhorst“, der der Schornstein und beide Masten über Bord geschossen waren, nachließ, forderte Sturdee den deutschen Admiral vergebens zum Streichen der Flagge auf. Eine Stunde später sank das deutsche Admiralschiff, bis zuletzt feuernd, ins Meer. Zwei Stunden länger widerstand die „Gneisenau“ dem nun auf sie vereinigten Feuer. Rasch ereilte dann die kleineren Schiffe ihr unabwendbares Geschick: „Nürnberg“ sank um ½8 Uhr, „Leipzig“ um 9 (s. die beigeheftete Tafel). Die „Dresden“, die allein von den Kreuzern entkam, wurde in neutralem Gebiet — ohne Kohlen und mit unbrauchbaren Maschinen — am 14. März an der chilenischen Insel Juan Fernandez von drei englischen Panzerkreuzern angegriffen. Kapitän Lübecke sprengte das Schiff. 2500 der besten deutschen Seeleute fanden den Tod in den Wellen; darunter Graf Spee mit seinen beiden Söhnen.

Vizeadmiral Graf Spee. Nach Photographie von Ferd. Urbahns, Kiel.

Zunächst bevölkerten noch mehrere deutsche Kriegsschiffe die Ozeane. Der kleine Kreuzer „Emden“ (s. die Abbildung S. 283) war von Spee nicht zum Geschwader gezogen, sondern zum Kreuzerkrieg bestimmt worden. Von Tsingtau auslaufend, verwandelte er den russischen Dampfer „Rjäsan“ in einen deutschen Hilfskreuzer „Cormoran“ (in Guam interniert und 6. April 1917 von der Besatzung vernichtet). Dann trat die „Emden“ ihre denkwürdige Kreuzfahrt im südwestlichen Pazifik und im Stillen Ozean an. Sie nahm oder versenkte 80000 Tonnen Handelsschiffsraum. Genial war ihr Überfall im Hafen von Penang, den sie, durch Aufsetzen eines vierten Schornsteins unkenntlich gemacht, am 28. Oktober anlief. Sie vernichtete hier den russischen kleinen Kreuzer „Schemtschug“ (3180 Tonnen) und den französischen Zerstörer „Mousquet“ (310 Tonnen). Doch am 9. November ereilte das herrliche Schiff sein Geschick. Während ein Landungskorps die Funkenstation auf den Kokosinseln zerstörte, griffen die herbeigerufenen australischen Kreuzer „Sydney“ und „Melbourne“ die „Emden“ an; der Kommandant, Fregattenkapitän v. Müller, mußte sein schwer beschädigtes Schiff auf den Strand auflaufen lassen und mit dem Rest der Besatzung kapitulieren. Aber die Landungsabteilung unter Kapitänleutnant v. Mücke entkam auf einem alten kleinen Schoner „Ayesha“ (s. die Tafel) glücklich nach Hodeida (9. Januar 1915) und von da nach Konstantinopel (22. Mai).

Der bei Kriegsausbruch auf der ostamerikanischen Station befindliche Kreuzer „Karls-

Digitized by Google

Der letzte Mann S. M. S. „Leipzig“ in der Seeschlacht bei den Falklandinseln am 8. Dezember 1914.

Nach einem Gemälde von Professor Hans Bohrdt. Mit Erlaubnis des Kunstverlags O. G. Zehrfeld, Leipzig.

In der Seeschlacht an den Falklandinseln deckte Admiral Graf Spee mit den Panzerkreuzern den Abzug der kleinen Kreuzer „Leipzig“ und „Nürnberg“. Diese wurden aber scharf verfolgt und schließlich doch vernichtet. Nach dem Bericht des chilenischen Kapitäns der „Orissa“ ging die „Leipzig“ brennend, die übrige Mannschaft auf dem Back die Flagge hochhaltend, mit Hurras auf Kaiser und Reich und der energischen Verweigerung der Übergabe unter. Danach kletterte noch einmal ein Mann auf den Kiel des gekenterten Schiffes, die Flagge eines Bootes zeigend, mit der er unterging. Niemand von diesem Schiffe wurde gerettet. In derselben heroischen Weise ging die „Nürnberg“ unter.

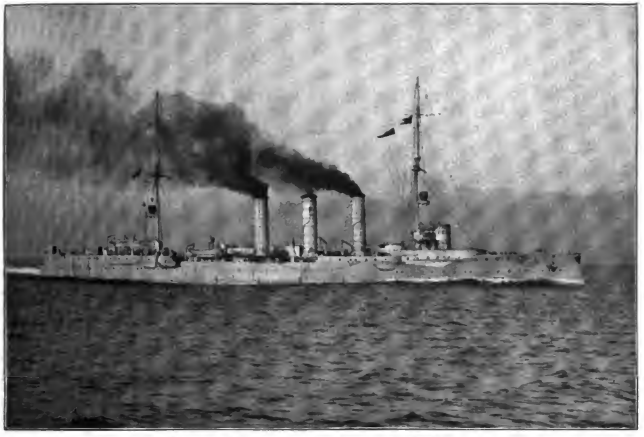
Digitized by Google

Versenkung von S. M. S. „Ayesha“ durch seinen Kommandanten v. Mücke am 16. Dezember 1914.

Nach einem Gemälde von Professor Hans Bohrdt. Mit Erlaubnis des Kunstverlags O. G. Zehrfeld, Leipzig.

Nachdem das Landungskorps der „Emden“ mit dem englischen Küstenschoner „Ayesha“ den Indischen Ozean durchkreuzt hatte, stieg es auf den Lloyddampfer „Choising“ um und versenkte die „Ayesha“. Mücke erreichte am 9. Januar 1915 Hodeida und kam am 22. Mai nach Konstantinopel.

ruhe" sank nach erfolgreicher Kreuzerjagd am 4. November 1914 im Süden des Atlantischen Ozeans infolge einer Explosion; die überlebenden Mannschaften kehrten auf einem Begleitdampfer nach Deutschland zurück. Der „Geier" wurde in Honolulu interniert. Der in Ostafrika stationierten „Königsberg" gelang am 19. September die Vernichtung des britischen kleinen Kreuzers „Pegasus"; dann mußte sie vor überlegenen feindlichen Kräften in den Rufidschi flüchten; nachdem die Engländer dessen Mündung blockiert hatten, schossen sie erst am 11. Juli 1915 den sich wacker verteidigenden Kreuzer zusammen. Die Besatzung trat mit dem noch brauchbaren Schiffsmaterial in den Dienst der Schutztruppe. Von den deutschen Hilfskreuzern, die zu Anfang des Krieges die Ozeane bevölkerten, wurde „Kap Trafalgar", vom Kanonenboot „Eber" (in Rio interniert) bemannt und bestückt, von dem



Der kleine Kreuzer „Emden", am 9. November 1914 bei den Kokosinseln vernichtet.

überlegenen englischen Hilfskreuzer „Carmania" am 14. September nach hartem Kampf zusammengeschossen, „Kaiser Wilhelm der Große" mußte nach Gefecht mit dem Kreuzer „Highflyer" am 26. August 1914 bei Rio de Oro gesprengt werden, „Kronprinz Wilhelm" und „Prinz Eitel Friedrich" wurden am 26. bzw. 3. April 1915 in Newport News interniert.

So war im Frühjahr 1915 das letzte deutsche Schiff vom Weltmeer verschwunden. Dem deutschen Kreuzerkrieg waren 69, davon 58 englische, Schiffe mit 279693 (englisch: 245655) Bruttoregistertonnen zum Opfer gefallen — herrliche Erfolge, aber in einem vierjährigen Kriege gegen die größte Handelsmacht der Erde durchaus unzulänglich, wenn sie wirksam in die Wagschale der Kriegsbilanz fallen sollten. Auch die Entsendung einzelner Hilfskreuzer, wenn ihnen die Durchbrechung der englischen Nordseesperre gelang, konnte nicht mehr als eine, allerdings sehr wünschenswerte, Störung des englischen Überseehandels bringen. Vor allem ist da der zweimaligen Fahrt des Hilfskreuzers „Möwe" (1914/15 und 1915/16) unter Korvettenkapitän Graf zu Dohna-Schlodien, der glücklichen Fahrt des

Digitized by Google

„Wolf" 1916—18 (Kapitän Nerger) und der erfolgreichen Segelfahrt des Hilfskreuzers „Seeadler" (Kapitänleutnant Graf Luckner) zu gedenken. So wertvoll die Erfolge dieser Schiffe waren — die „Möwe" versenkte auf der ersten Fahrt 56653, auf der zweiten 122002 Tonnen, der „Wolf" fügte dem Feind einen Schaden von mehr als einer Milliarde Mark zu! —, wie gesagt, konnten die schönen Erfolge den Anforderungen eines erfolgreichen Handelskrieges gegen England bei weitem nicht genügen. Hierzu bedurfte Deutschland einer besonderen Waffe, des Unterseebootes.

Seitdem man in Deutschland erkannt hatte, daß England mit allen Mitteln seine wirtschaftliche Abschnürung betrieb, wurde eine wirksame Gegenwirkung zum unbedingten Erfordernis. Aushungerung auf der einen, Unterseebootkrieg auf der andern Seite waren die Kampfmittel in dem gewaltigen Weltwirtschaftskrieg, der neben der militärischen Kriegführung einherging. Im Zusammenhang seiner Darstellung werden wir daher auf den Unterseeboot-Handelskrieg zurückkommen.

C. Der Weltwirtschaftskrieg.

a) Der englische Aushungerungsplan.

Der Wirtschaftskrieg, den England gegen das Deutsche Reich bereits im Frieden vorbereitet hatte und im Kriege immer systematischer ausbaute, gab dem Weltkrieg sein charakteristisches Gepräge. Nicht als ob er überhaupt, ja nur in seinen einzelnen Teilen etwas völlig Neues gewesen wäre — die Kriege des Altertums und des Mittelalters, in denen die Vernichtung von Menschen und Gütern zu den wesentlichen Aufgaben einer wirksamen Kriegführung gehörten, waren in ganz eminentem Sinne Wirtschaftskriege; noch bis in die jüngste Zeit hinein zeugen Versuche wie die Kontinentalsperre Napoleons von der Bedeutung der wirtschaftlichen neben der rein militärischen Niederkämpfung des Gegners — doch hat der Wirtschaftskrieg 1914/18 einen solchen Umfang angenommen und eine solche Bedeutung erlangt, daß von seinem Ausgang wesentlich mit der Erfolg des ganzen Krieges abhing. Aushungerung Deutschlands hier, Unterseebootkrieg dort sind Parolen gewesen, die die öffentliche Meinung vollkommen beherrschten; es waren Maßnahmen, die recht eigentlich erst den Krieg zum Weltkrieg gemacht haben, denn durch sie gerade wurde erst die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen. Bildet so der Weltwirtschaftskrieg eine wesentliche Seite des Krieges überhaupt, so steht seine Geschichte doch mit dem Verlauf des militärischen Krieges nur in losem Zusammenhang. Seine Leitung, sein Schauplatz, seine Geschichte und sein Erfolg war vom militärischen Krieg verschieden, er spielte sich neben ihm ab und unterschied sich eben dadurch von den meisten Wirtschaftskriegen früherer Zeit, die sich dem Rahmen der militärischen Unternehmungen einordneten.

Während die Kriegführung zu Lande durch das Internationale Recht, insbesondere auf Grund der Genfer Konvention und der Haager Konferenzbeschlüsse ziemlich genau geregelt worden ist, namentlich auch durch das in den Kriegen der letzten Jahrhunderte herausgebildete Gewohnheitsrecht, ist die Seekriegführung von je in viel höherem Grade der Willkür der kriegführenden Staaten überlassen geblieben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das meerbeherrschende England allen Versuchen zur Normierung der Seekriegführung von je hinderlich im Wege gestanden hat, ja der Entwickelung eines Seekriegsrechtes direkt entgegengetreten ist. Die von England nicht ratifizierte Londoner Deklaration von 1909 ist das schlagendste Beispiel dafür. Der vornehmste Grundsatz des Landkriegsrechts, der Schutz des Privateigentums, hat bis heute noch nicht die Gewohnheiten der Seekriegführung erschüttern können. Seebeuterecht, Kaperei, Blockade, Konterbande, Minenlegung, das sind alles Einrichtungen, die sich

Digitized by Google

vornehmlich auch, mittelbar oder unmittelbar, gegen das Privateigentum richten. Die außerordentliche Dehnbarkeit von Begriffen wie Kriegskonterbande läßt eine weitgehende Auslegung zu. So erhielt der Krieg, da er gegen England zu einem wesentlichen Teile auf und über See geführt worden ist, ein stark wirtschaftliches Gepräge. Dazu war aber England auch gewillt, diesen Charakter des Krieges möglichst zu betonen und zu verschärfen, ja ihn auch auf die Landkriegführung zu übertragen. Die Führung des Krieges in den Kolonien, die strategischen Absichten von Belgien aus gegen das Rheinland, die Maßnahmen gegen friedliche Ausländer im eigenen Lande haben einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter getragen. Der Wirtschaftskrieg hat sonach zwei Seiten: er ist nach Absichten und Mitteln ein verschiedener zur See und zu Lande, gemeinsam ist ihnen nur der Charakter eines von Rücksichten gegen die Vorschriften des Rechts und der Gewohnheit nicht beschränkten Kampfes gegen alles, was deutsch heißt, von englischer Seite, während er sich auf deutscher Seite auf Abwehr und Vergeltung beschränkt und sich zur See durch eine zunehmende Kraftentfaltung charakterisiert. England war in Umfang und Methode des Wirtschaftskrieges der führende Staat. Seine Verbündeten folgten seinem Beispiel und seinen Weisungen.

Die wichtigste Grundlage des Wirtschaftskrieges zur See ist das Seebeuterecht, nach dem alle feindlichen Handelsschiffe ohne weiteres der Beschlagnahme durch eigene Kriegsschiffe unterliegen. Dagegen ist die Kaperei, durch die mit Kaperbriefen versehene Handelsschiffe zur Kaperung ermächtigt wurden, durch die Pariser Deklaration 1856 abgeschafft, allerdings aber durch die 1870 von Frankreich eingeführte Einrichtung der Hilfskreuzer zum Teil wieder eingeführt worden. Durch Verhängung der Blockade wird auch der neutralen Schiffahrt der Handel mit der blockierten Strecke verboten, jedoch ist erforderlich, daß die Blockade wirksam (effektiv) ist, und der neutrale Kapitän muß einen Blockadebruch beabsichtigt haben, wenn sein Schiff der Beschlagnahme verfallen soll. Überhaupt verboten aber ist den Neutralen der Handel mit Konterbande (Bannware), d. h. den auf einer von den kriegführenden Staaten zu veröffentlichenden Liste verzeichneten Gegenständen des unmittelbaren Heeresbedarfs. Den völlig unbestimmten Begriff der Konterbande suchte die Londoner Deklaration klarzustellen, indem sie ausführliche Listen über „absolute“ und „relative“ Konterbande festlegte — da England die Ratifizierung der Deklaration verweigerte, ist auch der alte Zustand völliger Unsicherheit in Geltung geblieben. Die Minenlegung, deren Bedeutung erst der russisch-japanische Krieg erwies, ist insofern auch eine Waffe gegen den feindlichen Handel, als sie beträchtliche Gefahren mit sich bringt, wenn sie sich auch zunächst nur gegen Kriegsschiffe richtet. Durch Abkommen der Mächte auf der zweiten Haager Konferenz sind unverankerte Kontaktminen, die nicht nach einer Stunde „blind“ werden, verankerte Minen, die bei Losreißung nicht unbrauchbar werden, Torpedos, die bei Verfehlung des Zieles nicht unbrauchbar werden (Tubantia-Fall, S. 218), verboten. Da Rußland, die Türkei, Serbien und Montenegro das Abkommen nicht ratifiziert haben, dasselbe aber nur gilt, wenn sämtliche Kriegführende ihm beigetreten sind, so war es im Weltkrieg tatsächlich ungültig. Deutschland hat es trotzdem beachtet.

Das waren die Mittel, die das internationale Seekriegsrecht bei Kriegsausbruch zu Betreibung des Wirtschaftskrieges zur See bot. Die Absicht, die erreicht werden sollte, war die Vernichtung der deutschen Konkurrenz, und zwar glaubte England dies in erster Linie durch Unterbindung des deutschen Außenhandels zu erreichen. Der damit verbundenen Abschneidung der Zufuhr lagen zunächst mehr militärische Erwägungen zugrunde: Deutschland sollte durch mangelnde Zufuhr der zur Heeresindustrie nötigen Rohstoffe und durch Aushungerung auf die Knie gezwungen werden. Das wichtigste Ziel des eigentlichen Wirtschaftskrieges war dagegen die Unterbindung der deutschen Ausfuhr, Erschütterung des deutschen Kredits durch Abschneidung der Verbindung mit dem Auslande, endlich die Verdrängung vom Weltmarkt überhaupt. Man erhoffte dadurch nicht nur die Vernichtung des deutschen Welthandels, sondern den Zusammenbruch der ganzen deutschen Volkswirtschaft und die dauernde Untergrabung der Existenz des Konkurrenten. Indessen mußte England trotz aller Einzelerfolge schon bald einsehen, daß es in beider Hinsicht sein Ziel niemals im Kriege voll erreichen konnte — so sehr man auch den deutschen Kaufmann im Auslande verfolgte, seinen Kredit vernichtete, sein Geschäft ruinierte, seine Patente verletzte und seine Menschenrechte mit Füßen trat, ihn selbst konnte man doch nicht totschlagen, wiewohl man

Digitized by Google

auch davor im Einzelfalle nicht zurückschreckte —; es gab keine Garantie, daß die Hydra der deutschen Konkurrenz nach dem Kriege wieder ihr Haupt erhöbe. Dieser Gefahr suchte man mit der Vorbereitung eines Wirtschaftskrieges nach dem Kriege, der einem ewigen Kriege gleichkommt, zu begegnen. Zweitens aber brachte der Krieg die hochwichtige Erfahrung, daß der Exporthandel zwar ein guter Gradmesser der Höhe einer Volkswirtschaft ist, nicht aber mit der Volkswirtschaft überhaupt identisch ist. Man hatte es im Frieden verlernt, die Bedeutung des Innenmarktes richtig einzuschätzen. Nun erhellt aber, daß bei Unterbindung des Außenmarktes sich alle wirtschaftliche Energie auf Pflege des Innenmarktes konzentriert, so daß der Wirtschaftskrieg recht eigentlich erst die enormen, in einem guten Inlandsmarkt schlummernden Kräfte freigemacht hat. England löste daher durch immer schärfere Ausgestaltung der Blockade — unter völliger Ignorierung der Rechte der Neutralen — jahrelang nur immer neue Energien beim Gegner aus. Der Wirtschaftskrieg Englands rief in Deutschland eine so starke natürliche Reaktion hervor, daß der vielumstrittene geschlossene Wirtschaftsstaat in dieser Zeit zur Wahrheit wurde. England ließ sich aber durch diese ungewollten Folgeerscheinungen nicht irremachen, sondern hielt an dem einmal eingeschlagenen Wege zielbewußt fest. Und es behielt recht: auch die glänzendste Organisation des deutschen Innenmarktes konnte die innere Kräfteverzehrung nicht aufhalten, der derselbe mangels jeder Blutzufuhr von außen bei genügend langer Kriegsdauer unweigerlich verfallen war. Es gab von deutscher Seite gegen die englische Aushungerung nur ein wirksames Gegenmittel: die rasche Erzwingung des Friedens. Kam dieser etwa 1917, ja noch im Frühjahr 1918 auch nur auf Grund einer Verständigung zustande, so war Deutschland der Sieger.

Mit der Order in council vom 11. März 1915 verbot England jede Ein- und Ausfuhr von und nach Deutschland, nachdem es im November 1914 einen erheblichen Teil der Nordsee als Kriegsgebiet erklärt hatte. Die Vereinigten Staaten gestanden England am 2. April 1915 zu, daß eine moderne Blockade wegen U-Booten und Minen nicht mehr so enge sein könne, wie das Völkerrecht bestimmt.

Deutschland hatte hart unter dem Wirtschaftskrieg zu leiden, der Mangel eines wirtschaftlichen Generalstabes rächte sich schwer. Am leichtesten noch überwand es die finanziellen Schwierigkeiten. Daß es 70 v. H. seiner Kriegsausgaben in langfristigen Anleihen unterbrachte (England 40 v. H., Frankreich 20 v. H.), beweist die elastische Anpassung seines Geldmarktes an die Kriegsaufgaben. Dem Absinken der deutschen Devise dagegen im Ausland um 40 v. H. ließ sich trotz allen Bemühens nicht entgegenwirken. Deutschlands Golddeckung betrug aber 1918 noch immer 27 v. H. (8 Milliarden Mark Noten, 2,4 Milliarden Goldschatz). Versuche, in Amerika Geld zu bekommen, wie sie Dernburg und andere machten, scheiterten.

Entscheidend für Deutschland war die Versorgung mit Rohstoffen. Deutschlands Volkswirtschaft beruht in erster Linie auf der Veredelungsarbeit der aus dem Ausland, vor allem über See, eingeführten Rohstoffe, und selbst die landwirtschaftliche Erzeugung war von der Stickstoff- (Salpeter-) Zufuhr aus Chile abhängig. Die Kriegsindustrie war eigentlich völlig auf ausländische Rohstoffe angewiesen: Wolle und Baumwolle, Kupfer und Aluminium, Schmieröle und Gummi, Stickstoff und Glyzerin — kamen ausschließlich oder zum überwiegenden Teil aus dem Auslande herein. Es handelte sich bei der Frage, wie sich hier rechtzeitig Ersatz schaffen ließ, um Sein oder Nichtsein; ein „Rohstoffrieden" kam der Vernichtung Deutschlands gleich. Es ist das unvergängliche Verdienst Walther Rathenaus, hier mit der Gründung der „Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums" (8. August 1914) sofort die Organisation zur Bewältigung dieser Aufgabe ins Leben gerufen zu haben. Sie sollte für sparsame und pflegliche Verwaltung aller in Deutschland vorhandenen Rohstoffe und die Öffnung neuer Wege zur Gewinnung von Rohstoffen sorgen. Unter ihr arbeitete eine große Anzahl von Kriegsgesellschaften und Verteilungsstellen, die die rein technisch-praktische Aufgabe zu bewältigen hatten, deren bureaukratische Organisation und nicht immer von egoistischen Trieben freie Geschäftsgebarung unter häufig jüdischer

Digitized by Google

Leitung aber oftmals mehr schadete als nützte. Jedenfalls aber gelang Deutschland die Bannung der Gefahr, zu einem vorzeitigen „Rohstoffrieden" gezwungen zu werden, wie sie vor allem im Winter 1914/15 bestand. Es wurden ganz neue Industrien ins Leben gerufen: zur Gewinnung des für Landwirtschaft und Munitionsindustrie gleich wichtigen Stickstoffes aus der Luft wurden bedeutende neue Anlagen gegründet, die Ersetzung von Baumwolle durch Zellulose ermöglichte eine weitverzweigte Holzstoffverwertung, Baumwolle wurde aus Nesselfasern, Glyzerin aus Zucker, Aluminium aus Tonerde gewonnen.

Neben dieser produktiven Arbeit ging die fast noch wichtigere der Sparwirtschaft einher. Denn es zeigte sich bald, daß dank der ungeheuren Vertevernichtung und des gewaltigen Verbrauches im Kriege alle Rohstoffe, auch die in reichster, unerschöpflicher Menge vorhandenen, selten wurden: auch Eisen, Holz und Kohle! Um wieviel knapper mußte da erst Wolle und Leder werden, deren Neugewinnung in gar keinem Verhältnis zum Verbrauch stand! Bei den wichtigsten Sparstoffen mußte rücksichtslose Beschlagnahme, Enteignung und Verbrauchsverbot stattfinden, so beim Kupfer, dessen hoher Verbrauch in der Munitionsindustrie die Enteignung selbst der Kirchenglocken, Türklinken, Beschläge und Braukessel erforderte. Die hochwertigen Stoffe mußten durchweg durch weniger kostbare ersetzt werden: Kupfer durch Eisen, Metall durch Holz, kriegswichtige vor kriegsunwichtigen Betrieben bevorzugt werden — das führte, im Verein mit den freiwillig bezahlten hohen Preisen und ansehnlicher Lohnerhöhung, zu einer vollständigen Umwertung. Es gab im letzten Kriegsjahre keinen Stoff mehr, der nicht Sparstoff war: der hohe Verbrauch im Verein mit Hamsterei — was wurde im Kriege nicht gehamstert! Papier, Lebensmittel, Kohle, Farbstoffe, Leder, Kleiderstoffe usf. — und Produktionssenkung durch Arbeiternot und Minderung der Leistungsfähigkeit sowie Mangel an Betriebsmitteln wirkten zusammen zu raschem Verbrauch aller Vorräte, führten zu Rohstoff- und Betriebsstoffmangel. Dennoch wurde die deutsche Rohstoffwirtschaft dieser Lebensgefahr des Wirtschaftslebens so weit Herr, daß sich Deutschland niemals wegen Rohstoffmangels zum Frieden gezwungen sah. Zu das Verdienst um diese Leistung in der Meisterung eines scheinbar unabwendbaren Schicksals teilen sich gleichmäßig Wissenschaft, Verwaltung und Industrie.

Ankunft des ersten deutschen Handels-U-Bootes „Deutschland" im Hafen von Baltimore am 9. Juli 1916.

Verblieb die Frage der Aushungerung! Deutschlands Nahrungsmittelwirtschaft beruhte nur scheinbar ausschließlich auf dem deutschen Ackerboden; in Wahrheit war sie vollständig abhängig von der Stickstoff- und Futtermitteleinfuhr. Mit ihrem Wegfall mußte die landwirtschaftliche Produktion fast augenblicklich auf einen Prozentsatz zurücksinken, der auf die Dauer nicht zur Ernährung eines 70 Millionen-Volkes ausreichen konnte. Die Hektarerträge des deutschen Bodens waren die höchsten der Erde (1913 in Weizen 23,6 dz gegen 21,1 in England und 10,2 in den Vereinigten Staaten, 9,1 in Rußland!). Die deutsche Landwirtschaft verbrauchte 1913 für 573 Millionen Mark Handelsdünger (etwa 750 000 Tonnen Chilesalpeter und 18,2 Millionen Doppelzentner Superphosphat). Wenn nun auch Deutschland in Kali, Thomasmehl und späterhin im Krieg durch Eigenproduktion Stickstoff in großen Mengen besaß, war der Ausfall doch gewaltig. Dazu ging die Ackerbestellung mit dem ungelernten oder alten Personal im Kriege beträchtlich zurück. So ließ der Bodenertrag von Jahr zu Jahr im Kriege nach. Das Vieh mußte bei dem rückgehenden Ertrag und der zugleich wegfallenden Einfuhr an Futtermitteln doppelt leiden: obendrein mußten alle zur menschlichen Ernährung geeigneten Lebensmittel (Kartoffeln, Weizen, Gerste, Hafer) dem Tier möglichst völlig entzogen werden. Die Ernährungskonkurrenz zwischen Mensch und Tier war überhaupt das Problem der Kriegsernährungswirtschaft. Kräftige Senkung des Viehbestandes, besonders des

Digitized by Google

Bestandes an Schweinen, den Hauptkonkurrenten des Menschen, war Grundbedingung einer gedeihlichen Kriegswirtschaft. Für die menschliche Ernährung bedeutete das aber wiederum Rückgang der Eiweißernährung, die ebenfalls unter Einfuhrwegfall (sibirische Butter, amerikanischer Schmalz, Margarine, Eier) ohnehin bereits stark zurückging. Und das war das zweite Grundproblem der Kriegsernährungswirtschaft: Ersetzung von Fleisch durch Gemüse, der Fett-Eiweiß-Stoffe durch Kohlehydrate. Endlich das schwierigste Problem: Bekämpfung des Egoismus, des Sondervorteils zugunsten des Durchschnittsverbrauchs, des Schleichhandels und des Wohllebens durch Verbrauchsreglementierung und Beschlagnahme. Dazu kam die schwere Verkehrsaufgabe, den Großstädten, die in erster Linie Auslandsware verbraucht hatten, Inlandsprodukte zuzuführen, die neutrale Einfuhr in Rücksicht auf Valutafrage (Kompensationsverkehr) und Grenzsperre des Auslandes (Konsenthandel) zu überwachen und im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn (Zentraleinkaufsgesellschaft) zu regeln.

Die Durchführung aller dieser Maßnahmen, dieser Beschränkungen und Verbote in organisatorischer, rechtlicher und sozialer Hinsicht erforderte eine gewaltige Leistung, erforderte aber auch von der Heimatbevölkerung eine bewundernswerte Geduld, da vor allem das kämpfende Heer von diesen Nöten möglichst unberührt bleiben mußte. Die Schwierigkeiten erreichten in der ersten Hälfte des Jahres 1917 eine solche Höhe, daß ein Hungerfriede drohend am Himmel auftieg. Ausstände der Munitionsarbeiter im Frühjahr, Steigerung der bereits seit 1918 nicht seltenen Revolten, Zunahme der Sterblichkeit und Abnahme der Geburten, Senkung vor allem der moralischen Widerstandsfähigkeit der Großstadtbevölkerung, Unmut und Verbitterung der Landbevölkerung waren Folgen dieser durchaus nicht reibungslosen Ernährungswirtschaft. Dennoch hielt das Volk jeweils durch bis zur neuen Ernte! Viermal wurde Englands schmählicher Plan zuschanden — und das bedeutete einen ruhmwürdigen Heimatsieg der Entsagung und Aufopferung, der sich den schönsten Siegen im Felde an die Seite stellte. Deutschlands Zusammenbruch erfolgte nicht am Ende, sondern am Anfang eines neuen Erntejahres — nicht akuter Mangel, sondern schleichende, verzehrende Unterernährung führten ihn herbei, nicht eine Hungerrevolte, sondern ein moralischer Zusammenbruch.

b) Der deutsche Unterseebootkrieg.

Die Erfolge eines Weddigen (S. 274) bewiesen gleich zu Anfang des Krieges die Brauchbarkeit der deutschen Unterseewaffe im Kampfe gegen England. Der verantwortliche Leiter der deutschen Seerüstung, Großadmiral v. Tirpitz, wandte dem Ausbau dieser wertvollen Waffe seine volle Aufmerksamkeit zu. Bereits im Beginn des Jahres 1915 konnte an eine Verwendung des U-Bootes in Vergeltung des englischen Blockadekrieges gedacht werden. Am 4. Februar 1915 erklärte Deutschland ein festumgrenztes Gebiet um England als Kriegsgebiet und verkündete, daß in diesem Gebiet alle angetroffenen Schiffe jeder Art ohne Rücksicht angegriffen und versenkt werden würden. Die Neutralen wurden vor Befahrung des Kriegsgebietes gewarnt; ihnen wurde 14 Tage Zeit zum Verlassen desselben gegeben.

Die Erklärung erregte ungeheures Aufsehen in der Welt, aber eben das lag nicht im Sinn von Tirpitz, dem eine so ruhmredige Ankündigung zu sehr nach Bluff schmeckte. Seine pessimistische, kühl abwägende Auffassung stieß beim Kaiser, der „Schwarzseher" nicht dulden wollte, auf Ablehnung; er wurde kaltgestellt und 1916 bei Erörterung der U-Bootfrage nicht zugezogen, so daß er gehen mußte (12. März).

Die erwarteten Folgen traten zunächst augenblicklich ein: Rückgang der englischen Einfuhr, Steigerung der Versicherungsprämien, Teuerung, Ausstände, panikartiges Abflauen der Kriegsstimmung. Erreichte doch die Versenkungsziffer im ersten Kriegsjahr 418 Schiffe mit 678189 Tonnen Rauminhalt. Kein Zweifel, daß England am Lebensnerv gepackt war. Hilfe konnte allein Amerika bringen. Und von hier kam sie auch. Durch die ungeheuren Kriegslieferungen in die Interessen Englands verstrickt, durch Kultur und Rasse ihm eng verbunden, fühlten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo so oft Geschäft und Gefühl sich verbinden, verpflichtet, als Retter der „Menschlichkeit" aufzutreten. Die Versenkung des englischen Hilfskreuzers Lusitania (31600 Tonnen), der trotz deutscher Warnung Munition und Menschen zusammen beförderte, am 7. Mai löste echte Empörung in Amerika aus. Die amerikanische Protestnote vom 15. Mai 1915 beantwortete Deutschland am 28. Mai mit dem Hinweis darauf, daß nach amerikanischem Gesetz die Beförderung von Passagieren auf Munitionsdampfern verboten sei. Amerika

Digitized by Google

antwortete mit einer neuen Note vom 11. Juni (nachdem der Staatssekretär Bryan am 9. Juni zurückgetreten war), in der es auf seinem Standpunkt beharrte, das Meer sei frei, kein Amerikaner könne gehindert werden, auf welchem Dampfer er immer wolle, durchs „Sperrgebiet" zu fahren. Die deutsche Regierung mußte schließlich, um einen Krieg mit Amerika zu vermeiden, zusagen, daß künftig keines Amerikaners Leben im Sperrgebiet gefährdet werden würde, der U-Bootkrieg also nach den Bestimmungen des Kreuzerkrieges weitergeführt werden würde (8. Juli).

So wurde nunmehr der U-Bootkreuzerkrieg bis zum 31 Januar 1917 geführt. Ein Dampfer, der 18 000 Tonnen Munition und 360 Passagiere an Bord führte, wie die „Adriatic" Ende 1916, durfte nicht versenkt werden ohne genaue Prüfung der Ladung und genügende Zeit zum Bootesbesteigen für 400 Menschen. Dazu wurden nun alle englischen Dampfer zu Angriff und Verteidigung bewaffnet, und Amerika ließ sich diese jeden Völkerrechts spottende Handlungsweise gefallen (Noten vom 23. Mai und 1. Juni 1915, 7. Juni 1916 usw.) Daß dieser Zustand gerade den besten deutschen Seeleuten, wie Otto Weddigen (26. März 1915), das Leben kostete, daß die Engländer es wagen konnten, U-Bootsbesatzungen in Seenot zynisch zu ermorden („Baralong"-Fall des „U 41" August 1915) oder Zeppelinmannschaften elend ertrinken zu lassen, das mußte die Erbitterung in Deutschland von Tag zu Tag steigern. Amerika benutzte den Fall der Versenkung des Dampfers „Sussex", in der Note vom 20. Juni 1916 „in ziemlich dürren Worten" die gänzliche Aufgabe des U-Bootkrieges zu verlangen. Deutschland verlangte dagegen, daß die Vereinigten Staaten endlich auch bei England die gleiche Beobachtung der Völkerrechtsnormen durchsetze; sollte das nicht in einer angemessenen Frist der Fall sein, so müßte sie darin eine vollkommen neue Sachlage sehen, die ihr die volle Entschließungsfreiheit zurückgäbe. Das war keine leere Drohung! Deutschland betrieb fieberhaft seine U-Bootrüstung, um nach Ablauf dieser Frist mit geschärfter Waffe neu zuschlagen zu können. Über den Termin entstand freilich an leitender Stellung Meinungsverschiedenheit zwischen politischer und militärischer Leitung. Während die Marine den Wiederbeginn für Anfang 1916 forderte, erschien der politischen Leitung erst Anfang 1917 der uneingeschränkte U-Bootkrieg nicht mehr bedenklich. Mit dem 1. Februar 1917 verhängte Deutschland eine Sperre rings um England, Frankreich und Italien zugleich und nahm den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und seiner Trabanten für die Möglichkeit einer Niederringung Englands in Kauf. Die Leistung der U-Boote hatte sich bereits so vervollkommnet, daß im Dezember 1916 in zehn Tagen trotz der hemmenden Vorschriften 79 Dampfer mit 114 852 Tonnen versenkt worden waren (1.—10. Dezember). Bis 1. Februar 1917 versenkten die Unterseeboote 5 585 000 Bruttoregistertonnen des für die Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes. Die Fahrt des Handelsunterseebootes „Deutschland" (s. die Abbildung S. 287) nach Amerika, der deutschen U-Boote durch die Straße nach Gibraltar („U 51" u. a.) usf. hatte ihre bedeutend erhöhte Leistungsfähigkeit bewiesen. Während 1915 zur Eröffnung des U-Bootkrieges 24 Boote zur Verfügung standen, waren es jetzt deren 134. Die bestimmte Erwartung auf vollen Erfolg des U-Bootkrieges hinderte bis 1918 deren großzügigen Neubau, so daß durch die Zugänge an Booten bis dahin nicht viel mehr als die Abgänge gedeckt wurden.

Die deutsche Rechnung beruhte auf der Minderung des Schiffsraumes und den daraus für Heeresindustrie, Schlagfertigkeit des Heeres und Volksernährung mit Notwendigkeit sich ergebenden Schwierigkeiten. Sie berechnete den England am 1. Februar 1917 in der Handelsschiffahrt zur Verfügung stehenden Schiffsraum auf 10,8 Millionen Bruttoregistertonnen und dessen Verminderung bis zum 1. Oktober auf 7,6 Millionen, wogegen 2,3 Millionen Tonnen Zuwachs in Ansatz gebracht werden sollten; den so auf 5,5 Millionen Tonnen verminderten Schiffsraum sollten die deutschen U-Boote bis zum 1. Januar 1918 weiter auf 4 Millionen Tonnen herabdrücken. Die Folge mußte eine stetig abnehmende Schlagkraft des Heeres und eine progressiv sinkende Kriegsstimmung in England sein.

Die deutsche Rechnung erwies sich insoweit richtig, als die monatliche Versenkungsziffer rasch auf über eine Million Tonnen schnellte und im Durchschnitt 850 000 Tonnen betrug, das wären 6,9 Millionen Tonnen bis zum 1. Oktober. Dagegen erwiesen sich alle Terminrechnungen als falsch, weil die Schiffsraumreserven der ganzen Erde England zur Verfügung gezwungen wurden und die englische Abwehr in den zwei Jahren seit 1915 glänzend ausgebaut worden war. Nachdem England im Laufe des ersten Jahres des uneingeschränkten Unterseebootkrieges auf der ganzen Erde an feindlichem und neutralem Schiffsraum zusammengeraubt und erpreßt hatte, was es nur erlangen konnte, kam es auf einen Todeslauf zwischen Versenkungsziffer und Neubauten hinaus.

Digitized by Google

Während zu Sommersanfang 1917 in England die Ansicht Oberwasser gewann, daß der deutsche Unterseebootkrieg Englands Lebensmark zerstöre und daher eine Verständigung anzustreben sei, dämmerte gleichzeitig in Deutschland die Erkenntnis, daß an eine Erzwingung des Friedens in der geplanten Frist (Herbst 1917) nicht zu denken und aus diesem Grunde der Friede anzustreben sei. Während aber in England es die öffentliche Meinung der Regierung überließ, mit aller gebotenen Vorsicht den Gegner zu sondieren, verkündete der deutsche Reichstag am 19. Juli 1917 feierlich seine Friedensgeneigtheit; zugleich wurde Österreichs dringliches Friedensbedürfnis beim Gegner bekannt. So verging diese tatsächlich einzige Möglichkeit zu einer rechtzeitigen Verständigung. Das Todesrennen nahm seinen Fortgang. Aber die Versenkungsziffer begann nun beharrlich zu sinken, schließlich auf unter 500000 Tonnen monatlich. Der feindlichen Abwehr (U-Bootfallen, Netze, Flugzeuge usw.) fielen die besten Boote mit ihren Besatzungen zum Opfer, der Schiffsneubau, vor allem in Amerika, überstieg schließlich dauernd die Versenkungsziffer. Seit Frühjahr 1918 mußte Deutschland, das ein Jahr lang auf die Entwürgung des Feindes durch den U-Bootkrieg gerechnet hatte, wieder im Landkrieg die Entscheidung suchen. Am 8. August 1918 (S. 244) war entschieden, daß es auch hier nicht Sieger blieb — der Krieg war verloren. Alles kam nun darauf an, die Waffen in der Hand zu behalten; „wehe dem, der das Gewehr zuerst an die Wand stellt", warnte selbst die sozialdemokratische Presse. Nur rätselhaft kindliches Vertrauen auf den Edelmut eines erbarmungslosen Feindes konnte das deutsche Volk dazu bewegen, seine Waffen auszuliefern, ehe es den Frieden in der Tasche hatte. Die erste Waffe, die es hingab, war seine wirkungsvollste: das U-Boot. In der Note vom 20. Oktober wurde der U-Bootkrieg auf die Formen des Kreuzerkrieges zurückgeschraubt — Admiral Scheer stellte ihn darauf, durch die Erfahrungen von 1915/16 belehrt, völlig ein.

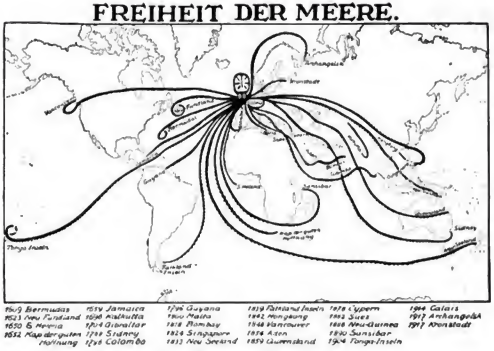
D. Der Kampf um die Seele des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk, zerrissen in Parteiungen, in die Weltpolitik hineingewachsen, ohne noch zum Weltvolk ausgereift zu sein, seit Bismarcks Abschied unsicher und schwankend geführt, fand sich am 4. August 1914 in einer wunderbaren Einigkeit zusammen, von heiligem Willen beseelt, sein Land und sein Recht, seine Kultur und seine Sitten bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die gewaltigen Siege bannten die Gefahren feindlichen Einbruchs in deutsches Land; so schwand das Bewußtsein, daß auch in Feindesland nur noch ein Verteidigungskampf geführt wurde: die einen glaubten nur noch, sich für die Machtgelüste der anderen schlagen zu müssen, immer weniger blieben von dem Opfermut selbstloser Hingabe beseelt. Die Besten sanken in den grünen Rosen; das Offizierkorps verlor an Einheitlichkeit und Qualität, die Mannschaft an Kriegstüchtigkeit und Mannszucht. Daheim aber riß die innere Not des Hungers, der Entbehrung, das stumpfen Hinlebens das Volk in zwei Teile, die einigende Wirkung der äußeren Not trat zurück. Alle Energie wurde durch eine bleierne Kriegsmüdigkeit gelähmt. Über deren Bekämpfung wurde man sich nie einig: die einen hielten die Parole zum bloßen „Durchhalten" für ausreichend, die andern glaubten das Volk durch die Aufstellung immer neuer und Vorhaltung der feindlichen Kriegsziele (s. die beigeheftete Tafel) hochreißen zu können, die dritten riefen nach der Diktatur Ludendorffs; die Verquickung der Frage von Krieg und Sieg mit innerpolitischen Problemen machte die Verwirrung vollends zu einer heillosen. Der Versuch rechtsstehender Kreise, durch Gründung einer „Vaterlandspartei" am 2. September 1917 innere und äußere Politik scharf zu trennen, mißlang und rief sofort Konkurrenzgründungen ins Leben — führerlos allen

Digitized by Google

Deutsches Kriegsplakat I (1918).

Digitized by Google



Deutsches Kriegsplakat II (1918):

Die englische Weltherrschaft (als Spinne dargestellt) als Spottbild der Freiheit der Meere.

Französisches Hetzbild: „Die Sühne" von Louis Beroud,

ausgestellt im „Salon de Paris" im Kriege.

(Der Kaiser, der Kronprinz und Jagow werden gekreuzigt, Bethmann Hollweg wird geviertteilt, die Germania mit Pickelhaube und Eisernem Kreuz flieht entsetzt, „la France" sucht sie zurückzuhalten; oben der Gott der Deutschen mit Gewehr!)

Digitized by Google

diesen Einflüssen preigegeben, stand inmitten des Streites das deutsche Volk allein mit seiner Not. Ein Zermürbungsprozeß zerrte an seiner Seele und machte es der Infektion durch fremde Einflüsse zugängig. Unbesiegbar, solange es einig war, konnte das deutsche Volk am leichtesten und sichersten nur durch sich selbst besiegt werden. Dem außenstehenden, diesen Zersetzungsprozeß kühl beobachtenden Feind gingen diese Zusammenhänge eher auf, als dem in diesen seelischen Kampf selbst verstrickten Deutschen. England erkannte die Achillesferse. Zu den Kampfmitteln des Feldtrieges und des Wirtschaftskrieges gesellte sich als dritte und gefährlichste Waffe: die Lüge.

Mit dem Streit um die Schuld am Kriege fing es an. Die Abwehr der deutschen Diplomatie war ungeschickt und schwach. Der Eintritt immer neuer Staaten in den Ring der Feinde machte immer bedenklicher; sollen sie alle im Unrecht sein, nur Deutschland im Recht? Dann kam der Streit um die Kriegsziele. Eroberten die deutschen Generale ganze Länder, nur um Deutschland zu verteidigen? Es war für den schlichten Bürger schwer zu verstehen, daß seine bescheidene Heimat auch an der Marne, in Finland, Syrien und Mazedonien verteidigt würde. Der Streit um die Staatsform fraß noch tiefer. Gab die deutsche konstitutionelle Monarchie dem Volk die Möglichkeit, sein Schicksal selbst zu bestimmen? War die Regierung an die Beschlüsse des Reichstags gebunden? Waren die Interessen der Fürsten dieselben wie die des Bürgers? Verlockend klang die Stimme der Versuchung über die Grenzen: wir würden mit dem deutschen Volke anders reden als mit seinen autokratischen Machthabern!

Tiefer fraß das Gift! War ein deutscher Sieg, ein deutscher Friede ein Segen für das deutsche Volk? Was hatte der Arbeiter davon, wenn deutsche Prinzen sich in Polen und Finland Kronen eroberten? Würde er je ein freier Mann werden, würde er je wieder frei atmen, frei seine Meinung äußern dürfen, wenn er die Fesseln eines schrankenlosen Militarismus durch die Jahrhunderte schleppe? Der Zweifel nagte am Kampfwillen, am Siegwillen des deutschen Herzens. Hatte nicht schon vor hundert Jahren ein Preußenkönig in tiefster Not dem Volke sein Wort verpfändet und es dann nicht eingelöst, als ihm seine Grenadiere seinen Thron zurückerobert hatten? War es nicht besser, Deutschland unterlag, aber sein Volk würde frei und dann in Gnaden in den Bund der freien Völker aufgenommen?

War nicht der deutsche Arbeiter in den Krieg gezogen, um ein gleichberechtigter Staatsbürger zu werden, um den Makel des „vaterlandslosen Gesellen" mit seinem eigenen Blute abzuwaschen? Wo blieb nun das gleiche Wahlrecht in Preußen, das parlamentarische Regime im Reiche, wenn Deutschland siegte?

In Wort und Bild wirkte die feindliche Propaganda auf die Seele des deutschen Volkes ein. Das einfache Reinlichkeitsgefühl verbietet es uns, Beispiele aus der Unzahl schamloser und gemeinster Machwerke anzuführen, die der vergifteten Phantasie hysterischen Hasses entsprangen. Wer solche sucht, findet sie in den Sammlungen von Kühn und Avenarius (s. Bibliographie im Anhang) in Fülle.

Immer unverhüllter tönten diese Stimmen von England, Frankreich, Amerika herüber! Da zeigte das russische Volk, daß die Niederlage zur „Freiheit" führt! Die jahrzehntelangen Träume von der „Diktatur des Proletariats" wurden im besiegten Rußland Wahrheit! Zu den Sirenenklängen der westeuropäischen Demokratien gesellte sich der russische Rubel. Und die Not stieg im Innern immer höher; Hunderttausende verbluteten im Felde, Hunderttausende verhungerten daheim — wofür? Kein großer Führer stand im Volke auf, der ihm den Weg wies! Sich selbst überlassen, in Not und Kampf verbraucht, irregeworden an sich und seiner Geschichte, des Vertrauens in seine politische, dann auch in seine militärische Führung beraubt: so warf sich das deutsche Volk dem vom Siegestaumel berauschten Feind an den Hals. Lord Northcliffe, der Propagandaminister Englands für die feindlichen Länder, legte befriedigt sein Amt nieder. Er hatte gesiegt!

E. Die Friedensschlüsse.

Hier und da spannen sich im Kriege zarte Fäden erster Vorverhandlungen. Die Gefahr von Sonderfriedensschlüssen bannte die Entente zwar am 5. September 1914 durch den Londoner Vertrag (S. 223), aber seit 1915 rückte ein Sonderfriede Rußlands immer

Digitized by Google

deutlicher in den Bereich der Wahrscheinlichkeit. Als Hindenburg seine Zange bei Kowno ansetzte (S. 251), nahm Rußland ernstlich Fühlung; das Ausbleiben des militärischen Erfolges ließ die Friedenstaube sich versliegen. Nach der Revolution 1917 machten Schweizer Diplomaten einen Vermittelungsversuch, er scheiterte am Kampfwillen Kerenskis; aber die zweite Revolution brachte die Friedensbitte Trotzkis (28. Nov. 1917). Ihr folgte am 5. Dezember der Waffenstillstand. Die Verhandlungen in Brest Litowsk seit dem 22. Dezember, mehrfach unterbrochen, führten am 3. März zur Unterzeichnung des Friedens von Brest Litowsk. Durch ihn wurden die nichtrussischen Randgebiete (Finland, baltische Lande, Polen, Ukraine) von Rußland abgetrennt, Deutschland erhielt in verhüllter Form eine Kriegsentschädigung. Mit der Ukraine (9. Febr.), Finland (7. März) und Polen (30. April) wurden Sonderfriedensverträge geschlossen. Rumänien folgte nach längerem Zögern: der Friedensvertrag von Bukarest vom 7. Mai 1918 trennte einen Grenzstreifen zugunsten Ungarns ab und gab die Dobrudscha teils in die Hand Bulgariens, teils des Vierbundes. Dazu erhielten die Mittelmächte bedeutende wirtschaftliche Zugeständnisse.

Aber diese Ostfriedensverträge waren nur von episodischer Bedeutung. Die zum Frieden drängende Lage an der Westfront zwang die deutsche Regierung zu der Erklärung, daß sie kein Hindernis eines allgemeinen Friedens sein sollten (5. Okt.). Tatsächlich wurden sie dann auch im Waffenstillstandsvertrag von Compiègne geopfert.

Die Friedensschlüsse der Vierbundstaaten mit der Entente haben eine lange Vorgeschichte. Neben manchen Tastversuchen über das neutrale Ausland heben sich zwei unmittelbare Kundgebungen heraus, deren Erfolg aber beidemal den Mittelmächten mehr Schaden als Nutzen brachten: das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und die deutsche Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Jenes erfolgte in einem psychologisch sehr geeigneten Augenblick, am Ende der als Remispartie ausgegangenen, mit beiderseitiger Erschöpfung endenden Sommeschlacht, durchkreuzte aber den eben bevorstehenden Vermittelungsversuch Wilsons. Sie berief sich auch zu stark auf die Waffenerfolge in Rumänien und erweckte dadurch den Anschein, nicht auf Verständigung, sondern auf ein Friedensdiktat hinzustreben. Der Erfolg war hohnvolle Zurückweisung durch die Entente und Beantwortung mit unannehmbaren Forderungen. Die Reichstagsresolution erwuchs im Gegenteil aus einer Stimmung panikartiger Niedergeschlagenheit und belebte infolgedessen mit ihrer Einladung zur Verständigung auf Grund der Parole: „Ohne Entschädigung und Annexionen“ auf der Gegenseite den Kampfwillen in einem Augenblick neu, da er gerade zu erlahmen schien (S. 290). Nebenher gingen die Vermittelungsaktionen des Papstes und Wilsons. Die Friedensmahnung Benedikts XV. vom 1. August 1917 führte zu einer englisch-deutschen Fühlungnahme, die jedoch daran scheiterte, daß Deutschland keine unzweideutige Erklärung über Belgien, England keine solche über die Integrität des Deutschen Reiches und seiner Kolonien abgeben wollte. Der amerikanische Präsident hatte schon frühzeitig seine Bereitwilligkeit zur Vermittelung kundgegeben. Im Mai 1916 wurde er von deutscher Seite förmlich dazu eingeladen, doch hielt er erst nach seiner Wiederwahl, Ende 1916, den Augenblick dazu gekommen. Seine erste Einladung zur Bekanntgabe der Kriegsziele begegnete auf seiten des Vierbundes vorsichtiger Zurückhaltung, doch grundsätzlicher Bereitwilligkeit zur Verhandlung, auf seiten der Entente einem Kriegszielprogramm rücksichtslos imperialistischer Färbung. Der Vierbund lehnte dieses sofort ab, Wilson machte aber darauf am 23. Januar 1917 in einer Senatsbotschaft das Angebot direkter Vermittelung — die Erklärung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges durch Deutschland machte der Aktion aber sofort den Garaus. Wilson trat offen ins feindliche Lager über und übernahm dort die politische Führung. In seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 stellte er ein ausführliches Friedensprogramm auf, das dann die tatsächliche Grundlage der ersten Verhandlungen bildete; er stellte darin folgende Vierzehn Punkte auf: 1) Abschaffung der Geheimdiplomatie, 2) Freiheit der Meere, 3) Wirtschaftsfreiheit, 4) Abrüstung, 5) unparteiische Schlichtung kolonialer Ansprüche, 6) Räumung der besetzten Gebiete und Regelung aller russischen Fragen, 7) Räumung und Wiederherstellung Belgiens sowie 8) der besetzten französischen Gebiete und Elsaß-Lothringens, 9) Berichtigung der italienischen Grenzen, 10) autonome Entwickelung Österreich-Ungarns, 11) Räumung und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros, Gewährung

Digitized by Google

eines freien Zugangs zum Meere für Serbien, 12) Autonomie der nichttürkischen Völker der Türkei, Internationalisierung der Dardanellen, 13) Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates unter Zusicherung eines Zugangs zum Meere, 14) Bildung eines Völkerbundes.

Diese vierzehn Punkte nahm Deutschland in seiner Note vom 5. Oktober 1918 als Grundlage des Friedens an und bat Präsident Wilson, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen. Österreich Ungarn, das am 14. September bereits mit einer Sonderaktion hervorgetreten war, schloß sich diesem Schritt an, bat dann aber am 28. Oktober um Sonderfrieden. Bulgarien hatte bereits am 30. September einen Sonderwaffenstillstand geschlossen, die Absprengung der Türkei war durch die militärische Lage gegeben. So ging der Vierbund in die Brüche, Deutschland stand allein der Entente gegenüber. Durch geschickte Hinauszögerung des Waffenstillstandes durch Wilson wurde Deutschlands Lage immer hoffnungsloser, die deutsche Regierung ließ in dem folgenden Notenwechsel alle Garantien fahren, die sie noch in der Hand hatte: am 12. Oktober nahm sie die vierzehn Punkte sowie alle späteren Kundgebungen Wilsons bedingungslos an und willigte in die Räumung der besetzten Gebiete, ebenso wurde gemäß Wilsons Forderung eine überstürzte Verfassungsänderung unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max von Baden (S. 138) durchgeführt. Am 20. Oktober willigte sie in die Aufrechterhaltung des bestehenden Kräfteverhältnisses durch Sicherheiten und Bürgschaften und in die Aufgabe des uneingeschränkten Unterseebootkrieges — ohne die Gegenforderung der Aufgabe der Blockade zu stellen — und in die Herabsetzung zu tatsächlicher Machtlosigkeit der bisherigen Gewalten. Am 26. Oktober willigte sie endlich auch darein, daß Deutschland eine Erneuerung der Feindseligkeiten unmöglich gemacht werde, und in die Aufhebung der Kabinette und der obersten Kriegsherrschaft des Kaisers. Noch immer aber kämpfte die Armee! „Längst ist es entschieden, daß alles verloren ist. Alles verloren: Blut und Gut, Millionen von Söhnen und Ernährern, Hoffnung und Sinn des Lebens, die Fruchtbarkeit des Ackers, die Viehherden, Schätze der Erde und Wälder, Schweiß und Fleiß von drei Generationen, Schweiß und Fleiß von drei kommenden Geschlechtern — alles verloren! Die Fruchtbarkeit des weiblichen Schoßes — dahin, Millionen von Säuglingen — eine Beute des Hungers. Alles — dahin! Das Gehirn unter der Schädeldecke, der Schlaf der Nächte — dahin! Ausgespielt die hohe Karte, gegen alle Gesetze der Wahrscheinlichkeit — und noch immer kämpft die Armee. Die Angebeteten und Vergötterten — bis zum letzten Einsatz! — und dann, ja, dann beugten sie das Knie und boten den Degen an. Auf Gnade und Ungnade." (B. Kellermann, Der 9. November.) Am 11. November kam der Waffenstillstand zu Compiègne zustande. Er erlegte Deutschland die Räumung der besetzten Gebiete und Elsaß-Lothringens binnen 15 Tagen auf, ferner die Ablieferung eines erheblichen Teiles des Waffen- und Eisenbahnmaterials sowie sämtlicher U-Boote, die Räumung des linksrheinischen Gebietes und einer 10 km breiten neutralen Zone binnen 31 Tagen, die Unterhaltungspflicht für die interalliierten Besatzungstruppen, die Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit, Verzicht auf die Friedensverträge von Brest Litowsk und Bukarest, Auslieferung des größten Teiles der Flotte, Abrüstung des Restes, Stillegung aller Luftstreitkräfte, Fortbestand der Blockade, Rückgabe aller Handelsschiffe der Alliierten, Beschränkung des Waffenstillstandes auf 36 Tage usw. In ähnlicher Weise wurden Deutschlands ehemalige Verbündete durch die Waffenstillstände zu Mudros vom 30. Oktober (Türkei), Prilep vom 29. September (Bulgarien) und Padua vom 2. November (Österreich) entwaffnet und entrechtet. Sie bedeuteten tatsächlich Kapitulation.

Die Entente nahm sich mit dem Friedensschluß Zeit. Jeder Tag verbesserte ja ihre

Digitized by Google

Lage. Die fortschreitende Zersetzung machte die feindlichen Staaten langsam reif für das ihnen zugedachte Friedensdiktat. Die Führung der Entente glitt nach gewonnenem Krieg in die Hände des rachsüchtigen Clemenceau.

Der Friedensvertrag von Versailles, den die Entente endlich am 7. Mai 1919 im historischen Spiegelsaal den deutschen Vertretern (unter der Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau) überreichte und den die Weimarer Nationalversammlung trotz des heißen Aufbegehrens aller national empfindenden Kreise am 23. Juni 1919 ratifizierte, enthält als 1. Teil den „Pakt der Gesellschaft der Nationen", das Statut eines nach den Wünschen der Entente gestalteten Völkerbundes. Der Vertrag trennt von Deutschland die fremd- und gemischtsprachigen Randgebiete ab, nur zum Teil (Schleswig, Oberschlesien, Ost- und Westpreußen) läßt er Abstimmung der Einwohner zu — Danzig wird Freie Stadt, Elsaß-Lothringen französisch, Eupen und Malmedy nach Entscheidung des Völkerbundes belgisch, das Saargebiet kommt auf 15 Jahre in fideikommissarische Verwaltung Frankreichs, Posen an Polen, Memel an die Alliierten. Ferner verzichtet Deutschland auf alle Kolonien, es setzt seine Armee auf 100000 Mann herab und entsagt der allgemeinen Wehrpflicht, seine Flotte beträgt künftig 6 Panzer-, 6 leichte Kreuzer, 12 Zerstörer, 12 Torpedoboote und 15000 Mann, die übrigen Schiffe sind abzuliefern. Der Vertrag legt weiter Deutschland die Auslieferung aller „Kriegsverbrecher" auf, die Wiedergutmachung aller Kriegsschäden, den Verzicht auf alle Auslandsforderungen, die Internationalisierung seiner Ströme und die Besetzung des Rheinlandes auf 15 Jahre. Einem deutschen Manne erscheint an diesem Vertrag nichts möglich als seine Undurchführbarkeit, die sich auch von Tag zu Tag klarer herausstellt. Nach Jahresfrist war alle Welt außer dem Henker Frankreich von der Notwendigkeit der Revision überzeugt, wenn der Vertrag auch nach Ratifizierung durch England, Frankreich, Italien und Deutschland am 10. Januar 1920 in Kraft gesetzt worden ist.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain mit Österreich vom 10. Dezember 1919 bezeichnet Deutsch-Österreich, das nur unter dem Namen „Republik Österreich" anerkannt wird, als Rechtsnachfolger des alten Kaiserreiches und macht es für dessen Verpflichtungen und Verschulden haftbar. Der Staat soll aus Ober- und Niederösterreich, den deutschen Randgebieten Westungarns, dem größten Teil Steiermarks und Kärntens sowie Nordtirol bestehen; seine Unabhängigkeit wird für unveräußerlich erklärt, außer mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes. In bezug auf die Verpflichtungen zur Wiedergutmachung wird dem Wiedergutmachungsausschuß der Entente völlig freie Hand gelassen, der Entente ein Pfandrecht auf alle Staatseinnahmen eingeräumt. — Auch dieser Vertrag erwies in Jahresfrist seine Undurchführbarkeit; der so geschaffene Staat kann nicht leben und nicht sterben. Sein Volk ist erbarmungsloser Verelendung preisgegeben, wenn ihm nicht das so hochgepriesene Recht auf Selbstbestimmung, d. h. auf Anschluß an das Deutsche Reich, eingeräumt wird.

Mit Bulgarien verfuhr die Entente im Friedensvertrag von Neuilly vom 14. Januar 1920 glimpflich. Es muß an Serbien einen Grenzstreifen, an Griechenland allerdings Thrazien abtreten. Seine Schuld an Deutschland wurde ihm erlassen, dafür aber 2,25 Milliarden Frank Kriegsentschädigung auferlegt.

Das Gebiet der Türkei wurde im Friedensvertrag von Sèvres vom 10. August 1920 auf Kleinasien und Konstantinopel beschränkt; die europäischen und Teile der kleinasiatischen Küstengebiete fielen an Griechenland, Syrien an Frankreich und England, Mesopotamien an England, Arabien und Armenien wurden selbständig, letzteres unter dem Schutze des Völkerbundes. Der starke Lebenswille des herrschgewohnten Türkenvolkes bäumte sich

Digitized by Google

gegen das ihm zugedachte Geschick leidenschaftlich auf; die Jungtürken bahnten 1920 eine Verständigung mit Sowjetrußland an, um mit ihm gemeinsam die Brandfackel des Bolschewismus nach Indien hineinzuwerfen.

Der Friede zu Trianon mit Ungarn vom 4. Juni 1920 lieferte die Slowakei dem tschechischen, das Banat und Siebenbürgen dem rumänischen, Kroatien dem jugoslawischen Staat aus.

Die Undurchführbarkeit der Verträge zwang die Entente schon im Jahre 1920 mit den Vertretern Deutschlands an einen Tisch — aber trotzdem gelang es diesen weder in Spa, das seine Industrie vernichtende Kohlendiktat abzuschütteln, noch auch in Brüssel, endlich einen klaren Bescheid über seine finanziellen Verpflichtungen zu erhalten. In Spa wurde wenigstens die Aburteilung der sogenannten „Kriegsverbrecher" durch das deutsche Reichsgericht erreicht. Die im März 1921 in London zusammengetretene Konferenz zur Begrenzung der deutschen „Wiedergutmachungs"-Schuld betrat abermals den ebenso bequemen wie sinnlosen Weg des Diktats, indem sie durch viertägiges Ultimatum die Anerkennung einer Schuldsumme von 226 Milliarden Mark, zahlbar in 42 Jahresleistungen, von Deutschland verlangte und dessen freiwilliges Angebot von 50 Milliarden Mark zurückwies. In dem Augenblick, da diese Zeilen zum Druck gehen, ist die Entscheidung noch nicht gefallen, hängt dies drohende Damoklesschwert über dem Schicksal Deutschlands und nicht minder ganz Europas. Denn es ist so, wie Fritz Kern („Die neue Armut und die neuen Armen") sagt: „Unser Dasein ist hart geworden, aber zugleich tragen wir Deutsche vor allen andern jetzt die Bürde eines auserwählten Volkes, auserwählt zu einem besonderen, gewaltigen Experiment." In Wahrheit hängen ja Frankreich und selbst England heute von Deutschlands Zahlungsfähigkeit, Ausfuhrfähigkeit, Arbeitsfähigkeit ab.

In erster Linie gilt das von Frankreich (vgl. S. 141). In seinem rachsüchtigen Übermut erhofft dieses in Wahrheit unglückliche Volk alles Heil von der „Wiedergutmachung"; es tröstet sich über allen gar nicht wieder gutzumachenden Schaden und Verlust mit der gedankenlosen und arbeitsscheuen Redewendung hinweg „le boche payera", als ob seine Toten durch Geldzahlungen wieder lebendig gemacht und seine ins Mark getroffene Volkskraft durch fremde Arbeit gehoben werden könnte. Frankreichs Machthaber wissen nur zu gut, daß die kindische Hoffnung des leichtgläubigen Volkes auf Wiedergutmachung eher oder später grausam enttäuscht werden muß; die Zukunft wird lehren, wer unter dem Ausbruch der Verzweiflung, die dann über Frankreich kommen wird, mehr leiden wird, Deutschland oder Frankreich selbst!

Den Engländer bewahrt seine nüchterne Kühle vor solchen Illusionen. Dazu hat weder das Land noch auch das Volk Englands so schwer gelitten wie Frankreich. Immerhin haben auch Lloyd George und seine Trabanten ihrem Volk gegenüber in unehrlicher Weise mit Vertröstungen auf die Beute gearbeitet. Heute schon weiß aber der letzte englische Arbeiter sehr gut, daß die Zahlungen Deutschlands, überhaupt nur in Waren denkbar, ein Danaergeschenk sind, denn die Überschwemmung mit deutschen Waren bedeutet für ihn mit Notwendigkeit Arbeitslosigkeit. Die Abwehr der deutschen Konkurrenz war ja aber Englands Ziel des ganzen Krieges; dieses ist darum mit den Entschädigungsforderungen unvereinbar. Männer wie Lloyd George sind sich sehr wohl bewußt, daß sie die Quadratur des Zirkels wollen, wenn sie beides zugleich verfolgen. Wenn Lloyd George dennoch an dieser Politik festhält, so kann das nur in der Absicht eine Erklärung finden, Zeit zu gewinnen — wofür?

Im Gegensatz zu Rußland und Deutschland, deren Zerrüttung wesentlich durch den fruchtlosen Streit um die Weiterentwickelung der Verfassung herbeigeführt wurde, hat Eng-

Digitized by Google

land entschlossen mitten im Kriege die mit der Einführung der Abgeordnetendiäten (1911) und der Abschaffung des Mehrstimmenrechts aus dem Wohnsitz (1914) eingeleitete letzte Wahlreform durch eine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen friedlich zum Abschluß gebracht. Der alte liberal-konservative Parteigegensatz ist seit dem Koalitionskabinett von 1915 glücklich überwunden, ein gesunder sozialistischer Einschlag erscheint seit der von Lloyd George als Munitionsminister 1915 begonnenen staatssozialistischen Kriegswirtschaft gewährleistet und dadurch eine positive Mitarbeit der Arbeiter an der Regierung ermöglicht. Durch äußerste Anspannung der Steuerkraft ist der Krieg von Anfang an in England besser als in jedem anderen Land Europas finanziert worden und zwar mit dem gleichzeitigen Ziel eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgleichs. Dennoch steht England inmitten schwerer innerer Gefahren, die Lloyd George heute allein durch eine hinhaltende Politik zu bannen weiß: die gewaltig gestiegene politische Macht der Arbeiter hat die Gefahr politischer und sozialer Revolution in den Bereich des Möglichen gerückt; Irland steht seit Frühjahr 1920 wieder in offenem Aufruhr gegen die englische Fremdherrschaft; das durch ihre militärischen Leistungen ungemein gestiegene partikulare Selbstbewußtsein der drei großen Dominien Kanada, Südafrika und Australien ist offen bestrebt, das Imperium zum bloßen Staatenbunde aufzulockern. Draußen aber pocht der Bolschewismus an die Tore des Reiches, in England selbst und in Indien, gegen das der mit dem russischen Bolschewismus verbündete Islam anrennt. Die Zukunft soll es lehren, ob der Triumph über den deutschen Konkurrenten alle diese Gefahren aufzuheben imstande ist. Lloyd George wartet ab, ob das durch die Dauerwirkung des Sieges ausgelöste Gefühl der Befreiung nicht allmählich auch jene schweren Belastungen aufheben wird.

Aber auch außenpolitisch muß dem englischen Staatsmann aus manchen Gründen es geraten erscheinen, durch ein In-der-Schwebe-lassen Zeit zu gewinnen. Englands Hauptziel: Vernichtung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte und des deutschen Außenhandels, ist voll erreicht. Nicht so das Frankreichs: Vernichtung von Deutschlands Volkskraft und kontinentaler Machtstellung. Den Wünschen Frankreichs dient daher vornehmlich der Friedensvertrag. Diese Wünsche decken sich aber nicht mit denen Englands. So sehr dieses noch moralisch an den Kriegsgefährten gebunden ist, so wenig wünscht es sich dauernd mit ihm zu verheiraten — England hat niemals für ein so dauerndes Verhältnis zu einer europäischen Kontinentalmacht geschwärmt, gar wenn sie eine militärische Vormachtstellung einnimmt wie eben heute Frankreich. Offenkundig wünscht sich England heute von der Umarmung mit Frankreich zu lösen; soll diese Lösung ohne Bruch erfolgen, so hilft nur eine langsame Abkühlung des Verhältnisses durch hinhaltende Politik.

Englands Lage weist eine eigentümliche Parallele zu der der Vereinigten Staaten von Amerika auf: wie dieses sich von Europa überhaupt wieder zurückzuziehen wünscht, so England vom europäischen Kontinent. Sonst freilich zeigt die Lage der beiden angelsächsischen Weltreiche einen gewaltigen Unterschied: während Amerika vollkommen ungeschädigt und mit einem sicheren und unbestreitbaren Machtzuwachs aus dem Kriege hervorgegangen ist, ist Englands durch seinen Sieg gewonnener Vorsprung in Weltpolitik und Weltwirtschaft noch nicht endgültig gesichert; erst ein wirklicher, durchführbarer Friedensschluß mit Deutschland wird einen Abschluß der Soll- und Haben-Konten Englands gestatten. Es muß gehofft werden, daß der realpolitische englische Sinn sich der Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge nicht lange mehr widersetzen wird.

Digitized by Google

IV. Die geschichtliche Bedeutung des Atlantischen Ozeans.

Von **Karl Weule.**

Durchgesehen von **Karl Wegerdt.**

1. Die Gestalt und die Lage.

Die Gestalt des Atlantischen Ozeans als eines langen, S förmig gewundenen Kanals (s. die Karte bei S. 298), der sich in nur wenig schwankender Schmalheit zwischen der Alten und der Neuen Welt vom südlichen Polarkreis bis zum Nördlichen Eismeere hinaufzieht, kommt seiner verkehrsgeographischen, damit auch politischen und menschheitsgeschichtlichen Bedeutung sehr zu statten. Es ist darum auffällig, daß er erst so spät durchquert und damit entdeckt worden ist. Das hat seine erste Ursache in der überaus großen Inselarmut, die den Atlantischen Ozean gerade dort auszeichnet, wo eine erstmalige Durchkreuzung allein in Frage kommen konnte: in seinen mittleren, dem Mittelmeer im Westen vorgelagerten Breiten. Die zweite Ursache ist die weitgehende Gliederung, der Inselreichtum und die physikalischen Eigenschaften dieses Mittelmeeres selbst, die seine Befahrung zu sehr erleichterte, als daß auch nur eins der ihm anwohnenden ältern Schiffervölker eine Schulung gewonnen hätte, durch die es zur Befahrung des weithin sich dehnenden Westmeeres befähigt worden wäre. Die wenigen Versuche in beiden Zeiträumen gehen daher seitlich nur wenig über die Säulen des Herkules hinaus, entfernen sich außerdem freiwillig niemals weit von der Küste.

Für die nördlicheren Breiten des Ozeans haben dieselben Hinderungsgründe sehr lange gegolten. Ost- und Nordsee, obwohl für die Schiffahrt ungastliche Flächen, sind beide eine Vorschule für die transozeanische Fahrt nicht geworden, weder für die sicher nicht seeuntüchtigen vorgeschichtlichen Dolmenerbauer (Bd. I, S. 91), noch für die frühmittelalterlichen östlichen Wikinger, noch endlich für die Hanse und ihre westeuropäischen Zeitgenossen. Vielmehr fuhren gerade die Bewohner der frei dem ewig stürmischen Ozean sich darbietenden Westküste Norwegens auf diesem Ozeane weiter hinaus. Wenn auch durch die Inselreihe Färöer–Island–Grönland begünstigt, bleibt die Entdeckung Amerikas ums Jahr 1000 durch die Norweger (Bd. VI, S. 27) mit der Durchquerung der mehr als 600 km langen ersten Strecke bis zu den Färöern eine ganz andere seemännische Tat als die noch nicht einmal ganz sichergestellte Fahrt der Alten von Gades bis zu den glücklichen Inseln.

Gerade die Wiederkehr von Land in bestimmten Abständen von den Färöern aus war für die Normannen die Ursache, weder in Vinland, noch in Markland oder in Helluland etwas Besonderes zu erblicken; für sie waren diese fernen nordischen Länder zum Kolonisieren da wie Island und Grönland auch. Daß sie ein Teil der Weitgrenze des von ihnen so oft und so lange befahrenen Atlantischen Ozeans sein könnten, ist ihnen niemals zum Bewußtsein gekommen. In gleichem Sinne wirkte die gerade damals

Digitized by Google

einsetzende wirtschaftliche und kulturelle Abkehr Europas vom Westen und die einseitige Neigung gegen Osten dahin, daß die mittel- und südeuropäische Kulturwelt der neuen Entdeckung gegenüber so leicht zur Tagesordnung übergegangen ist, obwohl sie im außerskandinavischen Europa durchaus nicht unbekannt geblieben ist. Für Vinland, Markland und Helluland brachte dieser Mangel an Interesse baldiges Vergessen auch seitens der Nordländer mit sich; für die ganze europäische Welt aber hatte er zur Folge, daß der Glaube an die Endlosigkeit des westlichen Ozeans noch Jahrhunderte weiter bestand. Es bedurfte erst des Wiedererauflebens der Kosmographie der Griechen, bevor sich, wenigstens bei erleuchteten Geistern, im Abendlande der Gedanke an die überschreitbarkeit des Atlantischen Ozeans Bahn brach.

Vergeblicher noch als in der Mitte des Ozeans wäre es, in seiner südlichen Hälfte nach Versuchen zur Feststellung seiner Gestalt Umschau zu halten, obwohl hier der Kanal sich stellenweise zu Abmessungen einengt, die von modernen Schnelldampfern in wenigen Tagen durcheilt werden. Aber die Ureinwohner hüben wie drüben sind beide nur bis an das Meer gedrungen — betreten hat es jenseits der Küstenzone weder der Neger noch der Indianer. Hätte ihnen nicht der Weiße die Kunde von einem Gegenüber gebracht, es würden beide sich noch heute an den Rand der Unendlichkeit vorgeschoben fühlen.

Nächst der schmalen Kanalgestalt und der Inselarmut des Atlantischen Ozeans ist die reiche Gliederung sein Hauptcharakterzug (s. die beigeheftete Karte). Sie ist auch, wenn man ihn als hydrographisches Ganzes betrachtet, sein größter Vorzug. Verfolgt man seine Begrenzungslinien von Süden aus, so tritt bis zur Breite des Nordrandes von Südamerika die Gliederung zwar noch zurück hinter den Parallelismus der westafrikanischen und ostamerikanischen Küstenlinien, der sich bis zum Entsprechen selbst der einzelnen Buchten und Vorsprünge steigert. Aber weiter nordwärts tritt neben dem im allgemeinen ebenfalls noch beibehaltenen Parallelismus die Zerteilung und Aufschließung der westlich und östlich den Ozean begrenzenden Festlandmassen in den Vordergrund: im Osten dringt das europäisch-afrikanische Mittelmeer tief bis ins Herz der Alten Welt (s. Bd. III, S. 354 ff.), während sich das westliche Schwesterbecken auf Grund der vorwiegenden Meridionalrichtung Amerikas zwar weniger tief zwischen dessen beide Hälften einschiebt, gleichwohl aber damit eine geographisch und menschheitsgeschichtlich bedeutsame Gliederung des Ganzen hervorruft. Seitdem der transozeanische Panamakanal die mittelamerikanische Landbrücke durchschneidet, ist das vorliegende Mittelmeer die natürliche Zugangsstraße zu dieser in der Weltwirtschaft und Weltpolitik gleich bedeutungsvollen Verbindung zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean. Es erlangt damit, wenn auch unter wesentlich anders gearteten geographischen und Verkehrsverhältnissen, eine ähnliche Bedeutung, wie der östliche Teil des europäisch-afrikanischen Mittelmeeres sie für die altweltliche Geschichte so lange Zeiträume hindurch bewahrt hat.

Die Gliederung des Atlantischen Ozeans ist in seinem jenseits des Breitenkreises von Gibraltar gelegenen nördlichen Teil im Westen wie im Osten weder dem Grade noch der Form nach sehr verschieden. Rein morphographisch ist es nicht schwer, den Sankt-Lorenz-Golf und die Hudsonsbai mit unserer Nord- und Ostsee zu vergleichen, Labrador aber, Neufundland, Neuschottland, Kap Breton und die anderen in jener Gegend belegenen Eilande unserem Nordwesteuropa gegenüberzustellen. Trotzdem welch ein Unterschied! In unseren beiden heimischen Meeren ein Leben, das der Geschichte Nord- und Westeuropas lange Zeiträume hindurch seinen Stempel aufgedrückt hat (s. Bd. VI, S. 331 ff. und 1 ff.) — welch eine Stille auf der anderen Seite des Ozeans! In der Hudsonsbai beschränkt sich die bisherige Betätigung der Menschheit auf einige wenige und auch nur zum geringen Teile gelungene Vorstöße der Europäer, ihre Umrisse von der Seeseite her festzustellen, und auf das dürftige, seit unbestimmter Zeit an ihren Ufern sich abspielende Jägerdasein etlicher Indianer- und Eskimostämme. Der Sankt-Lorenz-Golf aber ist seit der Besiedelung Kanadas durch die Franzosen lediglich Durchgangsmeer für die Verbindung dieser Kolonie mit Europa und den Vereinigten

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Digitized by Google

Staaten gewesen. Bei der Hudsonsbai bilden die ungünstigen klimatischen Verhältnisse ein für geregelte Schiffahrt unbesiegbares Hindernis. Der Sankt-Lorenz-Golf wird, je weiter auch größere Seeschiffe auf dem Lorenzstrome und den kanadischen Seen ins Innere Nordamerikas zu dringen vermögen, sich immer mehr beleben. Doch ein Randmeer von größerer selbständiger Bedeutung wird er darum nicht werden.

Noch weniger fruchtet dem Atlantischen Ozean seine reiche arktische Gliederung. Vor neunhundert Jahren führte die Inselreihe Färöer-Island-Grönland den Europäer über den Ozean. Gleichzeitig haben jene Eilande einen winzigen Teil der europäischen Bevölkerung zu dauernder oder, wie Grönland, zu wiederholter Besiedelung in sich aufgenommen. Zu irgendwelcher bemerkenswerten geschichtlichen Bedeutung hat es indessen keine dieser unter der Ungunst eines überharten Klimas leidenden Kolonien zu bringen vermocht; trotz der eigentümlichen Kulturblüte Islands und des regen kirchlichen Lebens am Westrande Grönlands dämmern diese nordischen Gemeinwesen geschichtlich dahin.

In zweierlei Beziehung hat der nördliche Atlantische Ozean trotzdem auf die Gestaltung unserer gesamten Kulturentwickelung eingewirkt: durch seine aus der Gliederung und aus seiner allgemeinen Erdlage hervorgehenden physischen Eigenschaften. Die eine Einwirkung besteht in der reichlichen Versorgung der Bevölkerung Europas mit den Erzeugnissen seiner ausgedehnten Fischgründe. Und zweitens sind die dadurch geförderten eifrigen Nordfahrten für die germanischen Seevölker Nordwesteuropas und die Franzosen die beste Schule der Schiffahrt gewesen. Die Fischerei begegnet sich hier aufs innigste mit dem anderen, geschichtlich mindestens ebenso nachhaltig wirkenden Bemühen, auf dem Wege um Nordamerika wie auf dem um Nordeuropa und Nordasien den Ostrand Asiens zu erreichen. Tatsächlich hat nichts so sehr die hohe nautische Schulung der britischen Nation in die Wege geleitet wie die immer von neuem in Angriff genommene Suche nach der nordwestlichen und der nordöstlichen Durchfahrt (Bd. IX, Abschnitt I), von den Fahrten des älteren Cabot an bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Dem Atlantischen Ozean als Ganzen gebührt das Verdienst, die Kulturvölker der Alten Welt aus der Enge ihrer Rand- und Mittelmeere auf die hohe See überhaupt hinausgeführt zu haben; er hat die nachkolumbische Menschheit mündig gemacht. Und gerade sein sturmgepeitschter, eisdurchsetzter, nördlichster Teil hat einer einzigen, von Haus aus nicht einmal starken Nation, den Engländern, in knapp drei Jahrhunderten die Herrschaft über das Weltmeer in die Hände gespielt.

2. Die vorkolumbische Zeit.

A. Bis zum Rückzuge der Römer von der Nordsee.

Bis zu dem Augenblick, da das erste Normannenboot am Strande Grönlands oder Hellulands scheuerte, hat der Atlantische Ozean lediglich die Bedeutung einer riesenhaften Kluft zwischen den Rändern der in Gestalt eines gewaltigen, vom Kap Hoorn bis Smith-Sund reichenden Bandes um den Erdball sich legenden Ökumene gehabt; so angesehen erscheint Amerika als der Osten der bewohnten Erde, worauf Ratzel als erster 1882 in seiner „Anthropogeographie" hingewiesen hat — eine uns heute längst geläufig gewordene Vorstellung. Gegenüber der rassengeschichtlichen Bedeutung des Stillen und des Indischen Ozeans erscheint die Geschichte des Atlantischen Ozeans sonach von einer erstaunlichen Jugend. Wer jedoch gelernt hat, die Anfänge des Menschengeschlechts bereits im Zeitalter des Tertiärs zu suchen,

Digitized by Google

einer Epoche, die durch ihre Veränderung innerhalb der gesamten organisierten Welt ebenso interessant ist, wie durch ihre umfangreichen Veränderungen der Erdoberfläche, der stößt auf eine weit frühere, in das Schicksal der Menschheit eingreifende Tätigkeit der Erdstelle, an der heute über tiefen Wassern die Fluten des Atlantischen Ozeans rauschen: denn er vermutet bis in die Tertiärzeit hinein dort zwei breite, vom Westrande der heutigen Alten Welt nach dem heutigen Amerika hinüberführende, von frühmenschlichen Bewohnern besiedelte Landbrücken. Erst der Abbruch dieser Brücken leitete dann jene jüngere Epoche ein, da der entstehende Ozean die bis dahin vorhandene Verbindung zwischen den Anwohnern seiner Gestade so völlig und dauernd zerriß, daß er eine Kluft der Ökumene wurde.

Das unübersehbare Dunkel der ozeanischen Ferne lockte als erste die Phoiniker und Punier an, erstere schon im zweiten Jahrtausend v. Chr., sich auf seine Fluten hinauszuwagen; das zur Herstellung der in Aufnahme kommenden Bronze benötigte Zinn vermochte sie, die abgegrenzte Fläche des von ihnen beherrschten Mittelmeeres zu überschreiten; freilich nur um ein geringes. Schon die geographisch zwar bedeutsame, nautisch aber nicht bemerkenswerte Küstenfahrt des Hanno (Bd. II, S. 178) erschien ihnen als erstaunliche Leistung, die bleibender Verherrlichung gewürdigt wurde.

Die Griechen, im östlichen Mittelmeerbecken beheimatet und nach dem Stand der nautischen Kunst damals dem Ausgang zum Ozean schon dadurch ferngerückt, haben, obwohl kolonialpolitisch die Universalerben der Phoiniker, niemals die Herrschaft der Karthager über das westliche Mittelmeer zu brechen vermocht; ihnen blieb darum das Weltmeer, das sie mit Phantasiegebilden von der Art der Platonischen Atlantis bevölkerten, dauernd in nebelhafter Ferne. Um so höher erscheinen uns darum die Forscherfahrten eines Pytheas von Massilia (um 330 v. Chr.) über Britannien hinaus zum sagenumwobenen Thule, seines Landsmannes und Zeitgenossen Euthymenes, des Eudoxos von Kyzikos (um 150 v. Chr.) und des Geschichtsschreibers Polybios (um 205—123 v. Chr.) an der Westküste Afrikas entlang zu bewerten zu sein; aber praktische Folge haben diese Unternehmungen nicht gezeitigt. Von großer Bedeutung wurde der Atlantische Ozean den Griechen nur insofern, als die von den Phoinikern geflissentlich genährte Vorstellung von dem allumfließenden Weltmeer (vgl. die Weltkarte Bd. V, bei S. 8) das von den ionischen Geographen geschaffene Weltbild bestimmte.

Die Römer machten sich durch den entscheidenden Sieg über Karthago im Kampf um die Iberische Halbinsel (210 v. Cr.) die Bahn für ein selbständiges Vordringen an den Ozean frei; aber zu maritimen Unternehmungen schwangen sie sich erst auf, nachdem sie ihren Fuß nach Gallien gesetzt hatten: 55 und 54 v. Chr. fährt Julius Cäsar nach Britannien; wenige Jahrzehnte nachher erfolgen die Vorstöße des Drusus, dann die des Germanicus auf der Nordsee. Da die Römer lediglich natürliche Grenzen gegen das beginnende Andringen des Germanentums erstrebten, griffen die römischen Expeditionen nur schüchtern auf die südlichen Teile der Nordsee hinaus; der offene Ozean kam für sie nicht in Betracht.

Die Nordsee ist für den größten Teil des ersten nachchristlichen Jahrtausends der einzige Teil des Atlantischen Ozeans, der für die beglaubigte Geschichte Westeuropas nachweisbar eine Rolle spielt. Gewiß haben die Veneter und andere Anwohner der Westküste Hispaniens, Galliens und Germaniens in Fortsetzung des uralten Zinn- und Bernsteinzwischenhandels nach dem Süden ihre Fahrzeuge auch auf dem offenen Ozeane erprobt; sogar die Römer unternahmen noch einmal, bevor sie von Britannien endgültig Abschied nahmen, einen Vorstoß in Gestalt der Fahrt des Cn. Julius Agricola (84 n. Chr.) in die Großbritannien umrandenden Meere und Meeresteile.

Digitized by Google

B. Vom 6. bis zum 15. Jahrhundert.

a) Der Atlantische Ozean als ein Gebiet der Sage.

Die Zeit bis zum 10. Jahrh. ist, von den Fahrten der Normannen abgesehen, noch arm an seemännischen Taten, um so reicher dafür an Sagen, die ihren Schauplatz auf dem Atlantischen Ozean haben: ein Beweis für das allgemeine Interesse, das man stets an dem rätselhaften großen Meere im Westen zu nehmen gewohnt war; geschichtlich bedeutungsvoll aber sind sie durch den Einfluß, den ihr vermeintlicher geographischer Kern auf den Gang der Entdeckungen ausgeübt hat.

Die von den Griechen übernommene Atlantis-Sage suchte Kosmas Indikopleustes (um 520; vgl. Bd. II, S. 483) nach dem für die Patristik charakteristischen Bestreben mit der Bibel in Einklang zu bringen; in Platons Atlantis verlegte er den Sitz der ersten Menschen; erst bei der Sintflut wären diese auf wunderbare Weise nach unserer Erdfeste übergesetzt. Die zehn Könige aber der Atlantis wären die zehn Geschlechter von Adam bis Noah.

Einen breiteren Raum in der atlantischen Geographie des Mittelmeeres nimmt die Legende von den Fahrten des heiligen Brandanus und der nach ihm benannten Insel oder Inselgruppe ein. Dieses „Brandans-Eiland" ist das ausdauerndste unter jenen zahlreichen „Wunschländern", in denen das Mittelalter das irdische Paradies fortbestehen sah und nach denen es eifriger suchte als nach anderen erstrebenswerten Gebieten; im Gegensatz zu den meisten Paradiesen wurde es im Westen gesucht, zweifellos in dunkler Erinnerung an die antiken Inseln der Seligen und die Gärten der Hesperiden. Der Held der Sage ist der als Abt von Clonfert am 16. Mai 578 gestorbene Ire Brandanus, der, angeblich angeregt durch die Reiseschilderungen seines Gastfreundes Barintus, sich mit vierzehn Gefährten aufmacht, um auch seinerseits das „Land der Verheißung" aufzusuchen. Nach siebenjährigen Irrfahrten und Abenteuern auf dem Atlantischen Ozean erreichte er eine große, selbst in 40 Tagen nicht zu durchwandernde Insel, über der ein ununterbrochener Tag erglänzte und deren Bäume lustig mit Früchten gesegnet waren, als herrsche ein ewiger Herbst. Ein Gottesbote in glänzender Jünglingsgestalt lud die Reisenden zur Heimkehr und zur Befrachtung ihres Schiffes mit Edelsteinen und Früchten ein. Entdeckungsgeschichtlich ist die Erscheinung selbst über die Entdeckung Amerikas hinaus bedeutsam geblieben: im 16. Jahrhundert sind dreimal Schiffe ausgesandt worden zur Aufsuchung des altberühmten Brandanlandes; ja selbst im Jahre 1721 noch hat ein Gouverneur der Kanarien ein Schiff zu demselben Zweck ausgerüstet.

Ein gleich schattenhaftes und ebenfalls nicht bedeutungsloses Gebilde ist die Insel Antil(l)ia, die „Insel der sieben Städte". Nach dem Entscheidungskampf in der Nähe von Cadix an der Mündung des Salado (bei Xeres de la Frontera, 711), so berichtet die Sage, sei der Erzbischof von Porto mit sechs anderen Bischöfen auf eine ferne Insel im Ozean geflüchtet; dort habe jeder von ihnen eine Stadt gegründet. Vom 15. Jahrh. an wurde eine große Reihe von Expeditionen zur Wiederauffindung dieser Insel der sieben Städte ausgerüstet. Urkunden der portugiesischen Könige jener Zeit verliehen wiederholt die Insel der sieben Städte ihrem künftigen Entdecker. Kolumbus hoffte in Antilia eine willkommene Rast auf seiner langen Weltfahrt zu finden; als sich während der ersten Fahrt von der Insel nichts zeigte, glaubte er, an ihr vorbeigefahren zu sein.

Das letzte größere, dem Atlantischen Ozean angehörige geographische Phantasiegebilde ist die Insel Brasil. Sie taucht auf vielen Karten des 14. und 15. Jahrh. auf, stets weit draußen im Ozean; auch zu ihrer Aufsuchung fuhren in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrh. Schiffe auf Schiffe hinaus auf den weiten Ozean, diesmal aber ausgerüstet von Kaufleuten des britischen Hafens Bristol. Die Brasilexpeditionen von 1480 und den folgenden Jahren sind die ersten größeren Ausgriffe des englischen Volkes in weltmeerische Weiten, seine erste, noch halb unbewußte seemännische Kraftäußerung. Wie Antilia den Antillen den Namen gab, so Brasil dem neugefundenen südamerikanischen Festland.

b) Der Atlantische Ozean als ein Gebiet beginnender Erschließung.

Über die rein theoretische Pflege der Sage geht das erste nachchristliche Jahrtausend nur in den nordöstlichen Randmeeren des Atlantischen Ozeans hinaus. In der Ostsee mit ihrer mittelmeerischen Lage ist das geschichtliche Leben zu jener Zeit bereits so rege, daß es besser

Digitized by Google

einer gesonderten Betrachtung unterzogen worden ist (Bd. VI, S. 7 ff.). Das gleiche gilt von der Nordsee; mit ihrem Charakter eines Randmeeres kommt zwar die Gunst ihrer heutigen Lage damals noch nicht so zur Geltung wie in den späteren Zeiträumen eines wirklichen Weltverkehrs; gleichwohl reicht das Zusammentreffen einer kleinen, aber einander schön ergänzenden Zahl von Vorzügen hin, sie als Schiffahrtsgebiet weit über alle anderen Teile des Atlantischen Ozeans emporzuheben (s. Bd. VI, S. 331 ff.). Die Seefahrten der Wikinge, Karls des Großen, der Kölner Kaufleute auf der Nordsee belegen zwar eine beginnende Wertschätzung übermeerischer Beziehungen an der atlantischen Seite Europas — den Atlantischen Ozean als offene Meeresstraße berühren sie nicht; dessen dauernde Erschließung erfolgte vielmehr von jener Stelle aus, die auf Grund der gesamten handelspolitischen Weltlage einzig und allein für eine derartige Umwälzung in Frage kam: dem Mittelmeere.

Mit der plötzlichen Ausbreitung der mohammedanischen Religion und der arabischen Macht über große Teile des mittelmeerisch-vorderasiatischen Kulturkreises, vor allem mit der Monopolisierung des gesamten ostwestlichen internationalen Handels durch die politischen Herren Ägyptens und der syrischen Pforte hatten sich die seit weit mehr als einem Jahrtausend stets gleich bequemen Bezugsbedingungen für die Güter des fernen Ostens nach dem Abendlande durchaus verschlechtert; so dachten jetzt die mittelmeerischen Handels- und Städterepubliken an die Umgehung des moslimischen Hindernisses, dessen Sprengung ja selbst den Kreuzzügen nicht gelungen war. Seit 1317 durchkreuzten Venezianer und Genuesen in regelmäßiger Fahrt die Straße von Gibraltar, um in England und Flandern auch ihrerseits teilzunehmen an jenem umfangreichen Handel, der infolge der wirtschaftlichen Fortschritte Nordwesteuropas überall nördlich der Alpen erblüht war (vgl. unten, S. 315, 318).

Fast ein Menschenalter früher aber haben sie bereits von Gibraltar aus eine südliche Richtung eingeschlagen, die nach allem, was man von der Geographie überhaupt wußte, allein zu einer direkten Verbindung mit Indien führen konnte. Dieser Gedanke beherrschte die Entdeckungsgeschichte des 14. und 15. Jahrh. zur See. Wir sehen ihn verwirklicht in der Fahrt der Brüder Vadino und Guido de' Vivaldi aus Genua, die 1281, und der des Ugolino Vivaldi, der 1291 auf einem Schiffe des Teodosio Doria an Afrikas Westküste hinabfuhr, um den Seeweg nach Indien zu entschleiern; er tritt zutage in den Entdeckungsfahrten der Italiener nach Madeira, den Kanaren und den Azoren, jenen nautisch wie geographisch ruhmvollen Unternehmungen; endlich gehören hierher die durch Heinrich den Seefahrer veranlaßten, das ganze Leben dieses eigenartigen Mannes ausfüllenden Vorstöße längs der Westküste Afrikas.

Die Portugiesen des 15. Jahrh. gedachten, wie vorher die Italiener, den Atlantischen Ozean nur bis zu dem Punkt zu benutzen, wo ein eingebildeter westlicher Mündungsarm des Nils aus dem dunkeln Weltteile herauströte, eine, schon bei Ptolemaios angedeutete Vorstellung, die ihnen die Araber mit der Aufteilung des oberen Nils in drei Arme überliefert hatten, die sich ins Mittelmeer, das Rote Meer und den Atlantischen Ozean ergießen sollten.

Der gemeinsame Zug in den damaligen Anschauungen über den Atlantischen Ozean ist seine Behandlung als die unabsehbare westliche Begrenzung der Ökumene. Erst Kolumbus nahm wieder die Vorstellung der Ökumene als eines rings geschlossenen Bandes auf, wie sie fast zweitausend Jahre zuvor Aristoteles, Eratosthenes, Poseidonios begründet hatten. Letzterer schätzte den westöstlichen Abstand auf 70000 Stadien, Seneca auf eine Seefahrt von sehr wenig Tagen ab; dieser schloß sich jener geographischen Richtung des Altertums an, die dem Wasser einen nur mäßigen Anteil an der Bedeckung der Erdoberfläche zumaß, diese vielmehr größtenteils von Land gebildet sein ließ, das in der Form eines geöffneten Reitermantels

Digitized by Google

(Chlamys bei Strabon) den Erdball umhülle; die Öffnung werde vom Atlantischen Ozean gebildet. Diese Ansicht haben dann die Scholastiker von neuem aufgenommen. Soweit es durch die Vermittelung der Araber geschah, erfolgte dies Aufleben der Ozeanfrage in der Form, wie sie Marinos von Tyros (um 100 n. Chr.) und Ptolemaios den Khalifen übermacht hatten. Der westliche Ozean schrumpfte dabei zwar nicht auf jenen schmalen Senecaschen Kanal zusammen; aber im Verhältnisse zur Längenausdehnung des Festlandes war er immerhin so eng, daß ein Mann von dem Unternehmungsgeiste des Kolumbus sehr wohl den Plan ernsthaft erwägen konnte, durch eine Durchkreuzung dieses Gewässers den Osten im Westen zu suchen. Ptolemaios hatte die Längenausdehnung des Ozeans auf 180, Marinos nur auf 135 Längengrade abgeschätzt: eine Entfernung, die ein guter Segler des ausgehenden 15. Jahrh. in kurzer Zeit zu durchmessen vermochte. Kolumbus bestärkten die Berechnungen Paoli Toscanellis und die Zahlenangaben über die lang sich hinziehenden Reisewege Marco Polos (Bd. I, S. 145) und der reisenden Mönche des 13. und 14. Jahrh. in der zähen Ausdauer und köstlichen Zuversicht, womit er die Ausführung seines Planes mehr als ein an Entmutigungen überreiches Jahrzehnt im Auge behielt.

3. Die nachkolumbische Zeit.

A. Der Atlantische Ozean als Erzieher.

Kolumbus hat den wahren Charakter der Neuen Welt als eines selbständigen Bestandteils der Erdoberfläche niemals erkannt: er ist in dem Glauben gestorben, niemal an den Ost- und Südostrand Asiens gesegelt zu sein. Bis zum Jahre 1513, in dem Nuñez de Balboa von den Höhen von Darien zum Gestade der Südsee herabstieg, fielen für die Zeitgenossen des Kolumbus der Atlantische und der Stille Ozean zusammen. Erst seit der Rückkehr der „Viktoria" von Magalhães' Erdumsegelung (6. Sept. 1522) wußte man, daß den Zwischenraum zwischen West- und Ostrand der Ökumene zwei physikalisch vollwertige Ozeane ausfüllen, zwischen die sich ein Doppelkontinent legt, der alle Eigenschaften eines selbständigen Erdteils besitzt. Ein vollkommen neues Weltbild stieg vor den Kulturvölkern auf, neu in kosmographischer Beziehung, neu aber auch für die Weiterentwickelung der Menschheitsgeschichte.

Auch vor 1500 haben sich Völkerschicksale teilweise auf dem Meere abgespielt, von den Atkadern (Bd. II, S. 10f.) bis zur Hanse; aber bestimmt war das Geschick dieser älteren Seemächte doch immer von dem Kontinent worden, dessen Bedeutung für die Menschheitsgeschichte die der Meeresflächen unendlich überragte. Mit dem Zeitalter der großen Entdeckungen verlegte die Geschichte ihr Schwergewicht in steigendem Maße aufs Meer. Gleichzeitig hört auch das Neben- und Nacheinander der geschichtlichen Einzelherde allmählich auf; die Geschichte wird erdumfassend. Freilich erfolgte dieser Umschwung nicht in einem Sprunge, vielmehr war es die besondere Aufgabe des Atlantischen Ozeans im 16. Jahrh., die Völker Europas zur Übernahme der Weltherrschaft zu erziehen: dazu war weder der Stille Ozean, dieses Meer der Zukunft, befähigt, noch der Indische, dessen Mangel einer natürlichen Verbindung mit dem Mittelländischen Meer durch Jahrhunderte noch eine ausgedehnte Benutzung durch die Völker Europas ausschloß, noch auch endlich das Mittelländische Meer und die Ostsee, die ihre anwohnenden Völker wohl befähigten, Träger eines selbständigen, heimischen Kulturkreises zu werden, die aber in der Erziehung der Menschheit zur Beherrschung des Erdkreises versagten: weder Genuesen und Venezianer, noch die Hanse traten in den beginnenden Welt-

Digitized by Google

kampf um die Herrschaft über die Meere ein. Nur die harte Schule einer straffen Erziehung zur See, wie sie der Atlantische Ozean gab, befähigte zum sieghaften Durchhalten in diesem erbitterten Kampfe: und noch 1918 obsiegte das in solcher 300jährigen Erziehung hart gewordene England über die jüngere, aber aus weicherem Holz geschnitzte Seemacht des jungen Deutschen Reiches, das durch seine unglückliche geographische Lage vom frischen Wind des Ozeans nur einen abgeschwächten Wellenschlag in der deutschen Bucht erhält!

Der Entscheidungskampf zwischen jenen ursprünglichen Gegnern: Spanien und Portugal, Holland, England und Frankreich, erfolgte auf dem Atlantischen Ozean. Der glückliche Schiedsspruch des Papstes vom 7. Juni 1494, der die Welt durch eine Demarkationslinie in eine spanische und eine portugiesische Interessensphäre teilte, unterband von vornherein eine Austragung des Streites um die Weltherrschaft zwischen Spanien und Portugal; die Neue Welt fiel fast völlig in die spanische Hälfte, nur der Osten Südamerikas in Portugals Interessensphäre — doch trat das amerikanische Besitztum den wichtigeren Aufgaben Portugals im Indischen Ozean gegenüber in den Hintergrund; die auf ihren Schein pochenden Spanier traten aber jedem Versuch Portugals, Brasilien zum Ausgangspunkt weiterer Erwerbungen zu machen, sofort entgegen. Nachhaltiger war der den beiden iberischen Mächten aufgezwungene Kampf mit den seit dem 16. Jahrh. rasch aufstrebenden Nationen jenseits der Pyrenäen und des Biskayischen Meerbusens. Die spanische Vormacht hielt den einzigen aus dem engen Kanal des Atlantischen Ozeans nach Westen, durch die Magalhäesstraße, die portugiesische den einzigen nach dem Osten, um das Kap der Guten Hoffnung führenden Weg verschlossen. Holländer und Engländer sahen sich daher gezwungen, aus der Enge des ihnen geographisch zukommenden nördlichen Atlantischen Ozeans für sich einen Ausgang nach dem Ostrand Asiens zu suchen; mit niemals ganz zu ertötender Tatkraft fuhren sie wieder und wieder aus, um im Nordwesten und im Nordosten des Atlantischen Meeres je eine Durchfahrt (vgl. S. 299) zu finden, die räumlich kürzer sein mußte als der weite Weg um die Südspitzen Afrikas und Amerikas, die aber gleichzeitig auch den Vorzug aufweisen sollte, ihre Entdecker vom spanischen und portugiesischen Monopol auf jene beiden Wasserstraßen unabhängig zu machen. Auch Franzosen, Spanier und Portugiesen haben in der ersten Hälfte des 16. Jahrh. sich im Norden des Atlantischen Ozeans und im Verfolge der gleichen Ziele getummelt: indes hat sie keine Nation mit einer Beharrlichkeit verfolgt wie Engländer und Holländer, vor allem die Engländer.

Bedeutsam ist aber auch der Lohn, der dem englischen Volke aus jener strengen nordischen Schulung erstanden ist. Geographisch ist er damals gering, handelspolitisch sogar gleich Null geblieben; hat doch erst die Mitte des 19. Jahrh. den Beweis erbracht, daß eine Wasserverbindung zwischen der Baffinsbai und der Beringstraße zwar vorhanden, aber zur Schiffahrt untauglich ist. Doch das hohe nautische Können, das Gefühl der Kraft und das Bewußtsein, keiner maritimen Aufgabe mit unzulänglichem Wissen und Können gegenüberzustehen, kurz, der innerliche Gewinn, den das englische Volk aus dieser großen arktischen Forschung wie aus den vorhergehenden Unternehmungen in der ersten Hälfte des 16. Jahrh. zog, sind höher zu bewerten. Gerade dieser jahrhundertelange schwere Kampf gegen eine über alle Maßen feindliche Natur hat die englischen Seeleute zu Herren auf jedem anderen Meere gemacht und dem englischen Volk das Bewußtsein seiner Kraft gegeben.

Diese nationalpolitische erzieherische Bedeutung arktischer Betätigung ist den Spaniern und Portugiesen im ganzen fremd geblieben. Seevölker im Sinne der heutigen Engländer und Holländer, Norweger oder Malaien sind sie überhaupt nie gewesen. Zu nautischen

Digitized by Google

Erstlingsversuchen schritten sie erst, nachdem, geraume Zeit übrigens nach der Befreiung Lissabons vom maurischen Joche (1147), der prachtvolle Hafen an der Tejomündung mehr und mehr zum Stapelplatz in dem mittelmeerisch-flandrischen Handel geworden war; und selbst dann bedurfte man noch allerorten italienischer Lehrmeister. Nur so ist es zu erklären, daß beide einst weltumspannenden Mächte so unsagbar rasch, nach einem Jahrhundert der ekstatischen Betätigung zur See, und so vollständig vom erdumspannenden Ozean haben verschwinden können. Die letzte ernst zu nehmende spanische Flotte ist vom holländischen Admiralleutnant Marten Harpertzoon Tromp am 21. Oktober 1639 bei Downs vernichtet worden; um dieselbe Zeit schon galten auch die Portugiesen als die schlechtesten Seeleute Europas.

Wackerer haben sich die Holländer und Franzosen gehalten. Beider arktische Schule ist etwas anders geartet als die der Engländer: zwar haben auch sie im 16. und 17. Jahrh. teilgenommen an der Suche nach nordwestlichen und nordöstlichen Wegen; mit wirklich rühmenswerter Ausdauer haben sie doch mehr den praktischen Teil der polaren Schiffahrt, die Hochseefischerei und den Robbenschlag, betrieben. Daß diese Beschäftigung eine gute nautische Schule gewesen ist, das zeigt einmal die Tatkraft, womit zuerst die Holländer, nach den Engländern dann auch die Franzosen den großen Schritt aus dem Atlantischen Meer in den Indischen Ozean getan haben; das zeigt ferner auch der ungemein kräftige Widerstand, den beide Kolonialmächte im 17. und 18. Jahrh. dem ihnen nunmehr gefährlichsten Gegner, der englischen Weltmacht, entgegenzustellen vermochten.

B. Der Atlantische Ozean im Kampfe um die Welthandelsherrschaft.

Mit dem Ende des 16. Jahrh. begann die Austragung des Kampfes zwischen den Nordwesteuropäern und den beiden durch geographische Lage, eine erdumspannende Entdeckungstätigkeit und durch päpstlichen Machtspruch für die Weltherrschaft bevorrechteten Mächten Spanien und Portugal. Die Seetüchtigkeit hatten sie durch kühne Unternehmungen in den arktischen und subarktischen Gewässern des Atlantischen Ozeans erreicht; den Kampf führten sie, gemeinsam oder vereinzelt, in den heimischen und westindischen südlicheren Gewässern. Das ist die große Zeit der Kriege Englands und Hollands gegen die „unüberwindlichen" Flotten Philipps II.; es ist gleichzeitig auch die politisch kaum minder folgenreiche Zeit des privilegierten Seeraubs von Angehörigen aller drei nördlichen Mächte in den ostamerikanischen Gewässern. Nichts spricht lebhafter für die Wertschätzung dieses während der letzten Jahrzehnte der Königin Elisabeth ausgiebig benutzten Kampfmittels als die Standeserhöhungen der Sir Thomas Cavendish, Sir Francis Drake, Sir John Hawkins, Sir Walter Raleigh.

Bald schon griff der Kampf um die Seegeltung auf den Indischen Ozean, auf die Westküste Amerikas, kurz überallhin über, wo es Gelegenheit gab, den beiden älteren Kolonialmächten ihre ersten und wertvollsten Kolonien zu entreißen. Bereits 1595 ging Cornelis de Houtman mit vier holländischen Schiffen nach Java und den benachbarten Inseln; wenig später folgten ihm die Engländer, 1616 dann auch die Dänen. Der Atlantische Ozean hörte damit zwar auf, der Kriegsschauplatz zu sein — friedlicher ward es auf ihm gleichwohl nicht; der nach dem Hinausdrängen der Spanier und der Portugiesen aus ihrer Großmachtstellung unter den siegreichen Gegnern entbrennende, viel heftigere und anhaltende Kampf spielte sich gleichstark im Indischen wie im Atlantischen Ozean ab.

Die gewaltige Länge seiner beiderseitigen Küstenlinien, dann aber auch die allgemeine Verfestigung und Erstarkung der nordwesteuropäischen Staaten bringt es mit sich, daß im Laufe der letzten drei Jahrhunderte Ort und Heftigkeit des Kampfes um die Herrschaft auf

Digitized by Google

ihm und an ihm sehr gewechselt haben, ebenso wie auch die Gegner. Unter diesen finden wir Portugal und Spanien noch lange nach ihrem schnellen Niedergange vertreten: rasch hintereinander fallen in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrh. die portugiesischen Kolonien an der Küste von Oberguinea in die Hände der Holländer (Elmina 1637 erobert); 1642 gerät nach achtzehnjährigen Kämpfen Brasilien an Holland, das es bereits 1661 gegen eine Entschädigung von 8 Millionen Gulden an Portugal zurückgibt; 1651 endlich legen die Holländer ihre Hand für anderthalb Jahrhundert auf das wichtige Kap der Guten Hoffnung. In Westindien hatte die Verteilung des spanischen Besitzes bereits 1621 mit der Gründung der Holländisch-Westindischen Kompanie kräftig begonnen; im Laufe der nächsten Jahrzehnte ward die Mehrzahl der Kleinen Antillen Spanien entrissen. 1655 bemächtigte sich Cromwell sogar Jamaikas. Die anderen Großen Antillen sind erheblich länger spanisch geblieben: Haiti in seinem östlichen Teile bis 1821, Kuba und Puerto Rico gar bis 1898.

Die Schar der nordwesteuropäischen Kämpfer zerfällt nach ihrem Wert in zwei Gruppen: England, Holland, Frankreich, die jedes mit ungeheurer Anspannung der Kräfte die Herrschaft über den Atlantischen und den Indischen Ozean erstrebt haben, und Dänemark, Schweden, Preußen, die in engem Rahmen lediglich wirtschaftliche Zwecke verfolgten. Ihre Bestrebungen an den Küsten Afrikas belegen die damals allgemein anerkannte hohe Bewertung transozeanischer Unternehmungen, und im Leben der betreffenden Staaten stellen sie mehr oder minder bedeutungsvolle Haltepunkte dar; in der Geschichte des Atlantischen Ozeans sind sie jedoch nur eine bescheidene Episode.

a) Die Bedeutung der Navigationsakte.

In seinen Anfängen geht dieser Kampf, soweit er zwischen Holland und England ausgefochten worden ist, bis auf die Gründung der Englisch-Ostindischen Kompanie zurück; hell auflodert er hingegen erst mit der Verkündigung der Navigationsakte durch Oliver Cromwell am 9. Oktober 1651 (vgl. Bd. VI, S. 403). Von diesem Tag an ist das geschichtliche Tun Altenglands in jedem seiner Schritte von dem Bestreben erfüllt, Hollands Übergewicht zunächst in den heimischen Gewässern, dann auf dem Atlantischen Ozean überhaupt, in letzter Linie schließlich im Indischen Ozeane zu brechen. Die drei gewaltigen Seekriege von 1652—54, 1664—67 und 1672—74 sind der klarste Ausdruck dieses Bestrebens, das zwar mit keinem unbestrittenen Erfolge der Briten, wohl aber mit einem Gleichgewichtszustande zwischen beiden Staaten endete, der England ohne weiteres in den Stand setzte, an den zweiten Teil seiner Aufgabe, die Niederschmetterung Frankreichs und die Erlangung der Welthandelsherrschaft, heranzutreten. Dieser Kampf setzte 1688 mit dem dritten Raubkriege Ludwigs XIV. ein und dauerte, mit Unterbrechungen, bis zum Wiener Kongreß (1815). Sein Schauplatz ist durchaus nicht einheitlich. Der Kampf um den Indischen Ozean spielt sich auf der vorderindischen Halbinsel ab (1740—60), der um die Sicherung des Weges nach jenem Ozean in Ägypten (1798—1801) und am Kap der Guten Hoffnung (1806); die Haupttreffen werden indessen stets nur an und auf dem Atlantischen Ozean geschlagen, dessen politische und kommerzielle Beherrschung zu einer Zeit, wo es weder Dampfschiffahrt, noch Sues-, noch Panamakanal gab, ausschlaggebend war für die Beherrschung der Welt überhaupt.

Die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung des Atlantischen Meeres tritt oft gerade in anscheinend nebensächlichen Vorkommnissen zutage: 1662 kam das portugiesische Tanger als Brautschatz der Infantin Katharina bei deren Vermählung mit Karl II. an England; da es mehr kostete, als es einbrachte, gab man es 1684 wieder auf — das am 3. August 1704

Digitized by Google

eroberte, gegenüberliegende Gibraltar verteidigte es dagegen oft und unter schwierigen Verhältnissen und hielt es trotz jährlichen Zuschusses von 40000 Pfund Sterling bis heute zäh fest. Oder das von den Portugiesen und Holländern vernachlässigte Eiland Sankt Helena, seit 1650 im Besitz der Englisch-Ostindischen Kompanie, befestigte diese, seinem strategischen Werte gerecht werdend, durch Anlage des Forts Saint James, und die Übernahme Sankt Helenas durch die britische Regierung 1815 ging in letzter Linie auf die Notwendigkeit zurück, auf dem wichtigen Wege nach Indien auch mitten im Ozean einen stets zugänglichen Stützpunkt zu besitzen. Erst nach der Eröffnung des Suezkanals hat dieser seinen Wert zugunsten der mittelmeerisch-erythräischen Etappenlinie Gibraltar–Ägypten–Aden verloren.

b) Die Bedeutung der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung.

Während so der östliche Atlantische Ozean, wie die Geschichte seiner Entschleierung, ebenso die wachsende Wertschätzung seiner strategischen Punkte zeigt, geschichtlich nur der Vorhof zum Stillen Ozean gewesen ist, hat seine Westseite bedeutend früher geschichtliches Eigenleben entwickelt; zunächst verhinderten allerdings noch ein solches das spanisch-portugiesische Kolonialsystem im romanischen Süd- und Mittelamerika, das eigenes wirtschaftliches, politisches und geistiges Leben nirgends erstehen ließ, und die langsame, durch viele Rückschläge hintangehaltene Entwickelung aller Kolonien im englisch-französischen Nordamerika. Erst die Unabhängigkeitserklärung der dreizehn Unionsstaaten beschleunigte die Herausbildung eigenen Lebens.

Die nordamerikanische Unabhängigkeitserklärung ist auch insofern ein Wendepunkt in der Geschichte des Atlantischen Ozeans, als die erst im Pariser Frieden von 1763 begründete englische Alleinherrschaft über den nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans als ein mare clausum in größerem Stil nach 13 Jahren bereits ernstlich in Frage gestellt und damit der Keim zu einer völligen Umgestaltung der Weltstellung des nördlichen Atlantischen Ozeans gelegt wurde. Während nämlich bis dahin alle weltgeschichtlichen Strahlen von der Alten Welt über ihn hinaus nach Westen verlaufen waren, strahlt von jetzt an dieser Westen auch selbsttätig zurück, zunächst zwar nur spärlich, im 19. Jahrh. aber schon kraftvoll, um im 20. Jahrh. mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Weltkrieg und dem Transport ihres Millionenheeres über den Atlantischen Ozean eine entscheidende Mitwirkung Amerikas an europäischen Verhältnissen zu erreichen.

c) Die Bedeutung der Koalitionskriege.

Im nordamerikanischen Freiheitskriege hatte Frankreich durch Unterstützung der Union Rache an England für die im Pariser Frieden von 1763 (Bd. VII, S. 230) von England erlittenen Demütigungen und Gebietsberaubungen genommen; der franko-britische Kampf um die Weltherrschaft sollte aber noch weitere 40 Jahre die Welt durchtoben. Der Kampf endete mit der Vernichtung der französischen Seemacht und der Errichtung der englischen Alleinherrschaft über alle Meere der Erde. Nach der kurzen Herrschaft von 1763—76 über den Atlantischen Ozean ist das Dominium über das Weltmeer nach 1815 die glänzendste Zeit im Leben des Inselvolkes, das für seine großartigen Erfolge zwar den Vorzug einer einzig günstigen geographischen Lage hat, anderseits aber auch sich des in der Völkergeschichte nicht gerade häufigen Vorzuges rühmen darf, seine eigenen Interessen nicht nur stets rechtzeitig erkannt, sondern sie auch stets einsichtsvoll gewahrt zu haben.

Die Erkenntnis dieses Grundsatzes der auswärtigen Politik Englands hat sich angesichts seines Verhaltens in den Koalitionskriegen gegen die Revolution und Napoleon um 1800

Digitized by Google

erst spät Bahn gebrochen. Die allgemeine Anschauung sah lange Zeit in dem England zwischen 1795 und 1815 lediglich den Vorkämpfer für die Unabhängigkeit Europas von dem anmaßenden, streitsüchtigen Frankreich. Man erkannte wohl an, daß die aus Anlaß der Verknüpfung Hollands mit Frankreich 1795 erfolgte Vernichtung der holländischen Kauffahrtei- und Fischerflotte und die aus dem gleichen Anlasse zwischen 1795 und 1801 durchgeführte rücksichtslose Wegnahme fast sämtlicher holländischen Kolonien keinen anderen Zweck verfolgten, als den immer noch gefährlichen und lebensfähigen alten Gegner diesmal für immer vom Weltmeere zu verbannen; man verstand auch den Endzweck sämtlicher kriegerischen Maßnahmen Englands, die auf die Vernichtung der im Aufkeimen begriffenen französischen Seemacht abzielten. Hingegen den eigentlichen Endzielen des Inselreiches nach Verhängung der Kontinentalsperre stand der Durchschnittseuropäer fast bis zum Ende des 19. Jahrh. verständnislos gegenüber. Er glaubte alle Schritte Englands lediglich getan zur Befreiung des Festlandes vom korsischen Joch. Ob diese Schritte in der als Gegenmaßregel verständlichen Unterbindung der kontinentalen Kauffahrteischiffahrt, der Wegnahme der noch übrigen überseeischen holländischen Kolonien oder schließlich selbst in der Vernichtung oder Wegführung der überhaupt noch vorhandenen Kriegsflotten Italiens, Spaniens, Dänemarks und Hollands bestanden, das war von diesem Gesichtspunkt aus gleichgültig. Gegenüber der Niederzwingung des furchtbaren Gegners war eine Untersuchung der Beweggründe und der Wirkungen auf den Befreier unangebracht, selbst wenn die offenkundigste dieser Wirkungen in einer so ausgesprochenen Alleinherrschaft zur See bestand, wie England sie nach Erfüllung seiner durch zwanzig Jahre scheinbar so opfermutig geführten Mission besaß.

C. Der Atlantische Ozean 1815—1920.

Mit den beiden Pariser Friedensschlüssen vom 30. Mai 1814 und vom 20. November 1815 und mit der Schlußakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 tritt der Atlantische Ozean in einen neuen Abschnitt seiner geschichtlichen Rolle ein. Als unbedingter Herr des Ozeans ging England aus dem hundertjährigen Kampf hervor; an kolonialem Besitz gewann es, trotz der Rückgabe eines Teils seiner Beute, am und im Atlantischen Ozean einen nach Umfang, wirtschaftlichem und strategischem Werte gleich schätzenswerten Zuwachs, vor allem das Kapland und die damit untrennbar verknüpfte Anwartschaft auf ganz Südafrika. Tabago und Santa Lucia in Westindien, Guayana in Südamerika stellten zwar keinen Ersatz für den unverwindbaren Verlust der nordamerikanischen Kolonien dar, wohl aber eine Vergrößerung der Operationsfläche, von der aus man der Entfaltung des kraftvoll einsetzenden neuweltlichen Eigenlebens mit Ruhe entgegensehen konnte. Das Felseneiland Helgoland aber, das 1814 für 76 Jahre mit England vereinigt ward, beherrschte trotz seiner Winzigkeit nicht nur das Skagerrak, sondern vor allem die Weser- und die Elbmündung kommerziell und strategisch und begünstigte eine Art von Vormundschaft über das nur langsam erwachende Deutschland und das nur mühsam sich erholende Dänemark.

Über den ganzen Erdball hin nutzte das tatkräftige Volk die Gunst seiner augenblicklichen Lage aus. Damals hat Großbritannien sein indisches Kolonialreich nach allen Richtungen ausgebaut, in Australien ein ebenso wertvolles neu gegründet, sich in Südafrika und an den wichtigsten Uferstellen des Indischen Ozeans häuslich eingerichtet. Im Angesichte dieser sein ganzes Augenmerk beanspruchenden Unternehmungen blieb England während dieser Zeit für den Atlantischen Ozean nur wenig Muße übrig: die Besetzung der Falklandinseln zur Sicherung der Magalhães-Straße im Jahre 1833, die Festsetzung in

Digitized by Google

Lagos als dem gegebenen Ausgangstor des sudanisch-innerafrikanischen Gebietes im Jahre 1861, schließlich der Begim oder die Fortführung eines beschränkten Handels an verschiedenen anderen Punkten der Westküste Afrikas — das waren damals die einzigen Äußerungen des britischen Interesses an atlantischen Ufern.

a) Der Westrand.

Von größter Bedeutung für die internationale Würdigung des Atlantischen Ozeans wurde die Ausnutzung der Dampfkraft für die transatlantische Fahrt. Sie brachte nicht nur für den Güterverkehr die beiden Ränder des Ozeans gegenüber der alten Segelfahrt um ein Mehrfaches einander näher, wie die seit 1865 bestehende Kabelverbindung den geistigen Austausch förderte, sondern ermöglichte vor allem erst die riesenhafte Auswanderung, wie sie seit etwa 1840 von Europa aus nach der Neuen Welt erfolgt ist.

Die wirtschaftliche und politische Tragweite der nach ihrer Massenhaftigkeit wie der Einheitlichkeit des Zieles durchaus neuzeitlichen Erscheinung der Auswanderung nach dem Gebiete der Vereinigten Staaten von Nordamerika kam den von ihr betroffenen Staaten erst klar zum Bewußtsein, nachdem sich das jugendliche Gebilde der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem wirklichen Staatskörper verfestigt und seine rasch wachsende, aus aller Herren Länder herbeiströmende Bevölkerung begonnen hatte, infolge einer innerhalb der Menschheitsgeschichte einzig dastehenden Verschmelzung eine neue Rasse, den Yankee, herauszubilden und seitdem von dem neuen Volke die ungeheure Fülle der natürlichen Reichtümer des weiten Landes tatkräftig ausgebeutet wurde.

Bereits 1812 hatte das kaum der ersten Kindheit entwachsene Staatswesen der Union aus handelspolitischen Gründen dem seegewaltigen England den Krieg erklärt. Diesem nicht sehr rühmlich bestandenen ersten Versuch eines überseeischen Ausgriffes folgte eine Zeit recht verständiger Selbstbeschränkung auf die eigenen inneren Angelegenheiten; lediglich die Verkündigung der Monroelehre am 2. Dezember 1823 könnte man als einen den Atlantischen Ozean innig berührenden politischen Akt ansprechen; aber befolgt wurde die Lehre aus einem Gefühl militärischer und seemännischer Unzulänglichkeit heraus nur zögernd. Diesem Gefühl ist es auch in erster Linie zuzuschreiben, daß die Union überseeische Taten zunächst auf dem europafernen Stillen Ozean zu verzeichnen hat — in den 1870er Jahren sicherte sie sich Einfluß auf Hawai und versuchte sie, auf Samoa festen Fuß zu fassen, während sie ähnliche Schritte auf der atlantischen Seite erst wagte, nachdem sie in Bevölkerungszahl und Hilfsquellen unter die ersten Staaten der Erde aufgerückt war.

Der Krieg mit Spanien 1898 ist die erste größere überseeische Tat der Vereinigten Staaten. Dadurch haben sie offenkundig mit der bis dahin durchgeführten Beschränkung auf eigenes Staatsgebiet gebrochen; lediglich deswegen kommt sie für die Mitwelt in Frage, nicht wegen der dabei gezeigten militärischen Leistungen. Auf friedlichem Wege, durch Kauf, gingen 1917 die dänischen Antillen in den Besitz der Vereinigten Staaten über; unmittelbar darauf traten sie in den Krieg gegen Deutschland ein. Uns interessiert hier lediglich die Bedeutung dieser Tatsache für den Atlantischen Ozean: wie hier das große Tochterland Europas in die Geschicke des mütterlichen Erdteils über den Ozean hinweg eingriff, wie ein riesenhafter Kampf ums Wasser hier darum ausgefochten wurde, ob der Atlantische Ozean Europa von Amerika trennen, ja es vor dessen ungeheurer Übermacht schützen solle, wie Deutschland es mit seinem Unterseebootkrieg wollte, oder ob die Vereinigten Staaten, mit allen Mitteln moderner Seekriegführung die Trennung überwindend, als entscheidende Macht die

Digitized by Google

Führung des sterbenden Europa an sich reißen sollten, darin liegt der Keim einer neuen Entwickelung, die den Atlantischen Ozean zum Mittelmeer, zum mare clausum der angloamerikanischen Rasse macht. Deutschlands Kampf um die Freiheit der Meere war recht eigentlich ein Kampf um die Freiheit des Meeres, nämlich des Atlantischen Ozeans: und diesen Kampf hat es verloren; der Atlantische Ozean ward von den seebeherrschenden Mächten England und den Vereinigten Staaten endgültig in Fesseln geschlagen. Die Vormacht, zum mindesten auf wirtschaftlichem Gebiet, liegt aber nun endgültig in der Hand der Vereinigten Staaten; die entscheidende Tatsache hierfür ist die Überflügelung der englischen Handelsflotte durch die amerikanische, die Verdrängung der deutschen durch amerikanische Dampferlinien. Wie der Einsatz des unverbrauchten amerikanischen Menschenersatzes an der Westfront den Ausschlag im entscheidenden Endkampfe gab, so gab erst die Inanspruchnahme der wirtschaftlichen Machtmittel Amerikas an Geld und Waffen dem Kriege seinen Charakter als Massen- und Maschinenkrieg. Nun Amerika sich den seiner Bedeutung entsprechenden Platz an der Sonne des Atlantischen Ozeans erobert hat, kann es sich erst mit voller Kraft den seiner wartenden Aufgaben im Stillen Ozean zuwenden. Von entscheidender Bedeutung ist hier die Vollendung des Panamakanals geworden, der aus dem zum Mittelmeer herabgesunkenen Atlantik in den weiteren Raum des Pazifik hinüberführt. Nicht nur daß dieser Weltkanal unter den Kanonen der durch Vorzugszölle begünstigten Vereinigten Staaten steht, erhöht er obendrein die Aussichten der Union im Stillen Ozean gewaltig: denn während der Weg Hamburg–Tsingtau bisher um 1400 Seemeilen kürzer war als der von Neuyork nach Tsingtau, ist nun dieser um 400 Seemeilen kürzer als jener! Ganz abgesehen davon, daß die Überlegenheit der amerikanischen Handelsflotte die europäische Konkurrenz von vornherein aus dem Felde schlägt. Kaum ist der Kampf um die Freiheit des Atlantischen Ozeans durch den Weltkrieg entschieden, nachdem Wilson als ersten seiner berüchtigten „Vierzehn Punkte" die „Freiheit der Meere" hatte fallen lassen, da kündet die Weltenuhr die Stunde der Entscheidung über das künftige Schicksal des Stillen Ozeans an; von diesem Kampf wissen wir heute nur das eine, daß Deutschland dabei nicht mehr unter den Wettstreitenden ist. Während dort künftige Weltgeschichte gemacht wird, wird das eilfertige Gewimmel des Weltverkehrs den Atlantischen Ozean wieder erfüllen, aber der Schauplatz der Weltgeschichte ist er am 8. Dezember 1914 in der Seeschlacht bei den Falklandinseln vielleicht zum letztenmal gewesen.

b) Der Ostrand.

Wie im Westen des Atlantischen Ozeans die technische Errungenschaft der Dampfschiffahrt und die politisch-wirtschaftliche Entfaltung der Vereinigten Staaten seine Bedeutung ungeahnt vergrößert haben, so erfüllten in seinem Osten die ebenfalls technische Leistung der Verbindung von Mittel- und Rotem Meer und die politische Errungenschaft der Erstehung des Deutschen Reiches denselben Zweck. Für den gesamten Süden des Ozeans bedeutete die Eröffnung des Suèskanals (vgl. Bd. I, S. 602, und Bd. III, S. 349) zunächst eine entschiedene Schädigung: schon vom Anfange der 1870er Jahre an verödeten die alten Dampferstraßen von Europa aus ums Kap nach dem Indischen und dem Stillen Ozean; geblieben sind lediglich die dem Transport von Massengütern dienenden Seglerlinien nach dem Süd- und Ostrand Asiens und die den direkten Verkehr mit Europa vermittelnden Dampferlinien der afrikanischen Westküste. Trotz dieses den östlichen Ozean schädigenden Aufkommens der westöstlichen Welthandelsstraße ist der Suèskanal in gewissem Sinn als der Urheber der neuerdings eingetretenen höheren Bewertung des östlichen Atlantischen Ozeans und seiner Rand-

Digitized by Google

länder zu betrachten. Sicherlich hat nicht erst und allein die Eröffnung der (für Segler lenzugänglichen) Schiffahrtsstraße durch die alte Festlandschwelle vor dem Roten Meere das Zeichen gegeben zu jenem fast plötzlichen Aufblühen der ozeanischen Großschiffahrt, das für die Mitte der 1870er Jahre ebenso bezeichnend ist wie der damals einsetzende Rückgang der Segelfahrt; zweifellos ist jene Zunahme vielmehr den Fortschritten der Schiffbautechnik zuzuschreiben. Tatsache ist aber, daß seit jener Zeit die bis dahin so europafernen Flächen des Indischen und des Stillen Ozeans den seefahrenden Nationen Europas erst eigentlich ins Gesichtsfeld gerückt worden sind; nur eines leisen Anstoßes bedurfte es für diese Mächte, um von der bloßen Handelsbetätigung zur kolonialen Gebietsergreifung überzugehen.

Diesen Anstoß fast in allen noch der Verteilung harrenden Gebieten der Erdoberfläche gegeben zu haben, ist das geschichtliche Verdienst des durch Bismarck geeinten Deutschen Reiches, dem Eile not tat, wollte es bei der Teilung der Erde nicht ganz leer ausgehen. Daß zu dieser Teilung, soweit sie die Inseln und Randländer der beiden östlichen Ozeane betraf, alle alten und neuen Kolonialmächte sofort zur Stelle waren, entspricht der durch den neuen Verkehrsweg geschaffenen Sachlage, die jene Gegenden ohne weiteres im Werte sehr hatte steigen lassen. Für die dem Handel kaum noch oder kaum erst erschlossene Westküste des dunkeln Erdteils waren derartige Lockmittel nirgends vorhanden; sie hätte sicherlich auch weiter hingedämmert, wäre nicht durch die überraschende Festsetzung Deutschlands auf verschiedenen Punkten des langen Gestades ebenso plötzlich die Aufmerksamkeit der anderen dorthin gelenkt worden. Der Boden ist dort so schnell im Werte gestiegen, daß schon nach Jahresfrist kein Fußbreit des sandigen Strandes mehr herrenlos war. Seitdem ist nun auch das ganze Innere des durch vier Jahrhunderte fast unberührt gebliebenen Afrika unter die Träger der modernen Weltpolitik aufgeteilt worden. Die Massigkeit und Jugend des Gebietes bedingt, daß sich der Hauptteil seiner geschichtlichen Kindheit in ihm, hinter den Dünen und Mangrovenwäldern seiner Küste abspielt; dennoch hat die politische Neuentdeckung, die in der Gegenwart mit wirtschaftlicher Erschließung gleichbedeutend ist, auch den anliegenden Teil des Atlantischen Ozeans wieder ins Vordertreffen des großen weltwirtschaftlichen Kampfes gerückt.

Durch den Unterseebootkrieg im Mittelmeer hoffte Deutschland im Weltkriege England zur unrentablen Benutzung dieses südnördlichen Handelsweges ums Kap nach Indien und China mit seinen auf so ferne Verkohlung nicht eingerichteten Suezkanaldampfern zu zwingen und dadurch die Schiffsraumnot ins Unerträgliche zu steigern; der Plan im ganzen mißlang, aber es ist für unsere Betrachtung interessant zu sehen, welche große Rolle die atlantischen Verkehrsverhältnisse auch in dieser Hinsicht im Weltkriege spielten. Diese Tatsache ist nur ein bezeichnendes Seitenstück zu dem deutsch-englischen Kampf um die Beherrschung des Atlantischen Ozeans. Unter Ausnutzung seiner geographischen Lage sperrte England sofort mit Kriegsausbruch Deutschland vollständig vom freien Meere ab; nur kühnen Blockadebrechern wie „Marie", „Wolf", „Möwe" gelang noch die Durchfahrt. Ebenso war den deutschen Schiffen über See die Rückkehr abgeschnitten: das deutsche Kreuzergeschwader versank auf dem Weg in die Heimat an den Falklandinseln, die Handelsschiffe in fremden Häfen fielen in die Hände beutegieriger Feinde. Nur das Unterseeboot nahm teil an der Beherrschung des Ozeans — aber es gelang ihm nicht, der deutschen Flagge das freie Meer zu erobern. England obsiegte und erzwang die Vernichtung der deutschen Seemacht und damit zugleich der deutschen Kolonialmacht.

Digitized by Google

V. Die wirtschaftliche Ausdehnung Westeuropas seit den Kreuzzügen.

Unter Benutzung der Darstellung von **Richard Mayr** (†) neu bearbeitet von **Armin Tille.**

1. Der Begriff „Westeuropa".

Seit Jahrhunderten ist Europa mehr als ein bloß geographischer Begriff; es ist ein kulturgeschichtlicher Kunstausdruck. Dieses Kultureinheit gewordene Europa entstand bereits im Mittelalter und ist das Ergebnis aus dem Siegeszuge des „mittelländischen Geistes" (vgl. Bd. III, S. 385). Durch das karolingische Reich vorgebildet, wird es innerhalb des päpstlich-kaiserlichen Machtbereiches zur Tatsache und gibt sich als selbstwirkende Krafteinheit zuerst in den Kreuzzügen kund. Es besteht nunmehr als Ausgangspunkt gemeinsamer Taten, als Herd gemeinsamer Ideen, als Schauplatz ineinandergreifender Interessen, als ein in sich geschlossener, wirtschaftlich, politisch, sozial gleichartiger, von lebendigsten Ausdehnungstrieben erfüllter, wenn auch innerer Reibungen nicht ermangelnder Kulturkreis. Dieses kulturgeschichtliche Europa hat jedoch engere Grenzen als der Weltteil gleichen Namens. Wir schränken den Kulturbegriff Europa auf dessen westliche Hälfte ein, indem wir es uns ohne die Balkanhalbinsel und Rußland denken.

Die „westeuropäische" Kultur hat sich seit den Kreuzzügen fortschreitend über die Erde hin ausgedehnt, so daß ihr nicht nur Osteuropa, sondern auch die Neue Welt und der fünfte Erdteil, ferner große Stücke Asiens und Afrikas in verschiedenem Sinne untertänig geworden sind. Die Westeuropäer haben ihren religiösen Glauben, ihre politische Oberhoheit, ihre gesellschaftlichen Einrichtungen, ihre Technik, ja ihre Literatur und Kunst über weite Räume ausgebreitet; aber nur ihr wirtschaftliches Übergewicht haben sie so ziemlich der ganzen Erde, der bewohnten und der unbewohnten, auferlegt. Und als Gegenströmung setzte schon früh ein Kampf der von westeuropäischem Einfluß Bestürmten um ihre Selbsterhaltung ein. Während Westeuropa noch vordrang, arbeiteten Osteuropäer, Nord- und Südamerikaner, Brachmanen, Buddhisten und Mohammedaner an der Abschüttelung des auferlegten Joches, nachdem sie sich durch Aufnahme solcher Kulturelemente, die sie innerlich verarbeiten konnten, für diesen Gegenstoß gestärkt hatten. Die ganze Geschichte der wirtschaftlichen Ausdehnung Westeuropas gewinnt durch die wirtschaftlichen Befreiungskriege ihre Färbung.

2. Der Levantehandel und die Ausdehnung des südeuropäischen Einflußgebietes.

Seit den Anfängen beglaubigter Geschichte war das Mittelmeer der bevorzugte Schauplatz folgenreicher Völkerberührungen und eines regen Verkehrs. Als sich aus den Völkerwanderungsstaaten das neue Europa entwickelte, da blieb immer noch Ostrom mit seinem

Digitized by Google

Gesittungskreise bestehen und verzichtete nicht auf seine wirtschaftliche, in der Theorie auch nicht auf seine staatliche Oberhoheit über das gesamte Mittelmeergebiet (vgl. Bd. IV, S. 153 ff.). Nun machte sich seit dem 7. Jahrh. auch der Islam fast die Hälfte seiner Küsten untertänig. So stießen dort drei große Kulturkreise zusammen: der christlich-abendländische (westeuropäische oder lateinische), der christlich-morgenländische (oströmische, rhomaiische, byzantinische oder gräkoslawische) und der mohammedanische (islamische oder arabisch-maurische). Der Kampf um die Seeherrschaft ergab sich daraus für die drei Kulturkreise als geschichtliche Notwendigkeit. Der Sieg aber blieb dem Bewerber, der zu Anfang die geringsten Aussichten hatte: dem christlichen Abendlande.

Für die europäischen Völker brach ein Zeitraum der Ausdehnung mittels des Handels und teilweise zur See an, nachdem den Byzantinern und Islamiten die einstige Unternehmungslust abhanden gekommen war. Die Richtung dieser ersten Ausdehnung der jungeuropäischen Mittelmeervölker war gegen Osten gekehrt. Das byzantinische Amalfi, mindestens seit dem 10. Jahrh. mit der Levante in Verbindung, behauptete sich als Handelsstadt selbst dann noch, als es sich 1073 dem Normannenfürsten Robert Guiskard, dem Todfeinde der Byzantiner, unterworfen hatte. Den Verfall bereitete dem amalfitanischen Seehandel erst die Nebenbuhlerschaft Pisas, das im 12. Jahrh. Amalfi eroberte (1135 und 1137).

Glücklicher als Amalfi war Venedig als Beherrscherin des östlichen Mittelmeerhandels. Die Lagunenstadt, dem byzantinischen Kaiser untertan, erhielt das Niederlassungsrecht für ihre Bürger in Konstantinopel und stand schon im 9. Jahrh. mit den ägyptischen und syrischen Städten in lebhafter Handelsverbindung.

Das mittelalterliche Venedig beherrschte ein so großes Absatzgebiet, weil es, am Nordrande der Adria gelegen, den Alpenübergängen nahe war; zugleich hatte es das reiche Po-Tiefland hinter sich, die Westküsten der Balkanhalbinsel und die Zugänge zu den Save- und Donauländern vor sich; früh setzte es sich an der ostadriatischen Küste fest (Bd. IV, S. 345). Nachdem die Venezianer Robert Guiskard besiegt hatten, verlieh ihnen Kaiser Alexios I., der Komnene, das Recht des zollfreien Verkehrs im ganzen Byzantinischen Reiche (1082), ein vielbeneidetes Meistbegünstigungsrecht.

Unterdessen breitete sich das Khalifenreich in den asiatischen und nordafrikanischen Küstenländern aus, und damit trat ein gründlicher Wandel der materiellen Kultur ein. Zugleich griff dieses aufstrebende Reich vom Persischen Golf aus in das Bereich ostasiatischer Kultur über.

So unversöhnbar alle diese Kulturgewalten einander gegenüberstanden, der wirtschaftliche Vorteil beförderte einen durch Seeräuberei erschwerten, aber nicht verhinderten Verkehr, und unbewußt entstand dadurch auch ein Austausch geistiger Güter. Während die Kostbarkeiten des Ostens westwärts wanderten, erlangten Aristoteles, Ptolemaios, Galenus und andere die geistige Herrschaft über die Weisen aus dem Morgenlande. Die Schiffsherren Pisas und Genuas waren die glücklichen, die bei aller Unternehmungslust in normalem Verlaufe nicht erreicht hätten, was ihnen die Kreuzzüge (vgl. Bd. II, S. 511) mit einem Male in den Schoß warfen.

Über den Handel der Mittelmeer-Romanen mit den islamischen Ländern besitzen wir vor den Kreuzzügen nur wenig Zeugnisse. Venezianer und Amalfitaner standen in Handelsbeziehungen zu Spanien und Ägypten. Aber von Pisa und Genua, die neben Amalfi in der Berberei wirtschaftlich herrschten, sind keine Spuren eines Handels mit Ägyptern und Syriern nachzuweisen. Die Christen bezogen Spezereien und Gewebe aus dem Morgenlande und bezahlten mit Holz, Metallen, wohl auch mit Sklaven.

Als die zwischen dem christlichen Abendlande und dem islamitischen Morgenlande bestehende Spannung in den Kreuzzügen zur Entladung gelangte, kam von der ungeheuern, meist vergeudeten Kraft (vgl. Bd. II, S. 488—557) ein nutzbringender Teil den Seestädten am Mittelmeere zugute. Seit der um das Jahr 1100 erfolgten Gründung der ersten Kreuzfahrerstaaten begann für Italiener, Provenzalen und Katalanen eine Zeit erneuter und verstärkter

Digitized by Google

Ausdehnung, und sie siedelten sich am asiatischen Westrand unter dem Schutz abendländischer Einrichtungen und heimischen Rechts an. Die mittelmeerischen Handelsstädte erwarben in den Staaten der Kreuzfahrer Sonder- und Vorzugsrechte, weil diese des stetigen Verkehrs mit dem Abendlande bedurften. Deshalb waren diese Südeuropäer abgabenfrei; die Obrigkeiten (Podestà, Konsuln, Bajuli, Legaten, Vizegrafen usw.) setzte die Mutterstadt ein. Der Handel war wenig beschwerlich, da die begehrten Kostbarkeiten und Spezereien der Tropen auf den alten Handelsstraßen (vgl. Bd. II, S. 162, 286, 320, 329; s. auch dort die Karte bei S. 328) ohne Zutun der Europäer bis an den Westrand Asiens gelangten. Die Gefahren des Seewegs zwischen den südwesteuropäischen und den levantinischen Küsten verminderte man durch Geleitzüge, die europäische Waren (Metalle, Holz, Waffen, Tuch) zuführten und levantinische Waren (Seide, Glas, Baumwolle, Zucker, Spezereien, Gewebe) als Rückfracht nahmen. Verloren auch nach dem Untergang des Königreichs Jerusalem (1187) die Abendländer viele syrische Besitzungen, so blieben doch einige Seestädte noch bis ans Ende des 13. Jahrh. in ihren Händen, und das genügte den Kaufleuten. Selbst nach der Räumung von Akkon (1291), Tyros und Sidon (1295) erlosch der direkte Verkehr zwischen Europa und Syrien nicht völlig.

Unterdessen hatten jedoch die Abendländer in Byzanz, wo die im 12. Jahrh. fremdenfeindliche Strömung einer günstigeren wich, Ersatz gefunden. Als durch den Tod Heinrichs VI. (1197) die das Ostkaiserreich von Süditalien her bedrohende Gefahr abgewendet war, benutzten die Venezianer die Gelegenheit zur Sicherstellung für die Zukunft. Der Doge Enrico Dandolo lenkte 1202 das Kreuzheer gegen Konstantinopel, und fast das ganze Byzantinische Reich wurde eine Beute der siegreichen Lateiner. Graf Balduin von Flandern und Hennegau bestieg den Thron des „Lateinischen Kaisertums", das nach kurzem Bestande (1204—61; vgl. Bd. IV, S. 196 ff.) einem engbegrenzten Griechenreiche (1261—1453) Platz machte.

Der vierte Kreuzzug verschob die Machtverhältnisse zum Schaden Genuas. Venedig, an das sich Pisa klammerte, gründete ein förmliches Kolonialreich. Venezianische und genuesische Größe traten an die Spitze von Gebieten, welche die Mutterstädte sonst nicht an sich zu fesseln vermochten. Konstantinopel, wie Gallipoli eine der Schlüsselstädte zum Schwarzen Meer, blieb der Mittelpunkt ihres Orienthandels. Die Nebenbuhlerschaft der von Handelsneid erfüllten Mutterstädte dauerte jedoch an, und Genuas Glanzzeit im Osten begann erst nach der Wiederherstellung des Griechenreiches (1261).

Vom genuesischen Kolonialland am Schwarzen Meer aus führte die pontisch-chinesische Handelsstraße (Seidenstraße) über Turkistan und die Dsungarei bis an den Stillen Ozean, und einzelne Missionare und Kaufleute (vgl. über Marco Polo, dessen Berichte uns die wichtigsten Kenntnisse überliefern, Bd. I, S. 144) brachten die fabelhafte Kunde von den Wundern des äußersten Ostens nach dem Abendland und erregten die Phantasie der Westeuropäer.

Unterdessen war das Mongolische Reich entstanden (vgl. Bd. II, S. 364), und Mongolenschwärme überfluteten 1240—42 die Grenzgebiete des westeuropäischen Gesittungskreises. Obgleich das Vorhandensein des fast ganz Asien umfassenden Großkhanats die Durchquerung des größten aller Festlandsräume vom Schwarzen bis zum Gelben Meer im 13. und 14. Jahrh. ermöglichte, so verhinderte doch die Ausdehnung der Mongoloiden eine dauernde Besetzung vorderasiatischen oder pontischen Gebiets sowie einen Dauerverkehr über Inner- nach Hinterasien.

Als 1368 die einheimische Dynastie Ming das von den Mongolen befreite China vom Westen wieder abschloß, hatten sich die osmanischen Türken bereits Gallipolis bemächtigt (1357). Jedes Stück Boden, das die Türken eroberten, ging den christlichen Abendländern in jeder Hinsicht verloren (Bd. IV, S. 219 ff.). Aber noch immer blieben diesen das Ägäische und das Pontusgebiet, als die Mongolen durch Vertilgung des Türkenheeres dem oströmischen

Digitized by Google

Reiche noch eine Gnadenfrist von fünf Jahrzehnten verschafften. Nach dem zweiten Mongolensturm (1405; Bd. II, S. 376) kehrten die Türken wieder, unterwarfen die Balkanländer zum zweitenmal und führten durch Konstantinopels Fall das Ende des byzantinischen Kaiserreichs und zugleich der abendländischen Levanteherrschaft herbei. Die Wegnahme Kaffas (jetzt Feodosia), wo die Genuesen seit 1266 angesiedelt waren, 1475 durch Mohammed II. besiegelte diesen Zustand, wenn auch im einzelnen der Kampf zwischen den Osmanen und den Seemächten noch jahrhundertelang dauerte. Bevor noch die Türken nach Ägypten kamen, wo seit den Kreuzzügen der indisch-europäische Handel (Bd. III, S. 339) sich abwickelte, warf schon die Entdeckung des Seewegs nach Ostindien durch die Portugiesen (1498) ihren Schatten über den Levantehandel. Rasch nahm der Gewürzhandel Venedigs ab, der ja immer nur ein Handel aus zweiter oder dritter Hand gewesen war, während Lissabon, wohin die Spezereien direkt aus ihren Ursprungsländern kamen, der erste Gewürzmarkt Europas wurde.

Im Jahre 1517/18 fielen Damaskus, Alexandria und Kairo in die Gewalt der Osmanen: der ägyptische Handel ging zugrunde und der Mittelmeerhandel litt überhaupt (Bd. III, S. 342). Das Mittelmeer wurde eine Sackgasse mit einigem Randhandel; hier schlugen der mohammedanische Osten und der christliche Westen ihre Schlachten. An eine Wiederherstellung des westeuropäischen Einflusses auf die Levante war vorläufig nicht zu denken. Als dann im 18. und 19. Jahrh. die dahin zielende Politik wieder aufgenommen wurde (Leibnizens Gedanke, Frankreichs Blick auf Ägypten zu lenken, bedeutet den Anfang dazu), waren es moderne Großstaaten, die das östliche Mittelmeer sich wirtschaftlich nutzbar zu machen suchten.

3. Der Kampf um die nordischen Meere bis zur Entstehung der deutschen Hanse.

Wie in vorchristlicher Zeit, so vollzog sich auch in den folgenden dreizehn Jahrhunderten der Verkehr zwischen Süd- und Nordeuropa zwischen den Küsten des Mittelmeeres und denen der Nord- und Ostsee hauptsächlich auf Überlandwegen: der von Phönikern, Griechen und Römern gefürchtete Seeweg um Spanien war und blieb gemieden. Erst um 1317 begannen regelmäßige Fahrten der Venezianer und Genuesen nach den englisch-niederländischen Gestaden, doch noch ohne den Überlandwegen Eintrag zu tun. Denn schon war eine handelsgeographische Mittel- und Vermittelungszone vorhanden, bestehend aus den Kernländern Mittel- und Westeuropas: aus Oberdeutschland, dem Rheingebiete, dem späteren Belgien (Flandern, Brabant) und Nordostfrankreich; diese Mittelländer mit ihrer dichten, kaufkräftigen Bevölkerung und ihren Verbindungen nach Osten hielten den Handel in seinen alten kontinentalen Bahnen und an seinen alten Standplätzen fest. Verdankt Südeuropa seine Handelsstellung nicht zuletzt seinen eigenen subtropischen Produkten, noch mehr seiner auf antik-orientalischen Grundlagen fußenden Gewerbtätigkeit, so beruht die wirtschaftliche Bedeutung der Mittelzone in noch höherem Maße auf Gewerbfleiß und verteilender Handelstätigkeit, während die Urproduktion für den Hintergrund, die aufnahmefähige Bevölkerung, sorgte.

Hervorragend wichtig war dagegen die nordeuropäische Küste für den Handel mit all den Ländern, deren Flußläufe sich gegen Nord- und Ostsee öffnen. Sie bildeten die natürlichen Absatzgebiete für Gewerbserzeugnisse und für die aus anderen Zonen stammenden, durch viele Hände gewanderten Kostbarkeiten und bezahlten mit ihren Naturerzeugnissen. Die Niederdeutschen übten die wirtschaftliche Vormundschaft über die germanischen, letto-slawischen und

Digitized by Google

finnischen Völker im Norden und Osten Europas aus. Soweit einzelne, nur locker verbundene Stadtgemeinden eine solche Aufgabe zu lösen imstande waren, ist sie in Angriff genommen worden: von der deutschen Hanse.

Es gab mithin drei Handelszonen in der Westhälfte Europas: eine südliche im Mittelmeergebiet, eine nördliche an der Nord- und Ostsee und eine Mittelzone in den deutsch-französischen Grenzländern. Doch dieses Mittelgebiet bekam erst allmählich seine Eigenart als Standquartier des Welthandels, nachdem es bis ins 12. Jahrh. von den Verkehrswegen östlich und westlich umgangen worden war. Die Geschichte der nordischen Meere beginnt erst mit den Wikingerzügen (Bd. VI, S. 23 ff. und 96 f.). Die gefürchteten See- und Landräuber des skandinavischen Nordens waren auch Entdecker, Kolonisatoren, Reichsgründer und Kaufleute. Weit über die Grenzen hinaus, in denen sich sonst die Schiffahrt des Mittelalters bewegte, führte sie ihr unbändiger Tatendrang und die Scheu vor dem Dienst des aufstrebenden Königtums. Für die Wanderungen der Dänen, Norweger und Schweden gibt es so viele Gründe, daß die wirtschaftliche Verursachung meist nur nebenbei erwähnt wird, ebenso die auf dem Gebiete des Handels liegenden Begleiterscheinungen. Die Kargheit der nordischen Natur hat die Raub- und Wandertriebe der Normannen erweckt in einer Zeit, da ringsum Natur und Kultur zur Besitzergreifung lockten. Aber da der Räuber und Dieb des Aufkäufers oder Hehlers bedarf, so schob sich der Händler ein, ein Landsmann oder ein Fremder, ja der Räuber verwandelte sich flugs in einen Kaufmann, der auch weiter auf Beute lauerte oder sich an Punkten festsetzte, wo er die Beutestücke losschlagen konnte; er trieb Tauschhandel, obwohl das Geld schon ein unentbehrliches Verkehrsmittel bildete. Schon vor der eigentlichen Wikingerzeit (750 bis 1090) haben die Skandinavier Kaufhandel getrieben, wovon die Münzfunde Zeugnis ablegen.

Schon in der Merowingerzeit bestand ein altskandinavischer See- und Handelsverkehr mit den Friesen, mit Dorestat (Duurstede, Wykbij), Sluis, Utrecht und dem verschollenen Quentavic (Etaples oder Wicquinghem). Hier mündete einer der Handelswege, auf denen orientalische Seltenheiten nach Nordeuropa gelangten. Aus diesem Grenzgebiet des Fränkischen Reiches brachten die Nordmänner die Kunst der Münzprägung im 10. Jahrh. nach Hause. Hier lernten sie nordfranzösisches Tuch und deutsche Klingen schätzen. Auch nach England kamen nordische Kaufleute vor und während der Wikingerzeit. Dänemark besaß in Schleswig (Hadeby) einen alten Handelsplatz, in Keric einen (um 808 zerstörten) Stützpunkt an der slawischen Ostseeküste, Schweden in Birka am Mälarsee, und von Gotland ging seit alters der Handel mit Rußland aus, der sich nach dem griechischen und islamischen Osten verzweigte. Wo sie im Süden und Westen auftauchten, in England, Island, Nordfrankreich und Italien (vgl. Bd. VI, S. 28—33), da haben sie auf Jahrhunderte ihren Einfluß fühlbar gemacht, waren sie auch seit dem 10. Jahrh. seßhaft und christlich geworden und mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen. Geschichtlich besonders wichtig waren ihre Vorstöße im baltischen Gebiet. An der Odermündung befand sich die slawische Handelsstadt Jumne, das Vineta der Sage, die im 12. Jahrh. zerstört und durch Sturmfluten unter dem Meeresspiegel begraben wurde. Häufig wird Jumne mit dem wendischen, an der Diewenow gelegenen Jutin (Wollin) verwechselt, das die versunkene Stadt mit beerbte. Julin und Arkona auf Rügen wurden von den Dänen im 12. Jahrh. erobert und verwüstet. Damit war die Macht der Ostlande gebrochen, die Geschichte ihrer Länder mündet in die deutsche ein: der Ostseehandel fand seinen Mittelpunkt in Wisby auf Gotland. Mitten unter den Slawen hatten die Wikinge auf Usedom ihre Seefeste Jomsburg errichtet (10. Jahrh.). Von hier aus plünderten sie Land und Meer, bis die Dänen das Raubnest 1042 niederbrannten. Die gewaltigste Schöpfung der Wikinge oder Waräger (vgl. Bd. IV, S. 170) bleibt die Aufrichtung des russischen Großreiches (Bd. VI, S. 96) mit den Handelsstädten Nowgorod und Kijew (s. unten, S. 323), von wo aus sie bis ans Schwarze und Kaspische Meer sowie nach Konstantinopel gelangten. Hier berührten sie sich mit islamischen Völkern, und hier schnitten sich die durch die Wikinge und Kreuzfahrer erzeugten Wellenkreise.

Digitized by Google

4. Die europäische Mittel- und Vermittelungszone.

A. England.

Früh schon zog sich ein dünner Streifen des Weltverkehrs von Osten her auch nach den britischen Inseln, die schon vor der normännischen Eroberung die Kaufmannswelt des Südwestens und Nordostens anzogen. Hierdurch wurden sie zu einer Hauptstätte des Austausches zwischen Nord- und Südeuropa, zu einem Verkehrsangelpunkt.

Britannien (Bd. VI, S. 349) ist nicht romanisiert worden. Angeln, Sachsen und Jüten haben dem Lande agrarisch, rechtlich und gesellschaftlich ein germanisches Gepräge aufgedrückt, und nur die Kirche bewahrte die antike Überlieferung, aber dem neuauftauchenden Weltreiche ordneten sich die Inseln nicht ein. Fremde Völker knüpften händlerische Verbindungen mit dem eines nach außen gerichteten Tätigkeitstriebes entbehrenden Inselvolke an: Wikinge, Friesen und Ostseeanwohner. Auch Franzosen, Italiener und Spanier kamen ins Land, setzten sich fest und waren später, als sich der Selbsttätigkeitstrieb der Einheimischen steigerte, schwer zu verdrängen. Die mittelalterliche Handelsgeschichte Englands umfaßt die Befreiung von der kaufmännischen Fremdherrschaft und ihren Ersatz durch den Eigenhandel. Die wichtigsten Waren bildeten Metalle und Wolle, allmählich auch verarbeitete Wolle. Zuerst erkannten die Großgrundbesitzer den Wert des Außenhandels, dann die städtischen Gilden und weiterhin unter ihrem Einfluß die Städte selbst, bis Parlament und Königsgewalt nach innen den Standpunkt der Gesamtheit und nach außen den des nationalen Einzelstaates vertraten.

Fremdkaufleute gründeten auch Niederlassungen (Kontore) in den Seestädten der Ostküste unter Oberleitung des Londoner Kontors. Daß die Deutschen mit den Eingebornen unbehindert handelten und noch dazu geringere Abgaben zahlten als die Einheimischen, erzeugte eine Mißstimmung im Lande, bis das Königtum zu einer merkantilistischen Handelspolitik trieb. Bis ins 13. Jahrh. reichen die Spuren der Staplergilde zurück, die den Handel mit Schafwolle, dem wichtigsten Landeserzeugnis, dem Fremdkaufmanne zu entwinden suchte, indem sie auf ausländischen Märkten erschien, um den Engländern den Gewinn zu sichern, den bisher die Fremden eingeheimst hatten. Im 14. Jahrh. begannen die Einheimischen mit der Ausfuhr von Rohtuchen und bildeten eine mit dem Monopol ausgestattete Tuchhändlergenossenschaft. Diese Gilde gehörte zu den Merchant Adventurers, den „wagenden Kaufleuten", die in das hansische Handelsgebiet an der Ostsee vorstießen, um die verhaßten Fremdlinge vom Inselreiche zu verdrängen.

B. Frankreich.

Frankreich besaß von jeher eine starke Eigenproduktion und hat früh einen Meßhandel entwickelt, da es selbst Güter für den Welthandel beisteuerte und dafür einen beträchtlichen Teil der zugeführten Waren aufnahm. Marseille, Montpellier, Narbonne waren durch ihren Orienthandel weltberühmt, bevor sie dem französischen Königreiche angehörten, und trieben Seehandel. Vom Süden Frankreichs führten auch schon gangbare Pässe, auf denen im 12. Jahrh. Hospize entstehen, nach Italien; der Große St. Bernhard war der wichtigste. Die Erzeugnisse des Südens gelangten so auf die Messen des mittleren und nördlichen Frankreich. Daneben befuhr man den Atlantischen Ozean, und das Seerecht von Oléron (Insel im Golf von Biscaya) bekam allgemein-europäische Bedeutung.

Die französischen Messen hatten einen binnenländischen Charakter. Schon im 7. Jahrh. bestand die Messe von St. Denis, Lendit genannt. Etwas jünger war die eigentliche Pariser Messe, die von St. Germain. Jedes größere Herrschaftsgebiet erhielt allmählich seinen Marktort, oft mehrere. Aber über alle anderen wuchsen die Messen in den Grafschaften Champagne und Brie hinaus, die 1150—1300 blühten und dann jäh verfielen. In Provins, Troyes, Lagny und Bar-sur-Aube fanden sie in etwa vierteljährlichen Abständen statt; den Rechtsschutz verbürgten die Grafen der Champagne, dann die Könige, aber hinter allen Kauf-, Geld- und Kreditgeschäften waltete die Kirche, die diesen Meßverkehr zur Verbindung ihrer Organe benutzte. Die Haupthandelsartikel waren Tuch, Leder und Spezereien. War die

Digitized by Google

einzelne Messe zu Ende, so fand ein Ausgleich der wechselseitigen Forderungen (auch Wechsel dienten als Zahlungswittel) statt, und überschüssige Gelder wurden schon oft zu Darlehnsgeschäften verwendet.

Der Binnenhandel bewegte sich längs der Flüsse, betrieben von bevorzugten Genossenschaften, mit denen zuweilen sogar die hohe Politik rechnen mußte. Im 15. Jahrh. beseitigte das Königtum die von Lehnsleuten der Krone erhobenen Zölle und führte ein System von Durchfuhr-, Ein- und Ausfuhrzöllen ein. In dieselbe Zeit fallen die Anfänge der königlichen Post (1464 unter Ludwig XI.).

Das Königtum und Bürgertum waren die natürlichen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Lehnsadel. Die Bürger, mit der politischen Verwaltung durch königliche Beamte zufrieden, betätigten sich durch wirtschaftliche Genossenschaften. Monopolgilden, für die gelegentlich der deutsche Name hanse erscheint, belegten den Verkehr mit Beschlag: die Genossenschaften der Seineschiffer von Paris bis Rouen nahmen den Verkehr auf der Seine bis zum Meere als ihr ausschließliches Recht in Anspruch.

Um 1500 waren nur noch königliche Münzen im Umlauf. Manche unter ihnen dienten dem Auslande als Vorbild, so um 1300 der gros tournois (grossus Turonensis), die erste allgemeine Didmünze (im Gegensatz zu den einseitig geprägten dünnen Brakteaten) mit doppelseitiger Prägung, die Wenzel II. von Böhmen nachahmte (s. die untenstehende Abbildung) und die der deutschen Sprache das Wort Groschen zugeführt hat. Ähnlich ging es dem seit 1338 geprägten écu (scutum), einer Goldmünze von 4,582 g, die auch in Deutschland („Schild") beliebt war. Die karolingischen Benennungen denier (denarius), sous (solidus) und livre (libra) kamen nie außer Gebrauch, obwohl sich der Sinn der Worte stetig abwandelte.

Wein und Seesalz (bei Bourgneuf an Frankreichs Westküste gewonnen) bildeten die Hauptausfuhrgüter Westfrankreichs für fremde, auch hansische Kaufleute (Baienhandel; vgl. S. 333). In der Seeschiffahrt standen die Franzosen gewiß nicht über Spaniern und Engländern.

Prager Groschen des Königs Wenzeslaus II. von Böhmen (1278—1305). Original im Münzkabinett zu Dresden.

Unter dem Schutze des Königtums entfaltete sich das Tuchgewerbe in den flandrischen Grenzgebieten, und neue Messen blühten in Beaucaire, Nimes und Besançon.

C. Die Niederlande.

Mit „Niederlande" bezeichnen wir hier das Gebiet Belgiens nebst den Grenzstrichen des nördlichen Frankreich und das Königreich der Niederlande, den Wohnsitz der Wallonen, Flamen und Holländer. Vor den Kreuzzügen lag der Schwerpunkt im Süden, in Flandern und Brabant, Ländern, die teils zum deutschen, teils zum französischen Reiche gehörten, aber ein Sonderdasein führten. Hier lag der Mittelpunkt der europäischen Vermittelungszone zwischen Ost und West, Süd und Nord. Bis an die Schwelle des 16. Jahrh. war dann Brügge die Haupthandelsstadt Europas, später von Antwerpen (Antorf) und im 17. Jahrh. von Amsterdam abgelöst. Brügge überstrahlte vom 12. Jahrh. an die übrigen Handelsplätze, hier entstand ein internationaler Austauschplatz, wie es vorher keinen gegeben hatte, der ebensosehr dem See- wie dem Landhandel diente.

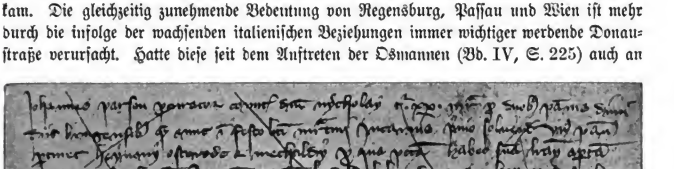
Brügge entstand als deutsche Stadt, auf dem der menschlichen Nachhilfe bedürftigen Zwijn für die damaligen großen Handelsschiffe erreichbar, entwickelte sich zu einem immer zugänglichen, immer tätigen Stapelplatz, wo man Waren aufhäufte, handelte, zerteilte und weiter verfrachtete. Den Hauptanteil am flandrischen Handel hatten die Italiener, die anfangs zu Lande, seit 1317 (S. 315) zur See kamen und ihre Überlegenheit in Geldgeschäften und in der Handelstechnik zeigten. Nach Brügge (s. die Abbildung S. 319) strömten die niederdeutschen Osterlinge mit den Erzeugnissen Osteuropas, die Spanier, Westfranken, Engländer, Skandinavier. Die Ausländer bildeten den unternehmenden Teil der Kaufleute, während die Einheimischen als Makler und Hauswirte der Fremden verdienten.

Die Flamen waren handelspolitisch vom Ausland abhängig, bedurften besonders der Lebensmittelzufuhr aus den Ostseeländern, von wo sie auch Pelze, Honig, Wachs, Pech, Pottasche bezogen. Kupfer wurde in Dinant, Eisen in Lüttich verarbeitet. Im 15. Jahrh. noch war Brabant wirtschaftlich Holland überlegen.

Digitized by Google

D. Oberdeutschland.

Die oberdeutschen Handelsstädte lagen in mehreren Staffeln hintereinander. Unter den Alpenstädten stiegen immer diejenigen empor, auf welche die gerade gangbaren Pässe ausmündeten und die deshalb den Verkehr mit Italien beherrschten. Das waren der Brenner und der Reschenscheideckpaß, bis die Mittelalpen durch den um 1225 eröffneten Paßweg über den St. Gotthard und durch den 1387 vollendeten Bau der ersten, dem Wagenverkehr dienenden Paßstraße über den Septimer erschlossen wurde. Durch die Benutzung des St. Gotthard (nach dem auf der Höhe errichteten Hospiz genannt) kamen Basel, Straßburg und die anderen Rheinstädte in Blüte, während der Septimerverkehr vor allem Ravensburg, Ulm, Augsburg und Nürnberg und weiter Bamberg, Würzburg, Aschaffenburg und Frankfurt a. M. zugute kam. Die gleichzeitig zunehmende Bedeutung von Regensburg, Passau und Wien ist mehr durch die infolge der wachsenden italienischen Beziehungen immer wichtiger werdende Donaustraße verursacht. Hatte diese seit dem Auftreten der Osmanen (Bd. IV, S. 225) auch an



Gelöschter Schuldeintrag aus dem Jahre 1367 im Handlungsbuch des Hamburger Kaufmanns Bicko von Gelbersen. Nach der Ausgabe von H. Nirrnheim (Hamburg 1895).

Johannes Parsen, procurator comitis domini Nycholai, tenetur 10½ marcas pro duobus pannis dimidiis Brugensibus, quem emit in festo beati Martini, in carnisprivio solvendum. Unus pannus pertinet Heynoni Osterode et Mechtildi. Pro qua pecunia habeo suam literam apertam suo signo sigillatam. In procuria domini Ludolfi Beckendorpis et Heynonis Jutten. — Dedit 10 marcas Wiltfanghe in dominica tercia post pasca. Item dedit 9½ mark.

Bedeutung verloren, so konnte doch König Siegmund von Ungarn als Feind Venedigs 1422 die Anbahnung eines Verkehrs mit den genuesischen Pflanzstädten am Schwarzen Meer ins Auge fassen. Der Verkehr zwischen Deutschland und der Moldau beschränkte sich auf die Berührung mit den deutschen Kaufleuten in Lemberg und Krakau.

Die Wurzeln des oberdeutschen Handels lagen in Italien. In dem Pferche des venezianischen Fondaco dei Tedeschi, der im 13. Jahrh. entstand, handelten die deutschen Kaufleute im Beisein welscher Makler die Waren des Morgenlandes und Italiens ein, um sie dem Norden (1409 erschienen sogar hansische Schiffe in Venedig) zuzuführen, und seit dem 14. Jahrh. führt ein anderer Strom die Deutschen nach Mailand und Genua, das gewissermaßen dessen Hafenstadt darstellt; um 1425 dachte man ernstlich daran, dort auch einen Fondaco zu gründen. Doch auch mit der Pyrenäenhalbinsel standen die Oberdeutschen in Verkehr. Die Wege führten entweder durch die Schweiz und Südfrankreich über die Pyrenäenpässe oder zur See von Genua nach Barcelona. Die Bodenseestädte und Nürnberg betätigten sich auf diesem Felde, bis Augsburg (Fugger, Welser) durch seine Verbindung mit den Königen das spanische und portugiesische Geschäft im 16. Jahrh. beherrschte und auch in die Neue Welt vordrang. In das Herz Deutschlands und darüber hinaus bis in die hansischen und flandrischen Gebiete stießen die Oberdeutschen seit dem Ende des 14. Jahrh. vor. Die erste Berührung zwischen Nürnbergern und Lübeckern ist damals in Brügge erfolgt, und erst im 15. Jahrh. ist ein Landverkehr zwischen beiden Plätzen zu beobachten. In englischen, niederländischen, preußischen und litauischen Städten finden wir Oberdeutsche, die mit Polen, Ungarn und Mitteldeutschen Handel treiben. Auf dem Wege nach Nordosten suchten die Nürnberger nach Stützpunkten und fanden sie vornehmlich in Breslau, Frankfurt a. d. O. und Leipzig. Letzteres ist seit etwa

Digitized by Google

1390 als Etappenpunkt der Nürnberger auf ihren Ostfahrten groß geworden. Hinter Breslau lag als weiteres Ziel Krakau, nachdem es vermöge seines Stapelrechts Lemberg in den Schatten gestellt hatte. Ausgangspunkt des polnisch-russischen und moldauischen Handels.

Auch in Österreich und den angrenzenden Ländern gewannen die Oberdeutschen die Oberhand; den dort eingekauften Wein bezahlten sie mit Webwaren. Schließlich brachten sie den gesamten Fern- und Großhandel der österreichischen Länder nebst ihrem Bergbau in ihre Gewalt.

Der frühzeitige Kapitalreichtum der Oberdeutschen stachelte den Unternehmersinn an. Glückliche Umstände ließen den Reichtum mehrere Geschlechter lang im Handel fortarbeiten und verhinderten die Anlage im Grundbesitz. Warenhandel, Bergbaubetrieb, Geld- und Kreditgeschäfte lagen meist in einer Hand und ergänzten sich wunderbar. Und damit nicht genug: auch der gewerblichen Gütererzeugung für den Handel wandten sich die Kaufleute durch Ausgestaltung des Verlagssystems zu, ja die Nürnberger sind sogar umgekehrt von ihrem Metallgewerbe aus zum Spezereihandel gekommen.

5. Die deutsche Hanse.

A. Die Frühzeit der norddeutschen Hanse in England.

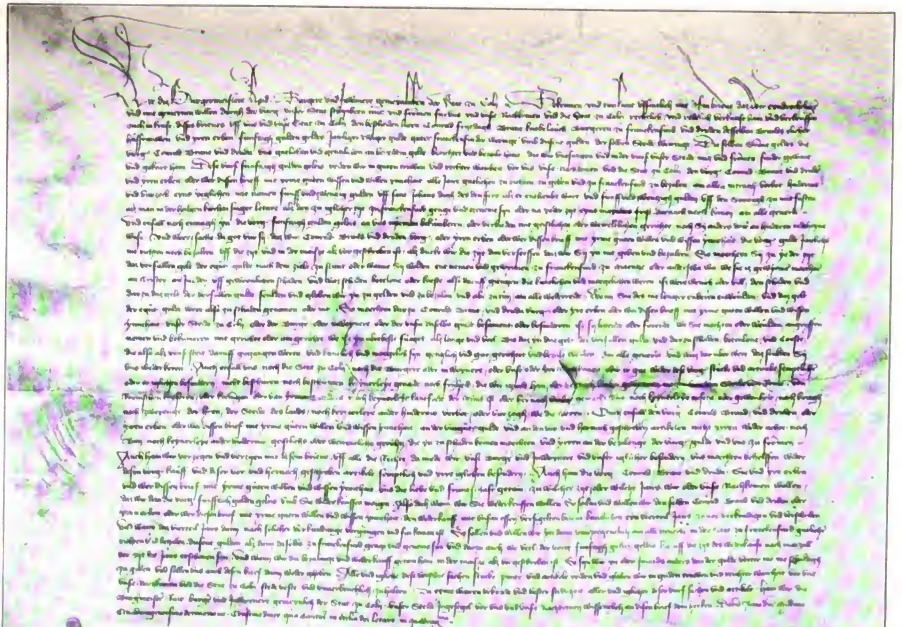
England war das erste überseeische Gebiet, mit dem die Deutschen von Köln her einen friedlichen Handelsverkehr unterhielten. Wir kennen aus der Zeit um 1000 die Abgaben, welche die deutschen Kaufleute für die Erlaubnis, am Londoner Markte teilzunehmen, entrichteten. Urkundlich bezeugt ist ein Verband (Hanse) von Kölnern in London (1157); König Heinrich II. und Richard I. Löwenherz erteilten ihnen Zoll- und Abgabenfreiheit und das Vorrecht, Handel zu treiben und alle Messen zu besuchen, und die Kölner ließen sich auch später ihre Privilegien besonders bestätigen. Die Kölner Hanse überflügelte im 13. Jahrh. die Londoner Hanse der flämischen (besser: flandrisch-nordfranzösischen) 17 Städte, derjenigen, die auf den Messen der Champagne und Brie (S. 317) als bevorrechteter Verband auftraten. Jene Londoner Hanse war nicht bloß ein Verband der in England Handel treibenden flandrischen Kaufleute, sondern ein Verband ihrer Heimatstädte.

Die flandrischen und nordfranzösischen Städte hatten die Wurzeln ihres Daseins im Tuchhandel und in der Tucherzeugung, bezogen seit dem 16. Jahrh. einen großen Teil ihres Rohstoffes aus England, dessen Schafwolle jahrhundertelang den wichtigsten Ausfuhrgegenstand bildete. Die verarbeitete Wolle führten die flandrisch-französischen Städte als modisch gefärbte und appretierte Tücher teils anderswohin, teils nach England zurück. Der im 13. Jahrh. blühenden Londoner Hanse der Fläminge schadete später mehr als das Emporkommen der ihr nachstrebenden deutschen Hanse die Gründung der englischen Staplergilde und der Genossenschaft der Merchant Adventurers (S. 317). Aus den älteren Gilden und Hansen fremder Kaufleute desselben Landes war ein Verband von Städten entstanden, auf den der Name Hanse überging. In all den Hansen germanischer Abkunft betrieb indessen jeder den Handel auf eigene Rechnung und Gefahr, doch im Mitgenusse der Rechte und Vorteile aller Genossen zu Lande oder zur See.

B. Südeuropäische Einflüsse.

Vor den Kreuzzügen war ein Seitenweg des Orienthandels über Rußland zur Ostsee bis England hin gelaufen (vgl. S. 316). Auch von Südfrankreich her waren zonenfremde Erzeugnisse nach dem Norden gelangt. Seit dem 12. Jahrh. suchten die Produkte des Südens den bequemsten Weg aus den italienischen Handelsstädten nach Mittel- und Nordeuropa und fanden ihn zu Lande (Großer St. Bernhard, Rhonetal) über die französischen Messen und die flandrischen Städte. Nach den materiellen Reizmitteln klimatisch bevorzugter Erdstriche

Digitized by Google



Kölnische Rentkaufsurkunde von 1419, März 27.

Nach dem Original im Stadtarchiv zu Köln (verkleinert).

Das anhängende Siegel der Stadt Köln ist nicht mit abgebildet. Die in der Mitte erkennbaren Einschnitte bezeugen die Kraftloserklärung der Urkunde, nachdem das Kapital von 1000 Gulden, wie es der Wortlaut vorsieht, zurückgezahlt worden ist.

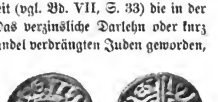
Übertragung der Rentkaufsurkunde von 1419, März 27.

Wir die burgermeister, raid, burgere und inwonere gemeynlichen der stat zu Coln bekennen und tun kunt uffuntlich mit desem brieve, daz wir eyndrechtliger und mit gemeynen willen durgh der burger unser stat schijnbern nutz und frommen fur uns und unse nachkomen und die stat zu Coln rechtlich und redelich verkauft hain und verkeuffen och in kraft disses brieves uff uns und unse stat zu Coln den bescheiden luten Conrad Frijstdagh, Brant Knobelanch, burgeren zu Franckenfurd, und Druden, desselben Brands elicher husfrauwen, und yren erben funfzigh gulden geldes jairliger ewiger gulde guter Franckenfurder weringe umb dusent gulden der selben stelde weringe. Die selben summe geldes die vurgenanten Conrad, Brant und Druda uns gutlichen und gentzlichen an bereidem gelde berichtet und bezailt haint, die wir untfangen und in der vurschreben unser steide nutz und frommen furder gewant und gekart hain. Dese vurschreben funfzigh gulden geltis reiden wir in guten trauwen und rechter wairheit vor uns, unse nachkomen und die stat zu Coln den vurgenanten Conrad, Brant und Druden und yren erben oder wer dissen brieff mit yrme guten wissen und willen ynnehait alle jaire gutlichen zu richten, zu geben und zu Franckenfurd zu bezalen ain allen intragh, verbot, hindernis und vurzoch eyns yeglichen mit namen funffundzwentzig gulden uff sant Johans dagh des denffers, alz er entbenbt wart (Ang. 29), und funffundzwentzigh gulden uff den fruntagh zu mittasten, alz man in der heilgen kirchen finget Letare, alz dau zu iglicher zijt zu Franckenfurd genge und geneme sijn, oder na yeder zijt eyns maynides frist, darnach neest komen, ain alle geverde, und enfall noch enmagh yn die vorgenanten funftzigh gulden geltes an uns nyeman bekumberen oder verbieden mit geistlichen oder weireltlichen gerichte noch sij anders dairan hinderen indeheyne wijse. Und weerz sache, da got vur sij, daz wir Conrad, Brand und Druden vorgenant oder yren erben oder wer dissen brieff mit yrme guten willen und wissen ynnehait die vorgenante gulde jairlichs nit richten noch bezalten uff die zijt und in der maijze, alz vor geschreben ist, alz dicke wir die zijt dan verseessen, daz wir sij yn nit geben und bezalten, so moechten sij zu yeder zijt daz verfallen gelt der egenanten gulde nach dem ziele zu stunt, oder wanne sij wolden, entnemen und gewynnen zu Franckenfurd, zu Maentze oder anderswa, we sie iz gewynnen moechten, an cristen, an jneden uff gewoenlichen schaden, und waz schaden, botelone oder koste also darumb gungen, die kuntlichen und moegelichen weren, iz were wenich oder vill, den schaden und darzu daz gelt der verfallen gulde, jeulden und globen wir yn zu gelden und zu bezalen und abe zu tun ain alle wederreide, wenn sie des nit lenger euberen enweulden, und daz gelt der egenanten gulde were also zu schaden genomen oder nit, so moechten darzu Conrad, Brant und Druda vurgenant oder yre erben oder wer dissen brieff mit yrme guten willen und wissen ynnehait unser steide zu Coln oder der burger oder inwoynere oder der unsen daselbs gnede besament oder besunderen, iz sij ligender oder farende, wo sie mochten oder wen den, angrijffen, nemen und bekummeren mit gerichte oder ain gerichte, wo iz yn alrebeste sneget, alz lange und veel, bis daz yn daz gelt der verfallen gulde und darzu schaden, botenlone und coeste, die also, alz vorschreben steit, darnff gegangen weren und kuntlich und moegelich sijn, gentlich und gar gerichtet und bezalt werden ain alle geverde, und waz darnber were, daz jeulden sij uns wederkeren. Auch enfall uns noch die stat zu Coln noch die burgere oder inwoynere oder unse oder yre nachkomen oder ir gut weder dese vurgenanten stucke und articule semptlichen oder ir iglichen besnndern nicht beschuren noch beschirmen keynerleye genaide noch frijheid, die wir itzund hain oder hernach umber gewynnen mogen van dem stoile von Rome, von roemschen keyseren oder koenigen oder dan yemans anders, noch keynerleye lantfrede, der itzunt ist oder hernach umber gemacht wirt, noch keynerleye gesetze oder gewonheit, noch kriegh, noch zweyonge der herren, der steide des lands, noch keynerleye ander hindernis, verbot oder vurzogh, we die weren. Ouch enfall den vurgenanten Conrad, Brand und Druden oder yren erben oder wer dissen brief mit yrme guten willen und wissen ynnehait an der vurgenanten gulde und an den vor und hernach geschreben artikelen nicht yrren weder ad te noch han noch keynerleye ander hindernis geistlichs oder weireutlichs gerichtz, die yn zu schaden komen moechten und yrren an der bezalonge der vurgenannten gulde und uns zu frommen. Auch hain wir verzegen und verzijen mit desem brieve uff alle die rechte, da mede wir, unse burger und inwoynere und unser iglicher besondern uns moechten behelffen wider desen vorgenanten kauff und deser vor und hernach geschreben artikele semptlich und yrre iglichen besondern. Auch hain die vorgenanten Conrad, Brant und Druda, sie und yre erben und wer dissen brief mit yrme guten willen und wissen ynnehait uns die liebe und fruntschaft getain: zu welcher zijt oder wilchs jairs wir oder unse nachkomen wollen, daz wir dan die vurgenanten funffzich gulden geltis umb sie widerkeuffen moigen, also doch, wann wir sie widerkeuffen wollen, so sollen und wollen wir deuselben Conrad, Brand und Druden oder yren erben oder wer diesen brief mit yrme guten willen und wissen ynnehait den widerkauff mit unsem offen versigelten brieve kuntlichen eyn vierteil jairs zuvor verkundigen und verschriben, und wann daz vierteil jairs dann nach solicher verkundunge vergangen und furkomen ist, so sollen und wollen wir yn dann unverzoegentlich ain alle geverde in der stat zu Franckenfurd gutlichen richten und bezalen dusent gulden, alz dann daselbs zu Franckenfurd genge und geneme sijn, und darzu auch we weel der vorgenanten funftzigh gulden geldis bis uff die zijt des widerkaufs nach marzall der zijt des jairs erschenen sijn, und wann wir die bezalinge und widerkauff getain hain in der maijze alz vorgeschreben ist, so sijn wir yn oder imands anders dan der gulde vorter nit me schuldigh zu geben und sollen uns auch deser brief dann weder geheben. Alle und igliche dese vorschreben sachen, stucke, punte und artikele reiden und globen wir in guden trauwen und reichter wairheit vor uns, unse nachkomen und die stat zu Coln stede, veste und unverbruchlich zu halten. Zu eyme wairen urkunde und bester stedicheit aller und iglicher deser vurschreben sachen und artikele hain wir die burgermeister, rait, burger und inwoynere gemeynlich der stat zu Coln unser steide ingesegel vor uns und unse nachkomen wissentlich an disen brief doin henken. Datum anno domini millesimo quadringentesimo decimo nono crastino dominice, qua cantatur in ecclesia dei Letare, in quadragesima.

Digitized by Google

haben die Völker romanisch-germanischer Zunge stets verlangt, und unverkennbar wurden die Nervenreize die Wurzeln unzähliger Taten; denn in psychologischen Vorgängen liegen die Antriebe zu den Entdeckungen, Kolonisationen und Eroberungen, welche die Erwerbung der Reiz- und Genußmittel heißerer Zonen erleichtern sollten.

Wie die antike so bezahlte auch die mittelalterliche Welt den Saldo ihres indischen Handels mit edlem Metall. Nur die Findigkeit der Italiener verminderte diesen Saldo im Verhältnis zum Gesamtumsatz, bis der europäische (15. Jahrh.) und amerikanische (16. Jahrh.) Bergsegen den Abfluß des Edelmetalls unfühlbar machte. Als sie nun mit den Waren des Südens nach Norden zogen, brachten sie ihre entwickelte Handelstechnik überallhin, verfielen aber durch ihre Darlehnsgeschäfte und das Zinsnehmen dem Haß der Einheimischen, und die Kirche stützte ihr Verbot des Zinsnehmens durch die schärfsten Strafandrohungen. Die für das mittelalterliche Denken allein nicht anstößige Form eines Darlehensgeschäfts bildete der im 14. und 15. Jahrhundert sehr ausgebreitete und vor allem zur Beschaffung von Kapital für die Stadtgemeinden benutzte „Rentkauf", dessen Eigentümlichkeit (vgl. Bd. VII, S. 33) die in der beigeheftenten Tafel mitgeteilte Köln-Frankfurter Urkunde enthält. Das verzinsliche Darlehn oder kurz „Wuchergeschäft" war im Norden eine Domäne der aus dem Warenhandel verdrängten Juden geworden, aber in derselben Zeit, da die kommerzielle Macht Südeuropas nordwärts griff, brach die jüdische Geldherrschaft zusammen. Wenn auch die Gewalt der Landesfürsten die Juden zunächst vor dem Äußersten bewahrte, um sie von Staats wegen auszupressen, wurden sie doch endlich vertrieben, in England 1290.



Sterling (Penny) König Heinrichs III. von England (1216—72), geschlagen zu London. Original im Münzkabinett, Dresden.

Lange vorher schon hatten christliche Geldverleiher den Haß Alt-englands auf sich gezogen: die in ganz Europa verrufenen Kawertschen (ursprünglich Leute aus Cahors in Südfrankreich, Cahorsini), die 1235 als „päpstliche Kaufleute", d. h. um bei der Eintreibung päpstlicher Einkünfte in England hilfreiche Hand zu bieten, dorthin kamen. Obwohl 1240 verbannt, betrieben sie ihre jüdischen Wuchereien gleichenden Geschäfte fort, bis die großen lombardischen Häuser — unter Lombarden verstand man überhaupt Italiener, namentlich Leute aus Asti und Florenz — die cahorsinischen Wucherer im 14. Jahrh. in den Hintergrund drängten. Die jüngeren Bankhäuser (Bardi, Peruzzi, Frescobaldi usw.) gaben der Krone Anleihen, die ihnen und dem Wohlstand ihrer Mutterstadt am Arno verhängnisvoll wurden, als Edward III. seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen konnte (1339).

C. Die Osterlinge in England.

Zu den Kölnern, Franzosen, Flamen, Italienern, Spaniern, Skandinaviern gesellten sich seit dem Ende des 12. Jahrh. auch die „Osterlinge", die Leute von der deutschen Ostküste, die Bewohner des deutschen Kolonialllandes an den Ufern des Baltischen Meeres.

Das Wort Sterling, aus „Easterling" entstanden, war schon früher in den englischen Sprachschatz aufgenommen worden, als man um 1180 zu dem vollwichtigen karolingischen Münzfunde zurückkehrte: man prägte den Silberpfennig (penny; s. die obenstehende Abbildung), die einzige Münze, nun nicht mehr wie bisher nach dem leichten französischen Fuße (livre Tournois), sondern nach dem im ostfränkischen Reich erhalten gebliebenen Münzpfunde Karls des Großen aus: 240 Pfennige auf ein Pfund, den Pfennig 32 Weizenkörner schwer (22½ Gran), wogegen Pfund, Mark, Schilling bloße Recheneinheiten bildeten. Den schweren, nach ostfränkischem Fuße geprägten Pfennig nannte man sterling penny (= easterling penny).

Schnell erlangten die Osterlinge Bedeutung, wie der Haß der privilegierten Kölner Hanse beweist, aber die Plantagenets erteilten bald allen Kaufleuten des „Kaisers von Alemannien und des Herzogs von Sachsen" Vorrechte. Es bildete sich der Begriff des „Gemeinen deutschen Kaufmanns", der neben Rechten einen Stock gemeinschaftlicher Interessen umschloß. Als sich auch der britische Handel der Nordseestädte hob, bildeten die Hamburger 1266 eine besondere Hanse, das Jahr darauf die Lübecker. Da nun der engere Bund, den Lübeck und Hamburg um ihrer heimatlichen Interessen willen schlossen, sie auch in der Fremde

Digitized by Google

zu Verbündeten machte, und da innerstädtische Wirren Köln schwächten, so wurden die drei Hansen 1282 zu einer Hanse, die drei Faktoreien zu einer Faktorei verschmolzen.

Den Vereinigungspunkt der deutschen Kaufleute in London überhaupt bildete fortan der Stahlhof (steelyard) an der Themse, eine Vereinigung von Gebäuden, die erst 1853 veräußert wurde (S. 339). Wie anderswo (Brügge, Bergen, Nowgorod) vorhandene Hansehöfe, so umgaben Mauern mit wuchtigen Toren auch diesen Stapelort. Zur Themse führte eine Treppe; ein Kai und ein Kran dienten beim Ausladen der Waren aus den Seeschiffen. Magazine, Keller, Wohn- und Schlafstätten lagen innerhalb des klösterlich umfriedeten Ranmes; mönchische Zucht herrschte sowohl unter denen, die vorübergehend auf dem Hofe weilten, als auch unter den Angestellten, die zehn Jahre unbeweibt auf ihrem Posten ausharren mußten. Nur in der „großen Halle", dem gemeinsamen Speisesaal, und in dem „rheinischen Weinhause" pulsierte fröhliches Leben, an dem auch Einheimische teilnahmen.

Am Ende des 13. Jahrh. bestand ein Interessen- und Rechtsverband von Handeltreibenden verschiedener Städte, die gegen die Feindschaft der englischen Bürgerschaften durch das Recht der Freizügigkeit und des freien Handels im ganzen Königreich und durch den Besitz eigener, sich selbst verwaltender Faktoreien gesichert waren, hingegen noch keine höheren Rechte als andere Genossenschaften der Fremden besaßen, geschweige denn irgendein Monopol. Auf die heimatlichen Städte wirkte die Vereinigung ihrer im Auslande weilenden Bürger ebenfalls vereinigend: die Stadt und deren auswärtige Kaufmannschaft waren zusammengehörige Begriffe, gehörten ja doch die Kaufleute, die sich im Auslande aufhielten, und die in der Heimatsstadt herrschenden Geschlechter zu einer Gesellschaftsschicht. Jede Stadt trat für ihre auswärts weilenden handeltreibenden Angehörigen ein, aber bald kam es auch zu einem gemeinsamen diplomatischen, ja militärischen Eingreifen der durch Interessen und Privilegien verbundenen Städte. Die Personalverbände deutscher Kaufleute im Auslande haben einen Ausgangspunkt für den gliederreichen Bund niederdeutscher Städte gebildet, den man später überhaupt die Hanse genannt hat.

D. Die Deutschen in Wisby und Nowgorod.

Der zweite, östliche Eckpfeiler deutscher Handelsmacht entstand in einer von der westeuropäischen verschiedenen Umwelt: unter Slawen, mit finnischen Elementen durchmischt; unter Schismatikern; innerhalb des griechischen Kulturkreises, in halbzivilisierten, schwer zugänglichen, klimatisch verschiedenen, feindselig gestimmten Ländern. In Gegenden, in denen seit dem 12. Jahrh. der deutsche Krieger, Priester, Landmann stetig vorrückte (s. die Abbildung S. 323), war der deutsche Kaufmann mehr als in England auf Selbstschutz und Selbsthilfe, auf einmütiges Vorgehen, auf Verhandlungen, Vertrag und Wiedervergeltung angewiesen. In Wisby auf Gotland (S. 316), der alten Handelsstadt, ließen sich im 12. Jahrh. viele Deutsche, zumal Westfalen, nieder. Heute noch offenbaren die Ruinen Wisbys westfälischen Einfluß.

Wisby besaß, wie Kalmar und Stockholm, eine deutsch-schwedische Bevölkerung, die aber nicht in einer abgeschlossenen Faktorei wie in London oder Bergen lebte. Darum ist es in Wisby nicht zu einem exterritorialen, selbstherrlichen Verbande deutscher Kaufleute gekommen. Aber gegen einen Verlust seines Volkstums schützte den Deutschen die Abneigung der Einheimischen, die als ältere Seefahrer und Händler lange vor der Ankunft der Deutschen Verbindungen mit Rußland unterhielten und sogar deutsche Märkte aufsuchten. Die Russen hatten in Wisby ihr eigenes Gotteshaus, wie die Gotländer Hof und Kirche, beide nach dem heiligen Olaf benannt, in der wichtigsten Handelsstadt Nordrußlands, in Weliki Nowgorod besaßen. Über Gotland kamen auch die gotländischen Deutschen dorthin und erwarben in der von ihnen „Naugart" und von den Skandinaviern „Holmgard" genannten Stadt den Sankt Nikolaus-Hof.

Die Aufschließung Rußlands für den baltischen Handel war ein bedeutendes Ereignis. Zwar bestand schon bald nach 1000 ein Verkehr rheinischer und oberdeutscher (Regensburger) Kaufleute mit Kijew, dem großen Emporium Südrußlands (S. 316), das den

Digitized by Google

Verkehr mit den Pontusländern und Byzanz vermittelte und bis gegen 1100 das östliche Deutschland mit levantischen und byzantinischen Waren versorgte.

Den Deutschen kam bei ihrer kolonisatorischen und kommerziellen Ausbreitung der Umstand zugute, daß die handelseifrigen Russen slawischen Geblüts trotz mancher Anläufe zum Seehandel meerfremd blieben. Neben Gotländern und dortigen Deutschen erschienen seit etwa 1180 im baltischen Rußland Kauffahrer aus Lübeck und anderen Ostseestädten oder aus Städten des Nordseegebietes und fuhren womöglich direkt nach Naugart.

Mit der um die 1184 erbaute Sankt Peters-Kirche entstandenen Ansiedlung deutscher Kaufleute („Sankt Peters-Hof") vereinigte sich der von den gotländischen Deutschen gegründete „Nikolaushof" am rechten Ufer des Wolchow, der Nowgorod in zwei ummauerte Hälften schied: die Handelsseite am rechten, die Sophienseite am linken Ufer. Auf der Handelsseite lag auch die Kirche des heiligen Johannes des Täufers, der Sammelplatz für die einheimische Großkaufmannschaft. Nach ebendiesem Heiligen hieß die seit etwa 1130 bestehenden Gilde der Nowgoroder Kaufherren. Im Johanneshofe tagte ein Rat in Handelssachen und ein Kaufmannsgericht, das auch für Streitigkeiten zwischen Russen und Deutschen zuständig war. Die Stadt mit ihrem ungeheuren Außengebiet war mehr eine Republik denn eine Monarchie, obgleich Wahlfürsten an ihrer Spitze standen. Die Volksversammlung entschied in allen wichtigen Fragen. Vom Finnischen Golfe fuhren die Schiffe durch Newa und Ladogasee bis zur Wolchowmündung, wo Leichterschiffe die Waren von den tiefgehenden Ostseekoggen übernahmen. In zwei Zügen — als Winter- und Sommerfahrer — kamen die deutschen Kaufleute auf diesem ungefähr 150 km langen Wege daher. Doch führten auch Landwege nach Nowgorod.

Das Haus der Großen Gilde in Reval. Nach Photographie.

Die Deutschen oder, wie man im griechisch-rechtgläubigen Lande sagte, die „Lateiner", fuhren von Riga (1201 gegründet) 1220 auf der Düna bis Polozk oder Witebsk und gingen von dort über die schmale Wasserscheide zum Dnjepr bis Smolensk, wo die Deutschen Höfe, Häuser und eine Kirche besaßen; in den Smoleniker Freibriefen werden Bürger von Wisby, Lübeck, Bremen, Soest, Dortmund, Groningen usw. erwähnt. In Litauen diente Kowno dem deutschen Kaufmann als Stützpunkt, aber der bedeutendste Platz für den deutsch-baltischen Handel war nächst Nowgorod das bis ins 14. Jahrh. von diesem abhängige Pleskau (Pskoff), wohin man durch die Narwa, den Peipussee und die Welikaja gelangte. Den Binnenhandel beherrschte und behielt der genossenschaftlich organisierte russische Kaufmann; selbst der Fürst von Nowgorod bediente sich bei seinen Handelsgeschäften mit den auswärtigen Kaufleuten russischer Mittelsmänner. Nur die Kirche verkehrte unmittelbar mit den Fremden.

In Nowgorod verlangte die stete Gefahr den engsten Zusammenschluß. Noch im 12. Jahrh. entstand die älteste Aufzeichnung der Hausgesetze des deutschen Hofes, die oft vermehrte und umgeänderte

Digitized by Google

Nowgoroder Strä. Wisby, anfangs gewissermaßen Vorort für die Nowgoroder Faktorei, verlor im Laufe des 13. Jahrh. die Leitung an Lübeck, und Riga wieder suchte Lübeck aus der Führerschaft zu drängen.

Schon während des 13. Jahrh. trübte sich das Verhältnis zu den Russen wiederholt so, daß die deutschen Städte jeglichen Verkehr mit dem ausgesperrten Lande einstellen mußten, so 1268—69 und 1278. Als die nachgiebig gewordenen Russen die Forderungen der Deutschen bewilligten, wurden die Fahrten nach Nowgorod 1270 wieder aufgenommen; die Verhandlungen führte Lübeck, das seine Führerstelle lange behauptete (s. die beigeheftete Tafel).

E. Der deutsche Kaufmann in den skandinavischen Reichen.

Im 13. Jahrh. erlangten die Beziehungen Lübecks und des baltischen Neudeutschland zu den skandinavischen Reichen eine überragende Bedeutung. Von Gotland und Öland her erlangten die Deutschen auch im eigentlichen Schweden in den eben erst entstehenden Städten Gleichstellung mit den Eingeborenen. Stockholm, im 12. Jahrh. gegründet, hatte deutschen Charakter; deutsche Kaufleute brachten den Schweden alle Luxusbedürfnisse; Deutsche beuteten bald auch die Erzgruben von Atvida und Falun für eigene Rechnung aus und kauften das Eisen in den Waldschmieden. Schon vor 1300 besaßen sie Abgabenfreiheit, Freizügigkeit, Schutz gegen das Strandrecht und gegen Seeraub.

Dänemark, das niemals sein Streben nach der Oberherrschaft über die Ostsee aufgab und Schonen und Halland besaß, beherrschte die Meeresstraßen zwischen Nord- und Ostsee, konnte den Nordseeanwohnern den Sund öffnen oder verschließen und den Osterlingen den Öresund oder die Belte versperren oder auftun. Deshalb strebte Lübeck frühzeitig danach, die Sundklappe in seine Gewalt zu bekommen und die Westvölker von der Ostsee, die Gotländer und womöglich alle deutsch-baltischen Kolonialstädte von der Nordsee fernzuhalten, um der Stapelplatz zu werden, auf dem allein der nordische Osten und Westen miteinander Handel treiben sollten. Da der Seeweg nicht selten gesperrt war, so machte Lübeck den Überlandweg durch Holstein gangbar. Der im 14. Jahrh. hergestellte Trave-Delvenau-Kanal bot dem Verkehr sogar eine Wasserstraße, ausreichend für die bescheidenen mittelalterlichen Transporte.

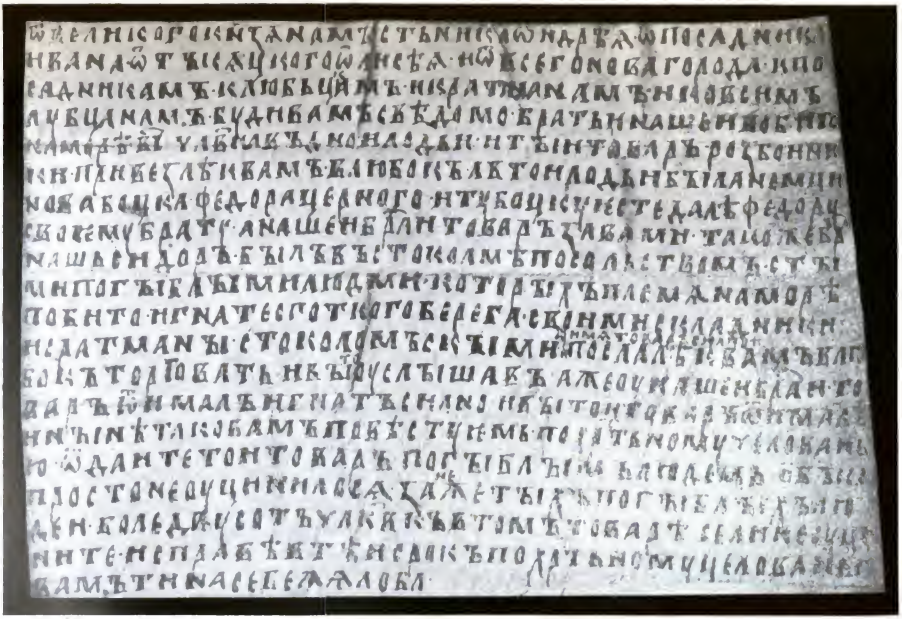
Im 13. Jahrh. erlangten einzelne Städte, dann alle deutschen Gäste (Fremden) von den dänischen Königen Zoll- und Handelsfreiheit. Wichtiger als das eigentliche Dänemark war für den Kaufmann der Aufenthalt in dem unter dänischer Herrschaft stehenden Schonen, dem Hauptschauplatz des Heringsfanges. Für den Handel mit dem Hinterlande bildeten geräucherte oder gesalzene Fische die wichtigste Handelsware wegen der kirchlichen Fastengebote. Bei Skanör und Falsterbo befanden sich die großen Fischereiplätze (Fitten), die sich zwischen Jacobi (25. Juli) und Martini (11. Nov.) bevölkerten und zu Meßplätzen wurden.

Nach Norwegen brachten im 13. Jahrh. Engländer, Friesen und Niederdeutsche die geringfügigen Mengen Ware, die es bezahlen konnte, und der Fischfang lockte die Fremden in die norwegischen Gewässer; Bergen war der Mittelpunkt des Handels mit Stockfischen. Die Deutschen, Lübecker und Hamburger voran, erwarben zunächst nur die allgemeinsten Freiheiten, und obwohl die Anfänge der hansischen Niederlassung in Bergen noch ins 13. Jahrh. fallen, entwickelte sie sich doch erst im 14. und 15. Jahrh.

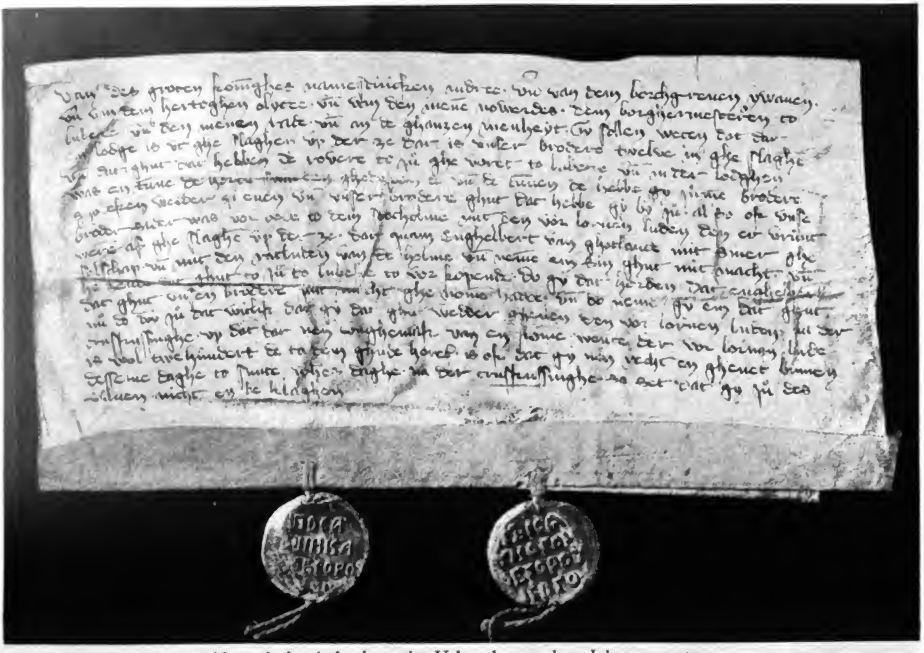
F. Die Osterlinge bei den Westerlingen.

In Brügge (S. 318) berührte sich der Handel des europäischen Nordens mit dem Welthandel. Das dortige Kontor, eine beständige Faktorei, zerfiel in drei Teile: ein (lübisch-) wendisch-sächsisches, ein westfälisch-niederrheinisches und ein gotländisch-schwedisches Drittel,

Digitized by Google



Altrussisch-niederdeutsche Urkunde aus dem Jahre 1370/71.
I. Der kyrillische Text.
Nach dem Original im Staatsarchiv zu Lübeck.



Altrussisch-niederdeutsche Urkunde aus dem Jahre 1370/71.

II. Der niederdeutsche Text.

Nach dem Original im Staatsarchiv zu Lübeck.

Digitized by Google

Altrussisch-niederdeutsche Urkunde aus dem Jahre 1370|71.

Nach dem Original im Staatsarchiv zu Lübeck.

A

Kyrillischer Text in neurussischer Umschreibung.

Отъ великого князя намѣстьника Ондрѣя, отъ посадника Ивана, отъ тысяцкого Олисѣя и отъ всего Нова города к посадникамъ к Любцамъ и к ратманамъ и ко всимъ Лувцанамъ вудимамъ свѣдомо: вратьи нашьи повито на морѣ 12 человѣка въ дно и лодьи и ты и товаръ розвонники привезлѣ к вамъ в Любокъ; а в тои лодьи была немци нова вощка Федора перьвого и ту вощку жесте далѣ Федору, своєму врату, а нашеи вратан товаръ за вами. также вратъ нашь Сидоръ выгъ въ Стоколмѣ посольствомъ с тьми погыльными людми, которыхъ племя на морѣ повито, Игнате с готкого берега своими складники и сратмаы Стоколомъскыми, отъимя товаръ силно послалѣ к вамъ в Любокъ торговать. и вы то оуслышавъ, аже од нашеи вратан товаръ отъималъ Игнатъ силно, и вы тои товаръ отъималѣ. и нынѣ тако вамъ повѣстуемъ по хрестьному челованью: отъданте тои товаръ погыльным людемъ, отъыся просто неоуцинилося за не же тыхъ погыльных людеи воле да у сотъ человѣкъ 2. къ в томъ товарѣ; се ли не оуцините исправѣ в тѣ и срокъ по хрестьному целованью, вамъ ти на севе жилова.

B

Niederdeutscher Text.

Van des groten konighes namnestnicken[1] Andree unde van dem borchgreven[2] Ywanen unde van dem hertoghen[3] Olycee unde van den menen[4] Nowerdes dem borghermesterren to Lubeke unde den m nen rade unde an de ghanzen menheyt.[5] Sy sollen weten, dat dar en lodge[6] is utgheslaghen up der ze, dar is unser brodere tweve ingheslaghen unde dat ghut, dat hebben de rovere tu jú ghevoret to Lubeke; unde in der lodghen was en tunne, de horde Swarsen Ghodeken[7] to; unde de tunnen, de hebbe gy júmen[8] brodere Ghodeken wedder gheven unde unser brodere ghut, dat hebbe gy by jú. Al so olt unse broder Sider[9] was vor bode to dem Stocholme mit den vorlornen luden, den er vrúnt weren afgheslaghen up der ze, dor quam Enghelbert[10] van Ghotlande mit siner gheselschap unde mit den ratluden van dem holme[11] unde nemen em sin ghut mit macht unde he zende dat ghut to jú to Lubeke to vorkopende. Do gy dat horden, dat Enghelbert dat ghut unsen brodere mit macht ghenomen hadde, unde do neme gy em dat ghut. Nú do wy jú dat witlik, dat gy dat ghut wedder gheven den vorlornen luden na der crus-kussinghe[12], up dat dar nen unghemak van en kome, wente der vorlornen lude is wol twehúndert, de to dem ghude horent. is ok dat gy nen[13] recht en ghevet binnen desseme daghe to sunte Johannes daghe na der crus-kussinghe, so set, dat gy jú des sulven nicht en beklaghen.

[1] = Statthalter (russ. намѣстникъ). — [2] Gemeint ist hier der Posadnik = Bürgermeister von Groß-Nowgorod. — [3] = Tausendmann (тысячникъ). — [4] mene (mittelniederdeutsch) = Gemeinschaft, Gemeinde. — [5] = Gemeinheit, Gemeinde. — [6] lodie, lodige, lodge, ein russisches Lehnwort, von лодья = Schiff. — [7] Godeke Schwarz; in der altrussischen Urkunde „fedor Schwarz" genannt. — [8] Irrtümlich Rattjúwen. — [9] Sider, Sidere = Jsidor, einer der Älteresleute der russischen Kaufleute in Groß-Nowgorod; kommt auch in einem Schreiben des Dorpater Rats an den von Reval vom 22. August 1371 vor. — [10] In der altrussischen Urkunde „Ignatius" genannt. — [11] = Stockholm. — [12] Die Kreuzküssung war die russische Form feierlicher Eidesleistung zur Bekräftigung geschlossener Verträge; schließlich wurde der Begriff auch auf die Verträge selbst angewandt. — [13] Das mittelniederdeutsche nen = keiner.

C

Übersetzung.

Von dem großfürstlichen Statthalter Andreas, vom Bürgermeister Iwan, vom Tausendmann Olissjei und von ganz Nowgorod sei den Bürgermeistern und Ratmannen von Lübeck und der ganzen dortigen Gemeinheit (Gemeinde) kundgetan: Unsere Brüder sind auf dem Meere erschlagen worden und ertrunken, (im ganzen) 12 Mann; die Schiffe und die Ware aber haben die Räuber zu sich nach Lübeck gebracht. In dem Schiff war eine neue Tonne, die Fedor Schwarzen, einem Deutschen, gehörte. Diese Tonne habt ihr dem Fedor, eurem Bruder, abgeliefert, die Ware unserer Brüder aber habt ihr behalten. Ebenso, als unser Bruder Isidor in Stockholm in Gesandtschaft mit den in Verlust geratenen Leuten war, deren Angehörige auf dem Meere erschlagen wurden, da kam Ignatius vom gotischen Ufer mit seinen Gesellschaftern und Stockholmer Ratmannen an und nahm ihm die Ware mit Gewalt weg, und sie haben sie nach Lübeck geschickt, um sie zu verkaufen. Und als ihr davon hörtet, daß Ignatius unserem Bruder die Ware mit Gewalt weggenommen habe, da habt ihr die Ware ihm wieder abgenommen. Und jetzt teilen wir euch auf Grund der Kreuzküssung folgendes mit: gebt die Ware den in Verlust geratenen Leuten zurück, wenn anders kein Ungemach wegen der in Verlust geratenen Leute entstehen soll, zumal mehr als 200 Leute Anrecht auf die Ware haben. Paßt auf: wenn ihr ihnen kein Recht gebt in der nach der Kreuzküssung gebotenen Frist, so werdet ihr euch deswegen gegen euch selber zu beklagen haben.

Digitized by Google

Die hier nach dem Lichtbilde wiedergegebene Urkunde ruht in der Urschrift im Lübecker Staatsarchive. Dem russischen Wortlaute ist die deutsche Ausfertigung als sogenanntes Transfix angehängt. Unter A ist hier der in kyrillischer Schrift geschriebene altrussische Wortsatz in neurussischer Sprache mitgeteilt, unter B der niederdeutsche Wortlaut der Urschrift und unter C die Übersetzung des russischen Textes. Zwischen der altrussischen Urkunde und ihrer niederdeutschen Ausfertigung bestehen verschiedene Abweichungen, wie eine Vergleichung von B und C ergibt.

Zu der Urkunde selber sei folgendes bemerkt: der Drohbrief — denn um einen solchen handelt es sich hier — gehört in die Vorgeschichte des zwischen Groß-Nowgorod und den deutschen Kaufleuten geplanten Handelsvertrages vom Jahre 1371, der freilich nur Entwurf blieb und erst im folgenden Jahre zu einer zweijährigen Verlängerung des Stillstandes führte (Hansisches Urkundenbuch IV, Nr. 397 und 1090. Vgl. L. K. Goetz, Deutsch-Russische Handelsverträge des Mittelalters. Hamburg 1916, S. 26, 182 ff.). Die Bestimmung in Abschnitt 5 des Entwurfs vom Jahre 1371: „Für Ungemach, das die Nowgoroder in der Newa und in Stockholm gehabt haben, soll der deutsche Kaufmann nicht büßen", weist unmittelbar auf die in unserem Drohbriefe berührten Vorgänge hin. Die Zeit der Abfassung der Urkunde ist daher das Jahr 1370 auf 1371. Dazu passen auch die in der Urkunde erwähnten Nowgoroder Würdenträger. Der Tausendmann Olissjei wird in der Zeit vor dem 25. Dezember 1371 auch anderweitig in den russischen und besonders in den Nowgoroder Chroniken erwähnt. Er ist vom 1. März 1370 bis zum 28. Februar 1371 Tausendmann gewesen. Das alte russische Jahr begann mit dem 1. März. Ebenso muß auch die Amtszeit des Bürgermeisters Iwan in dies Jahr gefallen sein; denn nach dem 1. März 1371 wird ein Jurij Iwanowitsch als Bürgermeister genannt.

Zur rechtskräftigen Bestätigung hängen an der Urkunde, wie die Abbildung zeigt, an Bindfaden die Bleibullen des Possadniky (Bürgermeisters) und des Tausendmannes von Groß-Nowgorod. Auf dem ersten Siegel befindet sich die kyrillische Inschrift: ПОСА(Д)ИНКА (ИО)ВГОРО(ДСКОГО) — (Siegel) des Possadniky von Nowgorod. Auf dem zweiten die Worte: ТЫСАУКОГО ... ЕГОРО(ДС)-КОГО — (Siegel) des Tüssjatschniky (Tausendmannes) von Nowgorod. Die Sitte, mit Bleibullen Urkunden zu bekräftigen, ist aus Byzanz nach Kijew und von dort nach Groß-Nowgorod gekommen. Im byzantinischen Reich waren neben Wachssiegeln Bleibullen allgemein gebräuchlich. Vom Kaiser bis zum untersten Beamten in Staat oder Kirche bediente sich dort jedermann der Bleisiegel. Wie die byzantinischen Bleibullen dann auf ihrer Wanderung in die päpstliche und kaiserliche Kanzlei gekommen sind, so gelangten sie auch in die großfürstliche Schreibstube nach Kijew und von dort nach Groß-Nowgorod.

Digitized by Google

aber der dortige Kaufmann war trotz der von den flandrischen Grafen verliehenen Privilegien nicht zu besonderen Zugeständnissen an die Osterlinge geneigt. Erst als 1356 Vertreter der Heimatstädte zur Verhandlung erschienen und die Kaufleute sich den Geboten ihrer Heimatstädte unterordneten, entstand zwischen 1356 und 1377 aus den Hansen der Kaufleute die große Hanse der niederdeutschen Städte (stede von der dudeschen hense).

6. Die Faktoreien im Auslande, die niederdeutschen Städte und deren Einung.

Bis um 1300 waren in allen nordischen Staaten deutsche Faktoreien entstanden: zuerst erhielten die Kaufleute einzelner Städte Rechte und Freiheiten, dann ging die Summe der Sonderrechte auf den gemeinen deutschen Kaufmann über. Das Bedürfnis, ihre Gerechtsame zu hüten und Streitigkeiten untereinander zu schlichten, führte die im Auslande weilenden Kaufleute „des Reiches Alemannien" zur Bildung selbstherrlicher Genossenschaften. Diese Höfe (Kontore) hielten ihre Selbstherrlichkeit so lange wie möglich auch dem Mutterlande gegenüber aufrecht; denn ein Bund aller am Außenhandel teilhabenden Städte bestand noch nicht. Trotzdem bildete sich im 14. Jahrh., da und dort schon im 13., eine Interessengemeinschaft zwischen den Handelsniederlassungen im Auslande und den Heimatstädten heraus, deren gesamte Bürgerschaften die Privilegien empfangen hatten. Die Städte verbürgten die Stellung des Kaufmanns und übten demgemäß tatsächlich die Oberaufsicht über die auswärtigen Niederlassungen.

Schon im 13. Jahrh. entstanden in Deutschland Einungen (Bd. VII, S. 24), Bündnisse von Städten, zur Verteidigung gegen Fürsten und Herren in der Heimat und, soweit es erforderlich war, zum Schutze der Bürger im Ausland. Die meisten Bündnisse, zuerst nur für einen begrenzten Flächen- und Zeitraum geschlossen, ließen sich leicht erneuern. In Norddeutschland, wo es seit dem Sturze Heinrichs des Löwen keine stärkere politische Gewalt mehr gab, wies ein Bund, zu dem auch Lübeck gehörte, den Vorstoß Waldemars des Großen von Dänemark zurück, und die Schlacht von Bornhöved 1227 (vgl. die Tafel bei S. 37 des VI. Bandes) schaffte dem baltischen Deutschtum Spielraum. In diesen Ruhejahren ging das Dominium maris baltici und die Vorherrschaft im Handel Nordeuropas an die Niederdeutschen über. Nun entstanden die Bündnisse zwischen den durch Interessengemeinschaft aufeinander angewiesenen Städten. Die wichtigste Gruppe, der Kristallisationskern des Hansebundes, wurde die Gruppe der wendischen Städte: Lübeck, Rostock, Stralsund, Wismar, auch Greifswald, Hamburg, Lüneburg.

Schon 1241 verpflichteten sich Lübeck und Hamburg gegenseitig zum Schutze der Elbe- und Travemündung, unternahmen gemeinschaftliche Streifen gegen die Seeräuber und teilten sich in die Kosten (1259). Am Rostocker Bund (1283) waren auch Fürsten und Herren beteiligt, um die brandenburgischen Askanier von der See abzudrängen. Lübeck erneuerte das Rostocker Bündnis 1293 und noch öfter nur mit den Städten. Doch nicht immer hielten alle Städte zusammen. Denn die niederdeutschen Städte waren keine Reichsstädte, ausgenommen Lübeck, Dortmund und Goslar. Alle anderen hatten einen Herrn über sich, waren landsässig. Trotzdem errangen sie von ihren Herren so viele Freiheiten, daß sie die vielen mittel- und oberdeutschen Reichsstädte nicht zu beneiden brauchten. Indem die Reichsgewalt seit Sigmund Bremen und Hamburg zu direkten Leistungen für das Reich (auch bei Stralsund und Greifswald wurde es versucht) heranzog, erlangten auch diese Städte eine Art Reichsunmittelbarkeit.

In ähnlicher Weise gruppierten sich auch die Städte anderer Landschaften: sie schlossen Bündnisse, entsandten gemeinsam Bevollmächtigte und beteiligten sich an gemeinschaftlichen Unternehmungen. Durch alte Interessengemeinschaft waren die niederrheinisch-westfälischen Städte verbunden: vor allem Köln, Dortmund, Soest. Ferner wäre zu nennen:

Digitized by Google

die süderseeische Gruppe mit Kampen, Deventer, Harderwijk; dann die niedersächsische mit Braunschweig, Bremen, Lüneburg, das seines Salzhandels wegen auch mit dem wendischen Städtekreis in Verbindung stand; die märkische mit Stendal, Salzwedel; die pommersche mit Stettin und Kolberg; die preußische mit Thorn, Elbing, Danzig, Königsberg; die livische mit Riga, Dorpat und Reval (s. die Abbildung S. 323).

Diese territorialen Sonderbünde stellen die Hanse dar: Was die wendischen Städte tun, wie sich die preußischen zu ihnen verhalten, was die rheinischen unternehmen, wie sie sich verbinden und trennen, übervorteilen und im Stich lassen — dies und ähnliches bildet den Inhalt der hansischen Geschichte. Einen Hansebund im Sinne einer wohlorganisierten, stets bereiten, Sonderinteressen dem allgemeinen Besten aufopfernden, große Ziele gemeinsam verfolgenden Verbindung hat es nie gegeben. Nachdrückliche Versuche, einen allumfassenden Städtebund dauerhaft zu organisieren, hat nur Lübeck unternommen; denn seine Sonderinteressen fielen mit den allgemeinen so ziemlich zusammen. Die anderen Städte und Städtegruppen erinnerten sich ihrer Hansegenossenschaft nur, wenn sie Hilfe brauchten. Seit der großen Kölner Einung gegen den Dänenkönig Waldemar IV. (1367) bemühte sich Lübeck, durch allgemeine Hansetage, allgemein verbindliche Beschlüsse, durch Matrikel- und Statutenentwürfe sein Ideal zu verwirklichen; aber es gab keinen Hansetag, der nachweislich von allen Städten beschickt worden wäre; keinen Beschluß, der alle gelegentlich zur Hanse gerechneten Städte verpflichtet hätte; keine Matrikel, nach der regelmäßige Geldbeträge von allen Seiten eingelaufen wären; keine gemeingültige Satzung, keine gemeinsame Wehrverfassung und keinen Krieg, an dem alle Mitglieder beteiligt gewesen wären. Wohl gab es einige selbstverständliche Grundsätze, z. B. den, daß nur der Bürger einer Hansestadt an den Rechten des Bundes teilhaben könne. Kurz, die große deutsche Hanse war der dem Römischen Reiche deutscher Nation in allen Stücken ähnliche Städtebund.

Lübecks bürgerliche Kraft bereits um 1300 verraten seine Bauten, voran die Marienkirche (s. die Abbildung S. 334), aber trotzdem war es kein Athen und die Hanse kein Delischer Seebund (vgl. Bd. III, S. 514). Die Zwangsorgane der Hanse sind unentwickelt geblieben; an ihrer unzugänglichen Beschaffenheit ist die Hanse dahingestorben. Bei alledem waren die Städte nicht unkriegerisch, aber da selbst Lübeck das Mittelmaß kriegerischer Leistungsfähigkeit nur um weniges überragte, so gelangte es zu keiner durchgreifenden Führerschaft. Bloß diplomatisch war Lübeck als Reichsstadt seinen Bundesgenossen überlegen, so daß es selbst im Ausland erhöhtes Ansehen genoß.

Das Kennzeichen der Hansestadt war Teilnahme an den Rechten des deutschen Kaufmanns im Auslande. Zählt man die Städte zusammen, die, nicht alle gleichzeitig, sondern zeitweilig zum Hansebund gehörten, so waren es allerdings über 90. Auch der geographische Bereich, über den die Bundesmitglieder verstreut sind, ist ganz ansehnlich. Die festländische Südgrenze läuft von Dinant über Andernach, Göttingen, Halle und biegt im Oder- und Weichselgebiete bis Breslau und Krakau hinab. Den äußersten Westpunkt markieren die Städte Flanderns, Reval und Narwa den äußersten Ostpunkt (s. die Karte bei S. 299). Doch das Hansegebiet bestand nur aus getrennten Punkten, während das zwischenliegende Land und manche bedeutende Stadt dem Bunde nicht angehörte. Das Wesen des Bundes kennzeichnet, daß nach dem Konzil Konstanz den Wunsch hegte, Hansestadt zu werden.

Während die territorialen Städtegruppen ihre Tagfahrten abhielten, suchte Lübeck aus den Versammlungen der wendischen Städte Tagfahrten aller am Außenhandel beteiligten konföderierten Städte zu bilden und diese Hansetage zu beschließenden Bundesorganen zu machen. Solcher Tagfahrten haben

Digitized by Google

viele stattgefunden, nicht bloß in Lübeck; Lübeck ließ regelmäßig die Einladungen ergehen, leitete die Sitzungen und bewahrte die Sitzungsprotokolle (Hanserezesse) und die übrigen Urkunden des Bundes auf. Doch Vollzähligkeit herrschte nie.

Als Zwangsmittel gegen widerspenstige Bundesglieder stand der Hanse die Ausschließung, der Boykott oder die „Verhansung" zu Gebote, genauer ausgedrückt: die Einstellung, ja Behinderung jeden Verkehrs mit der verhansten Stadt, die Beschlagnahme ihrer Schiffe, Ladungen, sonstigen Besitztümer, der Ausschluß von den Rechten des gemeinen Kaufmanns in der Fremde. Von ähnlicher Zweischneidigkeit waren die gegen das Ausland verwendbaren Zwangsmittel: Handelssperre, Stapelverlegung und Krieg. Kein Wunder, daß die nüchternen Kaufleute endlose Verhandlungen der Tat vorzogen. Mit dem verbrieften guten Rechte langweilten sie ihre Widersacher mürbe. Auf der überlegenheit, die ein enger Gedankenkreis und das hartnäckige Zurückkehren zum Ausgangspunkte verleiht, beruhen vor allem die diplomatischen Erfolge der hansischen Gesandten.

Daß die Hansen im 14. Jahrh. einen so wackeren Anlauf nahmen, und daß fast etwas Großes aus ihnen geworden wäre, verdanken sie ihren Feinden. Wider ihren Willen wurden sie in die Angelegenheiten der nordischen Reiche hineingezogen, und die hohe Schule des Zusammenhaltens, der Krieg, verhalf ihnen zu dem Maße von Einigkeit, dessen sie fähig waren. See- und Landräuber und die feindlichen Insassen fremder Städte zwangen den Kaufmann, beständig auf der Hut zu sein, und er lebte daher in einer ständigen Schule des Kampfes.

II. Die Blütezeit der niederdeutschen Hanse.

a) Die Hanse und die nordischen Reiche.

Unter König Erich VI. Menved (1285—1319) nahm Dänemark seine früheren Ausdehnungspläne wieder auf, und auch die Grafen von Holstein und die Markgrafen von Brandenburg strebten nach der Teilhaberschaft an dem Dominium maris baltici. Die Häfen und Städte an den Küsten zu vergewaltigen, den Eintritt in sie zu öffnen und zu schließen und sich dafür bezahlen zu lassen, bildete das Ziel der großen und kleinen Fürsten an der Ostsee.

Nach Erich Menveds Tode herrschte deutscher Einfluß in Dänemark (Bd. VI, S. 38), bis Waldemar IV. Atterdag die Lehnshoheit über Mecklenburg errang, auf neuen Erwerb hoffen konnte und Schweden-Norwegen Schonen, Halland und Blekinge zurückgewann (1360).

Ja, Waldemar wandte sich 1361 gegen Öland, eroberte Bornholm und nahm Gotland. Die Eroberung Schonens und Gotlands traf, wenn auch Wisby längst durch Riga überflügelt war, die Osterlinge ins Herz. Abgesandte der wendischen und preußischen Städte sprachen sogleich die Handelssperre gegen Dänemark aus und vereinbarten die Erhebung eines Pfundgeldes (Kriegszolles). Schon sechs Wochen nach der Einnahme Wisbys kam ein Kriegsbündnis zwischen den meistbedrohten Städten, den Königen von Schweden und Norwegen und den holsteinischen Grafen zustande, um das verschobene Gleichgewicht zwischen den Ostseemächten wiederherzustellen und die Stellung der hansischen Städte in Schonen zu festigen. Nach einer Niederlage der hansischen Flotte 1362 schlossen die Könige Frieden, und selbst die niederländischen Städte trafen mit Waldemar ein besonderes Abkommen, so daß sich die vereinsamten Osterlinge zu ungünstigen Stillstands- und Friedensbedingungen verstehen mußten. Mit dem Helsingborger Frieden (1365) ging das Bündnis völlig in die Brüche.

Auf Anregung der preußischen Städte, die wegen ihrer engen Interessengemeinschaft mit den süderseeischen Städten (besonders Kampen in Oberyssel) der Sunddurchfahrt nicht entraten konnten, kam es auf einer allgemeinen Tagfahrt in Köln zu der berühmten Kölner Konföderation vom 11. November 1367, an der aber die rheinisch-westfälischen, friesischen, niedersächsischen und märkischen Städte nicht beteiligt waren. Man vereinbarte einen Kriegszug für das nächste Jahr, setzte die Kontingente sowie die Beiträge zu den Kriegskosten fest

Digitized by Google

und verband sich mit den fürstlichen Gegnern Waldemars IV. (Schweden, Mecklenburg und Holstein). Noch 1368 eroberten die Verbündeten Kopenhagen, die meisten festen Plätze Jütlands und Schonens, im Herbst 1369 auch Helsingborg. Eine Blockade nötigte Hakon zu Friedensverhandlungen, und der dänische Reichsrat leitete Verhandlungen mit der Koalition ein (1369). Der Friede kam im Mai 1370 in Stralsund zustande.

Der **Stralsunder Friede** besteht aus Vereinbarungen wirtschaftlicher sowie handels- und verkehrsrechtlicher und politischer Natur. In ersterer Hinsicht errang die Hanse in ihrer Gesamtheit freien Verkehr durch ganz Dänemark, Befreiung vom Strandrecht, eigene Gerichtsbarkeit in den Fitten (S. 324), Zollermäßigung usw. Zu den politischen Errungenschaften gehörte die Verpfändung der wichtigsten Schlösser in Schonen und am Sunde, Falsterbo, Skanör, Malmö, Helsingborg, nebst zwei Dritteilen aller dazugehörigen Einkünfte auf 15 Jahre (demnach bis 1385). Bis Michaelis 1371 sollte König Waldemar den Frieden durch Aufdrücken des großen Siegels als gültig anerkennen; im Falle seiner Abdankung oder seines Todes sollte kein König den dänischen Thron besteigen ohne Zustimmung der Hanse.

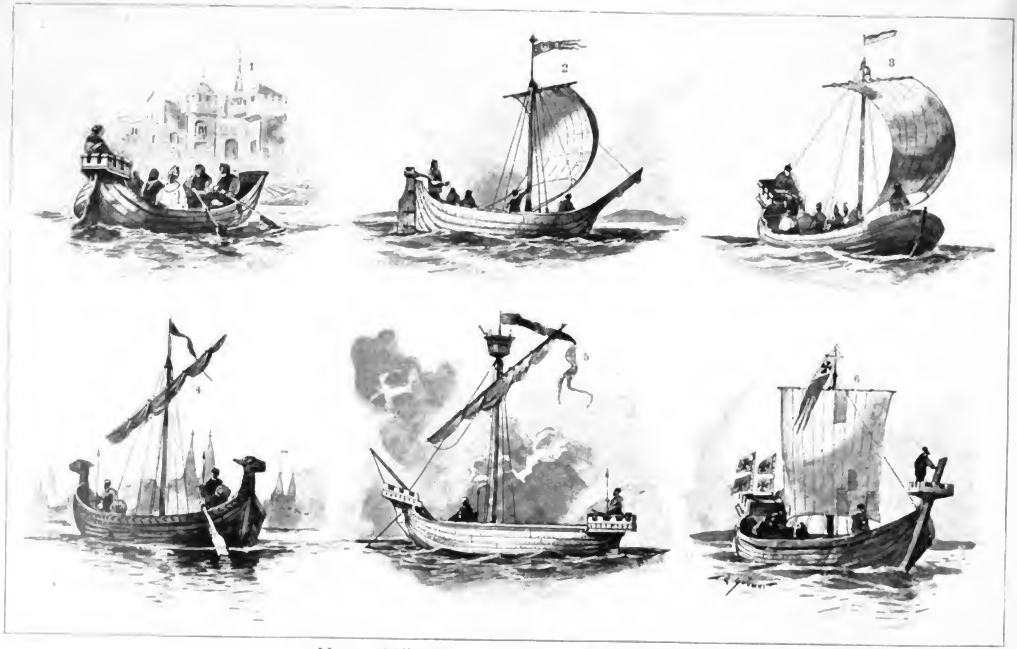
Die verbündeten Fürsten, obwohl mit dem von den Städten einseitig geschlossenen Frieden nicht einverstanden, machten auch Frieden mit Dänemark (1371). Der Friede zu Stralsund und der zu Korsör (1376) legte die Rechte der Hansen in Dänemark fest, wie sie im großen und ganzen bis zum Dreißigjährigen Kriege bestehen geblieben sind. Die Kallundborger Abmachungen regelten das Verhältnis zu Norwegen, so daß erst von dieser Zeit an die Bergener Faktorei in Aufnahme kam. Die **Rechtsgrundlage** für eine monopolistische Handelspolitik war geschaffen, wenn auch die Westerlinge nur so lange von der Ostsee fernblieben, wie die Besetzung der Sundschlösser dauerte und Flamen, Wallonen und Engländer sich niemals aus Norwegen gänzlich verdrängen ließen.

Der junge König oder vielmehr dessen kluge Mutter Margarete bestätigte zwar 1376 die dänischen Privilegien der Hanse, aber als er 1380 auch Norwegen erwarb, bestätigte er die norwegischen Vorrechte der Hanse nicht. Margarete, seit 1387 Königin, hielt die Hansen mit der Bestätigung hin, um aus der Erneuerung der Freibriefe den größtmöglichen Vorteil zu ziehen. In dem Streite um den schwedischen Thron blieb allein Stockholm dem König Albrecht, und um der Stadt Lebensmittel zuzuführen, erhielten alle, die den Krieg gegen Dänemark auf eigene Gefahr führen würden, die Zusage freien Verkehrs mit den schwedischen Häfen. Danach erhielt das Raubgesindel, das durch Jahrzehnte die nordischen Meere und Küsten unsicher machte, den Namen **Vitalien-(Viktualien-)Brüder**. Weil die Interessen der einzelnen Städtegruppen auseinander gingen, bewahrte die Hanse Neutralität und beschloß angesichts der Unsicherheit 1393, nur noch in **Flotten von wenigstens zehn Schiffen** den Sund zu befahren. Vor den Vitalienbrüdern, die Gotland eroberten, 1393 selbst Bergen plünderten, stellte der Hansetag den **Heringsfang** in Schonen ein; dies berührte die Königin Margarete, da hiermit die schonischen Zollerträgnisse zusammenschrumpften. Nachdem die Hanse der Königin Margarete zum Besitz Stockholms verholfen hatte, bestätigte letztere die hansischen Privilegien in allen drei 1397 vereinigten Königreichen.

b) Die Hanse und England.

In **England** (vgl. S. 320) wurde die Stellung der Hanse gegen Ende des 14. Jahrh. ebenfalls schwieriger. Die drei Eduarde hatten den Fremden Freiheit für Groß- und Kleinhandel im ganzen Königreiche gewährt, Wollhandel und Metallgewinnung preisgegeben; auch Richard II. bestätigte der Hanse Freiheiten und Rechte. Doch unter ihm rührte sich der bis jetzt niedergehaltene **nationale Widerwille** gegen die fremde Handelswirtschaft. Auf Drängen des Unterhauses setzte der König die hansischen Vorrechte außer Kraft, bis sich die Hansen

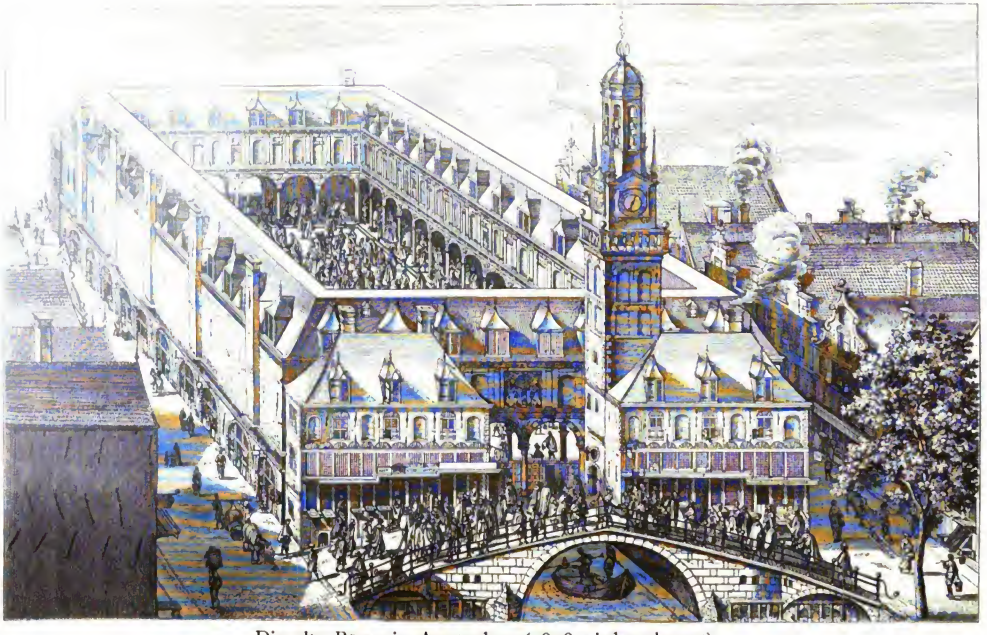
Digitized by Google



Hanseschiffe des 14. und 15. Jahrhunderts.

Originalzeichnungen von Willy Stöwer.

1 und 3 sind Kölner Schiffe, nach dem im Museum Wallraf-Richartz zu Köln befindlichen, um 1490 gemalten Martyrium der heiligen Ursula gemalt. Die übrigen Bilder sind nach Siegelabdrücken im Germanischen Museum zu Nürnberg hergestellt, und zwar stellt 2 ein Wismarisches Schiff dar, Abbildung 4 ist nach einem Siegel der Stadt Lübeck, 5 nach einem von Danzig und 6 nach einem Elbingschen Siegel gemalt worden.



Die alte Börse in Amsterdam (1858 niedergebrannt).

Nach einem alten Holzschnitt im Germanischen Museum zu Nürnberg

bezüglich der gegen sie erhobenen Klagen gerechtfertigt hätten. Es war die Eröffnung eines immer wieder unterbrochenen und immer neu aufgenommenen Kampfes des emporstrebenden englischen Eigenhandels gegen das Übergewicht der fremden Kaufleute, eines Kampfes um den englischen Markt, bald aber auch um die Zulassung zu all den nordischen Märkten, welche die Hansen so gern sich allein vorbehalten hätten: in erster Linie zu den norwegischen und dänischen Plätzen, in zweiter zu den Hansestädten selbst. Der Kampf endete um 1600 mit dem vollständigen Siege der Engländer.

In Norwegen und Schonen wichen die Engländer vor den Hansen, gleich den anderen Nichtdeutschen, nicht zurück, drangen in die Ostsee ein und holten sich, mit Umgehung des lübischen Zwischenhandels, was sie brauchten. Die feindlichen Gegenwirkungen der Ostseestädte beantwortete Richard II. mit der vorläufigen Aufhebung der hansischen Privilegien. Überdies forderten die Engländer dieselben Vorrechte in allen Städten der Hanse. Gegen Ende 1380 erhielten die Deutschen ihre Freibriefe zurück, ohne daß sie den Briten volle Gegenseitigkeit zugestanden hätten. Die wieder entbrennenden, durch Aussperrungen und Beschlagnahmen verschärften Streitigkeiten wurden erst 1388 ausgeglichen. Von nun an genossen die Engländer Freiheit des Verkehrs in den Ostseehäfen; ihre Kaufleute organisierten sich dort nach hansischem Muster und wählten einen Oldermann, der ihre Zwistigkeiten schlichtete und ihre Interessen den Nichtengländern gegenüber vertrat. Seit dem Ausgleiche von 1388 blieb die Stellung der Deutschen in England unangefochten; Heinrich IV. bestätigte die hansischen Freibriefe, da sich die Hansen die für den britischen Staatshaushalt unentbehrlichen Zollerhöhungen gefallen ließen. Trotzdem blieb die Tatsache bestehen, daß die Hansen der werdenden Seemacht Britanniens schon in ihren bescheidenen Anfängen freien Spielraum gewähren mußten.

c) Die Vitalienbrüder in der Nordsee.

Das Baltische Meer wurde endlich von der Seeräuberplage befreit, als der Deutsche Orden Wisby und das übrige Gotland in seine Gewalt brachte (1398). Da gleichzeitig die wendischen Städte gegen die Seeräuber rüsteten, auch die Herrin der drei unierten Reiche des Nordens gegen die Freibeuter einschritt: so verließen die Vitalienbrüder ihre baltischen Schlupfwinkel, um nun die Nordsee zum Schauplatz einer völlig unpolitischen Tätigkeit zu machen.

Die Nordsee hatte von jeher ihre einheimische Seeräuberei friesischen Stammes. Während des Hundertjährigen Krieges gaben die von Franzosen und Engländern verübten Räubereien dem Hansebunde mehrmals Grund zu Beschwerden. Nun beunruhigten auch noch die Vitalienbrüder diesen Meeresteil. Wieder vereinigten die Hansen ihre nach Flandern segelnden Kauffahrer zu Flotten von ungefähr zwanzig Schiffen (über die damals üblichen Schiffstypen vgl. die beigeheftete Tafel) und deckten sie durch Friedensloggen (Begleitschiffe). Ein lübisch-hamburgisches Geschwader schlug im April 1400 die Vitalienbrüder in der Ems. Obwohl sich ein Teil der Piraten rettete, nahm Hamburg 1401 den Piratenhäuptling Klaus Störtebeker gefangen und ließ ihn enthaupten — ein vielbesungenes Ereignis, das sich im Andenken des sonst so vergeßlichen Volkes erhalten hat. Die Seeräuberei dauerte fort, und auch der Name der Vitalienbrüder, der jahrelang hinter der selbstgewählten Bezeichnung „Likendeeler“ (Gleichteiler) zurückgetreten war, erlebte eine zweite Glanzzeit.

d) Die Hanse und der Deutschorden.

Die Besetzung Gotlands durch den Deutschen Ritterorden bereitete der Hanse schwere Sorge. Denn da der Orden Margarete zum Kampf um die politische Vorherrschaft über die Ostsee herausforderte, war die bisherige Neutralität der Hansestädte gefährdet. Der Orden verfolgte auch sonst eine der Hanse abträgliche Handelspolitik. Vergeblich hatten bisher die preußischen und livischen Städte in Nowgorod nach gleichem Recht mit den Vororten Wisby und Lübeck gestrebt. Nun wurde infolge eines Vertrags mit Litauen den preußischen Städten ein den übrigen Hansen unzugängliches Handelsgebiet erschlossen: in Kowno (Kauen) entstand eine Faktorei, die den Nowgoroder und Pleskauer Handel schädigte. Der Vertrag, den

Digitized by Google

der Hochmeister und der Großfürst von Litauen, Witaut (Bd. VI, S. 283), 1398 schlossen, beendigte zugleich die langwierigen Kämpfe, die beide Mächte in Schach gehalten hatten.

Wenn sich auch das Verhältnis beider Staaten bald wieder trübte, so blieb doch der selbständige Handel der preußischen Städte in Litauen und Polen bestehen, und als die Zersetzung des preußischen Ordensstaates das Band zwischen dem Orden und seinen Städten zerstörte, suchten diese keinen engeren Anschluß an die übrigen Ostseestädte, sondern verfolgten ihre den wendischen und gemeinhansischen Interessen zuwiderlaufenden Sonderbestrebungen. Die Fortentwickelung des bündischen Charakters der Hanse kam ins Stocken, da das der Gesamtentwickelung des deutschen Staatswesens entsprechende System territorialer Städtegruppen einen gemeindeutschen Städtebund unmöglich machte.

Als sich der Gegensatz zwischen der Handelspolitik des Ordens und den Handelsinteressen der ihm untertänigen Städte verschärfte, trat ein neuer Mitbewerber um das Dominium maris baltici auf, das seit 1401 endgültig vereinigte Polen-Litauen (vgl. Bd. VI, S. 145). Diese Union war dem Orden gefährlicher als die der drei nordischen Königreiche. Nach beiden Seiten hin konnte er nicht weiter in Feindschaft leben; er machte mit dem Norden Frieden, indem er dem Unionskönig Erich die Insel Gotland wieder überließ (1407). Vorher hatte er jedoch dem Lützelburger Sigmund die Neumark in Form einer Verpfändung abgekauft (1402), um so den Polen den Weg zum Meere zu verrammeln. Das Vorwärtsdrängen der Westslawen, das die ostwärts gekehrte Ausbreitung des Deutschtums hemmte, war auch für die gemeindeutsche Hanse von bleibendem Nachteil.

e) Hindernisse und Hemmnisse.

Eine unberechenbare Laune der Natur hat den Hansestädten damals größeren Schaden zugefügt als die Politiker der Ostseestädte mit all ihrer Weisheit wieder gutmachen konnten. Der Hering nämlich wurde zu Beginn des 15. Jahrh. den Plätzen untreu, an denen er sich seit grauen Zeiten seiner wichtigsten Lebensaufgabe, der Fortpflanzung, entledigt hatte, um immer wieder (meist in 60jährigen „Fischperioden") zurückzuwandern. So bekamen denn die Osterlinge an den Küstenbewohnern der Nordsee Mitbewerber im Heringsfange, da sich der Auswanderer den englisch-schottischen und norwegischen Gewässern zugewandt hatte.

Zu den Gründen engeren Zusammenschlusses namentlich der benachbarten Städte gehörte die allen gemeinsame Notwendigkeit, die städtischen Freiheiten und das Einungswesen gegen die Landesfürsten zu schützen. Im 15. und 16. Jahrh. verloren die meisten norddeutschen Städte ihre Selbstverwaltung und mußten der Teilnahme am Hansebund entsagen. Das Los völliger Abhängigkeit von den Landesfürsten traf am frühesten die brandenburgischen Städte. Aber auch die burgundischen, die rheinisch-westfälischen, die niedersächsischen, die pommerschen, die preußisch-livischen Städte mußten sich allmählich der Fürstengewalt unterwerfen.

f) Die Kämpfe im Stadtinneren.

Die gegen die Städtefreiheit gerichteten Bestrebungen der Landesherren beförderten die in Norddeutschland besonders heftigen innerstädtischen Kämpfe. Das mittlere und südliche Deutschland hatte die Zunftkämpfe größtenteils schon überstanden, als sie in den Hansestädten zum Ausbruch kamen, wie ja wirtschaftlich, geistig und politisch der Norden und der Süden des Reiches bis ins 16. Jahrh. wenig Gemeinsames besaßen.

Auch in den norddeutschen Städten besaß ein städtisches Patrizіat das Stadtregiment als erbliches Recht und wurde ein besonderer, dem ländlichen Adel ebenbürtiger Stand, dessen Angehörige Junker

Digitized by Google

hießen — daher „die Junkerhöfe". Aus dem Großhändlertum hervorgegangen, erhielt das Patriziat seinen Glanz doch durch den Besitz von Eigen- oder von Lehngütern, während die Masse der Kaufleute, die alljährlich auf Reisen gingen und selbst jahrelang auswärts weilten, einen von den städtischen Würden ausgeschlossenen Mittelstand bildete. Dazu gehörten auch die Mitglieder der wohlhabenden Zünfte oder „Amter", namentlich die Brauer und die Gewandschneider (Tuchkleinhändler). Dieser Mittelstand strebte nach der Zulassung zum Stadtregiment und brachte dazu die große Masse, den „Herrn Omnes", den „Pöbel", in Bewegung.

Zumeist wurden im 14. und 15. Jahrh. durch Empörungen des mittleren und niederen Stadtvolkes die Ratsherren verjagt und Verfassungsänderungen eingeführt, aber fast ausnahmslos wurde binnen kurzem die frühere Verfassung mit einigen Abänderungen wiederhergestellt. Beim Vordringen der Reformation erkämpften sich die städtischen Unterschichten nochmals die Herrschaft, unterlagen aber, da es die lutherische Geistlichkeit ebenso wie die vormalige katholische mit dem Patriziat hielt. Unter dem Einfluß einer auch das Gemeindewesen umfassenden landesfürstlichen Gesetzgebung schwächten oder verloren sich dann die alten innerstädtischen Gegensätze, die vom 14. bis zum 17. Jahrh. oft zu Mord, Hinrichtung, Verstümmelung, Brand, Raub und Plünderung geführt hatten.

Das Interesse der Patrizier an der ihnen günstigen Stadtverfassung bildete nächst dem Schutze des Außenhandels das stärkste Bindemittel der Hanse, aber die dadurch veranlaßte Vorsicht in der auswärtigen Politik lähmte auch ihre Tatkraft. Trotzdem wurden Köln, Braunschweig, Stralsund, Anklam und Dortmund noch im 14. Jahrh. von demokratischen Revolutionen heimgesucht; in Braunschweig hatte die Zunftherrschaft sogar Bestand trotz Verhansung und Aussperrung. Im allgemeinen fanden die Zünfte an dem Landesfürsten, wo ein solcher vorhanden war, einen Rückhalt.

g) Die hansische Politik im 15. Jahrhundert.

Das Verhältnis zu den nordischen Reichen bestimmte die Haltung der Hanse auch im 15. und 16. Jahrh., während sie im slawischen Osten und im romanisch-germanischen Westen der großen Politik zumeist ihren Lauf ließ. Beim Angriff König Erichs auf Schleswig und die schauenburgischen Herzöge zogen die Hamburger sofort für ihre holsteinischen Nachbarn das Schwert, ja machten mit den Vitalienbrüdern gemeinschaftliche Sache.

Eine straffere Einung erstrebte zum erstenmal seit 1367 die Lübecker Konföderation von 1418, an der sich 47 Städte beteiligten. Das Ziel war Bekämpfung der städtefeindlichen Fürsten und der städtischen Revolutionäre. Einer bedrängten Bundesstadt sollten zunächst die benachbarten vier, dann acht Städte, gegebenenfalls sämtliche Bundesstädte Beistand leisten; auch ein schiedsrichterlicher Austrag von Zwistigkeiten der Bundesglieder untereinander wurde vereinbart, und die Ausfuhr von Getreide, das nicht in hansischen Häfen gekauft wäre, verboten. Die Konföderation von 1418 bestand bis 1430, ihr folgten ähnliche Verbindungen 1430, 1443, 1447, 1450. Trotzdem waren die Tagfahrten meist schlecht besucht, und die niederländische, bisweilen auch die preußische und livländische Gruppe stand im offenen Gegensatze zur wendischen.

Mittlerweile hielten die nordischen Angelegenheiten die Hansestädte beständig in Atem. Die Lübecker, anfänglich mit König Erich VII. dem Pommern verbunden, gegen den die Hamburger bereits kämpften traten wegen seiner Begünstigung der Holländer auf die Gegenseite und bekriegten ihn 1426—38. Im Wordingborder Frieden verblieb Schleswig den Schauenburgern, die Hanse erhielt ihre Privilegien bestätigt.

Nicht ohne Zutun der Hanse kam 1448 Christian I. von Oldenburg auf den dänisch-norwegischen Thron, der 1460 nach dem Aussterben der schauenburgischen Hauptlinie zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein erkoren wurde. Unter Christians I. Sohn Johann (1481—1513) kam es wiederum zu einem Waffengange zwischen den Lübeckern und dem Unionskönige, da sich die Hansen der von der Union abtrünnigen Schweden annahmen, aber die wendischen Städte — denn diese allein hatten die Kriegslasten getragen — erzangen im Malmöer Frieden (1512) die Anerkennung all ihrer Vorrechte.

Dem Ideal eines Monopols kamen die Hansen nur in Norwegen nahe. Hier hatten sie die Ausländer verdrängt, und die Eingebornen wickelten ihre sämtlichen Handelsgeschäfte in Bergen (s. die Abbildung S. 332) ab, dessen Faktorei die anderen überlebte. — Wenn auch die Hanse in England im Verlaufe des 15. Jahrh. ihre Niederlassungen und ihre Vorrechte behauptete, so setzten doch die Engländer ihre Bestrebungen,

Digitized by Google

Ausfuhr und Seehandel den Fremden aus den Händen zu winden, fort; sie gründeten den Wollstapel zu Calais und fanden auf den baltischen Ufern ein Asyl, das auch die Holländer aufsuchten, nämlich Danzig. Hier gründeten die Engländer, gestützt auf die hansisch-englischen Gegenseitigkeitsverträge, 1428 eine Faktorei nach dem Muster hansischer Kontore. Lübeck belegte englische Schiffe im Sund mit Beschlag. Wegen eines solchen Vorkommnisses (1468) schritt die englische Regierung gegen die in England weilenden Osterlinge zur Gewalt. Da sagten sich die Kölner von ihren Bundesgenossen los, brachten den ganzen Stahlhof an sich und ließen sich den ausschließlichen Genuß aller Rechte auf die Gildhalle der Deutschen urkundlich zusichern. Die Hanse hatte mittlerweile die Verhansung über Köln und die Handelssperre über England verhängt, und den regelrechten Seekrieg gegen England seit 1472 beendete erst 1474 der Utrechter Friede, der ihnen den Stahlhof zurückgab und die Privilegien erweiterte. Das von Edward IV. preisgegebene Köln wurde unter demütigenden Bedingungen 1478 wieder in den Hansebund aufgenommen. Abermals ward den Engländern freier Verkehr in allen hansischen Häfen zugesagt, aber noch hundert Jahre lang bestand keine volle Gegenseitigkeit.

Die deutsche Brücke in Bergen. Rekonstruktion von A. Christiansen.

Im Westen, an den Marken deutschen und französischen Volkstums, war ein aus den erlesensten Kulturdistrikten der damaligen Welt zusammengesetztes Herrschaftsgebiet entstanden: das Herzogtum Burgund (vgl. Bd. VII, S. 19). Seitdem die Zentren des westdeutschen Handels in den Händen einer außerdeutschen Dynastie waren, entzogen sie sich dem Einfluß der Hanse und suchten die östlichen Städte aus dem dänisch-nordischen Verkehr zu verdrängen. Unter den nunmehr burgundischen Städten hatten namentlich die süderseeischen Städte, Kampen an der Spitze, früher zu den Hansen gehalten, aber seit dem 15. Jahrh. traten diese Orte gegen die seeländischen und holländischen Städte zurück. Die außer der Hanse stehenden Holländer durchfuhren den Sund, segelten an Lübeck vorüber und führten auf eigenen Schiffen Getreide aus den preußischen, ja sogar aus den livischen Häfen wieder an Lübeck vorbei durch den offenen Sund in die Heimat, obwohl Lübeck hartnäckig darin eine Beeinträchtigung seiner wohlerworbenen Rechte erblickte und dauernd gegen die Holländer auf den Hansetagen Beschlüsse erwirkte. Die seit König Erich vorhandene Gereiztheit zwischen Osterlingen und Westerlingen dauerte an; sie nahmen sich (1437) gegenseitig die Handelsfahrzeuge weg, wobei die Osterlinge den größeren Schaden erlitten, weil ihre Schiffe stattlicher (vgl. die Abbildung Bd. VI, S. 13) und deren Ladungen kostbarer waren. Trotz eines Waffenstillstandes (1441) war das Band zwischen Osterlingen und Westerlingen zerrissen, und die hansefremden Holländer waren aus den baltischen Gewässern nicht wieder zu verdrängen.

In Flandern, vorab in Brügge, behaupteten die Hansen während des 15. Jahrh. ihre Stellungen

Digitized by Google

mit der Drohung, den Stapel anderswohin zu verlegen. Wann die im 15. Jahrh. blühenden sogenannten Baienfahrten der Hansen angefangen haben, ist ungewiß; es sind darunter die Fahrten ganzer Flotten zu verstehen, deren Ziel die Westküste Frankreichs war, und deren Ladung vornehmlich aus Wein und Seesalz (S. 318) bestand. Mit diesen Gütern, die den Brüggelingen als Monopole ihres eigenen Stapels galten, segelten die Hansen nun an Flandern vorüber.

Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrh. ging Brügge offenkundig zurück. Seine Häfen und Kanäle versandeten, und als die Stadt nach Karls des Kühnen Tode (1477) an die Spitze des ausbrechenden inneren Kampfes trat, siedelten die fremden Kaufleute, auf deren Anwesenheit die Größe Brügges beruhte, nach dem ruhigeren, besser gelegenen Antwerpen (Antorf) über. Nur die Osterlinge blieben in ihrem verödeten Kontor zu Brügge sitzen, sangen die Litanei von ihren unverlierbaren Vorrechten, bis sie doch ebenfalls nach Antwerpen übersiedelten und natürlich zu spät kamen.

Die Geschichte der Hanse zur Zeit ihrer „Blüte“ (1350—1500) ist unerquicklich. Aber die Hanse gedieh, blieb im Besitz ihrer auswärtigen Vorrechte und bildete auch in der Heimat ein Glied im politischen und im wirtschaftlichen Leben. Wie Lübeck, in dessen Rathaus (s. die Abbildung S. 334) die Fäden der hansischen Politik zusammenliefen, und das sich trotzdem vornehmlich als Haupt der wendischen Städte fühlte, beharrten auch andere Städte und Städtegruppen bei ihren überkommenen Vorteilen und Ansprüchen. Es verblieb ihnen in der Tat die erste Stelle im nordischen Handel und ein beträchtlicher Einfluß auf die nordeuropäischen Reiche. Als sich aber besonders seit dem Anfange des 16. Jahrh. die politischen Verhältnisse innerhalb des hansischen Einflußgebietes gründlich veränderten, konnten die deutschen Seestädte weder einzeln noch verbündet ihre Handelsvorherrschaft behaupten.

J. Der Niedergang der Hanse.

a) Der Niedergang der Hanse im slawischen Osten.

Die Union Polens und Litauens (vgl. S. 330), die Niederlage des Deutschen Ritterordens bei Tannenberg (1410), der Zwiespalt zwischen dem Orden und seinen der Hanse zugewandten Städten, sowie der zweite Thorner Friede (1466), durch den Westpreußen nebst Ermeland polnisch wurde, schädigten gleichmäßig die hansischen Interessen im Osten, während Danzig (S. 332) immer höher stieg, um 1500 Lübeck einholte und bald übertraf. Nur um sich gegen die polnischen Könige zu decken, hielt es seine Verbindung mit der Hanse aufrecht. Das polnische Bürgertum kam trotzdem nicht zur Entwickelung: der Innenhandel fiel an die Juden, während der Außenhandel den Deutschen blieb, und für die Leipziger Messe das polnische Geschäft immer größere Bedeutung gewann.

Der Verkehr mit den Russen in Pleskau und Nowgorod (S. 323) blieb auch im 15. Jahrh. Monopol der Hanse, so oft auch die Nowgoroder Faktorei geschlossen, überfallen, geplündert und verbrannt wurde. Auch der Streit zwischen den wendischen und livischen Städten dauerte fort, bis Lübeck die Rigaer an der Kontrolle über den Nowgoroder Sankt Peters-Hof teilnehmen ließ und den um so viel näheren Städten Livlands und Estlands die Führung der Verhandlungen mit Russen und Polen zugestand. Dafür suchte es die Holländer vom russisch-livischen Handel auszuschließen und den Livländern den Öresund zu sperren. Im Osten planten bereits Riga, Dorpat und Reval, den russischen Handel zu monopolisieren, als Iwan III. Waßiljewitsch (s. die Abb. Bd. VI, S. 161) sich Groß-Nowgorod 1479 unterwarf, die Bewohnerschaft ins Innere des Zarenreichs verpflanzte und Moskauer Bojaren, Krieger und Kaufleute nach Nowgorod verschickte. Der Handel kehrte seit 1487 in die alten Geleise zurück, obwohl der Zar 1492 nahe dem Finnischen Golfe die Festung Iwangorod erbaute, aber im Einverständnis mit dem Unionskönige Johann (vgl. S. 331) vertrieb er

Digitized by Google

1494 endgültig die Deutschen aus Nowgorod und schloß sie vom Handel mit Rußland aus. Seit 1494 suchten nun Niederländer, Engländer und Oberdeutsche den russischen Handel an sich zu bringen. Doch die Hansen ruhten nicht, und da der russische Angriff auf deutsches Gebiet zum Stehen kam, nisteten sie sich 1514 nochmals im Petershof ein, aber der Handel wollte nicht wieder vom Flecke kommen. Lübeck, das seine alten Monopolbestrebungen von den Livländern bekämpft sah, paßte sich den neuen Verhältnissen nicht an. Es erkannte starrsinnig nicht, daß die Führung in allen Dingen an die nunmehr erstarkten und staatlich überlegenen Fremdvölker übergegangen war.

Marktplatz mit Rathaus und Marienkirche zu Lübeck. Nach Photographie.

Einen neuen Schlag erlitt die Hanse im Nordosten Europas durch die Katastrophe Livlands 1558 (Bd. VI, S. 176). Russen, Schweden, Dänen und Polen rissen 1559—1562 die Fetzen des nördlichsten unter den Kolonialländern der mittelalterlichen Deutschen an sich. Iwan IV. machte Narwa zum Einfallstor des Fremdhandels, ließ aber aus Zorn gegen die Engländer schließlich die Lübecker hier zu, doch blieben sie nur, bis 1581 Narwa den Schweden zufiel.

Der Zar Feodor I. Iwanowitsch gewährte den Hansen noch einmal 1588 gegen Entrichtung des halben Zolls das Recht des Ein- und Ausfuhrhandels für Nowgorod, Pleskau, ja für Moskau und die Häfen am Weißen Meer, doch ohne Erfolg, da die Polen ihnen den Zugang zum Russischen Reich verlegten und die Engländer volle Zollbefreiung erhielten. Nur die Hamburger suchten wie die Holländer und Engländer das Weiße Meer auf. Das Privileg des Zaren Boris Godunoff von 1603 wurde nur den Lübeckern zuteil, da die Hanse als Bund tatsächlich nicht mehr bestand. Die ferneren Beziehungen des deutschen Handels zu Rußland waren von den Verträgen deutscher Mächte mit dem Zarenreiche abhängig.

Digitized by Google

b) Der Verfall des hansischen Einflusses in den skandinavischen Ländern.

Große Kapitalien hatten die Hansestädte im 16. Jahrh. bei wachsender Volkszahl angesammelt, obgleich sie den italienischen und oberdeutschen an Reichtum nachstanden. Trotz aller Einbußen wurde die Abnahme des Gesamthandels nur langsam offenbar. Hingegen fühlten sich die binnenländischen Städte, soweit es ihnen die Fürsten nicht verwehrten, um so enger an den Bund gefesselt; denn eine Hansestadt galt für etwas Höheres als eine einfache Landstadt.

Im skandinavischen Norden hatte die Hanse ihre letzten bedeutenden Stunden, da sie in den nur locker geeinten Königreichen den vergleichsweise geringsten Widerstand fand. Trotzdem wünschten die Unionskönige ihre Länder von der wirtschaftlichen Übermacht des deutschen Städteverbandes zu befreien, und schon Christian II. (1513—23) nahm einen entsprechenden Anlauf. Der Sund sollte allen Fremden gegen den gleichen Zoll geöffnet, und anstatt Lübecks sollte Kopenhagen Stapelplatz des Verkehrs zwischen Nord- und Ostsee werden. Eine dänisch-schwedische Handelsgesellschaft sollte der Hanse gegenübertreten, die dann vom nordischen Handel ausgeschlossen werden sollte. Aber Christians II. Fall (1522; Bd. VI, S. 69) und das Auseinanderbrechen der Union vereitelten seinen Plan.

Den Zerfall der Union nutzte Lübeck zuerst Schweden gegenüber für sich aus, indem es (ebenso Danzig) sich von Gustav I. Zoll- und Handelsfreiheit für seine Bürger in Schweden, Ausschluß aller Fremden vom schwedischen Verkehr und Beschränkung des schwedischen Handels auf die Ostsee sichern ließ. Auch Friedrich I. von Dänemark-Norwegen erneuerte die alten dänischen, schonischen und norwegischen Privilegien. Lübeck und sechs andere Städte erhielten freie Sundfahrt, ferner alle die Städte, denen das Oberhaupt der Hanse den Mitgenuß des Vorrechtes gönnen würde. Diese Klausel machte die Bundesmitglieder von Lübeck abhängig, so daß es bevorrechtete und nicht bevorrechtete Städte gab. Da aber die Niederländer mit beiden Königen in Verträgen, die den mit Lübeck geschlossenen zuwiderliefen, sich dieselben Vorteile sicherten, war Lübeck unterlegen, und die Unzufriedenheit mit der patrizischen Herrschaft machte sich in einer demokratisch-reformatorischen Bewegung Luft, deren Führer zwei Zugewanderte wurden: Jürgen Wullenweber (s. die Abbildung S. 336) und Marx Meyer, Staatsmann und Krieger.

Als Lübecker und Niederländer 1533 zum Entscheidungskampf über die Vorherrschaft zur See rüsteten, starb Friedrich I. von Dänemark, und Wullenweber stürzte sich mit Eifer in den Kampf um die Wiederbesetzung des dänischen Thrones (Grafenfehde). Da aber Friedrichs I. Sohn, Christian III., die Lübecker vom Meer abschnitt, erhob sich die Lübecker Bürgerschaft gegen das demokratische Stadtregiment und rief die geflüchteten Patrizier samt dem Altbürgermeister Brömse zurück. Wullenweber, der die Stadt verließ, wurde vom Bremer Erzbischof gefangengenommen, dem Herzog von Wolfenbüttel ausgeliefert und schließlich enthauptet (1537).

Gegen Anerkennung Christians III. als König erhielt die Hanse alle Vorrechte, selbst die von Friedrich I. verliehenen, bestätigt. Allein die Hansen mußten wenig später im Sund einen Lastzoll zahlen, und die Bergener Faktorei verlor ihre Befestigungen: das Monopol in Norwegen war dahin. Gustav I. von Schweden kündigte Lübeck förmlich die abgezwungenen Vorrechte, und unter seinem Nachfolger Erich XIV. führte es den letzten Krieg als Macht gegen Macht, zwar vom Dänenkönig unterstützt, aber von den übrigen Hansestädten im Stiche gelassen.

Christian IV. von Dänemark erklärte, die hansischen Vorrechte wären seit Jahren erloschen; übrigens habe er sie nie bestätigt, so wenig wie die Herrscher von Schweden, England und den Niederlanden. Die Zeiten hätten sich geändert, und es fänden sich jetzt Kaufleute genug, um mit seinen Ländern Handel zu treiben.

Digitized by Google

Doch nicht Christian IV., sondern der siegreiche Schwedenkönig Gustav II. Adolf, der Eroberer Ingermanlands, Livlands und Pommerns, hat dem letzten Schein einer hansischen Mitbeherrschung der Ostsee ein Ende gemacht, so daß das selbst von den wendischen Städten verlassene Lübeck zu einer Handelsstadt mittlerer Größe herabsank.

c) Der Verfall des Handels mit den Niederlanden.

Die Niederländer ließen sich trotz mancher bewaffneter Zusammenstöße mit den Hansen nicht mehr aus der Ostsee vertreiben, und gegen Ende des 16. Jahrh. fügte sich die sinkende Macht der unbezwinglichen Rivalin. Zwar gelang verspätet (S. 333) die Verlegung des hansischen Kontors von Brügge nach Antwerpen, ja diese Stadt gab einen geeigneten Platz zur Erbauung des „Hauses der Osterlinge" ab und trug ein Dritteil der Kosten des 1564—68 aufgeführten Baues. Aber was half die schöne, doch altmodische Kontorordnung, wenn sich Danzig und Köln dem Stapelzwang des neuen Hauses nicht fügten! Zudem schädigte die Spannung zwischen England und Spanien, unter dessen Botmäßigkeit die Niederlande standen, und der Beginn des Freiheitskampfes der Niederländer (1568 bis 1648) die dortige Arbeit. Die Aufständischen hinderten den Verkehr mit Spanien, die Spanier den mit England. Rhein- und Scheldemündungen waren in der Regel versperrt, und Antwerpen wurde unmittelbar Kriegsschauplatz (Bd. VII, S. 111).

Jürgen Wullenweber.
Nach einem zeitgenössischen Gemälde im Museum zu Lübeck.

Infolge dieser Unglücksfälle verließen die fremden Kaufleute die ungastliche Stadt: Amsterdam beerbte Antwerpen, die Erbin Brügges. Nur die Hansen blieben in Antwerpen, während das lebensfähige Danzig längst in dem für den Getreidehandel schon ehedem wichtigen Amsterdam Fuß gefaßt hatte. Auch der Versuch eines Anschlusses an Spanien half nichts, und wieder verspätet trat ein hansisches Kontor in Lissabon ins Leben. Der verödete Antwerpener Kaufhof wurde schließlich vermietet, und als der Krieg zwischen Spanien und den Niederlanden wieder ausbrach (1621), war von der Hanse nur noch der Name und die Erinnerung vorhanden.

d) Die Endschicksale der Hansen in England.

In England unterlag nach langem Hader die Hanse als der schwächere Teil, nachdem sie noch der mit den Tudors einsetzenden nationalen Wirtschaftspolitik standgehalten hatte, weil die auswärtigen Kaufleute, die hansischen und niederländischen obenan, für den Absatz der heimischen Erzeugnisse noch unentbehrlich waren. Aber die Verhältnisse des Innen- und Außenhandels wandelten sich unter Heinrich VII. und Heinrich VIII. vollständig.

Seit dem 14. Jahrh. nahm nicht bloß Schafzucht und Wollerzeugung zu, sondern auch die inländische Verarbeitung steigerte sich derart, daß man immer größere Mengen von Rohtuchen und allmählich auch fertiger Ware ausführte, und diese Ausfuhr suchte die heimische Kaufmannschaft in ihre Hände zu bringen. Deshalb bildeten auch die Tuchhändler nach Art der Staplergilde (S. 317, 320) eine mit monopolistischen Rechten ausgestattete Genossenschaft und vereinigten schon im 15. Jahrh. an einem einzigen Stapelplatz den Handel mit englischen Tuchen — in Antwerpen, dessen Aufschwung den englischen Handel förderte und der

Digitized by Google

englischen Industrie den Übergang ermöglichte. Bereits lag es in allseitigem Interesse, die Wollausfuhr und den Export von Rohtuchen zu beschränken. Ein nicht geringer Teil der Ausfuhr blieb trotz alledem den Hansen, solange diese im Besitz ihrer Privilegien waren. Die hansischen Vorrechte beruhten aber auf der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung des Engländers in den Hansestädten mit deren Bürgern. Indes andere als Gleichberechtigte zu behandeln, lag nicht in den Überlieferungen der Hansen, die unaufhörlich die Rechte der nach Deutschland kommenden Engländer verletzten. Am verhaßtesten waren ihnen die Merchant Adventurers, die „wagenden Kaufleute" (S. 317, 320), die den auswärtigen Tuchhandel betrieben, und sie, die wiederum mit dem Verbande der Londoner Großkaufleute, der Mercers Company, halb identisch waren, machten sich zu Wortführern in dem nationalen Kampfe, der um die Mitte des 16. Jahrh. mit wachsendem Erfolge gegen die noch immer einflußreiche Hanse (s. die Abbildung S. 347) begann.

Besonders seit der ausgezeichnete Handelsmann Thomas Gresham die Krone beriet, erhielt der Kampf gegen die Hanse Dauer und Zusammenhang. Noch 1550 zahlten die Hansen bei der Tuchausfuhr einen geringeren Zoll als die anderen Fremden, ja als die Landeskinder selbst, und führten in diesem Jahre 43000 Stück Rohtuch, außerdem Wolle, Blei und Zinn aus, wogegen sie aus der Heimat Leinwand, Wachs, Holz, Pech und Teer, aus anderen Ländern die Erzeugnisse des Südens, Wein, Salz, Farbstoffe usw., nach England brachten. Als um 1553 infolge eines Zwischenfalls die Privilegien der Hanse aufgehoben wurden, erhob sich offen die Klage, ihre früher dem Lande vorteilhaften Vorrechte seien ihm jetzt schädlich geworden. Maria Tudor bestätigte zwar wiederum sofort die hansischen Privilegien, und der deutsche Städtebund verhängte sogar über das Inselreich eine Handelssperre, als dort die Zölle erhöht wurden. Aber das Ende nahte, als 1558 die Königin Elisabeth ihrer Halbschwester folgte. Die beiseite geschobenen Staatsmänner Cecil und Gresham, die Hansegegner, traten wieder ans Ruder, und das Wirtschaftsziel wurde jetzt, auch in der Nordsee einen Wirtschafts-Handelsstapel zu gründen. Wenn die englische Politik die Hansen noch immer mit Schonung behandelte, so lag es daran, daß Deutschland für Britannien die Bezugsquelle jeglichen Kriegsbedarfs bildete, vom Schiffbauholz bis zur kampftüchtigen Söldnerschaft. Auch war man noch nicht darüber im reinen, ob man zuerst das hansische oder niederländische Joch abschütteln sollte. Das beweist die englisch-niederländische Handelssperre von 1564. Während dieser Sperrzeit tauchte die Frage auf, nach welchem Platze man den Antwerpener Tuchstapel verlegen solle, ob nach Hamburg oder Emden: man entschied sich für letzteres, obwohl es nicht besonders günstig gelegen war. Den Hansen wurde obendrein vorläufig die Tuchausfuhr untersagt. Als Hamburg von den Stapelplänen Englands Wind bekam, erklärte die Stadt ihre größte Bereitwilligkeit zur Aufnahme der Merchant Adventurers. Der Rat fertigte für sie einen vorteilhaften, für zehn Jahre gültigen Freibrief aus (1567), und Hamburg wurde der Stapelplatz des englischen Tuchhandels. Indem sich Hamburg tatsächlich von der Hanse lossagte und seine eigenen Wege ging, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Handels. Übrigens wurden nun auch die Stahlhofleute wieder nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit behandelt. Allein der natürliche Fortschritt der englischen Industrie, die niederländische Flüchtlinge vervollkommneten, und die Ausdehnung des englischen Handels verlangte, der Hanse den englischen Aktivhandel völlig aus den Händen zu winden. Schon die Einmischung der englischen Kaufleute in Hamburg benachteiligte nicht nur den hansischen Handel, sondern auch den oberdeutschen, da die Engländer ins Binnenland vordrangen und z. B. in Nürnberg Quartier nahmen, und die Massenzufuhr englischen Tuches schädigte das deutsche Tuchgewerbe.

Natürlich sah die Hanse nicht ruhig zu, und selbst in Hamburg zeigte sich eine althansisch gesinnte Partei. Die Hanse verbot, die Privilegien der Merchant Adventurers zu erneuern; Hamburg kündigte folgsam den Fremdlingen (1578). England hob die Hanseprivilegien auf

Digitized by Google

und unterwarf die Stahlhofinsassen dem gewöhnlichen Fremdenzoll, worauf wieder einige Hansestädte die englischen Kaufleute gleichfalls mit Sonderzöllen beschwerten. Für die Hanse war jetzt die Abwehr der Abventurers und der Interlopers, d. h. der außerhalb der Monopolgilde stehenden Händler, die ihnen gemeinsam den heimischen Markt streitig machten, die Hauptsache.

In letzter Stunde dachte die Hanse an ihre Zugehörigkeit zum Reich, obwohl sich bisher beide wenig umeinander gekümmert hatten. Als Bindeglied diente die spanische Diplomatie, weil das mit England verfeindete und mit den deutschen Habsburgern verbündete Spanien die niederdeutschen Seestädte gegen England aufzubieten gedachte. Auf dem Reichstage von 1582 kam die Angelegenheit zur Sprache, aber der Kaiser verhandelte nur mit der englischen Regierung gütlich wegen der aufgehobenen Privilegien. Die Engländer verließen Hamburg, betrieben von Emden aus ihren Handel weiter und richteten 1586 ihren niederländischen Stapel wieder auf, und zwar in Middelburg. Da ihnen Emden wenig zusagte, so verlegten sie den deutschen Stapel nach Stade (1587), in unmittelbare Nähe Hamburgs.

Im 16. Jahrh. hatte der hansische Verkehr mit der Pyrenäenhalbinsel in demselben Maße zugenommen, wie den Engländern ihr bisheriger Handel mit Spanien verlorenging, aber nach dem Untergang der Armada (1588) hörte das auf. Francis Drake nahm 1589 auf einmal 60 hansische Schiffe in den spanischen Gewässern weg. Der Reichstag beschloß 1594 die Ausweisung der Abventurers aus dem Reiche, und Kaiser Rudolf II. forderte die Königin Elisabeth auf, den Hansen ihre Privilegien zurückzugeben.

Da die gütlichen Verhandlungen wiederum scheiterten, verbot ein kaiserliches Mandat vom 1. August 1598 allen Reichsständen bei Strafe der Acht, die Adventurers aufzunehmen oder zu behalten, desgleichen sämtlichen Reichsangehörigen, mit ihnen Geschäfte zu treiben. Die Adventurers wichen tatsächlich, überstanden aber die Krise dennoch. Die englische Regierung untersagte den Hansen jederlei Handel mit England, nahm im Juli 1598 den Stahlhof in Besitz, und am 4. August verließen die wenigen Insassen „mit betrübtem Gemüte" das Haus. König Jakob I. gab zwar den Stahlhof ohne dessen verschollene Privilegien der Hanse zurück, die nun die altertümlichen Räume vermietete, aber die Adventurers erhielten 1605 eine Bestätigung ihrer Freibriefe. Hamburg räumte ihnen zum zweitenmal den Stapel für den Tuchhandel ein (1611) und blieb zwei Jahrzehnte lang eine auswärtige Faktorei des britischen Handels in Mitteleuropa.

K. Der innere Zerfall der Hanse.

Die Entdeckungen gingen fast spurlos an der Hanse vorüber. Bloß die Zunahme des Verkehrs mit Spanien und Portugal steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit ihnen. Bei dem nur auf das Erhalten und das Wiedergewinnen gerichteten Sinne der Hansen war ein Hinausdrängen über den Kreis des Gewohnten nicht zu erwarten. Die Reformation dagegen beeinflußte ihre Geschichte gewaltig, während die Hansen an den geistigen Bewegungen des Mittelalters ohne tieferen Anteil vorübergegangen waren. Bis 1540 sind fast alle Hansestädte, die rheinisch-westfälischen ausgenommen, protestantisch geworden, und der Übergang war meist von innerstädtischen Kämpfen zwischen Patriziern und Zünften begleitet. Eine Vermehrung der landesherrlichen Gewalt war allerorten die augenscheinlichste Folge der kirchlichen Umwälzung, und die verbündeten Städte konnten den Niedergang ihrer Freiheiten und den Abfall der von den Fürsten niedergebeugten Gemeinden nicht verhindern, so daß zuletzt nur noch die an der See gelegenen Reichsstädte ihre Hanseschaft bewahrten. Sie

Digitized by Google

traten dem Schmalkaldischen Bund bei, wurden so politisch und ordneten sich ihren grundsätzlichen Gegnern, den Landesfürsten, deren Organ das Bündnis war, bedingungslos unter.

Der 1579 unternommene Versuch einer neuen Konföderation schlug in der Hauptsache fehl; nur die Einteilung des Hansegebietes in Quartiere hatte eine gewisse Bedeutung.

Lübeck sollte außer den wendischen Städten, deren Quartier es vorstand, die drei anderen Quartierhauptstädte zu den Tagfahrten laden: Köln, Braunschweig, Danzig, die Vororte des rheinischen, sächsischen und preußischen Viertels, die wieder ihre Städte enthielten sollten. An eine kriegerische Verteidigung gegen das Ausland dachten die Hansen nicht mehr. Doch war in dem Rezesse von der Steuer für gemeinsame Zwecke die Rede. Im übrigen handelte er vom Gehorsam gegen den Kaiser, von der Förderung des Handels, von der Schlichtung gegenseitiger Streitigkeiten durch die Städte selbst, von der Unterstützung einer bedrängten Schweizerstadt usw. Wenn auch noch 66 Städte in der Liste von 1579 aufmarschieren, so hatten doch nur 20 noch eine genügende Leistungsfähigkeit.

In ihren letzten Zeiten hat sich die Hanse für die Verhandlungen mit in- und ausländischen Mächten das Amt eines Generalsyndikus geschaffen. Noch nach 1600 bewarben sich Spanier und Niederländer um die Bundesgenossenschaft der Hansestädte, beide mit vorgehaltenem Köder von Handelsvorrechten. Nur der Gedanke eines auszudehnenden politischen Freiheitsbundes mit den Generalstaaten schien sie, die an Schwanken und Lavieren gewöhnt waren, zu politischer Tätigkeit anzustacheln. Auch im Dreißigjährigen Krieg suchte wiederum jede einzelne Stadt ihr Heil in der Neutralität, und die Gelegenheit zu einem Seekrieg gegen den Dänenkönig Christian IV., der nur noch die dänischen Inseln behauptete (Bd. VII, S. 120), ging ungenutzt vorüber.

Ferdinands II. Minister Fürst Eggenberg erinnerte sich 1627 des Hansebundes und seiner Flotten, um eine Deutschland, Skandinavien und die Niederlande umfassende Unternehmung im Interesse Habsburgs zu bewerkstelligen. An eine kaiserliche Seemacht auf der Nord- und Ostsee hatte bereits Rudolf II. gedacht, und Spanien hatte schon 1624 mit dem Kaiser wegen Errichtung einer spanisch-deutschen Monopolkompanie verhandelt, zu deren Schutz die als Teilhaber anzusehenden Hansen eine Flotte ausrüsten sollten. Jetzt suchte der Kaiser die Hansen für seine Pläne zur See mit Hilfe des spanisch-banischen Monopols zu gewinnen, aber die Hansen, voll konfessioneller Vorurteile gegen die katholischen Machthaber, gingen nicht darauf ein und baten nur, ihre Neutralität zu achten. Da betrieb Wallenstein, der „General des Ozeanischen und Baltischen Meeres“ und als Herzog von Mecklenburg Herr der Häfen von Rostock und Wismar geworden, mit Eifer den Bau einer Flotte. Er hatte aber bei seinem Seeunternehmen kein Glück. Christian IV. sperrte die Häfen, zerstörte die Kriegsschiffe und unterstützte, mit Gustav II. Adolf im Bunde, Stralsund. Der Plan, eine deutsche, die Nord- und Ostsee beherrschende Flotte zu errichten, veranlaßte Schwedens Eingreifen in den Dreißigjährigen Krieg.

Auf der Tagfahrt von 1630 waren nur Lübeck, Hamburg und Bremen vertreten. Die drei „Anseestädte“ schlossen ein engeres Bündnis, um die Angelegenheiten der Hanse allein zu besorgen, und an ihnen ist dann der Name der Hanse bis zur Gegenwart haftengeblieben. Daß alle Welt noch an das Leben des Bundes glaubte, zeigt der Westfälische Friede, worin der Hanse Erwähnung geschieht. Die dem Habsburger Leopold I. 1658 unterbreitete Wahlkapitulation enthielt auch „das Verbot gegen alle unter Schein und Vorwand des hanseatischen Bundes eingegangenen Verbindlichkeiten“. Auf der letzten Tagfahrt in Lübeck (1669) waren außer Hamburg und Bremen die Quartiervororte Braunschweig, Danzig und Köln durch Abgesandte und andere Städte durch Vollmachtbriefe vertreten, aber ein Beschluß kam nicht zustande. Die Hinterlassenschaft der toten Hanse ging an die drei Anseestädte über, die 1763 die Überreste der Faktorei in Bergen verkauften. Als 1666 beim Brande Londons der Stahlhof gleichfalls niederbrannte, ließen ihn merkwürdigerweise die drei Städte wieder aufbauen, um ihn 1853 für 72000 Pfund Sterling zu verkaufen. Das Haus der Osterlinge in Antwerpen wurde erst 1863 veräußert.

Digitized by Google

Die Hanse war stets ein lockerer Bund selbständiger Stadtgemeinden, von denen jede zunächst wirtschaftlich und politisch ihre eigenen Wege ging. Ohne dauernde Verpflichtungen gegen die Gesamtheit, von keinem Zwange bedroht, nahm jedes Glied an Rechten teil, deren Erwerb den wenigsten etwas gekostet hatte, und zu deren Erweiterung die wenigsten etwas beitrugen. Daß fünfhundert Jahre lang ein so eigentümliches Gebilde wie der Hansebund bestehen konnte, war dadurch bedingt, daß er so geringe Lasten auferlegte und doch nicht ohne Nutzen war. Der Bund hätte jedoch niemals entstehen können, wenn sich nicht irgendwo das einzelstädtische und das gemeinhansische Interesse gedeckt hätten, und das war in Lübeck der Fall. In den auswärtigen Faktoreien kam es mit allen handeltreibenden Städten des Mutterlandes wie des Kolonialgebietes in Berührung, verknüpfte Osten und Westen. Nur in Lübeck waren stets wirksame Antriebe zum Zusammenhalten der mitinteressierten Einzelstädte lebendig. Um seiner selbst willen, aber auch aus selbstlosen Beweggründen trug Lübeck die Beschwerden und Kosten der Führerschaft.

Die altgewordene Hanse starb an Entkräftung. Eine Riesin war sie nie gewesen; zur Zeit der Unreife des Nordens erwarb die Hanse ihr Übergewicht im Handel und ließ es sich durch Freibriefe bescheinigen. Als nun der Norden erstarkte, suchte die Hanse ihre den Fremdvölkern tatsächlich nachteiligen und den wirklichen Kraftverhältnissen nicht mehr entsprechenden Vorrechte zu behaupten. Weil ihre Machtmittel dazu nicht ausreichten, berief sie sich auf das Recht, die Gewohnheit, die Vernunft, die Sittlichkeit, und gerade durch ihre Berufung auf das geschriebene gute Recht bewies sie ihr Unrecht. Was durch Stärke gewonnen und wohltätig war, solange es sich durch Stärke behaupten ließ, ward ein schreiendes Unrecht, seitdem die Schwäche der Kraft wich. Herrschaft zu üben, ist das heilige Alleinrecht des Starken; sie fortüben zu wollen, wenn die Stärke verloren ist, ist ein Verbrechen an der Menschheit.

6. Westeuropa im Zeitalter der Entdeckungen.

A. Die wirtschaftlichen Rückwirkungen der iberischen Ausdehnungspolitik auf das übrige Europa.

Spanien erwarb ein abgegrenztes Kolonialreich im Westen, Portugal eines im Osten, die ein Jahrhundert lang vor dem Eindringen anderer europäischer Seemächte bewahrt geblieben sind; war die Ausdehnung des europäischen Einflusses über die neu erschlossenen Länder und Meere auch diesen zwei Nationen allein vorbehalten, so zeigten sich doch bald gewaltige Rückwirkungen auf das unbeteiligte Europa.

a) Die Fortsetzung des Kampfes mit dem Islam und die Mittelmeervölker.

Für Portugal und Spanien war die von der Kirche anerkannte Machtausdehnung über unbekannte oder nie betretene Räume eine Folge des fortdauernden Kampfes gegen den Islam, für die Päpste eine Fortsetzung der Kreuzzugspolitik.

Die Befreiung der Pyrenäenhalbinsel war durch die Eroberung Granadas (1492; s. Bd. III, S. 440) vollendet worden; nun galt es, das Gewonnene durch die Eroberung des mittelmeerischen Nordrandes von Afrika zu sichern, wie es schon früher vergeblich versucht worden war (vgl. Bd. III, S. 212 u. 453). Heinrich der Seefahrer (gest. 1460) bemühte sich bei seinen Expeditionen um eine neue strategische Operationsbasis, neue Verbündete und Hilfsmittel gegen die Ungläubigen. Kolumbus und seine Gönnerin, Isabella von Kastilien, erfüllte derselbe Gedanke. Spanier und Portugiesen dachten daran, die Reichtümer

Digitized by Google

Indiens und Chinas zum Kampfe gegen den Islam flüssig zu machen, doch beide haben die Berberei nicht erobern können. Nur einzelne Küstenplätze wurden behauptet, und die Angriffe Karls V. auf Tunis und Algier (vgl. die Tafel Bd. III bei S. 212) blieben ergebnislos; ja der Kriegszug Dom Sebastians gegen Marokko endigte 1578 mit einer Niederlage.

Im Osten des Mittelmeeres hatten Spaniens Könige den Handel der Katalanen, die seit den Kreuzzügen Mitbewerber der Italiener und Provenzalen in der Levante waren (vgl. Bd. III, S. 427), gegen den Islam zu verteidigen. Sizilien stand unter aragonesischer Herrschaft, und seit 1504 gehörte Neapel der spanischen Krone. Das mohammedanische Türkenreich hatte das byzantinische Kaisertum verdrängt. Im Gebiet des Schwarzen Meeres gab es keine genuesischen und keine venezianischen Ansiedelungen mehr (vgl. oben, S. 314). Anatolien war türkisch; Syrien und Ägypten standen seit Beginn des 16. Jahrh. gleichfalls unter dem Sultan von Konstantinopel. Nur auf einigen Inseln des östlichen Mittelmeeres existierten noch Reste des venezianischen Kolonialreiches, die bruchstückweise verlorengingen.

Die Habsburger waren überdies noch in ihren österreichischen Erblanden zum Kampfe gegen den Islam gezwungen (vgl. Bd. IV, S. 247 ff.). Die Abwehr des Islams erschwerte dem Spanier die Haltung Frankreichs, das unter Franz I. einen Selbsterhaltungskampf gegen die spanisch-habsburgische übermacht führte und seit 1525 in Verbindung mit der Pforte stand. Der spanisch-französische Krieg von 1526 bis 1529 und die gleichzeitigen Angriffe Suleimans auf Ungarn zwangen die Habsburger zur Teilung ihrer Kräfte, und als Franz I. 1535 mit vollem Bewußtsein einen Bund mit der Pforte (Bd. IV, S. 249) schloß, da ersetzten die Türken dem französischen Könige eine Mittelmeerflotte. Die Spanier büßten so den Rest ihres Anteils am Levantehandel ein. Frankreich erntete die materiellen Vorteile seines unchristlichen Bundes: ein Handelsvertrag, das Vorbild für ähnliche Verträge späterer Zeit, wurde 1535 im Geiste wechselseitiger Bevorrechtung gegenüber Dritten abgeschlossen: die Franzosen sollten im Osten nur die Handelsabgaben zahlen, die auch die Türken ihrem Beherrscher zu entrichten hätten, und umgekehrt; ferner sollten sie bloß der Gerichtsbarkeit ihrer eigenen Konsuln unterstehen und ihre Religion frei ausüben dürfen. Die französische Flagge erhielt die Vorrechte der venezianischen; sie sollte auch die Schiffe und Kaufleute anderer Nationen decken, die sich unter ihren Schutz stellen würden.

b) Die Venezianer in der Levante.

Die Venezianer ließen sich vom Orienthandel nicht abdrängen, mußten sich aber nun sowohl gegen den Sultan, der die Reste des venezianischen Kolonialbesitzes begehrte, als auch gegen den Kaiser, oder vielmehr das österreichische Gesamthaus, wehren, dessen Interessenkreis in der Po-Ebene und jenseits der Adria an die Grenzen des venezianischen Gebietes heranreichte.

Es ist ein alter Irrtum, daß den Orienthandel Venedigs die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien vernichtet habe. In Wahrheit hat der levantische Handel Venedigs auch im 16. Jahrh. fortbestanden und noch die Schwelle des 18. erreicht. Als die Venezianer sahen, daß Alexandria (S. 315) wegen Mangels an Zufuhren herabkam, verlegten sie ihr Hauptquartier nach Aleppo. Araber, Perser und Armenier brachten die indischen Waren dorthin; denn die Portugiesen konnten weder den Persischen Golf verschließen, noch die Landwege versperren, noch die Araber völlig aus dem Indischen Ozean verjagen. Eingeschränkt und erschwert haben sie die alten Handelsverbindungen, aber keineswegs vernichtet.

Die Anpassungsfähigkeit der Venezianer verrät der Umstand, daß sie eine Karawanenstraße quer über die Balkanhalbinsel mit den Endpunkten Konstantinopel und Spalato einrichteten. Was in dieser dalmatinischen Küstenstadt nicht unter Vermittelung des venezianischen Handelsmannes seinen Käufer fand, wurde zu Schiff nach der Hauptstadt gebracht, und der Venezianer versorgte noch immer seine alte Kundschaft außerhalb Italiens mit den Waren des Orients.

Die Oberdeutschen blieben auch nach den Entdeckungen die verläßlichsten Kunden Venedigs und hatten nun die Wahl zwischen Venedig, Lissabon und Antwerpen, von denen das erstere bessere Aussichten für den Absatz ihrer Einfuhrartikel bot. Wäre der Orient für Venedig hermetisch verschlossen worden, so hätte dies noch immer nicht den venezianischen Handel umgebracht; denn einen seiner massivsten Pfeiler bildete der heimische Gewerbfleiß. Bis tief ins 17. Jahrh. beherrschte Italien den europäischen Kunstgeschmack, die wechselsüchtige Mode. Seine Handelssprache, seine Handelsgewohnheiten, seine Handelstechnik verbreiteten sich im 16. Jahrh. erst recht über Nord- und Westeuropa. In die Entdeckungen vergrößerten das Absatzgebiet der Italiener, da venezianische und genuesische Zufuhren Sevilla und Lissabon mit den Waren versorgten, die nach den überseeischen Besitzungen, allerdings nach den Grundsätzen des

Digitized by Google

spanisch-portugiesischen Systems, verschifft wurden. Mehr als Spanier und Portugiesen bedrohten Niederländer und Engländer die Italiener und Deutschen. Im Grenzgebiet des mittel- und nordeuropäischen Handels gaben auch die Italiener zuerst die weitere Mitbewerberschaft auf. Um 1560 stellten sie die seit 1317 unterhaltenen regelmäßigen Seefahrten nach den Niederlanden und den britischen Inseln (S. 318) ein, wogegen Engländer und Niederländer im Mittelmeer erschienen.

Das Schwergewicht des Welthandels verschob sich im Laufe des 16. Jahrh. ganz allmählich an die atlantische Westküste Europas. Der welsche und der oberdeutsche Handel suchten die neuen Handelsstädte auf, und diese Anpassung gelang, weil der schwerfällige Warenhandel nicht mehr den einzigen Zweig des internationalen Verkehrs bildete, sondern weil bei der Vollkommenheit des Geldhandels und der Kreditoperationen geographische Verschiebungen die Geschäfte nicht mehr wesentlich berührten.

c) Die Rückwirkung der Entdeckung Amerikas auf die Alte Welt[1].

Die Konquistadoren des 16. Jahrh. beachteten zwar die Natur- und Kulturerscheinungen der Neuen Welt im ganzen wenig, richteten vielmehr ihre volle Tatkraft auf den Gewinn der Edelmetalle, aber als Wohn- und Ernährungsstätte mußten sie das Land ins Auge fassen. Hätte Europa im 16. Jahrh. Bevölkerungsüberfluß gehabt, so wäre schon damals die Neue Welt der Ausdehnungsraum für die von Land- und Nahrungsnöten heimgesuchte abendländische Kulturwelt geworden. Weil jedoch Europa, voran Spanien, eher Mangel an Bevölkerung hatte, so wurde die Neue Welt zuerst ein unbegrenzter Spielraum für die Taten kühner Abenteurer, ein dankbarer Boden für bekehrungseifrige Missionare und ein riesenhaftes Krongut, das die Kosten der Aufschließung trug. Dennoch siedelten sich Abkömmlinge romanischer Völker auf der Inselflur und in den Küstenländern des mittelamerikanischen Randmeeres an, später in den dem Stillen Ozean zugekehrten Teilen und endlich auch in den atlantischen Gestadeländern Südamerikas. Das bedeutete eine Verpflanzung der mittelmeerischen Gesittung in ihrem Reifezustand auf den jungfräulichen Boden eines zu gewisser Absonderung bestimmten Erdteiles. Wie der Verkehr nunmehr aus seiner mittelmeerischen und küstenhaften Enge heraustrat, erweiterte sich auch die Mittelmeerkultur zu einer atlantischen Weltkultur und knüpfte zwischen der Neuen und der Alten Welt das dauernde Band, das alle kulturellen und in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen beider Welten umschlingt. Auf die Frage: was können Alte und Neue Welt voneinander brauchen? hat jedes Zeitalter seine besondere Antwort gegeben.

Die Europäisierung Amerikas war vom Verhalten zu der nicht dichten, aber stellenweise hochentwickelten Urbevölkerung abhängig, welche die Konquistadoren am liebsten vertilgt hätten. Allein der Vorteil des Staates und die Gesittung der Kirche haben die Selbstsucht der Pflanzungs-, Bergbau- und Handelsinteressen aus dem Felde geschlagen, und die einheimische Bevölkerung blieb, als geordnete Zustände eintraten, vor dem Untergange bewahrt, wenn auch ihre Kultur schon des heidnischen Ursprungs wegen der Vernichtung anheimfiel. Nur die unzivilisierten Rothäute entzogen sich dem Europäertum durch den Rückzug in die Wälder und Ödländer. Ihre zivilisierten Rassebrüder aber wohnten mit den europäischen Eindringlingen zusammen, und es entstand inmitten der rassereinen kreolischen und indianischen Bevölkerung die Mischrasse der Mestizen, und eine weitere Kreuzung der Weißen, Roten und Mestizen mit der afrikanischen Rasse folgte.

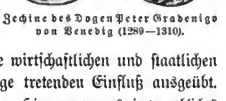
An Haustieren besaß Amerika außer dem Lama, dem Vikunja (nach dem die Vigognewolle heißt) und ein paar Vogelarten nichts, lieferte daher der Alten Welt als Haustier lediglich den Truthahn. Da nun sämtliche Haustiere der Neuen Welt altweltlichen Stammtieren ihren Ursprung verdanken, so ist der Kulturaustausch in faunischer Hinsicht für Amerika vorteilhaft gewesen. Auch an nutzbaren Gewächsen hat die Neue Welt von der Alten mehr empfangen, als ihr gegeben. Amerikanisch sind Mais, Tabak, Kar-

[1] Die Entdeckung der Neuen Welt selbst kommt in Band IX zur Darstellung.

Digitized by Google

nelken, Spanischer Pfeffer, die sich in den gemäßigten Strichen der Alten Welt anbauen lassen; desgleichen Ananas, Agave, Kaktusfeige, die in der subtropischen Zone Eingang gefunden haben, und Kakao, Vanille, nebst einigen Arzneipflanzen, die auch in der Tropenregion der Alten Welt fortkommen. Rechnen wir die Farb- und Nutzhölzer Amerikas hinzu, so bedeutet die Summe der aus der Neuen in die Alte Welt verpflanzten Gewächse noch lange nicht soviel wie die Einbürgerung der altweltlichen Getreidearten (Weizen, Gerste, Roggen, Hafer) allein. Unendlich viel Obst- und Gemüsearten, Gespinst- und Farbpflanzen usw., die aus einem der drei alten Erdteile stammen, haben sich jenseits des Ozeans als anbaufähig erwiesen. Dahin gehören auch die tropischen Kolonialpflanzen: Zuckerrohr und Kaffeebaum. Selbst die in Amerika meistkultivierten Baumwollarten (Gossypium herbaceum und arboreum) sind altweltlichen Ursprungs.

In den ersten hundertfünfzig Jahren spielten Erzeugnisse des Tier- und Pflanzenreiches eine ganz untergeordnete Rolle im Verkehr der Alten mit der Neuen Welt. Selbst die Menge westindischen Zuckers, der außer Farbhölzern und Drogen aus Mittel- und Südamerika nach Europa gebracht wurde, war nicht bedeutend, da ja der Zuckerverbrauch selbst noch gering war. Überhaupt bildete noch keine der später sogenannten Kolonialwaren ein Luxusbedürfnis der Massen, bis sich im 17. Jahrh. die Lebensgewohnheiten der Europäer in einer dem Kolonialwarenhandel günstigen Richtung veränderten.



Zechine des Dogen Peter Gradenigo von Venedig (1289—1310).

Den Anreiz zu einer dauernden Besitzergreifung Amerikas durch europäische Einwanderer und die Grundlage für das Gedeihen der Kolonien bot nächst dem ausgedehnten Wohn- und Ernährungsspielraum das Vorkommen der edlen Metalle. Silber und Gold der Neuen Welt haben auf die wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse Europas einen auch schon im 16. Jahrh. zutage tretenden Einfluß ausgeübt.

Die Edelmetallproduktion Amerikas läßt sich zahlenmäßig angeben. Hingegen war es ein vergebliches Bemühen, zu ergründen, wie groß ungefähr der europäische Edelmetallvorrat zu Beginn des Einströmens neuweltlicher Geldstoffe, also um 1500, gewesen sein muß. Die Annahme eines Vorrates von 2500 Millionen Mark dürfte nicht zu hoch gegriffen sein. Das überwiegende Währungsmetall des Mittelalters war das Silber. Wegen der Unzuverlässigkeit des Silbergeldes gewöhnte sich der Großhandel seit der Mitte des 13. Jahrh. an das Goldgeld, das in der Levante von jeher in Gebrauch stand. Die florentinischen Gulden (fiorini, fiorenî; vgl. die Abbildung Bd. V, S. 325) und venezianischen Dukaten (Zechinen) dienten den rheinischen, ungarischen, spanischen, französischen usw. Goldmünzen zum Vorbild (s. die obenstehende Abbildung). Hinderlich für die weitere Ausdehnung des Goldverbrauches war die Geringfügigkeit der europäischen Golderzeugung, wogegen die Silberförderung im 15. und 16. Jahrh. einen reißenden Aufschwung nahm. Da jedoch wie im Altertum namentlich Silber dauernd nach Ostasien abfloß, so ergaben sich Geldknappheit, hoher Geldwert und günstiges Wertverhältnis des Silbers gegenüber dem Golde. Im ganzen verhielten sich am Ende des 15. Jahrh. Gold und Silber ihrem Werte nach wie 11½ zu 1. Im 16. Jahrh. veränderte sich bei dauerndem Übergewichte der Silberproduktion das gegenseitige Verhältnis zu ungunsten des weißen Metalls. Ungefähr in den 1630er Jahren wurde die Relation 15 : 1 erreicht, die fortan bestehen blieb. Erst 1874 ist 16 : 1 überschritten worden und ein rasches Sinken des Silberwertes eingetreten.

Die Vermehrung des europäischen Edelmetallvorrats im 16. Jahrh. ist kein von jedem Gesichtspunkt aus heilsames Ereignis. Die Gesamtproduktion Europas und Amerikas zwischen 1493 und 1600 betrug dem Werte nach an Gold über 1450 Millionen Reichsmark, an Silber über 3500 Millionen, zusammen rund 5 Milliarden nach der um 1900 geltenden Wertberechnung. Bis 1544 hatte die Alte Welt noch wegen der Ergiebigkeit und des technisch überlegenen Betriebes der deutschen Bergwerke in Tirol, Böhmen und Sachsen den größten Ertrag. Als aber 1545 die Silbergruben von Potosí in Peru, 1548 die von Zacatecas und Guanajuato in Mexiko entdeckt, als deutsche Bergleute nach Amerika berufen wurden und man die Silberausbringung mittels Quecksilbers erfand, da begann die transatlantische

Digitized by Google

Förderung den Preis der Edelmetalle zu drücken. Wenn der Gold- und Silbervorrat Europas 1493 auf 2500 Millionen Mark und der von 1600 auf 6500 Millionen angesetzt wird, so betrug die Zunahme während des 16. Jahrh. ungefähr 4000 Millionen Mark.

Sinkt infolge Vermehrung des Edelmetallvorrates der Geldwert, wie der Wert jeder anderen Ware sinkt, wenn das Angebot den normalen Sättigungspunkt überschreitet, so müssen die Geldpreise aller übrigen Waren steigen, d. h. wegen der abnehmenden Kaufkraft des Geldes bekommt man für dasselbe Geld nicht mehr die gleiche, sondern nur eine geringere Warenmenge. Ein allgemeines Steigen der Preise oder eine zunehmende Warenverteuerung macht sich in allen Volksschichten fühlbar, am fühlbarsten bei den von Löhnen und Gehältern lebenden Personen. Bei den relativ hohen Löhnen des 15. Jahrh. befanden sich die arbeitenden Klassen, sofern sie Geldlöhne bezogen, in günstiger Lage; als aber die Löhne im 16. Jahrh. sanken und nun obendrein die Geldentwertung eintrat, verschlimmerte sich ihre Lage. Das Steigen der Warenpreise drückte auch auf die von festen Zinsen und Renten lebenden Klassen, während Produzenten und Händler, die einen Preisaufschlag durchsetzen konnten, mühelos ihre Lage verbesserten.

Nachdem die Geldentwertung und Warenverteuerung um 1550 allerorten fühlbar geworden war — im Westen früher als im Osten —, hielt sie bis ins 17. Jahrh. hinein an, um dann stillzustehen und in der zweiten Hälfte des 17. Jahrh. einem mäßigen Preisrückgange Platz zu machen. Erst nach 1700 setzte wieder eine beharrliche Preissteigerung ein.

d) Die Rückwirkung der portugiesischen Entdeckungen auf Europa.

Die Portugiesen erreichten auf dem Wege um die Südspitze Afrikas herum Indien (vgl. Bd. I, S. 444 ff.), ein Gebiet, mit dem Europa seit Jahrtausenden indirekt Handel getrieben hatte: ein dichtbevölkertes, an eigenartigen Erzeugnissen überreiches Land, mit einer selbstgenügsamen Gesittung, das Kerngebiet des Welthandels, das die Handelsherrschaft denen überließ, die als Kunden erster Hand den weiteren Vertrieb seiner Erzeugnisse übernahmen. Innerhalb der Küstenländer des Indischen Ozeans waren die Araber die Herren des Zwischenhandels; aus ihren Händen erhielten vornehmlich über Ägypten (Bd. III, S. 341) die mittelländischen Europäer die Kostbarkeiten Ostindiens, und dieser Handel aus zweiter, dritter und soundsovielter Hand verschaffte denen, die ihn betrieben, das Übergewicht innerhalb des lateinischen und lange Zeit auch des byzantinischen Kulturkreises. Im Osten schloß sich der erythräische dem hinterasiatischen Verkehrskreis an, der bis Japan reichte und sich unter den Inseln Ozeaniens in unbestimmte Fernen verlor.

In Ostindien nisteten sich die Portugiesen ein, seekundig und kriegsgeübt, wie die Spanier Urfeinde des Islam, dem sie nun auch in der erythräischen Welt begegneten. An eine Kolonisation oder an eine ernstliche Unterwerfung konnten sie nicht denken, und wenn sie auch wegen der feindseligen Haltung der Araber einzelne Küstenorte befestigten, so behielt ihr asiatisch-afrikanischer Besitz jederzeit einen rein küstenhaften Charakter. In der möglichsten Monopolisierung des Gewürzhandels in Europa und der Verdrängung der asiatischen Handelsnebenbuhler, soweit sie mittelbar für den europäischen Gewürzhandel in Betracht kamen, erblickten sie ihre Aufgaben. Sie betrieben auch den Negerhandel erster Hand, der seit der Einführung der Sklaverei im spanischen Amerika einen ziemlichen Umfang besaß, und das westafrikanische Gold leistete ihnen gute Dienste. Anfänglich unternahmen sie Handelsfahrten mit geringem kriegerischen Aufwand, aber später verursachten große militärische Veranstaltungen der portugiesischen Krone jährlich sich wiederholende Auslagen. Wie der spanische, so kam nun auch der portugiesische Kolonialhandel unter strenge Staatsaufsicht, wurde nationalisiert und regalisiert. Eine Beteiligung der Ausländer, die anfangs niemand hinderte, wurde für die Zukunft untersagt. König Manuel der Große (gest. 1521) konzentrierte den

Digitized by Google

Indienhandel in der Casa da India zu Lissabon und erklärte ihn dann für ein ausschließliches Recht der Krone; es entstand eine dauernde königliche Faktorei in Antwerpen, und der westeuropäische Handel hatte zwei Brennpunkte, Lissabon und Antwerpen (S. 336). Als die Krone das Monopol des Indienhandels an Generalpächter (contractadores) vergab, bewarb sich das internationale Großkapital um diese Reichtumsquelle. Auch als Markt für Getreide und Schiffbaumaterialien war Lissabon wichtig; Nord- und Süddeutschland beteiligten sich an der Lieferung dieser Rohstoffe, Danzig ebenso wie Augsburg.

B. Geldwirtschaft und Großkapital.

a) Die Geldfürsten des 16. Jahrhunderts.

Der Einbruch des italienischen und oberdeutschen Großkapitals in den Verkehrskreis der Konquistadorenstaaten kennzeichnet die wirtschaftlichen Zustände des damaligen Europa. Doch die Hochfinanz des 16. Jahrh. beschränkte sich nicht auf Warenhandel und Geldgeschäfte und wurde hineingerissen in das politische Weltgetriebe, das des sofort an einem bestimmten Orte flüssig zu machenden Geldes als eines unentbehrlichen Werkzeugs bedurfte, da sich die Staatsmaschinerie einer bereits geldwirtschaftlich gewordenen Zeit noch nicht angepaßt hatte. Krieg und Friedenspolitik kosteten Geld, namentlich seitdem die Söldnerheere die alten Lehnsheere abgelöst hatten. Deshalb suchten die Regierungen nach Geldquellen und boten den Geldmächten, deren sie bedurften, entsprechende Vorteile. Die Großstaatenpolitik brauchte das Großkapital als Werkzeug, dabei wurden die Geldmächte gefährlichen Krisen ausgesetzt; denn die weltgeschichtlichen Ereignisse verknüpften sich mit kaufmännischen Interessen: gerade darin offenbart sich die wirtschaftliche Unternehmung als ein Erzeugnis geistiger Kräfte, als ein Kind der Renaissancegeistesbildung.

Der Ausbreitung des italienischen Warenhandels folgten die italienischen Wechsler überallhin (vgl. S. 317 und S. 321), kauften und verkauften Münzsorten und Edelmetalle, Wechselbriefe und Schuldverschreibungen, vermittelten kaufmännische Darlehen, besorgten die Kassengeschäfte des römischen Hofes und streckten auch den Königen gegen Pfandschaften große Summen vor. Diese Tätigkeit trug einen internationalen Charakter und begegnete deshalb immer einer Strömung, die den Fremden die Leihgeschäfte zu entwinden und sie zu nationalisieren suchte. So hatten sich die Franzosen vorübergehend im 15. Jahrh. von der Oberherrschaft des internationalen Großkapitals befreit, als ein Bürger von Bourges, Jacques Coeur, mit der Regierung in Verbindung trat. Aber nach seinem Sturze waren auch die französischen Könige in Geldsachen wieder von den Italienern abhängig, bevorzugten aber die Florentiner, wogegen sich die Genuesen den Habsburgern zuwandten.

b) Syndikate und Ringe im 16. Jahrhundert.

Geschäftsverbindungen mit den Habsburgern zogen die oberdeutschen Kaufleute in die Finanzgeschäfte der Großmächte hinein. Bevor aber noch ihre Kreditoperationen in Schwung kamen, traf sie bereits der Unwille des Volkes, und die öffentlichen Wortführer der Nation, darunter Luther, wetterten gegen Kaufhandel und Wucher. Noch stand das kirchenrechtliche Verbot des Zinsnehmens bei Darlehen in Kraft; noch beherrschte das Wahngebilde eines gerechten (also auch unveränderlichen) Preises (justum pretium) jeder Ware das wirtschaftliche Denken. Beide Bekenntnisse wetteiferten in weltfeindlicher Beurteilung des Geschäftslebens, wie die Wirtschaftspolitik der Städte und Territorien, der Unternehmerwirtschaft wie dem Wettbewerbe gleich feindlich gesinnt, eine Politik der niederen Preise verfolgte. Unter solchen Verhältnissen wird die Erregung in den Städten begreiflich, als aus ihrer Mitte die

Digitized by Google

Spekulanten hervorgingen, die nach allgemeiner Auffassung die Preise hinauftrieben. Am gefährlichsten erschien die Vergesellschaftung der schon einzeln übermächtigen Häuser, die Bildung von Syndikaten und Ringen.

Um das Risiko zu vermindern, vereinigten sich die Kapitalisten zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich nach Erreichung des Zweckes auflösten und den Gewinn nach der Höhe der eingeschossenen Beträge verteilten. Hier und da mögen diese Genossenschaften einen Handelsartikel, Gewürze oder Metalle, wenigstens örtlich monopolisiert, vielleicht sogar auf dem Weltmarkte seinen Preis beeinflußt haben. Jedenfalls dienten die Kupfer- und Pfefferringe den Volksaufwieglern vor Ausbruch der großen sozialen Revolution von 1525 als Agitationsmittel, das um so schärfer wirkte, je weniger sich die Masse von derlei verwickelten Dingen eine Vorstellung machen konnte. Schnell befreundeten sich nichtkaufmännische Kreise mit der neuen Methode raschen und mühelosen Geldgewinnens, und die Beteiligung unzähliger kleiner Kapitalisten, die nur mit der Möglichkeit des Gewinnens rechneten, aber nicht selten ihr ganzes Vermögen einbüßten, wenn das Unternehmen verunglückte, verschlimmerte die Zustände. Anderseits hätten sich ohne den Zufluß der kleinen Bäche nicht die Kapitalmassen anstauen können, mit denen die Welthäuser arbeiteten.

c) Die Fugger und die anderen oberdeutschen Häuser.

Wie das an den internationalen Geschäften beteiligte Kapital überhaupt auf die schiefe Ebene geraten ist, das zeigt uns die Geschichte der Fugger.

Der Ahnherr des Hauses, der Barchentweber Hans Fugger, ließ sich 1367 in Augsburg nieder und gelangte hier zu bescheidenem Wohlstande. Seine Söhne waren schon angesehene Großkaufleute; sein Enkel, Jakob II. (gest. 1526), verschaffte dem Hause seine Weltbedeutung und knüpfte unter Kaiser Friedrich III. die schicksalsschwere Verbindung mit dem emporstrebenden habsburgischen Haus an. Für ein dem Erzherzog Sigmund von Tirol gewährtes Darlehen erhielten die Fugger die Erträgnisse der Tiroler Silbergruben, und reißend schnell wuchs ihr Vermögen. Die Ausbeute der Kupfergruben von Neusohl in Ungarn verhalf ihnen zur Beherrschung des venezianischen Kupfermarktes. Des Gewürzhandels wegen gründeten sie in Lissabon eine Faktorei und beteiligten sich 1505 an der großen portugiesischen Indienfahrt zusammen mit anderen Oberdeutschen, die insgesamt 36 000 Dukaten an das Unternehmen wagten.

Nach der Regalisierung des indisch-portugiesischen Handels übernahmen sie noch wiederholt als Gegenwert für hochverzinsliche Vorschüsse an die Krone große Posten Gewürze.

Doch schon zu Beginn des 16. Jahrh. trat auch bei den oberdeutschen Geldfürsten das Geld- und namentlich das große Finanzgeschäft mit den Regierungen in den Vordergrund. Das Auftreten Luthers 1517 und die Wahl Karls V. zum deutschen Kaiser sind auf das merkwürdigste mit den Geschäften des Hauses Fugger verflochten, und seit der Kaiserwahl von 1519 lag der Schwerpunkt desselben in Spanien. „Die spanische Handlung", namentlich der Betrieb der Quecksilberbergwerke von Almadén, hat allmählich die ganze Kraft der Firma aufgesogen und das größte Handlungshaus der Zeit in den Abgrund gezerrt.

Unter Anton (1526—60; seit 1530 Reichsgraf, erhielt er 1534 das Recht der Gold- und Silberprägung) gelangte das Fuggersche Haus auf den Gipfel seiner Macht. Das Familienvermögen wurde in streng monarchischer Weise von Augsburg aus verwaltet, und das Oberhaupt leitete durch Faktoren und Agenten die räumlich so ausgedehnten Maßnahmen des Gesamthauses. Als aber nach 1550 einzelne Mitglieder ihre Gelder aus dem Geschäft zogen, so daß die Firma mit fremdem Gelde arbeiten mußte, gestaltete die Lage sich immer schwieriger. Die Schicksalswende brachte der Schmalkaldische Krieg (1546 bis 1547). Anton Fugger, zu fest an die Habsburger gekettet, brauchte, um sich in Augsburg gegen die protestantische Volkspartei zu halten, den Sieg der katholischen Sache und schoß, um nicht alles zu verlieren, immer mehr vor, bis 1557 die erste Finanzkrisis ausbrach. Die Zeit des Niederganges trat für die gesamte Hochfinanz Europas ein, um einer nationalen (oder nur territorialen) Finanz- und Wirtschaftspolitik Raum zu gewähren. Mit dem Sinken des spanischen Staatskredits fiel auch der Kredit der Finanzmänner, und 1637 wurde die Konkursmasse der „spanischen Handlung" den Fuggerschen Gläubigern, zumeist Genuesen, zur Verwaltung überantwortet.

Nicht viel besser erging es den übrigen süddeutschen Handelshäusern, den Höchstetter, Paumgartner, Welser, Seiler, Neidhart, Manlich, Rem, Haug, Herwart: Augsburger Firmen, die zumeist zwischen 1550 und 1570 ihre Zahlungen einstellten. Die Welser, die

Digitized by Google

den Platz unmittelbar hinter den Fuggern innehatten, erwarben unter allen Deutschen allein in der Neuen Welt Land, womit die Möglichkeit des Entstehens eines deutschen Kolonialgebietes jenseits des Ozeans für kurze Zeit aufdämmerte. Sie machten auch mit Frankreich und England Geldgeschäfte, und ihr Haus brach erst 1614 zusammen.

Von den größeren Nürnberger Häusern ließen sich die Tucher mit den Fürsten nicht in Geldgeschäfte ein und kamen auch mit heiler Haut über das 17. Jahrh. hinweg. Die Imhof konnten sich schließlich noch mit namhaften Verlusten zurückziehen. Andere süddeutsche Handelshäuser nahmen nur ausnahmsweise an den internationalen Geld- und Kreditoperationen teil.

Georg Gisze, Kaufmann vom Stahlhof in London. Nach D. Schaefer, Die Hanse (Bielefeld 1903).

d) Die Genuesen und Florentiner.

Ausdauernder als die Oberdeutschen zeigten sich die Italiener, die in jederlei Geschäft das höhere Alter sowie die Meisterschaft voraushatten: vornehmlich Genuesen und Florentiner.

Seitdem die Genuesen im östlichen Mittelmeer ihre Machtstellung (vgl. S. 315 f.) verloren hatten und im westlichen Becken die Barbaresken (Bd. III, S. 212) den Verkehr erschwerten, wandte sich das überflüssige Kapital den Geld- und Kreditgeschäften zu. Ihre Nautik und ihr Kapital erleichterten den Spaniern die Besitzergreifung Amerikas. Sie übernahmen die Lieferung des jährlichen Quantums von Sklaven für die transatlantischen Kolonien, sie versorgten Sevilla mit dem nach Amerika gehenden Ausfuhrgut. Einzelne genuesische Häuser, wie die Grimaldi, machten auch schon Geldgeschäfte mit der spanischen Regierung, und aus der Verbindung wirtschaftlicher Interessen entwickelte sich seit 1528 eine unerschütterliche politische. Unter den genuesischen Staatsgläubigern Spaniens erscheinen die Grimaldi, Spinola, Pallavicino, Lomellino, Gentili, Centurioni als die hervorragendsten, und trotz der Verluste harrten manche bis um die Mitte des 18. Jahrh. bei Spanien aus und retteten für sich einen riesenhaften Großgrundbesitz, namentlich im Neapolitanischen.

Um 1610 erloschen auch die Verbindungen der Florentiner mit Frankreich, das im 14. Jahrh. die Baldi und Peruzzi, im 15. die Medici und im 16., als die Mediceer mit Hilfe der Habsburger die politische Oberhoheit über Toskana erlangten, gleichwohl andere florentinische Häuser seinen Interessen nutzbar gemacht hatte.

Digitized by Google

Unter den florentinischen Finanzgrößen sind die Frescobaldi, Gualterotti, Strozzi, Salviati, Guadagni, Cappoui die vornehmsten; auch die Chigi von Siena, die Buonvisi von Lucca, die Ducci von Pistoja, die Affaitadi von Cremona werden genannt.

e) Die Meß- und Börsenplätze des 16. Jahrhunderts.

Das Marktrecht war der Kern, um den sich die Summe von Sonderrechten ansetzte, die den Begriff einer Stadt ausmachte. Inselartig lagen die Städte mit ihrem Sonderrecht und ihrer eigenartigen Wirtschaft inmitten ländlicher Gebiete, und den wechselseitigen Verkehr regelte selbstverständlich der entwickeltere Teil, also der städtische.

Der Wochenmarkt und die Bannmeile sind die Kennzeichen dieser wechselseitigen Anpassung: ersterer sicherte den Städten die Versorgung mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Umkreises, wobei die Obrigkeit den direkten Austausch zwischen Erzeuger und Verbraucher begünstigte; dagegen verhinderte das Bannmeilenrecht den Betrieb städtischer Gewerbe innerhalb der die Stadt einschließenden ländlichen Umgebung. Seit dem 13. Jahrh. bildete sich eine Menge kleiner von je einer Stadt beherrschter wirtschaftlicher Sondergebiete, so daß die beiden letzten Jahrhunderte des Mittelalters als Zeit der Stadtwirtschaft bezeichnet werden; erst durch die Verbindung dieser vielen Stadtgebiete zu einem Wirtschaftsganzen seitens der Landesherren ist im 16. Jahrh. die Territorialwirtschaft (Bd. VII, S. 29) entstanden. Den natürlichen Widerstreit zwischen Erzeuger und Verbraucher glich die Stadtobrigkeit, die das Recht der Gewerbeaufsicht von dem Landesherrn erwarb, dadurch aus, daß sie den in Zünften (Amt, Innung, Handwerk, Zeche) organisierten Geschäftsleuten wirklich den inneren Markt frei hielt und durch Preis- und Lohntarife, Qualitäts- und Beschauvorschriften usw. das allgemeine Verbrauchsinteresse zur Geltung brachte.

Um für einige Zeit fremden Wettbewerb herbeizuziehen, fanden überall Jahrmärkte statt, die dem einheimischen Gewerbe zwar einen vorübergehenden Wettbewerb, jedoch auch einen ungewöhnlichen Kundenkreis brachten. Die Märkte waren an bestimmte Tage gebunden, und da man im Mittelalter die Zeit zumeist nach dem Heiligen des Tages bestimmte, übertrug sich der Name des Heiligen auf den Markt selbst (Jakobimarkt, Martinimarkt, Michaelismarkt). Der Heiligentag wiederum als Festtag wurde im fränkischen Sprachgebiet, aber auch in England und Frankreich mit dem aus dem lateinischen missa abgeleiteten volkstümlichen Worte (deutsch: Messe; Remeismesse = St. Remigiustag) bezeichnet, und das Wort für den Festtag übertrug sich wieder auf den regelmäßig an ihm abgehaltenen Markt. Besonders nahe lag dies bei Orten, die nach einem Heiligen hießen, wie Saint-Denis nach St. Dionysius, namentlich dann, wenn am Patronstag sowohl eine allgemeine Wallfahrt als auch ein Markt stattfand. Die zwei Pariser Hauptmärkte waren ursprünglich solche Wallfahrermessen: der Lendit oder die Messe von Saint-Denis (S. 317) und die Messe von Saint-Germain. Desgleichen war der größte Jahrmarkt Englands eine auf freiem Felde bei dem Kloster Stourbridge abgehaltene Messe. In Deutschland haftete das Wort Messe zuerst an den Frankfurter Märkten und hat sich seit dem 16. Jahrh. allmählich für alle bedeutenderen mit ihnen in Wettbewerb tretenden Märkte, d. h. solche von mehr als landschaftlicher Bedeutung, eingebürgert.

Städte konnten aber außer Marktorten auch noch Stapel- oder Niederlagsplätze sein. Natürliche Stapelplätze waren alle Ausgangs- oder Endpunkte eines größeren Verkehrs, namentlich Schiffsverkehrs: Alexandria, Venedig, Genua, Barcelona, Brügge, Lübeck, Hamburg, Köln, Wien u. a., sofern die Waren aus weiten Fernen abgeladen und, soweit sie nicht zum eigenen Verbrauche dienten, im großen (die Mindestmenge wurde behördlich festgesetzt) wieder verkauft und zerteilt wurden. Im Binnenlande entwickelten sich ganz ähnliche Verhältnisse. Bedeutende Städte am Mittellauf schiffbarer Flüsse (wie Speier, Worms und Mainz, Regensburg, Frankfurt a. M., Minden, Pirna, Magdeburg, Halle a. S., Lüneburg, Breslau, Frankfurt a. O., Thorn) wurden früh zu Umschlagsplätzen mit Umladung vom Schiff in den Wagen und umgekehrt. Und an den großen Straßen zeichneten sich ebenso einige Städte dadurch aus, daß hier gewohnheitsgemäß die Händler verschiedener Wirtschaftsgebiete sich trafen, ihre Güter ausluden und austauschten: in karolingischer Zeit schon Erfurt, später Nürnberg, Leipzig, Krakau, Kalisch, Posen u. v. a. Hat sich der Warenumschlag an einem Ort feste Formen und Einrichtungen geschaffen, so betrachtet die Bürgerschaft die dauernde Erhaltung desselben als ihr Recht, läßt sich ein königliches oder landesherrliches Stapelprivileg geben und zwingt nun jeden Fremden zur Einhaltung der Bestimmungen. Nachdem das Stapelrecht Anerkennung im öffentlichen Leben gefunden hatte, wurde es oft auch Plätzen zuteil, bei denen es an der Voraussetzung fehlte, und hinderte so bisweilen den Verkehr zugunsten eines Landstädtchens. Die Stapelgerechtigkeit zwang den Kaufmann, die dem Stapelrecht unterliegenden Waren

Digitized by Google

(Landeserzeugnisse waren meist ausgeschlossen) abzuladen und eine gewisse Zeit zum Verkauf feilzuhalten. War sie dann nicht verkauft, durfte Weiterverfrachtung stattfinden, oft nur durch Vermittelung der Bürger des Stapelortes. Kraft des Gästerechtes bestand an vielen Orten das Verbot des Handels zwischen Auswärtigen und Auswärtigen, so daß sich ein Bürger des Umschlageplatzes als unvermeidlicher Mittelsmann einschob. Damit die vorgeschriebenen Stapelplätze auch allgemein besucht wurden, war die Einhaltung der bestimmten Straßen geboten (Straßenzwang). In allen Stapelplätzen entwickelte sich ein von festgesetzten Daten unabhängiger, oft die ganze günstige Jahreszeit hindurch währender Außenhandel, dessen Geschäfte sich im öffentlichen Kaufhaus (Gret, Wage, Schau) abwickelten.

An den dauernden Stapelplätzen und Meßorten bürgerten sich neben dem Warengeschäft, wobei die tatsächlich vorhandene Ware besichtigt, gemessen und bar bezahlt wurde, auch feinere Geschäftsarten ein, in denen die Italiener die Lehrmeister waren; dazu gehörten alle die Geschäfte, die den gefährlichen Transport von Bargeld ersparten, der Wechsel und die mit dem Wechselhandel verbundene Kompensation. Am Ende der Messen kamen die Geldleute zusammen und glichen für sich und andere ihre wechselseitigen Forderungen derartig aus, daß nur der Rest (Saldo) in Geld bezahlt zu werden brauchte, etwa übrigbleibendes Geld aber auch ausgeliehen werden konnte (vgl. S. 317f.).

Die alte Börse in Leipzig.

An den großen Stapelplätzen des europäischen Handels kamen die Kaufleute alltäglich an einem bestimmten Orte zusammen, um kaufmännisch wichtige Nachrichten auszutauschen, Waren, Geld und Wechsel zu handeln. Diese Geschäfte, die oft ein Notar an Ort und Stelle rechtsgültig machte, hatten öffentlichen Charakter.

So versammelten sich die venezianischen Handelsherren am Rialto, die florentinischen in der Bogenhalle (loggia) am Mercato nuovo, die katalanischen in der Lonja von Barcelona usw. In der Fremde, z. B. in Brügge, versammelten sich die Italiener gewöhnlich bei den Häusern ihrer Konsuln. Aus Brügge stammt die in die meisten Sprachen übergegangene Benennung „Börse“ für die Versammlungen der Kaufleute zu geschäftlichen Zwecken. Dort war ein der Familie van der Burse gehöriges Haus vorhanden, das man kurzweg „de burse“ nannte. Vor diesem Hause versammelten sich die Venezianer seit dem 15. Jahrh., weil ihr Konsul darin wohnte. Die Bezeichnung Börse war bereits eingebürgert, als in Antwerpen ein großes Bauwerk für den bekannten Zweck errichtet wurde. Nur in England nannte man die 1570 eröffnete Börse „the royal exchange“. Das Amsterdamer Börsengebäude (vgl. die Tafel bei S. 329) erstand 1613, das Leipziger (s. die obenstehende Abbildung) 1679.

Trotz der Stapelplätze und des Börsenverkehrs behaupteten die wiederkehrenden Messen ihre Bedeutung; selbst für den börsenmäßigen Verkehr in Geld- und Kreditgeschäften überragten sie noch lange Zeit die Plätze der ersten Art, da sich nur wenige Firmen an den großen Stapelorten ständige Faktoren und Agenten hielten; die Mehrzahl der Kaufleute reiste selbst zu den Messen, wo sich die Geschäfte innerhalb eines begrenzten Zeitraums abspielten.

Nach dem Verfall der Champagner Messen (s. oben, S. 317) ward Genf ein wichtiger Meßplatz für Franzosen, Italiener und Oberdeutsche. Um den Verkehr wieder auf französischen Boden hinüberzulocken, stattete Ludwig XI. (1461—83) die vier Lyoner Messen mit Vorrechten aus, während er seinen Untertanen den Besuch von Genf untersagte. Lyon wurde so für die französischen Könige der Mittelpunkt ihrer Anleihegeschäfte und der Werbeplatz ihrer Heere. Da die französischen Könige ihren habsburgischen Widersachern den Lyoner Geldmarkt verperrten, gewannen auch spanische Meßorte, für den inneren Warenhandel ins Leben gerufen, nun für den Geld- und Wechselverkehr des Auslandes Wichtigkeit, so Medina del Campo, Villalon, Medina de Riosecco.

Um Lyon Abbruch zu tun, schuf Karl V. in dem burgundischen Besançon eine Konkurrenzmesse, deren sich die Genuesen und Oberdeutschen gern bedienten. Erstere zogen für ihre Geldgeschäfte bald

Digitized by Google

bequemere Orte vor, und die sogenannten Genuefer Meisen haben nicht in Genua, sondern zuerst in kleinen Orten nördlich der Alpen stattgefunden (in Poligny, Chambéry), dann südlich (Rivoli, Ivrea, Asti), nach 1579 in Piacenza und seit 1621 in Novi. Als Antwerpen Stapelplatz mit börsenmäßigem Kredit- und Geldhandel geworden war, behielten die Meisen als Zahlungstermine ihre Bedeutung. Die geldbedürftigen Regierungen unterhielten hier ihre ständigen Agenten. Als nun Antwerpen 1568—85 zugrunde gerichtet wurde (vgl. S. 336), fiel Amsterdam das Erbe zu, aber auch Frankfurt a. M., Hamburg und Leipzig erhoben sich zu internationalen Märkten.

Wie sich zur Zeit des glücklichen Wirtschaftsaufschwungs die Mittelpunkte internationalen Lebens auf die Länder verteilten, das zeigen 1535 von Melchior Schedel zu Autorf im Auftrage seines Herrn Hans Paur in Nürnberg angefertigte Tabellen zum Vergleich der Gewichte und des Geldes der Handelsplätze: die zehn genannten Städte Wien, Nürnberg, Augsburg, Frankfurt a. M., Antorf, Lyon, Venedig, Mailand, Genua und Lissabon waren zugleich die Endpunkte des von den Brüdern Franz und Johann von Taxis etwa seit 1500 organisierten und von Brüssel aus geleiteten internationalen Postverkehrs.

f) Der Zusammenbruch des internationalen Großkapitals.

Mit dem Aufschwung Amsterdams beginnt ein neues Zeitalter der Weltwirtschaftsgeschichte. Spaniens Kraft hatte nicht genügt, um eine Universalherrschaft von Dauer zu begründen, und da sich das Haus Habsburg mit den Geldmächten des Zeitalters verband, so wurden diese mit in den Strudel hineingerissen. In der Blüte des Mittelmeerhandels geschaffen, war das Großkapital früh vom Handel zur Politik hingelenkt worden, weil jener bei seinem mäßigen Umfang bald mit Kapital gesättigt war. Daran änderte auch die Entdeckung der neuen Seewege wenig. Wie die Großmachtpolitik, so machte auch das verbündete Geldfürstentum Bankrott; damit endigt der erste Abschnitt der Geschichte des internationalen Großkapitals um die Wende des 16. und 17. Jahrh.

Die verbreitete liberale Geschichtsauffassung hat zu beweisen gesucht, daß Spanien groß geblieben wäre, wenn es dem religiösen und politischen Freisinn gehuldigt und dem Spiele der wirtschaftlichen Kräfte Raum gegeben hätte, vergaß aber dabei, daß die Staaten und Völker, von denen es überflügelt worden ist, ganz denselben religiösen, politischen und wirtschaftlichen Standpunkt eingenommen haben wie Spanien, das ihnen zum Muster diente. Nicht das Übermaß von staatlichem und wirtschaftlichem Absolutismus hat Spanien seines Weltmachtcharakters entkleidet, sondern das Unvermögen, die aus verschiedenartigen, zerstreuten Bestandteilen zusammengesetzte Monarchie zu vereinheitlichen. Weil Spanien nicht genug zentralisiert und die Königsmacht zu beschränkt war, konnte es weder mit England, noch mit Frankreich, noch selbst mit den abgefallenen Niederlanden Schritt halten, da in diesen Staaten die Zentralgewalt stärker oder doch der Zusammenhalt größer war (vgl. Bd. III, S. 448 ff.).

Auch nicht das Kolonialsystem Spaniens ist für den Niedergang verantwortlich zu machen, vielmehr war seine wirtschaftliche Grundlage zu schmal für eine so weit ausgreifende, maßlos kostspielige Tätigkeit, wie sie eine Weltmachtspolitik gegen Islam, Frankreich, Protestantismus und über See verlangte.

7. Das Zeitalter des Merkantilsystems.

Um 1600 waren die Spanier an der Grenze ihres Ausdehnungsverlangens angekommen, und das seit 1580 mit Spanien dynastisch vereinigte Portugal stand längst an der bedenklichen Grenze, wo der Gewinn aufhört und die Erhaltung des Besitzes dessen Ertrag aufzehrt. Trotzdem machte ihnen bis dahin kein ernstlicher Mitbewerber ihren Besitz streitig.

A. Die Zunahme der europäischen Bedürfnisse und der Welthandel.

Trotz mancher Bemühungen scheiterten bis über 1600 hinaus alle Versuche der Engländer und der Franzosen, in der Neuen Welt festen Fuß zu fassen. Lohnender als mühselige Ansiedlertätigkeit erwiesen sich Seeraub, Kaperei und Schleichhandel, die während des nieder-

Digitized by Google

ländisch-englischen Kampfes gegen Spanien (seit 1568) eine Art heldenhaft-nationale Weihe bekommen hatten: Sir Walter Raleigh und Francis Drake verdanken ihnen ihren Weltruhm, und der das spanische Monopol umgehende Verkehr mit dem spanischen Amerika blieb eines der Hauptziele des europäischen Handels: durch den Schmuggel gewannen Engländer, Niederländer, Franzosen und Dänen die noch herrenlosen Kleinen Antillen. Anderseits durchkreuzten holländische Schiffe den Indischen Ozean und brachten Gewürze heim; das reizte zur Nachahmung.

Doch das Wachstum des westeuropäischen Ausdehnungsgebietes hing am meisten von den Bedürfnissen des Muttererdteils ab. Die Triebkraft des wachsenden Völkerverkehrs ist der Güterverbrauch als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Bedürfnisse. Der Verbrauchende ist der Herr, der Erzeugende ist sein Diener und der Händler sein Gelegenheitsmacher. Ohne die grundstürzenden Neuerungen im Verbrauche während des 17. und 18. Jahrh. wäre der Welthandel über seine geringe Ausdehnung nicht hinausgelangt.

Bis an die Schwelle des 17. Jahrh. hatte sich der Welthandel mit dem Betrieb einiger weniger Spezereien und Kostbarkeiten begnügt. Keine Neuordnung der Handelswege und der Handelsherrschaft änderte grundsätzlich etwas am Charakter des Handels. Auch die Entdeckung Amerikas bewirkte zunächst keine Veränderung in den Gegenständen des Welthandels. Erst als sich der Rohrzucker als eines zunehmenden Verbrauches fähig erwies, gab es für den transozeanischen Handel einen Massenartikel und für die tropischen Ansiedelungen lohnende Kulturarbeit. Beim Anbau des aus Indien eingeführten Zuckerrohres im spanischen Amerika entwickelte sich die typische Plantagenwirtschaft, das Pflanzertum und die Negersklaverei, die wieder einen besonderen Monopolhandel entstehen ließ. Aber alles hing von dem Verbrauch ab, von der Einbürgerung des Zuckers bei den Verbrauchern. Auch der amerikanische Tabak verbreitete sich über die Alte Welt und lieferte einen weiteren Massenverbrauchs- und Handelsartikel ersten Ranges. Ebenso ging es im 17. und 18. Jahrh. mit Kakao, Kaffee, Tee, Indigo und Baumwolle: sie wurden Artikel des Massenverbrauches und darum Massenartikel der Urproduktion und des Welthandels.

Nun erst lohnte sich die Ansiedelung und der Erwerb von Kolonien, nun erst der Verkehr mit den Erzeugungsländern der Welthandelsartikel, die zugleich zu aufnahmefähigen Absatzgebieten heimischer Erzeugnisse wurden. Handels- und Gewerbetätigkeit veränderten sich durch ihre wachsende Ausdehnung ihrem Wesen nach und machten die Bewohner der gemäßigten Zone sowohl den Herkunftsgebieten ihrer Massengenüsse als auch deren Zubringern tributpflichtig.

B. Die Handelsvorherrschaft der Niederländer.

Die Niederländer (Holländer), durch die Seelage ihres Landes zu Vermittlern des süd- und nordeuropäischen Handels bestimmt, hatten sich schon vor ihrer Befreiung (1579) ihren Anteil am Zwischenhandel gegen Hanse und neben Engländern erkämpft, und erst als die sieben nördlichen Provinzen abfielen, wehrte ihnen Philipp II. den freien Verkehr mit den spanischen und portugiesischen Häfen. Um nun dem eben zum Mittelpunkt werdenden Amsterdam die Gewürze direkt zu verschaffen, bildeten sich Privatgesellschaften, die sie aus Indien holten. Unter den kleinen Gesellschaften zum Betriebe des ostindischen Handels, die genau so arbeiteten wie die älteren (S. 346), ragte die 1594 gegründete „Compagnie van verre“ (Kompanie der fernen Lande) hervor; in ihrem Interesse unternahm Cornelis de Houtman die erste niederländische Fahrt nach Java, Bawean und Bali (1595—97). Erst als 1602 unter dem Einfluß des Staatsmannes van Oldenbarneveldt die bisherigen Gesellschaften zu einer einzigen verschmolzen, entstand ein neuer Gesellschaftstypus, der das 17. und 18. Jahrh. kennzeichnet.

Die Vereinigte Ostindische Kompanie bekam von Staats wegen das alleinige Recht des Handels von und nach Ostindien im weitesten Sinne, wogegen jeder Niederländer als Anteilinhaber in den Mitgenuß des Unternehmergewinnes kommen konnte. Grundsätzlich neu war die Ausstattung der Gesellschaft mit politischen Hoheitsrechten. Danach wird die ganze Gattung von Handels- und Kolonialgesellschaften.

Digitized by Google

die nach ihrem Muster geformt worden sind, als politische Handelsgesellschaften bezeichnet. Sie durften Kriege führen, Frieden und Verträge schließen; Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz waren ihnen in ihrem Wirkungskreis anvertraut, während die Regierung ihr Oberhoheitsrecht so lange nur formell handhabte, wie die Kompanien ihres Beistandes entraten konnten und zahlungsfähig blieben.

Die Niederländisch-ostindische Monopolkompanie hat das niederländische Kolonialreich in Südostasien begründet. Teils wurden die Portugiesen aus wichtigen Punkten vertrieben (Ceylon, Malakka, Molukken), teils wurden herrenlose Gebiete besetzt (Java, Sumatra, Celebes usw.). Eine javanische Faktorei, die 1619 den Namen Batavia (vgl. die Tafel Bd. I bei S. 544) bekam, wurde die Residenz des Generalgouverneurs, der um 1650 über sieben Statthalterschaften gebot. Bis nach China und Japan erstreckte sich das niederländische Einflußgebiet. Einem ihrer Bediensteten, Abel Jansz Tasman, verdanken wir die Umsegelung des fünften Erdteils, Australiens oder Neuhollands, sowie die Entdeckung von Vandiemensland (Tasmania) und Neuseeland (1642).

Da die Gewürzausbeute in Amsterdam öffentlich versteigert werden mußte, regelten die Holländer behufs Erhaltung der Monopolpreise die Produktion und beschränkten den Anbau der Nelkenbäume auf die Insel Amboina, den der Muskatnußbäume auf die Bandagruppe, vernichteten auch gelegentlich Teile allzu reicher Ernten.

Schon 1621 entstand die Holländisch-westindische Kompanie, der die niederländische Regierung die vom Kap der Guten Hoffnung westlich gelegene Erdhälfte zuwies, während ihre Theoretiker (Naturrechtslehrer) für die Freiheit, d. h. Herrenlosigkeit der Ozeane (mare liberum) schwärmten und freihändlerische Lehren entwickelten. Die Westindische Kompanie war eine staatlich privilegierte Freibeuterbande auf Aktien, mit denen an der Amsterdamer Börse spekuliert wurde. Holland verdankt ihr den dauernden Besitz Surinams und einiger der Kleinen Antillen, während die übrigen von ihr in Amerika besetzten Gebiete (Neu-Niederland und Brasilien) noch im 17. Jahrh. verlorengingen. Auch die westafrikanischen Erwerbungen (Bd. III, S. 82 f.) hielt das kleine Land nur bis an den Ausgang des 18. Jahrh.

Da die Aktien der beiden Handelsgesellschaften die ersten börsenmäßig gehandelten Effekten waren, so ist die Amsterdamer Börse die Heimat des modernen Börsenspiels. Das Börsengebäude (s. die Tafel bei S. 329) war der Schauplatz eines unablässigen Zweikampfes zwischen der Hausse- und Baissepartei, und alle Börsensitten und -unsitten sind hier geboren oder doch entwickelt worden. Die Amsterdamer Börse diente bis gegen 1700 nur den Generalstaaten, den Provinzial- und Stadtregierungen der Niederlande zu Anleihezwecken; zum internationalen Anleihemarkt, wie früher Antwerpen, wurde es erst, als die nationale Wirtschaftspolitik der Engländer und Franzosen auf dem Weltmarkte niederländische Kapitalien freimachte und eine Unternehmerindustrie entstand. Amsterdam war der internationale Effektenmarkt, dessen Kurse für die übrigen Fondsbörsen des 18. Jahrh. maßgebend waren. Hier regte sich zum erstenmal wieder das Judentum.

Als nach der Eroberung Granadas (1492) die Juden samt den Mauren aus Spanien vertrieben wurden, blieben welche zurück, die sich taufen ließen und Marranos genannt wurden. Eine Anzahl ging nach den Niederlanden, wo sich die Juden am Geschäftsleben beteiligen durften. Von der Amsterdamer Muttergemeinde sonderten sich bald Tochtergemeinden ab, so die Hamburger. Holländisch-portugiesische Juden siedelten nach England über, als ihnen dieses seit Edward III. verschlossene Inselreich Cromwell 1657 wieder zugänglich machte.

Ihren Reichtum verdankten die Niederlande dem Warenhandel. Sie waren im 17. Jahrh. die Seefuhrleute und Zwischenhändler Europas; ihnen gehörten drei Viertel seiner Handelsflotte. Die Zustände der übrigen europäischen Staaten begünstigten diese Entfaltung der an und für sich schwachen Niederlande und ermöglichten ihnen eine Art Vorherrschaft im Welthandel, bis die Großstaaten das natürliche Recht ihrer Überlegenheit geltend machten.

Digitized by Google

In der Zwischenzeit beherrschten seine Kaufleute und Reeder den Ostsee- und somit den Getreidehandel Europas, Westdeutschland war ihnen bis zum Schwarzwald untertänig, während ihnen von Hamburg und Danzig aus der deutsche Osten eigen war. In den skandinavischen Ländern hatten die Holländer als Kaufleute und Fischer längst alle Nebenbuhler überflügelt. Ja im Arktischen Ozean spähten sie nach den Geheimnissen der nordöstlichen Durchfahrt. Auch im Mittelmeer herrschten sie, und seit 1648 erschienen sie wieder in den portugiesisch-spanischen Häfen. Doch die Gegenwirkung blieb nicht aus.

C. Der wirtschaftliche Aufschwung Englands vom 16. bis zum 17. Jahrhundert.

a) Die selbständige Wirtschaftspolitik der Tudors.

Während sich die seßhaften fremden und einheimischen Volksteile Englands staatlich und national ausglichen, wurzelte sich die Handelsfremdherrschaft tiefer ein, da kein entwickeltes Gewerbe, keine konkurrenzfähige Schiffahrt bestand. Allein das Land besaß ein nationales Königtum, das durch die Förderung der Gilden (S. 317) die wirtschaftliche Befreiung begann.

Mit dem Regierungsantritt der Tudors (1485) vollzog sich in England durch die sogenannten „Einhegungen" die Vertreibung der Bauern von der Scholle, damit die Großgrundbesitzer Weideland für die Schafzucht gewönnen, ein großer sozialer Umschwung, der die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zur gebieterischen Pflicht machte.

Die Verselbständigung der englischen Wirtschaft begann die Königin Elisabeth (1558 bis 1603) mit der Münzreform von 1560, und seit 1569 befriedigte inländisches Kapital die Geldbedürfnisse der Krone. Die Selbständigkeit in Geld- und Kreditangelegenheiten fand ihren monumentalen Ausdruck durch die Erbauung der Londoner Börse (S. 349), die der Krösus des Reiches, Thomas Gresham, aus eigenen Mitteln bestritt (1566). Da aber der Steuerertrag der Krone nicht genügte und sie vom parlamentarischen Bewilligungsrechte unabhängig sein wollte, so schritt sie zum Regalismus, d. h. sie suchte die alten Regalien wieder geltend zu machen, wobei das römische Recht (Bd. VII, S. 80) gute Dienste leistete. Diese Bewegung zeigte sich überall im 15.—17. Jahrh., aber zur Blüte kam sie in England und Frankreich. Nachdem sich das englische Königtum Sporteln, Strafgelder, Konfiskationen, Münz- und Zollwesen bereits finanziell nutzbar gemacht hatte, erklärte die Königin Elisabeth auch noch allen Handel für ein Vorrecht der Krone.

Jedes Staatsmonopol wurde gegen Entgelt einem einzelnen oder einer Gesellschaft übertragen. Die Regalisierung des Innenhandels betraf Korinthen, Salz, Eisen, Pulver, Karten, Kalbleder, Felle, Segeltuch, Pottasche, Weinessig, Tran, Steinkohlen, Stahl, Branntwein, Bürsten, Flaschen, Töpfe, Salpeter, Blei, Öl, Galmei, Spiegel, Papier, Stärke, Zinn, Schwefel, Tuch, Sardellen, Bier, Kanonen, Horn, Leder, spanische Wolle, irisches Garn. Dieses System war verfehlt und verschwand von selbst wieder. Die Regalisierung des auswärtigen Handels aber ließ sich leichter durchführen, weil man an erprobte Einrichtungen anknüpfen konnte. Die Handelsgesellschaften, regulated companies, erhielten gegen Bezahlung von der Regierung gewisse Handelsvorrechte, doch gediehen nicht alle Kompanien gleichmäßig. Es gab eine russische oder moskowitische (1554), eine ostseeländische (1579), eine türkische (1581), eine marokkanische oder berberische (1585), eine guineische (1588) Monopolgesellschaft; nach dem Muster der Londoner Mercers Company (S. 337) organisierten sich auch die Kaufleute von Exeter und Bristol als Monopolgilden. Endlich entstand 1600 die zukunftsreiche Englisch-Ostindische Kompanie, die erste Aktiengesellschaft oder joint stock company des Landes.

Nach Überwältigung der Hanse und Verdrängung der Italiener begann der Angriff auf Holland: beide Länder bekriegten sich schon 1564 mit Handelssperren, und England legte den Tuchstapel von Antwerpen weg. Wenn auch Spanien 1604 im Londoner Frieden noch nicht auf seine Seeherrschaft voll verzichtete, so gestand es doch den Engländern die Freiheit

Digitized by Google

zu, die von den Spaniern und Portugiesen noch unbesetzten Gebiete Ost- und Westindiens aufzusuchen, gegebenenfalls von ihnen Besitz zu ergreifen. Bei allem Ausdehnungsdrange Englands blieb jedoch die englische Gewerbtätigkeit, sofern sie für den auswärtigen Markt arbeitete, auf die ureinheimische Wollindustrie beschränkt.

Durch die Einwanderung niederländischer Tuchmacher unter Edward III. (um 1330) wettbewerbsfähig geworden, schritt sie bald zur Ausfuhr des englischen Rohtuches (S. 336). Um 1550 wurde die Ausfuhr von Schafen und Wolle verboten. Bald begann die zweite große Einwanderung niederländischer, als Ketzer flüchtender Tuchmacher, die das Gewerbe auf die Höhe brachten.

Zur Zeit Elisabeths war im Wollgewerbe die ertragswirtschaftliche Unternehmung üblich geworden. Da das Material viele Werkstätten (Spinner, Weber, Walker, Färber) durchlief, bis es gebrauchsreif war, griffen kapitalkräftige Woll- und Tuchhändler oder selbst Wollproduzenten auf die gewerbliche Erzeugung über und nahmen die kapitalarmen Handwerker in ihren Dienst, so daß die als Verlagssystem bezeichnete Betriebsform entstand. Erst im 18. Jahrh. entwickelte sich im Wollgewerbe der Fabrikbetrieb. Die Lehrlingsakte von 1562 hat bis 1814 gegolten und regelte die Lehrzeit (siebenjährige Zwangslehrlingschaft), die Gesellenfrage, den Arbeitsvertrag, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn.

b) Der Wettbewerb zwischen England und Holland.

Aus allgemeiner Gegnerschaft gegen die Stuarts entzog 1623 das Parlament der Krone das Recht der Monopolerteilung, nahm es für sich in Anspruch und bekämpfte das System der Zwangsanleihen. Da das Parlament dem Könige selbst die Zölle nur auf ein Jahr bewilligte, so suchte Karl I. ohne Parlament zu regieren. Aber erst die Republik unter Oliver Cromwell (Bd. VI, S. 403) holte die Versäumnisse eines Jahrhunderts nach und nahm den Kampf um die Herrschaft zur See gegenüber den Niederlanden auf. Cromwell befriedigte das Verlangen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit Englands, mochten seine Beweggründe auch zunächst politischer Natur sein. Die Navigationsakte von 1651 ist die volkswirtschaftliche Unabhängigkeitserklärung des britischen Reiches.

Nachdem schon lange die nationale Schiffahrt gegen die fremde durch Unterschiedszölle und Vorbehalt der Küstenschiffahrt begünstigt worden war, faßte die Akte von 1651 die älteren Bestimmungen zusammen und ergänzte sie. Fortan war die Einfuhr außereuropäischer Erzeugnisse nur unter britischer Flagge gestattet; Waren europäischer Herkunft sollten nach England nur auf britischen Schiffen oder auf Fahrzeugen der sie erzeugenden Völker gebracht werden dürfen, und zwar nur direkt; die Küstenschiffahrt von Häfen zu Häfen blieb der nationalen Flagge vorbehalten, und zur Hebung der Fischerei wurde die Einfuhr gesalzener Fische verboten. Cromwell betrachtete übrigens die Handelsflotte als Schule der Seeleute für die Kriegsflotte.

Die unmittelbar politische Folge war ein Seekrieg mit Holland, in dem die Engländer 1653 über tausend holländische Fahrzeuge aufbrachten, aber im Frieden von 1654 erkannte Holland die Navigationsakte und die Oberhoheit der englischen Flagge in den britischen Gewässern an.

Die Frucht des Kampfes gegen Spanien unter Blake war die Besitznahme Jamaikas und Dünkirchens, das Karl II. 1662 an Ludwig XIV. verkaufte. Die Monarchie verbesserte die Schiffahrtsakte 1660 und 1664. Schon war Großbritannien das Mutterland einer Anzahl von nordamerikanischen Tochterländern geworden: Leute, die zur Erhaltung ihrer Gewissensfreiheit und politischen Unabhängigkeit auswanderten, überwanden als Ackerbaukolonisten die Schwierigkeiten, an denen sich ihre Vorgänger verblutet hatten, und schufen das ersehnte Absatzgebiet, auf dem sich fremde Mitbewerber abwehren ließen.

Die beiden Erneuerungen der Navigationsakte bestimmten, daß die Erzeugnisse der britischen Kolonien nur nach britischen Häfen (selbst wenn sie anderswohin bestimmt waren) gebracht und die europäischen Waren nur auf britischen Schiffen nach den Kolonien verfrachtet werden durften („Restriktionssystem"). —

Digitized by Google

Der zweite Seekrieg mit Holland (1664—67) brachte Neu-Amsterdam (das heutige Neuyork) und einen Punkt an der Guineaküste, Kap Corso (Coastcastle), ein. Aus dem ersten Golde, das von Guinea heimwärts kam, wurden die ersten Guineen geprägt. Der Friede von Breda (1667) ließ Neu-Niederland im Besitz der Engländer, die nun von Akadien bis Florida die atlantische Küste Nordamerikas beherrschten, während die Holländer nun deutsche Waren auf ihren Schiffen nach England bringen durften. Der dritte Seekrieg mit den Niederländern (1672—74) durchkreuzte die Absicht einer Verbindung zwischen Holland und Spanien. Nunmehr bekämpfte das reiche Holland im Bunde mit England die Übergriffe der in Europa wie in den Kolonien allzu mächtig gewordenen Franzosen.

Der neue hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich (1688—1815) war der Entscheidungskampf über den Besitz der Welthandelsherrschaft. Wonach Spanier, Portugiesen, Niederländer und Franzosen erfolglos getrachtet hatten, das errang England, weil seine Erfolge in die Zeit fielen, da auf Grund der neuen Kulturbedürfnisse und der neuen Hilfsmittel zu ihrer Befriedigung zum erstenmal ein wirklicher, alle Teile des Erdballes umspannender Welthandel entstand.

Jean Baptiste Colbert, Marquis de Seignelay (1619 bis 1683). Nach einem Gemälde von Ph. de Champaigne gestochen von Nanteuil 1662.

D. Frankreich, Colbert und das Merkantilsystem überhaupt.

Frankreich betrieb unter Heinrich IV. und seinem Ratgeber Sully durch Handelsverträge, Kolonialgesellschaften, Beförderung des Gewerbfleißes und vor allem des Landbaues staatliche Wirtschaftspolitik. Richelieu wandelte dieselben Wege, aber den zu spät kommenden Franzosen blieb nur die Nachlese: sie ließen sich am Lorenzo, auf den Antillen, in Guayana, in Westafrika, auf Madagaskar nieder, jedoch ohne rechten Eifer.

Seitdem das Staatsschuldenwesen in die Hände der einheimischen Geldgeber, der sogenannten Partisans, gekommen war, wurde den Staatsgläubigern die Erhebung der Steuern und Gefälle überlassen, um sich bezahlt zu machen. Dabei wurde die Bevölkerung bedrückt, die Regierung betrogen und die Hochfinanz bereichert. Erst nach Mazarins Tode wurde Strafgericht über die ganze Sippschaft der Partisans gehalten. Dabei betätigte sich am eifrigsten der neue Generalkontrolleur der Finanzen, Jean Baptiste Colbert (s. die obenstehende Abbildung), der sich von 1661 bis zu seinem Tode (1683) behauptete.

Er verwandelte die verschiedenen hochverzinslichen Staatsschulden in eine einzige (konsolidierte) fünfprozentige Rentenschuld. Doch vor der Schuldentilgung machte er ebenso Halt wie vor den Steuerprivilegien von Adel und Geistlichkeit; denn um die Idee eines Gesamtstaates zu verwirklichen, vermied das Königtum Reibungen mit den bevorrechteten Ständen und ließ, um aus dem Durcheinander selbstherrlicher Egoismen den modernen Einheitsstaat zu bilden, den sozialen Gedanken in den Hintergrund treten. Wohl setzte Colbert die Grundsteuer (taille) zugunsten des Bauernstandes herab, doch grundsätzlich verfolgte das Königtum mehr eine allgemeine unterschiedslose Wohlfahrtspolitik, um durch den vermehrten Volkswohlstand die Macht und die kriegerische Leistungsfähigkeit des Staates zu heben.

Digitized by Google

Um Holland und England vom Welthandel abzudrängen, mußte Frankreich alle seine militärischen Kräfte mobil machen und gleichzeitig alle seine wirtschaftlichen Hilfsquellen erschließen, was bis dahin offenkundig nicht geschehen war. Aber die bisherige Wirtschaftspolitik der kleineren Kreise bot wohl beachtenswerte Fingerzeige, wie eine gesamtstaatliche, auf Hebung des Volkswohlstandes bedachte Politik beschaffen sein müsse. In der Tat war der Merkantilismus nur die umfassende Durchführung von wirtschaftspolitischen Maßregeln, die sich in kleineren Kreisen (Stadt- und Territorialwirtschaft; vgl. S. 348) längst bewährt hatten. Als der Staat seine Fürsorge auf das wirtschaftliche Gebiet erstreckte, griff er fest zu, vergaß oft, was privatwirtschaftliche Befähigung einzelner und Fleiß der Massen bedeutet, aber im ganzen hat sich der Merkantilismus zu seiner Zeit und in seiner Zone, also in Westeuropa während des 17. und 18. Jahrh., bewährt. Städte, Städtebünde und Territorien hatten im Widerstreit ihrer Sonderinteressen einen großen Teil ihrer Kräfte aufgezehrt; der Großstaat aber beseitigte die inneren Reibungen und ließ die Summe der Kräfte, aus denen er hervorgegangen war, nach außen wirksam werden. Um die Merkantilpolitik zu kennzeichnen, seien die entsprechenden Vorgänge in Frankreich hier geschildert.

Wenn Colbert schließlich, ohne den Steuerdruck zu vermehren, einen Reinertrag von 600 Millionen Franken erzielt hat, erreichte er das durch seine volkswirtschaftliche Zollpolitik. Die alten Provinzen des Reiches im Norden und Westen (Isle-de-France, Champagne, Bourgogne, Picardie, Normandie, Poitou, Anjou, Maine, Touraine) wurden 1664 zu einem einheitlichen Zollgebiete vereinigt, während die jüngeren Provinzen (provinces étrangères) aus fiskalischen Gründen ihre besonderen Zölle behielten. Der Tarif von 1667 brachte den merkantilistischen Grundsatz des Zollschutzes gegen das Ausland zur Geltung. Indem hohe Zölle die auswärtigen Gewerbserzeugnisse vom inländischen Markte fernhielten, erhielt die französische Industrie den Anreiz zu erhöhtem Schaffen, und das Geld blieb im Lande. Neue Industrien wurden ins Leben gerufen und begünstigt; so die Erzeugung von Spiegeln und Spitzen nach venezianischer Art, die Strumpfwirkerei nach englischem, die Tuchfabrikation nach holländischem, die Blech- und Messingerzeugung nach deutschem Muster. Von 1666 bis 1683 haben 44 erzieherisch wirkende Reglements die genauesten Vorschriften über gewerbliche Angelegenheiten verkündet. Dauerhaft waren Colberts gesetzgeberische Schöpfungen: das Handelsgesetzbuch (Ordonnance du commerce, 1673) und der Code noir (Sklavenrecht in den Kolonien). Da die Gewerbe auch für den auswärtigen Markt tätig sein sollten, förderte er den inneren Verkehr durch Kunststraßen, Kanäle (Canal du midi), Posten, den Außenhandel durch die Begünstigung der Ausfuhr von Gewerbeerzeugnissen, der Einfuhr von Roh- und Hilfsstoffen, die Errichtung von Freihäfen (Marseille, Dünkirchen, Bayonne) und Seearsenalen. Eine Kriegsflotte wurde gebaut und auch die Handelsflotte verstärkt, um die Reederdienste der Holländer entbehrlich zu machen. Zur Schonung der Waldbestände war der Ankauf anderswo gebauter Schiffe für Frankreich gestattet. Die nationale Schiffahrt wurde durch Vorbehaltung des Küsten- und Kolonialhandels sowie durch Unterschiedsabgaben zu ungunsten fremder Fahrzeuge begünstigt.

Von den im überseeischen Handel arbeitenden Monopolgesellschaften hat keine die Wichtigkeit der englischen und holländischen Kompanien erlangt. Am besten gedieh die Levantinische Kompanie (1670 bis 1690), deren Ausgangspunkt Marseille und deren Haupthandelsplatz im Osten Smyrna war. Weniger Glück hatte die Nordische Kompanie in der Ostsee. Mühsam faßte die Ostindische Kompanie zwischen Holländern, Engländern und Portugiesen festen Fuß in Südostasien, und die Westindische Gesellschaft bestand nur 1664—74.

Den Getreidehandel regelte Colbert nicht nach theoretischen Grundsätzen, sondern paßte sich den jeweiligen Umständen an: er sperrte die Ausfuhr während 56 Monaten seiner im ganzen 168 Monate dauernden Verwaltung und ließ die Ausfuhr 112 Monate lang teils ohne, teils mit höheren oder niedrigeren Ausfuhrzöllen zu.

Auch Colberts Handelspolitik richtete sich gegen Holland, durch dessen Angriff Ludwig XIV. bedroht wurde (1672). Durch den Frieden von Westminster (1674) erlangten die Niederlande sogar einen günstigen Handelsvertrag (1678), ketteten sich an Großbritannien und kämpften als „Seemächte" mit diesem gemeinschaftlich gegen das Übergewicht Frankreichs.

Digitized by Google

E. Der neue hundertjährige Krieg zwischen Frankreich und England.

Da die protestantische Minderheit dem Gedanken einer national-französischen Kirche im Wege stand, widerrief Ludwig XIV. das Edikt von Nantes (1685; vgl. Bd. VII, S. 180) und veranlaßte dadurch, trotz des Auswanderungsverbots, eine Massenflucht der Protestanten, die in der Schweiz, in England, Holland und vielen deutschen Territorien Schutz suchten und durch die Verpflanzung französischer Fertigkeiten und französischen Geschmacks (Seidenwaren, Tuche, Hüte, Handschuhe, Glas, Papier, Uhren, Schmuck) auf feindlichem Boden Frankreich schwer schädigten. In England legte man den aus religiösen Gründen Auswandernden kein Hindernis in den Weg, so daß solche die nordamerikanischen Kolonien begründeten, mit denen das Mutterland einen Monopolverkehr einleitete. Dieses verschiedene Verfahren verschob die wirtschaftlichen Kräfte beider Staaten, und der aus politischen Gründen ausbrechende Kampf — bei La Hogue wurde am 29. Mai 1692 von der vereinigten Flotte der Seemächte unter Edward Russell die französische geschlagen — wirkte mächtig auf die Wirtschaftsverhältnisse der entzweiten Staaten zurück.

Goldwäger. Nach dem Gemälde von Quinten Metsys (gest. 1530) im Louvre zu Paris.

Nachdem in Italien (Genua, Venedig) die ersten öffentlichen (stadtstaatlichen) Banken entstanden waren, die am Ende des 16. Jahrh. Noten oder Zettel (segni representativi) an Stelle des Hartgeldes in Umlauf setzten, ging die Fortbildung des Bankwesens des 17. Jahrh. an die Holländer über. Die Amsterdamer Girobank (1608; vgl. die Tafel bei S. 329) bildete das Muster für die Banken, die den Zahlungsverkehr der Kaufleute auf Grundlage einer feststehenden Bankwährung besorgten.

In London befaßten sich seit alters die Goldschmiede der Lombard Street mit dem Geldwechsel (s. die nebenstehende Abbildung), übernahmen Depositen, die sie verzinsten und weiter ausliehen; auch mit der Regierung standen sie in geschäftlicher Verbindung. Obwohl man schon nach dem Staatsbankrott von 1572 an die Gründung einer öffentlichen Bank dachte, entstand eine solche doch erst bei der Staatsanleihe von 1694. Damals erhielt nach dem Plane des Schotten William Paterson, der sich die genuesische Bank von San Giorgio zum Muster nahm, die Körperschaft der Staatsgläubiger das Recht zum Betriebe von Bankgeschäften und gab auch nach der Art der schon eingebürgerten Goldschmiednoten jederzeit einlösbare Zettel aus. In kurzer Zeit wurde die Bank von England dem Staat wie der Kaufmannswelt unentbehrlich. Schon 1695 entstand die Bank von Schottland, da das seit 1603 mit England vereinigte Königreich an den Vorzugsrechten der Engländer keinen Anteil hatte. Erst die parlamentarische Union 1707 beseitigte die Scheidewand zwischen beiden Königreichen; Irland blieb noch immer gleichsam eine überseeische Kolonie.

Als um 1700 die spanische Erbfolge die Welt bewegte, war Großbritannien diplomatisch, militärisch und finanziell gerüstet, die Vereinigung der spanischen Gesamtmonarchie mit Frankreich zu hindern, so daß die geldüberlegenen Seemächte den kapitalarmen Landmächten durch ihr Geld das Kriegführen erleichterten. Im Spanischen Erbfolgekrieg (1701 bis 1714; vgl. Bd. VII, S. 186 ff.) haben Österreich und Preußen für England gekämpft, und der deutsch-französische Widerstreit hat England wirksamer gedient als seine eigenen Anstrengungen; denn den wirtschaftlichen Hintergrund des Krieges bildete die englisch-französische Nebenbuhlerschaft um den spanischen und amerikanischen Markt.

Frankreich schöpfte schon während des Krieges aus dem Warenhandel mit Spanien und

Digitized by Google

durch Spanien mit Süd- und Mittelamerika einen Teil der Finanzkräfte, während England hinderte, daß der spanisch-amerikanische Handel eine ausschließliche Beute seiner Nebenbuhler wurde. Der Utrechter Friede (1713) zerriß die spanische Monarchie, brachte wichtigen Festlandsbesitz an das befreundete Österreich, und England selbst erhielt Gibraltar und Mahon (auf Menorca) sowie jenseits des Atlantischen Ozeans Akadien. Den größten Gewinn für die Briten bedeutete der Asiento-Vertrag, demzufolge ihnen die alleinige Versorgung des spanischen Amerika mit Negersklaven zufiel. Liverpool bereicherte sich durch den Negerhandel und durch verschleierten Schmuggel.

Als der Staat den Neger-Asiento an die seit 1710 bestehende **Südsee-Gesellschaft** verpachtete (Südsee nannte man das Meer zu beiden Seiten Südamerikas), trat eine Überspekulation ein, die zahlreiche Existenzen zugrunde richtete (1720). Auch die Südsee-Kompanie kränkelte und verlor den Asiento durch den Aachener Frieden von 1748.

Sir Richard Arkwright (1732—92). Nach einem Gemälde von Wright.

Der Ausgleich zwischen Krone und Parlament verlieh dem Staate den Kredit, und der wirtschaftliche Gegensatz der beiden Parteien verhinderte eine Einseitigkeit in der Handelspolitik; es bestand eben in England das sogenannte „Solidar-Schutzsystem", ein Ausgleich der Interessen zwischen Landwirtschaft und Industrie. Der auswärtige Gesamthandel Europas stieg von 1688 bis 1788 von 12 Millionen auf 36 Millionen Pfund Sterling.

Das Verlagssystem (S. 354) behielt im englischen Gewerbe in den älteren Gewerbszweigen bis 1800 das Übergewicht, und erst verspätet wurde der **fabrikmäßige Großbetrieb** vom Festland auf die Insel verpflanzt.

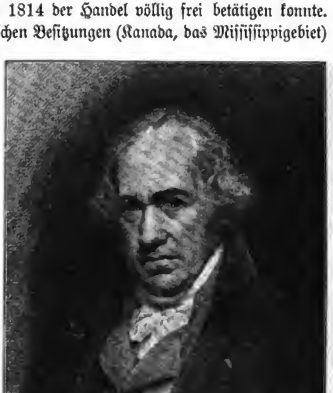
Da gewisse neuartige oder doch erst nachträglich irgendwo eingebürgerte Industrien nicht in die zünftische Betriebsordnung aufgenommen wurden, wenn sie für den Großbetrieb paßten, so wurden sie fabrikmäßig betrieben. Ganz diesen Charakter erhielten auch die Anstalten Colberts, und wo das Merkantilsystem Eingang fand, wurden Spiegel-, Teppich- (Gobelin-), Seidenwaren-, Militärtuch-, Porzellan- und Tabakfabriken errichtet, teils als Staats-, teils als Privatanstalten. Ihr Gedeihen hing vom Land und dessen Bewohnern ab, sofern nicht, wie vor allem bei der Porzellanmanufaktur, Künstler aus aller Welt die Modelle lieferten. In **England** hatten bis ins 18. Jahrh. nur die metallurgischen Gewerbe, die seit 1620 Steinkohle verwendeten, außerhalb der Städte fabrikartige Einrichtungen. Selbst die von den Hugenotten nach England verpflanzten Gewerbe ordneten sich dem heimischen Betriebssystem ein, so die Seidenweberei von Spitalsfield. Wenn sich die englische Baumwollindustrie die Welt unterworfen hat, so lag das an den Erfindungen, die den gewerblichen Betrieb überhaupt umgewälzt haben und vom bloßen fabrikmäßigen Großbetrieb zum **maschinellen Großbetrieb** überleiteten. Die Spinnmaschinen Wyatts, Arkwrights, Hargraves, Cromptons, ferner die Webmaschinen Kays (Schnellschütze) und Cartwrights (Kraftstuhl) waren grundlegende Erfindungen. Die Fabriken **Richard Arkwrights** (s. die obenstehende Abbildung), seit 1768 zuerst mit Pferden, dann mit Wasserkraft betrieben, erwiesen die Überlegenheit des maschinellen Großbetriebes. Unterdessen hatte **James Watt** (s. die Abbildung S. 359) der um 1700 von Newcomen und Cawley für den Bergwerksbetrieb konstruierten Dampfmaschine eine für

Digitized by Google

beliebige Zwecke taugliche Gestalt gegeben. Aus der Watt-Boultonschen Maschinenfabrik zu Soho bei Birmingham gingen die ersten Dampfmaschinen hervor, die Spinnereien, Webereien, Brauereien, Mühlen, Walzwerken und dergleichen Anstalten dienten. Auch die Keramik hatte mittlerweile die Form des Fabrikbetriebes angenommen (Josiah Wedgwoods Steingutfabrik zu Etruria in Staffordshire). Bald war kein Industriezweig vorhanden, der sich nicht der neuen Betriebsform anpaßte; namentlich folgten Schafwolle, Leinen, Seide dem Beispiel der Baumwolle.

Nun erst besaß die englische Industrie Eroberkraft, die sich besonders dem europäischen Festland und Indien zuwandte, wo nach vielen Mißerfolgen (Bd. I, S. 454 ff.) die Englisch-Ostindische Monopolkompanie durch die Regulative von 1773 und 1784 der Staatsaufsicht unterstellt wurde und sich seit 1814 der Handel völlig frei betätigen konnte.

Obwohl Frankreich seine nordamerikanischen Besitzungen (Kanada, das Mississippigebiet) verlor und gleichzeitig in Ostindien den Wettbewerb mit England aufgeben mußte, machte es doch im 18. Jahrh. gewaltige kommerzielle und industrielle Fortschritte. Trotz schlechter Staatsfinanzen und des Elends in den niederen Klassen staute sich hier wie in Holland und England das Geld und nährte den Hunger nach Spekulationsgewinn, dem das Lawsche System entgegenkam.



James Watt (1736—1819). Nach einem Gemälde von Sir W. Beechey in der Royal Academy zu London.

Der Schotte John Law, von der Regierung begünstigt, errichtete eine Zettelbank (1716) und eine Kolonialgesellschaft, die Compagnie d'occident (1717 Mississippi-Gesellschaft genannt), mit der er die Überreste einer ostindisch-chinesischen Gesellschaft zur Compagnie des Indes (1719) vereinigte. Die Bank machte sich anheischig, die Staatsschulden zurückzuzahlen und überschwemmte Frankreich mit ungedecktem Notengelde, dessen Einlösung bald unmöglich wurde. Die Aktien der Mississippi-Gesellschaft wurden ein Spielpapier, und als die Regierung den Kurs stufenweise herabzusetzen anfing, trat eine völlige Entwertung ein, und die Auflösung der Unternehmungen begann. Zwei Menschenalter lang merkten sich die Franzosen die Lehren von 1720; Banken und Kreditgeldzeichen blieben verpönt.

Der auf dem Gewerbfleiß beruhende Außenhandel Frankreichs hat sich im 18. Jahrh. verfünffacht; der Handel mit den Kolonien vermehrte sich sogar um das Zehnfache, da sich unter den der Fläche nach verkleinerten Kolonien wahre Perlen befanden: so Santo Domingo (der seit 1697 an Frankreich abgetretene Osten des spanischen Haiti oder Hispaniola), Guadeloupe und Martinique in Westindien und Réunion im Indischen Ozean.

Als während des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges die drei Seemächte Frankreich, Holland und Spanien ein Bündnis mit den abgefallenen Staaten schlossen, erhielt ersteres zwar im Versailler Frieden (1783) das Senegalgebiet, Tabago und Pondicherri, Spanien Menorca und Florida wieder, aber der Handel mit den nunmehr freien Unionsstaaten verblieb den Briten, obwohl er allen Nationen zugänglich gemacht wurde.

Schon begannen freiere Ansichten über den Handel der Nationen untereinander, mit ihren eigenen und fremden Kolonien Platz zu greifen: die englische Schiffahrtsakte und die

Digitized by Google

Colbertschen Überlieferungen waren mindestens in der Theorie überwunden. Im bourbonischen Familienpakt (1761) erhielten die Untertanen aller diesem Hause gehörigen Länder (Frankreich, Spanien, Neapel-Sizilien, Parma) das Recht der Gegenseitigkeit in Handelssachen. Im sogenannten Eden-Vertrag von 1787 setzten Frankreich und England den neuen freiwirtschaftlichen Ideen nachgebend die Hochschutzzölle herab und beseitigten mehrere Einfuhrverbote, aber die große Revolution verhinderte weitere Fortschritte.

F. Deutschland.

a) Das Deutsche Reich.

Schon gegen Ende des 16. Jahrh. waren allerorten die Zeichen des Verfalls sichtbar geworden. In diese Zeit der Entkräftung — in mancher Beziehung als ihre Folge — fiel nun der Dreißigjährige Krieg (vgl. Bd. VII, S. 132). Während der Ackerbau zunächst die Arbeitskraft des Volkes auffog, war der Handel an das Ausland gefesselt, durch Holland auch die (spanischen, seit 1714) österreichischen Niederlande (Belgien) vom Weltverkehr abgeschnürt. Über den deutschen Westen her drang seit 1680 die französische Luxus- und Mode-Industrie ein. Die Messen von Frankfurt a. M. verfielen, und von Hamburg aus (S. 337) herrschten die Engländer bis nach Sachsen und Schlesien hinein: die Leipziger Messe diente ihnen als Einfallstor. Zogen die Nordseestädte aus dem Fremdhandel Gewinn und nahmen sie seit 1720 am Weltverkehr teil, so verödeten die Häfen der Ostsee, obenan Lübeck; nur Danzig, unter polnischer Oberhoheit, blieb der Ausfuhrhafen des produktenreichen Weichselgebietes, diente aber wie Hamburg holländischen und englischen Wirtschaftsinteressen.

Je mehr die merkantilistischen Grundsätze auch für die deutschen Territorialregierungen maßgebend wurden, desto verhängnisvoller wurde der Mangel einer durch den absolutistischen Merkantilismus anderwärts geschaffenen Vereinheitlichung namentlich für die Reichsstädte wie Nürnberg, da die in den Großstaaten Westeuropas folgerichtig entwickelte Wirtschaftspolitik, in Kleinstaaten nachgeahmt, ganz andere Folgen zeitigte.

Da nicht einmal die wohltätigen Reichsmünzordnungen (1524, 1551, 1558) durchzudringen vermochten, stockte im 17. Jahrh. das wirtschaftliche Leben, und nur die Türken- und Franzosenkriege hielten das Bewußtsein gemeinschaftlicher Lebensinteressen aufrecht. Nur eine gesetzgeberische Tat ist zu nennen: das Reichsgewerbegesetz von 1731.

Das Zunftwesen war ein Anachronismus aus stadtwirtschaftlicher Zeit, weil die Vereinigungen von Vertretern eines Gewerbes den gesunden Wettbewerb, den gegenseitigen und den ortsfremden, nach Möglichkeit ausschalteten. Nun bildeten sich Verbände der Innungen, von denen sich einzelne über das ganze Reich erstreckten. Da sich die Genossenschaften entgegen der alten Gewohnheit nur noch als Vertreter der Handwerksmeister fühlten, schlossen sich auch die Handwerksgesellen (Compagnonages) in Verbänden zusammen, die vom Ende des 15. bis ins 18. Jahrh. hinein einen erbitterten Klassenkampf mit den Meistern führten. Die Landesfürsten konnten bei der die Landesgrenzen überschreitenden Ausdehnung der Zunft- und Gesellenverbände die gemeinschädlichen Handwerksmißbräuche erst bekämpfen, als das Reichsgesetz von 1731 die Grundlage zu gemeinsamem Vorgehen bot.

b) Preußen und Österreich.

Auch die Großstaaten Preußen und Österreich lenkten in unbewußter Nebenbuhlerschaft in die Bahnen des Merkantilsystems ein, um die Leistungsfähigkeit ihrer zurückgebliebenen Länder zu vermehren, und hatten andere Erfolge als die Kleinstaaten.

Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1640—88), der Begründer der preußischen Militärmacht, der Hinterpommern und Ostpreußen mit Brandenburg vereinigte, begann auch eine über die Enge

Digitized by Google

eines gewöhnlichen deutschen Territorialstaates hinausstrebende Wirtschaftspolitik. Mit seinen Flotten- und Kolonialplänen (Benjamin Raule errichtete 1680 in Pillau ein Kommerz- und Admiralitätskollegium) huldigte er dem Zeitgeist, aber er eilte der natürlichen Entwickelung allzusehr voraus; darum gingen auch die hastig angelegten Kolonien an der Guineaküste (Groß-Friedrichsburg; vgl. die Abb. Bd. III, S. 87) und auf der Insel Arguin wieder zu grunde. In der Geschichte des Verkehrswesens glänzt der Große Kurfürst als Urheber der preußischen Territorialpost und des ostdeutschen Kanalsystems: durch den Müllroser Kanal leitete er den Verkehr zwischen Oder und Elbe über die rasch aufstrebende Hauptstadt Berlin.

König Friedrich Wilhelm I., dem kein Gut kostbarer erschien als das Menschenleben, nahm Flüchtlinge, wie die vertriebenen Salzburger Protestanten (20000 Seelen), in seinen Ländern auf, wie schon der Große Kurfürst die innere Kolonisation mit der Aufnahme gewerbfleißiger Hugenotten begonnen hatte, wogegen sich die Salzburger als Landwirte vornehmlich in Ostpreußen ansiedelten. Auch hussitische Böhmen und reformierte Schweizer fanden in Preußen eine zweite Heimat. Ein Gegner der Geldausfuhr und deshalb der Einfuhr fremder Fabrikate, förderte Friedrich Wilhelm I. die heimische Tuchindustrie und gründete die „russische Kompanie" für den Tuchhandel mit dem Moskowiterreiche, während im Berliner Lagerhaus die kleinen Erzeuger ihre Ware nach sorgfältiger Beschau absetzen konnten.

Friedrich II. führte seit 1763 die Wirtschaftspläne seines Vaters durch. Auch dieser Absolutist war im wesentlichen Merkantilist, d. h. Volkserzieher in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Lande. Das Hauptziel der äußeren Handelspolitik, eine aktive Bilanz, hat er ohne Mühe erreicht, aber mit der Anknüpfung überseeischer Verbindungen hatten die von ihm in Emden errichteten asiatischen Kompanien kein Glück. Erfolgreicher waren die für das Inland gegründeten Handels- und Kreditgesellschaften, namentlich die Berliner Bank, die Seehandlungsgesellschaft und die ritterschaftlichen Kreditinstitute, die den Grundbesitz vor Auswucherung bewahrten. Wie solche Anstalten, so ließen sich auch neue Gewerbszweige nur mit Staatshilfe ins Leben rufen. Welche Mühe hat es sich Friedrich II. kosten lassen, den Seidenbau und die Seidenindustrie in seinen Ländern einzubürgern. Und zu allem brauchte er Lente; namentlich als infolge der ersten Teilung Polens Westpreußen an den König kam, waren Landwirte notwendig, die aus Südwestdeutschland, zumal Württemberg, herbeikamen. Trotzdem hatte der Staat 1785 erst 5½ Millionen Bewohner. Ein so kleines Gemeinwesen ließ sich bei aller Sparsamkeit nicht ohne fiskalische Quälereien erhalten. Haß und Spott der Zeitgenossen richteten sich gegen die friderizianische Regie, eine von einem Franzosen mit französischen Hilfskräften betriebene Organisation des Zoll-, Staatsmonopol- und Verbrauchssteuerwesens; zu ihrem Wirkungskreis gehörte auch das Kaffeemonopol, das den Abfluß des Geldes verhindern sollte. Friedrichs wirtschaftliche Erziehung hatte den Erfolg, daß 1807 der Merkantilismus abgetan war und Preußen zum wirtschaftlichen Liberalismus übergehen konnte.

In den österreichischen Erbländern machte man schon unter Leopold I. Versuche mit Musterwerkstätten, Manufakturen (ein Kommerzkollegium für die kaiserlichen Erblande entstand 1666) und Monopolgesellschaften; aber es fehlte an Geld, Unternehmern und brauchbaren Beamten. Auswärtige Anlehen mußten helfen, bis die Gründung der Wiener Stadtbank (1706) die Benutzung der dort hinterlegten inländischen Gelder für Anleihezwecke ermöglichte. — Eine auf einem entwickelten Merkantilismus (das böhmische Kommerzkollegium wurde 1714, das schlesische 1716 errichtet) beruhende Handelspolitik begann in den habsburgischen Ländern mit Karl VI. Der Kaiser wollte Ostende zum Ausgangspunkte des überseeischen Handels in den 1714 erworbenen österreichischen Niederlanden machen; aber die 1722 errichtete Ostindische Kompanie fiel der Eifersucht der mit Österreich politisch verbündeten Engländer und Holländer zum Opfer (1731). Dagegen glückte es ihm, den adriatischen Häfen Triest und Fiume (Freihäfen 1719) zu einem Anteil am Mittelmeerhandel zu verhelfen, während der Versuch, den Orienthandel durch eine große orientalische Monopolgesellschaft in Schwung zu bringen, fehlschlug.

Die Zentralisationspolitik Maria Theresias strebte nach einheitlichen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den böhmischen und deutschen Provinzen, während sie die Sonderstellung der ungarischen, italienischen und niederländischen Staatsbestandteile unberührt ließ. In jenen wurden sogar die Binnenzölle beseitigt und die Zolleinrichtungen geregelt (1775). Desgleichen wurde die Staatsschuld vereinheitlicht, die 1753 mit Bayern verabredete Konventionsmünze (Zwanzigguldenfuß) zur Reichswährung erhoben und die 1771 gegründete Wiener Börse zum Mittelpunkte des Bankhandels gemacht.

Josef II. führte 1784 das Verbotsystem ein, das bis 1850 in Geltung geblieben ist. Alle fremden Waren, die im Inland erzeugt wurden oder erzeugt werden konnten oder entbehrlich schienen, wurden „außer Handel gesetzt", d. h. sie durften zum Wiederverkaufe nicht eingeführt werden; allerdings war gestattet, mit hohem Einfuhrzoll belegte Artikel zum eigenen Gebrauch über die Grenze zu bringen. Die

Digitized by Google

erbländische Industrie entwickelte sich unter dem Schutze des Verbotsystems kräftig und konnte ihre Erzeugnisse nach den ungarischen Ländern, die bis 1850 ein eigenes Zollgebiet bildeten, und dem türkischen Reiche ausführen. Josef II. suchte den österreichischen Niederlanden wiederum nach dem Meere hin Luft zu machen; doch Holland hielt die Scheldesperre aufrecht (1785).

So gab es im 18. Jahrh. wohl ein preußisches und österreichisches Wirtschaftsgebiet, doch kein deutsches. Die Mittel- und Kleinstaaten hingen wirtschaftlich und politisch in der Luft, und doch gelangten einzelne zu industrieller und kommerzieller Bedeutung, z. B. Kursachsen, wo die 1729 gegründete Kommerziendeputation 1764 zur Landesökonomie-, Manufaktur- und Kommerziendeputation erweitert wurde. Andere dagegen verkauften ihren Bevölkerungsüberschuß als Kanonenfutter ans Ausland. Deshalb bezeichnete es einen großen Fortschritt, daß dieses überschüssige Menschenmaterial für Kolonisationszwecke verwendet wurde: von Preußen in seinen östlichen Provinzen, von Österreich in Ungarn und Galizien.

8. Auf dem Wege zur Weltwirtschaft.

Gleich dem buddhistischen, brachmanischen, auch dem islamischen Völker- und Gesittungskreise bildete noch im 15. Jahrh. die christlich-abendländische Welt ein auf idealen und realen Gemeinsamkeiten beruhendes Ganzes; eine durch Blutsverwandtschaft gefestigte Einheit des Glaubens und Wissens, der Sitte und der Sittlichkeit, der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen, bis zu einem gewissen Grad auch der wirtschaftlichen Interessen. Im 15. und 16. Jahrh. zersprengten dann nationale Sonderbildungen, Humanismus und Reformation diese Einheit; erst der konfessionelle und höfische Absolutismus des 16. und 17. Jahrh. führte die einzelnen Länder aus inneren Kämpfen wieder zur Glaubens- und Rechtseinheit. Die internationale Einheit trat in dieser Zeit verstärkter, besonders auf wirtschaftlichen Gegensätzen beruhender Abschließung der Sonderstaaten zurück.

Dem zentralisierten Einheitsstaat des Merkantilzeitalters lieferte der erhöhte Volkswohlstand die Mittel zur Machtvergrößerung. Aber so sehr sich auch Finanzkraft und Kredit der Staaten im 17. und 18. Jahrh. hoben, keiner der um die Welthandelsherrschaft ringenden Staaten erreichte deren dauernden Alleinbesitz, und die Absatzschwierigkeiten stellten den Erfolg der vermehrten Gütererzeugung in Frage. Das Merkantilsystem setzte sich teils aus naturwüchsigen, teils aus wohlüberdachten Maßregeln zur Förderung der gewerblichen Gütererzeugung zusammen, ließ aber die wirtschaftlichen Interessen der landbauenden Bevölkerung außer acht. Die unteren ländlichen Klassen wurden mit steigenden Abgaben belastet, dem Gewerbe zuliebe die Lebensmittel- und Rohstoffpreise künstlich herabgedrückt, so daß die handel- und gewerbetreibende Klasse wertvoller erschien als die ackerbauende. Die Merkantilpolitik hat erst den Begriff der Volkswirtschaft als der Summe aller im staatlich organisierten Volke wirkenden Wirtschaftskräfte geschaffen, und von diesem Hintergrund erst hoben sich sowohl die einzelne Privatwirtschaft als auch die Wechselbeziehungen unter den verschiedenen Volkswirtschaften, die wir Weltwirtschaft nennen, ab.

A. Die Wirtschaftslehre der Aufklärung.

Die Aufklärung (vgl. unten, S. 399 ff.) ist die Empörung des Westeuropäers gegen seine eigene Geschichte, ihr Ziel die Befreiung des Individuums (Einzelwesens) von den Gemeinschaften der Kirche, der ständischen Gesellschaft, des Staates, des Volkes, der Genossenschaft, der Überlieferung, um der Vernunft und Natur zu bestimmendem Einfluß zu verhelfen.

Digitized by Google

Der Aufklärung entsprossen auch die beiden ersten Systeme der Nationalökonomie: der französische Physiokratismus und der englische Smithianismus.

François Quesnay (1694—1774) und seine Schüler (Gournay, Mercier de la Rivière, Dupont de Nemours, Turgot, Mirabeau d. Ä.) wie auch Adam Smith (1723—90) und seine Nachfolger meinten, alles werde sich in Frieden von selbst machen, wenn man nur den Menschen freien Spielraum gewähre. Das Ziel beider an sich so verschiedener Systeme ist dasselbe: die individualistische Freiwirtschaft, da der einzelne nicht um des Staates und der Gesellschaft willen, sondern vielmehr Staat und Gesellschaft des einzelnen wegen vorhanden seien; beide verlangten Zertrümmerung des geschichtlich gewordenen Gesellschaftsbaues, ohne mehr als die unbestimmte Hoffnung auf eine bessere Zukunft bieten zu können. Die drei großen Forderungen: Gewerbefreiheit, Handels- und Verkehrsfreiheit, Aufhebung der Abhängigkeit des Bauernstandes und der Gebundenheit des Grundbesitzes bedeuteten mit Rücksicht auf die Individuen Freizügigkeit, Freiheit des Gewerbebetriebes jeder Art, Freiheit des Arbeitsvertrages, Freiheit der Eigentumsverwendung und Eigentumserwerbung.

Anne Robert Jacques Turgot, Baron de l'Aulne (1727 bis 1781). Nach einem Gemälde von Panilli.

Allein die meisten vornehmen Aufklärungsfreunde liebäugelten nur mit den neuen Ideen und verharrten gedankenlos beim alten, da sie — eine natürliche Folge individualistischer Lehren — den Gemeinschaften, denen sie eingeordnet waren, kein Opfer bringen, sondern bloß von ihnen Nutzen ziehen wollten. Die aufgeklärten Herrscher — eben auch Individuen, die ihren Vorteil suchten — zogen alles in ihren Tätigkeitskreis, was durch den Kampf gegen die bisher selbstherrlichen Gemeinschaften (Kirche, Zunft, Gemeinde usw.) herrenlos zu werden anfing. Sogar die katholische Kirche wurde von dem Aufklärungsstaate gedemütigt. Als der Jesuitenorden niedergeworfen und (1773) vom Papst aufgehoben worden war, begann die Säkularisierung seines Besitzes. Josef II. griff schon nach den Klostergütern überhaupt, und bald streckte die Revolution die Hand nach jederlei Kirchengut aus. Auch das Unterrichtswesen wurde verweltlicht: der aufgeklärte Absolutismus gründete die ersten Handels- und Realschulen, rief die von Staats wegen organisierte Volksschule ins Leben, verkannte dagegen den Geist der reinen Wissenschaft aufs tiefste.

Obwohl der adlige Großgrundbesitz (die „Feudalität") den Machterweiterungsplänen des Staates noch im Wege stand, sind nur wenig Fürsten des 18. Jahrh. der Adelsherrschaft zu Leibe gegangen, und auch diese ohne Erfolg. In Österreich wurde die Leibeigenschaft aufgehoben, Abgaben und Frondienste, Gerichtsbarkeit und Polizei der Grundherrschaften eingeschränkt, da Rekrutenaushebung und gerechte Besteuerung mit feudalen Abgaben und Diensten unvereinbar waren. Was der absolute Staat schrittweise durchzuführen sich eben anschickte, das setzte die Revolution in Frankreich mit einem Rucke durch.

In Gewerbe und Handel regelte die absolute Staatsgewalt längst die Dinge nach ihrem Ermessen und begann mit Beseitigung innerer Zollschranken; Toskana, Sizilien und die österreichische Lombardei hatten schon in den 1780er Jahren die volle Gewerbefreiheit

Digitized by Google

erhalten. Jedoch die theoretisch geforderte Freiheit des Außenhandels, der Freihandel, verschwand auch trotz der Revolution wieder von der Tagesordnung, da der einzelne Staat durch den Freihandel sowohl angesichts des jungen internationalen Wettbewerbs seinen Gesamtvorteil als auch das privatwirtschaftliche Interesse seiner Untertanen gefährdet sah. Ja die Revolutionszeit brachte 1793 die denkbar schärfste wirtschaftspolitische Maßregel, den Ausschluß sämtlicher englischer Waren vom französischen Markte, und der Korse erweiterte dann 1806 das Sperrgebiet so, daß es das gesamte europäische Festland umfaßte. Eine künstliche Förderung der französischen Industrie ging daneben her, und die zahlreichen Versuche, Kolonialerzeugnisse durch heimische zu ersetzen, zeitigten Erfolge (Rübenzucker, Zichorie, Farbstoffe).

B. Die französische Revolution und das Kaiserreich.

Um die Schäden Frankreichs zu heilen, verfügte der Physiokrat Anne Robert Jacques Turgot (1728—81; vgl. die Abbildung S. 363), von 1774—76 Finanzminister, Bauernbefreiung, freien Getreide- und Weinhandel, Aufhebung der Zünfte, Steuerregulierung, Justizreform usw., aber nichts wurde durchgeführt. Da der Bürgerstand die meisten Staatsgläubiger zählte, wurde die Lage der Staatsfinanzen (seit 1600 hatte der Staat sechsundfünfzigmal seine Gläubiger nicht befriedigt) öffentlich in aufklärerischem Sinne erörtert, und als einziges Mittel zur Rettung erschien die Maßregel, durch die einst England seinen Staatskredit wiederhergestellt hatte: der Volksvertretung die Finanzen anheimzustellen und so ihrer Bürgschaft teilhaft zu werden. In der veralteten Versammlung der Generalstände riß der dritte Stand, die Abgeordneten der Städte, die Führung an sich und hätte nun als Vertreter der Kreise, die ihr Geld verloren hatten, versuchen können, die Finanzen zu ordnen. Statt dessen debattierte er über die Menschenrechte und zimmerte an einer neuen Verfassung.

Nur nebenbei befaßte sich die Nationalversammlung mit der sozialen und wirtschaftlichen Neugestaltung. Erst als die Bauern zur Selbsthilfe griffen, hob man in einer einzigen Sitzung alle feudalen Rechte und Pflichten ohne irgendeine Entschädigung auf: alle ehedem feudal gebundenen Volksteile traten nun ebenbürtig neben die Städtebürger. Im November 1789 wurde das gesamte Kirchengut für Nationaleigentum erklärt, und bald begann die Ausgabe von Hypothekarscheinen, die binnen kurzem zu einem uneinlösbaren Staatspapiergeld mit Zwangskurs entarteten (Assignaten; s. die Abbildung Bd. VII, S. 239). Später wurde auch der adlige Grundbesitz eingezogen. Mit dem Worte „Freiheit" umhüllten die Landspekulanten ihre Gier nach Grundbesitz, den sie aus einem unbeweglichen zu einem beweglichen Gute machten. Die Revolution führte rasch zu Ende, was das absolute Fürstentum beabsichtigt hatte: die letzten inneren Zollschranken fielen, und die Gewerbefreiheit wurde 1791 eingeführt. Aus Abscheu gegen das Genossenschaftswesen wurde dem Gesetz das Verbot jeder Koalition von Arbeitern, Arbeitgebern und Wareninhabern einverleibt. Der unterbrochene Kampf mit England wurde 1793 wieder aufgenommen. Infolge der Kriegsereignisse trat an die Stelle des dritten Standes, der Feuillants und Girondisten, die jacobinische Proletarierherrschaft, bis sie das Direktorium, eine neue Form bürgerlichen Regiments, ablöste. Dieses erst setzte 1797 45 Milliarden Assignaten und 2,4 Millionen Territorialmandate außer Kurs und strich zwei Drittel der vereinheitlichten Staatsschuld.

Napoleon Bonaparte, der Wiederhersteller kriegerischen Ruhms, gab der Geistlichkeit und dem Adel wieder eine Stellung im Staat, aber ohne wirtschaftliche Grundlage. Nun wurden die Finanzen in guten Stand gebracht, und der Bauernkaiser befriedigte die bürgerlichen Klassen durch Ausbau des Schutzsystems.

Nie bis zur Blockade Mitteleuropas im Weltkrieg ist eine furchtbarere Höllenmaschine erdacht worden, den wirtschaftlichen und politischen Gegner zu zermalmen, als die Napoleonische Festlandssperre. Obwohl man auch jenseits des Ärmelkanals die Beschwerden des Krieges verspürte — die Bank von England stellte die Bareinlösung ihrer Noten 1798 ein (Bank-

Digitized by Google

restriktion bis 1821) —, so bot sich doch den Briten die Gelegenheit, so ziemlich alle Kolonien, die das übrige Europa noch in fremden Erdteilen hatte, wegzunehmen. Bei dem Weltkampfe gewannen alle Schichten der Bevölkerung, wenn auch trotz ausgiebiger Einkommensteuer (1798 bis 1816) die Staatsschuld bis 1815 auf mehr als 800 Millionen Pfund anwuchs. Das Blockadedekret von 1806, zunächst bloß die Antwort auf eine von den Engländern über alle französischen Häfen verhängte Blockade, wurde die Waffe, mit der Napoleon ganz Europa dem englischen Handel versperrte, und die Niederzwingung des Korsen geschah, ohne daß sich die Kämpfer dessen bewußt wurden, zur Wiederaufrichtung der Handels- und Seevorherrschaft der Briten.

C. Krieg und Frieden seit 1815.

Die Kriege des 19. Jahrh. dagegen sind um innereuropäischer Fragen willen geführt worden, da das britische Reich über See den unbestrittenen Vorrang besaß, und die anderen Staaten (Niederlande, Frankreich, Deutsches Reich) ihre bescheidenen Forderungen in Form der Verständigung mit England durchsetzten. Aber nach einem Jahrhundert, als das see- und weltbeherrschende Großbritannien sich namentlich durch den Aufschwung Deutschlands in seiner Stellung bedroht fühlte, begann es den Weltkrieg (1914—18), der, ganz abgesehen von der Beteiligung sämtlicher Erdteile am Kampf, seinen Namen deshalb verdient, weil die Teilnahme an der Weltwirtschaft, die „Freiheit der Meere", den wesentlichsten Streitgegenstand bildete. Nebenher hat dieser Krieg das widerliche Schauspiel geboten, daß außereuropäische Völker verschiedenster Hautfarbe und Gesittungsstufe Schulter an Schulter mit Europäern gegen Europäer kämpften, und daß ihre Kampfart teilweise von den weißen Kampfgenossen nachgeahmt wurde. Vgl. oben S. 213 ff., besonders S. 284 ff.

Auch das Seerecht hat sich durch diesen Kampf gewandelt: galt vorher der Ozean bis auf drei Seemeilen vom Festland als internationales Gemeingut, und war seit dem Pariser Kongreß von 1856 die Kaperei aufgehoben, die Blockade beschränkt und die neutrale Flagge, soweit sie nicht Kriegsbannware deckt, geachtet, so mißachteten England und seine Verbündeten in Wirklichkeit trotz der vielen neuen Haager Abkommen vom 30. Juli 1908 alle diese Bestimmungen vollständig. Der Sache nach lebte der Kampf um die See, wie er im 17. und 18. Jahrh. üblich war, wieder auf. Da sich die infolge des Weltkrieges entstandenen wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Staaten und in den Beziehungen zueinander gegenwärtig noch nicht übersehen lassen, bleiben diese Verhältnisse im folgenden unberücksichtigt.

D. Erneute Ausbreitung der Europäer über die Erdoberfläche.

Das 19. Jahrh. war zum erstenmal ein panozeanisches, ein alle Ozeane umfassendes Zeitalter. Gekennzeichnet ist das Jahrhundert durch den Verkehr auf den Weltmeeren und das Ineinandergreifen von Seewegen und Überlandstraßen, die ganze Kontinente durchschneiden.

Dieses Verkehrssystem erforderte an einzelnen Erdstellen interozeanische oder Seekanäle. Der Suezkanal (zwischen 1859 und 1869 erbaut; vgl. die Karte bei S. 384 des III. Bandes), der Kanal von Korinth und der Nordostseekanal (1893 und 1895 eröffnet) sind durch westeuropäisches Kapital und Können zustande gekommen, während der Panamakanal (vollendet 1913) nach dem Scheitern des französischen Unternehmens endlich durch amerikanische Leistung Tatsache geworden ist. Der seit 1889 vorbereitete Nikaraguakanal dagegen wurde zurückgestellt, seit die Vereinigten Staaten 1903 ernstlich an die Ausführung des Panamakanals gingen.

Europa, das die Neue Welt europäisiert hat, bedarf zu seiner Selbsterhaltung der weiteren Ausdehnung über den Erdball. Da es für seine wachsende Bevölkerung wachsende Zufuhren aus fremden Ländern und Zonen nötig hat, muß es die Erdräume, die ihm

Digitized by Google

Nutzen schaffen, von sich abhängig erhalten. Dazu reichen kaufmännische Berührungen nicht aus; Ansiedelungen müssen gegründet, Schutzgebiete erworben, staatliche Hilfeleistungen mit der Handelstätigkeit verbunden werden.

Seit der französischen Revolution hat sich die Bevölkerung Europas ungefähr verdoppelt (von 200 auf 400 Millionen). In England, das von 1066 bis 1603 bei ungefähr 2½ Mill. Bewohnern stehengeblieben war, wuchs die Bewohnerzahl im 17. Jahrh. auf 5, im 18. auf 10 Mill., um dann 1900 bis zu 31 Mill. (192 auf 1 qkm) und 1911 auf 36 Mill. emporzusteigen. Während es Schottland zwischen 1801 und 1911 von 1,6 auf 4,7 Mill. Einwohner gebracht hat, ist Irlands Einwohnerzahl von 7—8 Mill. (1845) bis 1911 auf 4,4 Mill. (wie 1801) gesunken. Frankreich, das im 14. Jahrh. 20 Mill. Einwohner zählte, hat diese Zahl erst um 1750 wieder erreicht. Während Frankreich und die bis 1918 zum Deutschen Reiche gehörigen Länder 1845 gleich viel Einwohner (etwa 35 Mill.) hatten, standen 65 Jahre später den 39,6 Mill. (1911) Frankreichs 64,9 Mill. (1910) Einwohner des Deutschen Reiches gegenüber. Am besten verdeutlichen die leicht zugänglichen Wachstumszahlen der Großstädte den Umschwung in der Zusammensetzung und Anhäufung der Einwohnerschaft.

Ein noch wichtigerer Ausfluß der Verkehrsfreiheit als die innere Wanderung und Zusammenballung der Einwohner ist das Auswandern und die dadurch herbeigeführte Bevölkerung überseeischer Länder, vor allem Nordamerikas und Australiens, mit europäischen Siedlern. Doch läßt sich diese Erscheinung hier nicht im einzelnen schildern. Obwohl Neusiedelländer nach einer gewissen Zeit die Oberherrschaft des Stammlandes abzuschütteln pflegen, wie es Nordamerika 1776 und Südamerika 1810—25 getan hat, so hat das 19. Jahrh. doch einen Aufschwung der Kolonialpolitik (und dazu gehört auch die Unterwerfung überseeischer Gebiete unter die politische Macht und das wirtschaftliche Joch eines Herrenlandes) in allen größeren Staaten Europas gesehen. Neben Großbritannien betrat Frankreich, neben dem Deutschen Reich Italien diese Wege, während sich Rußland ostwärts nach Asien vorschob und dabei mit dem westwärts strebenden Japan zusammenstieß. Da auch die Vereinigten Staaten danach ausschauten, wo sie auf fremder Erde Fuß fassen könnten, so ergab sich um 1900 ein gewaltiger, die ganze Erdoberfläche umspannender Wettbewerb! Die drei Großmächte, die britische, die russische und die nordamerikanische, suchten, jede für sich, einen möglichst großen Teil der Erdoberfläche ihrem Einfluß zu unterwerfen, während Frankreich und das Deutsche Reich bloß als Mitbewerber zweiten Ranges auftraten, die übrigen Mächte als aktive Faktoren kaum in Betracht kamen. Da Großbritannien seine natürlichen Nebenbuhler zeitweise ausschaltete, indem es deren Interessen mit den seinigen verquickte und mit ihnen gemeinsam den Krieg gegen das Deutsche Reich unternahm, wird es vermutlich dessen afrikanischen Besitz dauernd an sich reißen, die englische Herrschaft vom Kap bis Kairo aufrichten und den Besitz durch den „Völkerbund" sichern. Wenn nicht alles trügt, wird beim Kampf um den Erdball künftig Rußland als Machtgröße ausscheiden, dafür aber wird sich Japan neben den Vereinigten Staaten und Großbritannien zur Geltung bringen.

Mit etwa 1880 begann eine neue Zeit kolonialer Besitznahme, welche die Aufteilung Afrikas und Asiens ins Auge faßte. Anderseits tauchte die Frage des „Panamerikanismus", d. h. die Idee eines engeren wirtschaftlichen und vielleicht auch bundesgenossenschaftlichen Zusammenschlusses Gesamtamerikas auf. Als die Teilung Afrikas im rohen ausgeführt war, hielten die asiatischen Aufgaben die ausdehnsamen Staaten in Spannung. Vom Bosporus bis zum Gelben Meer berührten sich west- und osteuropäisches, genauer britisches und russisches Interesse und fanden, namentlich in Persien, immer nur einen vorübergehenden Ausgleich. Mit europäischen Kapitalien wurden Verkehrswege geschaffen, wurden die Schätze der Länder mit blühender, verfallener und unentwickelter Kultur gehoben. China bildete den Gegenstand eines seit dem Frieden von Schimonoseki (1895) gesteigerten Wettbewerbs. England hatte schon im Opiumkriege von 1840/41 das Reich der Mitte zu benagen angefangen, Hongkong erhalten (Bd. I, S. 155) und errang dann bis zum Handelsvertrag vom 5. September 1902 dauernd Vorteile.

Digitized by Google

während Rußland 1858 das große Amurgebiet an sich riß. Als die im Kriege von 1894/95 offenbarte Schwäche der Chinesen die europäischen Mächte bewog, den siegreichen Japanern die Kriegsbeute wieder zu entwinden, fielen für die europäischen Mächte einige Randstücke ab: für das Deutsche Reich Kiautschau (Bd. I. S. 222), für Rußland Port Arthur und Taliewan und für England Weihaiwei nebst dem Kaulungebiet (ebenda, S. 223).

Zu den westeuropäischen Kolonialmächten zählt heute Spanien, noch zu Beginn des 19. Jahrh. die erste, nicht mehr. Seit dem Pariser Frieden (1898) und dem Verkaufe seiner mikronesischen Inseln an das Deutsche Reich (1899) besitzt es außer den Presidios, den Kanaren und Fernando Póo keine Kolonien mehr (vgl. Bd. III, S. 469).

Auch Portugal hat mit dem Ausverkaufe seiner kolonialen Überbleibsel begonnen, indem es sich auf Gedeih und Verderb an England anschloß. Dagegen hat Frankreich, dessen Kolonialbesitz 1815 auf ein paar verstreute Inseln zurückgegangen war, sich von neuem ein ansehnliches Außengebiet (mindestens 6 Mill. qkm mit 51,5 Mill. Einw.) erworben: Nordwestafrika und Indochina, wogegen das Streben nach der Schutzherrschaft über Ägypten und nach dem Besitz ostafrikanischer Länder vergeblich geblieben ist. Auch der Plan Napoleons III., von Mexiko aus das lateinische Amerika unter französischer Schutzhoheit zu einigen, ist 1866 gescheitert. In Afrika stemmten sich bis 1918 die Engländer, in Amerika die Vereinigten Staaten Frankreichs Vergrößerungsplänen entgegen.

Am Ende des 19. Jahrh. forderten auch die eben erst politisch geeinten Italiener und Deutschen ein Stück von dem eben zur Verteilung gelangenden Afrika. Die Italiener gründeten am Roten Meer ihr erythräisches Reich (1885—90; 200000 qkm), mußten aber auf die erhoffte Vorherrschaft in Abessinien verzichten. Den Osten des Somallandes im Osthorn Afrikas (380000 qkm) erwarb es 1894—96, und 1911 nahm es Tripolitanien (1 Mill. qkm) in Besitz. Zögernd und schwankend haben auch die Deutschen an beiden Flanken Afrikas und in Ozeanien Schutzgebiete von zusammen 2,6 Mill. qkm mit 12,4 Mill. Einwohnern an sich gebracht, um sie 1919 mit einem Schlage trotz heldenmütiger Verteidigung (vgl. S. 269—271) zu verlieren. Selbst die Belgier haben die Souveränität über ein Stück des dunkeln Erdteils (Kongostaat 1885; vgl. S. 110) erlangt. Hingegen haben die Holländer nichts Neues erworben, wohl aber die Kolonien, die ihnen England 1815 zurückerstattete (also ohne Ceylon, das Kapland und den größten Teil Guayanas), ergiebig gemacht.

Einzig in seiner Art ist das Britische Weltreich mit seinem Flächenmhalt (vor 1919) von fast 29 Mill. qkm und einer Bevölkerung von fast 400 Mill. (gleich 21,5 Prozent der Landoberfläche und einem Fünftel der Bewohnerschaft unseres Planeten; über den Vergleich mit den anderen Großreichen siehe Bd. V, S. 14). Doch bilden die zerstreute Lage der einzelnen Besitzungen und die Mannigfaltigkeit der Rechtsverhältnisse, in denen sie zum Haupt- und Mutterlande stehen, die schwachen Seiten dieses Weltreiches, und die Zukunft muß entscheiden, ob es dem Imperialismus (vgl. oben, S. 184 ff.) gelingt, Mutter- und Neuland wirtschaftlich und politisch eng aneinander zu ketten.

E. Weltwirtschaft und Verkehrsmittel.

Von Weltwirtschaft und dem weltwirtschaftlichen Zuge der Gegenwart zu sprechen ist berechtigt, sofern der Urteiler die Begriffe „Volkswirtschaft" (vgl. S. 362) und „Weltwirtschaft" nicht als koordiniert ansieht und letzteren als eine höhere Entwickelungsstufe, welche die Volkswirtschaften überwunden hätte, betrachtet. Die Haus-, Stadt- und Territorialwirtschaft vergangener Zeitalter sind tatsächlich von der Volkswirtschaft überwunden worden, aber die Volkswirtschaft, die Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte eines staatlich organisierten Volkes, bleibt vorläufig die denkbar größte wirtschaftliche Einheit, weil das Volk selbst die größte gesellschaftliche Einheit darstellt. Weltwirtschaft nennen wir mit Fug und Recht die zwischen den einzelnen Volkswirtschaften unbeschadet ihrer Selbständigkeit bestehenden Wechselbeziehungen, die tatsächlich jede Volkswirtschaft beeinflussen, und von einer weltwirtschaftlichen Politik aller Staaten darf man insofern reden, als mit der Abschließungstendenz des Merkantilismus gebrochen und das Handelsvertragssystem, das wirtschaftliche Betätigung aller Art einschließt, an seine Stelle gesetzt wurde. Gegenüber der Vergangenheit besteht der Unterschied darin, daß damals, wie seit Urzeiten, eine Anzahl Gewürze und andere Erzeugnisse

Digitized by Google

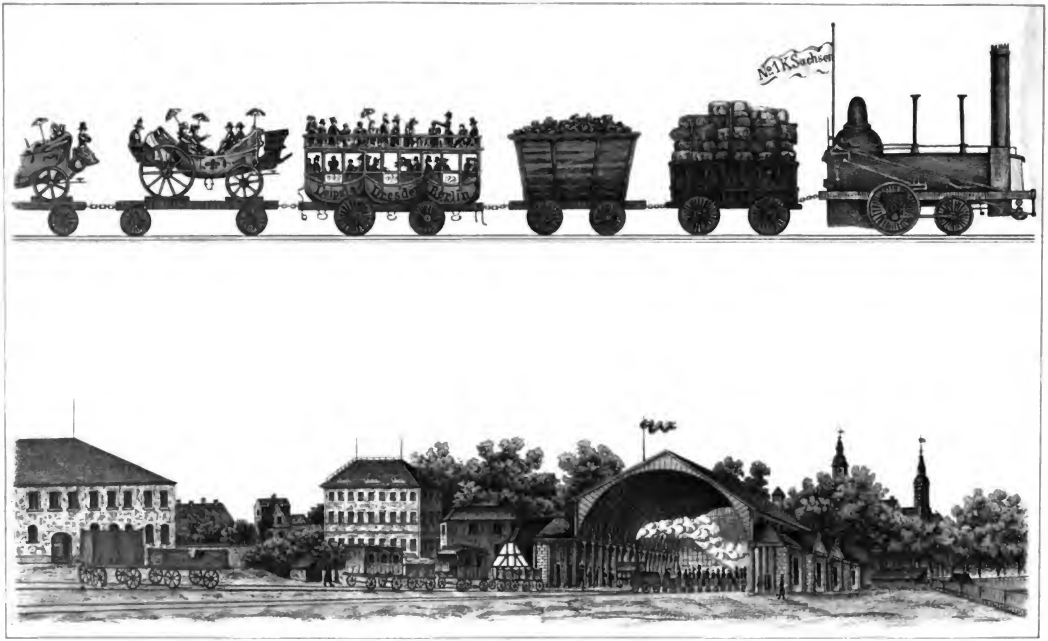
ferner Zonen eingeführt wurden, die man zwar gern sah, aber zur Not auch entbehren und (wie in den Tagen der Festlandssperre) durch heimische ersetzen konnte, während gegenwärtig die Ergänzung der Volkswirtschaften durch Auslandserzeugnisse sich auf Güter des täglichen unentbehrlichen Bedarfs im großen eingerichtet hat, wie Brotgetreide, Petroleum, Reis, Baumwolle, sei es, daß deren Erzeugung nur in einem bestimmten Klima möglich ist, sei es, daß sie sich besonderer Bedingungen wegen unter einem anderen Himmel billiger gestaltet als daheim. Und da in der Tat nicht Ware mit Geld, sondern immer Ware mit Ware bezahlt wird, so hat sich in allen Einfuhrländern eine beträchtliche Ausfuhr eingestellt, deren Aufrechterhaltung zu einer Lebensnotwendigkeit geworden ist. So sind alle Volkswirtschaften durch tausend Fäden miteinander verquickt, voneinander abhängig, und das Bestreben der Staaten geht dahin, wirtschaftlich die anderen sich möglichst dienstbar zu machen. Ist jede Volkswirtschaft eine tatsächliche Größe, so besteht die Weltwirtschaft nur aus der Summe der Reibungen, die sich bei dem Verkehr unter den Volkswirtschaften nicht vermeiden lassen. Den Maßstab für den Erfolg oder Mißerfolg, mit dem sich ein Volk an der Weltwirtschaft beteiligt, bildet der höhere oder niedere Kurs seiner Währung (Valuta), d. h. deren Umtauschwert bei der Einwechselung in andere Währung. Träger der wirtschaftlichen Kräfte bleiben allein die Völker, und nur weil es Volkswirtschaften gibt, kann es auch eine Weltwirtschaft geben. Eine Weltwirtschaft ohne Volkswirtschaften ist undenkbar.

Beziehungen unter den Völkern sind uralt, aber indem sich seit dem 14. Jahrh. Umfang, Stärke und Schnelligkeit des Güteraustausches stetig steigerte, änderte sich die Wichtigkeit dieser Vorgänge für jedes Land, und die quantitative Veränderung führte wie so oft zu einer qualitativen. Die quantitative Steigerung aber war die Folge der modernen Verkehrsmittel, und insofern darf man wohl die technischen Leistungen, die jene ermöglichten, als die Ursache des modernen Weltverkehrs ansprechen, wenn natürlich auch umgekehrt das Bedürfnis nach einem Großverkehr den Anreiz zur Verbesserung der Verkehrsmittel gegeben hat. Das 19. Jahrh. hat die Dampfkraft und die Elektrizität ins Joch menschlicher Wirtschaftszwecke gespannt und so auch das Verkehrswesen grundstürzend verändert: den Verkehr auf den Gewässern durch das Dampfschiff, den Landverkehr durch den auf Schienen laufenden Dampfwagen, den Nachrichtenverkehr durch Telegraph und Fernsprecher. Die neuen Hilfsmittel hat die Post mit den schon vorhandenen zu einem gewaltigen internationalen Organismus zusammengefaßt, wie dies auf anderem Gebiet die internationale Presse getan hat.

Viele Versuche waren mißglückt, ehe Robert Fultons „Clermont" auf dem Hudson den Beweis erbrachte, daß wenigstens auf Flüssen die Dampfschiffahrt möglich sei (1807), ehe die Fahrt der „Savannah" über den Atlantischen Ozean (1819) auch ihre Verwendbarkeit zur See — achtzehn Tage unter Dampf — erwies. Die erste regelmäßige Postdampferverbindung zwischen England und Amerika (Cunard-Linie) wurde 1840 eingerichtet. Wohl ist die Zahl und Größe der Dampfer schneller gewachsen als die der Segler; doch auch deren Raumgehalt hat sich von 1820 bis 1900 vervierfacht: die wohlfeile Verfrachtung von Massengütern sicherte der Segelschiffahrt ihre Dauer.

George Stephenson verdankt die Welt eine brauchbare Lokomotive und die ersten Schienenwege: die Ureisenbahnstrecke Stockton-Darlington (1825) und die Linie Manchester-Liverpool (1830). In den 1830er Jahren wurden Dampfbahnen eröffnet in Belgien, Frankreich, Österreich, Deutschland und Nordamerika. In Deutschland wirkten dafür zielbewußt der Nationalökonom Friedrich List und der westfälische Fabrikant Fritz Harkort. Ihnen wird das Zustandekommen der 1839 vollendeten Leipzig-Dresdener Bahn (s. die beigeheftete Tafel) verdankt, nachdem schon 1835 die kleine Nürnberg-Fürther Linie dem Betrieb übergeben worden war. Von 1840 an steigerte sich die Tätigkeit im Eisenbahnbau fortschreitend und erreichte im 8. Jahrzehnt in unserem Weltteil, im 9. auf der ganzen Erde den einstweiligen Höhepunkt, bis im Anfang des 20. Jahrh. in Asien und Afrika ein neuer Aufschwung erfolgte. Um der unproduktiven Spekulation, die den „Eisenbahnkönigen" Nordamerikas (Cornelius Vanderbilt, Jay

Digitized by Google



Die Anfänge des sächsischen Eisenbahnwesens.

Oben: Der erste deutsche Eisenbahnzug nach dem Entwurfe Friedrich Lists. Unten: Der erste Bahnhof in Leipzig.

Nach den dem Allg. Technischen Büro der Generaldirektion Dresden der Reichseisenbahnen gehörigen Originalen gezeichnet und farbig ausgeführt von K. R. Klaubert.

Digitized by Google

Erklärung der umstehenden Tafel.

Oben: Der erste deutsche Eisenbahnzug nach dem Entwurfe Friedrich Lists. Beilage zu der 1833 bei A. G. Liebeskind in Leipzig erschienenen und in 500 Abzügen verteilten Broschüre: „Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems, und insbesondere über die Anlegung einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden", von Friedrich List.

Unten: Der erste Bahnhof in Leipzig. Lithographie, 1839 bei Fr. Krätzschmar in Leipzig erschienen.

Der ersten Ausführung von Eisenbahnen in einigen westeuropäischen Ländern in den 1830er Jahren folgte sehr bald der Eisenbahnbau im Königreich Sachsen, dem durch seine geographische Lage die Herstellung mehrerer Mittelglieder internationaler Eisenbahnverbindungen zufiel. Sachsen hatte auch wegen seiner eigenen, damals schon gut entwickelten Industrie besonders zwecks Verbindung seiner Kohlenlager mit den Eisenbahnen ein lebhaftes wirtschaftliches Interesse an der Herstellung verbesserter Verkehrswege. Namentlich in Leipzig, der „Herzkammer deutschen Binnenverkehrs, des Buchhandels und der Fabrikindustrie", trat dieses Bedürfnis stark hervor. Doch beschränkte sich die Erkenntnis davon zunächst auf engere Kreise; wenn sich Leipzig und Sachsen trotzdem des Ruhmes erfreuen dürfen, im deutschen Eisenbahnbau „bahnbrechend" vorangegangen zu sein, so verdanken sie dies nicht zum wenigsten dem mit deutschem Undanke belohnten, verdienstvollen Wirken Friedrich Lists. Seinem Weitblicke vor allem und seiner unerschütterlichen Überzeugung von der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit seiner Pläne ist es zuzuschreiben, daß zu einer Zeit, da die gesteigerten Erfolge der Eilposten eben erst große Bewunderung erregt hatten, von Leipzig aus jene Eisenbahnverbindung mit Dresden hergestellt worden ist, die den später in Deutschland und den übrigen westeuropäischen Kulturländern entstandenen Eisenbahnen — hinsichtlich des Oberbausystems, des Signalwesens, der Tenderwache, der Feuerungsanlage der Lokomotiven usw. — als Vorbild und Muster gedient hat; die noch vor ihr entstandene kurze Nürnberg-Fürther Bahn hat hierfür weniger, allenfalls im Wagenbau, in Betracht kommen können. 1833 wurde eine erste Vereinigung von Leipziger Männern mit dem Ziele der Anlegung einer Eisenbahn zwischen Leipzig und Dresden gegründet, 1834 unter G. Harkort ein „Eisenbahn-Komité" eingesetzt. 1835 wurde die Gründung einer Privatgesellschaft „Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Compagnie" mit 1½ Million Taler Aktienkapital genehmigt und ein Expropriationsgesetz erlassen. Im Herbst begannen die Bauarbeiten, im Frühjahr 1836 auch die Erdarbeiten. Ende November traf die erste Lokomotive „Komet" aus England, bezogen von Rothwell & Co. in Bolton (Kosten: 1383 £), ein, die am 28. März 1837 ihre erste Probefahrt auf der Strecke Leipzig-Posthausen machte. 1839, 7. April: Inbetriebsetzung der ganzen Linie Leipzig-Dresden (115,42 km lang; letzte Teilstrecke: Riesa-Oberau mit dem 513 m langen Tunnel); täglich 2 Personenzüge („Postzüge"; Fahrzeit: 3¼—4 Stunden) und 1 „Packzug" zur Güterbeförderung. Die Personenwagen III. Klasse waren anfangs ganz offen (1840 bedacht; noch 1850 unbeleuchtet). Die Wagen II. Klasse hatten zwar eine feste Bedachung, waren aber an den Seitenwänden nur mit ziehbaren Leinwandvorhängen versehen (1840 geschlossene Seitenwände und Heizung). Die feineren und bequemeren, von 1840 an heizbaren Wagen I. Klasse (1839 auf dem Verdeck offene Plätze zum Preise der II. Klasse) waren mit Namen berühmter Männer aus der Weltgeschichte bezeichnet; die Plätze trugen Nummern. Die ersten Güterwagen waren sämtlich offen.

Vgl. Joh. Ferd. Ulbricht, Geschichte der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen (Dresden 1889).

Digitized by Google

Gould) und Europas (Moritz Baron von Hirsch, Bd. IV, S. 297) ihre Reichtümer brachte, zu begegnen, wurden die Eisenbahnen teils verstaatlicht (in Preußen [1879], Bayern, Sachsen, Österreich-Ungarn), teils einer gesetzlichen Kontrolle unterstellt (England, Nordamerika).

Die elektrische Telegraphie hat der Staat von vornherein mit Beschlag belegt, außer in England, wo sie nachträglich verstaatlicht worden ist (1869). Nachdem die Göttinger Professoren Gauß und Weber (s. die Abbildungen auf S. 370 und 371) die erste Leitung auf 900 m Abstand eingerichtet hatten (1833), wurde rasch der Gebrauch der Fernschreibekunst im Bahn- und Postbetrieb ermöglicht. Seitdem auch die Kontingente durch unterseeische Kabel (zuerst 1866) verbunden sind, ist die Telegraphie das wirksamste Hilfsmittel des internationalen Handels, besonders der Spekulation geworden. In den 1880er Jahren hat sich die elektrische Fernsprechkunst (1876 erfunden) der älteren Schwester zugesellt.

Die Post hat im 16. und 17. Jahrh. durch die Regalisierung des Brief-, Personen- und Frachtenverkehrs ihr neuzeitliches Gepräge bekommen. Auch die alte deutsche Reichspost war ein Regal, 1595 lehnsweise der Familie Thurn und Taxis übertragen, die schon unter Maximilian I. (1516) den Großbetrieb und den fruchtbaren Gedanken der internationalen Verbindungen (S. 350) ins Postwesen eingeführt hatte. Im 17. Jahrh. ermöglichte die Post dem Kaufmann seine Geschäfte großenteils schriftlich abzumachen, ließ den Kommissionshandel zur Entwickelung kommen und übernahm unter Umständen auch die Verfrachtung der Waren. Wesentliche Fortschritte sind: das Einheitsporto (Rowland Hill; Vorschlag: 1836. Pennyporto-Bill: 1839) und die Briefmarke (James Chalmers; Vorschlag: 1834, Ausgabe der ersten Wertzeichen: 1840), die Postkarten (1869 zuerst in Österreich eingeführt), Anweisungen, Aufträge, Sparkassen (ein Gedanke des Bankiers W. Sykes aus Huddersfield, 1861 in England verwirklicht) usw. Die großartigste Schöpfung im Postwesen ist jedoch der „Weltpostverein", der, auf Anregung des deutschen Generalpostmeisters Heinrich Stephan 9. Oktober 1874 gegründet, alle zivilisierten Staaten umfaßt: 1897 hatten 1400 Millionen Menschen daran teil.

Bern ist der Sitz des ständigen internationalen Büros des Weltpostvereins, ferner des Büros der internationalen Telegraphenverwaltung (1868), der internationalen Vereinigung zum Schutze des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums (1886), des internationalen Übereinkommens über den Eisenbahn-Frachtverkehr (1890). Dagegen haben die internationale Vereinigung für metrisches Maß und Gewicht (1876) in Paris, das Büro zur Unterdrückung des Sklavenhandels (1890) und der Verein zur Veröffentlichung von Zolltarifen (1890) in Brüssel ihren Sitz. Mit dem Potsdamer Büro für internationale Gradmessung gibt es acht internationale Verbindungen für Dinge, die über den Einflußkreis einzelner Staaten hinausreichen.

Wenn die Post den Zweck hat, Nachrichten zu übermitteln, so gehört es zum Wesen der Presse, solche zu verbreiten und zu besprechen. Ihre eigentliche, wahre Geschichte im 19. Jahrh. ist eng verknüpft mit der Geschichte der großen Geldmächte, da seit der Julirevolution das Zeitungswesen in den Dienst des Großkapitals getreten ist und die Form des Großbetriebes angenommen hat. Der Führer auf diesem Wege zu Börsenbeherrschung und Reklameschwindel war Emile de Girardin, der Gründer von „La Presse". Dem Nachrichtendienst verwandte Ziele verfolgt das Ausstellungswesen.

F. Geld und Kredit.

Das wichtigste aller Verkehrsmittel ist das Geld, und von allen Arten des modernen Geldes kommt der Münze, dem Hartgeld, die größte Bedeutung zu, weil sie den Hintergrund für alle papierenen Ersatzmittel abgibt und die Währung bestimmt.

Der Preis und das Wertverhältnis der beiden Edelmetalle (S. 343) hängt zunächst von der Ausbeute ab. Im 17. und 18. Jahrh. vermehrten Brasilien, das auch Diamanten lieferte, im 19. Jahrh. Rußland den Goldschatz. Aber die Ausbeute der reichen kalifornischen (1847) und australischen (1851) Goldfelder ließ die Warenpreise steigen und die der südafrikanischen nebst der in den benachbarten Diamantbezirken setzten die Bewegung fort. Seit 1896 kam das Goldfeld von Klondike in Kanada dazu. Die Silberproduktion steigerten seit der Mitte des 19. Jahrh. die Bergwerke in den nordamerikanischen Kordilleren, während, da fast in allen Handelsstaaten die Silberprägung vermindert oder eingestellt wurde, der Preis des Silbers erheblich sank.

Die Entwertung des Silbers hat den Übergang zur Goldwährung beschleunigt. Der Währungsstreit des 19. Jahrh. war ein recht ernster Interessenkampf. Zuerst ging England 1816 von der Papiergeldwirtschaft zur Goldwährung über. Erst 1873 ahmte das Deutsche Reich sein Beispiel nach; ihm

Digitized by Google

folgten 1873—75 die skandinavische Münzunion, 1875 Holland, 1892 Österreich-Ungarn, 1897 Japan, während Frankreich seiner 1803 begründeten Doppelwährung treu blieb, auch als es mit Italien, Belgien und der Schweiz den „lateinischen Münzbund" (1865) geschlossen hatte; doch hat es die Silberprägung eingestellt. Noch hatte das weiße Metall eine Zufluchtstätte im südöstlichen Asien, Großbritannien unterfagte aber 1893 die private Silberprägung auch seinem ostindischen Reich. Da gaben selbst die Amerikaner den Versuch auf, mittels eigener Gesetze (Bland- und Shermanbill, 1878—90) einen Teil ihrer Silberausbeute in Umlauf zu setzen.

Das Edelmetallgeld der Währungsgebiete befindet sich nur zum Teil in Umlauf; das meiste ruht in den Gewölben der Notenbanken, die dafür papierene Ersatzstücke ausgeben. Von den großen Noteninstituten Europas ist die Bank von England 1694, die Bank von Frankreich 1800, die Österreichische Nationalbank 1816 (1878 zur Österreichisch-Ungarischen Bank umgewandelt), die Deutsche Reichsbank 1875, die Banca d'Italia 1894 entstanden. Während die Zettelbanken älterer Zeit Staatsbanken waren, sind die des 19. Jahrh. zumeist Privatbanken auf Aktien und deshalb dem Einflusse der Hochfinanz ausgesetzt.

Karl Friedrich Gauß (1777—1855). Nach einem Gemälde von Chr. A. Jensen (geb. 1791).

Aber auch die Staatsregierungen nehmen Einfluß auf die Noteninstitute, oft nicht zum Vorteil des Geldwesens. So war es in Österreich schon zur Kriegszeit 1792—1815 gewesen. Nach dem „Geldsturze" (Staatsbankrott) von 1811 und seinem Nachtrag 1816 wurde freilich das Notenwesen geregelt; aber seit 1848 herrschte in Österreich das uneinlösliche Banknotengeld, dem sich 1866 ein ungedecktes Staatspapiergeld beigesellte. Da letzteres 1. März 1903 den Zwangskurs verlor, so war seitdem die 1892 verfügte Goldwährung durchgeführt. Noch übler waren die südeuropäischen Staaten daran, ganz zu schweigen von den außereuropäischen, deren Finanzkrisen bei der weltwirtschaftlichen Verquickung auch in Westeuropa, der Heimat des internationalen Leihkapitals, fühlbar geworden sind. Der Weltkrieg hat dann die Währungsverhältnisse aller europäischen Staaten so ins Wanken gebracht, daß sich heute ein klares Bild noch nicht gewinnen läßt. Nur die starke Verschuldung Europas an Nordamerika und die günstige Lage Japans sind unbestreitbare Tatsachen. Das Deutsche Reich, Österreich, Ungarn und Rußland haben eine reine Papierwährung erhalten, da in diesen Ländern eine nennenswerte Golddeckung überhaupt nicht vorhanden ist. Die 1919 neugegründeten Staaten begründeten von vornherein ihre Volkswirtschaften auf reine Assignatenwirtschaft; der Erfolg, der unausbleibliche Staatsbankrott, trat 1921 zuerst in Polen ein, wo die Mark auf ein Tausendstel ihres Nennwertes gesunken war.

Durch die finanziellen Bedürfnisse der Großstaaten ist (um 1800) wieder ein internationales Geldfürstentum emporgekommen: ein Gegenstück zum Zeitalter der Fugger bildet das der Rothschilde. Unter der individualistischen Freiwirtschaft können lockere Augenblicksverbindungen, wie Aktiengesellschaften, Kartelle, Börsensyndikate, maßlose Macht erlangen, das Wirtschaftsleben bis zu einem gewissen Grade seiner nationalen Grundlage entkleiden. Die internationalen Geldmächte, unterstützt von dem internationalen Judentume, der englisch-amerikanischen Börse und Presse haben jederzeit Mittel und Wege, um die wirtschaftlichen Vorgänge jedes Landes zu ihrem Vorteil zu gestalten: sie verkörpern, was der Name Weltwirtschaft bezeichnet.

Aus dem Bunde zwischen Banken und Börsen ist die für das 19. Jahrh. charakteristische Gründerbank (Finanzgesellschaft) hervorgegangen, die den Zweck hat, der Spekulation durch die Errichtung neuer Aktiengesellschaften neues Spielmaterial zuzuführen und selbst durch Spekulation Gewinne zu erzielen. Das Muster dieser Art von Banken ist der Pariser Credit mobilier, 1852 ins Leben gerufen, angeblich, um die Macht der deutschen Juden (Rothschild-Gruppe) zu brechen, tatsächlich, um das sonst unerreichbare Kapital der klerikalen und konservativen Kreise in ihr Garn zu locken.

So hat der Grundsatz des freien Wettbewerbs im 19. Jahrh. zu einer Tyrannei des internationalen und sich in jedem Einzelfalle doch im Namen einer Volkswirtschaft national gebärdenden Spekulantentums geführt, das alle Produktionsgebiete in seiner Gewalt hat und für fortwährendes Auf- und Niedergehen aller Werte sorgt.

Digitized by Google

6. Die europäische Landwirtschaft.

Unter den Produktionsgebieten Westeuropas hat die Einschaltung in den Zusammenhang der Weltwirtschaft am stärksten den Ackerbau mit seinen Nebenzweigen betroffen, zumal da die Bauernbefreiung in Frankreich (1789), in Preußen (1807—51), Österreich (1848) und Rußland (1861) seine Daseinsbedingungen von Grund auf veränderte. England, das keinen Bauernstand und deshalb keine Bauernbefreiung hatte, betrieb, um den billigen Wettbewerb Südamerikas und der nordamerikanischen Südstaaten loszuwerden, die Aufhebung der Sklaverei. Der Aufhebung des Sklavenhandels (1820) folgte in Stufen bis 1888 die der Sklaverei in Mittel- und Südamerika.

Als sich nach dem Übergang von der Dreifelder- zur Fruchtwechsel-Wirtschaft Land-, Vieh- und Forstwirtschaft durch Chemie und Biologie in Wissenschaften umwandelten und die Wirtschaftsführung der Industrie nachahmten, zerfiel Europa in zwei Gebiete: ein industrielles mit ungenügender Lebensmittel- und Rohstofferzeugung und ein landwirtschaftliches, das seinen Überfluß an Nahrungs- und Rohstoffen an jenes gegen die Erzeugnisse der Industrie umtauschte. Holland und Belgien waren seit Jahrhunderten getreidebedürftig, und England hob 1846 die Kornzölle auf. Rußland, die deutschen Ostseeländer, Rumänien und Ungarn machten sich dies zunutze.

Wilhelm Eduard Weber (1804—91). Nach Photographie.

Allein diese stillschweigende Vereinbarung zwischen den ackerbauenden und gewerbetreibenden Ländern Europas hielt nicht an. Der wachsenden Bevölkerung genügte bald die europäische Getreideerzeugung nicht mehr. Seitdem günstig gelegene überseeische Gebiete bei der Versorgung Westeuropas mit Lebensmitteln halfen, trat für die Landwirtschaft eine sich durch nationale Wirtschaftspolitik allmählich abschwächende Krise (1876) ein. Nur Rußland behauptete sich vermöge seiner fruchtbaren Schwarzerde (Tschernosems) und seiner wohlfeilen Arbeit neben der Union, Ostindien, Australien und Argentinien als Ausfuhrland.

II. Industrie und Handel.

Entstanden ist die Industrie unter dem Merkantilismus, um aus der Befriedigung von Bedürfnissen durch den Außenhandel Gewinn zu ziehen, aber dann ist die Industrie Selbstzweck geworden, und die Aufgabe der Menschen besteht darin, das zu verbrauchen, was die Industrie zu erzeugen für gut findet. Die gegenüber der Schrankenlosigkeit der Güterherstellung (Überproduktion) bei einigen wichtigen Waren einsetzende Politik der Trusts und Syndikate hat ihr Ziel, die Erzeugung dem Verbrauch anzupassen, nur zum Teil erreicht. Überproduktion und Überspekulation riefen Absatz- und Spekulationskrisen hervor, die das Jahrhundert des freien Wettbewerbs in Zeitabschnitte des wirtschaftlichen Aufschwungs und des wirtschaftlichen Niedergangs zerlegten.

Je umfassender der weltwirtschaftliche Zusammenhang der Volkswirtschaften wurde, desto weiter dehnten sich Stockungen, Beschleunigungen und Katastrophen der Erzeugung und des Absatzes aus. Als sich während der Festlandssperre (1806—14) in England die Erzeugnisse des Gewerbfleißes auftauten und sich nach deren Beseitigung wegen mangelnder Kaufkraft des Festlandes nicht absetzen ließen, brachen Industrie- und Exportfirmen zusammen (1815). Überspekulation in auswärtigen Anleihen und Aktien verursachte 1825 wieder eine Krise; ein Unmaß von Bankgründungen war die Ursache der Krise von 1836—39, die eine gleichzeitige nordamerikanische Krise verschärfte. Als in den 1840er Jahren in Eisenbahnen und Korn übermäßig spekuliert wurde, erfolgte die Krisis von 1847, die bereits alle Haupthandelsplätze der Erde verspürten. Noch ausgedehnter war der Erschütterungsradius der Krise von 1857, nachdem die Vermehrung des Goldes (S. 369) die Lust zu spekulieren gesteigert hatte. Der Baumwollkrise während des nordamerikanischen Bürgerkrieges (1861—65) folgte 1866 infolge von Übergründung neuer Aktiengesellschaften eine Londoner Spannung. Nach einigen Jahren glänzendsten Aufschwunges, aber auch der sinnlosesten Spielwut führte das Übermaß der Spekulationen und Neugründungen den „großen Krach" von 1873 in Österreich herbei, und die daraus entspringende weltwirtschaftliche Lähmung war bis 1878 fühlbar. Dem Stillstand folgte ein fünfjähriger Aufschwung (1878—83) des internationalen Geschäfts, dann wieder ein Jahrfünft des Niedergangs (1883—88), ein erneuter Aufschwung 1888 bis 1890, ein erneuter Niedergang 1890—96, eine ungewöhnliche Hochkonjunktur von 1899 bis 1900 und dann wieder ein Abstauen des Geschäfts. Aber die Erschütterung ist allmählich immer geringer geworden, da die Erfahrung Gegenmaßnahmen hervorgerufen hatte und das ganze Gewerbsleben die Schwankungen als selbstverständlich in Rechnung stellte.

Als 1815 die lange Friedenszeit anbrach, steckten die meisten Staaten noch im ererbten Verbots- und Schutzsystem, aber in Großbritannien war der Freihandel bereits die unerläßliche Voraussetzung für das fernere Gedeihen der auf den Weltmarkt angewiesenen Großindustrie; erst wenn das wirtschaftlich stärkste Land der Welt die geschlossenen Märkte aller anderen schwächeren Länder öffnete, erst dann kam für England die Zeit der Welthandelsherrschaft (vgl. oben, S. 144 ff.). Deshalb mußte die Freihandelspartei — die verbündeten Großindustriellen und Großhändler — die inneren Hemmnisse wegräumen, die ihren Rückhalt an den Hochtories, den Großgrundherren, hatten.

Der erste Vorkämpfer des Freihandels war William Huskisson (1823—27 Präsident des Handelsamtes), eingeleitet hat ihn Robert Peel (1841—46), durchgeführt wurde er durch die Aufhebung der Navigationsakte (1849) und die Gladstoneschen Reformen in den 1850er Jahren. Der englisch-französische Handelsvertrag von 1860, nach dem englischen Unterhändler der Cobden-Vertrag genannt, leitete den Zeitraum der internationalen Freihandelspolitik ein. Während jedoch die meisten europäischen Staaten vom unbedingten Freihandel wieder zu gemäßigten Schutzzöllen zurückgekehrt sind, ist England hinsichtlich des Massenverbrauchs an Lebensmitteln den Grundsätzen von 1860 treu geblieben, wenn auch die Gegenströmungen immer stärker geworden sind. Dahin gehört die von der Fair-Trade-League (seit 1881) ausgehende Bewegung, die Freihandel nur gegen Freihandel gewähren will, gegenüber Staaten mit Schutzzöllen jedoch ebenfalls Schutzzölle verlangt. Am mächtigsten aber ist die Strömung, welche die imperialistische Idee durch Gründung eines Reichszollgebiets verwirklichen will, um Mutterland und Kolonien, ja vielleicht sogar alle Ententeländer des Weltkrieges, durch Zollschranken und Verkehrsboykott von den Mittelmächten abzuschließen, und jenen dadurch die Teilnahme am Welthandel zu versperren.

In den anderen westeuropäischen Staaten, die Niederlande ausgenommen, kehrte man nach kurzer Zeit zur Schutzpolitik zurück, jedoch unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes, auf vertragsmäßigem Wege durch Gegenzugeständnisse Vorteile für einzelne inländische Produktionszweige zu erlangen. In Frankreich folgte auf ein die Landwirtschaft und das Gewerbe beruhigendes Solidarschutzsystem unter Napoleon III. 1860 ein freihändlerisches Vertragssystem. Nach dem Sieg der schutzzöllnerischen Strömungen (1881) erhielt es 1892 wieder ein noch andauerndes Solidarschutzsystem mit hohen Agrar- und Industriezöllen, mit Unterschiedszöllen zuungunsten der Fremden in den Kolonien, mit Ausschluß der Fremden vom Küstenhandel und einem Maximaltarife für alle Staaten, die den Franzosen nicht das Meistbegünstigungsrecht einräumen.

Digitized by Google

Als der Deutsche Bund entstand, gab es noch keine deutsche Volkswirtschaft, und der Bund zeigte sich unfähig, den Rahmen dafür zu liefern. Aber Preußen erkannte den Vorteil, den ihm die wirtschaftliche Einigung Deutschlands unter seiner Fahne dem österreichischen Nebenbuhler gegenüber gewähren müsse, gab sich 1818 ein Zollgesetz, unter dessen Einwirkung zunächst eine preußische Volkswirtschaft entstand, stark genug, um sich die Nachbarstaaten anzugliedern. Dies geschah durch den am 1. Januar 1834 ins Dasein tretenden Deutschen Zollverein, in dem anfangs die schutzzöllnerische Richtung überwog. Nachdem Österreichs Aufnahmeverlangen zweimal abgeschlagen worden war (1853 und 1865), wurde auch der Zollverein von der freihändlerischen Bewegung mitgerissen. Mit 1879 setzten Bismarcks (S. 86 ff.) Reformen ein auf Grundlage des Solidarschutzes für Landwirtschaft und Industrie, und es begann nun eine zielbewußte Handelsvertragspolitik. Der selbstherrliche, 1902 geschaffene Zolltarif ermöglichte endlich dem Reiche, die Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande nach seinen Interessen zu regeln.

In Österreich-Ungarn, wo bis 1850 das Verbotsystem galt, herrschte dann ein gemäßigtes Schutzsystem, nachdem die Zollschranken gegenüber Ungarn gefallen waren. In den Handelsverträgen der 1860er Jahre kam die freihändlerische Strömung zum Ausdrucke; doch trat schon bald nach 1870 eine starke Gegenbewegung ein. Seit 1878 mit autonomen Schutzzöllen ausgestattet, schloß sich die Monarchie 1892 dem System der mitteleuropäischen Handelsverträge an. Ähnlich entwickelte sich die Handelspolitik in Portugal, Spanien, Italien, Belgien, der Schweiz und den skandinavischen Ländern sowie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo der Mac-Kinley-Tarif von 1890 die Umkehr zum Schutzzolle brachte.

Es schmeichelt der Selbstgefälligkeit des Zeitalters, wenn man die großen Zahlen nebeneinanderstellt, welche die Aufwärtsbewegung des Außenhandels bezeugen. Und dennoch besagt die Masse der ausgeführten Werte absolut nur wenig; denn sie muß, wenn man sie richtig beurteilen will, an der Gesamtheit der innerhalb jeder Volkswirtschaft erzeugten und verbrauchten Güter gemessen werden. Es bleiben mangels einer Statistik nur Schätzungen und Berechnungen übrig, und diese haben für das Deutsche Reich ergeben, daß zwischen 1900 und 1910 die Ausfuhr und Einfuhr zusammen dem Werte nach nur ein Fünftel der im Lande erzeugten und verbrauchten Güter darstellt. Hinsichtlich der Handelsbilanz, des Unterschieds zwischen Aus- und Einfuhr, ist Westeuropa durchweg passiv, d. h. es führt mehr ein als aus, mit Ausnahme von Österreich-Ungarn, das hierin zum europäischen Osten gehörte, weil Rußland, Serbien, Bulgarien und die Türkei gleichfalls eine aktive Handelsbilanz hatten.

Bis in die neueste Zeit hat der westeuropäische Handel der Industrie des Weltteiles Rohstoffe und den Ländern mit überwiegender Urproduktion europäische Fabrikate zugeführt. Allein die Anzahl der nichteuropäischen Gebiete mit eigener Industrie nimmt zu und daher mindert sich die Anzahl der Absatzgebiete für europäische Waren. Während die Landwirtschaft im Deutschen Reiche nur eben mit Mühe die unbedingt für die Volksernährung erforderlichen Mindestmengen erzeugte, in den westlichen und nördlichen Staaten auch dazu nicht imstande war, aber unter dem überseeischen Wettbewerb litt, kam auch der europäische Gewerbfleiß, der die fehlenden Lebensmittel erarbeiten sollte, dem Punkte näher, wo ihn die außereuropäische Konkurrenz bedrohte. Die freie Weltwirtschaft hat sich als ein Feind der Volkswirtschaften, namentlich derjenigen in nördlicherem Klima, erwiesen. Wie weit sie durch den Weltkrieg eingeschränkt worden ist, wird erst die Zukunft lehren.

Digitized by Google

VI. Das abendländische Christentum und seine Missionstätigkeit seit der Reformation.

Von **Wilhelm Walther.**

1. Die Spaltung der Kirche in Konfessionskirchen.

A. Die deutsche Reformation (1517—55).

Niemals ist das Christentum in eine so gefährliche Brandung hineingeraten wie bei dem Anbruch der „Neuzeit". Die kirchliche Religiosität des Mittelalters ruhte auf der blinden Unterwerfung unter die Autorität und der Überzeugung von einem Gegensatz zwischen Geistlichem und Weltlichem. Aber die seit Jahrhunderten erhobenen Zweifel an der Berechtigung dieser Grundanschauungen wurden durch den Humanismus zu einem Gemeingut der Gebildeten. Das Bewußtsein, daß der Mensch eine selbständige Persönlichkeit ist, der Drang nach Freiheit, nach Selbstbestimmung und ungehinderter Entwickelung, ebenso das Verlangen nach Weltarbeit wie nach Weltgenuß erwachte. Die Kirche aber dachte nicht daran, die Berechtigung dieses Strebens anzuerkennen; eisern blieb sie bei ihren Anschauungen und wünschte alle Welt dabei zu erhalten im Vertrauen auf die Wirkungskraft ihrer Zuchtmittel.

Die neuen Gedanken waren unvereinbar mit dem alten Glauben. Entweder mußte man wieder glauben und leben nach jenen alten Idealen und die neuen opfern, oder man mußte die neuen Gedanken festhalten und den alten Glauben preisgeben. Schon wählten Unzählige das letztere und warfen allen Glauben von sich, weil es keinen anderen als den von jenen alten Ideen getränkten gab. Hielten auch die meisten noch eine Weile die Religion äußerlich fest, so siegte doch früher oder später das Bedürfnis nach einheitlicher Lebensanschauung über die Gewohnheit, jedenfalls bei geistigen Führern. Wohl war bei dem Anbruch der Neuzeit die Zahl derer, die aus wirklicher Frömmigkeit das Christentum festhalten wollten, vor allem in Deutschland, noch sehr groß. Aber die Kirche befriedigte deren religiöses Bedürfnis nicht mehr, weil man auch auf dem Gebiete des Religiösen blinde Unterwerfung und Weltflucht als eine Vergewaltigung der menschlichen Natur empfand und haßte.

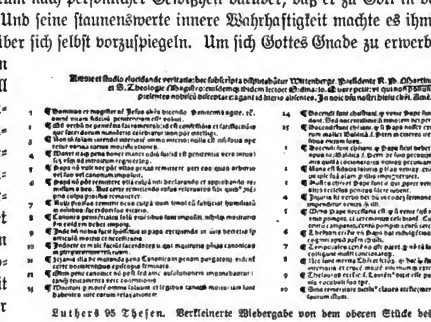
Nur eine neue Form des Christentums konnte Hilfe bringen; ein Christentum, das die Natur des Menschen nicht unterdrücken, vielmehr zu ihrer gesunden Entfaltung bringen wollte, ein Christentum, das den Trieb nach religiöser Freiheit und nach Weltbeherrschung anerkannte und in die rechten Bahnen zu leiten suchte. Freilich blieben auch, als auf solchem Wege Rettung eintrat, die schlimmen Folgen davon nicht aus, daß die Kirche alle religiöse Selbständigkeit nur niederzuschlagen, nicht aber die ihrer Hut Befohlenen zur Freiheit zu erziehen suchte. Wurde auch die religiöse Freiheit in traurigster Weise mißbraucht, so wurde

Digitized by Google

doch den nach Wahrheit Dürstenden die Möglichkeit echter Stillung ihres religiösen Verlangens geboten in neuer, reinerer Gestalt des Christentums.

Nicht zufällig vollzog sich diese Verjüngung des Christentums gerade in Deutschland. Waren doch auch im Mittelalter alle jene Bestrebungen, die den aus der griechisch-römischen Welt überkommenen Glauben persönlich zu gestalten suchten, von Deutschen ausgegangen. Der dem Germanen eignende Wahrheitssinn, seine Gemütstiefe und Gewissenhaftigkeit schufen diese Verinnerlichung und Vertiefung der Religiosität in Deutschland, sobald die christliche Lehre volles geistiges Eigentum seiner Bewohner geworden war.

In echt mittelalterlichen Anschauungen ist Martin Luther aufgewachsen. Blind glaubte und folgte er der Kirche. Aber in ihm lebte ein heißer Durst nach religiöser Selbständigkeit und darum nach persönlicher Gewißheit darüber, daß er zu Gott in dem richtigen Verhältnis stehe. Und seine staunenswerte innere Wahrhaftigkeit machte es ihm unmöglich, sich irgend etwas über sich selbst vorzuspiegeln. Um sich Gottes Gnade zu erwerben, entsagte er allem, was ihm auf Erden wertvoll war, trat ins Augustinerkloster und untergrub seine Gesundheit durch Leistungen, die als verdienstlich bezeichnet wurden. Aber in seiner rücksichtslosen Wahrhaftigkeit fühlte er immer klarer, daß all sein frommes Tun vor Gott nicht genügte; geschah es doch alles nur aus Furcht, ja mit einem geheimen Grolle gegen den Gott, der trotz dem allen ihm seine Gnade nicht schenkte. Verzweiflung wollte ihn ergreifen, da er nun erkannte, daß wir uns die wirkliche Liebe zu Gott nicht verschaffen, Gottes Gnade uns nicht erwerben können. Da wies ihm sein Ordensgeneral, der fromme Staupitz, in Christus die Zuflucht vor der Verzweiflung. Durch den Glauben an ihn können wir Vergebung und damit Gottes Gnade erlangen.



Luthers 95 Thesen. Verkleinerte Wiedergabe von dem oberen Stücke des Originals.

Nun las er die Bibel mit ganz neuen Augen. Nur der Glaube macht gerecht, bringt das Leben. Je mehr er in langem Kampfe lernte, den alten Weg der Kirchenlehre zu verlassen und den neuen des Vertrauens zu Gottes Gnade zu wandeln, desto ruhiger ward sein Gewissen. So wurde er aus persönlicher Erfahrung des Weges zum Heile gewiß und zugleich dessen, daß die Heilige Schrift die Wahrheit ist.

So ist Luther zu völlig selbständigem Glauben gelangt; kein Mensch, keine Kirche gilt ihm noch als Autorität. Und doch ist dieser Glaube nicht aus seinem eigenen Belieben geboren. Vielmehr: die objektiv vorhandene Gnade Gottes ist sein subjektiver Besitz geworden. Die furchtbare Gefahr, die in dem Erwachen des Selbständigkeitstriebes auf religiösem Gebiete lag, die Gefahr, daß jeder einzelne sich irgendeinen Glauben zimmere und dabei sich beruhige, war glücklich abgewandt. Selbständig, aber nicht willkürlich ist dieser Glaube; ganz innerlich und doch begründet in dem außer ihm Vorhandenen; ganz frei und doch auch ganz gebunden; ganz autorisiert durch die einzige berechtigte Autorität, durch den lebendigen

Digitized by Google

Gott. Vor ihm fallen alle menschlichen Autoritäten, Kirchenväter, Päpste, Konzile, die Heiligen mit ihren Verdiensten und mit ihrer Fürsprache, die Nothelfer, die erbarmende Himmelskönigin, die eigenen Büßungen und guten Werke, Ablässe und Meßopfer dahin. Was davon blieb — Predigt, Taufe, Absolution, Abendmahl —, das diente nur zur Erzeugung und Befestigung des Vertrauens auf die Gnade und Liebe Gottes.

Eine neue Sittlichkeit erwuchs auf diesem neuen Glaubensboden. Wie der gute Baum von selbst gute Früchte trägt, so erzeugt der den Menschen beseligende Glaube wie unwillkürlich das Gott wohlgefällige Tun. Das neue Verhältnis schafft das neue Verhalten. Diese selbständige Sittlichkeit ist völlig unabhängig davon, ob eine Kirche Frömmigkeit streng fordert oder nicht, wohl gar selbst sie mit Füßen tritt; erhaben über jedes Gebot und Verbot, über jedes Beispiel. Wohl bleibt auch eine Neigung zum Bösen im Herzen; aber der Glaube kann sie nicht gewähren lassen, kann sie auch nicht mit scheinheiligen Werken übertünchen.

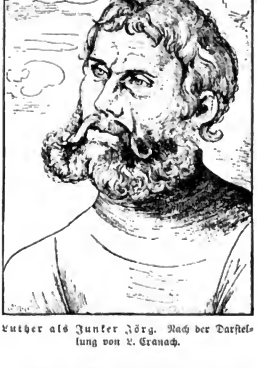
Wie aber Quelle und Wesen dieser Sittlichkeit völlig neu ist, so auch ihre Erscheinung. Das Mittelalter hielt es für das Höchste, die Welt zu verlassen und sich nur religiöser Tätigkeit hinzugeben. Aber wer in dem Stande, worein Gott ihn gestellt hat, durch den Glauben zur tatsächlichen Gemeinschaft mit Gott gelangt ist, der weiß, daß er eben in diesem Stande seine neue Stellung beweisen soll, daß nicht, was er tut, den Unterschied macht, sondern allein wie er es tut, ob er es tut in der Liebe zu Gott. Welch eine Torheit, den rein irdischen Beruf: Familienleben, Ehe, Staatsleben für unrein zu halten! Auch das leuchtendste religiöse Werk kann unrein sein; auch das unscheinbarste weltliche Werk wird durch Glaube und Liebe geheiligt. Wer Gottes Gnade hat, nimmt auch alles Gute dankbar aus seiner Hand, und seine Dankbarkeit bewahrt ihn vor dem Mißbrauch. Die Gefahr, die in dem Erwachen des auf die Welt gerichteten Sinnes liegt, ist überwunden. So ist das Christentum aus der alten Zeit in die neue herübergerettet.

Die epochemachende Bedeutung seiner religiösen Entdeckung ahnte Luther selbst nicht. Die mit der Muttermilch eingesogene Verehrung gegen die Kirche ließ ihn gar nicht auf den Gedanken kommen, daß er von ihrer Lehre abweiche. Einen bloßen Mißbrauch zu bekämpfen, schlug er seine 95 Sätze (s. die Abbildung S. 375) über den Ablaß an die Schloßkirche zu Wittenberg. Aber so wenig sie von seinen neuen umwälzenden Gedanken aussprechen, sie zündeten wie ein Blitzstrahl. Man fühlte: hier redet ein Gewissen, das gleichmäßig nach objektiver Wahrheit und subjektiver Gewißheit dürstet. Und die Anhänger des Alten taten ihm den großen Dienst, durch schroffen Widerspruch die zwischen ihren und seinen Anschauungen gähnende Kluft aufzudecken. Durch die Leipziger Disputation zwischen Luther und Eck (Juli 1519) wurden viele Humanisten für diesen Kampf erwärmt, durch seine Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation“ (1520) die Bewegung zu einer Sache des deutschen Volkes.

Aber die Zeichen der Zeit nicht achtend, fällte Rom seine Entscheidung. Mit der Luther und seine Lehre und seine Anhänger verdammenden Bulle stellte sich das Papsttum der neuzeitlichen Entwickelung als Feind in den Weg. Als endlich in Worms (Mai 1521) der Kaiser auf dieselbe Seite trat, und des Papstes Entscheidung durch Verhängung der Reichsacht über die Neuerer anerkannt wurde, mußte entweder die mächtige religiöse Bewegung mit Gewalt vernichtet werden, oder Rom sich vor ihr beugen. Aber Rom blieb fest; und doch machten es die politischen Verhältnisse dem Kaiser unmöglich, die Rolle, die er nach des päpstlichen Legaten Urteil übernommen hatte, durchzuführen. So fand die reformatorische Bewegung, die verschiedene Bestandteile in sich aufgenommen hat, Zeit, sich über sich selbst klar zu werden und sich von dem, was nicht zu ihrem eigentlichen Wesen stimmt, loszusagen.

Digitized by Google

Wer nur eine Abstellung einiger schreienden Mißbräuche wünschte, oder in blinder Unterwerfung unter die Kirche nur von dieser selbst die Hilfe erwartete, schied sich von Luther, sobald es klar war, daß die Kirche bei ihrem Verdammungsurteil blieb. Andere meinten, über Luther hinausgehen zu sollen, während tatsächlich ihnen noch die Eierschalen des Mittelalters anhingen. Diese mystisch-schwärmerische Richtung sah einen Gegensatz zwischen dem göttlichen Geist und der Kreatur und forderte darum eine äußerliche Lossagung von allem Irdischen, wollte den Geist Gottes unmittelbar im Menschen reden lassen und verachtete alle natürliche Vermittelung und alle geschichtliche Entwickelung. Diese Männer schmähen Luther, geben ihre tollsten Einfälle für Offenbarungen des göttlichen Geistes aus, verwerfen Wissenschaft und Studium. Die gesamte Bibel verwenden sie als buchstäblich zu befolgende göttliche Einzelvorschriften, wollen deshalb auch alles abtun, was erst nach der Apostel Zeit geschichtlich geworden ist. Als Luther auf der Wartburg weilte, brach dieser Sturm in Wittenberg los. Der Professor Karlstadt wollte keine Vorlesungen mehr halten, der Schulmeister nicht mehr Unterricht erteilen; mit Gewalt sollte alles erst im Laufe der Zeit Entstandene, sollten vor allem die Bilder fortgeschafft werden. In der Überzeugung, daß die Grundstimmung dieser Richtung eine falsche sei und die Einbildung göttlicher Inspiration zu einer Auflösung des Christentums führen müsse, verließ Luther trotz des Verbotes seines Kurfürsten seinen sicheren Versteck und predigte in Wittenberg eine Woche lang jeden Tag gegen diese Schwärmer, bis er die wilden Gewässer völlig zur Ruhe gebracht hatte. Anderswo freilich, besonders da, wo die römischen Gegner eine geordnete geistliche Versorgung des Volkes unmöglich machten, regte sich derselbe Geist und schuf sich ein gemeinsames Erkennungszeichen, die Verwerfung der Kindertaufe. Besonders unter dem niederen Volke gewannen diese Wiedertäufer große Scharen von Anhängern. Wohl wurden vielen die Augen geöffnet, als das in Münster aufgerichtete Wiedertäuferreich mit seiner vom Geist eingegebenen Vielweiberei und seinen blutigen Greueln der Welt zeigte, wohin diese Entstellung des Christentums führen könne. Aber unter Verzicht auf die politischen Umsturzpläne erhielt sich diese Partei als eine geheime Unterströmung auch da, wo sich die von Luther ausgegangene reformatorische Bewegung bestimmt von ihr geschieden hatte. Und in England gewann sie später auch auf die politische Entwickelung machtvollen Einfluß (vgl. unten, S. 386).



Luther als Junker Jörg. Nach der Darstellung von L. Cranach.

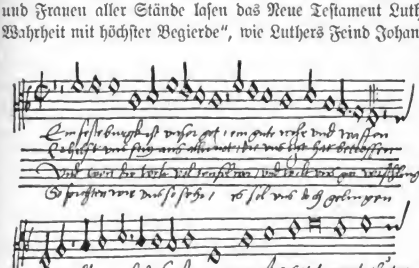
Eine dritte Richtung mußte Luther von sich abstoßen, nämlich diejenigen, die zur Abstellung sozialer Übelstände den Weg der Revolution betreten wollten. Diese längst vorhandene Unzufriedenheit mußte jetzt, da die römische Kirche alle solche Regungen selbst religiöser Freiheit mit Bann und Acht niederzuschlagen suchte, in offenen Flammen auflodern. Mit Wärme vertrat auch Luther ihre berechtigten Beschwerden; als aber die „Bauern" zu morden und zu brennen anfingen und nun die „Herren" kleinmütig wurden, mahnte Luther mit größter Entschiedenheit die Obrigkeit an ihre Pflicht, die blutige Revolution rücksichtslos zu dämpfen.

Nicht wenige der Humanisten, durch Luther in ihrem Kampfe gegen die kirchlichen Schäden vertieft, gaben sich seiner Lehre völlig hin. „Der König der Humanisten" aber, Desiderius Erasmus von Rotterdam, nahm noch immer eine unklare Stellung ein; er freute sich des Kampfes gegen die „fetten Bäuche der Mönche" und gegen die allzu erhabene „dreifache Krone des Papstes". Aber mehr als an der Wahrheit lag ihm an Ruhe und Eintracht. Das entschiedene religiöse Interesse Luthers fehlte ihm. Die Lehre „vom freien Willen" nahm er 1524 zum Anlaß, um im Gegensatz zu Luthers auf Erfahrung ruhender Glaubensgewißheit zu behaupten, es gäbe auf religiösem Gebiete nur Ansichten, nicht aber Gewißheit, auch nicht durch die Heilige Schrift; höchstens einige Sicherheit sei zu erlangen, da die Gelehrten, die Päpste, die Konzile doch vermutlich das Rechte getroffen hätten. Auf den Glauben komme weniger an als auf die Sittlichkeit und auf die Eintracht; um dieser willen dürfe man nicht immer auf der Wahrheit bestehen. So ward die Kluft zwischen Luther und Erasmus offenbar. Luther antwortete ihm, der Heilige Geist sei kein Skeptikus, er habe in unsere Herzen eine kräftige, große Gewißheit

Digitized by Google

geschrieben. Die Humanisten, die nicht mehr wollten, als Erasmus zu bieten vermochte, schieden sich jetzt bestimmt von der Reformation.

Laut jubelten die Anhänger des Alten über diese äußeren Einbußen der romfeindlichen Bewegung. Doch ihre Hoffnung, sie vernichtet zu sehen, wurde immer wieder zuschanden. Denn ihre Getreuen errangen in diesen Jahren der Scheidung immer größere Klarheit und gewannen immer neue Anhänger. Noch auf der Wartburg begann Luther mit der Übersetzung der Bibel. Das deutsche Neue Testament erschien im September 1522 und erlebte in den nächsten zwölf Jahren wenigstens achtundsechzig weitere Auflagen. Es folgten die einzelnen Teile des Alten Testaments, bis 1534 die ganze Bibel fertiggestellt war. Männer und Frauen aller Stände lasen das Neue Testament Luthers „wie einen Brunnen aller Wahrheit mit höchster Begierde", wie Luthers Feind Johann Cochläus (Dobeneck) bekannte.



Originalhandschrift des Lutherliedes „Ein' feste Burg".

Nicht weniger große Erfolge gingen von den geistlichen Liedern mit den neuen kraftvollen Melodien aus, worin Luther und nach seinem Beispiel auch andere Evangelische den neuentdeckten Glauben verkündeten, vor allem von den Gesängen, die sich über das Kyrie eleis, das Charakteristikum des mittelalterlichen Christentums, zu der stolzen Freude des der Gnade Gottes gewissen Gotteskindes aufschwangen: „Nun freut euch, liebe Christengemein', denn ich bin dein, und du bist mein, uns soll der Tod nicht scheiden"; „Ein' feste Burg ist unser Gott — das Reich muß uns doch bleiben" (s. die nebenstehende Abbildung). Diese Lieder sang das Volk nicht allein bei dem Gottesdienste, sondern auch bei der Arbeit und auf der Wanderschaft. Auch den bisher lateinisch gehaltenen Gottesdienst kleidete man in die deutsche Sprache. Schon 1522 entstand die erste uns erhaltene evangelische Gottesdienstordnung, von Kaspar Kanz in Nördlingen verfaßt. Erst 1526 folgte Luther mit seiner deutschen Messe, da er eine Scheu davor hatte, äußerliche Neuerungen vorzunehmen, solange das Volk dafür noch nicht reif war. Als dann infolge des Speierer Reichstagsbeschlusses von 1526 die evangelischen Stände das Kirchenwesen in ihren Gebieten auf der neuen Grundlage zu regeln unternahmen und die dazu angeordneten Visitationen die jammervollen, in den letzten Jahren noch verwirrter gewordenen Zustände offenbarten, schenkte Luther der Christenheit seine beiden Katechismen, von denen besonders der Kleine Ströme reinen Quellwassers in das Volk getragen hat.

Um in den evangelischen Gebieten für kirchliche Ordnung zu sorgen, mußten Visitationen angeordnet und die Pfarrstellen besetzt werden; es mußte das herrenlos gewordene Klostergut verwaltet und anders verwertet, eine kirchliche Ordnung eingeführt und diese gegen Verletzung geschützt werden. Da sich die Bischöfe meist gegen den neuen Glauben verschlossen, besaß nur der Landesherr die zu solch äußerlichem Kirchenregiment erforderliche Autorität und Macht. Man war schon im 15. Jahrh. zu der vor 800 im Frankenreiche herrschenden Anschauung (vgl. Bd. V, S. 222) zurückgekehrt, daß der Landesherr auch Rechte und Pflichten in der Kirche seines Gebietes habe; der Papst selbst hatte den Landesherren manche derartigen Rechte zugestanden, und schon oft — bei Klosterreform und beim Kampf

gegen Ketzerei — hatten die Fürsten der Kirche solche Dienste geleistet. Luther hat dann die geistliche und die weltliche Gewalt wieder klar geschieden und damit sowohl die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die Kirche als auch die Knechtung der Gewissen durch eine äußerliche Macht für Unrecht erklärt, ebensowenig wollte er, daß die weltlichen Fürsten in das Innere der Kirche hinein regierten und die Gewissen vergewaltigten. Die Kirche soll ihren eigenen Regeln und Gesetzen folgen. Aber die hierzu nötige Ordnung und Pflege soll ihr von den Fürsten kommen, die vermöge ihrer hervorragenden Stellung im Volk allein dazu imstande und sie ihm zu geben verpflichtet sind.

Und diese Fürsten haben der evangelischen Sache große Dienste geleistet. Auf dem Reichstag zu Speier (1529) „protestierten" sie dagegen, daß der Beschluß der Mehrheit als auch „mit ihrem guten Willen, Wissen und Rat beschlossen" veröffentlicht werde; jener setzte fest, daß die, welche bisher die evangelische Lehre auszurotten gesucht hätten, hierbei beharren sollten, daß die um des Evangeliums willen Verfolgten niemand in Schutz nehmen dürfe, und daß in den evangelischen Gebieten alle noch vorhandenen Reste des Katholizismus aufrechterhalten werden müßten. Dem zuzustimmen, erklärten sie, hieße „nichts anderes, denn Christum und sein Wort öffentlich verleugnen". Auf dem Reichstag zu Augsburg (1530) bekannten sie sich feierlich vor Kaiser und Reich zu dem Glauben, den die höchsten Gewalten der Christenheit in Bann und Acht getan hatten. Im Schmalkaldischen Bunde (1531) schlossen sie sich zum Schutze des evangelischen Glaubens fest zusammen. Vgl. Bd. VII, S. 96.

Wohl ermöglichte die selbstsüchtige Politik des Herzogs Moritz von Sachsen dem Kaiser im Schmalkaldischen Kriege den Sieg und die Gefangennahme der Häupter des evangelischen Bundes (1547). Als sich aber Moritz gegen den Kaiser wandte, erhob endlich der Augsburger Religionsfriede (1555) einen bisher unerhörten Gedanken zum Rechtsgrundsatz: die Religionsfreiheit und politische Gleichberechtigung der Anhänger der verschiedenen Bekenntnisse. Freilich erstreckte sich dies zunächst nur auf die Obrigkeiten. Diese erhielten das Recht, frei zu wählen zwischen dem alten und dem neuen Glauben. Denn der Gedanke, daß auch jeder einzelne Untertan volle Freiheit der Religionsübung haben sollte, war jener Zeit noch undenkbar. War doch auch der Gegensatz der kirchlichen Parteien noch zu neu, als daß man ein friedliches Nebeneinanderwohnen der verschiedenen Bekenntnisse innerhalb desselben Gebietes hätte für möglich halten dürfen. Aber doch wurde mit den mittelalterlichen Anschauungen so vollständig gebrochen, daß nach diesem Frieden niemand um seines abweichenden Glaubens willen bestraft werden sollte; andersgläubige Untertanen sollten das Land verlassen, ohne an Ehren und Gütern Schaden zu leiden. Kein Wunder, daß Kaiser Karl V. sich dem Abschluß eines solchen Friedens versagte.

B. Die Festigung der Konfessionskirchen (1555—1648).

Auch dort, wo man nicht vom Papsttum abfallen wollte, hatte Luthers Auftreten die größten Wirkungen gehabt: innerhalb der katholischen Kirche schämten sich viele des sittenlosen Treibens der Geistlichkeit und der leichtfertigen Art, wie man sich bisher über seine Sünden beruhigt hatte; viele gute Katholiken sahen ein, daß nicht alle Lehren und Einrichtungen der Kirche unanfechtbar seien. So trat eine gefahrdrohende Unsicherheit ein.

Während noch 1485 Erzbischof Berthold von Mainz eine Bücherzensur angeordnet hatte, um die deutschen Bibeln und ähnliche Werke zu unterdrücken, und danach Männer wie Sebastian Brant und Geiler von Kaisersperg es für „ein bös Ding" erklärt hatten, „daß man die Bibel zu deutsch drucke", befürworteten jetzt Katholiken auf dem Speierer Reichstag (1526) die Anfertigung einer deutschen Bibel und schufen treu kirchliche Männer solche Bibelübersetzungen: Emser auf Befehl Herzog Georgs von Sachsen, Dietenberger „mit Gnade und Freiheit" Karls V. So groß war das Verlangen nach einer deutschen Bibel unter dem katholischen Volke, daß Dietenbergers Arbeit, die Luthers Übersetzung ein wenig in katholischem Sinne geändert gab, im 16. Jahrh. wenigstens 35mal ganz oder teilweise wieder aufgelegt worden ist.

Selbst die Hauptlehre des Luthertums, der Satz: „Allein durch den Glauben werden wir gerecht", wurde bei dem Religionsgespräch zu Regensburg (1541) von der katholischen Partei zugestanden, von Granvella zu Protokoll genommen und vom Legaten Contarini

Digitized by Google

nach Rom gesandt; freilich verwarf der Papst diese Vereinbarung. Wenn solche Vorschläge möglich waren, war es die höchste Zeit, daß die Kirche die Grenze zwischen sich und den Lutheranern streng absteckte und ihren Gliedern jede Überschreitung unmöglich machte.

Sie tat dies auf dem Konzil zu Trient (1545—63). „Ausrottung der Ketzereien und Verbesserung der Sitten" war das Programm. Daher wurden die von Luther angegriffenen Entstellungen des Christentums, über die bisher noch verschiedene Auffassungen erlaubt waren, nunmehr für offizielle Kirchenlehre erklärt; und damit wurden alle Versuche, mit dem Protestantismus sich zu verständigen und wieder zu vereinigen, für immer ausgeschlossen.

So ward jetzt ausdrücklich erklärt, daß die kirchliche Tradition mit gleicher Ehrfurcht zu verehren sei wie die Heilige Schrift. Welches aber „der wahre Sinn" der Heiligen Schrift sei, dies zu entscheiden, kommt allein der Kirche zu. Wie damit die Kirche über die Heilige Schrift gesetzt und darum auch die Lehre von der Rechtfertigung durch den Glauben verflucht wird, so wird die Kirche auch als einzige Heilsvermittlerin zwischen Gott und den Menschen gestellt: sie ist die Heilsanstalt, deren sieben Sakramente durch den bloßen Vollzug als Gnadenvermittler wirken. — Anderseits werden die allgu argen Auswüchse, die besonders Ursache gegeben hatten, „die Kirche zu lästern", teils mit allgemeinen frommen Wendungen, teils mit direkten Verboten abgeschnitten. Der Ablaß wurde zwar als etwas „Herrliches" und die Gewalt, ihn zu erteilen, als „von Christo der Kirche verliehen" gepriesen, aber auch geboten, daß mit seiner Austeilung Maß gehalten und dabei „aller schändliche Gewinn gänzlich abgestellt werde". — Noch andere Maßregeln zur Fernhaltung nichtrömischer Anwandlungen beschloß das Konzil, überließ aber deren Ausführung dem Papst. Ein von allen Inhabern kirchlicher Ämter und von allen Universitätslehrern zu beschwörendes Glaubensbekenntnis wurde aufgestellt. Darin wird auch dem Papste, „dem Stellvertreter Jesu Christi, wahrer Gehorsam geschworen" und eidlich zugesagt, dafür zu sorgen, daß „der katholische Glaube, ohne den niemand selig werden kann, von allen Untergebenen gehalten werde". Als Gegenmittel gegen Luthers Katechismen erschien der „römische Katechismus". Zur Unterdrückung gefährlicher Geistesnahrung wurde der „Index der verbotenen Bücher" aufgestellt und hierin das Lesen der Bibel in der Volkssprache nur solchen gestattet, die nach dem Rat ihres Beichtvaters vom Bischof und vom Inquisitor schriftliche Erlaubnis dazu erhalten würden. Endlich erklärte das Trienter Konzil den Text der lateinischen Bibelübersetzung der Vulgata für „authentisch" und gebot, „daß niemand sich unterstehen solle, sie unter irgendeinem Vorwande zu verwerfen". Da aber der Text der bisherigen Ausgaben zahllose Verschiedenheiten zeigte, fertigte Papst Sixtus V. 1590 eine „völlig fehlerfreie" Ausgabe an und untersagte unter Strafandrohung, „auch nur die kleinste Partikel daran zu ändern, hinzuzufügen, wegzulassen". Clemens VIII. aber fand später so viele Fehler in dieser Ausgabe, daß er alle noch erreichbaren Exemplare aufkaufen und vernichten ließ und eine neue Ausgabe veranstaltete, die über 12000 Stellen änderte und einige dort gar nicht vorhandene Bücher aufnahm.

Damit schloß sich die katholische Kirche unwiderruflich gegen den Protestantismus ab und erklärte der neuen Zeit den Krieg bis aufs äußerste. Seitdem tritt in ihr ein kräftiger Aufschwung ein. Es zeigt sich wieder Begeisterung für die katholische Sache, Kampfesfreudigkeit, Eroberungslust, Opfermut. Auch ihre Bekämpfung des Protestantismus wird jetzt eine neue. Mit staunenswertem Fleiß und Scharfsinn machen sich katholische Schriftsteller daran, eine theologische Wissenschaft zu schaffen, die nachzuweisen sucht, daß die von Luther gebilligten Gedanken der Neuzeit nur bei gehorsamer Unterwerfung unter die römische Kirche nicht die schwersten Gefahren in sich schließen.

Auch in Deutschland konnte sich die katholische Kirche nur durch Kampf behaupten. Selbst in den Ländern, wo man rücksichtslos jede romfeindliche Regung niederschlug, in Österreich und Bayern, hatte trotz alledem der Protestantismus so mächtig um sich gegriffen, daß z. B. 1556 die niederösterreichischen Stände nur dann Hilfe gegen die Türkei bewilligen wollten, wenn ihnen freie Religionsübung zugestanden würde. Kaiser Ferdinand bewilligte ihnen wenigstens den Laienkelch. Ein paar Jahre später erklärten selbst die Prälaten dem Kaiser, sein ganzes Land werde offen vom katholischen Glauben abfallen, wenn

Digitized by Google

nicht Priesterehe und Laienkelch freigegeben würden. Noch schlimmer wurde die Lage, als 1564 der im evangelischen Glauben unterwiesene Maximilian II. zur Regierung kam. Nur die Rücksicht auf Spanien und die katholischen Reichsfürsten hielt ihn von dem formellen Übertritt zur evangelischen Kirche zurück. Er bewilligte seinen Landständen freie Religionsübung, und ein großer Teil des Adels führte für sich und seine Untertanen die Reformation ein.

Aber schon stand ein wohlgerüstetes und kampfbereites Heer bereit, um der Papstkirche alles Verlorene wieder zu erobern: der Jesuitenorden. Alle älteren Orden hatten sich als unfähig zum Widerstande gegen die Reformation erwiesen. Entweder hatten sich diese Mönche selbst der Reformation angeschlossen, oder sie hatten dieselbe mit den Waffen einer veralteten Zeit so bekämpft, daß die Welt darüber lachte. Was der Spanier Ignatius von Loyola wollte, war etwas so Neues, daß die Inquisition, als er in seiner Heimat begeisterte Anhänger fand, Argwohn schöpfte und ihn gefangensetzte. Als er sich in Rom mit seiner „Kompanie Jesus“ dem Papste zur Verfügung stellte, begegnete er auch hier allgemeinem Mißtrauen. Nur seine großartige Kunst, mit kluger Berechnung auf des Gegners besondere Art einzugehen, gewann den Papst, der am 27. September 1540 den Orden bestätigte.

Der Jesuitenorden sucht das katholische Christentum der von neuen Gedanken beherrschten Zeit anzupassen und der Christenheit für das von Luther gefundene und gepriesene Neue einen Ersatz in der katholischen Kirche zu bieten. Da die mittelalterliche Weltflucht keinen Eindruck mehr macht, soll dieser neue Orden sich nicht aus der Welt zurückziehen und seine Kraft in Askese verzehren, sondern in der Welt und auf die Welt wirken. Die Gewonnenen mögen in der Welt bleiben, wenn sie nur trotz ihrer Weltfreude der Kirche unterworfen bleiben und mit ihrem Weltwirken der Kirche nützlich sind. Auch dem Drange nach persönlicher Religiosität weist Ignatius einen Weg der Befriedigung. Luthers Gedanken, daß der einzelne Mensch durch den Glauben mit Gott persönliche Gemeinschaft erlange, lehnt Ignatius ab, weil so die Gefahr drohe, daß er auch der Kirche gegenüber sich als selbständig fühle, und weiß einen anderen Weg: wie durch das militärische Exerzieren die Kräfte des Körpers völlig in den Dienst des Willens, so müssen die Kräfte der Seele durch „geistliche Exerzitien“ unter die Herrschaft der Vernunft gestellt werden. Der so erzogene Mensch kann selbst seine Regungen regeln und hat das schmeichelhafte Bewußtsein, selbst etwas geworden zu sein. Der Selbständigkeitstrieb, dieses Merkmal der Neuzeit, ist so auf dem religiösen Gebiet voll befriedigt. Mit jener Herrschaft über sich selbst aber gewinnt man eine ungeheure Herrschaft über andere, die noch nicht so selbständig geworden sind. Wie das Herrschen über seine Kräfte nach Ignatius die höchste Vollendung darstellt, so bildet auch das Herrschen über andere das höchste Ziel der Wirksamkeit. Der tiefste Schade des Katholizismus, die Herrschsucht, treibt in diesem Orden seine vollendeten Blüten und drängt die edleren, göttlichen Bestandteile des Katholizismus aus dem Urchristentum beiseite.

Um in diesem Sinne zu wirken, galt es die in Haß und Verachtung geratene Ohrenbeichte neu zu beleben: wer sich ihr unterzog, war bereit, sich beherrschen zu lassen. Und nichts anderes gewährte so günstige Gelegenheit, über die Gewissen zu herrschen. In einer Zeit nun, da der weltliche Sinn so übermächtig und die Abneigung gegen Beichten und Büßen so groß geworden war, konnte man die Massen nur dann wieder zur Beichte gewöhnen, wenn man „das Joch Christi erleichterte“. Darum gingen die Jesuiten an eine Neubearbeitung der Moral, nach deren Vorschriften bei der Beichte zu verfahren war, und stellten so nachsichtige Grundsätze auf, daß das Gewissen abgestumpft, aber auch das Beichten erleichtert wurde. Sünde, so hieß es, ist nur die böse Tat, die mit vollem Bewußtsein vollbracht ist. Man braucht nicht immer das zu tun, was man selbst für das Richtige hält: man darf auch gegen sein Gewissen dem folgen, was eine Autorität für erlaubt erklärt hat. Sodann kommt es bei einer Tat immer auf die Absicht an. Weiter darf man andere dadurch täuschen, daß man Worte wählt, die sie falsch verstehen müssen. Ebenso dadurch, daß man zu dem, was man sagt, etwas hinzudenkt. Zu solchem Verfahren hat man das Recht, „sooft es gilt, seinen Körper, sein Leben, seine Ehre zu erhalten, sein Vermögen zu schützen oder irgendeine Tugend zu üben[1].“ Vgl. Bd. VII, S 108 f.

[1] Der Satz: „Der Zweck heiligt das Mittel“ ist in diesem Wortlaute nicht nachweisbar. Doch sagt z. B. Hermann Busenbaum: „Wenn das Ende (finis) erlaubt ist, so sind auch die Mittel erlaubt“, und Hurtado: „Durch den Endzweck werden die Mittel ehrlich gemacht (honestantur).“

Digitized by Google

Wie man sich so mit der Sündenliebe zurechtfand, ebenso auch mit dem Unglauben. Hatte man sich in früheren Jahrhunderten mit einer bloßen Zustimmung zu dem, was die Kirche lehre, begnügt, so erklärte man es jetzt für hinreichend, dem Glauben nur nicht öffentlich zu widersprechen. So wurde es möglich, auch die aller wahren Religiosität völlig Baren zu der im Beichten sich zeigenden rein äußerlichen Unterwerfung unter die Kirche zu bewegen.

Noch eine ganze Reihe anderer Orden oder Vereinigungen verdankt dem antiprotestantischen Aufschwung in der katholischen Kirche ihre Entstehung. Auch ihr Ideal war nicht mehr das Verlassen der Welt, sondern das Wirken in der Welt. Die sklavische Bindung durch unwiderrufliche Gelübde ward jetzt in so weiten Kreisen als Unnatur empfunden, daß man den Wiederaustritt aus solchen Vereinigungen möglich machte. Am folgenreichsten sind die Stiftungen des Vinzenz von Paul (1576—1660) geworden, vor allem die 1633 in Paris gegründete Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern. Immer nur für ein Jahr legen diese ihr Gelübde ab. Das Kloster ist nicht mehr ihre abgegrenzte Welt, sondern das der Ausbildung und dem Ausruhen dienende Mutterhaus. Als ihre Aufgabe erklärt es Vinzenz, nicht allein für den Körper zu sorgen, als vielmehr den Seelen der Armen zu helfen, daß sie ins Paradies eingehen: die Bekehrung der Ketzer ist eine Hauptaufgabe seiner Missionare und Schwestern, und der Jubel ist groß, wenn in diesem oder jenem Spital „Ungläubige" der Kirche wieder zugeführt worden sind.

Siegesfroh unternahm es der so gekräftigte Katholizismus, das Verlorene wiederzugewinnen, zuerst im Ausland. Seit 1542 wirkten die Jesuiten in Ostindien, Japan und China (vgl. Bd. I, S. 149, 183, 447) und bequemten sich den Verhältnissen so sehr an, daß sie das Christentum als eine chinesische Philosophie verkündigten und sich auch vor Götzenbildern anbetend niederwarfen. Nobili trat seit 1606 als Brachmane auf und ließ die Getauften bei ihren heidnischen Gebräuchen. Wohl entbrannte, als andere katholische Missionare dorthin kamen, darüber ein heißer Kampf; aber die mit solcher „Milde" von den Jesuiten erzielten Erfolge waren so großartig, daß selbst päpstliches Verbot dieses Verfahren nicht ausrottete. In Japan tauften sie viele Hunderttausende, bis ihre Einmischung in die Politik eine furchtbare Verfolgung und endlich die völlige Verschließung des Landes gegen jeden Christen hervorrief. In Paraguay dagegen gründeten sie einen selbständigen, von ihnen beherrschten Staat ganz nach ihren Wünschen (vgl. Bd. IX). Um das katholische Missionswesen zu festigen, stiftete Gregor XV. 1622 in Rom die „Propaganda".

Wo sich in Europa reformatorische Bewegungen zeigten, suchte diese der Katholizismus bald mit jesuitischer Klugheit, bald mit brutaler Gewalt zu vernichten. In Skandinavien blieb das Luthertum Sieger, aber in den Niederlanden wütete seit 1555 die Inquisition, ohne das Volk wieder zur katholischen Kirche zurückzuführen; die nördlichen Provinzen erlangten erst 1648 mit der politischen religiöse Freiheit.

Als sich in Frankreich trotz aller Verfolgungen die Protestanten vermehrten, wurde 1557 die Todesstrafe über alle nicht der Staatsreligion Anhangenden ausgesprochen. Das Märtyrerblut floß in Strömen. Die Niedermetzelung der zum Gottesdienst versammelten Protestanten in Vassy wurde das Signal zum Bürgerkriege. Nachdem der Friede von St.-Germain (1570) den Hugenotten Religionsfreiheit und bürgerliche Gleichberechtigung gewährt hatte, griff die katholische Partei zum Verrat. In der Bartholomäusnacht (1572; s. die Abbildung S. 383) begann die heimtückische Niedermetzelung der Protestanten in Paris, und Eilboten trugen den Mordbefehl in das ganze Land. Man schätzt die Zahl der Opfer auf mehr als 30000. Der Papst ließ die Kanonen der Engelsburg Freudenschüsse

Digitized by Google

donnern, die Glocken läuten, Tedeum singen, eine Denkmünze prägen. Neue Bürgerkriege folgten (vgl. Bd. VII, S. 106 f). Heinrich IV. sicherte durch das Edikt von Nantes (1598) den Protestanten ihre religiösen und politischen Rechte zu, und nach neuen Bedrückungen hat Richelieu wohl die politische Macht der Hugenotten gebrochen, aber auch in dem „Gnadenedikt" von Nîmes (1629) ihnen ihre kirchlichen Rechte bestätigt. Die so oft versuchte Vernichtung der französischen evangelischen Kirche gelang erst einige Jahrzehnte später.

Auch in Italien, selbst in Spanien hatte die Reformation Anhänger gefunden. Hier aber rottete die Kirche durch blutige Verfolgung in kurzer Zeit auch die letzte Spur von antipäpstlichen Regungen aus. Um 1570 waren beide Länder „reingefegt".

Zeitgenössisches Flugblatt auf die Bartholomäusnacht.
Nach dem Original im Kupferstichkabinett zu Berlin. Von links kommt Coligny („Der Admiral") geritten. Der Stich trägt die Unterschrift:

„Hie ist zu sehen, in was gestalt
Verliern das Leben jung und alt,
Auf einer Hochzeit zu Paris
So das zu gericht soll sein gewis.
Da virt ermordt der Admiral
Mitt seinem Adel alzumal
So sampt den dienern wirt geacht,
Das drei tausend seien vmbgebracht.

Der Kunig von Nauarre, auch Condé
Ist gfangen auch vom Adel mehe
Der Hugenotten man, weib vnd kindt
Seind hingeferttigt gar geswindt
Dern anzall sich funfftausent erfint.
Am XII. tag August
Im Jar MDLXXII.

In England hatte einst König Heinrich VIII. (1509 bis 1547) sich mit solcher Energie an dem literarischen Kampf gegen Luther beteiligt, daß ihm dafür der Papst den Titel „Verteidiger des Glaubens" verliehen hatte. Als er aber, in Liebe zu Anna Boleyn entbrannt, eine Ungültigkeitserklärung seiner Ehe mit der Tante des Kaisers Karl in Rom nicht erlangte, hatte er sich (seit 1531) vom Papst losgesagt und sich selbst zum alleinigen Oberhaupt der englischen Kirche gemacht, ohne im übrigen ihren katholischen Charakter anzutasten. Eine solche romfreie Kirche befriedigte jedoch tiefere Gemüter nicht. Daher verschaffte der für den Calvinismus begeisterte Erzbischof von Canterbury, Thomas Cranmer, vor allem unter dem unmündigen Eduard VI. (1547—53) auch diesem neuen Geiste in England Eingang (vgl. Bd. VI, S. 381 ff). Was Wunder, daß unter der katholischen Maria der Versuch gewagt wurde, die päpstliche Herrschaft wiederherzustellen. Als die evangelische Elisabeth den Thron bestieg, sprach Papst Paul IV. ihr die Krone ab. Dann schlichen sich nach und nach Hunderte von Jesuiten in England ein, vom Papst ermahnt, „die ruchlose Isebel aus dem Wege zu räumen". Immer wieder wurden Attentate auf die Königin entdeckt. Der katholische Philipp von Spanien sandte vorwiegend aus kirchlichen Beweggründen seine furchtbare Armada nach England. Unter Jakob I. wollten die Katholiken bei Eröffnung des Parlaments den König und alle Versammelten in die Luft sprengen; der Superior der Jesuiten wußte jedenfalls vorher um diese „Pulververschwörung" (Bd. VI, S. 396). Waren

Digitized by Google

auch alle diese Unternehmungen erfolglos, so zeigten sie doch klar genug, welchen Zielen die wiedererstarkte Papstkirche zustrebte.

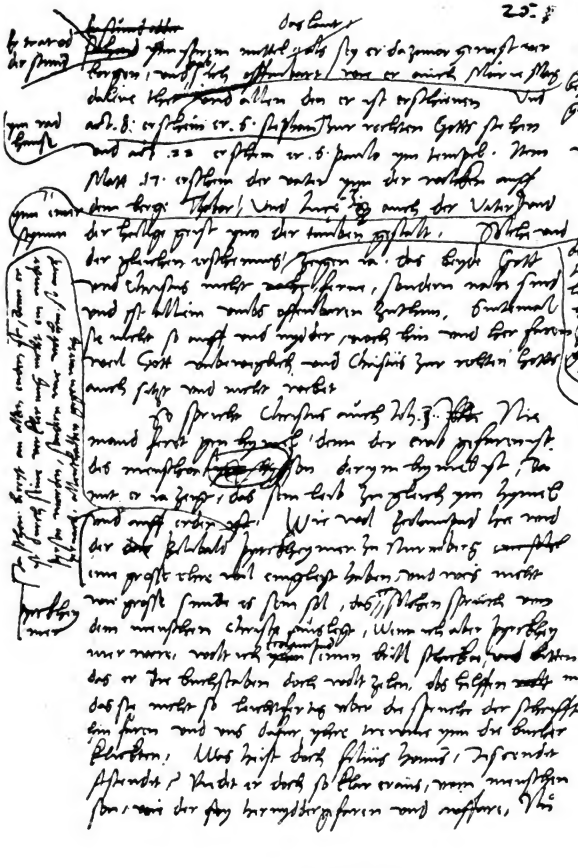
In Deutschland unternahmen die Jesuiten von ihren Hauptsitzen Wien, Köln und Ingolstadt aus die Ausrottung des Protestantismus. In Bayern wurden seit 1564 alle evangelischen Prediger verjagt, der protestantische Adel von den Landtagen ausgeschlossen, alle evangelischen Untertanen, die sich nicht bekehren wollten, zur Auswanderung genötigt. Diesem Beispiel folgten die geistlichen Fürsten. Ferdinand II. von Österreich, durch Jesuiten erzogen, gelobte vor Antritt der Regierung vor dem wundertätigen Marienbilde zu Loreto, in seinen Erblanden aller Ketzerei ein Ende zu machen. Gab es an manchen Orten seines Reiches fast keinen Katholiken mehr, so ruhte Ferdinand nicht eher, als bis alle seine Untertanen „in den Schafstall der katholischen Kirche zurückgebracht" oder vertrieben waren. Immer kühner gingen die Jesuiten vor und verlangten öffentlich die Beseitigung des Augsburger Religionsfriedens. Diese Angriffe erleichterte die offenkundige Gegensätzlichkeit zwischen Lutheranern und Calvinisten. Denn neben der von Luther ausgegangenen Bewegung hatte sich in der Schweiz eine etwas andere Gestalt des Gegensatzes gegen Rom herausgebildet.

Huldreich Zwingli. Nach dem zeitgenössischen Ölgemälde eines unbekannten Meisters.

Die Verschiedenheit zwischen der lutherischen und der reformierten Richtung beruht auf dem verschiedenen Gottesbegriff ihrer Urheber. Durch innere Erfahrungen war Luther zu der Gewißheit gelangt, daß Gott die absolute Liebe sei. Zwingli (s. die nebenstehende Abbildung) dagegen sieht, je mehr er eine selbständige Stellung gewinnt, Gott als das Höchste, den Unbeschränkten an. Wenn er Gott „das höchste Gut" nennt, so schließt er darin nicht das zusammen, was Gott zu unserem höchsten Gute macht, sondern was dazu gehört, daß er an sich, für sich selbst, der Höchste ist. Beide eifern für Gottes Ehre, aber in verschiedener Richtung. Luther will die Menschen dahin führen, daß sie in der Liebe Gottes selig sind. Denn im Unterschied von dem, worein der selbstsüchtige Mensch seine Ehre setzt, besteht nach ihm Gottes höchste Ehre in dem Geben, dem Beseligen. Weil aber der Mensch nur auf dem Wege völlig freier Aneignung selig werden kann, will Luther nichts von Zwang wissen. Er frohlockt, wenn nur einzelne zum wahren Glauben gelangen; Verfolgung der Wahrheit setzt ihn nicht einmal in Verwunderung. Zwingli dagegen will die Hoheit Gottes um jeden Preis gewahrt wissen, deshalb ein christliches Gemeinwesen schaffen, worin Gottes Gesetz von allen befolgt werden muß, die Verfolgung der Wahrheit unmöglich machen und verschmäht zur Erreichung seiner Ziele selbst politische Unternehmungen nicht. Der Gegensatz offenbarte sich in der verschiedenen Stellung zu den Sakramenten. Luther erblickte darin Beweise der Liebe Gottes, die uns himmlische Güter geben will, Zwingli Beweise unseres Gehorsams gegen Gott. Luther betet die Herablassung des Herrn an, der im Abendmahl sich selbst mit seinen Gläubigen vereinigt (s. die beigeheftete Tafel), nach Zwinglis Anschauung kann sich das erhabene Göttliche gar nicht so mit dem Irdischen vereinigen, daß im Brote und Weine Christi Leib und Blut empfangen würde. Schon 1525 erklärte Zwingli, die lutherischen Gegner würden „von einem anderen Geiste getrieben" als er; und auf dem Religionsgespräch zu Marburg (1529), wo Zwingli, voll von seinen politischen Plänen, eine Einigung mit den Wittenbergern erstrebte, sagte Luther: „Ihr habt einen anderen Geist als wir", obgleich er, von der eigentlichen Tendenz dieser ganzen Unterredung nichts ahnend, von der Zukunft eine Ausgleichung der Gegensätze erhoffte.

In ein wenig veränderter Gestalt drang diese schweizerische Bewegung weit über ihre Heimat hinaus. Fünf Jahre nach dem Tode Zwinglis, 1536, gründete Calvin (sein Bildnis s. Bd. VII, S. 103) in Genf ein Gemeinwesen, in dem sich alles vor dem Gesetze Gottes beugen sollte. Jeder einzelne Bürger mußte sich auf ein Glaubensbekenntnis eidlich verpflichten.

Digitized by Google



Luthers Handschrift.

Eine Seite aus dem Druckmanuskripte der i. J. 1527 herausgegebenen Schrift: Dass diese Worte Christi „Das ist mein Leib" etc. noch feststehen, wider die Schwarmgeister. Nach dem Original in der Königlichen Bibliothek zu Kopenhagen.

Digitized by Google

Eine abessinisch-christliche Prozession vor der Kirche des heiligen Michael in Ankober, um 1800.
Nach John Martin Bernatz, Scenes in Ethiopia.

Digitized by Google

Erklärung und Umschrift der vorstehenden Lutherhandschrift.

Gegen die vielfachen Angriffe, die seine Abendmahlslehre erfahren hatte, richtete Luther die umfangreiche Schrift „Daß diese Worte Christi ‚Das ist mein Leib' ꝛc. noch feststehen". Das bisher unbekannte Manuskript wird in der Königlichen Bibliothek zu Kopenhagen aufbewahrt; nur sind ein paar Blätter herausgenommen, die sich jetzt auf der Landesbibliothek in Dresden befinden. Das Manuskript bietet ein besonderes Interesse durch die verhältnismäßig vielen Korrekturen. Während fast alle übrigen handschriftlich erhaltenen Erzeugnisse der schriftstellerischen Tätigkeit Luthers so mühelos aus der Feder geflossen sind, daß sich manche Seiten finden, auf denen er auch nicht einen Buchstaben zu ändern für nötig fand, bereitete ihm diese einen so wichtigen Gegenstand behandelnde Abwehrschrift gegen die verschiedensten Gegner nicht geringe Schwierigkeit. Daher sieht er sich häufig veranlaßt, einzelne Ausdrücke oder die Satzbildung zu ändern, ganze Abschnitte wieder zu tilgen, kürzere oder längere Absätze am Rand oder auf besonderen Blättern nachzutragen. Ja, er unterzog die ganze Arbeit nach ihrer Vollendung einer nochmaligen Durchsicht und nahm dabei mit anderer Tinte neue Verbesserungen vor. So hatte er auf der wiedergegebenen Seite mit dem Worte „folgend" begonnen, entschloß sich aber dann, etwas anderes zu sagen, schrieb deshalb dafür „Er stund odder". Ehe er aber mit „trat" fortfuhr, erinnerte er sich, daß es an der betreffenden Stelle in der Bibel heiße „er trat", daß also dieses Wort voranstehen und die Erklärung „odder stund" erst darauf folgen dürfe, änderte also zu „Er trat odder stund". Bei der Korrektur erkannte er, es sei zur größeren Klarheit notwendig, vor „als sey" ein „das laut" einzufügen.

Die Zahl „25" ist erst in späterer Zeit als Blattzahl hinzugefügt. Das „H" oben am Rand ist von dem Setzer zur Bezeichnung der Signatur des Bogens mit Rotstift angemerkt.

Der Text, wie er gedruckt werden sollte, lautet:

„Er trat odder stund ynn yhrem mittel das laut, als sey er da zuvor gewest verborgen, vnd hab sich offenbart, wie er auch Marie Magdalene thet bey dem grabe vnd allen den er ist erschienen Vnd act. 8. erschein er .s. stephan ym radhause zur rechten Gotts stehen vnd act. 22 erschein er .s. Paulo ym tempel. Item Matt. 17. erschein der vater ynn der wolcken auff dem Berge Thabor, Vnd Luce .3. auch der Vater ynn einer stymm vnd der heilige geist ynn der tauben gestalt, Solche vnd der gleichen erscheinung, den Propheten, apostelen vnd heiligen gar vielmal geschehen zeigen ia, das beyde Gott vnd Christus nicht ferne, sondern nahe sind vnd ist allein vmbs offenbaren ßuthun, Sintemal sie nicht so auff vnd nydder, noch hin vnd her faren weil Gott vnbeweglich vnd Christus zur rechten Gotts auch sitzt vnd nicht webet

So spricht Christus auch Joh. 3. Niemand feret gen hymel, denn der erab gefaren ist. des menschen son der ym hymel ist, Damit er ia zeigt, das sein leib zugleich ym hymel vnd auff erden, ia schon bereyt an allen enden ist, Denn er ist durch

Digitized by Google

seine verklerung nicht ein ander Person worden, sondern wie vorhin, so auch hernach, allenthalben gegenwertig Wiewol Ecolampad hie widder Bilibald Pyrckheymer zu Nurmberg eine grosse ehre wil eingelegt haben, vnd weis nicht wie grosse sunde es sein sol, das Pyrckheymer solchen spruch von dem menschen Christo auslegt, Wenn ich aber Pyrckheymer were, wolt ich Ecolampad einen brill schicken, vnd bitten das er die buchstaben doch wolt zelen, obs helffen mocht das sie nicht so leichtfertig vber die spruche der schrifft hin furen vnd vns dafur yhre trewme ynn die bucher flickten, Was heist doch filius hominis, Descendit Ascendit? Redet er doch so klar eraus, vom menschen son, wie der sey hernyddergefaren vnd auffare, Nu . . ."

Erklärung zu der Tafel „Eine abessinisch-christliche Prozession vor der Kirche des heiligen Michael in Ankober, um 1800".

Ankober (= Anko-Paß) wurde von dem abessinischen König Sahela Salassié dem Gallastamme der Anko abgenommen und zur Hauptstadt gemacht. Um 1850 hatte sie etwa 3000 Häuser und Hütten, die sich auf dem Rücken und dem Westabhang eines majestätisch über die Umgegend emporragenden Gebirgszuges ausbreiten; dieselbe Bauart findet man bei allen größeren Ortschaften Schoas.

Besonders malerisch sind in Abessinien die Kirchen, die sich äußerlich nur durch das dem konischen Dach aufgepflanzte Kreuz von den anderen Gebäuden unterscheiden, angelegt. Das gilt auch von der Kirche des heiligen Michael in Ankober, die auf dem den Adaiel-Niederungen zugekehrten Bergabhang erbaut ist. Die abgebildete Prozession gilt einem gedeihlichen Wachstume der jungen Saat und wird gegen das Ende der dreimonatigen Regenzeit im September unternommen. Der Schirm, der vorangetragen wird, ist aus gediegenem Silber hergestellt und darf nur vom König selbst oder von Geistlichen, die sämtlich dem in Kairo residierenden koptischen Patriarchen von Alexandria unterstehen, getragen werden; der Hauptschmuck der Oberpriester besteht gleichfalls aus Silber. Der Baum an der rechten Seite ist eine Euphorbia abyssinica. Der Künstler, dem wir dies Bild verdanken, hat sich gelegentlich der von Indien ausgeschickten Gesandtschaft des Kapitäns William Harkis (1841—43) nach einem dreimonatigen Wege von Tadschurra nach den Adaiels noch elf Monate in Schoa selbst aufgehalten. (Vgl. auch Band III, S. 170.)

Nach: Scenes in Ethiopia, drawn and described by John Martin Bernatz, vol. II; München und London 1852.

Digitized by Google

Alle Gemeindeglieder wurden durch Laienälteste beaufsichtigt. Unter furchtbaren Kämpfen und durch Anwendung der schärfsten Maßregeln hat er endlich sein Ideal verwirklicht. Was anfangs mit den bittersten Strafen erzwungen werden mußte, das wurde allmählich öffentliche Sitte. Nichts von Gottlosigkeit, nichts von religiöser Gleichgültigkeit trat mehr ans Licht. Die vorgeschriebene Kirchlichkeit und gesetzliche Lebensordnung beherrschte alles. Damit meinte Calvin die Herrschaft Gottes aufgerichtet zu haben. Er hat der reformierten Christenheit ihr bleibendes Gepräge verliehen. Denn die von Zwingli herrührende Richtung drängte er, der Luthern wegen seiner größeren Tiefe weit über Zwingli stellte, fast gänzlich beiseite; und durch seinen ausgebreiteten Briefwechsel und seine vielen Schriften gewann er weit über die Schweiz hinaus gewaltigen Einfluß. In Genf fanden die aus ihrer Heimat vertriebenen Franzosen und Engländer eine Zuflucht; mit dem Geiste Calvins erfüllt, kehrten sie (so auch John Knox) in ihr Vaterland zurück. In Genf gründete er eine Universität, welche die auswärtigen reformierten Gemeinden mit Predigern versorgte und ihnen den streng calvinistischen Geist einflößte.

Während dem echt lutherischen Geiste gar nichts daran liegt, ob sich ein Mensch nur äußerlich den Geboten Gottes unterwirft, während er vielmehr fürchtet, solche Gesetzmäßigkeit könne den Menschen daran hindern, die Gemeinschaft mit Gott zu suchen und zu finden, betont der reformierte Geist, daß Gott der unumschränkte Herr sei, und will erzielen, daß dieses Herrn Wille geschehe; können auch nicht alle zur Seligkeit geführt werden, so kann man doch zum äußerlichen Gehorsam alle zwingen. Daher trägt das reformierte Christentum einen strengen, gesetzlichen Zug; es vermag aber auch weit mehr als das Luthertum eine allgemeine Kirchlichkeit und Sittlichkeit zu erzielen, Volkskirchen zu schaffen und in Zucht und Ordnung zu erhalten. Ist doch eins seiner charakteristischen Merkmale die Forderung des Presbyteramts, das eine regelmäßige und strenge Kirchenzucht zu üben habe. Weiter neigt es dazu, für die Ehre Gottes, wenn die geistigen Mittel nicht ausreichen, auch mit rein weltlichen Mitteln zu kämpfen. In Frankreich, in den Niederlanden, in Schottland schlossen sich die Calvinisten zu einer politischen Partei zusammen und ergriffen zur Verteidigung ihres Glaubens immer wieder die Waffen. Anderseits aber weckte auch dieser Eifer für die Ehre Gottes edlen Opfermut und großartigen Tatendrang. Damit hängt zusammen, daß, während Luther nur da wirken will, wo sein Beruf es ihm zur Aufgabe macht, der reformierte Geist überall die Ehre Gottes ausbreiten möchte.

Deshalb ließ sich schon Calvin nicht an dem genügen, was er in Genf erreicht hatte. Wie er in der ganzen Schweiz allmählich die Lehre Zwinglis verdrängte, so wollte er auch über die lutherischen Gebiete Deutschlands siegen. Um 1551 schien er der Verwirklichung dieses Planes nicht mehr fern zu sein. Alle evangelischen Gemeinschaften Europas waren unter seinen Einfluß gekommen. Nur noch das nordöstliche Deutschland hielt am Luthertume fest. Und selbst Melanchthon stand nicht mehr treu zur Lehre des deutschen Reformators. Der Hamburger Prediger Westphal warnte zuerst vor der Gefahr, daß der Calvinismus das gesamte Luthertum aufzusaugen drohe. Es folgten erbitterte Kämpfe. Sie öffneten den lutherisch Gesinnten die Augen darüber, daß sie als die Erben des von den Vätern Errungenen rücksichtslos für die Erhaltung dieses Erbes zu streiten hätten. Selbst in Kursachsen kamen die Freunde der Lehre Calvins zur Herrschaft. Als dem gut lutherisch denkenden Kurfürsten endlich klar wurde, was sie beabsichtigten, setzte er ihre Führer gefangen und entfernte alle Prediger, die nicht der lutherischen Lehre zustimmen wollten, aus ihren Ämtern (1574).

Das Ergebnis dieser heißen Kämpfe war die Überzeugung der Lutherischen, daß eine kirchliche Vereinigung mit dem Calvinismus unmöglich sei, vielmehr nur dann die größte Verwirrung aus den Gemeinden

Digitized by Google

ferngehalten werden könne, wenn man sich bestimmt gegen die reformierte Kirche abschließe. Dazu kam, daß auch unter ihnen selbst über andere Lehrpunkte Streitigkeiten entstanden waren. Deshalb suchte man ein neues Bekenntnis aufzustellen. So entstand die Konkordienformel, mit der man die drei altkirchlichen Symbole und die früheren lutherischen Bekenntnisse, die von Melanchthon verfaßte Augsburgische Konfession und ihre Apologie sowie die von Luther herrührenden Schmalkaldischen Artikel (s. die Tafel bei S. 96 des VII. Bandes) und beide Katechismen zu einem Werke, dem Konkordienbuche, vereinigte (1580). Dieses wurde zwar nicht von allen lutherischen Landeskirchen angenommen, aber doch unterschrieben von einundfünfzig Fürsten und Herren, fünfunddreißig Städten und neuntausend Theologen oder Gemeinden.

Die einzelnen reformierten Kirchen hatten schon in der Zeit zwischen 1559 und 1566 eigene Bekenntnisschriften aufgestellt. Als aber Arminius in Leiden gegen die Lehre Calvins, daß Gott die einen zur Verdammnis, die anderen zur Seligkeit vorherbestimmt habe, auftrat und zahlreiche Anhänger fand, suchte die Synode zu Dordrecht (1618—19) ein für alle Reformierten geltendes Bekenntnis aufzustellen, das jene Prädestinationslehre für richtig erklärte, aber ihre allzu abstoßenden Schärfen milderte. Wohl nahmen nicht alle reformierten Kirchen die Dordrechter Beschlüsse an. Doch hatten nun beide protestantischen Kirchengemeinschaften versucht, durch bestimmte Grenzabsteckung der beständigen Beunruhigung der Gemeinden zu wehren.

Gleichzeitig festigte sich noch eine andere Gestalt des Protestantismus. Elisabeth von England hoffte ihrem Lande Ruhe zu geben, indem sie auch die Wünsche der römisch Gesinnten möglichst berücksichtigte. Zu dem Zwecke wurden 1563 die „neununddreißig Artikel" aufgestellt, die den besonderen Charakter der anglikanischen Staatskirche festsetzen, eine eigentümliche Mischung von mild reformiertem und katholischem Geist, jener vorwiegend im Lehrgehalt, dieser im Kultus und in der bischöflichen Verfassung vertreten (vgl. Bd. VI, S. 391). Doch gelang es nicht, diese neue Kirchengestalt allen aufzudrängen. Denn schon war die Zahl der strengen Calvinisten zu groß geworden. Puritaner nannte man diese, weil sie die Staatskirche für unrein erklärten, Presbyterianer nach ihrer Verfassung.

Seit 1567 bilden solche Kreise im geheimen freie Gemeinden. Es war für sie eine mächtige Stärkung, als Schottland, in dem der Puritanismus die Alleinherrschaft erlangt hatte, mit England zu einem Reiche vereinigt wurde (1603). Als nun Karl I. (1625—49) der schottischen Kirche eine neue Abendmahlsfeier aufzudrängen suchte und die Schotten gegen ihn ein Heer aussandten, wählten die Engländer in das Parlament, das die Gelder zur Niederwerfung des Aufstandes bewilligen sollte, fast nur Puritaner. In dem nun entbrennenden Bürgerkriege (1642—45) wurden die königlichen Truppen durch das Heer des Parlaments vernichtet. Der König mußte das Schafott besteigen. Jetzt aber zeigte sich, daß in dieser großen puritanischen Partei neben den echten Söhnen Calvins noch eine andere Richtung mächtig geworden war. Vor den katholischen Verfolgungen waren nicht wenige Engländer nach den Niederlanden geflüchtet und hatten den gerade hier stark vertretenen schwärmerischen und sektierischen Geist in sich aufgenommen. Ebenso hatten Wiedertäufer des Festlandes in England eine Zuflucht gefunden und ihre antikirchlichen Ideen verbreitet. So hatte sich ein radikaler, enthusiastischer Subjektivismus herausgebildet, der mit der gesamten kirchlichen Entwickelung brechen, keinerlei äußerliche Normen und Ordnungen anerkennen und den Einzelnen, als vom göttlichen Geiste geleitet, einzig von der Stimme in seinem Inneren abhängig wissen wollte. Es war ein Kongregationalismus, weil er nur kleine autonome religiöse Gemeinschaften kannte. Es war Independentismus, weil er von einer Staats- oder Landeskirche, auch von synodaler Überordnung nichts wissen, sondern die Einzelgemeinden absolut unabhängig sehen wollte. Diese religiösen Gedanken aber waren aufs engste mit politischen Zielen verknüpft. Rechtmäßigerweise sollte Gott allein König sein. Nur um der Sünde willen gibt es Fürsten. Im Grunde steht alle Autorität und Macht bei dem Volke. Hochverräter ist also jeder König, der sich im Krieg gegen sein Volk befindet. So auch Karl I. Vor allem im Heer und in seinem Führer Oliver Cromwell war dieser Geist lebendig. Die Offiziere hielten persönlich zweimal täglich Gottesdienst. Nach der Hinrichtung des Königs regierte Cromwell mit dem Parlament. „Die Heiligen Gottes saugen an auf Erden zu regieren", jubelte er. Aber die schwärmerische Politik dieser Heiligen drohte bald die Republik in die schwersten Verwickelungen zu stürzen. Darum wurde das Parlament aufgelöst und Cromwell Lord-Protektor. Nun suchte er jenem unbändigen Subjektivismus seiner ehemaligen Genossen Zügel anzulegen, so daß sie zu seinen erbittertsten Feinden wurden. In dieser Welt ist es nun einmal unmöglich, daß jeder einzig seinem „inneren Lichte" folgt, mag er dieses auch für

Digitized by Google

den „Heiligen Geist" ausgeben. Wie wenig aber jene laute, enthusiastische, unreine Frömmigkeit wahrhafte Religiosität zu pflanzen vermocht hatte, das zeigte sich, als nach dem Tode Cromwells wieder die Stuarts den Thron bestiegen. Sie konnten wieder in religiöser Beziehung als Despoten und in sittlicher Beziehung fäulniserregend wirken. Eine Frucht aber haben all diese religiösen Kämpfe doch schließlich gebracht: Wie schon Cromwell die Duldung aller verschiedenen Richtungen proklamierte, nur den Katholizismus aus politischen Gründen ausschließend, so hat Wilhelm von Oranien 1689 allen Dissenters mit Ausnahme der Katholiken und Sozinianer Religions- und Kultusfreiheit gewährt. Die Gesetze von 1828 und 1829 haben die politische Gleichstellung der Dissenters mit den Gliedern der Staatskirche hinzugefügt. Und während die Puritaner in England ihr freiheitliches Ideal nicht völlig verwirklichen konnten, fanden sie einen günstigeren Boden in Nordamerika. Hier wurden sie durch nichts eingeengt. Hier konnte sich der extreme Subjektivismus so frei entfalten, daß mehr als 150 protestantische Denominationen nebeneinander entstanden sind.

In Deutschland aber wurde noch von besonderem Gewicht der Übertritt des lutherischen Kurfürsten Johann Sigismund von Brandenburg zur reformierten Kirche (1613). Groß war die Erregung über diesen Konfessionswechsel in seinem Lande, aber naturgemäß blieb in einer Volkskirche das Vorbild und der Wunsch des Landesherrn nicht ohne Wirkung, und selbstverständlich standen ihm manche Wege offen, um ohne direkte Rechtsverletzung das Luthertum zu beschränken. Damit war der Grund zu der Unionspolitik der Hohenzollern gelegt. Es entstand aber auch ein Gegensatz zwischen den bedeutendsten evangelischen Mächten Deutschlands, zwischen Brandenburg und Sachsen, der die Macht des Protestantismus aufs gefährlichste schwächte.

Folge all dieser Vorgänge auf dem religiösen Gebiete war der Dreißigjährige Krieg, dessen Ende völlige Erschöpfung auf beiden Seiten. Der katholische Teil verschloß sich nicht mehr der Erkenntnis, daß den Protestantismus wieder verschwinden zu machen eine Unmöglichkeit sei, daß man ihn als selbständige Macht anerkennen müsse. Der Westfälische Friede (1648) setzte die Gleichberechtigung der Religionsparteien, auch der Reformierten, fest (Bd. VII, S. 130). Wohl erklärte Papst Innocentius X. den Frieden für ungültig und seine Artikel auch für die, die sie beschworen hätten, für unverbindlich. Aber Deutschland hatte des Elends zuviel erlebt, um sich nochmals in einen Religionskrieg hetzen zu lassen. Nicht nur einen Dreißigjährigen, vielmehr einen hundertdreißigjährigen Krieg beendete der Westfälische Friede. Er erkannte die von der mittelalterlichen Kirche gelegnete Daseinsberechtigung derer an, welche die Ideen der Neuzeit auf religiösem Gebiete vertraten. Die evangelische Kirche als selbständige Gemeinschaft war sichergestellt.

2. Die einseitige Ausbildung der religiösen Richtungen (1650—1750).

A. Orthodoxie, Pietismus, Freidenkertum in der evangelischen Kirche.

Erst jetzt, da die Gedanken von der Freiheit des Einzelnen und von der Berechtigung des Weltlichen politische Anerkennung gefunden hatten, konnten sie sich auf allen Gebieten frei auswirken. Und auch in die noch äußerlich der katholischen Kirche unterworfenen Gebiete drangen die neuen Anschauungen mehr oder weniger ein. Selbständig entfaltete sich nun das weltliche Leben, die staatliche Politik, die soziale Bewegung, Kunst und Wissenschaft. Vor allem die Naturforschung und die Philosophie stellten sich auf eigene Füße. So trat eine ganze Anzahl geistiger Interessen neben das für Kirche und Religion. Die Kirche nahm also nicht mehr die alles beherrschende Stellung ein, und wer ihre religiöse Bedeutung nicht würdigte, erkannte sie auch nicht mehr als Größe an, so daß bei vielen eine Entfremdung von ihr stattfand. Da sich jetzt die Kirche vorwiegend auf das ihr ureigene Gebiet beschränken

Digitized by Google

mußte, schlugen jene weltlichen Bestrebungen auch Bahnen ein, die das Christentum nicht gutheißen konnte. Anderseits setzte sich auch erst jetzt, da die Forderung, daß auf dem religiösen Gebiete jeder Zwang ausgeschlossen sein müsse, anerkannt worden war, der Gedanke der Gewissensfreiheit in immer weiteren Kreisen durch. Selbst wer einer Autorität folgte, wollte dies in Freiheit tun. So trat eine Selbständigkeit des Einzelnen der Kirche gegenüber ein. Wie nahe aber lag es nun, den Glauben zu etwas rein Willkürlichem zu machen, als eine Sache des bloßen Beliebens zu behandeln, ob man überhaupt etwas oder was man glauben wolle. Während das Christentum fordert, persönliche Überzeugung von dem zu gewinnen, was tatsächlich wahr ist, verfluchte der neue Gedanke unter Umständen dahin, daß man sich irgendeine Überzeugung einredete und sich bei ihr beruhigte.

Paul Gerhardt. Nach „Der Protestantismus am Ende des 19. Jahrhunderts in Wort und Bild" (Berlin o. J.).

Für die evangelische Kirche entstand so die Gefahr, um des Mißbrauchs willen, den viele mit den Anschauungen der Neuzeit trieben, an diesen selbst wieder irre zu werden, wieder einer falschen Beurteilung des Weltlichen Raum zu gewähren und in einer Scheu vor religiöser Freiheit eine bloß äußerliche Zustimmung zu dem Kirchenglauben zu erstreben. Nach ihren Prinzipien durfte sich die evangelische Kirche trotz der Festlegung ihrer Lehre in den Bekenntnisschriften niemals mit dem Ererbten begnügen. Froh über den durch Aufstellung der symbolischen Bücher erzielten Abschluß der Lehrentwickelung hatten schon früher evangelische Theologen begonnen, die kirchlichen Lehren zu einem festgefügten Systeme zu verarbeiten. Jetzt, da der Bestand der Landeskirchen äußerlich gesichert war, galt es, auch ihren inneren Bestand dadurch zu sichern, daß man durch eine bis auf das einzelnste sich erstreckende Ausprägung der Lehre die eigene Kirchengemeinschaft vor Einflüssen aus anderen Konfessionen schützte. Um die aus so verschiedenen Elementen bestehenden Landeskirchen zusammenzuhalten, suchte man die einzelnen Glaubenssätze auch den nicht von warmem Interesse bewegten Gliedern einleuchtend zu machen. Auf dem Wege des Beweises suchte man einzuprägen, was doch nach lutherischen Grundsätzen nur der aufrichtig Suchende auf dem Wege der Erfahrung als Wahrheit erkennen kann, und begnügte sich mit einer äußerlichen Zustimmung zur Kirchenlehre, mit einer toten Orthodoxie. Neben dieser Abneigung gegen das echte, auf Umwandlung des Menschen hinzielende Christentum gewahren wir jedoch beständig die andere Richtung, die das Erbe der Reformation reiner bewahrt hat: die Hervorkehrung des warmen und daher auch im Leben sich beweisenden Glaubens. Die Vertreter dieser Richtung haben die Gefahr, die durch die tote Orthodoxie über die Kirche heraufbeschworen wurde, erkannt und vor ihr gewarnt.

So schon früher der Celler Generalsuperintendent Johann Arndt (gest. 1621) mit seinem vielgelesenen Werke „Das wahre Christentum"; der Rostocker Professor und Superintendent Heinrich Müller (gest. 1675), der über die „vier stummen Kirchengötzen" klagte, auf die man sich verlasse, nämlich die Teilnahme an der Taufe, der Predigt, der Beichte und dem Abendmahl; der Oberhofprediger in Quedlinburg Christian

Digitized by Google

Scriver (gest. 1693) mit seinem berühmten „Seelenschatz". Der unermüdliche Sänger Paul Gerhardt (gest. 1676; s. die Abbildung S. 388) stand so fest in seinem lutherischen Bekenntnis, daß er vor den Unionsbestrebungen des Großen Kurfürsten sein Amt in Berlin aufgab; und doch konnte er so innig und so warm dichten, daß seine Lieder weit über die lutherische Kirche hinausgedrungen sind; und jener größte aller Tonkünstler, Johann Sebastian Bach (1685—1750; s. die untenstehende Abbildung), hat alles, was ein evangelisches Christenherz nur bewegen kann, in seinen unvergleichlich tiefen Kompositionen dargestellt.

Aber teilweise bemerkt man auch an solchen Männern schon Ansätze zu dem Pietismus, dessen eigentlicher Vater in Deutschland Philipp Jakob Spener (1635—1705; s. die Abbildung S. 391) ist, seit 1666 Senior des geistlichen Ministeriums zu Frankfurt a. M. Dieser hat in einer Zeit, da die tote Orthodoxie in der Theologie nahezu allein herrschte, die Religiosität neu belebt. Daß der Glaube, dessen man sich rühmte, nicht das Leben umwandelte, das war es, was ihn betrübte. Er stellte sich auf Luther, welcher der Christenheit den wahren Glauben wiedergebracht habe, wollte nicht irgendwie dessen Lehre antasten, aber über diesen hinausführend das Leben reformieren. In Wirklichkeit jedoch hatte er etwas von dem Geiste der Orthodoxie beibehalten. Denn Luther lehrte, daß der wirkliche Glaube ein neues persönliches Verhältnis des Menschen zu Gott schaffe, das ganz von selbst ein neues Verhalten des Menschen hervorbringe. So müsse dem eingebildeten Glauben aus seinen Früchten gezeigt werden, daß er tot, also kein Glaube sei; es müsse auf die Erzeugung lebendigen Glaubens hingearbeitet werden, wenn man wirkliche christliche Sittlichkeit erzeugen wolle. Spener hat allerdings auch dieses ausgesprochen, und davon rührt das Leben her, das er der erstorbenen Kirche wieder eingeflößt hat; aber er hat daneben auch neue Mittel angewandt, um gleichsam die Kraft des göttlichen Wortes zu verstärken; und diese hatten etwas Äußerliches, Gesetzliches, Mechanisches an sich und trugen ungesunde Bestandteile in den Pietismus hinein.

Die Thomaskirche in Leipzig in ihrer früheren Gestalt, die Wirkungsstätte Johann Sebastian Bachs. Nach einem alten Aquarell.

Er richtete collegia pietatis ein, fromme Vereinigungen neben der kirchlichen Gemeinschaft, in denen eingeprägt werden sollte, „daß es mit dem Wissen im Christentume durchaus nicht genug sei, sondern daß es vielmehr in der Übung bestehe"; hier sollte man einander über seinen Seelenzustand und über die Fortschritte, die man im geistlichen Leben gemacht habe, Rechenschaft ablegen und einander Rat erteilen, wie man sich von seinen Mängeln befreien könne. Vor allem sollten die Studenten der Theologie so angeleitet werden, von Zeit zu Zeit „den Zustand ihres Gewissens dem gesamten Kollegio vorzustellen und allemal dessen Rat zu folgen; so würden ohne Zweifel in kurzer Zeit herrliche Fortschritte in der Gottseligkeit folgen". Er wollte also das, was nach Luthers Anschauung durch Gottes Wirkung von innen heraus allmählich in dem Menschen erwachsen soll, von außen her in den Menschen hinein bringen; so entstand gewissermaßen eine Abrichtung zur Gottseligkeit.

Nach Berlin berufen, besetzte Spener bei Gründung der neuen Universität Halle die theologische Fakultät mit Freunden seiner Bestrebungen (1694). Auf dieser Hochschule bildete

vor allem August Hermann **Francke** die Männer, die den Pietismus in die Welt hinausgetragen haben. Die großartigen Franckeschen Stiftungen zeugten von dem religiösen Eifer und dem Glaubensmute dieser Männer. Hier wagte man auch, an eine **Verbreitung** des evangelischen Glaubens **unter den Heiden** zu denken: aus dem Franckeschen Waisenhause sind die ersten lutherischen Missionare hervorgegangen. Wohl erhob sich die Orthodoxie zum Kampfe gegen diese neue Richtung, aber nur, um sich immer mehr die Gemüter zu entfremden.

So wurde der **Pietismus** zur **herrschenden** Richtung, und damit fiel ihm die Aufgabe zu, auch auf die Massen zu wirken. Hierzu aber war er nicht imstande. Vielmehr traten nun seine **schwachen Seiten** immer offener hervor. Im Gegensatze zu der Orthodoxie, die alles Gewicht auf die reine Lehre gelegt hatte, betonte man ein frommes Leben und betrachtete die kirchliche Lehre als etwas nahezu Gleichgültiges. So bildete sich eine Frömmigkeit, die, aus unklarer oder unreiner religiöser Anschauung erwachsen, nicht rein war. Man verfiel wieder in den durch die Reformation besiegten Irrtum, als wenn das Natürliche, das Weltliche an sich Gegensatz des Göttlichen und Geistlichen sei. Man verachtete die Wissenschaft und die weltliche Bildung, die nach Luther die Religiosität vor Irrtum bewahren soll, und stellte sie als Feindin der Erbauung hin, auf die allein es ankomme. Beten, nicht studieren solle den Theologen machen. Man verlangte eine äußerliche Meidung der „Welt" und sah diese in so äußerlichen Dingen wie Theaterbesuch, Kartenspielen, Tanzen, Mitmachen der Mode, Scherz und Spiel. Bei der Masse, die sich nur äußerlich dem Pietismus unterwarf, erwuchs dadurch eine Religiosität, die dem Wesen nach dieselbe war wie die zur Zeit der toten Orthodoxie übliche, der Erscheinung nach aber noch weniger angenehm berührte. Hatte man früher ernste Frömmigkeit für unnötig gehalten, weil man ja gut kirchlich war, so jetzt, weil man ja zu den frommen Pietisten gehörte. Hatte man früher das Erkennungszeichen des Christen in dem Befolgen der kirchlichen Vorschriften gesehen, so jetzt in dem Meiden einiger äußerlichen, als „Welt" bezeichneten Dinge. Dieses Christentum stieß alle, die es noch für den Glauben gewinnen sollte, gerade zurück.

Die tieferen Gemüter, die sich nicht mit einer pietistischen Weltflucht begnügten, wollten aber auch durch fromme **Gefühle** die Gewißheit erlangen, daß sie neue Menschen geworden seien, suchten derartiges mit Gewalt zu erzwingen, und daraus ergab sich ein gemachtes und eingebildetes Christentum, das auf Dritte den Eindruck des Unwahren machte. So konnte durch Orthodoxie und Pietismus eine früher mehr nur im Verborgenen vorhandene Anschauung bestärkt werden, **eine Entfremdung vom Christentum überhaupt**.

Zu allen bisher beobachteten religiösen Gestaltungen tritt dieser Geist in direkten Gegensatz. Denn er leugnet die Voraussetzung, worauf jene alle beruhten. Mehr oder weniger bestimmt, immer aber bei folgerichtiger Durchführung leugnet er, daß der Menschheit eine Offenbarung, deren Urkunde die Heilige Schrift bilde, zuteil geworden sei. Indem dieses **Freidenkertum** die Wurzeln des Christentums nicht mehr im Jenseits, sondern im Diesseits sieht, setzt es auch dessen eigentliche Bedeutung nicht in die Gewinnung einer Gemeinschaft des Menschen mit Gott und einer ewigen Seligkeit, sondern nur in dessen Wert für das Erdenleben. Es verwirft also, was auch die Reformatoren zum Wesen des Christentums gerechnet haben. Will man trotzdem die ererbte Hochachtung vor dessen Stifter und vor den Begründern der protestantischen Kirche nicht ganz aufgeben, so muß man urteilen, daß auch die Frühlingswinde der Reformation nur eine erfreuliche Nachblüte der mittelalterlichen Religiosität gebracht haben und erst über ein Jahrhundert später eine konsequente Reinigung des schon durch Jesus' erste Jünger entstellten Christentums erstrebt worden und damit eine

Digitized by Google

wirklich neue Zeit angebrochen ist. Und gewiß ist das Eindringen jenes kirchenfeindlichen Geistes in immer weitere Kreise und die konsequente Durchführung dieser Gedanken in Theorie und Praxis erst nach Entstehung des Protestantismus möglich geworden. Dies das Neue der Zeit seit etwa 1700. Aber vorhanden ist diese Strömung stets gewesen, seitdem die Kirche aus einem kleinen, auf reiner Freiwilligkeit begründeten Vereine zu einer Massen umfassenden Anstalt geworden war. Solange freilich die mehr oder weniger Selbständigkeit verleihende Bildung allein durch die Kirche vermittelt wurde und vor allem, solange die Kirche die Welt beherrschte, konnten solche Gedanken nicht öffentlich zu Worte kommen. Doch hin und wieder traten sie auch schon in den Jahrhunderten vor Luther deutlich ans Licht: ihnen bot der Humanismus neue, reichliche Nahrung, wie denn Erasmus mit Recht als ihr Hauptvertreter genannt wird. Dann folgten im Reformationszeitalter die Jahrzehnte unaufhörlichen Kampfes zwischen den alten und den neuen religiösen Anschauungen. Jede der verschiedenen religiösen Parteien behauptete, die Wahrheit zu vertreten, und berief sich für ihre Anschauungen auf die Heilige Schrift. Immer wieder wurde es ungewiß, wer endlich den Sieg davontragen werde. Daher zogen es Unzählige zur Vermeidung unangenehmer Folgen vor, sich für keine der kirchlichen Parteien zu entscheiden, die religiöse Frage einfach unbeantwortet zu lassen, den Ausgang des Kampfes „abzuwarten". Mit flammendem Zorn wandte sich Luther gegen diese „Expektanten", die, religiös unbefriedigt, an der göttlichen Offenbarung irre wurden. Je allgemeiner aber der neuzeitliche Gedanke von der Freiheit des Glaubens Anerkennung fand, desto berechtigter fühlte man sich auch, sich selbst eine religiöse Anschauung zu bilden, ohne dabei sich an die bisher festgehaltene Überzeugung von der Tatsächlichkeit einer göttlichen Offenbarung zu binden.

Philipp Jakob Spener. Nach „Der Protestantismus in Wort und Bild am Ende des 19. Jahrhunderts" (Berlin o. J.).

Dazu schienen die neuen Erkenntnisse die von der Kirche festgehaltenen Lehren als einen überwundenen Standpunkt darzutun. Da sich die religiöse Wahrheit zum Zwecke der Mitteilung an andere in ein System von Lehren kleidete, mußte sie sich ein Gewand aus den Stoffen der damals herrschenden Anschauung über Natur und Welt weben. Jetzt, wo die beiden Ideen der Neuzeit, der Freiheit des Einzelnen und der Weltbeherrschung, mit vereinten Kräften zu selbständiger Erforschung der Natur und Welt anspornten, ergab sich eine völlig andere Anschauung darüber, als die bisher allgemein für richtig gehaltene. Kopernikus zweifelte das gesamte ptolemäische Weltsystem an; Galilei stützte diese umwälzende Entdeckung mit neuen unwidersprechlichen Gründen. Damit war die Kirche vor die schwierige Aufgabe gestellt, klar zu scheiden zwischen dem religiösen Inhalte, den sie zu vertreten hatte, und dem vergänglichen Gefäße, worin sie ihn bisher übermittelt hatte. Daß sie nicht sofort nach jeder neuen Entdeckung ihre Darstellung der religiösen Wahrheit änderte, war berechtigt, weil zu oft schon Irrtümer für unzweifelhaft richtige Erkenntnisse ausgegeben worden waren. Aber grundsätzlich mußte sie scheiden zwischen dem ewigen Kern und der veränderlichen Schale ihrer Lehre. Doch vor allem der katholischen Kirche erschien diese neue

Digitized by Google

Naturanschauung, als sie erst deren Tragweite erkannt hatte, als eine solche Ketzerei, daß Galilei sie abschwören mußte (1633).

Gerade diese Haltung der Kirche den neuen Entdeckungen gegenüber beschleunigte die Gefahr, die sie in sich schlossen. Sie bestärkte nicht wenige in dem Irrtum: es handle sich bei diesen neuen Ergebnissen der Forschung um das Christentum selbst. Die evangelische Kirche hätte nach ihren Grundsätzen dem christlichen Glauben über diese schwere Gefahr hinweghelfen können, denn sie hat die religiöse Wahrheit von jeder menschlichen Darstellung unterscheiden gelehrt. Aber weder Orthodoxie noch Pietismus waren dazu imstande: jene nicht, weil sie Unterwerfung unter ihr gesamtes Lehrsystem nach Form und Inhalt forderte; dieser nicht, weil seine Weltflucht, seine Verachtung der Wissenschaft, seine selbstgenügsame Eitelkeit gerade die zurückstieß, die nach Weltbeherrschung dürsteten. Sie beide konnten sogar einer Verirrung des natürlichen Forschungstriebes Vorschub leisten; die Orthodoxie damit, daß sie selbst die religiöse Wahrheit durch die Vernunft zu beweisen gesucht und damit der Vernunft ein unberechtigtes Eingreifen in das religiöse Gebiet gestattet hatte; der Pietismus dadurch, daß er so schroff zwischen Wissenschaft und Frömmigkeit geschieden hatte und damit den Wahn erzeugen konnte, als werde die Frömmigkeit auch durch die zügellosesste Bewegung auf dem wissenschaftlichen Gebiete gar nicht berührt.

Wohl am gefährlichsten war die Lage in England, weil hier die Anfänge der Reformation nicht wie in Deutschland rein aus religiösen Motiven geboren waren und zu einem so erbärmlichen Zwitterding von Kirche geführt hatten; weil ferner hier die humanistisch Gesinnten ohne eine solche Scheidung, wie sie in Deutschland sich vollzogen hatte, zu dem neuen Kirchentum übergegangen waren und in dieses ihre aufklärerischen Gedanken herübergenommen hatten; weil endlich die blutigen Kämpfe zwischen den verschiedenen Religionsparteien gleichsam nach einem jenseits des Streites liegenden Gebiete religiöser Wahrheit, wo sich alle Vernünftigen würden einigen können, hatten ausschauen lassen. Als das erste, was dieser in England sich erhebende Deismus geleistet hat, darf die 1624 vollendete Schrift Edward Herberts Lords of Cherbury: „Wie sich die Wahrheit von der Offenbarung unterscheidet" (De veritate prout distinguitur a revelatione, a verisimili, a possibili et a falso) bezeichnet werden. Das wesentliche ist nach ihm die natürliche Religion, die Religion des gesunden Menschenverstandes, das allen bisherigen Religionen Gemeinsame. Was diese voneinander trennt, das Positive, ist ohne Wert. Das natürliche, sittliche Bewußtsein lehrt uns: Gott ist; er ist zu verehren, und zwar durch fromme Rechtschaffenheit; Versehen werden durch Reue gesühnt; es gibt eine Vergeltung in diesem und jenem Leben. In den verschiedensten Modulationen wurde diese neue Religiosität von vielen Vertretern verkündigt. Sie fand begeisterte Zustimmung, da die aufdringlich lärmende, dem gesunden Menschenverstand ins Angesicht schlagende Frömmigkeit der Independenten das Christentum öffentlich diskreditiert hatte. Dem religiösen Rausche folgt stets eine religiöse Ernüchterung und Schlaffheit. So konnte schließlich Henry Saint John Viscount Bolingbroke (1678—1751) das kirchlich überlieferte Christentum für das Werk von größtenteils verrückten oder betrügerischen Menschen erklären.

Die Verwüstungen, die diese Lehren in England anrichteten, waren so groß, daß man wahrhaft krampfhafte Anstrengungen nicht scheute, um das Christentum wieder zu retten. 1729 vereinigten sich einige Studenten in Oxford zu ähnlichen Zwecken, wie Speners collegia pietatis sie verfolgt hatten. Diese Männer, die Gebrüder Wesley und George Whitefield, begründeten den Methodismus, der die Fehler des Pietismus noch übertrieb und gleichsam zu einem geschlossenen Lehrgebäude ausbildete. Durch erschütternde Bußpredigten wollte

Digitized by Google

er die Gemüter zermalmen und von der Sünde losreißen; in Gefühle setzte er das Wesen des Christentums; durch eine gesetzliche Zucht wollte er vor Abfall bewahren. Das brennende Verlangen dieser Prediger, Seelen zu erretten, und ihr rücksichtsloses Vorgehen bei der zielbewußten Arbeit haben große Erfolge erzielt. Freilich wesentlich nur unter dem niederen Volke, das diese methodistische Behandlung des inneren Menschen als eine überwältigende Macht empfindet. Doch hat diese stürmische Bewegung alle Kreise des englischen Volkes angeregt und das ersterbende Christentum neu belebt.

Unterdessen war der in England entstandene offenbarungsfeindliche Geist auch auf das Festland hinübergedrungen oder auch hier selbständig erwacht. René Descartes (Cartesius; 1596—1650) lehrte, man müsse an allem zweifeln; der einzige feste Punkt sei das Selbstbewußt sein; was diesem unmittelbar entspreche, sei wahr, Klarheit der Maßstab der Wahrheit. Baruch Spinoza (1632—77) wollte mit der Vernunft das Absolute erfassen, die immanente Ursache aller Erscheinungen: die Religion fordere Glauben und Gehorsam, die Philosophie aber Vernunft und Liebe. Pierre Bayle (1647—1706) lehrte in seinem „Dictionaire historique et critique", wie sehr sich Glaube und Vernunft widersprechen, mit diesem Werke den Religionsfeinden der folgenden Periode eine reiche Fundgrube eröffnend. In Halle, der bisherigen Hochburg des Pietismus, verkündigte Christian Wolff (1679—1754): „Alles muß geprüft werden an der Vernunft, wie am Steine der Weisen." Als er, 1723 aus den preußischen Staaten ausgewiesen, nach siebzehn Jahren zurückgerufen wurde, wandelten schon über hundert Schriftsteller Deutschlands in seinen Bahnen. Im Jahre 1735 schaffte man nach dieser klaren Philosophie auch eine klare Übersetzung der Bibel für das Volk mit sehr vernünftigen Erläuterungen, die Wertheimer Bibel. Diese Übersetzung beginnt: „Alle Weltkörper und unsere Erde selbst sind anfangs von Gott geschaffen. Was insonderheit die Erde betrifft, so war dieselbe anfänglich ganz öde; sie war mit einem finstern Nebel umgeben und rings herum mit Wasser umflossen, über welchem heftige Winde zu wehen anfingen. Es wurde aber bald auf derselben etwas helle, wie es die göttliche Absicht erforderte." Dem Andrang all dieser Fluten standzuhalten, vermochte die Kirche selbstverständlich nicht, und wilde Verheerung unter den Geistern war die nächste Folge.

B. Der Sieg des Jesuitenordens.

Auch nach dem Dreißigjährigen Kriege machte die römische Kirche Eroberungen, aber auch sie erfuhr, in welch großartiger Weise die religiöse Selbständigkeit gewachsen war.

Welch ein Schlag für die Evangelischen, als Gustav Adolfs Tochter und Nachfolgerin auf dem schwedischen Throne, Christine, 1654 zum Katholizismus übertrat! Aber ihr Land folgte ihr nicht; sie mußte auf die Krone verzichten, und ein neues Gesetz verhängte Landesverweisung über jeden Katholiken. Der Kurfürst Friedrich August I. von Sachsen, durch den Glanz der begehrten polnischen Krone geblendet, wurde 1697 katholisch. Aber sein Volk hielt am evangelischen Glauben fest, und seine Nachfolger mußten die evangelische Kirche ihres Landes unverletzt erhalten und das Kirchenregiment einer evangelischen Behörde übertragen. Eine ganze Reihe deutscher Fürstensöhne, die freilich nicht zur Regierung gelangten, vertauschte das evangelische Bekenntnis mit dem katholischen. Frankreich war die erste Macht Europas geworden, und der Hof Ludwigs XIV. zog die hohen Kreise mächtig an. Hier sah man, wie ungemein bequem die unter dem jesuitischen Einfluß stehende katholische Religion sei, daß man fromm sein könne, ohne hinsichtlich der Sittlichkeit irgendwie Bedenken zu hegen.

Ferdinand III. von Österreich erkannte den Westfälischen Frieden für seine Erblande nicht an. So wurde das fast ganz protestantische Schlesien in den Schoß der katholischen Kirche zurückgeführt. In Ungarn wurden unter dem Vorgeben, es herrsche eine Verschwörung im Lande, Ströme Bluts (Blutgericht Caraffas zu Eperjes 1687) besonders unter dem protestantischen Adel vergossen. Das Thorner Blutbad (7. Dez. 1724) zeigte, was zu erwarten hatte, wer die Jesuiten nicht gebührend ehrte. Erzbischof

Digitized by Google

Firmian von Salzburg rief 1728 eine Jesuitenschar ins Land, um die Evangelischen zu bekehren. Aber etwa 30000 haben das Elend der Auswanderung einer Verleugnung ihres Glaubens vorgezogen.

In keinem Lande hatten die Jesuiten mehr Gelegenheit, ihre „milden" moralischen Grundsätze praktisch anzuwenden, als in Frankreich. Das sittliche Leben, vor allem am königlichen Hofe, war so grauenvoll, daß nur bei allergrößter Nachgiebigkeit gegen „die menschliche Schwäche" eine äußerliche Verbindung dieser schamlosen Kreise mit der Kirche festzuhalten war. Die Jesuiten lehrten in liebenswürdigster Weise, treu kirchlich zu sein, ohne der Unsittlichkeit zu entsagen. Eine solche Frömmigkeit befriedigte aber tiefere Gemüter nicht, und es erhob sich innerhalb der katholischen Kirche Frankreichs eine doppelte Reaktion.

Seit 1630 wirkte an der Universität zu Löwen Cornelis Jansen (1585—1638), der erkannte, daß die laxe Theologie der Jesuiten weit von Augustins Lehre abgewichen sei. Sein Werk „Augustinus", von den Jesuiten erbittert angegriffen, wurde vom Papste verboten. Aber seine Gedanken fanden freudige Zustimmung bei einem Kreise frommer und gelehrter Männer, die im Kloster Port-Royal-des-Champs vor Paris den Mittelpunkt ihres religiösen Lebens hatten. Antoine Arnauld griff die leichtfertige Beichtübung der Jesuiten an, und der Mathematiker Blaise Pascal stellte in seinen „Provinzialbriefen" bald mit Ernst, bald mit Witz die unmoralische Moral dieser Beichtväter des Volkes an den Pranger. Aber Papst und König standen auf der Seite der Feinde, und die Jesuiten setzten eine Verfluchung der Jansenistischen Ketzerei durch, ja brachten es zur Zerstörung des Klosters Port-Royal (1710). Noch einmal stand der Jansenismus wieder auf. Der Priester Paschasius Quesnel hatte 1687 und 1693 eine Übersetzung des Neuen Testaments mit erbaulichen Anmerkungen herausgegeben, aber auf Betreiben der Jesuiten verdammte der Papst 101 Sätze des Buches (1713). Nachdem eine 1717 entstandene Gegenbewegung gewaltsam niedergeschlagen worden war, wurde die Entscheidung des Papstes als französisches Reichsgesetz einregistriert (1730). Die Jesuiten waren wieder Alleinherren.

Eine andere Richtung hatte sich schon um die Mitte des 16. Jahrh. in der katholischen Kirche gezeigt, die eine Verinnerlichung und Vertiefung des katholischen Christentums anstrebte: durch stetige innere Andacht und selbstlose Liebe zu Gott soll die Seele zu vollkommener Ruhe kommen und so sich mit Gott vereinigen. Diese quietistische Mystik, in Spanien, Italien und Frankreich weit verbreitet, hatte noch 1681 die Inquisitionskommission für dem Glauben der Kirche entsprechend erklärt. Die Jesuiten aber erkannten, daß solche Forderungen in schroffstem Widerspruche zu der von ihnen gepflegten Anschauung standen, und erreichten mit unerhörten Umtrieben, daß 1687 die „gotteslästerliche quietistische Ketzerei" verdammt wurde. Jeanne Marie Bouvier de la Mothe-Guyon, die dieser Richtung anhing, kam 1688 in Klosterhaft und schmachtete 1695/96 und 1698—1703 in der Bastille. Die Schrift, in der François de Salignac de la Mothe-Fénelon, seit 1689 Erzieher der königlichen Enkel und seit 1695 Erzbischof von Cambrai, 1696 die unglückliche Frau verteidigte, wurde 1699 verdammt und der Verfasser zur Unterwerfung gezwungen.

Gleichzeitig hatten die Jesuiten einen dritten Triumph. Die von Ludwig XIV. erstrebte Allmacht des Staates duldete keine religiöse Verschiedenheiten in seinem Herrschaftsgebiete, darum galt es die Ausrottung des Hugenottentums. Die höher Gestellten spürten bald, was sie verscherzten, wenn sie um des Glaubens willen auf des Königs Gunst verzichteten. Für die Armeren aber wurde eine Kasse eingerichtet, woraus jeder Übertritt bar bezahlt werden konnte. Auf solche Weise sollen in sechs Jahren über 58000 Seelen gefangen worden sein. Seit 1681 erzielten die furchtbaren Dragonaden (Einquartierung von 10, 20 und mehr Dragonern, denen jede Brutalität erlaubt war in den Häusern der Protestanten; s. die Abbildung S. 395) unglaubliche Erfolge. Aus Furcht vor ihnen bekehrten sich ganze Ortschaften auf die bloße Nachricht von ihrer Annäherung hin. Den Rückfall zum Protestantismus bedrohte ein Gesetz mit Galeerenstrafe oder Tod. Das einst als unwiderruflich erklärte Edikt von Nantes (Bd. VII, S. 107) wurde 1685 kurzweg aufgehoben. Unverzüglich sollten alle Kirchen der Protestanten zerstört, ihre Schulen geschlossen werden, ihre Geistlichen binnen vierzehn Tagen das Königreich verlassen; alle ihre gottesdienstlichen Versammlungen, auch in Privathäusern, wurden verboten. Der einzige Weg, den Glauben zu retten, die Auswanderung, wurde den Männern bei Galeerenstrafe, den Frauen bei Einsperrung untersagt. Trotzdem wanderte etwa eine halbe Million dieser Unglücklichen nach Brandenburg, Holland, England und der Schweiz aus. Ungefähr zwei Millionen Protestanten blieben in Frankreich zurück, rechtlos, wehrlos. Viele flüchteten in die Gebirge von Languedoc. Von schwärmerischer Aufregung ergriffen, verteidigten sich diese „Camisarden" in zehnjährigem Kampfe gegen die sie verfolgende Bekehrungswut.

Digitized by Google

Aber die Siege, welche die Jesuiten erfochten hatten, waren Pyrrhussiege. Durch Vernichtung der edelsten Regungen in der katholischen Kirche, wie sie sich im Jansenismus und Quietismus gezeigt hatten, verloren sie die Zuneigung und Achtung des Volkes. Es verachtete das Papsttum, das die Besten und Frömmsten in der Kirche nicht zu schützen vermochte, sondern wider Willen ein Werkzeug der Jesuiten geworden war. Evangelisch waren diese Massen der Übergetretenen nicht mehr, aber Liebe und Verehrung gegen die katholische Kirche fühlten sie auch nicht; ihren Glauben hatten sie gegen ihr Gewissen aufgegeben. Sie vermehrten nur die Zahl derer, die voll Haß gegen die Kirche sich nach völliger Abwerfung des nur äußerlich getragenen religiösen Joches sehnten.

Die tatsächlich herrschende Irreligiosität mußte früher oder später die Beherrschung durch die Kirche nicht allein als etwas Unerträgliches, sondern auch als etwas völlig Unberechtigtes empfinden. Jetzt wollte man nur glauben, was man selbst wollte, und wäre es auch nichts. Hatte bisher die Kirche von der Unsittlichkeit sich den Tribut bezahlen lassen, daß sie gebeichtet werden mußte, so wollte man nun unsittlich sein in völliger Freiheit. Hatte bisher das Christentum als Mittel zur Herrschaft der Kirche gedient, so sollte es nun ein Ende haben mit dem Christentume. So entstand auf dem von den Jesuiten bearbeiteten Boden eine ganz neue Gestalt der Feindschaft gegen das Christentum. Da, wo die Kirche die dem natürlichen Gewissen sich bezeugenden religiösen und sittlichen Wahrheiten festhält und die Freiheit der Gewissen achtet, wird die Abneigung gegen das Christentum nie das Bewußtsein verlieren, unberechtigt zu sein, deshalb auch nicht alle Religiosität über Bord werfen; so war es mit dem auf dem protestantischen Boden Englands erwachsenen Deismus. Wo aber die Kirche selbst die Grundlagen der Religiosität und Sittlichkeit nicht festhält, um nur eine rein äußerliche Herrschaft über die Gewissen zu behaupten, wird sich die Feindschaft gegen das Kirchenchristentum für berechtigt halten, so in Frankreich. Voltaires Écrasez l'infame (rottet die infame — Kirche nämlich — aus!) wurde die Losung; da man aber keine andere Religion als die kirchliche hatte, war Religionslosigkeit das Ergebnis. Damit aber war das Eigentümliche der menschlichen Natur aufgegeben. Unmenschliche Greuel, wie die französische Revolution sie gesehen haben, waren die Folge.

Bedrohung einer protestantischen Dame mit der Dragonade.
Nach Bourgeois, Ludwig XIV. (Leipzig 1896).

Digitized by Google

3. Die Herrschaft des Freidenkertums (1750—1815).

A. Das Freidenkertum und die katholische Kirche.

Von François Marie Arouet, genannt Voltaire (1694—1778; s. die untenstehende Abbildung), dem Jesuitenzögling, hat sein Freund Friedrich II. von Preußen geurteilt: „Es ist ein Jammer, daß mit einem so herrlichen Genie eine so nichtswürdige Seele verbunden ist." Voltaire wollte das alte, „seit 1775 Jahren begründete Gebäude des Betrugs", die christliche Kirche, zerstören, dieses Christentum, „das mit seinen Nägeln Frankreich zerrissen, mit seinen Zähnen die Menschen verschlungen, zehn Millionen unter Qualen hingemordet" habe. Das Christentum also meint er zu schildern, wenn er die unter jesuitischem Einfluß zum wilden Strudel gewordene unchristliche Strömung innerhalb des Katholizismus malt. Für die Triebfeder aller unserer Handlungen hält er die Selbstsucht. Nur die Auswüchse, da einige ihren Eigennutz sich auf Kosten anderer gleichberechtigten Egoisten nähren lassen, will er nicht dulden. Darum verlangt er auch religiöse Duldung: „da wir alle von Irrtum und Torheit durchdrungen sind, müssen wir einander unsere Torheiten verzeihen".

Voltaire. Nach einer Zeichnung von Chodowiecki.

In derselben Richtung, teilweise noch kühner, arbeiteten die Enzyklopädisten, die Herausgeber der zwanzigbändigen „Enzyklopädie über alle Wissenschaften, Künste und Handwerke" (1750ff.). Einer unter ihnen, Claude Adrien Helvétius (1715—71), predigte in seiner Schrift „de l'esprit" (1758) den nackten Materialismus: „Die Seele ist das Empfindungsvermögen, der Geist dessen Wirkung; mit dem Tode des Körpers fällt sie der Vernichtung anheim. Wer sich selbst so nützt, daß er andern nicht schadet, sondern ihr Wohl vielmehr fördert, ist der wahrhaft gute Mensch." Noch ungescheuter erging sich Paul Heinrich Dietrich Freiherr v. Holbach (1723—89) in seinem „Système de la nature" (1770). Das Christentum mache eine gebildete Gesellschaft unmöglich, die Priester wollten durch den Wahnsinn der Religion ihre Tyrannei noch mit dem Ruhme der Heiligkeit schmücken. Eine wahre Flut anderer Schriften trug diesen Geist in alle Schichten des Volkes. Gemäßigter, deshalb um so wirksamer war Jean Jacques Rousseaus (1712—78) Lehre: ein Feind des Gott leugnenden Materialismus, hat doch gerade er dem französischen Volke den Mut eingeflößt, mit jenen Lehren praktisch Ernst zu machen. Eben weil sich in seinen Schriften neben der Unwahrheit so viel Wahrheit ausspricht, fanden sie so ungeheuern Beifall. Leidenschaftlich erregte ihn die Unnatur in den geschichtlich gewordenen Verhältnissen, vor allem die heillose Unnatur in den religiösen Zuständen, wie der Jesuitismus sie gezüchtet hatte. Als Rettungsmittel weiß er nur eins, das vollständige Wegräumen des geschichtlich Gewordenen. Sein Buch „Über die Ungleichheit unter den Menschen" (Discours sur l'inégalité parmi les hommes; 1755) erklärte diese für die Quelle aller Übel. Der Gedanke des Umsturzes alles Bestehenden hatte bei ihm eine hinreißende Gewalt. Als die Geistlichkeit Anstrengungen machte, diese kirchenfeindlichen

Digitized by Google

Schriften zu unterdrücken, zeigte sich, wie allgemein bereits die Verachtung der Kirche unter dem Regimente der Jesuiten geworden war: man lachte nur über die schwächlichen Maßregeln, die den reißenden Strom eindämmen sollten.

Zu alledem kam die allgemeine Mißstimmung über die im Wesen des Jesuitismus liegenden Übergriffe der Jesuiten auf das politische und soziale Gebiet. In Paraguay hatten sie einen christlichen Staat errichtet. Als 1750 ein Vertrag zwischen Portugal und Spanien geschlossen wurde, der die Grenzen am La Plata regeln sollte und eine Verpflanzung von sieben Missionsstationen auf spanisches Gebiet forderte, fügten sich die unter Jesuiten stehenden Indianer am Uruguay dem nicht; erst nach langjährigem Kriege wurde Paraguay unterworfen (vgl. Bd. IX). Die Aufregung darüber war so groß, daß man eine Reformation des Ordens verlangte. Als der Papst sich dem widersetzte und ein Attentat auf den König von Portugal verübt wurde, als dessen Urheber man die Jesuiten ansah, wurde der Orden in allen portugiesischen Ländern gänzlich aufgehoben (3. Sept. 1759).

Frankreich folgte dem Beispiel. Längst klagte man darüber, daß die Jesuiten mit Hilfe ihrer Missionstätigkeit allen überseeischen Handel an sich rissen und die Politik zu beherrschen suchten. Da wurde der Pater La Valette durch seine allzu kühnen Geschäftsunternehmungen zahlungsunfähig. Seine Gläubiger verlangten von dem Orden Ersatz. Das Parlament stimmte dem zu und erklärte die Grundsätze des Ordens für unvereinbar mit dem Wohle der Kirche und den Rechtsgrundsätzen Frankreichs, ihre Lehren für unmoralisch. Der König wollte den Orden reformieren, um ihn zu retten. Aber sein damaliger Beschützer, Papst Clemens XIII., entschied: Sint, ut sunt, aut non sint (sie sollen sein, wie sie sind, oder sollen nicht sein). So wurde der Orden auf ewig aus Frankreich verbannt (1764). Ebenso aus anderen Staaten (über Spanien vgl. Bd. III, S. 460).

Als 1769 ein neuer Papst zu wählen war, kam nur die eine Frage in Betracht, ob ein Freund oder Feind der Jesuiten siegen werde. Der neue Papst Clemens XIV. war keines von beiden. Aber vor seiner Wahl hatte er dem König von Spanien gegenüber ausgesprochen, nach seiner Meinung dürfe der Papst den Orden aufheben, und um des Friedens willen sei das wünschenswert. Nun drängten ihn die Fürsten, danach zu handeln, während die Jesuiten ihm die Rache Gottes weissagten. Endlich am 21. Juli 1773 erschien das von ihm selbst verfaßte Aufhebungsbreve Dominus ac redemptor noster. Bald darauf fing der Papst zu kränkeln an, im nächsten Jahre starb er. Alle katholischen Staaten hoben den Orden auf. Aber es war jetzt zu spät: die von ihm ausgestreute Saat war schon gereift.

Als man unter Ludwig XVI. über die Deckung der Staatsschulden verhandelte, schlug der Bischof von Autun, Charles Maurice Graf von Talleyrand-Périgord, vor, alle geistlichen Güter als Nationaleigentum zu verkaufen und den Klerus aus der Staatskasse zu besolden. Mit reißender Schnelligkeit ging es auf der betretenen Bahn vorwärts. Eine neue Kirchenverfassung wurde 1790 erlassen, die „Zivilkonstitution des Klerus". Nach ihr sollten alle kirchlichen Ämter künftig durch Volkswahl zu besetzen sein. Allen französischen Bürgern wurde untersagt, die Autorität eines fremden Bischofs anzuerkennen. Damit war die Nationalkirche vom Papst losgelöst. Jeder Geistliche sollte beschwören, die Zivilkonstitution aus aller Kraft aufrechterhalten zu wollen. Nicht wenige Kleriker leisteten den Eid, die einen aus Charakterschwäche, die anderen aus Begeisterung für die Freiheit. Der Papst sprach den Bann über sie aus. Die christliche Zeitrechnung, die Woche von sieben Tagen, das Christentum selbst wurde für abgeschafft erklärt, die Vernunft zur Gottheit erhoben. Eine Schauspielerin wurde in die Notre Dame-Kirche, in den „Tempel der Vernunft", getragen und

Digitized by Google

empfing als Göttin der Vernunft die Huldigungen des Volkes. Etwa 2000 Kirchen waren in kurzer Zeit verwüstet. Auch unter den Geistlichen zeigte sich der bisher verborgene Unglaube, ja Haß gegen das Christentum.

Den Deisten nach der Art Rousseaus wurde bange, es werde Freiheit und Gleichheit nicht möglich sein, wenn das Volk an nichts Unsichtbares mehr glaube. Auf Antrag Robespierres wurde im Mai 1794 beschlossen, daß die französische Nation ein höchstes Wesen und die Unsterblichkeit der Seele anerkenne. Nachdem man seinem Grimme gegen die Kirche genug getan hatte und von ihr nichts mehr befürchten zu müssen glaubte, versuchte man zwischen ihr und der Religion zu unterscheiden. Endlich des Mordens müde, gab das Direktorium im Februar 1795 jede Form des Kultus frei. Bald zeigte sich, daß das religiöse Bedürfnis noch eher durch die katholische Kirche als durch eine neu erfundene Nationalkirche befriedigt werde. Wohl konnte es auch der von Robespierre befürwortete Deismus zu einer Art von Kirchenbildung bringen. Einer der fünf Direktoren war unter denen, die sich zusammentaten, um „den erhabenen Geometer, welcher der großen Fabrik des Universums vorsteht", gemeinschaftlich in geläuterter Weise zu verehren. „Betet Gott an, liebet euren Nächsten, macht euch nützlich" war die Devise dieser Theophilanthropen. Nach wenig Jahren war diese ganze Schöpfung wieder in nichts zerflossen.

Auch das Papsttum wurde in den reißenden Strudel hineingezogen, da sich Pius VI. den Gegnern Frankreichs anschloß. In Rom wurde endlich die Republik ausgerufen. Der Papst mußte auf die Regierung verzichten und wurde von einem Orte zum anderen geschleppt, bis er 1799 sein Leben in Frankreich beschloß. Wohl wählten 1800 unter dem Schutz Österreichs die Kardinäle in Venedig einen neuen Papst, Pius VII., und Bonaparte brauchte ihn zur Erreichung seiner politischen Pläne; als er aber zu dem Zwecke sogar forderte: „Meine Feinde müssen auch die eurigen sein", und der Papst antwortete, er könne doch nicht mit einem Teile seiner Herde Krieg anfangen, erklärte Bonaparte die Schenkung „des Kaisers der Franzosen, seines erhabenen Vorfahren, Karls des Großen", an den römischen Bischof für zurückgenommen. Der ganze Kirchenstaat wurde dem französischen Reich einverleibt und der Papst, der nicht verzichten wollte, als Gefangener nach Fontainebleau gebracht (1812). Wohl gestand endlich Pius VII. in dem dort am 25. Januar 1813 abgeschlossenen Konkordat dem Kaiser zu, was dieser verlangte. Aber schon nach zwei Monaten widerrief er alles.

Die katholische Kirche Deutschlands hat damals die schwersten inneren und äußeren Erschütterungen erlitten. Der Trierer Weihbischof Johann Nikolaus v. Hontheim veröffentlichte 1763—74 als „Justinus Febronius" ein Werk („De statu ecclesiae et legitima potestate romani pontificis"), das, die Grundunterschiede zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche gering achtend, eine Vereinigung für leicht erklärte, wenn nur die übermäßige Macht des Papstes genügend beschränkt würde. Dieses Werk studierte Kaiser Joseph II. mit Freude und gewährte in dem Toleranzedikt (1781) seinen protestantischen Untertanen staatsbürgerliche Rechte und freie Religionsübung. Die katholische Kirche seines Reiches aber sollte eine österreichische Nationalkirche werden, frei von Rom, dem Staat unterstellt, dem Zwecke der Volksaufklärung dienend. Es wurde bestimmt: kein Geistlicher darf in Rom vorgebildet werden; an die Stelle der bischöflichen Seminare treten kaiserliche Bildungsanstalten mit freisinnigen Lehrern besetzt, die „einen geläuterten Sinn unter das Volk bringen". Alle Klöster, die nicht praktischen Zwecken, dem Unterricht, der Seelsorge und Krankenpflege dienen, werden aufgehoben. Der Papst suchte vergeblich den Kaiser in Wien umzustimmen. In Österreich bildeten sich viele evangelische Gemeinden, die sich Kirchen erbauten,

Digitized by Google

selbst in Wien. Auch die ersten deutschen Kirchenfürsten vereinigten sich zur Wiedererkämpfung ihrer Selbständigkeit und beschlossen in der Emser Punktation die Aufrichtung einer von Rom unabhängigen deutsch-katholischen Nationalkirche. Derartige Unternehmungen widersprachen zu schroff der geschichtlichen Entwickelung, als daß sie dauernden Erfolg hätten haben können. Aber wie sehr der Geist der Aufklärung in den Kreisen auch der gebildeten Katholiken herrschte, zeigte die Stiftung des Illuminatenordens durch den Jesuitenzögling Professor Adam Weishaupt zu Ingolstadt (1776). Durch Aufklärung und humane Moralität sollte die Welt reformiert werden. Katholiken wie Protestanten (Goethe, Herder), Geistliche wie Laien, Fürsten (von Weimar, Gotha, Braunschweig; Dalberg) und Untertanen vereinigten sich hier zu einem Geheimbunde zur Veredelung der Menschheit. Wohl führte ein Zwiespalt unter den Führern Weishaupt und Knigge eine Entdeckung und Auflösung des Ordens durch die bayerische Regierung (1784/85) herbei; aber seine Nachwirkungen dauerten noch lange fort.

Wenig später stürzte auch durch den Reichsdeputationshauptschluß (1803; vgl. Bd. VII, S. 263) die weltliche Herrschaft der deutschen Kirchenfürsten über den Haufen, und damit erhielt die Landkarte ein völlig neues Aussehen. Über 17000 Quadratmeilen mit mehr als drei Millionen Einwohnern kamen dadurch aus der Herrschaft des Krummstabes unter weltliche Herren. Umsonst erklärte der Papst es für unerträglich, daß Güter der katholischen Kirche protestantischen Fürsten übergeben würden.

B. Die Aufklärung in der evangelischen Kirche.

Auch die evangelische Kirche erlebte damals einen Umsturz, wenn auch in anderer Weise. Die katholische Kirche ist eine wesentlich äußerliche Anstalt, die über die Völker herrschen will: daher brachte ihr die nach Freiheit dürstende Zeit solche Kämpfe, wie politische Reiche sie zu erwarten haben, Gewaltmaßregeln, Einschränkung der äußeren Macht. Die evangelische Kirche dagegen kennt wesentlich nur eine Macht, den Glauben: so zwang ihr die gärende Zeit nur Glaubenskämpfe auf, und völlige Auflösung zeigte sich auf dem religiösen Gebiete. Mit der vorher in Deutschland als Gegensatz zu Orthodoxismus und Pietismus hervorgetretenen Erhebung der Vernunft zur Richterin über alles vereinigte sich der in Frankreich geborene Naturalismus, um das positive Christentum zu stürzen.

Der einflußreichste Fürst Deutschlands, Friedrich der Große von Preußen, hatte den französischen Geist jener Tage in sich aufgenommen. „Die Unwissenheit und die Vorurteile zu bekämpfen, die Köpfe aufzuklären" hatte er sich als Ziel gesteckt. Unter „Vorurteilen" aber verstand er vor allem das alte Christentum, unter Aufklärung die Weisheit seines Freundes Voltaire. Eine ganze Reihe solcher Franzosen, die sich durch Esprit auszeichneten, zog er an seinen Hof, selbst den Materialisten Julien Offray de Lamettrie, den Verfasser des Werkes „L'homme-machine" (1748). Freilich wollte er nicht ganz ohne Religion sein, er nannte sich wohl einen Deisten und erhob die Duldung zum Grundsatz; so sehr er sie pries, das Christentum hat er verhöhnt und dessen Feinde mächtig unterstützt. Bei jeder Gelegenheit ließ er seinem scharfen Witze freien Lauf gegen die heiligen Handlungen der Kirche, gegen deren Gesänge, gegen Bibelsprüche, vor allem gegen den Stand der Geistlichen. Der an seinem Hof angeschlagene Ton hallte wider in ganz Berlin, in den oberen Klassen des preußischen Landes, an anderen deutschen Höfen. Immer weiter verbreitete sich die Überzeugung, daß die Kirche höchstens für das gemeine Volk noch brauchbar sei. Die Gunst, die Christian Wolff (S. 393) bei Friedrich genoß, erbten die Erben seiner Gedanken, die Popularphilosophen, welche die Philosophie der Aufklärung zur allgemeinen Bildung machen wollten.

Digitized by Google

Der Israelit Moses Mendelssohn, der Buchhändler Christoph Friedrich Nicolai und ihre Gesinnungsgenossen verfochten mit ihrer „Bibliothek der schönen Wissenschaften" und der „Allgemeinen deutschen Bibliothek" ihren „gesunden Menschenverstand" als die einzige Instanz der Wahrheit. Nüchtern, seicht und flach wurde verhöhnt, was Tiefe hatte oder nach Tiefe strebte. Auch Prediger, besonders in Berlin, stimmten ihnen zu; nur vereinigten sie sich dahin, sich eines „schleichenden Tones" zu bedienen, indem sie „den Aberglauben stürzten und eine reine Moral feststellten". Selbstverständlich reichten sich in diesem Kreis alle Konfessionen und Religionen brüderlich die Hand.

Zu Menschen wollte man nun auch die Jugend erziehen. Nach Rousseaus Idealen unternahm es Johann Bernhard Basedow (1723—90) in seinem 1774 eröffneten Philanthropinum zu Dessau, Menschen zu bilden. Die Kinder lernten nur, und zwar erst vom zehnten Lebensjahr an, das allen Religionen Gemeinsame. Nichts von unnatürlichem Zwange sollte herrschen, spielend alles gelernt werden. Als sich die nach der Menschenliebe sich nennenden Leiter dieser Anstalt nach einiger Zeit in arger Zwietracht gegenüberstanden, gründete der eine der Lehrer, Christian Gotthilf Salzmann (1744—1811), in Schnepfenthal eine zweite vernünftige Erziehungsanstalt.

Einen mächtigen Einfluß hatten die von Lessing (1774 und 1777/78) aus dem Nachlaß des Hamburger Professors Hermann Samuel Reimarus (gest. 1768) herausgegebenen Wolfenbütteler Fragmente eines Ungenannten. Hier fanden sich für die schon mehr oder weniger vollzogene Abwendung vom Christentum die einleuchtendsten Gründe: die Urkunden des Christentums widersprechen einander, wie könnten sie also auf Offenbarung beruhen! Christus hat sich selbst mit seinen Hoffnungen betrogen, und seine Jünger fälschten seine Lehre und Geschichte!

In einer Zeit, da der Lehre der Kirche so ungescheut widersprochen wird, ist der Theologie die Aufgabe gestellt, die gegen das Christentum erhobenen Vorwürfe auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen und ihnen durch reinere Darstellung des unwandelbaren Kerns die Berechtigung zu nehmen. Die Theologie jener Zeit gab zu, daß ihre bisherige Gestalt nicht unanfechtbar sei; aber um dem Widerspruch zu entgehen, nahm sie selbst den offenbarungsfeindlichen Charakter mehr und mehr in sich auf und gab damit das Christentum preis.

Die einen unter diesen Theologen bewahrten sich noch einen sittlichen Ernst, hielten sich sogar noch für gläubige Christen. So Johann Salomo Semler (1725—91), der doch alles in der Bibel, was ihm nicht zur „moralischen Ausbesserung des Menschen" geeignet erschien, für nicht mehr geltend erklärte und in der Geschichte der Kirche und ihrer Lehre im Grunde nichts als eine Komödie der Irrungen sah. Andere gaben sich schon einem frivolen Geiste hin; der preußische Pfarrer Andreas Riem wagte auch schon den Charakter Jesu zu verdächtigen, und der Prediger Johann Heinrich Schulz in Gielsdorf bei Berlin erklärte Mose für einen Betrüger, Jesus für einen guten Mann, der aber gegen die Lebhaftigkeit seines Temperaments zu viel Nachsicht gehabt, nannte das Christentum Gaukelei, Grimasse, Hosenkette, durch den Eigennutz herrschsüchtiger Priester erfunden.

Aus nichttheologischen Kreisen wagten sich noch ärgere Anschauungen ans Licht. Der braunschweigische Oberstleutnant Jakob Mauvillon (1743—94) erklärte die christliche Moral für unfähig, die Sitten zu verbessern, den Aberglauben auszurotten, die Welt zu erleuchten, den Wissenschaften aufzuhelfen; sie müsse darum durch eine vernunftgemäße Moral abgelöst werden. Eine Menge meist anonymer Broschüren kämpfte mit wahrer Wut gegen das Christentum. Der Glaube an einen Gott konnte als die Quelle alles Jammers und Elends geschildert und der Mensch für das vollkommenste Tier erklärt werden. Das Volk, das sich noch nach alter Gewohnheit zur Kirche hielt, leiteten die aufgeklärten Geistlichen möglichst schonend zu einer „vernünftigen Gottesverehrung" an. So las man noch bei den Gottesdiensten die seit alten Zeiten herkömmlichen biblischen Abschnitte, suchte diese aber „nutzbar" für Aufklärung und Gesittung zu machen.

Die Weihnachtsgeschichte mit Stall und Krippe gab Gelegenheit, „über den Nutzen der Stallfütterung" zu reden, die Ostererzählung mit den Frauen, die früh zum Grabe gekommen sind, ließ „vom Nutzen des

Digitized by Google

Frühaufstehens" handeln, die Geschichte vom Einzug Jesu in Jerusalem, bei dem das Volk Zweige von den Bäumen hieb, legte nahe, von Forstfrevel und Holzvergeudung zu predigen. Ebenso nahm man dem Volke seine vertrauten Kirchenlieder, deren altertümliche Ausdrücke bei dem Mangel an geschichtlichem Sinn, und deren Kraft und Schwung bei der Vorliebe für seichtes Geschwätz den Gebildeten unangenehm waren. Daher änderte man die alten Gesänge so gründlich, daß das Volk sie nicht mehr mitsingen konnte, und schuf neue Lieder, die mit religiöser Erbauung nichts zu tun hatten, wie: „Des Leibes warten und ihn pflegen, ist, Höchster, meine erste Pflicht", oder: „Du streust auf die Berg' und Höh', Hütten und Paläste Schnee, alles friert, auf dein Geheiß wird der Wasserstrom zu Eis." Auch die herkömmliche Ausgestaltung des Gottesdienstes beseitigte man. Da die Gottesdienste dem Volke nun nicht mehr boten, was es suchte, nahm ihr Besuch so reißend ab, daß man ihre Zahl beschränken und viele Kirchen abbrechen konnte. Nur das Gesetz der Trägheit verhinderte, daß die Kirche ihre Tätigkeit völlig einstellte.

Einen Vorstoß gegen diese Zeitströmung unternahm Friedrich Wilhelm II. von Preußen. Doch er machte sich nicht klar, daß sich eine fast ein halbes Jahrhundert lang von seinem Vorgänger begünstigte allgemeine Zeitrichtung nicht durch einen einzigen Befehl aus der Welt schaffen ließ; er meinte, mit dem Religionsedikt von 1788 die Orthodoxie wiederherstellen zu können. Nur einen Geistlichen, Schulz in Gielsdorf (S. 400), hat er durch Kabinettsorder absetzen können. Friedrich Wilhelm III. hat 1797 alles rückgängig gemacht: die Religion bedürfe keiner Zwangsgesetze, weil sie mit ihren unzertrennlichen Gefährten, Vernunft und Philosophie, durch sich selbst bestehe. Die Aufklärung war wieder Alleinherrscherin.

Aber seit etwa 1790 tritt in ihr eine neue Strömung hervor. Der gepriesene gesunde Menschenverstand offenbarte sich doch bei manchen dieser selbstzufriedenen Wortführer als recht schwach und flach. Trotzdem sollte alles, was ihre jeweilige Vernunft nicht einsah, auch nicht vorhanden sein. Dazu kamen doch manche Vertreter dieses willkürlichen Vernunftgebrauchs zu allzu abstoßenden Ergebnissen. So erhoben sich die großen deutschen Dichter, Goethe, Schiller, Tieck, gegen die selbstzufriedene, überkluge Weise Nicolais und seiner Allgemeinen deutschen Bibliothek: „Was du mit Händen nicht greifst, das scheint dir Blindem ein Unding, und betastest du was, gleich ist das Ding auch beschmutzt." Ebenso Immanuel Kant, der nicht das Wesen der Aufklärung angreifen, vielmehr diese tiefer begründen wollte. Die Kritik, welche die subjektive Vernunft bisher nur auf das Objektive, auf das geschichtlich Gegebene gerichtet hatte, wird nunmehr an ihr selbst geübt. Infolgedessen wird geschieden zwischen der „reinen Vernunft", die das Objektive nicht zu erfassen vermag, also die bisherige blinde Zuversicht, unfehlbar die Wahrheit zu erreichen, aufzugeben hat, und zwischen der „praktischen Vernunft", die, ohne sich auf Gründe für oder wider einzulassen, den Menschen innerlich überführt, und zwar des kategorisch gebietenden Sittengesetzes wie des Daseins Gottes und der Unsterblichkeit. Das war freilich keine Wiedererhebung des vom Throne gestoßenen Christentums: eine Offenbarung ist geleugnet, die ganze Religion in Moral aufgelöst, der Mensch völlig und allein auf sich selbst gestellt; von der Gnade Gottes und der tatsächlich zu erlangenden Gemeinschaft des Menschen mit Gott ist keine Rede. Es ist, wie Kant selbst es genannt hat, Rationalismus, Vernunftglaube. Aber vor allem durch den Nachweis der Unmöglichkeit, mittels der reinen Vernunft zur Erkenntnis der übersinnlichen Dinge zu gelangen, hat er der Oberflächlichkeit der vor ihm regierenden Aufklärung widersprochen. Diese Philosophie, der Johann Gottlieb Fichte ein charaktervoller Prophet wurde, war in religiöser Beziehung Vernunftglaube, aber kraftvoll, eine neue Zeit weissagend.

Trotz dieser Verwüstungen in der Kirche war das alte Christentum noch keineswegs verschwunden. Nur schwächlich kämpfte eine Anzahl von Theologen für ihren Glauben an eine Offenbarung Gottes und an die Heilige Schrift als deren Urkunde, und doch haben

Digitized by Google

diese Supranaturalisten dem nächsten Geschlecht die Rückkehr zum Christentum erleichtert. Sodann gewahren wir einzelne Kreise, die in der glaubensleeren Zeit sich gegenseitig vor dem Verlust ihrer christlichen Überzeugung zu bewahren und andere dafür zu gewinnen suchen.

So jener Kreis in Frankfurt a. M., deren Mittelpunkt Susanne Katharina v. Klettenberg (1723—74) bildete, die „schöne Seele" in Goethes „Wilhelm Meister". Charakteristisch ist es auch, wie vor dem Gemeinsamen, das diese einzelnen beglückte, das sie Trennende weit in den Hintergrund trat. Adelheid Amalie Fürstin v. Galizin (1748—1806) war Katholikin, aber doch verkehrten auch fromme Lutheraner mit ihr und ihren Freunden. Auch geistig bedeutende Persönlichkeiten waren unter diesen, so der tiefsinnige Johann Georg Hamann (1730—88), der liebewarme Johann Kaspar Lavater (1741—1801), der durch seinen freudigen Glauben und durch seine tiefinnerliche Frömmigkeit viele verzagte Gemüter aufrichtete und stärkte, oder der innige Johann Heinrich Jung, genannt Stilling (1740—1817), dessen glaubensvolle Selbstbiographie Goethe zum Druck befördert hat, und der treuherzige, schalkhafte, gemütvolle Matthias Claudius (1740—1815), von dem das Wort stammt: „Die Religion aus der Vernunft verbessern wollen, kommt mir vor, als wenn ich die Sonne nach meiner alten hölzernen Hausuhr stellen wollte."

An mehreren dieser Männer bemerken wir auch, daß die Stürme gegen die Kirche nicht ohne Gewinn für diese geblieben waren; denn nicht tote Orthodoxie ist es, was sie vertreten, nicht ungesunder Pietismus, sondern inniges, lebensvolles, wenngleich bei den meisten sozusagen kindliches Christentum. In einigen weckt der durch die letzten Jahrzehnte angerichtete Schade auch den Wunsch, sich zu Vereinen zusammenzutun, um womöglich in weiteren Kreisen wahres Christentum wieder zu entfachen — Anfänge, die das 19. Jahrh. ausgestaltet hat.

Für die religiösen Kämpfe der Zukunft hat die Aufklärung den Gewinn gebracht, daß die Anwendung von äußerlicher Gewalt gegenüber religiösen Überzeugungen als ein ungeeignetes Mittel erkannt worden ist. Denn die Mannigfaltigkeit der religiösen Anschauungen schließt eine Gleichmäßigkeit aus. Zu sehr hat man sich an diese bunte Mischung innerhalb der einzelnen Länder gewöhnt, als daß noch um des Friedens und der bürgerlichen Ruhe willen eine religiöse Gleichförmigkeit notwendig wäre. Zu bestimmt ist das Bewußtsein von der Berechtigung der religiösen Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen geworden, als daß man durch andere Mittel als geistige die religiöse Stellung anderer zu beeinflussen für sittlich erlaubt halten könnte. Denn freilich, eine solche Duldung, die alle religiösen Kämpfe ausschlösse, wäre nur bei völliger und allgemeiner religiöser Gleichgültigkeit möglich. Aber jene mittelalterliche Unduldsamkeit, die sich für verpflichtet hielt, den „Ketzer" nötigenfalls durch Gewalt zur Unterwerfung zu bringen, ist jetzt ein überwundener Standpunkt.

4. Die Restauration und die neue Ausprägung der Gegensätze.

A. Die Wiederherstellung der Kirche (1814—40).

Wiederaufbau des Umgestürzten ist der Charakter der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrh., denn die Früchte nackten Unglaubens lagen zutage. Dazu kamen die zur Selbstbesinnung treibenden Leiden unter der französischen Herrschaft und die Begeisterung für die Befreiung des Vaterlandes. „Mit Gott für König und Vaterland" wurde die Losung. Nicht der Gott der Heiligen Schrift war es, den man in den Flammen Moskaus „groß und wunderbar" zu sehen meinte; es war nur der Lenker der Weltgeschichte — aber es war kein oberflächliches Geschwätz mehr, wenn man ihn nannte. Man glaubte wirklich stark an ihn. Die Niederwerfung des für unüberwindlich gehaltenen Kaisers befestigte diesen Glauben mächtig.

Daß ein solch unklarer religiöser Aufschwung die Lehren der Vergangenheit nur sehr

Digitized by Google

unvollständig verstehen ließ, ist begreiflich. Vor allem bei den Machthabern wurde bloße Wiederherstellung des Alten das Ziel. Man fragte nicht, warum denn das Alte so völlig zusammengebrochen war. Die Wut der französischen Freiheitsmänner hatte sich vor allem gegen die katholische Kirche gewandt. Anstatt sich über die tieferen Ursachen dieser Kirchenfeindschaft klar zu werden, nahmen die Fürsten an, daß die Altäre die Stütze der Throne seien, und halfen der katholischen Kirche aufs bereitwilligste, womöglich noch mehr zu erlangen, als sie vor dem letzten Sturm besessen hatte. Am 24. Mai 1814 zog Papst Pius VII. wieder in Rom ein und erklärte alsbald die Bibelgesellschaften für eine Pest, durch die das Evangelium Christi in ein Evangelium des Teufels verkehrt werde. Er stellte unter dem 7. August denselben Orden wieder her, den Clemens XIV. für ewige Zeiten aufgehoben hatte. Jetzt erklärte der König von Piemont ohne Widerspruch, allein diese Jesuiten seien imstande, die Revolution fernzuhalten. Gleichzeitig erstand das Inquisitionsgericht wieder. Zur Abgrenzung der kirchlichen und der staatlichen Gewalt schloß der Papst mit den einzelnen deutschen Landesfürsten Konkordate ab, die ihm den größeren Anteil an Macht zusprachen.

Noch standen freilich dem echt römischen Geist in der katholischen Kirche Deutschlands zwei Strömungen im Wege. Die mystische Richtung wurde besonders in dem Kreise um den frommen Bischof von Regensburg, Johann Michael Sailer (1752—1832), gepflegt. Aber unter dem Widerspruch gegen diese Betonung der „Liebe Gottes in Christo" versiegte diese Strömung allmählich. Nur einige, so Johannes Goßner, traten zur evangelischen Kirche über. Die andere, die freisinnige Richtung, zeigte sich am stärksten unter der Geistlichkeit Schlesiens. Gottesdienst in deutscher Sprache und Abschaffung des Zölibats waren ihre Hauptforderungen. Aber die preußische Regierung, von der sie Förderung erbat, wollte es nicht mit dem Papst verderben und ließ diesen nicht mehr zeitgemäßen Geist schweigend unterdrücken.

Auch die Niederlagen der katholischen Kirche in den romanischen Ländern öffneten den Verblendeten die Augen nicht. In Italien wollten die Freiheitsfreunde nichts von den Errungenschaften der französischen Zeit verlieren. Die Partei des „jungen Italien" grollte über die Wiedererhebung der alten Fürstenhäuser und wollte das Vaterland einig und mächtig machen. Mehr als einmal rückten österreichische Truppen ins Land, um diese Bestrebungen niederzuschlagen. Frankreich ertrug das 1817 nach päpstlichem Geschmack geschlossene Konkordat nicht: es mußte zurückgezogen werden. Und als unter Karl X. auch die Freiheit der Presse und ähnliche bürgerliche Errungenschaften vernichtet werden sollten, antwortete das Volk 1830 mit Vertreibung der Bourbons und Erhebung der Familie Orléans. Die katholische Kirche verlor ihre Vorrechte als Staatskirche, die Jesuiten wurden ausgewiesen. In Spanien bekamen die Liberalen 1823 die Macht in ihre Hände: allmählich wurden alle Mönchsorden aufgehoben, alle Klöster eingezogen, das Kirchengut für Nationaleigentum erklärt, der päpstliche Nuntius über die Grenze geschafft. Ähnlich ging es in Portugal zu.

Endlich kam es auch in Deutschland zum Kampf. In Preußen folgten seit 1803 nach dem Gesetz alle Kinder der Religion des Vaters, und die Verpflichtung eines Gatten durch den anderen zur Umgehung dieses Gesetzes war untersagt. Aber die katholischen Geistlichen verweigerten die Trauung von Mischehen, wenn nicht im Widerspruch gegen dieses Staatsgesetz katholische Erziehung aller Kinder zugesagt wurde. Der Kölner Erzbischof Freiherr v. Droste zu Vischering versprach der Regierung vor seiner Erwählung (1835), von dieser Streit erregenden Bedingung absehen zu wollen. Als er aber im September 1837 seiner Geistlichkeit befahl, wieder wie früher zu verfahren, wurde er am 20. November 1837

Digitized by Google

verhaftet und nach Minden abgeführt. Derselbe Streitpunkt brachte den Gnesener Erzbischof Martin v. Dunin 1839 auf die Festung Kolberg.

In der evangelischen Kirche Deutschlands lag der Geist der Aufklärung noch Jahrzehnte hindurch mit dem wiedererwachenden positiven Glauben im Kampfe. „Denken und Wollen des Rechten" erklärte Heinrich Eberhard Gottlob Paulus in Heidelberg (1761—1851) für den Kern des Christentums. Er hielt noch an dem historischen Inhalt der Heiligen Schrift fest, erklärte aber alles für natürlich: die Engel für phosphoreszierende Erscheinungen, wunderbare Heilungen aus der Nichtbeachtung der dort befolgten Erzählungsweise, Totenerweckungen für Erweckung von Scheintoten. Als den „Papst des Rationalismus" hat man den Weimarer Generalsuperintendenten Johann Friedrich Röhr (1777—1848) bezeichnet, der in seiner „Predigerliteratur" und „Kritischen Predigerbibliothek" den Rationalismus gegen den neuen, von der Romantik gestützten religiösen Zeitgeist verteidigt hat. Berlin, so lange die Haupt- und Residenzstadt der Aufklärung, wurde nun der Hauptherd dieser neuen, schäumenden Bewegung. Nicht die überkluge Vernunft, sondern der instinktartig wirkende Genius ist ihr das Höchste. Nicht dürre Abstraktionen liebt sie, sondern lebensvolle Wirklichkeit, das Geheimnisvolle, das Unbewußte, das Romantische. So gewinnt man wieder Sinn für die Vergangenheit, die sich noch von Ideen begeistern ließ, von Minne und Rittertum, von Weltentsagung und poetischem Heiligendienst. Als weiterer Gegner des Rationalismus erblickte der Philosoph Friedrich Wilhelm Joseph Schelling (1775—1854) in der Natur wie in der Geschichte die Selbstoffenbarung Gottes; nicht minder erschien gegenüber der Philosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770—1831) mit ihrer großartigen Gedankenarbeit, mit ihrer Kühnheit und Folgerichtigkeit die Weisheit der Aufklärung als oberflächliches Geschwätz. Den allergrößten Einfluß aber auf die Entwickelung der Theologie übte Friedrich Ernst Daniel Schleiermacher (1768—1834) aus. Einen ungeheuren Eindruck machten seine schon 1799 erschienenen „Reden über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern".

Die Zahllosen, die tatsächlich aller Religion den Rücken gekehrt haben, möchte er wiedergewinnen. Doch nicht das will er seiner Zeit wieder aufdrängen, was dazu gedient hat, sie an aller Religion irre werden zu lassen, „religiöse Lehrsätze und Meinungen". Mit bloßem Wissen und bloßem moralischen Handeln meinte der Rationalist Religion zu besitzen. Diese aber ist etwas viel Tieferes, Innerlicheres — „der Sinn und Geschmack für das Unendliche". In seinen Monologen (1800) bestimmte Schleiermacher das sittliche Leben. Der Rationalist hatte nach einer alles gleichmachenden Nützlichkeitsmoral gestrebt. Jetzt wird die Eigenart jedes einzelnen als sittliches Recht, ja als sittliche Pflicht betont. Jeder Mensch soll als individuelle Gestalt immer mehr werden, was er ist; doch zugleich offen sein für alles, was er nicht ist. Das waren nur Bruchstücke des Christentums. Aber eben weil es seiner Zeit zunächst nur so wenig bot, fand dieses um so leichter Eingang. Seitdem er 1807 von Halle nach Berlin übergesiedelt war und sich dem positiven Christentum genähert hatte, entfaltete er seit 1809 auf der Kanzel, seit 1810 auf dem Katheder eine überaus weitreichende Wirksamkeit. Sein theologisches Hauptwerk „Der christliche Glaube nach den Grundsätzen der evangelischen Kirche" erschien 1821. Welch ein Ereignis dieses Werk war, bezeugt schon der darin gelieferte Nachweis, daß die Religion ein Tatbestand, ein Leben ist, daß also die Wissenschaft von der Religion, die Theologie, es nicht mit philosophischen Sätzen zu tun hat, sondern eben mit einem in dem Menschen vorhandenen Tatbestande: sodann werden die einzelnen Lehren auf das zugrunde liegende religiöse Interesse zurückgeführt, die Dogmen als Darlegung des inneren religiösen Besitzes erfaßt.

Die christliche Religiosität, die man unter diesen verschiedenen Einflüssen wiedergewann, war noch sehr wenig klar begrenzt oder bestimmt ausgeprägt. Der Kampf des letzten Jahrhunderts hatte dem Christentum selbst oder gar der Religion überhaupt gegolten. Wer sich einen Glauben bewahrt hatte, fühlte sich dem Gegner gegenüber nur als Christ, nicht aber als Angehöriger dieses oder jenes Bekenntnisses. Ob das wiedergefundene Christentum mehr

Digitized by Google

reformiertes oder mehr lutherisches Gepräge trug, war den Kindern gleichgültig. Auch Friedrich Wilhelm III. von Preußen hatte sich, besonders seit dem Tode seiner geliebten Luise (1810), dem alten Glauben wieder zugewandt. Er gehörte der reformierten Kirche an, liebte aber Luthers Bibelübersetzung und ehrte ihn als heldenhaften Christen. Nicht nur der längst von den Hohenzollern gehegte Wunsch, nicht länger durch Verschiedenheit des Bekenntnisses von dem eigenen Volke getrennt zu sein, sondern auch seine innerste Überzeugung, daß eine Aufhebung dieser Scheidewand segensvolle Wirkungen haben werde, ließ ihn eine Vereinigung der reformierten und der lutherischen Kirche erstreben. So entstand die Kabinettsorder vom 27. September 1817, welche „die Vereinigung der getrennten protestantischen Kirchen zu einer evangelischen herbeiführen sollte".

In dem richtigen Gefühl, daß auf dem religiösen Gebiete jede echte Einigung nicht von außen aufgezwungen sein dürfe, wollte Friedrich Wilhelm III. diese Union seinem Volke nicht aufdrängen; sie sollte mit völliger Freiwilligkeit vorgenommen werden. Nicht nur in Berlin feierten am Reformationsfest 1817 die reformierten und die lutherischen Geistlichen gemeinsam das Abendmahl, sondern auch die meisten Gemeinden im übrigen Preußen nannten sich bereitwillig „evangelische". Doch innerlich war man keineswegs schon einig. Denn als nun der König auch die kirchlichen Formen überall gleichmäßig sehen und deshalb 1822 eine von ihm selbst zusammengestellte Agende einführen wollte, erhob sich Widerspruch. Erst eine zweite Ausgabe beschwichtigte durch eine größere Auswahl von Formularen die Unzufriedenen. Der Widerstand derer aber, die überhaupt nichts von einer Union wissen wollten, wurde später durch Mittel zu brechen gesucht, die sich nur damit entschuldigen lassen, daß der König hier Nachwehen der Revolution von 1830 zu sehen meinte. Die widerstrebenden Geistlichen wurden abgesetzt. Erkannten sie die Absetzung nicht an, so wanderten sie ins Gefängnis. Die Gemeindeglieder wurden in Geld- und Einquartierungsstrafe genommen. Erst als der König mit der katholischen Kirche in schweren Streit geraten war, schlug er (seit 1831) ein milderes Verfahren ein.

Zu den Gegnern der Union gehörte auch der holsteinische Geistliche Klaus Harms (1778—1855). Als Archidiakonus in Kiel gab er zum Reformationsjubiläum 1817 Luthers 95 Thesen wieder heraus, „mit anderen 95 Thesen als mit einer Übersetzung aus Anno 1517 in anno 1817 begleitet". Vor allem bekämpfte er die „Vernunftreligion", die „entweder von Vernunft oder von Religion oder von beiden entblößt" sei. Gegen 200 Schriften riefen diese Thesen hervor. Immer größer wurde die Zahl der Streiter gegen den Rationalismus. Es waren vor allem die Schüler Johann August Wilhelm Neanders in Berlin (1789—1850; „Das Herz ist es, was den Theologen macht") und Friedrich August Gottreu Tholucks in Halle (1799—1877), der nicht nur durch Schriften und Predigten, sondern auch durch persönlichen Umgang mit den Studierenden einen seltenen Einfluß ausübte; endlich die Ernst Wilhelm Hengstenbergs in Berlin (1802—69), der unentwegt auf seinem Standpunkt beharrte und durch seine 1827 begründete „Evangelische Kirchenzeitung" die einen zum Widerspruch reizte, die anderen in der Überzeugung bestärkte, daß es auf beides gleicherweise ankomme, auf die Rechtgläubigkeit wie auf die Rechtgläubigkeit. Dem alten Rationalismus hat der geistvolle, freisinnige Karl August Hase in Jena (1800—90) den letzten Todesstoß gegeben. Seit seinem „Anti-Röhr" (1834) ist jene schwächliche Aufklärung in der Theologie abgetan.

B. Neue religiöse Gegensätze (1840—70).

Pius IX. (1846—78) begann seine Regierung mit freisinnigen Reformen, verfiel dadurch mit der jesuitischen Partei und beschloß, sich auf das Volk allein zu stützen. Als aber 1848 die Freiheitsmänner Italiens immer höhere Forderungen an den Papst stellten, sah er von weiteren Zugeständnissen ab. Doch als dieselben Freischaren, die er einst im Hofe des Vatikans gesegnet hatte, den Quirinal stürmten, bewilligte er alles, was das Volk forderte,

Digitized by Google

und entfloh nach der Ermordung Rossis am 15. November 1848 aus Rom, um alles Zugestandene wieder zurückzunehmen. In Rom wurde eine Republik aufgerichtet und das Papsttum für der weltlichen Herrschaft verlustig erklärt (vgl. Bd. VII, S. 385). Diese bitteren Erfahrungen befreiten ihn von allen liberalen Anschauungen und öffneten ihn dem Einfluß der Jesuiten. Am 12. April 1850 auf den Stuhl Petri zurückgekehrt, schrieb er seine Rettung der Macht der Jungfrau Maria zu und verkündete, um sich ihr dankbar zu erweisen, am 8. Dezember 1854 das neue Dogma, daß sie auch von der Erbsünde freigeblieben sei. Diese Lehre von der „unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria", der hochgefeierte Kirchenlehrer der Vergangenheit widersprochen hatten, wurde zum kirchlich gültigen Lehrsatz erhoben und dadurch der alte Überlieferungsgrundsatz der katholischen Kirche, wonach nur das Wahrheit sein könne, „was überall, immer, von allen geglaubt worden ist", preisgegeben.

Viktor II. Emanuel wurde 1861 König von Italien. Eine der päpstlichen Provinzen nach der anderen verlangte, diesem Reich angefügt zu werden, kein Bannspruch des Papstes vermochte etwas dagegen. Nur Rom und die Campagna blieben ihm durch die französische Besatzung erhalten. Um so kühner trat er auf kirchlichem Gebiet auf. Am 8. Dezember 1864 erging eine Enzyklika an die Bischöfe, die den Irrtümern des Zeitgeistes entgegentreten sollten, zugleich mit einem Verzeichnis von 80 Sätzen, die als ketzerisch zu verwerfen seien.

Daß dergleichen im 19. Jahrh. in vollem Ernste wiederholt werden konnte, das war das Unglaubliche: die Kirche hat von Christo die Macht empfangen, die Widerspenstigen mit heilsamen Strafen zu zügeln und zu zwingen. Die Päpste haben niemals die Grenzen ihrer Befugnisse überschritten, nie Rechte von Fürsten sich angemaßt. In einem verdammungswerten Irrtum befindet sich, wer die Versöhnung des Papstes mit der modernen Zivilisation für möglich und wünschenswert hält! Und doch beruhen alle staatlichen Einrichtungen auf dieser modernen Zivilisation, Religionsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung. Das Papsttum wollte gleichsam den Fürsten und Völkern zurufen: Weil ihr mir die weltliche Herrschaft genommen habt, erkenne ich keines eurer Rechte oder Gesetze mehr an.

Doch das römische System sollte mit einer alles sicher abschließenden leuchtenden Spitze gekrönt werden. Oft, aber stets vergeblich hatte man zu behaupten versucht, der Papst sei als Haupt der Kirche unfehlbar. Auch diesem Papste schwindelte noch vor einer solchen Höhe. Aber den Jesuiten erschien nicht eher eine Wiederkehr freiheitlicher Regungen innerhalb der Kirche unmöglich, als bis mit dem „Stellvertreter Christi auf Erden" voller Ernst gemacht sei, und sie forderten deshalb das „Opfer des Intellekts". Am 8. Dezember 1869 wurde zu Rom das vatikanische Konzil eröffnet, das auch jenen neuen Lehrsatz schaffen sollte. Eine Oppositionspartei wies überzeugend nach, daß die Unfehlbarkeit des Papstes dem kirchlichen Glauben fremd sei, der Bibel, den kirchengeschichtlichen Tatsachen und der Vernunft widerspreche, Pius erklärte: „Die Tradition bin ich." Bei der Schlußabstimmung (18. Juli 1870) wurde mit 533 gegen 2 Stimmen die päpstliche Unfehlbarkeit beschlossen. Die übrigen Gegner dieser Lehre waren vorher abgereist. Am folgenden Tage wurde der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich erklärt, die französische Besatzung, die bis jetzt dem Papste den Rest seiner weltlichen Herrschaft erhalten hatte, abgerufen. Nach dem Tage von Sedan forderte das italienische Volk Rom als die Hauptstadt des Königreichs. Die ewige Stadt wurde am 20. September 1870 von den italienischen Truppen erobert. Eine Volksabstimmung ergab in Rom 40785 Stimmen für die Annexion, 46 gegen diese. Dem Papste blieb nur der Vatikan. Jeden Vergleich, jede Entschädigung wies er zurück. Er gefiel sich in der Rolle des Gefangenen, der den Bereich des Vatikans nie überschritt. Nicht als eine Wohltat begrüßte er es, daß er nun der Verquickung des geistlichen und des weltlichen Regiments enthoben war; vielmehr ist er nicht müde geworden zu erklären, er müsse seine weltliche Herrschaft zurückerhalten.

Digitized by Google

Kurz vorher aber hatte dasselbe Papsttum in Deutschland einen Triumph nach dem anderen gefeiert. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (seit 1840), von warmem religiösen Interesse erfüllt, besaß auch eine stark romantische Ader und verfolgte Ideale, ohne die tatsächlichen Zustände klar ins Auge zu fassen. So war er für den Gedanken von der Freiheit der Kirche begeistert, verkannte aber, daß die katholische Kirche nicht rein Kirche, sondern auch ein Weltreich ist, dem gegenüber der Staat seine Selbständigkeit wahren muß, wenn er seines Berufs walten soll. Er beendete den noch immer schwebenden Kirchenstreit dadurch, daß er die Erzbischöfe von Gnesen und von Köln in ihre Ämter wieder einsetzte. Er verzichtete auf die Ausübung des königlichen Zustimmungsrechts zu Bischofswahlen, gab den Verkehr mit dem päpstlichen Stuhle völlig frei und errichtete im Kultusministerium 1841 eine besondere „Abteilung für die katholischen Kirchenangelegenheiten", die das Ministerium des Papstes in Preußen genannt worden ist. Die Verfassung von 1850 gewährte der katholischen Kirche vollständige Freiheit, so daß die Kirche die staatlichen Gesetze als für sich nicht geltend ansehen, alles nach dem kanonischen Recht und dem Willen des Papstes entscheiden, eine Niederlassung der Jesuiten nach der anderen anlegen, immer neue Klöster unter der Leitung auswärtiger Oberen gründen, an Schulen, Seminaren, Universitäten schroff ultramontan gesinnte Männer anstellen und vom Staat immer größere Summen für Kultus- und kirchliche Unterrichtszwecke erlangen konnte, ohne jemals dem Staat irgendwelche Rechenschaft über die Verwendung dieser Gelder schuldig zu sein. Verhältnismäßig erhielt damals die katholische Kirche viermal so viel an staatlicher Unterstützung wie die evangelische. Auch auf theologischem Gebiete wuchs der ultramontane Geist mächtig an.

Johann Adam Möhler (1796—1838) schilderte in seiner Symbolik (1832) das Wesen des Protestantismus als Gesetzesfeindschaft und Vernunftwidrigkeit, die katholische Lehre aber als die goldene Mitte zwischen ihm und dem Unglauben. Johann Joseph Ignaz Döllinger (1799—1890) wußte nicht nur Luther (1851), sondern die gesamte Reformation (1846—48) der Verachtung preiszugeben. Der Jesuit Giovanni Perrone (1794—1876) tränkte durch seine theologischen Vorlesungen (1825) die zukünftigen Geistlichen mit dem echten Geiste seines Ordens. Der Jesuit Johann Peter Gury (1801—66) trug in seinem Kompendium der theologischen Moral (1850) die ganze unsittliche Sittenlehre seiner alten Ordensbrüder wieder vor. In evangelischen Kreisen hielt man es für unmöglich, daß von dem längst überwundenen Katholizismus Gefahr drohen könne, und würdigte diese katholische Literatur kaum der Beachtung, so daß sie als nicht widerlegt das Selbstgefühl der Katholiken aufs stärkste heben konnte. Davon zeugen auch die mannigfachen Wunder, die zur Verherrlichung der Kirche geschehen sein sollten. Zu La Salette-Fallavaux bei Grenoble erschien 1846, zu Lourdes in den Oberpyrenäen 1858 die heilige Jungfrau, ebenso 1876/77 zu Marpingen im Trierschen und 1877 zu Dietrichswalde in Ostpreußen. An dem Orte der Erscheinung entsprangen Quellen, deren Wasser große Wunder wirkte. Dasselbe rühmte man von dem Heiligen Rocke Christi im Dom zu Trier, als er 1844 öffentlich ausgestellt wurde. Louise Lateau zu Bois d'Haine in Belgien wurde seit dem 24. April 1868 jeden Freitag mit den Wundenmalen Christi an ihrem Körper „begnadigt"; viele Jahre hindurch genoß sie seit März 1871 nichts außer der täglichen heiligen Kommunion und blieb doch frisch und gesund, konnte selbst die schwersten Arbeiten verrichten.

Ob nicht der Gewinn, daß durch solche Wunder manche fester an die katholische Kirche gekettet werden, aufgewogen werde durch den Schaden, daß viele dadurch an allem, was die Kirche lehrt, irre werden und so allen Glauben fahren lassen, danach fragte die Kirche nicht. So gewahren wir wieder in der katholischen Kirche denselben Geist, der schon mehr als einmal in vielen eine Verachtung gegen die Kirche oder gar gegen die Religion überhaupt erregt hatte. Als eine Frucht der erwähnten Ausstellung des Heiligen Rockes in Trier kann man die Entstehung der deutsch-katholischen Kirche bezeichnen. Der suspendierte Priester Johannes Ronge (gest. 1887) eiferte in einem Briefe an den Bischof Arnoldi gegen den

Digitized by Google

Reliquienkram. In allen Zeitungen wurde dieser Brief besprochen. Der eben vorher aus der katholischen Kirche ausgetretene Pfarrer Johann Czerski in Schneidemühl stellte mit seiner Gemeinde ein „christlich-apostolisch-katholisches" Glaubensbekenntnis auf. Seit 1845 bildeten sich fast überall in Deutschland „deutsch-katholische" Gemeinden. Aber so lauter Beifall Ronge auf seinen Reisen zuteil wurde, lösten sich die doch wesentlich auf der Negation des römischen Wesens gegründeten Gemeinden zumeist wieder auf; nur in Sachsen fanden die Deutsch-Katholiken staatliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft. Einige der Anhänger flüchteten in die „freireligiösen Gemeinden" der „Lichtfreunde", die von den protestantischen Predigern Uhlich und König organisiert worden waren, als der Magdeburger Prediger Sintenis 1840 wegen einer Äußerung gegen die Anbetung Jesu von dem Konsistorium zur Verantwortung gezogen wurde. In verschiedenen Städten, wie Magdeburg, Halle, Nordhausen, Königsberg, bestehen solche Vereine, die seit 1862 den „Bund freier religiöser Gemeinden" bilden. Ihre Zahl belief sich 1899 auf 50 mit insgesamt etwa 20000 Seelen.

Eine entgegengesetzte folgenschwere Erscheinung trat in der anglikanischen Kirche hervor. Sie wird als the Oxford movement bezeichnet, weil sie von den Oxforder Professoren Edward Pusey (gest. 1882) und Henry Neumann (gest. 1890) ausging.

In einer Reihe von 90 Abhandlungen (tracts) betonte diese Partei das in der anglikanischen Kirche beibehaltene katholische Element. Daher wurden ihre Anhänger als Traktarianer bezeichnet. In den höheren Kreisen fanden sie großen Beifall. Auch daß nicht nur Neumann, sondern auch 150 englische Geistliche zur katholischen Kirche übertraten, brachte diese Bewegung nicht zum Stillstand. Unter der Führung Puseys schritten die in der anglikanischen Kirche verbliebenen „Puseyiten" dazu fort, ihren stark katholisierenden Standpunkt auch in den kirchlichen Einrichtungen geltend zu machen, weshalb sie nunmehr den Namen Ritualisten führen. Sie legen großes Gewicht auf die liturgische Ausgestaltung des Gottesdienstes, sie werten die Funktionen des kirchlichen Amtes als priesterliche Tätigkeit und wollen die Kirchenlehre wieder der mittelalterlichen annähern. Sie schwärmen für Zölibat und Orden, Anrufung der Heiligen, auch der Jungfrau Maria. Sie suchen wieder Bilder, Kruzifixe, Lichter einzuführen, Meßgewänder, Chorknaben, Weihwasser, Ohrenbeichte, letzte Ölung, Seelenmessen, Fronleichnamsfest. Darüber kam es zu Störungen des Gottesdienstes, zu vielfachen Klagen vor geistlichen und weltlichen Gerichten, auch zur Bestrafung von Ritualisten, die sich den gerichtlichen Entscheidungen nicht fügen wollten. Der Versuch, durch gegenseitige Aussprache auf dem seit 1861 alljährlich sich versammelnden Church-Congress eine Annäherung herbeizuführen, hat nur die bestehenden Gegensätze in ihrer Schärfe hervortreten lassen. Der vierte Teil der anglikanischen Geistlichen huldigt dem Ritualismus. Das Kirchenregiment steht dem ratlos gegenüber.

Pius IX., durch diese Vorgänge zu den kühnsten Hoffnungen ermutigt, stellte am 24. Sept. 1850 die römisch-katholische Hierarchie in England wieder her: zwölf Bistümer unter dem Erzbischof von Westminster, dem streitbaren Kardinal Nikolas Wiseman (1802—65).

In der evangelischen Kirche Deutschlands beendigte Friedrich Wilhelm IV. den Unionszwiespalt. Die preußischen Lutheraner, die in eine Vereinigung der beiden evangelischen Kirchengemeinschaften nicht willigten, schlossen sich in Breslau zu einer vom Staate freien Kirche zusammen und wurden 1845 durch die Regierung als solche anerkannt. Die Zeit, welche die zwischen der reformierten und der lutherischen Lehre bestehenden Unterschiede unbeachtet ließ, war vergangen. Hatte man früher das Allgemeinchristliche betont, so führten jetzt das Studium der kirchlichen Vergangenheit und der Wunsch nach klarer religiöser Anschauung manche wieder dem Sonderbekenntnis zu. Hatte man früher nur auf das persönliche Christentum des Einzelnen Gewicht gelegt, so betonte man jetzt wieder die Bedeutung des Ganzen für den Einzelnen; man suchte die kirchliche Gemeinschaft wieder auf abgegrenzte Grundlagen zu stellen, um sie vor Verwirrung zu schützen. So bildete sich eine kirchliche und konfessionelle Strömung heraus. Als 1866 die rein lutherischen Gebiete Hannovers

Digitized by Google

und Schleswig-Holsteins mit Preußen vereinigt worden waren und für ihren Bekenntnisstand fürchteten, schloß sich diese Richtung 1868 in der „Allgemeinen evangelisch-lutherischen Konferenz" zusammen, der sich später auch außerdeutsche lutherische Kirchen angeschlossen haben.

Das Gegenstück zu diesen Bestrebungen bildet eine Richtung, die die „verschiedenen Richtungen" als gleichberechtigt innerhalb der Landeskirchen anerkannt sehen will, aber natürlich dort, wo sie die Macht in Händen hat, eben jene andere Anschauung, die solche Gleichberechtigung bekämpft, nicht für genehm erklären kann. Zuerst in Süddeutschland (Durlach), später auch in Norddeutschland, entstanden hier und dort Protestantenvereine, die am 7. und 8. Juni 1865 zum ersten Male gemeinsam in Eisenach als „Deutscher Protestantenverein" getagt haben. Als „die Halben" wurden diese Theologen von dem Vertreter einer dritten Richtung bezeichnet, von David Friedrich Strauß (1808—74). Ungeheures Aufsehen erregte das von diesem 1835 veröffentlichte „Leben Jesu, kritisch bearbeitet".

Von den Voraussetzungen aus, daß Wunder unmöglich seien, und daß die Idee ihre Fülle nicht in einem Einzelnen ausschütte, erklärte er die Berichte des Neuen Testaments für nichts als Ergebnisse frommer Sagenbildung. Doch spreche der Ehrenkranz, womit die ersten Christen ihren angebeteten Herrn geziert hätten, in beschränkter Vorstellung den Gedanken aus, daß in der Menschheit Gott und Mensch vereint sei. In seiner „Christlichen Glaubenslehre" (1841/42) glaubte er nachweisen zu können, daß alle christlichen Lehren durch die Wissenschaft der Neuzeit überwunden seien. Aber mit derselben Wucht wie gegen den christlichen Glauben, wandte er sich auch gegen die, welche die wahren Vertreter des Christentums zu sein meinten und doch dieses nach ihrem Belieben zurechtstutzten, die biblischen Wunder durch Umdeutung aus dem Wege räumend. Er erklärte endlich (1872) offen, daß er und seine Gesinnungsgenossen keine Christen mehr seien, daß die Kunst an die Stelle der Religion treten müsse, und meinte: „Der alte Glaube widersprach nur der Vernunft, sich selbst widersprach er nicht; der neue widerspricht sich selbst in allen Teilen, wie könnte er mit der Vernunft stimmen?"

Viele seiner Gesinnungsgenossen fanden eine Rechtfertigung ihrer Abwendung vom Christentum auch in den neuen Aufstellungen des englischen Naturforschers Charles Robert Darwin, so daß der Darwinismus in Deutschland — ganz anders als in seiner Heimat — zu einer Bekämpfung des Christentums verwendet wurde. In der Mitte endlich zwischen diesen extremen Parteien und jener konfessionellen Richtung stand die sogenannte Vermittlungstheologie, vorwiegend von der rechten Seite der Schule Schleiermachers vertreten. Auch sie war warme Freundin der Union, jedoch hinsichtlich der Lehre weniger willkürlich, in ihrer Kritik maßvoller als er.

Daß aber der Glaube in weiten Schichten der Bevölkerung wieder eine lebendige Macht geworden war, zeigte der große Eifer für seine Betätigung. Der mächtige Aufschwung, den die innere wie die äußere Mission genommen haben, wird in dem nächsten Abschnitt zusammenhängend dargestellt. Auch besann man sich auf die Aufgabe, den unter katholischer Bevölkerung wohnenden Evangelischen die Treue gegen ihre Kirche zu erleichtern.

Deshalb wurde 1842 die schon seit 1832 in Sachsen bestehende Gustav-Adolf-Stiftung über ganz Deutschland hin ausgedehnt. Ihre Unterstützung hat einer Menge von evangelischen Gemeinden in der Zerstreuung die Erbauung von Schulen, Bethäusern, Kirchen und damit festere Begründung ermöglicht. Bis zum Ende des Jahres 1917 konnten über 66 Millionen Mark verausgabt und damit 6586 Gemeinden unterstützt werden. Erbaut wurden 2834 Kirchen, Bethäuser und Türme, 981 Schulhäuser, 1099 Pfarrwohnungen, 918 Konfirmanden-, Waisen- und Diakonissenhäuser. Daneben arbeitete seit 1876 mit beschränkteren Mitteln der konfessionell gerichtete „Lutherische Gotteskasten". Neue Aufgaben erwuchsen diesen Vereinen durch die am Ausgang des 19. Jahrh. in Österreich sich erhebende „Los-von-Rom-Bewegung", deren Beweggründe keineswegs überall mit politischen Wünschen verquickt waren, und deren Kraft durch die schroffe Bekämpfung von seiten der Ultramontanen nicht gebrochen wurde; von 1899 bis

Digitized by Google

1919 sind etwa 80000 Personen in Österreich aus der katholischen Kirche ausgetreten. Nach der Beseitigung der Habsburger Dynastie hat diese Bewegung noch weit stärker um sich gegriffen.

In England regte sich das Verlangen, auch sichtbar zur Darstellung zu bringen, daß „alle gläubigen Christen" trotz der Verschiedenheit der Bekenntnisse durch das ihnen allen Gemeinsame sich als zusammengehörig fühlten. So veranstaltete man vom 19. August bis 2. September 1846 die erste aus allen evangelischen Ländern beschickte Evangelische Allianz in London, die seitdem in verschiedenen größeren Städten Versammlungen abgehalten hat. Im Juni 1852 wurde die Evangelische Kirchenkonferenz gegründet. Aus Vertretern der evangelischen Kirchenregimente gebildet, tritt sie alle zwei Jahre zusammen, um mehr äußerliche Fragen, hinsichtlich deren eine Übereinstimmung in den verschiedenen evangelischen Gebieten möglich und wünschenswert ist, einer gleichmäßigen Lösung entgegenzuführen. So unterzog sie den Lutherschen Bibeltext einer bessernden Durchsicht und gab nach 25jähriger Arbeit 1892 die „revidierte Bibel" heraus. Anregungen von außen her Folge gebend, bildete sie 1903 aus einer Anzahl ihrer Mitglieder den „Deutschen evangelischen Kirchenausschuß", der die gemeinsamen kirchlichen Interessen wahrnehmen soll, ohne dem Bekenntnisstande und der Verfassung der einzelnen Landeskirchen zu nahe zu treten. Auch in akademischen Kreisen erwachte der Wunsch, die Grundsätze des Christentums im studentischen Leben öffentlich zur Geltung zu bringen. Es entstanden seit 1830 Verbindungen, welche die Freiheit und den Frohsinn des Studententums von unchristlichen Auswüchsen (auch der Mensur) frei zu erhalten suchten. Im Wingolfsbund (1842) und im Schwarzburgbund (1887) haben sie sich zusammengeschlossen.

C. Der Kulturkampf.

Durch die Sorglosigkeit der deutschen Regierungen hatte die katholische Kirche eine wahrhaft gefahrdrohende Macht erlangt. Mit wachsender Besorgnis verfolgte dies besonders die erstarkte liberale Strömung, freilich ohne klar zu unterscheiden zwischen dem christlichen und dem jesuitischen Geiste, die in dem modernen Katholizismus vereinigt sind. Als diese liberale Richtung nach 1870 größeren Einfluß erlangte, entbrannte der Kampf. Die durch andauernde Begünstigung von oben her sicher gewordene katholische Kirche aber erlebte den vierfachen Schmerz, daß 1866 das protestantische Preußen über das katholische Österreich siegte und einen großen Zuwachs an Land wie Einfluß gewann, daß 1870 und 1871 das unter Napoleon III. treu päpstliche Frankreich auf das tiefste gedemütigt wurde, daß im Zusammenhang damit der Papst seine weltliche Herrschaft verlor und daß die neue deutsche Kaiserkrone einem protestantischen Königshause zufiel. Die Katholiken Preußens, durch die Regierung verwöhnt, hegten sogar die Hoffnung, den siegreichen König Wilhelm I. zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes bewegen zu können. Schon die bestimmte Zurückweisung dieses Verlangens lehrte, daß man nicht weiter auf den früheren Wegen zu wandeln gewillt sei. Die leitenden katholischen Kreise gewannen so die Überzeugung, sie müßten alle ihre Kräfte zusammennehmen, wollten sie ihrer Kirche die frühere Macht erhalten. Sie eröffneten bei den Wahlen zum deutschen Reichstag eine ungeheure Agitation; ihre Abgeordneten schlossen sich zu einer besonderen Partei zusammen, dem Zentrum, um auch die politischen Fragen allein nach den für die katholische Kirche zu erwartenden Folgen zu behandeln. Noch peinlicher wurde diese Vermischung von Politik und kirchlichem Bekenntnis dadurch, daß auch Nichtkatholiken, die der Regierung auf politischem Gebiete Schwierigkeiten bereiten wollten (Welfen, Polen), mit dem Zentrum zusammengingen. Bismarck

Digitized by Google

erkannte, daß diese Partei am liebsten alle von ihm erzielten Erfolge wieder vernichtet hätte, und beschloß, die katholische Kirche in ihre Grenzen zurückzuweisen, ihre übergroße Macht zu brechen. Als Bundesgenossen boten sich ihm die Liberalen an; aus ihrer Mitte nahm er am 22. Januar 1872 den Kultusminister Adalbert Falk (gest. 7. Juli 1900).

Einen anderen Feind des Ultramontanismus nahm Bismarck in seinen Schutz, die Altkatholiken. Von den Gegnern der päpstlichen Unfehlbarkeit, die vor der endgültigen Abstimmung aus Rom abgereist waren (vgl. oben, S. 406), hatte sich einer nach dem anderen dem unglaublichen Glaubenssatz unterworfen, selbst der Rottenburger Bischof Karl Josef v. Hefele, der noch im November 1870 geschrieben hatte: „Ich will lieber den Stuhl als die Ruhe des Gewissens verlieren." Nur eine kleine Anzahl blieb standhaft. Im September 1871 versammelte sich in München der erste Altkatholikenkongreß. Der bedeutendste unter diesen Männern freilich, der gelehrte Döllinger, trat, als man zur Bildung romfreier Gemeinden schreiten wollte, von dieser Bewegung zurück: er wollte lieber gar keiner äußeren Kirchengemeinschaft angehören. Diese Gegner des Papsttums begünstigte nun die preußische Regierung, indem Falk am 7. Oktober 1873 den Breslauer Professor Josef Hubert Reinkens (gest. 5. Jan. 1896) als Bischof der altkatholischen Gemeinden Preußens mit dem Sitz in Bonn vereidigte. Freilich hat diese Gunst nur kurze Zeit hindurch bestanden, da Preußen bei ihnen doch nicht die gehoffte kraftvolle Hilfe im Kampfe fand.

Die Regierung verkannte, daß das katholische Selbstbewußtsein durch lange Begünstigung mächtig angeschwollen war, also nur durch eine vorsichtige Zurücknahme des unberechtigterweise Zugestandenen das richtige Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu erzielen sei; daß in der katholischen Kirche vor allem Deutschlands auch religiöse Kräfte wirksam sind, die Gewaltanwendung nur fanatisieren konnte; daß zu einer Einschränkung des katholischen Einflusses vor allem eine Stärkung der evangelischen Kirche, eine Erleichterung ihrer Einwirkung auf das Volk notwendig ist. Zu den Kämpfern zählten auch solche Männer, die auch die evangelische Kirche als kulturfeindlich ansahen und daher den Einfluß der Kirche überhaupt auf das Volk zu verringern wünschten. So ließ man der römischen Kirche durch schroffe Gesetze und polizeiliche Strafen die Ungnade des Staates fühlen und dehnte diese Gesetze „um der Parität willen" auch auf die evangelische Kirche aus. Während nun Rom diesen Verfügungen einen siegreichen Widerstand entgegensetzte und dadurch an Ansehen beim Volke nicht wenig gewann, mußte sich die evangelische Kirche, die über den Gehorsam gegen staatliche Gesetze anders denkt, geduldig fügen und verlor dadurch an Achtung nicht allein in den Augen der römischen Gegner, sondern auch bei denen ihrer Glieder, die ihr nicht von Herzen anhingen.

In Preußen wurde schon 1871 die „Abteilung für katholische Angelegenheiten" im Kultusministerium aufgehoben, die Schulaufsicht von der Kirche auf den Staat übertragen, die Tätigkeit an öffentlichen Volksschulen den Mitgliedern geistlicher Orden untersagt. Dann griff das Reich ein. Der Mißbrauch der Kanzel zu politischer Agitation wurde mit Festungsstrafe bis zu zwei Jahren bedroht. Die Jesuiten wurden ausgewiesen. Als Antwort darauf gründete man den Katholikenverein. Für Preußen folgten 1873 die „Maigesetze" (11.—14. Mai; ergänzt unterm 20. und 21. Mai 1874). Für alle Geistlichen, auch die evangelischen, wurde eine besondere Prüfung in allgemeiner Bildung vorgeschrieben. Als letzte Instanz in kirchlichen Angelegenheiten wurde eine weltliche Behörde, ein königlicher Gerichtshof, eingerichtet. Die Anstellung und Versetzung von Geistlichen wurde von der Genehmigung nichtkirchlicher Behörden abhängig gemacht, auf Zuwiderhandlung Geldstrafen bis zu 1000 Talern gesetzt. Der Papst erklärte die preußischen Kirchengesetze für ungültig. Die Regierung aber konnte meinen, diese Bischöfe und ihre Geistlichen, die dem unfehlbaren Papste das Opfer ihrer Überzeugung gebracht hatten, würden pekuniäre Opfer zu bringen nicht bereit sein: durch Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln (April 1875) hoffte man die Widerspenstigen zähmen zu können. Die Folge war, daß die katholische Kirche wieder Märtyrer hatte und von fanatischer

Digitized by Google

Begeisterung ergriffen wurde, von Bitterkeit und Trotz. Bei den Wahlen wuchs die Zahl der Zentrumsmitglieder beständig. Die Geschlossenheit der katholischen Kirche, ihre Anhänglichkeit an das Papsttum, ihre Feindschaft gegen die evangelische Kirche erreichte das höchste Maß. Das lehrte auch die ungeheure Kühnheit, wozu sich die früher (S. 407) von uns beobachtete scharfe Polemik verstieg. Mit einer beispiellosen Siegesgewißheit entwarf Johannes Janssen in seiner „Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgange des Mittelalters" ein alle bisherigen Forschungsergebnisse über den Haufen werfendes Bild von unserer Vergangenheit, und diese durch Verschweigen und Verdrehen fertiggebrachte Berichtigung der Geschichte nach der Dogmatik fand viele Tausende von begeisterten Lesern[1]. Andere Schriftsteller behandelten in einer Menge von gleichartigen Werken andere Punkte der Geschichte in demselben Geiste, nur in weniger anständigem Tone. Wurde doch selbst die alte Fabel von Luthers Selbstmord wieder hervorgeholt!

Die preußische Regierung sah ein, daß sie auf dem betretenen Wege das Gegenteil von dem bewirkte, was sie zu erzielen gehofft hatte. Den unvermeidlichen Rückzug erleichterte ihr der neue Papst Leo XIII. (1878—1903; s. die Abbildung S. 413) durch Beteuerungen seiner Friedensliebe. Der Kultusminister Falk wurde am 14. Juli 1879 durch Robert Bitter v. Puttkamer ersetzt. In den folgenden acht Jahren wurde ein Kampfgesetz nach dem anderen aufgehoben. Als Gegenstand immer wiederholter Angriffe blieb dem Zentrum eigentlich nur noch das Jesuitengesetz; und 1904 wurde wenigstens dessen zweiter Paragraph, der sich gegen einzelne Jesuiten richtete, aufgehoben. Der Rest fiel 1917 (s. unten, S. 430). Ein derartiger „Gang nach Canossa" erfüllte viele Evangelische mit tiefem Schmerz und mit Beschämung. Um womöglich die Wiederholung ähnlicher Vorgänge zu verhindern, wurde 15.—17. August 1887 der „Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen" gegründet, der das protestantische Bewußtsein lebendig zu erhalten oder wieder zu erwecken sucht: 1919 zählte er etwa 400000 Mitglieder und ließ 3½ Millionen Bundesschriften ausgehen. Auch die Zivilstandsgesetzgebung vom 6. Februar 1875, wozu der Staat durch den Kulturkampf genötigt war, wurde nicht mit der wünschenswerten Weisheit gestaltet. Nicht wenige, die keineswegs Feinde der Kirche waren, wurden dazu verleitet, die Kirche nunmehr für überflüssig zu halten und die bedeutungsvollsten Wendepunkte im Leben: den Eintritt in den Ehestand, die Geburt eines Kindes, Todesfälle, ohne religiöse Weihe zu lassen. Damit aber entschwand manchem das letzte Erbe von Religion, das er noch besessen hatte.

Ähnlicher Widerspruch gegen die Kirche zeigte sich in anderen Ländern. In Österreich erklärte die Regierung, das mit dem Papst abgeschlossene Konkordat sei durch die Unfehlbarkeitserklärung einseitig verletzt worden, und vereinbarte im Mai 1874 mit dem Reichstag Kirchengesetze, welche die Hirtenbriefe der Bischöfe und die Besetzung aller kirchlichen Ämter der Zustimmung weltlicher Behörden unterwarfen, jeden Mißbrauch der kirchlichen Amtsgewalt dem bürgerlichen Strafrecht unterstellten und die Bildung neuer Religionsgemeinschaften regelten. In Frankreich, wo sich der Ultramontanismus unter Mac Mahon (Präsident bis 1879) fröhlich wieder erhoben hatte, wurden seit 1880 unter Jules Grévy der Jesuitenorden und alle nicht eigens vom Staate bestätigte Orden und Kongregationen aufgelöst, die Beerdigung von Nichtkatholiken auf katholischem Friedhofe gestattet, die Freiheit der Zöglinge in den Seminaren vom Militärdienst aufgehoben, die Klostererziehung durch Errichtung staatlicher Mädchenschulen entbehrlich gemacht und aus der Volksschule jeder konfessionelle Religionsunterricht verbannt. Am 4. Juli 1905 wurde das von Combes, einem früheren Priester, eingebrachte Gesetz der Trennung von Kirche und Staat in etwas gemilderter Form

[1] Dieselbe Tendenz verfolgten zwei später erschienene Werke, von dem mit Keulen dreinschlagenden Dominikaner L. Denifle („Luther und Lutherтum in der ersten Entwickelung", 1. Bd. 1904, 2. Bd. von A. M. Weiß bearbeitet, 1909) und von dem völlige Objektivität vorschützenden und daher besonders irreführenden Jesuiten Hartmann Grisar („Luther", 3 Bände, 1911 und 1912).

Digitized by Google

angenommen. Ohne jede Rücksicht auf die bisherige geschichtliche und rechtliche Entwickelung wird der Kirche eine ganz neue Verfassung aufgezwungen: die unter dem allgemeinen Vereinsgesetz stehenden Kultusvereinigungen, deren Versammlungen anzumelden sind, unter behördlicher Aufsicht stehen und unter Umständen aufgelöst werden können. Papst Pius X. (1903—14) verwarf das ganze Gesetz und verbot die Bildung dieser Kultvereine, obwohl der französische Klerus zum Nachgeben bereit erschien. Das katholische Volk zeigt nur sehr wenig Begeisterung zu Opfern und Kämpfen für die Kirche.

So löst sich seit 1870 jene Verbindung, die vor fünfzehn Jahrhunderten zwischen Volk und christlicher Kirche geknüpft worden war. Daß in Deutschland nun der Staat auch sein enges Verhältnis zu der evangelischen Kirche aufgebe und dieser dieselbe Freiheit und Selbständigkeit gewähre, welche die katholische Kirche besitzt, erscheint dem kirchenfeindlichen Standpunkt ebenso gefährlich wie dem kirchenfreundlichen.

Papst Leo XIII. in der St. Peterskirche zu Rom. Gemälde von E. Nardi.

Eine andere Erscheinung innerhalb der evangelischen Kirchengemeinschaften dürfte als eine Vorbereitung für die zukünftige Stellung der Kirche anzusehen sein. Wie auf dem staatlichen Gebiete das Volk einen Einfluß auf die politische Ordnung erhalten hatte, so forderte man auch in der Kirche einen Anteil an ihrer Leitung für die Laien. In Hannover wurde schon 1866 eine Presbyterial- und Synodalverfassung erzwungen, zehn Jahre später (20. Januar 1876) eine solche für die unierte Kirche Preußens geschaffen. Fast alle evangelischen Kirchen Deutschlands sind gefolgt. Doch sind die Wahlen zu diesen kirchlichen Vertretungen in der Regel anders ausgefallen, als die Mehrzahl derer, von denen sie gewünscht worden waren, angenommen hatte: die Gewählten empfanden die ihnen zugemutete kirchliche Tätigkeit nicht sowohl als ein erkämpftes Recht, sondern als eine verantwortungsvolle Pflicht. So haben diese Synoden manche Anregungen in positivem Sinne gegeben. Und indem nun die einzelnen Stände innerhalb der Kirche an der Sorge und Arbeit für das Wohl des Ganzen teilnahmen, hat die Kirche eine Selbständigkeit gewonnen, die bei der nahe bevorstehenden Lösung des Bandes zwischen ihr und dem Staate von größter Bedeutung werden kann.

Noch freilich gibt die evangelische Kirche die Hoffnung nicht auf, dem Volke die Religion zu erhalten und die Entfremdeten wiederzugewinnen. Auf verschiedenen Wegen arbeitet sie daran. Manche wünschen, daß die Kirche sich an der Lösung der brennenden sozialen Frage beteilige und durch Betätigung warmen Interesses für das Los der Handarbeiter diese vor völliger Abkehr von der Religion bewahre. In der Hoffnung, das Christentum wieder zu einer das öffentliche Leben beherrschenden Macht erheben zu können, gründete Christian Adolf Stöcker (gest. 1909), Hofprediger in Berlin, 1878 die „Christlich-soziale Arbeiterpartei".

Seiner Anregung verdanken auch der „Evangelisch-soziale Kongreß" (1890) und die „Kirchlich-soziale Konferenz" (1897) ihre Entstehung. Von anderem kirchlichen Standpunkt aus gab Pfarrer Joseph Friedrich Naumann (gest. 1919) in Frankfurt a. M. seit 1895 das Wochenblatt „Die Hilfe" heraus und gründete im folgenden Jahr in Erfurt die „Nationalsoziale Partei", die aber 1903 in der Freisinnigen Vereinigung aufging. 1897 verzichtete Naumann auf seine Frankfurter Stellung, siedelte nach Berlin über, um sich fortan allein seiner politischen Tätigkeit zu widmen. Wie bei ihm (er gehörte 1919 zur Demokratischen Partei), so sind auch bei manchem seiner Freunde die religiösen Ziele in ihrer sozialen Wirksamkeit mehr und mehr zurückgetreten. In theologischer Beziehung gehören diese Bekämpfer der sozialen Mißstände meist der Richtung an, die von dem Göttinger Professor Albrecht Ritschl (1822—89) ausgegangen ist. Diese hatte ursprünglich vor allem die Gebildeten im Auge. Den Mittelpunkt des Christentums, Jesu Person, will sie festhalten, aber auch alles das, was so manche der Gebildeten unserer Zeit dem Christentum zu entfremden droht, modifizieren oder über Bord werfen. Sie meint damit die Reinigung des Christentums, die Luther nur unvollkommen geleistet habe, zur Vollendung zu führen. Es ist anzunehmen, daß sie manche unter denen, die einen Widerspruch zwischen dem alten Christenglauben und der modernen Kultur sehen, vor einem völligen Bruche mit dem Christentum zu bewahren vermag. Daher kann sie dazu beigetragen haben, daß seit etwa 1890 in weiteren Kreisen ein religiöses Interesse, ein „Gottsuchen" sich zeigt. Jedenfalls verdankt ihr die Theologie kräftige Antriebe zu einer gründlichen Prüfung der Frage, welche Bestandteile des herkömmlichen Christentums zu seinem unveräußerlichen Wesen gehören. und welche, als im Strome der Zeit hinzugekommene fremdartige Beimischungen wieder auszuscheiden sind, vor allem, was als ungesunde Nachwirkungen aus der katholischen und aus der pietistischen Zeit zu beurteilen ist. Die Antworten auf diese Fragen lauten freilich noch sehr verschieden. Als z. B. Adolf Harnack seine Auffassung vom „Wesen des Christentums" darlegte (1900), fand er bei vielen freudigste Zustimmung, bei anderen ernsten Widerspruch. Besonders manche unter den jüngeren Theologen konnten meinen, in der Preisgabe solcher Elemente des christlichen Glaubens, die man bisher für wesentlich gehalten hatte, noch viel weiter gehen zu müssen. Es bildete sich „die religionsgeschichtliche Schule", die von der Voraussetzung aus, daß alle Religionen, auch das Christentum, nach den gleichen natürlichen Gesetzen entstanden seien, durch Vergleichung derselben untereinander erst feststellen will, ob dem Christentum der Ruhm der vollkommensten oder gar der absoluten Religion zukommt.

D. Die Missionstätigkeit des 19. Jahrhunderts.

Besonders im Gegensatz zu der von dem linken Flügel der Ritschlschen Schule vertretenen Anschauung schließen sich die, in denen ein tieferes und kräftigeres religiöses Bedürfnis erwacht ist und es bei anderen zu wecken suchen, vorwiegend jener anderen Richtung an, die nur von einem unverkürzten Christentum wahren Gewinn erwartet. Unter den in dieser Überzeugung Zusammenstehenden begnügen sich allerdings manche mit dem bloßen Festhalten an dem Alten, während nicht wenige auch tatsächlich eine Reinigung des Christentums von den durch die gesicherten Ergebnisse der neueren Forschungen als unrichtig erwiesenen und daher veralteten Anschauungen erstreben. Das ihnen gemeinsame Verlangen, den Glauben in Werken der Liebe zu erweisen und dem Christentum neue Freunde zu gewinnen, hat auf dem Gebiete der inneren und der äußeren Mission Großes erzielt.

Digitized by Google

a) Die innere Mission.

Schon unter der Herrschaft des Rationalismus hatten die bei dem alten Glauben Beharrenden sich zu Vereinen zusammengeschlossen, um durch christlich-praktische Tätigkeit auf das Volk einzuwirken. Auf Anregung des Augsburger lutherischen Predigers Johann Urlsperger wurde 1780 in Basel die „Deutsche Christentumsgesellschaft" gegründet; dieser schlossen sich bald viele Zweigvereine in Deutschland und der Schweiz an. Sie wollte alle erdenklichen christlichen Zwecke fördern: Verbreitung von Bibeln und kleineren religiösen Schriften (Traktaten), Armen- und Krankenpflege, Einrichtung von Volksbibliotheken, Mission unter Katholiken, Juden, Türken und Heiden. Urlsperger knüpfte auch mit den religiösen Kreisen in England an. Auch hier schlossen sich Glieder der verschiedensten evangelischen Gemeinschaften zu Vereinen zusammen. So entstand 1795 die Londoner Missionsgesellschaft, 1799 die Traktatgesellschaft, 1804 die britische und ausländische Bibelgesellschaft. Von dort kehrten die Anregungen nach Deutschland zurück. In Berlin bildete sich 1800 eine Missionsschule, in Nürnberg 1805 eine Bibelgesellschaft, 1815 in Basel eine Missionsgesellschaft, 1820 zu Beuggen in Baden eine Anstalt zur Erziehung verwahrloster Kinder und zur Ausbildung von Armenschullehrern. Ähnliche Vereine und Veranstaltungen folgten.

Noch aber fehlte der evangelischen Kirche, was die katholische Kirche an ihren Mönchen und Nonnen haben kann: berufsmäßige Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Gebiete christlicher Liebestätigkeit. Da begründete am 1. November 1833 Johann Hinrich Wichern (1808 bis 1881) das Rauhe Haus bei Hamburg, ein Rettungshaus, das zugleich zu einer Erziehungsanstalt für Helfer auf dem Gebiete der sogenannten Inneren Mission wurde, und am 13. Oktober 1836 Theodor Fliedner (1800—64) das erste Diakonissenhaus in Kaiserswerth am Rhein. Eine kräftige Anregung fanden die Bestrebungen durch das Jahr 1848, da eine ungeahnte religiöse Unwissenheit in weiten Schichten und eine erschreckende sittliche Verwahrlosung zutage trat.

Unermüdlich wirkte Wichern für die Erkenntnis, daß es eines einmütigen und tatkräftigen Vorgehens bedürfe, wenn dem Volke nicht das Christentum verloren gehen sollte. Seine Bemühungen waren nicht umsonst. Zur Bewahrung der Jugend vor den sittlichen Gefahren, vor allem der großen Städte, rief man Jünglingsvereine ins Leben, zur religiösen Unterweisung der Kinder Sonntagsschulen, zur Versorgung des Volkes mit gutem Lesestoffe Volksbibliotheken, weiter Gesellschaften zur Pflege entlassener Sträflinge, Kleinkinderbewahranstalten, Herbergen zur Heimat, Anstalten für gefallene Mädchen, für Epileptische, für Blöde, für Verkrüppelte. Zur Ausbildung der für alle diese Arbeiten notwendigen Kräfte entstanden immer neue Anstalten, daneben eine Menge von Armenvereinen, Krankenvereinen und dergleichen. Sogar der zunehmenden Vagabondage suchte man durch Gründung von Arbeiterkolonien zu begegnen; der ersten, die dem Bielefelder Pastor Friedrich v. Bodelschwingh in Wilhelmsdorf bei Bielefeld ihre Entstehung verdankt, eiferten bald in fast jeder Provinz ähnliche Anstalten nach. Auch solche, die den christlichen Geist, der diese Bestrebungen in unserem Jahrhundert geboren hat, nicht lieben, haben doch Verständnis für diese humanitären Ziele gezeigt.

Die im kirchlichen Geiste wirkenden evangelischen Diakonissenanstalten, neben denen ja noch die einer statistischen Berechnung sich entziehenden, aber derselben Arbeit sich widmenden zahlreichen freieren Vereinigungen eine segensreiche Tätigkeit entfalten, haben sich in folgender Weise entwickelt:

Anstalten („Mutterhäuser")	Arbeiterinnen („Schwestern")	Jährliche Einnahme	Arbeitsfelder
1864 30	1 592	813 273 Mk.	368
1878 51	3 901	4 110 147 „	1093
1898 80	13 309	10 996 902 „	4745
1908 84	19 255	(1906:) 18 268 651 „	6733
1913 88	21 975	(1912:) 23 351 342 „	7912

Digitized by Google

b) Die äußere Mission.

Ebenso ist der Eifer für Ausbreitung des Christentums in der Heidenwelt im 19. Jahrh. größer gewesen als je. Er hatte in den Stürmen des Reformationszeitalters so gut wie ganz geruht. Nur Gustav Adolf von Schweden hatte die Mission unter den Lappen mit Begeisterung betrieben. In der katholischen Kirche dagegen machten die schweren Verluste, die sie in Europa erlitt, das Verlangen, auf heidnischem Boden Ersatz zu schaffen, lebendig. An der Spitze standen die Jesuiten, deren äußere Erfolge großartig sind, solange sie neben ihrer Energie auch ihre Schlauheit ungestört betätigen können (vgl. oben, S. 393 f.). In Ostindien zählten sie schon 1565 etwa 300000 Bekehrte, in Japan gegen Ende des Jahrhunderts 600000. In China war bei dem Tode des Matth. Ricci (1610) ein großer Teil des Landes mit Hunderten von Kirchen besetzt. Als aber endlich ihre Akkommodationspraxis, infolge deren die Religion der von ihnen Bekehrten eine bequeme Mischung von Heidentum und Christentum darstellte, definitiv untersagt war, erhoben sich schwere Verfolgungen, die von der Kirche nur geringe Trümmer übrig ließen. Vgl. Bd. I, S. 150 ff. Von England ging die Anregung zu neuer Arbeit aus. Der 1795 ins Leben gerufenen Allgemeinen Londoner Missionsgesellschaft, die schon im folgenden Jahre 29 Boten des Evangeliums nach den Südseeinseln sandte, folgten das ganze Jahrhundert hindurch immer neue Gründungen ähnlicher Vereine in Schottland, den Niederlanden, Amerika, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland. Auf deutschsprachlichem Gebiete sind die bedeutendsten die Anstalten in Basel (1815), Berlin (1823), Barmen (1828), Bremen (1836, zuerst in Hamburg), diese alle mehr in unionistischem Geist arbeitend, die in Leipzig (von 1836—48 in Dresden) und die in Hermannsburg (1849) auf konfessionell lutherischem Standpunkt. Auch die freiere Richtung trat durch den 1884 zu Weimar gegründeten Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsverein in diese Arbeit ein. Seit 1875 ist die Zahl der evangelischen Missionare bis 1900 von etwa 2200 auf etwa 6000 gestiegen, die Zahl der aus den Heiden gesammelten evangelischen Christen von rund 1500000 auf nahezu 4 Millionen; seitdem sind jedes Jahr etwa 100000 Heiden zum evangelischen Christentum übergetreten. Gleichzeitig hat sich ein völliger Umschwung in der Beurteilung dieser Bestrebungen vollzogen. Von freien Vereinen wurde anfangs diese Arbeit unternommen. Die amtliche Kirche stand ihr völlig fern oder war ihre Gegnerin; die dem positiven Christentum ferner Stehenden hatten in der Regel nur Spott für sie. Jetzt dagegen suchen die kirchlichen Behörden diese Tätigkeit zu befördern und möglichst zu einer Arbeit ihrer ganzen Kirchengemeinschaft zu machen. Und wie schon längst die englische, so hat allmählich auch die deutsche Kolonialpolitik die kulturellen, geistigen und sittlichen Wirkungen, welche die Missionstätigkeit in den heidnischen Gebieten weit über die Kreise der dort Getauften hinaus ausübt, als hoch wertvoll schätzen gelernt. 1916 waren auf den evangelischen Missionsgebieten tätig etwa 7000 ordinierte und 3280 andere Missionare, 6700 Missionsschwestern, 740 Missionsärzte und 300 Ärztinnen. Die Zahl der evangelischen Getauften und Taufbewerber betrug in Gesamtasien über 2372000, in Ozeanien 191000, in Afrika 1722000, in Amerika 217000, also insgesamt über 4500000. Die katholische Weltmission zählte etwa 15600 Missionspriester, 5300 Laienbrüder (Ordensleute), 28500 Missionsschwestern, 28000 Kirchen und Kapellen. Sie rechnete in Asien über 6427000 Getaufte, in Ozeanien 206000, in Amerika 1282000, in Afrika 1511000, also insgesamt über 9426000.

An der Schwelle des 20. Jahrh. stellten sich die wichtigsten Arbeitsgebiete dieser Missionstätigkeit dem Besucher etwa so dar, wie es die beigeheftete Karte zeigt.

Digitized by Google

Überblicken wir die einzelnen Missionsgebiete.

a) Amerika.

In Amerika sind die Eskimos in Grönland durch die unermüdliche Geduld der Sendboten aus der Brüdergemeinde zu einem im wesentlichen christlichen Volke gemacht worden, und die Bewohner der Küste Labradors sind diesem Ziele nicht mehr fern. Von den Indianern in Britisch-Nordamerika sind etwa zwei Drittel christlich geworden, teils katholisch, teils evangelisch. In den Vereinigten Staaten erschwerte die Arbeit unter den Ureinwohnern die rücksichtslose Besitzergreifung des Landes von seiten der eingewanderten Weißen unendlich. Doch sind von den noch übriggebliebenen 250000 Rothäuten über ein Drittel dem Christentum zugeführt und dadurch zu einem seßhaften Leben gebracht worden. Die in Nordamerika eingeführten etwa acht Millionen Neger haben fast sämtlich das Christentum angenommen und bilden in der Regel selbständige Kirchenkörper unter farbigen Geistlichen. Die bis 1899 spanischen Besitzungen in Westindien wie auch die Republiken von Haïti sind äußerlich katholisches, die übrigen Teile jener Inselwelt vorwiegend evangelisches Kirchengebiet geworden. Während das Innere Südamerikas noch im Schatten des Heidentums liegt, weisen die Küstenländer einen Katholizismus auf, dem es an echt christlichem Gepräge fehlt. Nur in dem niederländischen und dem britischen Guayana konnte die evangelische Missionstätigkeit Erfolge erzielen, und im äußersten Süden ist unter den nach dem anfänglichen Urteil von Charles Darwin völlig bildungsunfähigen Feuerländern durch englische Beharrlichkeit ein so verheißungsvoller Anfang gemacht worden, daß derselbe Gelehrte später den Erfolg geradezu wunderbar genannt hat. Das Ergebnis der bisherigen evangelischen Missionstätigkeit in Amerika ist dieses, daß in Grönland, Labrador und Alaska etwa 18500 Christen gesammelt sind, in Kanada und den Vereinigten Staaten (mit Ausschluß der Negerbevölkerung) 115500, in Westindien 800000, in Mittel- und Südamerika 215500, insgesamt also gegen 1149500. Die Katholiken rechnen unter den 102 Millionen Bewohnern Amerikas 51 Millionen als ihrer Kirche angehörig, ohne über die Zahl der aus dem Heidentum Gewonnenen Auskunft zu geben.

Das Vaterunser in chinesischer Sprache.
Nach „Der Protestantismus am Ende des 19. Jahrhunderts in Wort und Bild" (Berlin o. J.).

β) Afrika.

An der Westküste Afrikas arbeiten zwischen Senegal und Kongo auf mehr als hundert Hauptstationen verschiedene Missionsgesellschaften. Trotz der Hindernisse, die das mörderische Klima, der tiefe Bildungsstand und die durch den Branntweinhandel noch gesteigerte Unsittlichkeit der Bewohner bereiteten, haben sie etwa 140000 Heidenchristen sammeln können. Besonderer Blüte erfreut sich die aus freigelassenen Negern gebildete Kolonie von Sierra Leone, auch die denselben Zwecke dienende Liberiakolonie. Von Kapstadt aus drang man in den Süden dieses dunkeln Weltteils vor. Unter den reichlich drei Millionen farbiger Eingeborener gibt es etwa eine halbe Million Christen. Überall hat man aus ihnen Gehilfen herangebildet, die in Schule und Kirche verwendet werden. Bibelübersetzungen und ähnliche Arbeiten sind in allen afrikanischen Sprachen geschaffen. Auf der Insel Madagaskar vermochte die fünfundzwanzigjährige Verfolgung unter der Königin Ranavalona I. (bis 1861) das seit 1818 von London aus dort verkündigte Christentum nicht wieder völlig zu vernichten; und als 1869 Ranavalona II. sich taufen ließ, folgten ihrem Beispiel Hunderttausende ihrer Untertanen. Seit der gewaltsamen Besitzergreifung der Insel durch die Franzosen (1895) konnten die Jesuiten unter Ausbeutung des Gegensatzes gegen die Engländer die evangelische Mission in trauriger Weise bekämpfen. Doch hat die Pariser evangelische Missionsgesellschaft durch Entsendung französischer Lehrer und Prediger diesen Umtrieben Einhalt zu tun gesucht.

Digitized by Google

Die beiden Erforscher des inneren Afrika, der schottische Arzt und Missionar David Livingstone (sein Bild s. Bd. III, S. 68) und der Berichterstatter des „New York Herald", Henry Morton Stanley (ebenda, S. 93), hatten bei ihren Entdeckungsreisen vor allem auch die Einführung des Christentums in jene Gebiete im Auge. Stanley rief 1875 in einem begeisterungsvollen Briefe die Christen Englands auf, Glaubensboten in das vielversprechende große Uganda zu senden, dessen König Mtesa er selbst zur Annahme des Christentums und zur Erbauung einer Kirche in seiner Hauptstadt bewogen hatte. Schon 1876 standen die Mittel und Kräfte dafür bereit. Wohl ist danach diese Mission mehr als einmal dem Untergange nahe gewesen, bald infolge der Launenhaftigkeit Mtesas, bald durch mohammedanische Eifersucht, bald durch das Eindringen französischer Jesuiten, bald durch revolutionäre Unruhen. Doch wirkten dort 1917: 39 englische ordinierte und 11 andere Missionare sowie 35 Missionarinnen, dazu 52 ordinierte Eingeborene, und die Zahl der Getauften überstieg 96000. Auch am Niassa wurde fleißig gearbeitet, und zwar von Schotten, die, besonders auf den Schulunterricht Gewicht legend, viele Tausende lernbegieriger Heiden um sich sammelten. In den deutschen Kolonien Afrikas hat die Bremer (Norddeutsche) Mission an der Sklavenküste, die zum Teil zur späteren deutschen Kolonie Togo gehörte, seit 1847 unter den etwa zwei Millionen zählenden Evenegern gewirkt. Da das tückische Klima anfangs nicht weniger als 64 ihrer Arbeiter als Opfer forderte, war der Erfolg nur gering. Nach 25 Jahren waren kaum 100 Christen gewonnen; doch 1915 waren ihrer schon über 10000. Missionsdiakonissinnen übten einen für die Zukunft hochwichtigen Einfluß auf die weibliche Jugend der Bevölkerung aus, und unstreitig hat die Mission das Volksleben kulturell gefördert. In Klein-Popo arbeiteten daneben noch Methodisten und haben einige hundert Christen gesammelt.

In Kamerun, wo seit 1845 englische Baptisten gewirkt hatten, faßte 1884 die Baseler Gesellschaft Fuß. Doch die baptistischen Gemeinden bildeten mit ihren etwa 2000 Heidenchristen meist freie Gemeinden. Die Baseler aber arbeiteten unter großen Opfern von Menschenleben nicht nur in dem Kamerunbecken unter den Duala, sondern auch nach Norden, Süden und Westen hin. 1915 hatten sie über 13000 Getaufte und in 384 Schulen etwa 21600 Schüler gesammelt, auch eingeborene Gehilfen gewonnen. Sie haben auch die Bibel in die Sprache der Duala übersetzt.

In Deutsch-Südwestafrika haben schon seit den 1840er Jahren rheinische Missionare gearbeitet, und zwar zuerst im Nama- (Hottentotten-) Lande, dann im Herero- und später auch im Ambolande, hier seit 1870 zusammen mit Boten der finnischen Missionsgesellschaft. Der Wankelmut der Hottentotten, die Armut des Landes, die immer neuen Kriegswirren haben die Geduld der Missionare immer wieder auf die schwerste Probe gestellt. Um 1900 aber bestanden an allen wichtigen Punkten Missionsstationen, und wenn auch die Gesamtzahl der getauften Christen erst etwa 10000 betrug, so unterstand doch die ganze Bevölkerung einem christlichen erziehenden Einfluß.

Nach der deutschen Besitzergreifung im Osten Afrikas sandte seit 1886 eine ganze Anzahl deutscher Gesellschaften Missionare dorthin. Die Leipziger Mission zählte 1914 sechs Stationen unter den Wakamba und unter den Wadschagga am Kilimandscharo. In der Landschaft Usambara hatte die Berliner evangelische Missionsgesellschaft für Ostafrika vier aufblühende Stationen und noch südlicher in der Landschaft Usaramo, im Hinterlande von Dar es Salaam, weitere drei Stationen. In der südwestlichen Ecke, im Kondeland am Nordende des Niassa, haben eine andere Berliner Missionsgesellschaft und die Brüdergemeinde seit 1891 ein ganz neues Missionsgebiet in Angriff genommen und bis 1914 zehn Stationen gegründet. Letztere hat auch die einsame Station Urambo der Londoner Missionsgesellschaft im Unjamwesigebiet übernommen und mit zwei ihrer Boten besetzt.

γ) Asien.

Asien ist seit vielen Jahrhunderten Missionsgebiet gewesen (vgl. Bd. II, S. 478ff.). Hier aber erforderte der Sieg des Christentums lange und heiße Kämpfe, da hier meist große Reiche in Frage kommen, die sich als geschlossene Einheiten fühlen und auf den Besitz einer kulturgeschichtlichen Vergangenheit und alter einheitlicher Religionen mit heiligen Urkunden stolz sind, dahet dem Eindringen eines neuen Glaubens weit größeren Widerstand entgegensetzen als lose verbundene kleine Stämme ohne Bildung.

In Indien, wo die eherne Mauer der Kaste die Schwierigkeiten noch vermehrt, wurde die Missionsarbeit seit 1813 mit neuer Kraft in Angriff genommen, und zwar von Engländern, Amerikanern und Deutschen. Doch nach 38jähriger Tätigkeit gab es in Vorderindien erst 260 Gemeinden mit 91000 evangelischen Christen. Nachdem 1857 der Militäraufstand unterdrückt und 1858 die Herrschaft aus den Händen der Ostindischen Kompanie in die der Königin von England übergegangen war, nahm die Mission einen erfreu-

Digitized by Google

lichen Aufschwung. Im Jahre 1916 zählte man 2043 Missionare und 2235 eingeborene Pastoren, 7480 organisierte Gemeinden mit 1 455 468 Heidenchristen. Die ganze Bibel ist in dreizehn Sprachen Indiens, das Neue Testament in noch dreizehn andere übersetzt.

Im niederländischen Indien wirkten seit etwa 1815 Sendboten aller elf holländischen Missionsgesellschaften, außerdem zwei deutsche und eine englische Gesellschaft. Im Norden Sumatras ist die einst so berüchtigte Landschaft Silindung völlig christlich geworden und zählte um 1900 etwa 16000 Heidenchristen. Das noch weiter nördlich gelegene, 1880 noch völlig unzugängliche Toba zeigte um 1900 blühende Christengemeinden mit Tausenden von Gliedern, so daß die Gesamtzahl der Batachristen etwa 4000 betrug. Schwieriger war die Arbeit auf Java und Borneo, während auf Celebes bis 1908 gegen 143000 Heiden in die christliche Kirche eingetreten waren. Im ganzen fanden sich um 1915 in Niederländisch-Indien etwa 650000 evangelische Christen.

So oft auch in China (vgl. S. 416) der christliche Glaube wieder vernichtet worden ist, erzielten doch die katholischen Missionare, durch die französische Politik unterstützt, seit Anfang des 19. Jahrh. wieder größere Erfolge, machten freilich auch aus demselben Grunde bei der großen Masse des Volkes das Christentum verhaßt. Nicht minder trug hierzu die Erzwingung der Opiumeinfuhr von seiten Englands bei. Daher wurde die durch die Verträge von Nanking 1842 und Tientsin 1858 und durch die Eroberung Pekings 1860 allmählich erreichte Öffnung von 24 chinesischen Häfen und Religionsfreiheit für die Christen nur mit bitterem Groll ertragen. Unter diesem Fremdenhaß litt die Missionstätigkeit unendlich schwer, wie die Blutbäder zu Tientsin 1870, im Tal des Jangtsekiang zu Ende der 1880er Jahre und zu Kutschang 1895 bezeugten. Die meisten protestantischen Missionare sind darin einig, daß ihrer Sache völlige Schutzlosigkeit besser dienen würde als eine Deckung durch europäische Kanonen. Ihnen war es auch nicht erfreulich, daß die Erwerbung der Bucht von Kiautschou durch das Deutsche Reich mit der Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare im Süden der Provinz Schantung (1897) begründet wurde. Die Gesamtzahl der katholischen Gemeindeglieder in China mit Einschluß aller europäischen Katholiken soll an eine Million heranreichen. Englische, amerikanische und deutsche Missionsgesellschaften haben zunächst an der südlichen und der südöstlichen Küste Fuß gefaßt. Im Jahre 1893 unterhielten sie 683 Missionare, 641 weibliche Kräfte, wozu noch 252 chinesische Pastoren und etwa 3000 eingeborene Gehilfen kamen. Getauft wurden in diesem einen Jahre 10268 Heiden. Der Aufstand der Boxer 1900 wütete nicht weniger gegen die einheimischen Christen als gegen die „fremden Teufel". Die Zahl der in festen Gemeinden gesammelten evangelischen Christen belief sich 1917 auf mehr als 654000. Vgl. die Abbildung S. 417.

Seitdem die Amerikaner 1882 die Öffnung Koreas erzwungen haben, ist es auch hier zu einer geordneten Missionstätigkeit gekommen. 1915 zählte man 96000 Getaufte und 37000 Taufbewerber. Dieses junge Arbeitsgebiet schien eines der hoffnungsreichsten zu sein, leidet aber schwer darunter, daß Korea seit 1910 japanische Provinz ist.

Nach fast 300jähriger Absperrung (vgl. Bd. I, S. 182 ff.) tat sich Japan, das „Großbritannien Asiens", seit 1853 mehr und mehr für den Weltverkehr auf. Schon 1896 arbeiteten dort 31 Missionsgesellschaften mit 238 Missionaren und 234 unverheirateten Missionarinnen. Bei dem großen Bildungsdrange des Volkes gründete der zum Christentum übergetretene Japaner Nesima 1875 eine christliche Hochschule und erweiterte sie allmählich zu einer Universität. Nach zehn Jahren zählte sie 230, nach 15 Jahren schon 900 Studenten. Seit 1889 ist ein Rückgang der Mission zu bemerken: 1888 wurden 7700 erwachsene Heiden getauft, 1892 nur noch 3700. Jener auffallende Zudrang zur Taufe hatte vielfach nur politische oder kulturelle Gründe gehabt, und die überstürzte Aneignung europäischen Wesens zeitigte gefährliche Folgen. Daher fanden die Freunde des Alten für ihre Forderung einer Rückkehr zu den alten Religionen bei vielen Zustimmung. Doch seit Abschaffung der Konsulargerichtsbarkeit (1899) hat die Regierung es den Beamten zur Pflicht gemacht, allen Religionen denselben Schutz zuteil werden zu lassen, und die buddhistischen Oberpriester angewiesen, jedem Versuch einer gewaltsamen Bekämpfung des Christentums entgegenzutreten. Die Katholiken zählten 1915 in Japan reichlich 76000 Anhänger ihrer Kirche, durch die evangelische Mission sind etwa 100000 Heiden für das Christentum gewonnen.

δ) Australien und Ozeanien.

Auf den Inseln des Stillen Ozeans hat die evangelische Mission eine auch von Gegnern des Christentums anerkannte großartige Umwandlung bewirkt. Über 300000 der Eingeborenen sind evangelische, etwa 50000 katholische Christen geworden. Die Herwey-, die Samoa-, die Fidschi-, die Tongainseln kennen das Heidentum nicht mehr. Der frühere Kannibalismus, die Menschenopfer, der Kindermord, der unaufhörliche

Digitized by Google

Krieg sind abgetan. Die Bibel ist in 40 Sprachen ganz oder teilweise übersetzt. Über 100000 Kinder besuchen die zahlreichen Schulen, mehrere tausend Eingeborene wirken als Prediger oder Lehrer.

Die Urbewohner Australiens freilich, die Papua, stehen auf so niedriger Bildungsstufe und sind von den Weißen früher so unmenschlich mißhandelt und hingemordet worden, daß der Erfolg der Mission unter ihnen noch sehr gering ist. Nur etwa 1500 von ihnen mögen getauft sein. Auf Neuseeland dagegen werden sich schon etwa 30000 Maorichristen finden.

Auf dem unter holländischer, deutscher und englischer Schutzherrschaft stehenden **Neuguinea** arbeiteten in Kaiser-Wilhelms-Land zwei deutsche Missionsgesellschaften, seit 1886 die Neuendettelsauer und seit 1887 die Rheinische. Das böse Klima und die geistige Stumpfheit der wilden und einander feindlichen Stämme machten diese Arbeit unendlich schwierig. Doch dürfte die Zahl der Getauften 1920 schon etwa 19000 betragen. In dem 1884—1914 unter deutscher Schutzherrschaft stehenden **Bismarck-Archipel** haben auf Neupommern, Neulauenburg und Neumecklenburg die Methodisten seit 1875 von Australien her unter den rohen Heiden das Christentum verkündigt, und bis 1920 sind etwa 53000 Christen und 10000 „Anhänger" gesammelt. Auf den **Salomoninseln** arbeitet die Melanesische Mission von Norfolk aus wesentlich durch dort gebildete eingeborene Lehrer, die von Zeit zu Zeit englische Missionare besuchen. 1915 fanden sich auf 105 Stationen gegen 16000 Christen.

Mikronesien, wozu der 1885—1914 unter deutscher Herrschaft befindliche Archipel der **Marshallinseln** mit etwa 15000 Einwohnern gehört, ist seit 1852 von der **Hawaiian evangelical Association** besetzt, die dort ebenfalls wesentlich mit eingeborenen Lehrern, etwa 90 an der Zahl, arbeitet. Obwohl diese Kräfte der schwierigen Aufgabe in der Regel nicht gewachsen sind, ist etwa der vierte Teil der Bevölkerung als nicht mehr heidnisch zu bezeichnen. Die evangelische Mission auf dem zweiten Archipel Mikronesiens, den **Karolineninseln**, erlitt schwerste Schädigung dadurch, daß dieses Gebiet 1885 an Spanien kam. Alsbald wurden die evangelischen Missionare vertrieben und die katholische Zwangsbekehrung begünstigt. Die durch die Vereinbarung von 1899 zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten geteilten **Samoainseln** wurden zuerst (1830) durch den „Apostel der Südsee", John Williams, erschlossen, der seit 1819 von den Gesellschaftsinseln aus durch ausgedehnte Reisen das Christentum von Insel zu Insel trug, bis er 1839 auf der neuhebridischen Insel Erromango den Märtyrertod erlitt. Seit etwa 1870 ist auf den Samoainseln die eigentliche Missionstätigkeit abgeschlossen. Man zählte damals 32000 evangelische Christen. Katholische Missionare hatten etwa 4000 Anhänger gewonnen.

E. Neue Bahnen.

Während also der Ausgang des 19. Jahrh. uns auf der einen Seite eine Abwendung vom Christentum oder gar von der Religion überhaupt zeigte, erblickten wir auf der anderen Seite einen tatkräftigen Eifer für das Christentum. Das bloß gewohnheitsmäßige Mitmachen des Kirchlichen nimmt ab. Es tritt eine klarere Scheidung und damit auch ein schärferer Widerspruch hervor. Infolgedessen sind **neue Bahnen** betreten worden, um die Zahl der Freunde des Christentums zu vergrößern. Die einen suchen vor allem einleuchtend zu machen, daß es möglich und berechtigt ist, von der christlichen Religion alles das, was dem modernen Zeitgeist nicht sympathisch ist, abzustreifen. Dabei fällt natürlich die Antwort auf die Frage, was hierzu gehört, sehr verschieden aus. Selbst solche, die Jesus' ganze Bedeutung in den wenigen von ihm in der „Bergpredigt" gegebenen moralischen Vorschriften sehen, können meinen, das Wesen des Christentums festzuhalten. Neu ist an dieser theologischen Richtung, die sich vorwiegend in der religionsgeschichtlichen Schule vertreten findet, daß sie nichts unversucht läßt, um ihre wissenschaftlichen Anschauungen, obwohl sie von anderen Vertretern der theologischen Wissenschaft ernst bekämpft werden, in die breiten Schichten des Volkes zu tragen. Daher fürchten ihre Gegner, daß diese Bestrebungen wesentlich nur Verwirrung und damit Abkehr vom christlichen Glauben zur Folge haben werden.

Selbst innerhalb der festgefügten katholischen Kirche sucht man nach neuen Wegen, um der Abneigung gegen sie zu wehren. Man fordert Freiheit für die wissenschaftliche Forschung, stärkere Betätigung der Laien in der Kirche, Preisgabe allzu unmoderner religiöser Vor-

Digitized by Google

stellungen (Schell in Würzburg, Schnitzer in München, Wahrmund in Wien, Loisy in Paris, Minocchi in Florenz u. a.). Zwar unterwarfen sich die meisten Vertreter dieses „Modernismus" dem schroffen Verdammungsurteil des Papstes Pius X. (s. die untenstehende Abbildung) in dem Syllabus Lamentabili und der Enzyklika Pascendi (1907). Aber daß nicht alle sich diesem Machtspruch gebeugt haben, läßt schwere Krisen als nicht undenkbar erscheinen.

Eine entgegengesetzte Richtung unter den Protestanten denkt nicht daran, am Christentum irgendwelche Abstriche zu machen, will aber durch äußerste Zuspitzung einiger seiner Anschauungen und durch eine neue Art der Einwirkung auf die Gemüter Siege erringen. Besonders hat sich in England und in Nordamerika, wo der Methodismus anregend gewirkt hat, und wo der Volkscharakter zu sportsmäßigen Unternehmungen neigt, diese enthusiastische Richtung entwickelt. Man verpflanzte auch nach England die unter den Methodisten Amerikas beliebten Revivals, Versammlungen, die systematisch eine religiöse Massenbewegung, die „Erweckungen", betrieben. Der Fabrikbesitzer Pearsall Smith aus Philadelphia veranstaltete im September 1874 zu Oxford ein großes Erweckungsmeeting. Viele Tausende meinte man in kürzester Zeit bekehrt, nicht wenige auch in einem Augenblick zu völliger Sündlosigkeit geführt zu haben. Im folgenden Jahre unternahmen die Revivalisten Sankey und Moody zu demselben Zweck eine Rundreise durch England, während Smith, mit Berlin beginnend, in den größten Städten Deutschlands und der Schweiz unter Verwendung eines Dolmetschers seine Erweckungsvorträge hielt. Ein internationales zehntägiges Meeting in Brighton krönte die „Oxforder Bewegung". Von der Wahrnehmung aus, daß manche zu gleichgültig gegen alle religiöse Wahrheit sind, um durch anderes als durch sinnliche Eindrücke erregt zu werden, gründete William Booth 1878 seine „Heilsarmee". Uniformen, Fahnen, berauschende Musik, betäubendes Kriegsgeschrei sollten für die Einwirkung des göttlichen Wortes bereiten und diese verstärken. Seit 1880 unternahm diese Gesellschaft auch „Eroberungszüge" nach anderen Staaten diesseits und jenseits des Ozeans. Neuerdings entfaltet sie auf sozialem Gebiet eine rege Tätigkeit gegen Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Ihre Selbstverleugnung und ihr stürmischer Eifer haben manche, besonders unter den tief Gesunkenen, aufzurütteln und zu einem anständigen Leben zu führen vermocht, wenn auch daneben durch dieses Verfahren, das zum Spott reizte, dem Ansehen des Christentums geschadet wurde.

Papst Pius X. Nach Photographie.

Die in solchen Erscheinungen grell ans Licht gerückte Strömung hat unter weniger auffallenden Formen auch bei Evangelischen Deutschlands Eingang gefunden. Durch

Digitized by Google

Laienpredigt, durch Gebetsversammlungen, durch neue Vereine sucht man religiöses Leben in einer solchen Weise zu wecken und zu mehren, daß zum wenigsten fraglich bleibt, ob wirkliche Religiosität oder nur Nervenerregung erzielt wird. Vielfach haben sich solche Kreise zu „Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Diese zeigen in den verschiedenen Gegenden und unter dem Einfluß der jeweiligen, häufig dem Adel angehörenden Führer einen verschiedenen Charakter, sowohl hinsichtlich ihrer Stellung zur offiziellen Kirche, als auch hinsichtlich ihrer Hinneigung zu Schwärmerei. Man kann drei Strömungen unterscheiden: die besonnenen und kirchlich gerichteten Eisenacher, die Gnadauer und die am stärksten von methodistischem und sektiererischem Geiste berührten Blaukenburger.

Doch auch solche Bestrebungen sind ein Beweis dafür, daß in dem als materialistisch zu bezeichnenden Zeitalter der über das Sinnlich-Wahrnehmbare hinausstrebende Sinn noch keineswegs erloschen ist. Diese beiden miteinander ringenden Strömungen haben durch die neuesten Ereignisse stärksten Zufluß erhalten.

5. Wirkungen des Weltkrieges und der Revolution.

Die Begründer der deutschen Sozialdemokratie waren nicht nur persönlich bittere Feinde des Christentums gewesen, sondern hatten auch ihre Weltbeglückungspläne auf dem Grunde des praktischen Materialismus aufgebaut, dem das sinnliche Wohlsein als das Ziel des Lebens, daher die Religion als Todfeind gilt. Wohl stellte man um der Masse der noch an dem Christentum festhaltenden Arbeiter willen in dem Erfurter Programm 1891 den Satz auf: „Religion ist Privatsache"; aber in den zahllosen sozialdemokratischen Blättern und Schriften scheute man sich nicht, unablässig Ströme des Spottes über den Glauben an einen Gott, eine Sittlichkeit, eine Ewigkeit zu ergießen. Ein halbes Jahrhundert hindurch konnte diese Agitation fast ungehindert betrieben werden. Denn sie erregte in den Kreisen der Gebildeten keinen größeren Anstoß, weil auch in ihnen infolge des starken Diesseitigkeitssinns eine Gleichgültigkeit oder gar Abneigung gegen das Christentum zur Herrschaft gelangt war. Das „Komitee Konfessionslos" unter dem Protektorat des Materialisten Haeckel und des Monisten Ostwald konnte 1912 eine allgemeine „Kirchenaustrittsbewegung" zu erzeugen beginnen. Es wurden besonders in Berlin, Hamburg und Dresden Versammlungen veranstaltet, bei denen sozialdemokratische Agitatoren als Hauptredner auftraten.

Während von 1908 bis 1913 in der Reichshauptstadt im Monat durchschnittlich 600 Personen aus der Kirche austraten, waren es in den darauffolgenden elf Monaten je 1865. Während 1900 in Preußen noch über 93 v. H. der Neuvermählten die kirchliche Trauung nachsuchten, waren es 1914 nur noch 78 v. H., in Hamburg sogar nur noch 57 v. H. Vor allem erschreckend war der diese Austrittsversammlungen regierende Geist. Ein objektiver Beobachter bezeichnete ihn als „unbändige Roheit der Attacken, wüste Beschimpfungen, denen jeder Verteidiger der Kirche schutzlos ausgesetzt ist, fanatische, fast humische Wut der Menge". Am Himmelfahrtstage 1914 wurde in Berlin ein „großes Fest der Gottlosen" gefeiert, bei dem der als „Zehn-Gebote-Hoffmann" berüchtigte Sozialist, jetzige Kommunist Adolf Hoffmann den Festvortrag über das Thema „Warum sind wir gottlos?" hielt. Für den Herbst wurde eine neue weitausgreifende Austrittsbewegung eingeleitet.

Da brach der Weltkrieg aus. Die ungeheure Gefahr, die dem deutschen Volke so plötzlich drohte, erfüllte Unzählige mit einem tiefen, sittlichen Ernst. Was ihnen früher als das einzig Erstrebenswerte gegolten hatte, satter Genuß des irdischen Daseins, verlor seine bestrickende Gewalt; das Leben selbst erschien nicht mehr als der Güter höchstes. Viele Tausende eilten freiwillig zu den Fahnen, von dem Gedanken beseelt: Was liegt an mir, wenn nur

Digitized by Google

mein Vaterland nicht zugrunde geht! Auch bei denen, die nicht ins Feld ziehen konnten, wurde der egoistische Individualismus überwunden durch die altruistische Erkenntnis: Was ich besitze und vermag, gehört in erster Linie dem Ganzen, von dem ich mein Bestes habe. Die Reichsten wetteiferten mit den Ärmsten, dem Vaterlande die zur Kriegführung nötigen Mittel zu verschaffen. Zu Hilfsdiensten aller Art stellten sich überreichlich Kräfte zur Verfügung.

Mit dieser sittlichen Neuorientierung war auch einem Erwachen des religiösen Sinnes freie Bahn geschaffen. Die Kirchenaustrittslust hatte ihr Ende erreicht. Auch solche, die früher mit einem gewissen Stolze sich „tief religiös, aber unkirchlich" genannt hatten, meinten zu fühlen, daß die lebendige Religiosität nicht nur Privatsache ist, sondern nach Gemeinschaft verlangt. Die Gotteshäuser konnten die Herbeiströmenden kaum fassen. Zur Feier des Abendmahls drängten sich viele, die seit langen Jahren ihr ferngeblieben waren.

Während bis 1913 nahezu überall in Deutschland die Zahl der Kommunikanten beständig zurückgegangen war, gab es 1914 keine einzige Landeskirche, in der sie nicht im Vergleich zum Vorjahre gestiegen wäre. Neue Gottesdienste mußten eingerichtet werden, um das erwachte Bedürfnis zu befriedigen. Eine wahre Flut von religiösen Schriften fand reißenden Absatz. Auch die so viel verachtete und kritisierte Bibel kam wieder zu Ehren. Allein durch die größeren Bibelgesellschaften wurden 1914: 2775000 Bibeln oder Teile derselben verbreitet, 1915 sogar 3258000. In erster Linie zeigte sich unter denen, die an der Front beständig dem Tode ins Angesicht sehen mußten, vielfach ein starkes religiöses Bedürfnis. Die zu Anfang 1915 im deutschen Heere angestellten 404 Militärgeistlichen und die 528 aushilfsweise dazu berufenen Kräfte genügten den Anforderungen nicht. Auch Nichttheologen haben nicht selten gottesdienstliche Feiern abhalten müssen. Eine Fülle von Einzelbeispielen beweist, daß nicht wenige Feldgraue von einer tiefgehenden, entscheidenden religiösen Bewegung ergriffen wurden. So, wenn jener Sozialdemokrat, als er nach der Schlacht neben seinem Offizier auf dem Felde lag, zu diesem sagte: „Herr Leutnant, da lernt man beten." Oder wenn der edle Dichter Gorch Fock in sein Tagebuch, das manche einen Christen verletzende Äußerung nicht gescheut hatte, nun schreibt: „Gott — ewig Gott — das hat das Feld mir aufs tiefste in die Seele gebrannt. Ohne ihn will ich nicht mehr wandern ... Ich wußte, daß mein Leben Gott gehört, so oder so!... Das Meer, in das mein Leib versinkt, ist die Hand meines Heilands, aus der mich nichts reißen kann." Was Wunder, daß die Freunde der Kirche mit hellster Hoffnung in die Zukunft blickten!

Sie haben die denkbar bitterste Täuschung erfahren. Wie war dies möglich? Die in jener Austrittsbewegung grell ans Licht getretene radikale Feindschaft gegen alle Religion hatte sich zu Anfang des Krieges vor dem auferstandenen Idealismus in die Verborgenheit zurückziehen müssen, lebte aber in den Führern ungeschwächt weiter. Nicht lange, so wagte sie sich wieder ans Licht. Der Hamburger Pastor Heydorn scheute sich nicht, drucken zu lassen: „Was andere rühmen, nämlich daß jetzt viel mehr gebetet wird als früher, empfinde ich als ein bedauerliches Zeichen von Schwäche. Über den Sieg auf dem Schlachtfelde und über Leben und Tod entscheiden höchst irdische Faktoren." Professor Ostwald, bei seinem Aufenthalt in Stockholm gefragt, wie er über die seit dem Kriege offenbar wachsende Bedeutung der Kirche in Deutschland denke, konnte antworten: „Das ist eine Folgeerscheinung, der nicht auszuweichen ist. Ein Zustand wie der gegenwärtige Kriegszustand, erweckt die atavistischen Instinkte in weitem Umkreise zu neuem Leben. Doch will ich erklären, daß Gottvater bei uns für des Kaisers persönlichen Gebrauch reserviert ist." Wohl fand diese „schamlose Frivolität" scharfe Zurückweisung in Deutschland, auch von seiten des Rektors und des Senats der Universität Leipzig, deren Lehrkörper Ostwald, ein geborener Balte, angehört hatte. Aber politisch freisinnige Blätter ergriffen für ihn Partei. Der Kirchenhaß wartete nur auf eine günstige Gelegenheit, um in neuen Flammen aufzulodern. Von denen aber, die am ehesten ihm sich hätten in den Weg stellen können, von den durch die Kriegserlebnisse zu lebendiger Religiosität

Digitized by Google

Erwachten kehrten nur sehr wenige aus dem Felde zurück. Ihre Ergebung in einen höheren Willen und ihre Opferbereitschaft ließen sie den Sieg mit ihrem Leben erkaufen.

Je länger der Krieg währte und je weitere feindliche Gebiete besetzt werden mußten, desto größer wurden auch die sittlichen Gefahren für das deutsche Heer, zumal in den geschlechtlich so stark verseuchten Ländern Belgien und Frankreich für die Etappe. Wohl suchten mehrere Verbände, wie der „Verein zur Förderung der Sittlichkeit", durch Eingaben an Behörden und kommandierende Generäle Maßregeln zu veranlassen und durch Verbreitung ernster Flugschriften den Willen zu mannhafter Selbstbeherrschung zu wecken und zu stärken. Andere aber meinten davon keinen größeren Erfolg erwarten zu dürfen, wollten daher, wie die „ Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten", nur die gesundheitlichen Folgen des außerehelichen Verkehrs bekämpfen, konnten daher bei Unverständigen den Eindruck erwecken, als komme es nur hierauf an. Und da auch in höheren Kreisen eine leichtfertige Beurteilung dieser Fragen eingerissen war, ließ sich ein kraftvolles Vorgehen nicht durchführen. So gaben sich nicht wenige einer sittlichen Ungebundenheit hin, die der Tod jeder wahren Religiosität ist. Auch in der Heimat war besonders in den größeren Städten ein erschreckender Mangel an ehelicher Treue zu beobachten. Demoralisierend wirkte hier auch die unendlich erschwerte Ernährung. Ist schon immer der Hunger ein Nährboden des Egoismus, so wurden, um ihm möglichst zu wehren, eine Fülle von Verordnungen erlassen, die genau zu befolgen einfach unmöglich war und den Geriebenen Wege genug frei ließ, sich auf Kosten anderer zu bereichern und zu pflegen. So riß eine dem Prinzip der christlichen Liebe ins Angesicht schlagende Selbstsucht und Unredlichkeit ein, die man vor sich selbst zu rechtfertigen vermochte, die aber doch das Gewissen verletzte und damit die Religiosität ins Wanken brachte, ja umstürzte. Alle diese Gefahren mußten vor allem denen verhängnisvoll werden, deren Charakter sich erst unter den durch den Krieg geschaffenen schlimmen Verhältnissen bildete. Zumal da die Zucht des Vaters, der Schule, der Polizei mehr oder weniger fehlte, konnte das, was die Erwachsenen als entsetzliche Anomalie empfanden, diesen Jugendlichen als die Regel erscheinen. Das ihnen alltägliche Kriegsgemetzel erzeugte in ihnen eine Geringachtung des Menschenlebens. Die von ihnen beobachtete Alleinherrschaft der Macht verleitete sie zu dem Wahn, als müsse Macht vor Recht gehen. Der von der Not der Zeit geborene Egoismus wurde in ihren Augen das die Welt regierende Prinzip. Die Leichtigkeit, durch die drängende Kriegsindustrie reichen Verdienst zu erlangen, verschaffte diesen Burschen und Mädchen allzu früh Selbständigkeit und die Mittel, diese zügellos auszukosten. Bald hallte Deutschland wider von Klagen über die Zuchtlosigkeit der Jugend. Kam der Versuch eines Umsturzes des Bestehenden, so konnte man gewiß sein, diese Elemente in den ersten Reihen zu finden.

In dem letzten Jahre des Krieges stand es, wenn man auf die breite Masse des Volkes blickte, um Sittlichkeit, Religion und Kirche viel schlimmer als vor dem Kriege. Das bei dem Bewußtsein einer Verantwortlichkeit vor Gott und wahrer Vaterlandsliebe unmögliche „Friede um jeden Preis!" konnte wie ein ansteckender Wahnsinn Millionen ergreifen. Eine kleine Anzahl verwegener, zielbewußter Agitatoren konnte die allgemeine Betäubung dazu benutzen, Deutschlands herrliches Heer aufzulösen, die Fürstenthrone umzustürzen, eine deutsche Republik zu schaffen.

Die Folgen dieser Entwickelung für die Religion zeigten sich zuerst und am grauenvollsten in dem Lande, das, zuerst von der Revolution zermürbt, den Krieg aufgab, in Rußland. Hier siegte unter semitischer Führung der asiatische Terror und wütete nun gegen alles, was durch irgendwelchen Besitz, sei es an Macht oder Geld, an Bildung oder Religion, über das

Digitized by Google

Proletariat hervorgeragt hatte. Das Wenige, was darüber durch Flüchtlinge oder sonst bekannt geworden ist, läßt einen Schluß auf das Ganze zu.

Ein Russe erklärte: „Wir haben die Monarchie gestürzt, in kurzem werden wir auch Gott aus Rußland verbannen. Hunderte von bolschewistischen Intellektuellen sind mit der Propaganda dafür betraut." Im Baltenlande sind Dutzende von evangelischen Geistlichen ermordet worden, manche unter ihnen auf grausamste Weise. Im Kloster Kotlaß wurden der Prior und sämtliche Brüder erschossen. In Perm wurde der Bischof lebendig begraben. Der Erzbischof Feofan wurde mit 50 Priestern ertränkt. Die Kirchen wurden in Kinos oder Schenken umgewandelt. In einer Kirche wurde ein bolschewistischer Gottesdienst veranstaltet. Der Redner pries auf Grund des Bibelwortes „Ihr werdet sein wie Gott" den Teufel als den wahren Wohltäter der Menschheit, als den allein verehrungswürdigen Gott.

In dem ersten Taumel der vor allem von den „Unabhängigen" inszenierten Revolution schien dem deutschen Volke Ähnliches zu drohen. Mehr als einmal wurden Gottesdienste in rohester Weise gestört. Arbeiterräte forderten hier und dort die Kirchen zur Abhaltung ihrer politischen Versammlungen und erzwangen dies mit Revolvern. Für die Provinz Hannover erließ am 14. Januar 1919 der Arbeiter- und Soldatenrat an das Landeskonsistorium die „Verfügung", mit „sofortiger Gehaltsentziehung" werde jeder Geistliche bestraft, der „während des Gottesdienstes oder im Anschluß daran sich in irgendeiner Form politisch betätige". In der Presse der äußersten Linken wimmelte es von Gotteslästerungen. Zu Ehren Liebknechts und der Rosa Luxemburg mußten die Glocken Berlins geläutet werden. Auf dieser Bahn rücksichtslos fortzuschreiten war doch in Deutschland wenigstens zunächst noch nicht möglich. Aber in dem Aufruf, den die Revolutionsregierung am 13. November 1918 erließ, stellte sie die „Trennung von Kirche und Staat" als ihr Programm auf. Dem Wortlaut nach stimmte sie damit freilich einem von den treuesten Freunden der Kirche längst gehegten und ausgesprochenen Wunsche zu. Ist auch eine absolute Trennung jener beiden Größen, so daß jede, ohne irgendwelche Rücksicht auf die andere zu nehmen, ihre eigenen Wege ginge, gewiß nicht das richtige, so ist doch eine Abhängigkeit der Kirche von dem modernen paritätischen Staate ein Widerspruch gegen ihr Wesen und muß ihre gedeihliche Entfaltung und Wirksamkeit auf das schwerste hemmen. Was aber beabsichtigte die Revolutionsregierung mit jenem Programm? Der Haß gegen die Kirche hatte es diktiert. Von den der Kirche innewohnenden Lebenskräften nichts ahnend, meinte man, sie werde zugrunde gehen, sobald sie, des Schutzes und der Förderung von seiten des Staates beraubt, auf eigenen Füßen stehen solle. Legte man doch die Ausführung der Trennung in die Hände des grimmigsten Kirchenfeindes, des Mannes, der die „Gottlosigkeit" als das Ideal verherrlicht hatte: jener Adolf Hoffmann (S. 422) wurde einer der beiden preußischen Kultusminister, „Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung". Sofort erließ er ein Gesetz, das den Austritt aus der Kirche ungemein erleichterte. Es bedurfte nur noch der unwahren Ausstreuung, man werde, wenn man in der Kirche bleibe, unerschwinglich hohe Kirchensteuern zu bezahlen haben, um in größeren Städten viele Tausende von Austrittserklärungen hervorzurufen. Es hat jedoch auch nicht an baldigen Rücktritten gefehlt.

Während des einen Jahres seit November 1918 sagten sich in Groß-Berlin 30000 Personen von der evangelischen Kirche los, in Leipzig bis Ende 1919: 7835, in Hannover bis Januar 1919: 8500.

Vor allem wollte Hoffmann dem heranwachsenden Geschlecht die Religion nehmen. Die Ortsschulinspektion wurde kurzerhand den Geistlichen untersagt. Dieser Erlaß mußte freilich, als ohne Zustimmung der Regierung gegeben, bald für ungültig erklärt werden. Aber ein paar Tage später, unter dem 29. November 1918, stellte eine neue Verfügung den Religionsunterricht in das Belieben der Lehrer und der Schüler, verbot das Schulgebet und religiöse Schulfeiern. In Hamburg wurde der Religionsunterricht überhaupt aus der Schule

Digitized by Google

verbannt, ohne Einwilligung des Senats. Die weiteren Pläne, mit denen man sich trug, enthüllte die Denkschrift eines Alfred Dieterich, der als leitender Geist des Kultusministeriums galt.

> Danach sollten alle Kirchen und Religionsgemeinschaften bloße freie Vereine werden, zu denen sich die, welche danach Verlangen trügen, zusammenschließen möchten. Religiöse Kundgebungen sollten aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen sein, die kirchlichen Festtage in „Natursefte" umgewandelt werden. Die staatliche Dotation der Kirchen sollte aufhören, das kirchliche Vermögen eingezogen werden, die Geistlichen vom passiven und aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sein.

Der Erfolg dieser radikalen Pläne war freilich ein ganz anderer, als man erwartet hatte. In weiten Kreisen erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Zur staunenden Verwunderung Unzähliger zeigte sich, daß das Christentum noch eine gewaltige Macht im Volke, daß die Kirche nicht durch ein paar kühne Maßnahmen zu vernichten war. Der Erzbischof von Köln erklärte dieses Vorgehen der Regierung für einen flagranten Rechtsbruch: nur die Nationalversammlung würde auf diesem Gebiete Gesetze erlassen dürfen. Unter den Evangelischen bildete sich eine große Anzahl von freien kirchlichen Verbänden, um die Rechte der Kirche zu vertreten, so der „Volksbund für evangelisch-religiöses Leben", der „Evangelische Volksbund", der „Evangelische Treubund", der „Volkskirchliche Laienbund". In großen Teilen Nord- und Mitteldeutschlands wurden Unterschriften gesammelt für die Erhaltung des christlichen Religionsunterrichts in den Schulen. Die Listen wiesen etwa sieben Millionen Namen auf. In Bayern, Württemberg und Baden wurden die kirchlichen Verhältnisse durch vorläufige Staatsgesetze so geregelt, daß auch der Religionsunterricht in der Schule beibehalten wurde, ohne Zwang für Schüler und Lehrer. Auch die Berliner Regierung, für den Ausfall der Wahlen Schlimmes fürchtend, wich vor dieser starken Volksbewegung zurück. Der Posten des Kultusministers wurde dem vorsichtigeren Sozialdemokraten Hänisch überlassen, und dieser verfügte, daß dort, wo jener Hoffmannsche Erlaß vom 29. November auf ernste Schwierigkeiten stoße, die Ausführung zunächst zu unterbleiben habe. Damit war er in Wirklichkeit zurückgenommen. Die Denkschrift Dieterichs wurde für einen bloßen Vorschlag neben anderen erklärt.

Die Nationalversammlung, die zur „Verankerung der Errungenschaften der Revolution" das in kirchlichen Fragen eisern entschiedene Zentrum nicht entbehren konnte, rückte von den rabiaten Kirchenstürmern ab, die als Anhänger der „Unabhängigen" aus der Regierung austraten. Nach langen Verhandlungen wurde in der „Verfassung des Deutschen Reiches" vom 9. August 1919 festgestellt: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes." „Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes", sie sind „berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben". „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an Religionsgemeinschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf." Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben gesetzlich geschützt. Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heere, in Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zugelassen. Hinsichtlich der Frage nach der Stellung der Schule zur Religion wird bestimmt: „Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule . . . (ist) nicht das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend. Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten." „Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates." Die Genehmigung

Digitized by Google

ist zu erteilen, wenn diese Privatschulen den berechtigten Anforderungen der Lehrenden und Lernenden entsprechen. Dann aber heißt es: „Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten ... eine öffentliche Schule ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung in der Gemeinde nicht besteht." Danach bleibt doch eine gewisse Unsicherheit darüber, wann Eltern, denen ihr Gewissen untersagt, ihre Kinder der religiösen Unterweisung und dem allgemeinen Geiste einer Volksschule anzuvertrauen, zu der Aushilfe einer Privatschule greifen dürfen. Weiter wird der Religionsunterricht für ordentliches Lehrfach der Schulen, mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen, erklärt. Er soll „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft ... erteilt werden". „Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten."

Vergleicht man diese Bestimmungen mit dem sozialdemokratischen Programm, so ist offenbar manches von diesem preisgegeben. Die Religion wird nicht mehr als reine „Privatsache" behandelt. Die Kirchen werden nicht mehr als private Vereinigungen angesehen, Aufwendungen für religiöse Zwecke aus öffentlichen Mitteln nicht mehr untersagt. Es wird nicht mehr die „Verweltlichung", d. h. die Entchristlichung der Schule gefordert. Auf dem Grunde der nunmehr gesetzlich gewordenen deutschen Reichsverfassung läßt sich ein erträgliches Verhältnis von Staat und Kirche aufbauen, wenn nicht das Reich durch Einzelverfügungen etwas von jenen Grundsätzen abbröckelt und nicht Einzelstaaten sich dazu in Widerspruch setzen. Zunächst hat sich diese letzte Befürchtung als nicht unberechtigt erwiesen.

In Preußen handelte es sich um die Frage, wer zunächst die Rechte, die dem König als dem Träger des landesherrlichen Kirchenregiments zustanden, ausüben solle. Sie eigneten ja dem Könige nicht als dem Monarchen, sondern als „hervorragendem Gliede der Kirche", fielen also nach dem Aufhören der Monarchie wieder an die Kirche zurück. Anstatt aber danach zu verfahren, bestimmte man: „Diese Rechte gehen bis zum Erlaß der (zukünftigen Kirchen-) Verfassung auf drei von der Staatsregierung zu bestimmende Minister evangelischen Glaubens über." Der preußische Oberkirchenrat protestierte sofort gegen diesen Eingriff in die Rechte der Kirche, der Generalsynodalvorstand wies nach, daß damit der Kirche doch wieder der Charakter einer Staatskirche, den die früheren Bestimmungen ausdrücklich beseitigt hatten, aufgedrückt werde. Trotzdem sind jene drei Minister ernannt und in Funktion getreten und bis 1920 geblieben.

Die durch den Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg angeordnete Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen hatte die dortige Bürgervertretung trotz mannigfachen Protestes ausgeführt. Der Kirchenrat der Stadt mußte sich schon beschwerdeführend an das Reichsministerium des Innern wenden. Dieses antwortete im April 1920, die Verordnung stehe nicht im Einklang mit dem Sinne der Reichsverfassung, mindestens sei die Einführung von fakultativem Religionsunterricht in allen Schulen notwendig. Wird sich dem die Bürgervertretung fügen? — In Gotha hatte im Herbst 1919 die Schulverwaltung das Schulgebet, jede Schulandacht, die Prüfung in Religion untersagt. Durch verschiedene Anfragen der Deutschnationalen Partei im Parlament sah sich nach längerem Zögern die Reichsregierung zum Einschreiten genötigt, und im Mai 1920 hat die Landesregierung jenen Erlaß zurückgenommen. Auch in Sachsen mußte die geplante Einführung der religionslosen Schule auf Einspruch des Reichsministeriums unterbleiben. Am kühnsten ging die sozialdemokratische Regierung in Braunschweig vor. Aus den Gemeinden heraus war der Zusammentritt der Landessynode zum Zweck der erforderlichen Umgestaltung der Kirchenverfassung gefordert worden. Der Landtag aber erklärte einfach die bisherige Landessynode für aufgelöst, obwohl dazu nach den bestehenden Gesetzen weder die Staatsgewalt, noch der Inhaber der Kirchengewalt berechtigt ist. Begründet wurde diese Beseitigung der Landessynode ohne Scheu damit, daß ihre „gegenwärtige Zusammensetzung keine Gewähr dafür biete, daß sie eine neue Verfassung geben würde, welche den neuen Zeitanschauungen entspricht". Es müsse die Wahl einer verfassunggebenden Synode auf Grund des Landtagswahlrechts veranlaßt werden. Eine Folge dieses Verfahrens würde die gewesen sein, daß auch Taufverweigerer, Ungetraute, Prostituierte hätten mitwählen und gewählt werden dürfen. Sodann wurde angeordnet, in den zunächst die Kirchengewalt ausübenden Synodalausschuß von fünf Personen sollten aus dem Landtage, der zu etwa einem Drittel aus religionslosen Dissidenten besteht, vier Mitglieder eintreten. Die innersten Angelegenheiten der Kirche also wollte der Staat mit

Digitized by Google

rücksichtsloser Gewalt bestimmen. So hat man auch hier sich an das Reichsministerium wenden müssen. Der Reichsminister des Innern hat erklärt, die beabsichtigte Kirchenverfassung sei teilweise unvereinbar mit der Reichsverfassung, so daß ein neuer Versuch gemacht werden muß. Es sollen nun die Kirchgemeinderäte neu gewählt und von diesen ein Kirchentag beschickt werden, der das Wahlgesetz für die verfassunggebende Synode zu beschließen hat.

Derartige Vorkommnisse bestätigten die Sorge, daß jedenfalls der evangelischen Kirche, der es an äußerer Macht und Einheit fehlt, noch manche schwere Kämpfe warten. Daher wurde der Wunsch wieder lebendig, die evangelischen Kirchen Deutschlands zu einem „Kirchenbund" zusammenzuschließen, der „unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Kirchen und unter sorgfältiger Wahrung ihrer Eigenart und insbesondere ihres Bekenntnisstandes eine von dem Vertrauen des ganzen evangelischen Volkes getragene einheitliche, rechtlich geordnete Vertretung der gemeinsamen Interessen aller im deutschen evangelischen Kirchenausschuß bereits zusammengeschlossenen Landeskirchen" darzustellen habe.

Auf einer Vorkonferenz in Kassel im Februar 1919 beschlossen, durch einen Ausschuß von 21 Personen vorbereitet, tagte dieser Kirchentag vom 1.—5. September 1919 in Dresden. 320 Einladungen waren ergangen. Alle Teile des evangelischen Deutschlands, alle Zweige des kirchlichen Lebens, alle Stände und Richtungen waren vertreten. Eine von manchen gehegte Befürchtung wurde gehoben durch die bestimmte Erklärung: „Es ist nicht an eine Reichskirche gedacht"; „der Kirchentag bereitet" nur „einen möglichst engen Zusammenschluß der Landeskirchen vor". Einmütig wurde die Vorlage über „Aufgaben und Zuständigkeiten des deutschen evangelischen Kirchentages angenommen, ebenso die über Fortbestand und Ausbau der evangelischen Diasporapflege, dazu mehrere Kundgebungen, wie für die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen und an die Gemeinden in den abzutretenden Gebieten. Bei anderen Fragen trat der verschiedene Standpunkt ans Licht. So wurde die Entscheidung über das Wahlsystem den einzelnen Landeskirchen überlassen, daneben jedoch energisch gegen die Einmischung staatlicher Interessen in das innere kirchliche Leben protestiert, da es keine Staatskirchen mehr gäbe, sondern nur freie Volkskirchen. Auch über die Frage, auf welchem Wege am sichersten dem heranwachsenden Geschlecht ein guter Religionsunterricht zu erwirken sei, gingen die Ansichten auseinander. Aber es wurden alle Erziehungsberechtigten aufgerufen, mit aller Entschiedenheit gegen die religionslose Schule zu arbeiten und das durch die Reichsverfassung gegebene Recht, die Art der Schule zu bestimmen, auszuüben. Große Schwierigkeiten bereitete auch die Frage, auf welche Weise das religiöse Bedürfnis der Gemeindeglieder, deren Überzeugung von der ihres Geistlichen abweicht, Berücksichtigung finden könne. Es wurde als richtig bezeichnet, den Parochialzwang zu lockern und den Minoritäten einen Schutz zu gewähren, wenigstens insoweit, daß ihnen gestattet werde, sich einen eigenen Prediger zu bestellen. Endlich wurden 15 Personen und 12 Stellvertreter gewählt, die dem deutschen evangelischen Kirchenausschuß als außerordentliche Mitglieder beizutreten und mit diesem zusammen zunächst den rechtlich geordneten Kirchenbund vorzubereiten haben.

Derweil arbeiteten die einzelnen Landeskirchen daran, sich eine neue Verfassung zu schaffen. Fast in ihnen allen waren schon früher Laien an der Kirchenleitung beteiligt, sowohl in den einzelnen Gemeinden, als auch in deren Gesamtvertretung, der Synode. Doch hatte in den wichtigsten Punkten die Entscheidung bei dem Landesherrn und den von ihm ernannten Kirchenbehörden gelegen. Als nun die Demokratie den Staat parlamentarisch regiert und das Parlament durch allgemeine gleiche direkte Wahl geschaffen sehen wollte, erschien es ihr zugleich als selbstverständlich, daß auch die Kirche sich eine solche demokratische Verfassung geben müsse, daß also das gesamte Kirchenregiment einer unmittelbar oder mittelbar aus Urwahlen hervorgegangenen Synode zustehen müsse. Von der anderen Seite aber wurde in Erwägung gezogen, daß die evangelischen Landeskirchen infolge ihrer geschichtlichen Entwickelung große Scharen einschließen, die durchaus kein Verständnis und Herz für das Wohl der Kirche besitzen oder gar ihr in bitterer Feindschaft gegenüberstehen, nur aus Trägheit noch nicht aus ihr ausgetreten sind. Sollen auch diese alle zur Leitung der Kirche gleichberechtigt sein, so kann diese ihres Wesens völlig beraubt werden. Danach ist das Schwanken über die richtige

Digitized by Google

Wahlordnung für die verfassunggebenden Synoden durchaus verständlich. Doch in den Landeskirchen, in denen man schon solche Wahlen vornehmen ließ, haben sich die kirchenfeindlichen Elemente wesentlich davon ferngehalten. Auch die Zahl der liberalen Stimmen ist im allgemeinen geringer gewesen, als wohl erwartet wurde.

In Baden nahm schon im Dezember 1919 die außerordentliche Generalsynode, die, obwohl durch Urwahlen zustande gekommen, eine positive Majorität aufwies, eine neue Kirchenverfassung an, die aber auch den Minoritäten einen starken Schutz sicherte. Der Staat hatte hier der Kirche freie Hand gelassen. Auch andere Landeskirchen, wie Oldenburg, Bayern, Württemberg, konnten schon ihre Kirchenverfassungen nach den neuen Verhältnissen umgestalten. In Preußen hat die Generalsynode diesen Schritt vorbereitet.

Diese Entwickelung lehrt, daß die wild tobende Feindschaft gegen die Kirche, die sich in der ersten Zeit der Revolution zeigte, vorwiegend nur bei der äußersten Linken unausrottbar eingewurzelt ist. Sollten, wie zu vermuten ist, noch manche der Kirche den Rücken kehren, so wird dies ihr keinen Schaden, eher eine Erleichterung bringen, obwohl es um der von ihr sich Scheidenden und des ganzen Volkes willen tief zu bedauern wäre. Doch ist noch alles zu sehr im Fluß begriffen, als daß man etwas über die Zukunft weissagen könnte.

Papst Benedikt XV. Nach Photographie.

Aber noch andere Folgen hat der Krieg und sein Ausgang für das Christentum gehabt. Ein Dreifaches ist hervorzuheben. Zuerst: die römisch-katholische Kirche hat, um einen milden Ausdruck der „Germania" zu verwenden, „durch den Krieg ganz erhebliche Vorteile erzielt". Auch in dem französischen Volke hatte der Donner des Krieges eine religiöse Erhebung hervorgerufen. So viele suchten wieder einen Halt an der Kirche, daß die Regierung, um nur nicht diese Massen ihrer Politik zu entfremden, auf eine strenge Ausführung jenes vom Kirchenhaß diktierten „Trennungsgesetzes" (vgl. oben, S. 412 f.) verzichten zu müssen glaubte, selbst die verbotene Militärseelsorge gestattete. Die Rückkehr zum katholischen Glauben wurde auch dadurch befördert, daß die von der hoffnungsvollen Begeisterung des Volkes getragenen Generäle nicht Freidenker, sondern treue Anhänger der Kirche waren, vor allem der als Retter Frankreichs bis über den Himmel erhobene, angebetete Jesuitenzögling Marschall Foch. Und da die französische Armee schließlich trotz aller Niederlagen wie durch ein für unmöglich gehaltenes Wunder sich als Siegerin betrachten durfte, wurde durch den Ausgang des Krieges die Rückkehr zur Kirche nicht, wie in Deutschland geschehen, wieder rückgängig gemacht oder gar ins Gegenteil verkehrt, sondern als vom Himmel belohnt empfunden. So konnten die vor dem Kriege völlig zerrissenen Freundschaftsbande zwischen Papsttum und Frankreich neu geknüpft werden. Ihren von der Eitelkeit der Franzosen mit Jubel begrüßten Ausdruck fand dieses neue Verhältnis darin, daß der Papst (s. die obenstehende Abbildung) 1920 die als kriegerische Schutzpatronin Frankreichs und in der Kriegsnot unablässig angeflehte Jungfrau von Orléans in den erhabenen Kreis der Heiligen der Kirche erhob.

In Deutschland bewirkte die Not des Krieges eine starke Annäherung von Katholiken und Protestanten. Nicht selten haben im Felde Truppen der einen Konfession an Gottesdiensten

Digitized by Google

der anderen teilgenommen, nicht selten Katholiken das „Ein' feste Burg" mitgesungen. Schon hielten manche eine zukünftige deutsche Reichskirche für möglich. Eben darum aber konnte man vergessen, daß die Regenten der römischen Kirche keinen Augenblick ihr Ziel der Weltbeherrschung aus den Augen verlieren können. Die deutsche Regierung suchte vor allem den Papst sich günstig zu stimmen, da dessen Wort für Millionen ausschlaggebend ist. Daher konnte sie es sich ohne Protest gefallen lassen, daß der Papst sich für den „von Gott eingesetzten obersten Dolmetsch und Vertreter des ewigen Gesetzes" erklärte, dem als dem „gemeinsamen Vater aller", auch der „noch nicht zur römischen Kirche Gehörenden", das Amt des Friedensvermittlers zustehe. Sie konnte, als sie in völliger Verkennung der Pläne ihrer Feinde im Dezember 1916 ihr Friedensangebot ausgehen ließ, sich um „die wertvolle Unterstützung des apostolischen Stuhles für ihr Friedenswerk" bewerben. Zwar erfüllte der Papst diesen Wunsch nicht, drückte sich vielmehr über das Friedensangebot so aus, daß die Entente darin eine scharfe Kritik desselben erblickte. Er konnte seinerseits unter dem 1. August 1917 den Häuptern der kriegführenden Mächte Friedensvorschläge machen, von denen sein Kardinalstaatssekretär „autoritativ" erklärte: „Wenn im päpstlichen Schreiben eine Nation besonders begünstigt ist, so ist das Belgien und Frankreich." Trotzdem konnte der Reichstag unter Führung des Jesuitenzöglings Erzberger jene Friedensresolution fassen, die sich auf der Linie dieser päpstlichen Vorschläge bewegte, und die deutsche Regierung konnte darauf eingehen. Im Jahre des Reformationsjubiläums 1917 wurde den Katholiken zu Gefallen auch der letzte Rest jenes gegen die Jesuiten gerichteten Gesetzes (s. oben, S. 412) aufgehoben. Zum Kanzler des unter der Leitung eines protestantischen Fürstenhauses stehenden Deutschen Reiches wurde ein Feind der Schöpfung Bismarcks, der ultramontane Graf Hertling, ernannt.

„Am Feste Allerheiligen 1917" erließen „die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands" einen Hirtenbrief, in dem sich auch folgende Forderungen finden. Auch auf protestantischen Universitäten müssen Lehrstühle für die Geisteswissenschaften mit ausgesprochen katholischen Vertretern besetzt werden, weil die Katholiken verlangen können, daß ihre Söhne und Töchter diese Wissenschaften nach katholischem Gesichtspunkt beurteilen lernen. Da die katholische Liebestätigkeit nicht nur der leiblichen, sondern namentlich auch der seelischen Not steuern will, so ist die Beseitigung des Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten nicht genug, es muß vielmehr bei dem Eintritt in eine neue Zeit größere Freiheit für die katholischen Orden gefordert werden. Die Kirche muß vom Staate frei sein, dieser aber muß die gottbegründete Kirche ehren und schützen. Im Gegensatz zu dem im Kriege erwachten Wunsche nach einer Annäherung zwischen Katholiken und Protestanten darf auch nicht ein Pünktlein von dem preisgegeben werden, was zum Wesen des heiligen katholischen Glaubens gehört. Wenn daher gewisse wirtschaftliche Verhältnisse den Zusammenschluß der Angehörigen verschiedener Bekenntnisse in bestimmten Vereinigungen und Verbänden nahelegen, so kann hier das Höchste und Größte, das Gott uns gegeben, die unsterbliche Seele und der Glaube, gefährdet werden. Daher ist es heilige Pflicht, den Weisungen des Papstes sich in kindlichem Gehorsam zu fügen. — In demselben Jahre 1917 wurde vom Papste das neue Rechtsbuch der katholischen Kirche, Codex iuris canonici, veröffentlicht, das die mittelalterlichen Forderungen des Papsttums wiederholt und den „Ketzern" gegenüber die allerstrengste Haltung vorschreibt.

Deutschland brach zusammen. Die Kirchenfeinde erlangten die Herrschaft. Aber der am meisten gehaßten Kirche, der römischen, begegneten sie mit Liebenswürdigkeiten. Der in dieser Kirche herangewachsene Reichspräsident Ebert beeilte sich, in einem ergebenen Schreiben dem Vatikan seinen Regierungsantritt anzuzeigen. Schon im November 1918 wurde festgesetzt, von dem noch bestehenden staatlichen Einspruchsrecht gegen die dauernde Anstellung im Pfarramte solle kein Gebrauch mehr gemacht werden, ebenso, die Aufnahme evangelischer Kinder in eine von katholischen Ordensbrüdern geleitete Schule bedürfe nicht mehr der staatlichen Erlaubnis. Der Papst gewann den Mut zu dem kühnen Plan, in der protestantischen

Digitized by Google

Reichshauptstadt einen Nuntius zu stationieren. Zu Ende November 1919 sandte er den Nuntius für Bayern Pacelli „zum Besuch der Reichs- und Staatsbehörden" nach Berlin. Als diesem die ehrenvollste Aufnahme zuteil wurde, also, wie die „Germania" sich ausdrückte, diese „Vorbereitung eines ungeheuren Aufstiegs des Katholizismus" glücklich gelang, wurde Pacelli in der Tat zum ersten apostolischen Nuntius in Berlin ernannt, mit der einleuchtenden Begründung, um „den würdigen Akt zu erwidern, mit dem die Regierung Deutschlands eine Botschaft an Stelle der einstmaligen preußischen Gesandtschaft bei dem Heiligen Stuhl eingesetzt hat, und um der Regierung und dem von ihr verwalteten Reiche ein Zeichen päpstlicher Hochschätzung zu geben". Die politischen Ereignisse brachten die Vollendung. Die von zahllosen Katholiken bitter gehaßte protestantische Kaiserkrone sank in den Staub. Die Hohenzollernherrschaft war abgetan. Erzberger konnte den furchtbaren Waffenstillstand abschließen. Gegen den Protest von Millionen wurden die grauenhaften Versailler Friedensbedingungen unterzeichnet. Das Land, das die Reformation gebar, war seiner Macht, seiner Ehre, seines Einflusses beraubt. Auf seine Kosten wuchs im Süden das katholische Italien, im Westen das katholische Frankreich, im Osten das neugegründete katholische Polen. Wer Rom kennt, kann dessen weitgehende Zukunftspläne ahnen.

Als zweite Folge des Ausgangs des Krieges ist die tiefbetrübende Kluft zu nennen, die zwischen den verschiedenen Kirchen der Erde sich aufgetan hat. Die Lügenflut, die besonders England über das deutsche Volk auszugießen verstand, hat der deutschen Christenheit selbst die auswärtigen Kirchen völlig entfremdet, die früher von ihr geistige wie pekuniäre Unterstützung erhielten. Der so notwendige Einfluß des deutschen Christentums auf die Außenwelt ist fürs erste völlig unmöglich geworden. Der internationale Romanismus und der im Kriege in seiner vollen Mangelhaftigkeit sich zeigende Anglikanismus werden zunächst das Christentum bestimmen.

Endlich die Folgen für die Missionstätigkeit! Das von England auf diesem Gebiete eingeschlagene grauenvolle Verfahren läßt sich nur dann begreifen, wenn man die in dieser Nation herrschende unselige Verquickung von Religion und Politik in Anschlag bringt. Wie dort die Politik durch keine Gesetze der Moral sich beschränken läßt, so steht die Religion unter dem Einfluß der Politik. Die Missionstätigkeit soll vor allem dem britischen Imperialismus dienen. Um diese traurige Vermengung vor dem Gewissen zu rechtfertigen, hat man die fixe Idee geschaffen, die englische Kirche sei allen anderen weit überlegen und zur Weltherrschaft von Gott bestimmt, das englische Volk sei das auserwählte Volk Gottes, der Erbe der Aufgaben und Verheißungen des alttestamentlichen Volkes Israel. Bietet sich also die Möglichkeit, neue Gebiete unter den segensreichen Einfluß Englands zu bringen, so wäre es ein Unrecht gegen Gott, sie unbenutzt zu lassen. Daher hat England vom ersten Augenblick des Weltkrieges an auch dahin gearbeitet, nicht nur dem Rivalen Deutschland seine Kolonien zu nehmen, sondern auch der deutschen Missionstätigkeit ein Ende zu machen. Diesem Vernichtungswillen konnte die katholische Mission bisher im wesentlichen entgehen. Denn ihre missionierenden Orden sind international. Wo also Deutsche vertrieben wurden, konnten Ordensbrüder aus Ländern der Entente deren Platz einnehmen. Neuerdings freilich sucht England auch diesen Ausweg dadurch zu erschweren, daß es nur englischen Katholiken Missionstätigkeit erlauben will. Aber die evangelischen deutschen Missionen!

Bei Ausbruch des Krieges fanden sich von ihnen in China und Japan auf 76 Stationen 324 Arbeiter, 25 797 Getaufte, 286 Schulen, 10 198 Schüler. Hier war Englands Macht freilich nicht so groß, um alles ausrotten zu können. Aber z. B. die Basler und die Barmer Missionare mußten das Land verlassen. In

Digitized by Google

Indien wirkten damals auf 114 Stationen 412 evangelische Deutsche an 145524 Getauften und an 47159 Schülern in 1023 Schulen. Ausgewiesen bzw. zunächst interniert wurden einschließlich der Kinder nicht weniger als 466 Personen. Die 51 Verschonten besaßen britisches, russisches oder Schweizer Bürgerrecht. Die deutschen Missionsgesellschaften streben nun dahin, wenigstens das dortige Missionseigentum vor der englischen Habgier zu sichern, die heidenchristlichen Gemeinden möglichst selbständig zu stellen, die Missionsarbeit vorläufig an neutrale Vereine zu übertragen. Aber die entsetzlichen Friedensbedingungen lassen es fraglich erscheinen, wieweit diese Pläne gelingen werden. Auch aus Indonesien, wo auf 81 Stationen 251 Personen an 183728 Getauften und 47293 Schülern arbeiteten, konnte England einige Basler Missionare ausweisen. Was aus den deutschen evangelischen Missionen in Ozeanien, wo 1914 auf 37 Stationen 113 Personen an 7368 Getauften und 4260 Schülern wirkten, werden wird, ist noch nicht klar zu ersehen. In den britischen Kolonien Afrikas fanden sich auf 172 Stationen 493 deutsche evangelische Arbeiter, 208663 Getaufte, 37639 Schüler. Mit Ausnahme von Südafrika, wo auf die andersartige Stimmung der Boeren Rücksicht genommen werden muß, scheint diese großartige Tätigkeit völlig ein Ende haben zu sollen. Noch gründlicher in den deutschen Kolonien Afrikas. 146 Stationen waren von 371 Hilfskräften bedient, 60207 Getaufte und in 1223 Schulen 70187 Schüler gewonnen. Noch während des Krieges erhielten die Missionsgesellschaften hocherfreuliche Mitteilungen über die Glaubenstreue mancher heidenchristlichen Gemeinden. England scheint aber nicht eher ruhen zu wollen, als bis auch der letzte deutsche Missionsfreund diese mit deutschen Tränen- und Blutströmen gewonnenen Missionsfelder verlassen hat. Im Mai 1920 wurden die letzten Leipziger Missionare aus Ostafrika vertrieben. Von der in der Regel geradezu brutalen Weise, in der diese Maßregeln an den wehrlosen Missionsfamilien durchgeführt wurden, schweigt man lieber.

Durch alle diese für unmöglich gehaltenen Erfahrungen ist aber in Deutschland der Missionseifer keineswegs erstickt. Eher mehr als weniger Beiträge sind für diese Arbeit eingegangen. So sucht man nach neuen zu bebauenden Feldern, wenn die alten verschlossen sind. Den Mut, auch in dunkler Zeit nicht hoffnungslos in die Zukunft zu blicken, gibt die bisherige Geschichte des Christentums, an dessen Vernichtung nicht nur immer neue Gegnerschaft, sondern auch oft genug der Unverstand seiner Vertreter gearbeitet hat. Sie hat jenem kühnen Worte recht gegeben, mit dem einst der große Apostel Paulus von Tarsus (im 2. Brief an die Korinther VI, 9) die Christen gekennzeichnet hat:

Wie die Sterbenden, und siehe, wir leben;
wie die Gezüchtigten, und doch nicht ertötet.

Digitized by Google

Bibliographie.

I. Die Einigung Italiens und Deutschlands. 1859—1866 (S. 1—47).

Bulle, O.: Die italienische Einheitsidee in ihrer literarischen Entwickelung von Parini bis Manzoni (Berlin 1893). — Crozals, J. de: L'unité italienne (Paris 1906). — Martinengo-Cesaresco, E.: Italienische Patrioten (Leipzig 1903; deutsch). — Orsi: L'Italia moderna. Storia degli ultimi 150 anni (Mailand 1901; S. 357—399 Note bibliografiche); deutsch von F. Goetz (Leipzig 1902). — Stillman, W. J.: The union of Italy (1815—1895). 2. Aufl. (Cambridge 1901). — Kohl, H.: Fürst Bismarck. Rezesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des ersten deutschen Reichskanzlers. 2 Bde. (Leipzig 1891—92). — Mühlbrecht, O.: Literatur des Deutschen und Italienischen Krieges 1866 (Prag 1867). S. im übrigen Dahlmann-Waitz, 8. Aufl., und die allgemeinen Bibliographien. — Jastrow, J.: Geschichte des deutschen Einheitstraumes und seiner Erfüllung. 4. Aufl. (Berlin 1891). — Klüpfel, K.: Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848—71. 2 Bde. (Berlin 1872—1873). — Salomon, F.: Die deutschen Parteiprogramme. Heft I (Leipzig 1907). — Jordan, H.: Die öffentliche Meinung in Sachsen 1864—66; hrsg. von Joh. Hohlfeld (Kamenz 1918). — Friedjung, H.: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—69. 2 Bde. 8. Aufl. (Stuttgart 1910).

II. Westeuropa in den Jahren 1866—1918 (S. 48—143).

1. Westeuropa 1866—1871 (S. 48—84).

Schulz, A.: Bibliographie de la Guerre franco-allemande (1870/71) et de la Commune de 1871. Catalogue de tous les ouvrages publiés en langue française et allemande de 1871 à 1885 inclusivement, suivi d'une table systématique (Paris 1886). — Les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71 (daf. 1910 ff.). — Lehautcourt, P.: La guerre de 1870/71 (Bibl. de bibliographies critiques 5; daf. 1900). — Deutsches Generalstabswerk („Der deutsch-französische Krieg, redigiert von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs"; Berlin 1872—81, 20 Hefte). — Stählin, A.: Der deutsch-französische Krieg 1870—1871 (Heidelberg 1912). — Moser: Kurzer strategischer Überblick über den Krieg 1870/71. 8. Aufl. (Berlin 1900). S. im übrigen die allgemeinen Bibliographien.

2. Westeuropa 1871—1914 (S. 85—143).

Lavisse und Rambaud: Histoire générale, Bd. XII: Le monde contemporain (1870—1900). — The Cambridge Modern History, Bd. XII: The lastest age. S. im übrigen die allgemeinen Bibliographien. — Egelhaaf, G.: Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart. 7. Aufl. (Stuttg. 1918). — Plehn, H.: Nach dem englisch-japanischen Bündnis (Berlin 1907). — Halle, E. [Levy] v.: Die Weltwirtschaft. 2 Jahrgänge (Leipzig 1906—07). — Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts. Von einem Deutschen (Berlin 1900). — Hünemörder, F.: Deutsche Marine- und Kolonialgeschichte (Kiel 1903). — Koschitzky, M. v.: Deutsche Kolonialgeschichte. 2 Bde. (Leipzig 1888). — Zimmermann, A.: Die Entwicklungsgeschichte der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches (1886). — S. im übrigen Dahlmann-Waitz, 8. Aufl., Nr. 12982 ff. — Lamprecht, K.: Zur jüngsten deutschen Vergangenheit. 3 Teile (Deutsche Geschichte, Ergänzungsband I u. II, 1 u. 2; 4. Aufl., Berlin 1919—21). — Salomon, F.: Die deutschen Parteiprogramme. Heft II (Leipzig 1907), Heft III. 3. Aufl. (daf. 1920). — Schröder, E.: Ein Tagebuch Kaiser Wilhelms II. 1888—1902 (Breslau 1903); Nachtrag 1902—1906 (daf. 1906). — Rachfahl: Kaiser und Reich 1888—1913 (Berlin 1913). — Reventlow, Graf E. zu: Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches 1888—1913 (daf. 1913; 2. Aufl. daf. 1917). — Massow, M. v.: Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II. (Stuttgart 1913). S. im übrigen die Literatur zu Abschnitt III dieses Bandes.

Digitized by Google

III. Die englische Weltherrschaft und der Weltkrieg (S. 144—296).

1. Agrar- und Industriestaat (1815—1848) (S. 144—157).

Handbuch der Staatengeschichte. Hrsg. R. Scholz, I 4: England von C. Brinckmann (Berlin 1921), S. 71 ff. — Amos, S.: Fifty years of the English constitution 1830—1880 (London 1880). — Cunningham, W.: The growth of English industry and commerce. 2 Bde. (daf. 1890—92). — Doubleday, T.: The political life of Sir Robert Peel (daf. 1856). — Fitzgerald, P.: Life and times of William IV. (daf. 1884). — A History of the Anti-corn-law-league (daf. 1853). — Huish, R.: History of the reign and life of William IV. (daf. 1837). — Levi, L.: History of British commerce (daf. 1880). — Mac Carthy, J. H.: A history of our own times from the accession of the Queen Victoria to the Berlin congress (daf. 1882). — Merz, J. Th.: A History of European Thought in the 19th century (Edinburg 1896). — Molesworth, W. N.: History of England from the year 1830 (London 1882). — Parker, C. S.: Sir Robert Peelin early life, 1788—1827 (daf. 1891). — Somers-Vine, J. A.: English municipal institutions, their growth and their development 1835—1879 (daf. 1879). — Steffen, G. F.: Studien zur Geschichte der englischen Lohnarbeiter. 3 Bde. (Stuttgart 1901—05). — Stoughton, J.: Religion in England, First half of the present century (London 1884). — Walpole, S.: A History of England from the Conclusion of the Great War in 1815 (daf. 1880—86). — Pauli: Geschichte Englands seit 1814. 3 Bde. (Leipzig 1867 bis 1875).

2. Die Entwicklung zum Industriestaate. 1849—1871 (157—163).

Anson, W. R.: Law and custom of the constitution (Oxford 1892). — Archer, Th.: William Ewart Gladstone and his contemporaries (London 1883). — Bagehot, W.: The English constitution (daf. 1872). — Bulwer, H. L.: The Life of John Temple Viscount Palmerston, with selections from his diaries and correspondence. 2 Bde. (daf. 1870—74). — MacCarthy, J. H.: England under Gladstone (daf. 1885). — Clayden, P. W.: England under Lord Beaconsfield (daf. 1880). — Cox, H.: History of the Reformbills of 1866 and 1867 (daf. 1868). — Dicey, A. V.: The law of the constitution (daf. 1889). — Gneist, H. R. H.: Das heutige englische Verfassungs- und Verwaltungsrecht (Berlin 1883); Selfgovernment, Kommunalverfassung und Verwaltungsgerichte in England (daf. 1871); Das englische Parlament vom 9. bis Ende des 19. Jahrh. (daf. 1886). — Hamley, E.: The Crimean War (London 1860). — Hatschek, J.: Englische Verfassungsgeschichte bis zum Regierungsantritt der Königin Viktoria (1913). — Jeaffreson, J. C.: Victoria, queen and empress (daf. 1893). — Juste, Th.: Lord Palmerston (Brüssel 1872). — Kaye, J., und Malleson, G. B.: History of the Indian Mutiny. 2 Bde. (London 1879—80). — Morley, J.: Life of Richard Cobden (daf. 1881). — Niel, General: Le Siège de Sebastopol (Par. 1858. — Preuß, W. H.: Die englische Staatsverfassung (Oldenburg 1894). — Pulling, F. S.: The Life and Speeches of the Marquis of Salisbury (London 1885). — Robbins, A. F. C.: The political life of William Ewart Gladstone (daf. 1897). — Rousset, C.: Histoire de la guerre de Crimée (Paris 1877). — Russell, G. W. E.: Biography of William Ewart Gladstone (London 1891). — Sanderson, E.: The British Empire in the 19th century (daf. 1897). — Traill, H. T.: Marquis of Salisbury (daf. 1891). — Levy, H.: Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebes in England (Tübingen 1904).

3. Die englische Weltherrschaft (1871—1914) (S. 163—213).

A. Die englische Weltherrschaft.

Arndt, P.: Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England (Berlin 1899). — Chamberlain, J.: Speeches on the Irish Question (London 1891). — Fuchs, C. J. P.: Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. LVII; Leipzig 1893). — Gaitrell, W.: Our Trade in the World in Relation to Foreign Competition, 1886—1895 (London 1897). — Gneist: Englische Verfassungsgeschichte (Berlin 1882); Das englische Parlament (daf. 1886). — Hearn, W. E.: The government of England. 3 Bde. (London 1887—91). — Lord Farrer, Th. H.: The Neo-Protection-Scheme of Joseph Chamberlain (daf. 1896). — Schooling, J. H.: The British Trade Year Book covering the twenty six years 1880—1905 (daf. 1906). — Shadwell, A.: Industrial Efficiency. A comparative study of industrial Life in England, Germany and America (New York 1906). — Steffen, G. F.: England als Weltmacht und Kulturstaat (Stuttgart 1902). — Tille, A.: Aus Englands Flegeljahren

Digitized by Google

(1890—1900) (Dresden 1901). — Todd, A.: Parliamentary government in the British colonies (London 1880). — Wahl, E. G.: The British Empire Yearbook 1921 (daf. 1921). — Whitaker, J.: Almanack for the year 1869 ff. (daf. 1869 ff.). — Williams, E.: Made in Germany (daf. 1900; deutsch v. C. Willmann, Dresden 1901). — Dilke, Ch. W.: Greater Britain. 2 Bde. (London 1866 bis 1867). — Giddings, F. H.: Democracy and Empire (daf. 1900). — Hewins, W. A. S.: Der Imperialismus und seine voraussichtliche Wirkung auf die Handelspolitik des Vereinigten Königreichs (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. XCI; Leipzig 1901). — Seeley, J. R.: The Expansion of England (London 1883). — The Empire Review ed. by C. Kinloch Cooke (seit 1900). — Maxwell, H.: A century of Empire. 3 Bde. (1909—11). — O'Connor Morris, W.: Ireland 1798—1898. — Cory, E. C.: The rise of South Africa (1908). — Strachey, J.: India (1910). — Cromer: Modern Egypt (1911). — Fleck, A. A.: Kanada (Jena 1912). — Schachner, R.: Australien. 2 Bde. (daf. 1909 bis 1911). — Lloyd George, D.: Better times (1910; deutsch von H. Simon, Jena 1911). — Güttler, G.: Die englische Arbeiterpartei (Jena 1914).

B. Der deutsch-englische Wettbewerb.

Schäfer, D.: Deutschland und England in See- und Weltgeltung (Leipzig 1915). — Eckardtstein, H. v.: Lebenserinnerungen und polit. Denkwürdigkeiten. 2 Bde. (daf. 1919). — Bülow, Fürst B. v.: Deutsche Politik (Berlin 1916). — Hammann, O.: Der neue Kurs. Erinnerungen (Berlin 1918); Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Erinnerungen 1897—1906 (daf. 1918); Um den Kaiser (daf. 1919); Der mißverstandene Bismarck (daf. 1921). — Zur Europäischen Politik. Unveröffentlichte Dokumente. In amtl. Auftrage hrsg. von B. Schwertfeger. 5 Bde. (daf. 1919). — Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914. Hrsg. von W. Goetz (daf. 1920). S. auch die Literatur zu Abschnitt II.

4. Der Weltkrieg (S. 213—296).

A. Der politische Krieg.

Müller-Meiningen, E.: Diplomatie und Weltkrieg. 2 Bde. (Berlin 1917). — Hagen, M. v.: England und Ägypten (Bonn 1915). — Kjellén, R.: Die Großmächte und die Weltkrise (Leipzig 1921); Die politischen Probleme des Weltkrieges. 5. Aufl. (daf. 1917); Studien zur Weltkrise (München 1917). — Deutschland und der Weltkrieg. Hrsg. von O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken und H. Schumacher (Leipzig 1915). — Hertling, K. Graf v.: Ein Jahr in der Reichskanzlei (Freiburg i. B. 1919). — Erzberger, M.: Erlebnisse im Weltkrieg (Stuttgart 1920). — Jagow, G. v.: Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges (Berlin 1919). — Gerard, Botschafter: Memoiren. Meine vier Jahre in Deutschland (Lausanne 1919). — Hoetzsch, O.: Der große Krieg und die große Politik. 3 Bde. (Leipzig 1917—18). — Bernstorff, Graf Joh.-Heinr.: Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Krieg (Berlin 1920). — Czernin, Graf O.: Im Weltkriege (daf. 1919). — Bethmann Hollweg, Th. v.: Betrachtungen zum Weltkriege. 1. Bd. (daf. 1919). — Helmolt, H. F.: Kautsky der Historiker (Charlottenburg 1920) — Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österr.-ungar. Rotbuch. Hrsg. vom Staatsamt des Äußern der Republik Österreich. 3 Bde. (Wien 1919). — Goos, R.: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges (daf. 1919). — Neilson, F.: Wie Diplomaten Kriege machen (Leipzig 1919). — Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der v. K. Kautsky zusammengestellten amtl. Aktenstücke, hrsg. von Graf M. Montgelas und W. Schücking. 4 Bde. (Charlottenburg 1919). — Belgische Aktenstücke 1905—1914. Hrsg. vom Auswärtigen Amt (Berlin 1915). — Herre, P.: Weltpolitik und Weltkatastrophe 1890—1915 (daf. 1916). — Brie, F.: Der irische Aufstand von 1916 (daf. 1917). — Schulte, A.: Von der Neutralität Belgiens (Bonn 1915). — Luckwaldt, F.: Die Vorgeschichte des Krieges (Danzig 1915). — Frobenius, H.: Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde. 14. Aufl. (Berlin 1914). — Dokumente zum Weltkrieg. Hrsg. E. Bernstein (daf. 1915 ff.). — Purlitz, F.: Der europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. 9 Bde. (Leipzig 1914—20). — Federn, K.: Anklagen gegen Deutschland (Bern 1917). — Der Krieg 1914/19. Hrsg. von D. Schäfer. 3 Bde. (Leipzig 1916—20). — Delbrück, H.: Krieg und Politik. 2 Bde. (Berlin 1918). — Corbett, J.: History of the Great War. By direction of the historical section of the committee of Imperial Defence. Bd. I (1920).

B. Der militärische Krieg.

Schultze, E.: England als Seeräuberstaat. Die britische Seewillkür usw. (Stuttgart 1915). — Morath, E.: Tage des Krieges. Militär. u. polit. Betrachtungen 1914—1916. 2 Bde. (Berlin 1916). — Stegemann, H.: Geschichte des Krieges. 3 Bde. (Stuttgart 1917—19). — Freytag-Loringhoven, Frh. v.: Folgerungen aus dem Weltkrieg (Berlin 1917). — Jellicoe of Scapa, Visc. J. R.: The grand fleet 1914—1916 (London 1919); The crisis of the naval war (1920). — French, J.: 1914 (daf. 1920). — Egli, K.: Zwei Jahre Weltkrieg (Zürich 1917);

Digitized by Google

Das dritte Jahr Weltkrieg (daf. 1918). — Die Schlachten und Gefechte des Großen Krieges 1914—1918. Quellenwerk nach den amtl. Bezeichnungen zusammengestellt vom Großen Generalstab (Berlin 1919). — Hindenburg, P. v.: Aus meinem Leben (Leipzig 1920). — Liman v. Sanders: Fünf Jahre Türkei (Berlin 1920). — Kuhl, H. v.: Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges (daf. 1920); Der Marnefeldzug 1914 (daf. 1921); Französisch-englische Kritik des Weltkrieges (daf. 1921). — Kritik des Weltkrieges. Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege. Von einem Generalstäbler (Leipzig 1920). — Ludendorff, E.: Meine Kriegserinnerungen (Berlin 1919); Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18 (daf. 1920). — Goltz, Graf R. v. d.: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum (Leipzig 1920). — Falkenhayn, E. v.: Die Oberste Heeresleitung 1914—1916 in ihren wichtigsten Entschließungen (Berlin 1920). — Wetzell, G.: Von Falkenhayn zu Hindenburg-Ludendorff (daf. 1921). — Groener, W.: Der Weltkrieg und seine Probleme. Rückschau und Ausblick (daf. 1920). — Der große Krieg in Einzeldarstellungen. Hrsg. im Auftrag des Großen Generalstabes. 14 Hefte (Oldenburg 1918 bis 1919). — Schlachten des Weltkrieges 1914—1918. Hrsg. unter Mitwirkung des Reichsarchivs (Oldenburg 1921). — Baumgarten-Crusius: Die Marneschlacht 1914 (Leipzig 1919). — Österreichisch-ungarische Kriegsberichte. Beihefte zu Streifleurs Militärblatt. 8 Hefte (Wien 1916—18). — Auffenberg-Komarów: Aus Österreich-Ungarns Teilnahme am Weltkriege (Berlin 1920). — Cramon, A. v.: Unser Österr.-Ungar. Bundesgenosse im Weltkriege (daf. 1920). — Krauß, A.: Die Ursachen unserer Niederlage (Münch. 1920). — Schönowsky-Schönwies, M., und Angenetter, A.: Luck. Der russische Durchbruch im Juni 1916 (Wien u. Leipzig 1919). — Tirpitz, A. v.: Erinnerungen (Leipzig 1919). — Pohl, H. v.: Aus Aufzeichnungen und Briefen während der Kriegszeit (Berlin 1920). — Der Krieg zur See 1914—1918. Hrsg. vom Marine-Archiv. Der Krieg in der Nordsee. 1. Bd. Bearb. von O. Groos (daf. 1920). — Hase, G. v.: Die zwei weißen Völker (Leipzig 1920). — Scheer, R.: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg (Berlin o. J.). — Wieting: Der Ostseekrieg 1914—1918 (Braunbeck 1918). — Lettow-Vorbeck, P. v.: Meine Erinnerungen aus Ostafrika (Leipzig 1920). — Seitz: Südafrika im Weltkriege (Berlin 1920).

C. Der Weltwirtschaftskrieg.

Stuart, C. A. V.: Der Wirtschaftskrieg. Autoris. Übers. aus dem Niederländ. von H. Bulbring-Kann (Bonn 1915). — Cassel, G.: Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft (Berlin 1916). — Plenge: Der Krieg und die Volkswirtschaft (Münster 1915). — Rathenau, W.: Deutschlands Rohstoffversorgung (Berlin 1916). — Beiträge zur Kriegswirtschaft. 65 Hefte. Hrsg. vom Kriegsernährungsamt (daf. 1917 ff.). — Kahl: Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916 (Jena 1917). — Wiese, L. v.: Staatssozialismus (Berlin 1916). — Curth u. Webberg: Der Wirtschaftskrieg (Einzeldarstellungen nach Ländern; Jena 1917 ff.). — Helfferich, K.: Der Weltkrieg. 3 Bde. (Berlin 1919—20). — Scott, W. R.: Credit, industry and the war (1915). — Cole, G. S. H.: Labour in war time (1915). — Jöhlinger, O: Der britische Wirtschaftskrieg (Berlin 1918).

D. Der Kampf der Geister.

Hohlfeld, J.: Die deutsche Kriegsliteratur (Dresden 1918). — Avenarius, F.: Das Bild als Verleumder (München o. J.); Das Bild als Narr (daf. o. J.). — Neutrale Stimmen. Eingel. von R. Eucken (Leipzig 1916). — Allen, G. W.: Germany and Europe (London 1914). — Dittrich, O.: Neue Reden an die deutsche Nation (Leipzig o. J.). — Bab, J.: 1914. Der deutsche Krieg im deutschen Gedicht. 2 Bde. (Berlin o. J.). — Wundt, W.: Die Nationen und ihre Philosophie (Leipzig 1915). — Steffen, G. F.: Krieg und Kultur (Jena 1915). — Chamberlain, H. St.: Kriegsaufsätze (München 1915); Neue Kriegsaufsätze (daf. 1915). — Kips, J. H. W.: Der deutsche Staatsgedanke (Leipzig 1916). — Kjellén, R.: Die Ideen von 1914 (daf. 1915). — Joël, K.: Neue Weltkultur (daf. 1915). — Homer Lea: The day of the Saxon (London u. New York 1912). — Haldane, Viscount: Deutschland und Großbritannien (Verlag der „Friedenswarte", 1911). — The war and the democracy [englisches Sammelwerk]. — Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. Hrsg. von G. Pfeilschifter (Freiburg i. B. 1915). — Northcliffe. Die Geschichte des engl. Propagandafeldzuges (Berlin 1921).

E. Die neue Lage.

Hohlfeld, J.: Der Kampf um den Frieden (Leipzig 1919). — Brandenburg, E.: Deutschlands Kriegsziele (daf. 1917). — Deutschland und der Friede. Hrsg. W. Goetz (daf. 1918). — Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtl. Dokumente (Berlin 1919). — Ludendorff, E.: Das Waffenstillstands- und Friedensangebot (daf. 1919). — Materialien betr. die Waffenstillstandsverhandlungen. 10 Bde. (daf. 1919—20). — Materialien betr. Friedensverhandlungen. 10 Bde. (daf. 1919—20). — Purlitz, F.:

Digitized by Google

Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles (Leipzig o. J.). — Schücking, L.: Kommentar zum Friedensvertrag von Versailles (Berlin 1920). — Lersner, Frhr. v.: Versailles! Volkskommentar des Friedensdiktats (das. 1921). — Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in St.-Germain-en-Laye. 2 Bde. (Wien 1919). — Der Trianon-Vertrag mit Ungarn (Budapest 1921). — Keynes, J. M.: The economic consequence of the peace (1919), deutsch von Bonn u. Brinkmann (München 1920). — Barth, E.: Aus der Werkstatt der Revolution (das. 1919). — Noske, G.: Von Kiel bis Kapp (das. 1920). — Maercker: Vom Kaiserheer zur Reichswehr (Leipzig 1921). — Scheidemann, Ph.: Der Zusammenbruch (Berlin 1921).

IV. Die geschichtliche Bedeutung des Atlantischen Ozeans (S. 297—311).

Schott, G.: Geographie des Atlantischen Ozeans (Hamburg 1912). — Kretschmer, K.: Die Entdeckung Amerikas in ihrer Bedeutung für die Geschichte der Weltbilder (mit Atlas; Berlin 1892). — Nordenskjöld, A. E.: Faksimile-Atlas (Stockholm 1889). — Periplus: An Essay on the early history of charts and sailing directions (das. 1897). — Wagner, H.: Die Rekonstruktion der Toscanelli-Karte (Nachr. der K. Ges. d. Wiss. zu Göttingen, phil.-hist. Kl. 1894; mit Tafeln). — Kohl: Ältere Geschichte der atlantischen Strömungen (Ztschr. f. allg. Erdk., N. F., XI, Berlin 1861). — Hassert, K.: Die Polarforschung. 2. Aufl. (Leipzig 1908). — Fricker: Antarktis (Berlin 1898). — Deutsche Seewarte: Atlas des Atlantischen Ozeans. 2. Aufl. (Hamburg 1902); Segelhandbuch, 3. Aufl. (das. 1910).

V. Die wirtschaftliche Ausdehnung Westeuropas seit den Kreuzzügen (S. 312—373).

1. Der Begriff „Westeuropa". 2. Der Levantehandel und die Ausdehnung des südeuropäischen Einflußgebietes (S. 312—315).

Depping, G. B.: Histoire du commerce entre le Levant et l'Europe depuis les croisades. I und II (Paris 1832). — Hertzberg, G. F.: Geschichte der Byzantiner (Unden, Allgemeine Geschichte II, 7; Berlin 1883). — Heyck, E.: Genua und seine Marine im Zeitalter der Kreuzzüge (Innsbruck 1886). — Heyd, W.: Geschichte des Levantehandels im Mittelalter. Bd. I und II (Stuttgart 1879); Histoire du commerce du Levant. Édition augmentée, trad. franc. par F. Reynaud. I und II (Leipzig 1885 u. 1886). — Hüllmann, D. F.: Geschichte des byzantinischen Handels (Frankfurt 1808). — Kiesselbach, W.: Der Gang des Welthandels (Stuttgart 1860). — Kremer, A. v.: Kulturgeschichte des Orients unter den Kalifen. Bd. I und II (Wien 1875 u. 1877). — Kretschmayr, H.: Geschichte von Venedig. Bd. I (Gotha 1905; bis 1205). — Mas-Latrie, Le de: Traités de paix et de commerce concernant les relations des chrétiens avec les Arabes de l'Afrique septentrionale au moyen-âge (Paris 1867). — Prutz, H.: Kulturgeschichte der Kreuzzüge (Berlin 1883). — Rey, G.: Les colonies françaises de Syrie (Paris 1888). — Schaube, A.: Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelalters (München 1906).

3. Der Kampf um die nordischen Meere bis zur Entstehung der deutschen Hanse (S. 315—316).

Bugge: Die Wikinger (deutsch. Halle 1906). — Dahlmann, F. C.: Geschichte von Dänemark. Bd. 1 (Hamburg 1840; bis 1360). — Geijer, E. G.: Geschichte von Schweden. Bd. 1 (das. 1832; bis 1520). — Dondorff: Die Normannen und ihre Bedeutung für das europäische Kulturleben im Mittelalter (Berlin 1875). — Hennig, R.: Zur Verkehrsgeschichte Ost- und Nordeuropas im 8. bis 12. Jahrhundert (Historische Zeitschrift, 115. Bd., 1915). — Müller, Conrad: Altgermanische Meeresherrschaft (Gotha 1914). — Vogel, W.: Zur nord- und westeuropäischen Seeschiffahrt im frühen Mittelalter (Hansische Geschichtsblätter 1907).

4. Die europäische Mittel- und Vermittelungszone (S. 317—320).

Ashley, W.: Englische Wirtschaftsgeschichte. Deutsch von R. Oppenheim (Leipzig 1896, 2 Bde.). — Bächtold, H.: Der norddeutsche Handel im 12. und beginnenden 13. Jahrhundert (Berlin u. Leipzig 1910). — Finot, J.: Relations commerciales entre la

Digitized by Google

France et la Flandre au moyen-âge (Paris 1895) — Jastrow, J.: Über Welthandelsstraßen in der Geschichte des Abendlandes (Berlin 1887). — Köberlin, A.: Der Obermain als Handelsstraße im späteren Mittelalter (Erlangen u. Leipzig 1899). — Nistor, J.: Die auswärtigen Handelsbeziehungen der Moldau im 14., 15. und 16. Jahrhundert (Gotha 1911). — Ochenkowski, W.: Englands wirtschaftliche Entwicklung im Ausgang des Mittelalters (Jena 1879). — Pigeonneau, H.: Histoire du commerce de la France. I und II (Paris 1887—89). — Pirenne, H.: Geschichte Belgiens. Bd. 1—3 (Gotha 1899—1907; bis 1567). — Priebatsch, F.: Der märkische Handel am Ausgange des Mittelalters (Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins, Heft 36. Berlin 1899). — Rogers, Th. W.: History of agriculture and prices. Bd. I—VI (Oxford 1866 bis 1888). — Schanz, G.: Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters. Bd. I und II (Leipzig 1881). — Schäfer, K. H.: Deutsche Ritter und Edelknechte in Italien während des 14. Jahrhunderts. 2 Bücher (Paderborn 1911); Der Geldkurs im 13. und 14. Jahrhundert. Kurstafeln und urkundliche Wertvergleiche des Florentiner Goldguldens zu den Edelmetallen und den wichtigsten europäischen Gold-, Silber- und Scheidemünzen (das. 1911; Sonderabdruck aus des Verfassers Schrift: Die Ausgaben der apostolischen Kammer unter Johann XXII.). — Schulte, A.: Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien. Bd. I und II (Leipzig 1900). — Sieveking, H.: Aus venetianischen Handlungsbüchern, ein Beitrag zur Geschichte des Großhandels im 15. Jahrhundert (Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 25. und 26. Jahrg., Leipzig 1901—02). — Simonsfeld, H.: Der Fondaco dei Tedeschi und die deutsch-venetianischen Handelsbeziehungen (Stuttgart 1887). — Steinhausen, G.: Der Kaufmann in der deutschen Vergangenheit (Leipzig 1899). — Tille, A.: Leipzig im Weltverkehr (Zukunft vom 9. Januar 1904). — Warnkönig, L. A.: Flandrische Reichs- und Rechtsgeschichte. 3 Bde. (Tübingen 1835). — Zwiedineck-Südenhorst, H. v.: Venedig als Weltmacht und Weltstadt. 2. Aufl. (Bielefeld 1906).

5. Die deutsche Hanse (S. 320—340).

Agats, A.: Der hansische Baienhandel (Heidelberg 1904). — Baasch, E.: Beiträge zur Geschichte des deutschen Seeschiffbaues und der Schiffbaupolitik (Hamburg 1899). — Barthold, H.: Geschichte der deutschen Hansa. Bd. I—III (Leipzig 1854). — Buck, W.: Der deutsche Kaufmann in Nowgorod bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Berliner Dissertation 1891). — Daenell, E. R.: Geschichte der deutschen Hansa im 14. Jahrhundert (Leipzig 1897); Die Blütezeit der Hansa. 2. Bde. (Berlin 1906). — Ehrenberg, R.: Hamburg und England im Zeitalter der Königin Elisabeth (Jena 1895). — Lappenberg, J. M.: Urkundliche Geschichte des deutschen Stahlhofes in London (Hamburg 1851). — Lindner, Th.: Die deutsche Hansa (Leipzig 1899). — Mollwo, C.: Das Handlungsbuch von Hermann und Johann Wittenborg (das. 1901). — Riesenkampff: Der deutsche Hof zu Nowgorod bis zu seiner Schließung im Jahre 1494 (Dorpat 1854). — Schäfer, D.: Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark (Jena 1879); Die Hansa und ihre Handelspolitik (das. 1885); Die Hansa (Bielefeld u. Leipzig 1903). — Schlüter, W.: Die Nowgoroder Schra in ihrer geschichtlichen Entwickelung vom 13. bis zum 17. Jahrhundert (Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft in Dorpat, Dorpat 1911). — Slafki, W. v.: Danziger Handel im 15. Jahrhundert, auf Grund eines im Danziger Stadtarchiv befindlichen Handlungsbuches geschildert (Leipziger Dissertation 1905). — Stieda, W.: Hansisch-venezianische Handelsbeziehungen (Rostock 1894); Aus der Revaler Handelsgeschichte (Beiträge zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands, 7. Bd., Reval 1910). — Waitz, G.: Lübeck unter Jürgen Wullenweber, 3 Bde. (Berlin 1855—56). — Wendt, O.: Lübecks Schiffs- und Warenverkehr 1368—1369 (Lübeck 1902). — Winckler, A.: Die deutsche Hansa in Rußland (Berlin 1886).

6. Westeuropa im Zeitalter der Entdeckungen (S. 340—350).

Below, G. v.: Das ältere deutsche Städtewesen. 2. Aufl. (Bielefeld 1905); Territorium und Stadt (Berlin 1900). — Borel, F.: Les foires de Genève au XV. siècle (Genf 1892). — Bouquelot, F.: Études sur les foires de la Champagne. I und II (Paris 1865). — Decandolle, A.: Der Ursprung der Kulturpflanzen (Leipzig 1884). — Ehrenberg, R.: Das Zeitalter der Fugger. I und II (Jena 1896); Große Vermögen (das. 1902); Hamburger Handel und Handelspolitik im 16. Jahrhundert (Aus Hamburgs Vergangenheit, hrsg. von K. Koppmann, Hamburg u. Leipzig 1885). — Falke, J.: Geschichte des deutschen Handels. 2 Bde. (Leipzig 1859—60). — Götz, W.: Die Verkehrswege im Dienste des Welthandels (Stuttgart 1888). — Günther, S.: Das Zeitalter der Entdeckungen. 2. Aufl. (Leipzig 1905). — Häbler, K.: Die wirtschaftliche Blüte Spaniens im 16. Jahrhundert (Berlin 1884); Geschichte der Fuggerschen Handlung in Spanien (Weimar 1897);

Digitized by Google

Die überseeischen Unternehmungen der Welser (Leipzig 1903). — Hantzsch, V.: Deutsche Reisende des 16. Jahrhunderts (das. 1895). — Hahn, E.: Die Haustiere (das. 1896). — Hegel, K.: Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter. I und II (das. 1891). — Hehn, V.: Kulturpflanzen und Haustiere. 8. Aufl., hrsg. von O. Schrader, mit botanischen Beiträgen von A. Engler und F. Pax (Berlin 1911). — Höfler, C.: Betrachtungen über die Ursachen, welche im 16. und 17. Jahrhundert den Verfall des deutschen Handels herbeiführten (München 1842). — Hüllmann, K. D.: Das Städtewesen des Mittelalters. 4 Bde. (Bonn 1826—28). — Jastrow, J.: Die Volkszahl deutscher Städte zu Ende des Mittelalters (Berlin 1886). — Keutgen, F.: Untersuchungen über den Ursprung der deutschen Stadtverfassung (Leipzig 1895); Ämter und Zünfte (Jena 1903). — Kleinschmidt, A.: Augsburg, Nürnberg und ihre Handelsfürsten (Kassel 1881). — Kluckhohn, A.: Handelsgesellschaften im Reformationszeitalter (Aufsätze, dem Andenken G. Waitz' gewidmet; Hannover 1886). — Luschin von Ebengreuth, A.: Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte (München 1904). — Möllenberg, W.: Die Eroberung des Weltmarkts durch das mansfeldische Kupfer (Gotha 1911). — Ohmann, F.: Die Anfänge des Postwesens und die Taxis (Leipzig 1909). — Peschel, O.: Geschichte des Zeitalters der Entdeckungen. 2. Aufl. (Stuttgart 1877); Völkerkunde. 7. Aufl. (Leipzig 1897). — Ratzel, F.: Anthropogeographie. 2. Aufl. Bd. I (Stuttgart 1899). — Richter, W.: Kulturpflanzen (Wien 1890). — Roscher, W.: Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland (München 1874); Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkt. 3. Aufl. 2 Bde. (Leipzig 1878). — Schäfer, D.: Kolonialgeschichte. 3. Aufl. (Sammlung Göschen Nr. 156, das. 1910). — Schulte, A.: Die Fugger in Rom. 2 Bde. (Leipzig 1904). — Soetbeer, A.: Die Edelmetallproduktion seit der Entdeckung Amerikas (Gotha 1879); Literaturnachweis über Geld- und Münzwesen (Berlin 1892). — Sombart, W.: Der moderne Kapitalismus. 2 Bde. (Leipzig 1902). — Strieder, J.: Zur Genesis des modernen Kapitalismus (das. 1904). — Supan, A.: Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien (Gotha 1906). — Thimme, H.: Quellen zur Geschichte der italienischen Kaufmannschaft in Köln um die Wende des 16. Jahrhunderts (Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, 35. Heft, 1913). — Tille, A.: Zur Geschichte der Unternehmung (Studium Lipsiense, Ehrengabe Karl Lamprecht dargebracht. Berlin 1909). — Wiebe, G.: Zur Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts (Leipzig 1895). — Zimmermann, A.: Die europäischen Kolonien. Bd. I—V (Berlin 1896—1903).

7. Das Zeitalter des Merkantilsystems

(S. 350—362).

Adler, G.: Über die Epochen der deutschen Handwerkerpolitik (Jena 1903). — Adler, M.: Die Anfänge der merkantilistischen Gewerbepolitik in Österreich (Wien 1903). — Arasthantianz, A.: Die französische Getreidehandelspolitik bis 1789 (Leipzig 1882). — Beck, L.: Geschichte des Eisens. 5 Bde. (Braunschweig 1884—1903). — Beer, A.: Die handelspolitischen Beziehungen Österreichs zu den deutschen Staaten (Wien 1893); Die österreichische Handelspolitik unter Maria Theresia und Joseph II. (Wien 1898). — Berdrow, W.: Buch der Erfindungen (Leipzig 1901). — Bidermann, H. J.: Über den Merkantilismus (Innsbruck 1870). — Biedermann, K.: Deutschlands politische, materielle und soziale Zustände im 18. Jahrhundert. 4 Bde. (Leipzig 1854—80). — Bonassieux, P.: Les grandes compagnies de commerce (Paris 1892). — Bujatti, F.: Die Geschichte der Seidenindustrie Österreichs (Wien 1893). — Chailley-Bert, J.: Les compagnies de colonisation sous l'ancien régime (Paris 1898). — Clément, P.: Histoire de la vie et de l'administration de Colbert. 2 Bde. (das. 1874); Histoire du système protectionniste en France depuis le ministère de Colbert jusqu'à la revolution de 1848 (das. 1854). — Corbett, J. S.: England in the mediteranean 1603—1713. 2 Bde. (London 1904). — Cunningham, W.: The growth of english industry and commerce. 2. Aufl. 2 Bde. (das. 1890—91). — Darmstädter, L.: Handbuch zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik. 2. Aufl. (Berlin 1908). — Dietz, A.: Frankfurter Handelsgeschichte. 1. Bd. (Frankfurt a. M. 1910). — Dullinger, J.: Die Handelskompanie Österreichs nach dem Orient (Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Bd. 7. Weimar 1899). — Ehrenberg, R.: Das königliche Kommerzkollegium in Altona (Altona 1892). — Fechner, H.: Die handelspolitischen Beziehungen Preußens zu Österreich 1741—1806 (Berlin 1886); Wirtschaftsgeschichte der Provinz Schlesien 1741—1806 (Breslau 1907). — Gothein, E.: Rheinische Zollkongresse und Handelsprojekte am Ende des 17. Jahrhunderts (Meuissen-Festschrift, dargebracht von dem Archiv der Stadt Köln. Köln 1895). — Grotius, H.: Mare libernm (Leiden 1633). — Halle, E. v.: Die Seemacht in der deutschen Geschichte (Sammlung Göschen Nr. 370, Leipzig 1907). — Hallwich, H.: Anfänge der Großindustrie in Österreich (Wien 1898). — Hatschek, H.:

Digitized by Google

Das Manufakturhaus auf dem Tabor in Wien (Leipzig 1886). — Hecht, G. H.: Colberts politische und volkswirtschaftliche Grundanschauungen (Freiburg 1898). — Held, A.: Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands (Leipzig 1881). — Japikse, N.: Johann de Witt, der Hüter des freien Meeres, deutsch von W. Heggen (daf. 1917). — Klerk de Reuß, G. C.: Geschichtlicher Überblick der Entwicklung der niederländisch-ostindischen Kompagnie (Batavia 1894). — Koser, R.: König Friedrich der Große. 2 Bde. (Leipzig 1890—1903). — Langenbeck, W.: Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung vom 17. Jahrhundert bis auf unsere Tage. 2. Aufl. (Aus Natur und Geisteswelt Nr. 174, Leipzig u. Berlin 1913). — Levasseur, E.: Histoire des classes ouvrières avant 1789. 2. Aufl. 2 Bde. (Paris 1900). — Mahan, A. J.: Über den Einfluß der Seemacht auf die Geschichte. Deutsch. 2 Bde. (Berlin 1899). — Marcks, E.: Deutschland und England in den großen europäischen Krisen seit der Reformation. 2. Aufl. (Stuttgart 1900). — Matschoß, K.: Geschichte der Dampfmaschine (Berlin 1901); Entwicklung der Dampfmaschine (daf. 1908). — Mayer, F. M.: Die Anfänge des Handels in Österreich (Innsbruck 1882). — Muyden, G. van, und Frauberger, H.: Die Erfindungen der neuesten Zeit (Leipzig 1883). — Naudé, W.: Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten vom 13. bis 18. Jahrhundert (Berlin 1896). — Noël, O.: Histoire du commerce du monde. 2 Bde. (Paris 1892—94). — Osgood, H. L.: The American Colonies in the XVII. century (New York 1904). — Pribram, R.: Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik. 1. Bd. (Leipzig 1907); Das böhmische Kommerzcollegium (Prag 1898). — Radics, P. v.: Kaiser Karl VI. als Staats- und Volkswirt (Innsbruck 1886). — Rees, O. v.: Ursprung und Charakter der niederländischen Handels- und Gewerbepolitik im 17. Jahrhundert (Leipzig 1865). — Ring, W.: Asiatische Handelskompanien Friedrichs des Großen (Berlin 1890). — Rogers, J. Th.: The economic interpretation of history (London 1888); The industrial and commercial history of England (daf. 1892). — Schebek, E.: Böhmens Glasindustrie und Glashandel (Prag 1878). — Scherzer, K.: Weltindustrien (Stuttgart 1880). — Schmoller, G.: Die englische Handelspolitik im 17. und 18. Jahrhundert (Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 23. Jahrg., Leipzig 1899). — Schück, R.: Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern. 2 Bde. (Berlin 1889). — Schulze-Gävernitz, G. v.: Der Großbetrieb (Leipzig 1892). — Seely, J. R.: The expansion of England (London 1883). — Seldenius, J.: Mare clausum seu de dominio maris (Leiden 1636). — Srbik, H. Ritter v.: Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia (Wien u. Leipzig 1907). — Stadelmann, R.: Preußens Könige in ihrer Tätigkeit für die Landeskultur. 3 Bde. (Leipzig 1878—85). — Tschierschky, S.: Die Wirtschaftspolitik des schlesischen Kommerzkollegs 1716—1740 (Gotha 1902). — Ulbricht, E., und Rosenhagen, G.: Weltmacht und Nationalstaat, eine politische Geschichte der neueren Zeit von 1500—1815 (Leipzig 1910). — Zimmermann, A.: Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien (Breslau 1885).

8. Auf dem Wege zur Weltwirtschaft (S. 262—273).

Andrews, A.: The history of British Journalism (London 1859). — Andree: Geographie des Welthandels. 3 Bde. (Stuttgart 1877—79). — Anton, G. K.: Die Entwicklung des französischen Kolonialreichs (Dresden 1897). — Ballod, K.: Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen (Leipzig 1900). — Banning, E.: Die politische Teilung Afrikas. Deutsch von A. Pfungst (Berlin 1890). — Beer, A.: Die Finanzen Österreichs im 19. Jahrhundert (Prag 1877); Die österreichische Handelspolitik im 19. Jahrhundert (Wien 1891). — Biermer, M.: Die deutsche Handelspolitik im 19. Jahrhundert (Greifswald 1900). — Borght, R. van der: Das Verkehrswesen (Leipzig 1894). — Bratassevich, E.: Der wirtschaftliche Verkehr der Gegenwart (Wien 1891). — Brentano, L.: Die klassische Nationalökonomie (Leipzig 1888). — Buchenberger, A.: Agrarwesen. 2 Bde. (daf. 1892—93). — Burckhardt-Bischoff, A.: Die lateinische Münzkonvention (Basel 1886). — Busch, E.: Ursprung und Wesen der wirtschaftlichen Krisis (Leipzig 1892). — Busching, R.: Die Entwicklung der handelspolitischen Beziehungen zwischen England und seinen Kolonien bis 1860 (Stuttgart 1902). — Calwer, R.: Die Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert (Berlin 1901). — Courtois, A.: Histoire des banques en France (Paris 1881); Histoire de la banque de France (daf. 1881). — Damaschke, A.: Geschichte der Nationalökonomie (Jena 1904). — Dove, K.: Wirtschaftliche Landeskunde der deutschen Schutzgebiete (Leipzig 1902). — Engel, Österreich-Ungarn im Welthandel (Wien 1902). — Fitger, E.: Die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Seeschiffahrt (Leipzig 1902). — Fournier, A.: Napoleon I. 3 Bde. 2. Aufl. (Prag u. Leipzig 1904 bis 1906). — Franke, B.: Der Ausbau des heutigen Schutzzollsystems in Frankreich (Leipzig 1903). — Fried, A. H.: Das internationale Leben der Gegenwart (Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 226,

Digitized by Google

Leipzig 1908). — Fuchs, J. C.: Der Untergang des Bauernstandes und das Aufkommen der Gutsherrschaften (Straßburg 1888); Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien (Leipzig 1903). — Goltz, Th. Frhr. von der: Geschichte der deutschen Landwirtschaft. 2 Bde. (Stuttgart 1902—03); Agrarwesen und Agrarpolitik (Jena 1904). — Grunzel, J.: Handbuch der internationalen Handelspolitik (Wien 1898); System der Handelspolitik (Leipzig 1901). — Hagen, K.: Die erste deutsche Eisenbahn (Nürnberg 1886). — Hahn, E.: Die Wirtschaft der Welt am Ausgange des 19. Jahrhunderts (Heidelberg 1900). — Helfferich, K.: Die Reform des deutschen Geldwesens. 2 Bde. (Leipzig 1898). — Hoffmann, P. G.: Die Abschaffung der Getreidezölle in England (Berlin 1904). — Höniger, R.: Die Kontinentalsperre und ihre Einwirkungen auf Deutschland (Berlin 1905). — Huber, F. K.: Die geschichtliche Entwicklung des modernen Verkehrs (Tübingen 1893). — Hudson, F.: Journalism in the United States (New York 1873). — Hyndman, H. M.: Commercial crises of the XIXth century (London 1892). — Jung, J.: Entwicklung des deutschen Post- und Telegraphenwesens in den letzten 25 Jahren (Berlin 1893). — Kaufmann, R. v.: Die Eisenbahnpolitik Frankreichs. 2 Bde. (Stuttgart 1896); Geschichte der Eisenbahnen der österreichisch-ungarischen Monarchie. 5 Bde. (Wien 1897—99). — Kieffelbach, W.: Die Kontinentalsperre (Stuttgart 1850). — Knapp, G. F.: Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter (Leipzig 1887); Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit (daf. 1891); Grundherrschaft und Rittergut (daf. 1897). — König, E. Ph.: Die Lage der englischen Landwirtschaft (Jena 1896). — Koschitzky, M. v.: Deutsche Kolonialgeschichte. 2 Bde. (Leipzig 1887—88). — Krahmer, G.: Rußland in Asien. 7 Bde. (daf. 1889—1904). — Krökel, C.: Das preußisch-deutsche Zollsystem seit 1818 (Jena 1881). — Kupka, K. F.: Die Eisenbahnen Österreich-Ungarns (Leipzig 1888). — Lehr, J.: Schutzzoll und Freihandel (Berlin 1877). — Leris, W.: Physiokratisches System (Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Bd. 6, Jena 1910, S. 1038 ff.). — Lotz, W.: Die Ideen der deutschen Handelspolitik 1860—1891 (Leipzig 1892); Die Handelspolitik des Deutschen Reichs unter Graf Caprivi und Fürst Hohenlohe (daf. 1901). — Marcks, E.: Die imperialistische Idee in der Gegenwart (Dresden 1903). — Mathaei, F.: Der auswärtige Handel Rußlands (St. Petersburg 1874); Die wirtschaftlichen Hilfsquellen Rußlands. 2 Bde. (Dresden 1883 bis 1884). — Oechelhäuser, A.: Die wirtschaftliche Krisis (Berlin 1876). — Oldenberg, K.: Deutschland als Industriestaat (Göttingen 1897). — Peez, A.: Die österreichische Handelspolitik (Leipzig 1892). — Peters, M.: Die Entwicklung der deutschen Reederei. 2 Bde. (Jena 1899—1904). — Philippovich, E. v.: Die Bank von England (Wien 1885). — Pohle, L.: Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert (Leipzig 1904). — Rawson, R. W.: The trade of the British empire 1851—1888 (London 1889). — Reitzenstein, J. F. v.: Agrarische Zustände in Frankreich (Leipzig 1884). — Resch, K.: Die Entwicklungsstufen der Volkswirtschaft (Graz 1886). — Rießer, J.: Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken (Jena 1903). — Rode, P.: Das Kontinentalsystem und dessen Einwirkung auf die französische Industrie (Leipziger Dissertation, Naumburg a. S. 1894). — Salomon, L.: Geschichte des deutschen Zeitungswesens. 3 Bde. (Oldenburg 1900—06); Allgemeine Geschichte des Zeitungswesens (Leipzig 1907). — Sartorius von Waltershausen, G. F.: Deutschland und die Handelspolitik der Vereinigten Staaten (Berlin 1898); Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten (daf. 1900). — Schäfer, D.: Weltgeschichte der Neuzeit. 2 Bde. 7. Aufl. (daf. 1917). — Schmeidler, W. F. C.: Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens (Leipzig 1871). — Schröter, C.: Der Weltpostverein (Bern 1900). — Schulze-Gävernitz, G. v.: Britischer Imperialismus (Leipzig 1906). — Soetbeer, A.: Deutsche Münzverfassung (Erlangen 1874—81); Das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber (Gotha 1887). — Sombart, W.: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert (Berlin 1903). — Sonnborfer, K.: Technik des Welthandels. 2. Aufl. (Wien 1899). — Stephan, H.: Geschichte der preußischen Post (Berlin 1859). — Stürmer, G.: Geschichte der Eisenbahnen. 2 Tle. (Bromberg 1872—76). — Sugenheim, S.: Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft (St. Petersburg 1861). — Supino, D.: Storia della circulazione bancaria in Italia 1860 bis 1894 (Turin 1895). — Tugan-Baranowsky, M.: Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England (Jena 1900). — Vocke, W.: Geschichte der Steuern des britischen Reiches (Leipzig 1866). — Vogel, M.: Das britische Kolonialreich (Berlin 1886). — Wirth, M.: Handbuch des Bankwesens. 3. Aufl. (Köln 1883). — Weber, W.: Der deutsche Zollverein (Leipzig 1872). — Wittschewsky, W.: Die Zoll- und Handelspolitik Rußlands (Leipzig 1892). — Wolowsky, L.: La liberté commerciale (Paris 1869). — Zenker, E. V.: Geschichte der Journalistik in Österreich (Wien 1909).

Digitized by Google

VI. Das abendländische Christentum und seine Missionstätigkeit seit der Reformation (S. 374—432).

1. Die Spaltung der Kirche in Konfessionskirchen.

Bibliographie der Lutherliteratur des Jahres 1883 (Frankfurt a. M. 1887). — Köstlin, J.: Martin Luther. 2 Bde. 5. Aufl. von G. Kawerau (Berlin 1903). — Kolde, Th.: Martin Luther. 2 Bde. (Gotha 1884, 1889). — Hausrath, A.: Luthers Leben. 2 Bde. (Berlin 1904). — Walther, W.: Für Luther wider Rom. Handbuch der Apologetik Luthers (Halle 1906); Zur Wertung der deutschen Reformation (Leipzig 1909). — Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte, bisher 132 Hefte (Halle 1883 ff.). — Troeltsch, E.: Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt (München 1906) — Loofs, Fr.: Luthers Stellung zum Mittelalter und zur Neuzeit (Halle 1907). — Barge, H.: Andreas Bodenstein v. Karlstadt. 2 Bde. (Leipzig 1905). — Müller, K.: Luther und Karlstadt (Tübingen 1907). — Baumann, F. L.: Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges (das. 1876). — Lezius, Fr.: Zur Charakteristik des religiösen Standpunktes des Erasmus (Gütersloh 1895). — Rieker, R.: Die rechtliche Stellung der evangelischen Kirche Deutschlands in ihrer geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart (Leipzig 1893).

Sarpi, P.: Istoria del concilio Tridentino. Deutsch von F. F. Rambach. 6 Bde. (Halle 1761). — Pallavicini, Sf.: Istoria del concilio di Tridento. 2 Bde. Deutsch (Augsburg 1836). — Gothein, E.: Ignatius von Loyola und der Aufbau der Gesellschaft Jesu (Halle 1885); Ignatius von Loyola und die Gegenreformation (das. 1895). — Döllinger, J. v., und Reusch, Fr. H.: Geschichte der Moralstreitigkeiten in der römisch-katholischen Kirche. 2 Bde. (Nördlingen 1888). — Ritter, M.: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des 30jährigen Krieges. 3 Bde. (Stuttgart 1900 f.). — Soldan, W. G.: Geschichte des Protestantismus in Frankreich bis zum Tode Karls IX. 2 Bde (Leipzig 1855). — Bulletin historique et littéraire du Société de l'histoire du protestantisme français (Paris 1852 ff.). — Stähelin, R.: Huldreich Zwingli, sein Leben und Wirken nach den Quellen dargestellt. 2 Bde. (Basel 1894, 1897). — Lang, A.: Johannes Calvin (Leipzig 1909). — Müller, J. T.: Die symbolischen Bücher der evangelisch-lutherischen Kirche. Deutsch und lateinisch. 10. Aufl. (Gütersloh 1907). — Müller, K.: Die Bekenntnisschriften der reformierten Kirche (Leipzig 1903).

2. Die einseitige Ausbildung der religiösen Richtungen.

Ritschl, A.: Geschichte des Pietismus. 2 Bde. (Bonn 1884). — Sachße, F.: Ursprung und Wesen des Pietismus (Wiesbaden 1884). — Grünberg, P.: Philipp Jakob Spener. 2 Bde. (Göttingen 1893, 1905). — Hertzberg, G. F.: A. H. Francke und sein hallisches Waisenhaus (Halle 1898). — Tholuck, A.: Geschichte des Rationalismus. Bd. 1 (Berlin 1865). — Lecky, W.: Entstehungsgeschichte und Charakteristik des Methodismus, aus dem Englischen von F. Löwe (Heidelberg 1880). — Boswell, J. W.: A short history of Methodism (Nashville, Penn., 1900). — Tyerman, J.: The life and times of the Rev. John Wesley etc. 3 Bde. 4. Aufl. (London 1877).

Dreydorff, J. G.: Pascal, sein Leben und seine Kämpfe (Leipzig 1870). — Heppe, H.: Geschichte der quietistischen Mystik in der katholischen Kirche (Berlin 1875). — Schott, Th.: Die Aufhebung des Edikts von Nantes (Halle 1885). — Sander, F.: Die Hugenotten und das Edikt von Nantes (Breslau 1885).

3. Die Herrschaft des Freidenkertums.

Strauß, D.: Voltaire. 5. Aufl. (Bonn 1878). — Kreiten, W.: Voltaire, ein Charakterbild. 2. Aufl. (Freiburg 1885). — Werner: Geschichte der katholischen Theologie seit dem tridentinischen Konzil (Mainz 1866). — Hettner, H.: Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. 2. Teil: Die französische Literatur. 5. Aufl. von Morf (Braunschweig 1894).

Hecker, P.: Die religiöse Entwicklung Friedrichs d. Gr. (Leipzig 1865). — Rippold, F.: Religion und Kirchenpolitik Friedrichs d. Gr. (Berlin 1880). — Kahnis, K.: Der innere Gang des deutschen Protestantismus. 3. Aufl. (Leipzig 1874). — Frank, G.: Geschichte der protestantischen Theologie. 4 Bde. (Leipzig 1862 ff.). — Galland, J.: Die Fürstin Amalie von Gallitzin und ihre Freunde (Köln 1880).

4. Die Restauration und die neue Ausprägung der Gegensätze.

Ziegler, Th.: Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts. 3. Aufl. (Berlin 1910). — Seeberg, R.: Die Kirche Deutschlands im 19. Jahrhundert (Leipzig 1903). — Der Protestantismus am Ende des 19. Jahrhunderts in Wort

Digitized by Google

und Bild, hrsg. von Werkshagen. 2 Bde. (Berlin 1901). — Front, R. v.: Geschichte und Kritik der neueren Theologie. 4. Aufl. Bearb. von R. Grützmacher (Leipzig 1908). — Nippold, Fr.: Handbuch der neuesten Kirchengeschichte. 4 Bde. 3. Aufl. (Berlin 1892 ff.). — Wangemann, Th.: Die lutherische Kirche und ihr Verhältnis zur Una sancta. In 7 Büchern (das. 1883 f.). — Froböß, G.: Ed. Gust. Kellner (Elberfeld 1893).

Pfleiderer, R.: Pius IX., ein Lebensbild (Heilbronn 1878). — Friedrich, J.: Geschichte des vatikanischen Konzils. 3 Bde. (Bonn 1877—87). — Granderath, Th.: Geschichte des vatikanischen Konzils. Hrsg. von Kirch. 2 Bde. (Freiburg i. Br. 1903). — Walsh, W.: The secret history of the Oxford movement (London 1898). — Keußen, R.: J. H. Newmann (Bonn 1902).

Hahn, L.: Geschichte des „Kulturkampfes" in Preußen. In Aktenstücken dargestellt (Berlin 1881). — Biermann, H.: Geschichte des Kulturkampfes. 2. Aufl. (Leipzig 1886). — Schulte, J. F. v.: Der Altkatholizismus, Geschichte seiner Entwicklung in Deutschland (Gießen 1887). — Goetz, K. L.: Leo XIII. Seine Weltanschauung und seine Wirksamkeit quellenmäßig dargestellt (Gotha 1899). — Spahn, M.: Leo XIII. (München 1905). — Waal, A. de: Le pape Pie X. (Brüssel 1904). — Warneck, G.: Der evangelische Bund und seine Gegner (Gütersloh 1889).

Schäfer, Th.: Die innere Mission in Deutschland, eine Sammlung von Monographien, bisher 4 Bde. (Hamburg 1878 ff.); Geschichte der weiblichen Diakonie. 3 Bde. (das. 1878—82). — Warneck, G.: Abriß einer Geschichte der protestantischen Missionen. 10. Aufl. (Berlin 1913). — Gundert, H.: Die evangelische Mission, ihre Länder, Völker und Arbeiten. 3. Aufl. (Calw 1894). — Grundemann, R.: Neuer Missionsatlas. 46 Karten. 2. Aufl. (das. 1903).

Kolde, Th.: Der Katholizismus und das 20. Jahrhundert (Leipzig 1903); Die Heilsarmee, nach eigener Anschauung und nach ihren Schriften. 2. Aufl. (das. 1899). — Walther, W.: Die Gemeinschaftsbewegung der Gegenwart (das. 1900). — Fleisch, P.: Die moderne Gemeinschaftsbewegung in Deutschland. 2. Aufl. (das. 1907).

Digitized by Google

Register.

Hauptstellen in längeren Zahlenreihen sind fett gedruckt.

Aa, Schlacht (1917) 254.
Aachen, Friede (1748) 358.
Aalandsinseln 220. 273.
Abbas II. Hilmi, Khedive 173.
Abd ul-Hamid, Sultan 128.
Abeken, H. 66 ff.
Abessinien 107. 161. 367.
Achmed Fuad, Khedive (seit 1917) Abel 19. 23. [173.
Adler, F. 141.
Adolf, Herzog v. Nassau, Großh. v. Luxemburg 112.
— Prinz von Schaumburg 101.
— Friedrich, Herzog v. Mecklenburg 101.
Adrianopel 113.
Adua, Schlacht (1896) 107.
Aerschot, Überfall (1914) 231.
Afghanistan 127. 156. 172. 223. 265.
— Kriege (1878/79) 171 f.
Afrika 110. 340.
— Mission 417. 437.
Agadir 129. 200.
Agricola, Cn. Julius 300.
Ägypten 106. 125. 127. 154. 173. 215. 223. 267.
Ahrenthal, Baron 128.
Aisne, Schlacht (1914) 230.
Akkon 314.
Albanien 113. 134. 196. 203. 205. 256 ff.
Albert, Schlacht (1914) 230.
Albert, König von Belgien 111.
— Prinzgemahl von England 24. 151. 161.
— König von Sachsen 42. 55. 74. 98. 101.
Albrecht, Erzherzog von Österreich 44 f. 64.
— Prinz von Preußen, Regent v. Braunschweig 106.
— Herzog v. Württemberg 226 ff.
Aleppo 341.
Alexander, König von Griechenland 217.
— Kronprinz der Niederlande 112.
II., Zar von Rußland 16. 54 f. 113 f. 116 f.
— III., Zar von Rußland 106.
— 116. 118 ff.
— Kronprinz von Serbien 256.
Alexandria 173. 315. 341.
Alexios I. Komnenos, Kaiser 313.
Algeciras, Marokkokonferenz 127. 197 f.
Algier 341.
Alldeutscher Verband 119. 137.
Allgemeine ev.-luth. Konferenz 409.
Alma, Schlacht (1854) 161.
Alpenstraßen 319.
Alsen, Insel 32.
Altkatholizismus 90. 109. 411.
Amalfi 313.
Amboina, Insel 352.
Amerika, Bürgerkrieg 161.
— Entdeckung 297. 342.
— Mission 417.
Amerongen 139.
Amiens, Schlacht (1871) 80.
Amselfeld, Schlacht (1389) 206.
Amsterdam 336. 349 ff.
Anatolien 341.
Andrássy, Graf Julius (1823 bis 1890) 57. 115.
Anglikanische Kirche, s. England.
Angola 123.
Annexionskrise, s. Bosnien.
Anseestädte 339.
Ansiedlungskommission 98.
Anthoine, franz. General 239.
Anti-Cornlaw-League (1838) 157.
Antilia, sagenhafte Insel 301.
Antillen 301. 306. 309.
Anton, Prinz v. Hohenzollern 19. 23.
Antonelli, G., Kardinalstaatssekr. 15 f. 64.
Antwerpen (Antorf) 211. 226. 318. 333. 336 f. 339. 345. 350.
— Einnahme (1914) 231. 274.
Aosta, Herzog v. 261 ff.
Aquila, Prinz Ludwig Graf 12.
Arabien, Araber 267 f. 294. 302 f. 344.
Arbeiterklasse 176. 182 f.
Arbeiterpartei, englische 165.
Arbeiterschutzgesetze 179. 183.
Arbeitszeit 146. 170.
Ardschesch, Schlacht (1916) 260.
Argonnen, Schlacht (1914—18) 232.
Arladier, Partei 54. 62.
Arkwright, Sir R. 358.
Armada, spanische (1588) 338. 383.
Armellanal 274.
Armenien 114. 265. 294.
Armenpflege 150. 152.
Arndt, Joh., Generalsuperintendent 388.
Arrasschlachten (1916/17) 239. 262.
Arsiero, Einnahme (1916) 142.
Arz 259.
Aschaffenburg, Gefecht (1866) 45.
Aschanti 167.
Aschantikrieg (1874) 167.
Asiago, Einnahme (1916) 262 f.
Asien, Mission 418 f.
Asientovertrag 358.
Aspromonte, Gefecht (1862) 16.
Asquith 130. 135. 142 f. 178. 197.
Assab 107. [199.
Assignaten 364.
Asti 321.
Atlantische Kultur 342.
Atlantischer Ozean 297 ff. 342.
Atlantis-Sage 300 f.
Atschin 112.
Auersperg, Fürst Adolf 101.
— Fürst Carlos 59.
Auffenberg 246. 248.
Aufklärung 362 f. 399 f. 404.
Augsburg 319. 345.
— Konfession 386.
— Reichstag (1530) 379.
— Religionsfriede (1555) 379. 384.
August, Prinz v. Württemberg 41.
Augustenburg, Fürstenhaus 30 ff.
Auguste Viktoria, Kaiserin 51. 91.
Aurelle de Paladines, d', General 79.
Aushungerung Deutschlands 284 ff.
Australien 149. 156 f. 162. 169 ff. 176. 186. 194. 296. 352.
— Mission 420.
Auswanderung 309. 366.
Awlona (Valona) 214. 258.

Bach, Joh. Seb. 389.
Baden 47. 52. 55. 57. 62. 99.
Badeni, Graf, österr. Min.-Präs. 102.

Digitized by Google

Bagdad, Einnahme (1917) 266.
Bagdadbahn 127. 188. 196. 199f.
Baienfahrten 333.
Bajuli 314.
Balduin v. Flandern, latein. Kaiser 314.
Balfour 142.
Bali, Insel 112.
Balkankriege 131f. 201.
Balkankrise 201.
Banat 295.
Banknoten 357. 370.
Bankrestriktion 364.
Bank von England 357. 370.
Bankwesen 357. 370.
Bannmeile 348.
Bapaume, Schlacht (1871) 80.
— — (1914) 230.
Baralong-Fall 289.
Baranowitschi, Schlacht (1916) 254.
Barbareskenstaaten 347.
Bardo-Vertrag (1881) 117.
Barjatinski, russ. General 113.
Barmherzige Schwestern 380. 382.
Barrère, franz. Botschafter 126.
Barrièrevertrag (1713) 211.
Bar-sur-Aube 317.
Bartholomäusnacht 382.
Basel 319.
Batavia 352.
Batum 115.
Bauernbefreiung 371.
Bauernkrieg 377.
Baumwolle 343. 351. 359.
Bayern 35f. 38. 47. 52. 54f. 65. 82. 98. 380. 384.
Bayle, Pierre 393.
Bayonne 356.
Bazaine, franz. Marschall 53. 73. 78.
Beatty, Admiral 276.
Beaugency, Schlacht (1870) 79.
Beaumont, Schlacht (1870) 74.
Bebel, Sozialist 51. 92.
Belcredi, Graf R. 34. 58.
Belfort 83f. 227.
Belgien 5. 35. 46. 52. 61f. 70f. 109ff. 130. 135f. 145. 161. 174. 197. 205. 211f. 221. 223. 274. 292.
Belgrad, Einnahme (1914) 214. 256. (1915) 256.
Belluno, Schlacht (1917) 263.
Below, O. v. 263.
Benedek, L. v., Feldmarschall 39ff.
Benedetti, Graf V. 10. 45. 47. 69.
Benedikt XV. 292.
Bengalen 172.
Bennigsen, R. v. 19. 97.
Bentham, Jer. 149.
Bentinck, Graf 139.
Berchtold, Graf 114. 206f. 210. 214.
Bergen 324. 328. 331.
Berlin 362.
Berlin-Bagdad 128.
Berliner Kongreß 115f. 194.
Bernhard, Herzog von Meiningen 50.
Bernstein 300.
Bernstorff, Graf A. v., Minister 24.
— — Botschafter 195f.
Besançon 349.
Beseler, General 231. 252.
Beßarabien 114.
Bethmann Hollweg, Th. v., Reichskanzler 85. 130. 133ff. 199. 206.
Beust, F. Frh. v. 14. 53f. 57ff. 62. 70.
Bevölkerungsvermehrung 366.
Biarritz 34.
Bibelübersetzung 378f.
Biegeleben, Frh. L. v. 33. 35.
Bilderstürmer 377.
Bismarck, O. v. 16ff. 23ff. 85f. 90f. 96. 112f. 118f. 139. 222. 373. 410ff.
Bismarckarchipel 94.
Björko-Vertrag (1905) 126. 196.
Blake 354.
Blockade 137.
Blonie, Schlacht (1914) 248.
Blumenau, Gefecht (1866) 46.
Blumenthal, L. v., General 41. 43. 80.
Böhmen 59.
Böhm-Ermolli 248. 250.
Bölcke, Hauptmann 233.
Boleyn, Anna 383.
Bolingbroke, H. St. John Viscount 392.
Bolivien 222.
Bolschewismus 278. 296.
Bonar Law 142. 212.
Bonin, E. v., General 20. 43f.
Booth, Bill. 421.
Bordeaux 79. 84. 141. 228.
Boris Godunoff, Zar 334.
Bornholm 327.
Bornhöved, Schlacht (1227) 325.
Boroevic, Feldmarschall 248. 250. 261ff.
Borries, Graf, hannov. Min. 27.
Börsenwesen 349. 352f.
Bosco, neapolitan. General 2.
Boselli, ital. Min.-Präs. 142. 264.
Bosnien 101. 114ff. 128f.
— Annexion (1908) 198.
Bosporus 79.
Botha, Louis 169.
Boulanger, frz. General 104. 118.
Bourbaki 79. 83.
Bourbonischer Familienpakt (1761) 361.
Boxeraufstand 94.
Braila, Einnahme (1917) 260.
Brandanus 301.
Brandenburg, Kurfürstentum 387.
— Markgrafschaft 139. 327.
Branting 220.
Brasil, sagenh. Insel 301.
Brasilien 145. 222. 301. 304. 306. 352.
Bratianu 216.
Braunschweig 326. 339.
— Herzogtum 100. 427.
Bray-Steinburg, Graf O. 65. 82.
Breda, Friede (1667) 355.
Bredow, v., General 73.
Bremen 87. 326. 339.
Breslau 319f.
Brest Litovsk, Friede (1918) 138. 223. 248. 251. 255. 273. 280. 292.
— Schlacht (1915) 252.
Briand 141.
Brie, Grafschaft 317. 320.
— Schlacht (1870) 79.
Britannien 317.
Britisch-Ostafrika 167.
Brockdorff-Rantzau 294.
Brönsse, Bürgerm. v. Lübeck 335.
Brügge 318f. 324. 332—36. 349.
— Einnahme (1914) 231.
Brüssel 84. 226.
— Finanzkonferenz 295.
— Zuckerkonferenz (1902) 184.
Brussiloff, russ. General 236. 253f. 262.
Bryan, amerikan. Staatssekr. 289.
Brzezinyi, Schlacht (1914) 249.
Bucher, Lothar 66.
Bukarest, Friede (1913) 114. 203. 216.
— — (1918) 223. 260. 292.
Bukowina 245. 249. 251.
Bulgarien 115. 131f. 198. 202f. 216. 223. 256f.
Bülow, Fürst B. v. 85. 87. 124. 128. 196f. 214.
— Karl v., Feldmarschall 226ff.
Bund der Landwirte 86. 120.
Buol-Schauenstein, Graf 28.
Buren 121. 162. 167f.
Burenaufstand (1914/15) 370.
Burenkrieg 123.
Bürgerliches Gesetzbuch (1900) 86.
Burgund, Herzogtum 332.
Burian, Baron 214.
Burma 173.
Burns, engl. Arbeitsmin. 135. 212.
Busch, Moritz 81.
Byron 149.
Byzantinisches Reich 312f.

Cadorna, Graf L. 261ff.
Caillaux, franz. Staatsmann 130. 141. 200. 204.
Calais 332.
Calvinismus 384f.
Cambon, Jules 129. 204. 209.
— Paul 134. 212.
Cambrai, Tankschlacht (1917) 241.
Camisarden 394.
Campbell-Bannermann, engl. Premiermin. 197.
Camp des Romains, Einnahme (1914) 230.
Camphausen, O., preuß. Min. 56.
Canning, George 154.

Digitized by Google

Caprera, Eiland 14.
Caprivi, Graf, Reichskanzler 85 f. 88. 91. 119.
Caprivizipfel 119.
Carbonari, Geheimbund 3 f.
Carnot, franz. Präsident 104.
Carson, Sir Edw. 178.
Cartagena, Vereinbarungen (1907 u. 1913) 198. 205.
Cäsar 300.
Casement, Sir Roger 142 f. 178. 219.
Casimir-Périer, Präsident von Frankreich 104.
Castelfidardo, Schlacht (1860) 13 f.
Castelnau 226. 232.
Castro, Präs. v. Venezuela 93.
Cattaro 280.
Cavendish, Sir Th. 305.
Cavour, Graf C. 4 ff. 106.
Cecil, engl. Staatsmann 337.
Celebes 352.
Cerna, Schlacht (1916/17) 258.
Ceylon 352.
Chamberlain, Josef 123. 127. 175. 185 f. 193.
Champagnemessen 317. 320. 349.
Champagneschlachten (1914/15) 232 f.
Champigny, Schlacht (1870) 79.
Chanzy, franz. General 79.
Charlotte, Kaiserin v. Mexiko 53.
Chartered Company 169.
Chassepotgewehr 61.
Chemin des dames, Schlacht (1917) 239.
Chile 286.
China 94 f. 105. 124. 127. 154. 161. 173. 199. 221. 314. 366 f. 382.
— Mission 419. 431.
Chinesisch-japan. Krieg (1894) 195.
Christentum 374 ff.
Christian, Herzog von Augustenburg 30.
— I. von Dänemark 331.
— II. von Dänemark (1513—22) 335.
— III. von Dänemark 335.
— IV. von Dänemark 335. 339.
— VIII. von Dänemark 31.
Christine, Königin von Schweden 393.
Christlich-soziale Arbeiterpartei 413.
Churchill 201. 279.
Clam-Gallas, Graf 39 f. 42.
Clam-Martinitz, Graf 141.
Claudius, M. 402.
Clemenceau 141. 294.
Clemens VIII. 380.
— XIII. 397.
— XIV. 397. 403.
Cobden, R. 157. 161.
Cobdenvertrag (1860) 372.
Codex juris canonici 430.
Coeur, Jacques 345.
Colbert, Jean B. 355.
Col di Lana (Buchenstein) 261.
Colombey, Schlacht (1870) 73.
Combes, franz. Min.-Präs. 105.
Compagnie van verre 351.
Compiègne 227.
— Schlacht (1918) 244.
— Waffenstillstand 292 f.
Conrad von Hötzendorff, General 246 ff. 263 f.
Copernikus 391.
Cork, irische Stadt 178.
Coronel, Seeschlacht (1914) 281.
Coštarica 222.
Coulmiers, Schlacht (1870) 79.
Cradock, Admiral 281.
Crailsheim, Graf v. 98.
Cranmer, Th., Erzbischof 383.
Craonne, Schlacht (1915) 232.
Crispi, Francesco 11. 107. 117.
Cromwell, Oliver 306. 352. 354. 386.
Cuba 222.
Cunardlinie 368.
Curtius, E., Archäolog 85.
Cusa, Alexander 16.
Custoza, Schlacht (1866) 44.
Czernin, Graf O. 240.

Dahome 106.
Dallwitz, v., Statthalter 100.
Dalwigk, Frh. v. 81.
Damaskus 315.
Dampfmaschine 93. 358.
Dampfschiffahrt 146. 309. 368.
Dandalo, Enrico 314.
Dänemark, Dänen 30 ff. 174. 205. 219 f. 272. 305. 308. 316. 324. 327. 335.
Danewark 32.
Dankl, österr. General 246 ff. 261.
Danzig 26. 33. 326. 332 f. 336. 339. 345. 353. 360.
Darboy, Erzbischof 104.
Dardanellen 79. 127. 202.
— Kämpfe (1915/16) 268 f. 279.
Darlehnsgeschäft 321.
Daru, Graf N. 63.
Darwin 154 f. 409. 417.
Deák, F. 29. 57. 103.
Decazes, Herzog v., franz. Min. 114.
Deismus 392.
Delbrück, Hans 242.
— Rudolf 81. 96.
Delcassé 106. 125 ff. 141. 172. 196 f. 204.
De Meza, dän. General 32.
Demokratie 165. 222.
Derby, Lord 142.
Dernburg 286.
Descartes, R. 392.
Dessau 400.
Deutsch-dänischer Krieg (1864) 32.
Deutsche Kolonien 167.
Deutscher Bund 18 ff. 45.
Deutsche Revolution 424 ff.
Deutscher Krieg (1866) 38 ff.
Deutscher Ritterorden 329 f. 333.
— Zollverein 161.
Deutsches Reich 85 ff. 136 ff. 172. 174 f. 182. 189 ff. 422 ff. 429 ff.
Deutsche Sprache 102.
Deutsch-französischer Krieg (1870/71) 64 ff. 71 ff.
Deutsch-französischer Marokkovertrag (1911) 200.
Deutschfreisinnige Partei 93.
Deutschkatholische Kirche 399. 407 f.
Deutschkonservative Partei 91.
Deutschland 1 f. 308 ff. 360 ff.
Deutsch-Neuguinea 269.
Deutsch-Ostafrika 94. 119. 270 f.
Deutsch-Samoa 269.
Deutsch-Somaliland 119.
Deutsch-Südwestafrika 94. 119. 270. 418.
Deventer 326.
Diaz, ital. General 264.
Dijon, Kämpfe (1870/71) 80. 83.
Dilke, Sir Ch. 165.
Dimitrieff, R. 250. 254.
Dinant 226. 231.
Disraeli, B., Graf v. Beaconsfield 157. 160.
Doberdò, Kämpfe (1915) 261 f.
Dobrudscha 259 f. 280. 292.
Dodekanesos 202.
Doggerbank, Schlacht (1915) 276.
Dohna-Schlodien, Graf zu 283.
Doiransee, Schlacht (1916) 258.
Döllinger, J. J. 407. 411.
Dolmen 297.
dominium maris baltici 273. 325. 330.
dominus ac redemptor noster, Breve 397.
Dordrecht, Synode 386.
Dorpat 326. 333.
— Einnahme (1918) 273.
Dortmund 325.
Douaumont 234 f.
Downs, Seeschlacht (1639) 305.
Dragonaden 394.
Drake, F. 305. 338. 351.
Dreadnoughts 198.
Dreibund 107. 115 ff. 124.
Dreikaiserbündnis (1872) 113. 118. 194.
Dreißigjähriger Krieg 339. 360. 387.
Dreyfuß, A. 105.
Dritter Stand 364.
Droste zu Fischering, Frh. v., Erzb. 403.
Dronyn de l'Huys, österr. Min. 44. 47.
Druſus 300.
Dryswiatyjee, Schlacht (1916) 253.
Dschemal Pascha 267.
Duala 270.
Dubail, General 226. 232.
Dublin 160.
Dubno, Schlacht (1915) 253.
Ducrot, General 79.

Digitized by Google

Dufour, belg. General 231.
Dunajec. Schlacht (1914) 249.
Dunin, M. v., Erzb. 404.
Dünkirchen 354.
Düppeler Schanzen (1864) 32.
Durazzo, Schlacht (1916) 258.
Duruy, V., franz. Min. 60.
Duschan, serb. König (1331—55) 128.

Ebert, Fritz 140. 430.
Ect 378.
Eckartstein, Frh. v. 124. 195.
Ecuador 222.
Ecurie, Labyrinth (1915) 232.
Edelmetalle 343.
Eden-Vertrag (1787) 360.
Edward VI. von England 383.
— VII. von England (1901—10) 106. 125. 127 f. 130. 152. 196. 198 ff. 332.
Effektenmarkt 352.
Eichhorn, Feldmarschall 252.
Eiderdänen 30.
Einem, v., General 230.
Einbegungen 353.
Einungen 325. 330.
Eisenbahnen 96 f. 146. 368.
Elbing 326.
Elisabeth, Königin von England 337 f. 353. 383. 386.
— Königin von Preußen 29.
— Kaiserin von Österreich 58.
Elsaß-Lothringen 47. 75. 99 f. 106. 112. 117. 123. 140. 292 f.
Emden, Kreuzer 282.
— Stadt 337 f.
Emma, Königin der Niederlande 112.
Empfängnis, unbefleckte 406.
Emser Depesche 67 f.
— Punktation 399.
Engels (1820—95) 92.
England 9. 12. 17. 32. 49. 70. 74. 78 f. 106. 117 ff. 142 ff. 299. 304 ff. 317. 320 ff. 328 f. 331. 336 f. 353 ff. 365 ff. 383. 386 f. 392.
— Flotte 179 f.
— geographische Lage 187 f.
— Heer 180.
— Kirche 386 f. 392. 408. 431.
— Sprache 187.
— Volkscharakter 163 f.
Engl.-amerikanischer Krieg (1812 bis 1814) 147.
Englisch-ostafrikan. Gesellsch. 167.
Englisch-ostind. Kompanie 306 f. 353. 359.
Entdeckungen, Zeitalter der 340 ff.
Entente cordiale (1904) 106. 125. 196.
Enver Pascha 131. 223.
Enzyklopädisten 396.
Epinal 228.
Erasmus von Rotterdam, Desiderius 377.
Erfurter Programm (1891) 93. 422.
Erich VI. Menved von Dänemark 327.
— VII. von Pommern 331.
— XIV. von Schweden 330. 335.
Eritrea 107. 367.
Ernst, Fürst von Lippe 101.
— August, Herzog von Braunschweig 101.
— — Herzog von Cumberland 50. 100.
— Ludwig, Großherzog v. Hessen 100.
Erzberger, M. 430 f.
Erzerum 265.
Esbjerg 126.
Eskimos 417.
Esterhazy, Graf 34 f. 141.
Eudoxus v. Kyzikos, Reisender 300.
Eugen, Erzherzog 256. 261.
Eugenie, franz. Kaiserin 68. 75. 78.
Euthymenes, Reisender 300.
Evangelische Allianz (1846) 410.
— Kirchenkonferenz (1852) 410.
Evangelischer Bund (1887) 412.
Expektanten 391.
Exportkapitalismus 181 f.

Fabrikarbeiterstand 159.
Fabrikbetrieb 358.
Fabrikgesetzgebung 149 f.
Faidherbe, franz. General 80.
Failly, de. General 61.
Falk, A., Kultusmin. 89 ff. 96. 411 f.
Falkenhayn, General 250. 259. 266 f.
Falklandinseln, Schlacht (1914) 282. 308. 310.
Fallières, franz. Präsident 104. 120.
Falsterbo 324. 328.
Farini, L. C. 7 f.
Färöer 297.
Faschoda, Zwischenfall (1898) 106. 125. 196 f.
Faure, franz. Präsident 104.
Favre, Jules 76 f. 83. 103.
Fénelon 394.
Fenierbewegung 153. 160. 177.
Feodor I. Iwanowitsch 334.
Ferdinand, König von Bulgarien 118. 128.
— II., König von Neapel 11.
— III. von Österreich 393.
— Titularkönig von Portugal 65.
— König von Rumänien 216.
Fernsprecher 368 f.
Ferry, franz. Min.-Präs. 105. 117. 119.
Fes 129. 200.
Feudalität 363.
Feuerländer 417.
Fichte 401.
Fidschiinseln 173.
Findlay, engl. Gesandter 219.
Finnischer Meerbusen 273.
Finnische Schären, Zusammenkunft (1908) 199.
Finnland 255. 273. 292.
Firmian, Erzbischof von Salzburg 394.
Fischerei 299. 324.
Fisher, austral. Min.-Präs. 171.
Fitten 324. 328.
Flandernschlachten (1914—18) 232. 240 f. 243. 274 f.
Florenz 321. 347.
Flotte, deutsche 88. 93. 122.
Foch, Marschall 228. 232. 240. 242. 244. 429.
Fokschani, Schlacht (1917) 260.
Formosa 94.
Fortschrittspartei 23.
Franchet d'Espérey 228. 258.
Franke, A. H. 390.
Frankfurt a. M. 27. 45. 47 ff. 319. 348.
— Friede (1871) 84. 191.
— Fürstentag 29 f. 32.
Frankreich 5. 52 ff. 61 ff. 103 ff. 109. 112 ff. 141 f. 171. 194 ff. 295. 306. 317 f. 341. 355 ff. 364 ff. 382. 393 f. 397. 403. 412. 429.
— Große Schlacht in (1918) 242 ff.
Frankireurs 77.
Franseck, F. v., General 43. 46.
Franz I. von Frankreich 341.
— II. von Neapel 11 f.
— Ferdinand, Erzherzogthronfolger 114. 206.
— Josef, Kaiser von Österreich 14. 18. 29. 32. 39. 44. 54. 58. 64. 102 f. 113 ff. 128 f. 134. 141. 198. 206. 281.
Französisch-Tongking 94.
Frauenwahlrecht 176. 178.
Freidenkertum 390. 395 ff.
Freihandel 157. 181. 193. 372.
Freiheit der Meere 310.
Freikonservative Partei 51.
French, Sir John 178. 226. 230. 232.
Freycinet, franz. Ingenieur 78. 119.
Friedberg, preuß. Minister 138.
Friedensangebot (1916) 292.
Friedensresolution (1917) 138.
Friedrich III., deutscher Kaiser 24. 26. 40 ff. 71. 85. 118.
— Herzog von Augustenburg 30 f. 50.
— I., Großherzog von Baden (1852—1907) 24. 55. 81 f. 99.
— II., Großherzog von Baden (1907—18) 99.
— Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg 360.
— I., König von Dänemark 335.
— II., König von Dänemark 30.
— Wilhelm, Kurfürst von Hessen 27. 49.

Digitized by Google

Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin 29. 79.
— Erzherzog von Österreich 247. 251.
— II., der Große, König v. Preußen 126. 361. 399.
— Wilhelm I., König von Preußen 361.
— — II., König von Preußen 401. 405.
— — III., König von Preußen 401. 405.
— — IV., König von Preußen 18. 27. 407 f.
— Karl, Prinz von Preußen 40 ff.
— August I. von Sachsen 393.
Friesen 316. 329.
Fugger, Familie 319. 346.

Gablenz, A. v. 38.
— Frh. L. v. 32.
Gaelic League 177.
Gaeta, Übergabe (1861) 14 f.
— Zusammenkunft (1907) 198.
Galilei 391 f.
Galizien 17. 58 f. 102. 141. 246 ff.
Galizin, A. A., Fürstin v. 402.
Galliéni, General 228. 230.
Gallifet, Marquis, General 74.
Gallwitz, General 234. 251 f. 256.
Gambetta 76. 78 f. 83. 104.
Gandamak, Friede (1879) 172.
Garibaldi 1 ff. 8. 10 ff. 16. 61. 80. 83.
Gastein, Vertrag (1865) 33. 115.
— Zusammenkunft (1863) 29.
Gauß, Physiker 369.
Gaza, Schlacht (1917) 267.
Geibel, Emanuel 75.
Geldaristokratie 165.
Geldwesen 316. 318. 343 ff. 369 f.
Gemeiner deutscher Kaufmann 321. 325.
Gemeinschaften, christliche 422.
Genf 349.
Genua 319. 347. 349.
Georg III., König von England 148. 151. 155.
— IV., König von England 154.
— V., König von England 134. 152. 172. 200. 205.
— V., König von Hannover 39. 48. 101.
— Herzog von Meiningen 50.
Gerhardt, Paul 389.
Gerlach, E. L. v. 23.
Germanicus 300.
Getreidehandel 146. 331. 356.
Gewerkschaften 93.
Gewürzhandel 315. 344.
Gibraltar 220. 302. 307. 358.
Gioberti, V., Priester 4.
Giolitti 196. 204.
Giesl, Frh. v., österr. Diplomat 132.
Gladstone, W. E. 160. 177. 372.
Glatz, Grafschaft 140.
Goeben, General 39. 80.
Gold 343. 369. 372.
Goltz, Frh. v. d., Feldmarschall 127. 266.
— Graf v. d., Gesandter 37. 44 f.
Goluchowski, Graf A. 28.
Gorlice, Schlacht (1915) 250.
Görlitz 258.
Gortschakoff, Fürst, russ. Reichskanzler 75 f. 78 f. 114.
Görz 261 ff.
Goschen, Sir E. 134 f. 201. 212.
Goslar 325.
Gotha 39. 92. 427.
Goethe 401 f.
Gotland 316. 323. 327. 329 f.
Göttingen 39.
Grafenfehde, dänische 335.
Gramont, Herzog A. v. 63. 67 f.
Granada 340. 352.
Gravelotte, Schlacht (1870) 73.
„Greater Britain" 165.
Greifswald 325.
Greindl, belg. Diplomat 121. 130. 191. 200.
Gresham, Thomas 337. 353.
Grévy, Jules 104.
Grey, Lord Edw. 130. 133 ff. 197. 200. 204 f. 207. 209.
Griechenland 131 f. 154. 161. 202 f. 217. 258. 300.
Grodek, Schlacht (1915) 251.
Grodno, Schlacht (1915) 252.
Groener, General 34.
Grönland 299.
Groschen 318.
Großbetrieb, industrieller 358.
Großdeutsche Partei 24.
Großer St. Bernhard 317.
Großfriedrichsburg, brandenburg. Kolonie 361.
Großkapitalismus 345.
Großstädte 366.
Grundsteuer (taille) 355.
Guatemala 222.
Guineen 355.
Gulden 343.
Gumbinnen, Schlacht (1914) 246.
Gustav I. von Schweden 335.
— II. Adolf von Schweden 336. 339.
Gustav Adolf-Verein 409.

Haag, 2. Friedenskonferenz 198. 285.
Haase, H., Sozialist 136.
Habeas-corpus-Akte 160.
Haeckel 422.
Haig, Sir, Marschall 242.
Haiti 222. 306.
Haldane 130. 197. 201.
Halle 389.
Hamann, J. G. 402.
Hamburg 87. 321. 337. 339. 352. 360. 427.
Hammann, Otto 123 f. 196.
Handel 373.
Handelsgesellschaften 346. 351 f. 353.
Handels- u. Gewerbefreiheit 363 f.
Handelsverträge 341. 356. 367.
Handlanger 160. [373.
Handwerk 160.
Hänisch, K. 426.
Hanno, Umsegler Afrikas 300.
Hannover, Königreich 38 f. 47 f. 152.
— Provinz 413.
Hanse 297. 316. 320 ff.
Hanserezesse 327.
Harderwijk 326.
Hardinge, Sir Ch. 172.
Harms, K. 405.
Hartlepool 275.
Hartwig, v., russ. Ges. 131.
Hase, K. A. 405.
Hastings, Marquis, Graf v. Moira 156.
Hatzfeldt, Graf Paul 124. 195.
Hausen, Frh. v., General 226 ff.
Haustiere 342.
Hauswirtschaft 367.
Havanna 77.
Hawkins, Sir J. 305.
Hay-Pauncefote-Vertrag (1901) 196.
Heemskerk, niederl. Staatsm. 111.
Heeresreform, preußische 19 ff.
Heeringen 226 ff.
Heerweisen 8 f.
Hegel 404.
Heilsarmee 421.
Heinrich VI., Kaiser 314.
— der Löwe 325.
— II. von England 320.
— IV. von England 329.
— VII. von England 336.
— VIII. von England 336. 383.
— IV. von Frankreich 355. 383.
— V. von Frankreich, Graf von Chambord 104. 113.
— der Seefahrer, Prinz von Portugal 302. 340.
— Prinz von Preußen 272.
Heinze, lex 91.
Helgoland 76. 119. 167. 308.
— Seegefecht (1864) 32.
— — (1914) 274 f.
Helsingborg, Friede (1365) 327.
Helsingfors, Einnahme (1918) 273.
Helvétius, C. A. 396.
Henderson, engl. Arbeitsmin. 183.
Hengstenberg, E. W. 405.
Henikstein, A. Frh. v., österr. General 36. 39.
Hentsch, Oberstleutnant 230.
Herero-Aufstand (1904/05) 94.
Heringsfang 328. 330.
Hermannstadt, Schlacht (1916) 259.
Hersing, Kapitänleutnant 279.
Hertling, Graf, Reichskanzler 86. 128. 430.
Herwarth v. Bittenfeld, K. E., General 40.

Digitized by Google

Herzegowina 101. 114 ff. 128 f.
Hessen-Darmstadt, Großherzogtum 50. 53. 55. 81. 97. 100.
Hessen-Kassel. Kurfürstentum 19. 27. 39. 47 ff.
Hessen-Nassau 39. 47 ff.
Hindenburg 236 ff.
Hindu 171 f.
Hipper, Admiral 276. 279.
Hirsch, Moritz Baron 869.
Hoffmann, Adolf 425.
Hogue, La, Schlacht (1692) 367.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Adolf 23. 25.
Hohenlohe-Langenburg, Fürst H. 100.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Chlodwig 63. 85. 100. 120 ff.
Holbach, Frh. v. 396.
Holland 308. 332.
Holländisch-Indien 112. 352.
Holstein, v., Geh. Rat 124.
Holstein, Herzogtum 197. 219. 327.
Homer Lea 166.
Homerule 177 f.
Honduras 222.
Hongkong 154. 173.
Honiheim, J. N. v., Bischof 398.
Hottentotten 94.
Houtman, C. de 305. 351.
Hugenotten 361. 382. 394.
Hugo, Viktor 53.
Humanismus 377.
Humbert I., König v. Italien 107.
Huskisson, W. 372.
Hussein Kamil, Khedive 173. 215.
Hutier, v., General 273.

Iberische Halbinsel 300.
Ignatieff 114.
Illuminatenorden 399.
Immelmann 233.
Imperialismus 175. 184 ff. 367.
Independentismus 386.
Index 380.
Indianer 342. 417.
Indien 17. 127. 154. **156. 162 f. 171 f.** 176. 223. 265. 295 f. 302. 344.
— Mission 418. 432.
Indigo 351.
Indischer Ozean 305 f.
Individualismus 166. 362 f.
Industrie 146 ff. 181. 192. **371 f.**
Innocentius X., Papst 387.
Inquisition 382.
Ionische Inseln 141.
Irland 142 f. 146. 149. **152 f.** 160. **176 ff.** 296.
— Aufstand (1916) 178.
— Landliga 177.
Isabella von Kastilien 340.
— II. von Spanien 65.
Ischl, Zusammenkunft (1907) 128. 198.
Islam 313. 316. 340 f.
Island 219 f.
Isonzoschlachten (1915–17) 261 ff.
Italia irredenta 107.
Italien **1 ff.** 33 ff. 70. **106 ff.** 116 f. 126 ff. 130 f. **142.** 173. 196 ff. 202. 205. **213 f.** 223. **261 ff.** 315. 367. 383. 403. 406.
Iwan III. Wassiljewitsch 333.
— IV. 334.
Iwangorod 247 ff. 251. 333.
— Einnahme (1915) 252.
Iwanoff, russ. General 246. 248.

Jaffa, Schlacht (1917) 267.
Jagow, Staatssekretär 133 ff.
Jahrmärkte 348.
Jakob I. 338. 383.
Jamaika 306. 354.
Jameson, südafrikan. Staatsmann 121. 168 f. 173.
Jangtsekiang 173.
Jansen, Cornelis 394.
Januschkewitsch, russ. General 208. 245.
Japan 94. 120. 124 ff. 172. 174. 195 ff. 199. 214 f. 223. 269. 366. 382.
— Mission 419. 431.
Jassini, Schlacht (1915) 270.
Java 351.
Jellicoe of Scapa, Graf, Admiral 277.
Jerusalem, Königreich 314.
— Stadt, Einnahme (1917) 267.
Jesuiten 15. 363. 381. 393 ff. 403. 406 f. 411 f. 430.
Jesuitengesetz 90 f.
Jitschin (Böhmen) 40.
— Gefecht (1866) 42.
Joël, Karl 190.
Joffre, Cél., Marschall 228 ff.
Johann Sigismund, Kurfürst v. Brandenburg 387.
— König v. Dänemark 331. 333.
— Albrecht, Herzog v. Mecklenburg 101.
— König v. Sachsen 29. 89.
Johu, F. Frh. v., österr. General 44.
Jolly, Julius, bad. Min. 81. 99.
Jomsburg 316.
Jonescu 216.
Jordanschlachten (1918) 268.
Josef II., Kaiser 361. 363. 398.
— Erzherzog 254. 264.
— Ferdinand, Erzherzog 248. 250 f. 253.
Juarez, B., Präsident v. Mexiko 18.
Juden 321. 333. 352.
Juliane, Kronprinzessin der Niederlande 112.
Julin 316.
Julirevolution 149.
Junune (Bineta) 316.
Jung-Stilling 402.
Jungtürken 128. 198. 202.
Jütland 32.

Kabelherrschaft, englische 188.
Kabul 172.
Kaffee 351.
Kaffern 156.
Kairo 315.
Kaiser-Wilhelm-Kanal 119. 126. 197.
Kaiser-Wilhelm-Land 94.
Kakao 351.
Kallundborger Abmachungen 328.
Kamerun 94. 269. 418.
Kampen 326. 332.
Kanada 94. **155 f.** 162. 176. **185 f.** 194. 296.
Kanalhafen 97.
Kanalrebellen 98.
Kandahar, Gefecht (1880) 172.
Kanitz, Antrag 86.
Kant 153. 174. 216. 401.
Kanzelparagraph 90.
Kapitulationen, türkische 215.
Kaptolonie **156.** 162. 168. 308.
Karfreit 261.
Karl der Große, Kaiser 321.
— V., Kaiser 341. 349.
— VI., Kaiser 361.
— Prinz von Bayern 36. 45.
— der Kühne von Burgund 333.
— I., von England 354. 386.
— II., von England 306. 354.
— (Franz Josef), Kaiser von Österreich 102 f. 141. 254. 262.
— Albrecht von Piemont 4 f.
— I., König von Württemberg (1864–91) 54. 65. 69. 81. 99.
Karlsruhe 233.
Karlstadt 377.
Karolinen 94. 269.
Karol von Rumänien 117.
Károlyi, Graf Alois 27. 35.
— Graf Michael 141.
Karpathenschlacht (1915) 250.
Kars 115.
Karthago 300.
Kartoffel 343.
Katalanen 341.
Katechismus Luthers 378.
Katharina, Gem. Karls II. von England 306.
Katholikenverein 411.
Katholische Kirche 160. **393 ff. 405 ff.** 429 f.
Katkoff, Panslawist 119.
Kato, japan. Minister 215.
Kaufhäuser 349.
Kaulafus, Krieg (1914–17) 265.
Kawerschen (cahorsini) 321.
Kepler 153.
Kerenski 223. 254. 292.
Ketschwajo, Sulukönig 167.
Kettler, Frh. v. 95.
Khalifenreich 313.
Khartum 173.
Kiautschau 94. 172.
Kiderlen-Wächter, Frh. v. 129. 198 f.
Kiel 33.
— Revolution 139.

Digitized by Google

Kielce, Schlacht (1914) 247.
Kijew 316. 322.
Kirche, evangelische 96.
— als Finanzmacht 317. 321. 345.
Kirchenstaat 61. 398.
Kirkkilisse, Schlacht (1912) 131.
Kissingen 90 f.
— Gefecht (1866) 45.
Kitchener 168. 178. 211. 277.
Kjellén, R. 190.
Klapka, ungar. General 57.
Klassenkampf 148.
Kleinasien 294.
Klettenberg, L. K. v. 402.
Kluck 226 ff.
Knox, John 385.
Koalitionsfreiheit 148.
Koalitionskriege 307 f.
Koalitionsverbot 364.
Kokosinseln, Seegefecht (1914) 282.
Kolberg 76. 326.
Köln 320. 325. 332. 336. 339.
— Einung (1367) 326 f.
Kolonialpolitik 366.
Kolonialverträge, deutsch-engl. (1914) 204.
Kolonialwaren 343.
Kolonien, deutsche 93 f.
Kolonisation, innere 360.
Kolumbus 301 ff. 340.
Komaroff, Schlacht (1914) 248.
Kommerzkollegien 361 f.
Kommunismus 57. 140. 153.
Kongo 130. 200.
Kongostaat 110. 211.
Königgrätz, Schlacht (1866) 43 f.
Königsberg 326.
— Kreuzer 283.
Konkordat, franz. (1813) 398.
Konkordate 403.
Konkordienformel 386.
Konservative Partei 23.
Konstantin, König von Griechenland 217.
— Großfürst von Rußland 16.
Konstantinopel 127. 314 f.
Konstanz 326.
Konstanza. Schlacht (1916) 260.
Kontinentalsperre 145. 364.
Kontore 325. 336.
Kopenhagen 335.
— Eroberung (1368) 328.
Kopernikus 153.
Köprikjöi, Schlacht (1914) 265.
Koerber, v., österr. Min.-Präs. 102. 141.
Korea 94.
— Mission 419.
Korinth, Kanal 365.
Korngesetze 144. 157.
Korporationsakte 153.
Korsör, Friede 328.
Kosmos Indikopleustes 301.
Kövess, ungar. General 245. 248. 251 f. 256 ff.
Kowno 252. 292. 323. 329.
Krach 372.
Krafft von Delmensingen, General 260. 263.
Kreisordnung, preußische 95 f.
Kreuzfahrerstaaten 313 f.
Kreuzzüge 313 f. 340.
Kreß v. Kressenstein, Oberst 267.
Kriegsernährungswirtschaft 287 f.
Krimkrieg 2. 113 f. 161. 168.
Krüsen 371 f.
Krismanitsch. G. v., österr. General 39. 41 f.
Kroatien 58. 295.
Kronstadt 120. 259.
Krüger, Paul, Bur 121. 168.
Krügertelegramm (1896) 121 f. 195.
Krumir, tunes. Stamm 107.
Ktesiphon, Schlacht (1915) 266.
Kuba 306.
Kulturkampf 88 ff. 410 ff.
Kulturkreise 313.
Kurland 138. 223.
Kuropatkin 254.
Kusmanek, österr. General 248.
Kut el-Amara, Schlacht (1916) 266.
Kuyper, niederl. Staatsmann 111 f. 134.

La Bassée, Kämpfe (1914—15) 232.
Lagny 317.
Lama 342.
Lamarmora, A. del, ital. Premierminister 35.
Lambsdorff, Graf, russ. Minister 127.
Lamentabili, päpstl. Syllabus 421.
Lamprecht, Karl 223.
Landwirtschaft 371.
Langemarck, Schlacht (1914) 241.
Langensalza, Schlacht (1866) 39.
Langle de Cary, General 226 f. 230.
Lanrezac, General 226 ff.
Lansdowne 124.
Lascelles, Sir F., engl. Botschafter 201.
Lassalle, F., Sozialist 64. 92.
Lateinisches Kaisertum 314.
Lauenburg 34.
Laufach, Schlacht (1866) 45.
Lausanne, Friede (1912) 131. 202.
La Valette, Jesuit 397.
Lavater, J. K. 402.
Lawsches System 359.
Leboeuf, E., franz. Marschall 63 f. 71. 73.
Lehrlingsakte (1562) 354.
Leibeigenschaft 363.
Leibniz 315.
Leipzig 319. 333. 349. 360.
Le Mans, Schlacht (1871) 79.
Leuberg 319 f
— Schlachten (1914/15) 248. 251.
Leo XIII. (J. Pecci), Papst 91. 105. 108. 120. 412.
Leopold I., Kaiser 339. 361.
— Prinz von Bayern 251 f. 254.
— I., König von Belgien 151.
— II., König von Belgien 110.
— Erbprinz von Hohenzollern 65 f.
— Erzherzog von Österreich 41.
Les Ayvelles, Fort, Einnahme (1914) 228.
Lessing 400.
Lettow-Vorbeck, General 270 f.
Levantehandel 312 ff. 356.
Liautey 141.
Liban 273.
Liberalismus 147.
Liberia 222.
Lichnowsky 135. 201. 210. 212 f.
Lichtfreunde, Sekte 408.
Liebknecht, Wilh. 92.
Lille, Einnahme (1914) 230.
Limanowa, Schlacht (1914) 249.
Liman von Sanders, Marschall 204. 268 f.
Linsingen 250 f.
Lippe 101.
Litaine, Schlacht (1871) 83.
Lissa, Schlacht (1866) 46.
Lissabon 305. 315. 336. 341. 345. 350.
List, Friedr. 223.
Litauen 223. 329 f. 333.
Liverpool 358.
Livingstone 418.
Livland 223. 334.
Lloyd George 129. 143. 178. 183. 200. 295 f.
Lodj, Schlacht (1914) 249.
Loigny, Schlacht (1870) 79.
Loire, Kämpfe (1870/71) 79.
Lombarden 321.
London 87. 233.
— Botschafterkonferenz (1913) 203.
— Deklaration (1909) 285.
— Friede (1604) 353.
— — (1913) 131 f. 203.
— Konferenz (1864) 33; (1867) 53; (1871) 79. 161; (1921) 295.
— Konvention (1884) 168.
— Stahlhof 332. 332. 339.
— Vertrag (1852) 30 ff.; (1914) 223. 291.
— Weltausstellung (1851) 158; (1862) 161.
Longwy, Schlacht (1914) 227.
Loretthöhe, Kämpfe (1914/15) 232 f.
Los von Rom-Bewegung 102. 409.
Loubet, französ. Präsident 104 f.
Lourdes 407.
Löwen, Aufstand (1914) 231.
Lowitschen, Schlacht (1916) 257. 280.
Loyola, Ignatius v. 381.
Lübeck 321. 324. 326 f. 339 f. 360.
— Konföderation (1418) 331.
Luckner, Graf F. 284.

Digitized by Google

Luckow, bulgar. General 258.
Ludendorff 225 f. 236 ff. 290.
Lüderitz 94.
Ludwig II., König von Bayern 36. 54. 69. 81 f. 98.
— III., König v. Bayern 98. 139.
— XI., König von Frankreich 349.
— XIV., König von Frankreich 77. 82. 84. 356 f. 393 f.
— III., Großh. von Hessen 100.
— IV., Großh. von Hessen 100.
Lueger, Bürgermeister 102.
Luftkrieg 233. 278.
Luitpold, Prinzregent von Bayern 98.
Lüneburg 325 f.
Lunéville, Schlacht (1914) 227.
Lusitaniafall 221. 288.
Luther 345. 375 ff.
Lüttich, Einnahme (1914) 226. 231.
Lutz, bayr. Minister 90. 98.
Luxburg, Graf, Diplomat 222.
Luxemburg 70. 112. 211.
Luzi, Einnahme (1915) 253; (1916) 216. 253.
Lyautey, franz. General 240.
Lyck, Schlacht (1914) 247.
Lyell, Geolog 154.
Lyon 349 f.

Machdi 173.
Mackensen 248 ff. 259 f.
Mac Kinley 185.
— — -Tarif 373.
Mac Mahon 71 ff. 103 f.
Madagaskar 106. 126.
Madrider Vertrag (1880) 125. 197.
Maffia, Geheimbund 106.
Magalhães 303.
Magdala, Eroberung (1868) 161.
Maghdaba, Schlacht (1916) 267.
Mähren 59.
Maigesetze (1873) 89. 91. 411.
Mailand 106.
Malakka 352.
Malmö 328.
— Frieden (1512) 331.
— Zusammenkunft (1914) 219.
Malvy, franz. Minister 141.
Mancini, ital. Minister 117.
Mandschurei 124.
Mangin, franz. General 235.
Manitoba 162.
Mann, Thomas 191.
Manoury 228. 230.
Manteuffel, Edm. v., Feldmarschall 23. 32. 45. 79 f. 83. 100.
Manuel der Große 344.
Maori 420.
Marburg, Religionsgespräch 384.
Marchand, franz. Offizier 125.
Marco Polo 303.
mare liberum 352. 365.
Margarete von Dänemark, Norwegen u. Schweden 328 f.
Maria (Marie), Königin v. Bayern 29.
Maria, die Katholische, Königin von England 337. 383.
— Königin von Hannover 48.
— Großh. von Luxemburg 112.
— Königin von Rumänien 261.
— Theresia, Kaiserin 361.
Marianen 94. 269.
Marinos v. Tyros 303.
Markenschutzgesetz 184. 195.
Marktrecht 348.
Marley, Lord 135.
Marneschlacht (1914) 214. 225 f. 229 ff.; (1918) 243.
Marokko 106. 125 f. 129 f. 341.
Marokkokrise (1911) 196 f. 200.
Marokkovertrag (1904) 173.
Marranos 352.
Marsala, Sizilien 11.
Marschallinseln 94. 269.
Marschall v. Bieberstein, Frh. v. 121. 201.
Marseille 356.
Mars la Tour, Schlacht (1870) 73.
Marx, Sozialist 92.
Maschine 146 f. 158. 358.
Maschinengewehr 61.
Massaua 107.
Masurenschlacht (1914) 247; (1915) 233. 249 f.
Matabele 167.
Mathy, Karl, bad. Min. 24. 55. 57. 81.
Maubeuge, Einnahme (1914) 226. 231.
Maudhyn, de, franz. General 232.
Mauren 352.
Max, Prinz von Baden 86. 138 ff. 278. 293.
Maximilian II., Kaiser 381.
— Kaiser von Mexiko 17 f. 53 f.
— Erbprinz v. Thurn u. Taxis 29.
Maxwell, engl. General 143. 178.
Maybach, preuß. Minister 97.
Mazzini 3 ff. 7 f. 11.
Mecklenburg 101.
Meere, Freiheit der 352.
Melanchthon 385 f.
Mendelssohn, Moses 400.
Menelik 107.
Menorka 358 f.
Menschenrechte 364.
Mensdorff-Pouilly, Graf A. 33. 35 f.
Mentana, Schlacht (1867) 61.
Merchandise Marcs-Act (1887) 192.
Merchant adventurers 317. 320. 337 f.
Mercers Company 337. 353.
Merkantilismus 181. 350 ff. 356. 360.
Messen 317. 324. 333. 348 f.
Mesopotamien 127. 266. 294.
Mestizen 342.
Metallgeld 321.
Methodismus 392.
Methodisten, Sekte 418. 420 f.
Metternich, Fürst 70. 112.
— — Botschafter 201.
Metz 71. 73 ff. 78. 80.
Mexiko 17 f. 53. 161. 367.
Meyer, Marx 335.
Meyer-Waldeck, Gouverneur 269. 281.
Michaelis, Reichskanzler 86. 137.
Michéler, franz. General 239.
Michelsen, Kommodore 277.
Militarismus 190.
Millerand 105.
Mingdynastie 314.
Minto, Lord, Vizekönig 172.
Miquel, Joh. v., preuß. Finanzminister 52. 86. 97.
Mission 390. 409. 414 ff. 431.
Mitau, Schlacht (1915) 252.
Mitteleuropa 223.
Mittelländischer Geist 312.
Mittellandkanal 97.
Mittelmeer 279 f. 297 f. 312 ff. 340 ff.
Mittelmeerkultur 342.
Mittelstaud 331.
Mittnacht, Frh. v. 82. 99.
Modena 6. 9.
Modernismus 421.
Mohammed II., Sultan 315.
Mohammedaner 171 f.
Möller, v., Oberpräsident 100.
Molodetschno, Schlacht (1915) 253.
Moltke, Graf, Feldm. 21. 38 ff. 46. 67 f. 71. 74. 80. 113. 250.
— Generaloberst 225.
Molukken 352.
Monastir, Schlacht (1915) 257; (1916) 258.
Mongolisches Reich 314 f.
Monis, franz. Minister 200.
Monopole 353.
Mons 226.
Montalembert, Graf 64.
Mont Avron (Paris) 82.
Montenegro 115. 131. 202 f. 211. 256 ff. 280.
Montmédy 77. 228.
Moraht, Kapitänleutn. 280.
Moritz, Kurfürst v. Sachsen 379.
Morley, Lordpräsident 212.
Mosaisches Bekenntnis 103.
Mosul, Schlacht (1918) 267.
Möwe, Hilfskreuzer 283.
Mtera, Ugandadönig 418.
Mücke, Kapitänleutn. 282.
Mudros, Waffenstillstand (1918) 293.
Mühler, v., Kultusminister 89.
Mulei Hafid von Marokko 129.
Müller, schweiz. Oberst 127.
Münchengrätz, Schlacht (1866) 41.
Münzwesen 86. 316. 318. 353.
Murat 2. [360 f.
Murawjeff, M. N. Graf 17. 133.
Murmanküste 273.
Mürzsteger Punktation (1903) 196.
Mystik 403.

Digitized by Google

Nachod, Gefecht (1866) 40.
Namur, Einnahme (1914) 226.
Nancy 228.
Nantes, Edikt 357. 383. 394.
Napoleon I. I f. 4. 20. 144. 173. 364. 398.
— II. 4.
— III. 5 ff. 12. 34 ff. 52 ff. 74. 161. 367.
Narajowka, Schlacht (1916) 254 f.
Narew, Schlacht (1915) 251.
Naroschjee, Schlacht (1916) 254.
Narwa 334.
Natal 156. 162. 167.
Nationalitätsgedanke 5.
Nationalliberale Partei 50 f.
Nationalverein 19.
Nationalversammlung, deutsche (1919) 140.
Naturwissenschaftl. Weltanschauung 153.
Naugart 322.
Naumann, F. 223. 414.
Navarino, Schlacht (1827) 152.
Navigationsakte (1651) 306 f. 354. 372.
Neander, J. A. W. 405.
Neapel 13 f. 341.
Negerhandel 344. 351.
Nerger, Kapitän 284.
Neu-Amsterdam 355.
Neubreisach 77.
„Neue Ära" 19.
Neue Hebriden 170.
Neufundland 167.
Neuholland 352.
Neuilly, Friedensvertrag (1919) 294.
Neujahrsschlacht (1916) 253.
Neumann, Henry 408.
Neumark 330.
Neumerkantilismus 181.
Neu-Niederland 352.
Neuseeland 156. 169. 194. 352. 420.
Neuyork 355.
Newton 153.
New Trade Unionism 182.
Nicaragua 222.
Nicolai, Chr. Fr. 400.
Nicolson, engl. Botschafter 128.
Niederlande 111 f. 174. 205. 212. 218 f. 304. 318. 336. 351 ff. 382.
Niederländisch-Indien 419.
Niel, A., Marschall 61. 63.
Nikita von Montenegro († 1921) 258.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst († 1921) 133. 204. 245. 252. 265.
Nikolaus II., Zar 120. 126 ff. 198. 208. 252.
Nikolaushof 323.
Nikolsburg, Vorfriede (1866) 46.
Nilquellen 302.
Nimes, Edikt (1629) 383.
Nivelle 234. 239 f.
Nizza 5. 8 ff. 37.
Noiseville, Schlacht (1870) 76.
Nordamerikanischer Unabhängigkeitskrieg 359.
Norddeutscher Bund 45. 50 ff.
Nordische Kompanie 356.
Nordöstliche Durchfahrt 299. 304. 353.
Nordostseekanal 33. 365.
Nordsee 273 ff. 298. 300. 302. 329.
Northcliffe, Lord 291.
Norwegen 174. 205. 219. 272. 297. 328.
Nosse 140.
Notenbanken 370.
Nowgorod 316. 322. 329. 333 f.
Nowo Georgiewsk 252.
Nürnberg 319. 337.
Nutzpflanzen 342 f.

Oberburma 171.
Oberdeutschland 319 f.
Oberguinea 306.
Oberhaus 165. 179.
Öffentliche Meinung 151.
Ohrenbeichte 381.
Oldenbarneveldt, van 351.
Oléron, Seerecht von 317.
Ollivier, Emil 54. 62 ff.
Olmütz 45.
Opatoff, Schlacht (1914) 248.
Opiumhandel 171.
Opiumkrieg 154. 366.
Oranjefreistaat 168.
Orkneyinseln 277.
Orlando, ital. Premiermin. 142. 264.
Orléans, Einnahme (1870) 78 f.
— Jungfrau von 429.
Orthodoxie 388.
Ösel, Besetzung (1917) 220. 255. 273.
Ostende 274.
— Kämpfe (1914) 231.
Osterbotschaft (1917) 98. 137.
Osterlinge 318. 321 f.
Österreich 4 ff. 17. 27 ff. 53. 57 ff. 70. 75. 79. 101 f. 114 ff. 128. 131. 140 f. 197 f. 202 ff. 320. 361 f. 380 f. 384. 412.
Ostindien 382.
— Seeweg 315. 341.
Ostindische Kompanien 156. 162. 351. 353. 356.
Ostrom 312.
Ostrumelien 115.
Ostsee 301 f.
Ostseehandel 316.
Ostseekrieg 272.
Ostwald, W. 422 f.
Ottawa, Konferenz (1894) 185.
Otto, König von Bayern (1848 bis 1916) 98.
Oxford movement 408.
Ozeanien 420. 432.

Pacelli, Nuntius 431.
Padua, Waffenstillstand 293.
Painlevé 141. 240.
Palästina 127. 267 f.
Paleologue, franz. Botschafter 133.
Palermo 11.
Palikao, franz. Kriegsmin. 73. 76.
Palmerston 10. 16 f. 154.
Panama (Staat) 222.
Panamakanal 105. 188. 196. 298. 310. 365.
Panamerikanismus 366.
Panslawismus 114. 202.
Päpstliche Friedensvermittlung (1917) 292.
Papsttum 2 ff. 9. 15 f. 107 f. 116. 340.
— Unfehlbarkeit 406.
Papua 420.
Paraguay 382. 397.
Paris 228.
— Belagerung (1870/71) 80. 82 f.
— Deklaration (1856) 70. 285.
— Friede (1763) 155. 307; (1814/15) 308; (1856) 78. 161. 220; (1898) 367; (1920) 295.
— Kommune (1871) 103. 110.
— Konferenz (1917) 224.
— Weltausstellung (1867) 54.
— Wirtschaftskonferenz (1916) 223 f.
Paritätsmoralismus 148.
Parlament, englisches 160. 165.
Parlamentarische Regierung 139.
Parlamentsakte (1911) 165.
Parma 6. 9.
Parnell, Sir 177.
Parteiwesen 165.
Partisans 355.
Pascal, Blaise 394.
Pascendi, päpstl. Enzyklika 421.
Patentgesetz, englisches (1907) 192.
Paterson, W. 357.
Patow, v., preuß. Finanzmin. 22.
Patrizierherrschaft 330 f.
Paul IV., Papst 383.
Paul, Vinzenz v. 382.
Paulus, H. E. G., Theolog 404.
Payer, F. v., Demokrat 99. 138.
Pazifismus 224.
Peel, Sir R. 157. 372.
Peking, Einnahme (1860) 161.
Persiano, Graf C. Pellion di 11. 46.
Persien 127. 129. 156. 161. 198. 223. 265 f.
Peru 222.
Pétain, General 232. 234. 240.
Peter von Serbien 257.
Petersburger Abkommen (1907) 198.
Petershof 323. 334.
Pflanzer-Baltin, General 249. 251.
Pfordten, Frh. v. d., bayer. Min. 36.
Philipp II. 305.
Phöniker 300.
Physiokratismus 363.

Digitized by Google

Piave, Schlacht (1918) 264.
Piemont 4 f.
Pietismus 389.
Pilica, Schlacht (1914) 249.
Pius 313 f.
Pitt d. J. 144.
Pius VI., Papst 398.
— VII., Papst 398. 403.
— IX., Papst 2. 9. 15. 59. 91. 108. 405. 408.
— X., Papst (1903—14) 105. 108. 412. 421.
Plantagenhandel 351.
Platon 300 f.
Pleskau (Pskoff) 323. 333.
Plombières 5.
Plunkett, Sir Horace 177.
Podestà 314.
Poincaré, R., franz. Präsident 104. 200. 204.
Polen 2. 16 f. 58. 70. 140 f. 223. 292. 330. 333.
— Aufstand (1863) 113.
— Teilungen 361.
Poliwanoff, russ. Kriegsmin. 208.
Polzk 323.
Polybios 300.
Popularphilosophie 399.
Port Arthur 94. 367.
Port royal des Champs, Kloster 394.
Portugal 123. 145. 152. 174. 216. 243. 302. 304. 340. 344. 367. 397.
— Kolonialvertrag (1898) 123.
Posen, Provinz 95. 140.
Postwesen 56. 318. 350. 369.
Potioret, General 256.
Potsdam, Zusammenkunft (1910) 129. 200.
Pourtalès, Graf, Diplomat 133 f.
Prag, Friede (1866) 46. 48. 54. 62. 65.
Preise 344 f.
Preßburg 46.
Preßfreiheit 369.
Preußen 16 f. 18 ff. 61 f. 95 ff. 139. 360 f. 403 f. 427.
Priesterwahl, Kämpfe (1914) 232.
Prilep, Waffenstillstand (1918) 293.
Prim, Juan 65 ff.
Prischren, Schlacht (1915) 257.
Prittwitz u. Gaffron, Generaloberst 246.
Protestanten 379.
Protestantenvereine 409.
Provinz 317.
Provinziallandtage 96.
Przemysl, Einnahme (1914 und 1915) 248 ff.
Ptolemaios 303.
Puerto Rico 306.
Pulververschwörung 383.
Puritanismus 163. 386.
Pusey, Professor 408.
Puttkamer, R. v. v. 412.
Pytheas von Marseille 300.

Quadrupelalianz (1834) 154.
Quartiere der Hanse 325 f. 339.
Quebec 156.
— Akte (1774) 155.
Quesnay, Fr. 363.
Quesnel, P. 394.
Quietismus 394.

Raccouigi, Zusammenkunft (1909) 128. 199.
Radetzky 4.
Radom, Schlacht (1915) 249.
Raleigh, Sir W. 305. 351.
Ramadieh, Schlacht (1917) 266.
Ranavalo, Königin der Hovas 106. 417.
Ranke 19.
Rathenau, W. 286.
Nationalismus 401.
Rattazzi, U. 4 ff. 16. 60 f.
Raubkriege 306.
Rauscher, Erzbischof 59. 70.
Rechberg, Graf, österr. Außenmin. 14. 17. 19. 27 ff. 32 f.
Rechtspflege 86.
Redmond 178.
Reformation 338. 374 ff.
Reformierte Kirche 405.
Reformverein, großdeutscher 27.
Regalismus 353. 361.
Regensburg, Religionsgespräch (1541) 379.
Regie 361.
Reglementierung der Industrie 356.
Reichsdeputationshauptschluß 399.
Reichsgewerbegesetz (1731) 360.
Reichskonferenz, britische (seit 1907) 175.
Reichsstädte 325.
Reichstagsresolution (1917) 224. 290. 292. 430.
Reimarus, H. S. 400.
Reims, Einnahme (1914) 228.
— Schlacht (1918) 244.
Reinkens, J. H., Bischof 411.
Reizmittel 320. 351.
Religionsedikt (1788) 401.
Religionsgeschichtliche Schule 414.
Religiöse Orden 105.
Renaissance 345.
Rennenkampf 246.
Rentkauf 321.
Reptilienfonds 50.
Restauration, Zeitalter 402 ff.
Restriktionssystem 354.
Rethel, Schlacht (1914) 228.
Reval 326. 333.
— Einnahme (1918) 273.
— Zusammenkunft (1908) 198.
Revisionisten 93.
Rhein 5.
Rheinland 35. 46.
Rhodes, Cecil 168.
Rhodesia 169.
Ribot 120. 141.
Ricasoli, Baron B. 7. 15 f.
Richard I. Löwenherz von England 320.
— II. von England 328 f.
Richelieu 355. 383.
Riga 273. 323 f. 326. 333.
— Einnahme (1917) 255.
Ringe, wirtschaftliche 346.
Ripon, Marquis of, ind. Vizekönig 171.
Ritschl, A., Theolog 414.
Rittergüter 19.
Ritualisten 408.
Robert Guiskard 313.
Roberts, Lord 130. 168. 172. 180. 198.
Robespierre 398.
Rochefort, Graf 76.
Rock Christi 407.
Roggenbach, Frh. F. v., bad. Minister 24.
Röhr, J. F., Generalsup. 404.
Rohstoffversorgung 286.
Rom 4. 8. 60. 70. 116. 300.
Romanow, L., neapol. Minister 12.
Romantik 408.
Römische Frage 15 f. 60 f.
Römische Kirche, s. Katholische Kirche.
Römisches Recht 353.
Ronge, J., Priester 407 f.
Roon, Alb. v. 20 ff. 67. 96.
Rosin 406.
Rostocker Bund (1283) 325.
Roteturmpaß, Schlacht (1916) 259.
Rothschild 370.
Rousseau, J. J. 148. 396.
Rouvier, franz. Ministerpräsident 197.
Rückversicherungsvertrag 118 ff. 194.
Rudolf II., Kaiser 338.
Ruffey 226 f.
Rumänien 16. 58. 78. 115. 117. 131. 203. 206. 216. 223. 254. 258 ff. 292.
Ruprecht, Kronprinz von Bayern 226 ff. 243.
Russell, Edw., Admiral 357.
— Lord John 152.
Russisch-japanischer Krieg (1904 bis 1905) 126. 285.
Russisch-türkischer Krieg (1878) 115. 128.
Rußki, General 246. 248. 254.
Rußland 16 f. 64. 70. 75. 78. 85. 94. 106. 113 ff. 154. 161. 171. 174 f. 194 ff. 316. 323. 333. 366.
— Revolution (1917) 103. 137. 291. 424 f.
Ruthenen 58.

Saarbrücken 72.
Sachsen 38 ff. 42. 46. 50. 55. 98 f. 362. 393. 427.
— Siebenbürger 58.

Digitized by Google

Saddock, Bei von Tunis 117.
Sailer, J. M., Bischof 403.
Saint-Denis 348.
Saint-Germain, Friede (1570) 382; (1919) 224. 294.
Saint-Privat, Schlacht (1870) 73.
Saint-Quentin, Schlacht (1871) 80; (1914) 228.
Salandra, ital. Ministerpräs. 142. 214.
Salisbury 123. 195.
Saloniki 115. 128. 131. 217.
— -Expedition (1915—18) 257. 279.
Salz 55.
Salzburg 54.
Salzburger Protestanten 361.
Salzhandel 326. 333.
Salzmann, Chr. G. 400.
Salzwedel 326.
Samara, Schlacht (1917) 266.
Samoa 94.
Samwavertrag (1899) 123.
Samsanoff, russ. General 246.
San Domingo 222.
Sandschak Novibasar 115. 203.
Sanfedisten, Geheimbund 4.
San Guiliano, ital. Min. 214.
Sankt Gotthard 319.
— Helena 307.
— Sanfibar 119. 167.
— -Vertrag 195.
Sarajewo, Attentat (1914) 206.
Sarikamisch, Schlacht (1915) 265.
Sarrail, General 228. 257 f. 269.
Sasanoff, russ. Außenminister 133. 199. 202. 207. 210.
Sassuno, Insel 214.
Savoyen, Dynastie 4 f.
— Land 5. 8 ff. 37.
Scarborough 275.
Schaulen, Schlacht (1915) 252.
Scheer, Admiral 276 ff. 290.
Scheidemann, Sozialist 140.
Schelling, F. W. J. 404.
Schiffahrt 299.
— Subventionen 193.
Schiffe, der Hanse 329. 332.
Schimonoseki, Friede 94. 173. 366.
Schleiermacher, D. 404.
Schleinitz, Graf M., preuß. Min. 19.
Schlesien 36 f. 40. 53. 393.
Schleswig-Holstein 27. 30 ff. 45. 50. 126. 161. 316. 331.
Schließen, Graf, Feldmarschall 225. 247.
Schmalkaldische Artikel 386.
Schmalkaldischer Bund (1531) 339. 346. 379.
Schmalkald. Krieg (1546) 379.
Schmerling, A. v., österr. Min.-Präs. 28 f. 34. 57.
Schnepfenthal 400.
Scholtz, General 252.
Schonen 324.
Schönerer, Ritter v., Alldeutscher 101.
Schottland 386.
Schroeder, v., Admiral 274.
Schulaufsicht 89.
Schutzzoll 86 f. 96. 182. 184. 186. 356. 373.
Schwarzburgbund 410.
Schwarzburg-Sondershausen u. Schwarzburg-Rudolstadt 101.
Schwarzes Meer 78 f. 127. 161. 280. 341.
Schweden 219 f. 221. 272 f. 324. 335. 393.
Schweiz 108 f. 127. 218. 384.
Schwerin, Graf A. 19. 23.
Scriver, Chr., Oberhofpred. 388.
Sedan, Schlacht (1870) 74. 406.
Seeadler, Hilfskreuzer 284.
Seekanäle 365.
Seekriegsrecht 284. 365.
Seeley, engl. Imperialist 165.
Seeraub 350.
Seesalz 333.
Seidenindustrie 361.
Seidler, österr. Min.-Präs. 141.
Semler, J. S. 400.
Semois, Schlacht (1914) 227.
Sepoyaufstand (1857) 162.
Septennat 88.
Serbien 115. 128 f. 131 ff. 198 f. 202 ff. 223. 255 ff.
Sevilla 341.
Sèvres, Friede (1920) 294.
Sewastopol 280.
— Belagerung (1854/55) 161.
Siam 105. 125. 171. 222.
Sidi Ali, Bei von Tunis 105.
Sidon 314.
Siebenbürgen 58. 258 f. 261. 295.
Siegfriedstellung (1917) 238.
Siegmund, Kaiser 319. 330.
Siewers, russ. General 249.
Signy l'Abbaye, Schlacht (1914) 226. 228.
Sikhstämme 156.
Silber 343. 369.
Silistria, Schlacht (1916) 259.
Simson, Ed. 51. 82.
Sindh 156.
Sinn Fein (irischer Bund) 143.
Sixtus V., Papst 380.
Sizilianische Vesper 11.
Sizilien 11 f. 14. 106.
Skagerrak, Schlacht (1916) 274. 276 f.
Skalitz, Gefecht (1866) 41.
Skandinavien 324. 335. 382.
Skandr 324.
Skiernewice, Zusammenkunft (1884) 118.
Sklavenhandel 155. 167. 371.
Sklaverei 356. 371.
Skutari 256.
Slowakei 295.
Smith, Adam 363.
Smolensk 323.
Smorgon, Kämpfe (1915) 253; (1916) 254.
Smyrna 279.
Soest 325.
Soissons, Schlacht (1915) 232.
Solferino, Schlacht (1859) 28. 37. 39.
Solidar-Schutzsystem 358. 372.
Sommeschlacht (1916) 235 ff. 292; (1918) 244.
Sonnino 214.
Sophie, Herzogin von Hohenberg 114.
Souchon, Admiral 279 f.
Sozialdemokratie 64. 91 f. 110. 136 f. 422.
Soziale Ausscheidung 147.
— Frage 91 ff. 413.
— Gesetzgebung 112.
Sozialismus 181.
Sozialreform 92.
Spa. Konferenz 295.
Spalato 341.
Spanien 17. 65 ff. 127. 145. 154. 197 f. 205. 220 f. 304. 338. 340. 350. 352. 354. 367. 383. 397. 403.
Spanisch-amerikan. Krieg (1898) 88. 122. 309.
Spanischer Erbfolgekrieg 357.
Spanisch-Guinea 270.
Spartakismus 140.
Spee, Graf, Admiral 281 f.
Speier, Reichstag (1526) 378 f.; (1529) 379.
Spener, Ph. J. 389.
Spengler, O. 191.
Spichern, Schlacht (1870) 73.
Spinoza, Baruch 393.
Staatssozialismus 93.
Staat und Kirche, Trennung 105. 413. 425 f.
Stade 338.
Städtewesen 330 f. 348 ff.
Stadtwirtschaft 348. 367.
Stahlhof 322. 332. 339.
Stanley 110. 418.
Stapelrecht 348.
Staplergilde 317. 320. 336.
Staupitz, Ordensgeneral 375.
Stavenhagen, F., General 22.
St.-Denis 317. 348.
Steijn, M. Th., Bur 168.
Stein, v., General 228.
— Frh. v., Staatsmann 2.
Steinmetz, General 40 ff. 71. 74.
Stephan, Heinrich, Generalpostmeister 56. 369.
Stephenson, George 146.
Sterling 321.
Stiller Ozean 189. 307.
Stochod, Schlacht (1916) 254.
Stöcker, Ch. A. 413.
Stockholm 324. 328.
— Konferenz 183.
Stoffel, franz. Oberst 65.
Störtebeker, Klaus, Pirat 329.
Stralsund 325. 339.
— Friede (1370) 328.

Digitized by Google

Strandrecht 328.
Straßburg 71. 75. 80. 319.
— Einnahme (1870) 77.
Strategie 43.
Strauß, D. F. 409.
Strurdee, Admiral 281 f.
Stürgkh, Graf 140.
Suchomlinoff, russ. General 133.
Südafrika 121. 176. 186. 296.
Südafrikanische Union 169. 194.
Südamerika 145. 154.
Sudan 106.
Südsee-Gesellschaft 358.
Suezkanal 173. 188. 267. 310 f. 365.
Sully 355.
Sulukrieg (1879) 167.
Sulus 162.
Sumatra 112. 352.
Supranaturalisten 402.
Surinam 352.
Sussex, Passagierdampfer 289.
Svinhufvud, Präsident v. Finnland 273.
Swadeschi-Bewegung 172.
Syllabus complectens (1864) 15.
Sylvester, österr. Parlamentarier 102.
Syndikate 346.
Syrien 267 f. 280. 294.
Szapary, Graf 133.
Szögyenyi, Graf 206.

Taaffe, Graf, österr. Min.-Präs. 101 f.
Tabak 55. 351.
Tagliamento, Schlacht (1917) 263.
Taktik 20 f. 40 f.
Takufort, Eroberung (1858) 161.
Talleyrand-Périgord, Ch. M. Graf v. 397.
Tanga, Gefecht (1914) 270.
Tanger 197. 306.
Tanks 237.
Tannenberg, Schlacht (1410) 333; (1914) 246 f.
Tardieu 117.
Targu Jiu, Schlacht (1916) 259.
Tasman, A. J. 352.
Tauschhandel 316.
Taxis, F. und J. v. 350.
Tee 351.
Tegetthoff, W. v., Admiral 32. 46.
Telegraph 146. 368 f.
Teplitz 18 f.
Territorialwirtschaft 348. 367.
Tesakte (1673) 153.
Theophilanthropisten 398.
Thiaumont 235.
Thiers, Adolf 60. 76. 84. 104.
Tholuck, F. A. G. 405.
Thomas, Herzog v. Genua 65.
Thorn 326.
— Blutbad (1724) 393.
— Friede (1466) 333.
Thouvenal, E. A., franz. Min. 8. 14.
Thurn u. Taxis, Fürstenhaus 369.
Tibet 127.
Tientsin 124.
Tirana, Schlacht (1916) 258.
Tirnovo 128.
Tirol, österr. Offensive (1916) 261 f.
Tirpitz, Admiral 122. 195. 201. 288.
Tisza, Graf Stefan 103. 141. 207.
Tobitschau, Gefecht (1866) 45.
Tobolsk, Schlacht (1917) 254.
Togo 94. 269. 418.
Toleranzedikt (1781) 398.
Tolmein, Schlacht (1917) 263.
Tongking 105.
Toscanelli, Paoli 303.
Toskana 6. 9.
Toul, Einnahme (1870) 77.
Tours 318. 321.
Traktarianer 408.
Transvaalfreistaat 168.
Trapezunt, Kämpfe (1915) 265.
Trautenau, Gefecht (1866) 40 f.
Trevelyan, Parlamentssekretär 135. 212.
Trient, Konzil (1545—63) 380.
Triest 361.
Tripolis 126 f.
Tripolitanien 131. 173. 196. 215. 265. 280.
— Krieg (1911) 202.
Trochu, franz. General 76 f. 83.
Tromp, M. H., holländ. Admiral 305.
Trotha, v., General 94.
Trotzki 292.
Troyes 317.
Tschadsee 106.
Tschartorysky, Schlacht (1915) 253.
Tschechen 58 f. 101 f. 140 f.
Tschernowitz, Einnahme (1915) 250; (1916) 253.
Tschetinje, Einnahme (1916) 258.
Tsingtau 94. 122.
— Belagerung (1914) 269. 281 f.
Tze hsi, chines. Kaiserin 94.
Tubantia, holländ. Dampfer 218.
Tucher, Handelshaus 347.
Tuchhandel 320. 336.
Tunesien 105. 117. 341.
Turgot, A. R. J. 364.
Türkei 79. 114 f. 127 f. 131 f. 161. 172 f. 198. 202 ff. 215. 223. 264 ff. 279. 314 f. 341.
Tutrakan, Einnahme (1916) 259.
Twesten, Karl, lib. Abg. 23.
Tyros 314.

Überproduktion 371.
Uganda 119. 167.
Ukraine 255. 292.
Ulm 319.
Ulster 152. 178.
Ultramontanismus 407.
Umschlaghandel 348.
Ungarn 28 f. 57 f. 102 f. 141. 248. 264. 295. 393.
Ungelernte Arbeiter 182 f.
Union, evangelische 387. 405.
Unternehmertum 345. 358.
Unterseebootkrieg 238. 278. 288 ff.
Urbal, d', franz. General 232.
Uruguay 222.
Utrecht, Friede (1474) 332; (1713) 211. 358.

Vandiemensland 352.
Vanutelli, Nuntius 109.
Vasfy, Blutbad 382.
Vaterlandspartei 137. 290.
Vatikanisches Konzil (1870) 59. 63 f. 70 f. 406.
Vauz 234 f.
Venedig 4. 18. 37. 280. 313 ff. 319. 341 f.
Veneter 300.
Venetien 36 ff. 44 f. 60. 116.
Venezuela 93.
Verbotsystem 362.
Verdun 77.
— Kämpfe (1914—18) 227 ff. 234.
Vereinigte Staaten von Amerika 53. 124. 145. 152. 161 f. 172. 174. 185. 195 f. 199. 221 f. 223. 238. 288 ff. 307 ff.
Verhansung 327. 332.
Verkehrsmittel 367 ff.
Verlagssystem 354. 358.
Vermittlungstheorie 409.
Versailles 78. 84. 103.
— Friede (1783) 359; (1919) 140. 220. 224. 294 ff.
— Proklamation (1871) 81 f.
Vierzehn Punkte Wilsons (1918) 292. 310.
Vigonge 342.
Viktor Emanuel I. v. Italien 1. 4 ff.
— — II. von Italien 60. 70. 116. 406.
— — III. von Italien 105. 107. 198. 214.
Viktoria, deutsche Kaiserin 85.
— Königin von England 123. 125. 151. 154. 185.
— Luise, Herzogin von Braunschweig 101.
Villafranca, Vorfriede (1859) 5. 7.
Vincke, Georg v. 19. 24.
Vineta 316.
Vionville, Schlacht (1870) 73.
Virchow 90.
Visitationen 378.
Vitalienbrüder 328 f.
Vivaldi, de', Brüder, Reisende 302.
Viviani, franz. Min. 134. 141.
Vlamen 109.
Vogel v. Falckenstein, General 39. 45.
Voigts Rhetz, B. v., General 41.
Völkerbund 224.
Volksschule 363.
Volkswirtschaft 367.
Vollmar, v., Sozialist 93.

Digitized by Google

Voltaire 395 f.
Vulgata 380.
Vulkanpaß, Kämpfe (1916) 259.

Wagende Kaufleute, s. Merchant adventurers.
Wagener, H. Journalist 23.
Wahlrecht 175 f.
Währung 368 ff.
Waldeck-Rousseau, franz. Min.-Präs. 105.
Waldemar IV. v. Dänemark 325 ff.
Walderſee, Graf, Feldmarſchall 95.
Wallenſtein 339.
Warſchau 19. 248. 252.
Waterloo, Schlacht 119.
Watt, James 358.
Weber, Phyſiker 369.
Wechſelhandel 349.
Weddigen, O. 274. 288 f.
Wedel, Fürſt, Statthalter 100.
Wehrpflicht, allgemeine 88. 110. 180. 198.
Weihaiwei 94. 173. 367.
Weimar 27.
Weishaupt, Adam 399.
Weißenburg, Schlacht (1870) 72.
Weißes Meer 334.
Wekerle, ungar. Staatsmann 141.
Weſeniionds 50. 101.
Weſenlegion 49. 69.
Weſiſche Partei 48 f.
Wellington, Herzog v. 156.
Welſer, Handelshaus 319. 346 f.
Weltkrieg 112 ff. 138 f. 205 ff. 213 ff. 309. 365. 422 ff.
Weltkultur 342.
Weltpoſtverein 369.
Weltverkehr 365. 368.
Weltwirtſchaft 1. 362 ff.
Weltwirtſchaftskrieg 284 ff.
Wendiſche Städte 325.
Weniſelos, griech. Staatsmann 217.
Werder, General 77. 79.
Weſteuropa, wirtſchaftl. Ausdehnung 312 ff.
Weſtfäliſcher Friede 322. 339. 387.
Weſtindiſche Kompanie, holländiſche 352.
Weſtminſter, Friede (1674) 356.
Wiedertäufer 377. 386.
Wielopolſki, Marquis A. 16.
Wien 319.
— Friede (1864) 33.
— Kongreß (1815) 2. 5. 306. 308.
Wikinge 297. 316 f.
Wilhelm I., deutſcher Kaiſer 17 ff. 85. 92. 112. 115 f. 119.
— II., deutſcher Kaiſer 85. 95. 97. 116. 119 ff. 121 f. 126. 133 f. 139. 168. 196 f. 205 ff. 225. 254.
— deutſcher Kronprinz 139. 226 ff.
— Herzog von Braunſchweig 100.
— IV., König von England 151. 154.
— III., König der Niederlande 52 f. 112.
— von Oranien 387.
— II. von Württemberg 99. 140.
Wilhelmina, Königin der Niederlande 112.
Wilſon, Präſident der Vereinigten Staaten 138 f. 217. 219. 221 f. 224. 292 f. 310.
Wimpffen, franz. General 74.
Windiſch-Graetz, öſterr. Min.-Präſ. 102.
Windſor, Dynaſtie 151.
Windſorvertrag (1899) 123.
Windthorſt, Parlamentarier 89.
Wingolfbund 410.
Wisby 322. 327. 329.
Wiſchnjewſee, Schlacht (1916) 253 f.
Wiſeman, N., Kardinal 408.
Wismar 325.
Witaut, Großfürſt von Litauen 330.
Witebſk 323.
Witte, ruſſ. Staatsmann 196.
Witu, Sultanat 119.
Wlozlawek, Schlacht (1914) 249.
Woldemar, Fürſt von Lippe 101.
Wolf, Hilfskreuzer 284.
Wolff, Chriſtian 393. 399.
Wollinduſtrie 354.
Wordingborder Friede 331.
Wörth, Schlacht (1870) 72.
Woyrſch, General 247. 251 f.
Wrangel, Graf F. H. E., Feldmarſchall 32.
Wucher 321.
Wullenweber, Jürgen 335.
Wunderglaube 407.
Württemberg 47. 52. 54 f. 65. 82. 99. 140.
Wytſchaetebogen, Schlacht (1917) 240.

Xeres de la Frontera, Schlacht (711) 301.

Yangtſe-Vertrag (1900) 124.
Yankeetum 164. 309.
Yarmouth 275.
Ypern, Schlacht (1914) 231 f.
— — (1917) 240 f.
— — (1918) 243.

Zabern 100.
Zechine 343.
Zedlitz, Graf, Kultusmin. 91.
Zeebrügge, Kämpfe (1918) 275.
Zentrumspartei 89. 410. 412.
Zeppelinangriffe 233. 278.
Zettelbank 359.
Zinn 300.
Zinsverbot 321.
Zwilehe 90. 103.
Zollparlament 55.
Zollverein, deutſcher 24. 33. 53. 55. 87. 191. 373.
Zollweſen 318. 356.
Zucker 343. 351.
Zündnadelgewehr 21. 40. 55. 61.
Zunftweſen 331. 360.
Zürich, Friede (1859) 6. 14.
Zwangswirtſchaft 137.
Zweibund, ruſſ.-franz. (1892) 106. 119 f 194.
Zwingli 384.

Druck vom Bibliographiſchen Inſtitut in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

INDIANA UNIVERSITY LIBRARIES
Digitized by Google

3 2000 009 775 091

Digitized by Google